



ИСТОРИЯ РОССИИ

А. С. Орлов, В. А. Георгиев,
Н. Г. Георгиева, Т. А. Сивохина

GESCHICHTE RUSSLANDS

A. S. Orlov, W. A. Georgijew,
N. G. Georgijewa, T. A. Siwochina

Moskau 2015

Übersetzung:
THEO SANDER

**Staatliche Lomonossow-Universität Moskau
HISTORISCHE FAKULTÄT**

A. S. Orlow, W. A. Georgijew,
N. G. Georgijewa, T. A. Siwochina

GESCHICHTE RUSSLANDS

Lehrbuch

Vierte Ausgabe, überarbeitet und erweitert

Moskau 2015

EINLEITUNG

Die Vergangenheit verschwindet nicht, sondern lebt weiter in den gesammelten Erfahrungen des sozialen Lebens. Die Verallgemeinerung und Verarbeitung der gesammelten menschlichen Erfahrung ist die erste Aufgabe der Geschichte. „Die Geschichte ist die Lehrmeisterin des Lebens.“ – sagten die Weisen des Altertums.

Und in der Tat versuchen die Menschen immer wieder, die Antwort auf die brennenden Fragen der Gegenwart in einem gigantischen Laboratorium der weltgesellschaftlichen Erfahrung zu finden, insbesondere in kritischen Phasen des menschlichen Lebens.

Durch historische Beispiele werden die Menschen in Achtung vor ewigen, zeitlosen menschlichen Werten erzogen: Frieden, Güte, Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit, Schönheit.

Ein hervorragender russischer Historiker, Professor an der Moskauer Universität, W. O. Kljutschewski, bemerkte scharfsinnig in einem seiner Tagebucheinträge, dass das Leben, obwohl sie sagen, dass die Geschichte niemanden und nichts gelehrt hat, sich jedoch noch mehr an denjenigen rächt, der die Geschichte überhaupt nicht kennt.

Der berühmte Wissenschaftler, ein großartiger Dozent und Spötter, schrieb: „Es ist nicht die Schuld der Blumen, dass die Blinden sie nicht sehen können. Die Geschichte lehrt auch diejenigen, die nicht aus ihr lernen: sie lehrt sie für Unwissenheit und Missachtung“.

Ich möchte an einen weiteren Aphorismus erinnern: „Lügen bei der Interpretation der Vergangenheit führen zum Scheitern in der Gegenwart und bereiten auf eine Katastrophe in der Zukunft vor.“

Geschichte ist eine der wichtigsten Formen des Selbstbewusstseins der Menschen.

Die Erfahrung der Geschichte versuchen die rivalisierenden, politischen Kräfte zu nutzen. Mit Verweisen auf die Geschichte begründen sie ihr Handeln.

Daher gibt es bei der Interpretation bestimmter historischer Ereignisse einen unaufhörlichen Kampf verschiedener Ideen und Meinungen.

Das Interesse der Menschen an den Ergebnissen der Untersuchung ihrer

Vergangenheit gibt bestimmte Gründe für eine skeptische Haltung gegenüber der Geschichte als Wissenschaft, die die Ereignisse und Gesetze der historischen Entwicklung objektiv bewertet. Oft hört man die Worte, dass die Geschichte zur Begründung des politischen Kampfes verwendet wird, dass jede Generation, jede Partei die Geschichte neu schreibt, dass es sich um eine „in die Vergangenheit zurückgedrängte Politik“ handelt.

Es wird die Ansicht vertreten, dass die Vergangenheit nur objektiv erkannt werden kann, wenn man sich von der Gegenwart isoliert. Skeptiker behaupten auch, dass die Geschichte im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution nur dann zur Wissenschaft wird, wenn sie die Methoden und die mathematische Genauigkeit der Naturwissenschaften annimmt. Schließlich, als Argument über die Undurchführbarkeit der Geschichte als Wissenschaft, die Idee, dass es unmöglich ist, die unwiderruflich verschwundene Vergangenheit zu rekonstruieren, weil die überlebenden Quellen der wirklichen Ereignisse unpräsentativ (nicht repräsentativ) sind.

Und doch gibt es trotz des Pluralismus sowohl bei der Beantwortung globaler Fragen der Entwicklung der Menschheit, als auch bei der Interpretation einzelner Tatsachen, eine objektive Wahrheit. Nicht beschuldigen, sondern die Vergangenheit studieren, erklären, ist Aufgabe wissenschaftlicher Erkenntnisse. Die Suche nach der Wahrheit in der Geschichte, historische Erkenntnis, ist ein komplexer, zeitaufwendiger und interessanter Prozess, der sowohl das Verständnis der Besonderheiten dieser Erkenntnis als auch eine gewisse professionelle Fähigkeit erfordert.

Ein Historiker kann nicht ohne Zorn und Leidenschaft schreiben, aber er hat kein Recht auf Täuschung, Verzerrung und Verbergen der Wahrheit. Die Suche und Bestätigung der Wahrheit zu jeder Zeit war das Hauptziel der Wissenschaft. Als soziales Gedächtnis der Menschheit, als Speicher ihrer sozialen Erfahrung, gibt die Geschichte sie von einer Generation zur anderen weiter. Und das Verständnis dieser Erfahrung macht sie zum Eigentum der Gegenwart. Entgegen der Meinung von Skeptikern nimmt die Rolle der Geschichtswissenschaft im Leben der Menschen zu. Historiker studieren nicht die Vergangenheit, um der Gegenwart zu entkommen. Die Geschichte dient der Gegenwart, indem sie die Gegenwart erklärt und Material zur Vorhersage der Zukunft liefert.

Die Geschichtswissenschaft versucht, eine ganzheitliche Sicht des historischen Prozesses in der Einheit aller seiner Merkmale zu geben. Darin unterscheidet sie sich nicht von anderen Wissenschaften. Wie in anderen Wissenschaften gibt es auch in der Geschichte die Anhäufung und Entdeckung neuer Fakten, die Verbesserung der Theorie unter Berücksichtigung der Entwicklung anderer Wissenszweige (Kulturwissenschaften, historische Psychologie, Soziologie u.a.), Methoden der Verarbeitung und Analyse von Quellen (z.B. Anwendung mathematischer Methoden). Viele Fakten, Ereignisse, Phänomene unserer Geschichte mit der Entdeckung neuer Quellen, mit der Erweiterung unseres Horizonts, der Verbesserung des theoretischen Wissens werden heute anders bewertet als vor fünf oder zehn Jahren. All dies ist ein Beweis dafür, dass die Geschichte nicht nur aufgrund der politischen Konjunktur neu geschrieben wird, sondern auch als Reaktion auf die wachsende Palette unseres Wissens über die Vergangenheit.

Es ist unmöglich, eine neue Welt zu schaffen, indem man die Vergangenheit umgeht - das wussten die Menschen zu allen Zeiten. Umfassende wissenschaftliche Forschung über die materielle und geistige Kultur der Vergangenheit macht uns reicher und klüger, großzügiger und scharfsinniger in unseren Gedanken und Handlungen, Plänen und Errungenschaften. All dies zeugt davon, dass die Kenntnis der Geschichte es erlaubt, die Gegenwart klarer zu verstehen, aber die Gegenwart wiederum stellt die Aufgabe eines möglichst genauen wissenschaftlichen Bewusstseins der Vergangenheit, das nicht nur moralischen, sondern auch praktischen Wert hat. Der große russische Wissenschaftler und Enzyklopädist M. W. Lomonossow schrieb, dass die Geschichte „den Herrschenden Beispiele der Regierung, den Untertanen - Gehorsam, den Soldaten - Mut, den Richtern - Rechtsprechung, den Jungen - den alten Geist, den Alten - wahre Entschlossenheit in den Ratschlägen, allen - gutmütige Unterhaltung mit unsäglichem Nutzen vereint“ gibt. Wenn man über die Rolle der Geschichte im Leben der Menschen spricht, schrieb „das Küken im Nest Peters“ W. N. Tatischschew: „Man kann kurz sagen, dass kein Mensch, kein einziges Land, Gewerbe, Wissenschaft, unter irgendeiner Regierung, weniger der einzelne Mensch ohne gewisse Kenntnisse, weise und nützlich sein kann.“

* * *

Es ist seit langem bekannt, dass Steine reden, wenn sie Steine der Geschichte sind. Der Nachweis von Schlussfolgerungen ist ein obligatorisches Merkmal wissenschaftlicher Erkenntnisse. Die Geschichte als Wissenschaft arbeitet mit genau festgelegten Fakten. Wie in anderen Wissenschaften gibt es in der Geschichte eine Anhäufung und Entdeckung neuer Tatsachen. Diese Fakten stammen aus historischen Quellen. **Historische Quellen** sind alle Überreste eines vergangenen Lebens, alle Zeugnisse der Vergangenheit.

Derzeit gibt es vier Hauptgruppen (Klassen) historischer Quellen: 1) Realien; 2) Geschriebenes; 3) Bildliches (bildgrafisch, bildkünstlerisch, bildnatürlich); 4) Phonetisch. Historiker, die historische Quellen in ihrer Gesamtheit studieren, haben kein Recht, mit Fakten und unwichtigen Tatsachen zu „spielen“. Sie untersuchen ausnahmslos alle Fakten.

Das gesammelte Faktenmaterial bedarf einer eigenen Erklärung und eine Klärung der Gründe für die Entwicklung der Gesellschaft. So werden theoretische Konzepte entwickelt. So ist einerseits die Kenntnis der konkreten Tatsachen notwendig, andererseits muss der Historiker die ganze Summe der Tatsachen begreifen, um die Ursachen der Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung einer Gesellschaft zu identifizieren.

Zu verschiedenen Zeiten erklärten Historiker die Gründe und Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Geschichte unseres Landes unterschiedlich. Chronisten aus der Zeit Nestors glaubten, dass sich die Welt durch göttliche Vorsehung und göttlichen Willen entwickelte.

Mit dem Aufkommen von experimentellem, empirischem, rationalistischem Wissen begannen Historiker, nach objektiven Faktoren als bestimmender Kraft des historischen Prozesses zu suchen. So glaubten M. W. Lomonossow (1711-1765) und W. N. Tatischschew (1686-1750), die an den Ursprüngen der russischen Geschichtswissenschaft standen, dass Wissen und Aufklärung den Verlauf des historischen Prozesses bestimmen.

Der Hauptgedanke, der die Werke von N. M. Karamsin (1766-1826) („Geschichte des russischen Staates“) durchdringt ist die Notwendigkeit einer klugen Autokratie Russlands.

Der größte russische Historiker des XIX. Jahrhunderts S. M. Solowjow (1820 - 1879) ("Die Geschichte Russlands seit der Antike") sah den Verlauf der Geschichte unseres Landes im Übergang von Stammesbeziehungen zur Familie und weiter zur Staatlichkeit.

Drei wichtige Faktoren: die Natur des Landes, die Natur des Stammes und der Verlauf externer Ereignisse, wie der Historiker glaubte, bestimmten objektiv den Verlauf der russischen Geschichte.

Der Schüler von S. M. Solowjow W. O. Kljutschewski (1841-1911) («Kurs der Russischen Geschichte»), der die Ideen seines Lehrers entwickelte, glaubte, glaubte, dass es notwendig sei, die ganze Reihe von Fakten und Faktoren (geographische, ethnische, wirtschaftliche, soziale, politische usw.), die für jede Epoche typisch sind, aufzudecken. „Die menschliche Natur, die menschliche Gesellschaft und die Natur des Landes - das sind die drei Hauptkräfte, die ein menschliches Zusammenleben aufbauen.“ Ihm theoretisch nahe stand S. F. Platonow (1850-1933), dessen "Vorlesungen über die russische Geschichte" mehrfach veröffentlicht wurden, sowie die Werke von N. M. Karamsin, S. M. Solowjow, W. O. Kljutschewski, die in den letzten Jahren in neuer Auflage erschienen sind.

Während der Sowjetzeit waren Historiker besonders erfolgreich darin, sozialökonomische Probleme und die Bewegung der Volksmassen zu untersuchen. Neue historische Quellen wurden identifiziert und in den wissenschaftlichen Umlauf gebracht. Die Dominanz nur eines marxistisch-leninistischen Konzepts im theoretischen Bereich schränkte jedoch die Kreativität der Wissenschaftler erheblich ein. Sie gingen von der entscheidenden Rolle der materiellen Produktion im Leben der Menschen aus und erkannten die Bedeutung der historischen Entwicklung beim Übergang von einer sozioökonomischen Formation zur anderen, die zum Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft auf Erden führte.

Die Autoren dieses Lehrbuchs glauben, dass die Geschichte Russlands ein Teil des welthistorischen Prozesses ist. Man kann jedoch die Besonderheiten der russischen Variante des Entwicklungspfad der menschlichen Zivilisation nicht außer Acht lassen. Die Autoren sehen ihre Aufgabe darin, zu zeigen, wie sich der riesige geopolitische Raum Eurasiens im Rahmen globaler Gesetze entwickelt hat, wie Natur und Klima, das Verhältnis der Größe des Territoriums und seiner Bevölkerung, die multinationale und multikonfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung, die Notwendigkeit der Entwicklung des Territoriums, externe Faktoren u. dgl.

Das Lehrbuch basiert auf den Vorlesungen, die an der Moskauer Lomonossow-Staatsuniversität, der Universität der Völkerfreundschaft Russlands und am Gorki-Literaturinstitut gehalten wurden.

Der Text des Lehrbuchs wurde von einem Autorenteam erstellt: A. S. Orlov

(Einleitung, Kapitel 1-17); N.G. und V. A. Georgijew (Kapitel 18-32, 35, 37, Artikel „Die interne Situation des RSFSR 1920-1921“ und „Neue Wirtschaftspolitik“, Kapitel 33, Artikel „UdSSR 1938 - Anfang 1941“. Kapitel 34); T.A. Siwochina (Artikel „Bildung der UdSSR“, Kapitel 33, Artikel „Wirtschaftspolitik“ und „Gesellschaftspolitische Entwicklung“, Kapitel 34, Kapitel 36, 38-43). Schematische Darstellungen, chronologische und andere Tabellen wurden von den Autoren zusammengestellt.

Kapitel 1

DIE VÖLKER UND ALTEN STAATEN AUF DEM GEBIET UNSERES LANDES

Die moderne Wissenschaft ist zu dem Schluss gekommen, dass die Vielfalt der heutigen kosmischen Objekte vor etwa 20 Milliarden Jahren entstanden ist. Die Sonne - einer der vielen Sterne in unserer Galaxie - ist vor 10 Milliarden Jahren entstanden. Unsere Erde - ein gewöhnlicher Planet im Sonnensystem - ist 4,6 Milliarden Jahre alt. Jetzt wird angenommen, dass der Mensch vor etwa 3 Millionen Jahren begann, sich von der Tierwelt abzuheben.

Die Periodisierung der Geschichte der Menschheit in der Phase der ursprünglichen Gemeinschaftsstruktur ist ziemlich kompliziert. Es sind mehrere Varianten bekannt. Das archäologische Schema wird am häufigsten verwendet. Nach ihr ist die Geschichte der Menschheit in drei große Phasen unterteilt, je nach Material, aus dem die vom Menschen verwendeten Werkzeuge hergestellt wurden (Steinzeit: vor 3 Millionen Jahren - Ende des 3. Jahrtausends v. Chr.; Bronzezeit: Ende des 3. Jahrtausends v. Chr. - 1. Jahrtausend v. Chr.; Eisenzeit - ab dem 1. Jahrtausend v. Chr.).

STEINZEIT

Bei verschiedenen Völkern in verschiedenen Regionen der Erde traten bestimmte Arbeitsinstrumente und Formen des sozialen Lebens nicht gleichzeitig auf. Es gab einen Prozess der Bildung des Menschen (Anthropogenese, aus dem griech. „anthropos“ - Mensch, „genesis“ - Ursprung) und der menschlichen Gesellschaft (Soziogenese, aus dem lat. „societas“ - Gesellschaft und griech. „genesis“ - Ursprung).

Die frühesten Vorfahren des modernen Menschen ähnelten Menschenaffen, die im Gegensatz zu Tieren Werkzeuge herstellen konnten. In der wissenschaftlichen Literatur wird diese Art von Affenmenschen homo habilis genannt - ein Mann mit Geschicklichkeit.

Die weitere Entwicklung der habilis führte vor 1,5 bis 1,6 Millionen Jahren zum Erscheinen des sogenannten Pithecanthropus (vom griech. „pithekos“ - ein Affe, „anthropos“ - ein Mann) oder des Archanthropus (vom griech. „ahaios“ - uralte). Die Archanthropen waren bereits Menschen. Vor 200-300.000 Jahren wurden Archanthropen durch eine weiterentwickelte Art von Menschen ersetzt - Paläoanthropen oder Neandertaler (je nach Ort ihrer ersten Entdeckung im Neandertalgebiet in Deutschland).

Während der frühen Steinzeit – Paläolithikum¹ (vor etwa 700.000 Jahren)

drangen Menschen in das Gebiet Osteuropas ein.

¹ Paläolithikum - die alte Steinzeit (aus griech. „palayos“ - alt, „gegossen“ - Stein). Dementsprechend ist „mesos“ - mittel, „neos“ - neu; daher - Mesolithikum, Neolithikum.

Die Besiedlung erfolgte aus dem Süden.

Archäologen finden Spuren des Aufenthalts der ältesten Menschen in der Krim (Höhlen Kiik-Koba), in Abchasien (in der Nähe von Suchum - Yashtua), in Armenien (Hügel Satani - Dar in der Nähe von Eriwan), sowie in Zentralasien (Süden Kasachstans, Bezirk Taschkent). In der Gegend von Shitomir und am Dnjestr wurden Spuren des Aufenthalts von Menschen hier vor 300-500 Tausend Jahren gefunden.

Großer Gletscher. Vor etwa 100.000 Jahren war ein großer Teil Europas von einem riesigen, bis zu zwei Kilometer dicken Gletscher eingenommen (seitdem haben sich die schneebedeckten Gipfel der Alpen und der skandinavischen Berge gebildet). Die Entstehung des Gletschers hat die Entwicklung der Menschheit beeinflusst.

Das raue Klima zwang den Menschen, das natürliche Feuer zu nutzen und es dann zu extrahieren. Dies half dem Menschen, bei einem scharfen Kälteeinbruch zu überleben. Die Menschen haben gelernt, aus Stein und Knochen stechende und schneidende Gegenstände (Steinmesser, Spitzen für Speere, Schaber, Nadeln, u. dgl.) zu machen. Offensichtlich gehört zu dieser Zeit die Bildung der artikulierte Sprache und der stammesorganisierten Gesellschaft.

Die ersten, noch äußerst vagen religiösen Vorstellungen begannen sich herauszubilden, wie das Aufkommen künstlicher Bestattungen beweist.

Die Schwierigkeiten des Kampfes um die Existenz, die Angst vor den Kräften der Natur und die Unfähigkeit, Sie zu erklären, waren die Gründe für die Entstehung der heidnischen Religion. Das Heidentum war die Vergöttlichung der Kräfte der Natur, der Tiere, der Pflanzen, der guten und bösen Geister. Dieser riesige Komplex primitiver Überzeugungen, Bräuche und Rituale ging der Verbreitung der Weltreligionen (Christentum, Islam, Buddhismus u.a.) voraus.

Während der späten Altsteinzeit (vor 10 - 35 Jahrtausenden) endete das Abschmelzen des Gletschers und es entstand ein Klima ähnlich dem heutigen. Die Nutzung des Feuers zum Kochen, die Weiterentwicklung der Werkzeuge sowie die ersten Versuche, das Verhältnis zwischen den Geschlechtern zu regeln, haben den physischen Typ des Menschen deutlich verändert. In diese Zeit gehört die Verwandlung eines Menschen der Geschicklichkeit (homo habilis) in einen Menschen der Vernunft (homo sapiens). Nach dem Ort des ersten Fundes heißt er Cromagnon-Mensch (Cro-Magnon -Gebiet in Frankreich). Gleichzeitig haben sich, offensichtlich infolge der Anpassung an die Umwelt unter den Bedingungen der starken Klimaunterschiede zwischen den verschiedenen Regionen der Erde, Rassen (europäische, negroide und mongolide) gebildet.

Die Verarbeitung von Steinen, insbesondere von Knochen und Horn, wurde weiterentwickelt. Wissenschaftler bezeichnen das Spätpaläolithikum manchmal als „Knochenzeitalter“. Zu den Funden dieser Zeit zählen Dolche, Speerspitzen, Harpunen, Nadeln mit Öse, Ahlen u. dgl. Spuren der ersten Langzeitsiedlungen wurden gefunden. Das Wohnen bestand nicht mehr nur aus Höhlen, sondern auch aus von Menschen gebauten Laubhütten und Erdhütten. Es wurden Reste von Schmuck gefunden, die es ermöglichen, die Kleidung dieser Zeit zu

reproduzieren.

Während der späten Altsteinzeit wird die primitive Herde durch eine höhere Form der Organisation der Gesellschaft ersetzt - die Stammesgemeinschaft. Die Stammesgemeinschaft ist eine Vereinigung von Menschen derselben Gattung, die kollektives Eigentum haben und die Wirtschaft auf der Grundlage der Arbeitsteilung nach Alter und Geschlecht ohne Ausbeutung führen.

Vor dem Aufkommen der Paarehe wurde die Verwandtschaft durch die Mutterlinie hergestellt. Die Frau spielte zu dieser Zeit eine führende Rolle in der Wirtschaft, die die erste Stufe des generischen Systems bestimmte - das Matriarchat, das bis zur Verbreitung des Metalls andauerte.

Viele Kunstwerke, die in der späten Altsteinzeit geschaffen wurden, sind erhalten geblieben. Malerische bunte Felszeichnungen von Tieren (Mammuts, Bisons, Bären, Hirsche, Pferde u. dgl.), die von Menschen dieser Zeit gejagt wurden, sowie Figuren, die eine weibliche Gottheit darstellen, wurden in Höhlen und an Orten in Frankreich, Italien, im Südrural gefunden (die berühmte Kapowahöhle).

Im Mesolithikum, also in der Mittelsteinzeit (vor 8-10 Tausend Jahren), wurden neue Erfolge in der Steinverarbeitung erzielt. Spitzen und Klingen von Messern, Speeren und Harpunen wurden dann als eigene Einsätze aus dünnen Feuersteinplatten hergestellt. Eine Steinaxt wurde verwendet, um Holz zu verarbeiten. Eine der wichtigsten Errungenschaften war die Erfindung des Bogens - einer Langstreckenwaffe, mit der Tiere und Vögel erfolgreicher gejagt werden konnten. Die Menschen haben gelernt, Schlingen und Jagdfallen herzustellen.

Jagen und Sammeln wurden durch Fischen ergänzt. Versuche von Menschen, auf Baumstämmen zu schwimmen, wurden festgestellt. Die Domestizierung der Tiere begann: ein Hund wurde gezähmt, danach - ein Schwein. Schließlich wurde Eurasien besiedelt: der Mensch erreichte die Küsten der Ostsee und des Pazifiks. Gleichzeitig sind, wie viele Forscher glauben, von Sibirien über die Tschuktschen-Halbinsel Menschen auf das Territorium Amerikas gelangt.

Neolithische Revolution.

Neolithikum - die letzte Periode der Steinzeit (vor 5 - 7 Tausend Jahren) ist gekennzeichnet durch das Auftreten von Schleif- und Bohrwerkzeugen aus Stein (Äxte, Queräxte, Hacken). Griffe wurden an Gegenständen befestigt. Aus dieser Zeit ist das Nongeschirr bekannt. Die Menschen begannen, Boote zu bauen, lernten, Netze für den Fang von Fischen zu weben.

Bedeutende Veränderungen in Technik und Produktionsformen zu dieser Zeit werden manchmal als „neolithische Revolution“ bezeichnet. Das wichtigste Ergebnis war der Übergang vom Sammeln, von der aneignenden zur produzierenden Wirtschaft. Der Mensch hatte keine Angst mehr, sich von den bewohnbaren Orten zu lösen, er konnte sich freier auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen niederlassen und sich neues Land aneignen. Je nach den natürlichen und klimatischen Bedingungen auf dem Territorium Osteuropas und Sibiriens haben sich verschiedene Arten der Wirtschaftstätigkeit gebildet. In der Steppenzonen lebten vom mittleren Dnjepr bis zum Altai Viehzuchtstämme. In den Gebieten der heutigen Ukraine, Transkaukasien, Zentralasien, Südsibirien

siedelten sich Bauern an. Die Jagd- und Fischereiwirtschaft war typisch für die nördlichen Waldregionen des europäischen Teils und Sibiriens. Die historische Entwicklung der einzelnen Regionen verlief ungleich. Viehzucht- und Landwirtschaftsstämme entwickelten sich schneller. Die Landwirtschaft drang allmählich in die Steppenregionen ein.

Unter den Bauernlagern in Osteuropa und Zentralasien kann man neolithische Siedlungen in Turkmenistan (nahe Aschchabad), in Armenien (nahe Jerewan (*vormals Eriwan*)) u.a. hervorheben. In Zentralasien wurden im 4. Jahrtausend v. Chr. die ersten künstlichen Bewässerungssysteme geschaffen. In der osteuropäischen Ebene war Trypillian (*Cucuteni-Tripolje-Kultur*) die älteste landwirtschaftliche Kultur, benannt nach dem Dorf Trypillja in der Nähe von Kiew. Siedlungen von Trypillianern wurden von Archäologen auf dem Gebiet vom Dnjepr bis zu den Karpaten entdeckt. Es handelte sich um große Dörfer von Ackerbauern und Viehzüchtern, deren Wohnstätten im Kreis angeordnet waren. Bei Ausgrabungen in diesen Siedlungen wurden Weizen-, Gersten- und Hirsekörner gefunden. Gefunden wurden hölzerne Sicheln mit Feuersteineinsätzen, steinerne Reibmühlen und andere Gegenstände. Die Trypillianische Kultur gehört zur Kupfersteinzeit - dem Eneolithikum (3. - 1. Jahrtausend v. Chr.).

BRONZEZEIT

Die Menschheit erhielt neue Impulse in der historischen Entwicklung, indem sie die Metallproduktion beherrschte. Auf dem Territorium unseres Landes beschleunigte sich die Entwicklung jener Stämme, die in der Nähe der Kupfer- und Zinnvorkommen lebten. Auf dem Territorium Eurasiens lebten solche Stämme in den Regionen des Nordkavkasus, Zentralasiens, des Urals und Sibiriens.

Der Übergang zu Metallwerkzeugen führte zur Trennung von Viehzucht- und Landwirtschaftsstämmen.

Die Rolle des Mannes - Hirt und Bauer - hat in der Produktion zugenommen. Das Matriarchat wurde durch das Patriarchat ersetzt. Die Viehzucht führte zu einer noch intensiveren Bewegung der Sippen auf der Suche nach Weiden. Es gab eine Vereinigung und Erweiterung einzelner Sippen zu großen Stämmen.

Große kulturelle Gemeinschaften begannen sich herauszubilden. Wissenschaftler glauben, dass diese Gemeinschaften den Sprachfamilien entsprachen, aus denen die derzeit in unserem Land lebenden Völker stammten. Die größte Sprachfamilie ist die indoeuropäische.

Sie entwickelte sich auf dem Gebiet des heutigen Iran und Kleinasien, breitete sich nach Süd- und Osteuropa, Klein- und Zentralasien und in die Region der Hindustan-Halbinsel aus. In der Folge spaltete sich die indoeuropäische Sprachfamilie in mehrere Zweige auf: im Süden und Südosten - Iraner, Inder, Tadschiken, Armenier u.a.; im Westen - die heutigen Deutschen, Franzosen, Engländer u.a.; im Osten - die Balten und entfernte Vorfahren der Slawen.

Eine andere große Sprachfamilie - die *finno-ugrische* (die heutigen Finnen, Esten, Karelier, Chanten, Mordwinier u.a.) - nehmen seit langem das Gebiet von der

Kama-Region bis zum Transuralgebiet ein, von wo aus ihre Stämme im europäischen Norden, in der Wolgagebiet und in Westsibirien siedelten. Die Vorfahren der *turksprachigen* Völker lebten in Zentralasien, von wo aus sie ihren Vormarsch nach Osteuropa und weiter nach Westen begannen. Die Gebirgsschluchten des Nordkavkasus sind seit der Bronzezeit bis heute von den Völkern der *iberisch-kaukasischen* Sprachfamilie bewohnt. Auf dem Territorium Ostsibiriens und Nordostasiens siedelten sich die Korjaken, Aleuten, Eskimos und andere Völker an, die bis heute hier leben. Die Herkunft der Völker (Ethnogenese) ist eine der komplexen Fragen der Wissenschaft; es ist ein langer Prozess, der mehrere Jahrtausende dauert.

Bis zur Mitte des 2. Jahrtausends v. Chr. verweisen Archäologen auf die Isolation der indoeuropäischen Stämme der Urslawen. Es handelte sich um eine Gruppe verwandter Stämme, deren Denkmäler sich von der Oder im Westen bis zu den Karpaten im Osten Europas verfolgen lassen.

Der Prozess der Trennung der ursprünglichen Gemeinschaftsstruktur in verschiedenen Regionen Eurasiens fand nicht gleichzeitig statt. In den südlichen Regionen kam es bereits früher zur Trennung der ursprünglichen Gemeinschaftsstruktur, was in Zentralasien und Transkaukasien, in der Wolgaregion, zur Entstehung von Sklavenhalterstaaten führte.

Die ältesten Staaten auf dem Territorium unseres Landes.

Die ersten Sklaven haltenden Zivilisationen auf dem Globus entstanden bereits in der Bronzezeit in einem Streifen mit einem günstigen Klima, der sich vom Mittelmeer bis nach China erstreckt: die Gewaltherrschaft des Alten Ostens, Griechenlands, Roms, Indiens und Chinas. Die Sklaverei existierte als vorherrschende Form der Organisation des Lebens im weltgeschichtlichen Maßstab bis in die III. – V. Jahrhunderte nach Christus. Transkaukasien, Zentralasien und die Schwarzmeerküste waren die Randgebiete der sklavenhaltenden Welt. Die Geschichte dieser Regionen sollte im Zusammenhang mit den größten staatlichen Formationen der Antike betrachtet werden. Auf dem Gebiet von Transkaukasien, Zentralasien und der Schwarzmeerregion wurden große Staaten gebildet, die den Verlauf der Weltgeschichte beeinflussten.

Die sklavenhaltenden Staaten der nördlichen Schwarzmeerregion. Skythen.

Nördlich der blühenden Sklaven haltenden Zivilisationen der Antike lebten auf dem Gebiet der nördlichen Schwarzmeerküste zahlreiche Nomadenstämme, die das Stadium des Verfalls der ursprünglichen Gemeinschaftsstruktur erlebten. Am schnellsten verlief dieser Prozess bei den iranischsprachigen Skythen, wo sich eine Klassengesellschaft bildete. Der Vater der Geschichte Herodot (V. Jh. v. Chr.) nannte die Skythen die gesamte Bevölkerung, die nördlich des Schwarzen und Asowschen Meeres lebte. Es ist möglich, dass die Anzahl der Skythen einen Teil der Slawen, die im Mittleren Transnistrien (Skythen-Pachari (*Ackersmänner*) oder Borisfenier, aus dem alten Namen des Dnjepr - Borisfen) lebten, umfasste. In unserer Sprache sind seit jener Zeit die Wörter erhalten geblieben, die aus dem iranischen entlehnt sind - Gott, Axt, Hund u.a. Die Skythen waren durch die Entwicklung patriarchalischer (häuslicher) Sklaverei in Verbindung mit ursprünglichen Gemeinschaftsbeziehungen gekennzeichnet.

Die Eigentumsdifferenzierung unter den Skythen hat ein beträchtliches Ausmaß erreicht, wie die in den Grabhügeln der skythischen Könige gefundenen Schätze belegen.

Im VI. - IV. Jahrhundert v. Chr. schlossen sich die Skythen zu einem mächtigen Stammesbund zusammen. Im III. Jahrhundert v. Chr. entstand auf seiner Grundlage ein starker skythischer Staat mit der Hauptstadt Neapolis Scythica (Gebiet Simferopol). Bei den Ausgrabungen von Neapolis Scythica haben Archäologen erhebliche Getreidevorräte entdeckt. Die skythischen Bauern bauten „den besten Weizen der Welt“ (Herodot) an. Getreide aus Skythien wurde nach Griechenland exportiert.

Griechische Städte-Kolonien.

Vermittler im Getreidehandel waren griechische Sklavenstaaten an der Schwarzmeerküste. Die bekanntesten von ihnen waren Olbia (bei Nikolajew), Chersonesos (auf dem Gebiet des heutigen Sewastopols), Panticapaeum (Kertsch), Pitiund (Pizunda), Gorgippia (Anapa), Dioskurad (Suchumi), Phasis (Poti), Tanais (bei Rostov am Don), Kerkinitida (Jewpatorija) u.a.

Die Städte an der nördlichen Schwarzmeerküste haben die Struktur und Lebensweise der griechischen Welt weitgehend kopiert. Die antike Sklaverei beruhte im Gegensatz zur Sklaverei in den östlichen Gewaltherrschaften und der patriarchalischen Sklaverei der Völker im Stadium des Verfalls der ursprünglichen Gemeinschaftsstruktur auf einem hohen Entwicklungsstand der Warenproduktion. Aktiver Seehandel stimulierte die Spezialisierung der Produktion. Es bildeten sich große Landlatifundien, die Getreide, Wein und Öl produzierten. Das Handwerk hat sich deutlich entwickelt. Als Folge der Kriege vervielfachte sich die Zahl der Sklaven, die alle freien Bürger besitzen durften.

Fast alle Stadtstaaten der Schwarzmeerregion waren Sklavenrepubliken. In den antiken Staaten spielten freie Bürger eine wichtige Rolle bei der Verwaltung des Landes. Hinter der Festungsmauer erhoben sich majestätische Tempel, Wohn- und öffentliche Gebäude. Griechische Schiffe transportierten Getreide, Wein und Öl, das von Sklaven produziert oder von benachbarten Stämmen in Amphorengefäßen gekauft wurde, über günstige Häfen vom Schwarzen Meer her. Sklaven wurden ebenfalls exportiert. Die Hälfte des Getreides, das die Athener aßen, wurde aus Panticapaeum (Kertsch) gebracht. Im 5. Jahrhundert v. Chr. wurde Panticapaeum zum Zentrum einer großen Sklavenhaltermacht - dem Bosporianischen Königreich (5. Jahrhundert v. Chr. - 4. Jahrhundert n. Chr.). Das Bosporianische Königreich führte ständig Kriege mit benachbarten Nomadenvölkern. 107 v. Chr. kam es in Bosphorus zu einem von Saumakos angeführten Aufstand von Handwerkern, Bauern und Sklaven. Saumakos wurde zum König des Bosphorus proklamiert. Mit Hilfe der Truppen von Mithridates, König von Pontus (ein Staat in Kleinasien), wurde der Aufstand niedergeschlagen und Saumakos hingerichtet. Der Saumakos - Aufstand ist die erste bekannte groß angelegte Aktion der Volksmassen auf dem Territorium unseres Landes.

In den ersten Jahrhunderten n. Chr. gerieten die sklavenhaltenden Stadtstaaten am Schwarzen Meer in Abhängigkeit von Rom. Im 3. Jahrhundert n. Chr. manifestierte sich die Krise des Sklavenhaltungssystems deutlich, und im 4. - 5. Jahrhundert n. Chr. gerieten die Sklavenhalter unter den

Druck der Goten und Hunnen.

Sklavenarbeit wurde beim Übergang zu Eisenwerkzeugen unrentabel. Die Invasion der barbarischen Stämme vollendete den Untergang der Sklavenhaltenden Zivilisation.

EISENZEIT

Während in der günstigsten Klimazone der Erde bereits in der Bronzezeit Sklavenhaltende Zivilisationen aus Mesopotamien, Ägypten, dem Mittelmeerraum, West- und Zentralasien, Indien und China, lebten nördlich und südlich von ihnen Völker, die sich noch im Stadium der ursprünglichen Gemeinschaftsstruktur befanden.

Der Übergang dieser Völker zu einer Klassengesellschaft wurde durch den Beginn der Herstellung von Werkzeugen aus Eisen (an der Schwelle des 1. Jahrtausends n. Chr.) erleichtert.

Die weite Verbreitung von Eisenvorkommen in Form von Sumpferzen, seine Billigkeit im Vergleich zu Bronze, die höhere Produktivität der Eisenwerkzeuge führten zur Verdrängung von Bronze- und Steinprodukten. Die Verwendung von Eisen gab der Entwicklung der Produktivkräfte einen enormen Auftrieb. Eine intensivere Rodung von Waldflächen für die Landwirtschaft wurde möglich, die Landbewirtschaftung verbesserte sich. Die Verwendung fortschrittlicherer Eisenwerkzeuge durch die Handwerker führte zur Trennung von Handwerk und Landwirtschaft. Handwerker begannen, Produkte nicht nur auf Bestellung, sondern auch für den Austausch herzustellen, was die Entstehung einer einfachen Warenproduktion bedeutete. Die Verwendung von Eisen bewirkte eine Veränderung der sozialen Beziehungen sowohl zwischen den Völkern, die unter Bedingungen der Sklaverei lebten, als auch zwischen den Stämmen, die sich im Stadium einer ursprünglichen Gemeinschaftsstruktur befanden. Die Entwicklung der Produktivkräfte in den ursprünglichen Stämmen trug zum Wachstum der Produktion und zum Entstehen gewisser Überschüsse bei, was zur Entstehung von Privateigentum und zum Zerfall der ursprünglichen Gemeinschaftsstrukturen führte. Wie in der Bronzezeit haben Kriege und Plünderungen den Prozess der Eigentumsdifferenzierung erheblich beschleunigt.

Die weite Verbreitung von Eisen in unserem Land geht auf das 1. Jahrtausend v. Chr. zurück.

Die Förderung der Landwirtschaft nördlich der warmen Klimazone führte dazu, dass in den Ländern, in denen unsere fernen Vorfahren - die Slawen - lebten, auch die Voraussetzungen für die Entstehung von Privateigentum zu entstehen begannen; es bildete sich eine Klassengesellschaft heraus, die die Organisation der sozialen Beziehungen forderte, und als natürliche Folge bildete sich der Staat.

Kapitel 2

DIE OSTSLAWEN. BILDUNG DES ALTRUSSISCHEN STAATES

Die ersten Nachweise über die Slawen.

Die Slawen haben sich, wie die meisten Historiker glauben, in der Mitte des II. Jahrtausends v. Chr. von der indoeuropäischen Gemeinschaft abgesondert. Der Stammsitz der frühen Slawen (Urslawen) war nach archäologischen Daten ein Gebiet östlich der Deutschen - von der Oder im Westen bis zu den Karpaten im Osten. Eine Reihe von Forschern glaubt, dass die urslawische Sprache später, in der Mitte des ersten Jahrtausends v. Chr., Gestalt anzunehmen begann. Die ersten schriftlichen Zeugnisse über die Slawen gehen auf den Beginn des I. Jahrtausends n. Chr. zurück. Über Slawen berichten griechische, römische, arabische und byzantinische Quellen. Antike Autoren erwähnen die Slawen unter dem Namen Wenden (römischer Schriftsteller Plinius der Ältere, Historiker Tacitus, 1. Jh. n. Chr.; Geograph Ptolemäus Claudius, 2. Jh. n. Chr.).

Während der Großen Völkerwanderung (III - VI. Jh. n. Chr.), die mit der Krise der Sklavenhalterzivilisation zusammenfiel, erschlossen die Slawen das Gebiet Mittel-, Ost- und Südosteuropas. Sie lebten in den Wald- und Waldsteppengebieten, wo es durch die Verbreitung von Eisenwerkzeugen möglich wurde, eine sesshafte Landwirtschaft zu betreiben. Nachdem sich die Slawen auf dem Balkan niedergelassen hatten, spielten sie eine bedeutende Rolle bei der Zerstörung der Donau-Grenze von Byzanz.

Die ersten Kenntnisse zur politischen Geschichte der Slawen stammen aus dem 4. Jahrhundert n. Chr. Von der Ostseeküste aus machten sich die germanischen Gotenstämme auf den Weg in die nördliche Schwarzmeerregion. Der gotische Führer Germanarich (*oder Ermanarich*) wurde von den Slawen besiegt. Sein Nachfolger Vinitar (*Vitimir, Vinitharius*) täuschte 70 slawische Älteste, die von Boz (Buz) geführt wurden, und kreuzigte sie. Acht Jahrhunderte später erwähnte der unbekannte Autor von „Ein Wort zu Igors Regiment“ (*Igorlied*) die „Zeit von Boz“.

Die Beziehungen zu den Nomadenvölkern der Steppe nahmen im Leben der slawischen Welt einen besonderen Platz ein. Über diesen Steppenozean, der sich vom Schwarzen Meer bis nach Zentralasien erstreckt, drangen Welle um Welle Nomadenstämme in Osteuropa ein.

Am Ende des 4. Jh. wurde der gotische Stammesverband durch türkischsprachige Hunnenstämme, die aus Zentralasien kamen, zerschlagen. Im Jahr 375 besetzten Horden von Hunnen mit ihren Nomaden das Gebiet zwischen Wolga und Donau und drangen dann weiter nach Europa bis an die Grenzen Frankreichs vor. Auf ihrem Vormarsch nach Westen haben die Hunnen einen Teil der Slawen mitgeschleppt. Nach dem Tod des Anführers der Hunnen Attila (453) löste sich das hunnische Reich auf und sie wurden nach Osten zurückgeworfen.

Im VI. Jh. schufen die türkischsprachigen Awaren (in den russischen Annalen *Obra (Aware)* genannt) einen eigenen Staat in der südrussischen Steppe und vereinten die dort umherstreifenden Stämme. Awar Khanat wurde 625 von Byzanz besiegt. Der „Stolze Geist“ und der Körper des großen Obra verschwanden spurlos. „Umgekommen wie die Obra“ - diese Worte aus der leichten Hand des russischen Chronisten wurden zu einem Aphorismus.

Die größten politischen Formationen der VII. - VIII. Jahrhunderte in der südrussischen Steppe waren das bulgarische Königreich und das Chasaren-Khanat, sowie im Gebiet des Altai das Turk-Khanat. Die Nomadenstaaten waren labile Konglomerate von Steppenbewohnern, die nach Kriegsbeute suchten.

Infolge des Zusammenbruchs des bulgarischen Königreichs wanderte ein Teil der Bulgaren unter der Führung von Khan Asparuch an die Donau aus, wo sie von den dort lebenden Südslawen assimiliert wurden, die den Namen von Asparuchs Kriegern, d. h. Bulgaren, annahmen. Ein anderer Teil des Bulgaren-Turkvolkes mit Khan Batbajan kam an den Mittellauf der Wolga, wo eine neue Macht entstand - Wolga-Bulgarien (Bulgarien). Sein Nachbar, der seit der Mitte des VII. Jahrhunderts das Gebiet der unteren Wolgaregion, die Steppen des Nordkaukasus, das Schwarze Meer und teilweise die Krim besetzte, war das Chasarische Khaganat, das bis zum Ende des IX. Jahrhunderts von den Dnepr-Slawen einen Tribut einforderte.

Ostslawen im VI - IX Jahrhundert.

Im VI. Jahrhundert führten die Slawen wiederholt Feldzüge gegen den größten Staat der damaligen Zeit - Byzanz - durch. Aus dieser Zeit sind uns eine Reihe von Schriften byzantinischer Autoren überliefert worden, die eine Art militärische Anleitung zum Kampf gegen die Slawen enthalten. So schrieb zum Beispiel der byzantinische Procopius von Cäsarea in dem Buch „Krieg mit den Goten“: „Diese Stämme, die Slawen und die Antes, werden nicht von einem einzigen Mann regiert, sondern sie leben seit der Antike durch die Macht des Volkes (Demokratie), und deshalb wird ihr Glück und Unglück im Leben als eine gemeinsame Sache betrachtet ...

Sie glauben, dass nur Gott, der Schöpfer des Blitzes, der Herrscher über alle ist, und Stiere werden ihm geopfert und andere heilige Riten werden durchgeführt ... Sie haben beide die gleiche Sprache... Und einmal war sogar der Name der Slawen und der Antes derselbe“.

Byzantinische Autoren verglichen die Lebensweise der Slawen mit der ihres Landes und betonten die Rückständigkeit der Slawen. Feldzüge gegen Byzanz konnten nur von großen Stammesverbänden der Slawen durchgeführt werden. Diese Feldzüge förderten die Bereicherung einer Stammesspitze von Slawen, die den Zerfall der ursprünglichen Gemeinschaftsstruktur beschleunigte.

Die Bildung großer Stammesverbände der Slawen wird durch die in der russischen Chronik enthaltene Legende angezeigt, die über die Regierungszeit von Kija mit den Brüdern Schtschek, Choriw und Schwester Lybed in der Region des Mittleren Dnjepr berichtet. Kiew, gegründet von den Brüdern, wurde angeblich nach dem älteren Bruder Kija benannt. Der Chronist vermerkte, dass auch andere Stämme die gleiche Herrschaft hatten. Historiker glauben, dass diese Ereignisse in den späten V. – VI. Jahrhunderten n. Chr. stattfanden.

Territorium der Ostslawen (VI. - IX. Jahrhundert).

Die Ostslawen besetzten das Gebiet von den Karpaten im Westen bis zur Mittleren Oka und dem oberen Don im Osten, von der Newa und dem Ladogasee im Norden bis zum Mittleren Dnjepr im Süden. Die Slawen, die die osteuropäische Ebene beherrschten, kamen mit einer kleinen Anzahl finno-ugrischer und baltischer Stämme in Kontakt. Es gab einen Prozess der Assimilation (Vermischung) der Völker. Im VI.- IX. Jahrhundert waren die Slawen in Gemeinschaften vereint, die nicht mehr nur angestammte, sondern auch territoriale und politische Gemeinschaften waren. Stammesverbände waren eine Etappe auf dem Weg zur Bildung der Staatlichkeit der Ostslawen.

In urkundlichen Erzählungen über die Besiedlung der slawischen Stämme werden eineinhalb Dutzend (*Zehner, zehn Stück*) Vereinigungen der Ostslawen genannt. Der Begriff „Stämme“ im Zusammenhang mit diesen Vereinigungen wurde von Historikern vorgeschlagen. Es wäre zutreffender, diese Vereinigungen als Stammesverbände zu bezeichnen. Zu diesen Verbänden gehörten 120 - 150 einzelne Stämme, deren Namen bereits verloren gegangen waren. Jeder einzelne Stamm wiederum bestand aus einer großen Anzahl von Sippen und besetzte ein großes Territorium (40 - 60 km Durchmesser).

Die Geschichte der Chronik über die Besiedlung der Slawen wurde durch archäologische Ausgrabungen im XIX. Jahrhundert hervorragend bestätigt. Archäologen stellten fest, dass die Daten der Ausgrabungen (Bestattungsrituale, Frauenschmuck - Schläfenringe u. dgl.), die für jeden Stammesverband typisch sind, mit der urkundlichen Angabe ihres Standortes übereinstimmen.

Polanen lebten in der Waldsteppe am Mittellauf des Dnjepr (Kiew). Nördlich von ihnen, zwischen den Mündungen der Flüsse Desna und Ros, lebten die Nordländer (Tschernigow). Westlich der Polanen, am rechten Ufer des Dnjepr, „haben sich in den Wäldern niedergelassen“ die Drewljanen. Nördlich der Drewlanen, zwischen den Flüssen Pripjat und der Westdwina, siedelten Dregowitscher (vom Wort „Dragwa“ - Sumpf), der entlang der Westdwina an die Polochaner (vom Fluss Polota - einem Nebenfluss der Westdwina) angrenzte. Südlich des Flusses Bug lebten, wie einige Historiker glauben, Bushaner und Wolhyner - Nachfahren von Duleben. Das Gebiet zwischen den Flüssen Prut und Dnjepr besiedelten die Ulitschen. Zwischen dem Dnjepr und dem südlichen Bug lebten Tiberer. An den Flüssen Oka und Moskwa richteten sich die Wjatitscher ein; westlich von ihnen lebten Kriwitscher; am Fluss Sosch und seinen Nebenflüssen - Radimitscher. Der nördliche Teil der Westhänge der Karpaten war von Weißen Kroaten besetzt. Rund um den Ilensee lebten Ilenslawen (Nowgorod).

Chronisten stellten die ungleichmäßige Entwicklung einzelner Stammesverbände der Ostslawen fest.

Im Zentrum ihrer Berichte steht das Land der Polanen. Das Land der Polanen, so wiesen Chronisten darauf hin, hatte auch den Namen „Rus“. Historiker glauben, dass dies der Name eines der Stämme war, die entlang des Flusses Ros lebten und der Stammesverband den Namen gaben, deren Geschichte von den Polanen geerbt wurde. Dies ist nur eine der möglichen Erklärungen für den Begriff „Rus“. Die Frage nach dem Ursprung dieses Namens ist nicht vollständig geklärt.

Nachbarn der Ostslawen im Nordwesten waren baltische letto - litauische (Samogitien, Litauen, Preußen, Latgalier, Semigallianer, Kuren) und finno-ugrische (Chud-Esten, Livs) Stämme. Die Finno-Ugrischen grenzten sowohl im Norden als auch im Nordosten an die Ostslawen (Wod, Ishoren, Karelen, Samen, Wes, Perm). Im Oberlauf der Wytschegda, Petschora und Kama lebten Jugra, Merja, Tscheremisse - Maras, Muroma, Meschtschera, Mordwinier und Burtasen. Im Osten, von der Mündung des Flusses Belaja in Kama bis zur Mittleren Wolga, befand sich das Wolga-Kama Bulgarenreich, ihre Bevölkerung bestand aus Turkvölkern. Ihre Nachbarn waren Baschkiren. Die südrussischen Steppen

wurden im VIII. - X. Jahrhundert von Magyaren (Ungarn) besetzt - finno-ugrische Viehzüchter, die nach ihrer Umsiedlung in die Gegend des Plattensees im IX. Jahrhundert durch Petschenege abgelöst wurden.

An der Unterwolga und in den Weiten der Steppen zwischen dem Kaspischen und dem Asowschen Meer dominierte das Chasaren- Khanat. Das Schwarzmeergebiet wurde von Donaubulgarien und dem Byzantinischen Reich beherrscht.

Der Weg „von den Warägern zu den Griechen“.

Die große Wasserstraße „von den Warägern zu den Griechen“ war eine Art „Hauptstraße“, die Nord- und Südeuropa verband. Sie entstand Ende des IX. Jahrhunderts. Von der Ostsee (Warägersee) entlang der Newa gelangten die Karawanen der Kaufleute zum Ladoga-See (Newo), von dort entlang des Wolchow-Flusses - zum Ilmensee und weiter entlang des Lowat-Flusses bis zum Oberlauf des Dnjepr.

Vom Lowat bis zum Dnjepr in der Gegend von Smolensk und auf den Dnjepr-Stromschnellen überquerten sie auf „Rollwegen“. Die Westküste des Schwarzen Meeres ging bis Konstantinopel (Istanbul). Die am weitesten entwickelten Länder der slawischen Welt - Nowgorod und Kiew - kontrollierten die nördlichen und südlichen Teile der Großen Handelsstraße. Dieser Umstand gab Anlass für eine Reihe von Historikern, die W. O. Kljutschewski folgten, zu behaupten, dass der Handel mit Pelzen, Wachs und Honig die Hauptbeschäftigung der Ostslawen war, da der Weg „von den Warägern zu den Griechen“ „der wichtigste Kern des wirtschaftlichen, politischen und dann kulturellen Lebens der Ostslawen“ war.

Wirtschaft der Slawen.

Die Hauptbeschäftigung der Ostslawen war die Landwirtschaft. Dies wird durch archäologische Ausgrabungen bestätigt, bei denen Samen von Getreide (Roggen, Weizen, Gerste, Hirse) und Gemüsekulturen (Rüben, Kohl, rote Rüben, Karotten, Radieschen, Knoblauch u. a.) gefunden wurden. Damals identifizierte der Mensch das Leben mit Ackerland und Brot, daher der Name der Getreidekulturen „Korn“, der sich bis heute erhalten hat. Über die landwirtschaftlichen Traditionen dieser Region spricht die Anlehnung der Slawen an die römische Brotnorm - den Quadranten (26,26 l), der in Russland als Tschetwerik bezeichnet wird und in unserem System der Maße und Maßstäbe bis 1924 existierte.

Die wichtigsten landwirtschaftlichen Systeme der Ostslawen sind eng mit den natürlichen und klimatischen Bedingungen verbunden. Im Norden, im Gebiet der Taigawälder (deren Überbleibsel die Bialowiezer Heide ist), war das vorherrschende Landwirtschaftssystem Brandrodung. Im ersten Jahr wurden die Bäume gefällt. Im zweiten Jahr wurden die ausgetrockneten Bäume verbrannt und das Getreide mit Asche als Dünger ausgesät. Zwei oder drei Jahre lang hatte das Land für diese Zeit einen hohen Ertrag, dann war das Land erschöpft und man musste an einen neuen Standort umziehen. Die wichtigsten Werkzeuge waren eine Axt, sowie eine Hacke, ein Pflug, eine astige Egge und ein Spaten, die den Boden lockerten. Sie ernteten mit Sichel. Sie dreschen mit Dreschflegeln. Das Korn wurde mit Steinreibmühlen und Handmühlsteinen gemahlen.

In den südlichen Regionen war das führende Landwirtschaftssystem die Brache.

Es gab dort viel fruchtbares Land und Grundstücke wurden zwei bis drei Jahre oder länger bestellt. Mit der Erschöpfung des Bodens zogen (anderswo hinlegen) sie an neue Standorte. Die wichtigsten Werkzeuge, die hier verwendet wurden, waren der Hakenpflug, der Pflug, der Holzpflug mit eiserner Pflugschar, d.h. Werkzeuge, die für das horizontale Pflügen geeignet sind.

Mit der landwirtschaftlichen Beschäftigung war die Viehzucht eng verbunden. Die Slawen züchteten Schweine, Kühe, kleines Hornvieh. Im Süden wurden Ochsen als Zugtiere und Pferde in der Waldzone eingesetzt. Weitere Aktivitäten der Slawen sind Angeln, Jagen und Imkerei (Sammeln des Honigs von Wildbienen), die in den nördlichen Regionen einen großen Anteil hatten. Auch Kulturpflanzen (Flachs, Hanf) wurden angebaut.

Das Gemeinwesen.

Das niedrige Niveau an Produktivkräften bei der Verwaltung der Wirtschaft erforderte enormen Arbeitsaufwand. Nur ein großes Kollektiv konnte arbeitsintensive Arbeiten ausführen, die innerhalb eines streng definierten Zeitrahmens durchgeführt werden mussten; es war auch die Aufgabe des Teams, dafür zu sorgen, dass das Land ordnungsgemäß verteilt und genutzt wurde. Daher wurde von der Gemeinde eine große Rolle im Leben des altrussischen Dorfes übernommen – Frieden und Verv (vom Wort „Seil“, mit dem das Land bei der Aufteilung gemessen wurde).

Zu der Zeit, als der Staat unter den Ostslawen gebildet wurde, war die Stammesgemeinschaft durch eine territoriale oder benachbarte Gemeinschaft ersetzt worden. Die Gemeinschaften waren nicht mehr in erster Linie durch Verwandtschaft, sondern durch die Gemeinschaft des Territoriums und des Wirtschaftslebens miteinander verbunden. Jede dieser Gemeinschaften besaß ein bestimmtes Gebiet, in dem mehrere Familien lebten.

Es gab zwei Formen des Eigentums in der Gemeinschaft - persönliches und öffentliches. Das Haus, das Ackerland, das Vieh und das Inventar waren persönliches Eigentum der einzelnen Gemeindemitglieder. In allgemeiner Nutzung waren Land, Wiesen, Wälder, Gewässer, landwirtschaftliche Nutzflächen. Ackerland und Mähen sollten unter den Familien aufgeteilt werden.

Gemeinschaftliche Traditionen und Ordnungen haben über viele Jahrhunderte die Lebensweise und die charakteristischen Merkmale der russischen Bauernschaft bestimmt.

Infolge der Übertragung des Landbesitzes von den Fürsten auf die Feudalherren fielen einige Gemeinschaften unter deren Herrschaft.

(*Lehen* ist ein erblicher Besitz, der vom Fürsten-Lehnsherr seinem Vasall gegeben wurde, der dafür zum Hofdienst und Militärdienst verpflichtet war. Der *Feudalherr* ist der Besitzer des Lehens, der Grundbesitzer, der die von ihm abhängigen Bauern ausbeutete). Eine andere Möglichkeit, die Nachbargemeinden den Feudalherren zu unterwerfen, war die Gefangennahme ihrer Mitglieder und Fürsten. Aber meistens verwandelte sich der alte Stammes-Adel, der die Gemeindemitglieder unterwarf, in Bojaren-Patrimonials.

Gemeinschaften, die nicht unter die Herrschaft von Feudalherren fielen, waren verpflichtet, dem Staat Abgaben zu zahlen, der gegenüber diesen

Gemeinschaften sowohl als oberste Macht als auch als Feudalherr auftrat.

Bauernhöfe und die Höfe der Feudalherren hatten einen natürlichen Charakter. Beide versuchten, sich mit internen Vorräten zu versorgen, und hatten noch nicht für den Markt gearbeitet. Die Feudalwirtschaft könnte jedoch ohne den Markt überhaupt nicht leben. Mit dem Aufkommen von Überschüssen wurde es möglich, landwirtschaftliche Produkte gegen handwerkliche Waren auszutauschen. Städte nahmen Gestalt an als Zentren des Handwerks, des Handels und des Austauschs und gleichzeitig als Hochburgen der Macht für Feudalherren und zur Verteidigung gegen äußere Feinde.

Die Stadt.

Die Stadt wurde in der Regel auf einem Hügel am Zusammenfluss zweier Flüsse errichtet, da dies eine zuverlässige Verteidigung gegen feindliche Angriffe darstellte. Der zentrale Teil der Stadt, geschützt durch einen Wall, um den eine Festungsmauer errichtet wurde, wurde Kreml, Krom oder Detinets genannt. Dort befanden sich Fürstenpaläste, Höfe der größten Feudalherren, Kirchen und spätere Klöster. Auf beiden Seiten war der Kreml durch eine natürliche Wasserhindernis geschützt. An der Seite des Kremldreiecks wurde ein mit Wasser gefüllter Graben ausgehoben. Hinter dem Graben, im Schutz der Festungsmauern, befand sich der Marktplatz. Siedlungen von Handwerkern grenzten an den Kreml.

Der handwerklich geprägte Teil der Stadt hieß Vorstadt, und in den einzelnen Stadtvierteln lebten in der Regel Handwerker eines bestimmten Fachgebiets - Slobodas.

In den meisten Fällen wurden die Städte an Handelsrouten gebaut, wie z.B. der Route „von den Warägern zu den Griechen“ oder der Wolga-Handelsroute, die Russland mit dem Osten verband. Die Kommunikation mit Westeuropa wurde auch über Landstraßen aufrechterhalten.

Die genauen Daten der Gründung der antiken Städte sind unbekannt, aber viele von ihnen existierten bereits zum Zeitpunkt der ersten Erwähnung in den Chroniken, wie z.B. Kiew (die legendäre Chronikurkunde über ihre Gründung stammt vom Ende des V-VI Jahrhunderts), Nowgorod, Tschernigow, Perejaslaw Süd, Smolensk, Susdal, Murom u.a. Nach Berechnungen von Historikern gab es im IX. Jahrhundert in Russland nicht weniger als 24 Großstädte, die Befestigungsanlagen hatten.

Gesellschaftsordnung.

An der Spitze der ostslawischen Stammesverbände standen Fürsten aus dem Stammesadel und der ehemaligen Stammesspitze – „bedächtige Menschen“, „beste Männer“. Die wichtigsten Fragen des Lebens wurden auf den Volksversammlungen - den Wetsche Versammlungen - gelöst.

Es gab eine Landwehr („Regiment“, „Tausend“, aufgeteilt in „Hundertschaften“). An der Spitze standen die Tausender, die Sotsky. Eine besondere militärische Organisation war die Gefolgschaft. Archäologischen Daten und byzantinischen Quellen zufolge tauchten ostslawische Gefolgschaften bereits im 6. - 7. Jahrhundert auf. Die Gefolgschaft war in eine ältere unterteilt, aus der Botschafter und fürstliche Verwalter hervorgingen, die ihr eigenes Land besaßen, und eine

jüngere, die unter dem Prinzen lebte und seinem Hof und Haushalt diente. Im Auftrag des Fürsten sammelten die Männer der Gefolgschaft Tribut von den eroberten Stämmen ein.

Solche Gänge, um Tribut zu sammeln, wurden Polyudye genannt. Die Abholung des Tributs fand gewöhnlich von November bis April statt und dauerte bis zur Öffnung der Flüsse im Frühjahr, wenn die Fürsten nach Kiew zurückkehrten. Die Einheit des Tributs war Rauch (Bauernhof) oder die bewirtschaftete Fläche (Pflugschar, Pflug). (*Rauch als Einheit: basierend auf der Anzahl der Öfen und Schornsteine im Haushalt*)

Slawisches Heidentum.

Die alten Slawen waren Heiden.

In der frühen Stufe ihrer Entwicklung glaubten sie an böse und gute Geister. Es gab ein Pantheon slawischer Götter, von denen jeder verschiedene Naturkräfte verkörperte oder soziale und gesellschaftliche Beziehungen der damaligen Zeit widerspiegelte.

Die wichtigsten Götter der Slawen waren Perun - der Gott des Donners, des Blitzes, des Krieges; Svarog - der Gott des Feuers; Veles - der Schutzpatron der Viehzucht; Mokuscha - die Göttin, die den weiblichen Teil des Hofes beschützte; Simargl - der Gott der Unterwelt. Besonders verehrt wurde der Sonnengott, der von den verschiedenen Stämmen unterschiedlich genannt wurde: Daschbog, Jarilo, Choros, was auf das Fehlen einer stabilen slawischen Einheit zwischen den Stämmen hinweist.

Die Bildung des altrussischen Staates.

Bei den Stammesfürsten der Slawen gab es Anzeichen für eine entstehende Staatlichkeit. Stammesfürsten waren oft in große Superbündnisse vereint, was die Merkmale früher Staatlichkeit offenbarte.

Eine dieser Vereinigungen war ein Stammesverband unter der Leitung von Kiy (bekannt seit dem Ende des 5. Jahrhunderts). Am Ende des VI. – VII. Jahrhunderts gab es, nach byzantinischen und arabischen Quellen, „Die Macht der Wolhyner“, die ein Verbündeter von Byzanz war. Die Nowgoroder Chronik informiert über den Stammesältesten Gostomysl, der im IX. Jahrhundert die slawische Vereinigung um Nowgorod leitete. Die östlichen Quellen lassen die Existenz von drei großen Verbänden slawischer Stämme am Vorabend der Bildung des altrussischen Staates vermuten: Kujawien, Slawien und Artanien. Kujawien (oder Kujabien) befand sich wahrscheinlich in der Nähe von Kiew. Slawien besetzte das Gebiet in der Nähe des Ilmensees, sein Zentrum war Nowgorod. Die Lage von Artanien wird von verschiedenen Forschern (Rjasan, Tschernigow (*Tschernihiw*)) unterschiedlich bestimmt. Der bekannte Historiker B. A. Rybakow behauptet, dass zu Beginn des 9. Jahrhunderts eine große politische Vereinigung „Rus“ auf der Grundlage der Poljansker Stammesunion gegründet wurde, die einen Teil der Nordländer umfasste. So ist die weite Verbreitung der Landwirtschaft mit dem Einsatz von Werkzeugen aus Eisen, der Zerfall der Stammesgemeinschaft und ihre Umwandlung in eine nachbarschaftliche, das Wachstum der Zahl der Städte, das Auftreten der Gefolgschaften - Zeugnisse der aufstrebenden Staatlichkeit.

Die Slawen beherrschten die Osteuropäische Ebene, und arbeiteten mit der

lokalen baltischen und finno-ugrischen Bevölkerung zusammen. Kriegerische Feldzüge der Anten, Sklaven, Reußen zu den Ländern, die besser entwickelt waren, vor allem nach Byzanz, brachten den Gefolgschaften und Fürsten eine beträchtliche militärische Beute. All dies trug zur Spaltung der ostslawischen Gesellschaft bei. Infolge der wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Entwicklung nahm die Staatlichkeit unter den ostslawischen Stämmen Gestalt an.

Normannische Theorie.

Ein russischer Chronist vom Anfang des 12. Jahrhunderts, der versuchte, den Ursprung des altrussischen Staates nach mittelalterlicher Tradition zu erklären, nahm in die Chronik die Legende über die Berufung von drei Warägern als Fürsten auf - die Brüder Rjurik, Sineus und Truvor. Viele Historiker glauben, dass die Waräger normannische (skandinavische) Krieger waren, die angeheuert wurden und dem Herrscher die Treue geschworen haben. Eine Reihe von Historikern hingegen betrachten die Waräger als einen russischen Stamm, der an der Südküste der Ostsee und auf der Insel Rügen lebte.

Dieser Legende zufolge zollten am Vorabend der Bildung der Kiewer Rus die nördlichen Stämme der Slawen und ihre Nachbarn (Ilmen - Slowenen, Tschuden, Wes) den Wikingern Tribut, und die südlichen Stämme (Polanen und ihre Nachbarn) waren von den Chasaren abhängig. Im Jahr 859 die Nowgoroder „vertrieben die Waräger über das Meer“, was zu einem Streit führte. Unter diesen Bedingungen schickten die Nowgoroder, die sich zum Rat versammelten, nach dem warägischen Fürsten: „Unser Land ist groß und üppig, aber es gibt keine Einteilung (Ordnung - *Aut.*) darin. Mögest du kommen und über uns herrschen.“ Die Macht über Nowgorod und das umliegende slawische Gebiet ist in die Hände von Warägerfürsten übergegangen, aus denen Rurik, wie der Chronist glaubte, den Beginn einer fürstlichen Dynastie legte. Nach dem Tod Ruriks vereinigte ein anderer Warägerfürst, Oleg (es gibt Informationen, dass er ein Verwandter Ruriks war), der in Nowgorod regierte, 882 Nowgorod und Kiew. So entstand, nach dem Gedanken des Chronisten, der Staat Rus (von Historikern auch Kiewer Rus genannt).

Die legendäre Chronikgeschichte über die Berufung der Waräger diente als Grundlage für die Entstehung der so genannten normannischen Theorie des altrussischen Staates.

Zum ersten Mal wurde es von den deutschen Wissenschaftlern G. F. Müller und G. S. Bayer formuliert, die eingeladen wurden, in Russland im XVIII. Jahrhundert zu arbeiten.

M. W. Lomonossow war ein leidenschaftlicher Gegner dieser Theorie.

Die Tatsache des Aufenthaltes der waräger Gefolgschaften, unter denen in der Regel die Skandinavier verstanden werden, im Dienst bei den slawischen Fürsten, ihre Teilnahme am Leben der Rus lässt keinen Zweifel aufkommen, ebenso wenig wie die ständigen gegenseitigen Beziehungen zwischen Skandinaviern und dem alten Russland.

Es gibt jedoch keine Anzeichen für einen nennenswerten Einfluss der Waräger auf die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Institutionen der Slawen, sowie auf ihre Sprache und Kultur. In den skandinavischen Sagen ist die Rus ein Land von unermesslichem Reichtum, und russischen Fürsten zu dienen ist der richtige Weg, um Ruhm und Macht zu erlangen. Archäologen stellen fest, dass die Zahl

der Waräger in Russland gering war. Es wurden auch keine Daten über die Kolonisierung von Rus durch Waräger gefunden. Die Version über den fremden Ursprung dieser oder jener Dynastie ist typisch für die Antike und das Mittelalter. Es genügt, sich an Geschichten über die Berufung der angelsächsischen Briten und die Gründung des englischen Staates, über die Gründung Roms durch die Brüder Romulus und Remus u. dgl. zu erinnern.

In der Neuzeit ist das wissenschaftliche Scheitern der normannischen Theorie, die die Entstehung des altrussischen Staates auf ausländische Initiative hin erklärt, gut belegt.

Aber seine politische Bedeutung ist auch heute noch gefährlich.

„Normannisten“ gehen von einer Position über die angeblich ursprüngliche Rückständigkeit des russischen Volkes aus, die ihrer Meinung nach zu einer unabhängigen historischen Arbeit nicht fähig ist. Es ist, wie sie glauben, nur unter ausländischer Führung und nach ausländischen Vorbildern möglich.

Historiker haben überzeugende Beweise dafür, dass es allen Grund zur Behauptung gibt: Bei den Ostslawen haben sich lange vor der Berufung der Waräger feste Traditionen der Eigenstaatlichkeit entwickelt.

Staatliche Institutionen entstehen als Ergebnis der Entwicklung der Gesellschaft. Die Handlungen einzelner bedeutender Persönlichkeiten, Eroberungen oder andere äußere Umstände bestimmen die spezifischen Erscheinungsformen dieses Prozesses.

Folglich spricht die Tatsache der Berufung der Waräger, wenn sie wirklich stattfand, nicht so sehr über die Entstehung der russischen Staatlichkeit, sondern über den Ursprung der fürstlichen Dynastie.

Wenn Rurik eine echte historische Persönlichkeit war, sollte seine Berufung nach Rus als Antwort auf das reale Bedürfnis nach fürstlicher Macht der russischen Gesellschaft jener Zeit angesehen werden. In der historischen Literatur bleibt die Frage nach dem Platz Ruriks in unserer Geschichte umstritten. Einige Historiker teilen die Meinung, dass die russische Dynastie skandinavischer Herkunft, wie auch der Name selbst „Rus“ („Russen“ nannten die Finnen die Bewohner Nordschwedens). Ihre Gegner sind der Meinung, dass die Legende von der Berufung der Waräger das Ergebnis einer voreingenommenen Schreibweise ist, die aus politischen Gründen spät eingefügt wurde.

Es gibt auch den Standpunkt, dass die Waräger-Rus und Rurik Slawen waren, die entweder von der südlichen Ostseeküste (Insel Rügen) oder aus dem Gebiet des Memel-Flusses stammten. Es sei darauf hingewiesen, dass der Begriff „Rus“ in Bezug auf verschiedene Vereinigungen sowohl im Norden als auch im Süden der ostslawischen Welt immer wieder anzutreffen ist.

Die Bildung des Staates Rus (der altrussische Staat oder, wie es nach der Hauptstadt genannt wird, Kiewer Rus) ist eine natürliche Vollendung eines langen Zerfallsprozesses des ursprünglichen Gemeinschaftssystems unter anderthalb Dutzend (*zehn Stück*) slawischen Stammesgesellschaften, die auf dem Weg „von den Warägern zu den Griechen“ lebten. Der entstandene Staat stand ganz am Anfang seines Weges: ursprüngliche Gemeinschaftstraditionen bewahrten lange Zeit ihren Platz in allen Lebensbereichen der ostslawischen Gesellschaft.

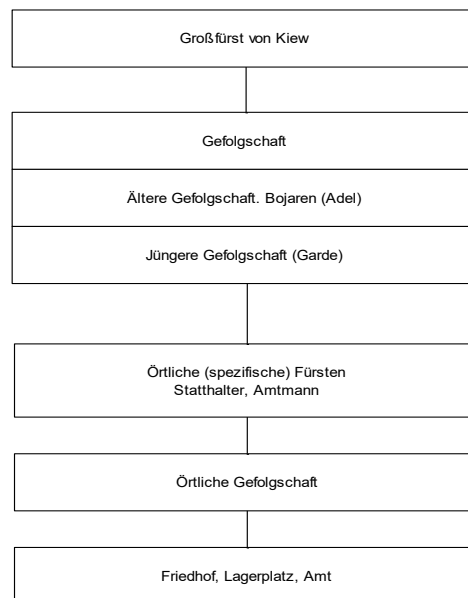
Kapitel 3

DER STAAT RUS (IX. - ANFANG des XII. Jahrhunderts)

Der altrussische Staat kann als eine frühe Feudalmonarchie bezeichnet werden. An der Spitze des Staates stand der Großfürst von Kiew.

Seine Brüder, Söhne und Helfer waren verantwortlich für das Land, das Gericht, das Eintreiben des Tributs und Abgaben. Das Einkommen der Fürsten und ihres Gefolges wurde noch weitgehend durch den Tribut der untergeordneten Stämme und die Möglichkeit ihrer Ausfuhr in andere Länder zum Verkauf bestimmt. Der junge Staat stand vor großen außenpolitischen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Schutz seiner Grenzen: die Abwehr der Überfälle der nomadischen Petschenege (in den 30er Jahren des XI. Jahrhunderts – die Polowetzer), der Kampf gegen die Expansion von Byzanz, Chasarisches Khanat, Wolga Bulgarien. Von diesen Positionen aus sollte die Innen- und Außenpolitik der Großherzöge von Kiew betrachtet werden.

Frühe Feudalmonarchie des IX. – Anfang des XII. Jahrhunderts.



Die Geschichte der Kiewer Rus, deren chronologischer Rahmen von den meisten Historikern als IX. - frühe XII. Jahrhunderte definiert wird, lässt sich in drei große Perioden unterteilen.

Die erste (IX. - Mitte des X. Jahrhunderts) - Zeit der ersten Kiewer Fürsten; die zweite (zweite Hälfte des X. - erste Hälfte des XI. Jahrhunderts) - Zeit von Wladimir I. und Jaroslaw dem Weisen, eine Epoche der Blüte der Kiewer Macht; die dritte (zweite Hälfte des XI. - Anfang des XII. Jahrhunderts) - Übergang zur territorialen und politischen Fragmentierung oder zu spezifischen Systemen.

DIE ERSTEN KIEWER FÜRSTEN (IX. -MITTE des X. Jh.)

Vereinigung von Nowgorod und Kiew.

Seit 862 hat sich Rurik nach der „Geschichte vergangener Jahre“ (*Nestorchronik*) in Nowgorod niedergelassen. Traditionell geht der Beginn der russischen Staatlichkeit auf diese Zeit zurück. (1862 wurde im Nowgoroder Kreml das Denkmal „Das Jahrtausend Russlands“ errichtet, Bildhauer M. O. Mikeschin). Einige Historiker

sind der Ansicht, dass Rurik die wirkliche historische Person war und identifizieren ihn mit dem Rurik Frieslands, der an der Spitze der Gefolgschaften wiederholt Feldzüge nach Westeuropa unternahm. Rurik ließ sich in Nowgorod nieder, einer seiner Brüder - Sineus - am Weißen See (heute Belosersk, Gebiet Wologda), der andere - Truvor - in Izborsk (bei Pskow). Historiker betrachten die Namen der „Brüder“ als eine Verzerrung der alten schwedischen Wörter: „Sineus“ - „mit seiner eigenen Art“, „Truvor“ - ein treues Gefolge. Dies dient gewöhnlich als eines der Argumente gegen die Glaubwürdigkeit der Warägerlegende.

Zwei Jahre später starben laut Chroniken die Brüder, und Rurik übergab die wichtigsten Städte an seine Männer. Zwei von ihnen, Askold und Dir, die einen erfolglosen Feldzug gegen Byzanz unternommen hatten, besetzten Kiew und befreiten die Kiewer vom Tribut der Chasaren.

Nach dem Tod Ruriks im Jahr 879, der keinen Erben hinterließ (nach einer anderen Version war es Igor, der später in der historischen Literatur Anlass gab, die Dynastie der Kiewer Fürsten „Rjurikowitsch“ und die Kiewer Rus „die Rurik-Macht“ zu nennen), übernahm die Macht in Nowgorod der Anführer einer der warägischen Gruppen Oleg (879-912).

Vereinigung von Kiew und Nowgorod. Der Vertrag Russlands mit den Griechen.

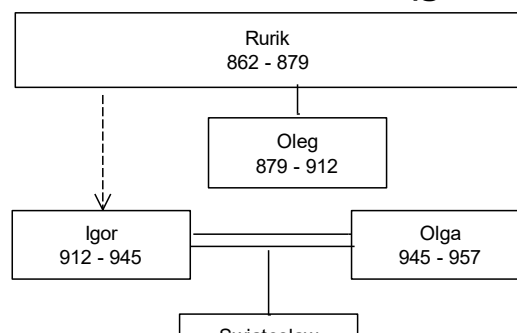
882 unternahm Oleg einen Feldzug gegen Kiew, in dem Askold und Dir zu dieser Zeit regierten (einige Historiker betrachten diese Fürsten als die letzten Vertreter des Kija - Geschlechts). Olegs Krieger, die sich als Kaufleute ausgaben, töteten Askold und Dir durch Täuschung und eroberten die Stadt. Kiew wurde zum Zentrum des vereinten Staates.

Der Handelspartner der Rus war das mächtige Byzantinische Reich.

Kiewer Fürsten machten wiederholt Feldzüge gegen ihre südlichen Nachbarn. So unternahmen Askold und Dir im Jahr 860 einen erfolgreichen Feldzug gegen Byzanz. Noch berühmter war der von Oleg geschlossene Vertrag zwischen Rus und Byzanz.

907 und 911 kämpfte Oleg mit seinen Truppen zweimal erfolgreich unter den Mauern von Konstantinopel (Istanbul). Als Ergebnis dieser Feldzüge wurden Verträge mit den Griechen abgeschlossen, die, wie der Chronist aufzeichnete, „in zwei Urkunden“, d.h. in zwei Exemplaren - in russischer und griechischer Sprache - zusammengestellt wurden. Dies bestätigt, dass die russische Schrift lange vor der Annahme des Christentums erschien. Vor dem Erscheinen der „Russischen Wahrheit“ gab es auch eine Gesetzgebung (das Abkommen mit den Griechen erwähnte das „Russische Gesetz“, das zum Richten der Bewohner der Kiewer Rus verwendet wurde).

Stammbaum der russischen Fürsten vom IX. bis zur Mitte des XIII. Jahrhunderts. (gekürzt)



Gemäß den Verträgen hatten russische Kaufleute das Recht, einen Monat lang auf Kosten der Griechen in Konstantinopel zu leben, waren aber verpflichtet, ohne Waffen in der Stadt zu laufen. Gleichzeitig mussten die Kaufleute schriftliche Dokumente bei sich haben und den byzantinischen Kaiser vor ihrer Ankunft warnen.

Olegs Abkommen mit den Griechen ermöglichte es, den in Russland gesammelten Tribut zu exportieren und auf den Märkten von Byzanz zu verkaufen.

Unter Olegs Herrschaft schloss seine Macht auch die Drewljaner, Nordländer und Radimitschen ein und begannen, Kiew Tribut zu zollen. Der Prozess der

Aufnahme verschiedener Stammesverbände in die Kiewer Rus war jedoch keine einmalige Aktion.

Fürst Igor. Der Aufstand der Drewljanen.

Nach Olegs Tod in Kiew begann Igor (912-945) zu regieren. In seiner Regierungszeit im Jahre 944 wurde der Vertrag mit Byzanz zu weniger günstigen Bedingungen bestätigt. Unter Igor gab es den ersten Volksaufuhr, der in der Chronik beschrieben wird – der Aufruhr der Drewljaner im Jahr 945. Die Sammlung des Tributs in den Ländern der Drewljaner wurde vom Waräger Sweneld mit seiner Abteilung durchgeführt, deren Bereicherung Unruhe in Igors Einheit verursachte. Die Kämpfer Igors erklärten: „Swenelds Jugendliche versehen sich mit Waffen und Häfen, und wir sind nackt. Komm mit uns wegen des Tributs, Fürst, und du bekommst ihn und uns.“

Nachdem er den Tribut eingesammelt und die Wagen nach Kiew geschickt hatte, kehrte Igor mit einer kleinen Abteilung zurück, „weil er sich mehr Vermögen wünschte“.

Die Drewljaner haben sich auf der Wetsche (*altrussische Städteversammlung*) versammelt (die Anwesenheit eigener Fürsten in den getrennten slawischen Ländern, und auch Wetsche-Zusammenkünfte sprechen dafür, dass im Kiewer Rus die Bildung der Staatlichkeit voranschritt). Die Wetsche entschied: „Wenn der Wolf zu den Schafen geht, stiehlt er alles, wenn man ihn nicht tötet.“ Igors Gefolge wurde getötet, und der Fürst wurde hingerichtet.

Lektionen (Statuten) und Kirchhöfe.

Nach Igors Tod nahm seine Frau Olga (945 - 957) brutale Rache an den Drewljanern für den Mord an ihrem Mann. Die erste Gesandtschaft der Drewljaner, in der Olga vorgeschlagen wurde, anstelle Igors als Ehemann den Fürsten Mal zu nehmen, wurde lebendig in der Erde begraben, die zweite verbrannt. Bei dem Totengelage (Leichenmahl) wurden auf Olgas Befehl die angetrunkenen Drewljaner getötet. Wie die Chronik berichtet, schlug Olga den Drewljanern vor, drei Tauben und drei Spatzen von jedem Hof als Tribut zu geben. Ein mit Schwefel angezündetes Stück Werg wurde an die Füße der Tauben gebunden; als sie zu ihren alten Nestern flogen, brach in der Hauptstadt der Drewljaner ein Feuer aus. Als Folge brannte die Hauptstadt der Drewljaner Iskorosten (heute Korosten) ab. Den Chroniken zufolge starben bei dem Brand etwa 5 Tausend Menschen.

Nachdem Olga die Drewljaner grausam gerächt hatte, war sie genötigt, die Regulierung des Tributs zu organisieren. Sie legte die „Lektionen“ fest - die Größe des Tributs und die „Kirchhöfe“ - die Orte, an denen der Tribut gesammelt wird. Neben den Lagerplätzen (Orte, an denen es Schutz gab, notwendige Lebensmittelvorräte gelagert wurden und das fürstliche Gefolge während der Abholung des Tributs Halt machte) gab es Kirchhöfe - wahrscheinlich befestigte Höfe der fürstlichen Verwalter, in die der Tribut getragen wurde. Diese Kirchhöfe wurden dann zu Stützpunkten der fürstlichen Macht.

Während Igors und Olgas Regierungszeit wurden die Länder der Tiberianer, Ulitschen und schließlich der Drewljaner an Kiew angeschlossen.

Swjatoslaws Feldzüge.

Einige Historiker halten Swjatoslaw (957 - 972) - Olgas und Igors Sohn - für einen

begabten Feldherrn und Staatsmann, andere behaupten, er sei ein Abenteuererfürst gewesen, der den Sinn seines Lebens im Krieg sah. Swjatoslaw stand vor der Aufgabe, Russland vor den Überfällen der Nomaden zu schützen und Handelswege in andere Länder freizumachen. Swjatoslaw hat diese Aufgabe erfolgreich gemeistert, was die Gültigkeit des ersten Standpunkts bestätigt.

Swjatoslaw begann im Laufe seiner zahlreichen Feldzüge, die Länder der Wjatitscher zu annektieren, besiegte Wolga-Bulgarien, eroberte die nordwinischen Stämme, besiegte das Chasaren - Khanat, kämpfte erfolgreich im Nordkaukasus und an der Asowschen Küste, eroberte Tmutarakan auf der Halbinsel Taman und wehrte die Angriffe der Petscheneger ab. Er versuchte, die Grenzen Russlands näher an Byzanz heranzuführen, wurde in den bulgarisch-byzantinischen Konflikt verwickelt und führte dann einen hartnäckigen Kampf mit dem Kaiser von Konstantinopel um die Balkanhalbinsel. Während erfolgreicher Militäraktionen dachte Swjatoslaw sogar über die Verlegung der Hauptstadt des Staates an die Donau in die Stadt Perejaslawka nach, wo, wie er glaubte, „die Güter der verschiedenen Länder zusammenkommen“: Seide, Gold, Güter aus Byzanz, Silber und Rennpferde aus Ungarn und Tschechien, Wachs, Honig, Pelze und gefangene Sklaven aus Rus. Der Kampf gegen Byzanz endete jedoch erfolglos, Swjatoslaw war von hunderttausend griechischen Soldaten umgeben. Mit großen Mühen gelang es ihm, nach Rus zu fliehen. Mit Byzanz wurde ein Nichtangriffsvertrag geschlossen, jedoch die Donauländer mussten zurückgegeben werden.

Auf dem Weg nach Kiew wurde Swjatoslaw 972 an den Stromschnellen des Dnjepr von den Petschenegern überfallen und getötet. Der Petschenegi-Khan befahl, aus Swjatoslaws Schädel eine in Gold gehüllte Schale anzufertigen, aus der er bei Gelagen trank, weil er glaubte, dass der Ruhm des Getöteten auf ihn übergehen würde.

(In den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts wurden beim Bau des Wasserkraftwerks Dnjepr am Boden des Dnjepr Stahlschwerter entdeckt, von denen angenommen wird, dass sie Swjatoslaw und seinen Gefolgschaften gehörten.)

DIE BLÜTEZEIT DER KIEWER RUS (ENDE X. - ERSTE HÄLFTE DES XI. JH.)

Wladimir I.

Nach Swjatoslaws Tod wurde sein ältester Sohn Jaropolk (972 - 980) Großfürst von Kiew. Sein Bruder Oleg erhielt das Drewljanen - Land.

Swjatoslaws dritter Sohn Wladimir, geboren von seiner Sklavin Maluscha, der Haushälterin der Fürstin Olga (Dobrynjas Schwester), erhielt Nowgorod. In der fünf

Jahre später zwischen den Brüdern beginnenden Fehde zerschlug Jaropolk Olegs Drewljaner Gefolgschaft. Oleg selbst starb im Kampf.

Wladimir floh zusammen mit Dobrynja „über das Meer“, von wo er zwei Jahre später mit einer angeheuerten warägischen Gefolgschaft zurückkehrte. Jaropolk wurde getötet. Wladimir übernahm den Thron des Großfürsten.

Unter Wladimir I. (980-1015) wurden alle Länder der Ostslawen als Teil der Kiewer Rus vereint.

Wjatitsche, Länder auf beiden Seiten der Karpaten und die Cherven-Städte wurden schließlich annektiert.

Der Staatsapparat wurde weiter gestärkt.

Fürstensöhne und ältere Gefolgsmänner haben die Leitung in den größten Zentren erhalten.

Eines der wichtigsten Aufgaben der damaligen Zeit wurde gelöst: der Schutz des russischen Landes vor Angriffen zahlreicher petschenegischer Stämme. Zu diesem Zweck wurden eine Reihe von Festungen an den Flüssen Desna, Ossjotr, Sula und Stugna errichtet. Anscheinend gab es hier an der Grenze zur Steppe „riesenhafte Außenposten“, die die Rus vor Überfällen verteidigten, bei denen die legendären Ilja Muromez und andere epische Helden für ihr Heimatland standen.

Annahme des Christentums.

Im Jahr 988 wurde unter Wladimir I. das Christentum als Staatsreligion angenommen. Das Christentum, so erzählt ein Chronist, war in Russland seit der Antike verbreitet.

Es predigte auch der Apostel Andreas der Erstberufene, einer der Jünger Christi. Zu Beginn unserer Epoche begab sich der Apostel Andreas - der ältere Bruder des Apostels Petrus - nach Skythien. Wie die „Geschichte vergangener Jahre“ (*Nestorchronik*) bezeugt, erhob sich Apostel Andreas auf den mittleren Verlauf des Dnjepr, errichtete ein Kreuz auf den Hügeln von Kiew und sagte voraus, dass Kiew die „Mutter der russischen Städte“ sein würde. Die weitere Reise des Apostels führte ihn über Nowgorod, wo er laut Chronist über die russische Sauna staunte, ins Baltikum und weiter um Europa herum nach Rom. Geschichten über die anschließenden Taufen einzelner Bevölkerungsgruppen der Rus (zu Zeiten Askold und Dir, Kyrill und Methodios, Fürstin Olga u.a.) zeigen, dass das Christentum allmählich in das Leben der altrussischen Gesellschaft eintrat.

Die Taufe Wladimirs und seiner Vertrauten wurde in Korsun (Chersones) vollzogen - dem Zentrum der byzantinischen Besitztümer auf der Krim (Chersones befindet sich im Bereich des heutigen Sewastopols). Vorausgegangen war die Teilnahme der Kiewer Gefolgschaft am Kampf des byzantinischen Herrschers Wassili II. gegen den Aufstand des Heerführers Warda Foka. Der Herrscher gewann, ist aber seiner Verpflichtung - seine Schwester Anna Wladimir zu geben - nicht nachgekommen. Dann belagerte Wladimir Korsun und zwang die byzantinische Königstochter, im Austausch für die Taufe eines „Barbaren“, zu heiraten, der seit langem vom griechischen Glauben hingezogen war.

Wladimir, der selbst getauft wurde, taufte seine Bojaren und dann das ganze Volk. Die Verbreitung des Christentums stieß oft auf Widerstand der Bevölkerung, die ihre heidnischen Götter verehrte. Das Christentum hat sich nur langsam durchgesetzt. In den Randgebieten der Kiewer Rus wurde es viel später gegründet

als in Kiew und Nowgorod.

Die Annahme des Christentums war von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung der Rus. Das Christentum mit seiner Vorstellung von der Ewigkeit des menschlichen Lebens (das sterbliche, irdische Leben geht dem ewigen Aufenthalt im Paradies oder in der Hölle der menschlichen Seele nach seinem Tod voraus) bekräftigte die Idee der Gleichheit des Menschen vor Gott. Nach der neuen Religion steht der Weg zum Paradies sowohl den reichen Machthabern als auch den einfachen Leuten offen, abhängig von der ehrlichen Erfüllung ihrer Pflichten auf Erden. „Diener Gottes“ - der Herrscher war nach byzantinischer Tradition sowohl ein gerechter Richter in inneren Angelegenheiten, als auch ein tapferer Verteidiger der Staatsgrenzen.

Die Annahme des Christentums stärkte die Staatsmacht und die territoriale Einheit der Kiewer Rus.

Es war von großer internationaler Bedeutung, dass die Rus, nachdem es das „primitive“ Heidentum abgelehnt hatte, nun mit anderen christlichen Ländern gleichgestellt wurde, zu denen sich die Verbindungen stark ausgeweitet haben. Schließlich spielte die Übernahme des Christentums eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der russischen Kultur, die durch das Byzantinische, durch das Christentum und die antike Kultur beeinflusst wurde. An der Spitze der russisch-orthodoxen Kirche stand der vom Patriarchen von Konstantinopel ernannte Metropolit; einige Regionen Russlands wurden von Bischöfen geleitet, denen die Priester in den Städten und Dörfern unterstellt waren.

Die gesamte Bevölkerung des Landes war verpflichtet, eine Steuer zugunsten der Kirche zu zahlen – den „Zehnten“ (der Begriff ergibt sich aus der Höhe der Steuer, die zunächst ein Zehntel des Einkommens der Bevölkerung betrug).

Später änderte sich die Höhe dieser Steuer, aber ihr Name blieb gleich.

Metropolitische Bischofssitze, Bischöfe, Klöster (das erste von ihnen waren die Kiewer Höhlen, gegründet in der ersten Hälfte des XI. Jahrhunderts, erhielt seinen Namen von Höhlen - Höhlen, in denen sich ursprünglich Mönche niedergelassen haben) wurden bald die größten Landbesitzer, was einen großen Einfluss auf den Verlauf der historischen Entwicklung des Landes hatte. In vormongolischer Zeit gab es in der Rus bis zu 80 Klöster.

In den Händen der Kirche gab es ein Gericht, das für Fälle von antireligiösen Verbrechen, Verstößen gegen moralische und familiäre Normen zuständig war.

Die Übernahme des Christentums in die orthodoxe Tradition ist zu einem der bestimmenden Faktoren für unsere weitere historische Entwicklung geworden. Wladimir wurde von der Kirche als Heiliger heiliggesprochen und wird für seine Verdienste bei der Taufe der Rus als gleich den Aposteln bezeichnet.

Jaroslav der Weise.

Zwölf Söhne Wladimir I. aus mehreren Ehen regierten die größten Amtsbezirke der Rus. Nach seinem Tod ging der Kiewer Thron an das älteste Mitglied der Familie Swjatopolk (1015-1019) über.

In einem aufflammenden Streit wurden auf Befehl des neuen Großfürsten unschuldige Brüder getötet – der Liebling Wladimirs und seine Gefolgsmänner Boris Rostowskij und Gleb Muromskij. Boris und Gleb wurden von der russischen

Kirche heiliggesprochen. Swjatopolk erhielt für sein Verbrechen den Beinamen der Böse.

Sein Bruder Jaroslaw, der in Weliki Nowgorod regierte, widersetzte sich Swjatopolk I., dem Bösen.

Kurz vor dem Tod seines Vaters unternahm Jaroslaw den Versuch, sich Kiew nicht unterzuordnen, was auf die Entstehung von Tendenzen zur Zerkleinerung des Staates hindeutet.

Mit Hilfe der Nowgoroder und der Waräger gelang es Jaroslaw in einem sehr grausamen Zwist, den „Frommen Bösen“ - den Schwiegersohn des polnischen Königs Boleslaw den Tapferen - von Kiew nach Polen zu vertreiben, wo Swjatopolk spurlos verschwand.

Unter Jaroslaw dem Weisen (1019 - 1054) erreichte die Kiewer Rus seine höchste Macht. Ihm, wie auch Wladimir I. gelang es, die Rus vor Petschenegi- Angriffen zu schützen. Nach einem erfolgreichen Feldzug gegen die baltischen Tschuden gründete Jaroslaw 1030 die Stadt Jurjew (heute Tartu in Estland) in der Nähe des Peipus-Sees und bestätigte damit die russische Position an der Ostsee. Nach dem Tod seines Bruders Mstislav Tmutarakaner im Jahr 1035, der im Jahr 1024 die Ländereien östlich des Dnjepr besaß, wurde Jaroslaw schließlich der alleinherrschender Fürst der Kiewer Rus.

Unter Jaroslaw dem Weisen entwickelte sich Kiew zu einer der größten Städte Europas und konkurrierte mit Konstantinopel. Den vorliegenden Berichten zufolge gab es in der Stadt etwa 400 Kirchen und 8 Märkte. Der Legende nach wurde 1037 an dem Ort, an dem Jaroslaw ein Jahr zuvor die Petscheneger besiegt hatte, die Sophienkathedrale errichtet - ein Tempel, der der Weisheit, der göttlichen Vernunft und der Herrschaft über die Welt gewidmet ist. Zur gleichen Zeit wurde unter Jaroslaw das Goldene Tor in Kiew gebaut - die Haupteinfahrt zur Hauptstadt der alten Rus. Korrespondenz und Übersetzung von Büchern ins Russische sowie Alphabetisierung wurden in großem Umfang durchgeführt.

Der Zuwachs an Macht und Autorität der Rus erlaubte es Jaroslaw zum ersten Mal, den Staatsmann und Schriftsteller Illarion - gebürtiger Russe - zum Metropoliten von Kiew zu ernennen.

Der Fürst selbst wurde, wie die byzantinischen Herrscher, König genannt, wie die Inschrift an der Wand der Sophienkathedrale aus dem XI. Jahrhundert zeigt. Über dem aus einem ganzen Stück Marmor gefertigten Sarkophag, in dem Jaroslaw begraben ist, kann man die festliche Aufzeichnung „über die Himmelfahrt (Tod – *Autor*) unseres Königs“ lesen.

Unter Jaroslaw dem Weisen erreichte die Rus weite, internationale Anerkennung. Die größten königlichen Höfe Europas versuchten, sich mit der Familie des Kiewer Fürsten zu verbinden. Jaroslaw selbst war mit einer schwedischen Prinzessin verheiratet. Seine Töchter waren mit französischen, ungarischen und norwegischen Königen verheiratet. Der polnische König heiratete die Schwester des Großfürsten, und die Enkelin Jaroslaws heiratete den deutschen Herrscher. Jaroslaws Sohn Wsewolod heiratete die Tochter des byzantinischen Kaisers Konstantin Monomach. Daher der Beinamen, den Wsewolods Sohn Wladimir erhielt - Monomach.

Metropolit Illarion schrieb zu Recht über die Kiewer Fürsten: „Nicht in einem

schlechten Land waren sie Fürsten, sondern im russischen, das in allen Teilen der Welt bekannt ist und gehört wird.“

Sozialökonomisches System der Kiewer Rus.

Das Land war zu dieser Zeit der wichtigste Reichtum, das wichtigste Produktionsmittel. Eine verbreitete Form der Produktionsorganisation war das Feudalergut oder die Vaterschaft, d.h. der väterliche Besitz, der durch Erbschaft vom Vater auf den Sohn überging. Der Besitzer des Lehensgutes war ein Fürst oder Bojar. In der Kiewer Rus gab es neben Fürsten- und Bojarenlehen eine beträchtliche Anzahl von Bauerngemeinschaften, die noch nicht unter der Kontrolle privater Feudalherren standen. Solche von den Bojaren unabhängigen bäuerlichen Gemeinschaften zollten dem Großfürst Tribut für den Staat.

Die gesamte freie Bevölkerung der Kiewer Rus wurde „Volk“ genannt. Daher auch der Begriff für das Sammeln des Tributs – „Pro-Kopf-Steuer“. Der Großteil der Landbevölkerung, die vom Fürsten abhängig war, wurde als Bauer bezeichnet. Sie konnten sowohl in Bauerngemeinschaften, die Verpflichtungen zugunsten des Staates trugen, als auch auf Domänen leben.

Diejenigen Bauern, die auf Domänen lebten, waren in einer stärkeren Form der Abhängigkeit und verloren ihre persönliche Freiheit. Eine Möglichkeit, die freie Bevölkerung zu versklaven, war die Beschaffung. Verarmte oder in Not geratene Bauern liehen sich von den Feudalherren eine „Kupa“ (*Beschaffung, Darlehen*) - einen Teil der Ernte, des Viehs, des Geldes. Daher der Name dieser Bevölkerungsgruppe – „abhängige Bauern“. Der abhängige Bauer musste für seinen Gläubiger arbeiten und ihm gehorchen, bis er die Schulden zurückgezahlt hatte.

Neben freien und abhängigen Bauern in den Fürsten- und Bojarengütern gab es Sklaven, sogenannte Knechte oder Gesinde, die sowohl aus der Anzahl der Gefangenen als auch aus der Mitte der ruinierten Stammesangehörigen wieder ergänzt wurden. Der Sklavenhaltungsmodus sowie Überbleibsel des primitiven Systems waren in der Kiewer Rus recht weit verbreitet. Das vorherrschende System der Produktionsbeziehungen war jedoch der Feudalismus.

Der Prozess des Wirtschaftslebens in der Kiewer Rus wird in den historischen Quellen nur schwach wiedergegeben. Die Unterschiede des feudalen Systems der Rus zu „klassischen“ westeuropäischen Mustern sind offensichtlich. Sie bestehen in der riesigen Rolle des staatlichen Sektors in der Wirtschaft des Landes - der Existenz einer großen Zahl freier Bauerngemeinschaften, die feudal von der großfürstlichen Macht abhängig waren. Wie oben erwähnt, existierte in der Wirtschaft des Alten Russlands das Feudalsystem zusammen mit der Sklaverei und den ursprünglich-patriarchalischen Beziehungen.

Einige Historiker bezeichnen den Staat Rus als ein Land mit einer vielschichtigen Übergangswirtschaft.

Sie betonen den frühen Klassencharakter, den barbarischen Staaten Europas nahestehenden Charakter des Kiewer Staates.

„Russkaja Prawda“ (*Russische Wahrheit*)

Die Tradition verbindet die Zusammenstellung der „Russischen Wahrheit“ mit dem Namen von Jaroslaw dem Weisen. Es handelt sich um ein komplexes juristisches Monument, das auf den Regeln des Gewohnheitsrechts (ungeschriebene Regeln,

die sich aus ihrer wiederholten, traditionellen Anwendung ergeben) und auf früheren Rechtsvorschriften beruht. Zu dieser Zeit war der wichtigste Hinweis auf die Stärke des Dokuments der legalisierte Präzedenzfall und der Bezug auf die Antike. Obwohl die „Russische Wahrheit“ Jaroslaw dem Weisen zugeschrieben wird, wurden viele ihrer Artikel und Abschnitte erst später, bereits nach seinem Tod, angenommen. Jaroslaw gehören nur die ersten 17 Artikel der „Russischen Wahrheit“ („Antike Wahrheit“ oder „Jaroslaws Wahrheit“).

„Jaroslaws Wahrheit“ beschränkte die Blutrache auf den Kreis der nahen Verwandten. Dies deutet darauf hin, dass die Normen des ursprünglichen Systems unter Jaroslaw dem Weisen bereits als Überbleibsel existierten. Jaroslaws Gesetze befassten sich mit Streitigkeiten zwischen freien Menschen, vor allem unter den fürstlichen Gefolgschaften. Nowgorods Männer begannen, die gleichen Rechte wie die Kiewer zu genießen.

Volksaufstände in den 60 - 70er Jahren des XI. Jahrhunderts.

Volksaufstände fanden zwischen 1068 und 1072 in der Kiewer Rus statt. Am mächtigsten war der Aufstand in Kiew im Jahr 1068. Sie brach als Folge der Niederlage der Söhne Jaroslaws (Jaroslawitschis) - Isjaslaw, Swjatoslaw und Wsewolod - gegen die Polowetzer aus.

In Kiew am Podol, im Handwerkerviertel der Stadt, fand eine Wetsche statt. Die Kiewer baten die Fürsten, wieder Waffen für den Kampf gegen die Polowetzer auszugeben. Die Jaroslawitschis weigerten sich, ihre Waffen abzugeben, weil sie befürchteten, dass das Volk sie gegen sie richten würde. Dann zerschlug das Volk die Höfe der reichen Bojaren. Großfürst Isjaslaw floh nach Polen und kehrte erst mit Hilfe polnischer Feudalherren 1069 auf den Thron von Kiew zurück. Massive Volksaufstände fanden in Nowgorod und im Rostow - Susdal - Land statt.

„Jaroslaws Wahrheit“.

Aufstände der späten 60er - frühen 70er Jahre des XI. Jahrhunderts forderten von den Fürsten und Bojaren tatkräftige Aktionen. Die „Russische Wahrheit“ wurde durch eine Reihe von Artikeln mit dem Titel „Jaroslaws Wahrheit“ ergänzt (im Unterschied zum ersten Teil des Kodex - „Jaroslaws Wahrheit“). Die Bedeutung der Zusätze besteht darin, den Besitz des Feudalherrn und sein Erbgut (*Grund und Boden*) zu schützen. Aus „Jaroslaws Wahrheit“ erfahren wir etwas über die Struktur des Erbguts. Sein Zentrum war der Fürsten- oder Bojarenhof. Darauf befanden sich Herrenhäuser des Fürsten oder Bojaren, Häuser seines Gefolges, Pferdeställe und der Viehhof. An der Spitze der Verwaltung des Erbguts stand der Feuerwehmann (*Haushofmeister*) des Fürsten - (vom Wort „Brandstätte“ - Haus). Außer ihm gab es eine fürstliche Auffahrt, die für die Erhebung von Steuern bestimmt war.

Der Reichtum des Erbguts war das Land, so dass die fürstliche Grenze durch eine extrem hohe Geldstrafe geschützt wurde. Auf diesem Land arbeiteten abhängige Bauern und Sklaven (Knechte, Gesinde). Die Arbeit wurde von den (Feld-)Ältesten, denen die Sklaven unterstellt waren, und den Dorfältesten überwacht, die die Arbeit der Bauern überwachten. Es gab auch Handwerker und Handwerkerinnen im Erbgut.

„Jaroslaws Wahrheit“ schaffte die Blutrache ab und erhöhte die Differenz bei der

Bezahlung für die Ermordung verschiedener Kategorien von Menschen, was die Sorge des Staates um den Schutz von Eigentum, Leben und Besitz der Feudalherren widerspiegelt. Die höchste Geldstrafe wurde für die Ermordung älterer Gefolgsleute, Feuerwehrmänner und fürstlicher Auffahrten gezahlt, deren Leben auf 80 Griwna geschätzt wurde. Das Leben der freien Bevölkerung - Menschen (Ehemänner) - wurde auf 40 Griwna geschätzt; das Leben von Dorf- und Militärältesten sowie Handwerkern - 12 Griwna; das Leben von Bauern, die auf den Erbgut lebten und Sklaven - 5 Griwna.

§3. ÜBERGANG ZUR SPEZIFISCHEN FRAGMENTIERUNG (ZWEITE HÄLFTE DES XI. - ANFANG DES XII. Jahrhunderts.)

„Nächste“ Ordnung der Erbfolge.

Im Sterben teilte Jaroslaw der Weise das Staatsgebiet zwischen seinen fünf Söhnen und einem Neffen des verstorbenen ältesten Sohnes Wladimirs auf. Er vermachte seinen Erben, in Frieden und Liebe zu leben und in allen Dingen dem älteren Bruder Isjaslaw zu gehorchen. Diese Ordnung der Thronfolge an den Ältesten der Sippe, d.h. von Bruder zu Bruder, und nach dem Tod des letzten der regierenden Brüder an seinen ältesten Neffen, wurde „nächster“ oder „Leitersystem“, genannt (vom Wort „Leiter“). So sollte der Kiewer Thron vom Ältesten in der Sippe der Rjurikowitsch-Fürsten besetzt werden.

Die Probleme der dynastischen Verhältnisse einerseits, das Anwachsen der Macht jedes einzelnen Fürstentums andererseits und drittens - die persönlichen Ambitionen - führten unweigerlich zu fürstlichen Zwistigkeiten. Der Reichtum der einzelnen Fürstentümer beruhte in erster Linie auf dem Reichtum der örtlichen Landbesitzern - der Bojaren - sowie auf den Einkünften, die der Fürst aus den ihm untergeordneten bäuerlichen Gemeinschaften erzielte.

Fürstentag von Ljubetsch.

Mit dem Tod des letzten Jaroslawitschi - Wsewolod I. im Jahre 1093 ging die Macht über Kiew gemäß der „Leiter“-Ordnung auf den Thron an den Ältesten der Sippe Swjatopolk II., Isjaslawitsch (1093-1113) über.

Der neue Fürst kam mit den Stammesfehden nicht zurecht, um den Polowetzern zu widerstehen. Darüber hinaus war er ein gieriger Mensch, der in Bezug auf die Stärkung der Macht sehr wahllos war. So wurden unter ihm Spekulationen über Brot und Salz weit verbreitet und unkontrollierter Wucher blühte auf.

Der beliebteste in der Rus war zu dieser Zeit Wladimir Wsewolodowitsch Monomach. Auf seine Initiative hin wurde 1097 der Fürstenkongress von Ljubetsch abgehalten. Es wurde beschlossen, die Streitereien zu beenden, und das Prinzip „Jeder behält sein Stammgut“ wurde verkündet.

Der Streit ging jedoch nach dem Ljubetsch - Kongress weiter.

Der äußere Faktor, nämlich die Notwendigkeit der Abwehr der Nomaden - der Polowetzer, die bis Mitte des XI. Jahrhunderts in den südrussischen Steppen erschienen sind, hielt die Kiewer Rus noch einige Zeit vor dem Zerfall auf einzelne Fürstentümer zurück. Der Kampf war nicht leicht. Historiker zählen etwa 50 polowetzer Invasionen von der Mitte des XI. bis zum Beginn des XIII. Jahrhunderts.

Wladimir Monomach. (*Wladimir II.*)

Nach dem Tod Swjatopolks II. im Jahr 1113 brach in Kiew ein Aufstand aus. Das Volk zerschlug die Höfe der fürstlichen Verwalter, der großen Feudalherren und der Wucherer. Der Aufstand tobte vier Tage lang. Die Kiewer Bojaren riefen Wladimir Monomach (1113-1125) auf den Thron des Großfürsten.

Wladimir Monomach musste gewisse Zugeständnisse machen, indem er das so genannte „Charta Wladimir Monomachs“ herausgab, das ein weiterer Teil der „Russkaja Prawda“ (*Russische Wahrheit*) wurde. Die Charta ordnete die Erhebung von Zinsen durch Wucherer an, verbesserte die Rechtslage der Kaufleute und regelte den Übergang in die Leibeigenschaft. Die Rechtsposition Monomachs in Bezug auf das Beschaffungswesen (*Darlehensaufnahme*) hat in dieser Gesetzgebung einen großen Platz erhalten, was darauf hindeutet, dass das Beschaffungswesen zu einer sehr verbreiteten Institution geworden ist und dass die Versklavung der Bauern in einem entschiedeneren Tempo voranschreitet.

Wladimir Monomach gelang es, das gesamte russische Land unter seiner Macht zu halten, obwohl die Anzeichen der Fragmentierung zunahmen, was durch die Kampfpause gegen die Polowetzer gefördert wurde. Unter Monomach wurde die internationale Autorität der Rus gestärkt. Der Fürst selbst war ein Enkel des byzantinischen Kaisers Konstantin Monomach. Seine Frau war eine englische Prinzessin. Es ist kein Zufall, dass Iwan III., der Großfürst von Moskau, der es liebte, „die Chronisten aufzurütteln“, sich oft der Regentschaft Wladimir Monomachs widmete.

Sein Name wurde auch mit dem Erscheinen der Krone der altrussischen Zaren - der Kappe von Monomach, und der Erbfolge der Herrschaft der russischen Zaren von den Kaisern Konstantinopels in Verbindung gebracht. Unter Wladimir Monomach verfasste der Mönch des Kiewer Petschersker Klosters Nestor die erste russische Chronik „Geschichte vergangener Jahre“. (*Nestorchronik*)

Wladimir Monomach ging als bedeutender Politiker, Heerführer und Schriftsteller in unsere Geschichte ein.

Dem Sohn Wladimir Monomachs Mstislaw dem Großen (1125-1132) gelang es, die Einheit der russischen Länder für einige Zeit zu bewahren.

Nach dem Tod Mstislaws wurde die Kiewer Rus schließlich in eineinhalb Dutzend (*zehn Stück*) Fürstentümer aufgelöst. Es begann eine Periode in der Geschichte, die als Periode der Fragmentierung oder spezifische (*auf die Ländereien bezogene*) Periode bezeichnet wird.

Kapitel 4**RUSSISCHE LÄNDER UND FÜRSTENTÜMER AM ANFANG DES XII. - ERSTE HÄLFTE DES XIII. Jh. POLITISCHE FRAGMENTIERUNG**

Die Zeit vom Anfang des XII. bis zum Ende des XV. Jahrhunderts wird traditionell als eine spezifische Periode bezeichnet.

Und tatsächlich wurden auf der Grundlage der Kiewer Rus Mitte des XII. Jahrhunderts etwa 15 Fürstentümer und Länder gebildet, zu Beginn des XIII.

Jahrhunderts etwa 50 Fürstentümer, im XIV. Jahrhundert etwa 250.

Gründe für die Fragmentierung.

Der Aufstieg der Wirtschaft der Kiewer Macht erfolgte vor dem Hintergrund der weiteren Expansion seines Territoriums aufgrund der weiteren Erschließung der osteuropäischen Ebenen.

Die Absonderung einzelner Fürstentümer, der Prozess ihrer Kristallisation im Rahmen des Kiewer Staates bereitet sich seit langem vor.

Die politische Fragmentierung wurde zu einer neuen Form der Organisation des russischen Staatswesens unter den Bedingungen der Entwicklung des Territoriums des Landes und seiner weiteren Entwicklung auf einer aufsteigenden Linie. Der Ackerbau hat sich überall weit verbreitet.

Die Arbeitswerkzeuge wurden verbessert: Archäologen zählen über mehr als 40 Arten von Metallwerkzeugen, die in der Wirtschaft verwendet werden. Selbst in den entlegensten Randgebieten der Kiewer Macht gab es Bojarengüter. Ein Indikator für den wirtschaftlichen Aufschwung war das Wachstum der Anzahl der Städte. In der Rus gab es am Vorabend der mongolischen Invasion etwa 300 Städte - Zentren von hoch entwickeltem Handwerk, Handel und Kultur.

Die Fürsten- und Bojarengüter sowie die Bauerngemeinschaften, die dem Staat Abgaben zahlten, hatten einen ursprünglichen Charakter. Sie versuchten, ihre Bedürfnisse so weit wie möglich aus internen Vorräten zu befriedigen. Ihre Verbindungen mit dem Markt waren sehr schwach und unregelmäßig. Die Herrschaft der Naturalwirtschaft eröffnete jeder Region die Möglichkeit, sich vom Zentrum zu trennen und als eigenständiges Land oder Fürstentum zu existieren.

Die weitere wirtschaftliche Entwicklung einzelner Länder und Fürstentümer führte zu unvermeidlichen sozialen Konflikten. Zu ihrer Lösung war eine starke lokale Macht erforderlich.

Die örtlichen Bojaren, die sich auf die militärische Macht ihres Fürsten stützten, wollten sich nicht mehr auf die Zentralregierung in Kiew verlassen.

Die Bojaren waren die Hauptkraft im Trennungsprozess. Aufbauend auf seine Macht gelang es den örtlichen Fürsten, ihre Macht in jedem Land zu etablieren. Doch später gab es unvermeidliche Widersprüche zwischen dem stärker gewordenen Bojarentum und den lokalen Fürsten, ein Kampf um Einfluss und Macht. Sie wurden in verschiedenen Länder-Staaten unterschiedlich gelöst. So wurden beispielsweise in Nowgorod und später in Pskow Bojarenrepubliken gegründet. In anderen Ländern, in denen Fürsten den Separatismus der Bojaren unterdrückten, wurde die Macht in Form einer Monarchie etabliert.

Die in der Kiewer Rus bestehende, von der Altersfolge in der fürstlichen Familie abhängige Reihenfolge der Thronbesetzung führte zu einer Situation der Instabilität, der Unsicherheit, die die weitere Entwicklung Russlands verhinderte, es bestand Bedarf an neuen Formen der politischen Organisation des Staates unter Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse der wirtschaftlichen und politischen Kräfte. Diese neue Form staatspolitischer Organisation war die politische Fragmentierung, die die frühe feudale Monarchie ersetzte.

Die Fragmentierung ist ein gesetzmäßiges Stadium in der Entwicklung der alten

Rus. Die Festigung einzelner Territorien für bestimmte Zweige Kiewer Fürstengeschlechter war eine Antwort auf die Herausforderung der Zeit. Der „Kreislauf der Fürsten“ auf der Suche nach einem reicheren und ehrenvolleren Thron behinderte die weitere Entwicklung des Landes. Jede Dynastie betrachtete ihr Fürstentum nicht mehr als ein Objekt der militärischen Förderung; das wirtschaftliche Kalkül stand an erster Stelle. Dies ermöglichte der lokalen Obrigkeit, wirksamer auf die Unzufriedenheit der Bauern, Missernten und externe Invasionen zu reagieren.

Kiew war der erste unter den gleichberechtigten Fürstentumstaaten. Bald holten die anderen Länder auf und übertrafen ihn sogar in ihrer Entwicklung. So gab es eineinhalb Dutzend unabhängige Fürstentümer und Länder, deren Grenzen im Rahmen der Macht Kiews als Grenze von Lehen, Amtsbezirken, in denen lokale Dynastien regierten, gebildet wurden.

Der Titel des Großherzogs wurde nun nicht nur von Kiew, sondern auch von den Fürsten anderer russischer Länder übernommen. Die politische Fragmentierung bedeutete weder einen Bruch der Bindungen zwischen den russischen Ländern, noch führte sie zu ihrer vollständigen Abspaltung. Davon zeugen eine einheitliche Religion und Kirchenorganisation, eine einheitliche Sprache, die in allen Ländern geltenden Rechtsnormen der „Russischen Wahrheit“ und das Bewusstsein der Menschen für ein gemeinsames historisches Schicksal.

Infolge der Fragmentierung wurden die Fürstentümer unabhängig und wurden nach Städten benannt wie Kiew, Tschernigow, Perjaslawl, Murom, Rjasan, Rostow-Susdal, Smolensk, Galizien, Wladimir-Wolynsk, Polotsk, Turo-Pinsk, Tmutarakan; Nowgorod und Pskow-Länder.

In jedem Land herrscht eine eigene Dynastie – (*aber*) alle aus dem Zweige Ruriks. Die Söhne des Fürsten und der Bojaren-Statthalter verwalteten die lokalen Ländereien. Die Fehden, sowohl innerhalb der einzelnen Zweige des Fürsten-Rurikow-Hauses, als auch zwischen den einzelnen Ländern bestimmen weitgehend die politische Geschichte der Zeit der spezifischen Fragmentierung.

Betrachten wir die Geschichte der größten russischen Länder seit ihrer Trennung von Kiew und der mongolisch-tatarischen Eroberung.

Das Fürstentum Wladimir-Susdal.

Der Nordosten der Rus - das Land Wladimir-Susdal oder Rostow-Susdal (wie es ursprünglich genannt wurde) - lag zwischen den Flüssen Oka und Wolga. Hier bildete sich zu Beginn des XII. Jahrhunderts ein großer Bojarengrundbesitz. Die Region Salesski verfügte über fruchtbare, für die Landwirtschaft geeignete Böden. Die fruchtbaren Grundstücke wurden Opolje (vom Wort „Feld“) genannt. Eine der Städte des Fürstentums erhielt sogar den Namen Jurjew-Polski (d.h. in Opolje gelegen).

Hier wuchsen alte Städte und neue Städte entstanden. Am Zusammenfluss der Oka mit der Wolga wurde 1221 Nischni Nowgorod gegründet - das größte Stütz- und Handelszentrum im Osten des Fürstentums. Die alten Städte Rostow, Susdal,

Wladimir und Jaroslawl entwickelten sich weiter. Neue Festungsstädte wurden gebaut und erstarkt Dmitrow, Jurjew-Polski, Swenigorod, Pereslawl-Salesski, Kostroma, Moskau, Galich-Kostroma u.a.

Das Gebiet des Rostow-Susdal-Landes war durch natürliche Hindernisse - Wälder, Flüsse - gut vor äußeren Eindringlingen geschützt. Sie nannten sie die Region Salesski. Eine der Städte wurde deshalb Pereslawl-Salesski genannt. Außerdem gab es auf dem Weg der Nomaden in das Rostow-Susdal der Rus Länder anderer südrussischer Fürstentümer, die den ersten Schlag einstecken mussten. Das Wirtschaftswachstum im Nordosten der Rus wurde durch einen ständigen Bevölkerungszustrom gefördert. Auf der Suche nach Schutz vor einem Angriff der Feinde und normalen Bedingungen für die Wirtschaft eilte die Bevölkerung des Landes, die den Angriffen der Nomaden ausgesetzt war, nach Wladimir-Susdal in Opolje. Auf der Suche nach neuen Fischgründen gab es hier einen Besiedlungsstrom aus dem Nordwesten.

Unter den Faktoren, die zum Aufschwung der Wirtschaft und zur Trennung des Landes Rostow-Susdal von der Macht in Kiew beitrugen, ist das Vorhandensein vorteilhafter Handelswege zu erwähnen, die durch das Gebiet des Fürstentums führten. Die wichtigste von ihnen war die Wolga-Handelsroute, die den Nordosten der Rus mit den Ländern des Ostens verband. Durch den Oberlauf der Wolga und das System der großen und kleinen Flüsse gelang es, nach Nowgorod und weiter in die westeuropäischen Länder zu gelangen.

Im Land Rostow-Susdal, dessen Hauptstadt damals die Stadt Susdal war, regierte damals der sechste Sohn Wladimir Monomachs - Juri (1125-1157). Für sein ständiges Streben, sein Territorium zu erweitern und Kiew zu unterwerfen, erhielt er den Beinamen „Langarm“.

Juri Dolgoruki widmete, wie seine Vorgänger, sein ganzes Leben dem Kampf um den Thron des Großfürsts von Kiew. Nachdem Juri Dolgoruki Kiew erobert und Großfürst von Kiew geworden war, vergaß er sein nordöstliches Land nicht. Er beeinflusste aktiv die Politik von Weliki Nowgorod. Unter den traditionellen Einfluss der Fürsten Rostow-Susdals kamen Rjasan und Murom. Juri leitete den umfassenden Bau befestigter Städte an den Grenzen seines Fürstentums. Unter dem Jahr 1147 wird in der Chronik zum ersten Mal Moskau erwähnt, das auf dem Gelände des ehemaligen Anwesens des Bojaren Kuchka errichtet wurde, das von Juri Dolgoruki beschlagnahmt wurde. Hier fanden am 4. April 1147 Verhandlungen zwischen Juri und Fürst Swjatoslaw von Tschernigow statt, der Juri die Haut eines Pardus (Leoparden) als Geschenk mitbrachte.

Schon zu Lebzeiten des Vaters erkannte Juris Sohn Andrej, dass Kiew seine frühere Rolle verloren hatte. In einer dunklen Nacht des Jahres 1155 flohen Andrej und sein Gefolge aus Kiew. Nachdem er das „Heiligtum der Rus“ - die Ikone der Gottesmutter von Wladimir - erobert hatte, eilte er in das Land Rostow-Susdal, wo er von den örtlichen Bojaren eingeladen wurde. Sein Vater, der versuchte, mit seinem ungehorsamen Sohn vernünftig zu reden, starb bald. Andrej kam nie wieder nach Kiew zurück.

Während Andrejs Regierungszeit (1157-1174) kam es zu einem heftigen Kampf mit den örtlichen Bojaren. Andrej verlegte die Hauptstadt der reichen Bojaren Rostow in

die Kleinstadt Wladimir-an-der-Kljasma, die er mit außerordentlicher Pracht aufbaute. Das uneinnehmbare Goldene Tor aus weißem Stein wurde gebaut, die majestätische Himmelfahrtskathedrale wurde errichtet. Sechs Kilometer von der Hauptstadt des Fürstentums entfernt, am Zusammenfluss der Flüsse Nerl und Kljasma, gründete Andrej seine Vorstadtresidenz - Bogoljubowo. Hier verbrachte er einen beträchtlichen Teil seiner Zeit, wofür er den Beinamen Bogoljubowoer erhielt. Hier, im Bogoljubowoer Palast, wurde Andrej in einer dunklen Julinacht des Jahres 1174 durch eine Verschwörung von Bojaren getötet, die von den Bojaren Kuchkovichi, den ehemaligen Besitzern Moskaus, angeführt wurde.

Die Herrscher des Fürstentums Wladimir-Susdal trugen den Titel eines Großfürsten. Das Zentrum des russischen politischen Lebens hat sich in den Nordosten verlagert. Im Jahr 1169 nahm Andrejs ältester Sohn Kiew ein und unterwarf es einer brutalen Plünderung. Andrej versuchte, Nowgorod und andere russische Länder zu unterwerfen. Seine Politik spiegelte die Tendenz wider, alle russischen Länder unter der Herrschaft eines Fürsten zu vereinen.

Andrejs Politik wurde von seinem Halbbruder - Wsewolod II. dem Großen Nest (1176-1212) - fortgesetzt. Der Fürst hatte viele Söhne, weshalb er seinen Spitznamen erhielt (seine Söhne sind auf dem Relief der Wand der Dmitrijewski-Kathedrale in Wladimir dargestellt). Der zweiundzwanzigjährige Sohn der byzantinischen Prinzessin Wsewolod ging grausam mit den verschwörerischen Bojaren um, die seinen Bruder getötet hatten. Der Kampf zwischen dem Fürsten und den Bojaren endete zugunsten des Fürsten. Die Macht im Fürstentum wurde schließlich in Form einer Monarchie etabliert.

Unter Wsewolod wurde der Bau aus weißem Stein in Wladimir und anderen Städten des Fürstentums in großem Umfang fortgesetzt. Wsewolod das Große Nest versuchte, Nowgorod seiner Macht unterzuordnen, dehnte das Gebiet seines Fürstentums auf Kosten der Nowgoroder Ländereien entlang der nördlichen Dwina und Petschora aus, verlegte die Grenze Wolga-Bulgariens jenseits der Wolga. Der Fürst von Wladimir-Susdal war zu dieser Zeit der stärkste in Russland. Der Autor von „Ein Wort zu Igors Regiment“ sprach über die Macht von Wsewolod: „Die Wolga kann man mit Rudern verspritzen, und den Don kann man mit Helmen ausbaggern“.

Das Fürstentum Wladimir-Susdal behielt nach dem Tod von Wsewolod dem Großen Nest seinen Vorrang unter den russischen Ländern. Jurij (1212-1216; 1219-1238) ging als Sieger aus dem brudermörderischen Kampf der Söhne um den großfürstlichen Wladimir-Thron hervor. Unter ihm wurde die Kontrolle über Weliki Nowgorod hergestellt.

Im Jahr 1221 gründete er Nischni Nowgorod - die größte russische Stadt im Osten des Fürstentums.

Der Prozess des weiteren wirtschaftlichen Aufstiegs des Fürstentums Wladimir-Susdal wurde durch die mongolische Invasion unterbrochen.

Das Fürstentum Galizien-Wolhynien.

Die südwestliche Rus - das Fürstentum Galizien-Wolhynien besetzte die nordöstlichen Hänge der Karpaten und das Gebiet zwischen dem Dnjestr und dem Prut. Hier gab es fette schwarze Böden in den breiten Flusstälern, sowie

umfangreiche Waldgebiete, fruchtbare Nutzmöglichkeiten, und bedeutende Vorkommen an Steinsalz, das in die Nachbarländer exportiert wurde.

Auf dem Territorium des galizisch-wolhynischen Landes entstanden große Städte: Halytsch, Wolodymyr-Wolynskyj, Cholm, Berestje (Brest), Lwow, Peremyschl, u.a. Die günstige geographische Lage (Nachbarschaft mit Ungarn, Polen, Tschechien) erlaubte einen aktiven Außenhandel. Außerdem waren die Länder des Fürstentums relativ sicher vor Nomaden.

Wie in Wladimir-Susdal in Rus gab es einen deutlichen wirtschaftlichen Aufstieg.

In den ersten Jahren nach der Trennung von Kiew existierten die Fürstentümer Galizien und Wolhynien als unabhängige Fürstentümer. Der Aufstieg des Herzogtums Galizien begann unter dem Galizier Jaroslaw Osmomysl (1153-1187). (Er kannte acht Fremdsprachen, weshalb er seinen Spitznamen bekam; nach einer anderen Version – „acht denkbar“, das heißt weise.) Der Autor von „Ein Wort zu Igars Regiment“ schätzte die Macht des Fürsten und seines Staates sehr und schrieb an Jaroslaw: „Du sitzt hoch auf deinem goldgeschmiedeten Thron, stützt die ungarischen Berge mit deinen eisernen Regimentern ... du öffnest die Tore von Kiew“ (d.h. Kiew ist dir unterworfen. - *Aut.*). Und in der Tat nahmen die galizischen und wolhynischen Truppen 1159 eine Zeitlang Kiew ein.

Die Vereinigung der galizischen und wolhynischen Fürstentümer erfolgte 1199 unter dem Fürsten von Wolhynien Roman Mstislawitsch (1170-1205). Im Jahre 1203 eroberte er Kiew und nahm den Titel eines Großfürsten an. Es wurde einer der größten Staaten Europas gebildet (der römische Papst bot Roman Mstislawitsch sogar an, den königlichen Titel zu übernehmen). Romans Wolhynier und Galizier führten einen hartnäckigen Kampf mit den örtlichen Bojaren, der mit seinem Sieg endete. Hier, ebenso wie im Nordosten der Rus, wurde eine starke Großmacht gegründet. Roman Mstislawitsch kämpfte erfolgreich mit den polnischen Feudalherren, den Polowetzern, und führte einen aktiven Kampf um die Vorherrschaft über das russische Land.

Roman Mstislawitschs ältester Sohn Daniel (1205-1264) war erst vier Jahre alt, als sein Vater starb.

Daniel musste einen langen Kampf um den Thron sowohl mit den ungarischen, polnischen als auch mit den russischen Fürsten ertragen. Erst 1238 bestätigte Daniil Romanowitsch seine Autorität über das Land Galizien-Wolhynien.

Im Jahr 1240 gelang es Daniel, die südwestliche Rus und das Kiewer Land zu vereinen, nachdem er Kiew besetzt hatte. Im selben Jahr wurde das Fürstentum Galizien-Wolhynien jedoch von den mongolischen Tataren zerstört, und 100 Jahre später waren diese Länder Teil von Litauen (Wolhynien) und Polen (Galitsch).

Die Nowgoroder Bojarenrepublik.

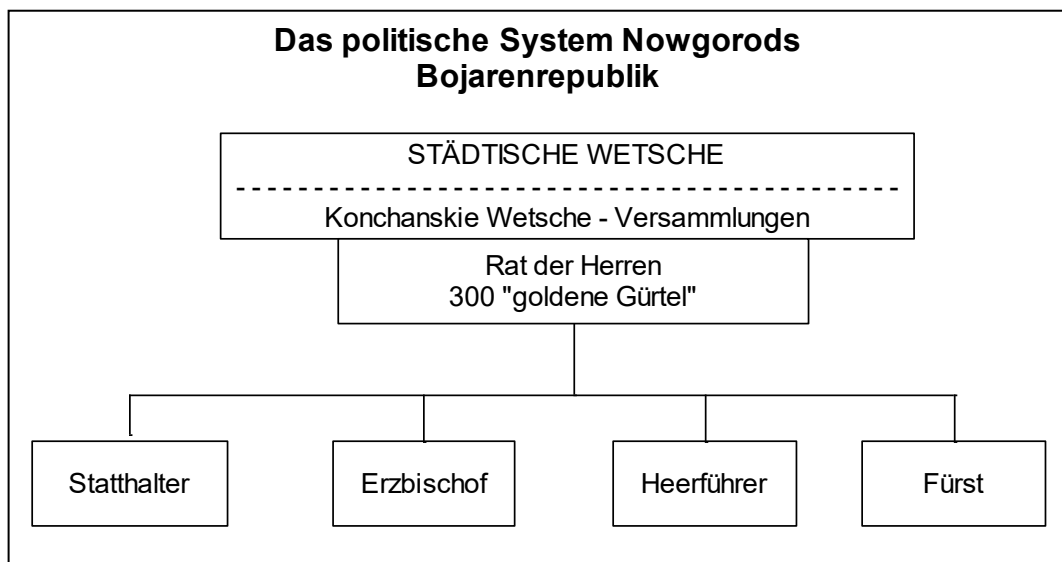
Das Nowgoroder Land (nordwestliche Rus) besetzte ein riesiges Gebiet vom Arktischen Ozean (*Nordpolarmeer*) bis zur oberen Wolga, von der Ostsee bis zum Ural.

Das Nowgoroder Land war weit von den Nomaden entfernt und erlebte nicht den Schrecken ihrer Überfälle. Der Reichtum des Nowgoroder Landes lag in dem Vorhandensein eines riesigen Landfonds, der in die Hände der lokalen Bojaren geriet und aus dem lokalen Stammesadel hervorging. Nowgorod hatte nicht genug eigenes Brot, aber die gewerblichen Aktivitäten - Jagd, Fischerei, Salzproduktion,

Eisenproduktion, Imkerei - wurden erheblich ausgebaut und verschaffte den Bojaren ein beträchtliches Einkommen. Der Aufstieg von Nowgorod wurde durch eine außerordentlich vorteilhafte geografische Lage erleichtert: Die Stadt befand sich an der Kreuzung der Handelswege, die Westeuropa mit der Rus und durch sie mit dem Osten und Byzanz verbanden. An den Anlegestellen des Wolchow-Flusses in Nowgorod lagen Dutzende von Schiffen.

In der Regel war Nowgorod im Besitz des Fürsten, der den Thron von Kiew innehatte. Dies ermöglichte es dem Ältesten unter den Rurik-Fürsten, den großen Weg „von den Warägern zu den Griechen“ zu kontrollieren und in der Rus zu dominieren. Unter Ausnutzung der Unzufriedenheit der Nowgoroder (Aufstand von 1136) gelang es den Bojaren, die über eine bedeutende wirtschaftliche Macht verfügten, den Fürsten im Kampf um die Macht endgültig zu besiegen. Nowgorod wurde eine Bojarenrepublik. Das oberste Organ der Republik war das Wetsche, bei dem die Regierung von Nowgorod gewählt wurde, die wichtigsten Fragen der Innen- und Außenpolitik berücksichtigt wurden usw. Neben der gesamtstädtischen Wetsche gab es „Konchansk“ (die Stadt war in fünf Bezirke unterteilt - die Enden, und das ganze Nowgoroder Land in fünf Regionen – ein Fünftel) und „Straßenmenschen“ (Vereinigung von Straßenbewohnern) Wetscheversammlungen. Die tatsächlichen Herren der Wetsche waren 300 „goldene Gürtel“ - die bedeutendsten Bojaren Nowgorods.

Die Hauptamtsperson in der Nowgorod-Verwaltung war der Statthalter (vom Wort „sitzen“; normalerweise „setzte“ der Kiewer Großfürst seinen ältesten Sohn als Statthalter von Nowgorod ein).



Der Statthalter war Leiter der Regierung, in seinen Händen waren Verwaltung und Gericht. Tatsächlich wurden Bojaren aus den vier größten Nowgoroder Sippen als Statthalter gewählt.

Das Wetsche wählte das Oberhaupt der Nowgoroder Kirche - den Bischof (später den Erzbischof). Der Bischof verfügte über den Staatshaushalt, kontrollierte die Außenbeziehungen von Weliki Nowgorod, die Handelsmaßnahmen usw. und hatte sogar ein eigenes Regiment.

Die dritte wichtige Person in der Stadtverwaltung war der Heerführer, der für die

städtische Miliz, das Handelsgericht und die Steuererhebung zuständig war.

Das Wetsche lud den Fürsten ein, der die Armee während der Militärfeldzüge führte; sein Gruppe sorgte für Ordnung in der Stadt. Es symbolisierte gewissermaßen die Einheit Nowgorods mit der übrigen Rus. Der Fürst wurde gewarnt: „Du, Fürst, kannst das Gericht nicht ohne den Posadnik bestimmen, die Gerichtsbarkeit nicht halten und keine Urkunden gewähren“. Sogar die Residenz des Fürsten befand sich außerhalb des Kremls, am Hof Jaroslaws - auf der Handelsseite, und später - einige Kilometer vom Kreml nach Gorodischtsche.

Den Bewohnern des Nowgoroder Landes gelang es, den Ansturm der Kreuzzugsangriffe in den 40er Jahren des XIII. Jahrhunderts abzuwehren. Die mongolischen Tataren konnten die Stadt ebenfalls nicht erobern, aber der starke Tribut und die Abhängigkeit von der Goldenen Horde beeinflussten die weitere Entwicklung dieser Region.

Kiewer Fürstentum.

Das von Nomaden bedrohte Fürstentum Kiew verlor durch die Abwanderung der Bevölkerung und den Wegfall des Weges „von den Warägern zu den Griechen“ seine frühere Bedeutung, blieb aber dennoch eine Großmacht. Traditionell rivalisierten die Fürsten immer noch um Kiew, obwohl sein Einfluss auf das allrussische Leben nachgelassen hatte. Am Vorabend der mongolischen Invasion wurde die Macht des galizisch-wolhynischen Fürsten Daniil Romanowitsch bestätigt. 1299 verlegte der russische Metropolit seine Residenz nach Wladimir-na-Kljasma (*Wladimir an der Kljasma*), als wolle er ein neues Gleichgewicht der Kräfte innerhalb der Rus behaupten. Die mongolische Invasion aus dem Osten, die Expansion der katholischen Kirche aus dem Westen, Veränderungen in der Welt (Schwächung von Byzanz usw.) bestimmten maßgeblich die Art der weiteren Entwicklung der russischen Fürstentümer und Länder - der Nachfolger des Kiewer Staates.

Obwohl es innerhalb Russlands keine politische Einheit mehr gab, wurden die Faktoren der zukünftigen Vereinigung objektiv bewahrt: gemeinsame Sprache, gemeinsamer Glaube, gemeinsame Gesetzgebung, gemeinsame historische Wurzeln, die Notwendigkeit, das Land zu verteidigen und auf dem riesigen Territorium mit stark kontinentalem Klima, spärlicher Bevölkerung, wenig fruchtbaren Böden ohne natürliche Grenzen zu überleben.

Die Idee der Einheit der Rus lebte im Bewusstsein der Menschen weiter, und die Erfahrung der gemeinsamen historischen Praxis bestätigte nur die Notwendigkeit der Einheit. Der Appell des Autors von „Ein Wort zu Igors Regiment“ an den inneren Frieden und die Zustimmung im Kampf mit Nomaden unter diesen Bedingungen klang wie ein Sturmläuten und ein Aufruf zur Einheit der Rus.

Kapitel 5

DIE KULTUR DER RUS VOR DER MONGOLISCHEN INVASION

Die Kultur der menschlichen Gesellschaft wird allgemein als eine Reihe von materiellen und geistigen Werten verstanden, die von Menschen im Prozess ihrer sozialen und arbeitenden Praxis geschaffen werden. Die Kultur jeder Nation wird als ein Teil der Weltkultur dargestellt, als Ergebnis ihrer kreativen Bemühungen, einschließlich all dessen, was durch den Verstand und die Hände der Menschen

geschaffen wurde.

Herkömmlicherweise werden zur Erleichterung des Studiums die materiellen und geistigen Bereiche in der Kultur unterschieden. Unter materieller Kultur verstehen wir die Entwicklung von Technologie, Arbeitsmitteln sowie Wohnen, Kleidung, Alltag usw. Geistige Kultur umfasst ideologische Vorstellungen, Bildungssystem, Wissenschaft, Literatur, Kunst usw. Tatsächlich sind diese beiden Bereiche miteinander verbunden. Materielle Kultur kann nicht ohne menschliche Kreativität entstehen, gleichzeitig haben Werke der geistigen Kultur in der Regel eine materielle Verkörperung.

Die Periodisierung der Geschichte der russischen Kultur fällt meist mit der allgemeinen historischen Periodisierung zusammen. Gewöhnlich werden die Kultur Russlands der vormongolischen Zeit, die Kultur des XIII. - XV. Jh. - die Zeit der Bildung des russischen Zentralstaates, die Kultur des XVI. und die Kultur des XVII. Jh. - gewöhnlich als getrennte Perioden unterschieden. Russische Kultur bis zum Ende des XVII. Jh. normalerweise als mittelalterlich beschrieben. Seit Peters Reformen hat sich eine neue russische Kultur etabliert. Ihr Hauptmerkmal war ein weltlicher, rationalistischer Kulturtypus. Als getrennte Perioden der Entwicklung der neuen Kultur werden betrachtet: die Kultur des ersten Viertels des XVIII. Jahrhunderts, Mitte - zweite Hälfte des XVIII. Jahrhunderts, erste Hälfte des XIX. Jahrhunderts, zweite Hälfte des XIX. Jahrhunderts und Anfang des XX. Jahrhunderts.

Merkmale der Entwicklung der russischen Kultur im IX. – XVII. Jh.

Dies ist die Zeit der Dominanz der mittelalterlichen Kultur. Sie ist erstens durch eine allgemeine Verlangsamung der Entwicklung gekennzeichnet. Die Produktivkräfte verbessern sich langsam, und es dominiert eine Naturalwirtschaft, die das bestehende Niveau der sozialen Beziehungen bewahrt.

Zweitens ist ein charakteristisches Merkmal der damaligen Kultur der Traditionalismus. Die Landbevölkerung, die den Wechsel der Tages- und Jahreszeiten, das Leben eines Individuums beobachteten, sahen ihre Wiederholung, ihre Bewegung in einem geschlossenen Kreis. Jahrhundertelange Erfahrung war die zuverlässigste Garantie gegen Katastrophen. Daher die Autorität des Altertums, dessen, was viele Male wiederholt wurde; den Mustern folgend.

Drittens ist ein besonderes Merkmal der mittelalterlichen Kultur die Dominanz in der Ideologie des religiösen Weltbildes. Die weltlichen, rationalistischen (von lat. *ratio* - Vernunft) Vorstellungen sind nur im Keim vorhanden; sie fallen vor allem in den Städten und in der volkstümlichen, alltäglichen Kultur auf.

Viertens ist diese Periode durch eine Anhäufung von Wissen gekennzeichnet, aber eine wissenschaftliche Erklärung vieler Fakten und Phänomene ist noch nicht erreicht worden.

Trotz gewisser Unterschiede in der Entwicklung der Rus im Vergleich zu den westeuropäischen Ländern wurde die russische Kultur im allgemeinen Verlauf der europäischen Kultur geformt und entwickelt. Dies ist auf die Einheitlichkeit der sozioökonomischen Entwicklung Russlands und der europäischen Länder sowie auf die Ähnlichkeit der Sozialstruktur zurückzuführen. Gemeinsam waren schließlich die

christlichen, ewigen Werte, die den Typus der Kultur bestimmten.

Leider haben uns viele Kulturdenkmäler nicht erreicht.

Die meisten von ihnen in Bränden, Invasionen und Kriegen umgekommen. Als beispielsweise 1382 die (*Goldenen*) Horden Moskau belagerte, brachten seine Bewohner Bücher in die Kremlkathedrale. Der Chronist hielt fest: es gab so viele Bücher, dass sie die Gewölbe des Gebäudes stützten. Als Toktamisch mit Arglist in den Kreml eindrang, wurden diese unzähligen Buchreichtümer verbrannt. Bücher kamen in den folgenden Jahrhunderten um. Bei dem Brand von 1812 kam die einzige Aufzählung von „Ein Wort zu Igors Regiment“ um. Eine große Zahl von Kulturdenkmälern wurde von den Nazis während des Großen Vaterländischen Krieges zerstört. Viele Kulturdenkmäler sind auch infolge der Handlungen der Behörden umgekommen, die sie aus „ideologischen“ Gründen vernichtet haben.

Die Restauratoren haben viel getan, um die alten Denkmäler wiederzubeleben. Zum Beispiel wurden die Werke der Ikonenmalerei von Andrej Rublew erst im XX. Jahrhundert wirklich bekannt, als der herausragende Kunsthistoriker I. E. Grabar begann, seine Ikonen von Firnisöl und später Schichtbildung zu säubern. Die restaurierten schwarzen Tafeln „leuchteten“ wie vor Jahrhunderten.

Die Ursprünge der russischen Kulturentwicklung.

Die Kultur einer Nation besteht aus der Summe von Werten, die aus vergangenen Zeiten geerbt wurden, dem eigenen Beitrag der Zeitgenossen, Anleihen bei anderen Nationen.

Die Kultur der Kiewer Rus erbte die Kultur der ostslawischen Stämme, die den Kern des Staates bildeten.

Es hat zweifellos den Einfluss der Nomadenvölker der Steppe und insbesondere von Byzanz erfahren, von denen das Christentum nach Russland gekommen ist. Durch Byzanz hat sich die Rus dem reichsten Erbe der Antike angeschlossen. Die Traditionen von Byzanz - eines der am weitesten entwickelten Länder der damaligen Welt - befruchteten die volkstümliche, auf der heidnischen Weltanschauung basierende Kultur der Rus. Sie wurden auf russischem Boden überarbeitet und anders interpretiert.

In der zweiten Hälfte des XII. - Anfang des XIII. Jh. begann die russische Kultur einen gewissen Einfluss der westeuropäischen romanischen Tradition zu erfahren.

Die mongolisch-tatarische Eroberung veränderte die Art der Kontakte und die Richtung der kulturellen Beziehungen in Russland dramatisch.

In der Kultur der vormongolischen Rus lassen sich drei Perioden unterscheiden: die Kultur der Ostslawen, die Kultur der Kiewer Rus, die Kultur der russischen Länder und Fürstentümer der Zeit der Fragmentierung. Die heidnische Weltanschauung und das Volk in seiner grundlegenden materiellen und geistigen Produktion sind die wichtigsten Unterscheidungsmerkmale der ostslawischen Kultur in der vorstaatlichen Zeit und in den ersten Jahrzehnten der Kiewer Rus.

Eine Besonderheit der Kultur der Kiewer Macht war die Synthese von Errungenschaften des ostslawischen und der christlichen Kultur Byzanz. Diese Zeit wird allgemein als die Zeit des historischen Monumentalismus in der Literatur und Kunst bezeichnet.

Seit Beginn des XII. Jh. (aufgrund der Fragmentierung) beginnen sich innerhalb der Fürstentümer und Länder auf der Grundlage der Kultur die kulturell- künstlerischen Schulen der Kiewer Rus als lokale Varianten der Kultur des altrussischen Volkes zu entwickeln.

Schrifttum. Bildung.

Zum Zeitpunkt der Annahme des Christentums in der Rus gab es bereits ein eigenes Alphabet. Die Annahme des Christentums hat zur weiteren Entwicklung von Schrift und Bildung beigetragen. Und tatsächlich sahen die Missionsbrüder aus der griechischen Stadt Thessaloniki Kyrill und Methodios in den 60er Jahren des IX. Jahrhunderts das mit slawischen Buchstaben geschriebene Evangelium. Der Ruhm der Schöpfer unseres Alphabets fiel ihnen zu. Kyrill und Methodios, wie die meisten Experten jetzt glauben, schufen das glagolitische Alphabet (Glagoliza), das wiederum bald von ihnen mit dem griechischen Buchstaben überarbeitet wurde, so erschien das aktuelle Alphabet, kyrillisch, das wir bisher verwenden (wurde von Peter I. vereinfacht, danach im Jahr 1918).

Die wichtigsten Zentren für die Ausbildung der Schrift waren Schulen in Klöstern und Kirchen, wo sie nicht nur Lese- und Schreibfähigkeiten beherrschten, sondern auch die höheren Wissenschaften jener Zeit (Theologie, Grammatik, Dialektik, Rhetorik u. dgl.).

Es gibt viele Beweise für die Verbreitung der Alphabetisierung (*Beherrschung des Lesens und Schreibens*) unter den Bewohnern der alten Rus. Von der Alphabetisierung der städtischen Bevölkerung zeugen handwerkliche Produkte, auf denen es verschiedene Inschriften gibt. Zum Beispiel überschrieben Frauen Spinnwirteln (*Wirtelstein, Würtel*) - Tonringe, die auf einer Spindel getragen wurden. Schuster ritzte die Namen seiner Kunden auf die Leisten. Ein Kiewer Töpfer schrieb auf eine Amphore: „Äußerst segensreich sei dieses Tongefäß gefüllt“.

Eine große Anzahl von Inschriften (sie werden Graffiti genannt) wurde an den Wänden der alten Kathedralen gefunden. Die meisten von ihnen beginnen mit den Worten „Herr, hilf“, gefolgt vom Text der Bitte. Manchmal gibt es lustige Inschriften. „Jakim hat stehenderweise Zeit“, schrieb ein Nowgoroder über einen Nachbarn, der in der Kirche eingeschlafen war, und ein Kiewer, der sich über seinen Freund lustig machte, schrieb: „Kusma - ein Schmutzfink“. Die Inschrift an der Wand der heiligen Sophia von Kiew über dem Sarkophag von Jaroslaw dem Weisen half den Historikern herauszufinden, dass die Kiewer Fürsten mit dem Zarentitel angeredet wurden.

1951 entdeckten Archäologen in Nowgorod Birkenrinde-Urkunden. Gegenwärtig wurden mehr als 700 Urkunden in Nowgorod, Smolensk, Moskau, Polozk, Pskow und anderen Städten gefunden. Welche Gedanken und Gefühle haben die Menschen der Birkenrinde nicht anvertraut! Unter den Urkunden finden man auch einen Wirtschaftsbrief („Die Erde ist bereit, wir brauchen Samen. Komm, Ospodin, ein Mensch, und wir wagen es nicht, Roggen ohne dein Wort zu haben“, sagte ein gewisser Michael seinem Herrn), und ein Testament („Im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes... siehe der Knecht Gottes Michael gibt sein Vermögen im Schreiben an), und ein Brief, der über die Familientragödie berichtet („Verbeugung von Nastasja zum Herrn, zu meinen Brüdern. Ich habe Boris im Besitz

(im Leben.- *Aut.*) nein...“) und ein Liebesbrief („Von Mikita zu Uljaniza. Folge mir, ich will, dass du mir folgst, und du folgst mir. Und dann zum Zeugen (Zeuge. - *Aut.*) Ignat Moses“) usw.

Die Ausweitung des Niveaus der Alphabetisierung in der Rus wird durch die unter Jaroslaw dem Weisen in Kiew eröffneten Schulen belegt, an denen mehr als 300 Kinder studierten. In den fürstlichen Kemenaten Kiews wurde die Tochter Jaroslaws dem Weisen Anna erzogen - eine der ersten des Lesens und Schreibens kundigen Frauen, die Königin von Frankreich wurde.

Literatur, mündliche Volkskunst (Volksliteratur).

Ungefähr 150 Bücher sind aus vormongolischer Zeit zu uns überliefert.

Das älteste von ihnen ist das „Ostromir-Evangeliar“. Es wurde in den Jahren 1056 - 1057 für den Nowgoroder Posadnik Ostromir geschrieben, nach dessen Namen es benannt wurde.

Zu dieser Zeit schrieb man auf Pergament (ansonsten hieß es Papyrus, Leder, Fell). Pergament wurde gewöhnlich aus speziell angefertigtem Kalbsleder hergestellt. Sie begannen, den Text mit einem großen roten Buchstaben zu schreiben - der Titelvignette (der Ausdruck „aus der roten Linie schreiben“ ist noch erhalten). Bücher wurden oft mit Zeichnungen ausgeschmückt, die Miniaturen genannt wurden. Die gehefteten Blätter des Buches wurden zwischen zwei Bretter gelegt, die mit Leder überzogen waren (daher der Ausdruck „von Brett zu Brett lesen“). Bücher waren teuer, deshalb wurden sie sorgfältig aufbewahrt und als Teil des Erbes weitergegeben.

Übersetzte Literatur, sowohl religiösen als auch weltlichen Inhalts, ist in der Rus weit verbreitet. Zu letzteren gehörten das berühmte „Alexandria“, das über die Heldentaten und das Leben Alexanders des Großen berichtete, sowie „Die Geschichte der Zerstörung Jerusalems“ von Josephus Flavius, byzantinische Chroniken u.a.

Neben den Abschriften religiöser Texte und zahlreichen Übersetzungen ins Altrussische aus dem Griechischen und Lateinischen entstanden Originalwerke altrussischer Autoren. Im Gegensatz zu den europäischen Ländern, in denen Latein die Literatursprache war, wurde in Russland in der Muttersprache geschrieben. In der Kiewer Rus wurde eine Reihe herausragender literarischer Werke geschaffen.

Unter den Gattungen der altrussischen Literatur nimmt die Chronik den ersten Platz ein. Historiker heben mehrere Chroniken heraus, die der Schaffung der berühmtesten Chronik des Alten Russlands vorausgegangen sind «die „Geschichte vergangener Jahre“, die der Mönch des Kiewer Höhlenklosters Nestor zu Beginn des XII. Jahrhunderts zusammengestellt hatte.

In den Chroniken der Zeit der Fragmentierung stand die Idee der Kontinuität und Einheit des russischen Landes seit den Zeiten der Macht in Kiew an erster Stelle. Die Chronisten der russischen Fürstentümer begannen mit der „Geschichte vergangener Jahre“ und führten die Geschichte bis zur Trennung ihres Landes von Kiew. Dann gab es eine Geschichte über lokale Ereignisse. Die Chroniken der einzelnen Länder unterscheiden sich voneinander: die „Pskow-Chronik“ wird als heroische Militäarchronik wahrgenommen; die Beschreibung des fürstlichen Streits ist

mit der Chronik des Landes Galizien-Wolhynien („Ipatjew-Chronik“) gefüllt; die Chronik von Nowgorod ist eine Art städtische Chronik. Die Idee einer einzigen und starken großfürstlichen Macht ist charakteristisch für die Chronik des Landes Wladimir-Susdal („Laurentianische Chronik“).

Die verschiedenen Chroniken wurden normalerweise entweder nach dem Ort benannt, an dem sie aufbewahrt wurden, oder nach dem Namen des Autors oder Wissenschaftlers, der sie entdeckt hat. Zum Beispiel ist die „Ipatjew-Chronik“ so benannt, weil sie im gleichnamigen Kloster in der Nähe von Kostroma gefunden wurde. Die „Laurentianische Chronik“ ist nach dem Mönch Laurentius benannt, der sie für den Fürsten von Susdal - Nischni Nowgorod schrieb.

Ein weiteres weit verbreitetes Genre der altrussischen Literatur wurden Biographien russischer Heiliger.

Eine der berühmtesten in Russland wurde die „Heiligengeschichte“ der Fürsten Boris und Gleb, die 1015 vom Bruder Swjatopolk im brudermörderischen Kampf getötet wurden. Unter den publizistischen Schriften nimmt einen der ersten Plätze in der altrussischen Literatur das „Wort über Gesetz und Gnade“ des Kiewer Metropoliten Hilarion (40. Jahre XI. Jh.) ein, dessen Hauptgedanke die Gleichberechtigung Russlands mit anderen christlichen Völkern und Staaten, einschließlich Byzanz, war.

Die bekanntesten Schriften dieser Zeit sollten als „Lehre für Kinder“ von Wladimir Monomach, „Wort“ und „Gebet“ von Daniel Zatochnik u.a. bezeichnet werden, die uns die wichtigsten Probleme, die die Schriftsteller der Zeit beunruhigt: Aufruf zur Einheit gegen gemeinsame Feinde, Verherrlichung des Glaubens und der starken fürstlichen Macht, stolz auf sein Volk und Land. Das herausragendste Werk aus der Zeit der spezifischen Fragmentierung ist das unsterbliche „Ein Wort zu Igars Regiment“, der Stolz unserer Literatur.

Neben der schriftlichen Literatur war die mündliche Volkskunst weit verbreitet, und vor allem die berühmten Epen, die über den heldenhaften Kampf der Menschen gegen die Nomaden und ihrer Schaffenskraft berichteten.

Handwerk.

Das Handwerk entwickelte sich in jenen fernen Zeiten hervorragend. Nach den Berechnungen des Akademiestandmitglied

B. A. Rybakow gab es in den altrussischen Städten, deren Zahl zur Zeit der mongolischen Invasion fast 300 betrug, Handwerker mit mehr als 60 Spezialgebieten. Es ist zum Beispiel bekannt, dass russische Schmiede Schließeinrichtungen herstellten, die in Westeuropa berühmt waren; diese Schlösser bestanden aus mehr als 40 Teilen. Selbstschärfende Messer, die aus drei Metallplatten bestehen, waren sehr gefragt, wobei die mittlere Platte eine höhere Härte aufweist.

Berühmt wurden auch russische Handwerker, die sich mit Glockenguss beschäftigten, Juweliere, Glasmacher.

Seit der Mitte des X. Jahrhunderts hat sich die Herstellung von Ziegelsteinen,

mehrfarbiger Keramik, Holzbearbeitungsgegenständen und Leder weit entwickelt. Die Produktion von Waffen - Kettenhemden, Stichschwertern und Säbeln - hat eine bedeutende Entwicklung erfahren. Im XII. - XIII. Jahrhundert kamen bei ihnen Armbrüste und geschliffene Pfeile auf.

Architektur.

Heute kennen wir mehr als 150 Baudenkmäler, die aus vormongolischer Zeit erhalten geblieben sind. Ausgrabungen und Forschungen haben gezeigt, dass es in der Rus bis zum Ende des X. Jahrhunderts keine monumentale Steinarchitektur gab. Die Bauwerke waren aus Holz oder aus Holz und Erde.

Eine der ersten Steinstrukturen, die Ende des X. Jahrhunderts von griechischen Handwerkern errichtet wurde, ist die 25-kuppelige Kirche zu Ehren der Muttergottes in Kiew, auch Zehntenkirche genannt. Von diesem Bauwerk ist uns nur das Fundament erhalten geblieben. Während der mongolisch-tatarischen Invasion setzten die Invasoren die Kirche in Brand, und die letzten Verteidiger der Stadt wurden unter den Ruinen begraben.

Mitte des XI. Jahrhunderts wurde unter Jaroslaw dem Weisen die Sophienkathedrale (1037) mit 13 Kuppeln errichtet. Zur gleichen Zeit wurde in Kiew das Goldene Tor errichtet. Mit diesen Gebäuden betonte die Stadt sozusagen ihren Wunsch, Konstantinopel in seiner Größe nicht unterlegen zu sein. Nach dem Bau der Sophienkathedrale in Kiew wurden u.a. die Sophienkathedralen in Nowgorod und Polozk gebaut und die Erlöser-Kathedrale in Tschernigow errichtet. Auf dem Territorium der Rus sind etwa 15 Steinkirchen des XI. bis frühen XII. Jahrhunderts bekannt, im Stil ähnlich.

Die Prinzipien des Kirchenbaus wurden von Byzanz übernommen.

Die Kirchen wurden aus flachen Ziegeln von 31 x 31 cm und 2,5 bis 4 cm Dicke errichtet, die als Sockel bezeichnet wurden. Der Kirchentyp, der aus Byzanz stammt, wird Kreuzkuppel genannt.

Vier, sechs oder mehr Säulen (Pfeiler) im Grundriss bildeten ein Kreuz, über dem die Kuppel aufragte.

Der östliche Teil des Gebäudes hatte Vorsprünge (Apsiden) und wurde Altar genannt. Hier wurde das Sakrament der Anbetung durchgeführt.

Der Altarteil wurde durch eine niedrige Trennwand mit reichen Stoffen und Ikonen vom Kirchenraum getrennt, in dem sich die Gläubigen befanden.

In der Folge erhöhte sich die Anzahl der Symbole in der Altarbarriere, deren Platz durch eine Ikonostase mit 5 - 7 Ikonenreihen eingenommen wurde. Im westlichen Teil gab es einen Balkon - einen Chor, wo während des Gottesdienstes der Fürst mit seiner Familie und seinen Verwandten anwesend waren. Die Chöre waren in der Regel durch einen Durchgang mit dem Fürstenpalast verbunden, in den man gehen konnte, ohne auf die Straße hinauszugehen. Es war auch möglich, den Chor über eine Wendeltreppe zu besteigen, die sich in einem speziell dafür entworfenen Turm befand.

Während der Zeit der Fragmentierung entstanden verschiedene Architektur- und Kunstschulen.

Die meisten Kirchen des XII. bis frühen XIII. Jahrhunderts sind mit einer Kuppel (*einkuppelig*) versehen. Mosaikdarstellungen wichen den Fresken. Die Unterschiede in

der Art der Architektur hängen hauptsächlich mit dem Baumaterial zusammen, das in einem bestimmten Land verwendet wird.

Zum Beispiel wurden in Kiew, Smolensk, Tschernigow, Rjasan auf alte Art aus Klinkerziegel gebaut. In Nowgorod war Kalkstein das am häufigsten verwendete Baumaterial.

Er lag in Schichten und ließ sich leicht mit Mörtel verbinden. Die meisten Denkmäler von Nowgorod und Pskow sind wie aus einzelnen, von Menschenhand geformten monumentalen Felsblöcken gebaut.



Bauplan einer Kreuzkuppelkirche mit vier Säulen

1. Kuppel
2. Säulen
3. Altar
4. Chöre
5. Altarbarriere

Die bekanntesten Denkmäler Nowgorods sind die Kathedralen der Klöster von Jurjew und Antonjew und die Erlöserkirche auf dem Nerediza-Hügel.

Im Gegensatz zu Nowgorod und Kiew war in Wladimir-Susdal und Galizien-Wolhynien Rus das Hauptbaumaterial Stein.

Er wurde zu einem Block der Größe 50x50x50 cm gehauen. Es wurde eine Mauer aus zwei Reihen von Steinblöcken errichtet, deren Zwischenraum mit Schotter und mit Bindemörtel aufgefüllt wurde. Weißer Stein ist in der Arbeit sehr formbar, Strukturen aus ihm hatten normalerweise eine große Anzahl von dekorativen Details und Dekorationen.

Die charakteristischen Merkmale der Architektur aus weißem Stein sind Exklusivität, Harmonie, Klarheit, Streben nach oben und eine reichhaltige Wanddekoration. Ein charakteristisches Merkmal dieser Strukturen ist der in der

Mitte des Gebäudes verlaufende Bogensäulengürtel.

Zu den architektonischen Denkmälern von Wladimir-Susdal Rus gehören das Goldene Tor, die Kathedrale Mariä Himmelfahrt und die Dmitri-Kathedrale in Wladimir, die bis heute erhalten sind, wenn auch manchmal in wiederaufgebaute Form; die Überreste des Palastes von Fürst Andrej in Bogoljubow - eines der wenigen zivilen (weltlichen) Steingebäude, die uns teilweise aus vormongolischer Zeit überliefert sind; die Mariä-Schutz-und-Fürbitte-Kirche am Fluss Nerl bei Bogoljubow; die Kathedralen von Pereslawl-Salesski, Susdal und Jurjew-Polski.

Malerei und Bildhauerkunst.

Im Inneren der Kirchen wurden die Wände mit Fresken und Mosaiken geschmückt. Ein Fresko ist eine Malerei mit Wasserfarben auf feuchtem Putz.

In der Sophienkathedrale von Kiew sind Fresken der Söhne und Töchter von Jaroslaw dem Weisen, Alltags-Szenen mit Darstellungen von Komödianten, Maskierten, Vergnügungen u. dgl. erhalten. Ein Mosaik ist eine Darstellung oder ein Muster, das aus Stein-, Marmor-, Keramik- oder Smalte-Stücken besteht. In der alten Rus lassen sich Mosaikdarstellungen aus Smalte, einem speziellen glasartigen Material, finden. Eine riesige Figur der Muttergottes in Orantenhaltung, die in der Sophienkathedrale in Kiew für die Menschheit betet, besteht aus Mosaiken.

Ikonen waren eine unumgängliche Dekoration für Kirchen (aus dem griech. *eikon* - Darstellung, Bild). Ikonen aus dieser Zeit gehörten gewöhnlich zu Kirchen und waren recht großformatig. Wie Fresken und Mosaiken wurden die ersten Ikonen in der Rus von griechischen Meistern gemalt.

Die am meisten verehrte Ikone in der Rus war das Bild der Muttergottes mit dem Kind im Arm, das von einem unbekanntem griechischen Maler um die Wende des XI. - XII. Jahrhunderts angefertigt wurde. Diese Ikone erhielt den Namen der Muttergottes von Wladimir und wurde zu einer Art Symbol für die Rus (heute wird sie in der Tretjakow-Galerie aufbewahrt).

Dem Künstler gelang es hervorragend, die komplexe, widersprüchliche Bandbreite der Gefühle einer jungen Frau und Mutter zu vermitteln: die Freude an der Mutterschaft, die zärtliche Bewunderung für ihr Kind und gleichzeitig eine Vorahnung der Qual, die auf ihr Kind wartet. Die Muttergottes von Wladimir ist eines der vollkommensten Werke der Weltkunst.

Auch in der Malerei haben russische Meister bedeutende Erfolge erzielt. Wir kennen die Namen der russischen Ikonenmaler des XI. Jahrhunderts - Alimpius, Olisey, Georgi u. a. Mit der Bildung unabhängiger Fürstentümer bildeten sich in der Malerei lokale Kunstschulen, die sich in Art der Ausführung und Farbgebung voneinander unterschieden.

Die monumentale Skulptur aus heidnischer Zeit entwickelte sich nicht viel weiter, da die orthodoxe Kirche in ihr eine Erinnerung an gestürzte Götzen und heidnischen Glauben sah.

Aber die Holz- und Steinschnitzerei (*Steinschnitt*) war weit entwickelt, insbesondere bei der Dekoration der Kirchenwände. Einzelne Holzskulpturen von Heiligen waren zufällig und wurden von der orthodoxen Kirche verfolgt.

(Die ersten weltlichen Skulpturdenkmäler in Russland wurden erst im XVIII. Jahrhundert errichtet).

Wenn es die Entwicklung der Wirtschaft, des sozialen und politischen Kampfes erlaubt, über den allgemeinen Verlauf des historischen Prozesses zu urteilen, so zeigt das Niveau der Kultur deutlich das Ergebnis dieses Prozesses. In dieser Hinsicht ist der Aufstieg der russischen Kultur in der Zeit der Fragmentierung, als lokale Kunstschulen auf der Grundlage der Kultur der alten Rus gegründet wurden, ein lebendiger Beweis für die Bewegung der Rus entlang einer aufsteigenden Linie. Eines der wichtigsten Ergebnisse der Entwicklung der Kiewer Rus und der Fürstentumsstaaten in der Zeit der Fragmentierung und ihrer Kultur war die Entstehung der altrussischen Volksverbundenheit. Sie ist gekennzeichnet durch eine gleiche Sprache, eine relativ politische Einheit, ein gemeinsames Territorium, die Nähe der materiellen und geistigen Kultur und die Gemeinsamkeit der historischen Wurzeln.

Kapitel 6

DER KAMPF DER RUSSISCHEN LÄNDER UND FÜRSTENTÜMER MIT der MONGOLISCHEN EROBERUNG UND DEN KREUZRITTERN IM XIII. JAHRHUNDERT.

Bildung des mongolischen Staates.

Zu Beginn des XIII. Jahrhunderts wurde in Zentralasien auf dem Territorium vom Baikalsee und Oberlauf von Jenissej und Irtysh im Norden bis zu den südlichen Gebieten der Wüste Gobi und der Großen Chinesischen Mauer der mongolische Staat gebildet. Mit dem Namen eines der Stämme, die in der Mongolei in der Nähe des Buir Nur -Sees nomadisierten, wurden diese Völker auch Tataren genannt. In der Folge wurden alle Nomadenvölker, mit denen Russland kämpfte, mongolische Tataren genannt.

Die Hauptaktivität der Mongolen war die extensive nomadische Viehzucht und die Jagd im Norden und in der Taigaregion. Im XII. Jh. lösten sich unter den Mongolen die ursprünglich-gemeinschaftlichen Beziehungen auf.

Noyons (Fürsten) hoben sich von den gewöhnlichen Gemeindegirten ab, die man Karachu – freie Kleinbauern - nannte; mit einer Gruppe von Leibwächtern (Kriegern) eroberten sie Weiden für Vieh und einen Teil der Jungtiere.

Die Noyons hatten auch Sklaven.

Die Rechte der Noyons wurden in der „Jasa“, einer Sammlung von Geboten und Anweisungen, definiert.

Im Jahr 1206 fand am Fluss Onon der Kongress des mongolischen Adels - Kurultai (Chural) statt, bei dem einer der Noyons, Temuchin, zum Anführer der mongolischen Stämme gewählt wurde, der Dschingis Khan – „Großer Khan“, „von Gott gesandt“ (1206-1227) genannt wurde. Nachdem er seine Gegner besiegt hatte, begann er, das Land durch seine Verwandten und den örtlichen Adel zu regieren.

Das mongolische Heer.

Die Mongolen hatten ein gut organisiertes Heer, das Stammesverbindungen bewahrte. Das Heer war in Dutzende, Hunderte, Tausende geteilt. Zehntausend

mongolische Krieger wurden als „Finsternis“ („Tumen“) bezeichnet. Tumen waren nicht nur militärische, sondern auch administrative Einheiten.

Die Hauptschlagkraft der Mongolen war die Reiterei. Jeder Krieger hatte zwei bis drei Bögen, mehrere Köcher mit Pfeilen, eine Axt, ein Fangseil und einen guten Säbel.

Das Pferd des Kriegers war mit Fellen bedeckt, die es vor den Pfeilen und Waffen des Feindes schützten. Vor feindlichen Pfeilen und Speeren schützten den Kopf, den Hals und die Brust des mongolischen Kriegers ein Eisen- oder Kupferhelm und ein Harnisch aus Leder. Die mongolische Reiterei war sehr beweglich. Auf ihren kleinen, mit zotteligen Mähnen, ausdauernden Pferden konnten sie bis zu 80 km pro Tag und mit Treck, Rammböcken und Feuerwaffen - bis zu 10 km zurücklegen.

Wie andere Völker, die die Phase der Staatsbildung durchliefen, zeichneten sich die Mongolen durch ihre Stärke und Geschlossenheit aus. Daher das Interesse an der Ausdehnung von Weideland und der Beraubung benachbarter Bauernvölker, die sich auf einem viel höheren Entwicklungsstand befanden, wenn auch in einer Zeit der Fragmentierung.

Dies erleichterte die Umsetzung der Eroberungspläne der Mongolentataren erheblich.

Die Zerschlagung Zentralasiens.

Die Mongolen begannen ihre Feldzüge mit der Eroberung ihrer Nachbarländer - Burjaten, Ewenken, Jakuten, Uiguren, Jenissei-Kirgisen (bis 1211). Dann fielen sie in China ein und nahmen 1215 Peking ein. Drei Jahre später wurde Korea erobert. Nach dem Sieg über China (das 1279 endgültig erobert wurde) haben die Mongolen ihr militärisches Potenzial erheblich verstärkt. Zur Bewaffnung wurden Feuerwaffen, Rammböcke, Steinwurfgeräte, Fortbewegungsmittel genommen.

Im Sommer 1219 begann das fast 200000 Mann starke mongolische Heer unter der Führung von Dschingis Khan mit der Eroberung Zentralasiens. Der Herrscher von Choresm (einem Land an der Mündung des Amudarja), Schah Muhammad, nahm die Hauptschlacht nicht an und verteilte seine Streitkräfte über die Städte. Nachdem sie den hartnäckigen Widerstand der Bevölkerung unterdrückt hatten, stürmten die Invasoren Otrar, Chudschand, Merw, Buchara, Urganch und andere Städte. Der Herrscher von Samarkand gab die Stadt trotz der Forderung des Volkes, sich zu verteidigen, auf. Muhammad selbst floh in den Iran, wo er bald starb.

Die reichen, blühenden landwirtschaftlichen Gebiete des Siebenstromlands (Zentralasien) wurden zu Weiden. Im Laufe der Jahrhunderte gebauten Bewässerungssysteme wurden zerstört.

Die Mongolen führten ein Regime brutaler Erpressungen, Handwerker wurden gefangengenommen. Infolge der Eroberung Zentralasiens durch die Mongolen begannen Nomadenstämme, ihr Territorium zu besiedeln. Die sesshafte Landwirtschaft wurde durch eine umfangreiche nomadische Viehzucht ersetzt, die die weitere Entwicklung Zentralasiens verlangsamte.

Invasion in den Iran und Transkaukasien.

Die Hauptstreitmacht der Mongolen mit der geplünderten Beute kehrte aus

Zentralasien in die Mongolei zurück.

Ein 30.000 Mann starkes Heer, das von den besten mongolischen Kommandanten Djeba und Subutai kommandiert wurde, startete einen weiten Erkundungsfeldzug durch den Iran und den Kaukasus im Westen.

Nachdem die Invasoren die vereinigten armenisch-georgischen Truppen besiegt und der transkaukasischen Wirtschaft enormen Schaden zugefügt hatten, mussten sie das Territorium von Georgien, Armenien und Aserbaidschan verlassen, da sie auf starken Widerstand der Bevölkerung stießen.

Hinter Derbent, wo es eine Passage entlang der Küste des Kaspischen Meeres gab, drangen mongolische Truppen in die Steppen des Nordkaukasus ein. Hier besiegten sie die Alanen (Osseten) und Polowetzer und zerstörten dann die Stadt Sudak (Surosch) auf der Krim. Die Polowetzer, angeführt von Khan Kotyan, dem Schwiegervater des galizischen Fürsten Mstislaw dem Kühnen, wandten sich an die russischen Fürsten, um Hilfe zu erhalten.

Schlacht an der Kalka.

Am 31. Mai 1223 besiegten die Mongolen die verbündeten Streitkräfte der polowetzer und russischen Fürsten in der asowschen Steppe am Fluss Kalka. Dies war die letzte große gemeinsame Militäraktion der russischen Fürsten am Vorabend der Invasion von Batu Khan. Der mächtige russische Fürst Juri Wsewolodowitsch Wladimir-Susdal, Sohn von Wsewolod dem Großen Nest, nahm jedoch nicht an dem Feldzug teil.

Auch die Streitigkeiten der Fürsten während der Schlacht bei Kalka waren davon betroffen. Der Kiewer Fürst Mstislaw Romanowitsch, der mit seinem Heer auf einem Hügel verschanzt war, nahm nicht an der Schlacht teil. Die Streitkräfte russischer Soldaten und Polowetzer, die die Kalka überquert hatten, versetzten den vordersten mongolisch-tatarischen Truppen, die sich zurückzogen, einen Schlag. Das russische und das polowetzer Heer nahmen begeistert die Verfolgung auf.

Die heranrückenden mongolischen Hauptstreitkräfte nahmen die verfolgenden russischen und polowetzer Krieger in die Zange und vernichteten sie. Die Mongolen belagerten den Hügel, auf dem der Kiewer Fürst sich verschanzt hatte. Am dritten Tag der Belagerung glaubte Mstislaw Romanowitsch dem Versprechen des Feindes, die Russen im Falle einer freiwilligen Kapitulation ehrenhaft ziehen zu lassen, und legte seine Waffen nieder. Er und seine Krieger wurden von den Mongolen brutal getötet. Die Mongolen erreichten den Dnjepr, trauten sich aber nicht, in die Rus einzurücken. Die Rus hatte noch keine Niederlage erlebt, die der Schlacht an der Kalka gleichkam. Von den Asowschen Steppen kehrte nur ein Zehntel des Heeres nach Rus zurück. Zu Ehren ihres Sieges veranstalteten die Mongolen ein „Gelage auf den Knochen“. Die gefangenen Fürsten wurden mit Brettern zerquetscht, auf denen die Sieger saßen und zechten.

Vorbereitung eines Feldzuges nach Rus.

Als die Mongolen in die Steppe zurückkehrten, versuchten sie erfolglos, Wolgabulgaren einzunehmen.

Die Erkundung im Kampf hat gezeigt, dass es nur durch die Organisation eines gesamt-mongolischen Feldzuges möglich ist, Eroberungskriege mit der Rus und seinen Nachbarn zu führen. An der Spitze dieses Feldzuges stand Dschingis Khans Enkel Batu Khan (1227-1255), der von seinem Großvater alle Gebiete im Westen erbe, „wohin der Fuß eines mongolischen Pferdes tritt“. Sein wichtigster militärischer Berater war Subutai, der künftige Kriegsschauplätze gut beherrschte.

Im Jahr 1235 wurde auf dem Chural in der Hauptstadt der Mongolei Karakorum ein gesamtmongolischer Feldzug nach Westen beschlossen. 1236 nahmen die Mongolen die Wolgabulgaren in Besitz und 1237 unterwarfen sie die Nomadenvölker der Steppe. Im Herbst 1237 konzentrierten sich die Hauptstreitkräfte der Mongolen, die die Wolga überquerten, auf den Fluss Woronesch und zielten auf die russischen Gebiete. In der Rus wusste man um die drohende gewaltige Gefahr, aber fürstliche Zwistigkeiten haben es verhindert, die Kräfte zur Abwehr des starken und heimtückischen Feindes zu vereinen. Es gab kein einheitliches Kommando. Stadtbefestigungen wurden zur Verteidigung gegen benachbarte russische Fürstentümer gebaut, nicht gegen Steppennomaden. Die fürstlichen Pferdetruppen waren den mongolischen Noyons und Nukern in Bezug auf Rüstung und Kampfqualitäten nicht unterlegen. Aber der Großteil des russischen Heeres bestand aus der Landwehr – den städtischen und ländlichen Kriegern, die den Mongolen in Waffen und Kampffertigkeiten unterlegen waren. Daher eine Verteidigungstaktik, die darauf abzielt, die Stärke des Feindes zu erschöpfen.

Verteidigung Rjasans.

Rjasan war 1237 das erste russische Land, das von Invasoren angegriffen wurde. Die Fürsten von Wladimir und Tschernigow weigerten sich, Rjasan zu helfen. Die Mongolen belagerten Rjasan und schickten Botschafter, die Unterwerfung und ein Zehntel „von allem“ verlangten. Eine mutige Antwort der Rjasaner folgte: „Wenn wir alle nicht da sind, dann wird alles euch gehören.“ Am sechsten Tag der Belagerung wurde die Stadt eingenommen, die fürstliche Familie und die überlebenden Einwohner wurden getötet. An der alten Stelle wurde Rjasan nicht mehr erneuert (das moderne Rjasan ist eine neue Stadt, die 60 km vom alten Rjasan entfernt liegt und früher Perejaslawl Rjasan hieß).

Die Eroberung des Nordostens der Rus.

Im Januar 1238 zogen die Mongolen entlang des Flusses Oka in das Land Wladimir-Susdal. Die Schlacht mit dem Heer von Wladimir-Susdal fand in der Nähe der Stadt Kolomna an der Grenze zwischen Rjasan und Wladimir-Susdal statt. In dieser Schlacht ging das Wladimir-Heer verloren, was tatsächlich das Schicksal der Nordost-Rus vorherbestimmt hat.

Fünf Tage lang leistete die Bevölkerung Moskaus unter Führung des Woiwoden Philip Nyanka starken Widerstand gegen den Feind. Nach der Einnahme durch die Mongolen wurde Moskau niedergebrannt und seine Einwohner getötet.

Am 4. Februar 1238 belagerte Khan Batu Wladimir. Die Strecke von Kolomna nach Wladimir (300 km) haben seine Truppen in einem Monat zurückgelegt. Am vierten Tag der Belagerung stürmten die Invasoren durch die Lücken in der Festungsmauer neben dem Goldenen Tor in die Stadt. Die Mongolen umgaben die Kathedrale mit Holz und setzten sie in Brand.

Nach der Einnahme von Wladimir brachen die Mongolen in getrennte Truppen auf und besiegten Städte im Nordosten der Rus. Fürst Juri Wsewolodowitsch ging, noch bevor sich die Invasoren Wladimir näherten, in den Norden seines Landes, um Streitkräfte zu sammeln. Schnell versammelte Streitkräfte wurden 1238 auf dem Fluss Sit (dem rechten Nebenfluss des Flusses Mologa) zerschlagen, in der Schlacht kam Fürst Juri Wsewolodowitsch um.

Mongolische Horden zogen in den Nordwesten der Rus. Überall trafen sie auf hartnäckigen Widerstand der Russen. Zum Beispiel verteidigte sich zwei Wochen lang ein entfernter Vorort von Nowgorod - Torschok. Der Nordwesten der Rus wurde vor der Vernichtung gerettet, obwohl er Tribut zollte.

Nachdem die Mongolen das steinerne Ignach-Kreuz erreicht hatten, ein altes Zeichen auf der Wasserscheide von Waldai (100 km von Nowgorod entfernt), zogen sie sich nach Süden in die Steppe zurück, um Verluste auszugleichen und den müden Truppen Ruhe zu geben. Der Rückzug hatte den Charakter einer „Hetzjagd“. In separate Truppen aufgeteilt, „durchkämmten“ die Invasoren russische Städte. Smolensk gelang es, sich zu wehren, andere Zentren wurden besiegt. Koselsk, das sieben Wochen durchhielt, zeigte während der „Hetzjagd“ den größten Widerstand gegen die Mongolen. Die Mongolen nannten Koselsk eine „böse Stadt“.

Die Eroberung Kiews.

Im Frühjahr 1239 besiegte Baty Khan die südliche Rus (Süd-Perejaslawl (*Pereslawl-Saleski*)), im Herbst das Fürstentum Tschernigow. Im Herbst des nächsten Jahres 1240 belagerten die mongolischen Truppen Kiew, nachdem sie den Dnjepr überquert hatten. Nach einer langen Verteidigung unter Führung des Woiwoden Dmitr besiegten die Tataren Kiew. Im nächsten Jahr 1241 wurde das Fürstentum Galizien-Wolhynien angegriffen.

Batu Khans Feldzug nach Europa.

Nach der Niederlage der Rus zogen die mongolischen Horden nach Europa. Polen, Ungarn, Tschechien und die Balkanländer wurden zerstört. Die Mongolen kamen an die Grenzen des Deutschen Reiches, erreichten die Adria. Ende 1242 erlitten sie jedoch eine Reihe von Misserfolgen in Tschechien und in Ungarn. Aus dem fernen Karakorum kam die Nachricht vom Tod des Großkhans Ögedei, Dschingis Khans Sohn. Das war ein passender Grund, um den schwierigen Feldzug abzubrechen. Batu Khan kehrte seine Truppen nach Osten zurück.

Eine entscheidende weltgeschichtliche Rolle bei der Rettung der europäischen Zivilisation vor den mongolischen Horden spielte der heldenhafte Kampf, den die Russen und andere Völker unseres Landes gegen sie führten, indem sie den Invasoren den ersten Schlag versetzten. Der größte Teil des mongolischen Heeres kam in heftigen Schlachten in der Rus ums Leben. Die Mongolen haben ihre Offensivkraft verloren. Sie konnten nur mit dem Befreiungskampf rechnen, der sich im Rücken ihrer Truppen abspielte.

A. S. Puschkin schrieb zu Recht: „Russland wurde eine große Mission übertragen: seine grenzenlosen Ebenen absorbierten die Macht der Mongolen und stoppten ihre Invasion am äußersten Rand Europas ... die aufkommende Aufklärung (*als Zeitalter bzw. als Strömung*) wurde durch das zerrissene Russland gerettet“.

Kämpfe gegen die Aggression der Kreuzritter.

Der Angriff auf die russischen Länder war Teil der räuberischen Doktrin des deutschen Rittertums „Drang nach Osten“. Im XII. Jahrhundert begann es, die slawischen Länder jenseits der Oder und im baltischen Pommern zu erobern.

Gleichzeitig wurde eine Offensive auf die Länder der baltischen Völker durchgeführt. Der Einmarsch der Kreuzritter in die baltischen Staaten und die nordwestliche Rus wurde vom römischen Papst und deutschen Kaiser Friedrich II. sanktioniert. An dem Kreuzzug nahmen auch deutsche, dänische, norwegische Ritter und Truppen aus anderen nordeuropäischen Ländern teil.

Die Küste von der Weichsel bis zum Ostufer der Ostsee wurde von slawischen, baltischen (litauischen und lettischen) und finno-ugrischen (estnischen, karelischen u.a.) Stämmen bewohnt. Ende des XII. - Anfang des XIII. Jahrhunderts geht unter den Völkern der baltischen Staaten der Prozess des Zerfalls des ursprünglichen Gemeinschaftssystems und die Entstehung der frühen Klassengesellschaft und Staatlichkeit zu Ende. Am intensivsten verliefen diese Prozesse bei den litauischen Stämmen.

Russische Länder (Nowgorod und Polozk) hatten einen bedeutenden Einfluss auf ihre westlichen Nachbarn, die noch keine eigene Staatlichkeit und kirchliche Institutionen entwickelt hatten (die baltischen Völker waren Heiden).

Der Ritterorden.

Um die estnischen und lettischen Länder zu erobern, wurde 1202 aus den in Kleinasien besiegten Kreuzritterverbänden der Schwerritterorden gegründet. Die Ritter trugen Kleidung mit einem Schwert und einem Kreuz. Sie verfolgten eine Eroberungspolitik unter dem Schlagwort der Christianisierung: „Wer nicht getauft werden will, der muss sterben.“ Bereits 1201 landeten die Ritter an der Mündung der Westlichen Dwina (Düna) und gründeten an der Stelle einer lettischen Siedlung die Stadt Riga als Hochburg zur Unterwerfung der baltischen Länder.

Im Jahr 1219 eroberten dänische Ritter einen Teil der Ostseeküste und gründeten Revall (Tallinn) an der Stelle der estnischen Siedlung. Im Jahr 1224 nahmen die Kreuzritter Jurjew (Tartu) ein.

Ritter des Deutschen Ordens, die 1198 während der Kreuzzüge in Syrien gegründet wurden, kamen 1226, um die litauischen (preußischen) und südrussischen Länder zu erobern.

Ritter - Mitglieder des Ordens trugen weiße Umhänge mit einem schwarzen Kreuz auf der linken Schulter. 1234 erlitten die Schwertträger von den Nowgorod-Susdal-Truppen und zwei Jahre später von den Litauern und Sengallen eine Niederlage. Dies zwang die Kreuzfahrer, sich zusammenzuschließen. Im Jahre 1237 schlossen sich die Schwertträger mit den Deutschen zu einer Abteilung des Deutschen Ordens zusammen, dem Livländischen Orden, benannt nach dem von den Livländern besiedelten Gebiet, das von den Kreuzrittern erobert wurde.

Die Schlacht an der Newa.

Die Offensive der Ritter wurde vor allem durch die Schwächung der Rus verstärkt, die im Kampf gegen die mongolischen Eroberer verblutete.

Im Juli 1240 versuchten die schwedischen Feudalherren, die schwierige Situation in Russland auszunutzen. Die schwedische Flotte mit einem Heer an Bord drang in die Mündung der Newa ein. Nachdem die ritterliche Reiterei auf der Newa bis zum Zusammenfluss mit dem Ischora-Fluss hochfuhren, stiegen sie ans Ufer. Die Schweden wollten die Stadt Staraja Ladoga und dann Nowgorod einnehmen.

Fürst Alexander Jaroslawitsch, der damals 20 Jahre alt war, eilte mit seiner Truppe schnell zum Landungsplatz. „Wir sind wenige“, sagte er zu seinen Kriegern, „aber Gott ist nicht in der Macht, sondern in der Wahrheit“.

Versteckt näherten sich Alexander und seine Gruppen dem Lager der Schweden und schlugen sie nieder, und eine kleine Landwehr unter Führung des Nowgoroders Mischa schnitt den Weg der Schweden zu ihren Schiffen ab, über den sie fliehen konnten.

Alexander Jaroslawitsch wurde von den Russen für seinen Sieg auf der Newa Newski genannt. Die Bedeutung dieses Sieges liegt darin, dass er die schwedische Aggression im Osten für lange Zeit stoppte und Russland den Zugang zur Ostseeküste ermöglichte.

(Peter I., der das Recht Russlands auf die Ostseeküste betonte, gründete in der neuen Hauptstadt auf dem Schlachtort das Alexander-Newski-Kloster).

Schlacht auf dem Eis.

Im Sommer desselben Jahres 1240 griffen der Livländische Orden sowie dänische und deutsche Ritter die Rus an und eroberten die Stadt Isborsk. Aufgrund des Verrats des Posadniks Tverdilo und eines Teils der Bojaren wurde Pskow bald erobert (1241). Zwist und Streitigkeiten führten dazu, dass Nowgorod seinen Nachbarn nicht half.

Und der Kampf zwischen dem Bojarentum und dem Fürsten in Nowgorod selbst endete mit der Vertreibung Alexander Newskis aus der Stadt. Unter diesen Bedingungen befanden sich einige Kreuzrittereinheiten 30 km von den Mauern Nowgorods entfernt. Auf Antrag der Wetsche kehrte Alexander Newski in die Stadt zurück.

Zusammen mit seinen Truppen befreite Alexander überraschend Pskow, Isborsk und andere eroberte Städte.

Als Alexander Newski die Nachricht erhielt, dass die Hauptstreitkräfte des Ordens auf ihn zugehen, versperrte er den Rittern den Weg, nachdem er seine Truppen auf dem Eis des Peipussee platziert hatte. Der russische Fürst zeigte sich als herausragender Militärführer. Der Chronist schrieb über ihn: „Wir siegen überall, aber wir werden Nikol nicht besiegen“. Alexander platzierte seine Truppen unter dem Schutz des Steilufers auf dem Eis des Sees, wodurch die Möglichkeit einer feindlichen Aufklärung seiner Streitkräfte ausgeschlossen und dem Feind die Bewegungsfreiheit genommen wurde.

Unter Berücksichtigung der Aufstellung der Ritter als „Schwein“ (auch „Scharfe Säule“) (in Form eines Trapezes mit einem scharfen Keil davor, das eine schwer bewaffnete Kavallerie war), ordnete Alexander Newski seine Streitkräfte in Form eines Dreiecks, mit einer Spitze am Ufer an. Vor der Schlacht waren einige der russischen Krieger mit speziellen Haken ausgestattet, um Ritter von ihren Pferden zu ziehen. Am 5. April 1242 fand auf dem Eis des Peipussees eine Schlacht statt, die als Schlacht auf dem Eis bezeichnet wurde. Der Ritterkeil durchbrach die Mitte der russischen Stellung und blieb am Ufer stecken. Die Flankenangriffe der russischen Streitkräfte entschieden über den Ausgang der Schlacht: wie Zecken zerdrückten sie das ritterliche „Schwein“. Die Ritter, die dem Schlag nicht standhalten konnten, flohen in Panik. Sieben Werst fuhren sie über das Eis, das im Frühjahr an vielen Stellen schwach wurde und unter schwer bewaffneten Kriegern einbrach.

Die Russen verfolgten den Feind, „peitschten und jagden ihn wie durch die Luft“,

schrieb der Chronist. Laut der Nowgoroder Chronik starben in der Schlacht „400 Deutsche und 50 kamen in Gefangenschaft“ (deutsche Chroniken schätzen die Zahl der Todesopfer auf 25 Ritter). Die gefangenen Ritter wurden schändlich durch die Straßen von Gospodin Weliki Nowgorod geführt. Die Bedeutung dieses Sieges liegt darin, dass die militärische Macht des Livländischen Ordens geschwächt wurde. Die Reaktion auf die Schlacht auf dem Eis war eine Verstärkung des baltischen Befreiungskampfes. Jedoch mit Hilfe der römisch-katholischen Kirche eroberten die Ritter am Ende des XIII. Jahrhunderts einen bedeutenden Teil der baltischen Länder.

Die Goldene Horde.

In der Mitte des XIII. Jahrhunderts verlegte einer der Enkel von Dschingis Khan Kublai seine Hauptquartier nach Peking und gründete die Yuan-Dynastie. Der Rest der mongolischen Macht war nominell dem Großkhan in Karakorum untergeordnet. Einer der Söhne von Dschingis Khan, Tschagatai (Tschagatai), erhielt die Ländereien des größten Teils Zentralasiens, und Dschingis Khans Enkel Hülegü besaß das Gebiet des Iran, einen Teil West- und Zentralasiens und Transkaukasiens. Dieser 1265 zugeteilte Ulus („Reichsgebiet“) wird mit dem Namen der Dynastie als Staat der Hulaguiden (*Ilchanen*) bezeichnet. Ein weiterer Enkel Dschingis Khans, von seinem ältesten Sohn Dschötschi, Batu Khan, gründete den Staat der Goldenen Horde.

Die Goldene Horde umfasste ein weites Gebiet von der Donau bis zum Irtysch (Krim, Nordkaukasus, Teil des in der Steppe gelegenen Landes der Rus, das ehemalige Land Wolga-Bulgarien und der Nomadenvölker, Westsibirien und ein Teil Zentralasiens). Die Hauptstadt der Goldenen Horde war die am Unterlauf der Wolga gelegene Stadt Sarai („Sarai“ bedeutet auf Russisch „Palast“). Es war ein Staat, der aus halb selbstständigen Ulus bestand, die unter der Herrschaft des Khan vereint waren.

Sie wurden von den Batu-Brüdern und der lokalen Aristokratie regiert. Militärische und finanzielle Probleme wurden in einer Art Adelsrat gelöst, der als „Sofa“ bezeichnet wurde. Da die Mongolen von der türkischsprachigen Bevölkerung umgeben waren, übernahmen sie die türkische Sprache. Die lokale türkischsprachige Ethnie assimilierte die mongolischen Ankömmlinge. Ein neues Volk wurde gebildet - die Tataren. In den ersten Jahrzehnten des Bestehens der Goldenen Horde war ihre Religion das Heidentum.

Die Goldene Horde war einer der größten Staaten ihrer Zeit. Zu Beginn des XIV. Jahrhunderts konnte sie ein 300.000 Mann starkes Heer aufstellen. Die Blütezeit der Goldenen Horde fällt in die Herrschaft von Usbek Khan (1312-1342). 1312 wurde der Islam zur Staatsreligion der Goldenen Horde. Dann durchlief die Horde, wie auch andere mittelalterliche Staaten, eine Periode der Fragmentierung. Bereits im XIV. Jahrhundert wurden zentralasiatische Besitztümer der Goldenen Horde abgetrennt, und im XV. Jahrhundert wurden Kasan (1438), Krim (1443), Astrachan (Mitte des XV. Jahrhunderts) und sibirische Khanate (Ende des XV. Jahrhunderts) getrennt.

Russische Länder und die Goldene Horde.

Die von den Mongolen verwüsteten russischen Länder wurden gezwungen, ihre Vasallenabhängigkeit von der Goldenen Horde anzuerkennen. Der andauernde

Kampf, den das russische Volk mit den Invasoren führte, hat die mongolischen Tataren veranlasst, auf die Schaffung von Verwaltungsbehörden in Russland zu verzichten. Die Rus behielt ihre Eigenstaatlichkeit. Sie wurde auch durch die Präsenz der eigenen Verwaltung und der kirchlichen Organisation in der Rus gefördert.

Außerdem waren die Böden der Rus nicht für nomadische Viehzucht geeignet, anders als z.B. in Zentralasien, der Region des Kaspischen Meeres und der Schwarzmeerküste.

Im Jahr 1243 wurde der Bruder Juris, der am Fluss Sit getötet wurde und Großfürst von Wladimir, Jaroslaw II. (1238-1247), zum Hauptquartier des Khans gerufen. Jaroslaw erkannte die Abhängigkeit des Vasallentums von der Goldenen Horde und erhielt ein Etikett (Urkunde) für das Großfürstentum Wladimir und eine goldene Plakette (Tafel) - eine Art Pass durch das Gebiet der Horde. Andere Fürsten folgten ihm zur Horde.

Für die Kontrolle über das russische Territorium wurde die Institution der Statthalter-Baskake, Leiter der Militärkommandos der mongolischen Tataren, die über die Tätigkeit der russischen Fürsten wachen, geschaffen.

Die Denunziation der Baskaken an die Horde endete unweigerlich entweder mit der Aufforderung des Fürsten nach Sarai (er verlor oft sein Etikett oder sogar sein Leben) oder mit einer Strafexpedition in das aufrührerische Land. Es genügt zu sagen, dass nur für das letzte Viertel des XIII. Jahrhunderts 14 ähnliche Strafexpeditionen in das russische Land organisiert wurden.

Einige russische Fürsten, die sich so schnell wie möglich aus der Vasallenabhängigkeit von der Horde befreien wollten, schlugen den Weg des offenen bewaffneten Widerstands ein. Die Kräfte zum Sturz der Macht der Invasoren reichten jedoch immer noch nicht aus. So wurden beispielsweise 1252 die Streitkräfte der Fürsten Wladimir und Galizien-Wolhynien zerschlagen. Dies wurde von Alexander Newski, von 1252 bis 1263, dem Großfürst von Wladimir, gut verstanden.

Er nahm einen Kurs zur Wiederherstellung und Ankurbelung der Wirtschaft in den russischen Ländern.

Alexander Newskis Politik wurde auch von der russischen Kirche unterstützt, die in der katholischen Expansion große Gefahr sah, nicht in den religiös toleranten Herrschern der Goldenen Horde.

1257 führten die mongolischen Tataren eine Volkszählung durch – „Aufzeichnung in einer Zahl“. Besermen (muslimische Kaufleute) wurden in die Städte geschickt, um ihren Tribut zu entrichten. Das Ausmaß des Tributs („Ausgang“) war sehr groß, allein der „Tribut des Zaren“, d.h. der Tribut zugunsten des Khans, der zunächst in Naturalien und dann in Geld gesammelt wurde, betrug 1300 kg Silber pro Jahr. Der ständige Tribut wurde durch „Forderungen“ - einmalige Erpressungen zugunsten des Khans - ergänzt. Darüber hinaus erhielt der Staatshaushalt des Khans Zuweisungen aus Handelszöllen, Steuern für die „Ernährung“ der Beamten des Khans usw. Insgesamt gab es 14 Arten von Tributen zugunsten der Tataren.

Die Volkszählung in den 50-60er Jahren des XIII. Jahrhunderts ist geprägt von zahlreichen Aufständen des russischen Volkes gegen die Baskaken, Gesandten des

Khans, Tributeintreiber und Schreiber. 1262 rechneten die Bürger von Rostow, Wladimir, Jaroslawl, Susdal und Ustjug mit den Tributeinnehmern ab. Dies führte dazu, dass die Tributeinnahmen vom Ende des XIII. Jahrhunderts an russische Fürsten übergeben wurde.

Die Folgen der mongolischen Eroberung und des Jochs der Goldenen Horde für die Rus.

Die Invasion der Mongolen und das Joch der Goldenen Horde wurden zu einem der Gründe, warum die russischen Länder hinter den entwickelten Ländern Westeuropas zurückblieben. Der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung der Rus wurde gewaltiger Schaden zugefügt. Zehntausende Menschen starben im Kampf oder wurden in die Sklaverei verschleppt. Ein Großteil der Einnahmen in Form des Tributs ging an die Horde.

Die alten landwirtschaftlichen Zentren und die einst entwickelten Gebiete wurden aufgegeben und verfielen. Die Grenze der Landwirtschaft verlagerte sich nach Norden, die fruchtbaren Böden im Süden wurden „Wildes Feld“ genannt. Russische Städte waren massiven Verwüstungen und Zerstörungen ausgesetzt. Viele Handwerke vereinfachten sich und verschwanden manchmal, was die Schaffung von Kleinproduktionen behinderte und letztlich die wirtschaftliche Entwicklung verzögerte.

Die mongolische Eroberung bewahrte die politische Fragmentierung. Sie hat die Verbindungen zwischen verschiedenen Teilen des Staates geschwächt. Traditionelle politische und Handelsbeziehungen mit anderen Ländern wurden abgebrochen.

Die Ausrichtung der russischen Außenpolitik, die auf einer Linie „Süd – Nord“ verlief (Kampf gegen die nomadische Gefahr, ständige Kommunikation mit Byzanz und über das Baltikum mit Europa), hat die Ausrichtung auf „West – Ost“ grundlegend verändert. Die Geschwindigkeit der kulturellen Entwicklung der russischen Länder verlangsamte sich.

Kapitel 7

RUSSISCHE LÄNDER UND FÜRSTEN VON DER ZWEITEN HÄLFTE DES XIII. - ERSTE HÄLFTE DES XV. JH. ZWISCHEN HORDE UND LITAUEN

Bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts befanden sich russische Länder zwischen der Goldenen Horde und dem Großherzogtum Litauen. Im Baltikum entstand auf den von litauischen Stämmen bewohnten Gebieten (Samogitier (*Niederlitauer*) – Samogitier (*Zhmudini*), Aukschtaiten (*Oberlitauer*), Jatwinger (*Sudauer*), Kuren u.a.) ein früher Feudalstaat. Fürst Mindaugas gilt als sein Gründer. Russische Chroniken erwähnen ihn erstmals 1219. Der litauische Staat umfasst seit seiner Gründung Land im Einzugsgebiet des Flusses Memel (Städte Nowogrudok, Grodno u.a.), die so genannte Schwarze Rus. Vom altrussischen Volk der vormongolischen Rus begann sich die belarussische Nation zu trennen.

Das galizische Fürstentum wurde Teil Polens und die Länder süd- und südwestlich der Rus (Kiew, Wolhynien, Podolien u.a.) nach der Eroberung der Mongolen, der

Horde Tribut gezahlt wurde. Aufgrund der Stärkung des litauischen Staates nach der Schlacht am Blauen Wasser (einem Nebenfluss des südlichen Bug) mit der Horde (1363) wurden diese Länder jedoch Teil des Großfürstentums Litauen und Russland. Auf den Gebieten der südwestlichen Rus entstand die ukrainische Nation.

Das Zentrum des russischen politischen Lebens hat sich nach Nordosten (Wladimir-Susdal) und Nordwesten der Rus (Nowgorod) verlagert. Auf diesem Gebiet wurde auf der Grundlage der altrussischen Nationalität die großrussische (russische) Nationalität gebildet.

Der Höhepunkt der Fragmentierung im Nordosten der Rus liegt in der Wende des XIII. - XIV. Jahrhunderts. Dann wurden auf den Gebieten des Fürstentums Wladimir-Susdal 14 Apanagefürstentümer gebildet (Susdal, Rostow, Jaroslawl, Twer, Moskau, Perejaslawl u.a.), die wiederum in noch kleinere Besitztümer aufgeteilt wurden. Die Herrscher der Goldenen Horde betrachteten den Großfürst von Wladimir als Oberhaupt des Nordostens der Rus. Es sollte der älteste der Nachkommen von Wsewolod dem Großen Nest werden.

Die spezifischen Fürsten brachen jedoch bald diese Ordnung, indem sie für das Großfürstentum Wladimir kämpften, ausgehend von der Macht ihrer Fürstentümer und der Neigung der Horden-Khane zu ihnen.

In diesem Kampf um die Vorherrschaft unter den russischen Ländern waren die Fürsten von Twer und Moskau am aktivsten.

DIE SOZIOÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG DER NORDOST-RUS

Nach dem Batu-Pogrom, das von Zeitgenossen mit einer Weltkatastrophe verglichen wurde, begann die Rus, ihre Stärke wieder aufzubauen.

Dieser Prozess fand am intensivsten im Nordosten der ehemaligen Kiewer Rus statt - in den Ländern des Fürstentums Wladimir-Susdal.

Im XIII. – XV. Jahrhundert wurde ein Bevölkerungswachstum im Gebiet zwischen den Flüssen Oka und Wolga beobachtet. Diese Gebiete befanden sich relativ weit entfernt von den Zentren mongolisch-tatarischer Angriffe und waren von den südlichen und südöstlichen Randgebieten der Goldenen Horde geschützt. Der Zustrom der Bevölkerung kam aus dem Süden, wo eine ständige Gefahr durch die mongolischen Tataren bestand, und aus dem Nordwesten, der von Litauen und dem Orden unter Druck gesetzt wurde.

Die Landwirtschaft.

Die Erholung der Produktivkräfte und ihre weitere Entwicklung erfolgte im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion schneller: die Ackerfläche nahm zu, die Bodenbearbeitungsmethoden wurden verbessert, die Dreifelderwirtschaft wurde immer weiter verbreitet, obwohl der Rodeacker und die Brache noch erhalten waren. Metallwerkzeuge wie ein Hakenpflug mit Eisenspitzen und ein Pflug haben an Verbreitung gewonnen. Die Erde wurde mit Mist gedüngt. Viehzucht, Fischerei und Jagd wurden weiter entwickelt und verbreitet.

Gemüseanbau und Gartenbau haben expandiert. Es gab einen Übergang von der Waldbienenzucht zur Imkerei.

Die wichtigste gesellschaftliche Entwicklung in den XIV. - XV. Jahrhunderten war die intensive Zunahme des feudalen Grundbesitzes. Die hauptsächliche, dominante

Form davon war das Lehen, d.h., wie bereits erwähnt, das Land, das dem Feudalherrn durch Erbnutzungsrecht gehörte. Dieses Land konnte getauscht, verkauft werden, aber nur an Verwandte und andere Eigentümer der Lehen.

Der Besitzer des Lehensgutes könnte ein Fürst, ein Bojar, ein Kloster sein.

Um das Lehen schneller zu erschließen und erfolgreich nutzbar zu machen sowie um militärische Unterstützung zu erhalten, gaben die Lehenseigentümer unter bestimmten Bedingungen einen Teil des Landes an ihre Vasallen ab. Eine solche Landnutzungsdauer wurde als bedingt, erdient oder lokal bezeichnet. Den Adeligen, die den Hof eines Fürsten oder Bojaren bildeten, gehörte das Anwesen, das sie unter der Bedingung des Dienstes am Feudalherrn erhielten. (Vom Wort „Gutshof“ ausgehend wurden die Adligen auch Gutsherren genannt). Die Dienstzeit wurde im Vertrag festgelegt.

Ab der Mitte des XIV. Jahrhunderts kam es zu einem bedeutenden Wachstum des klösterlichen Grundbesitzes. Die Mongolen waren religiös tolerant und ließen das Land in den Händen der Kirche, um ihre Herrschaft zu bewahren.

Auch russische Fürsten waren an einer Unterstützung der Kirche interessiert. Wurde früher die Steuer zu Gunsten der Kirche - der Zehnte - in Geld oder Naturalien gezahlt, so ersetzten die Fürsten unter den neuen Bedingungen den Zehnten durch die Verteilung von Land. Grundbesitz und Reichtum der Klöster wuchsen auch deshalb, weil die Ländereien der Klöster im Gegensatz zu den Ländern der weltlichen Feudalherren nicht unter den Erben aufgeteilt wurden, wie es nach dem Tod des weltlichen Grundbesitzers der Fall war.

Das berühmteste unter den russischen Klöstern war das Dreifaltigkeitskloster, das von Sergius von Radonesch (ca. 1321-1391) 70 km nördlich von Moskau gegründet wurde (das heutige Kloster der Dreifaltigkeit und des Heiligen Sergius). Das Kloster liegt in einem waldreichen, dünn besiedelten, abgelegenen Gebiet (Wüste) und hat sich zum größten religiösen und wirtschaftlichen Zentrum entwickelt. Schüler und Anhänger des Großen Sergius bauten im XIV. - XV. Jahrhundert etwa 100 schlafsaalartige Klöster, d.h. auf der Grundlage des gemeinsamen Eigentums an der Wirtschaft und der kollektivistischen Organisation des Klosterlebens.

Die bäuerliche Kolonisierung fand an einem neuen Ort statt. Die Obrigkeit unterstützte die „Neuankömmlinge“. Die Fürsten übertrugen den Feudalherren die Lehensherrschaft, die die Vergünstigungen für ihre Bauern für 5 - 15 Jahre festlegte, bis das Land erschlossen war. Die Bindung an das Land und ihre Übertragung auf die Gerichtsbarkeit der Feudalherren glichen sozusagen die Rechte fast der gesamten landwirtschaftlichen Bevölkerung aus. Dieser Prozess zeigt sich im Verschwinden vieler alter Begriffe, die sich auf Formen der sozialen Abhängigkeit bezogen ((freie) „Bauern“, (abhängige) „Bauern“, „Abtrünniger“, „Menschen“ u. dgl.). Im XIV. Jahrhundert erschien ein neuer Begriff – „Bauernstand“, der zum Namen der unterdrückten Klasse der russischen Gesellschaft wurde. Zusammen mit der Arbeit der abhängigen Bauern bis zum Beginn des XVIII. Jahrhunderts wurde die Arbeit der Leibeigenen eingesetzt.

Neben privatem feudalem Grundbesitz (Fürsten-, Bojaren-, Klosterlehen und Gutshöfe) gab es vor allem am Rande des Landes eine beträchtliche Anzahl von Bauerngemeinschaften – „einfache“ Länder -, die Abgaben an den Staat zahlten. Vielen Historikern zufolge war der Staat der Feudalherr über diese Bauern.

Die Stadt.

Der Anstieg der landwirtschaftlichen Produktion schuf günstige Bedingungen für die Wiederherstellung und Weiterentwicklung der russischen Städte. Der Zusammenbruch der alten Großstädte wie Wladimir, Susdal, Rostow u.a., die Veränderung des Charakters der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und -wege führte dazu, dass im XIII. - XV. Jahrhundert die neuen Zentren: Twer, Nischni Nowgorod, Moskau, Kolomna, Kostroma u.a. eine beträchtliche Entwicklung erfahren haben. In diesen Städten nahm die Bevölkerung zu, der Steinbau wurde wiederbelebt, die Zahl der Handwerker und Kaufleute wuchs. Handwerke wie Schmiede, Gießerei, Metallverarbeitung und Münzprägung haben große Erfolge erzielt.

Trotz der Tatsache, dass die Goldene Horde, Litauen, Polen und die Hanse sich verlangsamten und versuchten, den Außenhandel der Rus zu kontrollieren, wurden die Städte nicht nur zu Zentren des Binnen-, sondern auch des Außenhandels, deren Hauptrichtungen westlich (Litauen, Polen) und östlich (Kaukasus, Krim, Zentralasien) lagen.

Im Gegensatz zu den Städten Westeuropas, von denen viele Selbstverwaltung und Unabhängigkeit von der Feudalherrschaft erlangten, blieben die russischen Städte vom Feudalstaat abhängig. In den Städten dominierte der Handel mit landwirtschaftlichen Produkten. Im XVI. Jahrhundert war das Wetscherecht praktisch aus den Städten verschwunden. Die Bevölkerung der Stadt, die über persönliche Freiheit verfügte, wurde in „einfache Handwerker“, die die „Fronsteuer“ brachten - ein Komplex von natürlichen und pekuniären Pflichten zugunsten des Staates - und Handwerker, die den Bojaren, Klöstern oder Fürsten angehörten, die von der Erfüllung der Fronsteuer befreit waren (später Vorstädter, wo sie lebten, die Weißen genannt wurden), unterteilt.

Trotz der im Vergleich zu westeuropäischen Städten langsameren Entwicklung aufgrund der mongolisch-tatarischen Verwüstungen und des Jochs der Goldenen Horde, spielten die russischen Städte eine bedeutende Rolle im Integrationsprozess. Sie waren die Zentren, die, obwohl immer noch schwach, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen einzelnen Teilen des Landes aufrechterhielten. Die Art der handwerklichen Produktion und der Handelsbeziehungen bestimmte das Interesse der Bürger an der Vereinigung des Landes. Dies galt insbesondere für die sich recht schnell entwickelnden Städte rund um Moskau.

Die politische Zentralisierung der Rus vom XIII. - XV. Jahrhundert verlief viel schneller, als die wirtschaftliche Uneinigkeit überwunden wurde.

Das Vorhandensein äußerer Gefahren aus dem Osten und Westen, die Notwendigkeit, für den Sturz des Jochs der Goldenen Horde zu kämpfen und die nationale Unabhängigkeit herzustellen, beschleunigten diesen Prozess. Die Vereinigung der russischen Länder zu einem zentralisierten, russischen, multinationalen Staat dauerte etwa zweieinhalb Jahrhunderte.

BEGINN DER VEREINIGUNG DER RUSSISCHEN LÄNDER

Der Kampf um den Sturz des Jochs der Goldenen Horde wurde vom XIII. – XV.

Jahrhundert zur wichtigsten nationalen Aufgabe. Die Wiederherstellung der Wirtschaft des Landes und seine weitere Entwicklung schufen die Voraussetzungen für die Vereinigung der russischen Länder. Es wurde die Frage entschieden, um welches Zentrum sich die russischen Länder vereinigen würden.

Twer und Moskau beanspruchten zunächst einmal die Führung. Das Twerer Fürstentum als unabhängiges Fürstentum ist 1247 entstanden, als es vom jüngeren Bruder Alexander Newskis - Jaroslaw Jaroslawitsch - empfangen wurde. Nach dem Tod Alexander Newskis wurde Jaroslaw Großfürst (1263-1272). Das Twerer Fürstentum war damals das stärkste in der Rus. Aber es war nicht dazu bestimmt, den Einigungsprozess zu leiten. Am Ende des XIII. - Anfang des XIV. Jahrhunderts erhebt sich das Moskauer Fürstentum rasch.

Aufstieg Moskaus.

Moskau, das vor dem Einmarsch der mongolischen Tataren ein kleiner Grenzpunkt des Fürstentums Wladimir-Susdal war, wurde zu Beginn des XIV. Jahrhunderts zu einem wichtigen politischen Zentrum jener Zeit.

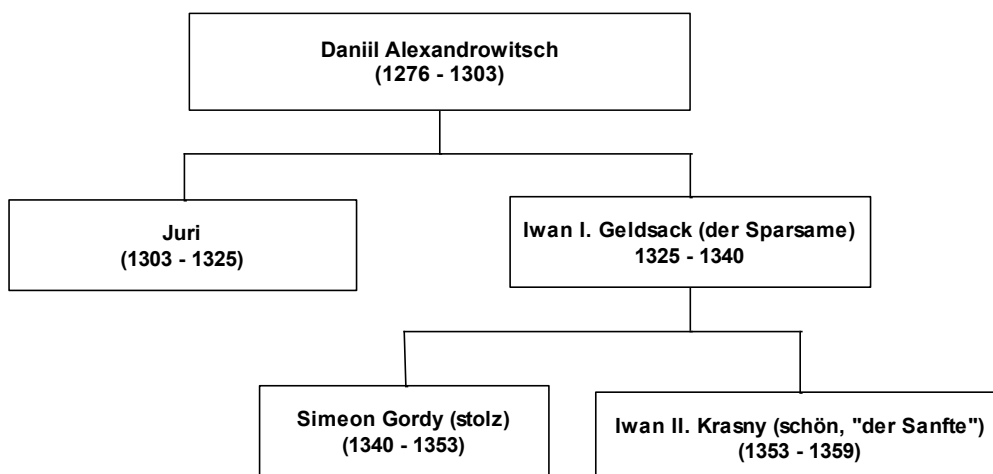
Was waren die Gründe für den Aufstieg Moskaus?

Moskau nahm eine geografisch vorteilhafte zentrale Lage unter den russischen Ländern ein. Vom Süden und Osten war es vor den Einfällen der Horde aus den Fürstentümern Susdal- Nischni Nowgorod und Rjasan geschützt, vom Nordwesten - vom Twerer Fürstentum und Weliki Nowgorod. Die Wälder um Moskau waren für die mongolisch-tatarische Reiterei schwer passierbar. All dies hat zu einem Zustrom der Bevölkerung in die Länder des Moskauer Fürstentums geführt. Moskau war ein Zentrum des entwickelten Handwerks, der landwirtschaftlichen Produktion und des Handels. Es erwies sich als ein wichtiger Knotenpunkt von Land- und Wasserwegen, der sowohl dem Handel als auch militärischen Operationen diente. Durch die Flüsse Moskwa und Oka hatte das Moskauer Fürstentum Zugang zur Wolga, und durch die Zuflüsse und Bereiche der Wolga war es mit dem Gebiet von Nowgorod verbunden. Der Aufstieg Moskaus erklärt sich auch durch die zielgerichtete, flexible Politik der Moskauer Fürsten, denen es gelang, nicht nur andere russische Fürstentümer, sondern auch die Kirche auf ihre Seite zu ziehen.

Der Gründer der Dynastie der Moskauer Fürsten war der jüngste Sohn Alexander Newskis - Daniil Alexandrowitsch (1276 - 1303). Unter ihm wuchs das Gebiet des Moskauer Fürstentums rasch an.

Im Jahr 1301 umfasste es Kolomna, das vom rjasaner Fürst erobert wurde.

DYNASTIE DER MOSKAUER FÜRSTEN UND ZAREN. XIII. – XVI. JH.



1302 wurden seine Besitztümer nach dem Willen des kinderlosen Fürsten von Perejaslawl an Moskau übertragen. 1303 wurde Moschaisk vom Fürstentum Smolensk an Moskau angeschlossen. Damit hat sich das Territorium des Moskauer Fürstentums in drei Jahren verdoppelt und ist zu einem der größten im Nordosten der Rus geworden.

Da Moschaisk an der Quelle der Moskwa liegt, und Kolomna - an der Mündung, erschien mit ihrem Zusammenschluss der ganze Fluss im Besitz der Moskauer Fürsten. Perejaslawl - Salesski war eines der reichsten und fruchtbarsten Gebiete des Nordostens, so dass seine Eingliederung in das Moskauer Fürstentum dessen wirtschaftliches Potenzial erheblich erhöhte. Der Moskauer Fürst trat in den Kampf für das Großfürstentum ein.

Der Kampf zwischen Moskau und Twer um den großfürstlichen Thron.

Als Vertreter eines älteren Zweiges erhielt der Twerer Fürst Michail Jaroslawitsch (1304-1317) ein Etikett für ein Großfürstentum in der Horde. In Moskau regierte zur gleichen Zeit der Sohn Daniil Alexandrowitschs Jurij (1303-1325).

Der Moskauer Juri Danilowitsch war mit der Schwester des usbekischen Khans Kontschak (Agafja) verheiratet. Er versprach, den Tribut aus den russischen Ländern zu erhöhen. Der Khan gab ihm das Etikett für den großfürstlichen Thron. Im

Jahre 1315 begann Michail Krieg mit Juri, besiegte sein Gefolge, nahm die Schwester des Khans gefangen, die bald darauf in Twer starb. Juri machte für den Tod der Frau den Twerer Fürst verantwortlich.

Michail, den man zur Horde rief, wurde hingerichtet. Zum ersten Mal erhielt 1319 ein Moskauer Fürst ein Etikett für ein Großfürstentum. Doch bereits 1325 wurde Juri vom ältesten Sohn des Twerers Michail - Dmitri böse Augen - getötet. Khan Usbek hat Dmitri hingerichtet, aber, indem er eine Politik des Aufstachelns russischer Fürsten fortsetzte, hat er dem Bruder des Hingerichteten - Alexander Michailowitsch (1326-1327) – das Großfürstentum übertragen.

Aufstand in Twer.

1327 rebellierte die Bevölkerung von Twer gegen den Steuereintreiber, den Baskaken Cholkhan (in Russland hieß er Schtschelkan), einen Verwandten Usbeks. Empört über die Erpressung und Gewalt wandten sich die Twerer an Fürst Alexander Michailowitsch um Hilfe. Der Twerer Fürst nahm eine abwartende Haltung ein. Die aufständischen Twerer töteten die Tataren. Aus diesem Grund kam der Moskauer Fürst Iwan Danilowitsch mit den mongolisch-tatarischen Truppen nach Twer und unterdrückte den Aufstand. Auf Kosten des Lebens der Bevölkerung eines anderen russischen Landes trug er zum Aufstieg seines eigenen Fürstentums bei. Gleichzeitig traf die Niederlage von Twer den Rest der russischen Länder hart.

Und heute hört der Streit um zwei mögliche Tendenzen im Kampf gegen die Horde nicht auf. Wer hatte in der Rivalität zwischen den beiden Fürstentümern des XIV. Jahrhunderts Recht? Moskau, das Kraft sammelte, um gegen den Feind zu kämpfen, oder Twer, das sich den Invasoren mit offenem Visier widersetzte? Verfechter gibt es sowohl bei der einen als auch bei der anderen Sichtweise.

Iwan Kalita.

Iwan Danilowitsch (1325-1340), der den Aufstand in Twer niederschlug, erhielt ein Etikett für das Großfürstentum, das seit dieser Zeit fast ständig in den Händen der Moskauer Fürsten blieb. Dem Großfürst gelang es, ein enges Bündnis zwischen der großfürstlichen Macht Moskaus und der Kirche zu schließen. Der Metropolit Peter lebte lange und oft in Moskau, und sein Nachfolger Theognost zog schließlich dorthin. Moskau wurde zum religiösen und ideologischen Zentrum der Rus.

Iwan Danilowitsch war ein kluger, konsequenter, wenn auch grausamer Politiker, um seine Ziele zu erreichen. Unter ihm wurde Moskau zum reichsten Fürstentum der Rus. Daher der Spitzname des Fürsten – „Kalita“ („Geldsack“, „Geldtasche“). Unter Iwan Kalita hat die Rolle Moskaus als Zentrum der Vereinigung aller russischen Länder zugenommen. Er erreichte die notwendige Atempause von den Invasionen der Horde, die es ermöglichte, die Wirtschaft anzukurbeln und Kraft für den Kampf gegen die mongolischen Tataren zu sammeln. Iwan Kalita erhielt das Recht, Tribute von den russischen Fürstentümern einzusammeln und sie der Horde zu übergeben. Ohne auf Waffen zurückzugreifen, hat er seinen Besitz erheblich erweitert. Unter ihm unterwarfen sich das Fürstentum Galitsch (Region Kostroma), Uglitsch, Belosersk (Region Wologda) dem Fürstentum Moskau.

Unter den Söhnen Iwan Kalitas - Semjon (1340-1353), der wegen seiner arroganten Haltung gegenüber anderen Fürsten den Beinamen Stolz erhielt, und Iwan Krasny (1353-1359) - wurden Dmitrow, Kostroma, Starodub und die Region Kaluga Teil des Moskauer Fürstentums.

Dmitri Donskoi.

Dmitri (1359-1389) bezog als neunjähriges Kind den Thron. Der Kampf um den großfürstlichen Wladimir Thronszitz flammte wieder auf. Die Horde begann, die Gegner Moskaus offen zu unterstützen.

Ein besonderes Symbol für den Erfolg und die Stärke des Moskauer Fürstentums war der Bau des uneinnehmbaren Kremls in Moskau (1367) aus weißem Stein in nur zwei Jahren - der einzigen Steinfestung im Nordosten der Rus. All dies ermöglichte es Moskau, den Anspruch auf eine gesamtrussische Führung von Nischni Nowgorod und Twer, zurückzuschlagen, und die Feldzüge des litauischen Fürsten Olgerd abzuwehren.

Das Kräfteverhältnis in der Rus hat sich zu Gunsten Moskaus verändert. In der Horde selbst begann die Periode „großer Stau“ (50er - 60er Jahre des XIV. Jahrhunderts) - die Schwächung der Zentralmacht und der Kampf um den Thron des Khans. Die Rus und die Horde schienen sich gegenseitig „vorsichtig zu erkunden“. Im Jahr 1377 wurde das Moskauer Heer am Fluss Pjana (bei Nischni Nowgorod) von der Horde zerschlagen. Die Tataren konnten ihren Erfolg jedoch nicht sichern. Im Jahr 1378 wurde das Heer von Mirza Begich am Fluss Woscha (Rjasaner Land) von Dmitri besiegt. Diese Schlachten waren der Auftakt zur Schlacht von Kulikowo.

Die Schlacht von Kulikowo.

Im Jahr 1380 versuchte der Anführer des Tumen (Leiter des Tumen) Mamai, der nach mehreren Jahren vernichtender Feindseligkeiten in der Horde an die Macht kam, die erschütterte Herrschaft der Goldenen Horde über die russischen Länder wiederherzustellen. Nachdem Mamai ein Bündnis mit dem litauischen Fürsten Jagailo geschlossen hatte, führte er seine Truppen nach Russland. Die fürstlichen Truppen und Landwehre aus den meisten russischen Ländern versammelten sich in Kolomna, von wo aus sie sich den Tataren näherten und versuchten, dem Feind zuvorzukommen. Dmitri erwies sich als talentierter Heerführer, da er für die damalige Zeit eine unkonventionelle Entscheidung traf, den Don zu überqueren und den Feind in dem Gebiet zu treffen, das Mamai als sein eigenes betrachtete. Gleichzeitig setzte sich Dmitri das Ziel, Mamai daran zu hindern, sich mit Jagailo zu verbinden, bevor die Schlacht begann.

Die Truppen trafen sich auf dem Kulikowo - Feld am Zusammenfluss des Neprjadwa - Flusses mit dem Don. Der Morgen am Tag der Schlacht – 8. September 1380 - war neblig. Der Nebel löste sich erst gegen 11 Uhr morgens auf. Die Schlacht begann mit einem Duell zwischen dem russischen Helden Pereswet und dem tatarischen Krieger Tschelubei. Zu Beginn der Schlacht zerstörten die Tataren das vorgeschrittene russische Regiment fast vollständig und drängten sich in die Reihen des großen Regiments, das in der Mitte stand. Mamai triumphierte bereits und glaubte, einen Sieg errungen zu haben. Es folgte jedoch ein unerwarteter Schlag von der Flanke des russischen Hinterhaltregiments unter Führung des Woiwoden Dmitri Bobrok-Wolinski und Fürst Wladimir Serpuchow. Dieser Schlag entschied den Ausgang der Schlacht um drei Uhr nachmittags. Die Tataren flohen panisch vom Kulikowo-Feld. Für persönlichen Mut im Kampf und für die militärische Führung erhielt Dmitri den Beinamen Donskoi.

Die Niederlage Moskaus gegen Tochtamisch.

Nach seiner Niederlage floh Mamai nach Kaffa (Feodosija), wo er getötet wurde. Die Macht über die Horde wurde von Khan Tochtamisch übernommen. Der Kampf zwischen Moskau und der Horde ist noch nicht vorbei. 1382 griff Tochtamisch mit seiner Horde Moskau plötzlich an, wobei er die Hilfe des Fürsten Oleg Iwanowitsch aus Rjasan in Anspruch nahm, der auf die Furten über den Fluss Oka hinwies. Noch vor dem Feldzug der Tataren verließ Dmitri die Hauptstadt im Norden, um eine neue Landwehr aufzustellen. Die Bevölkerung der Stadt organisierte die Verteidigung Moskaus, rebellierte gegen die Bojaren, die in Panik aus der Hauptstadt stürzten. Den Moskauern gelang es, zwei Angriffe des Feindes abzuwehren, indem sie zum ersten Mal in einer Schlacht die so genannten Matratzen (geschmiedete Eisenkanonen aus russischer Produktion) einsetzten.

Tochtamisch erkannte, dass die Stadt nicht im Sturm erobert werden konnte und befürchtete den Anmarsch Dmitri Donskois an das Heer und sagte den Moskauern, er sei gekommen, um nicht gegen sie, sondern gegen Fürst Dmitri zu kämpfen, und versprach, die Stadt nicht zu plündern. Mit der Täuschung in Moskau eingebrochen, hat Tochtamisch sie einer grausamen Verwüstung ausgesetzt. Moskau war erneut verpflichtet, dem Khan Tribut zu zollen.

Die Bedeutung des Sieges von Kulikowo.

Trotz der Niederlage 1382 glaubte das russische Volk nach der Schlacht von Kulikowo an die baldige Befreiung von den Tataren. Auf dem Kulikowo-Feld erlitt die Goldene Horde ihre erste große Niederlage.

Die Schlacht von Kulikowo zeigte die Macht und Stärke Moskaus als politisches und wirtschaftliches Zentrum - der Organisator des Kampfes um den Sturz des Jochs der Goldenen Horde und die Vereinigung der russischen Länder. Dank des Sieges von Kulikowo wurde der Tribut reduziert. Die Horde erkannte schließlich die politische Vormachtstellung Moskaus gegenüber den übrigen russischen Ländern an. Die Niederlage der Horde in der Schlacht von Kulikowo schwächte ihre Macht erheblich. Bewohner aus verschiedenen russischen Ländern und Städten kamen nach Kulikowo - sie kehrten als russisches Volk aus der Schlacht zurück. Vor seinem Tod übertrug Dmitri Donskoi das Großfürstentum Wladimir seinem Sohn Wassili (1389 - 1425) testamentarisch als „Vaterland“ der Moskauer Fürsten, ohne um das Recht auf ein Etikett in der Horde zu bitten.

Es gab eine Vereinigung des Großfürstentums Wladimir und Moskau.

Timurs Feldzug.

1395 besiegte der zentralasiatische Herrscher Timur – „der große Lahme“, der 25 Feldzüge ausführte, der Eroberer Zentralasiens, Sibiriens, Persiens, Bagdads, Damaskus, Indiens, der Türkei - die Goldene Horde besiegte und sich mit einem Feldzug nach Moskau bewegte. Wassili I. versammelte eine Landwehr in Kolomna, um den Feind zurückzuschlagen. Die Schutzpatronin der Rus, die Ikone der Wladimir-Mutter Gottes, wurde von Wladimir nach Moskau gebracht. Als sich die Ikone bereits in der Nähe von Moskau befand, lehnte Timur einen Feldzug gegen die Rus ab und wandte sich nach einem zweiwöchigen Halt in der Nähe von Jelez nach Süden. Die Legende hat das Wunder der Befreiung der Hauptstadt mit der Fürsprache der Jungfrau Maria in Verbindung gebracht.

Feudalkrieg im zweiten Viertel des XV. Jahrhunderts. (1431—1453).

Die Streitigkeiten, die als Feudalkrieg des zweiten Viertels des XV. Jahrhunderts bezeichnet wurden, begannen nach dem Tod von Wassili I. Am Ende des XIV. Jahrhunderts entstanden im Moskauer Fürstentum mehrere Apanagebesitztümer, die den Söhnen Dmitri Donskois gehörten.

Die größten von ihnen waren Galizkoe und Swenigorod, die der jüngste Sohn Dmitri Donskois, Juri, erhielt.

Nach Dmitris Testament sollte er nach seinem Bruder Wassili I. den großfürstlichen Thron erben.

Das Testament wurde jedoch geschrieben, als Wassili I. noch keine Kinder hatte. Wassili I. übergab den Thron an seinen zehnjährigen Sohn Wassili II.

Nach dem Tod des Großfürsten begann Juri als ältester in der Fürstenfamilie mit seinem Neffen Wassili II. (1425-1462) einen Kampf um den Thron des Großfürsten. Der Kampf nach Juris Tod wurde von seinen Söhnen - Wassili Kosoi und Dmitri Schemjaka - fortgesetzt. Konnte dieser Streit der Fürsten zunächst noch mit dem „alten Erbrecht“ von Bruder zu Bruder, d.h. an den Ältesten in der Familie, erklärt werden, so war es nach dem Tod Juris 1434 ein Zusammenprall von Befürwortern und Gegnern der staatlichen Zentralisierung. Der Moskauer Fürst trat für die politische Zentralisierung ein, der galizische Fürst vertrat die Kräfte des feudalen Separatismus.

Der Kampf wurde nach allen „Regeln des Mittelalters“ geführt, d.h. es wurden Blindheit, Vergiftungen, Täuschungen und Verschwörungen eingeleitet. Zweimal nahm Juri Moskau ein, konnte sich aber nicht halten. Den größten Erfolg erzielten die Zentralisierungsgegner unter Dmitri Schemjaka, der kurzzeitig Großfürst von Moskau war.

Erst nachdem sich die Moskauer Bojaren und die Kirche endgültig auf die Seite von Wassili Wassiljewitsch II., dem Dunklen, gestellt hatten (geblendet von seinen politischen Gegnern wie Wassili Kosoi, daher die Spitznamen „Schielen“, „Dunkel“), floh Schemjaka nach Nowgorod, wo er starb.

Der Feudalkrieg endete mit dem Sieg der Zentralisierungskräften. Bis zum Ende der Herrschaft Wassili II. nahmen die Besitztümer des Moskauer Fürstentums im Vergleich zum Beginn des XIV. Jahrhunderts um das 30-fache zu. Zum Moskauer Fürstentum gehörten Murom (1343), Nischni Nowgorod (1393) und eine Reihe von Ländern am Rande der Rus.

Die Rus und die Florentiner Union.

Die Weigerung Wassili II., das Bündnis (Union) zwischen der katholischen und der orthodoxen Kirche unter der Führung des Papstes anzuerkennen, die 1439 in Florenz geschlossen wurde, spricht für die Stärke der großfürstlichen Macht. Dieses Bündnis hat der römische Papst der Rus, unter dem Vorwand der Rettung des Byzantinischen Reiches vor der Eroberung durch die Osmanen, aufgezwungen. Der Metropolit der Rus, der Grieche Isidor, der die Union unterstützte, wurde abgesetzt. An seiner Stelle wurde der Rjasaner Bischof Jona gewählt, dessen Kandidatur von Wassili II. vorgeschlagen wurde. Dies war der Beginn der Unabhängigkeit der russischen Kirche vom Patriarchen von Konstantinopel. Und nach der Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen im Jahr 1453 wurde die Wahl des Oberhauptes der russischen Kirche bereits in Moskau festgelegt.

Fasst man die Entwicklung der Rus in den ersten beiden Jahrhunderten nach dem mongolischen Untergang zusammen, so kann man sagen, dass als Ergebnis der heroischen, kreativen und militärischen Arbeit des russischen Volkes während des XIV. und der ersten Hälfte des XV. Jahrhunderts die Voraussetzungen für die Schaffung eines Einheitsstaates und den Sturz des Jochs der Goldenen Horde geschaffen wurden. Der Kampf um das Großfürstentum ging bereits weiter, wie der Feudalkrieg des zweiten Viertels des XV. Jahrhunderts zeigte, nicht zwischen einzelnen Fürstentümern, sondern innerhalb des Moskauer Fürstenhauses. Die orthodoxe Kirche unterstützte aktiv den Kampf für die Einheit der russischen Länder. Der Prozess der Bildung des russischen Staates mit seiner Hauptstadt Moskau wurde unumkehrbar.

Kapitel 8

BEENDIGUNG DER ZUSAMMENFÜHRUNG RUSSISCHER LÄNDER UM MOSKAU AM ENDE DES XV. – ANFANG DES XVI. JH. BILDUNG DES RUSSISCHEN STAATES

Viele Historiker definieren das Ende des XV. Jahrhunderts als den Übergang vom Mittelalter in die Neue Zeit.

Es genügt, daran zu erinnern, dass 1453 das Byzantinische Reich fiel. 1492 entdeckte Kolumbus Amerika. Viele große geografische Entdeckungen wurden gemacht. In den Ländern Westeuropas gibt es einen Sprung in der Entwicklung der Produktivkräfte.

Der Buchdruck erscheint (1456, Gutenberg). Das XIV. – XVI. Jahrhundert wurde in der Weltgeschichte die Renaissance genannt.

Das Ende des XV. Jahrhunderts ist die Zeit, in der die Nationalstaaten in Westeuropa ihre Bildung abgeschlossen haben.

Historiker stellen seit langem fest, dass der Prozess, die Fragmentierung durch einen einzigen Staat zu ersetzen, ein natürliches Ergebnis der historischen Entwicklung ist.

Die Vereinigung der Fürstentümer und Länder in der Zeit der Fragmentierung erfolgte in den am weitesten entwickelten Ländern Westeuropas im Zusammenhang mit dem Wachstum der materiellen Produktion aufgrund der Entwicklung der Waren-Geld-Beziehungen und der Zerstörung der natürlichen Wirtschaft als Grundlage der Wirtschaft.

Zum Beispiel ergab der Ertrag in den fortgeschrittenen Ländern Westeuropas das 5 und sogar das 7 fache (d.h. ein gepflanztes Korn erbrachte 5 - 7 Körner).

Dies wiederum ermöglichte eine rasche Entwicklung der Stadt und des Handwerks. In den Ländern Westeuropas begann der Prozess der Überwindung der wirtschaftlichen Fragmentierung, und es entstanden nationale Beziehungen.

Unter diesen Bedingungen versuchte die königliche Macht, die sich auf den Reichtum der Städte stützte, das Land zu vereinen. Der Einigungsprozess wurde von einem Monarchen geleitet, der an der Spitze des Adels stand, der herrschenden Klasse jener Zeit.

Die Bildung zentralisierter Staaten in verschiedenen Ländern hatte ihre eigenen Merkmale. Die vergleichend- historische Methode zur Untersuchung historischer

Prozesse gibt Anlass zu der Annahme, dass die Vereinigung, selbst bei angemessenen sozioökonomischen Gründen, entweder überhaupt nicht stattfinden oder sich aus subjektiven oder objektiven Gründen stark verzögern kann (beispielsweise wurden Deutschland und Italien erst im XIX. Jahrhundert vereint).

Es gab gewisse Besonderheiten bei der Bildung des russischen Staates, dessen Entstehungsprozess chronologisch mit vielen westeuropäischen Ländern zusammenfällt.

Merkmale der Bildung des russischen Staates.

Der zentralisierte russische Staat wurde auf den nordöstlichen und nordwestlichen Gebieten der Kiewer Rus gebildet, seine südlichen und südwestlichen Gebiete gehörten zu Polen, Litauen und Ungarn. Seine Bildung wurde durch die Notwendigkeit beschleunigt, gegen äußere Gefahren zu kämpfen, insbesondere gegen die Goldene Horde und später gegen Kasan, Krim, Sibirien, Astrachan, kasachische Khanate, Litauen und Polen.

Die mongolisch-tatarische Invasion und das Joch der Goldenen Horde verlangsamten die sozioökonomische Entwicklung der russischen Länder. Im Gegensatz zu den fortgeschrittenen Ländern Westeuropas erfolgte die Bildung eines einzigen Staates in Russland unter der vollständigen Dominanz der traditionellen Wirtschaftsform Russlands - auf feudaler Basis. Das macht es möglich zu verstehen, warum sich in Europa eine bürgerliche, demokratische Zivilgesellschaft herauszubilden beginnt, und in Russland werden lange Zeit Leibeigenschaft, Ständezugehörigkeit und die Ungleichheit der Bürger vor den Gesetzen herrschen.

Der Abschluss des Prozesses der Vereinigung der russischen Länder um Moskau zu einem zentralisierten Staat fällt in die Regierungsjahre von Iwan III. (1462-1505) und Wassili III. (1505-1533).

Iwan III.

Der blinde Vater Wassili II. machte seinen Sohn Iwan III. schon früh zum Mitherrscher des Staates. Er bezog den Thron, als er 22 Jahre alt war. Er bildete sich als ein berechnender und erfolgreicher, vorsichtiger und weitsichtiger Politiker heraus. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass er wiederholt zu Betrug und Intrigen griff. Iwan III. ist eine der Schlüsselfiguren in unserer Geschichte. Er war der erste, der den Titel „Herrscher der ganzen Rus“ annahm. Unter ihm wurde der zweiköpfige Adler zum Wahrzeichen unseres Staates. Unter ihm wurde der bis heute erhaltene Moskauer Kreml aus rotem Backstein errichtet. Unter ihm wurde das verhasste Joch der Goldenen Horde endgültig gestürzt. Unter ihm wurde 1497 der erste Gesetzeskodex geschaffen und es bildeten sich landesweite Regierungsgremien.

Unter ihm empfing der neu errichtete Facettenpalast Botschafter nicht von benachbarten russischen Fürstentümern, sondern vom Papst, dem deutschen Kaiser, dem polnischen König. Unter ihm wurde der Begriff „Russland“ in Bezug auf unseren Staat verwendet.

Vereinigung der Länder im Nordosten der Rus.

Iwan III., der sich auf die Macht Moskaus stützte, gelang es fast unblutig, die Vereinigung den Nordosten der Rus zu vollenden. Im Jahre 1468 wurde schließlich das Fürstentum Jaroslawl annektiert, dessen Fürsten die Nebenfürsten Iwans III. wurden.

Im Jahre 1472 begann der Anschluss von Groß-Perm. Sogar Wassili II., der Dunkle, kaufte die Hälfte des Fürstentums Rostow, und 1474 erwarb Iwan III. den Rest. Schließlich ging Twer, umgeben von Moskauer Ländern, 1485 nach Moskau über, nachdem seine Bojaren den Eid auf Iwan III. abgelegt hatten, der sich mit einem großen Heer der Stadt näherte. 1489 wurde das wegen der Fischerei wichtige Land Wjatka (*Kirow*) Teil des Staates.

1503 gingen viele Fürsten der westrussischen Regionen (Wjasma, Odojewo, Worotynsk, Tschernigow, Nowgorod-Sewerski) von Litauen an den Moskauer Fürsten über.

Der Beitritt Nowgorods.

Die Nowgoroder Bojarenrepublik blieb unabhängig von dem Moskauer Fürsten und verfügte weiterhin über eine beträchtliche Macht. In Nowgorod fand 1410 eine Reform der Posadnik-Verwaltung statt: die oligarchische Macht der Bojaren nahm zu.

Wassili, der Dunkle, stellte 1456 fest, dass der Fürst die höchste gerichtliche Instanz in Nowgorod (Friedensvertrag von Yazhelbitsy) ist.

Aus Furcht vor dem Verlust ihrer Privilegien im Falle ihrer Unterordnung unter Moskau unterzeichnete ein Teil der Nowgoroder Bojaren unter der Leitung der Statthalterin Marfa Borezkaja ein Abkommen über die vasallische Abhängigkeit Nowgorods von Litauen. Als Iwan III. von der Absprache der Bojaren mit Litauen erfuhr, ergriff er entscheidende Maßnahmen, um Nowgorod zu unterwerfen. An dem Feldzug von 1471 nahmen die Truppen aller Moskau unterworfenen Länder teil, was ihm den allrussischen Charakter verlieh. Den Nowgorodern wurde vorgeworfen, „vom orthodoxen Glauben zum Katholikentum abzufallen“.

Die entscheidende Schlacht fand am Fluss Schelon statt. Die Nowgoroder Landwehr mit ihrer beträchtlichen Machtüberlegenheit war kampfunwillig; die Moskauer, nach den Worten vertrauter Chronisten Moskaus, „wie brüllende Löwen“, griffen den Feind an und jagten die zurückweichenden Nowgoroder um mehr als 20 Werst. Schließlich wurde Nowgorod sieben Jahre später, 1478, an Moskau angeschlossen. Eine Wetsche-Glocke wurde aus der Stadt nach Moskau gebracht. Die Gegner Moskaus wurden ins Zentrum des Landes umgesiedelt. Aber Iwan III. hat ihnen, angesichts der Stärke Nowgorods, eine Reihe von Privilegien eingeräumt: das Recht, Beziehungen zu Schweden zu führen und versprach, die Nowgoroder nicht in den Dienst an den südlichen Grenzen einzubeziehen. Die Stadt wurde jetzt von Moskauer Statthaltern regiert.

Der Anschluss der Gebiete Nowgorod, Wjatka und Perm an Moskau mit den hier lebenden nichtrussischen Völkern des Nordens und Nordostens erweiterte die multinationale Zusammensetzung des russischen Staates.

Sturz des Jochs der Goldenen Horde.

1480 wurde das mongolisch-tatarische Joch endgültig gestürzt. Dies geschah nach dem Zusammenstoß zwischen den Moskauer und den mongolisch-tatarischen

Truppen an der Ugra. An der Spitze der Truppen der Horde stand Achmat Khan, der ein Bündnis mit dem polnisch-litauischen König Kasimir IV. schloss. Iwan III. gelang es, den Krim-Khan Mengli-Girej auf seine Seite zu ziehen, dessen Truppen den Besitz Kasimirs IV. angriffen und damit seine Aktion gegen Moskau störten. Nachdem er mehrere Wochen am Ugra gestanden hatte, begriff Achmat Khan, dass es hoffnungslos war, in die Schlacht zu ziehen; und als er erfuhr, dass seine Hauptstadt Sarai vom sibirischen Khanat angegriffen wurde, nahm er seine Truppen zurück.

Die Rus hörte schließlich einige Jahre vor 1480 auf, der Goldenen Horde Tribut zu zollen. Im Jahr 1502 fügte der Krim-Khan Mengli-Girej der Goldenen Horde eine vernichtende Niederlage bei, wonach ihre Existenz aufhörte.

Wassili III.

Der 26-jährige Sohn Iwans III. und Sofia Palaiologa - der Nichte des letzten byzantinischen Kaisers - Wassili III., setzte das Werk seines Vaters fort. Er begann einen Kampf um die Abschaffung des Lehenssystems und benahm sich wie ein Autokrat.

Wassili III. nutzte den Angriff der Krimtataren auf Litauen und bezog 1510 Pskow ein. 300 Familien der reichsten Einwohner von Pskow wurden aus der Stadt vertrieben und durch die gleiche Anzahl aus Moskauer Städten ersetzt. Das Wetsche-System wurde abgeschafft. Die Moskauer Statthalter begannen, Pskow zu regieren.

1514 wurde Smolensk, das von Litauen erobert wurde, Teil des Moskauer Staates. Zu Ehren dieses Ereignisses wurde in Moskau das Nowodewitschi-Kloster gebaut, das eine Ikone der Smolensker Gottesmutter - der Verteidigerin der westlichen Grenzen der Rus - beherbergte. Schließlich wurde 1521 das Land Rjasan, das bereits von Moskau abhängig war, Teil Russlands.

Damit war der Prozess der Vereinigung vom Nordosten und Nordwesten der Rus zu einem Staat abgeschlossen.

Es bildete sich die größte Macht in Europa, die ab dem Ende des XV. Jahrhunderts begann, Russland genannt zu werden.

Fragmentierung der Macht.

Die Fragmentierung wurde schrittweise durch Zentralisierung ersetzt. Iwan III. erhielt nach dem Anschluss an Twer den Ehrentitel „durch die Gnade Gottes, des Herrschers von ganz Russland, Großfürst von Wladimir und Moskau, Nowgorod und Pskow, Twer, Jugorsk, und Perm, Bulgarien und anderen Ländern“.

Fürsten in den angeschlossenen Ländern wurden zu Bojaren der Moskauer Herrschaft („Bojarifizierung der Fürsten“). Diese Fürstentümer wurden jetzt Kreise genannt, die von Statthaltern aus Moskau regiert wurden.

Diese Statthalter wurden auch Bojarenfütterung (*Bojaren-Kronbeamte*) genannt, weil sie Nahrung für die Verwaltung der Grafschaften erhielten - einen Teil der Steuer, deren Höhe sich nach der vorherigen Bezahlung für den Dienst in den Truppen richtete.

Das *Mestritschestwo* (*Rangordnungssystem*) ist das Recht, diese oder jene Position im Staat zu besetzen, je nach Adel und offizieller Stellung ihrer Vorfahren, ihren Verdiensten um den Moskauer Großfürsten.

Ein zentraler Verwaltungsapparat nahm Gestalt an.

Die Bojaren-Duma.

Sie bestand aus 5 - 12 Bojaren und nicht mehr als 12 Kammerherren (Bojaren und Kammerherren sind die beiden höchsten Ränge im Staat). Neben Moskauer Bojaren saßen seit der Mitte des XV. Jahrhunderts in der Duma auch lokale Fürsten aus den angeschlossenen Ländern, die das Altersvorrecht Moskaus anerkannten. Die Bojaren-Duma hatte beratende Funktionen in „Angelegenheiten des Landes“.

Das künftige Ordnungssystem ging aus zwei staatlichen Behörden hervor: dem Palast und dem Schatzkammer. Der Palast regierte die Länder des Großfürsten, die Schatzkammer war für die Finanzen, das Staatssiegel und die Archive zuständig. Eine prachtvolle und feierliche Zeremonie begann sich am Moskauer Hof während der Regierungszeit Iwans III. zu etablieren. Zeitgenossen verbanden sein Erscheinen mit der Heirat Iwans III. mit der byzantinischen Prinzessin Soja (Sofia) Palaiologa - Tochter des Bruders des letzten byzantinischen Kaisers Konstantin Palaiologos im Jahr 1472.

Gesetzkodex Iwans III.

1497 wurde ein neues Gesetz des russischen Staates verabschiedet - das Gesetzbuch Iwans III. Der Gesetzkodex enthielt 68 Artikel und spiegelte die Stärkung der Rolle der Zentralregierung in der staatlichen Struktur und den Gerichtsverfahren des Landes wider. Artikel 57 beschränkte das Recht der Bauern, für eine bestimmte Zeit von einem Feudalherren zum anderen zu wechseln, und zwar für das ganze Land: eine Woche vor und eine Woche nach dem Jurjew-Tag (26. November). Für das Verlassen musste der Bauer die „Rente“ bezahlen - die Bezahlung für die Jahre, die er am alten Ort lebte. Die Einschränkung des bäuerlichen Übergangs war der erste Schritt zur Errichtung der Leibeigenschaft im Land. Die Bauern behielten jedoch bis zum Ende des XVI. Jahrhunderts das Recht, von einem Grundbesitzer zum anderen zu wechseln.

Die russische Kirche am Ende des XV. - Anfang des XVI. Jahrhunderts.

Die russische Kirche spielte eine wichtige Rolle im Einigungsprozess. Nachdem der Rjasaner Bischof Jona 1448 zum Metropoliten gewählt worden war, wurde die russische Kirche unabhängig (autokephal).

In den westlichen Ländern der Rus, die Teil des Großfürstentums von Litauen und Russland waren, wurde 1458 in Kiew der Metropolit gestellt. Die russisch-orthodoxe Kirche teilte sich in zwei unabhängige Metropoliten auf - Moskau und Kiew. Ihre Vereinigung wird nach der Wiedervereinigung der Ukraine und Russlands erfolgen.

Der innerchristliche Kampf war mit dem Auftreten von Häresien verbunden. Im XIV. Jahrhundert gab es in Nowgorod die häretische Sekte der Schermänner (*Strigolniki*). Auf dem Kopf des Mönchs wurden die Haare quer abgeschnitten. Die Strigolnikis glaubten, dass der Glaube stärker werden würde, wenn er auf Vernunft basierte.

Am Ende des XV. Jahrhunderts verbreitete sich in Nowgorod und dann in Moskau

die häretische Sekte der Juden (ein jüdischer Kaufmann galt als ihr Initiator). Die Häretiker leugneten die Macht der Priester und forderten die Gleichheit aller Menschen. Dies bedeutete, dass die Klöster nicht das Recht haben, Land und Bauern zu besitzen.

Eine Zeit lang stimmten diese Ansichten mit denen Iwans III. überein. Es gab auch keine Einigkeit unter den Geistlichen. Militante Geistliche unter der Führung des Gründers des Uspenski-Klosters (heute Joseph-Wolokolamsk-Kloster bei Moskau), Joseph Wolokolamsk, widersetzten sich entschieden den Häretikern. Joseph und seine Anhänger (Josiflijaner) verteidigten das Recht der Kirche, Land und Bauern zu besitzen. Die Gegner der Josiflijaner unterstützten die Häretiker ebenfalls nicht, lehnten jedoch die Anhäufung von Reichtum und Landbesitz der Kirche ab. Die Anhänger dieser Sichtweise wurden Nestjashateli (*Nichtbesitzer*) oder Sorianer genannt - nach dem Namen Nil von Sora, der sich in die Einsiedelei am Fluss Sore in der Region Wologda zurückzog.

Iwan III. unterstützte 1502 in der Kirchenversammlung die Josiflijaner. Die Häretiker wurden hingerichtet. Die russische Kirche ist sowohl staatlich als auch national geworden. Die Kirchenhierarchy proklamierten den Autokraten zum König der Erde, seine Macht ähnlich wie Gott. Der Grundbesitz der Kirche und des Klosters blieb erhalten.

Kapitel 9

DER RUSSISCHE STAAT IM XVI. JAHRHUNDERT

IWAN DER SCHRECKLICHE

Gegründet am Ende des XV. - Anfang des XVI. Jahrhunderts entwickelte sich der russische Staat als Teil einer globalen Zivilisation. Man sollte jedoch die Besonderheiten der Bedingungen berücksichtigen, unter denen diese Entwicklung stattfand. Das Territorium Russlands lag in einem Streifen stark kontinentalen Klimas mit einem kurzen landwirtschaftlichen Sommer. Die fruchtbaren Schwarzerden des Wilden Feldes (südlich des Flusses Oka), der Wolga-Region und des Südens Sibiriens haben gerade erst begonnen, sich zu entwickeln. Das Land hat keinen Zugang zu den warmen Meeren. In Ermangelung natürlicher Grenzen (See- oder Ozeanküste, große Gebirgszüge u. dgl.) erforderte der ständige Kampf gegen die Aggression von außen die Belastung aller Ressourcen des Landes. Die Länder im Westen und Süden des ehemaligen altrussischen Staates befanden sich in den Händen der Gegner Russlands. Traditionelle Handels- und Kulturbeziehungen sind geschwächt und unterbrochen worden.

Dem russischen Staat gelang es, ohne intensive, wirtschaftliche Beziehungen eine politische Einheit zu erreichen. Dieses wirtschaftliche Niveau bestimmte die Unvermeidbarkeit interner Konflikte im Prozess der Zentralisierung des Landes.

SOZIO-ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

Territorium und Bevölkerung.

Bis zum Ende des XVI. Jahrhunderts hatte sich das Territorium Russlands im Vergleich zur Mitte des Jahrhunderts fast verdoppelt. Es umfasste die Länder Kasan, Astrachan und Sibirische Khanate, Baschkirien. Es kam die Erschließung von fruchtbarem Land am südlichen Rand des Landes - das Wilde Feld. Es wurden Versuche unternommen, die Ostseeküste zu erreichen.

Die Bevölkerung Russlands betrug am Ende des XVI. Jahrhunderts 9 Millionen Menschen. Der Hauptteil konzentrierte sich auf den Nordwesten (Nowgorod) und das Zentrum des Landes (Moskau). Laut Historikern betrug seine Dichte selbst in den bevölkerungsreichsten Ländern Russlands jedoch nur 1 - 5 Personen pro km². In Europa erreichte die Bevölkerungsdichte zur gleichen Zeit 10 - 30 Einwohner pro km².

Bis zum Ende der Regierungszeit Iwans IV. hatte sich das Territorium des Landes mehr als verzehnfacht, verglichen mit dem, was sein Großvater Iwan III. Mitte des 15. Jahrhunderts geerbt hatte. Es umfasste reiche und fruchtbare Ländereien, die aber noch kultiviert werden mussten. Mit dem Beitritt der Länder der Wolgaregion, des Urals und Westsibiriens wurde die multiethnische Zusammensetzung der Bevölkerung des Landes noch stärker.

Die Landwirtschaft.

Die Wirtschaft des Landes hatte einen traditionell feudalen Charakter, der auf der Vorherrschaft der Naturalwirtschaft beruhte.

Das Bojarenpatrimonium blieb die vorherrschende Form des Landbesitzes. Die größten waren die Lehen des Großfürsten, der Metropoliten und Klöster. Die ehemaligen lokalen Fürsten wurden Vasallen des Herrschers der ganzen Rus. Ihre Besitztümer wurden in gewöhnliche Erbgüter umgewandelt („Bojarifizierung der Fürsten“).

Vor allem seit der zweiten Hälfte des XVI. Jahrhunderts hat sich der lokale Grundbesitz ausgeweitet. Der Staat, dem das Geld für die Schaffung einer Söldnerarmee fehlte und der die Zentralmacht der Bojaren und Apanagefürsten unter die Kontrolle der Zentralmacht stellen wollte, ging den Weg zur Schaffung eines staatlichen Lokalsystems.

Zum Beispiel in der Mitte des Landes, in der Region Tula, waren 80% der Ländereien am Ende des XVI. Jahrhunderts Gutshöfe.

Die Landverteilung führte in der zweiten Hälfte des XVI. Jahrhunderts zu einem deutlichen Rückgang der Zahl der freien Kleinbauern in der Mitte des Landes und im Nordwesten (Bauern, die in Gemeinschaften lebten, ihre Steuern zahlten und dem Staat dienten).

Eine beträchtliche Anzahl von Kleinbauern blieb nur an den Rändern (im Norden des Landes, Karelien, Wolga und Sibirien).

Die Bevölkerung, die auf den erschlossenen Gebieten des Wilden Feldes (am Dnjepr, Don, Mittel- und Niederwolga und Jaik (*Ural*)) lebte, befand sich in einer besonderen

Lage. In der zweiten Hälfte des XVI. Jh. begannen in den südlichen Randgebieten Russlands Kosaken eine bedeutende Rolle zu spielen (vom türkischen Wort „mutiger Bursche“, „freier Mensch“). Die Bauern strömten in die freien Gebiete des Wilden Feldes. Dort vereinigten sie sich zu einer Art paramilitärischer Gemeinschaft; alle wichtigen Angelegenheiten wurden im Kosakenkreis entschieden. Die Eigentumsschichtung drang früh in die Umgebung der Kosaken ein, was zu einem Kampf zwischen den ärmsten Kosaken - den Habenichtsen, und den Ältesten - der Kosakelite führte. Seit dem XVI. Jahrhundert setzte die Regierung Kosaken für den Grenzdienst ein, versorgte sie mit Schießpulver, Proviant und zahlte ihnen Gehälter. Diese Kosaken wurde, anders als die „Freien“, als „Diener“ bezeichnet.

Städte und Handel.

Zum Ende des XVI. Jahrhunderts gab es in Russland etwa 220 Städte.

Die größte Stadt war Moskau, in der etwa 100.000 Menschen lebten (in Paris und Neapel lebten Ende des XVI. Jahrhunderts 200.000 Menschen, in London, Venedig, Amsterdam, Rom - 100.000).

Die übrigen Städte Russlands hatten in der Regel 3 - 8 Tausend Menschen.

In Europa betrug die durchschnittliche Größe einer Stadt im XVI. Jahrhundert 20 - 30 Tausend Einwohner.

Im XVI. Jahrhundert setzte sich die Entwicklung der handwerklichen Produktion in den russischen Städten fort. Die Spezialisierung der Produktion, die eng mit der Verfügbarkeit von lokalen Rohstoffen verbunden ist, war damals noch rein naturgegeben und geographisch. Auf die Metallherstellung spezialisierten Regionen waren Tula- Serpuchow, Ustjushna-Shelesnopskaja, Nowgorod-Tichwin; das Land Nowgorodski-Pskow und die Region Smolensk waren die größten Zentren für die Herstellung von Leinen und Leinwand.

Die Lederproduktion wurde in Jaroslawl und Kasan entwickelt.

Die Region Wologda produzierte eine große Menge an Salz u. dgl.

Zu dieser Zeit wurden im ganzen Land große Steinbauten durchgeführt.

Die ersten großen staatlichen Unternehmen erschienen in Moskau - die Rüstkammer, der Kanonenhof, der Tuchhof.

Einen bedeutenden Teil des Territoriums der Städte nahmen Höfe, Gärten, Gemüsegärten, Wiesen der Bojaren, Kirchen und Klöster ein. In ihren Händen konzentrierten sich Geldvermögen, die zu Zinsen gegeben wurden, gingen zum Kauf und Anhäufen von Schätzen, anstatt in die Produktion investiert zu werden.

Infolge der Expedition der Briten X. Willoughby und R. Chancellor, die einen Weg nach Indien durch den Arktischen Ozean suchten und sich in der Mündung der Nördlichen Dwina aufhielten, wurden Mitte des XVI. Jahrhunderts Seeverbindungen mit England aufgenommen.

Mit den Engländern wurden Präferenzvereinbarungen geschlossen und eine englische Handelsgesellschaft gegründet. 1584 wurde die Stadt Archangelsk gegründet. Die klimatischen Bedingungen dieser Region beschränkten die Schifffahrt auf dem Weißen Meer und der nördlichen Dwina jedoch auf drei bis vier Monate pro Jahr. Die große Wolga-Handelsroute verband nach dem Beitritt der Wolga-Khanate (die Überbleibsel der Goldenen Horde) Russland mit den Ländern des Ostens, von

denen Seide, Stoffe, Porzellan, Farben, Gewürze usw. eingeführt wurden. Aus Westeuropa über Archangelsk, Nowgorod und Smolensk importierte Russland Waffen, Stoffe, Schmuck und Wein im Austausch gegen Pelze, Flachs, Hanf, Honig und Wachs.

Die Analyse der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Russlands im XVI. Jahrhundert zeigt, dass die traditionelle Feudalwirtschaft zu dieser Zeit gestärkt wurde. Das Wachstum der Kleinproduktion in den Städten und des Handels führte nicht zur Schaffung von bürgerlichen Entwicklungszentren.

INNENPOLITIK. REFORMEN IWANS IV.

Jahre der Bojarenherrschaft.

Nach dem Tod Wassilis III. im Jahr 1533 bestieg sein dreijähriger Sohn Iwan IV. den Thron. Tatsächlich wurde der Staat von seiner Mutter Elena, der Tochter des aus Litauen stammenden Fürsten Glinski, regiert. Sowohl während der Regierungszeit Elenas als auch nach ihrem Tod 1538 (es wird vermutet, dass sie vergiftet wurde) hat der Machtkampf zwischen den Bojarengruppen der Belski, Schuiski und Glinski nicht aufgehört.

Die Bojarenherrschaft führte zu einer Schwächung der Zentralregierung, und die Tyrannei der Patrimonials verursachte in einer Reihe russischer Städte weit verbreitete Unzufriedenheit und offene Demonstrationen.

Aufstand in Moskau 1547.

Im Juni 1547 brach in Moskau ein starkes Feuer am Arbat aus. Zwei Tage lang wüteten die Flammen, die Stadt war fast vollständig ausgebrannt. Etwa 4 Tausend Moskauer kamen bei dem Brand ums Leben. Iwan IV. und sein Gefolge versteckten sich im Dorf Worobjow (dem heutigen Worobjow-Berge (*Sperlingsberge*)) auf der Flucht vor Rauch und Feuer. Die Ursache des Brandes wurde in den Handlungen realer Menschen gesucht. Gerüchte verbreiteten sich, dass das Feuer das Werk der Glinskis war, mit deren Namen die Menschen die Jahre der Bojarenherrschaft verbanden.

Im Kreml, auf dem Platz in der Nähe der Mariä-Himmelfahrt-Kathedrale, versammelten sich die Wetsche. Einer der Glinskis wurde von dem aufständischen Volk in Stücke gerissen.

Die Höfe ihrer Anhänger und Verwandten wurden niedergebrannt und geplündert. „Und es war Angst in meiner Seele und Zittern in meinen Knochen“, - erinnerte sich später Iwan IV. Mit großer Mühe gelang es der Regierung, den Aufstand zu unterdrücken.

Demonstrationen gegen die Behörden fanden in den Städten Opotschka und etwas später in Pskow und Ustjug statt.

Die Unzufriedenheit des Volkes spiegelte sich im Auftreten von Häresien wider. Zum Beispiel trat Theodosius Kosoi, der radikalste Ketzer jener Zeit, für die Gleichheit der Menschen und den Ungehorsam gegenüber den Behörden ein. Seine Lehren waren weit verbreitet, insbesondere unter den Bürgern.

Die Volksaktionen zeigten, dass das Land Reformen braucht, um die Staatlichkeit zu stärken und die Macht zu zentralisieren. Iwan IV. schlug den Weg der Strukturreformen ein.

I. S. Pereswetow.

Besonderes Interesse an der Durchführung von Reformen zeigte der Adel. Der talentierte Publizist der damaligen Zeit, der Adlige Iwan Semenowitsch Pereswetow, war eine Art Ideologe. Er wandte sich mit Botschaften (Petitionen) an den König, die eine Art Reformen darstellten.

I. S. Pereswetows Vorschläge nahmen die Aktionen von Iwan IV. weitgehend vorweg. Einige Historiker glaubten sogar, dass der Autor der Petitionen Iwan IV. selbst war. Es steht nun fest, dass I. S. Pereswetow eine echte historische Person ist.

Ausgehend von den Interessen des Adels verurteilte I. S. Pereswetow die Bojaren-Willkür scharf. Er sah das Ideal der Staatlichkeit in einer starken königlichen Macht, die auf dem Adel basiert.

„Ein Zustand ohne Gewitter ist wie ein Pferd ohne Zaumzeug“, sagte I. S. Pereswetow.

Die auserwählte Rada.

Um 1549 wurde um den jungen Iwan IV. herum ein Rat von ihm nahestehenden Personen gebildet, der „Auserwählte Rada“ genannt wurde. So nannte ihn A. Kurbski in einem seiner Werke auf polnische Weise. Die Zusammensetzung des Gewählten Rates ist nicht ganz klar. An der Spitze stand A. F. Adaschew, der aus einer reichen, aber nicht sehr adligen Familie stammte.

An der Arbeit des Gewählten Rates nahmen Vertreter verschiedener Schichten der herrschenden Klasse teil: Fürsten D. Kurljatew, A. Kurbskij, M. Worotynskij, Metropolit Makarius von Moskau und der Priester der Mariä -Verkündigungs - Kathedrale des Kremls (Heimatkirche der Moskauer Zaren), der Geistliche des Zaren Silvester, Diakon des Botschafts-Prikas I. Wiskowaty.

Die Zusammensetzung des Gewählten Rates spiegelte sozusagen einen Kompromiss zwischen verschiedenen Schichten der herrschenden Klasse wider. Die auserwählte Rada existierte bis 1560; sie führte Reformen durch, die als Reformen der Mitte des XVI. Jahrhunderts bezeichnet wurden.

Staatsordnung.

Im Januar 1547 wurde Iwan IV. nach Erreichen der Volljährigkeit offiziell zum Zaren gekrönt. Die Zeremonie der Annahme des Zarentitels fand in der Mariä – Himmelfahrt - Kathedrale des Kremls statt. Aus den Händen des Moskauer Metropoliten Makarius, der das Ritual der Krönung für das Zarenreich entwickelte, nahm Iwan IV. die Kappe des Monomachs und andere Zeichen der zaristischen Macht an.

Von nun an wurde der Großfürst von Moskau Zar genannt.

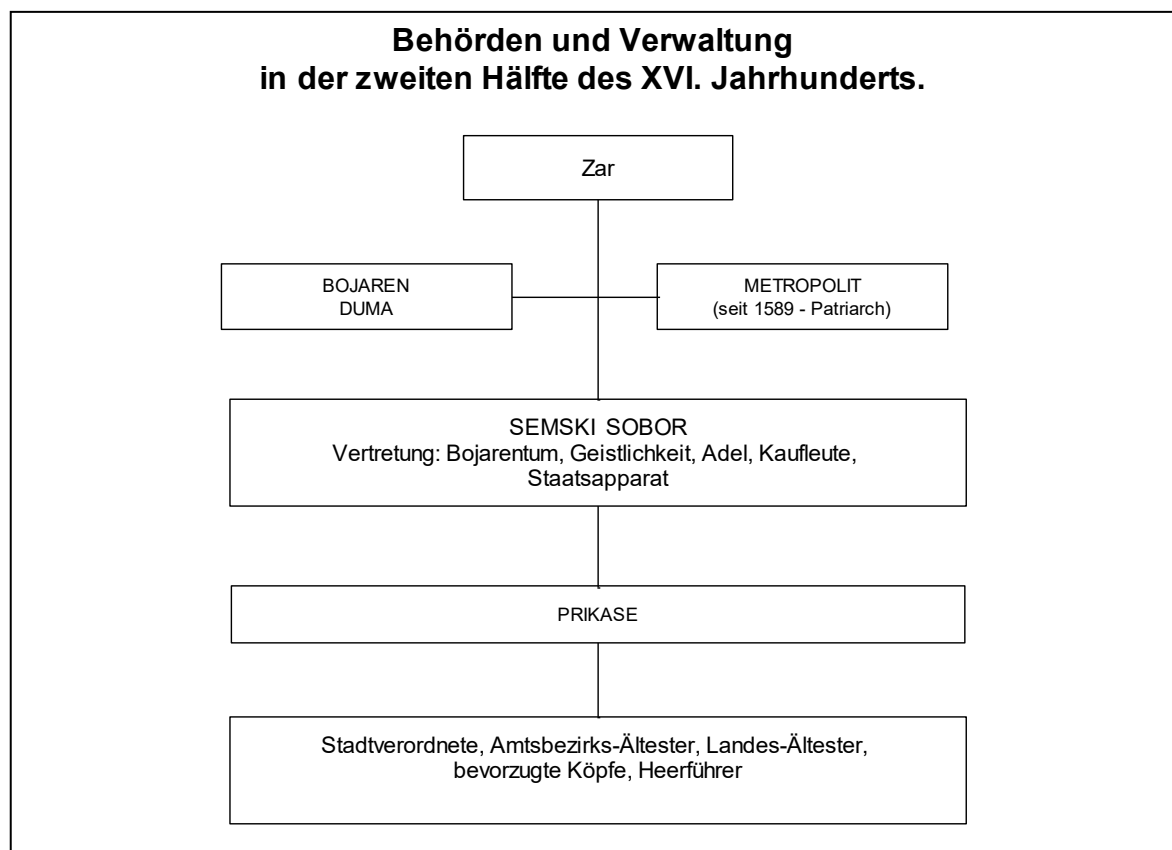
In der Zeit, als der zentralisierte Staat Gestalt annahm, sowie während des Interregnums und der internen Konflikte spielte die Bojaren-Duma die Rolle des

Gesetzgebungs- und Beratungsgremiums unter dem Großfürst und später unter dem Zaren.

Während der Regierungszeit Iwans IV. wurde die Zusammensetzung der Bojaren-Duma fast verdreifacht, um die Rolle der alten Bojarenaristokratie zu schwächen.

Ein neues Machtorgan entstand - der Semski Sobor (*Ständeversammlung*). Der Semski Sobor wurde unregelmäßig einberufen und befasste sich mit den wichtigsten Staatsgeschäften, vor allem mit außenpolitischen und finanziellen Fragen. Während des Interregnums wurden in den Semski Sobors neue Zaren gewählt. Experten zufolge fanden mehr als 50 Semski Sobors statt; die letzten Semski Sobors versammelten sich in den 80er Jahren des XVII. Jahrhunderts in Russland. Zu ihnen gehörten die Bojaren-Duma, die geweihte Geistlichkeit - Vertreter des höchsten Klerus; an den Sitzungen der Semski Sobors nahmen auch Vertreter des Adels und die Spitze der Posads teil. Der erste Semski Sobor wurde 1549 einberufen. Er beschloss, einen neuen Gesetzeskodex (der 1550 verabschiedet wurde) auszuarbeiten und skizzierte ein Reformprogramm. Noch vor den Reformen in der Mitte des XVI. Jahrhunderts wurden bestimmte Zweige der Staatsverwaltung sowie die Verwaltung bestimmter Gebiete den Bojaren anvertraut („befohlen“, wie man damals sagte). So entstanden die ersten Befehle - Institutionen, die für Regierungszweige oder einzelne Regionen des Landes zuständig waren. In der Mitte des XVI. Jahrhunderts gab es bereits zwei Dutzend Prikas (*Verwaltungsbehörde im Russischen Reich*).

Militärische Angelegenheiten wurden vom Entlassungs-Prikas (verantwortlich für die örtliche Armee), Kanonier-Prikas (Artillerie), Strelitzen-Prikas (Bogenschützen) und der Rüstkammer (Arsenal) geleitet.



Die auswärtigen Angelegenheiten wurden vom Botschafter Prikas verwaltet, die Finanzen – vom Prikas der Großen Gemeinde, die an die Adligen verteilten Staatsgebiete - vom örtlichen Prikas, die Leibeigenen - von der Knechtschaft Prikas. Es gab Prikase, die für bestimmte Gebiete zuständig waren, zum Beispiel der Prikas des sibirischen Palastes, der über Sibirien herrschte, der Prikas des Kasaner Palastes - das eingenommene Kasaner Khanat.

An der Spitze des Prikas stand ein Bojar oder ein Djak, ein wichtiger Staatsbeamter. Die Prikase waren für die Verwaltung, die Steuererhebung und das Gericht zuständig. Mit der zunehmenden Komplexität der Aufgaben der staatlichen Verwaltung stieg die Anzahl der Prikase. Zur Zeit von Peters Reformen zu Beginn des XVIII. Jahrhunderts gab es etwa 50 davon. Die Einrichtung des Prikassystems ermöglichte es, die Verwaltung des Landes zu zentralisieren.

Es entwickelte sich ein einheitliches Kontrollsystem vor Ort. Früher wurde dort die Eintreibung der Steuern der Bojarenfütterung anvertraut, die die eigentlichen Herrscher einzelner Länder waren. Alle Mittel, die über die notwendigen Steuern für die Staatskasse hinaus gesammelt wurden, standen ihnen persönlich zur Verfügung, d.h., sie wurden auf Kosten der Landbewirtschaftung „gefüttert“. 1556 wurde die Fütterung eingestellt. Auf lokaler Ebene wurde die Verwaltung (Untersuchung und Gericht in besonders wichtigen Staatsgeschäften) in die Hände der Amtsbezirks-Ältesten (Amtsbezirk - Bezirk) gelegt, die aus dem lokalen Adel, den Landes-Ältesten - aus den wohlhabenden Schichten der kleinbäuerischen Bevölkerung, in denen es keine adeligen Grundbesitzer, Stadtverwalter oder Lieblingsköpfe gab - in den Städten herausgeschlagen wurden. So bildete sich Mitte des XVI. Jahrhunderts der staatliche Machtapparat in Form einer ständerepräsentativen Monarchie heraus.

Gesetzeskodex 1550

Der allgemeine Trend zur Zentralisierung des Landes machte es notwendig, ein neues Gesetz zu erlassen - der Gesetzeskodex von 1550.

Auf der Grundlage des Gesetzeskodex Iwans III. haben die Verfasser des neuen Gesetzbuchs Änderungen vorgenommen, die sich auf die Stärkung der Zentralmacht beziehen. Darin wurde das Recht des Übergangs der Bauern zum Jurjew-Tag bestätigt und die Gebühr für „Renten“ erhöht. Der Feudalherr war jetzt für die Verbrechen der Bauern verantwortlich, was ihre persönliche Abhängigkeit vom Herrn verstärkte. Zum ersten Mal wurde eine Strafe für die Bestechung von Staatsangestellten eingeführt.

Schon unter Elena Glinskaja wurde eine Währungsreform eingeleitet, nach der der Moskauer Rubel zur wichtigsten Währungseinheit des Landes wurde. Das Recht zur Erhebung von Handelszöllen ging in die Hände des Staates über. Die Bevölkerung des Landes war verpflichtet, Fronsteuer zu tragen - ein Komplex natürlicher und pekuniärer Verpflichtungen. In der Mitte des XVI. Jahrhunderts wurde eine einzige Einheit zur Steuererhebung für den ganzen Staat eingerichtet - ein großer Socha (Pflug) (*Flächenmaß zur Besteuerung*).

Je nach Fruchtbarkeit des Bodens sowie der sozialen Lage des Landeigentümers betrug ein Socha 400-600 Desjatinen Land.

Militärreform.

Der Kern der Armee war die adlige Landwehr. In der Nähe von Moskau wurden auf dem Land die „auserwählten Tausend“ zugewiesen - 1070 Provinzadlige, die nach dem Plan des Zaren seine Unterstützung werden sollten. Zum ersten Mal wurde ein Dienstgesetzbuch erstellt. Ein Gutsbesitzer oder Grundbesitzer könnte im Alter von 15 Jahren seinen Dienst aufnehmen und ihn durch Erbschaft weitergeben. Von 150 Desjatinen Land sollten sowohl die Bojaren als auch der Adlige einen Soldaten ausstellen und bei den Paraden „zu Pferd, überfüllt und bewaffnet“ (*zu Pferd, mit Dienern und Waffen*) erscheinen.

1550 wurde ein ständiges Strelitzenheer gegründet. Zuerst rekrutierten die Bogenschützen dreitausend Männer. Außerdem begann die Armee, Ausländer anzuziehen, deren Zahl unbedeutend war. Die Artillerie wurde verstärkt. Für den Grenzdienst wurden die Kosaken herangezogen.

Die Bojaren und Adeligen, aus denen sich die Landwehr zusammensetzte, wurden als „Dienstleute für das Vaterland“, d.h. nach ihrer Herkunft, bezeichnet. Eine andere Gruppe bestand aus „Dienstleuten am Gerät“ (d.h. nach Auslese). Neben den Bogenschützen gab es Kanoniere (Artilleristen), Stadtwächter, die Kosaken waren ihnen vertraut. Die rückwärtigen Arbeiten (Tross, Bau von Befestigungsanlagen) wurden von einem „Stab“ - Landwehren von Kleinbauern, Klosterbauern und Vorstädtern - ausgeführt.

Während der Feldzüge war die Amtsbesetzung begrenzt.

Mitte des XVI. Jahrhunderts wurde ein offizielles Handbuch zusammengestellt – „Souveräner Stammbaum“, das lokalpatriotische Streitigkeiten regelte.

Stoglawer Konzil. (*Kirchenrat*)

1551 wurde auf Initiative des Zaren und des Metropoliten der Rat der Russischen Kirche einberufen, der Stoglaw genannt wurde, da seine Beschlüsse in hundert Kapiteln formuliert wurden. Die Entscheidungen der kirchlichen Hierarchien spiegelten die mit der Zentralisierung des Staates verbundenen Veränderungen wider. Das Konzil billigte die Annahme des Gesetzeskodexes von 1550 und die Reformen Iwans IV. Unter den örtlichen Heiligen, die in einzelnen russischen Ländern verehrt wurden, wurde eine rein gesamttrussische Liste zusammengestellt.

Die Zeremonien wurden im ganzen Land geregelt und vereinheitlicht.

Sogar die Kunst unterlag der Reglementierung: sie war verpflichtet, neue Werke nach genehmigten Entwürfen zu schaffen.

Es wurde beschlossen, der Kirche alle Ländereien, die sie erworben hatte, dem Stoglawer Konzil zu überlassen. Später konnte der Klerus nur mit zaristischer Erlaubnis Land kaufen und als Geschenk erhalten. Damit ist in der Frage des klösterlichen Grundbesitzes eine Linie der Beschränkung und Kontrolle durch den Zaren festgelegt worden.

Die Reformen der 50er Jahre des XVI. Jahrhunderts stärkten den zentralisierten russischen Vielvölkerstaat.

Sie stärkten die Macht des Zaren, führten zur Reorganisation der lokalen und zentralen Regierung und stärkten die militärische Macht des Landes.

AUSSENPOLITIK

Die Hauptaufgaben der russischen Außenpolitik im XVI. Jahrhundert waren: im Westen - der Kampf um den Zugang zur Ostsee, im Südosten und Osten - der Kampf gegen die Kasaner und Astrachaner Khanate und der Beginn der Entwicklung Sibiriens, im Süden - der Schutz des Landes vor den Überfällen des Krim-Khane.

Beitritt und Erschließung neuer Länder.

Die durch den Zusammenbruch der Goldenen Horde gebildeten Khanate Kasan und Astrachan bedrohten ständig die russischen Länder. Sie hielten die Wolga-Handelsstraße in ihren Händen. Schließlich waren dies Gebiete mit fruchtbarem Land (Iwan Pereswetow nannte sie „Subparadies“), von denen der russische Adel lange geträumt hatte.

Die Völker der Wolga-Region - Mari, Mordwinier, Tschuwaschen - strebten nach Befreiung aus der Abhängigkeit des Khans. Die Lösung des Problems der Unterordnung der Khanate von Kasan und Astrachan war auf zwei Arten möglich: entweder ihre Schützlinge in diese Khanate zu setzen oder sie zu erobern.

Nach einer Reihe erfolgloser diplomatischer und militärischer Versuche, das Kasaner Khanat 1552 zu unterwerfen, belagerte das 150.000 Mann starke Heer Iwans IV. Kasan, das zu dieser Zeit eine erstklassige Militärfestung war.

Um die Eroberung Kasans zu erleichtern, wurde am Oberlauf der Wolga (in der Region Uglitsch) eine Holzfestung gebaut, die demontiert die Wolga hinuntergefloßt wurde, bevor der Fluss Swijaga in sie mündet. Hier, 30 km von Kasan entfernt, wurde die Stadt Swijaschsk gebaut, die zu einem Stützpunkt im Kampf um Kasan wurde. Die Arbeiten am Bau dieser Festung wurden von dem talentierten Meister Iwan Grigorjewitsch Wyrodkow geleitet. Bei der Einnahme von Kasan war er für den Bau von Minengängen und Belagerungsausrüstung verantwortlich.

Kasan wurde im Sturm erobert, der am 1. Oktober 1552 begann. Infolge der Explosion von 48 Fässern Schießpulver, die in die Minengänge gelegt wurden, wurde ein Teil der Mauer des Kasaner Kremls zerstört. Durch die Lücken in der Mauer brachen russische Truppen in die Stadt ein. Khan Jadigir-Magmet wurde gefangen genommen. Anschließend wurde er getauft, erhielt den Namen Simeon Kasajewitsch, wurde Eigentümer von Swenigorod und aktiver Verbündeter des Zaren.

Vier Jahre nach der Eroberung Kasans im Jahre 1556 wurde Astrachan annektiert. 1557 wurden Tschuwaschien und der größte Teil Baschkiriens freiwillig Teil Russlands.

Die Nogai-Horde, ein Nomadenstaat, der sich Ende des XIV. Jahrhunderts von der Goldenen Horde trennte, erkannte ihre Abhängigkeit von Russland an (es wurde nach Khan Nogai benannt und umfasste die Steppengebiete von der Wolga bis zum Irtych). So waren die neuen fruchtbaren Länder und der gesamte Wolga-Handelsweg Teil Russlands.

Die Beziehungen Russlands zu den Völkern des Nordkavkasus und Zentralasiens wurden erweitert.

Die Anschlüsse Kasans und Astrachans eröffnete die Möglichkeit, nach Sibirien vorzudringen. Wohlhabende Kaufleute und die Industriellen der Stroganows erhielten Urkunden von Iwan IV., dem Schrecklichen, Land entlang des Flusses Tobol zu besitzen. Mit ihren eigenen Mitteln bildeten sie aus freien Kosaken unter der Leitung von Jermak Timofejewitsch eine Truppe von 840 (nach anderen Angaben 600) Personen. 1581 betrat Jermak mit seiner Truppe das Gebiet des sibirischen Khanats und besiegte ein Jahr später die Truppen von Khan Kutschum und eroberte seine Hauptstadt Qaschliq (Isker). Die Bevölkerung der annektierten Länder musste einen natürlichen Pelzzins - Tribut - bezahlen.

Im XVI. Jahrhundert begann die Entwicklung des Wilden Feldes (fruchtbares Land südlich von Tula).

Der russische Staat stand vor der Aufgabe, die südlichen Grenzen nach den Überfällen des Krim-Khans zu stärken. Zu diesem Zweck wurden in Tula (in der Mitte des XVI. Jahrhunderts) und später in Belgorod (in den 30 - 40er Jahren des XVII. Jahrhunderts) Baumsperrlinien gebaut - Verteidigungslinien, bestehend aus Holzbaumsperrern (Verhau), zwischen denen hölzerne Festungen (Bauten) gesetzt wurden, die die Durchgänge in den Baumsperrern für die tatarische Kavallerie verschlossen.

Livländischer Krieg (1558-1583).

Iwan IV. versuchte die Ostseeküste zu erreichen und führte 25 Jahre lang den zermürbenden Livländischen Krieg.

Russlands Staatsinteressen verlangten die Herstellung enger Beziehungen zu Westeuropa, was zu dieser Zeit am einfachsten über die Meere hinweg umzusetzen war, sowie die Verteidigung der westlichen Grenzen Russlands, wo der Livländische Orden sein Gegner war. Im Erfolgsfall war es möglich, neue wirtschaftlich erschlossene Flächen zu erwerben.

Der Grund für den Krieg war die Verzögerung von 123 zum russischen Dienst eingeladenen westlichen Spezialisten durch den Livländischen Orden sowie das Versäumnis Livlands, der Stadt Derpt (Jurjew) mit dem angrenzenden Gebiet in den letzten 50 Jahren Tribut zu zollen. Darüber hinaus schlossen die Livländer ein Militärbündnis mit dem polnischen König und dem Großfürsten von Litauen.

Der Beginn des Livländischen Krieges ging einher mit den Siegen der russischen Truppen, die Narwa und Jurjew (Derpt) einnahmen. Insgesamt wurden 20 Städte eingenommen. Russische Truppen rückten in Richtung Riga und Rewel (Tallinn) vor. Im Jahre 1560 wurde der Orden besiegt und sein Meister W. Fürstenberg gefangen genommen. Dies führte zum Zusammenbruch des Livländischen Ordens (1561), dessen Länder unter die Herrschaft Polens, Dänemarks und Schwedens fielen. Der neue Meister des Ordens Kettler erhielt Kurland als Besitz und erkannte seine Abhängigkeit vom polnischen König an. Der letzte große Erfolg Russlands in der ersten Phase des Krieges war die Einnahme von Polozk im Jahr 1563.

Der Krieg wurde langwierig, mehrere europäische Mächte wurden hineingezogen. Die Widersprüche innerhalb Russlands und die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Zaren und seinem Gefolge verschärften sich.

Unter den russischen Bojaren, die an einer Verstärkung der südrussischen Grenzen interessiert waren, wuchs die Unzufriedenheit mit der Fortsetzung des Livländischen Krieges. Auch Persönlichkeiten aus der unmittelbaren Umgebung des Zaren — A. Adaschew und Silwestr, die den Krieg für aussichtslos hielten, zeigten Bedenken. Schon früher, 1553, als Iwan IV. gefährlich krank wurde, weigerten sich viele Bojaren, seinem kleinen Sohn Dmitri, die „Windel“, den Treueeid zu schwören. Der Tod der ersten und geliebten Frau Anastasia Romanowa im Jahr 1560 war ein Schock für den Zaren.

All dies führte 1560 zur Einstellung der Aktivitäten des Gewählten Rates. Iwan IV. nahm einen Kurs zur Stärkung der persönlichen Macht. 1564 wechselte Fürst Andrej Kurbski, der zuvor die russischen Truppen befehligt hatte, auf die Seite der Polen. Unter diesen schwierigen Umständen für das Land entschied sich Iwan IV. für die Einführung der Opritschnina (1565-1572).

Im Jahr 1569 vereinigten sich Polen und Litauen zu einem Staat - dem Polnisch-Litauischen Staatenbund (*Rzeczpospolita*) (Union von Lublin). Die *Rzeczpospolita* und Schweden nahmen Narwa ein und führten erfolgreiche militärische Operationen gegen Russland durch. Nur die Verteidigung der Stadt Pskow im Jahr 1581, als ihre Einwohner 30 Angriffe abwehrten und etwa 50 Einsätze gegen die Truppen des polnischen Königs Stefan Batori unternahmen, ermöglichte es Russland, einen Waffenstillstand für 10 Jahre in Jam Zapolski - einem Ort in der Nähe von Pskow im Jahr 1582 - zu schließen. Ein Jahr später wurde der Pljussa -Waffenstillstand mit Schweden geschlossen. Der Livländische Krieg endete mit einer Niederlage. Russland gab der *Rzeczpospolita* Livland im Austausch für die Rückgabe der eroberten russischen Städte, mit Ausnahme von Polozk. Schweden behielt die angelegene Ostseeküste, die Städte Korela, Jam, Narwa, Koporje.

Das Scheitern des Livländischen Krieges war letztendlich eine Folge der wirtschaftlichen Rückständigkeit Russlands, die einem langen Kampf mit starken Gegnern nicht erfolgreich standhalten konnte. Der Ruin des Landes während der Opritschnina -Jahre hat den Fall nur noch verschlimmert.

Die Opritschnina.

Iwan IV., der gegen die Rebellionen und den Verrat des Bojarenadels kämpfte, sah in ihnen den Hauptgrund für das Scheitern seiner Politik. Er hielt fest an der Position der Notwendigkeit einer starken autokratischen Macht, deren Haupthindernis seiner Meinung nach die bojarfürstliche Opposition und die Bojaren-Privilegien waren. Die Frage war, mit welchen Methoden gekämpft werden sollte.

Die Schärfe des Augenblicks und die allgemeine Unterentwicklung der Formen des Staatsapparates sowie die Eigenheiten des Charakters des Zaren, der offenbar ein äußerst unausgewogener Mann war, führten zur Gründung der Opritschnina. Iwan IV. rechnete mit den Überresten der Fragmentierung mit rein mittelalterlichen Mitteln ab.

Im Januar 1565 verließ der Zar die Zarenresidenz bei Moskau im Dorf Kolomenskoje durch das Dreifaltigkeits-Sergijew-Kloster nach der Alexandrowskaja - Siedlung (heute die Stadt Alexandrow im Gebiet Wladimir). Von dort wandte er sich mit zwei Botschaften an die Hauptstadt.

In der ersten, die an den Klerus und die Bojaren-Duma geschickt wurde, berichtete Iwan IV. über den Verzicht auf die Macht wegen des Verrats der Bojaren und bat

darum, ihm ein besonderes Schicksal zuzuteilen - die Opritschnina (vom Wort „außer“ – mit Ausnahme).

Dies war der Name für das Erbe, das einer Witwe bei der Aufteilung des Eigentums ihres Mannes zugeteilt wurde. In der zweiten an die Stadtbewohner der Hauptstadt gerichteten Botschaft gab der Zar die Entscheidung bekannt und fügte hinzu, dass er keine Ansprüche an die Stadtbewohner habe.

Es war ein gut kalkuliertes, politisches Manöver. Mit dem Glauben des Volkes an den Zaren erwartete Iwan der Schreckliche, auf den Thron zurückgerufen zu werden. Als dies geschah, diktierte der Zar seine Bedingungen: das Recht auf unbegrenzte autokratische Macht und die Errichtung der Opritschnina. Das Land war in zwei Teile geteilt: Opritschnina und Semschtschina (*Bojarenduma*). In die Opritschnina umschloss Iwan IV. die wichtigsten Länder. Sie umfasste sowohl pommersche Städte, Städte mit großen Siedlungen und strategisch wichtiger Bedeutung, als auch die wirtschaftlich am weitesten entwickelten Gebiete des Landes. Auf diesen Gebieten siedelten sich Adlige an, die Teil des Opritschnina -Heeres waren. Seine Zusammensetzung wurde ursprünglich auf tausend Personen festgelegt. Dieses Heer sollte von der Bevölkerung der Semschtschina unterstützt werden.

In der Opritschnina wurde parallel zur Semschtschina ein eigenes System von Verwaltungsorganen gebildet.

Die Opritschniki trugen schwarze Kleidung. Hundeköpfe und Besen waren an ihren Sätteln gesteppt, was die Hundetreue der Opritschniki gegenüber dem Zaren und ihre Bereitschaft symbolisierte, Verrat aus dem Land zu fegen.

Um den Separatismus des feudalen Adels zu zerstören, machte Iwan IV. vor keinerlei Gräueltaten halt.

Der Terror, die Hinrichtungen und die Verbannung durch die Opritschniki begann. In Twer erwürgte Maljuta Skuratow den Moskauer Metropolit Philipp (Fjodor Kolytschew), der die Gesetzlosigkeit der Opritschnina verurteilte. In Moskau wurden der dort herbeigerufene Prinz Wladimir Starizki, der Cousin des Zaren, der den Thron beanspruchte, seine Frau und seine Tochter vergiftet. Seine Mutter, Prinzessin Jewdokija Starizkaja, wurde ebenfalls im Goritski-Kloster am Weißen See getötet. Die brutalste Niederlage erlitten das Zentrum und der Nordwesten der russischen Länder, wo die Bojaren besonders stark war. Im Dezember 1569 unternahm Iwan einen Feldzug gegen Nowgorod, dessen Einwohner angeblich unter litauische Herrschaft gelangen wollten. Auf dem Weg zur Vernichtung wurden Klin, Twer und Torschok unterworfen. Besonders grausame Hinrichtungen (ca. 200 Personen) fanden am 25. Juni 1570 in Moskau statt. In Nowgorod selbst dauerte der Pogrom sechs Wochen. Tausende seiner Einwohner starben eines grausamen Todes, Häuser und Kirchen wurden geplündert.

Der Versuch, Kontroversen im Land mit roher Gewalt (Hinrichtungen und Repressionen) zu lösen, konnte jedoch nur eine vorübergehende Wirkung haben. Sie hat den boyarfürstlichen Grundbesitz nicht endgültig zerstört, obwohl sie seine Macht stark geschwächt hat; die politische Rolle der boyaristischen Aristokratie wurde untergraben. Die grausame Willkür und der Tod vieler unschuldiger Menschen, die Opfer des Terrors der Opritschnina geworden sind, ist immer noch erschreckend und erschütternd. Die Opritschnina hat zu einer weiteren Verschärfung der Widersprüche innerhalb des Landes geführt, die Lage der Bauernschaft verschlechtert und wesentlich zu ihrer Versklavung beigetragen.

1571 konnte das Heer der Opritschnina den Überfall der Krimtataren auf Moskau, die die Moskauer Vorstadt niederbrannten, nicht abwehren. Dies zeigte die Unfähigkeit der Opritschnina -Truppen, äußere Feinde erfolgreich zu bekämpfen. Im nächsten Jahr 1572 erlitten die Krimtataren jedoch in der Nähe von Podolsk (Dorf Molodi), 50 km von Moskau entfernt, eine vernichtende Niederlage gegen das russische Heer, das von dem erfahrenen Heerführer M.I. Worotyński geführt wurde. Jedoch hat der Zar die Opritschnina aufgehoben, die 1572 in den Hofstaat umgewandelt wurde.

Eine Reihe von Historikern sind der Meinung, dass eine Alternative zur Opritschnina eine strukturelle Umgestaltung der Art der Reformen des Gewählten Rates gewesen sein könnte.

Dies würde nach Ansicht von Spezialisten, die diese Ansicht teilen, anstelle der uneingeschränkten Autokratie Iwans IV. eine klassenrepräsentative Monarchie mit „menschlichem Antlitz“ ermöglichen.

Die Herrschaft Iwans des Schrecklichen hat den weiteren Verlauf der Geschichte unseres Landes weitgehend vorbestimmt - das „Elend“ der 70 - 80er Jahre des XVI. Jahrhunderts, die Einführung der Leibeigenschaft auf nationaler Ebene und jenen schwierigen Knoten von Widersprüchen an der Wende des XVI. zum XVII. Jahrhunderts, den die Zeitgenossen Unruhen nannten.

Kapitel 10

RUSSLAND AN DER GRENZE DES XVI. - XVII. JAHRHUNDERTS SMUTA (ZEIT DER WIRREN)

Ereignisse um die Wende vom XVI. zum XVII. Jahrhundert erhielt mit der leichten Hand der Zeitgenossen den Namen „Zeit der Wirren“. Die Zeit der Wirren hat alle Seiten des russischen Lebens beeinflusst - Wirtschaft, Macht, Innen- und Außenpolitik, Ideologie und Moral. Die Ursachen der Unruhen waren die Verschärfung der sozialen, ständischen, dynastischen und internationalen Beziehungen am Ende der Herrschaft Iwans IV. und unter seinen Nachfolgern.

Das Elend der 70er - 80er Jahre des XVI. Jahrhunderts.

Die schwerste Wirtschaftskrise wurde „das Elend der 70 - 80er Jahre des XVI. Jahrhunderts“ genannt. Die wirtschaftlich am stärksten entwickelten Zentren (Moskau) und der Nordwesten (Nowgorod und Pskow) des Landes begannen leer zu werden. Ein Teil der Bevölkerung floh, der andere starb in den Jahren der Opritschnina und des Livländischen Krieges. Mehr als 50% der Ackerflächen (und an einigen Stellen bis zu 90%) blieben unkultiviert.

Die Steuerbelastung hat stark zugenommen, die Preise haben sich vervierfacht. In den Jahren 1570 - 1571 wurde das Land von einer Pestepidemie heimgesucht. Die bäuerliche Wirtschaft verlor ihre Stabilität und im Land begann eine Hungersnot. Die Grundherren waren unter diesen Umständen nicht in der Lage, ihre Pflichten gegenüber dem Staat zu erfüllen, und dem Staat fehlten die Mittel, Krieg zu führen und die Macht zu leiten.

Die Zentralmacht ging den Weg, den Hauptproduzenten - die Bauern - an das Land der feudalen Grundbesitzer zu binden.

Am Ende des XVI. Jahrhunderts wurde in Russland tatsächlich das System der Leibeigenschaft auf nationaler Ebene eingeführt.

Die reale Versklavung der Bauernschaft am Ende des XVI. Jahrhunderts.

Leibeigenschaft ist die höchste Form des unvollständigen Eigentums eines Feudalherren an einen Bauern, basierend auf seiner Bindung an das Land eines Feudalherren (Bojare, Grundbesitzer, Kloster u. dgl.) oder eines Feudalstaates (in Abwesenheit eines privaten Grundbesitzers, wenn Bauerngemeinschaften Verpflichtungen zugunsten des Staates tragen). Eine Reihe von Historikern glauben, dass die Leibeigenschaft 1592 oder 1593 durch eine Zarenverordnung (*Ukas*) eingeführt wurde. Der Text der Verordnung wurde jedoch nicht gefunden, es gibt nur indirekte Beweise für seine Existenz.

Die meisten Historiker sind der Meinung, dass die Leibeigenschaft als Folge einer Reihe von Verordnungen entstand, die das Recht der Bauern, sich frei von einem Feudalgebiet zum anderen zu bewegen, in der Praxis einschränkten und dann abschafften.

Stadien der Versklavung des russischen Bauern.

Als staatliches System nahm die Leibeigenschaft Ende des XVI. Jahrhunderts tatsächlich Gestalt an und wurde schließlich durch den Sobornoje uloschenije (*Reichsgesetzbuch*) von 1649 legal formalisiert. Im Jahr 1497 führte das Gesetz Iwans III. als staatliche Maßnahme den Jurjew-Tag im Herbst ein - den 26. November als Zeit der Bauernübergänge. Gleichzeitig wurde eine Gebühr für die „Rente“ - für das Leben auf dem Feudalgebiet - festgelegt. Der 1550 unter Iwan IV. verabschiedete Gesetzeskodex bestätigte das Recht der Bauern, nur am Jurjew-Tag umzuziehen, und vergrößerte die „Rente“, was den Übergang noch schwieriger machte. Am Ende des XVI. Jahrhunderts verabschiedete die Regierung eine Reihe von Dekreten, die in der Praxis zur Versklavung der Bauern führten. Im Jahre 1581 wurde zum ersten Mal der „Schon-Sommer“ eingeführt - Jahre, in denen der Übergang der Bauern sogar am Jurjew-Tag verboten wurde (vom Wort „Gebot“ - Verbot). Es ist immer noch nicht ganz klar, ob die Schon- Jahre auf dem Territorium ganz Russlands oder in getrennten Ländern eingeführt wurden. Die Häufigkeit ihrer Einführung ist ebenfalls unklar. In den 80er - 90er Jahren des XVI. Jahrhunderts mussten Script- (*Schreiber*) Bücher erstellt werden. Bis 1592 wurde die gesamte Bevölkerung in spezielle Bücher aufgenommen, und es wurde möglich festzustellen, zu welchem der Feudalherren die Bauern gehörten. Dann wurde nach Angaben einer Reihe von Historikern ein spezielles Dekret erlassen, das den Wechsel der Bauern verbot, was die Errichtung der Leibeigenschaft bedeutete. 1597 wurde erstmals ein Dekret über die Suche nach flüchtigen Bauern erlassen. Die Bauern, die nach der Zusammenstellung der Script-Bücher im Jahr 1592 flohen (der Untersuchungszeitraum betrug 5 Jahre), mussten zum Vorbesitzer zurückkehren.

Im Jahr 1607 wurde nach dem „Gesetzbuch“ Zar Wassili Schuiskis die Frist für die Aufdeckung von Flüchtlingen auf 15 Jahre festgesetzt. Diejenigen, die flüchtige Bauern aufnahmen, wurden zugunsten des Staates bestraft und zahlten dem alten Besitzer eine Entschädigung.

Im Jahr 1597 wurde unfreie Leibeigene (Menschen, die wegen Schulden in die Sklaverei fielen) das Recht entzogen, nach Zahlung der Schulden frei zu werden, und sie wurden ihren Besitzern und Gläubigern zugewiesen. Freiwillige Leibeigene

(Menschen, die in freier Einstellung dienten) wurden nach sechs Monaten Arbeit zu vollwertigen Leibeigenen. Sowohl die gebundenen als auch die freien Leibeigenen wurden erst nach dem Tod ihres Herrn frei.

Der Staat musste die Suche und Rückgabe flüchtiger Bauern an ihre Besitzer sicherstellen. Die Einführung des staatlichen Systems der Leibeigenschaft führte zu einer heftigen Verschärfung der sozialen Widersprüche im Land und schuf die Grundlage für Massendemonstrationen der Bevölkerung. Die Lage in Russland hat sich aufgeheizt. Die Verschärfung der sozialen Beziehungen ist einer der Gründe für die unruhige Zeit.

Zar Fjodor Iwanowitsch.

Eine weitere Ursache für die Turbulenzen war die Dynastiekrise. Die Opritschnina löste die Unterschiede innerhalb der herrschenden Klasse nicht vollständig auf. Sie stärkte die persönliche Macht des Zaren, aber es gab immer noch ein ziemlich starkes Bojarentum. Die herrschende Klasse hat noch keine solide Konsolidierung erreicht. Die Widersprüche eskalierten im Zusammenhang mit der Beendigung der legitimen Dynastie, auf Kosten des legendären Ruriks.

Am 18. März 1584 starb Iwan der Schreckliche beim Schachspielen. Sein ältester Sohn Iwan wurde von seinem Vater in einem Anfall von Wut getötet (1581), der jüngste Sohn Dmitri war erst zwei Jahre alt. Zusammen mit seiner Mutter, der siebten Frau Iwans IV., Maria Nagaja, lebte er in Uglitsch, das ihm als Anteil übergeben war. Der mittlere Sohn des Schrecklichen - der zwanzigjährige Fjodor Iwanowitsch (1584-1598), weich von Natur aus und nicht in der Lage, den Staat zu regieren, bestieg den Thron.

Die Persönlichkeit Fjodor Iwanowitschs, der in einer Atmosphäre mittelalterlicher Grausamkeit aufwuchs, erregte die Aufmerksamkeit vieler Schriftsteller und Künstler. „Ich bin ein Zar oder kein Zar“ - eine sakramentale Phrase, die A. K. Tolstoi ihm in den Mund gelegt hat, charakterisiert Fjodor Iwanowitsch gelungen. Als Iwan IV. erkannte, dass der Thron an den naiven Fjodor überging, schuf er unter seinem Sohn eine Art Regentschaftsrat.

Boris Godunow.

Der eigentliche Herrscher des Staates war der Schwager des Zaren, der Bojar Boris Fjodorowitsch Godunow, mit dessen Schwester Fjodor verheiratet war. Godunow widerstand einem heftigen Kampf mit den größten Bojaren um Einfluss auf Staatsangelegenheiten. Unter den Bojaren, die im Regentschaftsrat waren, befanden sich Nikita und Fjodor Nikititsch Romanow, der Bruder und Neffe der ersten Frau Iwans des Schrecklichen, sowie Iwan Petrowitsch Schuiski, der Vater des zukünftigen russischen Zaren.

1591 starb Zarewitsch Dmitri, der letzte der direkten Thronfolger, unter unklaren Umständen in Uglitsch, nachdem er angeblich bei einem Anfall von Epilepsie gegen ein Messer stieß.

Volksgerüchte sowie Anschuldigungen, die von Godunows Gegnern inspiriert wurden, schrieben ihm die Organisation des Mordes am Zarewitsch zu, um die Macht zu ergreifen. Historiker haben jedoch keine überzeugenden Dokumente, die Godunows

Schuld beweisen würden.

Mit dem Tod des kinderlosen Fjodor Iwanowitschs im Jahre 1598 endete die alte Dynastie. In der Semski Sobor wurde ein neuer Zar gewählt. Die Vorherrschaft der Anhänger Boris Godunows im Rat bestimmte seinen Sieg.

Boris Godunow (1598-1605) war ein energischer, ehrgeiziger und fähiger Staatsmann.

Unter schwierigen Bedingungen - wirtschaftliche Ruin, eine schwierige internationale Situation - setzte er die Politik Iwans des Schrecklichen fort, jedoch mit weniger brutalen Maßnahmen. Godunow führte eine erfolgreiche Außenpolitik. Unter ihm fand ein weiteres Vorrücken nach Sibirien statt, die südlichen Regionen des Landes wurden integriert. Die russischen Positionen im Kaukasus wurden gestärkt. Nach einem langen Krieg mit Schweden wurde 1595 der Frieden von Teusina (bei Iwangorod) geschlossen. Russland hat das verlorene Land an der Ostseeküste zurückerobert - Iwangorod, Jam, Koporje, Korela. Der Angriff der Krimtataren auf Moskau wurde verhindert. 1598 führte Godunow mit 40.000 Adelslandwehr persönlich einen Feldzug gegen Kazy-Girey Khan, der es nicht wagte, sich den russischen Ländern anzuschließen. Es wurde der Bau von Befestigungsanlagen in Moskau (Weiße Stadt, Irdene Stadt), in den Grenzstädten im Süden und Westen des Landes durchgeführt.

Ein großer Erfolg war die Errichtung des Patriarchats in Russland. Der Rang und das Ansehen der russischen Kirche haben zugenommen, und sie ist im Verhältnis zu anderen orthodoxen Kirchen endlich gleichberechtigt geworden. Hiob, ein Anhänger Godunows, wurde 1589 zum ersten russischen Patriarchen gewählt. Vier Metropoliten (Nowgorod, Kasan, Rostow, Krutizy) und sechs Erzbischöfe waren ihm unterstellt.

Das geschwächte Russland hatte jedoch nicht die Kraft, groß angelegte Militäroperationen durchzuführen.

Dieser Umstand wurde von seinen stärker gewordenen Nachbarn - Rzeczpospolita (*Polen*), Schweden, der Krim und der Türkei - ausgenutzt. Die Verschärfung der internationalen Spannungen wird ein weiterer Grund für die Ereignisse sein, die während der Zeit der Probleme ausbrachen.

Der Khlopok-Aufstand.

Die Hauptaufgabe des neuen Zaren und seiner Berater bestand darin, den wirtschaftlichen Ruin zu überwinden.

Nachdem die Regierung dem Adel und den Vorstadtbürgern einige Privilegien eingeräumt hatte, folgte sie gleichzeitig dem Weg, die Bauernschaft weiter zu versklaven. Dies verursachte Unzufriedenheit unter den breiten Volksmassen. Die Bauern brachten die Verschlechterung ihrer Lage mit dem Namen Boris in Verbindung. Sie behaupteten, sie seien unter Zar Fjodor Iwanowitsch auf Betreiben des Bojaren Boris Fjodorowitsch Godunow versklavt worden.

Die Situation im Land hat sich aufgrund von Ernteausfällen noch weiter verschärft. 1601 regnete es über zwei Monate. Dann, sehr früh, Mitte August, kam es zu Frost und Schneefall, was zum Verlust der Ernten führte. Die Preise stiegen mehrfach an, die Brotspekulation begann.

Im folgenden Jahr 1602 keimten die Winterkulturen nicht mehr. Wieder, wie schon 1601, kam die frühe Kälte. Die Preise sind bereits um mehr als das 100-fache gestiegen. Sie aßen Hunde, Katzen, Baumrinde. Massenerkrankungen begannen. In Moskau wurden Fälle von Kannibalismus gemeldet.

Boris Godunow organisierte die Regierungsarbeit. Er zog Moskauer und Flüchtlinge an, die zum Bau in die Hauptstadt strömten, indem er die bereits vorhandenen Erfahrungen beim Bau des Glockenturms Iwans dem Großen nutzte, Brot aus den Staatsbehältern verteilte und Sklaven erlaubte, ihre Herren zu verlassen und nach Möglichkeiten zu suchen, sich selbst zu ernähren. Alle diese Maßnahmen waren jedoch erfolglos. Es haben sich Gerüchte verbreitet, dass das Land für die unbefugte Thronbesteigung, für die Sünden Godunows, bestraft wurde.

Im Zentrum des Landes brach unter der Führung von Khlopok (dem Klumpfuß ?) ein Sklavenaufstand (1603-1604) aus.

Er wurde brutal unterdrückt und Khlopok in Moskau hingerichtet.

Sowjetische Historiker erklärten die verworrenen Unruhen vor allem mit Klassenkonflikten. Deshalb zeichneten sich die Ereignisse jener Jahre vor allem durch den Bauernkrieg des XVII. Jahrhunderts aus, gegen den sich die Ereignisse der Zeit der Unruhen abspielten. Heute charakterisieren viele Experten die Ereignisse vom Ende des XVI. - Anfang des XVII. Jahrhunderts als Bürgerkrieg.

Falscher Dmitri I.

Wirtschaftliche Instabilität und soziale Konflikte wurden von den Menschen jener Zeit als Gottes Strafe für die ungerechten Handlungen des illegitimen, „vaterlandslosen“ Zaren Boris Fjodorowitsch Godunow erklärt. Boris bemühte sich auf jede erdenkliche Weise, die Macht aufrechtzuerhalten, und unternahm alles, um potenzielle Konkurrenten auszuschalten. So wurde einer der engsten Vettern Fjodor Iwanowitschs - Fjodor Nikititsch Romanow – gewaltsam zu einem Mönch gezwungen und unter dem Namen Filaret in das Antonius - Siya -Kloster (bei Archangelsk) verbannt.

Es gibt weit verbreitete Gerüchte, dass Zarewitsch Dmitri, „wundersam gerettet“ in Uglitsch, am Leben ist.

1602 erschien in Litauen ein Mann, der behauptete, Zarewitsch Dmitri zu sein.

Er erzählte dem polnischen Magnaten Adam Wischnewezki, dass er „im Schlafzimmer des Uglitsch-Palastes“ ausgetauscht worden sei. Der Schirmherr vom Falschen Dmitri war der Woiwode Jurij Mnischek (*Jerzy Mniszech*).

Nach der offiziellen Version der Regierung Boris Godunows war der Mann, der sich als Zarewitsch Dmitri ausgab, der Mönch Grigorij (im weltlichen Leben - der kleine Adlige Juri Bogdanowitsch Otrepjew). Juschka, wie er in seiner Jugend genannt wurde, zeigte herausragende Fähigkeiten - er kannte die lateinische und polnische Sprachen, hatte eine kalligraphische Handschrift und hatte die seltene Fähigkeit, sich in einer bestimmten Situation schnell zu orientieren. In seiner Jugend war er ein Diener Fjodor Nikititsch Romanows, nach dessen Exil er als Mönch tonsuriert wurde. In Moskau lebte er im Tschudow - Kloster im Kreml (das es heute nicht mehr gibt) und diente unter Patriarch Iow.

W. O. Kljutschewski schrieb zu Recht, dass der Falsche Dmitri nur „in einem

polnischen Ofen gebacken und in Moskau eingelegt“ wurde. Mit der Unterstützung der polnisch - litauischen Magnaten konvertierte der Falsche Dmitri heimlich zum Katholizismus und versprach dem Papst, den Katholizismus in Russland zu verbreiten. Der Falsche Dmitri versprach auch, Rzeczpospolita (*Polen*) und seine Braut Marina Mnischek, Tochter des Gouverneurs von Sandomir, Sewersker- (Kreis Tschernigow) und Smolensker-Ländereien, Nowgorod und Pskow, zu übergeben. Das Abenteuer des Falschen Dmitri war nicht seine persönliche Angelegenheit. Der Falsche Dmitri erschien in einer Atmosphäre der allgemeinen Unzufriedenheit mit der Regierung Boris Godunows sowohl auf Seiten des Adels als auch auf Seiten der russischen Bauern, Städter und Kosaken. Die polnischen Magnaten brauchten den Falschen Dmitri, um einen Angriff gegen Russland zu starten, und verschleierten sie mit dem Anschein eines Kampfes um die Rückgabe des Throns an den legitimen Erben. Dies war eine verdeckte Intervention.

Im Jahre 1604 unternahm der Falsche Dmitri mit Hilfe polnischer Magnaten, die 2.000 Söldner rekrutierten und die Unzufriedenheit der Kosaken ausnutzten, einen Feldzug gegen Moskau. Er wurde von vielen Bojaren und Adligen unterstützt, die mit Godunow unzufrieden waren. Der Falsche Dmitri wurde auch von den Massen unterstützt, die ihre Hoffnungen auf ihn setzten, um die Unterdrückung loszuwerden und ihre Situation zu verbessern.

Boris Godunow hat im Kampf gegen den Falschen Dmitri I. eine Reihe von Fehlern gemacht. Er glaubte nicht, dass das Volk den Betrüger unterstützen würde, und kündigte später ein Dekret darüber an, wer hinter dem angeblich auferstandenen Zarewitsch Dmitri steckt. Godunow zeigte Unentschlossenheit und führte keinen Feldzug gegen den Betrüger. Das Schicksal des Falschen Dmitri wurde in der Nähe der Stadt Kromy entschieden: der Weg nach Moskau wurde bewusst durch die Gebiete gewählt, in denen die

Kosaken lebten, und es gab viele fliehende Bauern. Bei Kromy zogen die zaristischen Truppen auf die Seite des Betrügers.

Diesem Ereignis ging der unerwartete Tod Boris Fjodorowitsch Godunows im Alter von 54 Jahren voraus.

Noch am Morgen des 13. April 1605 empfing er Botschafter. Nach dem Mittagessen und einem kurzen Spaziergang, bei dem ihm Blut aus Nase und Ohren strömte, starb der Zar.

Einen Tag später fand eine Eidzeremonie für den neuen Zaren statt - den Sohn Boris`, dem sechzehnjährigen Fjodor Borissowitsch.

Zar Fjodor Borissowitsch und seine Mutter wurden auf Ersuchen des Betrügers verhaftet und heimlich getötet, und Patriarch Iow wurde in ein Kloster verbannt. Am 20. Juni 1605 marschierte der Falsche Dmitri an der Spitze der Armee, die an seine Seite getreten war, triumphierend in Moskau ein und wurde zum Zaren ernannt. Außerdem begann er, sich Kaiser zu nennen. Der neue Patriarch, „der hinterlistige und zwielichtige Grieche“ Ignatius krönte ihn zum Zaren.

Filaret (F. N. Romanow) wurde zum Metropoliten von Rostow ernannt.

In Moskau angekommen, hatte es der Falsche Dmitri nicht eilig, die Verpflichtungen der polnischen Magnaten zu erfüllen, da er wusste, dass er nicht an der Macht bleiben konnte, wenn er versuchte, den Katholizismus einzuführen oder den

polnischen Feudalherren die einheimischen russischen Ländereien zu überlassen. Gleichzeitig bestätigte der Falsche Dmitri die vor ihm erlassenen Gesetzgebungsakte, die die Bauern versklavten (ein Dekret über die fünfjährige Suche nach Flüchtlingen).

Die Fortsetzung der Feudalpolitik, neue Erpressungen, um die den polnischen Magnaten versprochenen Gelder zu erhalten, die Unzufriedenheit des russischen Adels, insbesondere nach der Heirat des Falschen Dmitri mit Marina Mnischek, führten zur Organisation einer Bojarenverschwörung gegen ihn. Im Mai 1606 brach ein Aufstand gegen den Falschen Dmitri aus. Die Alarmglocke schlug. Die Moskauer, angeführt von den Shuysky - Bojaren, töteten mehr als tausend Polen. Marina Mnischek wurde von den Bojaren gerettet. Sie und ihr Gefolge wurden nach Jaroslawl geschickt. Der Falsche Dmitri, der von den Rebellen verfolgt wurde, sprang aus dem Fenster des Kreml-Palastes und wurde getötet. Zeitgenossen zählten mehr als 20 Wunden am Körper des Falschen Dmitri. Drei Tage später wurde seine Leiche verbrannt, und die Asche wurde in eine Kanone gelegt, die in die Richtung geschossen wurde, aus der der Betrüger kam.

Wassili Schuiski.

Nach dem Tod des Falschen Dmitri bestieg der Bojarenzar Wassili Schuiski (1606-1610) den Thron. Er gab, formalisiert in Form eines Kreuzkussprotokolls (das Kreuz küssen), die Verpflichtung, die Privilegien der Bojaren zu wahren, ihre Güter nicht wegzunehmen und die Bojaren nicht ohne die Teilnahme der Bojaren-Duma zu richten. Der Adel versuchte nun, die tiefen inneren und äußeren Widersprüche mit Hilfe des Bojaren zu lösen.

Patriarch Ignatius wurde wegen der Unterstützung des Falschen Dmitri I. seiner Würde beraubt. Der patriarchalische Thron wurde von dem herausragenden Patrioten des 70-jährigen Kasaner Metropoliten Hermogenes besetzt.

Um Gerüchte über die Rettung Zarewitsch Dmitris zu unterdrücken, wurden seine sterblichen Überreste auf Befehl Wassili Schuiski drei Tage nach seiner Krönung von Uglitsch nach Moskau überführt. Der Zarewitsch wurde zu den Heiligen gezählt.

Im Sommer 1606 gelang es Wassili Schuiski, in Moskau Fuß zu fassen, aber in den Außenbezirken des Landes brodelte es weiter. Der politische Konflikt, der durch den Kampf um die Macht und die Krone entstanden ist, hat sich zu einem sozialen Konflikt entwickelt. Das Volk, das endgültig den Glauben an eine Verbesserung seiner Situation verloren hatte, stellte sich erneut gegen die Macht. In den Jahren 1606-1607 brach unter der Führung von Iwan Isaewitsch Bolotnikow ein Aufstand aus, den viele Historiker als den Höhepunkt des Bauernkriegs zu Beginn des XVII. Jahrhunderts zählen.

I. I. Bolotnikows Aufstand.

Iwan Issajewitsch Bolotnikow war ein (militärischer) Leibeigener des Fürsten Teljatewski. Von ihm floh er zu den Donkosaken, wurde von den Krimtataren gefangen genommen und als Ruderer auf einer türkischen Galeere in die Sklaverei verkauft. Nach der Niederlage der türkischen Flotte durch deutsche Schiffe landete I. I. Bolotnikow in Venedig, von wo aus er über Deutschland und Polen nach Putiwł kam. I. I. Bolotnikow kam als Heerführer Zar Dmitris nach Putiwł.

Dies geschah nach dem Treffen von I. I. Bolotnikow in Sambor im Schloss von Mnischkow mit Michail Moltschanow, der dem Falschen Dmitri I. ähnelte, der aus Moskau floh und sich als der gerettete Zar ausgab. I. I. Bolotnikow erhielt von Moltschanow eine mit dem Staatssiegel beglaubigte Urkunde, in dem er zum Heerführer des Zaren ernannt wurde (das Siegel wurde von Moltschanow aus Moskau gestohlen), einen Säbel, einen Pelzmantel und 60 Dukaten.

Der Komaritskaya Volost wurde die Unterstützung von I. I. Bolotnikow. Hier in der Gegend der Stadt Kromy sammelten sich viele Kosaken an, die den Falschen Dmitri I. unterstützten, der diese Region 10 Jahre lang von den Steuern befreite. I. I. Bolotnikow aus Kromy wurde Leiter der Kosakenabteilungen und zog im Sommer 1606 nach Moskau. Bald verwandelte sich die kleine Bolotnikow-Gruppe in ein mächtiges Heer, die Bauern, Stadtbewohner und sogar Gruppen von Adligen und Kosaken umfasste, die mit der Bojaren-Regierung unter Führung von P. Ljapunow, G. Sumbulow, I. Paschkow unzufrieden waren. Die Heerführer Putiwls (Fürst G. Schachowskoi) und Tschernigows (Fürst A. Teljatewski), die mit dem Falschen Dmitri I. in Verbindung standen, gehorchten dem „Zarenheerführer“. Als Heerführer Zar Dmitri Iwanowitschs, nachdem das Gerücht über dessen Rettung in den Jahren der Regierung von Wassili Schuiski wieder lebendig wurde, schlug I. I. Bolotnikow die Regierungstruppen in der Nähe von Jelez und nahm Kaluga, Tula und Serpuchow in Besitz.

Im Oktober 1606 belagerte das Heer I. I. Bolotnikows Moskau, das im Dorf Kolomenskoje stationiert war.

Zu dieser Zeit standen mehr als 70 Städte auf der Seite der Aufständischen.

Die Belagerung Moskaus dauerte zwei Monate. Im entscheidenden Moment führte der Verrat der Adelstruppen, die sich auf die Seite von Wassili Schuiski stellten, zur Niederlage der Armee I. I. Bolotnikows. Auf der Suche nach der Unterstützung der Bojaren und des Adels veröffentlichte Wassili Schuiski im März 1607 ein „Gesetzbuch über die Bauern“, die eine 15-jährige Frist der Suche nach den Flüchtlingen einführte.

I. I. Bolotnikow wurde nach Kaluga zurückgeworfen und von den zaristischen Truppen belagert. Mit Hilfe der aufständischen Truppen „Zarewitsch Peter“, die aus Terek entlang der Wolga kamen (so nannte sich der Leibeigene Ilja Gortschakow - Iljka Muromez), entkam I. I. Bolotnikow der Belagerung und zog sich nach Tula zurück. Die dreimonatige Belagerung Tulas wurde von Wassili Schuiski selbst angeführt. Der Fluss Upa wurde von einem Damm umzäunt und die Festung überflutet. Nach dem Versprechen von W. I. Schuiski, das Leben der Aufständischen zu retten, öffneten sie die Tore Tulas. Der Zar machte die Aufständischen grausam nieder. I. I. Bolotnikow wurde geblendet und dann in einem Eisloch in der Stadt Kargopol ertränkt. Iljka Muromez wurde in Moskau hingerichtet.

Die Teilnehmer am Aufstand.

Vertreter verschiedener sozialer Schichten nahmen am Aufstand I. I. Bolotnikows teil - Bauern, Leibeigene, Vorstadtbewohner, Kosaken, Adlige und andere Dienstleute.

Die Kosaken spielten in allen Phasen des Aufstands eine wichtige Rolle.

Mit Waffen, militärischer Erfahrung und starker Organisation bildeten sie den Kern der aufständischen Armee.

An dem Feldzug gegen Moskau nahmen neben den unterdrückten Bevölkerungsschichten auch Adelige und Dienstleute teil. Ihre Teilnahme am Bauernaufstand lässt sich damit erklären, dass sie ihn für ihre eigenen Zwecke nutzten. Im entscheidenden Moment gingen die Adligen, nachdem sie die Aufständischen verraten hatten, auf die Seite der Regierung. Es gab auch Bojaren-Abenteurer in den Reihen der Aufständischen.

Zusammen mit den Russen nahmen die Mordowier, Mari, Tschuwaschen und andere Völker der Wolga-Region, die Teil Russlands wurden, am Aufstand von I. I. Bolotnikow teil.

Die Forderungen der Aufständischen.

Über die Forderungen der Rebellen erfahren wir aus Dokumenten, die aus dem Regierungslager stammen. Sie zitieren die sogenannten „wunderschönen Briefe“ („Blätter“), die von der Armee I. I. Bolotnikows ausgehen - Proklamationen, in denen die Bevölkerung von Städten und Dörfern aufgefordert wird, sich an die Seite der Aufständischen zu stellen. So schrieb der Moskauer Patriarch Hermogenes: „... aber diese Leute stehen in der Nähe von Moskau in Kolomenskoje und schreiben ihre verfluchten Blätter nach Moskau und befahlen den bojarischen Leibeigenen, ihre Bojaren und ihre Frauen zu schlagen; und versprechen ihnen Stammgüter und Gutshöfe ... und rufen ihre Diebe zu sich selbst und wollen ihnen Bojarentum, Woiwodschaft, Würde und Diakonie geben ...“

Die ideologischen Ideen der Aufständischen hatten, trotz der kategorischen Natur ihrer Forderungen, einen zaristischen Charakter. Ein naiver Monarchismus und der Glaube an den „guten“ Zaren waren die Grundlage der Ansichten der Kosaken und Bauern über das Staatssystem. Bauern und Kosaken sahen das Ziel des Aufstandes in der Rückkehr zur alten Gemeinschaftsordnung.

Historiker bewerten die gewaltigen Volksproteste des frühen XVII. Jahrhunderts auf unterschiedliche Weise. Einige von ihnen glauben, dass sie die Legalisierung der Leibeigenschaft um 50 Jahre verzögert haben, während andere glauben, dass sie im Gegenteil den Prozess der Legalisierung der Leibeigenschaft, der 1649 endete, beschleunigt haben. (dieser Gesichtspunkt scheint richtiger zu sein).

Falscher Dmitri II.

Zu der Zeit, als Wassili Schuiski I.I. Bolotnikow in Tula belagerte, erschien ein neuer Betrüger in der Region Brjansk (Stadt Starodub). In Übereinstimmung mit dem Vatikan vereinigte sich der polnische Adel, Gegner von König Sigismund III. (Hetmane Lissowski, Ruzhitski, Sapega), mit dem Kosakenatamanen I. I.?(M.) Saruzki und nominierte den Falschen Dmitri II. (1607-1610) als Anwärter auf den russischen Thron. Äußerlich ähnelte dieser Mann dem Falschen Dmitri I., was von den Teilnehmern des Abenteuers des ersten Betrügers bemerkt wurde. Bislang sorgt die Identität vom Falschen Dmitri II. für viele Kontroversen. Er stammte offenbar aus dem kirchlichen Umfeld.

Der Falsche Dmitri II. zog, auf den Ruf

I. I. Bolotnikows hin, nach Tula, um sich mit den Aufständischen zu verbinden.

Die Verbindung kam nicht zustande (Tula wurde von den Truppen Schuiskis eingenommen), und im Januar 1608 unternahm der Hochstapler einen Feldzug gegen die Hauptstadt. Im Sommer 1608 näherte sich der Falsche Dmitri Moskau, doch

Versuche, die Hauptstadt einzunehmen, endeten vergeblich. Er hielt 17 km vom Kreml entfernt in der Stadt Tuschino an und erhielt den Spitznamen „Tuschino- Dieb“. Bald zog auch Marina Mnischek nach Tuschino. Der Hochstapler versprach ihr 3.000 Goldrubel und Einnahmen aus 14 russischen Städten nach ihrem Beitritt zu Moskau, und sie anerkannte in ihm ihren Mann. Eine geheime Hochzeit wurde nach dem katholischen Ritus durchgeführt. Der Hochstapler versprach, zur Verbreitung des Katholizismus in Russland beizutragen.

Der Falsche Dmitri II. war eine gehorsame Marionette in den Händen des polnischen Adels, der es schaffte, die Kontrolle über den Nordwesten und Norden der russischen Länder zu übernehmen. Die Festung des Dreifaltigkeits-Sergijew-Klosters kämpfte 16 Monate lang tapfer, wobei die benachbarte Bevölkerung eine bedeutende Rolle bei der Verteidigung spielte. Aktionen gegen die polnischen Invasoren fanden in mehreren großen Städten des Nordens statt: Nowgorod, Wologda, Weliki Ustjug.

Wenn der Falsche Dmitri I. 11 Monate im Kreml verbracht hat, dann hat der Falsche Dmitri II. 21 Monate erfolglos Moskau belagert. In Tuschino wurden unter dem Falschen Dmitri II. aus der Zahl der Bojaren, die mit Wassili Schuiski unzufrieden waren (die Leute nannten sie treffend „Tuschino-Überflieger“), ihre eigene Boyar-Duma und Prikas gebildet. Metropolit Filaret wurde in Rostow ergriffen und zum Patriarchen in Tuschino ernannt.

Offene Intervention.

Die Regierung Wassili Schuiskis, die erkannte, dass sie nicht in der Lage war, mit dem Falschen Dmitri II. fertig zu werden, schloss in Wyborg (1609) ein Abkommen mit Schweden. Russland verzichtete auf seine Ansprüche an der Ostseeküste, und die Schweden stellten Truppen zur Verfügung, um gegen den Falschen Dmitri II. zu kämpfen. Unter dem Kommando des talentierten 28-jährigen Heerführers M. W. Skopin-Schuiski, des Neffen des Zaren, begannen erfolgreiche Operationen gegen die polnischen Invasoren.

Als Reaktion darauf erklärte die Rzeczpospolita (*Polen*), die sich im Krieg mit Schweden befand, Russland den Krieg. Die Truppen König Sigismunds III. belagerten im Herbst 1609 die Stadt Smolensk, die sich mehr als 20 Monate lang verteidigte. Der König befahl die Schlachtschützen, Tuschino zu verlassen und sich in die Nähe von Smolensk zu begeben. Das Lager Tuschino brach zusammen, der Betrüger wurde von den polnischen Schlachtschützen nicht mehr gebraucht, der daraufhin zur offenen Intervention überging. Der Falsche Dmitri II. floh nach Kaluga, wo er bald getötet wurde.

Die Botschaft der Tuschino-Bojaren ging Anfang 1610 nach Smolensk und riefen den Königsson Wladislaw auf den Moskauer Thron.

Im April 1610 starb M.W. Skopin-Schuiski unter mysteriösen Umständen. Gerüchten zufolge wurde er vergiftet.

Im Sommer 1610 zog die polnische Armee nach Moskau, nachdem sie das kämpfende Smolensk hinter sich gelassen hatte. Im Juni 1610 wurden russische Truppen unter dem Kommando des Bruders des Zaren, des feigen und unbegabten Dmitri Schuiski, von den polnischen Truppen besiegt. Der Weg nach Moskau war frei. Die Schweden dachten mehr an die Eroberung Nowgorods und anderen russischen Ländern als an ihre Verteidigung: sie verließen Schuiskis Armee und begannen, die

nordwestrussischen Städte auszurauben.

Zeit der Wirren.

Im Sommer 1610 fand in Moskau ein Umsturz statt. Die Adligen, angeführt von P. Ljapunow, stürzten Wassili Schuiski vom Thron und zwangen ihn gewaltsam, sich zu einem Mönch weihen zu lassen. (Schuiski starb 1612 in polnischer Gefangenschaft, wo er zusammen mit seinen Brüdern als Geisel geschickt wurde.) Die Macht wurde von einer Gruppe Bojaren unter der Leitung von F. I. Mstislawski übernommen. Diese Regierung, die aus sieben Bojaren bestand, wurde „Sieben-Bojaren-Regierung“ genannt.

Im August 1610 schlossen die sieben Bojaren, trotz der Proteste des Patriarchen Hermogenes, eine Vereinbarung, Wladislaw, den Sohn des Königs Sigismund, auf den russischen Thron zu berufen und die Truppen der Interventionisten in den Kreml zu lassen. Am 27. August 1610 schwor Moskau Wladislaw die Treue. Dies war ein direkter Verrat an nationalen Interessen. Dem Land drohte der Verlust seiner Unabhängigkeit.

Die erste Landwehr.

Nur im Vertrauen auf das Volk war es möglich, die Unabhängigkeit des russischen Staates wiederzuerlangen und zu bewahren. 1610 forderte Patriarch Hermogenes einen Kampf gegen die Invasoren, wofür er verhaftet wurde. Anfang 1611 wurde im Rjasaner Land die erste Landwehr unter der Leitung des Adligen P. Ljapunow gegründet. Die Landwehr zog nach Moskau, wo im Frühjahr 1611 ein Aufstand ausbrach. Auf Anraten der Verräter-Bojaren zündeten die Eindringlinge die Stadt an. In der Umgebung des Kremls kämpften Truppen. Hier, in der Gegend von Sretenka, wurde Fürst D. M. Poscharski, der die vordersten Abteilungen leitete, schwer verletzt.

Die russischen Truppen konnten jedoch keinen Erfolg ausbauen. Die Führer der Landwehren sprachen sich für die Rückkehr der flüchtigen Bauern zu ihren Besitzern aus. Die Kosaken hatten kein Recht, öffentliche Ämter zu bekleiden.

Gegner P. Ljapunows, der eine militärische Organisation der Landwehren aufbauen wollte, verbreiteten Gerüchte, dass er angeblich die Kosaken ausrotten wollte. Sie forderten ihn im Juli 1611 auf, in den Kosaken – „Kreis“ zu kommen und töteten ihn.

Die erste Landwehr löste sich auf. Zu diesem Zeitpunkt eroberten die Schweden Nowgorod und die Polen, nach einer mehrmonatigen Belagerung, Smolensk. Der polnische König Sigismund III. kündigte an, er selbst werde russischer Zar, und Russland werde in den Polnisch-Litauischen Staatenbund (*Rzeczpospolita*) eintreten.

Die zweite Landwehr. Minin und Poscharski.

Im Herbst 1611 appellierte der Älteste Nischni Nowgorods, Kosma Minin, an das russische Volk, eine zweite Landwehr zu gründen.

Mit Hilfe der Bevölkerung anderer russischer Städte wurde die materielle Basis des Befreiungskampfes geschaffen: die Bevölkerung sammelte erhebliche Mittel für die Durchführung des Krieges mit den Invasoren. Die Landwehr wurde von K. Minin und Fürst Dmitri Poscharski geführt.

Im Frühjahr 1612 zog die Landwehr nach Jaroslawl. Hier wurde die provisorische Regierung Russlands „Rat aller Länder“ geschaffen. Im Sommer 1612 näherten sich die Truppen von K. Minin und D. M. Poscharski aus Richtung des Arbat-Tors Moskau und schlossen sich mit den Überresten der ersten Landwehr zusammen.

Fast gleichzeitig näherte sich Hetman Chodkewitsch der Hauptstadt entlang der Moschaisker-Straße und half den Polen, die sich im Kreml festgesetzt hatten. In der Schlacht an den Mauern Moskaus wurde Chodkewitschs Heer zurückgeworfen.

Am 22. Oktober 1612, an dem Tag, an dem die Ikone Gottesmutter von Kasan, die die Landwehr begleitete, gefunden wurde, wurde Kitaj-Stadt genommen. Vier Tage später ergab sich die polnische Garnison im Kreml. Zur Erinnerung an die Befreiung Moskaus von den Invasoren wurde auf Kosten des D. M. Poscharski auf dem Roten Platz eine Kirche zu Ehren der Ikone Gottesmutter von Kasan errichtet.

Der Sieg wurde als Ergebnis der heldenhaften Bemühungen des russischen Volkes errungen. Die Treue zum Mutterland wird immer durch die Heldentat des Kostroma-Bauern Iwan Sussanin symbolisiert, der im Kampf gegen die polnischen Invasoren sein eigenes Leben opferte. Das dankbare Russland errichtete in Moskau das erste bildhauerische Denkmal für Kosma Minin und Dmitri Poscharski (auf dem Roten Platz, Bildhauer I. P. Martos, 1818). Die Erinnerung an die Verteidigung von Smolensk und des Dreifaltigkeitsklosters, an den Kampf der Einwohner der Stadt Korela gegen die schwedischen Invasoren ist für immer erhalten geblieben.

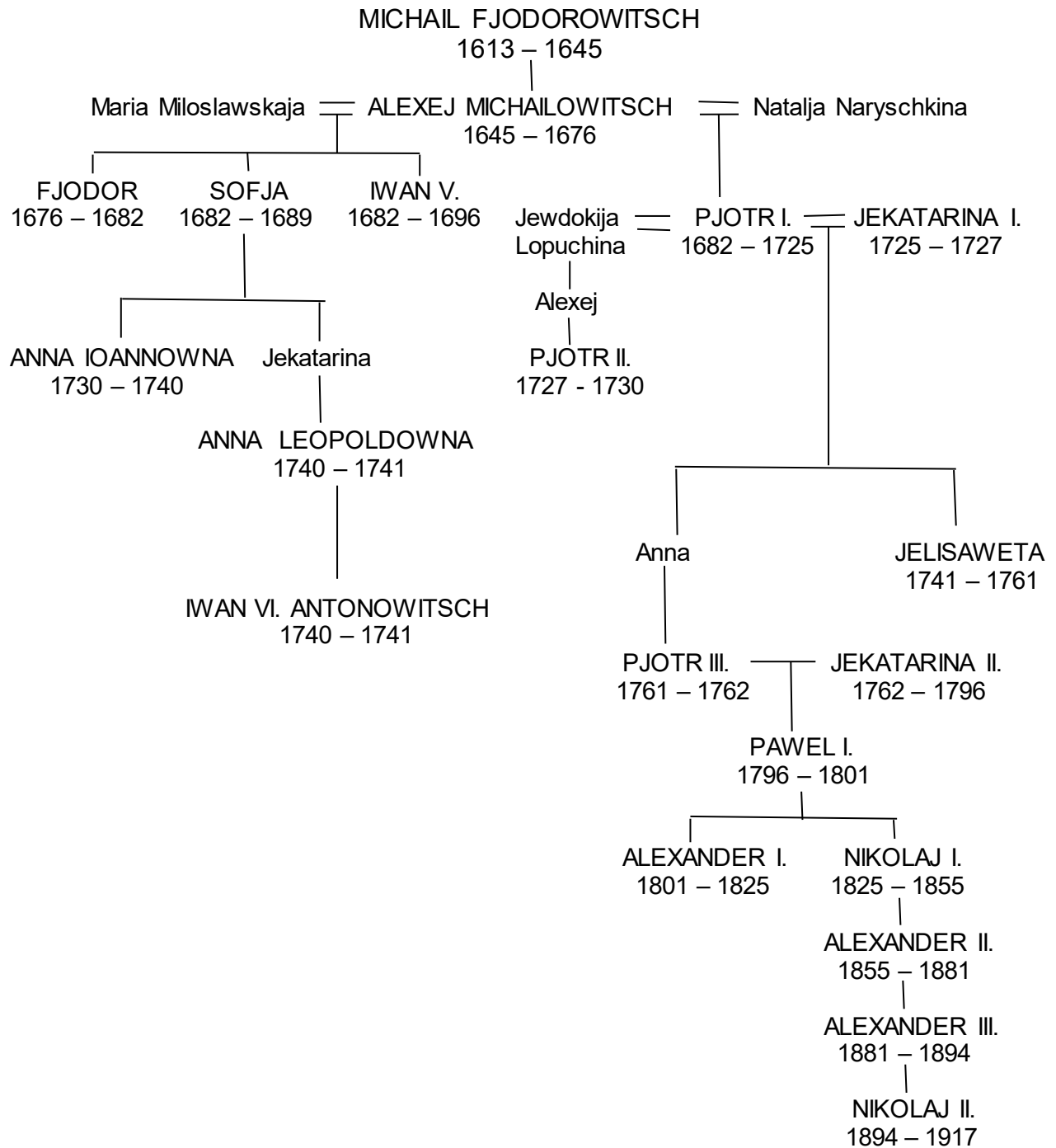
Die Thronbesteigung der Romanows.

1613 fand in Moskau ein Semski Sobor statt, bei dem die Frage nach der Wahl eines neuen russischen Zaren aufgeworfen wurde. Die Kandidaten für den russischen Thron waren der polnische Prinz Wladislaw, der Sohn des schwedischen Königs Karl-Philipp, der Sohn des Falschen Dmitri II. und Marina Mnischeks Iwan, genannt „Worjonok“ (*Dieb, Diebespack ??*) sowie Vertreter der größten Bojarenfamilien.

Am 21. Februar wählte der Sobor Michail Fjodorowitsch Romanow, den 16-jährigen Großneffen der ersten Frau Iwans dem Schrecklichen, Anastasia Romanowa. Eine Botschaft wurde zum Ipatios-Kloster in der Nähe von Kostroma geschickt, wo sich Michail und seine Mutter zu dieser Zeit aufhielten. Am 2. Mai 1613 kam Michail in Moskau an, am 11. Juli wurde er zum Zar gekrönt. Bald übernahm sein Vater, Patriarch Filaret, den führenden Platz in der Regierung des Landes, dem „alle königlichen und militärischen Angelegenheiten oblagen“. Die Macht wurde in Form einer autokratischen Monarchie wiederhergestellt. Die Führer des Kampfes gegen die Invasoren erhielten bescheidene Ernennungen.

D. M. Poscharski wurde als Heerführer nach Moschaisk geschickt, und K. Minin wurde der Führer der Duma.

Die Romanows auf dem russischen Thron. 1613 – 1917



Ende der Intervention.

Die Regierung Michail Fjedorowitschs stand vor der schwierigsten Aufgabe - die Folgen der Intervention zu beseitigen. Eine große Gefahr für ihn stellten die Kosakeneinheiten dar, die das Land durchstreiften und den neuen Zaren nicht anerkannten. Unter ihnen war Iwan Saruzki der schlimmste, zu dem Marina Mnischek mit ihrem Sohn zog.

Die Jaik (*Ural*)-Kosaken übergaben I. Saruzki 1614 an die Moskauer Regierung. I. Saruzki und „Worjonok“ wurden gehängt, und Marina Mnischek wurde in Kolomna eingekerkert, wo sie wahrscheinlich bald danach starb.

Eine weitere Gefahr stellten die Schweden dar. Nach mehreren militärischen Zusammenstößen und anschließenden Verhandlungen wurde 1617 der Frieden von Stolbowo (im Dorf Stolbowo bei Tichwin) geschlossen.

Schweden gab das Nowgoroder Land an Russland zurück, behielt aber die Ostseeküste und erhielt eine finanzielle Entschädigung.

König Gustav-Adolf sagte nach dem Stolbowo-Frieden, dass jetzt „Russland kein gefährlicher Nachbar ist ... es ist durch Sümpfe und Festungen von Schweden getrennt, und es wird für die Russen schwierig sein, dieses „Flüsschen“ zu überqueren“ (die Newa - *Autor*).

Der polnische König Wladislaw, der den russischen Thron anstrebte, organisierte 1617-1618 einen Feldzug gegen Moskau. Er erreichte das Arbat-Tor von Moskau, wurde aber zurückgeschlagen.

In dem Dorf Deulino in der Nähe des Dreifaltigkeitsklosters wurde 1618 der Waffenstillstand von Deulino mit dem Rzeczpospolita (*Polen*) geschlossen, für das die Länder Smolensk und Tschernigow übrig blieben. Es gab einen Gefangenenaustausch. Wladislaw gab seinen Anspruch auf den russischen Thron nicht auf.

So wurde im Wesentlichen die territoriale Einheit Russlands wiederhergestellt, obwohl ein Teil der russischen Länder im Rzeczpospolita und in Schweden verblieb. Dies sind die Folgen der Ereignisse der Zeit der Wirren in der Außenpolitik Russlands. Im innenpolitischen Leben des Staates nahm die Rolle des Adels und der Spitze des Possad (*Vorstädter*) erheblich zu.

Während der Zeit der Wirren, an der alle Schichten und Stände der russischen Gesellschaft teilnahmen, wurde die Frage nach der Existenz des russischen Staates und nach der Wahl des Entwicklungsweges des Landes entschieden. Es war notwendig, Wege für das Überleben der Menschen zu finden. Unruhen haben sich vor allem in den Köpfen und Seelen der Menschen eingenistet. Unter den spezifischen Bedingungen zu Beginn des XVII. Jahrhunderts fand sich der Ausweg aus den Wirren im Bewusstsein der Regionen und im Zentrum der Notwendigkeit einer starken Staatlichkeit. In den Köpfen der Menschen hat sich die Idee durchgesetzt, alles für das Gemeinwohl zu geben, anstatt nach persönlichen Vorteilen zu suchen.

Nach der Zeit der Wirren wurde die Entscheidung zugunsten der Erhaltung der größten Macht im Osten Europas getroffen. Unter den spezifischen geopolitischen Bedingungen der damaligen Zeit wurde der Weg der weiteren Entwicklung Russlands

gewählt: Autokratie als Form der politischen Herrschaft, Leibeigenschaft als Grundlage der Wirtschaft, Orthodoxie als Ideologie und Standesordnung als soziale Struktur.

Kapitel 11

SOZIALÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG IM XVII. JH.

RUSSLAND NACH DEN WIRREN

Nach der Überwindung des „großen Moskauer Ruins“ dauerte der Wiederaufbauprozess nach den Zeiten der Wirren etwa drei Jahrzehnte und wurde bis Mitte des Jahrhunderts abgeschlossen. Die allgemeine Linie der russischen Geschichte verlief auf dem Weg zur weiteren Stärkung der Leibeigenschaft und der Ständeordnung.

Territorium und Bevölkerung.

Das Territorium Russlands im XVII. Jahrhundert im Vergleich zum XVI. Jahrhundert dehnte sich aufgrund der Aufnahme neuer Gebiete in Sibirien, im südlichen Ural und der linksseitigen Ukraine und der Weiterentwicklung des Wilden Feldes aus. Die Grenzen des Landes erstreckten sich jetzt vom Dnjepr bis zum Pazifik, vom Weißen Meer bis zu den Besitztümern des Krimkhans, des Nordkavkasus und der kasachischen Steppe. In den Jahren 1643-1645 gelangte W. Pojarkow entlang des Amur in das Ochotskische Meer, 1648 entdeckte S. Deschnjow die Meerenge zwischen Alaska und Tschukotka, Mitte des Jahrhunderts eroberte J. Chabarow die Länder entlang des Amur für Russland. Im XVII. Jahrhundert wurden viele sibirische städtische Siedlungen gegründet: Jenissejsk (1618), Krasnojarsk (1628), Bratsk (1631), Jakutsk (1632), Irkutsk (1652) u.a.

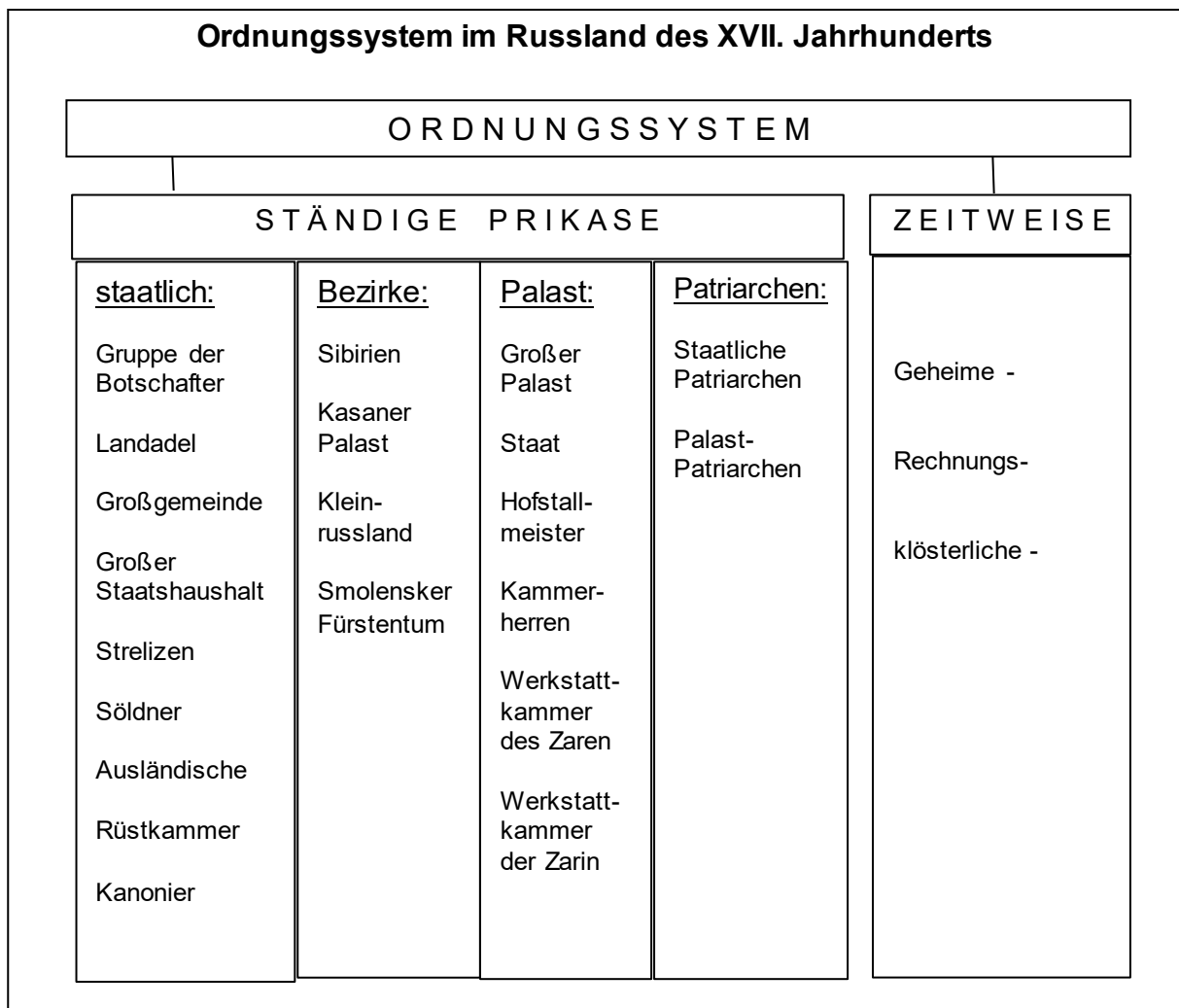
Das Territorium des Landes wurde in Kreise unterteilt, deren Zahl 250 erreichte. Die Kreise wiederum waren in Amtsbezirke und Lager unterteilt, deren Zentrum das Dorf war. In einer Reihe von Ländern, insbesondere in jenen, die kürzlich in Russland eingegliedert wurden, wurde das frühere System der Verwaltungsstruktur beibehalten. Das 17. Jahrhundert ist die Blütezeit des Prikassystems.

Am Ende des XVII. Jahrhunderts betrug die Bevölkerung Russlands 10,5 Millionen Menschen. Nach der Einwohnerzahl nahm Russland in den Grenzen des XVII. Jahrhunderts den vierten Platz unter den europäischen Staaten ein (in Frankreich lebten zu dieser Zeit 20,5 Millionen Menschen, in Italien und Deutschland - 13,0 Millionen Menschen, in England - 7,2 Millionen Menschen).

Am schwächsten bewohnt war Sibirien, wo bis zum Ende des XVII. Jahrhunderts etwa 150 Tausend Eingeborene und 350 Tausend Russen lebten, die hierher gezogen sind. Die spezifischen Bedingungen Sibiriens führten dazu, dass es keinen Grundbesitz oder Patrimonialgrundbesitz gab. Der Zustrom der russischen Bevölkerung, die über die Fähigkeiten und Erfahrungen des Ackerbaus, der Handwerksproduktion und neuer, produktiverer Arbeitsmittel verfügte, trug zur Beschleunigung der Entwicklung dieses Teils Russlands bei. In den südlichen Regionen Sibiriens gibt es bereits Ende des XVII. Jahrhunderts Zentren der landwirtschaftlichen Produktion, wobei sich Sibirien hauptsächlich mit Brot versorgte. Die Jagd, insbesondere der Zobel, und die Fischerei blieben jedoch die Hauptbeschäftigungen der Mehrheit der lokalen Bevölkerung.

Die Kluft zwischen dem sich ausdehnenden Gebiet und der Zahl der dort lebenden Menschen wurde immer größer. Der Prozess der Entwicklung (Kolonisierung) des

Landes, der bis heute nicht abgeschlossen ist, setzte sich fort.



Landwirtschaft.

Bis zur Mitte des XVII. Jahrhunderts wurden der Zerfall und die Zerstörungen der Zeit der Wirren überwunden. Und es gab etwas zu restaurieren: in 14 Bezirken des Landesentrums machte in den 40er Jahren gepflügtes Land nur 42% des zuvor bebauten Landes aus, und auch die Zahl der Bauern, die vor den Schrecken der dunklen Jahre flohen, nahm ab. Die Wirtschaft erholte sich langsam unter den Bedingungen der Erhaltung traditioneller Formen der Landwirtschaft, des stark kontinentalen Klimas und der geringen Bodenfruchtbarkeit in der Nichtschwarzerdegebiet - dem am weitesten entwickelten Teil des Landes.

Die Landwirtschaft blieb der führende Wirtschaftszweig.

Die Hauptwerkzeuge waren Hakenpflug, Pflug, Egge, Sichel. Vor allem im Norden des Landes dominierte die Dreifelderwirtschaft, aber es blieb auch das Rodeverfahren.

Gesät wurden Roggen, Hafer, Weizen, Gerste, Buchweizen, Erbsen und aus technischen Kulturen Flachs und Hanf.

Der Ertrag betrug 3-mal so viel, im Süden 4-mal so viel. Die Landwirtschaft hatte noch

einen natürlichen Charakter.

Unter diesen Bedingungen wurde das Wachstum der Produktionsmengen durch die Einbeziehung neuer Länder in den wirtschaftlichen Umsatz erreicht: Schwarzerdegebiet, Mittlere Wolga, Sibirien.

Festigung der Leibeigenschaft.

Im XVII. Jahrhundert kam es zu einer weiteren Zunahme des feudalen Grundbesitzes. Nach den turbulenten Ereignissen um die Wende vom XVI. zum XVII. Jahrhundert gab es eine Art Umverteilung des Landes innerhalb der herrschenden Klasse. Die neue Romanow-Dynastie stärkte ihre Position und nutzte die Verteilung von Land an den Adel in großem Umfang. In den zentralen Regionen des Landes verschwand praktisch der Grundbesitz der Kleinbauern. Der adelige Landbesitz ist weit in die Wolgaregion eingedrungen und bis zum Ende des XVII. Jahrhunderts in die entwickelten Gebiete des Wilden Feldes.

Der Staat ging den Weg, die Bauern an ihre Besitzer zu binden.

1619 wurde erneut eine fünfjährige Suche angekündigt, und 1637 eine neunjährige Suche nach Flüchtlingen.

1642 wurde erneut ein Dekret über einen Zeitraum von zehn Jahren für die Suche nach Flüchtlingen und eine fünfzehnjährige Suche nach gewaltsam vertriebenen Bauern erlassen. Das Reichsgesetzbuch von 1649 schloss den Prozess der legalen Registrierung der Leibeigenschaft ab (da die Bedeutung des Reichsgesetzbuchs über diesen Rahmen hinausgeht und alle Aspekte des russischen Lebens definiert, siehe Einzelheiten im nächsten Kapitel).

Ein neues Phänomen in der Entwicklung der Wirtschaft im Vergleich zur vorhergehenden Zeit war die Stärkung ihrer Verbindung mit dem Markt. Adlige, Bojaren und insbesondere Klöster waren zunehmend an Handelsoperationen und Fischereitätigkeiten beteiligt. Der Handel mit Brot, Salz, Fisch, die Produktion für den Verkauf von Weinen, Leder, Kalk, Harz und Handwerksprodukte sind in einer Reihe von Stammgütern an der Tagesordnung.

Das Handwerk.

Im XVII. Jahrhundert entwickelte sich das Handwerk (Produktion für einen bestimmten Kunden) weiter zu einer Kleinserienproduktion. Dieser Prozess begann lange vor dem XVII. Jahrhundert, aber im XVII. Jahrhundert erhielt er Massencharakter.

Am Ende des XVII. Jahrhunderts gab es nicht weniger als 300 Städte in Russland. Die größte war Moskau, wo bis zu 200 Tausend Menschen lebten.

Es gab 120 spezialisierte Handelsmärkte.

Bis zum Ende des XVII. Jahrhunderts bildeten sich entsprechend den natürlichen und geographischen Gegebenheiten vor allem handwerkliche Produktionsgebiete.

Metallurgie- und Metallverarbeitungszentren wurden weiter ausgebaut: Tula-Serpuchow-Moskauer Bezirk, Ustjuschna-Schelesnopolskaja Bezirk (zwischen Nowgorod und Wologda), Zaonezhje.

Moskau, Twer, Kaluga und später die Region Nischni Nowgorod haben sich auf die Herstellung von Holzprodukten (Geschirr u. dgl.) spezialisiert.

Das Schmuckgeschäft florierte in Weliki Ustjug, Moskau, Nowgorod, Tichwin und

Nischni Nowgorod.

Das Land Nowgorod-Pskow, Moskau und Jaroslawl wurden zu bedeutenden Zentren für die Herstellung von Textilien; Flachs - Jaroslawl und Kostroma; Salze - Solwytshagodsk, Soligalitsch, Prikamje mit Solikamsk und ab der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhunderts - Salzseen der kaspischen Region. Nicht nur Städte, sondern auch eine Reihe von Dörfern (Pawlowo an der Oka, Iwanowo, Lyskowo, Muraschkino u.a.) werden zu Zentren der Handwerksproduktion.

Die einfache Warenproduktion wird erst dann kapitalistisch, wenn sie weit verbreitet ist und die Arbeit in eine Ware verwandelt wird.

Im Russland des XVII. Jahrhunderts hatten ähnliche Phänomene episodischen, vorübergehenden Charakter. Die aufkommenden Brennpunkte der freien Arbeit wurden von der Leibeigenschaft unterdrückt und hörten in der Regel bald auf zu existieren.

Manufaktur.

Die Entwicklung der Kleinproduktion bereitete die Grundlage für die Entstehung von Manufakturen. Die Manufaktur ist ein großes Unternehmen, das auf Arbeitsteilung und handwerklicher Technik basiert. Im XVII. Jahrhundert gab es in Russland etwa 30 Manufakturen.

Die ersten staatlichen Manufakturen entstanden bereits im XVI. Jahrhundert. (Kanonengießwerkstatt, Münzprägwerkstatt). Im XVII. Jahrhundert wurden Metallwerke im Ural und im Tula-Gebiet errichtet, Lederfabriken in Moskau und Kasan, Tuchmachereien (Textilien) in Moskau.

Normalerweise wird die erste private Manufaktur als die 1631 erbaute Kupferhütte Nitsinsky im Ural angesehen.

Da es im Land keine freien Arbeiter gab, begann der Staat, die Bauern den Fabriken zuzuschreiben, und später (1721) erlaubte er ihnen, Bauern in die Fabriken zu erkaufen. Die zugewiesenen Bauern mussten ihre Steuern in einer Fabrik oder einem Werk zu bestimmten Sätzen an den Staat abrechnen.

Der Staat unterstützte die Eigentümer von Unternehmen mit Land, Wald und Geld. Die mit Unterstützung des Staates gegründeten Fabriken wurden später „Besitzende Bauern“ (vom lateinischen Wort *possessio* (Besitz) - Landpachtbesitz) genannt.

Der Handel. Der Beginn der Bildung des gesamtrussischen Marktes.

Im XVII. Jahrhundert nahm die Rolle und Bedeutung der Kaufleute im Leben des Landes zu. Von großer Bedeutung waren die ständig versammelten Messen: Makarjewskaja bei Nischni Nowgorod, Swenskaja bei Brjansk, Irbitskaya in Sibirien, Archangelsk-Messe usw., wo die Händler damals einen großen Groß- und Einzelhandel betrieben.

Mit der Entwicklung des Binnenhandels wuchs auch der Außenhandel. Bis zur Mitte des Jahrhunderts profitierten ausländische Kaufleute vom Außenhandel und exportierten Holz, Pelze, Hanf, Pottasche usw. aus Russland. Es genügt zu sagen, dass die englische Flotte aus russischem Holz gebaut wurde und die Seile für ihre Schiffe aus russischem Hanf bestanden.

Das Zentrum des russischen Handels mit Westeuropa war Archangelsk.

Hier gab es englische und niederländische Handelsplätze.

Über Astrachan, wo sich die indischen und persischen Handelshöfe befanden, wurden

enge Beziehungen zu den Ländern des Ostens hergestellt. Die russische Regierung unterstützte das wachsende Kaufmannswesen. Im Jahre 1667 wurde die Neue Handelsordnung herausgegeben, die die Bestimmungen der Handelsordnung von 1653 weiterentwickelte. Die neuen Handelsbestimmungen erhöhten die Zölle auf ausländische Waren. Ausländische Händler durften nur in Grenzhandelszentren Großhandel betreiben.

Im XVII. Jahrhundert weitete sich der Warenaustausch zwischen den einzelnen Regionen des Landes erheblich aus, was den Beginn der Bildung des gesamtrussischen Marktes anzeigte. Es begann der Zusammenschluss einzelner Länder zu einem einheitlichen Wirtschaftssystem. Wachsende Wirtschaftsbeziehungen stärkten die politische Einheit des Landes.

Die soziale Struktur der russischen Gesellschaft.

Die Oberschicht des Landes waren die Bojaren, unter denen sich viele Nachkommen der ehemaligen Groß- und Apanagefürsten befanden. Ungefähr hundert Bojarenfamilien besaßen Güter, dienten dem Zaren und bekleideten führende Positionen im Staat. Gegen Ende des XVII. Jahrhunderts verloren die Bojaren mehr und mehr an Macht und näherten sich dem Adel an.

Die Adligen bildeten die obere Schicht der Staatsdiener im Vaterland. Sie besaßen die Güter nach dem Erbrecht für den Fall, dass die Kinder nach ihren Eltern weiter dienten.

Der Adel verstärkte seine Position am Ende der Zeit der Wirren erheblich und wurde zur Stütze der zaristischen Macht. Zu dieser Schicht von Feudalherren gehörten sowohl Personen, die am königlichen Hof dienten (Truchsesse, Hofbeamte, Moskauer Adlige und Einwohner), als auch städtische, d.h. Provinzadlige und Kinder der Bojaren.

Zu den unteren Schichten der Staatsdiener gehörten die Staatsdiener nach Gerät oder Auslese. Dazu gehörten Schützen, Kanoniere, Kutscher, Dienstkosaken, staatliche Handwerker u. dgl.

Die ländliche Bauernbevölkerung bestand aus zwei Hauptkategorien. Bauern, die auf dem Land ihres Stammgutes und Gutshofs lebten, wurden als Eigentümer oder Privatbesitzer bezeichnet. Sie führten Frondienste aus (eine Reihe von Pflichten) zu Gunsten des Staates und ihres Feudalherrn. Der Grundherr erhielt das Recht, für seine Bauern vor Gericht zu erscheinen, er hatte auch das Recht auf ein Patrimonialgericht über die Bevölkerung seines Gutes. Der Staat behielt sich das Recht vor, nur die schwersten Verbrechen vor Gericht zu bringen. Klosterbauern belegten den Platz nahe der Privatbauern.

Eine weitere große Kategorie der Bauernbevölkerung war die freie Kleinbauernschaft. Sie lebte am Rande des Landes (Nord-Pomorje, Ural, Sibirien, Süden), vereint in Gemeinschaften.

Die freien Kleinbauern hatten kein Recht, ihr Land zu verlassen, wenn sie keinen Ersatz fanden. Sie brachten Steuern zugunsten des Staates. Ihre Position war einfacher als die der Privateigentümer. „Einfache Länder“ konnten verkauft, verpfändet, vererbt werden.

Die mittlere Position zwischen den freien Kleinbauern und den privaten Bauern wurde

von Palastbauern belegt, die den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Zarenhofes dienten.

Sie hatten Selbstverwaltung und waren den Palastkommis unterstellt.

Die Spitze der Stadtbevölkerung bildeten die Kaufleute. Die reichsten von ihnen (im Moskau des XVII. Jahrhunderts gab es etwa 30 solcher Personen) wurden auf Befehl des Zaren zu „Gästen“ erklärt. Viele wohlhabende Kaufleute schlossen sich zu zwei Moskauer Hundertschaften zusammen – „Wohnzimmer“ und „Tuche“.

Der Großteil der Stadtbevölkerung wurde Vorstädter genannt.

Sie schlossen sich zu einer Gemeinschaft zusammen. Die Bourgeoisie hat sich in den Städten noch nicht entwickelt. In vielen Städten Russlands dominierten Militärs und ihre Familien unter der Bevölkerung, und Großgrundbesitzer spielten eine entscheidende Rolle im Stadtleben.

Stadthandwerker vereinigten sich zu beruflichen Gruppen in Vorstädten und Hundertschaften.

Sie führten Frondienst aus - Dienste zugunsten des Staates, wählten ihre Ältesten und Amtmänner (einfache Vorstädter). Zusätzlich zu ihnen gab es in den Städten weiße Vorstädter, die den Bojaren, Klöstern und Bischöfen gehörten. Diese Vorstädter wurden „rein gewaschen“ (befreit) von der Ausführung des Frondienstes zum Nutzen des Staates.

Vor der Zeit Peters lebte eine beträchtliche Anzahl von Sklaven - Leibeigene - sowohl in städtischen als auch in ländlichen Gebieten. Die Voll- Leibeigenen waren Erbeigentum ihrer Herren. Die Schicht der unfreien Leibeigenen wurde aus der Zahl der zuvor freien Menschen gebildet, die in einen Sklavenzustand (Knechtschaft oder Schuldknechtschaft) verfallen waren. Unfreie Leibeigene dienten bis zum Tod des Gläubigers, es sei denn, sie übernahmen freiwillig eine neue Leibeigenschaft zugunsten des Erben des Verstorbenen.

Eine besondere Klasse war der Klerus. Sie bestand aus Bischöfen und Mönchen - schwarzer Klerus und Priestern - weißer Klerus.

Das Reichsgesetzbuch von 1649 verbot den Klöstern den Erwerb neuer Güter.

Freie und nicht leibeigene Menschen (freie Kosaken, Kinder von Priestern, Soldaten und Stadtbewohnern, angeheuete Arbeiter, wandernde Musiker und Gaukler, Bettler, Vagabunden) gehörten nicht zu Erbgütern, Gutshöfen oder städtische Gemeinschaften und brachten keine staatlichen Steuern. Von ihnen rekrutierten sich die Dienstleute am Gerät. Der Staat versuchte jedoch auf jede erdenkliche Weise, sie unter seine Kontrolle zu bringen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in Russland das feudale Leibeigenschaftssystem in allen Bereichen des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens des Landes dominierte.

Neue Phänomene in der Wirtschaft (der Beginn der Bildung des gesamtrussischen Marktes, das Wachstum der Kleinproduktion, die Gründung von Manufakturen, das Aufkommen von Großkapital im Handel und Geldverleih u. dgl.) wurden stark vom Leibeigenschaftssystem beeinflusst und kontrolliert. Und dies zu einer Zeit, als die am weitesten entwickelten Länder des Westens (Holland, England) bürgerliche

Revolutionen erlebten, während andere eine kapitalistische Wirtschaftsweise entwickelten, die auf persönlicher Freiheit und Privateigentum basierte.

Sogar W. O. Kljutschewski glaubte, dass das XVII. Jahrhundert „eine neue Periode der russischen Geschichte“ eröffne, und verbindet dies mit der Gründung einer neuen Dynastie nach den Zeiten der Wirren, neuen Grenzen, dem Sieg des Adels und der Leibeigenschaft, auf deren Grundlage sich sowohl die Landwirtschaft als auch die Industrie entwickelten.

Ein Teil der sowjetischen Historiker verband den Beginn der „neuen Periode“ zu Unrecht mit dem Aufkommen des Kapitalismus in Russland und dem Aufkommen bürgerlicher Beziehungen in der Wirtschaft des Landes. Ein anderer Teil von ihnen glaubte, dass das XVII. Jahrhundert die Zeit des „zunehmenden Feudalismus“ war und dass es in Russland bis zur zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts keine stabilen bürgerlichen Beziehungen und keine kapitalistische Wirtschaftsweise gab.

In den letzten Jahren ist es Mode geworden zu sagen, dass die russische Zivilisation zwischen Ost und West abzudriften scheint und durch die Aufnahme westeuropäischer Erfahrungen modernisiert wird.

Es scheint richtiger zu sein, nach einer Antwort zu suchen, um zu erklären, welche Merkmale dem russischen historischen Prozess im Rahmen der globalen Gesetze zur Entwicklung der menschlichen Zivilisation innewohnen.

Achten wir auf die Rolle des naturgeografischen Faktors in unserer Geschichte. Ein stark kontinentales Klima, eine kurze landwirtschaftliche Saison unter Bedingungen einer extensiven Landwirtschaft bestimmten ein relativ kleines, soziales Gesamtüberschussprodukt.

Das riesige, aber dünn besiedelte und unterentwickelte Gebiet Russlands mit einer multinationalen ethnischen Zusammensetzung, die an verschiedenen religiösen Konfessionen festhält, entwickelte sich im Kontext eines anhaltenden Kampfes gegen externe Bedrohungen, von denen die letzte ausländische Intervention während der Jahre der Wirren war, langsamer als die Länder des Westens. Die Entwicklung des Landes wurde auch durch den fehlenden Zugang zu den eisfreien Meeren beeinträchtigt, was zu einem der Ziele der Außenpolitik wurde.

DIE INNEN- UND AUßENPOLITIK RUSSLANDS IM 17. JH. „REBELLISCHES“ JAHRHUNDERT

Zar Michail Fjodorowitsch.

Am 11. Juli 1613 wurde der erste russische Zar aus der Romanow-Dynastie, Michail (1613-1645), zum Zaren gekrönt. Der junge und unerfahrene Zar brauchte angesichts des Ruins des Landes Unterstützung. In den ersten 10 Jahren seiner Regierungszeit traf sich der Semski Sobor fast ständig. Die entscheidende Rolle in der Führung des Staates spielten zunächst die Zarenmutter und seine Verwandten mütterlicherseits - die Saltykow-Bojaren, die von ihren Zeitgenossen respektiert wurden. 1619 kehrte Michaels Vater, nach dem Waffenstillstand von Deulino, aus der polnischen Gefangenschaft zurück. In Moskau wurde Filaret zum Patriarchen von Moskau und ganz Russland und zum großen Herrscher ernannt. Bis zu seinem Tod im Jahr 1633 regierte er, ein intelligenter und mächtiger Politiker, mit seinem Sohn das Land.

Die Hauptaufgabe Russlands war die Wiederherstellung der zerstörten Wirtschaft, der inneren Ordnung und Stabilität des Landes sowie der Außenpolitik - die Rückgabe der in der Zeit der Wirren verlorenen Gebiete und die weitere Ausweitung des Territoriums des Landes.

Der Smolensker Krieg von 1632-1634.

1632 beschloss der Semski Sobor, das nach der Zeit der Wirren verloren gegangene Smolensk zurückzuholen. Erleichtert wurde diese Aufgabe durch den Tod des polnischen Königs Sigismund III. und die Wahl eines neuen Monarchen. Eine 30.000 Mann starke russische Armee mit 150 Kanonen belagerte Smolensk. Die Belagerung endete mit einem großen Rückschlag.

Doch auch der neue polnische König Wladislaw schaffte es nicht, einen Erfolg zu erzielen. Der Heerführer B. I. Schein, der die achtmonatige, erfolglose Belagerung Smolensks anführte und das Banner, den Tross und die Kanonen übergab, wurde hingerichtet.

Im Jahre 1634 wurde in der Nähe der Stadt Wjasma am Fluss Polyanovka ein Friedensvertrag unterzeichnet. Polen behielt die Gebiete Smolensk, Tschernigow und Nowgorod-Sewersk. Wladislaw, der den polnischen Thron bestieg, verzichtete auf den russischen Thron, zu dem er in der Zeit der Wirren von der Sieben-Bojaren-Regierung eingeladen worden war, und erkannte Michail Fjodorowitsch als Zaren an.

Asowsche Einnahme 1637.

1637 eroberten die Donkosaken auf eigene Initiative die türkische Festung Asow an der Donmündung.

Die Kosaken wandten sich an den Zaren mit der Bitte, Asow unter seine Herrschaft zu nehmen. Der Semski Sobor von 1642 brachte in dieser Frage keine Einigkeit zum Ausdruck. Es war klar, dass Russland einen schwierigen Krieg mit der Türkei und der Krim führen musste, aber dafür gab es keine Streitkräfte. Die Kosaken mussten Asow verlassen.

Zar Alexej Michailowitsch.

Alexej Michailowitsch (1645-1676) erhielt den Spitznamen „der Stille“.

Zu verschiedenen Zeiten gehörten zu seinen Vertrauten Bojar B. I. Morosow, Fürst N.

I. Odojewskij, Patriarch Nikon, A. F. Ordin-Naschtschokin und A. S. Matwejew, in den letzten Jahren der Vater der ersten Frau des Zaren I. D. Miloslawskij.

Der neue Zar war ein belesener Mann, besaß gute Gesundheit und einen fröhlichen Charakter, Frömmigkeit, war ein vorbildlicher Familienvater, liebte Luxus und Rituale. Aber er war aufbrausend und „lebhaft im Zorn“, obwohl er schnell wieder zu sich kam. Er mochte prächtige Ausflüge und die Jagd. Er schrieb sogar einen Aufsatz über die Regeln der Falknerei – „Der Sergeant des Falknerpfades“, der von Fachleuten sowohl als praktischer Leitfaden als auch als literarisches Werk hoch geschätzt wird.

Städtische Aufstände in der Mitte des Jahrhunderts.

In der Mitte des XVII. Jahrhunderts nahm der Steuerdruck zu. Die Staatskasse brauchte Geld sowohl für die Aufrechterhaltung des wachsenden Machtapparates, als auch im Zusammenhang mit einer aktiven Außenpolitik (die Kriege mit Schweden und Rzeczpospolita). Nach dem bildlichen Ausdruck von W. O. Kljutschewski „hat das Heer die Staatskasse ergriffen“. Die Regierung Zar Alexej Michailowitschs erhöhte die indirekten Steuern und den Salzpreis 1646 um das Vierfache. Die Erhöhung der Salzsteuer führte jedoch nicht zur Wiederauffüllung der Staatskasse, da die Zahlungsfähigkeit der Bevölkerung untergraben wurde. Die Salzsteuer wurde bereits im folgenden Jahr 1647 abgeschafft; es wurde beschlossen, die Zahlungsrückstände der letzten drei Jahre einzutreiben. Der gesamte Betrag der Steuer fiel auf die Bevölkerung der „einfachen“ Vorstädter, was bei den Bürgern Unzufriedenheit hervorrief. Im Jahre 1648 kam es zu einem offenen Aufstand in Moskau.

Anfang Juni 1648 erhielt Alexej Michailowitsch, der von einer Pilgerreise zurückkehrte, eine Petition der Moskauer Bevölkerung mit der Forderung, die egoistischsten Vertreter der zaristischen Regierung zu bestrafen. Die Forderungen der Stadtbewohner wurden jedoch nicht erfüllt, und sie begannen, Kaufmanns- und Bojarenhäuser zu zerschlagen. Mehrere große Würdenträger wurden getötet. Der Zar war gezwungen, den Bojaren B. I. Morosow, der an der Spitze der Regierung stand, aus Moskau auszuweisen. Mit Hilfe bestochener Strelitzen, die ihre Gehälter erhöhten, wurde der Aufstand niedergeschlagen.

Der Aufstand in Moskau, der als „Salzaufstand“ bezeichnet wurde, war nicht der einzige. Zwanzig Jahre lang (von 1630 bis 1650) fanden in 30 russischen Städten Aufstände statt: Weliki Ustjug, Nowgorod, Woronesch, Kursk, Wladimir, Pskow und sibirische Städte.

Das Reichsgesetzbuch von 1649.

„Aus Angst und Bürgerkrieg aller einfachen Leute“, wie Patriarch Nikon später schrieb, wurde der Semski Sobor einberufen. Seine Sitzungen fanden in den Jahren 1648-1649 statt und endeten mit der Annahme der Reichsverordnungen von Zar Alexej Michailowitsch. Es war der größte Semski Sobor der russischen Geschichte. An ihm nahmen 340 Personen teil, von denen die meisten (70%) dem Adel und der Spitze des Possads (*Vorstädter*) angehörten.

Das Reichsgesetzbuch bestand aus 25 Kapiteln und enthielt etwa tausend Artikel. Gedruckt in einer Auflage von 2 Tausend Exemplaren, war es das erste russische gesetzgebende Denkmal, das auf druckbare Weise veröffentlicht wurde, und blieb bis

1832 gültig.

Es wurde in fast alle europäischen Sprachen übersetzt.

In den ersten drei Kapiteln des Gesetzbuches ging es um Verbrechen gegen die Kirche und die zaristische Macht. Jede Kritik an der Kirche und Gotteslästerung wurde mit einem Brand auf dem Scheiterhaufen bestraft. Personen, die des Verrats beschuldigt wurden und die Ehre des Herrschers, sowie der Bojaren und Heerführer beleidigten, wurden hingerichtet. Denjenigen, die „in Mengen und verchwörerischer Absicht kommen und überlegen, wer ausgeraubt oder geschlagen wird“, wurde befohlen, „ohne Gnade hinzurichten“. Eine Person, die in Gegenwart des Zaren eine Waffe entblößte, wurde bestraft, indem man ihm die Hand abschnitt. Die Reichsverordnungen regelten die Erbringung verschiedener Dienstleistungen, das Lösegeld für Gefangene, die Zollpolitik und die Stellung verschiedener Bevölkerungsgruppen im Staat. Sie sahen den Austausch von Gütern vor, einschließlich des Austausches von Gütern gegen Stammgüter. Eine solche Transaktion musste bei der staatlichen Prikas registriert werden. Die Reichsverordnungen beschränkte das Wachstum des kirchlichen Grundbesitzes, was die Tendenz der Unterordnung der Kirche zum Staat widerspiegelte.

Der wichtigste Abschnitt der Reichsverordnungen war Kapitel XI „Das Gericht über die Bauern“: es wurde eine unbegrenzte Durchsuchung der entlaufenen und weggeholt Bauern eingeführt, bäuerliche Transfers von einem Besitzer zum anderen wurden verboten. Dies bedeutete die juristische Gestaltung des Leibeigenschaftssystems. Gleichzeitig mit den Bauern mit Privatbesitz wurde die Leibeigenschaft auf Kleinbauern und Palastbauern ausgedehnt, denen es verboten war, ihre Gemeinden zu verlassen. Im Fall einer Flucht, unterlagen sie auch einer permanenten Fahndung.

Kapitel XIX der Reichsverordnungen „Über die Bewohner der Vorstadt“ veränderte das Leben der Stadt. Die „weißen“ Vorstädte wurden aufgelöst, ihre Bevölkerung wurde in die Vorstadt einbezogen. Die gesamte Stadtbevölkerung musste Frondienst für den Herrscher leisten. Unter Todesstrafe war es verboten, von einer Vorstadt in eine andere zu ziehen und sogar Frauen aus einer anderen Siedlung zu heiraten, d.h., die Bevölkerung der Vorstadt wurde einer bestimmten Stadt zugeordnet. Die Stadtbewohner erhielten ein Handelsmonopol in den Städten. Die Bauern hatten nicht das Recht, Geschäfte in den Städten zu führen, sondern konnten nur mit Karren und in Handlungsgassen handeln.

Somit war die gesamte steuerpflichtige Bevölkerung des Landes entweder an das Land oder wie in den Städten an die Vorstadt gebunden. Die Leibeigenschaft erhielt die legale Registrierung.

Außenpolitische Aufgaben.

Mitte des XVII. Jahrhunderts konnte sich Russland, nachdem es die Wirtschaft wiederhergestellt hatte, auf die Lösung außenpolitischer Aufgaben konzentrieren. Im Nordwesten war das Hauptanliegen die Rückkehr des Ausgangs zur Ostsee. Im Westen bestand die Aufgabe darin, die während der Zeit der Wirren verlorenen Länder Smolensk, Tschernigow und Nowgorod-Nord zurückzugewinnen. Die Lösung dieses Problems wurde im Zusammenhang mit dem Kampf der ukrainischen und belarussischen Völker um die Wiedervereinigung mit Russland verschärft. Im Süden musste Russland ständig die unaufhörlichen Überfälle des Krimkhans - eines Vasallen

der mächtigen Türkei - abwehren.

Die Krimtataren wurden erst in der ersten Hälfte des XVII. Jahrhunderts gefangen genommen und in die Sklaverei verkauft. 150 - 200 Tausend Menschen.

Ukraine und Russland am Vorabend des Befreiungskampfes 1648-1654

Laut der Union von Lublin (1569), die Polen und Litauen zu einem einzigen Staat vereinigte - der Polnisch-Litauische Staatenbund (*Rzeczpospolita*) -, gehörten auch Belarus und der größte Teil der Ukraine dazu. Die Bevölkerung der Ukraine und Belarus erlebte eine dreifache Unterdrückung: Leibeigenschaft, nationale und religiöse Unterdrückung.

Die Leibeigenschaft in Polen wurde in der Mitte des XVI. Jahrhunderts gesetzlich verankert (1557). Wie Zeitgenossen feststellten, war die Situation der polnischen Bauern die schwierigste in Europa. Nach der Vereinigung mit Litauen übertrugen die polnischen Magnaten die Leibeigenschaft in die ukrainischen und belarussischen Länder. Die abhängigen Bauern der polnischen Pans wurden Arbeitstier genannt (Vieh). Polnische Ordnungen und Traditionen wurden verstärkt aufoktroiert. 1596 wurde in Brest eine Vereinigung (Union) zwischen orthodoxen und katholischen Kirchen abgeschlossen, wonach die orthodoxen Riten in der Ukraine und in Belarus erhalten blieben. Aber der Papst wurde zum Oberhaupt der Vereinigten Kirche proklamiert. Der größte Teil des orthodoxen Adels erkannte die Union an. Zusammen mit der unierten Kirche wurde ein orthodoxer Amtsbereich gegründet. 1620 kam der Patriarch von Jerusalem Theophan in die Ukraine und setzte dort orthodoxe Priester ein.

Der orthodoxe Metropolit von Kiew und Galizien war Petro Mohyla (1632-1646), der einen großen Beitrag zur Entwicklung von Kultur und Bildung in der Ukraine leistete.

Das Zentrum des Kampfes für die Bewahrung der ukrainischen nationalen Identität sind Burschenschaften geworden - öffentliche Bildungsorganisationen, die in Lwiw, Luzk, Kiew und anderen Städten entstanden sind. 1632 gründete Petro Mohyla das Kiew-Mohyla-Kolleg (ab 1701 - Akademie) im Kiewer Höhlenkloster - die erste Hochschuleinrichtung in der Ukraine.

Soziale und nationale Widersprüche, die durch religiöse Unterdrückung verstärkt wurden, führten zu massiven Demonstrationen der Bevölkerung der Ukraine und in Belarus, die in der zweiten Hälfte des XVI. bis frühen XVII. Jahrhunderts stattfanden. In den 30 - 40er Jahren des XVII. Jahrhunderts kam es zu einer Abnahme dieses Kampfes. Polnische Pans nannten diese Periode „Zeit der goldenen Ruhe“.

Saporoshskaja Setsch.

(Zusammenschluss Saporoger Kosaken)

Die Saporoshskaja Setsch wurde zum Zentrum des Kampfes gegen ausländische Unterdrücker in den 40 - 50er Jahren des XVII. Jahrhunderts. Sein Kern war die Insel Chortiza (heute Teil von Saporoshje).

Um sich vor den Überfällen der Krimtataren zu schützen, bauten die Kosaken hier, jenseits der Stromschnellen der Dnjepr, ein spezielles Befestigungssystem aus gefällten Bäumen – „Baumsperrung“ (daher der Name dieses Gebiets). Hier, im Unterlauf des Dnjepr, nahm eine Art Kosakenrepublik Gestalt an, eine freie Militärbruderschaft, angeführt von gewählten Lagerkommandeuren und Lagerkommandanten.

Rzeczpospolita (*Polen*), die die Kosaken auf ihre Seite ziehen wollte, begann, spezielle Listen - Register - zu erstellen. Der im Register eingetragene Kosake wurde als eingetragener bezeichnet, wurde in den Dienst des polnischen Königs gestellt und erhielt ein Gehalt. In Übereinstimmung mit der festgelegten Ordnung stand der Hetman an der Spitze der Saporoger-Armee.

Bogdan Chmelnizki.

Im Jahr 1648 wurde Bogdan Chmelnizki zum Hetman der Saporoshskaja Setsch gewählt, der die traditionellen Zeichen der Macht erhielt: einen Streitkolben, einen Hetmansstab und ein Militärsiegel. B. Chmelnizkis Vater war ein Kosakenführer. Chmelnizki erhielt zu dieser Zeit eine gute Ausbildung in Kiew und Lemberg, sprach Polnisch, Latein und Türkisch (letzteres lernte er in der Türkei, wo er zwei Jahre in Gefangenschaft war).

B. Chmelnizki (ca. 1595-1657) zeigte sich früh als talentierter Führer.

Die Kosaken wählten ihn zum Militärschreiber (einer der wichtigsten in der Saporoshskaja Setsch).

Er hat mehrmals an Botschaften an den polnischen König teilgenommen.

Es gibt Informationen über die Versuche des polnischen Adels, B. Chmelnizki aus der politischen Arena zu entfernen: einer der Adligen versuchte, ihn mit einem Schwertschlag von hinten zu töten, und nur ein Eisenhelm rettete B. Chmelnizki vor dem Tod.

Wie viele andere Bewohner der Ukraine erlebte B. Chmelnizki die Grausamkeit und Ungerechtigkeit ausländischer Despoten.

So überfiel der polnische Schlachtschütz Chaplinsky das Gehöft von B. Chmelnizki, plünderte das Haus, brannte die Imkerei und die Scheune nieder, prügelte seinen zehnjährigen Sohn zu Tode und schaffte seine Frau weg. 1647 widersetzte sich B. Chmelnizki offen der polnischen Regierung.

B. Chmelnizki verstand, dass der Kampf gegen Rzeczpospolita (*Polen*) eine enorme Kraftanstrengung erfordern würde, und befürwortete daher von den ersten Schritten seiner Tätigkeit an ein Bündnis mit Russland, indem er in ihm einen loyalen Verbündeten der Ukraine sah. Zu dieser Zeit tobten in Russland jedoch städtische Aufstände, und außerdem war es noch nicht stark genug, um mit Rzeczpospolita in Konfrontation zu treten. Daher beschränkte sich Russland zunächst darauf, der Ukraine wirtschaftliche und diplomatische Unterstützung zu gewähren. Unter diesen Bedingungen ging B. Chmelnizki ein Bündnis mit dem Krim-Khan Mengli-Girej ein, sicherte sich damit vom Süden ab und beraubte den polnischen König eines möglichen Verbündeten.

Der Vertrag von Sboriw (1649).

Im Frühjahr 1648 brach die Armee B. Chmelnizkis vom Saporoshskaja Setsch aus auf. In der Schlacht von Schowti Wody zerstörten seine Truppen die Vorhut der polnischen Truppen.

Bald, in der Hauptschlacht bei Korsun, wurden auch ihre Hauptkräfte völlig besiegt. Das Heer B. Chmelnizkis erreichte Lwiw (*Lemberg*) und Zamość. Der Mangel an Munition und Nahrungsmitteln sowie der Ausbruch der Pestepidemie zwangen B.

Chmelnizki jedoch, umzukehren.

Im Dezember 1648 marschierten seine Truppen feierlich in Kiew ein.

Nachdem Rzeczpospolita die allgemeine Mobilisierung der Schlachtschitzen angekündigt hatte, bewegte es seine Truppen gegen die Armee B. Chmelnizkis. Im Sommer 1649 besiegte B. Chmelnizki in der Nähe von Sboriw (Karpatenvorland) die polnische Armee, die nur dank des Verrats des Krimkhan vor dem endgültigen Tod gerettet wurde. Die polnische Regierung war gezwungen, den Vertrag von Sboriw abzuschließen.

Im Rahmen dieses Abkommens erkannte Rzeczpospolita B. Chmelnizki als Hetman der Ukraine an. Drei Woiwodschaften ergaben sich unter seiner autonomen Herrschaft: Kiew, Tschernigow und Bratslawsk, wo die Stationierung polnischer Truppen verboten war. Das Register der Hetman-Truppen wurde auf 40.000 Personen festgelegt. Nur Orthodoxen konnten in den drei Woiwodschaften in Ämter berufen werden. Der Metropolit von Kiew begann, im Sejm der Rzeczpospolita zu sitzen. Den polnischen Grundherren wurde jedoch das Recht eingeräumt, auf ihr Land zurückzukehren.

Friedensvertrag von Belotserkov (1651).

Der Vertrag von Sboriw erwies sich als vorübergehender Waffenstillstand. 1650 begannen die Feindseligkeiten wieder erneut. Zu diesem Zeitpunkt war ein neuer Aufschwung im Befreiungskampf des ukrainischen Volkes deutlich zu erkennen. Im Sommer 1651 begegneten sich die überlegenen Kräfte der polnischen Magnaten mit den Truppen von B. Chmelnizki in der Nähe von Berestetschko (Fluss Styr in Volyn). Den Polen gelang es erneut, den Krim-Khan zu bestechen. Er zog seine Truppen aus der Schlacht zurück und hielt B. Chmelnizki fest, der versuchte, den Khan davon zu überzeugen, die Schlacht fortzusetzen. Die Niederlage bei Berestetschko und die Zerschlagung einzelner Aufstände von Strafexpeditionen zwangen B. Chmelnizki, unter schwierigen Bedingungen einen Frieden in Bila Zerkwa (*Belotserkov*) zu schließen.

Nach dem Friedensvertrag von Belotserkov blieb nur eine Woiwodschaft unter der Herrschaft von B. Chmelnizki - Kiew. Das Register wurde um die Hälfte reduziert - auf 20 Tausend Personen. Nach wie vor hatten die polnischen Schlachtschitzen das Recht, auf ihre Ländereien zurückzukehren, die Bauern mussten weiterhin das Joch der Leibeigenen tragen. Die Flucht von Kosaken und Bauern in die Moskauer Grenzgebiete nahm zu. Am Oberlauf von Siwerskyj Donez und Oskol (Charkow, Sumy, Isjum, Achtyrka u. a.) entstand die Sloboda-Ukraine.

Perejaslawkaer Rada (1654).

Als Reaktion auf den in Bila Zerkwa (*Belotserkov*) geschlossenen Vertrag gab es massenhafte Volksdemonstrationen, die mit besonderer Wucht über den Dnjepr fegten. Der arrogante polnische Adel billigte den Friedensvertrag von Belotserkov nicht. Der Krieg hat wieder begonnen. Im Frühjahr 1652 besiegte Chmelnizki die polnische Armee in der Nähe von Batoh (am südlichen Bug) vollständig. Russland brauchte jedoch Hilfe, um die Ukraine endgültig von der Herrschaft Rzeczpospolitas (*Polens*) zu befreien. Die Entscheidung, dem Hetman Hilfe zu leisten, wurde 1653 vom Semski Sobor getroffen.

Am 1. Oktober 1653 wurde Polen der Krieg erklärt. Eine Botschaft unter der Leitung von Bojar Buturlin reiste in die Ukraine. In der Stadt Perejaslawl (heute Perejaslaw-

Chmelnizki) fand am 8. Januar 1654 ein Rada (Rat) statt. Die Ukraine wurde in den russischen Staat aufgenommen. Russland erkannte die Wahl des Hetmans, des örtlichen Gerichts und anderer Behörden an, die während des Befreiungskrieges entstanden waren. Die zaristische Regierung bestätigte die Standesrechte des ukrainischen Adels. Die Ukraine erhielt das Recht, diplomatische Beziehungen zu allen Ländern, außer Polen und der Türkei, aufzunehmen und Truppen von bis zu 60.000 Personen zu registrieren. Steuern müssen an den zaristischen Staatshaushalt gelangen.

Die Wiedervereinigung der Ukraine mit Russland war von großer historischer Bedeutung. Sie befreite die Menschen in der Ukraine von nationaler und religiöser Unterdrückung, bewahrte sie vor der Gefahr der Versklavung durch Polen und die Türkei, trug zur Bildung der ukrainischen Nation bei, führte zu einer vorübergehenden Schwächung der Leibeigenschaft in der Linksufrigen Ukraine (die Leibeigenschaft wurde in der Ukraine in der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts gesetzlich eingeführt).

Die Wiedervereinigung der Linksufrigen Ukraine mit Russland war ein wichtiger Faktor für die Stärkung der russischen Staatlichkeit. Dank ihr konnte Russland die Gebiete Smolensk und Tschernigow zurückgeben, was es ermöglichte, den Kampf um die Ostseeküste zu beginnen. Darüber hinaus eröffneten sich günstige Aussichten für den Ausbau der Beziehungen Russlands zu anderen slawischen Völkern und westlichen Staaten.

Russisch-polnischer Krieg von 1654 - 1667 und der russisch-schwedische Krieg von 1656 - 1658.

Rzeczpospolita hat die Wiedervereinigung der Ukraine mit Russland nicht anerkannt. Der russisch-polnische Krieg wurde unvermeidlich. Der Krieg war geprägt vom Erfolg der russischen und ukrainischen Truppen. Russische Truppen besetzten Smolensk, Belarus, Litauen; B. Chmelnizkij - Lublin, eine Reihe von Städten in Galizien und Wolyn. Schweden nutzte die Misserfolge Polens und begann militärische Operationen gegen Polen. Die Schweden nahmen Warschau und Krakau ein. Polen stand kurz vor dem Untergang. Unter den Bedingungen der „Königslosigkeit“, nach dem Tod von König Jan-Kasimir, erklärte Alexej Michailowitsch, der auf den königlichen Thron rechnete, Schweden den Krieg (1656-1658). Ein russisch-polnischer Waffenstillstand wurde geschlossen. Russische Truppen nahmen Dinaburg (Daugavpils), Derpt (Tartu) ein, belagerten Riga und besiegten die Schweden bei Gdow (1657). Alle Erfolge Russlands wurden jedoch durch den Verrat des ukrainischen Hetmanns I. Wygowski, der den 1657 verstorbenen B. Chmelnizki ersetzte, zunichte gemacht. I. Wygowski ging auf eine geheime Allianz mit Polen gegen Russland.

1658 wurde der russisch-schwedische Waffenstillstand für drei Jahre geschlossen, und 1661 – der Friede von Kardis (bei Tartu). Russland gab die während des Krieges eroberten Gebiete zurück. Das Baltikum blieb bei Schweden. Die Frage des Zugangs zur Ostsee blieb eine Priorität, das wichtigste außenpolitische Ziel.

Die Ukraine erlebte dramatische Ereignisse. Hetman I. Wygowski besiegte im Bündnis mit Polen und der Krim die zaristischen Truppen in der Nähe von Konotop (1659). Die Bevölkerung der Ukraine hat den Verräter nicht unterstützt. Der neue Hetman Juri Chmelnizki schloss Frieden mit Moskau, wechselte aber auch bald (1660) auf die Seite

des Königs. Und wieder unterstützten sowohl Saporoshje als auch die Linksufrige Ukraine keine antirussischen Aktionen. 1662 verzichtete Juri Chmelnizki auf die Rolle des Hetmans und wurde Mönch.

Hetman der Linksufrigen Ukraine wurde aus dem Saporoger Kosakenlager der Ataman I. Brjuchowezyj, der auch die Ukraine von Russland trennen wollte (1668 von Kosaken getötet). In der Rechtsufrigen Ukraine befand sich ein Hetman, P. Doroschenko, der bereit war, sich dem türkischen Sultan zu ergeben, um sowohl Russland als auch Polen loszuwerden. Diese Jahre in der Ukraine wurden zu einer Zeit des Ruins („Ruine“) und der inneren Unruhen.

Der anstrengende, langwierige russisch-polnische Krieg endete 1667 mit der Unterzeichnung des Waffenstillstands von Andrussowo (bei Smolensk) für 13,5 Jahre. Russland verzichtete auf Weißrussland, behielt aber Smolensk und die Linksufrige Ukraine.

Kiew, das am rechten Ufer des Dnjepr liegt, wurde für zwei Jahre an Russland übergeben (nach dieser Zeit wurde es nie wieder zurückgegeben).

Saporoshje wurde von der Ukraine und Polen gemeinsam kontrolliert.

Der Kupferaufstand von 1662.

Die zermürbenden Kriege, die Mitte des XVII. Jahrhunderts in Russland geführt wurden, erschöpften die Staatskasse. Die Pest von 1654-1655, bei der Zehntausende Menschen ums Leben kamen, traf die Wirtschaft des Landes schmerzlich. Auf der Suche nach einem Ausweg aus der schwierigen finanziellen Situation begann die russische Regierung, eine Kupfermünze im Austausch gegen eine Silbermünze zum gleichen Preis zu prägen (1654). Acht Jahre lang wurde so viel Kupfergeld (einschließlich gefälschter Gelder) ausgegeben, dass es vollständig abgewertet wurde. Im Sommer 1662 wurden acht Kupferrubel für einen Silberrubel gegeben. Die Regierung sammelte Steuern in Silber, während die Bevölkerung Lebensmittel mit Kupfergeld verkaufen und kaufen musste. Die Gehälter wurden auch in Kupfergeld gezahlt. Die hohen Kosten für Brot und andere Produkte, die unter diesen Bedingungen entstanden, führten zu Hunger. Das verzweifelte Moskauer Volk erhob sich zum Aufstand.

Im Sommer 1662 zogen mehrere tausend Moskauer in die Landresidenz des Zaren - das Dorf Kolomenskoje.

Zar Alexej Michailowitsch ging auf die Veranda des Kolomna-Palastes hinaus und versuchte, die Menge zu beruhigen, die die meistgehassten Bojaren zur Vergeltung herausforderte. Wie ein Zeitgenosse der Ereignisse schreibt, „schlugen sie den König an den Händen“ und „hielten ihn an seinem Kleid, an seinen Knöpfen“.

Während der Verhandlungen brachte der vom Zaren entsandte Bojar I. N. Chowanski die regierungstreuen Strelitzenregimenter heimlich nach Kolomenskoje. Als die Strelitzen die zaristische Residenz durch das hintere Wirtschaftstor von Kolomenskoje betraten, gingen sie brutal mit den Rebellen um. Mehr als 7 Tausend Moskauer wurden getötet. Die Regierung war jedoch gezwungen, Maßnahmen zur Beruhigung der Massen zu ergreifen, und die Prägung von Kupfergeld wurde eingestellt, das wiederum durch Silbergeld ersetzt wurde. Der Aufstand in Moskau 1662 war einer der Vorläufer des neuen Bauernkrieges.

Wassili Usas Aufstand.

Eines der Hauptgebiete, auf das die flüchtigen Bauern zusteueren, war der Don. Hier an der südlichen Grenze Russlands lautete das Prinzip: „Keine Auslieferung vom Don.“ Bei der Verteidigung der Grenzen Russlands führten die Don-Kosaken oft erfolgreiche Feldzüge (so genannte „Zipun (*halb-Kaftan*) - Feldzüge“) gegen die Krim und die Türkei durch und kehrten mit reicher Beute zurück. In den Jahren 1658 - 1660 blockierten Türken und Krimtataren den Zugang zum Asowschen und Schwarzen Meer: An der Mündung des Don wurden zwei Türme gebaut, die den Fluss mit dazwischen gespannten Ketten blockierten. Die Küste des Kaspischen Meeres wurde zum Angriffsobjekt der Kosaken.

1666 unternahm eine Abteilung von 500 Kosaken unter der Führung von Ataman Wassili Us einen Feldzug vom Don über Woronesch nach Tula. Die Kosaken, die ihren Lebensunterhalt im Militärdienst verdienen wollten, gingen nach Moskau, um der Regierung im Zusammenhang mit dem Krieg zwischen Russland und Polen ihre Dienste anzubieten. Im Laufe der Bewegung schlossen sich Bauern, die vor den Herren flohen, sowie Vorstädter der Abteilung an. Wassili Usas Abteilung wuchs auf 3.000 Mann an. Unter großen Schwierigkeiten zwangen die zaristischen Woiwoden mit Hilfe regulärer Truppen Wassili Us zum Rückzug an den Don. Viele der Teilnehmer an Wassili Usas Feldzug schlossen sich später der Rebellenarmee von Stepan („*Stenka*“) Rasin an.

Stepan („*Stenka*“) Timofejewitsch Rasin.

S. T. Rasin stammte aus dem Haus der Kosaken: wahrscheinlich gehörten seine Vorfahren in der ersten Generation zur Kosakenelite. Einer seiner Zeitgenossen berichtet: „Sein Aussehen (Rasin - *Autor*) war majestätisch, seine Haltung war edel, sein Gesichtsausdruck war stolz, er war groß, sein Gesicht war pockennarbig. Er hatte die Fähigkeit, Angst und Liebe zu vermitteln.“

S. T. Rasin kannte die Situation und die Bedürfnisse der Menschen gut. Er war mit der Kosakengesandtschaft in Moskau. Zweimal durchquerte er ganz Russland vom Don bis zu den Solowezki-Inseln im Weißen Meer. Er leitete einzelne Kosaken-Feldzüge. Es ist kein Zufall, dass zahlreiche Legenden, Lieder und Geschichten über die Persönlichkeit S. T. Rasins geschrieben wurden.

1667 eroberten die Golutwen (besitzlose) Kosaken unter der Führung von S. T. Rasin die Stadt Yaitsk (heute Uralsk) und machten sie zu ihrer Hochburg.

In den Jahren 1668 - 1669 überfielen sie die kaspische Küste von Derbent bis Baku und verwüsteten die Flotte des iranischen Schahs.

Mit reicher Beute kehrte S. T. Rasin und seine Truppe über Astrachan und Zarizyn (*Wolgograd*) zum Don zurück und ließen sich in der Stadt Kagalnizkaja nieder. Dieser Feldzug ging nicht über den üblichen Beutezug der Kosaken hinaus.

Der Aufstand von 1670-1671.

Im Frühjahr 1670 begann S. T. Rasin einen neuen Feldzug an die Wolga. Dieser Feldzug hatte offen regierungsfeindlichen Charakter. Leibeigene, Kosaken, Vorstädter, kleine Soldaten, Treidler und Arbeiter nahmen daran teil.

Neben den Russen und Ukrainern nahmen viele Vertreter der Völker der Wolga-Region an dem Feldzug teil: Tschuwaschen, Mari, Tataren, Mordowier u. a.

S. T. Rasins „wunderschöne (vom Wort „verlocken“) Briefe“ wurden unter dem Volk

verbreitet, die die Forderungen der Rebellen formulierten: die Woiwoden, Bojaren, Adligen und die Prikas-Angestellten auszurotten, „Verräter und weltliche Blutsauger auszuschalten“.

Wie ein ausländischer Zeitgenosse der Ereignisse schrieb, versprach S. T. Rasin „überall die Abschaffung der Sklaverei, die Befreiung vom Joch ... Bojaren oder Adel ...“ Unter den Rebellen war ein starker, naiver Monarchismus. Die Bauern glaubten an einen guten Zaren. Es ging das Gerücht um, dass gemeinsam mit S. T. Rasin, der Sohn von Zar Alexej Michailowitsch - Alexej (gestorben 1670) und der in Ungnade gefallene Patriarch Nikon angeblich nach Moskau gehen.

Im Frühjahr 1670 eroberte S. T. Rasin Zarizyn (*Wolgograd*). Um ihr Hinterland zu sichern, besetzten die Rasins im Sommer desselben Jahres Astrachan, dessen einfache Leute (*Posadbewohner*) den Rebellen die Stadttore öffneten. Die Armee der Rebellen zog die Wolga hinauf. Kampflos ergaben sich Saratow und Samara. Es sei darauf hingewiesen, dass die Rasins im Geiste dieser Zeit ihre Gegner nicht verschont haben - Folter, grausame Hinrichtungen, Gewalt „begleiteten“ ihre Aktionen während der Feldzüge. Während der langwierigen Belagerung von Simbirsk fand die höchste Begeisterung der Bewegung statt. Der Aufstand umfasste ein riesiges Gebiet - vom Unterlauf der Wolga bis nach Nischni Nowgorod und von Sloboda-Ukraine bis zum Gebiet östlich der Wolga.

Im Herbst 1670 inspizierte Zar Alexej Michailowitsch die adlige Miliz, und eine 30.000 Mann starke Armee brach auf, um den Aufstand zu unterdrücken.

Im Oktober 1670 wurde die Belagerung von Simbirsk aufgehoben, die 20.000 Mann starke Armee von S. T. Rasin besiegt und der schwer verwundete Anführer des Aufstands selbst in die Stadt Kagalnizkaja gebracht. Wohlhabende Kosaken täuschten S. T. Rasin und übergaben ihn der Regierung. Im Sommer 1671 wurde S. T. Rasin, der sich während der Folter tapfer hielt, auf dem Roten Platz in Moskau hingerichtet.

Bis zum Herbst 1671 kämpften getrennte Gruppen der Aufständischen gegen die zaristischen Truppen.

Nachdem die Regierung den Aufstand unterdrückt hatte, zwang sie die Don-Kosaken, einen Eid abzulegen, dass sie ihren zaristischen Feinden keinen Unterschlupf gewähren würden; und 1667 legten die Kosaken erstmals einen allen Untertanen gemeinsamen Treueeid auf den Zaren ab.

Die Kosaken widmeten dem Ackerbau immer mehr Aufmerksamkeit.

Der Aufstand von S. T. Rasin zwang die Regierung, nach Wegen zu suchen, um das bestehende System zu stärken.

Die Macht der Woiwodschaften in den Ortschaften wurde gestärkt, eine Reform des Steuersystems durchgeführt (ab 1679 auf Haushaltsbesteuerung umgestellt) und die Ausbreitung der Leibeigenschaft in den südlichen Außenbezirken des Landes verstärkt. Es drängte die Regierung zu Reformen, die Ende des XVII. - ersten Viertels des XVIII. Jahrhunderts durchgeführt wurden.

Nikons Kirchenreformen.

Die Kirchenreform wurde von der Notwendigkeit diktiert, die Disziplin, Ordnung und moralischen Grundlagen des Klerus zu stärken. Die Ausweitung der Beziehungen zur Ukraine und zu den orthodoxen Völkern des ehemaligen Byzantinischen Reiches

erforderte die Einführung derselben Kirchenrituale in der gesamten orthodoxen Welt. Die Verbreitung des Buchdrucks eröffnete die Möglichkeit, die Kirchenbücher zu vereinheitlichen.

Ende der 40er Jahre des XVII. Jahrhunderts wurde in Moskau ein Kreis von Eiferern der alten Gläubigkeit gebildet. Darunter waren prominente Kirchenpersönlichkeiten: der Beichtvater des Zaren, Stefan Wonifatjew, der Vorsteher der Kasaner Kathedrale auf dem Roten Platz, Johann, der Kammerherr des Zaren F. Rtischtschew, die prominenten Kirchenführer Nikon und Awwakum aus Nischni Nowgorod u. a.

Der Sohn des mordowischen Bauern Nikon (im weltlichen Leben Nikita Minin) machte eine schnelle Karriere. Nachdem er auf den fernen Solowezki-Inseln ein klösterliches Gelübde abgelegt hatte, wurde Nikon bald Abt (Oberhaupt) des Kozheezersky Klosters (Gebiet Kargopol). Nikon war durch Bekanntschaft und Freundschaft mit Zar Alexej Michailowitsch verbunden, dessen Unterstützung er lange genoss. Nikon wird Archimandrit des Moskauer Nowospasski-Klosters, der Familiengruft der Romanows. Nach einem kurzen Aufenthalt als Metropolit von Nowgorod (kurz während des Aufstands von Nowgorod 1650) wurde Nikon 1652 zum Moskauer Patriarchen gewählt.

Im Bestreben, die russische Kirche zum Zentrum der Weltorthodoxie zu machen, begann der mächtige und „strenge“ Patriarch Nikon eine Reform, um die Riten zu vereinheitlichen und die Einheitlichkeit des Gottesdienstes herzustellen. Die griechischen Regeln und Zeremonien wurden als Vorbild genommen.

Kirchenspaltung.

Die Reformen, die unter den Bedingungen der Unzufriedenheit des Volkes durchgeführt wurden, lösten Proteste eines Teils der Bojaren und Hierarchen der Kirche aus, die befürchteten, dass Veränderungen in der Kirche ihre Autorität im Volk untergraben würden. Es gab eine Spaltung in der russischen Kirche. Die Anhänger der alten Ordnung - die Altgläubigen - weigerten sich, Nikons Reform anzuerkennen und plädierten für eine Rückkehr zur Vorreformordnung.

Äußerlich beschränkten sich die Meinungsverschiedenheiten zwischen Nikon und seinen Gegnern, den Altgläubigen, unter denen der Erzpriester Awwakum auffiel, darauf, welche Modelle - griechisch oder russisch - zur Vereinheitlichung von Kirchenbüchern verwendet werden sollten. Der Streit zwischen ihnen bestand auch darin, wie man sich taufen lässt - mit zwei oder drei Fingern, wie man die Prozession macht - in Richtung der Sonne oder gegen die Sonne usw.

Die Spaltung wurde zu einer der Formen des sozialen Protests der Massen, die die Verschlechterung ihrer Situation mit der Reform der Kirche verbanden. Tausende Bauern und Bewohner der Vorstadt flohen, getragen von den leidenschaftlichen Predigten der Schismatiker, in den Norden von Pomorje, in die Wolga-Region, in den Ural, nach Sibirien, wo sie Siedlungen der Altgläubigen gründeten.

Der stärkste Protest gegen die Kirchenreform zeigte sich im Solowezki-Aufstand von 1668 - 1676.

Hier, in einem weit entfernten Kloster mit mächtigen Mauern und bedeutenden Lebensmittelvorräten, strömten die Reformgegner herbei. Viele Rasins haben hier Schutz gefunden. Im Jahre 1676 ließ ein Verräter die Truppen des Zaren durch ein geheimes Loch in das Kloster eindringen. Von den 600 Verteidigern der Festung

überlebten nur 50.

Die Anführer der Altgläubigen, Erzpriester Awwakum und seine Gleichgesinnten, wurden nach Pustosersk (Unterlauf der Petschora) verbannt und verbrachten 14 Jahre in einem Erdbunker, wonach sie lebendig verbrannt wurden. Seitdem haben sich Altgläubige oft einer „feurigen Taufe“ unterzogen - Selbstverbrennung als Reaktion auf die Ankunft des „Nikon-Antichristen“ in der Welt. Das Schicksal des Hauptfeindes der Altgläubigen, Patriarch Nikon, war ebenfalls tragisch. Nachdem der heilige Patriarch den Titel „großer Herrscher“ erreicht hatte, überschätzte er seine Stärke deutlich. 1658 verließ er demonstrativ die Hauptstadt und erklärte, er wolle kein Patriarch in Moskau sein, sondern Patriarch der Rus bleiben. Im Jahr 1666 enthob der Kirchenrat unter Beteiligung der Patriarchen von Alexandria und Antiochia, die von zwei anderen orthodoxen Patriarchen - dem Patriarchen von Konstantinopel und dem Patriarchen von Jerusalem - ermächtigt waren, Nikon von seinem Amt als Patriarch. Der Ort seines Exils war das berühmte Ferapontow-Kloster in der Nähe von Wologda. Bereits nach dem Tod von Alexej Michailowitsch kehrte Nikon aus dem Exil zurück und starb (1681) in der Nähe von Jaroslawl. Er ist im Wiederauferstehungs-Kloster Neu Jerusalem in der Nähe von Moskau (Istra) begraben, das selbst nach dem gleichen Plan wie die Heiligtümer Jerusalems gebaut wurde - Moskau wurde von Nikon als das wahre Zentrum des Weltchristentums angesehen.

Die ideologische Krise, die das religiöse Leben umgab, die anhaltende Unzufriedenheit der Menschen mit dem „rebellischen“ XVII. Jahrhundert und Veränderungen in der Welt verlangten von Russland, auf die Herausforderung der Zeit zu reagieren. Diese Antwort war Petrows Reform im ersten Viertel des XVIII. Jahrhunderts.

Kapitel 13 **RUSSISCHE KULTUR XIII. – XVII. Jh.**

Die mongolisch-tatarische Invasion und das Joch der Goldenen Horde verlangsamten das Tempo und den Entwicklungsverlauf des alten russischen Volkes. Viele tausend Menschen starben im Feuer der Invasion. Die überlebenden Handwerker wurden in die Sklaverei gebracht.

Ein Rückgang des Handwerks wurde beobachtet: die Fähigkeiten zur Herstellung von Schieferspindeln, Karneolperlenketten, Glasarmbändern, Amphoren-Tongefäßen und polychromen (vielfarbigen) Keramiken verschwanden. Der Steinbau wurde für ein halbes Jahrhundert eingestellt. Die Invasoren zerstörten viele architektonische Strukturen und vor allem die Stadtkathedralen, die in der Regel die letzten Befestigungen waren, in denen die Verteidiger russischer Städte den Angriff feindlicher Truppen abwehrten. Viele literarische Denkmäler sind verbrannt worden. Das Schreiben von Chroniken wurde wortkarg und in fast allen russischen Ländern (außer Nowgorod) unterbrochen.

Das hohe Niveau der russischen Kultur gab ihr die Möglichkeit, die schwierigste Zeit ihrer Geschichte zu überleben. Trotz der Schrecken der mongolischen Eroberung hat die russische Kultur ihren traditionellen Charakter bewahrt.

Eine große Rolle bei der Weitergabe von Traditionen und kulturgeschichtlichen Erfahrungen spielten Gebiete, die keiner militärischen Niederlage unterlagen, obwohl sie der Horde unterworfen waren (Pskow, Nowgorod).

Die mongolische Invasion hat die Verbindungen zwischen Teilen des Landes unterbrochen. Eine einzige altrussische Nation wurde zur Grundlage, auf der die großrussische (russische), belarussische und ukrainische Nationalität und ihre Kulturen gebildet wurden.

RUSSISCHE KULTUR XIII. – XVII. Jh.

In der russischen Kultur vom XIII. bis XV. Jahrhunderts lassen sich zwei Stufen deutlich erkennen. Die Schlacht von Kulikowo (1380) war ein innerer Abschnitt in der Entwicklung der Kultur des XIII. – XV. Jahrhunderts. Wenn die erste Stufe durch Stagnation und Niedergang nach dem schrecklichen Schlag der mongolischen Horden gekennzeichnet ist, dann beginnt nach 1380 ihr dynamischer Aufstieg, der sich als Beginn der Fusion der lokalen Kunstschohlen in einer gesamtmoskauer, gesamt-russischen Kultur verfolgen lässt.

Mündliche Volkskunst.

In der Zeit des Kampfes gegen die mongolischen Eroberer und die Goldene Horde gab der Appell an die Heldenepen und Legenden des Kiewer Zyklus, in denen leuchtende Farben die Schlachten mit den Feinden des alten Russlands beschrieben und die Heldentaten der Menschen verherrlichten, dem russischen Volk neue Kräfte. Die alten Heldenepen nahmen eine tiefe Bedeutung an und es begann ein zweites Leben. Neue Legenden (wie z.B. „Die Sage von der unsichtbaren Burg von Kitesch“ - der Stadt, die zusammen mit ihren tapferen Verteidigern, die sich ihren Feinden nicht ergaben und für sie unsichtbar wurden, auf den Grund des Sees ging), riefen das russische Volk auf, für den Sturz des verhassten Jochs der Goldenen Horde zu kämpfen. Das Genre der poetischen, historischen Lieder entsteht. Darunter ist „Das Lied des Schtschelkan Dudentjewitsch“, das vom Aufstand in Twer im Jahre 1327 erzählt.

Chronistentätigkeit.

In einer Zeit, in der sich die Wirtschaft erholte und ihr Aufstieg Gestalt anzunehmen begann, wurden Geschäftsunterlagen immer notwendiger. Die Verwendung von Papier anstelle von teurem Pergament begann im XIV. Jahrhundert. Die steigende Nachfrage nach Aufzeichnungen und das Aufkommen von Papier hat zu einer Beschleunigung des Schreibens geführt. Der „Ustav (*alle Buchstaben gleich groß*)“, in dem quadratische Buchstaben mit geometrischer Präzision und Feierlichkeit ausgeschrieben wurden, wurde durch Halburstav ersetzt - einen freieren und fließenderen Buchstaben aus dem XV. Jahrhundert, kursives Schreiben erscheint nahe am modernen Schreiben. In besonders wichtigen Fällen verwendeten sie neben Papier weiterhin Pergament, und nach wie vor wurden auf Birkenrinde verschiedene Arten von Entwurfs- und Alltagsaufzeichnungen angefertigt.

Wie bereits erwähnt, wurde in Nowgorod die Chronik auch während der mongolisch-tatarischen Invasion und des Jochs nicht unterbrochen. Am Ende des XIII. - Anfang des XIV. Jahrhunderts entstanden neue Zentren der Chronikschreibung. Ab 1325 wurden in Moskau Chronikaufzeichnungen geführt. Während der Zeit der Bildung des Einheitsstaates mit dem Zentrum in Moskau hat die Rolle der Chroniken zugenommen. Als Iwan III. auf einen Feldzug nach Nowgorod ging, nahm er nicht zufällig Diakon Stepan den Bärtigen mit: er konnte durchaus „nach den Chronisten von Nowgorods Schuld sprechen“, d.h. die Notwendigkeit des Anschlusses Nowgorods an Moskau

beweisen.

Im Jahr 1408 wurde die Allrussische Chronik, die so genannte Dreifaltigkeitschronik, erstellt, die im Moskauer Brand von 1812 unterging, und auf 1479 bezieht sich die Erstellung der Moskauer Chronik. Sie basieren auf der Idee der allrussischen Einheit, der historischen Rolle Moskaus bei der staatlichen Vereinigung aller russischen Länder, der Kontinuität der Traditionen von Kiew und Wladimir.

Das Interesse an der Weltgeschichte, der Wunsch, ihren Platz unter den Völkern der Welt zu bestimmen, haben zur Entstehung von Chronographen geführt - Werke zur Weltgeschichte. Die erste russische Chronographie wurde 1442 von Pachomi Logofet (*Serb*) zusammengestellt.

Historische Erzählungen.

Historische Erzählungen waren ein weit verbreitetes literarisches Genre dieser Zeit. Sie erzählten von den Aktivitäten realer historischer Figuren, spezifischen historischen Fakten und Ereignissen.

Die Geschichte war oft sozusagen Teil des Chroniktextes.

Die Geschichte „Über die Schlacht bei Kulikowo“, „Die Geschichte über die Verwüstung Rjasans durch Batu“ (sie erzählte von der Heldentat des Rjasaner Helden Jewpati Kolowrat), Geschichten über Alexander Newski u. a. waren vor dem Sieg von Kulikowo weithin bekannt.

Der glänzende Sieg Dmitri Donskois im Jahre 1380 widmet sich einem Zyklus historischer Novellen (zum Beispiel „Die Legende der Schlacht von Mamaev“). Sofoni Rjasan (*Sifoni von Brjansk*) schuf das berühmte pathetische Gedicht „Sadonschtschina“ nach dem Vorbild von „Worte über Igors Regiment“. Aber wenn das „Wort“ die Niederlage der Russen beschrieb, dann in „Sadonschtschina“ ihren Sieg.

In der Zeit der Vereinigung der russischen Länder um Moskau blühte das Genre der hagiographischen Literatur auf. Die begabten Schriftsteller Pachomi Logofet und Epiphany der Weise verfassten Biographien der größten kirchlichen Persönlichkeiten Russlands: Metropolit Peter, der das Zentrum der Metropole nach Moskau verlegte, Sergius von Radonesch - der Gründer des Dreifaltigkeits-Sergijew Klosters, der den großen Moskauer Fürsten im Kampf gegen die Horde unterstützte, mit dessen Namen die Herausbildung des russischen Nationalbewusstseins verbunden ist.

„Fahrt über drei Meere“ (1466-1472) des Twerer Kaufmanns Afanassi Nikitin ist die erste Beschreibung Indiens in der europäischen Literatur. Afanassi Nikitin machte seine Reise 30 Jahre vor der Eröffnung der Straße nach Indien durch den Portugiesen Vasco da Gama.

Die Architektur.

Früher als in anderen Ländern wurde der Steinbau in Nowgorod und Pskow wieder aufgenommen.

Unter Verwendung der früheren Traditionen bauten die Nowgoroder und Pskower Bürger Dutzende von kleinen Kirchen. Darunter befinden sich so bedeutende Denkmäler der Architektur und Malerei jener Zeit wie die Kirchen von Theodore Stratelates auf dem Bach (1361) und die Erlöserkirche in der Ijinstraße (1374) in Nowgorod, die Basilius-Kirche auf Gorka (*Hügel, kleiner Berg*) (1410) in Pskow. Eine Fülle von dekorativen Ornamenten an den Wänden, allgemeine Eleganz und Festlichkeit

sind charakteristisch für diese Gebäude. Die helle und unverwechselbare Architektur von Nowgorod und Pskow hat sich im Laufe der Jahrhunderte praktisch nicht verändert. Experten erklären diese Stabilität des architektonischen und künstlerischen Geschmacks durch den Konservatismus der Nowgoroder Bojaren, die ihre Unabhängigkeit von Moskau bewahren wollten. Daher liegt der Fokus hauptsächlich auf lokalen Traditionen.

Die ersten Steingebäude im Moskauer Fürstentum stammen aus dem XIV. - XV. Jahrhundert. Die uns erhaltenen Kirchen: die Mariä-Entschlafungs-Kathedrale (1400) und die Kathedrale des Sawwa-Storoschewskoj-Klosters (1405) in Swenigorod, die Dreifaltigkeitskathedrale des Dreifaltigkeits-Sergijew-Klosters (1422), die Kathedrale des Andronikow-Klosters in Moskau (1427) - setzten die Traditionen der Wladimir-Susdal-Architektur aus weißem Stein fort. Die gesammelten Erfahrungen ermöglichten es, den entscheidenden Auftrag des großen Moskauer Fürsten erfolgreich zu erfüllen - die Schaffung eines mächtigen Moskauer Kreml voller Größe, Würde und Stärke.

Die ersten weißen Steinmauern des Moskauer Kremls wurden 1367 unter Dmitri Donskoi errichtet.

Aber nach der Invasion Toktamischs im Jahre 1382 wurden die Befestigungen des Kremls schwer beschädigt. Ein Jahrhundert später endete der große Bau in Moskau unter Beteiligung der damals führenden italienischen Meister in Europa mit der Gründung des bis heute erhaltenen Ensembles des Moskauer Kremls Ende des XV. - Anfang des XVI. Jahrhunderts.

Das 27,5 Hektar große Gebiet des Kremls wurde durch eine rote Backsteinmauer geschützt, deren Länge 2,25 km erreichte, deren Wandstärke 3,5 - 6,5 m betrug und deren Höhe 5 - 19 m betrug. Gleichzeitig wurden im XV. Jahrhundert 18 von derzeit 20 Türmen errichtet. Die Türme hatten viereckspyramidenförmige Dächer. Der Kreml nahm einen Platz an der Spitze des Zusammenflusses des Neglinnaja -Flusses (jetzt in einem Sammelkanal eingeschlossen) mit der Moskwa ein. An der Seite des Roten Platzes wurde ein Wassergraben gebaut, der beide Flüsse verbindet. Der Kreml befand sich also sozusagen auf einer Insel. Er war eine der größten Festungen der Welt, erbaut nach allen Regeln der damaligen Festungswissenschaft.

Die Paläste des Großfürsten und des Metropoliten, Gebäude staatlicher Institutionen und Klöster wurden unter dem Schutz mächtiger Mauern errichtet.

Das Herz des Kremls ist der Kathedralenplatz, zu dem die Hauptkathedralen gehören; sein zentraler Bau ist der Glockenturm von Iwan dem Großen (der schließlich unter Boris Godunow fertiggestellt wurde und eine Höhe von 81 m erreicht).

In den Jahren 1475-1479 wurde die Hauptkathedrale des Moskauer Kremls, die Mariä-Entschlafungs-Kathedrale, erbaut. Der Bau der Kathedrale wurde von Pskower Meistern (1471) begonnen. Ein kleines „Beben“ (Erdbeben) in Moskau zerstörte die Mauern des Gebäudes. Die Errichtung der Kathedrale wurde dem begabten italienischen Renaissance-Künstler Aristotele Fioravanti übertragen. Als Vorbild diente ihm die Mariä-Entschlafungs-Kathedrale in Wladimir. In der Mariä-Entschlafungs-Kathedrale des Moskauer Kremls gelang es Fiorovanti, die Traditionen und Prinzipien der russischen Architektur (allen voran Wladimir-Susdal) und die fortschrittlichen technischen Errungenschaften der europäischen Architektur organisch zu verbinden. Die majestätische fünfkuppige Mariä-Entschlafungs-Kathedrale war das größte öffentliche Gebäude jener Zeit. Hier wurden die Zaren im Zarenreich gekrönt,

versammelte sich der Semski Sobor, die wichtigsten staatlichen Entscheidungen verkündet.

In den Jahren 1481-1489 errichteten die Pskower Meister die Verkündigungskathedrale - die Hauskirche der Moskauer Herrscher. Nicht weit davon entfernt, ebenfalls auf dem Kathedralenplatz, wurde unter der Leitung des Italieners Aloisio der Neue die Gruft der Moskauer Großfürsten errichtet - die Erzengelkathedrale (1505-1509).

Wenn der Grundriss des Gebäudes und seine Strukturen in der Tradition der altrussischen Architektur ausgeführt sind, ähnelt die äußere Dekoration der Kathedrale den Wanddekorationen venezianischer Paläste. Zur gleichen Zeit wurde der Facettenpalast gebaut (1487-1491). Er erhielt seinen Namen von den Facetten, die die Außenwände schmückten. Der Facettenpalast war Teil des Zarenpalastes, sein Thronsaal. Die fast quadratische Saal, deren Wände auf einer massiven viereckigen Säule ruhen, die in der Mitte errichtet wurde, erstreckt sich über eine Fläche von etwa 500 m² und hat eine Höhe von 9 m. Hier wurden dem Zaren ausländische Botschafter vorgestellt, Empfänge abgehalten und wichtige Entscheidungen getroffen.

Die Malerei.

Die Verschmelzung lokaler Kunstschulen mit der gesamtrussischen wurde auch in der Malerei beobachtet. Es war ein langer Prozess, dessen Spuren im XVI. und XVII. Jahrhundert festgestellt wurden.

Im XIV. Jahrhundert arbeitete in Nowgorod und Moskau der wunderbare Künstler Theophanes der Grieche, der aus Byzanz stammte. Die erhaltenen Fresken von Theophanes dem Griechen in der Erlöserkirche zu Nowgorod in der Ijlin-Straße zeichnen sich durch ihre außerordentliche Ausdruckskraft, den Ausdruck, die Askese, den erhabenen menschlichen Geist aus.

Theophanes der Grieche war in der Lage, emotionale Spannungen zu erzeugen, die mit starken langen Pinselstrichen und scharfen „Aufhellungen“ eine Tragik erreichten. Russische Leute kamen eigens, um die Arbeit von Theophanes dem Griechen zu betrachten. Die Zuschauer staunten, dass der große Meister seine Werke ohne ikonographische Muster malte.

Der höchste Aufstieg der russischen Ikonenmalerei ist mit der Werken eines Zeitgenossen des Griechen Theophanes verbunden - des brillanten russischen Künstlers Andrei Rubljow. Leider sind fast keine Informationen über das Leben des herausragenden Meisters erhalten.

Andrei Rubljow lebte um die Wende vom XIV. – XV. Jahrhundert. Sein Schaffen war inspiriert von dem bemerkenswerten Sieg auf dem Kulikowo-Feld, dem wirtschaftlichen Aufschwung der Moskauer Rus und dem wachsenden Selbstbewusstsein des russischen Volkes.

Philosophische Tiefe, innere Würde und Stärke, Ideen von Einheit und Frieden zwischen Menschen und Menschlichkeit spiegeln sich in den Werken des Künstlers wider. Die harmonische, weiche Kombination zarter, reiner Farben erzeugt den Eindruck von Integrität und Vollständigkeit seiner Bilder. Die berühmte „Dreifaltigkeit“ (aufbewahrt in der Tretjakow-Galerie), die zu einem der Höhepunkte der Weltkunst geworden ist, verkörpert die Grundzüge und Prinzipien der malerischen Art Andrei Rubljow. Die perfekten Bilder der „Dreifaltigkeit“ symbolisieren die Idee der Einheit von

Welt und Menschheit.

Von den Händen Andrei Rubljows gehören auch erhaltene Fresken der Mariä-Entschlafungs-Kathedrale in Wladimir, Ikonen vom Rang eines Swenigorod (aufbewahrt in der Tretjakow-Galerie) und der Dreifaltigkeitskathedrale in Sergijew Possad.

RUSSISCHE KULTUR DES XVI. Jhs.

Die religiöse Weltanschauung bestimmte noch immer das geistige Leben der Gesellschaft. Der Stoglawy Sobor (*Kirchenrat*) von 1551 spielte dabei eine wichtige Rolle. Er regulierte die Kunst, indem er Muster festlegte, denen man folgen sollte. Das Werk Andrei Rubljows wurde offiziell als Modell in der Malerei proklamiert. Es bedeutete jedoch nicht die künstlerischen Vorzüge seiner Malerei, sondern die Ikonographie - die Anordnung der Figuren, die Verwendung einer bestimmten Farbe usw. in jeder einzelnen Handlung und jedem Bild. In der Architektur wurde die Mariä-Entschlafungs-Kathedrale des Moskauer Kremls als Vorbild genommen, in der Literatur - die Werke von Metropolit Macarius und seinem Kreis.

Im XVI. Jahrhundert wurde die Bildung der großrussischen Nationalitäten vollendet. In den russischen Ländern, die Teil der vereinten Macht wurden, fand man immer mehr Gemeinsamkeiten in Sprache, Leben, Sitten, Gebräuchen u. dgl. Im XVI. Jahrhundert zeigten sich die säkularen Elemente in der Kultur spürbarer als zuvor.

Gesellschaftspolitischer Gedanke.

Die Ereignisse des 16. Jahrhunderts lösten in der russischen Publizistik eine Diskussion über viele Probleme der damaligen Zeit aus: über das Wesen und die Natur der Staatsmacht, über die Kirche, über Russlands Platz unter anderen Ländern usw.

Zu Beginn des XVI. Jahrhunderts wurde ein literarisch-publizistischer und historischer Aufsatz „Die Legende der großen Fürsten von Wladimir“ erstellt.

Dieses legendäre Werk begann mit der Geschichte über die große Sintflut.

Dann folgte eine Liste von Herrschern der Welt, unter denen der römische Kaiser Augustus herausragte.

Er schickte angeblich seinen Bruder Prus, der die Familie des legendären Rurik gründete, an die Weichselufer. Letzterer wurde als russischer Fürst eingeladen. Der Erbe von Prus, Rurik und folglich Augustus und der Kiewer Prinz Wladimir Monomach, erhielt vom Kaiser von Konstantinopel die Symbole der königlichen Macht - eine Kronenkappe und kostbare Schulterumhänge.

Iwan der Schreckliche, der aus der Verwandtschaft mit Monomach hervorging, schrieb stolz an den schwedischen König: „Wir sind verwandt mit Augustus Cäsar“. Laut Grosny setzte der russische Staat die Traditionen von Rom, Byzanz und Kiew fort.

Im kirchlichen Milieu wurde die These über Moskau - das dritte Rom - aufgestellt. Hier zeigte sich der historische Prozess als Veränderung der Weltherrschaft. Das erste Rom - die Ewige Stadt - starb wegen Häresie; das zweite Rom - Konstantinopel - wegen der Vereinigung mit den Katholiken; das dritte Rom - der wahre Hüter des Christentums - Moskau, das für immer bestehen wird.

Überlegungen zur Notwendigkeit, auf der Grundlage des Adels eine starke autokratische Macht zu schaffen, sind in den Werken von I. S. Pereswetow enthalten. Fragen nach der Rolle und Stellung des Adels in der Verwaltung des Feudalstaates spiegeln sich in der Korrespondenz Iwans IV. und des Fürsten Andrei Kurbski wider.

Chronistentätigkeit.

Im XVI. Jahrhundert entwickelte sich das Schreiben russischer Chroniken weiter. Zu den Werken dieses Genres gehört „Chronik des Beginns des Zarenreichs“, die die ersten Regierungsjahre Iwans des Schrecklichen beschreibt und die Notwendigkeit der Errichtung einer zaristischen Macht in Russland beweist. Ein weiteres wichtiges Werk dieser Zeit ist das „Das Stufenbuch der zaristischen Genealogie“. Porträts und Beschreibungen der Regierungszeit der großen russischen Fürsten und Metropoliten sind in 17 Stufen angeordnet - von Wladimir I. bis Iwan dem Schrecklichen. Diese Anordnung und Konstruktion des Textes symbolisiert die Unverletzlichkeit der Vereinigung von Kirche und Zar.

Mitte des XVI. Jahrhunderts erstellten Moskauer Chronisten eine riesige Sammlung von Chroniken, eine Art historische Enzyklopädie des XVI. Jahrhunderts - die sogenannte Nikon-Chronik (im 17. Jahrhundert gehörte sie dem Patriarchen Nikon). Eine der Listen in der Nikon-Chronik enthält etwa 16 Tausend Miniaturen - Farbillustrationen, für die sie als „Gesichtsgewölbe“ („Gesicht“ - Darstellung) bezeichnet wurde.

Neben den Chroniken wurden auch die historischen Geschichten über die damaligen Ereignisse weiterentwickelt. („Kasaner Einnahme“, „Über die Ankunft von Stefan Batory in der Stadt Pskow“ u. a.)

Neue Chronographen entstanden.

Die Säkularisierung der Kultur wird durch ein damals geschriebenes Buch belegt, das eine Vielzahl nützlicher Informationen und Anleitungen sowohl im spirituellen als auch im weltlichen Leben enthält – „Leitfaden für Haus und Hof“ (übersetzt als - Hauswirtschaft), dessen Autor als Sylvester gilt.

Beginn des Buchdrucks.

Als Beginn des russischen Buchdrucks gilt das Jahr 1564, als das erste russisch datierte Buch „Der Apostel“ veröffentlicht wurde. Es gibt jedoch sieben Bücher ohne genaues Erscheinungsdatum. Dies sind die sogenannten anonymen Bücher, die vor 1564 veröffentlicht wurden. Die Gründung der Druckerei wurde von einem der talentiertesten russischen Menschen des 16. Jahrhunderts, Iwan Fjodorow, durchgeführt. Die im Kremlin begonnenen Druckerarbeiten wurden in die Nikolskaja Straße verlegt, wo sie ein Sondergebäude für die Druckerei bauten. Zusätzlich zu den religiösen Büchern veröffentlichten Iwan Fjodorow und sein Assistent Peter Mstislawetz 1574 in Lwow (*Lemberg*) die erste russische Fibel – das „ABC-Buch“. Im gesamten XVI. Jahrhundert wurden in Russland nur 20 Bücher im Druck veröffentlicht. Das handgeschriebene Buch nahm im XVI. und XVII. Jahrhundert eine führende Stellung ein.

Die Architektur.

Eine der herausragenden Manifestationen des Aufblühens der russischen Architektur war der Bau von Kirchen mit Turmdächern. Kirchen mit Turmdächern haben keine Säulen im Inneren und die gesamte Masse des Gebäudes ruht auf dem Fundament. Die bekanntesten Denkmäler dieses Stils sind die Himmelfahrtskirche im Dorf Kolomenskoje, die zu Ehren der Geburt Iwan des Schrecklichen erbaut wurde, die Basilius-Kathedrale (Basilius der Selige) wurde zu Ehren der Einnahme Kasans erbaut.

Eine andere Richtung in der Architektur des XVI. Jahrhunderts war der Bau großer fünftürmiger Klosterkirchen nach dem Vorbild der Mariä-Entschlafungs-Kathedrale in Moskau. Ähnliche Kirchen wurden in vielen russischen Klöstern und als Hauptkathedralen - in den größten russischen Städten - errichtet. Die bekanntesten sind die Mariä-Entschlafungs-Kathedrale im Dreifaltigkeits-Sergijew-Kloster, die Smolensk-Kathedrale des Nowodewitschi-Klosters, Kathedralen in Tula, Wologda, Susdal, Dmitrow und anderen Städten.

Eine andere Richtung in der Architektur des XVI. Jahrhunderts war der Bau von kleinen steinernen oder hölzernen Possad-Kirchen (*Vorstadt-Kirchen*). Sie waren die Siedlungszentren, die von Handwerkern eines bestimmten Fachgebietes bewohnt wurden und einem bestimmten Heiligen gewidmet waren - dem Schutzpatron des jeweiligen Handwerks.

Im XVI. Jahrhundert wurde ein umfangreicher Bau von steinernen Kreml durchgeführt. In den 30er Jahren des XVI. Jahrhunderts war der Teil der Possads, der vom Osten an den Moskauer Kreml angrenzt, von einer Ziegelmauer namens Chinesenviertel umgeben (einige Historiker glauben, dass der Name vom Wort „Wall“ abstammt - eine Paarung von Stangen, die beim Bau von Festungen verwendet wurden, andere – dass er entweder vom italienischen Wort „Stadt“ oder vom Türkischen „Festung“ stammt). Die Mauer von Kitaj-Stadt schützte den Markt auf dem Roten Platz und den nahe gelegenen Vorstädten. Am Ende des XVI. Jahrhunderts baute der Architekt Fjodor Kon die weißen Steinmauern der neun Kilometer langen Weißen Stadt (der heutige Boulevardring). Dann wurde in Moskau eine 15 Kilometer lange Holzfestung auf dem Wall (der heutige Gartenring) gebaut.

Steinerne Wachtfestungen wurden in der Wolgaregion (Nischni Nowgorod, Kasan, Astrachan), in Städten südlich (Tula, Kolomna, Saraisk, Serpuchow) und westlich von Moskau (Smolensk), im Nordwesten Russlands (Nowgorod, Pskow, Isborsk, Petschory) und sogar im hohen Norden (Solowezkij-Inseln) errichtet.

Die Malerei.

Der größte russische Maler, der im späten XV. - frühen XVI. Jahrhundert lebte, war Dionysios. Zu den Werken seiner Hände gehören ein Freskengemälde der Geburtskathedrale des Ferapontow -Klosters in der Nähe von Wologda, eine Ikone mit Szenen aus dem Leben des Moskauer Metropoliten Alexej u. a. Dionysius' Gemälde zeichnen sich durch außergewöhnliche Helligkeit, Festlichkeit und Raffinesse aus, die er mit Techniken wie der Verlängerung der Proportionen des menschlichen Körpers und der Verfeinerung der Dekoration jedes Details einer Ikone oder eines Freskos erreicht hat.

RUSSISCHE KULTUR DES XVII. Jhs.

Im XVII. Jahrhundert beginnt die Entstehung des gesamtrussischen Marktes. Mit der Entwicklung des Handwerks und des Handels, dem Wachstum der Städte, dem Eindringen in die russische Kultur und dem weit verbreiteten Auftreten weltlicher Elemente sind mit ihm verbunden. Dieser Prozess hat in der Literatur den Namen „Säkularisierung“ der Kultur erhalten (vom Wort „säkular“ - weltlich).

Die Säkularisierung der russischen Kultur wurde von der Kirche abgelehnt, die darin einen westlichen, „katholischen“ Einfluss sah. Die Moskauer Herrscher des XVII. Jahrhunderts, die den Einfluss des Westens angesichts der in Moskau eintreffenden Ausländer begrenzen wollten, zwangen sie, sich weit entfernt von den Moskauern anzusiedeln - in einer eigens für sie vorgesehenen deutschen Siedlung (heute Baumanskaja-Straße). Doch neue Ideen und Bräuche drangen in das bestehende Leben der Moskauer Rus ein. Das Land brauchte sachkundige, gebildete Menschen, die in der Lage waren, sich mit der Diplomatie zu befassen und sich bei den Innovationen in den Bereichen Militär, Technologie, Produktion usw. auskannten. Der Ausbau der politischen und kulturellen Beziehungen zu den Ländern Westeuropas wurde durch die Wiedervereinigung der Ukraine mit Russland erleichtert.

Bildung.

In der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhunderts wurden mehrere staatliche Schulen gegründet. Es gab eine Schule für die Ausbildung von Mitarbeitern für zentrale Institutionen, für die Druckerei, den Apotheken-Prikas u. a. Die Druckerei ermöglichte es, in Massenaufgabe einheitliche Handbücher für den Unterricht in Lesen, Schreiben und Rechnen zu veröffentlichen. Das Interesse der russischen Bevölkerung an Lesen und Schreiben wird durch den Verkauf von W. F. Burzews „Fibel“, die in einer Auflage von 2400 Exemplaren erschien, während eines Tages in Moskau (1651) belegt. Veröffentlicht wurden die „Grammatik“ von Meletius Smotriscius (1648) und die Multiplikationstabelle (*das kleine Einmaleins*) (1682).

1687 wurde in Moskau die erste Hochschule, die slawisch-griechisch-lateinische Akademie, gegründet, an der „von Grammatik, Rhetorik, Poetik, Dialektik, Philosophie ... bis Theologie“ gelehrt wurde. Die Akademie wurde von den Brüdern Sophronios und Ioannikios Likhud (*Leichoudes*) geleitet, griechische Wissenschaftler, die das Studium an der Universität von Padua (Italien) absolviert haben. Hier wurden Priester und Beamte ausgebildet.

M. W. Lomonossow studierte ebenfalls an dieser Akademie.

Im XVII. Jahrhundert gab es, wie schon zuvor, einen Prozess der Wissensanhäufung. Große Erfolge wurden auf dem Gebiet der Medizin, bei der Lösung praktischer Probleme in der Mathematik (viele konnten Flächen, Entfernungen, Flugkörper mit großer Genauigkeit messen usw.) und bei der Naturbeobachtung erzielt.

Russische Weltreisende haben einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung des geografischen Wissens geleistet.

1648 erreichte die Expedition von Semjon Deschnjow (80 Jahre vor Vitus Bering) die Meerenge zwischen Asien und Nordamerika. Der östlichste Punkt unseres Landes trägt heute den Namen Deschnjow. J. P. Chabarow erstellte 1649 eine Karte und untersuchte die Gebiete entlang des Amur, in denen russische Siedlungen gegründet wurden. Die Stadt Chabarowsk und die Siedlung Jerofej Pawlowitsch tragen seinen

Namen. Am Ende des XVII. Jahrhunderts erkundete der sibirische Kosake W. W. Atlassow Kamtschatka und die Kurilen.

Die Literatur.

Im XVII. Jahrhundert wurden die letzten offiziellen Chroniken erstellt.

Der „Neue Chronist“ (30er Jahre) beschrieb die Ereignisse vom Tod Iwans des Schrecklichen bis zum Ende der Zeit der Wirren. Er bewies die Rechte der neuen Romanow-Dynastie auf den Zarenthron.

Den zentralen Platz in der historischen Literatur nahmen die historischen Romane ein, die einen publizistischen Charakter hatten. Zum Beispiel war eine Gruppe solcher Geschichten („Die Chronik des Angestellten Iwan Timofejewitsch“, „Die Erzählung von Awraami Palizyn“, „Eine andere Geschichte“ u. a.) eine Antwort auf die Ereignisse der Zeit der Wirren zu Beginn des XVII. Jahrhunderts.

Das Vordringen des weltlichen Beginns in die Literatur hängt mit der Entstehung des Genres der satirischen Erzählung im XVII. Jahrhundert zusammen, wo bereits fiktive Helden agieren. Der „Kabaku-Dienst“, „Die Legende vom Huhn und vom Fuchs“, „Kaljasin- Petition“ enthielt eine Parodie des Gottesdienstes, verspottete die Völlerei und Trunkenheit der Mönche, in „Die Geschichte von Ruff Ershovich“ – die Gerichtsbürokratie und Bestechung. Die neuen Genres waren Memoiren („Das Leben des Protopops Awwakum“) und Liebeslyriken (Simeon Polozki).

Die Wiedervereinigung der Ukraine mit Russland gab Impulse für die Erstellung des ersten russischen gedruckten Werkes über die Geschichte. Der Kiewer Mönch Innozenz Giesel hat die „Synopsis“ (Überblick) zusammengestellt, die in populärer Form eine Erzählung über die gemeinsame Geschichte der Ukraine und Russlands enthielt, die mit der Gründung der Kiewer Rus begann. Im XVII. - erste Hälfte des XVIII. Jahrhunderts wurde die „Synopsis“ als Lehrbuch der russischen Geschichte verwendet.

Das Theater.

In Moskau (1672) wurde ein Hoftheater geschaffen, das nur vier Jahre bestand. Es wurde von deutschen Schauspielern gespielt. Männliche und weibliche Rollen wurden von Männern übernommen. Das Repertoire des Theaters umfasste Stücke, die auf biblischen und legendären historischen Themen basierten. Das Hoftheater hat in der russischen Kultur keine nennenswerten Spuren hinterlassen.

In russischen Städten und Dörfern hat sich seit der Zeit der Kiewer Rus das Wandertheater verbreitet - ein Theater der Gaukler und Kasper (die Hauptfigur der Volkspuppenspiele).

Die Regierung und die Kirchenbehörden verfolgten Gaukler wegen ihres fröhlichen und kühnen Humors, die die Laster der Machthaber entlarvten.

Die Architektur.

Die architektonischen Konstruktionen des XVII. Jahrhunderts sind durch ihre große malerische Schönheit gekennzeichnet. Sie sind sowohl innerhalb des gleichen Gebäudes als auch innerhalb des Ensembles asymmetrisch. Aber in dieser scheinbaren Unordnung des architektonischen Inhalts stecken Integrität und Einheit.

Die Gebäude aus dem XVII. Jahrhundert sind vielfarbig und dekorativ. Den Architekten gefiel es besonders gut, die Fenster der Gebäude mit komplizierten, einander unähnlichen Verkleidungen zu verzieren. Mehrfarbige „Sonnenkacheln“ - Kacheln und Dekorationen aus gemeißeltem Stein und Ziegel - waren im XVII. Jahrhundert weit verbreitet. Eine solche Fülle von Verzierungen an den Wänden eines Gebäudes wurde als Steinmuster, als wunderbares Steinmuster bezeichnet.

Diese Merkmale lassen sich im Turm-Palast von Zar Alexej Michailowitsch im Kreml, in den erhaltenen Steinkammern der Moskauer, Pskow- und Kostroma-Bojaren des XVII. Jahrhunderts und im Kloster Neujerusalem, das von Patriarch Nikon in der Nähe von Moskau erbaut wurde, gut nachweisen. Die berühmten Kirchen von Jaroslawl - die Kirche des Propheten Elias und die Ensembles in Korowniki und Toltschkowo - stehen ihnen stilistisch nahe. Als Beispiel für die berühmtesten Gebäude des XVII. Jahrhunderts in Moskau können wir die Nikola-Kirche in Chamowniki (in der Nähe der Metrostation „Park der Kultur“), die Kirche Mariä Geburt in Putinki (in der Nähe des Puschkin-Platzes), die Dreifaltigkeitskirche in Nikitniki (in der Nähe der Metrostation „Kitai-Gorod“) nennen.

Das dekorative Prinzip, das die Säkularisierung der Kunst bedeutete, spiegelte sich auch im Bau oder Wiederaufbau von Befestigungsanlagen wider. Mitte des Jahrhunderts verloren die Festungen ihre militärische Bedeutung, und die viereckspyramidenförmige Dächer, zuerst auf dem Spasski-Turm und dann auf anderen Türmen des Moskauer Kremls, machten prächtigen Rundzelten Platz und betonten die ruhige Größe und feierliche Kraft des Herzens der Hauptstadt Russlands.

In Rostow wurde die Residenz des in Ungnade gefallenen, aber mächtigen Metropoliten Iona in Form eines Kremls errichtet. Dieser Kreml war keine Festung, und seine Mauern waren rein dekorativ. Die Mauern großer russischer Klöster, die nach der polnisch-litauisch-schwedischen Intervention errichtet wurden (Dreifaltigkeits-Sergijew-Kloster, Erlöser-Euthymios-Kloster in Susdal, Kyrill-Beloserski-Kloster in der Nähe von Wologda, Moskauer Klöster), wurden nach allgemeiner Art ebenfalls mit dekorativen Details verziert.

Die Entwicklung der altrussischen Steinarchitektur endete mit der Bildung eines Stils, der Naryshkinsky (nach dem Namen der Hauptauftraggeber) oder Moskauer Barock genannt wurde.

In diesem Stil sind die Torkirchen, das Refektorium und der Glockenturm des Nowodewitschi-Klosters, die Kirche der Mariä Schutz und Fürbitte in Fili, die Kirchen und Paläste in Sergijew Possad, Nischni Nowgorod, Swenigorod u. a. gebaut.

Der Moskauer Barock zeichnet sich durch eine Kombination von roten und weißen Farben bei der Dekoration von Gebäuden aus. Man erkennt deutlich die Anzahl der Stockwerke von Gebäuden, die Verwendung von Säulen, Kapitellen u. dgl. als dekorative Ornamente. Schließlich sind in fast allen Gebäuden des Naryschkin-Barock (*Moskauer Barock*) dekorative Muscheln in den Gesimsen von Gebäuden zu sehen, die erstmals im XVI. Jahrhundert von italienischen Meistern bei der Dekoration der Erzengelkathedrale des Moskauer Kremls errichtet wurden. Das Erscheinen des Moskauer Barock, der Gemeinsamkeiten mit der Architektur des Westens hatte, zeigte, dass sich die russische Architektur trotz ihrer Einzigartigkeit im Rahmen der gesamteuropäischen Kultur entwickelte.

Im XVII. Jahrhundert blühte die Holzarchitektur auf. Der berühmte Palast von Alexej Michailowitsch im Dorf Kolomenskoje bei Moskau wurde von seinen Zeitgenossen als „Achstes Weltwunder“ bezeichnet. Dieser Palast hatte 270 Räume und etwa 3 Tausend Fenster und Fensterchen. Er wurde von den russischen Meistern Semjon Petrow und Iwan Michailow erbaut und existierte bis zur Mitte des XVIII. Jahrhunderts, als er unter Katharina II. wegen Baufälligkeit abgebaut wurde.

Die Malerei.

Die Säkularisierung der Kunst manifestierte sich mit besonderer Kraft in der russischen Malerei. Der größte Künstler des XVII. Jahrhunderts war Simon Uschakow. In seiner bekannten Ikone „Nicht von Menschenhand gemalter Erlöser“ sind neue realistische Merkmale der Malerei deutlich zu erkennen: Volumen im Bild eines Gesichts, Elemente direkter Perspektive.

Die Tendenz zu einer realistischen Darstellung einer Person und zur Säkularisierung der Ikonenmalerei, die für die Schule von S. Uschakow charakteristisch ist, hängt eng mit der Verbreitung der Porträtmalerei in Russland zusammen - Parsuna (Personen), die reale Figuren darstellt, zum Beispiel Zar Fjodor Iwanowitsch, M. W. Skopin-Schuiski u. a. Die Technik der Künstler ähnelte jedoch immer noch der Ikonenmalerei, d.h., sie malten auf Tafeln mit Eifarben. Ende des XVII. Jahrhunderts erschienen die ersten Parsunas in Öl auf Leinwand gemalt und erwarteten das Aufblühen der russischen Porträtkunst im XVIII. Jahrhundert.

Kapitel 14

RUSSLAND ENDE DES XVII. - DAS ERSTE VIERTEL DES XVIII. JHS. PETERS REFORMEN

Schon in der vorrevolutionären Geschichtsschreibung gab es zwei gegensätzliche Ansichten über die Ursachen und Ergebnisse von Peters Reformen. Einige Historiker glaubten, dass Peter der Große den natürlichen Verlauf der Entwicklung des Landes durch Veränderungen in Wirtschaft, Politik, Kultur, Traditionen, Sitten und Gebräuchen, dass er „Russland zu Holland machen“ wollte, unterbrochen hat. Andere Forscher glaubten, dass Russland auf die Reformen aller bisherigen historischen Entwicklungen vorbereitet war (diese Ansicht wurde am deutlichsten von dem größten russischen Historiker S. M. Solowjow formuliert).

„Das Volk versammelte sich auf der Straße ... sie warteten auf den Führer, und der Führer erschien“, schrieb Solowjow. Letztendlich ging es darum, ob Russland unter den neuen historischen Bedingungen in der Lage sein wird, auf die Herausforderung der Zeit zu reagieren, das Land zu modernisieren, umzustrukturieren und seinen rechtmäßigen Platz in der Welt einzunehmen. Dies war möglich, indem wir uns auf unsere eigenen Kräfte stützten und den weltweiten Wissensstand über Natur und Gesellschaft berücksichtigten.

Der Übergang zum Absolutismus.

In der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhunderts war der allgemeine Trend in der Entwicklung des russischen Staatssystems der Übergang von der Autokratie mit der

Bojaren-Duma, von einer klassisch-repräsentativen Monarchie über den bürokratischen Adel zum Absolutismus. Der Absolutismus ist eine Regierungsform, in der die höchste Macht des Staates vollständig und ungeteilt beim Monarchen liegt. Die Macht erreicht den höchsten Grad an Zentralisierung. Der absolute Monarch regiert und stützt sich auf den bürokratischen Apparat, eine stehende Armee und Polizei sowie die Kirche als ideologische Kraft.

In Russland bildete sich im Zuge von Peters Reformen die absolute Monarchie heraus. Bereits aus dem Reichsgesetzbuch von 1649 lässt sich jedoch deutlich ableiten, welche Maßnahmen schüchterne Versuche zum Übergang zu neuen Formen der Machtorganisation widerspiegelten. Der Titel der Moskauer Herrscher wurde geändert, in dem das Wort „Autokrat“ vorkam. Nach der Wiedervereinigung der Ukraine am linken Ufer mit Russland klang es so: „Große Herrscher, Zar und Großfürst von ganz Groß-, Klein- und Weißrussland, Autokrat ...“

Seit den 80er Jahren des XVII. Jahrhunderts wurde die Einberufung des Semski Sobors beendet. Der letzte Semski Sobor in der gesamten Zusammensetzung traf 1653 eine Entscheidung über die Wiedervereinigung der Ukraine mit Russland. Es wurden erste Versuche unternommen, das Prikassystem neu zu organisieren: mehrere Prikase wurden einer Person unterstellt. Änderungen wurden auch im Verwaltungssystem vor Ort vorgenommen. Mit dem Ziel der Zentralisierung der Macht wurden benachbarte Bezirke zu „Gruppen“ zusammengefasst - ursprüngliche Prototypen der Peterschen Gouvernements. Die Woiwodschaften wurden an die Ortschaften geschickt und mit voller Machtbefugnis ausgestattet. 1682 wurde die Amtsbesetzung nach Geburtsrecht abgeschafft (Besetzung von Positionen je nach Herkunftsadel und offizieller Position der Vorfahren). „Entlassungsbücher“, in denen die Genealogie und die Ernennung zu Positionen aufgezeichnet wurden, wurden feierlich verbrannt; der Grundsatz der dienstlichen Übereinstimmung wurde in Kraft gesetzt.

In der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhunderts wurden vereinzelte Versuche unternommen, die Armee neu zu organisieren. Die Regimenter der so genannten „neuen Ordnung“ wurden aus freien, „eifrigen“ Menschen geschaffen: Soldaten (Infanterie), Kavalleristen (Kavallerie) und Dragoner (gemischte Ordnung). Sie rekrutierten auch „abgabepflichtige“ Personen. Hundert Bauernhöfe gaben einen Soldaten zum lebenslangen Dienst. Diese Regimenter wurden nur für die Dauer des Krieges aufgestellt und nach dessen Ende wieder aufgelöst. Ausländische Offiziere wurden in die Armee eingeladen.

In der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhunderts gab es einen Konflikt zwischen der Führung der Kirche und dem Staat. Der Moskauer Patriarch Nikon brachte die Idee der Unabhängigkeit und die führende Rolle der Kirche im Staat vor und verteidigte sie vehement. Er argumentierte, dass das „Klerus“ (die Kirche) höher ist als das „Zarenreich“ und dass der König die Krone aus den Händen des Patriarchen - Gottes Vertreter auf Erden - erhält. Da Nikon einen großen persönlichen Einfluss auf den Zaren hatte, gelang es ihm, den Titel eines „großen Herrschers“ zu erlangen, der ihn fast auf eine Stufe mit Zar Alexej Michailowitsch stellte. Der Hof des Moskauer Patriarchen stand den zaristischen Gemächern an Luxus und Pracht in nichts nach. Wie bereits erwähnt, wurde Nikon durch die Kirchenversammlung von der patriarchalischen Macht enthoben und aus Moskau vertrieben.

Das Reichsgesetzbuch von 1649, die den Tausch von Lehen gegen Güter und

umgekehrt ermöglichte, leitete den Zusammenschluss des Adels und der Bojaren zu einer geschlossenen Klasse ein. Im Jahre 1674 wurde den freien Kleinbauern der Eintritt in den Adelsstand verboten. In den Jahren 1679 - 1681 wurde die Haushaltsbesteuerung eingeführt. Die Einheit der Steuererhebung war der Bauern- oder der Vorstadthof. So zeugen die Prozesse, die in der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhunderts in der gesellschaftspolitischen Entwicklung Russlands stattfanden, davon, dass Reformversuche vor Peters Reformen stattfanden.

Zar Fjodor Alexejewitsch.

Nach dem Tod von Alexej Michailowitsch wurde der 14-jährige Fjodor (1676 - 1682) auf den russischen Thron erhoben. Den führenden Platz am Hof nahmen die Miloslawskis ein (Verwandte von Alexej Michailowitsch erster Frau). Fjodor, ein kranker Junge seit seiner Kindheit (litt unter Skorbut), nahm nicht aktiv an staatlichen Angelegenheiten teil. Als Schüler von Simeon Polozki kannte er Latein, Polnisch, las gern, komponierte Musik und widmete seine Zeit diesen Beschäftigungen.

Unter Fjodor Alexejewitsch wurde 1682 die Amtsbesetzung nach Geburtsrecht abgeschafft und der Zugang zur Regierung des Landes für Adlige und Angestellte geöffnet. Das größte Ereignis in der sechsjährigen Regierungszeit Fjodors war der Krieg mit der Türkei in den Jahren 1677 - 1681.

Bachtschissaraier Frieden von 1681.

In der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhunderts eroberte die Türkei von Venedig aus - der Insel Kreta - das polnische, von Ukrainern bewohnte Podolien und versuchte in den 70er Jahren, sich in der Rechtsufrigen Ukraine zu etablieren. Dies traf auf Russlands Widerstand. Während des Krieges von 1677 - 1681 versuchten die Türken und Krimtataren zweimal erfolglos, Tschigirin (Region Tscherkassy) einzunehmen. Die Tschigiriner Feldzüge russischer Truppen und ukrainische Kosaken vereitelten in den Jahren 1677 und 1681 die Versuche der Türkei, ukrainisches Land zu erobern.

Kleine Gefechte, die bis 1681 dauerten, endeten mit dem Friedensschluss in der Stadt Bachtschissarai - der Hauptstadt des Krim-Khanats - zwischen Russland, der Krim und der Türkei. Mit diesem Abkommen erkannte die Türkei die Wiedervereinigung der Linksufrigen Ukraine mit Russland an. Der Dnjepr wurde zum Grenzfluss zwischen Russland und dem Krim-Khanat. Die Gebiete zwischen Dnestr und Bug galten als neutral, sie konnten nicht besiedelt werden. Die Türkei und die Krim erkannten die Saporoger Kosaken als Untertanen des russischen Zaren an und verpflichteten sich, den Feinden Russlands 20 Jahre lang nicht zu helfen.

Der Moskauer Aufstand von 1682.

Aus Tradition sollte Fjodor von seinem Bruder Iwan abgelöst werden. Der 15-jährige Zarewitsch war jedoch krank, gebrechlich, halbblind und nicht gut für die Rolle eines Zaren. Patriarch Ioakim und die Bojaren versammelten sich im Palast und beschlossen, dass der Sohn Alexej Michailowitschs zweiter Frau, N. K. Naryschkina, der zehnjährige Peter, der im Gegensatz zu Iwan ein gesunder, starker und intelligenter Junge war, zum Zaren ernannt werden sollte. Gestützt auf die Strelitzen kämpften die Miloslawskis, unter der Iwans Schwester Sophia die aktivste und entschlossenste war, entschlossen um die Macht.

Die Strelitzen leisteten nicht nur Militärdienst, sondern waren auch aktiv an wirtschaftlichen Aktivitäten beteiligt. Ende des XVII. Jahrhunderts sank im Zusammenhang mit der Schaffung von Regimentern eines neuen Systems die Rolle der Strelitzen, sie verloren viele ihrer Privilegien. Die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben auf Gewerbe und Geschäfte, häufig verspätete Gehälter, Willkür der Strelitzen-Obersten, die zunehmende Ungleichheit des Eigentums unter den Strelitzen selbst verursachten ihre scharfe Unzufriedenheit.

In Moskau verbreitete sich das Gerücht, Iwan sei erwürgt worden. Mit laut donnerndem Schlag betraten die bewaffneten Strelitzen den Kreml. Peters Mutter N.K. Naryschkina brachte beide Zarewitsche - Peter und Iwan - auf die Veranda des Palastes. Dies beruhigte die Strelitzen jedoch nicht. Drei Tage lang tobte der Aufstand, die Macht in Moskau lag in den Händen der Strelitzen.

Zu Ehren ihrer Leistung errichteten die Strelitzen eine Säule auf dem Roten Platz. Auf den an die Säule genagelten gusseisernen Brettern waren die Verdienste der Bogenschützen und die Namen der Bojaren aufgeführt, die sie hingerichtet hatten. Auf Verlangen der Strelitzen wurde Iwan zum ersten Zaren, Peter zum zweiten ernannt, und vor ihrer Volljährigkeit wurde die Regentin Zarewna Sophia, ernannt. In der Waffenkammer des Kremels ist ein zweisitziger Thron für die jungen Zaren erhalten geblieben, mit einem kleinen Fenster im hinteren Teil, durch das Sophia und ihr Gefolge den jungen Zaren erklärte, wie sie sich während der Palastzeremonien verhalten und was sie sagen sollten.

Chowantschchina. *(Aufstand)*

Die Führer der Strelitzen versuchten, unter Ausnutzung der allgemeinen Unzufriedenheit, als Oberhaupt des russischen Staates den Leiter des Strelitzen-Prikas Fürst I. A. Chowanski zu setzen. Sophia gelang es, die Aktionen der Strelitzen rechtzeitig zu stoppen. I. A. Chowanski wurde in betrügerischer Weise zu Sophia gerufen, gefangen genommen und hingerichtet (1682). Die Strelitzen haben sich untergeordnet. Die Säule auf dem Roten Platz wurde abgerissen und viele Strelitzen hingerichtet. Die Macht ging an die Zarewna Sophia. Das Oberhaupt des Strelitzen-Prikas war Sophias Unterstützer Fjodor Schaklowity.

Sophias Regierungszeit. Krimfeldzüge.

Der eigentliche Herrscher unter Sophia (1682-1689) war ihr Favorit, Prinz Wassili Wassiljewitsch Golizyn, über dessen geheime Ehe mit Sophia gemunkelt wurde. Sophia und ihr Gefolge strebten keine radikale Veränderung an. Die bemerkenswertesten Ergebnisse erzielte die Regierung Sophias in der Außenpolitik. 1686 wurde der „Ewige Frieden“ mit Polen geschlossen. Russland verpflichtete sich im Bündnis mit Polen, Österreich und Venedig zum Widerstand gegen die Krim und die Türkei. Die russische Armee unter dem Kommando von W. W. Golizyn unternahm zwei erfolglose Feldzüge gegen das Krim-Khanat.

Während des Krimfeldzuges 1687 setzten die Tataren die Steppe in Brand. Unter Mangel an Wasser, Nahrungsmittel und Futter war die Armee von W. W. Golizyn gezwungen, zurückzukehren, ohne die Krim zu erreichen. Infolge des Feldzuges

russischer Armeen konnte der Khan der Türkei, die sich im Krieg mit Rzeczpospolita (*Polen*) und Österreich befand, jedoch keine militärische Hilfe leisten. 1689 unternahm mehr als 100.000 Soldaten unter dem Kommando von W. W. Golizyn einen neuen Feldzug gegen die Krim. Die Armee erreichte Perekop, aber W. W. Golizyn wagte es nicht, die Krim zu betreten. Der Vorwurf der Niederlage fiel auf den ukrainischen Hetman

I. Samoilowitsch. Er wurde ins Exil geschickt. Ivan Masepa wurde Hetman. Die Krimfeldzüge zeigten, dass Russland noch nicht über genügend Streitkräfte verfügte, um einen starken Feind zu besiegen. Gleichzeitig zeugen diese Kampagnen von einer Veränderung des Kräfteverhältnisses in dieser Region.

Peters Inthronisierung.

Während der Regierungszeit von Sophia lebten Peter und seine Mutter hauptsächlich in den Dörfern Preobraschenski, Kolomenski und Semjonowsk in der Nähe von Moskau. Im Alter von drei Jahren begann Peter vom Erzieher Nikita Sotow lesen und schreiben zu lernen, erhielt jedoch keine systematische Ausbildung (in seinen reifen Jahren schrieb Peter mit grammatikalischen Fehlern). Als Jugendlicher entdeckte der Zarewitsch eine Vorliebe für militärische Angelegenheiten. Für Peters Kriegsspiele wurden Kinder aus zwei Palastsiedlungen, Preobraschenski und Semjonowski, zu „amüsanten“ Regimentern zusammengestellt, die später zu den ersten regulären gleichnamigen Regimentern der Wachen wurden, die eine beeindruckende Streitmacht darstellten. Peters anderes Lieblingskind war die Flotte. Zuerst auf der Jausa und dann auf dem großen Stausee, der Moskau am nächsten liegt - dem Pleschtschejewo-See in der Nähe der Stadt Pereslawl-Salesski - wurde der Grundstein für die künftige russische Flotte gelegt. Der Wissensdurst, der Wunsch nach Selbststudium ermöglichten es dem natürlich begabten Peter, auf das Niveau der aufgeklärtesten Menschen dieser Zeit aufzusteigen. Er überraschte seine Zeitgenossen nicht nur mit seiner Größe (204 cm) und Stärke, sondern auch mit seinem Intellekt und Wissen.

Im Jahr 1689 heiratete Peter, auf Anraten seiner Mutter, die Bojarentochter Jewdokija Lopuchina. Nach der Heirat galt Peter als Erwachsener und hatte alle Rechte auf den Thron; ein Zusammenstoß mit Sophia und ihren Anhängern wurde unvermeidlich. Moskau war voller Gerüchte über Vorbereitungen für den Kampf, sowohl über Strelitzen als auch „amüsante“.

In einer Augustnacht des Jahres 1689 wurde Peter in Preobraschenski von einem seiner Anhänger mit der Nachricht geweckt, dass Strelitzen-Regimenter alarmiert und bereit seien, ihn gefangen zu nehmen. Peter ritt zum Dreifaltigkeits-Sergijew-Kloster. Eine Folge des Grauens dieser und früherer Strelitzen-Auftritten war Peters Krankheit: mit großer Aufregung begann er, krampfhaft mit dem Gesicht zu zucken. Bald kamen die von Peter berufenen treuen Preobraschenski- und Semjonowski-Regimenter mit entfalteten Bannern ins Kloster.

Peter wurde von vielen Bojaren und Adligen, dem Moskauer Patriarchen und sogar mehreren Strelitzen-Regimentern unterstützt. Sophia, die sich in der Isolation befand, wurde im Nowodewitschi-Kloster in Moskau inhaftiert. Der Anführer der Strelitzen F. Schaklowity wurde hingerichtet, W. W. Golizyn wurde ins Exil geschickt. Der Thron ging an Peter über. Mit dem Tod Zar Iwans (1696) wurde Peters Autokratie gegründet.

Asowsche Feldzüge.

Die wichtigste Aufgabe, vor der Peter stand, war die Fortsetzung des Krieges mit der Krim. 1695 belagerten russische Truppen Asow (eine türkische Festung an der Mündung des Don), aber aufgrund fehlender Waffen, schlechter Ausbildung, schlecht ausgebildeter Belagerungsausrüstung und fehlender Flotte gelang es ihnen nicht, Asow einzunehmen.

Nachdem Peter in Asow gescheitert war, machte er sich mit seiner charakteristischen Energie daran, eine Flotte aufzubauen. Die Flotte wurde am Woronesch-Fluss, an dessen Einmündung in den Don, gebaut. Im Laufe des Jahres wurden zwei große Schiffe, 23 Galeeren und mehr als tausend Barken und kleine Schiffe gebaut, die den Don hinunter starteten. Die Landarmee wurde vergrößert.

Als russische Truppen 1696 Asow vom Meer abschirmten, übernahmen sie die Stadt. Um die russischen Positionen am Asowschen Meer zu sichern, wurde die Festung Taganrog errichtet.

Peter erkannte, dass der Krieg mit der Eroberung Asows noch nicht vorbei war. Um die Machtverhältnisse besser kennenzulernen, Russland und die Allianz der europäischen Mächte gegen die Türkei zu stärken, wurde in Europa die so genannte „Große Gesandtschaft“ organisiert. Darüber hinaus bemühte sich Peter, handels-, technische und kulturelle Verbindungen zu den entwickelten europäischen Mächten aufzubauen, um einen Einblick in ihren Lebensstil zu gewinnen.

Die Große Gesandtschaft.

Im Frühjahr 1697 machte sich eine 250-köpfige Gesandtschaft auf den Weg. In seiner Besetzung befand sich unter dem Namen des Unteroffiziers des Preobraschenski-Regiments Peter Michailow Peter selbst.

Es gab auch mehrere junge Adlige in der Gesandtschaft, die Militärwissenschaft und Schiffbau lernen sollten. Der Weg der Gesandtschaft führte über Riga und Königsberg nach Holland, damals die größte Seemacht Europas (ihre Flotte machte 4/5 der gesamten europäischen Flotte aus), und England. Von England aus kehrte die Gesandtschaft nach Holland zurück, dann besuchte sie Wien.

Für die Zukunft war geplant, nach Venedig zu gehen.

Zusätzlich zu den Verhandlungen und der Klärung des Kräftegleichgewichts in Europa verbrachte Peter viel Zeit mit dem Studium des Schiffbaus, den militärischen Angelegenheiten, der Bekanntschaft mit fortgeschrittener militärischer Ausrüstung und verschiedenen Aspekten des Lebens in europäischen Ländern. Er besuchte Schiffswerften und Arsenalen, Manufakturen und Schulen, Münzstätten und Festungen, Theater und Museen, Parlament und Observatorium. Peter selbst arbeitete mehrere Monate als Zimmermann auf den Werften der Ostindischen Kompanie in Holland, beherrschte den Schiffbau und erhielt das entsprechende Diplom eines Zimmermanns-Schiffbauers. Das unter Beteiligung des Zaren gebaute Schiff „Peter und Paul“ segelte mehrmals nach Ostindien.

Im Zuge der Aktivitäten der Großen Gesandtschaft war Peter davon überzeugt, dass sich die antitürkische Koalition aufgelöst hatte, aber im Kampf um die Ostsee eine günstige außenpolitische Situation entwickelt hatte, da die größten europäischen Staaten mit dem bevorstehenden Krieg um die spanische Nachfolge (1701-1714) beschäftigt waren - dem Kampf um riesige Besitztümer in Europa und Amerika aufgrund des Fehlens eines direkten Erben nach dem Tod des spanischen Königs Karl

II. Peter war sich sehr wohl bewusst, dass gerade über die Ostsee enge Beziehungen zu den entwickelten europäischen Ländern geknüpft werden konnten.

Im Sommer 1698 musste Peter unerwartet seine Reise unterbrechen. In Wien erhielt er einen Bericht über einen neuen Strelitzen-Aufstand in Moskau. Noch vor Peters Ankunft wurde der Aufstand von Regierungstruppen unterdrückt. Strelitzen-Regimenter, die nach Moskau marschierten, wurden in der Nähe von Neu-Jerusalem (heute der Bezirk Istra bei Moskau) geschlagen. Mehr als 100 Strelitzen wurden hingerichtet, viele von ihnen wurden ausgepeitscht und in verschiedene Städte verbannt.

Peter veranlasste nach seiner Rückkehr, das Urteil zu überdenken. Er leitete persönlich die neue Untersuchung. Es wurde eine Verbindung zwischen den aufständischen Strelitzen, dem Moskauer Bojarentum und der in Ungnade gefallenen Sofia hergestellt. Mehr als 1000 Strelitzen wurden bereits hingerichtet, der Zar selbst und sein Gefolge nahmen an den Hinrichtungen teil. Sophia, als Nonne mit dem Namen Susanna, lebte unter strenger Aufsicht für den Rest ihres Lebens im Kloster Nowodewitschi (1704).

Das Strelitzenheer sollte aufgelöst werden, die boarischen Oppositionskräfte wurden gesprengt.

Großer Nordischer Krieg.

Nachdem Russland, in Verbindung mit Sachsen, einen Waffenstillstand mit der Türkei (1700) geschlossen hatte, war Kurfürst August II. gleichzeitig polnischer König, und Dänemark (die so genannte Nordunion) erklärte 1700 den Krieg gegen Schweden.

Karl XII., König von Schweden, beschloss, seine Gegner allein mit Hilfe der anglo-niederländischen Flotte zu zerschlagen. Er bombardierte Kopenhagen und zog Dänemark, Russlands einzigen Verbündeten, aus dem Krieg. Der Versuch Augusts II., Riga einzunehmen, wurde von schwedischen Truppen, die im Baltikum landeten, abgewehrt. Unter solch ungünstigen Umständen für die Alliierten belagerten russische Truppen die Stadt Narwa. Karl XII. nutzte den Mangel an Erfahrung, die geringe Organisation der russischen Truppen und den Verrat ausländischer Offiziere aus und versetzte Peters Armee mit einem plötzlichen Schlag eine schwere Niederlage. Die gesamte Artillerie und der Treck waren verloren. Nur die Regimenter Semjonowski und Preobraschenski konnten dem Feind würdigen Widerstand leisten. Karl XII., der die Russen als leichtfertigen Feind betrachtete, bewegte seine Truppen gegen Polen und blieb hier im übertragenen Ausdruck von Peter „lange stecken“.

Peter verlor jedoch nicht den Mut, sondern machte sich aktiv und energisch daran, die Armee neu zu organisieren. Neue Regimenter und nationale Offizierskader wurden geschaffen, Städte wurden befestigt. Die Artillerie wurde erneuert; wegen Metallmangels wurden sogar Kirchenglocken eingeschmolzen.

Der Erfolg im Ostseeküstengebiet ließ nicht lange auf sich warten. 1702 begann die Offensive der russischen Truppen. Sie nahmen die Festung an der Quelle der Newa vom Ladogasee in Besitz, die von Peter dem Großen als „Schlüsselstadt“ bezeichnet wurde - Schlüsselburg (früher Oreschek, heute Petrokrepost). Am 16. Mai 1703 wurde an der Mündung der Newa die Stadt St. Petersburg gegründet, die zur Hauptstadt des russischen Staates wurde.

Der Bau der russischen Flotte begann und erreichte die Weiten der Ostsee: Das

„Fenster nach Europa“ wurde durchbrochen. 1704 nahmen die Russen Narwa und Derpt (heute Tartu) ein.

Nach der Niederlage des polnischen Königs trat der Nordische Krieg in seine entscheidende Phase ein. Im Jahr 1704 ging die Macht Polens in die Hände des schwedischen Günstlings Stanislaw Leschtschinski über, und im Jahr 1706 „verlor“ August die sächsische Krone. Russland blieb allein und verlor seinen letzten Verbündeten.

Die Hauptstreitkräfte der schwedischen Armee zogen nach Moskau. Minsk und Mogiljow wurden eingenommen. Die russische Armee zog sich gemäß der angenommenen Strategie der „Qual des Feindes“ zurück. Karl wagte es jedoch nicht, weiter nach Smolensk und Moskau zu gehen. Er brachte die Armee in die Ukraine, wo er mit Unterstützung des Verräters I. Masepa den Winter verbringen wollte, um sich dem Korps von General Lewenhaupt anzuschließen, das aus den baltischen Staaten mit einem großen Vorrat an Munition und Lebensmitteln auf ihn zu marschierte. Doch Karls Pläne sollten sich nicht verwirklichen. Am 28. September 1708 wurde in der Nähe des Dorfes Lesnoi (bei Mogiljow) das Korps von Lewenhaupt abgefangen und von einer von Peter selbst angeführten „fliegenden Truppe“ besiegt. Infolge der Schlacht bei Lesnoi verlor Karl XII. die Verstärkung und den Treck, die er so sehr brauchte. Das Vertrauen der Schweden in ihre Unbesiegbarkeit wurde untergraben, aber die Moral der russischen Armee stieg. Peter nannte diesen Sieg „Mutter der Schlacht von Poltawa“ (genau neun Monate vor Poltawa). Die Absicht Karls XII., die schwedische Armee im Zusammenhang mit dem Übergang des Hetmans der Ukraine I. Masepa auf seine Seite zu stärken, rechtfertigte sich nicht: nur ein kleiner Teil der Kosaken, vom Hetman getäuscht, ging auf die Seite der Schweden.

Die Schlacht von Poltawa.

Am frühen Morgen des 27. Juni 1709 fand in der Nähe von Poltawa ein entscheidender Kampf zwischen den Truppen Peters I. und Karls XII. statt. Bis 11 Uhr besiegten russische Truppen die Schweden vollständig. Die russische Armee zeigte in einem heftigen Nahkampf mutige Wunder, stürzte die Schweden und schlug sie in die Flucht. Von 30.000 schwedischen Soldaten wurden 9.000 getötet und 3.000 auf dem Schlachtfeld von Poltawa gefangen genommen. Weitere 16.000 Schweden wurden während der Verfolgung von den Russen gefangen genommen. Karl XII. selbst floh zusammen mit dem Verräter I. Masepa in die Türkei.

Der Sieg von Poltawa, der zur Vernichtung der schwedischen Landstreitkräfte führte, bestimmte den Ausgang des Nordischen Krieges. Sie demonstrierte die gewachsene Macht der russischen Armee, stärkte das internationale Ansehen Russlands, dem sich erneut Polen und Dänemark sowie Preußen und Hannover anschlossen.

Die Militäroperationen gegen Schweden wurden weitere 12 Jahre fortgesetzt. Grund dafür war der erzwungene Krieg mit der Türkei sowie die Notwendigkeit, der schwedischen Vorherrschaft auf dem Meer ein Ende zu setzen.

Der Pruth-Feldzug.

Auf Betreiben der europäischen Mächte, vor allem Frankreichs und Schwedens, erklärte die Türkei 1710 Russland den Krieg. Am Fluss Pruth umzingelten 1711 fast 130.000 türkische Soldaten die russischen Truppen. Erst durch die Rückgabe Asows

an die Türkei und die Zerstörung Taganrogs erreichte Russland einen Waffenstillstand. Karl XII. kehrte nach Schweden zurück.

Gefechte auf See.

Die russische Landarmee führte erfolgreiche Operationen in Finnland durch. Das Zentrum des Nordischen Krieges hat sich auf das Baltikum verlagert. 1714 gewann die junge russische Marine den ersten ihrer bemerkenswerten Siege. In der Schlacht von Kap Gangut (Hanko) am 27. Juli nutzte Peter I. auf brillante Weise den Vorteil von Galeeren- gegenüber Segelschiffen unter windstillen Bedingungen. Die Schlacht von Gangut gab den Anstoß zur Weiterentwicklung der russischen Flotte, die bald zweimal die schwedische Flotte in der Anzahl der Kriegsschiffe übertraf. Die Schweden wurden auch vom Meer verwundbar.

Auf Vermittlung Frankreichs begannen 1718 Friedensgespräche mit Schweden (Åland Kongress).

Doch der abstruse Tod Karls XII. durch eine versehentliche Kugel in Norwegen und die Machtübernahme der „Kriegspartei“ in Schweden zwangen erneut zu Waffengewalt.

Der Sieg der russischen Flotte über die Schweden in der Nähe der Insel Grewgam im Jahr 1720 spielte eine besonders wichtige Rolle bei der Beendigung des Krieges. Den tapferen an Bord befindlichen russischen Seeleuten gelang es, vier große schwedische Schiffe zu erobern. Der Sieg erfolgte „vor den Augen der Engländer“, deren Flotte sich in der Nähe des Kampfes befand.

Frieden von Nystad.

Am 30. August 1721 wurde in der finnischen Stadt Nystad der Frieden zwischen Russland und Schweden geschlossen. Die Ostseeküste von Wyborg bis Riga wurde Russland zugeordnet: Teil von Karelien und Ingermanland (entlang der Newa), Estland (Estland), Livland (Teil von Lettland). Für das erworbene Land zahlte Russland 1,5 Millionen Rubel. Finnland kehrte nach Schweden zurück. Dem baltischen Adel und den Bürgern, hauptsächlich den Deutschen, wurden ihre Rechte und Privilegien übertragen.

In St. Petersburg fanden einen ganzen Monat lang Siegesfeiern statt.

Auf der ersten Schlittenroute fuhr Peter nach Moskau, wo die Feierlichkeiten fortgesetzt wurden. Der Senat ehrte Peter mit dem Rang eines Admirals, dem Titel „Vater des Vaterlandes des allrussischen Zaren Peter der Große“. Die „Dreizeitliche Schule“ des Nordischen Krieges (wie Peter sie wegen seiner siebenjährigen Amtszeit an europäischen Universitäten nannte) ist beendet. „Zum Klang der Axt und dem Donner der Waffen“ (A. S. Puschkin) wurde Russland zu einer der Weltmächte.

Der Kaspische Feldzug.

Zu den weiteren wichtigen außenpolitischen Aktivitäten der Regierung Peters gehört der kaspische (persische) Feldzug von 1722-1723. Russland hat die innenpolitische Krise im Iran ausgenutzt und seine Außenpolitik in Transkaukasien intensiviert.

1722 unternahm es einen Feldzug in den Kaukasus und in den Iran, in dessen Folge sie das westliche Ufer des Kaspischen Meeres mit Baku, Rescht und Astrabad erhielt. Weitere Fortschritte in Transkaukasien waren unmöglich, weil die Türkei in den Krieg eintrat. Der Kaspische Feldzug spielte eine positive Rolle bei der Stärkung der

freundschaftlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den Völkern Russlands und Transkaukasiens im Kampf gegen die türkische Aggression. Im Jahre 1724 schloss der Sultan den Frieden von Konstantinopel mit Russland, indem er dessen Gebietserwerb während des Kaspischen Feldzuges anerkannte. Russland seinerseits erkannte die Rechte der Türkei auf Westtranskaukasien an.

REFORMEN IM ERSTEN VIERTEL DES XVIII. Jhs.

Während der gesamten Regierungszeit Peters des Großen wurden Reformen durchgeführt. Es war nicht ungewöhnlich, dass neue Überlegungen und Vorschriften eine neu geschaffene, nicht mehr zeitbeständige Regelung abschafften. Es gab auch keinen konkreten Reformplan.

Bau von Fabriken.

Die größten Fortschritte wurden im Bereich der Industrie erzielt. Am Ende des XVII. Jahrhunderts gab es etwa 30 Manufakturen im Land. Während der Herrschaft Peters des Großen gab es mehr als 100 von ihnen (einige Historiker zählen 200 Manufakturen). Zusammen mit Moskau und den angrenzenden Provinzen des Nichtschwarzerde-Zentrums wurden zwei neue Industriebezirke gebildet: der Ural und St. Petersburg, dessen Bedeutung rasch zunahm.

Die Metallindustrie entwickelte sich besonders schnell. Mitte des XVIII. Jahrhunderts schmolz Russland anderthalbmal mehr Eisen als England und nahm die führende Position in der Metallproduktion ein. Neben den Fabriken, die im XVII. Jahrhundert auf dem Gebiet von Tula, Kaschira und Kaluga existierten, erschienen Metall-Manufakturen in Karelien (Petrosawodsk und andere), in der Nähe des Schauplatzes von Militäroperationen, und im Ural. Bis zur Mitte des XVIII. Jahrhunderts wurden 61 von 75 Anlagen im Ural betrieben. Die größten Metallwerke der Welt sind Newjansk, Kamensk (Kamensk-Uralski), Nischnetagilski (*Nischni Tagil*) und Jekaterinburg. Die Metallproduktion ermöglichte es, neben Tula auch Waffenfabriken in Sestroretzk (bei St. Petersburg) und im Olonez-Gebiet (Karelien) zu errichten. 1719 wurde das Berg-Privileg (Peters Dekret) veröffentlicht. Es erlaubte allen Bürgern Russlands, nach Mineralien zu suchen und mit der Erlaubnis des Berg-Kollegiums Fabriken zu errichten, d.h. „erklärte Bergfreiheit“.

Im Zentrum des Landes war die Textilindustrie am weitesten entwickelt und arbeitete hauptsächlich für die Armee. Die bedeutendsten Unternehmen waren der Moskauer Stoffhof, die Große Jaroslawler Manufaktur, die Stoffmanufakturen in Woronesch, Kasan und der Ukraine.

Im ersten Viertel des 18. Jh. entstanden neue Produktionszweige: Schiffbau (in St. Petersburg, Woronesch, Archangelsk), Seidenspinnerei, Glas- und Fayence-Geschäfte und Papierherstellung (in St. Petersburg und Moskau).

Das Handwerk ist weiter entwickelt worden. Im Jahre 1722 wurde ein Dekret über die Gründung von Handwerksgeschäften in russischen Städten erlassen.

Die russische Industrie entwickelte sich unter der Herrschaft der Leibeigenschaft. Da es im Land fast keine freien Arbeiter gab, beschäftigten die von Peter I. organisierten Unternehmen ausländische Vorarbeiter, Soldaten sowie flüchtige Bauern und Stadtbewohner, Vagabunden, Sträflinge usw.

In den ersten Jahren des Aufbaus einer Großindustrie in Russland wurden Lohnarbeiter eingesetzt. Seine Reserven waren jedoch gering. Die Besitzer der Fabriken begannen, die Leibeigenschaft intensiv auf die Manufakturen auszudehnen.

1721 wurde ein Dekret erlassen, das es nichtadligen Fabrikanten ermöglichte, Bauern zu kaufen und in Fabriken umzusiedeln. Solche Arbeiter wurden besitzergreifende Bauern genannt. Durch das Dekret von 1736 wurden Arbeiter, die in Fabriken kamen, die Fabrikanten nicht adliger Herkunft gehörten, für immer zugeteilt, sie konnten nur zusammen mit der Fabrik verkauft werden.

Diese Gruppe der Bevölkerung wurde als „ewig den Fabriken gegeben“ bezeichnet. Sie vereinigten sich später mit den besitzergreifenden Bauern.

Darüber hinaus wurden die Bauern von Anfang an bei einem Mangel an Arbeitskräften, insbesondere im Ural und in Karelien, den Fabriken zugewiesen, die ihre Steuern nicht in Geld an den Staat zahlten, sondern in Fabriken zu festgelegten Sätzen arbeiteten.

So kam ein Merkmal der Entwicklung der russischen Manufaktur, insbesondere in Branchen wie der Metallindustrie, der Leinen- und der Tuchindustrie, der Leibeigenschaft näher.

Freiberufliche Arbeit wurde sporadisch eingesetzt. Die größten russischen Industriellen, die Stroganows, Demidows, Pochodjaschins, Osokins, Bataschews, Mjasnikows u. a., suchten nach Adelstiteln und den entsprechenden Klassenprivilegien. Dieser Prozess wurde als „Demütigung“ der aufstrebenden russischen Bourgeoisie bezeichnet.

Die Bauern und das Land für die Fabrik kosten drei- bis viermal mehr als der Betrieb selbst.

Die Landwirtschaft.

Die Veränderungen in der Landwirtschaft waren unbedeutend.

Die landwirtschaftliche Entwicklung neuer Gebiete wurde im Süden des Landes, in der Wolga-Region und in Sibirien fortgesetzt. Die Aussaat von Industriepflanzen (Flachs, Hanf, Tabak, Trauben u. dgl.) wurde ausgeweitet. Es wurden produktivere Rinderrassen (Merinoschafe u. dgl.) gezüchtet. Die Pferdezucht lieferte Pferde für die russische Kavallerie.

Der üblichste Weg für die Adligen, die Produktion zu steigern, war die Stärkung der Leibeigenschaft. Das Gesetz bestimmte nicht die Höhe der bäuerlichen Verpflichtungen, es wurde vom Landbesitzer selbst festgelegt.

Der Handel.

Die Entwicklung der Industrie- und Handwerksproduktion sowie der Zugang Russlands zur Ostsee trugen zum Wachstum des Außen- und Binnenhandels bei.

Die Verkehrswegewege haben sich verbessert. Es wurden Kanäle gebaut, die die Wolga mit der Newa verbinden (Wyschni Wolotschok und Ladoga). Der Bau von Kanälen zwischen Moskau und der Wolga sowie zwischen dem Don und der Wolga wurde geplant und sogar begonnen, aber aus Geldmangel eingestellt.

Der Warenaustausch zwischen verschiedenen Teilen des Landes hat zugenommen. Die Messen (Makarjewskaja, Swinskaja, Irbit u. a.) spielten nach wie vor eine große Rolle, d.h. der Entstehungsprozess des gesamtrussischen Marktes setzte sich im Land fort. Der Außenhandel wurde weiter ausgebaut, dessen Hauptzentrum St. Petersburg war, wohin mehrere hundert Handelsschiffe pro Jahr kamen.

Zusammen mit Silbermünzen begann die Prägung von Kupfergeld.

Peters Regierung unterstützte die russischen Kaufleute und Industriellen ständig (Protektionismuspolitik).

Die Kaufleute waren in der ersten und zweiten Gilde vereint.

Um die Kaufleute zu ermutigen, wurde 1724 der erste Handelstarif eingeführt, der den Export russischer Waren ins Ausland förderte. Bis 1726 waren die Warenimporte halb so niedrig wie die Exporte. Peter verstand, dass Handel die Macht des Staates stärkt.

Die Sozialpolitik.

1714 wurde das Dekret über die einheitliche Erbfolge erlassen, nach der das Adelsgut dem Bojarenerbe gleichgestellt war. Das Dekret markierte die endgültige Verschmelzung der beiden Stände der Feudalherren zu einer einzigen Klasse. Seitdem werden die weltlichen Feudalherren als Adlige (Grundherren oder Adel nach polnischer Art) bezeichnet. Die einheitliche Nachlassverordnung ordnete an, dass Lehen und Nachlässe an einen der Söhne zu übergeben sind. Der Rest des Adels musste in der Armee, der Marine oder in staatlichen Behörden dienen.

Im Jahr 1722 folgte die Veröffentlichung der Rangliste, in der die militärischen, zivilen und gerichtlichen Dienste aufgeteilt wurden. Alle Positionen (sowohl zivile als auch militärische) wurden in 14 Ränge unterteilt. Es war möglich, jeden nächsten Rang erst dann einzunehmen, wenn man alle vorherigen bestanden hatte. Ein Beamter, der die achte Klasse erreichte (ein Kollegiatsassessor), oder ein Offizier erhielt erblichen Adel (bis Mitte des XIX. Jahrhunderts). So wurde die dominante Schicht gestärkt, indem die talentiertesten Vertreter anderer Stände in ihre Zusammensetzung einbezogen wurden.

Der Rest der Bevölkerung, mit Ausnahme des Adels und des Klerus, war verpflichtet, Steuern an den Staat zu zahlen. In den Jahren 1718 - 1724 wurde eine Pro-Kopf-Zählung der männlichen Bevölkerung durchgeführt. Anstelle des Bauernhaushalts war die Steuereinheit die „Seele des männlichen Geschlechts“. Die gesamte männliche Bevölkerung, vom Säugling bis zum altersschwachen Alter, wurde in die „Revisionslisten“ eingetragen und musste eine jährliche Geldsteuer zahlen - eine Kopfsteuer. Die Ergebnisse der Volkszählung erlauben uns zu sagen, dass die Bevölkerung Russlands damals etwa 15 Millionen Menschen betrug. Tagelöhner und alle „frei wandelnden Menschen“ mussten zusammen mit den Leibeigenen, zu denen sie gehörten, Steuern zahlen.

Bauern, die Grundbesitzern (Gutsbesitzern oder Privatbesitzern) und Klöstern (klösterlichen) gehörten, zahlten 74 Kopeken pro Jahr an die Staatskasse. Die Bauern, die auf den Gemeinschaftsländereien lebten, die unter der Gerichtsbarkeit des Staates standen (Kleinbauern – die in den Küstengebieten, der Wolgaregion und Sibirien lebten; Jassaschinos - nichtrussische Bevölkerung, steuerten Pelze bei; Kleingrundbesitzer - kleine Gemeinde der südlichen Randgebiete des Landes), zahlten

die Steuer um 40 Kopeken mehr als die Eigentümer, d.h. 1 Rubel 14 Kopeken. Diese Bevölkerungsgruppe wurde als Staatsbauern bezeichnet (40 Kopeken-Steuer war gleich Fron oder Zwangsabgabe). Die Einwohner der Stadt, die 3% der Bevölkerung des Landes ausmachten, wurden ebenfalls an den Ort der Zahlung einer Kopfsteuer gebunden. Alle Handwerker mussten in Städten leben und sich in Gilden einschreiben. Die Stadtbewohner wurden in zwei Kategorien eingeteilt: reguläre und irreguläre Bürger. Kaufleute, Industrielle und Handwerker wurden in die regulären aufgenommen. Unregulär oder „gemein“ wurden als die Stadtbewohner angesehen, „die in Anstellungen und niederen Arbeiten zu finden sind“. Das Gericht, die Steuererhebung und die städtischen Einrichtungen wurden den Magistraten der Stadt übertragen, die von den regulären Bürgern gewählt wurden. Im Jahr 1721 wurde der Oberste Magistrat geschaffen, um die Magistrate zu führen. Obwohl die Stadtbewohner in verschiedene Kategorien eingeteilt waren, blieben sie Klassengruppen der feudalen Gesellschaft.

Peter I. erließ 1724 ein Dekret, das den Bauern verbot, die Grundbesitzer zu verlassen, um ohne ihre schriftliche Erlaubnis Geld zu verdienen. Dies war der Beginn des Passsystems in Russland. Im selben Jahr 1724 wurde versucht, die Armut in Russland auszumerzen. Alle Kranken und Verkrüppelten mussten umgeschrieben und in die in den Klöstern eingerichteten Armenhäuser gebracht werden, und diejenigen, die arbeiten konnten, wurden an ihren früheren Wohnort zurückgebracht.

So bildete sich unter Peter eine neue Gesellschaftsstruktur heraus, in der das durch die staatliche Gesetzgebung geregelte Klassenprinzip klar nachvollziehbar war.

Der Staatsaufbau.

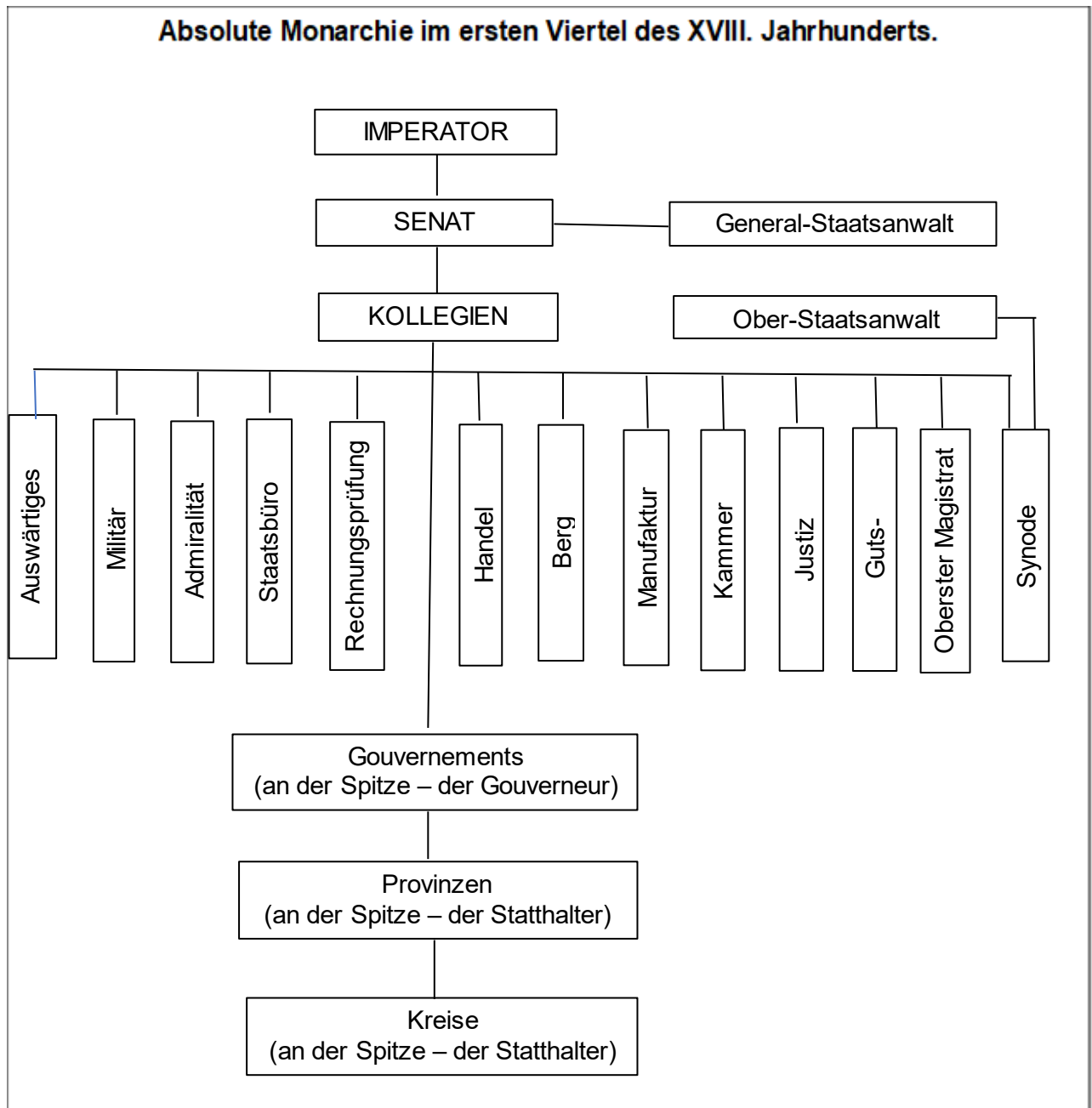
Rationalistische Ideen zur Erreichung des „Gemeinwohls“, des „staatlichen Interesses“ leiteten Peters Handeln. Gab es vor der Schlacht von Poltawa einzelne Versuche, die Mängel des alten Ordnungssystems der Staatsführung des Landes zu überwinden, so kam es später zu einer vollständigen Reform der zentralen und lokalen Behörden.

1721 wurde Peter zum Zaren proklamiert, was eine weitere Stärkung der Macht des Zaren selbst bedeutete. „Zar Ganzrusslands“, heißt es in den Militärbestimmungen, „ist ein autokratischer und uneingeschränkter Monarch. Seiner obersten Autorität zu gehorchen ist nicht nur aus Furcht, sondern auch aus Gewissensgründen, die Gott selbst befiehlt“. Bereits 1704 wurde ein Kabinett geschaffen - ein persönliches königliches Amt.

1711 wurde der Senat anstelle der Bojaren-Duma und des Ministerkonsulats (Rat) gegründet, die ihn seit 1701 abgelöst hatten. Er umfasste neun Würdenträger, die Peter I. am nächsten standen. Der Senat hatte die Aufgabe, neue Gesetze auszuarbeiten, die Finanzen des Landes zu überwachen und die Verwaltung zu kontrollieren. Die Leitung der Arbeit der Senatoren wurde 1722 dem Generalstaatsanwalt anvertraut, den Peter I. „das Auge des Souveräns“ nannte. Die Senatoren wurden erstmals von Peter I. vereidigt.

In den Jahren 1718-1721 wurde das schwerfällige und verwirrende System der geordneten Verwaltung des Landes umgestaltet. Anstelle von fünfzig Prikase, deren

Funktionen teilweise zusammenfielen und keine klaren Grenzen hatten, wurden die ersten 10 Kollegien eingerichtet. Für sie wurde ein spezielles Gebäude gebaut (heute ist es von der Universität St. Petersburg belegt). Jedes Kollegium war für einen streng definierten Verwaltungszweig zuständig: das Kollegium für auswärtige Angelegenheiten - Außenbeziehungen, das Militär - die Bodenstreitkräfte, die Admiralität - die Flotte, das Kammerkollegium - die Einnahmensammlung, das Staatsbüro-Kollegium - die Staatsausgaben, das Rechnungsprüfungskollegium - die Kontrolle über die Ausführung des Haushaltsplans, das Justiz-Kollegium - Gerichtsverfahren, das Gutskollegium - Adelslandbesitz, das Manufaktur- Kollegium - Industrie, mit Ausnahme der Metallindustrie, die für das Berg- Kollegium, das Handels-Kollegium – für den Handel zuständig war. Tatsächlich gab es als Kollegium einen Obersten Magistrat, der für die russischen Städte zuständig war. Hinzu kamen der Preobraschenski-Prikas (politische Untersuchung), das Salzamt, die Kupferabteilung und das Landvermessungsamt.



Eine Art Kollegium war die 1721 gegründete Synode oder Geistliches Kollegium. Die Einrichtung der Synode war ein weiterer Schritt zur Unterwerfung der Kirche unter den Staat. Bereits 1700, nach dem Tod des Patriarchen Adrian, wurde nicht das neue Oberhaupt der Kirche gewählt, sondern der Patriarchen-Thron ernannt. Und 1721 wurde das Amt des Patriarchen - Oberhaupt der russischen Kirche - abgeschafft, das Beichtgeheimnis wurde praktisch abgeschafft. Die Überwachung der Aktivitäten der Synode wurde einem besonderen Staatsbeamten übertragen - dem Oberstaatsanwalt. Im Jahre 1722 wurden die Kirchenämter bestätigt (auf 150 Höfen - ein Priester).

Jeder, der außerhalb des Staates war, unterlag einer Kopfsteuer. Den Altgläubigern wurde eine Doppelbesteuerung auferlegt.

Um die lokale Macht zu stärken, wurde das Land 1708 in acht Provinzen aufgeteilt:

Moskau, Petersburg, Kiew, Archangelsk, Smolensk, Kasan, Asow und Sibirien. An ihrer Spitze standen Gouverneure, die für die Truppen und die Verwaltung der untergeordneten Gebiete zuständig waren. Jedes Gouvernement nahm ein riesiges Territorium ein und wurde daher wiederum in Provinzen aufgeteilt.

Es waren 50 von ihnen.

In jeder Provinz wurde ein Regiment von Soldaten stationiert, so dass schnell Truppen zur Unterdrückung von Volksbewegungen entsandt werden konnten. Die Provinzen wiederum wurden in Kreise aufgeteilt.

So entstand ein für das ganze Land ein einheitliches, zentralisiertes, administrativ-bürokratisches Regierungssystem, in dem der Monarch, der sich auf den Adel verließ, die entscheidende Rolle spielte.

Die Zahl der Beamten ist erheblich gestiegen. Allein in den Organen der zentralen Institutionen gab es am Ende der Herrschaft Peters mehr als 3.000 von ihnen. Auch die Kosten für die Aufrechterhaltung des Verwaltungsapparates sind gestiegen. Mit den Allgemeinen Verordnungen von 1720 wurde ein einheitliches System der Verwaltungsarbeit im Staatsapparat für das ganze Land eingeführt.

Armee und Flotte.

Unter Peter I. wurden die russische Armee und Flotte zu einer der stärksten in Europa. Im Jahre 1705 wurde im Land eine Rekrutierungspflicht eingeführt: 20 Bauernhöfe mussten einen Rekruten zum lebenslangen Dienst schicken. In der Folge begann man, einer bestimmten Anzahl von männlichen Personen Soldaten zu entnehmen. So wurde eine reguläre Armee mit einheitlicher Rekrutierung und Ausbildung, einheitlichen Waffen und Uniformen geschaffen.

Neue militärische Vorschriften wurden eingeführt (1716), Militärschulen wurden organisiert, der Artilleriepark wurde mit Geschützen erstarkt, und die Flotte wurde gegründet. Die russische Landarmee zählte am Ende der Regierungszeit Peters etwa 200 Tausend Menschen, einschließlich der Garnisonen. Darüber hinaus gab das Kosakentum 100.000. Unter Peter wurden 48 Schlachtschiffe gebaut, 800 Galeeren mit einer Besatzung von 28.000 Menschen.

Soziale Widersprüche im ersten Viertel des XVIII. Jahrhunderts.

Die ganze Last der Peterschen Reformen fiel auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung. Dies verursachte eine Reihe mächtiger Unruhen. In den Jahren 1705-1706 rebellierten Strelitzen, Arbeiter und Vorstädter, sowie entlaufene Bauern aus Astrachan und hielten die Stadt mehr als sieben Monate lang. Zur Niederschlagung des Aufstandes schickte Peter seinen besten militärischen Befehlshaber, Feldmarschall B. P. Scheremetew. Die Unruhen in Baschkirien (1705 - 1711) dauerten fast sieben Jahre.

Die mächtigste Volksbewegung zu Peters Zeiten war der von Kondrati Bulawin (1707 - 1708) angeführte Don-Aufstand.

Die Ursachen für die Unzufriedenheit des Volkes sollten in der Stärkung der Leibeigenschaft gesucht werden (das Anwachsen der Steuern im Zusammenhang mit den Kriegen, die Einführung der Wehrpflicht u. dgl.). Eine bedeutende Rolle beim Aufstand spielten die Donkosaken, die unzufrieden mit den Versuchen der Regierung waren, den Don zu unterwerfen, der nach der Eroberung von Asow nicht mehr die Rolle einer Art Barriere gegen die Krim spielte. Die Behörden versuchten die Bauern

daran zu hindern, zum Don zu fliehen, sie suchten ständig nach den Flüchtigen und schickten Militäreinheiten dorthin.

Im Jahre 1707 griff Kondrati Bulawin mit einer kleinen Kosakenabteilung eine dieser Einheiten an und besiegte sie.

Zu Beginn forderte K. A. Bulawin, die Donfreiheit und die alte Ordnung am Don zu erhalten.

Doch schon damals richteten die Aufständischen ihren Zorn gegen die Kosakenführer (Atamanen und Starschina (*Kosakenführung*)). Der Aufstand nahm bald den Charakter eines Kampfes gegen die Leibeigenschaft an. K. A. Bulawin erklärte, er gehe, um „die Bojaren nach der Rus zu schlagen“. In seinen „anmutigen Briefen“ drängte er darauf, die Obrigkeit loszuwerden und die Selbstverwaltung zu etablieren und das Leben nach dem Vorbild der Kosakenfreiheit zu organisieren.

Der Aufstand umfasste ein weites Gebiet. Die Bulawins eroberten Zarizyn (*Stalingrad, Wolgograd*), belagerten die Städte Saratow und Asow und operierten in der Nähe von Woronesch. Nach der Eroberung der Hauptstadt des Dons - der Stadt Tscherkassk - wurde K. A. Bulawin zum Ataman des Don ausgerufen. Versprengte Aktionen der Aufständischen wurden von der Regierung mit regulären Truppen unter der Führung von Fürst W. Dolgoruki bekämpft. Die wohlhabenden Kosaken nutzten das Scheitern K. A. Bulawins in der Nähe von Asow und organisierten eine Verschwörung. K. A. Bulawin wurde in seinem Haus in Tscherkassk umzingelt und getötet. Der Tod des Atamans bedeutete nicht das Ende des Aufstands, der erst 1708 am Don und im übrigen Russland - erst 1710 - endgültig niedergeschlagen wurde.

Dekret über die Thronfolge.

Der Sohn von Peter und Jewdokija Lopuchina, Zarewitsch Alexej wuchs als frommer, zurückhaltender und unentschlossener Mann auf. Er schaffte es nie, ein Mitstreiter seines Vaters zu werden, er konzentrierte sich auf die Kreise der Bojaren, die seiner Mutter nahe standen und die einen drastischen, gewaltsamen Bruch mit den bewährten Traditionen des Großvaters nicht akzeptierten. Als Antwort auf die Vorwürfe seines Vaters, er sei faul, boshaft und eigensinnig, und auf seine Forderung, sofort zur Armee zu gehen, verzichtete Alexej auf den Thron und floh dann nach Österreich. Auf Peters Befehl wurde er nach Moskau zurückgebracht und verhört. Während des Verhörs gestand der Zarewitsch eine Verschwörung gegen seinen Vater und wurde 1718 zum Tode verurteilt. Er starb jedoch nicht an der Hinrichtung, sondern nach der offiziellen Version zwei Tage nach der Urteilsverkündung im Alter von 28 Jahren an dem Schock über seine Taten. Die wahre Ursache für Alexejs Tod ist noch nicht zuverlässig geklärt.

Im Jahr 1722 erließ Peter I. ein Gesetz über die Thronfolge, wonach der Zar selbst einen Erben nach den Interessen des Staates bestimmen konnte. Außerdem konnte der Zar die Entscheidung widerrufen, wenn der Erbe die Erwartungen nicht erfüllte.

Auf Widerstand gegen das Dekret stand die Todesstrafe, d.h. es wurde mit Hochverrat gleichgesetzt.

Die Veröffentlichung des Dekrets war mit einer persönlichen Tragödie Peters verbunden - dem Konflikt mit seinem Sohn aus erster Ehe Alexej und dem Wunsch des Zaren-Reformers, unbeirrt den Weg der Reformen zu gehen.

Mit seiner zweiten Frau Jekaterina Alexejewna (Marta Skawronska, die Tochter eines

lettischen Bauern, mit der er 1712 verheiratet war) hatte er elf Kinder. Zum Zeitpunkt von Peters Tod waren jedoch nur noch drei Töchter (Anna, Jelisaweta und Natalja) am Leben. Die Frage nach dem Thronfolger blieb offen.

Die Bedeutung der Reformen.

Peter I., der Große, ist eine der bekanntesten Persönlichkeiten der russischen Geschichte. Die Reformen des ersten Viertels des XVIII. Jahrhunderts sind in ihren Folgen so grandios, dass sie Anlass geben, von einem vorpetrinischen und einem nachpetrinischen Russland zu sprechen.

Die Einstellung zu Peter und seinen Reformen ist eine Art Prüfstein, der die Ansichten von Historikern, Publizisten, Politikern, Wissenschaftlern und Kulturschaffenden bestimmt. Was ist das - eine historische Großtat des Volkes oder die Maßnahmen, die das Land nach den Reformen Peters in den Ruin trieben? Was ist das - ein Bruch, ein Zerfall der religiösen und moralischen Einheit des Volkes, der Adlige und Beamte zu Ausländern in ihrem eigenen Land machte, oder ein Übergang zu einer neuen Qualität, die neue Anstrengungen auf dem traditionellen, russischen, historischen Entwicklungsweg erforderte? Diese Dispute dauern bis heute an.

Einige Experten sagen, dass Peters Reformen zur Erhaltung des Feudal-Leibeigenen-Systems, zur Verletzung der Rechte und der Freiheit des Einzelnen geführt haben, was zu weiteren Umwälzungen im Leben des Landes geführt hat. Andere argumentieren, dass dies ein wichtiger Schritt auf dem Weg des Fortschritts ist, wenn auch im Rahmen des Feudalsystems.

Es scheint, dass unter den spezifischen Bedingungen der damaligen Zeit Peters Reformen von progressiver Natur waren.

Die objektiven Bedingungen der Entwicklung des Landes haben angemessene Maßnahmen zur Reformierung des Landes hervorgebracht. Der große A. S. Puschkin hat das Wesen der Zeit und die Rolle Peters in unserer Geschichte am feinfühligsten erkannt und verstanden. Für ihn ist Peter einerseits ein brillanter militärischer Führer und Politiker, andererseits ein „ungeduldiger Gutsbesitzer“, dessen Dekrete „mit der Peitsche geschrieben“ sind. In der Tat schuf Peter ein adliges Reich, das bis 1917 andauerte.

Die Reformen des ersten Viertels des XVIII. Jahrhunderts sind untrennbar mit der Persönlichkeit Peters des Großen verbunden, einem herausragenden militärischen Führer und Staatsmann.

Es besteht kein Zweifel, dass Peter der Große mit den Eigenschaften eines charismatischen (mit einzigartigen Persönlichkeitsmerkmalen ausgestatteten) Führers ausgestattet war. Bei seinen Entscheidungen stützte er sich auf den damaligen Wissensstand über die Gesellschaft, geleitet von den Ideen des „Gemeinwohls“ und des „staatlichen Interesses“, die in der Doktrin des absolutistischen Staates am vollständigsten verwirklicht waren. Unter den Bedingungen des feudalen Russlands setzte er diese Ideen im großen Stil energisch um und ignorierte manchmal die persönlichen Interessen seiner Untertanen. Der Zar war ständig in Bewegung - er schuf eine Flotte und eine reguläre Armee, reformierte den Machtapparat, rasierte die Bärte ab, schuf wissenschaftliche Zentren und leitete militärische Operationen.

Die umstrittene Figur Peters des Großen, die sich aus den Besonderheiten der Zeit und den persönlichen Eigenschaften erklärt, zog ständig die Aufmerksamkeit der größten Schriftsteller auf sich (von M. W. Lomonossow, A. S. Puschkin bis A. N. Tolstoi), Künstler und Bildhauer (E. Falcone, W. I. Surikow, N. N. Ge, W. A. Serow, M. M. Antokolski), Theater- und Filmschauspieler (W. M. Petrow, N. K. Tscherkassow u. a.), Komponisten (A. P. Petrow).

Kapitel 15

DAS ADELSREICH IM ZWEITEN VIERTEL - MITTE DES XVIII. Jhs. PALASTPUTSCHE

In der bildlichen Ausdrucksweise von W.O. Kljutschewski wurde diese Periode unserer Geschichte „die Ära der Palastputsche“ genannt. In den 37 Jahren zwischen dem Tod Peters I. und der Thronbesteigung Katharinas II. wurde der Thron von sechs Monarchen besetzt, die den Thron als Ergebnis komplizierter Palastintrigen oder Putsche erhielten. Zwei von ihnen - Iwan Antonowitsch und Peter III. - wurden gewaltsam gestürzt und getötet.

Eine Reihe von Historikern definiert das zweite Viertel bis zur Mitte des XVIII. Jahrhunderts als „Epoche der Günstlinge“, „Zeit der politischen Instabilität“. Sie betonen, dass der Thron in dieser Epoche vor allem von Frauen und Kindern besetzt war, unter denen Günstlinge, Favoriten oder wie sie damals genannt wurden, „anfällige Menschen“ eine große Rolle spielten.

Am richtigsten ist es wohl, diese Zeit als die Entwicklung des Adelsreiches in der Zeit von den Reformen Peters bis zur neuen großen Modernisierung des Landes unter Katharina II. zu bewerten.

Im zweiten Viertel bis zur Mitte des XVIII. Jahrhunderts kam es zu keinen größeren Reformen. Peters Reformen stabilisierten das Land. Neue Institutionen und soziale Strukturen haben eine gewisse Stabilität der Gesellschaft geschaffen. Die Garde wurde zu einer wichtigen, wenn nicht sogar entscheidenden Kraft bei der Festlegung der Politik. Die Garde diente sowohl dem persönlichen Schutz des Zaren als auch der organisatorischen Kontrolle über die Tätigkeit verschiedener Institutionen. Die Stellungen der Garderegimenter wurden durch den Kampf gegen Palastgruppierungen gebildet. Die Stellung der Garde-Regimenter hing weitgehend davon ab, wer den Thron in St. Petersburg besetzen würde. Die Garde griff aktiv in dynastische Streitigkeiten ein, und dann nahm der Kampf um die Macht die Form von Palastputschen an. Dies hat es einigen Historikern erlaubt zu argumentieren, dass die Aktionen der Garde eine Art Akzent sind, eine „Gardekorrektur zum ungezügelten Absolutismus“.

Wenn wir versuchen, das Gleichgewicht des Zusammenwirkens der drei Hauptkräfte - des Adels, der Bauernschaft und des absolutistischen Staates - zu isolieren, spiegelt es die Ausweitung der Rechte und Privilegien des Adels, die weitere Versklavung der Bauernschaft und die Versuche der Staatsmacht wider, den Apparat der bürokratischen Maschine den sich ändernden Lebensbedingungen anzupassen.

Katharina I.

Peter starb am 28. Januar 1725, ohne Anweisungen für seinen Nachfolger zu hinterlassen. In furchtbaren Qualen, verursacht durch eine bösartige Prostataerkrankung oder Urolithiasis (*Harnstein*), konnte er nach einer nicht ausreichend belegten Version nur zwei Worte schreiben: „Gebt alles...“ Der Zar hinterließ keine Söhne.

Die Töchter wurden vor der Ehe mit Katharina geboren.

Die eigentlichen Thronanwärter nach dem Tod des Zaren waren seine Frau Katharina und ihr Enkel Peter - der Sohn des hingerichteten Zarewitsch Alexej.

Es begann ein Kampf um den Thron zwischen den „kleinen Erben des nördlichen Riesen“ (A. S. Puschkin).

Am Hof wurden zwei Adelsgruppen deutlich. Eine von ihnen waren die höchsten Würdenträger, die unter Peter I. befördert wurden. Die wichtigste Rolle unter ihnen spielte der nichtadlige Fürst A. D. Menschikow.

Katharina war eine Kandidatin für den Thron. Eine andere Gruppierung wurde von Aristokraten unter der Führung von Fürst D. M. Golizyn vertreten, der Peter II. nominierte.

Während der Senat und die höchsten Würdenträger darüber diskutierten, auf wen der Thron übertragen werden sollte, standen die Preobraschenski - und Semjonowski - Regimenter offen auf der Seite von Katharina I. (1725-1727). De-facto-Herrscher des Landes wurde A. D. Menschikow, der erste einer langen Reihe von Günstlingen, von denen die meisten in erster Linie auf ihre eigenen Taschen und ihre eigenen Interessen bedacht waren.

Um den Staat besser regieren zu können, wurde der Oberste Geheimrat geschaffen - das höchste staatliche Gremium, das die Macht des Senats einschränkte. Dazu gehörten A. D. Menschikow, F. M. Apraksin, G. I. Golowkin, P. A. Tolstoi, A. I. Ostermann, D. M. Golitzyn und der holsteinische Herzog Karl Friedrich - der Ehemann der ältesten Tochter Peters I., Anna.

Die Mehrheit des Obersten Geheimrats bestand aus den engsten Beratern Peters I., nur Fürst D. M. Golitzyn gehörte zum alten Adel.

P. A. Tolstois Versuch, sich A. D. Menschikow entgegenzustellen, führte zu seiner Verbannung und seinem Tod in Solowki.

Peter II.

Kurz vor ihrem Tod im Jahr 1727 unterzeichnete die 43-jährige Katharina I. ein „Vermächtnis“ - ein Testament, das die erbliche Thronfolge bestimmte. Peter II., der Sohn von Zarewitsch Alexej, wurde zum Thronfolger ernannt, gefolgt von seinen Töchtern: Anna und ihre Erben, Jelisaweta und ihre Erben.

Den Thron bestieg der 12-jährige Peter II. (1727-1730) unter der Regentschaft des Obersten Geheimrats.

A. D. Menschikow, der seinen Einfluss auf den Staat stärken wollte, verlobte seine Tochter Maria mit Peter II. Allerdings überschätzte der Fürst eindeutig seine Kräfte. Als er schwer erkrankte, setzte ein listiger und geschickter Adliger der Peterszeit, Alexander I. A. I. Ostermann - Erzieher Peters II. - alles daran, A. D. Menschikow zu beseitigen.

1727 wurde A. D. Menschikow verhaftet, seiner Auszeichnungen und seines Vermögens beraubt und zusammen mit seiner Familie in die sibirische Stadt Berjosow (heutiges Gebiet Tjumen) verbannt, wo er 1729 starb.

Der Oberste Geheimrat unter Peter II. erfuhr bedeutende Veränderungen. Es wurde von vier Fürsten, Dolgoruki und zwei Golitzyns, sowie einem Meister der Intrige A. I. Ostermann, geleitet. Die Dolgorukis traten in den Vordergrund. Der 16-jährige Iwan Dolgoruki war der engste Freund des Zaren bei der Jagd mit Hunden und seinen anderen Unterhaltungen. Iwans Schwester - Katharina wurde die „Braut des Herrn“. Die Adligen, die zur Krönung und Hochzeit nach Moskau kamen, sowie der Hof, der in die alte Hauptstadt zog, waren Zeugen der Krankheit und des Todes Peters II. im Alter von fünfzehn Jahren. Der Tod Peters kam genau am Tag der angekündigten Hochzeit.

Die Romanow-Dynastie brach in der männlichen Linie ab. Die Frage des neuen Zaren sollte durch den Obersten Geheimrat entschieden werden.

Die Verschwörung der Oberen.

Nach langen Beratungen entschieden sich die Oberen für die höchste Linie der Dynastie, die mit dem Bruder Peters I. — Iwan V., verbunden ist.

Die Tochter Iwans V. Alexejewitsch, Anna, war während der Regierungszeit Peters mit dem Herzog von Kurland verheiratet und lebte verwitwet in einer der baltischen Städte - Mitawa (heute Jelgava). Bei der Einladung von Anna Ioannowna auf den russischen Thron berücksichtigten die Oberen, dass Anna keine politischen Beziehungen zum russischen Adel hatte. Die Oberen entwickelten besondere Situationen - Konditionen, auf deren Grundlage Anna das Land regieren sollte. Die neue Zarin übernahm die Verpflichtung, nicht zu heiraten und keinen Erben zu ernennen, die wichtigsten Angelegenheiten des Staates nur unter Beteiligung des Obersten Geheimrats zu entscheiden.

Einige Historiker glauben, dass die Niederlage der Oberen eine verpasste Chance ist, die Monarchie zu begrenzen. Die tatsächlichen Ereignisse, an denen der Adel und die Garde, die sich in Moskau aufhielten, teilnahmen, zeigen die Dominanz einer anderen Tendenz.

Anna Ioannowna erhielt bei ihrer Ankunft in Moskau nicht weniger als 20 Projekte von Adligen. Der Hauptgedanke des Adels war, der Zarin zu wünschen, dass sie „uneingeschränkt und absolutistisch regiert“ und „den Absolutismus so übernimmt, wie es Ihre ruhmreichen und löblichen Vorfahren getan haben“.

Innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ankunft in Moskau brach Anna die Konditionen vor den Oberen und erklärte ihre „Perzeption der Autokratie“.

Während der Vergeltung an den Oberen wurde Iwan Dolgoruki hingerichtet, weil ein falsches Testament entdeckt wurde, dass seine Schwester, „die Braut des Herrn“, den Thron bestiegen hatte, und sein Vater und seine Schwester wurden nach Berjosow verbannt. Der Oberste Geheimrat wurde 1731 durch ein Kabinett von drei Ministern unter der Leitung von A. I. Ostermann ersetzt. Vier Jahre später setzte Anna Ioannowna die Unterschriften der drei Kabinettsminister mit einer ihrer eigenen gleich.

Anna Ioannowna.

Im Alter von 37 Jahren bestieg Anna Ioannowna den russischen Thron (1730 - 1740). Sie war schon eine etablierte Persönlichkeit. Anna Ioannowna zeichnete sich weder durch Schönheit, noch durch hellen Verstand, noch durch Bildung aus. Sie nahm wenig Anteil an den Staatsgeschäften und übertrug die Kontrolle an ihren Günstling Ernst Johann Biron, Herzog von Kurland (ab 1737), einen ehrgeizigen, aber beschränkten Mann. Die Regierungszeit Anna Ioannownas wurde „Bironowschtschina“ genannt, die zum Inbegriff der Fremdherrschaft in der Regierung des Landes wurde.

Alle Schlüsselpositionen im Land waren in den Händen der Deutschen. Die auswärtigen Angelegenheiten wurden von A. I. Ostermann geleitet, die Armee wurde von B. K. Minich befehligt, die Garde - von F.-K. Ljowenwolde. Die Akademie der Wissenschaften wurde von I. D. Schumacher geleitet. Die russische Wirtschaft wurde von Abenteurern unterwandert, die das Land ungestraft ausraubten, wie z. B. Schemberg, der Fabriken im Ural ausraubte. „Der Sieger von Poltawa wurde herabgesetzt - schrieb S. M. Solowjow - Sklaven Biron, der sagte: 'Sie, Russen'“. Ein Versuch von A. P. Wolynski, der unter Peter I. gedient hatte und unter Anna einen wichtigen Posten als Kabinettsminister innehatte, eine Verschwörung gegen Anna Ioannowna und die deutsche Herrschaft zu organisieren, endete erfolglos. Er und seine engsten Anhänger wurden hingerichtet.

Das Symbol von Annas Herrschaft war das von A. I. Uschakow geleitete Geheimbüro, das die Reden gegen die Zarin und die „Staatsverbrechen“ (das berühmte „Wort und Tat“) überwachte.

Zehntausend Menschen gingen durch das Geheimbüro.

Der absolutistische Staat erfüllte die Forderungen des Adels, seine Rechte und Privilegien zu erweitern.

So wurde unter Anna Ioannowna die Verteilung von Land an den Adel wieder aufgenommen. 1731 wurde das durch das Peter-Dekret von 1714 eingeführte Einzelerbe abgeschafft, die Güter wurden als volles Eigentum des Adels anerkannt. Es wurden zwei neue Regimente der Garde geschaffen – das Ismailowskische und die Gardékavalleristen, in denen die meisten der Offiziere Ausländer waren. Ab den 30er Jahren des XVIII. Jahrhunderts durften sich adlige Minderjährige in die Garde-Regimenter einschreiben, um zu Hause ausgebildet zu werden und nach den Prüfungen zu Offizieren zu werden. Im Jahre 1732 wurde das Landadel Kadettenkorps zur Ausbildung von Adligen eröffnet. Es folgte die Einführung des Meeres-, Artillerie- und Pagenkorps. Ab 1736 wurde die Dienstzeit für den Adel auf 25 Jahre begrenzt.

Die Bauern wurden immer fester an die Person des Besitzers gebunden. Ab 1731 begannen die Grundherren oder ihre Verwalter, im Namen der Bauern einen Treueeid auf den Zaren zu leisten. Im selben Jahr wurde die Einziehung von Leibzins von den untergeordneten Bauern aufgrund ihrer Verschuldung gegenüber dem Staat in die Hände des Adels gelegt. Der Grundbesitzer erhielt das Recht, die Strafe für die Flucht des Bauern selbst festzulegen. In den 30er und 40er Jahren des XVIII. Jahrhunderts setzte sich die Zwangsarbeit in fast allen Industriezweigen durch. Im Jahr 1736 wurden die Fabrikarbeiter fest an die Fabriken gebunden und konnten nicht

getrennt von der Manufaktur verkauft werden.

Iwan VI. Antonowitsch.

Anna Ioannowna entschied, dass ihr Erbe der Sohn ihrer Nichte Anna Leopoldowna und des Herzogs von Braunschweig sein sollte - Iwan Antonowitsch. Iwan Antonowitsch wurde im Todesjahr Anna Ioannownas geboren. Die Zarin ernannte E. - I. Biron zum Regenten (Herrscher) an Stelle des zwei Monate alten Kindes. Weniger als einen Monat später wurde er von den Gardisten auf Befehl des Feldmarschalls B. - K. Minich verhaftet. E. - I. Biron wurde nach Pelym (Gouvernement Tobolsk) verbannt, von wo aus er fünf Wochen später nach Jaroslawl zog. (Nach seiner Rückkehr aus dem 22-jährigen Exil wurde E. - I. Biron von Katharina II. mit der Herrschaft über Kurland betraut und diente ihr treu bis zu seinem Tod im Jahre 1772).

Seine Mutter, Anna Leopoldowna, wurde zur Regentin für das Zarenkind proklamiert. Die Hauptrolle unter ihr spielte der unangreifbare A. I. Ostermann, der fünf Regensschaften und alle Günstlinge überlebte.

Der russische Adel setzte seine Hoffnungen auf die Tochter Peters I. - Jelisaweta. 1741 fand mit Unterstützung französischer und schwedischer Diplomaten, die an einer Neuausrichtung der russischen Außenpolitik interessiert waren, ein weiterer Palastputsch statt. Mit Hilfe der Grenadierkompanie des Preobraschenski-Regiments bestieg Jelisaweta Petrowna den Thron.

Jelisaweta Petrowna.

Als Politikerin und Staatspersönlichkeit stach Jelisaweta Petrowna (1741-1761) nicht unter ihren unmittelbaren Vorgängern hervor.

Zeitgenossen bemerkten, dass sie eine äußerst attraktive 32-jährige Frau war, fröhlich und umgänglich.

Dies wird auch durch die überlieferten Porträts der Zarin bestätigt.

Ihre Leidenschaften waren Kleider, Bälle und Feuerwerke.

Die Musik wurde ein fester Bestandteil des höfischen Lebens: Harfe, Mandoline und Gitarre gehören seit dieser Zeit zum Alltag. Die schillernde Brillanz des elisabethanischen Barocks zeugt indirekt von endlosem Amüsements und nicht von der mühsamen Arbeit des Hofes.

In der Tat war Jelisaweta wenig mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigt, da sie diese ihren Gefolgsleuten anvertraut hatte - den Brüdern Rasumowski, Schuwalow, Woronzow, A. P. Bestuschew-Rjumin.

Die Fremden wurden durch russische Adlige ausgetauscht. B. - K. Minich und A. I. Ostermann wurden zum Tod durch Erhängen und Vierteilen verurteilt, aber Jelisaweta änderte die Strafe in Verbannung, nachdem sie ihr Versprechen erfüllt hatte, während ihrer Herrschaft in Russland nicht die Todesstrafe anzuwenden.

A. I. Ostermann wurde nach Beresow geschickt, wo er sechs Jahre später starb. B. - K. Minich verbüßte vor der Thronbesteigung Peters III. 1761 seine Strafe in Pelym, wohin er E. - I. Biron verbannt hatte. Der junge Iwan Antonowitsch und seine Eltern wurden zunächst in Cholmogory (bei Archangelsk) inhaftiert, 1756 wurde Iwan Antonowitsch heimlich in die Festung Schlüsselburg gebracht.

Jelisaweta Petrowna verkündete als Ziel ihrer Herrschaft die Rückkehr zu den

Ordnungen ihres Vaters, Peter des Großen. Der Senat, die Berg- und Manufakturkollegien und der Oberste Magistrat wurden wieder in ihre Rechte eingesetzt. Unter Jelisaweta wurde eine Universität in Moskau eröffnet (1755, 25. Januar) - die erste in Russland.

Die Konferenz am kaiserlichen Hof trat an die Stelle des abgeschafften Ministerkabinetts. Die Aktivitäten der Geheimen Kanzlei blieben unbemerkt.

Die Sozialpolitik blieb dieselbe: Ausweitung der Rechte und Privilegien des Adels, was durch Einschränkung der Rechte und Regulierung des Lebens der Bauern erreicht wurde.

Im Jahr 1746 war das Recht, Land und Bauern zu besitzen, nur dem Adel vorbehalten. Im Jahr 1760 erhielten die Grundherren das Recht, die Bauern, die sich ihnen widersetzen, nach Sibirien zu verbannen und sie anstelle von Rekruten zu zählen. Den Bauern war es verboten, ohne Erlaubnis des Grundherrn Geldgeschäfte zu tätigen. Der Grundbesitzer übte Polizeifunktionen gegenüber den Bauern aus.

Um den Adel zu unterstützen, wurde eine Adlige Landbank gegründet.

Eine ähnliche Bank wurde auch für Kaufleute eröffnet. Im Interesse des Adels und der Kaufleute wurden 1754 die Binnenzölle abgeschafft, was enorme Möglichkeiten für den Handel mit landwirtschaftlichen und industriellen Gütern eröffnete.

In den Jahren 1744 - 1747 wurde die zweite Volkszählung der steuerpflichtigen Bevölkerung durchgeführt. Im Jahre 1755 wurden die Bauern in Fabriken den Uraler Fabriken als ständige (Besitz-)Arbeiter zugewiesen. Damit erhielten die Grundherren das Recht, nicht nur über das Land, sondern auch über die Persönlichkeit und das Eigentum des Bauern zu verfügen.

Peter III.

Jelisaweta Petrowna regierte zwanzig Jahre und einen Monat. Schon zu ihren Lebzeiten begann sie darüber nachzudenken, an wen sie den Thron weitergeben sollte. Zu diesem Zweck wurde ihr 14-jähriger Neffe Karl Peter Ulrich aus Holstein (Landeshauptstadt Kiel) geholt, der nach seinem Übertritt zur Orthodoxie den Namen Peter erhielt.

Er war der Großneffe Karls XII. väterlicherseits und gleichzeitig der Enkel Peters I. mütterlicherseits.

Auch nach dem Testament Katharinas I. hatte er das Recht auf den russischen Thron. Nach der Volljährigkeit Peters III. empfahl ihm der preußische König Friedrich II. die Tochter eines kleinen deutschen Fürsten Sophia Auguste Frederike von Anhalt-Zerbst, die in Russland den Namen Katharina Alexejewna erhielt.

Das junge Paar bekam 1747 ihren Sohn Paul.

Nach dem Tod Elizabeth Petrownas im Jahr 1761 wurde der 33-jährige Peter III. (1761-1762) Zar von Russland.

Der zänkische, unausgeglichene Peter III. mochte die Russen nicht, verehrte aber Friedrich II. Als Bewunderer des preußischen Drills sagte Peter III., er wäre lieber Oberst in der preußischen Armee als Zar in Russland.

Dieses „erwachsene Kind“ entwickelte sich nicht zu einem reifen Menschen, sondern verbrachte die meiste Zeit mit Gelagen und liebte Wachtparaden über alles. Seine Lieblingsbeschäftigung war es, Soldat zu spielen.

Die sechsmonatige Regierungszeit Peters III. ist auffällig durch die Fülle der erlassenen staatlichen Gesetze. In dieser Zeit wurden 192 Dekrete erlassen. Das wichtigste von ihnen war das Manifest über die Gewährung von Freiheit und Ungebundenheit des russischen Adels vom 18. Februar 1762. Das Manifest befreite den Adel von der Staats- und Militärdienstpflicht.

Ein Adliger konnte den Dienst jederzeit verlassen, außer während des Krieges. Es war erlaubt, ins Ausland zu gehen und sich sogar zum Auslandsdienst anzumelden und die Kinder zu Hause zu unterrichten. Der Adel wandelte sich zunehmend von einer dienenden zu einer privilegierten Klasse. „Nach dem Erfordernis der historischen Logik und der sozialen Gerechtigkeit“ - schrieb

W. O. Klutschewski – „hätte am 19. Februar die Abschaffung der Leibeigenschaft folgen müssen; sie folgte an einem anderen Tag, nur 99 Jahre später.“ Es begann das goldene Zeitalter des russischen Adels.

Es wurde die Säkularisierung der kirchlichen Ländereien zugunsten des Staates angekündigt, wodurch die Staatskasse gestärkt wurde (das endgültige Dekret wurde von Katharina II. im Jahre 1764 umgesetzt). Peter III. beendete die Verfolgung der Altgläubigen und wollte alle Religionen gleichschalten und die Geistlichen zwingen, weltliche Kleidung zu tragen, wobei er sich auf das Luthertum konzentrierte. Das Geheimbüro wurde abgeschafft, und die unter Jelisaweta Petrowna verurteilten Personen kehrten aus der Verbannung und Ungnade zurück. Zugleich verhielt sich Peter beleidigend gegenüber den Gardisten, die er als Janitscharen bezeichnete. Der Zar wollte die Garde aus der Hauptstadt entfernen und wählte die Holsteiner als seine Unterstützung.

Wie wir sehen, führte Peter III. einerseits Dekrete aus, als ob er die Linie seiner Vorgänger fortsetzte, manchmal ging er sogar weiter als sie.

Andererseits zeichneten sich seine Handlungen durch Rücksichtslosigkeit, Taktlosigkeit, chaotische, schlecht durchdachte Politik, verbunden mit Unhöflichkeit und Respektlosigkeit gegenüber seiner Frau und Familie, seinen Verwandten, Trunkenheit und Dummheit aus. All dies konnte nur zu Unzufriedenheit in der russischen Gesellschaft führen. Es ist kaum möglich, über das Vorhandensein eines durchdachten Aktionsprogramms von Peter III. zu sprechen. Das Urteil des Hofes, der Garde und des Klerus war einhellig: Peter III. sah nicht wie ein wahrer Herrscher aus.

Außenpolitische Aufgaben.

Russlands außenpolitische Ziele wurden im zweiten Viertel bis zur Mitte des XVIII. Jahrhunderts weniger energisch angegangen als noch unter Peter I. Das Land hat sich von den Bemühungen der Zeit Peters abgewandt. B. - K. Minich begann mit der Umstrukturierung der Armee nach europäischem Vorbild. Die Flotte wurde immer maroder, es wurde viel Aufwand betrieben, um Verteidigungslinien im Süden und Südosten des Landes aufzubauen. Die Kommandoposten in der Armee waren in den Händen von Ausländern.

Polnisch-russische Beziehungen.

Nach dem Tod Augusts II. im Jahre 1733 blieb Polen, infolge des Machtkampfes zwischen den Adelsfraktionen, ohne König. Der Anwärter auf den polnischen Thron war der von Frankreich unterstützte Stanislaus Leszczyński, der Schwiegersohn des französischen Königs. Russland bestand, mit österreichischer Unterstützung, auf der Thronbesteigung Augusts III., dem Sohn des toten Königs. Stanislaus Leszczyński

wurde auf den Thron gewählt, was den Russisch-Polnischen Krieg von 1733-1735 auslöste. Das wichtigste Ereignis des Krieges war die Einnahme von Gdansk (Danzig) durch die Truppen von B. - K. Minich. Leszczyński floh auf einem französischen Schiff. Augustus III. wurde König von Polen.

Russisch-türkischer Krieg.

Die Krimtataren verletzen die Grenzen Russlands, was der Grund für den russisch-türkischen Krieg von 1735 - 1739 war. Der Verbündete Russlands in diesem Krieg war Österreich. Im Jahr 1736 eroberte die russische Armee Bachtchissarai und Asow, und im folgenden Jahr - Otschakow.

B. - K. Minich vermied jedoch eine allgemeine Schlacht, und die Krimtataren bewahrten die Armee. Erst 1739 wurden die Osmanen bei Stavuchansk (nicht weit von Chotyn - heute in der Region Tschernowitz, am Fluss Dnestr) besiegt. Die russische Armee war bereit, die Donau zu überqueren. Allerdings stimmte Russlands Verbündeter Österreich, der eine Reihe von Niederlagen erlitten hatte, einem Separatfrieden mit der Türkei zu. Im Jahr 1739 schlossen die Türkei und Russland den Frieden von Belgrad. Russland bekam Asow, allerdings ohne Befestigungen, und ein kleines Gebiet zwischen dem Siwerskyj Donez und dem Bug. Der Zugang zum Schwarzen Meer blieb bei der Türkei.

Russisch-schwedischer Krieg.

Schweden versuchte, sich für die Niederlage im Nordischen Krieg zu rächen und erklärte Russland den Krieg. Der russisch-schwedische Krieg (1741 - 1743) wurde auf finnischem Gebiet geführt und endete im Frieden von Abo (Turku). Schweden bestätigte das Ergebnis des Nordischen Krieges. Ein kleines Gebiet in Finnland bis zum Fluss Kymijoki wurde an Russland abgetreten.

Der Beginn des Beitritts Kasachstans zu Russland.

Zu Beginn des XVIII. Jahrhunderts waren die östlichen und zentralen Regionen Kasachstans der Schauplatz von internen Kämpfen und Aggressionen der Dsungaren. Die Kasachen wurden in drei Zhuz (Gattung) vereint: der Jüngere, der Mittlere und der Ältere, von denen der erste an Russland grenzte. Im Jahre 1731 unterzeichnete Anna Ioannowna die Urkunde über die Aufnahme des Jüngeren Zhuz in Russland. Sultan Abulkhair und seine Ältesten schworen einen Eid auf den Zaren. Neun Jahre später, zwischen 1740 und 1743 schlossen sich die Mittleren Zhuz freiwillig Russland an. Orenburg (1742) und Festungen am Jaik (*Ural*) wurden errichtet.

Der Siebenjährige Krieg.

In den Jahren 1756 - 1763 brach der englisch-französische Krieg um die Kolonien aus. Zwei Koalitionen von Mächten waren an dem Krieg beteiligt. Eine von ihnen waren Preußen, England und Portugal. Ihre Gegner waren Frankreich, Spanien, Österreich, Schweden und Sachsen, mit Russland an ihrer Seite.

In Russland verstand man, dass Preußen Polen und einen Teil der baltischen Staaten

erobern wollte, und dies würde das Ende des russischen Einflusses in dieser Region bedeuten.

Im Sommer 1757 zog die russische Armee nach Ostpreußen. Bald darauf fügten die russischen Truppen den Preußen bei Groß-Jägersdorf die erste Niederlage zu. Im Jahr 1758 wurde Königsberg (heute Kaliningrad) eingenommen.

Der als unbesiegbar geltende Preußenkönig Friedrich II. schickte seine Hauptstreitkräfte gegen Russland. In der Schlacht bei Zorndorf (1758) und der Generalschlacht bei Kunersdorf (1759) wurde die Armee Friedrichs II. vernichtet. 1760 marschierten russische Truppen in Berlin ein, wo sie mehrere Tage blieben. Der Schlüssel von Berlin wurde zur ewigen Aufbewahrung an die Kasaner Kathedrale in St. Petersburg übergeben. In den Schlachten des Siebenjährigen Krieges errangen P. A. Rumjanzew und A. W. Suworow die ersten großen Siege, die später in der russischen Kriegskunst berühmt wurden.

Die Siege der russischen Soldaten brachten dem Land jedoch keine wirklichen Ergebnisse. Unstimmigkeiten unter den Verbündeten und vor allem die Thronbesteigung Peters III. veränderten die Position Russlands im Krieg drastisch. Im Jahr 1762 schloss Russland Frieden mit Preußen und gab alle eroberten Gebiete zurück. Während des Krieges wurde jedoch Preußen geschwächt und Russlands internationales Ansehen gestärkt. Das wichtigste Ergebnis des Siebenjährigen Krieges war jedoch der Sieg Englands über Frankreich im Kampf um die Kolonien und die Handelsvorherrschaft. Die antinationale Außenpolitik Peters III. sowie Ausbrüche sozialer Proteste trieben die Garde zu einem erneuten Staatsstreich zugunsten von Katharina II.

Soziale Explosionen.

Die Erweiterung der Rechte und Privilegien des Adels wurde auf Kosten des Angriffs auf die Rechte der Hauptmasse der Bevölkerung des Landes - der Bauernschaft - erreicht. Der Staat hatte enorme Schwierigkeiten, die Steuern einzutreiben, da die Flucht der Bauern in die Außenbezirke des Landes zunahm. Unter Bedingungen, in denen die zaristischen Illusionen unter den Menschen stark waren, erschienen Betrüger. Forscher bemerken an der Wende der 50 – 60 - Jahre des XVIII. Jahrhunderts, mehr als 60 Revolten von Klosterbauern.

Aktive Teilnahme am Kampf für ihre Rechte nahm die Bergbau-Bevölkerung des Urals, und vor allem Bauern, deren Pflicht es war, aufgrund der Kopfsteuer Fabrikarbeiten auszuführen.

Von 1754 bis 1764 wurden bei 54 größten Unternehmen im Ural Unruhen beobachtet. Sie umfassten etwa 200.000 registrierte Bauern. In den 30er und 40er Jahren des XVIII. Jahrhunderts gab es in Baschkirien zwei Aufstände. Die Willkür der zaristischen Regierung und die feudale Unterdrückung verursachten Massenunruhen zahlreicher Völker Ural- und Wolga-Regionen. Das Land sah sich der Notwendigkeit neuer Reformen gegenüber. Sie wurden unter Katharina II. durchgeführt.

Kapitel 16

RUSSLAND IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES XVIII. JHS. AUFGEKLÄRTER ABSOLUTISMUS KATHARINAS DER GROSSEN

Zar Peter III. sollte am 29. Juni seinen Namenstag (den Tag der Apostel Petrus und Paulus) in Peterhof feiern, wo ihn Katharina erwartete.

Die Abwesenheit des Zaren in der Hauptstadt ausnutzend und befürchtend, dass ein Komplott gegen ihn aufgedeckt werden würde, führten am 28. Juni 1762 die Gardeoffiziere unter der Führung der Brüder Orlow und der Frau Peters III. Die Regimenter der Ismailowski- und Semjonowski-Garde unterstützten die neue Herrscherin enthusiastisch, die in der Kasaner Kathedrale von St. Petersburg zur autokratischen Zarin ausgerufen wurde. Das Manifest zur Thronbesteigung Katharinas wurde im Winterpalast verlesen. Sie wurde durch den Senat und die Synode vereidigt. Am nächsten Tag unterzeichnete Peter III. seine Abdankung des Throns. Ein paar Tage später starb er (anscheinend getötet von Alexei Orlow und seinen Wachen).

In der Hauptstadt wurde verkündet, dass der Kaiser an einer Hämorrhoidalkolik gestorben sei. Er wurde in der Alexander-Newskij-Lawra begraben, ohne dass ihm königliche Ehren erwiesen wurden.

Katharina II., die Große, (1762 - 1796) bestieg den russischen Thron im Alter von 33 Jahren und regierte praktisch die gesamte zweite Hälfte des XVIII. Jahrhunderts, die als Katharinenzeit oder Ära Katharinas II. bekannt wurde. N. I. Panin und A. A. Besborodko, G. A. Potjomkin und A. A. Wjasemski, Y. E. Sivers und G. R. Derschawin, I. I. Schuwalow und I. I. Bezkoi, P. A. Rumjanzew und A. W. Suworow, F. F. Uschakow und G. A. Spiridow - dies ist keine vollständige Liste von Katharinas „Adlern“, die als wichtige Politiker, Diplomaten, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Militärführer in unsere Geschichte eingegangen sind. Katharina II. war sehr geschickt bei der Auswahl ihrer Assistenten.

Diejenigen, die ihr Liebe zum Nachteil des Staates vorwerfen, haben kaum Recht. Diejenigen ihrer Favoriten, die einen Staatsverstand und Talente besaßen, wie G. A. Potjomkin, waren wirklich an der Regierung des Landes beteiligt. Andere, ohne solche Gaben, hielt sie an ihrer Seite zusammen mit ihren Zimmerhündchen.

SOZIO-ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG. INNENPOLITIK

Territorium und Bevölkerung.

In der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts dehnte sich das Territorium Russlands vor allem nach Süden und Westen stark aus. Die Zusammensetzung des Landes bis

zum Ende des XVIII. Jahrhunderts umfasste die nördliche Schwarzmeerküste, die Küste des Asowschen Meeres, die Krim, die Rechtsufrige Ukraine, die Gebiete zwischen den Flüssen Dnjeestr und Bug, Weißrussland, Kurland und Litauen. In der Mitte des XVIII. Jahrhunderts betrug die Bevölkerung Russlands 18 Millionen Menschen, am Ende des Jahrhunderts waren es 36 Millionen. Der Großteil der Bevölkerung lebte auf dem Land (54 % der Bauern waren im Privatbesitz und gehörten den Grundherren, 40 % waren Staatsbauern und gehörten dem Fiskus, die restlichen 6 % gehörten dem Palastamt). Am Ende des Jahrhunderts lebten etwa 10 % der Bevölkerung des Landes in Städten. Zu Beginn des XIX. Jahrhunderts gab es in Russland 634 Städte, obwohl viele von ihnen eher die Verwaltungs- und Machtzentren der ländlichen Gebiete blieben.

Die Landwirtschaft.

Die Landwirtschaft blieb der führende Sektor der russischen Wirtschaft.

Die Leibeigenschaft wuchs in Breite und Tiefe.

Sie umfassten neue Gebiete und neue Bevölkerungsgruppen (Breite).

Es wuchs sowohl die Ungerechtigkeit als auch die Ausbeutung der Bauern (Tiefe).

Im Jahr 1783 wurde die Leibeigenschaft in der Linksufrigen Ukraine eingeführt, und ganz am Ende des Jahrhunderts, im Jahr 1796 - im Süden der Ukraine (Noworossija), auf der Krim und im Gebiet nördlich des Kaukasus. Nach den russisch-türkischen Kriegen und dem Bauernkrieg von 1773 - 1775 wurde Saporoschkaja Setsch aufgelöst.

Auf den fruchtbaren, aber dünn besiedelten Gebieten von Noworossija (Süden der Ukraine, Schwarzmeerküste) konnte ein Grundherr seine Bauern ansiedeln und erhielt vom Staat zwischen 1,5 und 12 Tausend Dessiatinen Land. Jede Person, außer privaten Leibeigenen, konnte 60 Dessiatinen Land bekommen, einschließlich ausländischer Kolonisten, die Katharina II. seit 1762 durch ihre Manifeste nach Russland zu locken begonnen hatte. So bildeten sich große Zentren der Ansiedlung ausländischer Kolonisten: im Gebiet Saratow-Schwarzerdegebiet - von Deutschen, in Noworossija - von Griechen und Armeniern. Die Entwicklung der fruchtbaren Gebiete des Zentrums und der neu entwickelten Gebiete des Landes eröffnete den Beginn des Exports von russischem Getreide ins Ausland durch die Schwarzmeerhäfen Cherson, Nikolajew und Odessa.

In der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts wurden schließlich die Regionen festgelegt, in denen die Fronarbeit (Arbeitsmiete) und der Zins (Geld- oder Lebensmittelpacht) vorherrschten. Fronarbeit, bis zu sechs Tage in der Woche, war in den Schwarzerdegebieten des Landes weit verbreitet. In Gebieten außerhalb des Schwarzerdegebiets überwiesen die Grundherren die Bauern an Geldmiete. Hier verbreitete sich das Handwerk und der Aufbruch der Bauern, um Geld zu verdienen.

Im ganzen Land wuchs die Verbindung von Grundbesitzern und bäuerlichen Wirtschaften mit dem Markt. Um die Produktion von Getreide zum Verkauf zu steigern, begannen Landbesitzer in Fronbetrieben ein monatliches Deputat für leibeigene Bauern (ab den 80er Jahren) zu überführen. Ein Leibeigener wurde seiner Zuteilung beraubt und musste für den Grundherrn für einen mageren Monatslohn arbeiten. Auch der Umfang der Geldabgabe nahm zu: im Durchschnitt um das Fünffache bis zum Ende des Jahrhunderts im Vergleich zur Mitte des Jahrhunderts.

Es war möglich, Geld zu verdienen, indem man entweder Handel trieb oder hinausging, um Geld zu verdienen. Der Bauer verlor zunehmend die Verbindung zum Land, was zur Zerstörung der bäuerlichen Wirtschaft führte.

Einzelne Grundbesitzer gingen den Weg der Rationalisierung ihrer Betriebe. Sie versuchten, ihr Einkommen zu erhöhen, ohne die Grundlagen des Leibeigenensystems anzutasten. Auf ihren Ländereien wurden technische Geräte eingesetzt, eine Fruchtfolge auf mehreren Feldern eingeführt und neue Pflanzen gezüchtet (Sonnenblumen, Tabak, Kartoffeln in kleinen Mengen).

Eine große Rolle spielte dabei die 1765 gegründete und bis 1917 bestehende „Freie Ökonomische Gesellschaft zur Förderung der Landwirtschaft und des Hausbaues in Russland“.

Auf einer Reihe von Betrieben begannen Gutsherren, Manufakturen zu bauen, in denen Leibeigene eingesetzt wurden.

Die Leibeigenenwirtschaft nutzte also Formen und Methoden der Arbeitsorganisation, die für sie nicht typisch waren, was eine der Manifestationen des beginnenden Zerfalls der leibeigenen Produktionsverhältnisse war.

Unter Katharina II. wurden Gesetze erlassen, so dass man sagen kann, dass die Leibeigenschaft ihren Höhepunkt erreicht hatte. Ein Leibeigener war nicht mehr viel anders als ein Sklave.

Das Dekret von 1765 erlaubte dem Gutsherrn, seine Bauern ohne Gerichtsverfahren oder Ermittlungen nach Sibirien zu harter Arbeit zu verbannen, wobei diese Bauern als Rekruten gezählt wurden. Der Handel mit Bauern florierte. Man konnte sie verspielen und unschuldig bestrafen. Oft nutzte der Grundbesitzer das „Recht der ersten Nacht“. Die Bauern mussten nach dem Dekret von 1763 die Kosten für die Niederschlagung ihrer Aufstände selbst tragen (wenn sie als Anstifter der Unruhen erkannt wurden).

Im Jahr 1767 wurde ein Dekret erlassen, das den Bauern verbot, sich bei der Zarin über ihre Grundherren zu beschweren.

Die Industrie.

Im Jahr 1785 wurde eine spezielle „Handwerksordnung“ erlassen, die Teil der „Charta für Städte“ war. Mindestens fünf Handwerker einer bestimmten Fachrichtung mussten eine Werkstatt bilden, die ihren Vorarbeiter wählte.

Das Ziel der Regierung war es, die städtischen Handwerker in einen Stand der damaligen Feudalgesellschaft zu überführen.

Neben dem städtischen wurde das Handwerk in den Industriedörfern weit entwickelt. Die Manufaktur im Gebiet Iwanowo entstand aus der Textilindustrie, die von den Bauern des Grafen Scheremetew betrieben wurde; Pawlowo an der Oka war berühmt für Metallerzeugnisse; das Gebiet Chochloma (heute Gebiet Nischni Nowgorod) war berühmt für die Holzverarbeitung; Gschel (bei Moskau) für die Töpferei; Kimry (Gebiet Twer) für die Gerberei usw.

Unter den reichen Bauern, von denen viele Leibeigene waren, stachen die sogenannten „kapitalistischen“ Bauern hervor. Sie gründeten ihre eigenen Unternehmen und beschäftigten ihre eigenen Dorfbewohner. Ein solcher „kapitalistischer“ Bauer blieb jedoch ein Leibeigener seines Grundherrn, der ihm viele Tausend an Zwangsabgabe zahlte. Allerdings konnten sich nur wenige „kapitalistische“ Bauern von ihren Grundherren lösen und persönliche Freiheit erlangen.

In der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts kam es zu einem weiteren Wachstum der Manufakturproduktion im Lande. (Mitte des XVIII. Jahrhunderts - mehr als 600, und am Ende des Jahrhunderts waren es schon mehr als 2000 Unternehmen). Es gab immer noch eine große Anzahl von Manufakturen, die auf der Ausbeutung der Arbeiter durch Leibeigene basierten.

Die Leibeigenschaft bestimmte die Art der Beziehungen zwischen den Fabrikbesitzern und den Arbeitern in der Metallurgie, der Tuch- und Leinenproduktion sowie in den Betrieben, die auf den Stammgütern errichtet wurden.

In der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts wurden Lohnarbeiter in einer Reihe von Industrien eingesetzt.

Das galt besonders für die Textilindustrie, in der die Bauern in Nebentätigkeit arbeiteten.

Als Leibeigene verdienten sie den notwendigen Betrag (Zwangsabgabe), um ihren Grundherren zu bezahlen.

Das Verhältnis der unentgeltlichen Überlassung, das der Fabrikant und der leibeigene Bauer eingingen, repräsentierte die kapitalistischen Produktionsverhältnisse.

1762 war es verboten, Leibeigene für Fabriken zu kaufen. Im selben Jahr stellte die Regierung die Zuweisung von Bauern an Unternehmen ein.

Ein freier Lohnarbeitsmarkt begann sich entwickeln. Bis zum Ende des XVIII. Jahrhunderts gab es in Russland mehr als 400.000 Lohnarbeiter.

Manufakturen, die nach 1762 von Personen nichtadliger Herkunft gegründet wurden, arbeiteten ausschließlich mit Hilfe von Lohnarbeitern. Im Jahr 1767 wurden Pachtrecht und Monopole in Industrie und Handel abgeschafft.

Einen weiteren Impuls zur Entwicklung von Handwerk und Industrie gab das Dekret von 1775, das die bäuerliche Industrie erlaubte. Dies führte dazu, dass die Zahl der Fabrikbesitzer aus Kaufleuten und Bauern, die ihr Kapital in die Industrie investierten, anstieg.

So wurde der Prozess der Bildung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse unumkehrbar.

Man muss jedoch immer bedenken, dass die Entstehung und Weiterentwicklung des Kapitalismus in einem Land stattfand, das von der Leibeigenschaft beherrscht wurde, die einen großen Einfluss auf die Form, die Art und Weise und das Tempo der Entstehung des Kapitalismus hatte.

Binnen- und Außenhandel.

Die Spezialisierung auf verschiedene Wirtschaftszweige machte sich noch stärker bemerkbar. Brot aus dem Schwarzerdezentrum und der Ukraine, Wolle, Leder, Fisch aus dem Wolgagebiet, Eisen aus dem Ural, Handarbeiten aus dem Nicht-

Schwarzerdegebiet, Salz und Fisch aus dem Norden, Flachs und Hanf aus den Gebieten von Nowgorod und Smolensk, Pelze aus Sibirien und dem Norden wurden ständig auf zahlreichen Auktionen und Messen getauscht. Sie befanden sich an der Schnittstelle von Wirtschaftsregionen und Handelsströmen in Nischni Nowgorod, Orenburg, Irbit, Neschin (Ukraine), Kursk, Archangelsk u. a. Die Abschaffung der Binnenzölle ab 1754 trug zur Entwicklung des gesamtrussischen Marktes bei.

Über die Häfen der Ostseeregion und des Schwarzen Meeres betrieb Russland einen regen Außenhandel. Es exportierte Metall, in dessen Produktion es bis zum Ende des XVIII. Jahrhunderts einen führenden Platz in der Welt einnahm, Hanf, Leinentuch, Segeltuch, Holz, Leder. Ab Ende des XVIII. Jahrhunderts begann der Export von Getreide über die Schwarzmeerehäfen. Zucker, Stoffe, Waren aus Metall, Seide, Farbstoffe, Kaffee, Wein, Obst und Tee wurden aus dem Ausland importiert. Der führende Handelspartner unseres Landes in der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts war England.

Die Finanzen.

Die Stärkung des Machtapparats, die Ausgaben für Kriege, die Aufrechterhaltung des Hofes und anderer staatlicher Bedürfnisse erforderten große finanzielle Ressourcen. Die Einnahmen der Staatskasse stiegen in der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts um das Vierfache. Allerdings sind die Ausgaben noch stärker gestiegen - um das Fünffache.

Katharina versuchte, das chronische Haushaltsdefizit mit traditionellen Methoden zu überwinden. Eine davon war die Ausgabe von Papiergeldscheinen. Zum ersten Mal seit 1769 erschien das Papiergeld (bis zum Ende des XVIII. Jahrhunderts hatte der Papierrubel an Wert verloren und war 68 Kopeken Silber wert). Außerdem nahm Russland zum ersten Mal unter Katharina ausländische Kredite auf. Der erste davon wurde 1769 in Holland aufgenommen, der zweite im Jahr darauf in Italien.

Das Budget Russlands war typisch für die absolutistischen Staaten in Europa. Die Einnahmen wuchsen durch die Erhöhung der Steuern, sowohl der direkten (Pro-Kopf-Steuer) als auch der indirekten (Verkauf von Wein, Salz und anderen Waren durch den Fiskus, Zölle, Münzeinnahmen u. a.). Im Ausgabenteil des Budgets standen an erster Stelle die Ausgaben für das Heer und die Flotte, dann kamen die Ausgaben für die Verwaltung, die Hofhaltung, kleine Beträge wurden für die Entwicklung von Wissenschaft, Bildung und Kunst ausgegeben.

Stärkung der Ständeordnung.

Jede Kategorie der Bevölkerung (Adel, Klerus, verschiedene Kategorien von Stadtbewohnern, Bauern, Kosaken u. a.) erlangte die Klassenisolierung, die durch die entsprechenden, in den Gesetzen und Dekreten festgelegten Rechte und Privilegien bestimmt wurde.

Die Festigung und Verankerung des Ständewesens im XVIII. Jahrhundert war eine der Möglichkeiten, die Macht in den Händen des Adels zu halten. Das war am

Vorabend der Großen Französischen Revolution, die unter der Losung „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ stattfand, was die Zerstörung aller Klassenunterschiede bedeutete.

Aufgeklärter Absolutismus.

Der aufgeklärte Absolutismus wird von einigen Autoren als eine Politik verstanden, die sich sozialer Demagogie und aufklärerischer Parolen bediente, um die alte Ordnung zu erhalten. Andere Historiker haben versucht zu zeigen, wie der aufgeklärte Absolutismus zwar den Interessen des Adels entgegenkam, aber gleichzeitig die bürgerliche Entwicklung förderte. Andere nähern sich der Frage des aufgeklärten Absolutismus vom akademischen Standpunkt aus und sehen in ihm eine der Entwicklungsstufen der absoluten Monarchie.

XVIII. Jahrhundert - die Zeit der Herrschaft der Ideologie der Aufklärung. Die französischen Aufklärer M. F. Voltaire, Ch. L. Montesquieu, D. Diderot, J. J. Rousseau formulierten die wichtigsten Bestimmungen des aufklärerischen Konzepts der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Philosophen sahen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit unter anderem im Wirken aufgeklärter Monarchen - weise Männer auf dem Thron, die ihre Macht nutzen würden, um die Gesellschaft aufzuklären und Gerechtigkeit herzustellen.

Die Idee des Staates als Hauptinstrument zur Erreichung des Gemeinwohls herrschte in den Köpfen der Menschen dieser Zeit vor. Das Ideal Ch. L. Montesquiens, dessen Werk „Vom Geist der Gesetze“ das Handbuch Katharinas II. war, war eine konstitutionelle Monarchie mit einer klaren Trennung von legislativer, exekutiver und judikativer Gewalt.

In ihrer Politik versuchte Katharina II., diese theoretischen Aussagen umzusetzen. Natürlich konnte sie nicht gegen den Adel, gegen die Leibeigenschaft vorgehen. Sie versuchte, eine legitime autokratische Monarchie aufzubauen, sie mit den neuen historischen Gegebenheiten zu aktualisieren, anstatt ein konstitutionelles demokratisches System einzuführen, wie es die Aufklärer wollten. Das Verständnis der Monarchen von Gleichheit und Freiheit ging nicht weiter als die Verankerung der Rechte und Privilegien jeder Klasse im Rahmen einer autokratischen Monarchie.

Die Politik des aufgeklärten Absolutismus in Russland, wie auch in einer Reihe anderer europäischer Länder, bestand darin, die Bestimmungen der Aufklärungsideologie zu nutzen, um das Leibeigenensystem unter den Bedingungen seines beginnenden Verfalls zu stärken. Eine solche Politik konnte für lange Zeit nicht umgesetzt werden. Nach der Großen Französischen Revolution wurde ein Kurs zur Stärkung der nationalen und internationalen Reaktion festgelegt, der das Ende der Zeit des aufgeklärten Absolutismus bedeutete.

Die ersten Jahre der Herrschaft. Katharina II. zeigte die Intelligenz und die Fähigkeiten eines großen Staatsmannes. Sie bestieg den Thron in einer schwierigen Zeit.

In ihren Memoiren erinnerte sie sich später: „1762, als ich den Thron bestieg, fand ich in Preußen eine Landarmee, die nicht zwei Drittel ihres Gehalts erhielt ...

Im Inneren des Reiches befanden sich die Fabrik- und Klosterbauern fast alle in klarem Ungehorsam gegenüber der Obrigkeit, und mancherorts begannen sich ihnen

die Grundherren anzuschließen.“ Katharina II. musste eine Politik entwickeln, die den Bedingungen der Neuzeit entsprach. Diese Politik wurde „aufgeklärter Absolutismus“ genannt.

Anfangs fühlte sich Katharina II. auf dem Thron nicht sicher genug. Viele Würdenträger und Adlige glaubten, dass nach dem Tod Peters III. Paul oder Iwan Antonowitsch hätte regieren sollen.

Bereits am 22. September 1762 wurde Katharina II. in der Mariä-Entschlafens-Kathedrale des Moskauer Kremls feierlich gekrönt und hielt während ihrer Regentschaft ihren Sohn in respektvoller Distanz zum Thron. Im Jahre 1764 unternahm der junge Offizier W. J. Mirowitsch einen Versuch, den dort gefangenen Iwan Antonowitsch aus der Festung Schlüsselburg zu befreien. Gemäß der Anweisung hat der Wächter Iwan Antonowitsch getötet. W. J. Mirowitsch wurde verhaftet und hingerichtet.

Ab 1763 begann Katharina II. eine ständige Korrespondenz mit M. F. Voltaire und seinen Mitarbeitern und besprach mit ihnen die Staatsangelegenheiten. Sie betonte, dass das Buch von Ch. L. Montesquieu ihr Leitfaden für die Politik wurde. In den Ländern Westeuropas sprach man von der „großen Semiramis des Nordens“.

Der Wunsch, Russland besser kennenzulernen, führte Katharina auf die Idee einer Reise durch das Land, wie es Peter der Große zuvor getan hatte. Zu Beginn ihrer Regierungszeit besuchte Katharina II. Jaroslawl und Groß-Rostow, besuchte die baltischen Staaten, reiste entlang der Wolga von Twer nach Simbirsk.

Katharina II. hat der Gesetzgebung eine enorme Rolle beigemessen. Sie schrieb, dass Gesetze geschaffen werden, „um die Bürger zu erziehen“, dass „jeder staatliche Ort seine eigenen Gesetze und Grenzen hat“. Nach Berechnungen von Historikern erließ die Zarin während ihrer Herrschaft 12 Gesetze pro Monat. Am aktivsten war sie in den ersten Jahren ihrer Herrschaft, als sie durchschnittlich 22 Gesetze pro Monat erließ. Bereits nach ihrer Thronbesteigung hatte Katharina II. in ihrem Manifest unmissverständlich festgestellt: „Wir beabsichtigen, die Grundherren unverletzlich auf ihren Gütern und Besitzungen zu halten und die Bauern in gebührendem Gehorsam gegen sie zu erhalten.“

Eine der ersten Reformen Katharinas II. war die Aufteilung des Senats in sechs Abteilungen mit spezifischen Befugnissen und Zuständigkeiten. Die Senatsreform verbesserte die Führung des Landes vom Zentrum aus, aber der Senat verlor seine gesetzgebende Funktion, die zunehmend auf die Zarin übertragen wurde.

Im Jahre 1764 wurde das Hetmanat in der Ukraine abgeschafft. Der letzte Hetman K. G. Rasumowski wurde entlassen, und seinen Platz nahm der Generalgouverneur ein. Die Autonomie der Ukraine wurde abgeschafft. Das ganze Land, so glaubte Katharina, sollte nach den gleichen Prinzipien regiert werden.

Angesichts der Massenunruhen unter den klösterlichen Bauern führte Katharina 1764 die von Peter III. angekündigte Säkularisierung des Kirchenbesitzes durch. Das Personal und die Bezahlung des Klerus wurden festgelegt. Ehemalige Klosterbauern (es gab ungefähr 1 Million männliche Seelen) gerieten unter die Herrschaft des

Staates. Sie wurden als ökonomisch bezeichnet, da das Wirtschaftskollegium gegründet wurde, um sie zu verwalten.

Im Jahr 1773 wurde das Prinzip der religiösen Toleranz eingeführt.

1765 begann die Landvermessung im Land: vor Ort wurden die Grenzen der Landbesitzungen festgelegt und ihre juristische Zuweisung festgelegt. Es sollte die Landbesitzverhältnisse regularisieren und Landstreitigkeiten beenden. Das größte Ereignis Katharinas II. war jedoch die Einberufung einer Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfs des neuen Kodex.

Die gesetzgebende Kommission.

Um das Ziel zu erreichen, „Frieden und Ruhe“ im Land zu schaffen und ihre Position auf dem Thron zu stärken, berief Katharina II. 1767 in Moskau eine Sonderkommission ein, um einen neuen Gesetzkodex des Russischen Reiches auszuarbeiten, der den veralteten Kathedralenkodex von 1649 ersetzen sollte. An der gesetzgebenden Kommission nahmen 572 Abgeordnete teil, die den Adel, die staatlichen Institutionen, die Bauern und die Kosaken vertraten. Leibeigene, die etwa die Hälfte der Bevölkerung des Landes ausmachten, nahmen nicht an der Arbeit der Kommission teil. Die Hauptrolle dabei spielten die adligen Abgeordneten (ca. 45%).

Die von Katharina II. vorgeschlagenen Abgeordneten legten der Kommission etwa 1600 Petitionen aus den Ortschaften vor, „damit sie die Bedürfnisse und die empfindlichen Mängel der Menschen besser kennenlernt“. Als Leitdokument der Kommission verfasste die Zarin 1767 die „Instruktion“ - eine theoretische Grundlage der Politik des aufgeklärten Absolutismus.

Die „Instruktion“ Katharinas II. bestand aus 22 Kapiteln und war in 655 Artikel unterteilt. Fast 3/4 des Textes der „Instruktion“ waren Zitate aus den Werken der Aufklärer. Diese Zitate wurden sorgfältig ausgewählt, und die „Instruktion“ war somit ein vollständiges Werk, das die Notwendigkeit einer starken autokratischen Macht in Russland und die Klassenstruktur der russischen Gesellschaft bewiesen wurde.

Die „Instruktion“ ging von der Position aus, dass die oberste Macht „für das Volk geschaffen“ wurde und handelt, „um das größte Wohl von allen zu erhalten“. Die oberste Macht, so Katharina II., konnte nur autokratisch sein. Sie erklärte dies mit der Zugehörigkeit des russischen Volkes zur Zahl der Europäer, der Weite des Territoriums und der Überlegung, dass „es besser ist, den Gesetzen unter einem Herrn zu gehorchen als vielen zu gefallen“.

Katharina II. erklärte das Ziel der Autokratie zum Wohl aller Untertanen.

Das Motto der gesetzgebenden Kommission waren die Worte: „Glückseligkeit eines jeden und aller“. Die Freiheit der Bürger, oder, wie Katharina II. es nannte, die Freiheit, „ist das Recht, das zu tun, was die Gesetze erlauben“. Die Gleichheit der Menschen wurde daher als das Recht jeder Klasse verstanden, die ihr gewährten Rechte zu besitzen: für den Adel ihre Vorschriften, für die Leibeigenen die ihren. Es war notwendig, solche Gesetze zu erlassen, dass sie „einerseits die Missbräuche der Sklaverei abwenden und andererseits den Gefahren zuvorkommen, die aus ihr entstehen können“.

Katharina II. glaubte, dass Gesetze, wie oben erwähnt, zur Erziehung der Bürger geschaffen wurden.

Nur ein Gericht kann eine Person für schuldig erklären, versicherte die „Instruktion“. Das Konzept der Unschuldsvermutung wurde, wenn auch in einer Klasseninterpretation, in das russische Recht eingeführt.

Die gesetzgebende Kommission begann ihre Sitzungen in der Facettenkammer des Moskauer Kremls im Sommer 1767.

Beim fünften Treffen wurde die Zarin mit dem Titel „Große, weise Mutter des Vaterlandes“ ausgezeichnet, was die endgültige Anerkennung Katharinas II. durch den russischen Adel bedeutete.

Unerwartet für Katharina und ihr Gefolge stand die Bauernfrage im Mittelpunkt der Diskussion.

Einige Abgeordnete - die Adligen G. Korobin und J. Koselsky, die Bauern I. Tschuprow und I. Scherebrow, die Kosaken A. Alejnikow, der Hofbesitzer A. Maslow - kritisierten bestimmte Aspekte der Leibeigenschaft. Zum Beispiel schlug A. Maslow vor, die Leibeigenen einem speziellen Kollegium zu übertragen, das aus den Steuern der Bauern ein Gehalt an den Grundherrn zahlen sollte. Dies würde tatsächlich die Befreiung der Bauern von der Herrschaft der Grundbesitzer bedeuten. Eine Reihe von Abgeordneten plädierte für eine klare Regelung der bäuerlichen Pflichten.

Die Mehrheit der Abgeordneten hingegen verteidigte die Leibeigenschaft und forderte eine Ausweitung ihrer Klassenrechte, Privilegien und Gruppeninteressen.

Die Arbeit der Kommission dauerte über ein Jahr. Unter dem Vorwand, einen Krieg mit der Türkei zu beginnen und „den Frieden und die Ruhe zu stören“, wurde sie 1768 auf unbestimmte Zeit aufgelöst, ohne einen neuen Kodex auszuarbeiten. Private Kommissionen, die zusammen mit der Großen Generalversammlung eingerichtet wurden und sich mit spezifischen Gesetzen befassten, existierten bis zum Tod Katharinas II. Aus den Reden und Proklamationen der Abgeordneten konnte sich Katharina II. ein recht klares Bild von den Positionen der verschiedenen Gruppen im Land machen. Die „Instruktion“ Katharinas II. und die Materialien der gesetzgebenden Kommission bestimmten weitgehend die Gesetzgebungspraxis der Zarin. Die Ideen der „Instruktionen“ lassen sich auch in der „Institution über die Gouvernements“ und in den „Chartas“ an den Adel und die Städte nachweisen, die nach der Niederschlagung des Bauernkrieges unter Führung von J. I. Pugatschow.

Kaum Recht haben jene Historiker, die in der Einberufung der gesetzgebenden Kommission eine demagogische Farce sehen, die von Katharina II. inszeniert wurde. Die gesetzgebende Kommission kann nicht als Beginn des russischen Parlamentarismus bezeichnet werden.

Unter den konkreten Bedingungen Russlands in der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts unternahm Katharina II. den Versuch, das Land zu modernisieren und eine rechtmäßige autokratische Monarchie zu errichten, wobei sie sich auf den damals aktuellen Wissensstand über Natur und Gesellschaft stützte.

N. I. Nowikow gegen „Alles und jedes“.

In dem Wunsch, die öffentliche Meinung weiter zu formen, wandte sich die Zarin dem Journalismus zu. 1769 begann sie, die satirische Zeitschrift „Allerlei Zeug“ zu veröffentlichen. Die Hauptidee der Zeitschrift war es, die menschlichen Schwächen, Laster und den Aberglauben zu kritisieren („Satire im lächelnden Geist“). Katharina II.

versuchte, die Angelegenheit auf ironischen Spott über Modepüppchen und Stutzer, Geizhalse und Raffzähne, Aberglauben und Prüderie zu reduzieren.

Der hervorragende russische Aufklärer, Schriftsteller und Publizist Nikolai Iwanowitsch Nowikow wandte sich gegen eine solche Herangehensweise für die Aufgaben des Journalismus.

A. S. Puschkin schrieb zu Recht, dass N. I. Nowikow einer derjenigen war, „der die ersten Strahlen der Aufklärung in seinem Vaterland verbreitete“.

In nur einem Jahrzehnt, als

N. I. Nowikow an der Spitze der Druckerei der Moskauer Universität stand, veröffentlichte er etwa 800 Bücher. Werke von W. Shakespeare und M. Cervantes, J. B. Moliere und P. O. Beaumarchais, D. Defoe und C. Goldoni wurden in russischer Sprache veröffentlicht. Er machte einem breiten Leserkreis die Werke der französischen Philosophen-Aufklärer - M. F. Voltaire, Diderot - zugänglich.

Auf seine Initiative hin wurden die Werke von D. I. Fonwisin, A. P. Sumarokov und N. M. Karamsin veröffentlicht. H. I. Nowikow war der erste in Russland, der begann, Zeitschriften für Kinder, Frauen, Landwirtschaft und Wirtschaft zu veröffentlichen. Zusätzlich zu den beiden Buchhandlungen in Moskau, mit seiner aktiven Beteiligung, eröffneten zwanzig weitere.

In den 60 - 70-er Jahren des XVIII. Jahrhunderts proklamierte

N. I. Nowikow die Kritik an bestimmten Erscheinungen und Personen als Haupttrichtung seiner Tätigkeit. In Nowikows Zeitschriften „Nassauer“ und „Maler“ fand der Leser ein Bild von der unbegrenzten Willkür der feudalen Grundbesitzer, dem Mangel an Rechten und der schwierigen Situation der Bauern. Das berühmte Epigraph des „Nassauers“: „Sie arbeiten und ihr vergiftet ihre Arbeit“ spiegelt die Ansichten des Aufklärers sehr treffend wider.

In der sich entfaltenden Polemik zwischen den Zeitschriften von Nowikow und „Alles und jedes“ war der moralische Sieg auf der Seite des Aufklärers. Damit war die Aufgabe der journalistischen Tätigkeit Katharinas II. vorgezeichnet. Dieser Sieg sowie Nowikows Verbindungen zu Freimaurern und Pawel wurden jedoch zum Grund für seine Inhaftierung in der Festung Schlüsselburg, wo er 1792 - 1796 über vier Jahre lang als unbekannter Gefangener blieb.

Die Tätigkeit des herausragenden russischen Aufklärers N. I. Nowikow war ein Indikator für die öffentliche Meinung im Russland der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts, die Bildung der russischen Intelligenz, die Bildung der Antisklavereiideologie, die das Auftreten des ersten russischen Revolutionärs A. N. Radischtschew und den Aufstand der Dekabristen vorbereitete.

DER BAUERNKRIEG VON 1773 – 1775 UNTER DER LEITUNG VON E. I. PUGATSCHOW

Vorabend des Bauernkriegs.

1771 brach in Moskau ein Aufstand der Stadtbewohner aus, der als „Pestaufstand“ bezeichnet wurde. Die Pest, die auf dem russisch-türkischen Kriegsschauplatz begann, wurde trotz strenger Quarantäne nach Moskau gebracht und tötete bis zu tausend Menschen pro Tag. Die Stadtbehörden waren in der extremen Situation verwirrt, was das Misstrauen ihnen gegenüber erhöhte. Der Grund für den Aufstand war der Versuch des Moskauer Erzbischofs Amwrossi und des Gouverneurs P. D. Jeropkin, die wundersame Ikone der Muttergottes von den Barbarentoren von Kitaj-

Stadt zu entfernen (Tausende Moskauer küssten sie). Amwrossi wurde von der Menge im Donskoi-Kloster in Stücke gerissen. Drei Tage lang hatte es einen Aufstand in der Stadt gegeben. Aus St. Petersburg wurde zur Unterdrückung des Aufstandes ein Günstling der Zarin G. G. Orlow mit dem Garderegiment geschickt. Mehr als hundert Menschen wurden getötet, viele mit Knuten, Gerten und Peitschen bestraft.

In dem Jahrzehnt vor dem Bauernkrieg zählen Historiker über 40 Aufstände von Leibeigenen.

In den 50 - 70er Jahren des XVIII. Jahrhunderts erreichte die Flucht der Bauern, die von ihren Herren zur Verzweiflung getrieben wurden, ein großes Ausmaß. Falsche Erlasse und Manifeste, die Gerüchte über die angeblich unmittelbar bevorstehende Befreiung der Bauern aus der Leibeigenschaft enthielten, wurden unter der Bevölkerung verbreitet. Es gab auch Fälle von Hochstapeleien: es gibt Daten über sechs Fälle von „Peter III.“, die vor dem Bauernkrieg auftraten, d.h. Doppelgänger des 1762 verstorbenen Zaren. In einem solchen Umfeld brach der Bauernkrieg unter der Führung von E. I. Pugatschow aus.

E. I. Pugatschow.

Jemeljan Iwanowitsch Pugatschow wurde in Simowejskaja Staniza am Don (es war auch der Geburtsort von S. T. Rasin) in einer Familie von armen Kosaken geboren. Mit 17 Jahren nahm er an den Kriegen mit Preußen und der Türkei teil, erhielt den Junior-Offizier-Rang des Fähnrichs der Kosaken für Tapferkeit in den Kämpfen.

E. I. Pugatschow trat wiederholt als Beschwerdeführer der Bauern und einfachen Kosaken auf, wofür er von den Behörden verhaftet wurde. 1773 floh der damals 31-jährige E. I. Pugatschow aus dem Kasaner Gefängnis. Sein Weg führte über Jaik, wo er sich bei den örtlichen Kosaken als Zar Peter III. vorstellte. Mit einer Abteilung von 80 Kosaken zog er in die Stadt Jaizk - das Zentrum der örtlichen Kosakenarmee. Zwei Wochen später hatte die Armee Pugatschows mehr als 2,5 Tausend Mann und 29 Kanonen.

Teilnehmer am Bauernkrieg.

Die Bewegung unter der Leitung von E. I. Pugatschow begann unter den Kosaken. Die Teilnahme von Leibeigenen, Handwerkern, Arbeitern und Bauern des Urals, aber auch von Baschkiren, Mari, Tataren, Udmurten und anderen Völkern der Wolgaregion gab dem Aufstand einen besonderen Rahmen. Wie seine Vorgänger zeichnete sich E. I. Pugatschow durch seine religiöse Toleranz aus. Unter seinem Banner kämpften sowohl Orthodoxe, als auch Altgläubige, Muslime und Heiden zusammen. Sie waren durch ihren Hass auf die Leibeigenschaft geeint.

A. S. Puschkin nannte mehrere Manifeste und Dekrete E. I. Pugatschows, die eine Vorstellung von den Hauptparolen der Aufständischen gaben, „erstaunliche Beispiele volkssprachlicher Wortgewandtheit“. Diese Dokumente unterschieden sich in der Form von den „wunderschönen Briefen“ I. I. Bolotnikows und S. T. Rasins. Unter den Bedingungen des sich entwickelnden administrativ-bürokratischen Machtapparates benutzte der Führer der Aufständischen Formen von Staatsakten - Manifeste und Dekrete -, die für die neue Entwicklungsstufe des Landes charakteristisch waren.

Eines der markantesten Manifeste E. I. Pugatschows wurde von Historikern als „Charta für die Bauernschaft“ bezeichnet. Er gewährte „allen ehemaligen Bauern und

Grundherren“ „Freiheit und Ungebundenheit“, Ländereien, Heuwiesen, Fischgründe und Salzseen „ohne Kauf und ohne Geldabgabe“.

Das Manifest befreite die Bevölkerung des Landes „von Steuern und Lasten“, „die von Schurken aus dem Adel und den Schmiergeldnehmern aus den Städten auferlegt wurden“. Das utopische Ideal der Aufständischen war die Rückkehr zu bäuerlichen Gemeinschaften, deren Leben nach dem Vorbild der Kosaken organisiert war.

Der Verlauf des Bauernkrieges.

Der Bauernkrieg begann mit der Eroberung kleiner Städte am Jaik und der Belagerung von Orenburg, der größten Festung im Südosten Russlands, durch eine Abteilung E. I. Pugatschows. Die zaristischen Truppen unter dem Kommando von General W. A. Kary, die zur Rettung Orenburgs geschickt wurden, wurden besiegt. Die Baschkiren, angeführt von Salawat Julajew, die mit W. A. Kary marschierten, stellten sich auf die Seite E. I. Pugatschows. Die Armee der Aufständischen war nach dem Vorbild der Kosakenarmee organisiert. In der Nähe von Orenburg wurde das Hauptquartier der Aufständischen - das Militärkollegium - gebildet. Die Disziplin und Organisation in der Armee E. I. Pugatschows war relativ hoch, aber im Allgemeinen blieb die Bewegung, wie in den vorherigen Bauernkriegen, spontan. Getrennte Abteilungen der Aufständischen, die von den Gefährten Pugatschows - Salawat Julajew, den Arbeitern der Uralwerke Chlopuscha und Iwan Beloborodow, dem Kosaken Iwan Tschiki-Sarubin u. a. - geführt wurden, eroberten Kungur, Krasnoufinsk und Samara, belagerten Ufa, Jekaterinburg und Tscheljabinsk.

Erschrocken über das Ausmaß der Bauernbewegung setzte Katharina II. an die Spitze der Regierungstruppen den ehemaligen Leiter der gesetzgebenden Kommission, General A. I. Bibikow. Katharina II. erklärte sich selbst zur „Kasaner Grundbesitzerin“ und betonte damit die Nähe der Interessen der Zarenmacht und des Adels.

Im März 1774 wurde E. I. Pugatschow bei der Festung Tatischtschew im Gebiet Orenburg besiegt, woraufhin die zweite Etappe des Bauernkrieges begann. Die Aufständischen zogen sich in den Ural zurück, wo ihre Armee durch Bauern und Fabrikarbeiter aufgestockt wurde.

Von dort, aus dem Ural, zog E. I. Pugatschow nach Kasan und nahm es im Juli 1774 ein. Doch bald näherten sich die Hauptkräfte der zaristischen Armee unter der Führung von Oberst I. I. Michelson der Stadt. In einer neuen Schlacht wurde E. I. Pugatschow besiegt. Mit einer Abteilung von 500 Mann überquerte er das rechte Ufer der Wolga.

Die dritte und letzte Etappe des Aufstandes begann. „Pugatschow floh; aber seine Flucht schien wie eine Invasion“, schrieb A. S. Puschkin. Die Bauernschaft und die Völker der Wolgaregion empfingen Pugatschow als Befreier von der Leibeigenschaft. An die Spitze der Regierungstruppen wurde anstelle des verstorbenen A. I. Bibikow P. I. Panin berufen. Vom Schauplatz des Russisch-Türkischen Krieges wurde A. W. Suworow einberufen. Die Truppe Pugatschows selbst zog die Wolga hinunter, um anschließend zum Don durchzubrechen, wo er hoffte, die Unterstützung der Donkosaken zu erhalten. Im Laufe ihrer Bewegung nach Süden eroberten die Pugatschos Alaty, Saransk, Pensa und Saratow.

Seine letzte Niederlage erlitt E. I. Pugatschow nach einem erfolglosen Versuch,

Zarizyn in der Nähe des Salnikow-Werks einzunehmen. Mit einer kleinen Anzahl von Männern, die ihm treu ergeben waren, versuchte er, sich hinter die Wolga zu flüchten, um danach den Kampf fortzusetzen. Eine Gruppe reicher Kosaken, die um die Gunst der Zarin buhten, ergriffen Pugatschow und übergaben ihn den Behörden. In einem Holzkäfig wurde E. I. Pugatschow nach Moskau geschickt. Am 10. Januar 1775 wurden E. I. Pugatschow und seine engsten Anhänger in Moskau auf dem Bolotnaja-Platz hingerichtet. Genauso grausam ging das zaristische Regime mit den einfachen Teilnehmern des Aufstandes um: Flöße mit Galgen schwammen auf der Wolga und anderen Flüssen. Die im Wind schwankenden Leichen der Erhenkten sollten nach Angaben der Bestrafer die Bevölkerung des Landes einschüchtern und damit neue Demonstrationen verhindern.

Der Bauernkrieg unter der Führung von E. I. Pugatschow endete aus denselben Gründen wie andere große Volksaufstände in einer Niederlage: er war gekennzeichnet durch Spontaneität, den lokalen Charakter der Bewegung, die Heterogenität ihrer sozialen Zusammensetzung, schlechte Bewaffnung, naiven Monarchismus, das Fehlen eines klaren Programms und Ziels des Kampfes. Der Bauernkrieg zwang Katharina II. zu einer Reihe von Reformen, um die Verwaltungsorgane im Zentrum und auf lokaler Ebene zu zentralisieren und zu vereinheitlichen sowie die Klassenrechte der Bevölkerung gesetzlich zu regeln.

REFORMEN KATHARINAS II. INTHRONISATION PAULS I.

Die Gouvernementsreform von 1775.

Es wurden Maßnahmen zur Stärkung des Adels im Zentrum und der Provinz ergriffen. Zum ersten Mal erschien in der russischen Gesetzgebung ein Dokument, das die Tätigkeit der lokalen staatlichen Verwaltungsorgane und Gerichte definierte. Dieses System der lokalen Organe dauerte bis zu den Großen Reformen der 60er Jahre des XIX. Jahrhunderts. Die von Katharina II. eingeführte administrative Aufteilung des Landes blieb bis 1917 bestehen.

Am 7. November 1775 wurde die „Institution für die Regierung der Provinzen des Gesamtrussischen Reiches“ verabschiedet. Das Land war in Gouvernements aufgeteilt, jede hatte 300 - 400 Tausend Männer.

Am Ende der Herrschaft Katharinas gab es in Russland 50 Gouvernements.

Die Gouvernements wurden von Gouverneuren geleitet, die der Zarin direkt unterstellt waren, und ihre Macht wurde erheblich erweitert.

Die Hauptstädte und einige andere Gouvernements waren Generalgouverneuren unterstellt.

Unter dem Gouverneur wurde ein Gouvernementsvorstand eingerichtet, dem der Gouvernementsstaatsanwalt unterstellt war. Die Finanzen in dem Gouvernement wurden vom Kammerkollegium unter der Leitung des Vize-Gouverneurs verwaltet. Der Gouvernementsgeometer war für die Landverwaltung zuständig. Schulen, Hospitäler, Armenhäuser unterstanden der Prikas-Gesellschaftsfürsorge (verpflegen - kontrollieren, sich kümmern, versorgen); erstmals wurden staatliche Einrichtungen mit sozialen Funktionen geschaffen.

Die Gouvernements wurden in Bezirke eingeteilt, in denen sich jeweils 20 - 30 Tausend Männer befanden. Da es nicht genug Städte - Zentren der Landkreise gab, benannte Katharina II. viele große ländliche Siedlungen in Städte um und machte sie zu Verwaltungszentren.

Die Hauptorgan der Behörde war das Untere Landgericht, an dessen Spitze der Hauptmann-Kreispolizeichef stand, der vom lokalen Adel gewählt wurde.

Nach dem Vorbild der Gouvernements wurden in den Landkreisen ein Kreisschatzmeister und ein Kreislandvermesser eingesetzt.



U

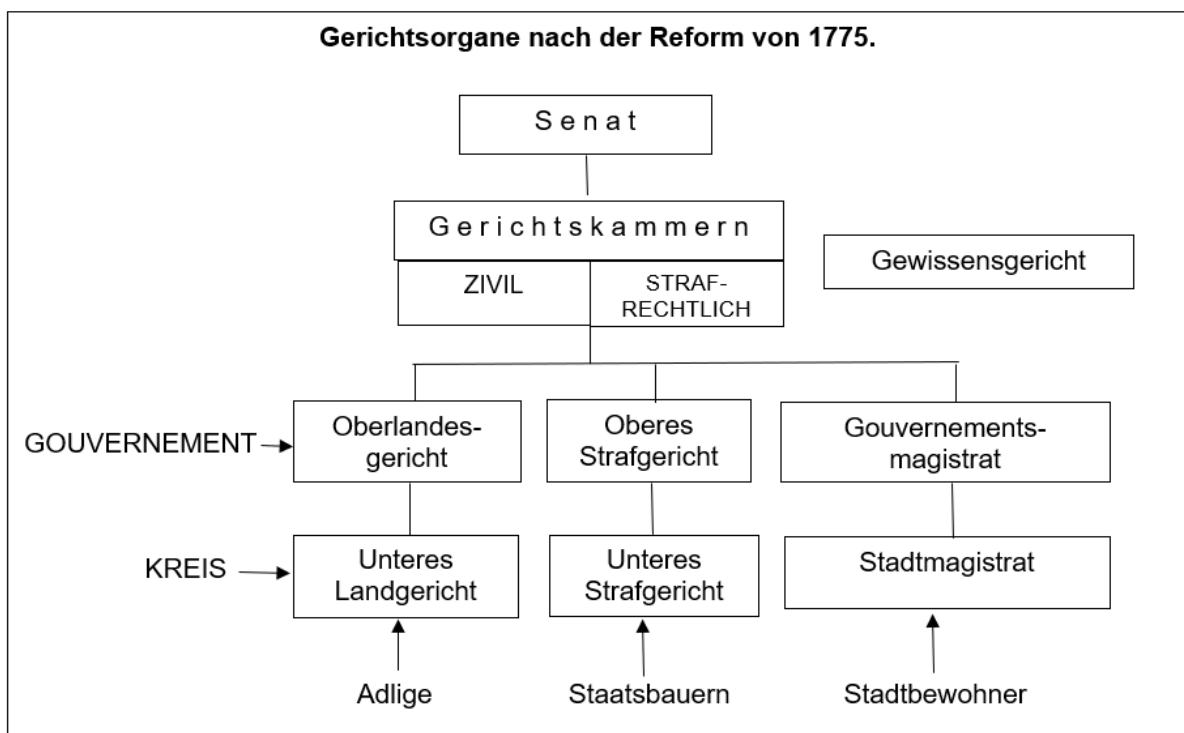
Regierungssystem trennte Katharina II. die Judikative von der Exekutive. Alle Stände, mit Ausnahme der Leibeigenen (für sie war der Grundherr der Eigentümer und Richter), mussten sich an der Kommunalverwaltung beteiligen.

Jeder Stand erhielt sein eigenes Gericht. Über den Grundbesitzer urteilte in den Gouvernements das Oberlandesgericht und in den Grafschaften das Kreisgericht. Staatsbauern wurden vom Oberen Strafgericht im Gouvernement und dem Unteren Strafgericht im Kreis vor Gericht gestellt; Städter wurden vom Stadtmagistrat im Kreis und vom Gouvernementsmagistrat im Gouvernement vor Gericht gestellt. Alle diese Gerichte waren wählbar, mit Ausnahme der unteren Gerichte, die vom Gouverneur ernannt wurden. Das höchste Justizorgan im Land war der Senat, in den Gouvernements - die Kammern der Straf- und Zivilgerichte, deren Mitglieder vom Staat

ernannt wurden. Neu in Russland war das Gewissensgericht, das Streitigkeiten beenden und die Streitsüchtigen versöhnen sollte. Es war ständelos. Die Gewaltenteilung war nicht vollständig, da der Gouverneur in Gerichtsangelegenheiten eingreifen konnte.

Eine Stadt wurde als eigene Verwaltungseinheit eingerichtet. Sie wurde vom Stadthauptmann geleitet, der mit allen Rechten und Befugnissen ausgestattet war. In den Städten wurde eine strenge Polizeikontrolle eingeführt.

Die Stadt war in Teile (Bezirke) unterteilt, die unter der Aufsicht eines privaten Polizeihauptmanns standen, und die Teile wiederum waren in Stadtviertel unterteilt, die vom Quartalaufseher kontrolliert wurden.



Nach der Gouvernementsreform hörten alle Kollegien auf zu arbeiten, mit Ausnahme des Ausländischen Kollegs, des Militärkollegs und des Admiralitätskollegs. Die Funktionen der Kollegien wurden von den Gouvernementsorganen übernommen. Im Jahre 1775 wurde Saporoschkaja Setsch liquidiert und die Mehrheit der Kosaken wurde nach Kuban verlegt.

Das entstandene System der Verwaltung des Territoriums des Landes unter den neuen Bedingungen löste das Problem der Stärkung der Macht des Adels in den Provinzen, sein Ziel war es, neue Volksaufstände zu verhindern.

Die Angst vor den Aufständischen war so groß, dass Katharina II. anordnete, den Fluss Jaik in Ural umzubenennen, und die Jaiker Kosaken in Uralkosaken.

Die Zahl der Beamten in den örtlichen Dienststellen hat sich mehr als verdoppelt.

Chartas an den Adel und die Städte.

Am 21. April 1785, am Geburtstag Katharinas II., wurden gleichzeitig die Chartas an den Adel und die Städte ausgestellt. Es ist bekannt, dass Katharina II. auch einen Entwurf für eine Charta an die staatlichen (ständischen) Bauern vorbereitet hatte, die aber aus Angst vor Unzufriedenheit des Adels nicht veröffentlicht wurde.

Mit zwei Urkunden regelte Katharina II. die Gesetzgebung über die Rechte und Pflichten der Stände.

Gemäß der „Charta über die Rechte, Freiheiten und Privilegien des russischen Adels“ war er von der Dienstpflcht, persönlichen Steuern und körperlichen Züchtigungen befreit.

Die Ländereien wurden zum uneingeschränkten Eigentum der Grundherren erklärt, die darüber hinaus das Recht hatten, eigene Fabriken und Betriebe zu gründen.

Adelige konnten nur ihresgleichen verklagen und konnten nicht ohne ein Adelsgericht der adeligen Ehre, des Lebens und der Ländereien beraubt werden. Die Adligen des Gouvernements und des Kreises bildeten jeweils die Gouvernment- und Kreisgesellschaft des Adels und wählten ihre Führer sowie die Beamten der lokalen Verwaltung. Die Gouvernements- und Kreisgesellschaften des Adels hatten das Recht, gegenüber der Regierung Erklärungen über ihre Bedürfnisse abzugeben. Die Chartas festigten und formalisierten die Macht des Adels in Russland.

Die Gouvernements- und Kreisgesellschaften des Adels hatten das Recht, gegenüber der Regierung Erklärungen über ihre Bedürfnisse abzugeben. Die Chartas festigten und formalisierten die Macht des Adels in Russland.

Dem herrschenden Stand wurde die Bezeichnung „edel“ verliehen.

„Die Charta für die Rechte und Vorteile der Städte des Russischen Reiches“ bestimmte die Rechte und Pflichten der städtischen Bevölkerung und des Regierungssystems in Städten. Alle Bürger der Stadt wurden in das Stadtbürgerregister eingetragen und bildeten eine „Stadtgesellschaft“. Es wurde erklärt, dass „Bürger oder echte Stadtbewohner diejenigen sind, die ein Haus oder ein anderes Gebäude oder einen Ort oder ein Grundstück in dieser Stadt haben“.

Die städtische Bevölkerung wurde in sechs Klassen eingeteilt. Die erste Klasse umfasste den Adel und die Geistlichkeit, die in der Stadt lebten; die zweite Klasse umfasste die Kaufleute, die in drei Zünfte unterteilt waren; die dritte Klasse bestand aus den Handwerkern der Geschäfte; die vierte Klasse umfasste die Ausländer, die sich ständig in der Stadt aufhielten; die fünfte Klasse bestand aus angesehenen Bürgern, darunter hoch gebildete Personen und Kapitalisten. Die sechste waren die Vorstädter, die von Handwerk oder Arbeit lebten. Alle drei Jahre wählten die Einwohner der Stadt ein Selbstverwaltungsorgan, die Allgemeine Stadtduma, den Bürgermeister und die Richter. Die Allgemeine Stadtduma wählte das Exekutivorgan, eine Duma mit sechs Kammern, die aus einem Vertreter aus jeder Klasse der Stadtbevölkerung bestand.

Die Stadtduma entschied über Angelegenheiten, die die öffentlichen Einrichtungen, die öffentliche Bildung, den Handel usw. betrafen, nur mit dem Wissen des von der Regierung ernannten Stadthauptmanns.

Die Chartas stellten alle sechs Kategorien der städtischen Bevölkerung unter die Kontrolle des Staates.

Die eigentliche Macht in der Stadt lag in den Händen des Stadthauptmanns, der Gemeindeverwaltung und des Gouverneurs.

Bildungsreform.

Katharina II. legte großen Wert auf die Bildung im Leben des Landes.

In den 60 - 70er Jahren des XVIII. Jahrhunderts unternahm sie zusammen mit I. I. Bezkoj, dem Präsidenten der Akademie der Künste und dem Direktor des Adelskorps, den Versuch, ein System von Bildungseinrichtungen mit geschlossener Klasse zu schaffen. Ihre Struktur basierte auf der Idee, dass Bildung Vorrang vor Erziehung hatte. In der Überzeugung, dass „die Wurzel alles Bösen und Guten in der Erziehung liegt“, beschlossen Katharina II. und I. I. Bezkoj, eine „neue Gattung von Menschen“ zu schaffen. Nach I. I. Bezkojs Plan wurden in Moskau und St. Petersburg die Waisenhäuser, in St. Petersburg das Smolny-Institut für adlige Fräulein mit einer Abteilung für kleinbürgerliche Mädchen, in Moskau die Handelsschule und das Kadettenkorps eröffnet.

Die Ansichten I. I. Bezkojs waren fortschrittlich für ihre Zeit, die humane Erziehung der Kinder, die Entwicklung ihrer natürlichen Talente, das Verbot der körperlichen Züchtigung, die Organisation der Frauenbildung.

Doch die „Treibhaus“-Bedingungen, die Isolation vom realen Leben, vom Einfluss der Familie und der Gesellschaft, machten I. I. Bezkojs Versuche, einen „neuen Menschen“ zu formen, natürlich utopisch.

Die allgemeine Entwicklungslinie des russischen Bildungswesens verlief nicht durch die utopischen Unternehmungen I. I. Bezkojs, sondern auf dem Weg zur Schaffung eines Systems der allgemeinen Schulbildung. Es begann mit der Schulreform von 1782-1786. Der serbische Pädagoge F. I. Jankovic de Miriewo spielte eine wichtige Rolle bei dieser Reform. In den Kreisstädten wurden zweijährige kleine öffentliche Schulen eingerichtet, in den Provinzstädten - vierjährige öffentliche Hauptschulen. In den neu geschaffenen Schulen wurden einheitliche Daten für den Beginn und das Ende des Unterrichts, ein Unterrichtssystem eingeführt, Methoden für den Unterricht von Disziplinen und pädagogische Literatur entwickelt und einheitliche Lehrpläne entwickelt.

Die neuen Lehranstalten bildeten zusammen mit den geschlossenen Adelskorps, Adelsinternaten und Gymnasien unter der Moskauer Universität die Struktur der höheren Bildung in Russland. Nach Schätzungen von Experten gab es Ende des Jahrhunderts in Russland 550 Bildungseinrichtungen mit insgesamt 60 - 70 Tausend Schülern, die häusliche Bildung nicht mitgezählt. Das Bildungswesen war, wie alle anderen Lebensbereiche des Landes, grundsätzlich klassengebunden.

A. N. Radischtschew.

Der Bauernkrieg, die Ideen russischer und französischer Aufklärer, die Große Französische Revolution und der Unabhängigkeitskrieg in Nordamerika (1775-1783), der zur Bildung der USA führte, die Entstehung des russischen Anti-Leibeigenschaftsgedankens in der Person von N. I. Nowikow, den fortgeschrittenen Abgeordneten der Legislativkommission, beeinflussten die Bildung der Ansichten Alexander Nikolajewitsch Radischtschews (1749-1802). In seiner „Reise von St. Petersburg nach Moskau“, in der Ode „Freiheit“, im „Gespräch über das, was ein Sohn des Vaterlandes ist“, forderte A. N. Radischtschew die „völlige Vernichtung der Sklaverei“ und die Übertragung von Land an die Bauern. Er glaubte, dass „die Autokratie der antagonistischste Zustand zur menschlichen Natur ist“ und bestand auf ihrem revolutionären Sturz.

Einen wahren Patrioten, einen wahren Sohn des Vaterlandes nannte A. N. Raditschew denjenigen, der für die Interessen des Volkes kämpft, „für die Freiheit - ein unschätzbares Geschenk, die Quelle aller großen Dinge“. Zum ersten Mal in Russland wurde der revolutionäre Sturz von Autokratie und Leibeigenschaft gefordert.

„Ein Rebell schlimmer als Pugatschow“, so beurteilte Katharina II. den ersten russischen Revolutionär. Auf ihren Befehl hin wurde die Auflage des Buches „Reise von St. Petersburg nach Moskau“ beschlagnahmt und sein Autor verhaftet und zum Tode verurteilt, ersetzt durch ein zehnjähriges Exil im Ilim-Gefängnis in Sibirien.

Paul I.

Die Herrschaft Pauls I. (1796-1801) wird von einigen Historikern als „unaufgeklärter Absolutismus“, von anderen - als „militärisch-polizeiliche Diktatur“, von anderen - als „russischer Hamlet“, von wieder anderen - als „romantischer Zar“ bezeichnet. Doch selbst jene Historiker, die positive Züge an der Herrschaft Pauls finden, geben zu, dass er Autokratie mit persönlicher Willkür gleichsetzte.

Nach dem Tod seiner Mutter bestieg Paul I. im Alter von 42 Jahren den Thron, bereits ein reifer, gestandener Mann. Katharina II. schenkte ihrem Sohn Gatschina bei St. Petersburg und entfernte ihn vom Hof. In Gatschina verordnete Paul eine strenge, auf eiserner Disziplin und Askese basierende Ordnung, die im Gegensatz zum Luxus und Reichtum des Petersburger Hofes stand. Als er Zar wurde, versuchte er, das Regime zu stärken, indem er die Disziplin und die Macht erhöhte, um alle Manifestationen des Liberalismus und des freien Denkens in Russland zu beseitigen. Pauls charakteristische Züge waren Härte, Unausgeglichenheit und Jähzorn. Er glaubte, dass alles im Land den vom Zaren festgelegten Befehlen untergeordnet werden sollte, Sorgfalt und Genauigkeit an erster Stelle setzen sollte, keine Einwände tolerierte und manchmal den Punkt des despotischen Auftretens erreichte.

1797 erließ Paul die „Institution der zaristischen Familie“, das Peters Dekret über die Thronfolge aufhob.

Der Thron sollte von nun an strikt in männlicher Linie vom Vater auf den Sohn oder, in Ermangelung von Söhnen, auf den ältesten der Brüder weitergegeben werden. Zum Unterhalt des zaristischen Hauses wurde das Amt „Apanage“ eingerichtet, das die der kaiserlichen Familie gehörenden Ländereien und die darauf lebenden Bauern verwaltete.

Die Dienstordnung der Adligen wurde verschärft, die Gültigkeit der Charta für den Adel wurde eingeschränkt. Preußische Befehle wurden der Armee aufoktroiert.

Im Jahr 1797 wurde das Manifest über die dreitägige Zwangsarbeit der Leibeigenen veröffentlicht. Er verbot den Grundherren, die Bauern an Sonntagen zur Feldarbeit einzusetzen und empfahl ihnen, die Arbeit auf drei Tage in der Woche zu beschränken.

Paul I. nahm den Malteserorden unter seine Schirmherrschaft, und als Napoleon 1798 Malta eroberte, erklärte er Frankreich im Bündnis mit England und Österreich den Krieg. Als England Malta besetzte und es von den Franzosen zurückerobert wurde, kam es zum Bruch mit England und zu einem Bündnis mit Frankreich. In Absprache mit Napoleon schickte Paul 40 Regimenter Don-Kosaken zur Eroberung Indiens, um die Briten zu ärgern.

Der weitere Verbleib Pauls an der Macht war mit dem Verlust der politischen Stabilität des Landes verbunden.

Die Außenpolitik des Zaren entsprach auch nicht den Interessen Russlands. Am 12. März 1801 wurde unter Beteiligung des Thronfolgers, des zukünftigen Zaren Alexanders I., der letzte Palastputsch in der Geschichte Russlands durchgeführt. Paul I. wurde im Michailowski-Schloss in St. Petersburg ermordet.

AUSSENPOLITIK

Außenpolitische Zielsetzungen.

Die wichtigste Aufgabe der russischen Außenpolitik in der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts war der Kampf um den Zugang zu den südlichen Meeren - dem Schwarzen Meer und dem Asowschen Meer. Ab dem dritten Viertel des XVIII. Jahrhunderts nahm die polnische Frage einen bedeutenden Platz in der Außenpolitik Russlands ein. Die Große Französische Revolution von 1789 bestimmte weitgehend das außenpolitische Handeln der russischen Autokratie im späten XVIII. Jahrhundert, einschließlich des Kampfes mit dem revolutionären Frankreich. An den südöstlichen Grenzen Russlands war die Situation relativ stabil.

Der Russisch-Türkische Krieg von 1768-1774.

Die russische Regierung wurde zum Handeln im Süden durch die Sicherheitsinteressen des Landes und die Bedürfnisse des Adels gedrängt, der die reichsten südlichen Ländereien zu erhalten suchte, und die Entwicklung von Industrie und Handel, die die Notwendigkeit des Zugangs zur Schwarzmeerküste diktierten.

Die Türkei, aufgewiegelt von Frankreich und England, erklärte Russland im Herbst 1768 den Krieg. Die Militäroperationen begannen 1769 und wurden auf dem Territorium der Republik Moldau und der Walachei sowie an der Asowschen Küste ausgetragen, wo Russland nach der Eroberung von Asow und Taganrog mit dem Aufbau einer Flotte begann. Im Jahre 1770 errang die russische Armee unter dem Kommando des talentierten Heerführer P. A. Rumjanzew glänzende Siege an den Flüssen Larga und Cahul (den Nebenflüssen des Prut) und erreichte die Donau. Im selben Jahr gelangte die russische Flotte unter dem Kommando von A. G. Orlow und den Admiralen G. A. Spiridow und I. S. Greig, die St. Petersburg verließen, über Gibraltar ins Mittelmeer und zerstörte das türkische Geschwader in der Tschesma-Bucht vor der Küste Kleinasiens vollständig. Die türkische Flotte wurde im Schwarzen Meer blockiert.

Im Jahr 1771 eroberten russische Truppen unter dem Kommando von Fürst W. M. Dolgorukow die Krim, was das Ende des Krieges bedeutete. Allerdings vereitelte die Türkei, mit Unterstützung Frankreichs und Österreichs und unter Ausnutzung der inneren Schwierigkeiten Russlands, wo der Bauernkrieg im Gange war, die Verhandlungen. 1774 überquerte dann die russische Armee die Donau. Die Truppen unter dem Kommando von A. W. Suworow besiegten die Armee des Großwesirs bei dem Dorf Kozludzha und öffnete damit den Hauptstreitkräften unter P. A. Rumjanzew den Weg nach Istanbul. Die Türkei war gezwungen, um Frieden zu bitten.

Er wurde 1774 im bulgarischen Dorf Küçük Kaynarca abgeschlossen.

Unter den Bedingungen des Friedens von Küçük Kaynarca erhielt Russland Zugang zum Schwarzen Meer, die Schwarzmeersteppen nach Noworossija, das Recht auf eine eigene Flotte im Schwarzen Meer und das Recht auf Durchfahrt durch die Bosphorus- und Dardanellenstraße. Asow und Kertsch, sowie der Kuban und die Kabarda gingen an Russland. Das Krim-Khanat wurde von der Türkei unabhängig. Die Türkei zahlte eine Entschädigung von 4 Millionen Rubel.

Die russische Regierung sicherte sich auch das Recht, als Beschützer der legitimen Rechte der christlichen Völker des Osmanischen Reiches aufzutreten.

Infolge der erfolgreichen Beendigung des russisch-türkischen Krieges entfalteten die Völker der Balkanhalbinsel einen nationalen Befreiungskampf gegen das türkische Joch. Die Autonomie Moldawiens und der Walachei, die Russland unter seiner Schirmherrschaft übernahm, wurde wiederhergestellt. Die Entwicklung von Noworossija (südliche Ukraine) begann. Dort wurden die Städte Jekaterinoslaw (1776, heute Dnjepropetrowsk) und Cherson (1778) gegründet.

Für die glänzenden Siege im Russisch-Türkischen Krieg zeichnete Katharina II. ihre Heerführer großzügig mit Orden und persönlichen Waffen aus.

Außerdem wurde A. G. Orlow Chesmenschky, W. M. Dolgorukow-Krim, P. A. Rumjanzew-Sadunajski genannt.

A. W. Suworow erhielt einen goldenen Degen mit Diamanten.

Die Annexion der Krim.

Die Türkei war nicht bereit, sich mit Russlands Behauptung am Schwarzen Meer zu arrangieren.

Als Reaktion auf den Versuch der Türkei, die Krim wieder unter ihre Autorität zu bringen, besetzten russische Truppen 1783 die Halbinsel Krim, die Teil Russlands wurde. Sewastopol wurde als Stützpunkt für die Flotte gegründet.

G. A. Potjomkin erhielt für seinen Erfolg bei der Annexion der Krim (der alte Name Taurien) den Zusatz zu seinem Titel „Fürst von Taurien“.

Im Frühjahr 1787 reiste Katharina II. in Begleitung ihres Hofes, des polnischen Königs und europäischer Gesandter nach Noworossija und auf die Krim.

In Cherson gesellte sich der österreichische Kaiser Joseph II. zu ihnen. Zweck der Reise war es, die Reichtümer Noworossijas und die Erfolge G. A. Potjomkins, der die Verwaltung des Südens Russlands leitete, bei deren Entwicklung kennenzulernen. Außerdem mussten die Gäste dafür sorgen, dass Russland einen festen Fuß am Schwarzen Meer hat. Diese Ergebnisse wurden erreicht, auch wenn nach Katharinas Besuch der Ausdruck „Potjomkinsche Dörfer“ in Gebrauch kam, der eine übertriebene Prunksucht meint.

Vertrag von Georgijewsk.

Im Jahr 1783 unterzeichnete der georgische Zar Irakli II. in Georgijewsk (Nordkaukasus) einen Protektoratsvertrag mit Russland.

Der Vertrag von Georgijewsk wurde unterzeichnet, wonach Russland Ostgeorgien unter seine Schirmherrschaft nahm.

Russisch-Türkischer Krieg von 1787-1791.

Im Sommer 1787 forderte die Türkei die Rückgabe der Krim und eröffnete den Krieg. A. W. Suworow besiegte den Feind in der Schlacht bei Kinburn (bei Otschakow, 1787), Foccani und am Fluss Rymnik (1789).

Für diesen Sieg erhielt Suworow den Titel eines Grafen und den Zusatz – „Rymnikski“. Im Dezember 1788 nahm G. A. Potjomkin nach langer Belagerung den „Schlüssel zum Schwarzen Meer“ - die türkische Festung Otschakow an der Dnjepr-Mündung - im Sturm ein.

Von besonderer Bedeutung war die Einnahme von Ismail (1790), der Zitadelle der türkischen Herrschaft an der Donau. Nach sorgfältiger Vorbereitung bestimmte A. W. Suworow den Zeitpunkt des Angriffs. Um Blutvergießen zu vermeiden, sandte er einen Brief an den Kommandanten der Festung, in dem er die Kapitulation forderte: „24 Stunden sind Freiheit, der erste Schuss ist bereits Knechtschaft, Angriff ist Tod“. Der türkische Pascha lehnte ab: „Die Donau wird eher auf ihrem Weg stehen bleiben, der Himmel wird zu Boden fallen, als Ismail sich ergeben wird“. Nach einem 10-stündigen Angriff wurde Ismail genommen. Die Schlacht um Ismail machte einen Schüler A. W. Suworows berühmt - den zukünftigen Heerführer M. I. Kutusow.

Zusammen mit den Bodentruppen operierte die Flotte erfolgreich unter dem Kommando von Admiral F. F. Uschakow. Nach einer Reihe brillanter Siege in der Straße von Kertsch und bei Fort Chadschibej wurde das Schwarze Meer für die russische Flotte frei. In der Schlacht am Kap Kaliakra (nahe der bulgarischen Stadt Warna) wurde 1791 die türkische Flotte vernichtet. Die Türkei wandte sich an Russland mit einem Vorschlag zum Friedensschluss.

Im Jahr 1791 wurde der Frieden in Jasi unterzeichnet. Nach dem Friedensvertrag von Jassy erkannte die Türkei die Krim als Besitz Russlands an. Der Dnjestr wurde zur Grenze zwischen den beiden Ländern. Das Gebiet zwischen den Flüssen Bug und Dnjestr wurde Teil von Russland. Die Türkei erkannte die russische Schirmherrschaft über Georgien an, die durch den Vertrag von Georgijewsk von 1783 begründet wurde.

Infolge der russisch-türkischen Kriege wurde die wirtschaftliche Entwicklung der Steppe südlich von Russland beschleunigt. Die Beziehungen Russlands zu den Mittelmeerländern wurden ausgebaut. Das Krim-Khanat - eine ständige Quelle der Aggression gegen ukrainische und russische Gebiete - wurde aufgelöst. Im Süden Russlands wurden Nikolajew (1789), Odessa (1795), Jekaterinodar (1793, heute Krasnodar) u. a. gegründet.

Russisch - schwedischer Krieg von 1788-1790.

Ende der 80er Jahre des XVIII. Jahrhunderts musste Russland militärische Operationen an zwei Fronten gleichzeitig durchführen. 1788 beschloss Schweden, die Ländereien, die es im Großen Nordischen Krieg verloren hatte, zurückzugewinnen. Die Kampfhandlungen fanden in der Nähe von St. Petersburg statt, als die russischen Hauptarmeen im Süden gegen die Türkei kämpften. Die schwedische Offensive zu Lande blieb erfolglos, und bald verließen der schwedische König und seine Truppen

Russland. Außerdem besetzten russische Truppen einen großen Teil des schwedischen Finnlands. Die Seeschlachten wurden mit unterschiedlichem Erfolg geführt. Im Jahr 1790 wurde in einem finnischen Dorf am Fluss Kymijoki der Vertrag von Verela unterzeichnet, der die ehemaligen Grenzen bewahrte.

Bildung USA und Russland.

Eines der bedeutendsten internationalen Ereignisse des dritten Viertels des XVIII. Jahrhunderts war der Kampf der nordamerikanischen Kolonien um die Unabhängigkeit von England - eine bürgerliche Revolution, die zur Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika führte. Die Unstimmigkeiten zwischen England und Russland wirkten sich günstig auf den Verlauf der amerikanischen Revolution aus. 1780 verabschiedete die russische Regierung die „Erklärung über die bewaffnete Neutralität“, die von den meisten europäischen Ländern unterstützt wurde. Schiffe neutraler Länder hatten das Recht auf bewaffneten Schutz, falls sie von der Flotte eines kriegführenden Staates angegriffen wurden. Dies führte zur Aufgabe der britischen Versuche, eine Seeblockade der amerikanischen Küste zu organisieren und trug objektiv zum Sieg der amerikanischen Revolution bei.

Teilungen Polens.

Im letzten Drittel des XVIII. Jahrhunderts wurde die polnische Frage zu einem der zentralen Themen der internationalen Beziehungen in Europa. Die Rzeczpospolita erlebte eine schwere Krise, deren Ursache in der eigennützigen, antinationalen Politik der polnischen Magnaten lag, die das Land in den Ruin führten. Die brutale feudale Unterdrückung und die Politik der nationalen Unterdrückung der Völker, die Teil der Rzeczpospolita waren, wurden zu einer Bremse für die weitere Entwicklung des Landes.

Die bäuerlichen Betriebe wurden in den Ruin getrieben.

Die polnische Zentralregierung war schwach. Der polnische König wurde auf dem Sejm gewählt, wo einzelne Fraktionen des Adels untereinander in Fehde lagen. Oft haben diese Gruppen, ohne Rücksicht auf nationale Ziele, Hilfe aus dem Ausland gesucht. Es galt das Prinzip des „liberum veto“, wonach alle Beschlüsse des Sejm einstimmig gefasst werden mussten (schon eine Stimme „dagegen“ vereitelte die Verabschiedung des Gesetzes).

Polens missliche Lage wurde von seinen Nachbarn ausgenutzt: den Monarchen von Preußen, Österreich und Russland. Russland intervenierte unter dem Vorwand, die ukrainischen und weißrussischen Gebiete zu befreien, die unter der schwersten Unterdrückung durch die polnischen Feudalherren litten.

Der Anlass für die Einmischung in die Angelegenheiten Polens, wo der Katholizismus die vorherrschende Religion war, war die Frage nach der Situation der nicht-katholischen Christen. Die russische Regierung einigte sich mit dem polnischen König auf eine Gleichstellung der Rechte der katholischen und orthodoxen Bevölkerung. Der reaktionärste Teil des polnischen Adels, der vom Vatikan angestiftet wurde, lehnte diese Entscheidung ab. Die Regierung Katharinas II. schickte Truppen nach Polen, die die Intervention der Adelsgruppe unterdrückten. Zur gleichen Zeit besetzten Preußen und Österreich einen Teil der polnischen Gebiete. Der preußische König Friedrich II. initiierte die Teilung Polens. Katharina II. hielt es dagegen für ratsam, ein

geeintes Polen zu erhalten, allerdings unter russischem Einfluss.

1772 fand die erste Teilung Polens statt. Österreich führte seine Truppen in die Westukraine (Galizien) ein, Preußen - in Pommern. Russland erhielt den östlichen Teil von Weißrussland bis nach Minsk und einen Teil der lettischen Gebiete, die zuvor zu Livland gehört hatten.

Der fortschrittliche Teil des polnischen Adels und die aufstrebende Bourgeoisie unternahmen einen Versuch, den polnischen Staat zu retten.

In Übereinstimmung mit der Verfassung von 1791 wurden die Wahl des Königs und das Recht auf „liberum veto“ abgeschafft. Die Armee wurde gestärkt, der dritte Stand wurde zum Sejm zugelassen und die Religionsfreiheit eingeführt.

Die neue polnische Verfassung wurde verabschiedet, als Frankreich in den Flammen der Revolution stand. Aus Angst vor der Ausbreitung der „revolutionären Infektion“ und weil sie den Niedergang ihres Einflusses im Lande spürten, wandten sich die polnischen Magnaten an Katharina II. um Hilfe. Russische Truppen, gefolgt von preußischen Truppen, drangen in Polen ein. Die alte Ordnung wurde wiederhergestellt.

Im Jahr 1793 fand die zweite Teilung Polens statt. Zentralweißrussland mit Minsk und die Rechtsufrige Ukraine gingen an Russland. Preußen erhielt Danzig und einen Teil der Ländereien an der Warthe und der Weichsel.

Im Jahr 1794 starteten polnische Patrioten unter der Führung von Tadeusz Kościuszko, die die polnische Souveränität erhalten wollten, einen Aufstand. Katharina II. unterdrückte ihn, indem sie Truppen unter dem Kommando A. W. Suworow entsandte.

Dies bestimmte die dritte Teilung Polens. 1795 erhielt Preußen Zentralpolen mit Warschau und Österreich Südpolen mit Lublin und Krakau. Litauen, Kurland, Wolhynien und Westweißrussland wurden Teil Russlands. Infolge der Teilungen verlor Polen für mehr als ein Jahrhundert seine Staatlichkeit und Souveränität. Der polnische König verzichtete auf den Thron und zog nach Russland.

Die Wiedervereinigung des ukrainischen und weißrussischen Volkes mit Russland war von enormer fortschrittlicher Bedeutung. Diese Länder sind historisch durch ein gemeinsames wirtschaftliches, politisches und kulturelles Leben verbunden. Die ukrainischen und weißrussischen Völker erhielten günstigere Möglichkeiten für ihre weitere Entwicklung und wurden von religiöser Unterdrückung befreit. Der Beitritt zu Russland half den Ukrainern und Weißrussen, ihre nationale Kultur und Identität zu bewahren.

Die drei brüderlichen slawischen Völker - Russen, Ukrainer und Weißrussen - vereinigten sich wieder im Rahmen eines Staates.

Zarismus im Kampf gegen die Revolution in Frankreich.

1789 kam es in Frankreich zu einer bürgerlichen Revolution. Die Aufständischen von Paris eroberten am 14. Juli die Bastille im Sturm. Eine bürgerliche Ordnung wurde im Lande etabliert. Die Große Französische Revolution hatte einen großen Einfluss auf den gesamten Verlauf der Weltgeschichte. Das ganze XIX. Jahrhundert stand unter dem Zeichen der Französischen Revolution.

Die Angst vor der „französischen Infektion“, „diesem schrecklichen Ungeheuer“ (wie der Adel die Revolution in Frankreich nannte), zwang Katharina II. zu den drastischsten Maßnahmen zur Unterstützung der Konterrevolutionäre. Nach der Hinrichtung König Ludwigs XVI. brach Russland die diplomatischen und Handelsbeziehungen zu Frankreich ab.

Die Verbreitung der Werke französischer Aufklärer wurde verboten.

Gemeinsam mit England wurde versucht, wirtschaftlichen Druck auf Frankreich auszuüben.

Innerhalb Russlands verschärften sich die Repressionen gegen die fortschrittliche Bevölkerung.

Zu dieser Zeit wurde A. N. Radischtschew nach Sibirien verbannt, N. I. Nowikow wurde verhaftet. 1794 hinderte ein Aufstand in Polen Katharina II. daran, sich offen gegen Frankreich zu stellen. Die polnischen Ereignisse haben die Französische Revolution gerettet.

Krieg mit dem revolutionären Frankreich.

Paul I. setzte den Kampf gegen Frankreich fort, das seine Vorherrschaft in Europa zu behaupten suchte. Es folgte die Eroberung Maltas, der Ionischen Inseln und Ägyptens durch Napoleon in den Jahren 1798 - 1799.

1798 fand sich Russland in der antifranzösischen Koalition der europäischen Mächte unter Führung Englands wieder. Die militärischen Operationen konzentrierten sich auf Italien und das Mittelmeer, wohin die Flotten Englands und Russlands geschickt wurden.

Im Herbst 1798 fuhr die russische Flotte unter dem Kommando von F. F. Uschakow durch den Bosphorus und die Dardanellen ins Mittelmeer und dann in die Adria, wo die Ionischen Inseln von den französischen Truppen befreit wurden. F. F. Uschakow stürmte die Festung auf der Insel Korfu - den Hauptstützpunkt der Franzosen. Die griechische Bevölkerung begrüßte die russischen Seeleute mit Begeisterung. Im folgenden Jahr, 1799, befreite F. F. Uschakow Neapel und Rom von den französischen Truppen.

Die russische Landarmee, die gemeinsam mit den Österreichern in Norditalien agierte, wurde von A. W. Suworow angeführt. Truppen unter seinem Kommando befreiten Norditalien innerhalb von fünf Wochen von französischen Soldaten und zogen triumphierend in Mailand und Turin ein (Italienischer Feldzug).

Die erfolgreichen Aktionen des A. W. Suworow stießen jedoch bei den österreichischen Verbündeten, die Anspruch auf Norditalien hatten, auf Unverständnis. Paul I. befahl, die Truppen A. W. Suworows in die Schweiz zu verlegen, um sich dem Korps von General A. M. Rimski-Korsakow und der österreichischen Armee anzuschließen. Russische Wunderhelden unter der Führung des 70-jährigen Kommandanten vollbrachten eine noch nie dagewesene Leistung. Mit schwierigen Kämpfen, vor allem über den St. Gotthard-Pass und an der Teufelsbrücke, wo die französischen Truppen besiegt wurden, unternahm die russische Armee ihre legendäre Alpenüberquerung (Schweizer Feldzug).

Bald, als sich die Widersprüche innerhalb der antifranzösischen Koalition verschärften, zog sich Russland aus ihr zurück. Die russischen Truppen wurden abgezogen. Für die

errungenen Siege erhielt der große russische Feldherr A. W. Suworow den Titel eines Fürsten von Italien und den höchsten militärischen Rang eines Generalissimus. Doch bald fiel A. W. Suworow, gegen den Paul I. eine scharfe Abneigung hegte, in Ungnade. Er starb im Jahr 1800.

Außenpolitische Ergebnisse.

Im Großen und Ganzen waren die außenpolitischen Ergebnisse der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts positiv für die weitere Entwicklung Russlands und seiner Völker.

Im Gegensatz zu den westeuropäischen Kolonialreichen, die über überseeische Gebiete verfügten, lebte in Russland die russische Bevölkerung Seite an Seite mit den angegliederten Völkern.

Die gemeinsame Arbeit an der Entwicklung des Wohlstands des Landes trug objektiv zur Annäherung der Völker bei und ermöglichte es, auf den riesigen Weiten Eurasiens zu überleben. Die dominierende Schicht der angegliederten Länder war organisch Teil der herrschenden Elite Russlands. In der Regel mischte sich der Staat kaum in die innere Organisation der kleinen Völker ein.

Die Möglichkeit der Freizügigkeit auf dem riesigen Territorium des Landes und seine Erschließung führten zur „gestreiften“ Ansiedlung seiner Bewohner. So entstand ein einziger geopolitischer Raum auf dem Territorium Eurasiens.

Kapitel 17

RUSSISCHE KULTUR DES XVIII. JHS.

Der Unterschied zwischen der Kultur des XVIII. Jhs. und der des IX. – XVII. Jhs.

Im XVIII. Jahrhundert beschleunigte sich das Tempo der kulturellen Entwicklung, was mit der Entwicklung der Wirtschaft des Landes verbunden war. Die führende Richtung in der Kunst wurde weltlich. Obwohl die Kirche im XVIII. Jahrhundert dem Staat untergeordnet war, war ihre Rolle im Leben des Landes dennoch bedeutend. Im XVIII. Jahrhundert begann sich das zerstreute Wissen in verschiedenen Bereichen, das von vielen Generationen von Menschen gesammelt wurde, in Wissenschaft zu verwandeln: Die Anhäufung von Wissen ermöglichte es, zur Entdeckung der Gesetze der Natur und der Entwicklung der Gesellschaft voranzuschreiten.

In der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts wurde erstmals Kritik an einigen Aspekten der Leibeigenschaft geäußert, und am Ende des Jahrhunderts forderte der erste russische Revolutionär A. N. Raditschew die Vernichtung der Sklaverei und der Autokratie. Eine neue Art begann, die russische Kultur mit der fremden zu verbinden. Das „Fenster nach Europa“ über die Ostsee, der Zugang zum Schwarzen Meer und das wachsende internationale Prestige Russlands führten zum Aufbau ständiger Kontakte mit den Ländern Europas.

So kommt an die Stelle der mittelalterlichen, traditionalistischen Kultur des IX. – XVII. Jahrhunderts eine religiöse Weltanschauung im XVIII. Jahrhundert eine „neue Kultur“. Ihre charakteristischen Merkmale sind Säkularismus, Rationalismus (vom Wort ratio -

Vernunft) der Weltanschauung, größere Demokratie und Offenheit im Kontakt mit Kulturen anderer Länder und Nationen.

Die Kultur des XVIII. Jahrhunderts ist weitgehend bestimmt von der Philosophie der Aufklärung mit ihrer Vorstellung von der Vorherrschaft des Wissens und der Vernunft im Leben der Menschen, der Aufmerksamkeit für die menschliche Persönlichkeit. Die Idee der Gleichheit aller Menschen wurde in Russland als die Notwendigkeit verstanden, das Leben der einzelnen sozialen Schichten zu regeln.

Innerhalb der Geschichte der russischen Kultur des XVIII. Jahrhunderts unterscheidet man in der Regel zwei Perioden: Ende XVII. - erstes Viertel des XVIII. Jahrhunderts ist gekennzeichnet durch die Bildung der neuen russischen Kultur, Mitte - zweite Hälfte des XVIII. Jahrhunderts, als der Prozess der Bildung und des Aufblühens des hauptsächlich säkularen Anwesens, der Kultur des Adels und der Kultur des Bauern, die weiterhin überwiegend traditioneller Natur war, stattfand. Der Höhepunkt der russischen aristokratischen Kultur war der Versuch, eine ideale Welt im Rahmen eines adeligen Landgutes zu schaffen, in der harmonische Beziehungen zwischen den Menschen und zwischen Mensch und Natur hergestellt wurden.

Der Barockstil dominierte die russische Kunst in der ersten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts, in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts - der Klassizismus. Ende des XVIII. Jahrhunderts wurde der Kult der Vernunft (Klassizismus) durch den Kult der Gefühle (Sentimentalismus) ersetzt.

Das Aufkommen der säkularen Schule.

Der weltliche Charakter der Bildung, die Verbindung des Lernens mit der Praxis unterschied die Schule aus der Zeit Peters des Großen radikal von den vorherigen Schulen, die in den Händen des Klerus waren. Im Jahr 1701 wurde in Moskau im Gebäude des ehemaligen Sucharjow -Turms (benannt nach dem in der Nähe stationierten Strelitzen- Regiment von Oberst Sucharjow) die Schule für mathematische und Navigationswissenschaften gegründet.

Aus den Oberklassen dieser Schule, die später, 1715, nach St. Petersburg verlegt wurden, wurde die Marineakademie (heute die Höhere Marineakademie) gegründet. Nach der Schule für mathematische und Navigationswissenschaften wurden die Artillerieschule, die Ingenieurschule, die medizinische Schule, die Schule für Kanzleiangestellte und später - die Bergbauschule eröffnet. Den Kindern von Adligen das Lesen und Schreiben beizubringen, wurde obligatorisch. Peter verbot sogar die Heirat von Adligen, die sich dem Studium entzogen.

Ein großer Fortschritt in der Entwicklung des Schulwesens und der weltlichen Schule war die Einführung der bürgerlichen Druckschrift im Jahre 1708, die das schwer lesbare Kirchenslawisch ersetzte, und der Übergang von der Bezeichnung der Zahlen mit Buchstaben zu arabischen Ziffern. Die erste gedruckte russische Zeitung „Nachrichten“ begann ab Dezember 1702 in einer neuen Schriftart zu drucken. Durch das Dekret von 1714 wurden in den Provinzen 42 Rechenschulen eröffnet, die Kinder aus privilegierten Ständen (außer den Kindern von Leibeigenen) aufnahmen.

In Kriegszeiten (Nordischer Krieg, u. a.) gab es einen großen Bedarf an Spezialisten, so dass in den ersten Petrinischen Schulen „Roboter aller Art, oprich (außer) Bauern der Gutsbesitzer“ rekrutiert wurden. Ab dem zweiten Viertel des XVIII. Jahrhunderts

wandte sich die Regierung jedoch der Schaffung von Bildungseinrichtungen der geschlossenen Klasse zu. Bildung wurde zu einem weiteren Privileg der herrschenden Klasse.

Um Adlige für den Militär- und Marinedienst vorzubereiten, wurde 1731 in St. Petersburg das Adelskorps eröffnet, das sich später in das Land-, See-, Artillerie- und Ingenieurkorps aufteilte.

Die Vorbereitung auf den Staatsdienst am kaiserlichen Hof fand im Pagenkorps statt. 1763 wurde in Moskau das Waisenhaus eröffnet, in dem Waisenkinder, Findelkinder und Kinder, die von ihren Eltern nicht ernährt werden konnten, unterrichtet. Bald eröffnete in St. Petersburg das Smolny-Institut für adlige Mädchen (1764), sowie adlige Internate.

Kinder des Adels wurden auch durch das private Schulsystem erzogen.

Die Kinder des Klerus besuchten die theologischen Seminare und theologischen Akademien, die Kinder der Bürgerlichen und der Kaufleute studierten in medizinischen, bergmännischen, kaufmännischen und anderen Berufsschulen sowie an der Akademie der bildenden Künste.

Rekrutierungskinder wurden in Soldatenschulen ausgebildet, in denen Unteroffiziere (Sergeanten) für die Armee ausgebildet wurden.

So bildete sich in Russland bis zur Mitte des XVIII. Jahrhunderts ein System geschlossener Klassenschulen heraus.

Erst am Ende des Jahrhunderts (1786) wurden in jedem Gouvernement formell vierjährige Volksschulen ohne Klasse eröffnet, und in jedem Bezirk wurden zweijährige kleine Volksschulen eröffnet. Allerdings blieb die Bildung im Allgemeinen klassenbasiert, da sie nicht universell, obligatorisch und für alle Kategorien der Bevölkerung gleich wurde.

Am Ende des XVIII. Jahrhunderts studierten in Russland nur zwei von tausend Menschen, und die ganze Bevölkerungsschichten (leibeigene Bauern) waren fast vollständig der Bildung beraubt.

Ein herausragendes Ereignis im Leben des Landes war die Gründung der ersten russischen Universität im Jahre 1755 auf Initiative und eines Projekts M. W. Lomonossows mit aktiver Unterstützung des aufgeklärten Günstlings der Zarin Jelisaweta Petrowna I. I. Schuwalow, der ihr erster Kurator wurde.

1757 wurde auf Initiative I. I. Schuwalows die Akademie der Künste gegründet, die bis zu seiner Übersiedlung nach St. Petersburg im Jahre 1764 der Moskauer Universität angeschlossen war. Vom Tag ihrer Gründung an erhob sich die Moskauer Universität gleichsam über die Klassenschule. Nach den Vorstellungen des Gründers der Universität war die Ausbildung in der Universität ständelos (Kinder von Leibeigenen konnten an der Universität zugelassen werden, nachdem sie vom Grundbesitzer die Freiheit erhalten hatten).

M. W. Lomonossow schrieb, dass „die Universität für die allgemeine Bildung des Bürgertums geschaffen wurde“.

Die Vorlesungen an der Universität wurden in russischer Sprache gehalten.

M. W. Lomonossow sah eine der wichtigsten Aufgaben der Universität in der Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Die Druckerei und Bibliothek der Universität sowie öffentliche Vorlesungen ihrer Professoren begannen dabei eine herausragende Rolle zu spielen.

Wissenschaft und Technik.

Das wichtigste Ergebnis der Aktivitäten Peters I. auf dem Gebiet der Wissenschaft war die Eröffnung der Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg im Jahr 1725, deren Gründungsdekret ein Jahr zuvor unterzeichnet worden war. Die Akademie umfasste eine Universität und ein Gymnasium für die Personalentwicklung.

Im ersten Viertel des XVIII. Jahrhunderts wurden Studien der natürlichen Gegebenheiten und der Kartographie des Landes begonnen.

Russische Bergmänner entdeckten im Ural die reichsten Erzvorkommen, die das notwendige Metall für die Zeit des Nordischen Krieges lieferten. Es wurde daran gearbeitet, die Kohlenregion Donezk und das Öl von Baku zu erkunden. Untersucht wurden die Binnengebiete Sibiriens, die Küsten des Kaspischen Meeres, des Aralsees, des Arktischen Ozeans und Zentralasiens.

Diese Arbeiten bereiteten die Veröffentlichung des „Atlas von Russland“ durch den Geographen I. K. Kirillow in der Mitte des XVIII. Jahrhunderts vor. (Mitte des XVIII. Jahrhunderts hatte nur Frankreich einen Atlas seines Landes, ähnlich dem Atlas I. K. Kirillows.) W. Berings Expeditionen erreichten die nach ihm benannte Meerenge zwischen Asien und Amerika.

S. P. Krascheninnikow hat die erste „Beschreibung des Landes Kamtschatka“ zusammengestellt. Die Namen von S. Tscheljuskin, der Cousins D. und H. Laptew blieben für immer auf den Weltkarten als Beweis für ihre geographischen Entdeckungen. In den 60-70er Jahren wurden wissenschaftliche Expeditionen von P. S. Pallas, S. G. Gmelin und I. I. Lepjochin u. a. organisiert, um die Natur und Kultur der Völker Russlands zu studieren, die detaillierte Beschreibungen des Wolgagebiets, des Urals und Sibiriens hinterließen.

W. N. Tatischschew und M. W. Lomonossow legten die Grundlage der russischen Geschichtswissenschaft. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts schufen die Historiker M. M. Scherbatow und I. N. Boltin ihre historischen Werke.

Eine Reihe von originellen Maschinen und Mechanismen wurden vom Mechaniker A. K. Nartow entworfen, der in der Petrinischen Zeit arbeitete. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts schuf der herausragende Autodidakt I. I. Polzunow, 20 Jahre früher als der Engländer D. Watt, eine Dampfmaschine. Unter den Bedingungen der Leibeigenschaft war diese Erfindung jedoch von keinem praktischen Nutzen und geriet in Vergessenheit. Ein anderer großer Erfinder, I. P. Kulibin, dessen Projekt einer einbogigen, 300 Meter langen Brücke über die Newa und ausgefallene Produkte, die Menschen immer noch in Erstaunen versetzen, beendete seine Tage in Armut.

Zu Peters Zeiten wurde das erste russische natur-historische Museum, die Kunstkammer, eröffnet (1719).

Ende des XVIII. Jahrhunderts entstand durch den Kauf mehrerer privater Kunstsammlungen in Europa durch Katharina II. eines der größten und bedeutendsten Museen der Welt - die Eremitage.

Es gab nicht genug eigene Wissenschaftler in Russland, und zunächst wurden ausländische Fachkräfte in die Akademie der Wissenschaften eingeladen. Herausragende Wissenschaftler arbeiteten in dieser Zeit in Russland: der Mathematiker L. Euler, der Begründer der Hydrodynamik D. Bernoulli, der Naturforscher K. Wolf, der Historiker A. Schlözer. Allerdings landeten neben ihnen oft

ausländische Abenteurer, die nichts mit Wissenschaft zu tun hatten.

Als M. W. Lomonossow Mitte des XVIII. Jahrhunderts an die Akademie kam, wuchs die Zahl der russischen Fachwissenschaftler erheblich.

M. W. Lomonossow.

Michail Wassiljewitsch Lomonossow (1711-1765), ein gebürtiger Staatsbauer aus der Provinz Archangelsk, einer der Titanen der Weltwissenschaft, hat mit seinem enzyklopädischen Wissen und seinen Forschungen die russische Wissenschaft auf ein neues Niveau gehoben. Es gab zu dieser Zeit keinen einzigen Wissenszweig, in dem sich sein Genie nicht zeigte.

M. W. Lomonossow war einer der Begründer der physikalischen Chemie; er machte einen bemerkenswerten Vorschlag über die atomare und molekulare Struktur der Materie; entdeckte das Gesetz der Erhaltung der Energie; studierte die atmosphärische Elektrizität. Seine Entdeckung der Atmosphäre auf der Venus markierte die Entstehung der Astrophysik als eine spezielle Wissenschaft.

M. W. Lomonossow schrieb auch bemerkenswerte Werke auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften. Er war der erste, der sich gegen die normannische Theorie über die Entstehung des altrussischen Staates aussprach. Seine „Russische Grammatik“ war die erste wissenschaftliche Grammatik der russischen Sprache. M. W. Lomonossow hat in der Poesie (der Begründer der silbenakzentuierten Versmaße) eine sehr bemerkenswerte Spur hinterlassen: er schrieb viele bemerkenswerte Oden, Poeme und Gedichte.

M. W. Lomonossow spielte eine herausragende Rolle als Organisator der russischen Wissenschaft. Er war der Gründer der ersten russischen Universität. Seine Studenten und Kollegen (Akademiker) - der Astronom S. J. Rumowski, der Mathematiker M. E. Golowin, die Geographen und Ethnographen S. P. Krascheninnikow und I. I. Lepjochin, der Physiker G. W. Richmann u. a. bereicherten die russische Wissenschaft mit bemerkenswerten Entdeckungen.

Gesellschaftliches Denken.

Probleme der Überwindung der Rückständigkeit des Landes standen im Mittelpunkt des gesellschaftspolitischen Denkens Russlands im ersten Viertel des XVIII.

Jahrhunderts. Peter I. und seine Mitarbeiter - Theophan Prokopowitsch, P. P. Schafirow u. a. - bewiesen aus den rationalistischen Positionen des „natürlichen Rechts“ und des „Gemeinwohls“ die Notwendigkeit von Veränderungen und das Recht des Monarchen auf unbegrenzte absolutistische Macht. In seinen Werken „Die Wahrheit des Monarchenwillens“ und „Geistige Vorschriften“ vertrat

F. Prokopowitsch konsequent die Auffassung, dass „das russische Volk von Natur aus so ist, dass nur eine autokratische Herrschaft aufrechterhalten werden kann“.

P. P. Schafirow bewies in seinen „Überlegungen über die Ursachen des Schwedenkrieges“ die Notwendigkeit des Kampfes um das Baltikum, das Land von „Väter und Großväter“ des russischen Volkes.

Der originelle Denker der Peterszeit war I. T. Pososchkow, der manchmal als der erste russische Ökonom bezeichnet wird.

Der Handwerker und spätere reiche Kaufmann I. T. Pososchkow trat in seinem Buch „Über Armut und Reichtum“ als glühender Verfechter der russischen Industrie und des

Handels auf.

In der Mitte der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts rückte die Bauernfrage in den Mittelpunkt des öffentlichen Denkens in Russland. Bestimmte Aspekte der Leibeigenschaft wurden in den Reden einiger Abgeordneter der Legislativkommission und in der Polemik N. I. Nowikows mit Katharina II. kritisiert. Dieser Kampf bereitete das Erscheinen eines revolutionären Republikaners, A. N. Radischtschew, vor, der sich gegen die Autokratie und Leibeigenschaft aussprach.

Die Schriftsteller, Dichter und Publizisten wie A. D. Kantemir, W. K. Trediakowski, M. W. Lomonossow, A. P. Sumarokow, N. I. Nowikow, A. N. Radischtschew, D. I. Fonwisin, G. R. Derschawin, I. A. Krylow, N. M. Karamsin und andere bereicherten mit ihren Werken die russische Literatur des XVIII. Jahrhunderts.

Alltag und Gebräuche.

Nach dem Besuch der europäischen Länder und der Rückkehr von der Großen Botschaft begann Peter I. mit seiner üblichen Ungeduld persönlich die Bärte der Bojaren, die ihm begegneten, abzuschneiden und die langen Ärmel und Böden der Bojarenkleidung zu kürzen. Er befahl, die Haare kurz zu schneiden und das Gesicht zu rasieren (die Bojaren beschwerten sich, dass ihre Gesichter „barfuß“ geworden waren). Nur die Geistlichen und Bauern durften Bärte tragen. Wer seinen Bart behalten wollte, musste eine besondere Steuer zahlen, was durch ein spezielles kupfernes „Bartschild“ belegt wurde.

Überall wurde die praktischere europäische Kleidung eingeführt.

Das Rauchen, das zuvor nach dem Kathedralen-Kodex von 1649 als Straftat galt, wurde erlaubt.

Die von Peter eingeführten Versammlungen (Treffen) waren der Ort der Begegnung und der Unterhaltung.

Auf Befehl des Zaren wurde ein spezielles Handbuch über die Regeln der guten Sitten und des Verhaltens in der Gesellschaft aus dem Deutschen übersetzt – „Der ehrliche Spiegel der Jugend“, ergänzt von Peter I. Es wurde vorgeschrieben, Vater und Mutter „in großer Ehre“ zu halten, schnell auf Fragen zu antworten, höflich zu Älteren zu sein. Es wurden Ratschläge gegeben, wie man sich in der Gesellschaft verhalten sollte. „Der ehrlicher Spiegel der Jugend“ war sehr gefragt und wurde viermal nachgedruckt.

Neben den Versammlungen, die für den Adel veranstaltet wurden, gab es zu Peters Zeiten auch Feiertage.

Es wurden Triumphbögen gebaut, „Feuervergnügen“ (Feuerwerke) abgehalten, Massenfestivitäten bei der Feier von Siegen in Kriegen, Seeschauen und Krönungszeremonien abgehalten.

Ab dem 1. Januar 1700 begann Russland, das Neujahr zu feiern und Weihnachtsbäume zu arrangieren. Dann, am 1. Januar 1700, stellte Russland auf die Chronologie der Geburt Christi um, wie es in den meisten europäischen Ländern üblich war.

Architektur.

Im XVIII. Jahrhundert erhielt die Architektur eine neue Entwicklung. Im Baubereich wurde der Übergang vom radial-kreisförmigen zum regelmäßigen Grundriss vollzogen,

der sich durch die geometrische Regelmäßigkeit, Symmetrie, Festlegung der einheitlichen Regeln und Techniken beim Bau der Straßen, ein bestimmtes Verhältnis der Größen und Höhen der Gebäude auszeichnete. All dies wurde in den Bau der neuen Hauptstadt des russischen Reiches verkörpert - St. Petersburg.

Eine Gruppe herausragender Architekten des Frühbarocks (J. Le Blond, D. Trezzini) führte die Planung und den Ausbau durch.

D. Trezzini errichtete den Sommerpalast Peters I., die Peter-und-Paul-Festungskathedrale und das Gebäude der Zwölf Kollegien.

In Moskau wurde der monumentale Bau fortgesetzt. In der ersten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts wurden der Menschikow-Turm (in der Nähe der Moskauer Hauptpost), die Johannes-Krieger-Kirche in der Jakimanka-Straße, die Kathedrale des Zaikonospassky-Klosters (ihre Kuppel ist deutlich hinter der Eingangshalle der Metrostation Ploschtschad Rewoljuzii zu sehen) gebaut. Ihre Entstehung ist mit dem Namen des Architekten Iwan Sarudny verbunden. In diesen Gebäuden sind Elemente der mittelalterlichen Architektur mit weltlichen Elementen verflochten - die Gebäude ähneln Palästen oder Turm-Monumenten, gekrönt mit Kreuzen. Zur gleichen Zeit wurden in Moskau das Arsenal im Kreml, die Industriegebäude des Tuchhauses und der Münze, die Steinernen Brücke über die Moskwa und die Kusnezker-Brücke über die Neglinnaja, der Lefortowo-Palast und andere öffentliche Gebäude gebaut.

Die Entwicklung der Holzarchitektur wurde fortgesetzt. Zu Beginn des XVIII. Jahrhunderts war seine größte Leistung der Bau des Kisch-Ensembles auf einer Insel im Onegasee mit einer 22-kuppeligen zentralen Verklärungskirche.

Nach St. Petersburg verbreiteten sich die Prinzipien der regelmäßigen Planung auch in den alten russischen Städten. Zu diesem Zweck wurde eine spezielle Kommission eingerichtet, die mehr als 400 Planänderungsprojekte (Masterpläne) erarbeitete.

Der dominierende Baustil in der ersten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts war der Barock. Der Barock (übersetzt aus dem Italienischen – „verschnörkelt“) zeichnet sich durch die Monumentalität von Gebäuden aus, kombiniert mit Prunk, Pomp, Glanz und emotionalem Enthusiasmus.

Dies wurde durch die geschwungenen Linien der Fassaden und den allgemeinen Grundriss der Gebäude, eine Fülle von Säulen, dekorativen Stuckornamenten und Skulpturen erreicht, die die Effekte von Licht und Schatten erzeugten.

Der größte Meister des Barocks in Russland war W. W. Rastrelli - ein Italiener, der in Russland seine zweite Heimat fand.

Er baute den Winterpalast und das Smolny-Kloster in St. Petersburg, Paläste in Zarskoje Selo und Peterhof, eine Reihe von Palästen für den Petersburger Adel, die St. Andreas-Kirche und den Mariinski-Palast in Kiew, u. a.

Und in Moskau baute der Stadtarchitekt D. Uchtomski die Kusnezker-Brücke über den Fluss Neglinnaja, das Rote Tor, den Glockenturm des Dreifaltigkeits-Sergijew-Klosters. Er gründete eine Architekturschule, aus der die bemerkenswerten Architekten A. F. Kokorinow, I. E. Starow, M. F. Kazakow u. a. hervorgingen.

In der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts wurde der prächtige, helle Barock durch den strengen und majestätischen Klassizismus ersetzt. Der Klassizismus zeichnet sich durch Klarheit der Formen, Einfachheit und gleichzeitig Monumentalität aus, die die Macht und Stärke des Staates, den Wert der menschlichen Person, bekräftigten. Sie

basiert auf den Gesetzen der klassischen Architektur in Griechenland und Rom. Der Klassizismus sah eine strenge Symmetrie des Grundrisses, die Hervorhebung der Hauptteile des Gebäudes, die Klarheit der horizontalen und vertikalen Linien vor.

Petersburg nahm ein „strenges, schlankes Aussehen“ an. In der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts baute der Architekt I. E. Starow das Gebäude des Tauridenpalastes, die Dreifaltigkeitskathedrale des Alexander-Newski-Klosters, W. I. Baschenow - den Kamenny Ostrow-Palastes und das Arsenal, A. F. Kokorinow und J. B. Vallin de La Mothe - die Akademie der Künste und das Gostiny Dwor, A. Rinaldi - den Marmorpalast, J. M. Felten - den Newa-Damm und das Gitter des Sommergartens, G. Quarenghi - die Akademie der Wissenschaften und andere Gebäude.

Das einzigartige Aussehen von St. Petersburg nahm Gestalt an:

An den belebten Ufern
Ungetüme von schlanken Gebäuden
Palästen und Türmen; Schiffe
In Mengen auf allen Seiten des Landes
Auf allen Seiten der Weltküsten.
Die Newa ist in Granit gekleidet,
Die Brücken hängen über dem Wasser...
(A. S. Puschkin).

Moskau wurde auch durch herausragende architektonische Bauten bereichert. Der geniale russische Architekt W. I. Baschenow baute das Paschkow-Haus (heute das alte Gebäude der Russischen Staatsbibliothek). Als Schüler und Freund von W. I. Baschenow schuf M. F. Kasakow eine große Anzahl von öffentlichen Gebäuden und Villen, die heute die Hauptstadt schmücken. Das sind das Senatsgebäude im Kreml, die Säulenhalle der Adelsversammlung, das alte Gebäude der Moskauer Universität, die pseudogotische Dekoration des Petrowski-Palastes und andere Prachtbauten.

Bildhauerkunst.

In der ersten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts gaben der allgemeine Prozess der Säkularisierung der Kunst und die Bedürfnisse des Staatslebens der Entwicklung der Bildhauerkunst Impulse. Bildhauerische Darstellungen wurden zu einem integralen Bestandteil der geschaffenen Landschaftskomplexe in der neuen Hauptstadt und ihren Vororten, ebenso wie Triumphbögen, Tore, die zum Gedenken an Siege der russischen Arme errichtet wurden. Das Interesse am Menschen inspirierte Künstler zu skulpturalen Porträts. Wie auch in anderen Kunstformen dominierte in der Bildhauerkunst in der ersten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts der Barock, in der zweiten Hälfte der Klassizismus.

Unter den Barockmeistern war der größte B. K. Rastrelli - der Vater der berühmten Architekten. Zu seinen besten Werken gehören die Büsten von Peter I. und A. D. Menschikow, sowie die Ganzfigurenstatue der Zarin Anna Ioannowna mit einem kleinen Mohrenknaben.

In der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts wurde eine Reihe hervorragender bildhauerischer Porträts von F. I. Schubin, einem Landsmann M. W. Lomonossows,

der aus dem Kreis der Pomorje-Knochenschnitzer stammte, berühmt gemacht. Er zeichnete sich durch eine ungewöhnliche Tiefe der Bilder aus. Er schuf die Porträts von M. W. Lomonossow, A. M. Golizyn, G. A. Potjomkin, P. A. Rumjanzew, S. P. Tschernyschow, Zar Paul I. Das Epitaph auf dem Grabstein von F. I. Schubin klingt für den herausragenden Bildhauer wie die höchste Dankbarkeit: „Und unter seiner Hand atmet der Marmor“.

M. I. Koslowski machte sich mit einem Denkmal für A. W. Suworow berühmt, das der Bildhauer im allegorischen Bild des Kriegsgottes Mars (auf dem Marsfeld in St. Petersburg) darstellte.

Ihm gehört auch die Hauptstatue der Peterhof-Brunnenkaskade – „Samson“, die den russischen Sieg im Großen Nordischen Krieg symbolisiert.

Ein bemerkenswerter Platz in der Geschichte der russischen Bildhauerei gehört I. P. Martos. Er schuf das erste bildhauerische Denkmal in Moskau - das Denkmal für K. Minin und D. Poscharski (1818), das Denkmal für M. W. Lomonossow in Archangelsk und einen Zyklus prominenter Grabmäler.

Eines der Symbole von St. Petersburg wurde der Bronzene Reiter - ein Denkmal für den Gründer der Stadt, die große historische Figur Peters I. Es wurde vom französischen Bildhauer E. M. Falcone geschaffen.

Malerei.

Bereits die Parsunas und Ikonenmalerei des XVII. Jahrhunderts (zum Beispiel S. Uschakow) skizzierten den Weg des Übergangs zur säkularen Kunst. In der ersten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts erschienen besonders eindrucksvolle Erfolge der russischen Malerei in den Werken von A. T. Matwejew und I. N. Nikitin. Das führende Genre ihrer Arbeit war das Porträt. In den Porträts von Peter I. und „Bodenhetman“ von I. Nikitin, im „Selbstporträt mit Frau“ von A. Matwejew vermittelten die Künstler neben der Darstellung der Porträtmerkmale ihrer Helden auch deren Innenwelt und geistige Individualität. Diese Eigenschaft der russischen Porträtmalerei - die Darstellung des Reichtums der inneren Welt eines Menschen und seiner einzigartigen Individualität - machte das russische Porträt des XVIII. Jahrhunderts zu einer der herausragenden Leistungen der Weltkunst.

Die Porträts des Künstlers A. P. Antropow wirken ein wenig altmodisch und erinnern an Parsuna: A. M. Ismailowa und Peter III. In die Nähe A. P. Antropows Malstil kam I. P. Argunow, der von den Leibeigenen der Scheremetews stammte (Porträts „Unbekannte Bäuerin“, „Kalmückin Annuschka“ u. a.). F. S. Rokotow gelang es mit seiner filigranen Technik besser als anderen, die innere Welt der Dargestellten zu vermitteln: die Porträts des Dichters W. I. Maikow, Ehemann und Frau Surowzew. D. G. Lewizki, der größte Porträtmaler der zweiten Hälfte des XVIII. Jh. drückte die facettenreiche menschliche Natur aus, z. B. in den Porträts von N. I. Nowikow, dem reichen Mann und Kunstmäzen P. Demidow, Schülerinnen des Smolny-Instituts, D. Diderot. In den von W. L. Borowikowski geschaffenen Bildern werden intimere Aspekte der menschlichen Natur enthüllt. Der Künstler war eindeutig vom Sentimentalismus beeinflusst (Porträts von M. I. Lopuchina, A. B. Kurakin, W. I. Arsenjewa, u. a.).

Neben der Porträtmalerei verbreiteten sich im XVIII. Jahrhundert die Grafik (A. F. Subow), das Mosaik (M. W. Lomonossow), die Landschaftsmalerei (S. F. Schtschedrin) und vor allem Bilder zu historischen und mythologischen Themen (A. P. Lossenko). In den Aquarellen von I. A. Jermenjow und den Gemälden von M. Schibanow erschien zum ersten Mal in der russischen Malerei das Bild des bäuerlichen Lebens. Auch volkstümliche Bilder - Holzschnitt - sind erhalten geblieben.

Das Theater.

Das erste russische Berufstheater wurde 1750 auf Initiative des Kaufmanns F. G. Wolkow in Jaroslawl gegründet. Zwei Jahre später zog das Theater nach St. Petersburg um, und 1756 wurde es durch ein Dekret des Zaren in das Russische Theater (das heutige Akademische Dramatheater A. S. Puschkin) umorganisiert.

Zur gleichen Zeit schufen die größten russischen Adligen auf ihren Gütern oder in ihren Haupthäusern Theater, deren Schauspieler ihre Leibeigenen waren (in Moskau und den Moskauer Vorstädten waren es zum Beispiel mehr als 50). Es gab mehr als 100 Leibeigenenorchester im Lande.

Das berühmteste Moskauer Theater der Scheremetews in Ostankino, dessen Ruhm von Schauspielern aus Leibeigenen - der Schauspielerin und Sängerin P. I. Schemtschugowa und der Ballerina T. W. Schlykowa eingebracht wurde.

Das XVIII. Jahrhundert markiert den Beginn der Ballettkunst in Russland: 1738 wurde die erste Ballettschule in St. Petersburg eröffnet. Im selben Jahrhundert wurden auch die ersten russischen Opernaufführungen geschrieben und inszeniert: die Oper „Anjuta“, deren Komponist W. A. Paschkewitsch ist, „Der Müller - ein Zauberer, Betrüger und Brautwerber“ von M. M. Sokolowski, „Der Kutscher auf der Poststation“ von J. I. Fomin; der Komponist D. S. Bortnjanski schuf seine Werke.

Eines der wichtigsten Ergebnisse der Entwicklung der russischen Kultur im XVIII. Jahrhundert war der Prozess der Bildung der russischen Nation. Der Sieg der säkularen Richtung in der Kunst, die Herstellung breiter Verbindungen mit den Kulturen anderer Nationen und die Erfolge der Wissenschaft bereiteten den Aufstieg der russischen Kultur im XIX. Jahrhundert vor.

Kapitel 18

WIRTSCHAFT UND SOZIALE STRUKTUR RUSSLANDS IN DER ERSTEN HÄLFTE DES XIX. JHS.

In der ersten Hälfte des XIX. Jhs. wuchs das Territorium des Russischen Reiches auf 18 Millionen Quadratkilometer in Osteuropa, Asien (Sibirien und Kaukasus) und Nordamerika (Alaska). Die Bevölkerung verdoppelte sich fast auf mehr als 70 Millionen.

Reiche Ressourcen: Wälder, Flüsse, Ackerland, Mineralien (Erze, Kohle, Öl, Edelmetalle und Steine) boten alles, was für eine schnelle industrielle Entwicklung notwendig war.

Die natürliche, wirtschaftliche und ethnische Vielfalt bestimmte die Besonderheit der

verschiedenen Regionen des Landes.

In der ersten Hälfte des XIX. Jhs. wurde das Territorium des Russischen Reiches in Gouvernements und Bezirke eingeteilt, die wiederum in Kreise unterteilt wurden. Die Zahl der Gouvernements stieg in der ersten Hälfte des Jahrhunderts um das 1,5-fache durch die Eingliederung neuer Gebiete, die Auflösung einiger Gouvernements oder die Umwandlung einiger Bezirke (Astrachan, Taurien) in unabhängige Gouvernements. Einige Gouvernements wurden zu Generalgouvernements und Statthalterschaft (Kaukasus) vereinigt.

Einen Sonderstatus genossen das Großfürstentum Finnland, das 1809 an Russland angegliedert wurde, und das Königreich Polen, das 1815 aus einem Teil der polnischen Länder gebildet wurde.

Russland war ein absolutistischer und Leibeigenenstaat.

An der Spitze des Reiches stand der Zar, der zunehmend alle Fäden der Regierung in seinen Händen konzentrierte. Die wichtigste gesellschaftspolitische Kraft blieb der Adel, der bereits im XVIII. Jahrhundert beispiellose wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Privilegien erhalten hatte. Der Staat, vertreten durch die Autokratie, unterstützte ihn in seiner Innen- und Außenpolitik weiterhin mit allen Mitteln.

Die Bauern waren der größte Teil der Bevölkerung. Sie wurden in verschiedene Kategorien eingeteilt: Gutsbesitzer oder Privateigentümer, dem Staat unterstellte, Appanage (zur zaristischen Familie gehörend), der Wirtschaft unterstellte (ehemals dem Kloster unterstellte), u. a.

Somit gab es in Russland überhaupt keine freie Bauernbevölkerung.

Kaufleute und Bürger machten nur wenige Prozent der Bevölkerung aus.

Die Kosaken befanden sich in einer besonderen Position - einer militarisierten Klasse, die die Funktion hatte, die Grenzgebiete des Staates zu schützen.

Die Wirtschaft Russlands in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts ist von tiefgreifenden Gegensätzen geprägt. Die Erneuerung - der Ausbau der Beziehungen zwischen Waren und Geld und der Einsatz von Lohnarbeitern, der Beginn der technischen Umrüstung der Industrie - wurde mit einer natürlich-patriarchalischen Lebensweise, einem feudalen Managementsystem, dem Einsatz nichtwirtschaftlichen Zwangs und dem routinemäßigen Stand der Technik kombiniert.

Die kapitalistische Produktionsweise erfordert erstens einen Markt mit freier Lohnarbeit, zweitens Kapital, d.h. in die Produktion investiertes Geld, und drittens eine relativ hohe Kaufkraft der Bevölkerung.

Das Leibeigenensystem behinderte jedoch die Bildung dieser Bedingungen, behinderte die Entwicklung der Produktivkräfte und damit die Modernisierung des Landes.

Russland folgte seinem eigenen Weg, der sich in vielerlei Hinsicht vom Westen unterschied. Die bürgerlichen Revolutionen, die in England, Frankreich und anderen Ländern stattfanden, gingen an Russland vorbei.

In der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts bewahrte es seine traditionelle Wirtschafts- und Sozialstruktur. Nichtsdestotrotz führten die objektiven, nationalen Bedürfnisse des Staates und die subjektiven Interessen der Autokratie, die allmähliche Entwicklung der Produktivkräfte zum Sturz der Leibeigenschaft im Jahre 1861 und folglich zur Veränderung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Struktur Russlands.

Die Landwirtschaft.

In der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts blieb Russland ein Agrarland. Die Landwirtschaft beschäftigte 9/10 der Bevölkerung.

Etwa die Hälfte des Agrarsektors war Gutsherrenwirtschaft, die andere Hälfte war das System des Staatsfeudalismus, in dem das Land und die Bauern im Besitz des Staates selbst waren.

Die Prozesse, die in der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts begannen, entwickelten sich in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts intensiv weiter. Das Hauptphänomen war der Verfall der Naturalwirtschaft und das Eindringen der Waren-Geld-Beziehungen in das Dorf. In der Gutsherrenwirtschaft wurden immer mehr Produkte zum Verkauf angeboten. Die Bedeutung der Getreideexporte nahm zu und erreichte Mitte des XIX. Jahrhunderts etwa 70 Millionen Pud.

Die Einführung von Marktbeziehungen ermutigte die Gutsbesitzer, Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftseffizienz zu ergreifen. In den südlichen und nordwestlichen Regionen wurde dies durch den Einsatz von Lohnarbeit bei Nebenerwerbsbauern, die Ausweitung des Weizenanbaus, verbesserte technische Produktionsmittel und verbesserte Anbaumethoden erreicht.

Einige Gutsbesitzer stellten auf eine mehrfeldrige Fruchtfolge um, setzten landwirtschaftliche Maschinen (Sämaschinen, Worf-schaufeln, Dreschmaschinen) ein und erweiterten das Anbauspektrum.

Kartoffeln, die zum Grundnahrungsmittel der Bevölkerung wurden, haben sich zu einer Feldkultur entwickelt.

Bei der Mehrzahl der Gutsbesitzer wurde jedoch weiterhin die Zwangsarbeit von Leibeigenen eingesetzt. Unter den Bedingungen der Leibeigenschaft bestand der häufigste Weg zur Verbesserung der Wirtschaftseffizienz darin, die Ausbeutung der Bauern zu intensivieren. Sie wurden gezwungen, einen Zins (in Naturalien und in Geld) zu zahlen und ihren Fron abzuarbeiten.

In der ersten Hälfte des Jahrhunderts wuchs der Zins in verschiedenen Regionen um das 2 - 5fache. Die Fronarbeit wuchs mehr und mehr. Die Bauern mussten 3 bis 5 Tage in der Woche für den Gutsbesitzer arbeiten.

Eines der Mittel zur Intensivierung der Fronarbeit war das sogenannte „monatliche Deputat“, d. h., die Bauern ihres Landes zu berauben und sie vollständig in die Fronarbeit zu überführen. Alle diese Maßnahmen waren nicht effektiv. Es kam zu einem allmählichen Niedergang der Gutsbesitzerwirtschaft. Bis zur Mitte des XIX. Jahrhunderts waren 65% aller Güter verpfändet. Der Gesamtbetrag der Schulden der Gutsbesitzer gegenüber dem Staat und den Kreditinstituten erreichte mehr als 400 Millionen Rubel.

Die russische Bauernschaft war traditionell landarm. Die Zuteilungen, die man vom Grundbesitzer oder vom Staat für die Zahlung der Zinsen und der staatlichen Abgaben erhielt, boten keine Möglichkeit, eine gewerbliche Wirtschaft zu entwickeln und reichten kaum für den Lebensunterhalt. Der wachsende Zins und die Fronarbeit behinderten die Entwicklung der bäuerlichen Eigenwirtschaft. Häufige Ernteaufschläge verdamnten die Landarbeiter zu einer halbverhungerten Existenz. So verursachte die verstärkte Ausbeutung der Leibeigenen eine Stagnation und Routinisierung der Produktivkräfte auf dem Dorf.

Russland zeichnete sich (im Gegensatz zu Westeuropa) durch die Erhaltung und Konsolidierung des kommunalen Systems des bäuerlichen Grundbesitzes aus, bei dem das Land zwischen den bäuerlichen Haushalten in kleine Parzellen aufgeteilt und von Zeit zu Zeit umverteilt wurde. Dies verhinderte den Anstieg der Produktivität der bäuerlichen Wirtschaft und im Allgemeinen die Entwicklung der Produktivkräfte auf dem Land. Auf sozialer Ebene verhinderte sie die Bildung einer Eigentumspsychologie unter den Bauern, die sie in arm und reich einteilte. Der Prozess der Schichtung der Bauernschaft in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts verlief sehr langsam. Nur wenige Bauern, die sich mit Handel und Handwerk beschäftigten, schafften es, beträchtliche Mittel anzusammeln. Das Dorf blieb zum größten Teil arm, hungrig, dunkel, entmutigt und politisch träge.

In dieser Hinsicht war die Agrar-Bauern-Frage im XIX. und frühen XX. Jahrhundert von zentraler Bedeutung für das wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Leben Russlands. Es umfasste drei Seiten: die persönliche Emanzipation der Bauern, die Zuteilung von Land an sie und eine Änderung des kommunalen Systems der Landnutzung.

Die Industrie.

Zu Beginn des XIX. Jahrhunderts sowie in der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts wurden in Industrieunternehmen in Russland hauptsächlich Zwangs- und teilweise freie Arbeitskräfte eingesetzt. Die industrielle Produktion befand sich in einem Routinezustand. Der Ural und andere Gebiete, in denen private und staatliche Manufakturen, die auf Zwangsarbeit basierten, weit verbreitet waren, verloren allmählich ihre frühere führende Stellung in der Wirtschaft.

Diese Betriebe waren unrentabel, unproduktiv und konnten den wachsenden Bedarf der Bevölkerung an Industrieprodukten nicht decken.

Russland fiel in Bezug auf das Entwicklungstempo und das Produktionsvolumen immer weiter hinter die kapitalistischen Länder zurück.

(Zum Beispiel in Bezug auf die Eisenverhüttung war es 3,5 mal weniger als England. Eine ähnliche Situation wurde auch in anderen Branchen beobachtet).

In den 30er - 40er Jahren des XIX. Jahrhunderts, später als in Westeuropa, begann in Russland eine Industrialisierungswelle (industrielle Revolution). Ihr Hauptinhalt war die Ablösung der Manufakturproduktion durch die Fabrikproduktion. Einerseits war sie mit der technischen Umrüstung der Industrie, dem weitgehenden Ersatz der Handarbeit durch Maschinenarbeit, der Einführung verschiedener Motoren und für die damalige Zeit fortschrittlicher Technologien verbunden.

Auf der anderen Seite wurde sie von tiefgreifenden sozialen Veränderungen begleitet, der Entstehung neuer Klassen, die für die kapitalistische Gesellschaft charakteristisch sind.

Die Voraussetzungen für die industrielle Revolution bildeten sich in Russland seit Mitte des XVIII. Jahrhunderts. Ihre Entstehung war zum einen dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu verdanken: der Erfindung neuer Dampfmaschinen und verschiedener Mechanismen, die den Produktionsprozess erleichterten, eine vertiefende Arbeitsteilung ermöglichten und die Hände vieler Arbeiter freimachten. Ihre Arbeit wurde durch Maschinenarbeit ersetzt. Zweitens wurden die Voraussetzungen für

die industrielle Revolution durch die Entstehung der Elemente des Kapitalismus in der Wirtschaft gebildet: die Akkumulation von Kapital, auf dessen Grundlage einzelne Unternehmer neue Fabriken errichteten, und die allmähliche Bildung eines permanenten Marktes freier Arbeit.

Die Leibeigenschaft verlangsamte diese Prozesse. Ihre Abschaffung im Jahr 1861 beschleunigte die Vollendung der industriellen Revolution in den späten 70er - frühen 80er Jahren des XIX. Jahrhunderts.

Auf der Grundlage des Einsatzes freier Arbeitskräfte in Russland begannen sich die wichtigsten Industriegebiete zu bilden - das nordwestliche (St. Petersburg und Baltikum), zentrale (Moskau) und südliche (Charkow).

Die Konzentration der Industrie in bestimmten Teilen Russlands war eines der spezifischen Merkmale seiner Wirtschaft.

Neue Formen der Produktionsorganisation wurden in der Leichtindustrie (Textil-, Lebensmittel- und Papierindustrie) schneller umgesetzt. In diesen Branchen wurde die Handarbeit der Arbeiter schnell durch Maschinenarbeit ersetzt, neue Betriebe wurden gegründet und alte rekonstruiert (Textilmanufaktur Prochorow in Moskau u. a.). Etwas langsamer verliefen die Veränderungen in der Schwerindustrie. Bei der Herstellung von Eisen und Gusseisen begann man, Dampfmaschinen anstelle von Pferdeantrieben einzusetzen (St. Petersburger Eisengießerei u. a.). Die Maschinen waren ausländischen Ursprungs und wurden hauptsächlich aus England und Belgien importiert.

Dennoch begann in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts die heimische Maschinenbauindustrie zu entstehen. Die ersten Fabriken entstanden in St. Petersburg, Nischni Nowgorod (Sormowo) und anderen Städten. Allerdings war diese Industrie bis zum Ende des XIX. Jahrhunderts unterentwickelt.

Abseits der großen städtischen Zentren und Handelswege blühte das Handwerk. Zusammen mit der Fabrik war es charakteristisch für viele Zweige der Leichtindustrie (Textil-, Leder-, Holzverarbeitung).

Selbst einige der Metallarbeiten wurden in Handarbeit gefertigt.

In zahlreichen Dorfschmieden wurden Pflüge, Pflugscharen, Messer, Äxte und andere Gegenstände des bäuerlichen Lebens geschmiedet.

Die Bewohner einiger Bauerndörfer spezialisierten sich auf Kunst und Handwerk. Es entstanden die bisher bekannten Zentren: Palech, Gschel, u. a.

In der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts entwickelte sich auch die handwerkliche Produktion.

So existierten in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts in Russland Leibeigene und freie Lohnarbeiter, Fabrikproduktion und Heimarbeit nebeneinander.

Der Beginn der industriellen Revolution war mit der Bildung einer neuen sozialen Schicht verbunden - den freien Lohnarbeiter. Die Arbeiter, die in den Manufakturen der Leibeigenen beschäftigt waren, wollten sich die notwendigen Produktionskenntnisse nicht aneignen und machten oft Maschinen kaputt und beschädigten sie. Erst mit der Entwicklung der freien Lohnarbeit war der Übergang zu einer effizienten Fabrikproduktion möglich.

In Manufakturen und Fabriken wurden arme Städter, Staatsbauern und Leibeigene eingestellt, die mit Erlaubnis ihrer Herren zur Arbeit gingen.

Bis 1860 waren 4/5 der Arbeiter freie Lohnarbeiter.

In Russland hatte sich ein System der brutalen Ausbeutung der Arbeiter entwickelt. Sie erhielten spärliche Löhne und arbeiteten 13 bis 14 Stunden am Tag. Der Unterschied zwischen der Situation der russischen Arbeiter und der der westeuropäischen Arbeiter bestand darin, dass sie nicht nur von ihren Arbeitgebern abhängig waren, sondern auch von ihren Eigentümern oder der Gemeinschaft, die sie zur Arbeit geschickt hatte. Die unkontrollierte Ausbeutung der Arbeiter, die in vielerlei Hinsicht an die Traditionen der Leibeigenschaft anknüpfte, war in der Folgezeit die Ursache für ihren mächtigen sozialen Protest.

Auch die Formierung der russischen Bourgeoisie hatte ihre Besonderheiten. Erstens wurde das Kapital, das zum Aufbau einer Großproduktion benötigt wurde, extrem langsam und mit vielen Missbräuchen akkumuliert. Kaufleute verdienten ein großes Vermögen mit dem Verkauf von Wein und mit großen öffentlichen (staatlichen) Aufträgen. Handels- und Finanztransaktionen gingen häufig mit illegalen Handlungen einher - Unterschlagung, Bestechung, Erpressung von Geldern aus der Bevölkerung. Zweitens war die „junge“ russische Bourgeoisie lange Zeit gleichzeitig im Handel und in der Produktion tätig.

Drittens stammten viele der Unternehmer aus wohlhabenden leibeigenen Bauern.

Allmählich nahmen die Dynastien der russischen Bourgeoisie Gestalt an - die Saposchnikows, Morosows, Gutschkows, Bibikows, Kondraschows u. a. Das im Handel gewonnene Geld wurde in die Industrie investiert. So baute zum Beispiel I. M. Kondraschow, ein Nachkomme aus Kaufmannskreisen, große Seidenfabriken, deren Produkte in ganz Europa berühmt waren. Die Morozows wurden Produzenten von Baumwollstoffen. Viele Vorfahren der bürgerlichen Dynastien, die von Leibeigenen abstammten, behielten ihre bäuerliche Mentalität und die Ehrfurcht vor dem Zaren und dem Adel. Im Großen und Ganzen war die russische Bourgeoisie immer noch wirtschaftlich schwach, politisch amorph und spielte keine aktive Rolle im gesellschaftlichen Leben des Landes. Die Regierung kümmerte sich wenig um die Interessen der aufstrebenden russischen Bourgeoisie und war misstrauisch gegenüber der Bildung einer neuen sozialen Schicht.

Die Finanzen.

Um die Kriege gegen Napoleon zu finanzieren und den Landadel zu unterstützen, produzierte die russische Regierung Anfang des XIX. Jahrhunderts in großem Umfang Ausgaben (Emissionen) - Papiergeld, das erstmals Mitte des XVIII. Jahrhunderts eingeführt wurde. Im ersten Quartal des XIX. Jahrhunderts stieg die Ausgabe von Banknoten um das Vierfache. Infolgedessen haben sie stark an Wert verloren. Versuche Pauls I. und Alexanders I., die Inflation zu überwinden, scheiterten.

Deshalb wurde in den Jahren 1839 - 1844 auf Initiative des Finanzministers, Graf E. F. Kankrin, eine Finanzreform durchgeführt. Der Silberrubel war die Grundlage des Geldumlaufs.

Seit 1843 wurden Banknoten schrittweise durch einen Wechselkurs zu einem obligatorischen Wechselkurs (3,5 Rubel in Banknoten entsprachen 1 Rubel in Silber) für Banknoten aus der Bevölkerung abgezogen, die wiederum frei gegen Silber eingetauscht wurden.

Die Reform stärkte das russische Finanzsystem für eine Weile.

Der Krimkrieg von 1853 - 1856 verursachte jedoch neue finanzielle Schwierigkeiten. Die interne und externe Verschuldung des Staates ist um ein Vielfaches gestiegen.

Der Handel.

In der ersten Hälfte des XIX. Jhs. nahm der gesamtrussische Markt weiter Gestalt an. Einerseits wurde sie durch die industrielle Entwicklung, das Wachstum der Städte und die wirtschaftliche Spezialisierung der Regionen stimuliert. Andererseits wurde dieser Prozess durch die geringe Kaufkraft der Bevölkerung, aufgrund der Leibeigenschaft der Bauern und der miserablen Existenz der breiten Massen behindert. Die Hauptabnehmer konnten nur der Adel, Kaufleute und einige Bürger der Stadt sein. Trotzdem entwickelte sich der Handel schneller als in der vorangegangenen Periode.

Der Inlandsmarkt hat sich durch die Ausweitung der Handelsaktivitäten und die Vergrößerung des Warensortiments stark verändert.

Von besonderer Bedeutung war neben den landwirtschaftlichen Produkten auch die Marktverteilung von Industrieprodukten.

Die Rolle der Handelszentren spielten nach wie vor die Messen, allrussische und lokale. In Russland gab es mehr als tausend von ihnen. Sie waren ein saisonales Großhandels- und Kleinhandelssystem.

Weithin bekannt waren Nischni Nowgorod an der Wolga, Irbit in Sibirien und Rostow in der Provinz Jaroslawl.

In den russischen Großstädten entwickelte sich Geschäfte (ständiger Einzelhandel) sehr intensiv.

Der Außenhandel in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts war ein bedeutender Erfolg. Seine Bilanz blieb fast ausnahmslos aktiv, d.h. die Exporte überstiegen die Importe. Allerdings hat sich die Struktur der Exporte verändert.

Eisenmetalle (Eisen und eisenbasierte Legierungen) verschwanden daraus, und landwirtschaftliche Produkte wurden vorherrschend.

Weizen, Holz, Hanf, Leder, Flachs, etc. wurden exportiert. Der Export dieser Produkte nach Europa (vor allem nach England) lag vor allem im Interesse der russischen Großgrundbesitzer, die den Erlös zum Kauf von Luxusgütern verwendeten. Die russische Bourgeoisie machte wenig Gebrauch von ausländischen Märkten. Ein kleiner Teil der Industrieproduktion ging nach China, Iran und in die Türkei. Selbst in diesen asiatischen Ländern hatte Russland wenig Möglichkeiten, mit dem Westen zu konkurrieren. Die Versuche der Regierung, der Bourgeoisie bei der Entwicklung des Außenhandels zu helfen, waren unwirksam. Erst Ende des XIX. Jahrhunderts gelang es russischen Kaufleuten, den riesigen zentralasiatischen Markt zu erschließen.

Die Importe waren vor allem auf die Deckung des Bedarfs des Adels ausgerichtet. Sie importierten modische Kleidung, Kolonialwaren (Tee, Kaffee, Gewürze), etc.

Ein Teil der Importe bestand aus Maschinen, Werkzeugen und anderen Artikeln, die für

die Entwicklung der Industrie und der Landwirtschaft des Landes notwendig waren.

Das Verkehrswesen.

Die Entwicklung der Ware-Geld-Beziehungen, die Ausweitung des Binnen- und Außenhandels, die Zunahme der Handelszentren (Messen) - all dies erforderte die Reorganisation und Verbesserung des Transportsystems. Die wichtigsten Transportmittel waren Wasserfahrzeuge und von Tieren gezogene Fahrzeuge, die nur saisonal eingesetzt wurden. Keiner von beiden erfüllte die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes vollständig.

Das interne Kommunikationssystem blieb in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts unterentwickelt und archaisch. Seine Verbesserung war hauptsächlich mit der Entwicklung des Wassertransports verbunden. In den Jahren 1808 - 1811 wurden die Kanalsysteme Mariinsk und Tichwin geschaffen, die die Ostsee mit Moskau und der Wolga-Handelsroute verbanden. Die ersten Dampfschiffe erschienen auf russischen Flüssen. Bis zur Mitte des Jahrhunderts gab es etwa 100 davon.

Die Länge der Straßen, die die Regierung in einem mehr oder weniger zufriedenstellenden Zustand zu halten versuchte, entsprach nicht den wirtschaftlichen (handels-) und militärisch-strategischen Bedürfnissen des Landes. Es gab nur wenige Landstraßen. Sie verbanden St. Petersburg mit Warschau, Moskau mit St. Petersburg, Jaroslawl und Nischni Nowgorod.

In Ermangelung gut ausgebauter Überlandwege nach Westeuropa wurde der Außenhandel hauptsächlich über die Häfen an der Ostsee und am Schwarzen Meer abgewickelt. Die russische Handelsflotte war spärlich, daher wurden für den Handel mit Europa Schiffe ausländischer Reeder eingesetzt.

Historisch gesehen war Moskau das Zentrum, in dem alle Wege zusammenliefen. Die russischen Eisenbahnen wurden nach dem gleichen traditionellen Prinzip gebaut.

Die Schaffung eines umfangreichen Eisenbahnnetzes für Russland mit seinem riesigen Territorium war von besonderer Bedeutung. Im Jahr 1837 wurde die erste Versuchsstrecke zwischen St. Petersburg und Moskau eröffnet.

Die Länge der Eisenbahnlinien in Russland betrug bis 1861 etwa 1.600 km, was natürlich nicht für die Entwicklung des Handels und für die Verteidigung des Landes ausreichte.

(Besonders deutlich wurde dies während des Krimkrieges 1853 - 1856).

Beim Eisenbahnbau in Russland gehörte in der ersten Hälfte des Jahrhunderts, im Gegensatz zum Westen, die führende Rolle dem Staat.

Seit dieser Zeit begann sich im Lande der sogenannte Staatskapitalismus zu entwickeln.

Insgesamt behinderten in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts die politische Struktur und das gesellschaftliche System die Entwicklung der Produktivkräfte und die Modernisierung der russischen Wirtschaft. Der Besitz des größten Teils des Landfonds, des Bargeldes und anderer Formen des Eigentums durch den Adel sowie die Beibehaltung veralteter Methoden der Wirtschaftsführung waren die Hauptgründe für die wirtschaftliche Rückständigkeit des Staates. Dennoch gab es in Russland in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts keine akute Wirtschaftskrise, die durch schier

unerschöpfliche Möglichkeiten der extensiven Entwicklung und auch durch die Tatsache bedingt war, dass sich in seiner Wirtschaftsstruktur die kapitalistische Lebensweise entwickelte.

Dort reiften die neuen Produktivkräfte und die Produktionsweise, die in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts vorherrschend wurden. Gleichzeitig bestimmte die industrielle Revolution in Russland, das hinter Westeuropa zurücklag, für lange Zeit den aufholenden Charakter seiner wirtschaftlichen Entwicklung.

Kapitel 19

INNENPOLITIK IN RUSSLAND IN DER ERSTEN HÄLFTE DES XIX. JHS.

Das Hauptziel der Innenpolitik der zaristischen Regierung war es, das bestehende sozio-politische und wirtschaftliche System zu erhalten und es entsprechend den Bedürfnissen der Zeit zu verbessern.

Daher wurden einige Neuerungen in den Methoden der Innenpolitik mit Maßnahmen kombiniert, die die bisherige gesellschaftspolitische Struktur Russlands bewahrten.

Insgesamt wurde die Innenpolitik in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts von der Tendenz beherrscht, den Absolutismus, die privilegierte Stellung des Adels und die Leibeigenschaft der Bauern zu bewahren, die orthodoxe Kirche zu stützen, Dissidententum zu unterdrücken und eine mögliche revolutionäre Explosion zu verhindern.

Die Stärkung der inneren Situation trug zur außenpolitischen Stärkung Russlands bei, das zu Recht eine der führenden Positionen unter den europäischen Mächten einnahm.

In der russischen Innenpolitik der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts gab es zwei wichtige Abschnitte: das Ende des Vaterländischen Krieges von 1812 und der Wechsel des Zarenreiches 1825 und der Dekabristenaufstand. Diese Ereignisse bewirkten eine Verschärfung des Konservatismus und sogar der reaktionären Haltung im innenpolitischen Kurs. Die Regierung konzentrierte sich auf drei Hauptprobleme: administrativ - Verbesserung der öffentlichen Verwaltung; sozial - die Agrar- und Bauernfrage; ideologisch - Verbesserung des Aufklärungs- und Bildungssystems. Die Regierung sah die Lösung des ersten Problems in der weiteren Zentralisierung des Verwaltungsapparates, in der Schaffung eines Kadres von gebildeten, fachlich gebildeten Beamten, die dem Zaren persönlich gegenüber loyal und finanziell von der erhaltenen Besoldung abhängig waren.

Bei der Lösung der Bauernfrage ging es vor allem darum, die sozialen Spannungen im Dorf abzubauen und die Möglichkeit von Bauernaufständen zu beseitigen.

Zu diesem Zweck war es notwendig, die hässlichsten Erscheinungsformen der Leibeigenschaft zu zerstören, die die wirtschaftliche Entwicklung des Landes behinderten, Proteste der fortschrittlichen Öffentlichkeit hervorriefen und Russland vor Westeuropa in Verlegenheit brachten.

Die Regierung kümmerte sich um die Entwicklung des Bildungswesens nur insofern, als es erstens zur Stärkung der Autokratie und der privilegierten Stellung des Adels und zweitens zur Modernisierung der Wirtschaft beitragen konnte, was die Verteidigungsfähigkeit des Landes und die Möglichkeit einer aktiven Außenpolitik sicherte.

Die Diskussionen am Hof und in der Gesellschaft, die Verabschiedung bestimmter Dekrete und die Umsetzung von Maßnahmen in diesem Sinne änderten nichts an der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Struktur Russlands in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts. Es blieb ein autokratisch-leibeigenschaftliches Land, in dem die Macht auf militärisch-politischer Gewalt und auf der Kirche beruhte, die ihre Untertanen zu bedingungslosem Gehorsam aufrief.

STAATLICHES VERWALTUNGSSYSTEM

Zar Alexander I. (1801-1825).

In der Nacht vom 11. zum 12. März 1801 erlebte Russland den letzten Palastputsch. Verschwörer aus dem höchsten St. Petersburger Adel töteten den Zaren Paul I. Sein ältester Sohn Alexander bestieg den russischen Thron. Der junge 23-jährige Zar war von schwieriger und widersprüchlicher Eigenart. Das lag an seinen angeborenen Charaktereigenschaften und an den Bedingungen, unter denen er aufgewachsen ist. In seiner frühen Kindheit entfernte Katharina II. den Zarewitsch aus der Familie seines Vaters und überwachte persönlich seine Bildung und Erziehung. Alexander musste zwischen seinem Vater und seiner Großmutter manövrieren, sich verstellen und seine wahren Gefühle verbergen. Einige Zeitgenossen bemerkten seine Heuchelei und Unaufrichtigkeit. A. S. Puschkin gab ihm eine sehr bildhafte Charakteristik: „Der Herrscher ist schwach und verschlagen, ein glatzköpfiger Dandy, ein Feind der Arbeit, ungewollt vom Ruhm erwärmt...“.

Andere bemerkten seine Freundlichkeit, die Fähigkeit zu bezaubern, Menschen für sich zu gewinnen. Alexander erhielt eine für seine Zeit brillante Ausbildung.

Seine Lehrer waren prominente Schriftsteller und Wissenschaftler Russlands. Der Erzieher des zukünftigen Zaren war der Schweizer Politiker F. La Harpe, ein Republikaner, ein Gegner der Sklaverei, ein Anhänger der Ideen der französischen Aufklärung, die er seinem Zögling zu vermitteln versuchte.

Zweifellos war sich Alexander in den ersten Jahren seiner Herrschaft der politischen und wirtschaftlichen Rückständigkeit Russlands im Vergleich zu den fortgeschrittenen europäischen Staaten durchaus bewusst und dachte über die Möglichkeit und Notwendigkeit einer gewissen Modernisierung des Landes nach. Allerdings hat sich sein politisches Bewusstsein mit dem Alter stark verändert. Liberal in den ersten Jahren seiner Herrschaft, wurde er allmählich zu einem konservativen und sogar in den letzten Jahren seines Lebens reaktionären Politiker. Seine tiefe Religiosität, bis hin zum Mystizismus, spiegelte sich in den Jahren 1815 - 1825 in konkreten innen- und außenpolitischen Handlungen wider.

Die Zeit des Liberalismus.

Als Alexander den Thron bestieg, wagte er es nicht, eine despotische Politik auf direktem Wege zu verfolgen. Seine ersten innenpolitischen Maßnahmen waren mit der Korrektur der abscheulichsten Anordnungen Pauls I. verbunden, die nicht nur die St.

Petersburger Aristokratie, sondern auch die allgemeine russische Öffentlichkeit empörten. Er wandte sich gegen den Despotismus und die Autokratie seines Vaters und versprach, eine Politik „in Übereinstimmung mit den Gesetzen und dem Herzen“ seiner Großmutter Katharina II. zu verfolgen. Dies verband sowohl seine liberalen Ansichten als auch den Wunsch, in der Gesellschaft an Popularität zu gewinnen. Alexander stellte die von Paul abgeschafften Chartas an den Adel und die Städte wieder her und verkündete eine umfassende Amnestie für das Volk, das unter Paul verfolgt worden war. Freie Ein- und Ausreise ins Ausland, die Einfuhr ausländischer Bücher war wieder erlaubt, Beschränkungen im Handel mit England und Vorschriften im Alltagsleben, in der Kleidung, im Sozialverhalten usw., die das Volk gängelten, wurden abgeschafft.

Diese Maßnahmen machten Alexander als Liberalen berühmt.

Zu Beginn seiner Regierungszeit machte Alexander deutlich, dass er beabsichtige, Reformen bei den dringendsten sozialen und politischen Problemen durchzuführen. 1801 wurde der Ständige Rat gebildet - ein Beratungsgremium unter dem Zaren, das hauptsächlich aus Personen der Zeit Katharinas bestand.

Das Hauptzentrum, in dem die Ideen für Veränderungen entwickelt wurden, war jedoch das sogenannte Geheime Komitee. Darunter waren junge Freunde des Zaren - Graf P. A. Stroganow, der polnische Fürst A. E. Czartoryski, Graf W. P. Kochubej und Graf N. N. Nowossilzew.

Die von ihnen entwickelten Projekte haben nicht zu grundlegenden Reformen geführt. Die Angelegenheit beschränkte sich auf einige inoffizielle Veränderungen, die die Fassade des russischen Reiches nur geringfügig erneuerten.

Reformen der staatlichen Verwaltung.

Zu Beginn des XIX. Jahrhunderts verloren die unter Peter I. als Hauptorgane der Exekutive eingerichteten Kollegien ihre Rolle und hörten im Wesentlichen auf zu funktionieren. Folglich wurden sie 1802 durch Ministerien ersetzt. Dadurch wurde die zentrale Exekutivgewalt deutlich gestärkt.

Mit der Reform wurde der Prozess der Abgrenzung der Funktionen der Organe der öffentlichen Verwaltung abgeschlossen. Sie führte zur Einrichtung eines Systems der sektoralen Verwaltung, zum Wechsel der Kollegialität zur Ein-Mann-Verwaltung, zur direkten Verantwortung der Minister gegenüber dem Zaren, zur Stärkung der Zentralisierung und zur Stärkung der Autokratie.

In Russland begann sich rasch eine Schicht Bürokratie zu bilden, die völlig von der Gnade des Zaren und dem für den Dienst erhaltenen Gehalt abhing.

Acht erste Ministerien wurden eingerichtet: die Streitkräfte, die Marine, das Außenministerium, die Justiz, das Innenministerium, das Finanzministerium, das Handelsministerium und das Ministerium für öffentliche Bildung. In den Jahren 1810 - 1811, als die Ministerien reorganisiert wurden, erhöhte sich ihre Anzahl und ihre Funktionen wurden noch klarer abgegrenzt. Es wurde ein Ministerkomitee eingerichtet, um bestimmte Themen gemeinsam mit den Ministern zu besprechen.

Im Jahr 1802 wurde der Senat reformiert und wurde zum obersten Rechts- und Aufsichtsorgan im System der Staatsverwaltung.

Seine Rolle bei der Gesetzgebung drückte sich darin aus, dass er das Recht erhielt, beim Zaren „Vorlagen“ bezüglich veralteter Gesetze zu machen, sowie an der Diskussion neuer Gesetze teilzunehmen.

Die Einführung des Prinzips der Ein-Mann-Herrschaft betraf auch die Verwaltung der orthodoxen Kirche, die weiterhin dem Staat unterstellt war.

Für die geistlichen Angelegenheiten war die Heilige Synode zuständig, dessen Mitglieder vom Zaren ernannt wurden.

An der Spitze der Synode stand der Prokurator, ein Mann, der dem Zaren unter Militär- oder Zivilbeamten normalerweise sehr nahe steht. Seine Rolle und Autorität wurden zunehmend gestärkt. Unter Alexander I. wurde das Amt des Prokurators in den Jahren 1803 - 1824 von Fürst A. N. Golizyn bekleidet, der seit 1816 auch Bildungsminister war.

Der aktivste Befürworter der Idee, das System der staatlichen Verwaltung zu reformieren, war der Staatssekretär des Ständigen Rates M. M. Speranski (1772-1839). Der Sohn eines armen Landpfarrers machte dank seines hervorragenden Verstandes, seiner Energie und seiner außerordentlichen Arbeitsfähigkeit schnell eine glänzende Karriere und wurde zu einer der ersten Personen im Staat.

M. M. Speranski entwarf eine Reform der staatlichen Verwaltung.

Seine Umsetzung könnte zum Beginn des Verfassungsprozesses in Russland beitragen.

Sein Entwurf – „Einführung in die Staatsgesetzgebung“ - skizzierte das Prinzip der Trennung von Legislative, Exekutive und Judikative durch Einberufung einer repräsentativen Staatsduma und die Einführung von Wahlgerichten.

Gleichzeitig hielt er es für notwendig, einen Staatsrat einzurichten, der ein Bindeglied zwischen dem Zaren und den zentralen und lokalen Regierungen sein sollte.

Alle neu vorgeschlagenen Organe wurden von dem vorsichtigen M. M. Speranski nur mit beratenden Rechten ausgestattet und versuchten keineswegs, die Machtfülle der Autokratie zu erreichen.

Das liberale Projekt M. M. Speranskis wurde von dem konservativ gesinnten Teil des Adels abgelehnt, der darin eine Gefahr für das autokratisch-leibeigenschaftliche System und für ihre privilegierte Stellung sah.

Der Ideologe der Konservativen war der berühmte Schriftsteller und Historiker N. M. Karamsin.

In der an den Zaren gerichteten Notiz „Über das alte und neue Russland“ beharrte er auf der Erhaltung der alten Ordnung und verstand darunter die Unantastbarkeit von Alleinherrschaft und Leibeigenschaft.

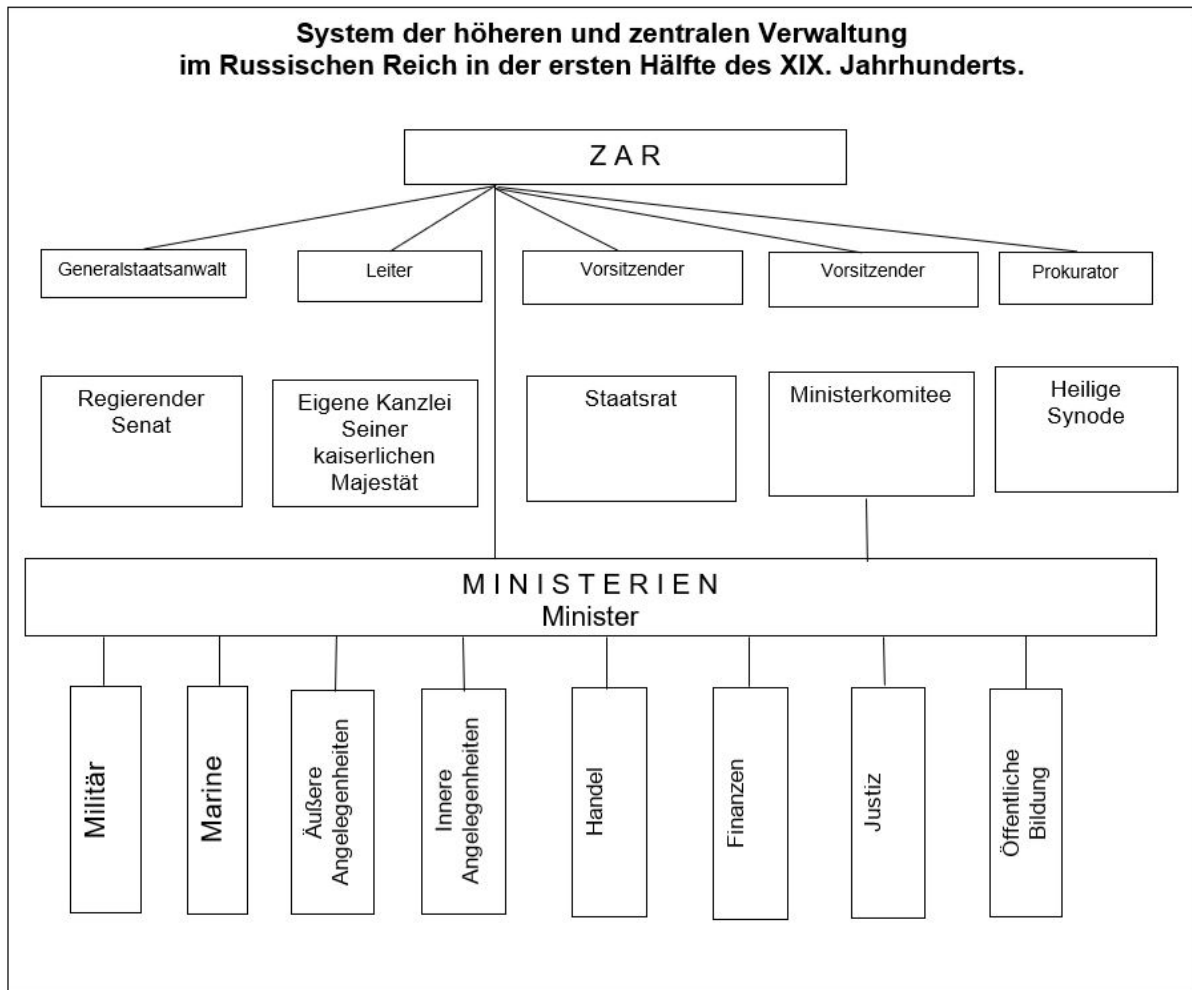
Praktisch wurde die reaktionäre Politik von dem Alexander nahestehenden Grafen A. A. Araktschejew verfolgt, der im Gegensatz zu M. M. Speranski die persönliche Macht des Zaren durch den weiteren Ausbau des bürokratischen Systems zu stärken suchte. Der Kampf zwischen Liberalen und Konservativen endete mit dem Sieg der Letzteren. M. M. Speranski wurde entlassen und ins Exil geschickt.

Das einzige Ergebnis der Pläne von M. M. Speranski war die Gründung des Staatsrates im Jahr 1810, der aus Ministern und anderen hohen Beamten bestand, die vom Zaren ernannt wurden.

Ihm wurden beratende Funktionen bei der Ausarbeitung neuer Gesetze und der Auslegung der Bedeutung bestehender Gesetze übertragen.

Der Staatsrat verteilte auch die Finanzen unter den Ministerien und prüfte die Jahresberichte der Minister, bevor er sie dem Zaren vorlegte.

(Mit solchen Funktionen existierte der Staatsrat bis 1906).



Zentralisierung des Staatsapparates.

Wie zuvor hatte der Zar die oberste legislative und exekutive Macht.

In den nächsten Jahren spiegelten sich die reformistischen Launen Alexanders I. in der Einführung der Verfassung im Königreich Polen (1815), der Erhaltung des Sejms und der verfassungsmäßigen Ordnung in Finnland, das 1809 an Russland angegliedert wurde, sowie in der von N. N. Nowossilzew im Auftrag des Zaren geschaffenen „Charta des russischen Reiches“ (1819-1820) wider.

Der Entwurf sah die Gewaltenteilung, die Einführung von Vertretungskörperschaften, die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz und ein föderales Prinzip des Staatsaufbaus vor.

All diese Vorschläge blieben jedoch auf dem Papier.

Arakcheevschina. (*Kasernenhofdespotismus*)

Im letzten Jahrzehnt der Herrschaft Alexanders I. machte sich der konservative Trend zunehmend auch in der Innenpolitik bemerkbar. Es wurde nach seinem Führer „Arakcheevschchina“ genannt. Es war eine Politik, die auf die Festigung des Absolutismus und der Leibeigenschaft abzielte. Sie äußerte sich in einer weiteren Zentralisierung und kleinlichen Regulierung der öffentlichen Verwaltung, in polizeilichen Repressionsmaßnahmen, die auf die Vernichtung des freien Denkens

abzielten, in „Säuberungen“ an den Universitäten, in der Auferlegung von Stockdisziplin in der Armee.

Die auffälligste Manifestation des Arakcheevismus waren militärische Siedlungen - eine besondere Form der Rekrutierung und Aufrechterhaltung der Armee. Der Zweck der Errichtung von Militärsiedlungen war es, die Autarkie und die Selbstreproduktion der Armee zu erreichen, um die Last der Aufrechterhaltung einer riesigen Armee unter friedlichen Bedingungen für den Haushalt des Landes zu erleichtern. Die ersten Versuche, sie zu organisieren, wurden in den Jahren 1808 - 1809 unternommen, aber sie begannen in den Jahren 1815 - 1816 massenhaft zu entstehen.

Staatsbauern aus den Provinzen Petersburg, Nowgorod, Mogiljow und Charkow wurden in die Kategorie der Militärsiedler übertragen.

Hier waren auch Soldaten untergebracht und ihre Familien wurden zu ihnen entlassen. Frauen wurden Siedler, Söhne ab 7 Jahren wurden in den Kadetten- und ab 18 Jahren in den aktiven Militärdienst aufgenommen. Alle von ihnen mussten mit ihrer Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen, gewöhnliche landwirtschaftliche Arbeit verrichten und gleichzeitig Militärdienst leisten.

Das ganze Leben einer bäuerlichen Familie war streng geregelt.

Dem geringsten Verstoß gegen einen Befehl folgte die körperliche Bestrafung.

Handel, Handwerk und Kontakte mit der Außenwelt waren kategorisch untersagt.

In den Siedlungen herrschte die Willkür der örtlichen Behörden.

A. A. Araktschejew wurde zum Oberbefehlshaber der militärischen Siedlungen ernannt. Die Bauern und fortgeschrittenen Leute Russlands begrüßten die Einführung von militärischen Siedlungen mit Empörung, aber Alexander erklärte fest, dass „es um jeden Preis militärische Siedlungen geben wird“. Bis 1825 wurde etwa ein Drittel der Soldaten in die Siedlung verlegt. Die Idee einer sich selbst versorgenden Armee scheiterte jedoch. Die Regierung gab enorme Geldsummen für die Organisation von Siedlungen aus. Die militärischen Siedler wurden nicht zu einer besonderen Klasse, die die soziale Unterstützung der Autokratie erweiterte; im Gegenteil, sie agitierten und revoltierten. Die Regierung hat diese Praxis in den folgenden Jahren aufgegeben.

Alexander I. starb im November 1825 in Taganrog. Er hatte keine Kinder.

Wegen der Unsicherheit in der Frage der Thronfolge in Russland wurde eine Notsituation geschaffen - ein Interregnum. Im Zuge der Verhandlungen zwischen Kaiser Pauls zweitem Sohn Konstantin, der als Statthalter des Königreichs Polen in Warschau lebte, und seinem Bruder Nikolaus in St. Petersburg stellte sich heraus, dass Konstantin längst auf den Thron verzichtet hatte, da er mit der polnischen Prinzessin Łowicz verheiratet war. Aber nur wenige wussten von dieser Abdankung, so dass der Senat und das Heer einen Eid auf Konstantin schworen. Bis Mitte Dezember war die Frage der Nachfolge geklärt. Pauls dritter Sohn Nikolaus wurde russischer Zar.

Zar Nikolaus I. (1825-1855).

Die Persönlichkeit des neuen Kaisers wurde von seinen Zeitgenossen mehrdeutig beurteilt. Die ihm nahestehenden Personen bewunderten seine außergewöhnliche Arbeitsfähigkeit und Bescheidenheit im Alltag. Radikale Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens des XIX. Jahrhunderts hinterließen sehr harsche Kritiken und nannten ihn einen Tyrannen und Despoten mit einer „Kompaniechef“-Auffassung. Nikolaus war nicht dafür ausgebildet, Russland zu regieren. Er interessierte sich

hauptsächlich für militärische Angelegenheiten, vor allem für die äußere Seite - Paraden, Manöver und Drill. A. I. Herzen nannte ihn einen Soldaten „durch Berufung, Bildung, äußerlich und innerlich“.

Doch die natürliche Intelligenz und der eiserne Wille, die Fähigkeit, fähige Vollstrecker seiner Vorschriften auszuwählen, gaben Nikolaus die Fähigkeit, den Staat recht effektiv zu verwalten. Er betrachtete seine Tätigkeit auf dem Thron nicht als ein Recht, sondern als eine Pflicht, die ihm durch sein Geburtsrecht gegeben war. Er sah das Ziel seiner Politik darin, die innere und äußere Position Russlands zu stärken und zu verhindern, dass eine revolutionäre „Infektion“ in sie eindringt.

Seine politische Erklärung: „Die Revolution steht an der Schwelle Russlands, aber ich schwöre, sie wird sie nicht durchdringen, solange der Atem des Lebens in mir bleibt, solange ... ich Zar bin“, führte er mit echten politischen Maßnahmen durch.

Bei der Entwicklung seiner Innenpolitik konnte Nikolaus I. die sich vertiefende wirtschaftliche und sozialpolitische Rückständigkeit Russlands gegenüber den fortgeschrittenen westeuropäischen Ländern nicht übersehen.

Er konnte auch die Unzufriedenheit der Bauern, die zu Aufständen und Unruhen führte, und den Aufstieg der sozialen und politischen Bewegung, die sich in der Bildung liberaler Opposition und der Entwicklung der revolutionären Tradition manifestierte, nicht übersehen.

Europäische bürgerliche Revolutionen, der endgültige Zusammenbruch absolutistischer Regime, der Eintritt neuer sozialer Schichten in die politische Arena, die allgemeine Liberalisierung des Staatssystems in vielen Ländern - all dies hatte auch großen Einfluss auf das Weltbild und die Aktivitäten des russischen Kaisers. Deshalb versprach Nikolaus in seinem Manifest anlässlich seiner Krönung (Sommer 1826), den inneren Zustand des Staates zu verbessern.

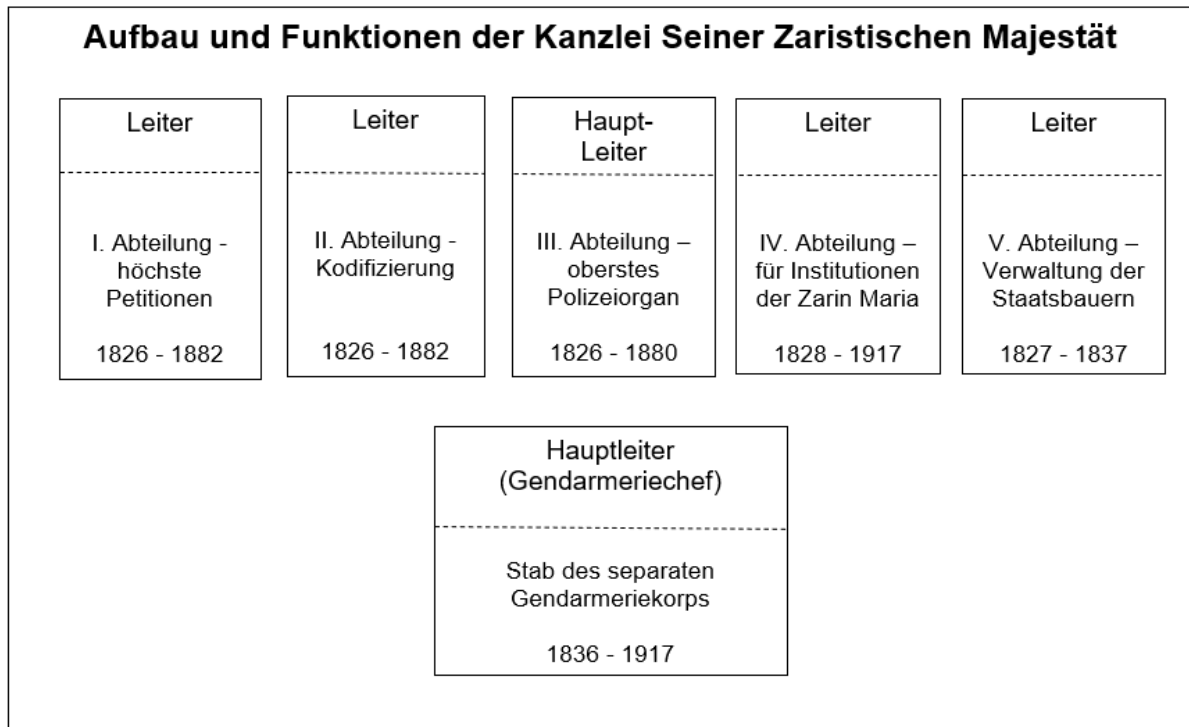
Er forderte die Menschen auf, der Regierung zu vertrauen und darauf zu warten, dass sie entscheidet, was, wie und wann zu tun ist. Der Zar verstand die Richtung dieser Verbesserungen jedoch auf sehr eigenartige Weise.

Unter Nikolaus I. wurde die Rolle des Staatsrates als gesetzgebendes Organ deutlich reduziert.

Alle höchsten bürokratischen Posten wurden von den Favoriten des Zaren, persönlich loyalen Gefolgsgenerälen und Flügeladjutanten besetzt. Die Einrichtung von geheimen Komitees zur Ausarbeitung verschiedener Gesetzesentwürfe war weithin praktiziert.

Diese Komitees waren dem Zaren persönlich unterstellt. Das unter Alexander I. eingeführte System der Ministerien wurde teilweise durch die erweiterte eigene Kanzlei Seiner Zaristischen Majestät ersetzt. Sie war in mehrere Zweige unterteilt, die für die politischen, sozialen und geistlichen Angelegenheiten des Landes zuständig waren. Eine besondere Stellung nahm die III. Abteilung der S. Z. M. Kanzlei ein, mit der 1827 das Gendarmeriekorps vereinigt wurde. Der territorialen und administrativen Einteilung Russlands wurden Gendarmeriebezirke hinzugefügt, was die Effektivität der politischen Ermittlungen im Lande erhöhte. Die Abteilung III verfügte über ein eigenes Netzwerk von Agenten innerhalb und außerhalb Russlands.

Während der Herrschaft Nikolaus I. wuchs die Armee der Beamten auf 70 Tausend Personen. Die Hälfte von ihnen war beim Militär. Das bürokratische System umfasste das ganze Land vom Zentrum bis zu den kleinsten territorialen Einheiten (Kreis, Amtsbezirk, Stan (*Teil eines Landkreises*)).



Die Bürokratisierung hatte zwei Auswirkungen. Einerseits könnte es für eine Weile wirklich für mehr Ordnung im Land sorgen. Auf der anderen Seite führte es zu einem trägen Staatsapparat, Bürokratie, Korruption, Veruntreuung und Bestechung.

Wie seine Vorgänger verfolgte Nikolaus I. eine pro-adlige Politik. Eine Reihe seiner Dekrete trug zur Festigung der herrschenden Klasse bei. Unter ihm wurde der Adel auf Personen aus anderen Ständen beschränkt. Zu diesem Zweck wurde 1832 das Institut der „Ehrenbürger“ eingeführt. Die Regierung war bestrebt, alle Ämter in der Zentral- und Kommunalverwaltung ausschließlich dem Adel zur Verfügung zu stellen.

Kodifizierung von Gesetzen.

Nikolaus I. glaubte fest daran, dass der strikte Gehorsam aller Untertanen gegenüber dem Buchstaben des Gesetzes die Ordnung im Lande sicherstellen würde. Deshalb wurde während seiner Regierungszeit die Kodifizierung (Regulierung) der archaischen und unübersichtlichen russischen Gesetzgebung durchgeführt. Diese Arbeit wurde M. M. Speranski anvertraut, der aus dem Exil zurückgekehrt war. Er beabsichtigte, alle bestehenden Gesetze zu sammeln und zu klassifizieren, um auf dieser Grundlage ein grundlegend neues System der Gesetzgebung zu schaffen. Die konservativen Tendenzen in der Innenpolitik zwangen ihn jedoch, sich auf eine bescheidenere Aufgabe zu beschränken. Unter seiner Führung wurden die nach dem Kathedrenkodex von 1649 verabschiedeten Gesetze verallgemeinert. Sie wurden 1830 in der „Vollständigen Sammlung der Gesetze des russischen Reiches“ (45

Bände) veröffentlicht. Eine eigene „Gesetzessammlung“ (15 Bände) enthielt 1832 die geltenden Gesetze, die der Rechtslage im Lande entsprachen. All dies zielte auch auf eine zunehmende Bürokratisierung der Verwaltung ab.

Generell wurde die höhere Staatsverwaltung in Russland in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts im Sinne einer Stärkung der persönlichen Autorität des Zaren und einer zunehmenden Zentralisierung umstrukturiert. Die durchgeführten Reformen hatten keine Auswirkungen auf die Grundlagen des autokratischen Systems. Das in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts etablierte System der staatlichen Verwaltung bestand mit leichten Änderungen bis zum Beginn des XX. Jahrhunderts.

DIE BAUERNFRAGE

In der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts blieb Russland ein Agrarland. Der Großteil der Bevölkerung bestand aus Bauern. Die meisten gehörten den Gutsherren und befanden sich in Leibeigenschaft.

Bei der Lösung der Bauernfrage lag Russland weit hinter anderen europäischen Ländern zurück.

Die persönliche Abhängigkeit der Bauern von den Grundbesitzern und ihr Desinteresse an den Arbeitsergebnissen machten die Landwirtschaft immer weniger effektiv. Der Mangel an freien Arbeitskräften behinderte die Entwicklung der Industrie. Bereits in der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts wurde die dringende Notwendigkeit deutlich, den Status quo zu ändern.

Die meisten Gutsbesitzer wollten jedoch nichts von der Einschränkung ihrer Privilegien hören. Als herrschende Klasse und Stütze der Autokratie setzte sich der Adel für den Erhalt der Leibeigenschaft ein.

Deshalb versuchte die Regierung im frühen XIX. Jahrhundert, zumindest ihre widerwärtigsten und sozial verwerflichsten Formen zu vertuschen. Es war verboten, Anzeigen für den Verkauf von Leibeigenen in Zeitungen zu drucken. Der Adel umging dieses Dekret geschickt, indem er damit warb, Leibeigene „zur Pacht“ zu vermieten. Im Jahre 1803 wurde ein Dekret über freie Bauern erlassen, nach dem die Gutsbesitzer Bauern mit Land gegen ein Lösegeld freilassen konnten. Diese Maßnahme wirkte sich jedoch nicht wirklich auf das Leibeigenensystem aus, da im ersten Viertel des XIX. Jahrhunderts nur 0,5 % der privaten Bauern befreit wurden. Gleichzeitig wurde die Verteilung der Staatsbauern an Privatpersonen erheblich reduziert (was von der „großzügigen“ Katharina II. und Paul I. weitgehend praktiziert wurde). Viele Staatsmänner (M. M. Speranski, A. A. Araktschejew, P. D. Kisseljow, u. a.) entwickelten im Auftrag Alexanders I. Projekte zur Befreiung der Bauern. Sie wurden jedoch in der Praxis nicht umgesetzt.

Unter Nikolaus I. verschärfte sich die Bauernfrage weiter. Führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens forderten eine sofortige Lösung.

Auch die Bauern brachten ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck. Dies erkennend, wies Gendarmeriechef A. Ch. Benckendorff darauf hin, dass „die Leibeigenschaft ein Pulverkeller unter dem Staat ist“. Allerdings scheute die Regierung die Öffentlichkeit, wenn es um die Bauernfrage ging.

Um Mittel zur Verbesserung der Situation der Bauern zu finden, wurden mehrmals die Geheimen Komitees gegründet, deren Tätigkeit sich auf fruchtlose Diskussionen beschränkte.

Die allgemeine Ausrichtung der Politik zur Erhaltung der alten Ordnung verhinderte

die Befreiung der Bauern. Sowohl im ersten als auch im zweiten Viertel des XIX. Jahrhunderts unternahm die Regierung Maßnahmen zur Erweichung der Leibeigenschaft.

Es war verboten, Leibeigene an Fabriken zu geben und das Recht der Gutsbesitzer, Bauern nach Sibirien zu verbannen, wurde eingeschränkt. Im Jahr 1841 wurde ein Gesetz verabschiedet, das den Verkauf der Bauern einzeln und ohne Land nicht zuließ. Im Jahr 1843 wurde dem landlosen Adel das Recht entzogen, Bauern zu kaufen. So wurden die widerwärtigsten Formen der Leibeigenschaft, bei denen Bauernfamilien zerstört und ihre Mitglieder als Hausklaven eingesetzt wurden, beendet. Im Jahre 1842 wurde eine Verordnung „Über verpflichtete Bauern“ erlassen. Es setzte die im Dekret von 1803 skizzierte Linie fort. Das neue Dekret behielt den empfehlenden Charakter. Es erlaubte den Gutsbesitzern, die Bauern mit der Bereitstellung von Landzuteilungen freizulassen, aber nicht zum Besitz, sondern zur Nutzung.

Als Gegenleistung für diese Zuteilung waren die Bauern verpflichtet, ihre alten Pflichten zu erfüllen, d.h. den Fron zu leisten oder den Zins zu zahlen.

Die Regierung versuchte auch, sich in das Verhältnis zwischen Gutsbesitzern und Bauern einzumischen. In den westlichen Gouvernements wurden Inventare eingeführt, die die Größe der Zuteilungen und Lasten der Bauern und die Methoden der möglichen Bestrafung der Bauern regelten. All dies waren jedoch Teilmaßnahmen, die am Wesen der Leibeigenschaft im Dorf nichts änderten.

In den Jahren 1837-1841 wurde unter der Leitung des Grafen P. D. Kisseljow ein breites System von Maßnahmen - die Reform der staatlichen Bauernverwaltung durchgeführt. Sie machten mehr als ein Drittel der steuerzahlenden Landbevölkerung aus und wurden vom Finanzministerium verwaltet. Der Zweck der Reform war es, den Wohlstand dieser Kategorie von Bauern zu erhöhen, um die Steuererhebung zu erleichtern und ein Beispiel für die Grundherren in ihrer Behandlung der Bauern zu setzen. Die Verwaltung der Staatsbauern wurde einem eigens geschaffenen Ministerium für Staatseigentum übertragen.

Es kümmerte sich um die wirtschaftlichen und häuslichen Bedürfnisse der untergeordneten Bauern, führte die Landaufteilung durch und erhöhte die Zuteilungen der weniger Landbesitzenden, schuf einen Saatgutfonds und Lebensmittelvorräte (Depots) für den Fall von Missernten, sorgte für eine gerechte Verteilung der Steuern, eröffnete Grundschulen und Krankenhäuser in den Dörfern.

Die Reform verbesserte auch die rechtliche Stellung der Staatsbauern.

Zum ersten Mal in Russland wurde eine wählbare lokale Bauernselbstverwaltung auf der Amtsbezirks- (6 Tausend männliche Einwohner) und Dorfebene (1.500 Bauerseelen) eingeführt.

Zur Beilegung kleinerer weltlicher Streitigkeiten wurden Dorf- und Amtsbezirksgerichte gewählt.

Im Großen und Ganzen behielt die Bauernfrage in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts ihre gesellschaftspolitische Schärfe, während die Leibeigenschaft unantastbar blieb. Bis zur Mitte des Jahrhunderts hatten Regierungskreise jedoch einige Erfahrungen bei der Lösung gesammelt, auf die sich Staatsmänner in den 50er und 60er Jahren verlassen konnten.

REGIERUNGSPOLITIK IM BEREICH BILDUNG UND ZENSUR

In der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts war die Regierungspolitik auf dem Gebiet der Bildung widersprüchlich. Einerseits versuchte sie, eine strenge Kontrolle über das Bildungssystem zu etablieren und die Bildung dem Privileg der herrschenden Klasse zu überlassen. Auf der anderen Seite erforderte der Bedarf des Landes an Beamten, technischen und administrativen Personal für die Erweiterung der Bildungsmöglichkeiten der Menschen verschiedener Stände. Dies alles hat die Regierung dazu veranlasst, die Zahl der Bildungseinrichtungen auf verschiedenen Ebenen zu erhöhen, eine Reihe von Gesetzen zu erlassen, die ihre Aktivitäten regeln, und Bildungs- und Ausbildungsbehörden einzurichten.

Zu Beginn des XIX. Jahrhunderts wurde die liberale Linie der Regierungspolitik im Bildungsbereich bei der Gründung im Jahr 1802 zum Ausdruck gebracht. Das Ministerium für öffentliche Bildung eröffnete bei ihrem Beginn eine Reihe neuer Bildungseinrichtungen (Universitäten, Institute und Gymnasien) die Charta von 1804 für Universitäten, die ihre Selbstverwaltung ermöglichte.

Diese Linie wurde jedoch allmählich durch eine konservative und sogar reaktionäre Linie ersetzt. Im Jahr 1817 wurde das Ministerium für Bildung in das Ministerium für geistliche Angelegenheiten und nationale Bildung umorganisiert. Es wurde aufgerufen, die christliche Frömmigkeit zu entwickeln, die Lehrbücher und das Lehrsystem auf allen Ebenen genau zu befolgen.

Prüfungen von Aktivitäten in Kasan, St. Petersburg und anderen Universitäten führten zu deren „Säuberung“ und Zerschlagung. Den besten Professoren wurde Freidenken vorgeworfen, sie wurden entlassen und vor Gericht gestellt. Die reaktionäre Bildungspolitik unter Alexander I. war eine der Erscheinungsformen des Arakcheevismus.

Eine ähnliche Linie setzte sich unter Nikolaus I. fort. 1826 wurde das Komitee für die Organisation von Bildungseinrichtungen gegründet. Seine Aufgaben: Überprüfung aller Chartas von Bildungseinrichtungen, Entwicklung einheitlicher Bildungsprinzipien, Festlegung einer Reihe von akademischen Disziplinen und Handbüchern. Das Komitee hat Richtlinien für die Bildungspolitik der Regierung entwickelt.

Legislativ wurden sie 1828 im Statut der unteren und mittleren Lehranstalten verankert.

Ständezugehörigkeit, Exklusivität, die Isolierung der einzelnen Stufen und vor allem die Beschränkung der Bildung auf Angehörige der unteren Klassen waren die Essenz des unter Nikolaus I. geschaffenen Bildungssystems. Dies war einer der Hebel, um die Herrschaft der Adligen zu bewahren und das Volk in Unterwerfung zu halten.

Die Reaktion traf auch die Universitäten, deren Netz jedoch aufgrund des Bedarfs an qualifiziertem Personal an Beamten, Ingenieuren, Agronomen, Juristen und anderen Spezialisten ausgebaut wurde.

Das Statut von 1835 beseitigte praktisch die Autonomie der Universitäten und stellte sie unter die strenge Kontrolle der Kuratoren der akademischen Bezirke, der Polizei und der lokalen Behörden.

Die Studiengebühren wurden erhöht und die Zahl der Studenten wurde reduziert. Die Lehrprogramme wurden überarbeitet, Philosophie und andere „abstrakte“ Wissenschaften, die keine praktische Bedeutung hatten, wurden aus ihnen entfernt. Initiative und Kreativität, die nicht mit den Wünschen der Leitung übereinstimmten, wurden unterdrückt. An den Universitäten wurde eine Kasernendisziplin eingeführt. Bei Verstößen gegen die Anordnung konnte ein Student in eine Strafzelle gesteckt,

ausgewiesen und sogar zu den Soldaten geschickt werden. Eine solche Politik behinderte nicht nur die Entwicklung von Bildung und Wissenschaft, sondern die gesamte Kultur Russlands. In der Mitte des Jahrhunderts wurde die dringende Notwendigkeit einer Reform des bestehenden Bildungssystems deutlich.

Zu Beginn des XIX. Jahrhunderts spiegelte sich die liberale Politik Alexanders I. auch in der Zensurpolitik wider. Im Jahre 1804 wurde das Statut über die Zensur erlassen. An den Universitäten wurden Zensurausschüsse aus Professoren und Magister gebildet, die dem Ministerium für Volksbildung unterstellt waren. Verleger hatten reichlich Gelegenheit, philosophische, politische und literarische Werke zu veröffentlichen, die fortschrittliche (einschließlich Anti-Leibeigenschaft) Ideen enthielten.

Dies ermöglichte es, die im späten XVIII. Jahrhundert verbotenen Werke der westeuropäischen Aufklärer weiterhin zu veröffentlichen.

In den folgenden Jahren (unter Alexander I. und besonders unter Nikolaus I.) wurde die Zensurpolitik verschärft. Im Jahr 1826 wurde ein neues Zensurgesetz erlassen, das von den Zeitgenossen „Gusseisen“ genannt wurde. Es wurde das Hauptzensurkomitee gegründet, das die politische Vertrauenswürdigkeit und Moral aller Druckerzeugnisse streng überwachte. Die Zensur griff kurzerhand in den literarischen Prozess ein.

Mit besonderem Eifer wurde jede Kritik am autokratischen Leibeigenschaftssystem und an den orthodoxen Grundlagen der Orthodoxie ausgerottet.

„Düstere sieben Jahre“.

In der Innenpolitik der letzten Jahre der Herrschaft Nikolaus I. (1848-1855) wurde die reaktionär-repressive Linie noch stärker. Dies war auf interne (Wachstum der Anti-Leibeigenschaft) und externe Faktoren zurückzuführen.

Die Revolutionen von 1848-1849 in Europa hatten einen besonders starken Einfluss auf Nikolaus I.

Es gelang ihm nicht, einen gemeinsamen Feldzug der europäischen Monarchen zur Niederschlagung der Revolution in Frankreich zu organisieren, aber der russische Zar spielte eine bedeutende Rolle bei der Niederschlagung der ungarischen Revolution. Im Sommer 1849 halfen die zaristischen Truppen Kaiser Franz Joseph, die Macht der österreichischen Habsburger in Ungarn wiederherzustellen. Russland selbst ist zu einem Modell eines bürokratisch-polizeilichen Staates geworden. Die Zensur grassierte, und die Aktivitäten der Gendarmerie und der III. Abteilung versetzten das ganze Land in Angst und Schrecken. Dies minderte jedoch nicht das Aufkommen regierungsfeindlicher Gefühle und Erwartungen an Reformen in der Gesellschaft. Die Regierung Nikolaus hat kein einziges wichtiges Staatsproblem gelöst. Es gab keine Reformen der Wirtschaft, um die Wirtschaft des Landes zu retten. Die Finanzen waren zerrüttet, die Auslands- und Inlandsverschuldung wuchs. Mitte der 50er Jahre war Russland ein „Koloss auf tönernen Füßen“. Diese vorbestimmten Misserfolge in der Außenpolitik, die Niederlage im Krimkrieg von 1853 - 1856 verursachten die Reformen der 60-er Jahre.

Kapitel 20

AUSSENPOLITIK RUSSLANDS IN DER ERSTEN HÄLFTE DES XIX. JHS.

In der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts hatte Russland bedeutende Möglichkeiten zur effektiven Lösung seiner außenpolitischen Aufgaben. Dazu gehörten die Verteidigung der eigenen Grenzen und die Erweiterung des Territoriums in Übereinstimmung mit den nationalen, geopolitischen, militärisch-strategischen und wirtschaftlichen Interessen des Landes. Dies bedeutete die Entstehung des Territoriums des Russischen Reiches in seinen natürlichen Grenzen entlang der Meere, Flüsse und Gebirge und in diesem Zusammenhang die freiwillige Einverleibung oder den gewaltsamen Beitritt vieler benachbarter Völker. Russlands diplomatischer Dienst war gut organisiert, sein Geheimdienst war umfangreich. Die Armee zählte etwa 500 Tausend Mann, war gut ausgerüstet und ausgebildet. Der militärisch-technische Rückstand Russlands gegenüber Westeuropa war erst Anfang der 50er Jahre spürbar. Dies ermöglichte es Russland, eine wichtige und manchmal entscheidende Rolle auf der internationalen Bühne zu spielen.

Hauptrichtungen der Außenpolitik Russlands.

Sie wurden bereits im XVIII. Jahrhundert definiert, als es begann, sich zu einem riesigen eurasischen Reich zu entwickeln.

Im Westen war Russland aktiv an europäischen Angelegenheiten beteiligt. In den ersten anderthalb Jahrzehnten des XIX. Jahrhunderts war die Umsetzung der westlichen Richtung mit dem Kampf gegen die Aggression Napoleons verbunden. Nach 1815 wurde die Hauptaufgabe der russischen Außenpolitik in Europa die Aufrechterhaltung des alten monarchischen Regimes und der Kampf gegen die revolutionäre Bewegung. Alexander I. und Nikolaus I. setzten auf die konservativsten Kräfte und verließen sich meist auf Bündnisse mit Österreich und Preußen. 1849 half Nikolaus dem österreichischen Kaiser, die in Ungarn ausgebrochene Revolution zu unterdrücken und die revolutionären Aufstände in den Donaufürstentümern zu ersticken.

Im Süden bestand eine sehr schwierige Beziehung zum Osmanischen Reich und zum Iran. Die Türkei konnte sich mit der russischen Eroberung der Schwarzmeerküste am Ende des XVIII. Jahrhunderts und vor allem mit der Angliederung der Krim an Russland nicht abfinden. Der Zugang zum Schwarzen Meer war für Russland von besonderer wirtschaftlicher, defensiver und strategischer Bedeutung. Das wichtigste Problem war es, den günstigsten Modus der Schwarzmeereengen - Bosphorus und Dardanellen - zu gewährleisten. Die freie Passage russischer Handelsschiffe durch sie trug zur wirtschaftlichen Entwicklung und zum Wohlstand der weiten südlichen Regionen des Staates bei. Ausländische Militärschiffe nicht ins Schwarze Meer zu lassen, war auch eine der Aufgaben der russischen Diplomatie. Ein wichtiges Mittel für Russland, sich in die inneren Angelegenheiten der Türken einzumischen, war das Recht, die christlichen Untertanen des Osmanischen Reiches zu schützen (basierend auf den Verträgen von Kjutschuk-Kainardscha und Jassy). Russland nutzte dieses Recht aktiv, zumal die Völker des Balkans in ihm ihren einzigen Verteidiger und Retter sahen.

Im Kaukasus kollidierten die Interessen Russlands mit den Ansprüchen der Türkei

und des Irans auf diese Territorien. Hier versuchte die zaristische Regierung, ihre Besitzungen zu erweitern, die Grenzen in Transkaukasien zu festigen und zu stabilisieren. Eine besondere Rolle spielten die Beziehungen Russlands zu den Völkern des Nordkaukasus, die es vollständig seinem Einfluss zu unterwerfen suchte. Dies war notwendig, um eine freie und sichere Verbindung mit den neu erworbenen Gebieten in Transkaukasien und die solide Einbeziehung der gesamten kaukasischen Region in das russische Reich zu gewährleisten.

Zu diesen traditionellen Richtungen kamen in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts neue hinzu (fernöstliche und amerikanische), die damals noch einen peripheren Charakter hatten. Russland entwickelte Beziehungen zu China und zu den Ländern Nord- und Südamerikas. In der Mitte des Jahrhunderts begann die russische Regierung, praktische Schritte zu unternehmen, um nach Zentralasien vorzudringen.

AUSSENPOLITIK ZU BEGINN DES XIX. JHS.

Der Kampf gegen das napoleonische Frankreich.

Ganz zu Beginn des XIX. Jahrhunderts hielt Russland an der Neutralität in europäischen Angelegenheiten fest. Die aggressiven Pläne Napoleons, der seit 1804 französischer Kaiser war, zwangen Alexander I. jedoch, sich ihm entgegenzustellen. Im Jahr 1805 gab es die 3. Koalition gegen Frankreich: Russland, Österreich und England. Der Ausbruch des Krieges erwies sich für die Alliierten als äußerst unglücklich. Im November 1805 wurden ihre Truppen bei Austerlitz besiegt. Österreich zog sich aus dem Krieg zurück, die Koalition brach zusammen. Russland kämpfte zwar weiterhin allein, versuchte aber, ein neues Bündnis gegen Frankreich zu schmieden. Im Jahr 1806 wurde die 4. Koalition gebildet: Russland, Preußen, England und Schweden. Die französische Armee zwang Preußen jedoch innerhalb weniger Wochen zur Kapitulation. Wieder einmal fand sich Russland allein vor einem gewaltigen und mächtigen Feind wieder. Im Juni 1807 verlor sie die Schlacht von Friedland (Gebiet in Ostpreußen, heute Kaliningrader Gebiet Russlands).

Die russische Armee zog sich über den Fluss Memel zurück, die französischen Truppen kamen an die Grenzen Russlands. Dies zwang Alexander I., Friedensverhandlungen mit Napoleon aufzunehmen.

Im Sommer 1807 unterzeichneten Russland und Frankreich in Tilsit einen Friedensvertrag und anschließend einen Bündnisvertrag. Danach wurde das Herzogtum Warschau aus den von Preußen abgerissenen polnischen Gebieten (die allerdings auf Drängen Alexanders I. als eigenständiger Staat erhalten blieben) unter dem Protektorat Napoleons geschaffen. Dieses Gebiet wurde zum Sprungbrett für die Vorbereitung eines Angriffs auf Russland im Jahr 1812. Der Vertrag von Tilsit verpflichtete Russland, sich der britischen Kontinentalblockade anzuschließen und die politischen Beziehungen zu ihr abzubrechen. Der Abbruch der traditionellen Handelsbeziehungen mit England fügte der russischen Wirtschaft erheblichen Schaden zu und untergrub ihre Finanzen. Der Adel, dessen materieller Wohlstand weitgehend vom Verkauf russischer Agrarprodukte nach England abhing, zeigte sich besonders unzufrieden mit diesem Zustand und mit Alexander I. persönlich. Der Frieden von Tilsit war für Russland unrentabel. Gleichzeitig verschaffte er ihr eine vorübergehende Atempause in Europa, die es ihm ermöglichte, ihre Politik in östlicher

und nordwestlicher Richtung zu intensivieren.

Russlands Kriege mit der Türkei und dem Iran.

Der Russisch-Türkische Krieg von 1806 - 1812 wurde durch den Wunsch Russlands verursacht, seine Position im Nahen Osten zu stärken, die revanchistischen Pläne der Türkei zu stören, die hoffte, einen Teil der Schwarzmeerküste (insbesondere die Krim) zurückzuerobern, und die Serben zu unterstützen, die gegen den Sultan rebellierten. Der Krieg wurde mit wechselndem Erfolg geführt und war langwierig. Nach der Ernennung von M. I. Kutusow zum Kommandeur der Donauarmee im März 1811 aktivierten sich die militärischen Operationen. Die Türken erlitten eine vernichtende Niederlage am rechten (bei Ruschuk) und linken (bei Slobozia) Ufer der Donau. Dies zwang die Porta (die türkische Regierung) zu Friedensverhandlungen.

Im Mai 1812 wurde der Vertrag von Bukarest unterzeichnet.

Bessarabien und ein großer Teil der Schwarzmeerküste des Kaukasus mit der Stadt Suchum waren an Russland übergegangen. Moldawien und die Walachei (die Donaufürstentümer), die im Osmanischen Reich verblieben, erhielten Autonomie. Die Türkei gewährte Serbien eine größere Autonomie als zuvor. Russland wurde zum Garanten für die Umsetzung dieser Vertragsbedingung durch die Porta und unterstützte in der Folge aktiv das serbische Volk.

Der Friedensvertrag von Bukarest war von großer Bedeutung. Er wurde einen Monat vor Napoleons Angriff auf Russland abgeschlossen und machte seine Hoffnungen auf Hilfe durch die türkische Armee zunichte. Der Vertrag erlaubte der russischen Führung, alle Kräfte zu konzentrieren, um Napoleons Aggression abzuwehren. Die Erfolge der russischen Waffen und der Abschluss des Vertrages von Bukarest führten zu einer Schwächung des politischen, wirtschaftlichen und religiösen Jochs des Osmanischen Reiches über die christlichen Völker der Balkanhalbinsel.

Zu Beginn des XIX. Jahrhunderts führten die Konflikte Russlands mit dem Iran und seine Erfolge im Kaukasus zum Russisch-Iranischen Krieg von 1804 - 1813. Zu diesem Zeitpunkt war Georgien bereits freiwillig ein Teil des Russischen Reiches geworden (1801).

Andere christliche Völker des Transkaukasus versuchten ebenfalls, sich mit Russland zu vereinen. Darin sahen sie die einzige Möglichkeit, der Versklavung durch muslimische Staaten zu entkommen.

Der Versuch des Irans, das russische Vordringen in den Transkaukasus zu verhindern, erwies sich als erfolglos.

Während des Krieges wurde es besiegt und Russland eroberte die von muslimischen Völkern bewohnten Gebiete in Nord-Aserbaidschan.

Der Krieg endete mit dem Gulistan-Friedensvertrag von 1813, wonach der Iran die russische Herrschaft über einen Großteil des Transkaukasus, Dagestans und der Westküste des Kaspischen Meeres anerkannte.

Russland erhielt das exklusive Recht, eine Flotte auf dem Kaspischen Meer zu haben. Damit war die erste Etappe des Anschlusses des Kaukasus an das Russische Reich abgeschlossen.

Beitritt Finnlands.

Im Norden Europas wollte Russland schließlich St. Petersburg und die Küste des Bottnischen Meerbusens sichern.

Als Ergebnis des russisch-schwedischen Krieges von 1808 - 1809 wurde Finnland erobert, was die nordwestlichen Grenzen Russlands erheblich stärkte.

Das Großfürstentum Finnland, dessen Oberhaupt der russische Zar war, wurde gegründet. Finnland wurde als autonomer Staat, der nach eigenen Gesetzen regiert wurde, mit eigener Staatskasse und eigenem Sejm (Parlament) Teil von Russland. (Finnland trennte sich im Dezember 1917 von Russland)

So stärkte Russland zu Beginn des XIX. Jahrhunderts, nachdem es gescheitert war, Napoleons Frankreich zu besiegen, seine Positionen in anderen außenpolitischen Bereichen und vergrößerte sein Territorium erheblich.

VATERLÄNDISCHER KRIEG 1812.

Ursachen und Art des Krieges.

Der Ausbruch des Vaterländischen Krieges von 1812 wurde durch Napoleons Streben nach Weltherrschaft verursacht. In Europa bewahrten nur Russland und England ihre Unabhängigkeit. Trotz des Vertrages von Tilsit widersetzte sich Russland weiterhin der Expansion der napoleonischen Aggression. Napoleons besondere Verärgerung wurde durch ihre systematische Verletzung der Kontinentalblockade verursacht. Seit 1810 bereiteten sich beide Seiten auf den Krieg vor, als sie die Unvermeidlichkeit eines neuen Zusammenstoßes erkannten. Napoleon überschwemmte das Herzogtum Warschau mit seinen Truppen und errichtete dort Militärdepots. Die Gefahr einer Invasion drohte über Russlands Grenzen. Im Gegenzug erhöhte die russische Regierung die Zahl der Truppen in den westlichen Gouvernements.

Napoleon wurde zum Angreifer. Er begann militärische Aktionen und drang in russisches Gebiet ein. In dieser Hinsicht wurde der Krieg für das russische Volk zu einem Befreiungs- und Vaterländischen Krieg, da nicht nur die reguläre Armee, sondern auch die breite Masse des Volkes daran teilnahm.

Das Kräfteverhältnis.

Napoleon bereitete sich auf den Krieg gegen Russland vor und zog eine bedeutende Armee ein - bis zu 678.000 Soldaten. Sie waren gut bewaffnete und ausgebildete Truppen, abgehärtet in früheren Kriegen. Sie wurden von einer Reihe brillanter Marschälle und Generäle angeführt - L. Davout, L. Berthier, M. Ney, J. Murat, u. a. Sie standen unter dem Kommando von Napoleon Bonaparte, dem berühmtesten Militärführer der damaligen Zeit. Die Schwachstelle seiner Armee war ihre bunte, nationale Zusammensetzung. Deutschen und spanischen, polnischen und portugiesischen, österreichischen und italienischen Soldaten waren die Invasionspläne des französischen Kaisers zutiefst fremd.

Die energischen Kriegsvorbereitungen, die Russland seit 1810 betrieb, hatten ihre Früchte getragen. Sie schafften es, eine für die damalige Zeit moderne Streitmacht zu

schaffen, eine schlagkräftige Artillerie, die, wie sich im Laufe des Krieges herausstellte, den Franzosen überlegen war. Die Truppen wurden von begabten Kommandeuren geführt - M. I. Kutusow, M. B. Barclay de Tolly, P. I. Bagration, A. P. Jermolow, N. N. Rajewski, M. A. Miloradowitsch u. a.

Sie zeichneten sich durch ihre große militärische Erfahrung und persönlichen Mut aus. Der Vorteil der russischen Armee wurde durch die patriotische Begeisterung aller Teile der Bevölkerung, große menschliche Ressourcen, Vorräte an Lebensmitteln und Futtermitteln bestimmt.

In der Anfangsphase des Krieges war die französische Armee der russischen jedoch zahlenmäßig überlegen. Die erste Staffel von Truppen, die nach Russland einmarschierten, zählte 450.000 Menschen, während sich an der Westgrenze etwa 210.000 Russen befanden, die in drei Armeen aufgeteilt waren. Die 1. - unter dem Kommando von M. B. Barclay de Tolly - deckte die Richtung St. Petersburg ab, die 2. - unter dem Kommando von P. I. Bagration - verteidigte das Zentrum Russlands, die 3. - unter dem Kommando von General A. P. Tormassow - befand sich im Süden.

Die Pläne der Parteien.

Napoleon plante, einen großen Teil des russischen Territoriums bis nach Moskau zu erobern und einen neuen Vertrag mit Alexander zu schließen, um Russland zu unterwerfen.

Napoleons strategischer Plan beruhte auf seinen militärischen Erfahrungen, die er in den Kriegen in Europa gesammelt hatte. Er wollte verhindern, dass sich die verstreuten russischen Streitkräfte zusammenschließen und den Ausgang des Krieges in einer oder mehreren Grenzschlachten entscheiden.

Der russische Zar und sein Gefolge beschlossen am Vorabend des Krieges, keine Kompromisse mit Napoleon einzugehen. Im Falle eines erfolgreichen Ausgangs des Zusammenstoßes wollten sie die militärischen Aktionen auf das Territorium Westeuropas verlegen. Im Falle einer Niederlage war Alexander bereit, sich nach Sibirien zurückzuziehen (laut ihm bis nach Kamtschatka), um den Kampf von dort aus fortzusetzen. Russland hatte mehrere militärstrategische Pläne. Einer davon wurde vom preußischen General Phull entwickelt. Es sah die Konzentration des größten Teils der russischen Armee in einem befestigten Lager bei Drissa an der westlichen Dwina vor. Laut Phull gab dies einen Vorteil in der ersten Grenzschlacht. Das Projekt blieb unrealisiert, weil die Lage auf Drissa ungünstig und die Befestigungen schwach waren.

Außerdem zwang das Kräfteverhältnis die russische Führung anfangs zu einer Strategie der aktiven Verteidigung.

Wie der Verlauf des Krieges zeigte, war dies die richtige Entscheidung.

Etappen des Krieges.

Die Geschichte des Vaterländischen Krieges von 1812 wird in zwei Etappen unterteilt. Erstens: vom 12. Juni bis Mitte Oktober - der Rückzug der russischen Armee mit Nachhutgefechten, um den Feind tief in das russische Gebiet zu locken und seinen strategischen Plan zu vereiteln.

Zweitens: von Mitte Oktober bis 25. Dezember - Gegenoffensive der russischen Armee, um den Feind vollständig aus Russland zu vertreiben.

Der Beginn des Krieges.

Am Morgen des 12. Juni 1812 überquerten französische Truppen die Memel und stießen nach Russland vor.

Die 1. und 2. russische Armee zogen sich zurück und wichen der allgemeinen Schlacht aus. Sie lieferten sich harte Nachhutgefechte mit einzelnen Teilen der Franzosen, zermürbten und schwächten den Feind und fügten ihm erhebliche Verluste zu.

Die beiden Hauptaufgaben, denen sich die russischen Truppen gegenüberstehen, waren die Beseitigung der Uneinigkeit (sich nicht einzeln auflösen zu lassen) und die Herstellung der Einstimmigkeit in der Führung der Armee. Die erste Aufgabe wurde am 22. Juli erfüllt, als sich die 1. und 2. Armee bei Smolensk zusammenschlossen. Napoleons ursprünglicher Plan wurde damit vereitelt.

Am 8. August ernannte Alexander M. I. Kutusow zum Oberbefehlshaber der russischen Armee. Dies bedeutete die Lösung des zweiten Problems. Am 17. August übernahm M. I. Kutusow das Kommando über die vereinigten russischen Streitkräfte. Er hat seine Rückzugstaktik nicht geändert. Die Armee und das ganze Land erwarteten jedoch einen entscheidenden Kampf von ihm. Deshalb gab er den Befehl, eine Position für eine allgemeine Schlacht zu suchen.

Sie wurde in der Nähe des Dorfes Borodino gefunden, 124 km von Moskau entfernt.

Die Schlacht von Borodino.

M. I. Kutusow wählte die defensive Taktik und setzte seine Truppen entsprechend ein. Die linke Flanke wurde von der Armee P. I. Bagrations geschützt, bedeckt mit künstlichen Erdbefestigungen - Schanzen.

In der Mitte wurde ein Erdhügel aufgeschüttet, auf dem die Artillerie und die Truppen General N. N. Rajewskis stationiert waren. Die Armee M. B. Barclay de Tollys befand sich auf der rechten Flanke.

Napoleon verfolgte eine offensive Taktik. Er beabsichtigte, die Verteidigungsanlagen der russischen Armee an den Flanken zu durchbrechen, sie zu umzingeln und schließlich zu besiegen.

Das Kräfteverhältnis war fast gleich: die Franzosen hatten 130.000 Mann mit 587 Geschützen, die Russen hatten 110.000 Mann reguläre Streitkräfte, etwa 40.000 Milizen und Kosaken mit 640 Geschützen.

Am frühen Morgen des 26. August starteten die Franzosen einen Angriff auf der linken Flanke. Der Kampf um die Schanze dauerte bis 12 Uhr. Beide Seiten erlitten große Verluste. General P. I. Bagration wurde schwer verwundet. (Er starb ein paar Tage später an seinen Wunden). Die Einnahme der Schanzen brachte den Franzosen keinen großen Vorteil, da sie nicht in der Lage waren, die linke Flanke zu durchbrechen. Die Russen zogen sich geordnet zurück und nahmen eine Stellung in der Nähe der Semyonovsky-Schlucht ein.

Gleichzeitig wurde die Situation in der Mitte, wo Napoleon den Hauptschlag führte,

komplizierter. Um den Truppen von General N. N. Rajewski zu helfen, befahl M. I. Kutusow den Kosaken von M. I. Platow und dem Kavalleriekorps von F. P. Uwarow, einen Überfall in den Rücken der Franzosen durchzuführen.

Das Ablenkungsmanöver, das an sich nicht sehr erfolgreich war, zwang Napoleon, den Angriff auf die Batterie für fast 2 Stunden zu unterbrechen. Dies erlaubte M. I. Kutusow, frische Kräfte in die Mitte zu ziehen. N. N. Rajewskis Batterie wechselte mehrmals den Besitzer und wurde erst um 16 Uhr von den Franzosen gefangen genommen.

Die Einnahme der russischen Festungsanlagen bedeutete für Napoleon nicht den Sieg. Im Gegenteil, der Offensivimpuls der französischen Armee war versiegt. Sie brauchte neue Streitkräfte, aber Napoleon wagte es nicht, seine letzte Reserve einzusetzen - die kaiserliche Garde.

Die Schlacht, die mehr als 12 Stunden dauerte, klang allmählich ab.

Die Verluste waren auf beiden Seiten enorm. Borodino war ein moralischer und politischer Sieg für die Russen: das Kampfpotenzial der russischen Armee blieb erhalten, während das Napoleons erheblich geschwächt wurde. Weit entfernt von Frankreich war es in den endlosen russischen Weiten schwierig, es wiederherzustellen.

Von Moskau bis Malojaroslawez.

Nach Borodino begannen die russischen Truppen, sich nach Moskau zurückzuziehen. Napoleon folgte, strebte aber keine neue Schlacht an.

Am 1. September fand im Dorf Fili ein Militärtrat des russischen Kommandos statt. M. I. Kutusow beschloss, entgegen der allgemeinen Meinung der Generäle, Moskau zu verlassen. Die französische Armee betrat es am 2. September 1812.

M. I. Kutusow, der seine Truppen aus Moskau zurückzog, führte einen originellen Plan aus - das Tarutino-Marschmanöver. Auf dem Rückzug von Moskau entlang der Rjasan-Straße bog die Armee abrupt nach Süden ab und stieß bei Krasnaja Pakhra auf die alte Kaluga-Straße. Dieses Manöver verhinderte zunächst die Einnahme der Gouvernements Kaluga und Tula durch die Franzosen, in denen Munition und Lebensmittel gesammelt worden waren.

Zweitens gelang es M. I. Kutusow, sich von Napoleons Armee zu lösen. Er richtete in Tarutino ein Lager ein, in dem sich die russischen Truppen erholten und das mit frischen regulären Truppen, Milizen, Waffen und Lebensmitteln aufgefüllt wurde.

Die Besetzung Moskaus brachte Napoleon nichts ein. Von seinen Bewohnern verlassen (ein beispielloser Fall in der Geschichte), ging es in Flammen auf. Es gab keine Lebensmittel oder andere Vorräte. Die französische Armee war völlig demoralisiert und verwandelte sich in eine Rotte von Plünderern und Marodeuren. Der Verfall war so stark, dass Napoleon nur zwei Möglichkeiten hatte - entweder sofort Frieden zu schließen oder den Rückzug anzutreten.

Aber alle Friedensvorschläge des französischen Kaisers wurden von M. I. Kutusow und Alexander I. bedingungslos abgelehnt.

Am 7. Oktober verließen die Franzosen Moskau. Napoleon hoffte immer noch, die Russen zu besiegen oder zumindest in die unentwickelten südlichen Regionen vorzudringen, da die Frage der Versorgung der Armee mit Nahrungsmitteln und Futter sehr akut war. Er verlegte seine Truppen nach Kaluga. Am 12. Oktober kam es in der

Nähe von Malojarslawez zu einer weiteren blutigen Schlacht. Wieder einmal konnte keine der beiden Seiten einen entscheidenden Sieg erringen. Die Franzosen wurden jedoch gestoppt und waren gezwungen, sich auf ihrer eigenen, zerstörten Straße nach Smolensk zurückzuziehen.

Vertreibung Napoleons aus Russland.

Der Rückzug der französischen Armee war wie eine ungeordnete Flucht. Er wurde durch die sich entfaltende Partisanenbewegung und die offensiven Aktionen der russischen Truppen beschleunigt.

Die patriotische Begeisterung begann buchstäblich unmittelbar nach dem Einmarsch Napoleons in Russland.

Raub und Plünderungen durch französische Soldaten provozierten den lokalen Widerstand. Aber das war nicht die Hauptsache - das russische Volk konnte sich nicht mit der Anwesenheit von Eindringlingen in seinem Heimatland abfinden. Die Geschichte umfasst die Namen gewöhnlicher Menschen (G. M. Kurin, J. W. Tschetwertakow, W. Koschina), die Partisanenabteilungen organisierten. „Fliegende Trupps“ aus Soldaten der regulären Armee, angeführt von Karriereoffizieren (A. S. Figner, D. W. Dawydow, A. N. Seslawin u. a.) wurden ebenfalls in den Rücken der Franzosen geschickt.

In der letzten Phase des Krieges wählte M. I. Kutusow die Taktik der Parallelverfolgung. Er kümmerte sich um jeden russischen Soldaten und verstand, dass die Kräfte des Feindes von Tag zu Tag abnahmen. Die endgültige Niederlage Napoleons war in der Stadt Borissow geplant. Zu diesem Zweck wurden Truppen aus dem Süden und Nordwesten herangezogen. Schwerer Schaden wurde den Franzosen Anfang November in der Nähe der Stadt Krasny zugefügt, als von den 50.000 Mann der sich zurückziehenden Armee mehr als die Hälfte gefangen genommen oder im Kampf getötet wurde. Aus Angst, umzingelt zu werden, hetzte Napoleon seine Truppen vom 14. - 17. November über den Fluss Beresina. Die Schlacht bei der Überfahrt vollendete die Niederlage der französischen Armee. Napoleon verließ sie und ging heimlich nach Paris. Der Armeebefehl M. I. Kutusows vom 21. Dezember und das Manifest des Zaren vom 25. Dezember 1812 markierten das Ende des Vaterländischen Krieges.

Die Bedeutung des Krieges.

Der Vaterländische Krieg von 1812 ist das größte Ereignis in der russischen Geschichte. In seinem Verlauf wurden das Heldentum, der Mut, der Patriotismus und die selbstlose Liebe aller Gesellschaftsschichten und vor allem der einfachen Menschen für ihr Vaterland anschaulich demonstriert. Der Krieg verursachte jedoch einen erheblichen Schaden in der russischen Wirtschaft, der auf 1 Mrd. Rubel geschätzt wurde. Während der militärischen Operationen wurden etwa 300.000 Menschen getötet. Viele westliche Gebiete wurden verwüstet. All dies hatte enorme Auswirkungen auf die weitere interne Entwicklung Russlands.

Der Auslandsfeldzug der russischen Armee in den Jahren 1813 - 1814.

Die Vertreibung der Franzosen aus Russland bedeutete nicht das Ende des Kampfes mit Napoleon. Er unterwarf immer noch fast ganz Europa und hegte hegemoniale Pläne.

Um seine Sicherheit zu gewährleisten, setzte Russland seine militärischen Aktionen fort und führte die Bewegung zur Befreiung der europäischen Völker von der französischen Herrschaft an.

Im Januar 1813 drangen russische Truppen in das Gebiet von Polen und Preußen ein. Preußen schloss ein Bündnis mit Russland. Ihnen schlossen sich Österreich, England und Schweden an. Im Oktober 1813 fand die Schlacht von Leipzig statt, die als „Völkerschlacht“ in die Geschichte einging, da die Truppen fast aller europäischen Länder von allen Seiten daran teilnahmen. Napoleon wurde besiegt. Dies führte zur Befreiung aller deutschen Staaten.

Im März 1814 fiel Paris.

Napoleon wurde auf die Insel Elba im Mittelmeer verbannt.

Ludwig XVIII. de Bourbon bestieg den französischen Thron.

Der Wiener Kongress.

Von September 1814 - Juni 1815 entschieden die Siegermächte die Frage der Nachkriegsstruktur Europas.

Es war schwierig für die Alliierten, sich untereinander zu einigen, da scharfe Widersprüche auftauchten, hauptsächlich über territoriale Fragen.

Die Arbeit des Kongresses wurde durch die Flucht Napoleons von der Insel Elba und die Wiederherstellung seiner Macht in Frankreich für 100 Tage unterbrochen.

Zusammen haben die europäischen Staaten ihm in der Schlacht von Waterloo im Juni 1815 eine endgültige Niederlage zugefügt.

Napoleon wurde gefangen genommen und nach St. Helena vor der Westküste Afrikas verbannt.

Die Beschlüsse des Wiener Kongresses führten zur Rückkehr der alten Dynastien in Frankreich, Italien, Spanien und anderen Ländern.

Die Beilegung territorialer Streitigkeiten ermöglichte es, die Europakarte neu zu zeichnen. Aus dem größeren Teil der polnischen Ländereien entstand das Königreich Polen, das Teil des Russischen Reiches wurde.

Es entstand das sogenannte „Wiener System“, das eine Veränderung der territorialen und politischen Landkarte Europas, die Erhaltung der adelig-monarchischen Regime und des europäischen Gleichgewichts bedeutete. Dieses System stand nach dem Wiener Kongress im Mittelpunkt der russischen Außenpolitik.

Im März 1815 unterzeichneten Russland, England, Österreich und Preußen ein Abkommen über die Bildung der Vierfachallianz. Ziel war es, die Entscheidungen des Wiener Kongresses umzusetzen, insbesondere in Bezug auf Frankreich. Sein Territorium wurde von den Truppen der Siegermächte besetzt, und es musste eine enorme Entschädigung zahlen.

Die Heilige Allianz.

Im September 1815 unterzeichneten der russische Zar Alexander I., der

österreichische Kaiser Franz und der preußische König Friedrich Wilhelm III. die Akte der Heiligen Allianz.

Der Text, der von Alexander I. verfasst wurde, war religiöser und mystischer Natur und enthielt die Verpflichtung der christlichen Monarchen, sich gegenseitig jede mögliche Hilfe zu leisten. Politische Ziele wurden unter dem religiösen Deckmantel verborgen: die Unterstützung alter monarchischer Dynastien auf der Grundlage des Legitimitätsprinzips (Anerkennung der Rechtmäßigkeit ihrer fortbestehenden Macht), der Kampf gegen revolutionäre Bewegungen in Europa und die Eindämmung vieler Nationen innerhalb künstlicher Staatsgrenzen, die durch die Beschlüsse des Wiener Kongresses geschaffen wurden. Auf den Kongressen der Heiligen Allianz in Aachen (1818) und Troppau (1820) wurde das Legitimationsprinzip um ein neues politisches Prinzip ergänzt, das den Mitgliedern der Allianz das Recht zum bewaffneten Eingreifen in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten gab, um revolutionäre Aufstände in diesen zu unterdrücken (Interventionsprinzip). England war zwar formell nicht Teil der Heiligen Allianz, unterstützte aber faktisch deren konservative internationale Politik. Frankreich wurde 1818 Mitglied der Heiligen Allianz, nachdem es auf seinem Kongress in Aachen (auf Drängen von Zar Alexander I.) beschlossen hatte, die Besatzungstruppen aus seinem Hoheitsgebiet abzuziehen.

Vierfachallianzen und Heilige Allianzen wurden gegründet, weil alle europäischen Regierungen die Notwendigkeit verstanden haben, konzertierte Maßnahmen zur Lösung strittiger Probleme zu ergreifen. Doch die Allianzen dämpften die Widersprüche zwischen den Großmächten nur, beseitigten sie aber nicht. Im Gegenteil, sie vertieften sich, da England und Österreich versuchten, Russlands internationales Prestige und politischen Einfluss zu schwächen, der nach dem Sieg über Napoleon stark zugenommen hatte.

Russland und die Revolutionen in Europa.

In den 20er Jahren des XIX. Jahrhunderts war die Europapolitik der zaristischen Regierung mit dem Wunsch verbunden, sich der Entwicklung revolutionärer Bewegungen entgegenzustellen und Russland vor ihnen abzuschirmen. Die Revolutionen in Spanien, Portugal und einer Reihe italienischer Staaten zwangen die Mitglieder der Heiligen Allianz, ihre Streitkräfte im Kampf gegen sie zu konsolidieren. Die Haltung Alexanders I. zu den revolutionären Ereignissen in Europa wandelte sich allmählich von vorsichtig-erwartungsvoll zu offen-feindlich. Er unterstützte die Idee einer kollektiven Intervention der europäischen Monarchen in die inneren Angelegenheiten Italiens und Spaniens.

Auf den Kongressen der Heiligen Allianz in Troppau, Laibach (1820) und Verona (1822) wurden Beschlüsse über das Recht Österreichs und Frankreichs gefasst, in diesen Ländern militärisch zu intervenieren. Mit Alexanders Zustimmung als Leiter der Heiligen Allianz machte die österreichische Armee mit dem revolutionären Volk in Neapel und Piemont kurzen Prozess, und französische Truppen schlugen die spanische Revolution nieder.

Die Stärkung der reaktionären Linie in der russischen Außenpolitik wurde durch die Änderung der Ansichten des Zaren im Zusammenhang mit europäischen und innenpolitischen Ereignissen bestimmt: die nationale Befreiungsbewegung in Serbien (1813 - 1816), die anti-englischen Aufstände auf den Ionischen Inseln (1819 - 1820), insbesondere der Aufstand des Semjonow-Garderegiments in St. Petersburg (1820)

und die Befreiungsbewegung in Griechenland, die auf dem Territorium Russlands von Mitgliedern der Geheimgesellschaft „Filiki Eteria“ („Gemeinschaft der Freunde“), die 1821 begann und von dem Teilnehmer am Vaterländischen Krieg von 1812, Generalmajor der russischen Armee A. Ypsilantis geführt wurde.

RUSSLANDS POLITIK IN DER OSTFRAGE IN DEN 1820er JAHREN DES XIX. JHS.

In der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts erlebte das Osmanische Reich aufgrund des Aufstiegs der nationalen Befreiungsbewegung der daran beteiligten Völker eine schwierige Krise. Alexander I. und Nikolaus I. wurden in eine schwierige Situation gebracht. Auf der einen Seite hat Russland traditionell seinen Glaubensbrüdern geholfen. Andererseits mussten ihre Herrscher unter Beachtung des Legitimitätsprinzips den türkischen Sultan als legitimen Herrscher ihrer Untertanen unterstützen.

Daher war die Politik Russlands in der Ostfrage widersprüchlich, aber am Ende setzte sich die Linie der Solidarität mit den Völkern des Balkans durch.

Russland und der griechische Aufstand von 1821.

In der ersten Hälfte der 20er Jahre wurden die Griechen, die sich gegen den Sultan auflehnten, mit der totalen Ausrottung bedroht. Zar Alexander und später Nikolaus verstanden die Notwendigkeit, dem griechischen Volk zu helfen. Die russische Öffentlichkeit sympathisierte herzlich mit den Griechen und forderte aktives Handeln der Regierung. Außerdem ist der Sultan in die Donaufürstentümer eingedrungen, was die gegen die russisch-türkischen Vereinbarungen über Moldawien und die Walachei verstieß. Der langwierige Konflikt auf dem Balkan untergrub den russischen Schwarzmeerhandel und behinderte generell die wirtschaftliche Entwicklung der südlichen Regionen des Landes.

Russland übte, zusammen mit anderen europäischen Mächten, diplomatischen Druck auf die Türkei aus.

Sie blieb jedoch unnachgiebig und unterdrückte die Rebellion weiterhin mit äußerster Grausamkeit. In diesem Zusammenhang unterzeichneten Russland, England und Frankreich einen Vertrag, der das Recht Griechenlands auf Autonomie anerkannte. Für den Fall, dass die Türkei sich weigern sollte, sie den Griechen zu gewähren, einigten sich die Mächte auf ein gemeinsames Vorgehen gegen den Sultan. Die Porta blieb hartnäckig. Im Oktober 1827 vernichtete das russisch-englische Geschwader in der Bucht von Navarino die türkische Flotte vollständig. Die russisch-türkischen Beziehungen verschlechterten sich drastisch. Im April 1828 erklärte Russland dem Osmanischen Reich den Krieg.

Der Russisch-Türkische Krieg von 1828 - 1829.

Es kam zu militärischen Operationen im Transkaukasus und auf dem Balkan. Die Türkei war schlechter auf den Krieg vorbereitet als Russland. Im Kaukasus nahmen die Russen die türkischen Festungen Kars und Bayazet (*Doğubeyazıt*) ein. Im Jahr 1829 fügte die russische Armee der türkischen Armee auf dem Balkan eine Reihe von militärischen Niederlagen zu und nahm die Stadt Adrianopel ein, die in der Nähe der türkischen Hauptstadt liegt. Im September 1829 wurde der Friedensvertrag von

Adrianopel unterzeichnet. Bedeutende Gebiete an der Schwarzmeerküste des Kaukasus und ein Teil der zur Türkei gehörenden armenischen Gebiete gingen an Russland über. Eine weitgehende Autonomie für Griechenland wurde garantiert. Im Jahr 1830 wurde ein unabhängiger griechischer Staat gegründet.

Der Russisch-Iranische Krieg von 1826 - 1828.

In den 20er Jahren des XIX. Jahrhunderts bereitete sich der Iran mit der Unterstützung Englands aktiv auf den Krieg mit Russland vor, um die nach dem Gulistan-Friedensvertrag von 1813 verlorenen Gebiete zurückzugewinnen und seinen Einfluss in Transkaukasien wiederherzustellen. Im Jahr 1826 fiel die iranische Armee in Karabach ein. Der iranische Oberkommandierende hatte die Richtung Tiflis gewählt und beabsichtigte, die russische Herrschaft in Transkaukasien mit einem Schlag zu beenden. Jedoch eroberten russische Truppen mit Unterstützung armenischer und georgischer Freiwilligeneinheiten 1827 die Festung von Eriwan (Jerewan), dann Süd-Aserbaidschan und Täbris.

Die Niederlage Irans wurde deutlich.

Im Februar 1828 wurde der Friedensvertrag von Turkmentschai unterzeichnet. Er gliederte Eriwan und Nachitschewan in Russland ein. Im Jahr 1828 wurde die armenische Region gebildet, was den Beginn der Vereinigung des armenischen Volkes markierte.

Als Ergebnis der russisch-türkischen und russisch-iranischen Kriege Ende der 20-er Jahre des XIX. Jahrhunderts wurde die zweite Phase der Annexion des Kaukasus an Russland abgeschlossen. Georgien, Ostarmenien und Nord-Aserbaidschan wurden Teil des Russischen Reiches.

Russland und die Völker des Nordkaukasus.

Der Beitritt des Nordkaukasus zu Russland ist die dritte und komplexeste Etappe der russischen Politik in dieser Region.

Der Nordkaukasus wurde von vielen Völkern mit unterschiedlichen Sprachen, Bräuchen, Gewohnheiten und sozialem Entwicklungsstand bevölkert. Ende des XVIII. bis Anfang des XIX. Jahrhunderts schloss die russische Verwaltung mit den regierenden Stammes- und Gemeindeführern Verträge über deren Eingliederung in das russische Reich. Allerdings war Russlands Macht hier nur nominell: außerhalb der Kontrolle blieben die Gebirgsregionen des Nordkaukasus.

Deshalb stand die russische Regierung nach der Eingliederung eines großen Teils des Transkaukasus und dem Ende der napoleonischen Kriege vor der Aufgabe, die Stabilität zu sichern und die russische Verwaltung im Nordkaukasus zu stärken.

Es war auch notwendig, dem Überfallsystem der Bergvölker, unter dem die Bewohner der Ebene im Kaukasus-Vorland und Georgiens litten, ein Ende zu setzen. Die Überfälle der Bergbewohner waren besonders brutal, es wurde gemordet, geplündert und die Zivilbevölkerung in die Sklaverei getrieben. Gleichzeitig galt es, die Ausbreitung des türkischen und englischen Einflusses in der Kaukasusregion zu verhindern. All diese Faktoren führten zu einer Intensivierung der russischen Politik im Nord- und Nordwestkaukasus.

Die Erreichung dieser Ziele erfolgte auf zwei Wegen: erstens durch Friedensgespräche und den Abschluss neuer Abkommen mit einzelnen Völkern des Nordkaukasus und zweitens durch aktive militärische Operationen gegen die feindlichsten der Bergvölker.

Unter Alexander I. wurde General A. P. Jermolow zum Gouverneur des Kaukasus ernannt und begann, in Tschetschenien und Dagestan einzurücken und Verteidigungslinien und militärische Hochburgen zu errichten. Er führte auch Strafexpeditionen als Antwort auf Überfälle durch Bergbewohnern durch.

Unter A. P. Jermolows Führung verstärkte sich der Widerstand der Bergvölker, der in der religiösen und politischen Bewegung des Muridismus gipfelte. Er implizierte religiösen Fanatismus und unversöhnlichen Kampf gegen „Ungläubige“ (Dschihad). Im Nordkaukasus richtete sich diese Bewegung ausschließlich gegen Russen, was ihr einen nationalistischen Charakter verlieh.

Sie verbreitete sich vor allem in Dagestan und Tschetschenien. Hier wurde ein eigener Staat auf religiöser Basis - Imamat - gebildet. In den Jahren 1829 - 1830 begann zwischen Russland und dem Imamat, das die unversöhnlichsten Bergbewohner vereinte, der sogenannte Kaukasuskrieg.

Im Jahr 1834 wurde Schamil Imam (Staatsoberhaupt). Er schuf eine starke Armee und konzentrierte die administrative, militärische und geistliche Macht in seinen Händen. Unter seiner Führung verschärfte sich im Nordkaukasus der Kampf gegen die Russen. Er wurde mit gemischtem Erfolg etwa 30 Jahre lang fortgesetzt.

In den 40er Jahren gelang es Schamil, die von ihm kontrollierten Gebiete zu erweitern. Er knüpfte Beziehungen zur Türkei und zu England.

Im Kampf gegen das Imamat erlitt Russland erhebliche finanzielle, wirtschaftliche und vor allem menschliche Verluste. Der anhaltende Widerstand untergrub jedoch die Stärke der Bergbewohner. Ende der 50er Jahre des XIX. Jahrhunderts begann die innere Zersetzung des schamilischen Staates. Die Bauernschaft und andere Bevölkerungsschichten, gequält durch Krieg, zahllose militärische Erpressungen und strenge religiöse Einschränkungen, begannen, sich vom Muridismus abzuwenden. Im August 1859 fiel Schamils letzte Zuflucht, der Aul Gunib. Das Imamat hörte auf zu existieren.

In den Jahren 1863 - 1864 besetzten russische Truppen das gesamte Gebiet am Nordhang des Kaukasusgebirges und unterdrückten den Widerstand der Tscherkessen. Der Kaukasuskrieg endete mit der Eingliederung des Nord- und Nordwestkaukasus in das Russische Reich.

Nach dem Anschluss dieser Region sorgte Russland dafür, die innere Situation in dieser Region zu stabilisieren und eine Wiederholung von Ereignissen wie dem Kaukasuskrieg zu verhindern. Zu diesem Zweck versuchten die Behörden, das Wohlergehen der Bevölkerung zu gewährleisten und Spannungen zwischen und innerhalb der Berggemeinden abzubauen. In den 60 - 70er Jahren des XIX. Jahrhunderts wurde eine Bodenreform durchgeführt, die den Bewohnern eigene Landzuteilungen verschaffte. Das entwickelte Steuersystem erlaubte es, die gesammelten finanziellen Mittel ausschließlich für die Bedürfnisse der Region zu verwenden. Ein Teil der Mittel kam aus dem gesamtrussischen Haushalt in den Nordkaukasus. Sklaven und andere abhängige Bevölkerungsgruppen wurden nach und nach befreit. Eine Politik der Alphabetisierung, Bildung und Verbesserung des

kulturellen Niveaus der Bergbewohner wurde konsequent verfolgt.

Die Wirtschaft der Region hat sich deutlich belebt. Es begann der intensive Bau von unbefestigten Straßen und Eisenbahnlinien. Die Landwirtschaft, die Heimindustrie und die Kleinserienproduktion entwickelten sich aktiv. Am Ende des XIX. Jahrhunderts entstand die Rohstoffindustrie. Die ersten Fabriken und Werke entstanden.

Der Nordkaukasus wurde, wie Transkaukasien, nicht zu einer Kolonie des Russischen Reiches gemacht. Er trat ihr gleichberechtigt mit den anderen Völkern bei.

DER KRIMKRIEG VON 1853 - 1856.

Kriegsursachen und Kräfteverhältnis.

Am Krimkrieg waren Russland, das Osmanische Reich, England, Frankreich und Sardinien beteiligt. Jeder von ihnen hatte sein eigenes Kalkül in diesem militärischen Konflikt.

Für Russland war der Modus der Schwarzmeer-Meerestraße von größter Bedeutung. In den 30-er und 40-er Jahren des XIX. Jahrhunderts kämpfte die russische Diplomatie hart um die günstigsten Bedingungen für die Lösung dieser Frage. Im Jahr 1833 wurde der Vertrag von Hünkâr İskelesi mit der Türkei unterzeichnet. Darauf wurden die Meerengen für ausländische Kriegsschiffe geschlossen, und Russland erhielt das Recht, seine Militärschiffe frei durch sie zu führen. In den 40er Jahren des XIX. Jahrhunderts hat sich die Situation geändert. Aufgrund einer Reihe von Abkommen mit europäischen Staaten gerieten die Meerengen erstmals unter internationale Kontrolle und waren für alle Militärflotten gesperrt. Infolgedessen war die russische Flotte im Schwarzen Meer abgesperrt. Russland, das sich auf seine militärische Macht stützte, versuchte, das Problem der Meerengen neu zu lösen, um seine Position im Nahen Osten und auf dem Balkan zu stärken.

Das Osmanische Reich wollte die durch die russisch-türkischen Kriege Anfang des XVIII. und in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts verlorenen Gebiete zurückgewinnen.

England und Frankreich hofften, Russland als Großmacht zu zerschlagen, um es seines Einflusses im Nahen Osten und auf der Balkanhalbinsel zu entziehen.

Der gesamteuropäische Konflikt im Nahen Osten begann 1850, als ein Streit zwischen orthodoxen und katholischen Geistlichen in Palästina darüber ausbrach, wem die Heiligen Stätten in Jerusalem und Bethlehem gehören sollten.

Die orthodoxe Kirche wurde von Russland unterstützt und die katholische Kirche von Frankreich. Der Streit zwischen den Geistlichen entwickelte sich zu einer Konfrontation zwischen den beiden europäischen Staaten. Das Osmanische Reich, zu dem Palästina gehörte, schlug sich auf die Seite Frankreichs. Dies sorgte für große Unzufriedenheit in Russland und bei Zar Nikolaus I. persönlich. Ein Sonderbeauftragter des Zaren, Fürst A. S. Menschikow, wurde nach Konstantinopel geschickt. Er wurde beauftragt, Privilegien für die russisch-orthodoxe Kirche in Palästina und das Patronatsrecht für die

orthodoxen Untertanen der Türkei zu erwirken.

Das Scheitern von A. S. Menschikows Mission war vorherbestimmt. Der Sultan hatte nicht die Absicht, dem russischen Druck nachzugeben, und das trotzige, respektlose Verhalten seines Gesandten verschärfte die Konfliktsituation nur. So wurde ein scheinbar privater, aber für die damalige Zeit angesichts der religiösen Gefühle der Menschen wichtiger Streit um die Heiligen Stätten zum Anlass für den russisch-türkischen und später europäischen Krieg.

Nikolaus I. nahm eine unnachgiebige Position ein und hoffte auf die Macht der Armee und die Unterstützung einiger europäischer Staaten (England, Österreich, u. a.). Aber er hat sich verrechnet. Die russische Armee zählte mehr als 1 Million Männer. Wie sich jedoch im Laufe des Krieges herausstellte, war sie unvollkommen, vor allem in technischer Hinsicht. Ihre Bewaffnung (Gewehre mit glattem Lauf) war der westeuropäischen Armeen unterlegen. Auch die Artillerie war veraltet. Die russische Flotte segelte überwiegend, während die europäischen Seestreitkräfte von Schiffen mit Dampfmaschinen dominiert wurden. Es fehlte an einer gut organisierten Kommunikation. Dies erlaubte es nicht, genügend Munition, Lebensmittel und Arbeitskräfte für militärischen Operationen bereitzustellen. Die russische Armee konnte erfolgreich gegen eine ähnliche türkische Armee kämpfen, aber den vereinten Kräften Europas nicht widerstehen.

Der Verlauf der Kriegshandlungen.

Um die Türkei unter Druck zu setzen, wurden 1853 russische Truppen in Moldawien und der Walachei eingesetzt. Daraufhin erklärte der türkische Sultan im Oktober 1853 Russland den Krieg. Er wurde von England und Frankreich unterstützt. Österreich nahm eine Position der „bewaffneten Neutralität“ ein. Russland befand sich in völliger politischer Isolation.

Die Geschichte des Krimkrieges gliedert sich in zwei Phasen. Die erste: der russisch-türkische Feldzug selbst wurde von November 1853 bis April 1854 mit wechselndem Erfolg durchgeführt. Die zweite (April 1854 - Februar 1856): Russland war gezwungen, gegen die Koalition der europäischen Länder zu kämpfen.

Das wichtigste Ereignis der ersten Etappe - die Schlacht von Sinop (November 1853). Admiral P. S. Nachimow besiegte die türkische Flotte in der Sinop-Bucht und unterdrückte die Küstenbatterien. Dadurch wurden England und Frankreich aktiviert. Sie erklärten Russland den Krieg. Ein anglo-französisches Geschwader erschien in der Ostsee und griff Kronstadt und Sveaborg an. Englische Schiffe fuhren ins Weiße Meer und bombardierten das Solowezki-Kloster. Auch in Kamtschatka fand eine Militärdemonstration statt.

Das Hauptziel des gemeinsamen anglo-französischen Kommandos war die Einnahme der Krim und Sewastopols - der Marinebasis Russlands.

Am 2. September 1854 begannen die Alliierten mit der Anlandung eines Expeditionskorps bei Jewpatorija. Die Schlacht am Fluss Alma im September 1854 wurde von den russischen Truppen verloren. Auf Befehl des Kommandanten A. S. Menschikow passierten sie Sewastopol und zogen sich nach Bachtschissarai zurück. Zur gleichen Zeit bereitete sich die Garnison von Sewastopol, verstärkt durch Matrosen der Schwarzmeerflotte, aktiv auf die Verteidigung vor. Sie wurde von W. A. Kornilow und P. S. Nachimow geleitet.

Im Oktober 1854 belagerten die Alliierten Sewastopol. Die Garnison der Festung zeigte beispielloses Heldentum. Besonders berühmt waren die Admirale W. A. Kornilow, P. S. Nachimow und W. I. Istomin, der Militäringenieur E. I. Totleben, der Generalleutnant der Artillerie S. A. Chruljow, viele Seeleute und Soldaten: I. Schewtschenko, F. Samolatow, P. Koschka u. a.

Der Hauptteil der russischen Armee unternahm Ablenkungsoperationen: die Schlacht von Inkerman (November 1854), der Angriff auf Jewpatorija (Februar 1855), die Schlacht am Schwarzen Fluss (August 1855).

Diese militärischen Aktionen haben den Menschen in Sewastopol nicht geholfen. Im August 1855 begann der endgültige Angriff auf Sewastopol. Nach dem Fall des Malachow-Hügels war die Fortführung der Verteidigung schwierig. Der größte Teil von Sewastopol wurde von den alliierten Truppen besetzt, aber nachdem sie dort nur noch Ruinen vorfanden, kehrten sie zu ihren Stellungen zurück.

Auf dem kaukasischen Kriegsschauplatz entwickelten sich die Feindseligkeiten für Russland erfolgreicher. Die Türkei drang in Transkaukasien ein, erlitt aber eine schwere Niederlage, woraufhin russische Truppen auf ihrem Territorium zu operieren begannen. Im November 1855 fiel die türkische Festung von Kars.

Die extreme Erschöpfung der alliierten Kräfte auf der Krim und russische Erfolge im Kaukasus führten zur Einstellung der Kampfhandlungen. Die Verhandlungen zwischen den Parteien begannen.

Der Pariser Friedensvertrag.

Ende März 1856 wurde der Pariser Friedensvertrag unterzeichnet. Russland erlitt keine nennenswerten territorialen Verluste. Nur der südliche Teil Bessarabiens wurde von ihm abgetrennt. Allerdings verlor es das Patronatsrecht an die Donaufürstentümer und Serbien. Die schwierigste und demütigendste Bedingung war die sogenannte „Neutralisierung“ des Schwarzen Meeres. Russland wurde verboten, Seestreitkräfte, militärische Arsenalen und Festungen am Schwarzen Meer zu haben. Dies war ein schwerer Schlag für die Sicherheit der südlichen Grenzen. Die Rolle Russlands auf dem Balkan und im Nahen Osten wurde auf nichts reduziert.

Die Niederlage im Krimkrieg hatte erhebliche Auswirkungen auf das internationale Kräfteverhältnis und die innere Situation Russlands. Der Krieg zeigte einerseits seine Schwäche, andererseits demonstrierte er den Heldentum und den unerschütterlichen Geist des russischen Volkes. Die Niederlage fasste das traurige Ergebnis der Herrschaft Nikolais zusammen, rüttelte die gesamte russische Gesellschaft auf und zwang die Regierung, sich ernsthaft mit der Reformierung des Staates zu beschäftigen.

Kapitel 21

IDEOLOGISCHER KAMPF UND SOZIALE BEWEGUNG IN RUSSLAND IN DER ERSTEN HÄLFTE DES XIX. JHS.

In der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts hat sich in Russland, wie auch anderswo in der Welt, der ideologische und gesellschaftspolitische Kampf verschärft. Wenn sie jedoch in einer Reihe von Ländern mit dem Sieg bürgerlicher Revolutionen und nationaler Befreiungsbewegungen endete, konnte die herrschende Elite in Russland den Zusammenbruch des bestehenden ökonomischen und gesellschaftspolitischen Systems verhindern.

Das russische soziale Denken war eng mit dem westeuropäischen Denken verwandt und unterschied sich gleichzeitig von ihm. In Westeuropa wurden Theorien geschaffen, um die historische Unvermeidbarkeit und Fortschrittlichkeit des etablierten kapitalistischen Systems aus ökonomischer und moralisch-ethischer Sicht zu beweisen, es wurde nach Wegen gesucht, es zu verbessern, es wurden Lehren entwickelt, die zu seiner Zerstörung führen. Die Situation in Russland entwickelte sich völlig anders.

Es hielt immer noch Autokratie und Leibeigenschaft aufrecht. Ihr Schicksal stand im Mittelpunkt aller gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen. Die Konservativen traten für die Erhaltung und Konsolidierung der bestehenden Ordnung ein, die Liberalen schlugen ihre schrittweise Reform vor (evolutionärer Weg der Entwicklung des Landes), die Radikalen bestanden auf einer radikalen Umgestaltung des gesellschaftspolitischen Systems (revolutionärer Weg). Sie alle waren davon überzeugt, dass ihnen das Wohl und der Wohlstand des Landes am Herzen lag, und sie alle verteidigten ihre Programme und Überzeugungen vehement.

In den fortgeschrittensten Ländern Westeuropas gab es günstigere Bedingungen für die Entwicklung der sozialen Bewegung: Parlamente, politische Organisationen und Parteien, die Möglichkeit, ihre Ideen in der periodischen Presse offen zu äußern. In Russland gab es keine gewählten Vertretungsorgane und keine Pressefreiheit, jede Parteizugehörigkeit war verboten.

Daher gab es in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts noch keine klaren ideologischen und organisatorischen gesellschaftspolitischen Richtungen in Russland. Befürworter unterschiedlicher politischer Konzepte agierten oft innerhalb derselben Organisation oder Bewegung und argumentierten für ihre Sicht der Zukunft des Landes.

Die Vertreter der radikalen Richtung erwiesen sich als aktiver.

Sie waren die ersten, die ein Programm mit Reformen für Russland vorgelegt haben. Bei dem Versuch, es umzusetzen, revoltierten sie, wurden aber besiegt. Wie im Fall von M. M. Speranski, der die Schaffung repräsentativer Institutionen vorschlug, die die Grundlagen der Autokratie und Leibeigenschaft nicht antasten sollten, siegte erneut der Konservatismus. Russland musste den Schock der Niederlage im Krimkrieg überstehen, damit die Regierung gesellschaftspolitische Reformen in Angriff nehmen konnte.

Gründe für den Aufstieg der sozialen Bewegung.

Der Hauptgrund ist das wachsende Verständnis der gesamten Gesellschaft für den Rückstand Russlands gegenüber den fortgeschritteneren westeuropäischen Ländern. Nicht nur der fortschrittlich gesinnte Teil des Adels und der Intelligenz, die sich aus den Vertretern des Bürgertums bildeten, sondern auch Vertreter der höheren Verwaltung (sogar Kaiser Alexander I. und Nikolaus I.) spürten die Notwendigkeit einer

Veränderung.

Ein weiterer Grund für die soziale Bewegung waren Unruhen in der Bevölkerung. Die Unzufriedenheit der Arbeiter zeigte sich in den Auftritten der verschiedenen Bevölkerungsgruppen: der privaten Bauern, der städtischen Armen, der Werktätigen, der militärischen Siedler.

In der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts nahmen die nationalen Unruhen nicht das Massenausmaß an, das für das XVII. – XVIII. Jahrhundert typisch war. Sie förderten jedoch die Herausbildung einer Anti-Leibeigenschafts-Ideologie, zwangen die Regierung, die Repressionen zu verschärfen, die abscheulichsten Aspekte der Leibeigenschaft allmählich aufzuweichen und eine ideologische Rechtfertigung des in Russland bestehenden gesellschaftspolitischen Systems zu schaffen.

Die soziale Bewegung entwickelte sich vor dem Hintergrund des Aufstiegs des Nationalbewusstseins und der Debatte in der Presse über die Zukunft Russlands, seinen Platz in der Weltgeschichte. Die Teilnehmer der sozialen Bewegung waren meist Adelige.

DIE DEKABRISTEN

Die Bewegung der adligen Revolutionäre entstand sowohl durch die inneren Vorgänge in Russland als auch durch die internationalen Ereignisse im ersten Viertel des XIX. Jahrhunderts.

Ursachen und Art der Bewegung.

Der Hauptgrund ist die Einsicht der besten Vertreter des Adels, dass die Erhaltung der Leibeigenschaft und der Autokratie für das weitere Schicksal des Landes ruinös ist. Das bestehende System verschlimmerte den Rückstand Russlands gegenüber den entwickelten europäischen Ländern, behinderte die Modernisierung der Wirtschaft und verursachte unweigerlich soziale Unruhen. Der Sklavenzustand des Großteils der Bevölkerung war demütigend für das Land.

Nicht weniger wichtig war die Enttäuschung, der Verlust der Illusionen über den Liberalismus Alexanders I.

In den Jahren 1815-1825 verfolgte er eine reaktionäre Innen- und Außenpolitik und schuf mit Hilfe von A. A. Araktschejew ein Militär-Polizei-Regime in Russland.

Der Vaterländische Krieg von 1812 und die Präsenz der russischen Armee in Europa in den Jahren 1813 - 1815 wurden zu einem starken treibenden Faktor. Die zukünftigen Dekabristen nannten sich „Kinder vom Jahr 12“. Sie erkannten, dass die Menschen, die Russland aus der Versklavung gerettet und Europa von Napoleon befreit hatten, ein besseres Schicksal verdient hatten. Die Vertrautheit mit der europäischen Realität überzeugte den führenden Teil des Adels, dass die Leibeigenschaft der russischen Bauernschaft geändert werden musste.

Sie schöpften ihre Hauptideen aus den Werken der französischen Aufklärer, die die Sinnlosigkeit der Aufrechterhaltung von Feudalismus und Absolutismus umfassend aufgezeigt hatten.

Die Ideologie der adligen Revolutionäre wurde auch auf dem heimischen Boden geformt, da viele Staatsmänner und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bereits

Ende des XVIII. - Anfang des XIX. Jahrhunderts die Leibeigenschaft anprangerten.

Die internationale Situation trug auch zur Bildung einer revolutionären Perspektive unter einigen russischen Adligen bei. In der bildlichen Formulierung von P. I. Pestel, einem der radikalsten Führer der Geheimgesellschaften, machte der Geist der Verwandlung „die Köpfe überall brodeln“. „Auf jeder Post gibt es eine Revolution“, sagte er in Anspielung auf den Empfang von Informationen über die revolutionäre und nationale Befreiungsbewegung in Europa und Lateinamerika in Russland. Die Ideologie der europäischen und russischen Revolutionäre, ihre Strategie und Taktik waren weitgehend identisch. Deshalb steht der Aufstand in Russland im Jahr 1825 auf einer Stufe mit den gesamteuropäischen revolutionären Prozessen. Die russische soziale Bewegung hatte jedoch ihre eigenen Besonderheiten. Sie drückte sich darin aus, dass es in Russland faktisch keine Bourgeoisie gab, die in der Lage war, für ihre Interessen und für eine demokratische Reform zu kämpfen. Die breite Masse des Volkes war unwissend, ungebildet und erschlagen.

Sie haben sich ihre monarchistischen Illusionen und ihre politische Trägheit lange bewahrt. Daher nahm zu Beginn des XIX. Jahrhunderts die revolutionäre Ideologie und das Verständnis für die Notwendigkeit einer Modernisierung des Landes ausschließlich aus dem fortgeschrittenen Teil des Adels, der sich den Interessen ihrer Klasse widersetzte, Gestalt an. Der Kreis der Revolutionäre war äußerst begrenzt - hauptsächlich Vertreter des Hochadels und des privilegierten Offizierskorps.

Sie kämpften gegen Autokratie und Leibeigenschaft und verteidigten unbewusst den bürgerlichen Entwicklungsweg. Daher hatte ihre Bewegung einen objektiv bürgerlichen Charakter.

Die ersten politischen Organisationen.

Ihnen gingen die Geheimgesellschaften voraus, die in Russland an der Wende des XVIII. – XIX. Jahrhunderts erschienen. Sie hatten freimaurerischen Charakter, und ihre Mitglieder teilten hauptsächlich eine liberal-aufklärerische Ideologie. In den Jahren 1811 - 1812 war der von N. N. Murawjow gegründete „Tschoka“-Kreis (*Die Heilige Genossenschaft*) mit 7 Mitgliedern aktiv. In einem Anfall von jugendlichem Idealismus träumten die Mitglieder von der Gründung einer Republik auf der Insel Sachalin. Nach dem Vaterländischen Krieg von 1812 existierten geheime Organisationen in Form von Offiziersverbänden, Gruppen von jungen Männern, die durch Familien- und Freundschaftsbande verbunden waren. 1814 gründete N. N. Murawjow in St. Petersburg das „Heilige Artel“. Bekannt ist auch der „Orden der russischen Ritter“, gegründet von M. F. Orlow. Diese Organisationen traten zwar nicht aktiv in Aktion, waren aber von großer Bedeutung, da sie die Ideen und Ansichten der zukünftigen Führer der Bewegung formten.

Im Februar 1816, nach der Rückkehr des größten Teils der russischen Armee aus Europa, entstand in St. Petersburg ein Geheimbund der zukünftigen Dekabristen - die „Union des Heils“. Ab Februar 1817 nannte sie sich „Gesellschaft der wahren und treuen Söhne des Vaterlandes“. Sie wurde von P. I. Pestel, A. N. Murawjow und S. P. Trubezkoi gegründet. Sie wurden von K. F. Rylejew, I. D. Jakuschkin, M. S. Lunin, S. I. Murawjow-Apostol u. a. unterstützt.

„Die Union des Heils“ war die erste russische politische Organisation, die ein revolutionäres Programm und eine Satzung, „das Statut“, hatte. Es enthielt zwei

Grundideen der Reorganisation der russischen Gesellschaft - Abschaffung der Leibeigenschaft und Abschaffung der Autokratie. Die Leibeigenschaft galt als Schande und Haupthindernis für die fortschrittliche Entwicklung Russlands, und die Autokratie wurde als überholtes politisches System angesehen. Das Dokument sprach von der Notwendigkeit einer Verfassung, die die Rechte der absoluten Macht einschränken würde. Trotz hitziger Debatten und ernsthafter Meinungsverschiedenheiten (einige Mitglieder der Gesellschaft setzten sich leidenschaftlich für eine republikanische Regierungsform ein), hielt die Mehrheit eine konstitutionelle Monarchie für das ideale zukünftige politische System. Dies war der erste Wendepunkt in den Ansichten der Dekabristen. Die Streitigkeiten über diese Frage dauerten bis 1825.

Im Januar 1818 wurde die „Union des Wohlstands“ gegründet, eine ziemlich große Organisation mit etwa 200 Personen. Seine Zusammensetzung blieb überwiegend adelig.

Es waren viele junge Leute darin, das Militär dominierte.

Die Organisatoren und Leiter waren A. N. und N. M. Murawjow, S. I. und M. I.

Murawjow-Apostol, P. I. Pestel, I. D. Jakuschkin, M. S. Lunin u. a.

Der Organisation wurde eine ziemlich klare Struktur gegeben. Gewählt wurden eine Stammverwaltung - das übergeordnete Führungsgremium - und ein Rat (Duma), der die Exekutivgewalt hatte. Lokale Organisationen der „Union des Wohlstands“ erschienen in St. Petersburg, Moskau, Tułschin, Kischinjaw, Tambow und Nischni Nowgorod.

Das Programm und die Satzung der Union wurden „Grünes Buch“ genannt (aufgrund der Farbe des Einbands). Die konspirative Taktik und die Konspirativität der Führungskräfte veranlassten die Entwicklung von zwei Programmteilen. Die erste, die sich auf legale Formen der Tätigkeit bezog, galt für alle Mitglieder der Gesellschaft. Der zweite Teil, der von der Notwendigkeit des Sturzes der Autokratie, der Abschaffung der Leibeigenschaft, der Einführung einer konstitutionellen Herrschaft und vor allem der Durchsetzung dieser Forderungen mit gewaltsamen Mitteln sprach, war denjenigen bekannt, die besonders eingeweiht waren.

Alle Mitglieder der Gesellschaft nahmen an rechtlichen Aktivitäten teil.

Sie versuchten, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Zu diesem Zweck wurden Bildungsorganisationen gegründet, Bücher und literarische Almanache veröffentlicht. Die Mitglieder der Gesellschaft handelten auch durch persönliches Beispiel - sie befreiten ihre Leibeigenen, kauften sie von Grundherren zurück und setzten die begabtesten Bauern frei.

Die Mitglieder der Organisation (vor allem innerhalb der Stammverwaltung) führten heftige Debatten über die zukünftige Ordnung Russlands und die Taktik des revolutionären Umsturzes. Um 1820 begannen die Republikaner zu dominieren. Die Stammverwaltung sah eine Verschwörung mit Unterstützung der Armee als Mittel zur Erreichung des Ziels an. Die Diskussion über taktische Fragen - wann und wie man einen Putsch inszeniert - offenbarte große Meinungsverschiedenheiten zwischen radikalen und gemäßigten Führern. Ereignisse in Russland und Europa (der Aufstand im Semjonowsky-Regiment, die Revolutionen in Spanien und Neapel) inspirierten die Mitglieder zu radikaleren Aktionen.

Die Entschlossensten bestanden darauf, so schnell wie möglich einen Militärputsch vorzubereiten. Die Gemäßigten lehnten dies ab.

Anfang 1821 wurde aufgrund ideologischer und taktischer Differenzen beschlossen, die „Union des Wohlstands“ aufzulösen.

Mit diesem Schritt wollte sich die Führung der Gesellschaft von Verrätern und Spionen befreien, von denen sie nicht ohne Grund glaubte, dass sie die Organisation unterwandern könnten. Eine neue Periode begann, die mit der Gründung neuer Organisationen und der aktiven Vorbereitung revolutionärer Aktionen verbunden war.

Im März 1821 wurde in der Ukraine die Süd-Gesellschaft gegründet. Ihr Gründer und Leiter war P. I. Pestel, ein überzeugter Republikaner, der sich durch einige diktatorische Gebaren auszeichnete.

Zu den Gründern gehörten auch A. P. Juschnewski, N. W. Bassargin, W. P. Iwaschew u. a. Im Jahr 1822 wurde in St. Petersburg die Nord-Gesellschaft gegründet. Seine bekannten Führer waren N. M. Murawjow, K. F. Rylejew, S. P. Trubezkoi, M. S. Lunin. Beide Gesellschaften „dachten nicht anders, als gemeinsam zu handeln“.

Dies waren für ihre Zeit bedeutende politische Organisationen mit gut ausgearbeiteten theoretischen Programmdokumenten.

Konstitutionelle Projekte.

Die wichtigsten diskutierten Projekte waren „Die Verfassung“ von N. M. Murawjow und „Russische Wahrheit“ von P. I. Pestel. „Die Verfassung“ spiegelte die Ansichten des gemäßigten Teils der Dekabristen wider, „Russische Wahrheit“ - den radikalen Teil.

H. M. Murawjow befürwortete eine konstitutionelle Monarchie - ein politisches System, in dem die exekutive Macht dem Zaren gehörte (die erbliche Macht des Zaren wurde für die Kontinuität bewahrt) und die legislative Macht - dem Parlament („Volkswetsche“).

Das Wahlrecht der Bürger wurde durch eine recht hohe Eigentumsqualifikation eingeschränkt. So wurde ein großer Teil der armen Bevölkerung vom politischen Leben des Landes ausgeschlossen.

P. I. Pestel sprach sich vorbehaltlos für das republikanische Staatssystem aus. In seinem Projekt wurde die gesetzgebende Gewalt im Einkammerparlament verankert, und die exekutive Gewalt - in der „Staatsduma“, bestehend aus fünf Personen. Jedes Jahr wurde eines der Mitglieder der „Staatsduma“ zum Präsidenten der Republik. P. I. Pestel proklamierte das Prinzip des allgemeinen Wahlrechts. Nach den Vorstellungen P. I. Pestels sollte in Russland eine parlamentarische Republik mit einer präsidentialen Regierungsform errichtet werden.

Es war eines der fortschrittlichsten politischen Projekte des damaligen Staatssystems.

Bei der Lösung der für Russland wichtigsten Agrar- und Bauernfrage erkannten P. I. Pestel und N. M. Murawjow einstimmig die Notwendigkeit der vollständigen Abschaffung der Leibeigenschaft und der persönlichen Befreiung der Bauern an. Diese Idee zog sich durch alle Programmdokumente der Dekabristen. Allerdings lösten sie die Frage der Zuteilung von Land an die Bauern auf unterschiedliche Weise.

N. M. Murawjow, der das Eigentum des Grundbesitzers für unantastbar hielt, schlug vor, den Bauern ein Gehöft und 2 Desjatinen Ackerland pro Haushalt zu geben.

Dies war eindeutig nicht genug, um eine profitable Bauernwirtschaft zu betreiben.

Nach P. I. Pestel war es notwendig, aus dem Staat, den Klöstern und einem Teil des von den Grundherren konfiszierten Landes einen öffentlichen Fonds zu schaffen, um jedem, der wollte, ein Stück Land zu geben, das für das „Auskommen“, d.h. für den Lebensunterhalt, ausreichte.

So wurde zum ersten Mal in Russland das Prinzip der Landverteilung nach der Arbeitsnorm durchgesetzt, das den Schutz der Bürger vor Armut und Hunger garantierte.

Grundstücke aus dem öffentlichen Fonds waren nicht Gegenstand von Verkauf und Verpfändung. P. I. Pestel lehnte die Idee des Privateigentums an den Produktionsmitteln, einschließlich des Bodens, nicht ab. Daher blieb die Hälfte des Landfonds des Landes, seinem Projekt zufolge, in privatem Besitz. Es konnte gekauft, verkauft und verpfändet werden.

Der Besitz dieses Landes sollte die Rentabilität und Marktfähigkeit des Betriebes sicherstellen.

Das Agrarprojekt von P. I. Pestel verknüpfte Elemente der sozialistischen und kapitalistischen Produktionsweise auf komplizierte Weise.

Beide konstitutionellen Projekte berührten auch andere Aspekte des russischen gesellschaftspolitischen Systems. Sie sahen die Einführung breiter demokratischer Bürgerrechte, die Abschaffung von Klassenprivilegien und erhebliche Erleichterungen für den Militärdienst der Soldaten vor.

N. M. Murawjow schlug eine föderale Struktur des zukünftigen russischen Staates vor, P. I. Pestel bestand auf der Bewahrung des unteilbaren Russlands, in dem alle Völker zu einem verschmelzen sollten.

Im Sommer 1825 einigten sich die Südstaatler auf eine gemeinsame Aktion mit den Führern der Polnischen Patriotischen Gesellschaft. Zur gleichen Zeit schloss sich ihnen die „Gesellschaft der vereinigten Slawen“ an und bildete einen speziellen Slawenrat. Sie alle betrieben aktive Agitation in den Truppen zur Vorbereitung eines Aufstandes im Sommer 1826. Wichtige innenpolitische Ereignisse zwangen sie jedoch, ihre Aktion zu beschleunigen.

Aufstand in St. Petersburg.

Nach dem Tod Zar Alexanders I. entwickelte sich innerhalb eines Monats eine ungewöhnliche Situation im Land - ein Interregnum. In Unkenntnis von Konstantins Abdankung leisteten die höchsten Staatsbeamten und das Heer einen Eid auf ihn. Am 14. Dezember sollten die Mitglieder des Senats den Treueeid auf Nikolaus ablegen. Die Führer der Nord-Gesellschaft beschlossen, dass der Zarenwechsel und eine gewisse Ungewissheit über die Thronfolge einen günstigen Moment für eine Aktion schufen.

Sie entwarfen einen Plan für den Aufstand und legten ihn auf den 14. Dezember fest. Die Verschwörer wollten den Senat zwingen, ihr neues politisches Dokument - das „Manifest an das russische Volk“ - anzunehmen und statt des Eides auf den Zaren den Übergang zur konstitutionellen Herrschaft zu verkünden.

Die Hauptforderungen der Dekabristen wurden im „Manifest“ formuliert: Abschaffung der bisherigen Herrschaft, d.h. der Autokratie; Abschaffung der Leibeigenschaft und Einführung demokratischer Freiheiten.

Viel Aufmerksamkeit wurde der Verbesserung der Situation der Soldaten gewidmet: es wurde die Abschaffung der Wehrpflicht, der körperlichen Züchtigung und des Systems der Militärsiedlungen verkündet. Das „Manifest“ erklärte die Errichtung einer vorübergehenden revolutionären Herrschaft und die Einberufung des Großen Rates aus Vertretern aller Klassen in Russland nach einiger Zeit, um die zukünftige politische Ordnung des Landes zu bestimmen.

Am frühen Morgen des 14. Dezember 1825 begannen die aktivsten Mitglieder der Nord-Gesellschaft in den Truppen von St. Petersburg zu agitieren. Sie beabsichtigten, sie zum Senatsplatz zu bringen und damit die Senatoren zu beeinflussen. Allerdings gingen die Dinge eher langsam voran.

Erst um 11 Uhr vormittags gelang es, das Moskauer Regiment der Leibgarde auf den Senatsplatz zu bringen. Um ein Uhr schlossen sich die Matrosen der Marinegarde und einige andere Teile der St. Petersburger Garnison - etwa 3 Tausend Soldaten und Matrosen, angeführt von Dekabristenoffizieren - den Aufständischen an. Aber auch die weiteren Ereignisse entwickelten sich nicht nach dem festgelegten Plan. Es stellte sich heraus, dass der Senat bereits den Eid auf Zar Nikolaus I. geschworen hatte und die Senatoren nach Hause gegangen waren. Es gab niemanden, der das „Manifest“ vorstellte. S. P. Trubezkoi, der zum Diktator des Aufstandes ernannt wurde, erschien nicht auf dem Platz. Die Aufständischen fanden sich ohne Führung wieder und verdamnten sich zu der sinnlosen Taktik des Abwartens.

Inzwischen hatte Nikolaus seine loyalen Einheiten auf dem Platz versammelt und setzte sie entschlossen ein.

Artillereschüsse lösten die Reihen der Aufständischen auf, die in ungeordneter Flucht versuchten, auf dem Eis der Newa zu entkommen. Der Aufstand in St. Petersburg wurde niedergeschlagen.

Es begannen Verhaftungen von Mitgliedern der Gesellschaft und ihren Sympathisanten.

Aufstand im Süden.

Trotz der Verhaftung einiger Führer der Süd-Gesellschaft und der Nachricht von der Niederlage des Aufstandes in St. Petersburg beschlossen die auf freiem Fuß Gebliebenen, ihre Genossen zu unterstützen. 29. Dezember 1825, S. I. Murawjow-Apostol und M. P. Bestuschew-Rjumin revoltierten gegen das Tschernigow-Regiment. Sie waren von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Untersuchung und Urteil.

Insgesamt waren 545 Personen an der Untersuchung beteiligt, die geheim und hinter verschlossenen Türen durchgeführt wurde. 289 wurden für schuldig befunden.

Nikolaus I. beschloss, die Aufständischen hart zu bestrafen. Fünf Männer - P. I. Pestel, K. F. Rylejew, S. I. Murawjow -Apostol, M. P. Bestuschew-Rjumin und P. G. Kachowski - wurden gehängt. Die anderen wurden, aufgeteilt nach dem Grad ihrer Schuld, zu harter Arbeit geschickt, nach Sibirien verbannt, in den Rang eines Soldaten degradiert und in die aktive Armee in den Kaukasus versetzt. Keiner der bestrafte Dekabristen kehrte zu Nikolaus' Lebzeiten nach Hause zurück. Einige der Soldaten und Matrosen wurden beim Spießrutenlauf geschlagen und nach Sibirien und in den Kaukasus geschickt. Viele Jahre lang war es verboten, den Aufstand in Russland zu erwähnen.

Gründe für die Niederlage und die Bedeutung des Aufstandes der Dekabristen.

Das Festhalten an der Verschwörung und dem Militärputsch, die Schwäche der Propaganda, die Inkonsequenz der Handlungen, die Verzögerungstaktik zur Zeit des Aufstandes – das sind die Hauptgründe für die Niederlage der Dekabristen. Zweifellos war das Scheitern der ersten revolutionären Aktion auf die unzureichende Vorbereitung der Gesellschaft auf die Methoden eines Militärputsches und auf kardinale gesellschaftspolitische Veränderungen zurückzuführen.

Dennoch war der Dekabristenaufstand ein bedeutendes Ereignis in der russischen Geschichte. Sie entwickelten das erste revolutionäre Programm und den Plan für die zukünftige Gestaltung des Landes. Zum ersten Mal gab es einen praktischen Versuch, das gesellschaftspolitische System Russlands zu verändern. Die Ideen und Aktivitäten der Dekabristen hatten einen bedeutenden Einfluss auf nachfolgende Generationen von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

KONSERVATIVE, LIBERALE UND RADIKALE IM ZWEITEN VIERTEL DES XIX. JHS.

Die Niederlage der Dekabristen und die Verstärkung der polizeirepressiven Politik der Regierung führten nicht zu einem Rückgang der sozialen Bewegung. Im Gegenteil, sie wurde noch lebhafter. Verschiedene St. Petersburger und Moskauer Salons (Hausversammlungen von Gleichgesinnten), Kreise von Offizieren und Beamten, höhere Bildungseinrichtungen (vor allem die Moskauer Universität), literarische Zeitschriften: „Moskowiter“, „Europa-Bote“, „Notizen des Vaterlandes“, „Zeitgenosse“ u. a. wurden zu Zentren des öffentlichen Denkens.

In der sozialen Bewegung des zweiten Viertels des XIX. Jahrhunderts begannen sich drei ideologische Richtungen zu trennen: radikal, liberal und konservativ.

Im Gegensatz zur vorherigen Periode verstärkte sich die Aktivität der Konservativen, die die bestehende Ordnung in Russland verteidigten.

Konservative Richtung.

Der Konservatismus in Russland stützte sich auf Theorien, die für die Unantastbarkeit der Autokratie und der Leibeigenschaft argumentierten. Die Idee von der Notwendigkeit der Autokratie als einer eigentümlichen und alten inhärenten Form der politischen Macht in Russland hat ihre Wurzeln in der Periode der Stärkung des russischen Staates. Sie entwickelte und verbesserte sich im Laufe des XVIII. – XIX. Jahrhunderts und passte sich den neuen gesellschaftspolitischen Bedingungen an. Für Russland gewann diese Idee besondere Resonanz, nachdem der Absolutismus in Westeuropa abgeschafft worden war. Anfang des XIX. Jahrhunderts schrieb N. M. Karamsin über die Notwendigkeit, die weise Autokratie zu bewahren, die seiner Meinung nach „Russland gegründet hat und wieder auferstehen ließ“. Die Aktion der Dekabristen verstärkte das konservative öffentliche Denken.

Um die Autokratie ideologisch zu rechtfertigen, schuf der Minister für Volksbildung Graf S. S. Uwarow die Theorie der offiziellen Nationalität.

Sie basierte auf drei Prinzipien: Autokratie, Orthodoxie und Nationalität. In dieser

Theorie brachen sich die Ideen der Aufklärung über die Einheit, die freiwillige Vereinigung der Herrschaft und des Volkes, über die Abwesenheit sozialer Antagonismen in der russischen Gesellschaft.

Die Besonderheit Russlands bestand in der Anerkennung der Autokratie als der einzig möglichen Regierungsform in ihr. Diese Idee wurde für die Konservativen bis zum Zusammenbruch der Autokratie im Jahr 1917 grundlegend.

Die Leibeigenschaft wurde als Segen für das Volk und den Staat angesehen.

Die Konservativen glaubten, dass die Gutsherren väterliche Fürsorge über die Bauern ausübten und auch der Regierung halfen, Ordnung und Ruhe auf dem Lande aufrechtzuerhalten. Nach Ansicht der Konservativen war es notwendig, das Klassensystem zu erhalten und zu stärken, in dem der Adel als Hauptstütze der Autokratie die führende Rolle spielte.

Orthodoxie wurde als eine dem russischen Volk innewohnende tiefe Religiosität und ein Bekenntnis zum orthodoxen Christentum verstanden.

Diese Postulate führten zu der Schlussfolgerung, dass radikale soziale Veränderungen in Russland unmöglich und unnötig waren und dass die Autokratie und die Leibeigenschaft gestärkt werden mussten.

Die Theorie der offiziellen Nationalität und andere Ideen der Konservativen wurden von den Journalisten F. W. Bulgarin und N. I. Gretsch und den Professoren des Moskauer Universitätsabgeordneten M. P. Pogodin und S. P. Schewyrew, entwickelt. Die Theorie der offiziellen Nationalität wurde nicht nur durch die Presse propagiert, sondern auch im Bildungssystem weitgehend umgesetzt.

Liberaler Richtung.

Die Theorie der offiziellen Nationalität provozierte harsche Kritik aus dem liberal gesinnten Teil der Gesellschaft. Die berühmteste war die Rede von P. J. Tschaadajew, der „Philosophische Briefe“ schrieb, in denen er die Autokratie, die Leibeigenschaft und die gesamte offizielle Ideologie kritisierte.

In seinem ersten Brief, der 1836 in der Zeitschrift „Teleskop“ veröffentlicht wurde, leugnete P. J. Tschaadajew die Möglichkeit eines sozialen Fortschritts in Russland, sah weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart des russischen Volkes etwas Erhellendes. Seiner Ansicht nach befand sich Russland, abgeschnitten von Westeuropa, stagnierend in seinen moralischen und religiösen, orthodoxen Dogmen, in einem toten Stillstand. Er sah die Rettung Russlands und seinen Fortschritt in der Nutzung der europäischen Erfahrung, in der Vereinigung der Länder der christlichen Zivilisation zu einer neuen Gemeinschaft, die die geistige Freiheit aller Völker gewährleisten würde.

Die Regierung ging brutal gegen den Autor und den Herausgeber des Briefes vor. P. J. Tschaadajew wurde für unzurechnungsfähig erklärt und unter polizeiliche Überwachung gestellt. Die Zeitschrift „Teleskop“ wurde eingestellt. Ihr Herausgeber, N. I. Nadeschdin, wurde aus Moskau ausgewiesen und es wurde ihm verboten, publizistisch und pädagogisch tätig zu sein.

Die von P. J. Tschaadajew geäußerten Ideen verursachten jedoch eine große gesellschaftliche Resonanz und hatten einen bedeutenden Einfluss auf die weitere Entwicklung des öffentlichen Denkens.

An der Wende der 30 - 40er Jahre des XIX. Jahrhunderts gab es unter den regierungskritischen Liberalen zwei ideologische Strömungen: den Slawophilismus und die Westler.

Die Ideologen der Slawophilen waren Schriftsteller, Philosophen und Publizisten: K. S. und I. S. Aksakow, I. W. und P. W. Kirejewski, A. S. Chomjakow, J. F. Samarin u. a. Die Ideologen der Westler waren Historiker, Juristen, Schriftsteller und Publizisten: T. N. Granowski, K. D. Kawelin, S. M. Solowjow, W. P. Botkin, P. W. Annenkow, I. I. Panajew, W. F. Korsch u. a.

Die Vertreter dieser Strömungen einte der Wunsch, Russland wohlhabend und mächtig unter allen europäischen Mächten zu sehen. Zu diesem Zweck hielten sie es für notwendig, das gesellschaftspolitische System zu ändern, eine konstitutionelle Monarchie zu errichten, die Leibeigenschaft abzuschwächen und sogar abzuschaffen, die Bauern mit kleinen Grundstücken zu versorgen, die Rede- und Gewissensfreiheit einzuführen.

Aus Angst vor revolutionären Umwälzungen glaubten sie, dass die Regierung selbst die notwendigen Reformen durchführen sollte. Gleichzeitig gab es erhebliche Unterschiede in den Ansichten der Slawophilen und der Westler.

Die Slawophilen übertrieben die Besonderheit des historischen Entwicklungsweges Russlands und seiner nationalen Identität. Das kapitalistische System, das sich in Westeuropa etabliert hatte, erschien ihnen pervers und brachte Verarmung der Menschen und Verfall der Sitten.

Indem sie die Geschichte des vorpetrinischen Russlands idealisierten, bestanden sie auf einer Rückkehr zu der Ordnung, als der Semski Sobor die Meinung des Volkes an die Obrigkeit herantrugen, als angeblich patriarchalische Beziehungen zwischen Grundherren und Bauern bestanden. Zugleich erkannten die Slawophilen die Notwendigkeit, Industrie, Handwerk und Handel zu entwickeln.

Eine der grundlegenden Ideen der Slawophilen war, dass die einzig wahre und tief moralische Religion die Orthodoxie ist. Ihrer Meinung nach hat das russische Volk einen besonderen Geist des Kollektivismus im Gegensatz zu Westeuropa, wo der Individualismus vorherrscht. Der Kampf der Slawophilen gegen die Unterwürfigkeit des Westens, ihr Studium der Geschichte der Menschen und des Volkslebens hatte einen großen positiven Einfluss auf die Entwicklung der russischen Kultur.

Die Westler ging von der Prämisse aus, dass sich Russland in Richtung der europäischen Zivilisation entwickeln sollte. Sie kritisierten die Slawophilen scharf dafür, dass sie Russland und den Westen einander gegenüberstellten und dessen Unterschied mit seiner historischen Rückständigkeit erklärten. Die Westler leugneten die besondere Rolle der bäuerlichen Gemeinschaft und glaubten, dass die Regierung sie dem Volk auferlegte, um die Verwaltung und Steuererhebung zu erleichtern. Sie traten für eine breite Aufklärung des Volkes ein, weil sie glaubten, dass dies der einzig wahre Weg zum Erfolg der Modernisierung des gesellschaftspolitischen Systems Russlands sei. Ihre Kritik an der Leibeigenschaft und ihre Forderung nach einer Veränderung der Innenpolitik trugen ebenfalls zur Entwicklung des gesellschaftspolitischen Denkens bei.

Slawophile und Westler legten in den 30 - 50er Jahren des XIX. Jahrhunderts den Grundstein für die liberal-reformistische Strömung in der sozialen Bewegung.

Radikale Richtung.

In der zweiten Hälfte der 20er bis zur ersten Hälfte der 30er Jahre wurden Kreise mit nicht mehr als 20 - 30 Mitgliedern zur charakteristischen Organisationsform der Antiregierungsbewegung. Sie erschienen in Moskau und in den Provinzen, wo die

polizeiliche Überwachung und Spionage nicht so stark war wie in St. Petersburg. Ihre Teilnehmer teilten die Ideologie der Dekabristen und verurteilten die Strafen an ihnen. Zugleich versuchten sie, die Fehler ihrer Vorgänger zu überwinden, verbreiteten freidenkerische Poesie und kritisierten die Regierungspolitik.

Die Werke der dekabristischen Dichter sind weithin bekannt. Ganz Russland las A. S. Puschkins berühmten Brief nach Sibirien und die Antwort der Dekabristen darauf.

Die Moskauer Universität wurde zum Zentrum der Formierung der antifeudalen und antiautokratischen Ideologie (Kreise der Brüder P., M. und W. Kritsky und N. P. Sungurow u. a.). Diese Kreise wirkten nur für kurze Zeit und wuchsen nicht zu Organisationen heran, die einen ernsthaften Einfluss auf die Veränderung der politischen Situation in Russland ausüben konnten. Ihre Mitglieder diskutierten lediglich über Innenpolitik und schmiedeten naive Pläne zur Reformierung des Landes.

Die Regierung ging jedoch brutal gegen die Mitglieder der Kreise vor. Der Student A. Poleschajew wurde für sein freiheitsliebendes Gedicht „Saschka“ von der Universität verwiesen und zur Armee eingezogen. Auf persönlichen Befehl des Zaren wurden einige Mitglieder des Kreises der Brüder Kritsky in der Festung Schlüsselburg und in der Kasematte des Klosters Solowezki inhaftiert, einige wurden aus Moskau vertrieben und unter Aufsicht der Polizei gestellt. Das Gericht verurteilte einige der Mitglieder der „Sungurow-Gesellschaft“ zu Zwangsarbeit, andere zu einer Haftstrafe als Soldaten.

Die Geheimorganisationen der ersten Hälfte der 30er Jahre des XIX. Jahrhunderts waren überwiegend aufklärerischer Natur. Um N. W. Stankewitsch, W. G. Belinski, A. I. Herzen und N. P. Ogarew bildeten sich Gruppen, deren Mitglieder in- und ausländische politische Werke studierten und die neueste westliche Philosophie propagierten.

Die zweite Hälfte der 30er Jahre war geprägt vom Niedergang der sozialen Bewegung durch die Niederschlagung der geheimen Zirkel und die Schließung mehrerer führender Zeitschriften. Viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ließen sich von G. W. F. Hegels philosophischem Postulat „alles Vernünftige ist göltig, alles Wirkliche ist vernünftig“ hinreißen und versuchten auf dieser Grundlage, sich mit der „niederträchtigen“, so W. G. Belinski, russischen Realität zu arrangieren.

In den 40er Jahren des XIX. Jahrhunderts wurde ein neuer Aufstieg in die radikale Richtung skizziert. Er war mit den Aktivitäten von W. G. Belinski, A. I. Herzen, N. P. Ogarew, M. W. Butaschewitsch-Petraschewski u. a. verbunden.

Der Literaturkritiker W. G. Belinski, der den ideologischen Inhalt der rezensierten Werke aufdeckte, förderte bei den Lesern den Hass auf Willkür und Leibeigenschaft, die Liebe zum Volk. Das Ideal des politischen Systems war für ihn eine Gesellschaft, in der „es keine Reichen, keine Armen, keine Zaren, keine Untertanen, sondern Brüder und Menschen geben wird“.

W. G. Belinski stand einigen Ideen der Westler nahe, aber er sah auch die negativen Seiten des europäischen Kapitalismus. Weithin bekannt wurde sein „Brief an Gogol“, in dem er den Schriftsteller für seinen Mystizismus und seine Ablehnung sozialer Kämpfe kritisierte. W. G. Belinski schrieb: „Russland braucht keine Predigten, sondern ein Erwachen des Sinns für die Menschenwürde. Die Zivilisation, die

Aufklärung, die Menschlichkeit sollten das Eigentum des russischen Menschen werden“. Der Brief, der in Hunderten von Exemplaren verbreitet wurde, war wichtig für die Erziehung einer neuen Generation von radikalen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Die Petraschewzen.

Die Wiederbelebung der sozialen Bewegung in den 40er Jahren manifestierte sich in der Schaffung neuer Kreise. Nach dem Namen des Anführers von einem von ihnen, M. W. Butaschewitsch-Petraschewski, wurden ihre Mitglieder Petraschewzen genannt. Zum Kreis gehörten Beamte, Offiziere, Lehrer, Schriftsteller, Publizisten und Übersetzer (F. M. Dostojewski, M. J. Saltykow-Schtschedrin, A. N. Maikow, A. N. Pleschtschew u. a.).

M. W. Petraschewski schuf mit seinen Freunden die erste kollektive Bibliothek, die hauptsächlich aus geisteswissenschaftlichen Werken bestand.

Die Bücher konnten nicht nur von St. Petersburger Bürgern, sondern auch von Bewohnern der Provinzstädte genutzt werden. Um Probleme der russischen Innen- und Außenpolitik sowie der Literatur, Geschichte und Philosophie zu diskutieren, organisierten die Mitglieder des Kreises ihre eigenen Treffen - die berühmten „Freitage“ in St. Petersburg. Um ihre Ansichten weit zu verbreiten, erstellten die Petraschewzen 1845 - 1846 eine Herausgabe des „Taschenwörterbuchs der in die russische Sprache aufgenommenen Fremdwörter“. Darin legten sie die Essenz der europäischen sozialistischen Doktrinen dar, insbesondere die von Ch. Fourier, der einen großen Einfluss auf die Bildung ihrer Weltanschauung hatte.

Die Petraschewzen verurteilten die Autokratie und die Leibeigenschaft scharf. Sie sahen in der Republik ein Ideal politischer Ordnung und skizzierten ein Programm weitreichender demokratischer Reformen. 1848 schuf M. W. Petraschewski das „Projekt zur Befreiung der Bauern“, das eine direkte, unentgeltliche und bedingungslose Freilassung mit der Zuteilung von Land vorschlug, das sie kultivierten. Der radikale Teil der Petraschewzen kam zu dem Schluss, dass ein Aufstand dringend notwendig sei, dessen treibende Kraft die Bauern und Bergbauarbeiter des Urals sein sollten.

Der Kreis von M. W. Petraschewski wurde im April 1849 von der Regierung entdeckt. Mehr als 120 Personen waren an den Ermittlungen beteiligt. Die Kommission bewertete ihre Aktivitäten als „Verschwörung der Ideen“. Trotzdem wurden die Mitglieder des Kreises hart bestraft. Ein Militärgericht verurteilte 21 Menschen zum Tode, aber in letzter Minute wurde die Hinrichtung in unbefristete Zwangsarbeit umgewandelt. (Die Inszenierung der Hinrichtung wird sehr ausdrucksvoll von F. M. Dostojewski in seinem Roman „Der Idiot“ beschrieben).

Die Aktivitäten des M. W. Petraschewski-Kreises legten den Grundstein für die Verbreitung westeuropäischer sozialistischer Ideen in Russland.

A. I. Herzen und die Theorie des kommunalen Sozialismus.

Die Schaffung einer russischen Variante der sozialistischen Theorie ist mit dem Namen von A. I. Herzen verbunden.

Er und sein Freund N. P. Ogarew schworen als Jungen, für eine bessere Zukunft der Menschen zu kämpfen.

Wegen der Teilnahme an einem Studentenzirkel und dem Singen von Liedern mit

„niederträchtigen und boshaften“ Ausdrücken gegen den Zaren wurden sie verhaftet und ins Exil geschickt. In den 30er - 40er Jahren beschäftigte sich A. I. Herzen mit literarischen Tätigkeiten. Seine Werke enthielten die Idee des Kampfes für individuelle Freiheit, ein Protest gegen Gewalt und Willkür. Seine Arbeit wurde von der Polizei genau überwacht. Nachdem er erkannt hatte, dass es in Russland unmöglich war, Redefreiheit zu genießen, ging A. I. Herzen 1847 ins Ausland. In London gründete er die „Freie Russische Druckerei“ (1853), gab 8 Bücher der Sammlung „Polarstern“ heraus, auf deren Titel eine Miniatur mit den Profilen von 5 hingerichteten Dekabristen angebracht war, organisierte zusammen mit N. P. Ogarew die Ausgabe der ersten unzensurierten Zeitung „Kolokol“ (*Glocke*) (1857-1867). Nachfolgende Generationen von Revolutionären sahen den großen Verdienst von A. I. Herzen in der Schaffung einer freien russischen Presse im Ausland.

In seiner Jugend teilte A. I. Herzen viele Ideen der Westler, erkannte die Einheit der historischen Entwicklung Russlands und Westeuropas. Die enge Bekanntschaft mit den europäischen Ordnungen, die Enttäuschung über die Ergebnisse der Revolutionen von 1848 - 1849 überzeugten ihn jedoch, dass die historischen Erfahrungen des Westens für das russische Volk nicht geeignet waren. In diesem Zusammenhang begab er sich auf die Suche nach einer grundlegend neuen, gerechten Gesellschaftsstruktur und schuf die Theorie des kommunalen Sozialismus. Das Ideal der gesellschaftlichen Entwicklung sah A. I. Herzen im Sozialismus, in dem es kein Privateigentum und keine Ausbeutung geben würde. Seiner Meinung nach war der russische Bauer des Privateigentumsinstinkts beraubt und an den öffentlichen Grundbesitz und dessen periodische Umverteilung gewöhnt. In der bäuerlichen Gemeinschaft sah A. I. Herzen eine fertige Zelle des sozialistischen Systems. Daher kam er zu dem Schluss, dass der russische Bauer durchaus bereit für den Sozialismus ist und dass es keine soziale Grundlage für die Entwicklung des Kapitalismus in Russland gibt. Die Frage nach den Wegen des Übergangs zum Sozialismus wurde von A. I. Herzen widersprüchlich gelöst. In einigen Werken schrieb er über die Möglichkeit einer Volksrevolution, in anderen prangerte er gewaltsame Methoden zur Veränderung des Staatssystems an. Die von A. I. Herzen entwickelte Theorie des kommunalen Sozialismus diente weitgehend als ideologische Grundlage für die Aktivitäten der Radikalen der 60er Jahre und der revolutionären Populisten der 70er Jahre des XIX. Jahrhunderts.

Insgesamt war das zweite Viertel des XIX. Jahrhunderts eine Zeit der „äußerlichen Sklaverei“ und der „inneren Befreiung“. Einige schwiegen, verängstigt durch die Repressionen der Regierung. Andere bestanden auf der Erhaltung von Autokratie und Leibeigenschaft. Dritte suchten aktiv nach Wegen, das Land zu erneuern und sein gesellschaftspolitisches System zu verbessern. Die Hauptideen und -richtungen, die in der gesellschaftspolitischen Bewegung der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts entstanden sind, setzten sich in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts mit leichten Veränderungen fort.

Kapitel 22

RUSSISCHE KULTUR IN DER ERSTEN HÄLFTE DES XIX. JHS.

Der außerordentliche Aufstieg der russischen Kultur in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts erlaubte es, diese Zeit als ihr „Goldenes Zeitalter“ zu bezeichnen. Während Russland in der wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Entwicklung hinter den europäischen Ländern zurückblieb, war es ihnen in den kulturellen Leistungen nicht nur ebenbürtig, sondern oft voraus.

Die Entwicklung der russischen Kultur in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts basierte auf den Reformen der vorherigen Zeit. Das Eindringen von Elementen der kapitalistischen Verhältnisse in die Wirtschaft erhöhte den Bedarf an fachmännischen und gebildeten Menschen. Die Städte wurden zu wichtigen kulturellen Zentren. Neue Gesellschaftsschichten wurden in die sozialen Prozesse hineingezogen. Die Kultur entwickelte sich vor dem Hintergrund des wachsenden Nationalbewusstseins des russischen Volkes und hatte in dieser Hinsicht einen ausgeprägten nationalen Charakter. Literatur, Theater, Musik, bildende Kunst wurden durch den Vaterländischen Krieg von 1812 stark beeinflusst.

Die konservativen Tendenzen in der Politik der Zaren Alexander I. und Nikolaus I. hemmten jedoch die Entwicklung der Kultur. Die Regierung kämpfte aktiv gegen die Manifestationen des fortschrittlichen gesellschaftlichen Denkens in Literatur, Journalismus, Theater und Malerei. Sie verhinderte eine breite Volksbildung. Die Leibeigenschaft verhinderte, dass die gesamte Bevölkerung in den Genuss hoher kultureller Leistungen kam. Die kulturellen Ansprüche und Bedürfnisse der Spitze der Gesellschaft unterschieden sich von denen der Menschen, die ihre eigenen kulturellen Traditionen entwickelten.

Aufklärung und Bildung.

Das Bildungsniveau einer Gesellschaft ist einer der Indikatoren für den kulturellen Zustand des Landes. In Russland war es Ende des XVIII. - Anfang des XIX. Jahrhunderts extrem niedrig. Die Bevölkerung und vor allem die Bauernschaft, waren Analphabeten oder Ungebildete. Die Bemühungen der Regierung Alexanders I. zielten daher auf die Schaffung eines Systems der öffentlichen Bildung ab. Es bestand aus: einjährigen Gemeindeschulen, dreiklassigen Kreisschulen und siebenklassigen Gymnasien.

In der Ära Alexanders I. war die Bildung ständelos.

Unter Nikolaus I. nahm es einen geschlossenen Klassencharakter an: Gemeindeschulen für Bauern; Kreisschulen für Kinder von Kaufleuten, Handwerkern und anderen Stadtbewohnern; Gymnasien für Kinder des Adels und der Beamten. Für den Adel wurden zudem spezielle weiterführende Bildungseinrichtungen - Kadettenkorps u. a. - eröffnet.

Nur die gymnasiale Ausbildung oder der Abschluss von speziellen Adelsschulen berechnete zum Eintritt in die Universitäten.

Seit 1811 war das berühmte Lyzeum von Zarskoje Selo zu einer vorbildlichen Bildungseinrichtung geworden. Ihr Lehrprogramm entsprach fast dem einer Universität. Das Lyzeum bildete die Schriftsteller A. S. Puschkin, W. K. Küchelbecker, I. I. Puschtschin, A. A. Delwig, M. J. Saltykow-Schtschedrin aus; Diplomaten A. M. Gortschakow und N. K. de Giers; Minister für öffentliche Bildung D. A. Tolstoi; Publizist N. J. Danilewski u. a.

Das häusliche Bildungssystem war weit verbreitet. Der Schwerpunkt lag auf dem Studium von Fremdsprachen, Literatur, Musik, Malerei und Verhaltensregeln in der Gesellschaft.

In der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts gab es in Russland kein Bildungssystem für Frauen. Nur für adlige Frauen wurden mehrere geschlossene Institute (höhere Bildungsanstalten) eröffnet, nach dem Vorbild des Smolny-Instituts für adlige Jungfrauen. Das Programm war für ein 7 - 8-jähriges Studium konzipiert und umfasste Arithmetik, Volksdichtung, Geschichte, Fremdsprachen, Musik, Tanz und Hauswirtschaft. Zu Beginn des XIX. Jahrhundert wurden in St. Petersburg und Moskau Schulen für Mädchen gegründet, deren Väter den Rang von Oberoffizieren hatten. In den 30er Jahren wurden mehrere Schulen für Töchter von Gardesoldaten und Matrosen des Schwarzen Meeres eröffnet. Dem Großteil der Frauen wurde jedoch die Möglichkeit genommen, überhaupt eine Grundbildung zu erhalten.

Die Regierungspolitik war gegenüber der Grund- und Sekundarschulbildung von konservativen Tendenzen geprägt.

Viele Staatsmänner waren sich des wachsenden Bedarfs an gebildeten oder zumindest lese- und schreibkundigen Menschen bewusst.

Gleichzeitig fürchteten sie eine breite Aufklärung des Volkes. Diese Position wurde vom Chef der Gendarmerie A. Ch. von Benckendorff begründet. „Wir dürfen es mit der Aufklärung nicht zu eilig haben, damit das Volk nicht mit den Monarchen im Kreis ihrer Vorstellungen gleichzieht und dann in die Lockerung ihrer Macht eingreift.“ Unter strenger staatlicher Kontrolle standen alle Programme der Bildungseinrichtungen. Sie waren intensiv mit religiösen Inhalten und Prinzipien gefüllt, die monarchische Gefühle förderten.

Doch auch unter diesen schwierigen Bedingungen entwickelte sich das Hochschulwesen weiter.

Neue Universitäten wurden in Dorpat (heute Tartu), St. Petersburg (auf Basis des Pädagogischen Instituts), Kasan und Charkow eröffnet. Der rechtliche Status der Universitäten wurde durch die Statuten von 1804 und 1835 festgelegt. Letzteres zeigte deutlich die Stärkung der konservativen Linie in der Regierungspolitik.

Die Universitäten verloren ihre Autonomie, und der Anstieg der Studiengebühren traf arme junge Menschen, die nach Wissen strebten, schwer. Für die Ausbildung von qualifiziertem Personal wurden spezielle höhere Bildungseinrichtungen geschaffen: die Medizinisch-chirurgische Akademie, die Technologischen-, Bau- und Bergbauinstitute, die Hohe juristische Schule, das Lasarewski-Institut für orientalische Sprachen u. a.

Universitäten und Institute wurden zu den wichtigsten Zentren, die moderne wissenschaftliche Errungenschaften förderten und die nationale Identität prägten. Öffentliche Vorlesungen von Professoren der Moskauer Universität über nationale und allgemeine Geschichte, Handels- und Naturwissenschaften waren sehr beliebt. Besonders beliebt waren die Vorlesungen zur allgemeinen Geschichte von Professor T. N. Granowski.

Trotz der von der Regierung auferlegten Hindernisse kam es zu einer Demokratisierung der Studentenschaft. Bürgerliche (Menschen aus nicht-adligen Schichten) strebten nach höherer Bildung.

Viele von ihnen bildeten sich selbst weiter und traten in die Reihen der entstehenden russischen Intelligenz ein. Unter ihnen waren der Dichter A. Kolzow, der Publizist N. A. Polewoi, A. W. Nikitenko, ein ehemaliger Leibeigener, der in die Freiheit entlassen wurde und Literaturkritiker und Akademiemitglied der St. Petersburger Akademie der Wissenschaften wurde.

Die Wissenschaft.

Im Gegensatz zum XVIII. Jahrhundert, das durch den Enzyklopädismus der Wissenschaftler geprägt war, begann in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts die Ausdifferenzierung der Wissenschaften, die Trennung von eigenständigen wissenschaftlichen Disziplinen (Natur- und Geisteswissenschaften). Mit der Vertiefung der theoretischen Kenntnisse wurden auch die wissenschaftlichen Entdeckungen von angewandter Bedeutung immer wichtiger und wurden, wenn auch langsam, in das praktische Leben eingeführt.

Die Naturwissenschaften waren geprägt von Versuchen, tiefer in das Verständnis der grundlegenden Naturgesetze einzudringen.

Studien von Philosophen (Physiker und Agrarbiologe M. G. Pawlow, Physiker I. J. Djadkowski) haben einen wesentlichen Beitrag in dieser Richtung geleistet. Der Biologe K. F. Roullier, Professor an der Moskauer Universität, hatte noch vor Darwin die Evolutionstheorie der Tierentwicklung aufgestellt. Der Mathematiker N. I. Lobatschewski schuf 1826, noch vor den modernen Wissenschaftlern, die Theorie der „nicht-euklidischen Geometrie“.

Die Kirche erklärte sie für ketzerisch, während seine Kollegen sie erst in den 60er Jahren des XIX. Jahrhunderts als richtig anerkannten. 1839 wurde der Bau der astronomischen Sternwarte Pulkowo abgeschlossen. Sie war für die damalige Zeit mit modernen Geräten ausgestattet. Geleitet wurde die Sternwarte von dem Astronomen F. G. W. Struve, der die Konzentration von Sternen in der Hauptebene der Milchstraße entdeckte.

In den angewandten Wissenschaften wurden besonders wichtige Entdeckungen in der Elektrotechnik, Mechanik, Biologie und Medizin gemacht. Der Physiker B. S. Jakobi entwickelte 1834 Elektromotoren, die von galvanischen Batterien angetrieben wurden. Der Akademiker W. W. Petrow schuf eine Reihe von originellen physikalischen Instrumenten und initiierte die praktische Anwendung der Elektrizität. P. L. Schilling schuf den ersten aufzeichnenden elektromagnetischen Telegraphen. Vater und Sohn J. A. und M. J. Tscherepanow bauten eine Dampfmaschine und die erste dampfbetriebene Eisenbahn im Ural. Der Chemiker N. N. Sinin entwickelte eine Technologie zur Synthese von Anilin, einer organischen Substanz, die zur Farbfixierung in der Textilindustrie verwendet wird.

P. P. Anossow enthüllte das im Mittelalter verlorene Geheimnis der Herstellung von Damaststahl.

H. I. Pirogow war der erste in der Welt, der damit begann, Operationen unter Äthernästhesie durchzuführen, einem weit verbreiteten antiseptischen Mittel in der militärischen Feldchirurgie. Professor A. M. Filomafitski entwickelte eine Technik zur Untersuchung von Blutelementen unter dem Mikroskop und zusammen mit N. I. Pirogow eine Methode der intravenösen Anästhesie.

Russlands Aufstieg zur eurasischen Großmacht und seine geopolitischen Interessen erforderten eine aktive Forschung nicht nur in den angrenzenden Gebieten, sondern

auch in entfernten Teilen der Erde. Die erste russische Weltexpedition wurde 1803 - 1806 unter dem Kommando von I. F. Krusenstern und J. F. Lissjanski unternommen. Die Expedition ging von Kronstadt nach Kamtschatka und Alaska. Untersucht wurden die Inseln des Pazifiks, die Küste Chinas, die Insel Sachalin und die Halbinsel Kamtschatka. Später sammelte J. F. Lissjanski, der von Hawaii nach Alaska reiste, reichhaltiges geographisches und ethnographisches Material über diese Gebiete. In den Jahren 1819 - 1821 wurde unter der Leitung von F. G. T. von Bellingshausen und M. P. Lasarew eine russische Expedition unternommen, die am 16. Januar 1820 die Antarktis entdeckte.

F. B. von Lütke studierte den Arktischen Ozean und das Gebiet von Kamtschatka. G. I. Newelskoi entdeckte die Mündung des Amur-Flusses, einer Meerenge zwischen Sachalin und dem Festland, und bewies damit, dass Sachalin eine Insel und keine Halbinsel ist, wie bisher angenommen. O. F. von Kotzebue erforschte die Westküste Nordamerikas und Alaska. Nach diesen Expeditionen wurden viele geographische Objekte auf der Weltkarte mit russischen Namen versehen.

Die Geisteswissenschaften haben sich als eigener Zweig herausgebildet und erfolgreich entwickelt. Zu Beginn des XIX. Jahrhunderts. und besonders nach dem Vaterländischen Krieg von 1812 verstärkte sich der Wunsch, die russische Geschichte als wichtiges Element der nationalen Kultur zu lernen. An der Moskauer Universität wurde die Gesellschaft für russische Geschichte und Altertümer gegründet. Eine intensive Suche nach Denkmälern der altrussischen Schrift hat begonnen. Im Jahr 1800 erschien „Das Lied von Igers Feldzug“ (*Igorlied*), das herausragende Denkmal der russischen Literatur des XII. Jahrhunderts. Die Archäographische Kommission begann die Arbeit an der Sammlung und Veröffentlichung von Dokumenten zur russischen Geschichte. Die ersten archäologischen Ausgrabungen auf dem Territorium Russlands begannen.

Im Jahr 1818 erschienen die ersten 8 Bände der „Geschichte des russischen Staates“ von N. M. Karamsin.

Die konservativ-monarchistische Konzeption dieses Werkes rief in der Öffentlichkeit ein gemischtes Echo hervor: die einen (Feudalherren) lobten den Autor, die anderen (zukünftige Dekabristen) verurteilten ihn.

Der 19-jährige A. S. Puschkin antwortete mit einem freundlichen und ironischen Epigramm:

„In seiner „Geschichte“, Eleganz und Einfachheit
Beweisen Sie uns, ohne jede Voreingenommenheit
Die Notwendigkeit der Selbstbeherrschung -
Und den Liebreiz der Peitsche“.

N. M. Karamsin hat mit seinem Werk das Interesse vieler Schriftsteller an der nationalen Geschichte geweckt. Unter seinem Einfluss entstanden „Historische Gedanken“ von K. F. Rylejew, die Tragödie „Boris Godunow“ von A. S. Puschkin, historische Romane von I. I. Laschetschnikow und N. W. Kukolnik.

Die folgenden Generationen von Historikern (K. D. Kawelin, N. A. Polewoi, T. N. Granowski, M. P. Pogodin u. a.) zeichneten sich durch das Bestreben aus, die russische Geschichte neu zu denken, die Muster und Besonderheiten ihrer Entwicklung, ihre Verwandtschaft und Differenz zum westeuropäischen Raum zu verstehen. Gleichzeitig vertiefte sich die Abgrenzung theoretischer und philosophischer Positionen, historische Beobachtungen wurden verwendet, um ihre politischen Ansichten und das Programm

der zukünftigen Struktur Russlands zu untermauern. Ende der 40er Jahre begann S. M. Solowjow, eine führende Persönlichkeit der russischen Geschichtswissenschaft, seine Forschungen. Seine wissenschaftliche Tätigkeit fand hauptsächlich in den 50er - 70er Jahren des XIX. Jahrhunderts statt. Er schuf die 29-bändige „Geschichte Russlands seit den ältesten Zeiten“ und viele andere Werke zu verschiedenen Problemen der russischen Geschichte.

Eine wichtige Aufgabe im Prozess der Bildung der nationalen Kultur war die Entwicklung von Regeln und Normen der russischen literarischen und gesprochenen Sprache. Dies war von besonderer Bedeutung, da viele Adlige weder eine Zeile auf Russisch schreiben noch Bücher in ihrer Muttersprache lesen konnten. Es gab unterschiedliche Meinungen darüber, wie die russische Sprache sein sollte. Einige Gelehrte plädierten für die Bewahrung der für das XVIII. Jahrhundert charakteristischen Archaismen. Einige protestierten gegen die Unterwürfigkeit des Westens und die Verwendung von Fremdwörtern (hauptsächlich Französisch) in der russischen Literatursprache. Die Gründung der Abteilung für russische Literatur an der Moskauer Universität und die Tätigkeit der Gesellschaft der Liebhaber der russischen Literatur waren für die Lösung dieses Problems von großer Bedeutung. Die Entwicklung der Grundlagen der russischen Literatursprache wurde schließlich in den Werken der Schriftsteller N. M. Karamsin, A. S. Puschkin, M. J. Lermontow, N. W. Gogol und anderen realisiert. Der Publizist N. I. Gretsch schrieb eine „Praktische russische Grammatik“.

Aufklärerische Tätigkeit.

Die Verbreitung von Wissen wurde von vielen wissenschaftlichen Gesellschaften erleichtert: der Geografischen, Mineralogischen, Moskauer Gesellschaft der Naturforscher, der oben genannten Gesellschaft für russische Geschichte und Altertümer und der Gesellschaft der Liebhaber der russischen Literatur. Sie veranstalteten öffentliche Vorträge, veröffentlichten Berichte und Mitteilungen über die bedeutendsten Errungenschaften der nationalen Wissenschaft, finanzierten verschiedene Forschungen.

Die Veröffentlichung von Büchern war für die Aufklärung des Volkes von besonderer Bedeutung. Anfang des XIX. Jahrhunderts gab es nur staatliche Druckereien, während sich in den 30er - 40er Jahren das private Verlagswesen ausbreitete.

Es ist vor allem mit dem Namen von A. F. Smirdin verbunden, dem es gelang, die Kosten für Bücher zu senken, die Auflage zu erhöhen und das Buch weithin verfügbar zu machen. Er war nicht nur ein Unternehmer, sondern auch ein renommierter Bildungsverleger.

In der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts belebte sich das Zeitungs- und Zeitschriftengeschäft zusehends.

Neben dem „Sankt Petersburger“ und dem „Moskauer Nachrichten“ erschienen viele private Zeitungen („Die nördliche Biene“, „Literarische Zeitung“ u. a.). Die erste russische gesellschaftspolitische Zeitschrift war die von N. M. Karamsin gegründete „Europa-Bote“. Materialien mit patriotischem Inhalt wurden in der Zeitschrift „Sohn des Vaterlandes“ veröffentlicht. Großer Beliebtheit erfreuten sich in den 30 - 50er Jahren die Literatur- und Kunstzeitschriften „Zeitgenosse“ und „Notizen des Vaterlandes“, an denen W. G. Belinski, A. I. Herzen und andere progressive Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mitarbeiteten.

1814 erschien in St. Petersburg die erste öffentliche Bibliothek, die zum nationalen Magazin wurde.

Später wurden in vielen Provinzstädten öffentliche und kostenpflichtige Bibliotheken eröffnet.

Große private Büchersammlungen, nicht nur in den Häusern der Wohlhabenden, waren keine Seltenheit.

In der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts wurden öffentliche Museen eröffnet, in denen materielle, schriftliche und visuelle Denkmäler von historischem, kulturellem und künstlerischem Wert aufbewahrt wurden.

Es ist bemerkenswert, dass sich das Museumsgeschäft in den Provinzstädten schneller entwickelte: Barnaul, Orenburg, Feodossija, Odessa u. a. Im Jahr 1831 wurde das Rumjanzew-Museum in St. Petersburg gegründet. Es enthielt Bücher, Manuskripte, Münzen und ethnographische Sammlungen. All dies wurde von Graf N. P. Rumjanzew gesammelt und nach seinem Tod dem Staat übergeben. 1861 wurde die Sammlung nach Moskau verlegt und bildete den Grundstock der Rumjanzew-Bibliothek (heute die Russische Staatsbibliothek). Im Jahr 1852 wurde die Kunstsammlung der Eremitage der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Allrussische Industrie- und Landwirtschaftsausstellungen ab Ende der 20er Jahre des XIX. Jahrhunderts trugen auch zur Verbreitung des Wissens bei.

Die Literatur.

Es war die Blütezeit der Literatur, die es ermöglichte, die erste Hälfte des XIX. Jahrhunderts als das „goldene Zeitalter“ der russischen Kultur zu definieren.

Schriftsteller nahmen, die russische Realität widerspiegelnd, unterschiedliche gesellschaftspolitische Positionen ein. Es gab verschiedene künstlerische Stile (Methoden), deren Verfechter gegensätzliche Überzeugungen vertraten. Die Literatur der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts bildete die Grundprinzipien, die ihre weitere Entwicklung bestimmten: Nationalität, hohe humanistische Ideale, Patriotismus und Sinn für nationale Identität, Streben nach sozialer Gerechtigkeit.

Literatur wurde zu einem wichtigen Mittel zur Gestaltung des öffentlichen Bewusstseins.

An der Wende des XVIII. zum XIX. Jahrhundert wich der Klassizismus dem Sentimentalismus. Am Ende seiner Karriere kam der Dichter G. R. Derschawin zu dieser künstlerischen Methode. Der Hauptvertreter des russischen Sentimentalismus war der Schriftsteller und Historiker N. M. Karamsin (Erzählung „Die arme Lisa“, u. a.).

Der russische Sentimentalismus hielt nicht lange an.

Die heroischen Ereignisse des Krieges von 1812 trugen zum Aufkommen der Romantik bei. Sie war sowohl in Russland als auch in anderen europäischen Ländern weit verbreitet. In der russischen Romantik gab es zwei Strömungen. In den Werken von W. A. Schukowski manifestierte sich die „Salon“-Romantik. In seinen Balladen schuf er eine Welt des Volksglaubens, der ritterlichen Legenden, weit entfernt von der Realität. Die Dichter und Schriftsteller der Dekabristen (K. F. Rylejew, W. K. Küchelbecker, A. A. Bestuschew-Marlinski) repräsentierten eine andere Strömung der Romantik. Sie riefen zum Kampf gegen das autokratische und das Leibeigenensystem auf und traten für die Ideale von Freiheit und Dienst am Vaterland ein. Die Romantik hatte einen spürbaren Einfluss auf die frühen Werke von A. S. Puschkin und M. J. Lermontow.

Im zweiten Viertel des XIX. Jahrhunderts begann sich der Realismus in der europäischen Literatur zu etablieren. In Russland wurde A. S. Puschkin sein Gründer. Nach der Entstehung des Romans „Eugen Onegin“ wurde diese künstlerische Methode dominant. Die Werke von M. J. Lermontow, N. W. Gogol, N. A. Nekrassow, I. S. Turgenjew und I. A. Gontscharow zeigten anschaulich die charakteristischen Merkmale des Realismus: wahrheitsgetreue Beschreibung der Realität in ihrer ganzen Vielfalt, Aufmerksamkeit für das einfache Volk, Darstellung der negativen Aspekte des Lebens und tiefe Meditationen über das Schicksal des Vaterlandes und des Volkes.

Große Bedeutung für die Entwicklung der Literatur hatte die Tätigkeit der „starken“ Literaturzeitschriften „Zeitgenosse“ und „Notizen des Vaterlandes“. Gründer des „Zeitgenossen“ war A. S. Puschkin, und ab 1847 wurde er von N. A. Nekrassow und W. G. Belinski geleitet. In den 40er Jahren des XIX. Jahrhunderts versammelte die „Notizen des Vaterlandes“ die talentiertesten Schriftsteller der Zeit um sich - I. S. Turgenew, A. W. Kolzow, N. A. Nekrassow, M. J. Saltykow-Schtschedrin.

In diesen Zeitschriften erschien ein für Russland neues Phänomen - die Literaturkritik. Sie wurden sowohl zu Zentren literarischer Vereinigungen als auch zu Wortführern verschiedener sozialer und politischer Ansichten. Sie spiegelten nicht nur literarische Polemik, sondern auch den ideologischen Kampf wider.

Die Entwicklung der Literatur fand unter schwierigen gesellschaftspolitischen Bedingungen statt. Ihr ständiger Kontakt mit den führenden Strömungen des öffentlichen Denkens zwang die Regierung, restriktive und repressive Maßnahmen gegen Literaten anzuwenden. 1826 ersetzte die Zensururkunde, die von den Zeitgenossen „Gusseisen“ genannt wurde, die vorhergehende (1804), die liberaler war. Jetzt konnte der Zensor nach eigenem Ermessen den Text vernichten und alles entfernen, was ihm für die Autokratie und die Kirche beleidigend erschien. „Die Geschichte unserer Literatur,“ so A. I. Herzen, „ist entweder ein Martyrologium oder ein Register der Straflager.“ A. I. Poleschajew und T. G. Schewtschenko wurden zu den Soldaten geschickt. A. I. Herzen und N. P. Ogarew wurden wegen ihrer ersten literarischen Versuche ins Exil geschickt. A. A. Bestuschew-Marlinski wurde während des Kaukasuskrieges getötet.

Das Theater.

In der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts trat das Theaterleben in Russland in eine neue Phase ein. Es gab verschiedene Arten von Theatern.

Die Leibeigenen-Theater der russischen Adelsfamilien (die Scheremetews, Apraksins, Jussupows u. a.) waren immer noch weit verbreitet.

Es gab nur wenige Staatstheater (Alexandrinski und Mariinski in St. Petersburg, Bolschoi und Maly in Moskau). Sie standen unter der kleinlichen Obhut der Verwaltung, die sich ständig in das Repertoire und die Auswahl der Schauspieler einmischte. Dies hemmte die theatralische Kreativität. Es entstanden private Theater, die von den Behörden entweder erlaubt oder verboten wurden.

Das dramatische Theater entwickelte sich unter dem Einfluss der gleichen Tendenzen wie die Literatur. Es wurde zu Beginn des XIX. Jahrhunderts von Klassizismus und Sentimentalismus dominiert. Später gab es romantische Theaterstücke. Die Werke europäischer (F. Schiller, W. Shakespeare) und einheimischer Autoren wurden

inszeniert. Besonders beliebt war N. W. Kukolnik, der eine Reihe von historischen Theaterstücken schrieb.

Satirische Komödien von D. I. Fonwisin und I. A. Krylow hatten großen Erfolg.

In 30 - 40er Jahren des XIX. Jahrhunderts begannen sich, unter dem Einfluss der Nationalliteratur im theatralischen Repertoire, realistische Traditionen zu etablieren. Die Inszenierung des Theaterstücks „Der Revisor“ von Nikolaj Gogol war ein großes Ereignis im kulturellen Leben Russlands.

Talentierte Schauspieler - W. A. Karatygin, P. S. Motschalow, J. S. Semjonowa u. a. - legten den Grundstein für die russische Theaterschule. Im Maly-Theater, das sich zu realistischen Traditionen bekannte, wurde M. S. Schtschepkin in der Rolle von Famussow („Verstand schafft Leiden“) und des Bürgermeisters („Der Revisor“) berühmt. Er ging als Reformator der Schauspielerei in die Theatergeschichte ein. Im Alexandrinski-Theater schuf A. J. Martynow realistische Bilder von Chlestakow in „Der Revisor“ und Mitrofanuschka in „Der Landjunker“.

Das Ballett.

Die Ballettkunst hatte einen besonderen Platz im kulturellen Leben Russlands. Sie entwickelte sich in engem Zusammenhang und unter dem Einfluss der heimischen Literatur.

Ballete des „reinen Klassizismus“ gehörten der Vergangenheit an. Sie wurden durch sentimentale Melodramen und romantische Inszenierungen ersetzt. Neben Ballettdivertissements, die Opern begleiteten oder eigenständigen Charakter hatten, gehörten auch Ballete zum Repertoire, deren Thematik von der russischen Literatur angeregt wurde („Ruslan und Ljudmila“, „Die Fontäne von Bachtchissarai“ und „Der Gefangene im Kaukasus“ (*Tolstoi*) von A. S. Puschkin). Das Libretto der Ballete verwendete Mythologie, Märchen, Ereignisse aus der realen Geschichte verschiedener Länder.

Seinen Erfolg in Russland verdankt das Ballett dem Choreographen, Pädagogen und Dramatiker Ch. Didelot. Er schuf die Grundlagen des russischen klassischen Balletts, indem er nationale Motive und Traditionen der europäischen Tanzkunst nutzte. Unter seiner Führung glänzte die St. Petersburger Szene mit A. S. Nowizkaja, A. I. Istomina, A. A. Lichutina u. a.

Die Musik.

Die erste Hälfte des XIX. Jahrhunderts eröffnete eine neue Seite in der Geschichte der nationalen Musikkultur.

Die Komponisten versuchten nicht, Entlehnungen bei der deutschen, italienischen und französischen Schule zu machen. Die jahrhundertealte Volkskunst schuf die Grundlage für die Entwicklung der nationalen Musikschule. Die Kombination von Volksmotiven mit Romantik führte zur Entstehung eines besonderen Genres - der russischen Romantik (A. A. Aljabjew, A. J. Warlamow, A. L. Guriljow).

Der Komponist M. I. Glinka nahm in der Geschichte der russischen Musik einen besonderen Platz ein. In seiner Kunst verknüpfte er gekonnt den klassischen Kanon der europäischen Musikkultur mit russischen Volksmelodien.

Die Opern „Ein Leben für den Zaren“ nach dem Libretto von N. W. Kukolnik, „Ruslan und Ljudmila“ nach dem Gedicht von A. S. Puschkin legten den Grundstein für die russische

Opernkunst. Neben Opern schrieb M. I. Glinka auch Romanzen, Etüden, Chöre und Streichquartette. Er war der Gründer aller wichtigen Genres der nationalen klassischen Musik.

Als Realist und Erneuerer führte A. S. Dargomyschski Alltagsszenen und Volksmelodien in seine Werke ein und entwickelte erfolgreich Techniken und Mittel des musikalischen Ausdrucks in seinen Opern „Rusalka“ und „Der steinerne Gast“. Der wichtigste Vertreter der romantischen Strömung in der Musik war der Komponist A. N. Werstowski (Oper „Askolds Grab“).

Malerei und Bildhauerkunst.

Auch die russische bildende Kunst war von Romantik und Realismus geprägt. Die offiziell anerkannte Methode war jedoch der Klassizismus.

Die Akademie der Künste war zu einer konservativen und starren Institution geworden, die jeden Versuch der kreativen Freiheit entmutigte.

Sie verlangte, den Kanon des Klassizismus streng zu befolgen, förderte das Malen von Bildern zu biblischen und mythologischen Themen. Junge talentierte russische Künstler waren mit dem akademischen Rahmen nicht zufrieden. Daher wandten sie sich häufiger als zuvor dem Porträtgenre zu. Ein brillanter Vertreter der Romantik in der Malerei war O. A. Kiprenski, aus dessen Pinsel eine Reihe bemerkenswerter Gemälde stammt. Sein Porträt eines Jungen, das sich eines poetischen Ruhms A. S. Puschkins erwies, ist eines der besten, um ein romantisches Bild zu schaffen.

Der realistische Stil spiegelte sich in den Arbeiten von W. A. Tropinin wider. Er malte auch ein Porträt von A. S. Puschkin. Dem Betrachter wird ein vom Leben gezeichneter, nicht sehr glücklicher Mann präsentiert. Am häufigsten wandte sich W. A. Tropinin dem Bild von Menschen zu („Spitzenklöpplerin“, „Portrait des Sohnes“, u. a.).

Die künstlerische und ideologische Suche des russischen sozialen Denkens, die Erwartung des Wandels, spiegelte sich in den Gemälden von K. P. Brjullow „Der letzte Tag von Pompeji“ und A. A. Iwanow „Erscheinung Christi vor dem Volk“ wider.

In der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts tritt in der russischen Malerei das häusliche Sujet auf. Einer der ersten, der sich daran wandte, war A. G. Wenezianow. Seine Gemälde „Auf dem Ackerland“, „Sacharka“, „Morgen der Gutsherrin“ widmete er der Darstellung von Bauern. Seine Tradition wurde von P. A. Fedotow fortgesetzt. Seine Gemälde sind realistisch, voller satirischem Inhalt, sie entlarven die merkantile Moral, den Lebensstil und die Manieren der oberen Gesellschaftsschicht („Brautwerbung des Majors“, „Der frischer Kavalier“, u. a.). Zeitgenossen verglichen P. A. Fedotow in der Malerei zu Recht mit N. W. Gogol in der Literatur.

An der Wende vom XVIII. zum XIX. Jahrhundert gab es einen Aufschwung der russischen Bildhauerkunst. И. P. Martos schuf das erste Denkmal in Moskau - für K. Minin und D. Poscharski auf dem Roten Platz.

Nach dem Projekt von A. A. Montferrand wurde auf dem Palastplatz vor dem Winterpalast eine 47-Meter-Säule als Denkmal für Alexander I. und als Denkmal zu Ehren des Sieges im Krieg von 1812 errichtet.

B. I. Orlovski sind Denkmäler von M. I. Kutusow und M. B. Barclay de Tolly in St.

Petersburg zuzuordnen.

P. K. Clodt war der Autor von vier Reiterskulpturengruppen auf der Anitschkow-Brücke und einer Reiterstatue von Nikolaus I. F. P. Tolstoi schuf eine Reihe von bemerkenswerten Basrelief und Medaillen, die dem Vaterländischen Krieg von 1812 gewidmet sind.

Architektur und Städtebau.

Die russische Architektur der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts knüpft an die Traditionen des Spätklassizismus an.

Ein charakteristisches Merkmal ist die Bildung von großen Ensembles. Besonders deutlich wird dies in St. Petersburg, wo viele Stadtteile durch ihre Einheit und Harmonie auffallen.

Das Gebäude der Admiralität wurde nach dem Projekt von A. D. Sacharow errichtet. Von ihm aus divergieren die St. Petersburger Alleen.

Der Pfeil der Insel Wassiljewski wurde mit dem Börsengebäude und den Rostrasäulen (Architekt T. de Thomon) geschmückt. Der Newski-Prospekt erhielt seine fertige Form nach dem Bau der Kasaner Kathedrale durch A. N. Woronichin. Nach dem Projekt von A. A. de Montferrand wurde die Isaaskathedrale geschaffen - das höchste Gebäude in Russland zu dieser Zeit. K. I. Rossi beendete die Bildung von St. Petersburger Ensembles mit den Gebäuden des Senats, der Heiligen Synode, des Alexandrinski - Theaters und des Michailowski - Palastes. Das heißt, in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts wurde St. Petersburg ein wahres Meisterwerk der Weltarchitektur.

Moskau, das 1812 niedergebrannt wurde, wurde ebenfalls in den Traditionen des Klassizismus wiederaufgebaut, allerdings in einem kleineren Maßstab als St. Petersburg.

O. I. Bové entwarf das Ensemble des Theaterplatzes und errichtete die Gebäude des Maly- und Bolschoi-Theaters. Ein großes architektonisches Ensemble war der Maneschnaja-Platz mit den Gebäuden der Universität (umgebaut von D. I. Gilardi), der Manege und dem Alexandergarten (Architekt O. I. Bové). Das grandiose Gebäude der Manege wurde zu Ehren des fünften Jahrestages des Sieges über Napoleon errichtet, um die 1817 von dem Feldzug zurückkehrenden Truppen zu beobachten. Später wurde dieses Gebäude für Paraden, landwirtschaftliche und ethnographische Ausstellungen und Musikkonzerte genutzt.

In den 30er Jahren begann der Klassizismus in der Architektur mit seinem Lakonismus, der Strenge der Linien und Formen durch den „Russisch-Byzantinischen Stil“ ersetzt zu werden. K. A. Thon verwandelte das Kremlgebiet durch den Bau des Großen Kremlpalastes und der Rüstkammer.

Nach seinem Projekt im Jahre 1839 wurde die Christ-Erlöser-Kathedrale als Symbol der Befreiung von der französischen Invasion im Jahre 1812 errichtet. (Der Bau wurde erst 1883 fertiggestellt).

Wesentliche Veränderungen haben nur das Zentrum der alten Hauptstadt Russlands betroffen. Im Allgemeinen hat sich sein Aussehen kaum verändert, es blieb aus Holz und archaisch aufgebaut. Auf dem Roten Platz gab es zahlreiche Einkaufspassagen und Geschäfte, die seine Schönheit verdeckten. Die Twerskaja-Straße war gesäumt von Obst- und Gemüsegärten. Hinter der Twerskaja Zastava (im Bereich des heutigen Weißrussischen Bahnhofs) befand sich ein riesiges Feld, auf dem Jäger Hasen jagten. Der Dichter P. A. Wjasemski beschrieb Moskau damals sehr bildlich:

„...es gibt ein Wunder hier - Herrenpaläste
Mit Wappen, in dem das adelige Geschlecht gekrönt ist.
In der Nähe, auf Hühnerbeinen eine Hütte
Und ein Gemüsegarten mit Gurken“.

Nach dem Vorbild beider Hauptstädte wurden auch die Provinzstädte umgestaltet. Dort arbeiteten talentierte Architekten J. N. Popow, W. P. Stassow u. a. Nach dem Projekt von W. P. Stassow wurde in Omsk die Nikolaus-Kosaken-Kathedrale errichtet. In Odessa wurde das Ensemble des Meeresboulevards mit halbrunden, dem Meer zugewandten Gebäuden und in der Mitte mit einem Denkmal für den Herzog von Richelieu, den Begründer und ersten Gouverneur von Odessa, von A. I. Melnikow entworfen.

Vervollständigt wurde das Ensemble durch die majestätische Treppe, die zum Meer führt.

Im Allgemeinen hat Russland in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts beeindruckende kulturelle Erfolge erzielt. Die Werke vieler russischer Schriftsteller, Maler, Bildhauer, Architekten und Komponisten sind für immer im Weltfonds enthalten. Der Prozess der Bildung der russischen Literatursprache und allgemein - der Bildung der nationalen Kultur war abgeschlossen. Die in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts etablierten Traditionen wurden in der folgenden Zeit weiterentwickelt und vervielfältigt.

Kapitel 23

INNENPOLITIK IN RUSSLAND IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES XIX. JHS.

Hauptaufgaben und Ziele.

Bis zur Mitte des XIX. Jahrhunderts zeigte sich deutlich Russlands Rückstand hinter den fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten im wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Bereich. Die internationalen Ereignisse in der Mitte des Jahrhunderts zeigten eine deutliche Abschwächung im außenpolitischen Bereich. Daher war das Hauptziel der Innenpolitik der Regierung in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts das wirtschaftliche und gesellschaftspolitische System Russlands in Einklang mit den Bedürfnissen der Zeit zu bringen. Gleichzeitig war es eine ebenso wichtige Aufgabe, die Alleinherrschaft und die dominante Stellung des Adels zu erhalten.

Die Innenpolitik wurde von vielen Faktoren beeinflusst: fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung (Konsolidierung der kapitalistischen Ordnung), Veränderungen in der Sozialstruktur (Entstehung neuer Klassen und sozialer Schichten), ein kraftvoller Aufstieg der sozialen Bewegung und der Beginn des Kampfes der Arbeiter für die Verbesserung ihrer Situation.

In der russischen Innenpolitik der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts lassen sich drei Stufen unterscheiden.

Erstens: die zweite Hälfte der 50er - Anfang der 60er Jahre - Vorbereitung und Durchführung der Bauernreform.

Zweitens: die 60er - 70er Jahre - die Umsetzung der liberalen Reformen. Drittens: 80 -

90er Jahre - wirtschaftliche Modernisierung, Stärkung der Staatlichkeit und soziale Stabilität durch traditionelle, konservative und administrative Methoden.

AUFHEBUNG DER LEIBEIGENSCHAFT

Voraussetzungen für die Reform.

Die Agrar- und Bauernfrage war in der Mitte des XIX. Jahrhunderts zum akutesten sozialen und politischen Problem in Russland geworden. Unter den europäischen Staaten blieb nur in ihr die Leibeigenschaft erhalten, die die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Entwicklung behinderte. Die Aufrechterhaltung der Leibeigenschaft war den Besonderheiten (dem Wesen) der russischen Autokratie geschuldet, die sich seit der Bildung des russischen Staates und der Stärkung des Absolutismus ausschließlich auf den Adel stützte und daher dessen Interessen berücksichtigen musste.

Viele Staatsmänner und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verstanden, dass die Leibeigenschaft Russland entehrt und es in die Kategorie der rückständigen Staaten zurückversetzt. Ende des XVIII. bis Mitte des XIX. Jahrhunderts wurde in der russischen Öffentlichkeit ständig das Problem der Bauernbefreiung diskutiert.

Es wurde von einigen Abgeordneten der Legislativkommission von 1767 - 1768 erwähnt. (I. Tschuprow, F. Poleschajew, A. D. Maslow, G. Korobjin), Aufklärer (N. I. Nowikow, S. J. Desnitsky), A. N. Radischtschew, die ersten russischen Revolutionäre (Dekabristen), Liberale (Slawophile und Westler), alle radikal gesinnte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Es entstanden verschiedene Projekte, die hauptsächlich von moralischen und ethischen Überlegungen angetrieben wurden.

Sogar die Regierung und die konservativen Kreise blieben nicht fern von der Einsicht in die Notwendigkeit, die Bauernfrage zu lösen (man muss an die Projekte von M. M. Speranski und N. N. Nowossilzew, an die Tätigkeit der geheimen Komitees in der Bauernfrage, an das Dekret über die verpflichteten Bauern 1842 und vor allem an die Reform der Staatsbauern 1837-1841 erinnern).

Die Versuche der Regierung, die Leibeigenschaft aufzuweichen, den Grundherren ein positives Beispiel für den Umgang mit den Bauern zu geben, ihre Beziehungen zu regeln, erwiesen sich jedoch aufgrund des Widerstands der Leibeigenen als unwirksam.

Bis zur Mitte des XIX. Jahrhunderts waren die Voraussetzungen für den Zusammenbruch des Leibeigenensystems endgültig herangereift. Zunächst einmal hat es sich wirtschaftlich überlebt. Die Gutsherrenwirtschaft, die auf der Arbeit von Leibeigenen beruhte, verfiel zunehmend. Dies beunruhigte die Regierung, die riesige Summen ausgeben musste, um die Gutsbesitzer zu unterstützen.

Objektiv gesehen behinderte die Leibeigenschaft auch die industrielle Modernisierung des Landes, da sie die Entstehung eines freien Arbeitsmarktes, die Akkumulation von in die Produktion investiertem Kapital, die Erhöhung der Kaufkraft der Bevölkerung und die Entwicklung des Handels verhinderte.

Die Notwendigkeit, die Leibeigenschaft abzuschaffen, war auch dadurch bedingt, dass die Bauern offen gegen sie protestierten. Insgesamt waren die Anti-Sklaverei-Volksaufstände in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts eher schwach. Unter dem polizeibürokratischen System, das unter Nikolaus I. errichtet wurde, konnten sie sich nicht zu den breiten Bauernbewegungen entwickeln, die Russland im XVII. und XVIII. Jahrhundert erschütterten. In der Mitte des XIX. Jahrhunderts drückte sich die Unzufriedenheit der Bauern mit ihrer Situation in verschiedenen Formen aus: Weigerung, auf dem Grundbesitz zu arbeiten und den Zins zu zahlen, Massenfluchten (vor allem während des Krimkrieges), Brandstiftung auf den Gütern der Grundbesitzer u. a. In Gebieten mit nicht-russischer Bevölkerung nahmen die Unruhen zu. Im Jahre 1857 rebellierten in Georgien 10 Tausend Bauern.

Die Volksbewegung konnte nicht umhin, die Position der Regierung zu beeinflussen. Zar Nikolaus I. musste in seiner Rede auf der Staatsratssitzung im Frühjahr 1842 bitter eingestehen: „Es besteht kein Zweifel, dass die Leibeigenschaft in ihrem jetzigen Zustand ein Übel für alle ist, greifbar und offensichtlich, aber sie jetzt anzutasten, wäre noch ruinöser.“

Diese Aussage enthält den gesamten Kern der internen Politik Nikolaus'. Einerseits besteht ein Verständnis für die Unvollkommenheit des bestehenden Systems, andererseits besteht die berechtigte Befürchtung, dass die Untergrabung einer der Grundlagen zu deren vollständigem Zusammenbruch führen könnte.

Die Niederlage im Krimkrieg war eine besonders wichtige politische Voraussetzung für die Abschaffung der Leibeigenschaft, da sie die Rückständigkeit und Verrottung des sozialpolitischen Systems des Landes demonstrierte. Die neue außenpolitische Situation, die sich nach dem Pariser Frieden entwickelte, zeugte vom Verlust der internationalen Autorität Russlands und drohte, seinen Einfluss in Europa zu verlieren.

Nach 1856 bildete sich in der öffentlichen Meinung endlich ein Verständnis für die wirtschaftliche und politische Notwendigkeit der Abschaffung der Leibeigenschaft. Diese Idee wurde nicht nur von Radikalen und Liberalen, sondern auch von konservativen Persönlichkeiten offen ausgesprochen. Ein markantes Beispiel ist der Wandel der politischen Ansichten von M. P. Pogodin, der in den 40er Jahren das Sprachrohr des Konservatismus war und nach dem Krimkrieg eine starke Kritik am autokratischen Leibeigenensystem übte und dessen Reform forderte.

In liberalen Kreisen wurden zahlreiche Denkschriften über die Abnormität, Unmoral und den wirtschaftlichen Nachteil der Leibeigenschaft ausgearbeitet.

Die berühmteste ist die „Notiz über die Befreiung der Bauern“, zusammengestellt vom Juristen und Historiker K. D. Kawelin. Er schrieb: „Die Leibeigenschaft ist ein Stolperstein für jeden Erfolg und jede Entwicklung Russlands“. Sein Plan sah vor, das Landeigentum der Großgrundbesitzer zu erhalten, kleine Zuteilungen an die Bauern zu übertragen, die Großgrundbesitzer für den Verlust ihrer Arbeiter „gerecht“ zu entschädigen und das Land dem Volk zu geben.

Die bedingungslose Befreiung der Bauern wurde von A. I. Herzen in „Kolokol“, N. G. Tschernyschewski und N. A. Dobroljubow in „Zeitgenosse“ gefordert.

Publizistische Reden von Vertretern verschiedener gesellschaftspolitischer Strömungen in der zweiten Hälfte der 50er Jahre bereiteten die öffentliche Meinung des Landes allmählich darauf vor, die dringende Notwendigkeit der Lösung der Bauernfrage zu erkennen.

Die Abschaffung der Leibeigenschaft war also durch politische, wirtschaftliche, soziale und moralische Voraussetzungen bedingt.

Zar Alexander II. (1855-1881).

Der älteste Sohn Nikolaus I. bestieg am 19. Februar 1855 den russischen Thron. Im Gegensatz zu seinem Vater war er recht gut auf die Regierung vorbereitet. Als Kind erhielt er eine hervorragende Erziehung und Ausbildung.

Sein Erzieher war der Dichter W. A. Schukowski. Der von ihm erstellte „Lehrplan“ des Zarewitschs zielte auf „Erziehung zur Tugend“ ab.

Die von W. A. Schukowski aufgestellten moralischen Grundsätze haben die Persönlichkeit des zukünftigen Zaren stark beeinflusst.

Wie alle russischen Zaren trat Alexander schon in jungen Jahren in den Militärdienst ein und wurde mit 26 Jahren „Vollgeneral“.

Reisen in Russland und Europa haben dazu beigetragen, den Horizont des Erben zu erweitern. Um den Zarewitsch für die Lösung staatlicher Fragen zu gewinnen, führte Nikolaus ihn in den Staatsrat und das Ministerkomitee ein und betraute ihn mit der Leitung der Geheimausschüsse für Bauernangelegenheiten.

So war der 36-jährige Zar praktisch und psychologisch gut vorbereitet, um als erste Person im Staat einer der Initiatoren der Befreiung der Bauern zu werden.

Deshalb ging er als „Befreier“ - Zar in die Geschichte ein.

Nach Angaben des sterbenden Nikolaus I. erhielt Alexander II. „das Kommando nicht in guter Ordnung“. Der Ausgang des Krimkrieges war klar - Russland steuerte auf eine Niederlage zu. Die Gesellschaft, die mit der despotischen und bürokratischen Herrschaft Nikolaus unzufrieden war, suchte nach den Gründen für das Scheitern seiner Außenpolitik. Bauernunruhen wurden häufiger. Die Radikalen intensivierten ihre Aktivität. All dies konnte den neuen Besitzer des Winterpalastes nur veranlassen, über die Richtung seiner Innenpolitik nachzudenken.

Vorbereitung für Reformen.

Zum ersten Mal verkündete der Zar in seiner Rede 1856 vor den Vertretern des Moskauer Adels die Notwendigkeit der Befreiung der Bauern.

Sein berühmter Satz, dass „es besser ist, die Leibeigenschaft von oben abzuschaffen, als zu warten, bis sie von unten von selbst abgeschafft wird“, bedeutete, dass die herrschenden Kreise endlich auf die Idee gekommen waren, dass der Staat reformiert werden musste.

Unter ihnen befanden sich die Mitglieder der zaristischen Familie (Alexanders jüngerer Bruder Großfürst Konstantin Nikolajewitsch, die Tante des Zaren, Großfürstin Elena Pawlowna) sowie einige Vertreter der höheren Bürokratie (Innenminister S. S. Lanskoi, der stellvertretende Innenminister N. A. Miljutin, Generaladjutant Graf J. I. Rostowzew), Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (Fürst W. A. Tscherkasski, J. F. Samarin), die eine herausragende Rolle bei der Vorbereitung und Umsetzung der Reform gespielt haben.

Zuerst wurden die Projekte der Bauernbefreiung im Geheimkomitee, traditionell für

Russland, entwickelt, das 1857 geschaffen wurde, „um die Maßnahmen zur Gestaltung des Lebens der Bauern der Gutsbesitzer zu besprechen“. Die Unzufriedenheit des Adels, beunruhigt durch Gerüchte über die mögliche Abschaffung der Leibeigenschaft, und die Langsamkeit des Geheimkomitees brachten Alexander II. jedoch auf die Idee, ein neues Gremium zu gründen, das unter den Bedingungen einer größeren Öffentlichkeit eine Reform vorbereiten sollte. Er beauftragte seinen Jugendfreund und Generalgouverneur W. I. Nasimow, sich im Namen des livländischen Adels an den Zaren zu wenden mit der Bitte, Kommissionen zur Ausarbeitung einer Reform einzusetzen.

Als Antwort auf die Berufung folgte am 20. November 1857 ein Dekret (Reskript an W. I. Nasimow) über die Bildung der Gouvernementskomitees „um das Leben der Bauern der Gutsbesitzer zu verbessern“. Bald erhielten andere Generalgouverneure ähnliche Befehle.

Das Reskript an W. I. Nasimow gilt als der Beginn der offiziellen und offenen Geschichte der Vorbereitung der Bauernreform. Im Februar 1858 wurde das Geheimkomitee in das Hauptkomitee für Bauernangelegenheiten umgewandelt.

Seine Aufgabe war es, eine allgemeine Regierungslinie für die Befreiung der Bauern auszuarbeiten.

Die Umbenennung bedeutete eine entscheidende Veränderung in der Natur der Aktivitäten des Komitees - sie hörten auf, geheim zu sein.

Die Regierung erlaubte die Diskussion von Reformentwürfen und befahl darüber hinaus dem Adel, die Initiative zur Lösung der Bauernfrage zu ergreifen. Indem die Regierung die Vorbereitung der Reform in die Hände der Gutsbesitzer legte, zwang sie diese einerseits tatsächlich, sich mit dieser Frage zu befassen, und lud sie andererseits ein, die maximale Befriedigung ihrer eigenen Interessen selbst sicherzustellen. Damit war die Frage nach der Verbindung von Regierungspolitik und den Wünschen der herrschenden Klasse gelöst. Die Bauern waren von der Diskussion des Reformprojekts ausgeschlossen, da in den Gouvernementskomitees nur der Adel vertreten war.

Im März 1859 wurden die Redaktionskommissionen unter dem Hauptkomitee (unter Vorsitz von J. I. Rostowzew) eingerichtet. Sie mussten alle von den Gouvernementskomitees entwickelten Projekte sammeln und zusammenfassen.

Bei Projekten aus den Orten hing die Größe der Zuteilungen und Lasten der Bauern von der Fruchtbarkeit des Bodens ab. In den Schwarzerdegebieten waren die Gutsbesitzer an der Erhaltung des Landes interessiert und daher gegen eine Vergabe an die Bauern. Unter dem Druck der Regierung und der Öffentlichkeit waren sie bereit, den Bauern kleine Zuteilungen zu einem hohen Preis pro Desjatine zu geben. In Nicht-Schwarzerdegebieten, wo das Land keinen solchen Wert hatte, erklärten sich die lokalen Adligen bereit, es den Bauern zu geben, allerdings gegen ein hohes Lösegeld.

Die von Redaktionskommissionen zusammengefassten Entwürfe wurden bis Oktober 1860 dem Hauptkomitee vorgelegt. Er reduzierte die Größe der Landzuteilungen der Bauern weiter und erhöhte die Abgaben. Am 17. Februar 1861 wurde der Entwurf der Reform vom Staatsrat genehmigt. Am 19. Februar wurde es von Alexander II. unterzeichnet. Die Abschaffung der Leibeigenschaft wurde durch das Manifest „Über die barmherzige Gewährung der Rechte des Staates der freien Landbevölkerung an Leibeigene...“ angekündigt. Die praktischen Bedingungen der Befreiung wurden in 17 Akten – „Bestimmungen“ über die aus der Leibeigenschaft ausscheidenden Bauern

festgelegt.

Das Manifest und die „Bestimmungen“ behandelten drei Hauptthemen: die persönliche Befreiung der Bauern, die Zuteilung von Land und das Ablösegeschäft.

Persönliche Befreiung.

Das Manifest gewährte den Bauern persönliche Freiheit und Bürgerrechte. Von nun an konnte ein Bauer bewegliches und unbewegliches Eigentum besitzen, Geschäfte abschließen und als juristische Person handeln. Er wurde von der persönlichen Vormundschaft des Gutsbesitzers befreit, konnte ohne dessen Erlaubnis heiraten, in den Dienst und in Bildungseinrichtungen eintreten, den Wohnort wechseln, zur Klasse der Kleinbürger und Kaufleute gehören. Die Regierung begann, Organe der lokalen Selbstverwaltung der befreiten Bauern zu gründen.

Zugleich wurde die persönliche Freiheit des Bauern eingeschränkt. Dabei ging es in erster Linie darum, die Gemeinschaft zu erhalten. Kommunalen Grundbesitz, Umverteilung von Anteilen und kollektive Verhandlungen (vor allem bei der Zahlung von Steuern und staatlichen Abgaben) behinderten die bürgerliche Entwicklung des Dorfes. Die Bauern blieben der einzige Stand, der eine Kopfsteuer zahlte, der Wehrpflicht unterlag und mit Körperstrafen belegt werden konnte.

Zuteilungen.

Die „Bestimmungen“ regelten die Zuteilung von Land an Bauern. Die Größe der Zuteilungen hing von der Fruchtbarkeit des Bodens ab. Das Territorium Russlands wurde rein hypothetisch, in drei Zonen unterteilt: Schwarzerde, Nicht-Schwarzerde und Steppe. Jede von ihnen legte die höchste und niedrigste Größe der Feldzuteilung eines Bauern fest (die höchste - mehr als die ein Bauer von einem Gutsbesitzer nicht verlangen konnte, die niedrigste - weniger als die ein Gutsbesitzer einem Bauern nicht anbieten durfte). Innerhalb dieser Grenzen wurde ein freiwilliger Vertrag zwischen der Bauerngemeinschaft und dem Gutsbesitzer geschlossen. Ihre Beziehung wurde schließlich durch Urkunden gesichert. Konnten sich Gutsbesitzer und Bauern nicht einigen, wurde ein Schlichter hinzugezogen, um den Streit beizulegen. Unter ihnen befanden sich vor allem Verteidiger der Interessen des Adels, aber einige fortschrittliche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (der Schriftsteller L. N. Tolstoi, der Physiologe I. M. Setschenow, der Biologe K. A. Timirjasew u. a.), die zu Friedensvermittlern wurden, spiegelten die Interessen der Bauernschaft wider.

Bei der Lösung der Landfrage wurden die bäuerlichen Zuteilungen deutlich reduziert. Hatte ein Bauer vor der Reform eine Zuteilung, die über die höchste Norm des jeweiligen Landstrichs hinausging, wurde dieser „Überfluss“ zu Gunsten des Gutsbesitzers veräußert. In der Schwarzerdezone wurden 26 bis 40 % der Fläche abgeschnitten, in der Nicht-Schwarzerdezone 10 %. Landesweit erhielten die Bauern 20 % weniger Land, als sie vor der Reform bewirtschafteten. So entstanden Abschnitte, die von den Gutsbesitzern den Bauern weggenommen wurden.

Traditionell betrachteten die Bauern dieses Land als das ihre und kämpften bis 1917 für seine Rückgabe.

Bei der Grenzziehung des Ackerlandes bemühten sich die Gutsbesitzer, dafür zu

sorgen, dass ihr Land in die Bauernbetriebe einzwängt wurde. Auf diese Weise entstand eine geteilte Feldanlage, die den Bauern dazu brachte, Land zu pachten und dessen Kosten entweder in Geld oder durch Feldarbeit (Schuldarbeit) zu bezahlen.

Rückkauf.

Wenn die Bauern das Land erhielten, waren sie verpflichtet, dessen Wert zu bezahlen. Der Marktpreis des an die Bauern übertragenen Landes betrug tatsächlich 544 Millionen Rubel. Die von der Regierung entwickelte Formel zur Berechnung der Grundstückskosten erhöhte jedoch den Preis auf 867 Mio. Rubel, d. h. auf das 1,5-fache. Folglich wurden sowohl die Zuteilung von Land als auch das Ablösegeschäft ausschließlich im Interesse des Adels durchgeführt. (Tatsächlich zahlten die Bauern auch für die persönliche Befreiung.)

Die Bauern hatten nicht das notwendige Geld, um das Land zurückzukaufen. Damit die Gutsbesitzer die Rücknahmesummen gleichzeitig erhalten konnten, gewährte der Staat den Bauern ein Darlehen in Höhe von 80% des Wertes der Zuteilungen. Die Bauerngemeinschaft zahlte die restlichen 20 % an den Grundherrn selbst. Während 49 Jahren mussten die Bauern das Darlehen an den Staat in Form von Tilgungszahlungen mit einem Zinssatz von 6% pro Jahr zurückzahlen.

Bis 1906, als die Bauern hartnäckig für die Abschaffung der Ablösezahlungen kämpften, hatten sie bereits etwa 2 Milliarden Rubel an den Staat gezahlt, also fast das Vierfache des realen Marktwertes des Bodens von 1861.

Die Zahlung der Bauern an den Gutsbesitzer zog sich über 20 Jahre hin.

Es schuf eine besondere Bedingung der vorübergehenden Verpflichtung der Bauern, die einen Zins zu zahlen und bestimmte Pflichten zu erfüllen hatten, bis sie ihre Zuteilung vollständig abgelöst hatten, d.h. 20% des Wertes des Landes. Erst 1881 wurde ein Gesetz über die Aufhebung der zeitlichen Gebundenheit der Bauern erlassen.

Die Bedeutung der Aufhebung der Leibeigenschaft.

Zeitgenossen nannten die Reform von 1861 großartig. Sie brachte die Freiheit für mehr als 30 Millionen Leibeigene, machte den Weg frei für die Entstehung bürgerlicher Verhältnisse und die wirtschaftliche Modernisierung des Landes.

Insgesamt war die Reform halbherzig.

Sie war ein komplexer Kompromiss zwischen dem Staat und der gesamten Gesellschaft, zwischen zwei Hauptständen (Gutsherren und Bauern) sowie zwischen verschiedenen gesellschaftspolitischen Strömungen. Der Prozess der Reformvorbereitung und seine Umsetzung ermöglichte die Erhaltung des Grundbesitzes, verdamnte die russischen Bauern zu Landlosigkeit, Armut und wirtschaftlicher Abhängigkeit von den Gutsbesitzern. Die Reform von 1861 hat die Agrarfrage in Russland nicht beseitigt, die in der zweiten Hälfte des XIX. bis Anfang des XX. Jahrhunderts zentral und am akutesten blieb. (Zu den Auswirkungen der Reform auf die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Entwicklung des Landes in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts siehe Kapitel 25.)

INNENPOLITIK DER REGIERUNG IN DEN 60er - ERSTE HÄLFTE DER 90er JAHRE DES XIX. JHS.

Eine natürliche Fortsetzung der Abschaffung der Leibeigenschaft in Russland waren Semstwo-, Stadt-, Justiz-, Militär- und andere Reformen. Ihr Hauptziel war es, das Staatssystem und die Verwaltung mit der neuen Gesellschaftsstruktur in Einklang zu bringen, in der die viele Millionen zählende Bauernschaft persönliche Freiheit erhielt. Sie waren ein Produkt des Wunsches der „liberalen Bürokratie“, die politische Modernisierung des Landes fortzusetzen.

Dies erforderte die Anpassung der Autokratie an die Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse und den Einsatz der Bourgeoisie im Interesse der herrschenden Klasse.

Reorganisierung der lokalen Verwaltung.

Nach der Aufhebung der Leibeigenschaft wurde es notwendig, die lokale Verwaltung zu ändern. Im Jahre 1864 wurde die Semstwo-Reform durchgeführt. In den Provinzen und Bezirken wurden Semstwo-Behörden (Semstwo) gegründet. Dies waren gewählte Gremien von Vertretern aller Stände. Der hohe Vermögenszensus und das mehrstufige Klassenwahlsystem (nach Kurien) sicherten die Vorherrschaft der Grundherren. Semstvos wurden jeglicher politischer Funktionen beraubt.

Der Umfang ihrer Tätigkeit beschränkte sich ausschließlich auf wirtschaftliche Fragen von lokaler Bedeutung: Organisation und Instandhaltung von Straßen, Semstwo-Schulen und Krankenhäuser, Pflege von Handel und Industrie. Semstvos standen unter der Kontrolle der zentralen und lokalen Behörden, die das Recht hatten, jeden Beschluss einer Semstwo-Versammlung auszusetzen.

Trotzdem spielten die Semstvos eine besondere Rolle in der Entwicklung des Bildungs- und Gesundheitswesens. Darüber hinaus wurden sie zu den Zentren der Bildung des liberalen Adels und der bürgerlichen Opposition.

Der nächste Schritt war die Stadtreform.

Die „Stadtsatzung“ von 1870 schuf in den Städten die alle Stände umfassenden Organe — die städtischen Dumas. Sie kümmerten sich um die Verschönerung der Stadt, kümmerten sich um den Handel, sorgten für Bildung und medizinische Versorgung. In den Stadträten gehörte die führende Rolle aufgrund der hohen vermögensrechtlichen Wahlberechtigung der Großbourgeoisie. Wie die Semstvos standen sie unter strenger Kontrolle der staatlichen Verwaltung.

Gerichtsreform.

„Neue gerichtliche Statuten“ 1864 wurde in Russland ein grundlegend neues System von Gerichtsverfahren eingeführt. Sie sahen ein All-Stände-Gericht, seine Unabhängigkeit von der Verwaltung, die Unabsetzbarkeit der Richter, die Öffentlichkeit und den kontradiktorischen Charakter des Gerichtsverfahrens vor. Es nahmen ein Staatsanwalt (Ankläger) und ein Rechtsanwalt (Verteidiger) teil. Über die Schuld des Angeklagten wurde von vereidigten Schöffen entschieden. Es bestand eine strikte Trennung der Zuständigkeiten der verschiedenen gerichtlichen Instanzen. Geringfügige Zivilsachen wurden vor dem Friedensrichter verhandelt, während strafrechtliche und schwere Fälle vor dem Bezirksgericht verhandelt wurden.

Besonders wichtige staatliche und politische Verbrechen wurden in der Gerichtskammer verhandelt.

Der Senat wurde zum höchsten Gericht. Das geschaffene System spiegelte die fortschrittlichste Tendenz in der internationalen Rechtsprechung wider.

Bei der Durchführung der Reform ließ die Regierung jedoch viele Schlupflöcher für Eingriffe in den Justizprozess. Einige Prinzipien wurden nur deklariert.

Zum Beispiel unterstanden die Bauern einem eigenen Ständegericht. Für politische Prozesse wurde die Sonderpräsenz des Senats eingerichtet, dessen Sitzungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfanden, was gegen den Grundsatz der Öffentlichkeit verstieß.

Militärreform.

Die Niederlage im Krimkrieg zeigte, dass die russische reguläre Armee, die auf Rekrutierung basierte, den moderneren europäischen Armeen nicht gewachsen war.

Es war notwendig, eine Armee mit einer ausgebildeten Personalreserve, modernen Waffen und gut ausgebildeten Offizieren zu schaffen. Ein Schlüsselement der Reform war das Gesetz von 1874 über die Wehrpflicht von Männern, die 20 Jahre alt waren.

Die Dauer des aktiven Dienstes bei den Landstreitkräften wurde auf bis zu 6 Jahre festgelegt, bei der Marine - auf bis zu 7 Jahre. Die Dauer des aktiven Dienstes wurde je nach Bildungsabschluss stark verkürzt.

Personen mit höherer Bildung dienten nur sechs Monate lang.

In den 60er Jahren begann die Wiederbewaffnung der Armee: Ersetzen von Waffen mit glattem Lauf durch Gewehre, Einführung eines Systems von Stahlartilleriegeschützen, Verbesserung des Reiterparks.

Für die Ausbildung von Offizieren wurden Militärgymnasien, spezialisierte Kadettenschulen und Akademien - Generalstab, Artillerie, Ingenieurwesen u. a. - geschaffen.

Das Kontrollsystem der Streitkräfte wurde verbessert.

All dies ermöglichte es, die Größe der Armee in Friedenszeiten zu reduzieren und gleichzeitig ihre Kampfeffizienz zu erhöhen.

Reformen im Bildungs- und Pressewesen.

Reformen in der Regierung, der Justiz und der Armee erforderten logischerweise Veränderungen im Bildungssystem. Im Jahre 1864 wurden das „Satzung der Gymnasien“ und die „Verordnung über die Volksschulen“ erlassen, die die Grund- und Mittelschulbildung regeln. Die Hauptsache war, dass tatsächlich eine allgemein zugängliche Bildung eingeführt wurde. Neben den öffentlichen Schulen entstanden Semstwo-, Pfarr-, Sonntags- und Privatschulen. Die Gymnasien wurden in klassische und reale Gymnasien unterteilt. Sie nahmen Kinder aus allen Ständen auf, die in der Lage waren, das Schulgeld zu bezahlen.

Im Jahr 1863 gab die neue Charta den Universitäten die Autonomie zurück, die 1835 von Nikolaus I. abgeschafft worden war. Sie stellte die Unabhängigkeit bei der Lösung von administrativen, finanziellen und wissenschaftlichen und pädagogischen Fragen wieder her.

1865 wurden die „Vorläufigen Regeln“ für die Presse eingeführt. Sie schafften die Vorzensur für eine Reihe von Publikationen ab: für Bücher, die sich an den

wohlhabenden und gebildeten Teil der Gesellschaft richteten, sowie für zentrale Periodika.

Die neuen Regeln galten nicht für die Provinzpresse und die Massensliteratur für das Volk.

Ab Ende der 60er Jahre begann die Regierung, Dekrete zu erlassen, die die wichtigsten Bestimmungen der Bildungsreform und der Zensur weitgehend negierten.

Die Bedeutung der Reformen.

Die Änderungen, die vorgenommen wurden, waren progressiver Natur. Sie begannen, den Grundstein für den evolutionären Weg der Entwicklung des Landes zu legen.

Russland näherte sich bis zu einem gewissen Grad dem europäischen gesellschaftspolitischen Modell an, das für die damalige Zeit fortschrittlich war. Der erste Schritt zur Erweiterung der Rolle der Öffentlichkeit im Leben des Landes und zur Umwandlung Russlands in eine bürgerliche Monarchie war getan.

Allerdings hatte der Prozess der Modernisierung Russlands einen spezifischen Charakter. Das lag vor allem an der traditionellen Schwäche der russischen Bourgeoisie und an der politischen Trägheit der Massen.

Die Auftritte der Radikalen (der Sechziger und der revolutionären Narodniks) verstärkten nur die konservativen Kräfte, erschreckten die Liberalen und hemmten die reformistischen Bestrebungen der Regierung. Die Initiatoren der Reformen waren einige hochrangige Regierungsbeamte, die „liberale Bürokratie“. Dies erklärt die Widersprüchlichkeit, Unvollständigkeit und Enge der meisten Reformen.

Eine logische Fortsetzung der Reformen der 60 - 70er Jahre des XIX. Jahrhunderts könnte die Verabschiedung der gemäßigten Verfassungsvorschläge sein, die im Januar 1881 vom Innenminister, Graf

M. T. Loris-Melikow, entwickelt wurden.

Sie implizierten die Entwicklung der lokalen Selbstverwaltung, die Beteiligung von Vertretern der Semstvos und Städte (mit einer beratenden Stimme) in der Diskussion der nationalen Fragen. Die Ermordung des Zaren Alexander II. durch Mitglieder des Volkswillens am 1. März 1881 änderte jedoch die allgemeine Richtung des Regierungskurses.

Zar Alexander III. (1881-1894).

Wie sein Vorgänger trat er früh in die Staatsgeschäfte ein und erwies sich als hervorragender Militär.

Er ging als „Friedenszar“ in die Geschichte ein, weil er ein entschiedener Gegner der Lösung internationaler Probleme mit militärischen Mitteln war. Seine politischen Ansichten waren zutiefst konservativ. Sie bestanden im Festhalten an den Prinzipien der unbegrenzten Autokratie, Religiosität und Russophilie. Dies ermutigte ihn, Maßnahmen zu ergreifen, um das bestehende System zu stärken, die Auferlegung der Orthodoxie und die Russifizierung der russischen Randgebiete. In seiner unmittelbaren Umgebung befanden sich die reaktionärsten Persönlichkeiten des politischen und öffentlichen Lebens, unter denen der Hauptprokurator der Synode K. P. Pobedonoszew, der Innenminister Graf D. A. Tolstoi und der Publizist M. N. Katkow hervorstachen.

Erschüttert von der Ermordung seines Vaters und unter dem Druck seines Gefolges, lehnte Alexander III. die Vorschläge von M. T. Loris-Melikow ab.

Im April 1881 wurde das Manifest „Über die Unveränderlichkeit der Autokratie“ veröffentlicht. Im August folgte die „Verordnung über Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Friedens...“.

Dieses Dokument ist als „Bestimmungen über die verstärkte Sicherheit“ in die Geschichte eingegangen, weil es der Regierung das Recht gab, den Ausnahmezustand und Militärgerichte zu verhängen, und den lokalen Verwaltungs- und Polizeibehörden bei ihren Strafmaßnahmen die Hände band.

„Liberale Bürokraten“ wurden in den Ruhestand entlassen. Es begann eine Ära zunehmender reaktionärer Tendenzen in der Innenpolitik.

Änderungen im lokalen Regierungssystem.

Die bäuerliche Verwaltung wurde 1889 den Semstwo-Leitern unterstellt. Sie wurden aus dem erblichen Adel ernannt und hatten die volle Kontrolle über das russische Dorfleben. Diese Maßnahme bedeutete eine Stärkung der administrativen Vertikale im Dorf, eine Einschränkung der bäuerlichen Selbstverwaltung und der Friedensrichter.

1890 schränkte die neue „Bestimmung über die Gouvernements- und Bezirkssemstwo-Institutionen“ in vielerlei Hinsicht die Funktionen der Semstvos ein und stärkte die Position des Adels in ihnen. Die „Stadtsatzung“ von 1892 stärkte die Rolle des Adels und des Großbürgertums in den Stadträten, erweiterte das Treuhandsystem und die staatliche Einmischung in die städtische Selbstverwaltung.

Veränderungen im Bildungswesen und in der Presse.

Die Regierung versuchte, die weiterführenden Schulen ganz unter die Kontrolle des Staates und der Kirche an der Seite der Synode zu bringen. Im Jahre 1887 wurde ein Rundschreiben über die Kinder von „Küchenkindern“ eingeführt, das die Aufnahme von Kindern von Lakaien, Wäscherinnen, kleinen Ladenbesitzern usw. an Gymnasien nicht erlaubte.

Im Jahr 1884 hob das neue Universitätsgesetz die Autonomie der Universitäten auf. Gleichzeitig wurde die polizeiliche Überwachung der Studenten verstärkt und die Studiengebühren wurden erhöht. Viele progressive Professoren wurden von den Universitäten entlassen. Die Hochschulbildung für Frauen wurde schrittweise abgebaut.

Die „Vorläufigen Regeln für die Presse“ von 1882 setzte der liberalen Zensurpolitik der 60er Jahre ein Ende.

Das Recht, jede Veröffentlichung zu schließen, wurde nicht nur dem Innenministerium, sondern auch dem Hauptprokurator der Synode gegeben.

Die Regierung unterstützte „rechte“ Publikationen, unter denen die „Moskowskije Wedomosti“ („*Moskauer Nachrichten*“) von M. N. Katkow hervorstach. Die Zensur unter Alexander III. war noch strenger als unter Nikolaus I.

Ergebnisse der Innenpolitik in den 80er Jahren - erste Hälfte der 90er Jahre des XIX. Jhs.

Sie wies sowohl reaktionäre als auch progressive Tendenzen auf.

Der Regierung Alexanders III. gelang es nicht, die Semstvos und die städtische Selbstverwaltung vollständig zu zerstören. Sie blieben Zentren der Vereinigung der Liberalen. Das Gerichtssystem ist erhalten geblieben.

Während der Vollendung der Militärreform fand eine gewisse Demokratisierung des

Offizierskorps statt.

Die Regierung war gezwungen, neue Schritte zur Lösung der Bauernfrage zu unternehmen. Die Ablösesummen wurden gesenkt und der zeitweilige Zwangszustand der Bauern wurde abgeschafft. Die weitere Lösung der Agrar- und Bauernfrage wurde jedoch stillgelegt.

Die Gesetze der 80er Jahre zu Bußgeldern, zur Fabrikinspektion, zum Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche legten den Grundstein für die staatliche Regulierung des Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern.

Die soziale Ausrichtung der Innenpolitik bestand jedoch vor allem in der Stärkung der Position des Adels, der durch den allgemeinen Verlauf der historischen Entwicklung des Landes erheblich geschwächt war.

Insgesamt wurde in den 80er bis zur ersten Hälfte der 90er Jahre des XIX. Jahrhunderts die Staatlichkeit gestärkt und eine gewisse soziale Stabilität erreicht. Gleichzeitig mehrten sich in der Gesellschaft die Anzeichen einer Opposition gegen die für die Regierungspolitik charakteristischen konservativen Tendenzen.

Kapitel 24

AUSSENPOLITIK RUSSLANDS IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES XIX. JHS.

Das Ende des Krimkrieges brachte eine grundlegende Veränderung in Europa. Der entstandene anglo-österreichisch-französische Block - das so genannte Krim-System - zielte auf die Aufrechterhaltung der politischen Isolation Russlands und seiner militärisch-strategischen Schwäche, die durch die Beschlüsse des Pariser Kongresses gesichert war. Russland hat seine Stellung als Großmacht nicht verloren. Durch seine Niederlage verlor es jedoch seine entscheidende Stimme in internationalen Angelegenheiten und konnte aufgrund der Neutralitätsklausel für das Schwarze Meer den Völkern des Balkans keine wirksame Unterstützung zukommen lassen. In dieser Hinsicht bestand die Hauptaufgabe der russischen Diplomatie darin, für die Abschaffung dieses Artikels und die Stärkung des internationalen Prestiges Russlands zu kämpfen.

Die Hauptrichtungen der Außenpolitik.

Im Westen versuchte Russland, seine außenpolitische Isolation zu beseitigen.

Die Beziehungen zu den mitteleuropäischen Staaten wurden durch traditionelle dynastische Bindungen und die Gemeinsamkeit ihrer politischen und ideologischen Grundlagen bestimmt. Die zaristische Regierung war zu neuen politischen Allianzen bereit, um das europäische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten und ihr internationales Prestige wiederherzustellen.

Die zentralasiatische Richtung hat stark an Bedeutung gewonnen.

Die russische Regierung legte ein Programm für die Angliederung Zentralasiens, seine weitere Entwicklung und Kolonisierung vor und setzte es um.

Durch die Intensivierung der nationalen Befreiungsbewegungen auf dem Balkan in den 70er Jahren des XIX. Jahrhunderts erlangte die östliche Frage wieder besondere Resonanz. Die Völker der Balkanhalbinsel entfesselten einen Kampf für die Befreiung vom osmanischen Joch und die Gründung nationaler unabhängiger Staaten.

Russland beteiligte sich an diesem Prozess mit diplomatischen, politischen und militärischen Mitteln.

In der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts änderte die fernöstliche Richtung in der russischen Außenpolitik allmählich ihren peripheren Charakter.

Die anglo-französische Sabotage auf Kamtschatka während des Krimkrieges, die Schwächung Chinas und seine Umwandlung in ein vom anglo-deutschen und französischen Kapital abhängiges Land, das rasche Anwachsen der japanischen See- und Landstreitkräfte zeigten die Notwendigkeit, die wirtschaftlichen und militärisch-strategischen Positionen Russlands im Fernen Osten zu stärken.

Nach den Verträgen von Aigun (1858) und Peking (1860) mit China wurde das Territorium am linken Ufer des Amur und das ganze Gebiet Ussurisk Russland zugesprochen. Russische Kolonisten begannen mit Unterstützung der Regierung schnell, dieses fruchtbare Land zu erschließen. Dort entstanden bald eine Reihe von Städten - Blagoweschtschensk, Chabarowsk, Wladiwostok u. a.

Handel und diplomatische Beziehungen mit Japan begannen sich zu entwickeln.

Im Jahr 1855 wurde der Vertrag von Shimoda über dauerhaften Frieden und Freundschaft zwischen Russland und Japan unterzeichnet. Er sicherte Russland das Recht auf den nördlichen Teil der Kurilen-Inseln. Die Insel Sachalin, die zu Russland gehörte, wurde zum gemeinsamen Besitz erklärt.

Im Jahr 1875 erkannte der russisch-japanische Vertrag von St. Petersburg die Insel Sachalin als ausschließlich russisch an. Als Entschädigung erhielt Japan die Kurilen-Inseln.

Die Gebiete Sachalin und Kurilen waren Ende des XIX. Jahrhunderts weiterhin eine Quelle der Spannung in den russisch-japanischen Beziehungen.

In der Tradition der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts verfolgte Russland eine wohlwollende Politik gegenüber den USA. Im Gegensatz zu England stellte sie sich auf die Seite des Nordens in seinem Kampf gegen den sklavenhaltenden Süden. Außerdem hat sie die USA in internationalen Angelegenheiten stets unterstützt. Im Jahr 1867 trat Russland für 7,2 Millionen Dollar den öden nordwestlichen Teil des amerikanischen Festlandes - die Alaska-Halbinsel - an die Vereinigten Staaten von Nordamerika ab (faktisch verkauft).

Zeitgenossen glaubten, dass diese Länder eine solche Summe nicht wert waren. Später entdeckte man jedoch, dass Alaska eine reiche Fundgrube an Mineralien (Gold, Öl, u. a.) war.

Insgesamt haben die Beziehungen Russlands zu den USA noch keine entscheidende Rolle in den internationalen Angelegenheiten gespielt.

RUSSLAND IM SYSTEM DER INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN IN DEN 60 – 70er JAHREN DES XIX. JHS.

Russlands Kampf für eine Revision der Bedingungen des Pariser Vertrages.

Die Hauptaufgabe der russischen Diplomatie in der zweiten Hälfte der 50er - 60er Jahre des XIX. Jahrhunderts war die Abschaffung der restriktiven Bedingungen des Pariser Friedensvertrages. Das Fehlen einer Marineflotte und von Stützpunkten im Schwarzen Meer machte Russland verwundbar für Angriffe aus dem Süden, was es effektiv daran hinderte, eine aktive Position in internationalen Angelegenheiten einzunehmen.

An der Spitze des Kampfes stand der Außenminister, Fürst A. M. Gortschakow, ein bedeutender Diplomat, der eine breite politische Perspektive hatte. Er formulierte ein Programm, dessen Kern die Weigerung ist, in internationale Konflikte einzugreifen, energisch nach Verbündeten zu suchen und die Widersprüche der Mächte zu nutzen, um das wichtigste außenpolitische Problem zu lösen. Sein historischer Satz: „Russland ist nicht böse, es konzentriert sich...“ – drückte bildlich die Grundprinzipien der Innen- und Außenpolitik Russlands zu dieser Zeit aus.

Anfänglich versuchte Russland, nachdem es seinen traditionellen Kurs der Abhängigkeit von den deutschen Staaten geändert hatte, sich auf Frankreich zu konzentrieren. 1859 wurde ein russisch-französisches Bündnis geschlossen, das jedoch nicht zum gewünschten Ergebnis für Russland führte.

In der Folge begann eine neue Annäherung an Preußen und Österreich. Russland begann, Preußen in seinen Bemühungen zu unterstützen, alle deutschen Länder unter seiner Herrschaft zu vereinen, und nahm im Deutsch-Französischen Krieg von 1870 - 1871 eine neutrale Position ein.

A. M. Gortschakow nutzte die Gunst der Stunde und schickte im Oktober 1870 ein „Rundschreiben“, in dem er den Großmächten und der Türkei mitteilte, dass Russland sich nicht an die Verpflichtung gebunden fühle, keine Militärflotte im Schwarzen Meer zu haben. Preußen unterstützte sie aus Dankbarkeit für ihre Neutralität. England und Österreich verurteilten die einseitige Entscheidung der russischen Regierung, während das besiegte Frankreich keine Gelegenheit zum Protest hatte.

Die Londoner Konferenz der Großmächte festigte im Jahr 1871 die Aufhebung der Neutralisierung des Schwarzen Meeres. Russland erhielt das Recht zurück, eine Flotte, Marinestützpunkte und Befestigungen an der Schwarzmeerküste zu haben. Dies ermöglichte es, die Verteidigungslinie der südlichen Staatsgrenze wiederherzustellen. Darüber hinaus dehnte sich der Außenhandel über die Meerenge aus, und das Gebiet Noworossiski, die Schwarzmeerregion des Landes, entwickelte sich intensiver.

Russland war erneut in der Lage, die Völker der Balkanhalbinsel bei ihrer Befreiungsbewegung zu unterstützen.

Das Dreikaiserabkommen.

In den 70er Jahren des XIX. Jahrhunderts hat sich die internationale Situation in Europa erheblich verändert.

Frankreich war nach dem Deutsch-Französischen Krieg stark geschwächt.

Ein neuer wirtschaftlich und militärisch starker Staat - das Deutsche Reich - entstand im Zentrum des europäischen Kontinents.

Von Beginn seiner Existenz an verfolgte es eine aggressive Außenpolitik, wollte seinen dominanten Einfluss in Europa sichern und seine kolonialen Besitzungen auf- und ausbauen.

Es entwickelte sich eine Reihe von Widersprüchen zwischen Deutschland auf der einen Seite und Frankreich und Großbritannien auf der anderen Seite.

Österreich-Ungarn intensivierte seine Außenpolitik auf dem Balkan.

Unter diesen Umständen begann Russland, das eine Isolation vermeiden und sich nicht auf Frankreich verlassen wollte, das sein internationales Prestige verloren hatte, eine Annäherung an die mitteleuropäischen Staaten zu suchen.

Deutschland verbündete sich bereitwillig mit Russland in der Hoffnung, Frankreich endgültig zu isolieren. 1872 fand in Berlin ein Treffen der Kaiser und Außenminister von Russland, Deutschland und Österreich-Ungarn statt. Es wurde eine Vereinbarung über die Bedingungen und Prinzipien einer zukünftigen Allianz getroffen.

Im Jahr 1873 wurde ein dreiseitiger Vertrag zwischen Russland, Deutschland und Österreich-Ungarn unterzeichnet – das Dreikaiserabkommen.

Die drei Monarchen versprachen sich gegenseitig, ihre Differenzen durch politische Konsultationen zu lösen und ein gemeinsames Vorgehen zu vereinbaren, falls eine der Mächte drohte, eine der Unionsparteien anzugreifen.

Deutschland, ermutigt durch diesen diplomatischen Erfolg, bereitete sich darauf vor, Frankreich erneut zu besiegen. Der deutsche Reichskanzler Fürst O. Bismarck, der als Förderer des deutschen Militarismus in die Geschichte einging, verschärfte absichtlich die Spannungen mit Frankreich. Im Jahr 1875 brach eine sogenannte „Mobilmachung“ aus, die einen neuen europäischen Konflikt hätte auslösen können. Allerdings verteidigte Russland, trotz seines Bündnisses mit Deutschland, Frankreich. Es wurde von Großbritannien aktiv unterstützt. Deutschland musste sich zurückziehen.

Frankreich wurde vor einer Niederlage bewahrt, aber in den russisch-deutschen Beziehungen wuchsen Misstrauen und Entfremdung. Obwohl die drei Kaiser später mehrfach ihr Bekenntnis zum Bündnis bekräftigten, neigte die russische Diplomatie zunehmend dazu, andere Partner zu gewinnen.

Die Möglichkeit einer russisch

französischen Annäherung zeichnete sich allmählich ab.

DER ANSCHLUSS ZENTRALASIENS AN RUSSLAND

Südöstlich von Russland befanden sich weite Gebiete Zentralasiens.

Sie erstreckten sich von Tibet im Osten bis zum Kaspischen Meer im Westen, von Zentralasien (Afghanistan, Iran) im Süden bis zum südlichen Ural und Sibirien im Norden.

Die Bevölkerung dieser Region war klein (etwa 5 Millionen Menschen).

Die Völker Zentralasiens entwickelten sich wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch unterschiedlich.

Einige von ihnen betrieben ausschließlich nomadische Viehzucht, andere Ackerbau. Handwerk und Handel florierten in vielen Bereichen.

Es gab praktisch keine industrielle Produktion. Die soziale Struktur dieser Völker verband auf komplizierte Weise Patriarchat, Sklaverei und vasallisch-feudale

Abhängigkeit.

Politisch war das Territorium Zentralasiens in drei separate Staatsgebilde (Emirat Buchara, Kokand- und Chiwa Khanat) und eine Reihe unabhängiger Stämme aufgeteilt. Das Emirat Buchara war das am weitesten entwickelte und hatte mehrere große Städte, in denen Handwerk und Handel konzentriert waren.

Buchara und Samarkand waren die wichtigsten Handelszentren in Zentralasien.

In der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts zeigte Russland ein gewisses Interesse an der angrenzenden zentralasiatischen Region und versuchte, wirtschaftliche Beziehungen zu ihr aufzubauen und die Möglichkeit ihrer Eroberung und anschließenden Entwicklung zu erkunden. Allerdings hat Russland keine entscheidenden außenpolitischen Aktionen durchgeführt. In der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts änderte sich die Situation dramatisch, denn Großbritannien wollte in diese Gebiete eindringen und sie zu seiner Kolonie machen. Russland konnte nicht zulassen, dass der „englische Löwe“ in unmittelbarer Nähe seiner Südgrenzen auftauchte. Die Rivalität mit England war der Hauptgrund für die Intensivierung der russischen Außenpolitik im Nahen Osten.

In den späten 50er Jahren des XIX. Jahrhunderts unternahm Russland praktische Schritte, um nach Zentralasien vorzudringen. Es wurden drei russische Missionen organisiert: eine wissenschaftliche (unter der Leitung des Gelehrten und Orientalisten N. W. Chanykow), eine diplomatische (Botschaft von N. P. Ignatjew) und eine Handelsmission (unter der Leitung von Tsch. Tsch. Walichanow). Ihre Aufgabe war es, die politische und wirtschaftliche Situation der Staaten des Nahen Ostens zu studieren und engere Kontakte zu ihnen aufzubauen.

Im Jahr 1863 wurde auf der Sitzung des Sonderausschusses beschlossen, aktive militärische Operationen zu beginnen. Der erste Zusammenstoß fand mit dem Kokand Khanat statt. 1864 unternahm die Truppen unter dem Kommando von M. G. Tschernjajew den ersten Feldzug nach Taschkent, der erfolglos endete. Das Kokand Khanat, zerrissen von inneren Widersprüchen und geschwächt durch den Kampf mit Buchara, befand sich jedoch in einer schwierigen Situation.

Dies ausnutzend, nahm M. G. Tschernjajew im Juni 1865 tatsächlich Taschkent unblutig ein. 1866 wurde diese Stadt an Russland angegliedert, und ein Jahr später wurde aus den eroberten Gebieten das Generalgouvernement Turkestan gebildet. Zugleich behielt ein Teil von Kokand seine Unabhängigkeit.

Es wurde jedoch ein Brückenkopf für eine weitere Offensive tief in Zentralasien geschaffen.

In den Jahren 1867 - 1868 führten die russischen Truppen unter dem Kommando des Generalgouverneurs von Turkestan K. P. Kaufman einen erbitterten Kampf mit dem Emir von Buchara. Von Großbritannien ermutigt, erklärte er den Russen den „heiligen Krieg“ (Dschihad). Als Ergebnis der erfolgreichen militärischen Aktion errang die russische Armee eine Reihe von Siegen über den Emir von Buchara. Samarkand ergab sich kampfflos. Es wurde ein Friedensvertrag zwischen Russland und Buchara unterzeichnet. Das Emirat verlor zwar nicht seine Souveränität, geriet aber in vasallische Abhängigkeit von Russland. (Sie wurde vom Emir bis 1920 beibehalten, als die Volkssowjetrepublik Buchara gegründet wurde).

Nach dem Chiwa-Feldzug im Jahr 1873 gab das Chiwa Khanat das Land am rechten

Ufer des Amudarja zugunsten Russlands auf und wurde politisch zu seinem Vasallen, während die interne Autonomie gewahrt blieb.

(Der Khan wurde 1920 gestürzt, als das Gebiet von Chiwa von Einheiten der Roten Armee erobert wurde. Die Choresmer Volkssowjetrepublik wurde ausgerufen).

In denselben Jahren wurde das Vordringen in das Kokand Khanat fortgesetzt, dessen Territorium 1876 als Teil des Generalgouvernements Turkestan in Russland eingegliedert wurde.

Zur gleichen Zeit wurden die von turkmenischen Stämmen und einigen anderen Völkern bewohnten Gebiete angeschlossen. Der Prozess der Aneignung Zentralasiens endete 1885 mit der freiwilligen Eingliederung von Merv (Grenzgebiet zu Afghanistan) in Russland.

Die Annexion Zentralasiens kann auf verschiedene Arten beurteilt werden.

Einerseits wurden diese Länder weitgehend von Russland erobert.

Ihnen wurde ein halbkoloniales Regime von der zaristischen Verwaltung aufgezwungen.

Auf der anderen Seite hatten die zentralasiatischen Völker als Teil Russlands die Chance auf eine beschleunigte Entwicklung. Sklaverei, die rückständigsten Formen des patriarchalischen Lebens und feudale Fehden, die die Bevölkerung verwüstet hatten, wurden beendet. Die russische Regierung kümmerte sich um die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Region. Die ersten Industriebetriebe wurden gegründet, die landwirtschaftliche Produktion wurde verbessert (vor allem der Baumwollanbau, da dessen Sorten aus den USA importiert wurden), Schulen, spezielle Bildungseinrichtungen, Apotheken und Krankenhäuser wurden eröffnet. Die zaristische Verwaltung respektierte die Eigenheiten der Region, war tolerant und achtete die lokalen Bräuche. Zentralasien wurde allmählich in den russischen Binnenhandel einbezogen und wurde zu einer Quelle für landwirtschaftliche Rohstoffe und zu einem Markt für russische Textilien, Metall und andere Produkte.

Die russische Regierung wollte die Region nicht isolieren, sondern mit dem Rest des Staates zusammenführen.

Die Völker Zentralasiens, die Teil Russlands sind, haben ihre nationalen, kulturellen und religiösen Eigenheiten nicht verloren. Im Gegenteil, vom Moment des Beitritts an begann der Prozess ihrer Konsolidierung und der Schaffung moderner zentralasiatischer Nationen.

DIE OSTKRISE UND DER RUSSISCH-TÜRKISCHE KRIEG 1877 – 1878

Nach der Aufhebung des Hauptartikels des Pariser Friedensvertrages über die Neutralisierung des Schwarzen Meeres war Russland wieder in der Lage, die Völker der Balkanhalbinsel in ihrem Kampf gegen das osmanische Joch aktiver zu unterstützen.

Die erste Phase der Ostkrise in den 70er Jahren des XIX. Jahrhunderts.

Im Jahr 1875 brach in Bosnien und Herzegowina ein Aufstand aus. Er breitete sich bald auf Bulgarien, Serbien, Montenegro und Mazedonien aus. Im Sommer 1876 erklärten Serbien und Montenegro dem Sultan den Krieg. Die Kräfte waren jedoch ungleich.

Die türkische Armee unterdrückte brutal den Widerstand der Slawen. Allein in Bulgarien haben die Türken etwa 30.000 Menschen abgeschlachtet. Serbien erlitt Niederlagen gegen die türkischen Truppen. Die kleine montenegrinische Armee flüchtete hoch in die Berge. Ohne die Hilfe der europäischen Mächte, insbesondere Russlands, war der Kampf dieser Völker zur Niederlage verurteilt.

In der ersten Phase der Krise versuchte die russische Regierung ihr Vorgehen mit den westeuropäischen Mächten zu koordinieren. Weite Teile der russischen Gesellschaft forderten von Zar Alexander II. ein entschiedeneres Auftreten.

Russische slawische Komitees von St. Petersburg, Moskau und einigen anderen Städten waren aktiv.

Die prominentesten Vertreter der Intelligenz (der Schriftsteller und Essayist K. S. Aksakow, der Literaturkritiker W. W. Stassow, der Bildhauer M. M. Antokolski, die Wissenschaftler I. I. Metschnikow, D. I. Mendelejew u. a.) nahmen an ihren Aktivitäten teil. Die Komitees sammelten Geld für die „Brüder in Blut und Glauben“ und schickten russische Freiwillige zur Unterstützung der aufständischen Serben, Bulgaren und anderer Balkanvölker. Unter ihnen: die Ärzte N. F. Sklifossowski und S. P. Botkin, der Schriftsteller G. I. Uspenski, die Künstler W. D. Polenow und K. E. Makowski.

In Anbetracht der Passivität Westeuropas in der Balkanfrage und dem öffentlichen Druck nachgebend, verlangte die russische Regierung 1876 vom Sultan, die Ausrottung der slawischen Völker zu beenden und Frieden mit Serbien zu schließen. Die türkische Armee setzte jedoch ihre aktiven Operationen fort, erwürgte den Aufstand in Bosnien und Herzegowina und fiel in Bulgarien ein. Unter Bedingungen, unter denen die Balkanvölker besiegt wurden und die Türkei alle Vorschläge für eine friedliche Lösung ablehnte, erklärte Russland im April 1877 dem Osmanischen Reich den Krieg. Die zweite Phase der Ostkrise begann.

Russisch-Türkischer Krieg von 1877 - 1878.

Die zaristische Regierung versuchte, diesen Krieg zu vermeiden, da sie schlecht darauf vorbereitet war. Die in den 60er Jahren begonnenen militärischen Reformen wurden nicht abgeschlossen. Schützenwaffen entsprachen nur zu 20% den modernen Standards. Die Rüstungsindustrie arbeitete schlecht: der Armee fehlte es an Granaten und anderer Munition. In der Militärtheorie herrschten veraltete Ansichten vor. Das Oberkommando (Großfürst Nikolai Nikolajewitsch und sein Gefolge) hielt an der konservativen Militärdoktrin fest.

Zur gleichen Zeit gehörten zur russischen Armee die talentierten Generäle M. D. Skobelew, M. I. Dragomirow, I. W. Gurko. Das Kriegsministerium entwickelte einen Plan für einen schnellen Angriffskrieg, da man sich darüber im Klaren war, dass langwierige Operationen die Kraft der russischen Wirtschaft und Finanzen übersteigen würden.

Militäroperationen fanden auf zwei Schauplätzen statt - dem Balkan und dem Transkaukasischen. Im Mai 1877 marschierten russische Truppen in Rumänien ein und überquerten die Donau. Sie wurden von bulgarischen Milizen und regulären rumänischen Einheiten unterstützt. Der Großteil der russischen Armee belagerte Plewna, eine starke türkische Festung in Nordbulgarien. General I. W. Gurko erhielt den Befehl, die Pässe über den Balkankamm zu erobern und ein Sabotageakt in Südbulgarien durchzuführen. Er erfüllte diese Aufgabe, indem er den Gebirgspass von Schipka, den wichtigsten strategischen Punkt, eroberte, führte seine Truppe nach Südbulgarien und nahm Tyrnowo, die alte Hauptstadt des bulgarischen Königreichs, ein. Da die Hauptkräfte der russischen Armee bei Plewna lange aufgehalten wurden, war I.

W. Gurko gezwungen, von Juli bis Dezember 1877 sich am Schipka-Pass zu verteidigen. Eine kleine Abteilung der russischen Armee, unterstützt von bulgarischen Freiwilligen, zeigte Wunder an Heldentum und verteidigte es auf Kosten großer Verluste an Menschenleben.

Nach der Einnahme von Plewna Anfang Dezember 1877 überquerte die russische Armee das Balkengebirge und drang unter strengen Winterbedingungen in das südliche Bulgarien ein. Es begann eine breite Offensive über das gesamte Einsatzgebiet, die zur Niederlage der türkischen Truppen führte. Im Januar 1878 besetzten russische Truppen Adrianopel und näherten sich Konstantinopel. Bei diesen militärischen Operationen spielte General M. D. Skobelew eine herausragende Rolle.

Ganz Abchasien war in Transkaukasien an der Schwarzmeerküste besetzt. Im November 1877 stürmten russische Truppen die türkische Festung Kars. Die militärische Niederlage der Türkei wurde offensichtlich.

Friedensvertrag von San Stefano.

Im Februar 1878 wurde in San Stefano ein provisorischer (vorläufiger) Friedensvertrag unterzeichnet. Seine Hauptbedeutung bestand darin, die Souveränität der Balkanvölker zu gewährleisten und den Einfluss Russlands im Nahen Osten zu stärken.

Serbien, Rumänien und Montenegro, die zuvor nur eine Autonomie innerhalb der Türkei hatten, erlangten die Unabhängigkeit. Bulgarien, Bosnien und Herzegowina, die jahrhundertlang unter dem osmanischen Joch schmachteten, wurden zu autonomen Fürstentümern. Der Vertrag von San Stefano brachte tatsächlich alle Balkanvölker aus der türkischen Herrschaft heraus.

Russland gewann das nach dem Krimkrieg verlorene Südbessarabien zurück, erwarb neue Stützpunkte im Kaukasus - Batum, Kars, Ardahan und Bajazet. Diese Festungen hatten eine wichtige strategische Bedeutung, um die Türkei in Transkaukasien unter Druck zu setzen.

Berliner Kongress.

Die dritte Phase der Ostkrise in den 70er Jahren wurde durch die Verschärfung der Situation in Europa verursacht. Die Westmächte wollten sich nicht mit der Stärkung der russischen Positionen auf dem Balkan und im Kaukasus abfinden. Sie weigerten sich, die Bedingungen des Vertrags von San Stefano anzuerkennen, forderten dessen Revision und die Einberufung eines internationalen Kongresses. Russland, das nicht bereit für einen neuen europaweiten Krieg war, musste nachgeben.

Im Juni 1878 wurde in Berlin ein Kongress eröffnet, an dem Russland, die Türkei, England, Frankreich, Deutschland und Österreich-Ungarn teilnahmen. Russland befand sich in völliger Isolation. Die europäischen Staaten haben geschlossen ihren Willen gegenüber den russischen Diplomaten durchgesetzt. Ihr Hauptziel war es, den russischen Einfluss auf dem Balkan zu untergraben und die Ergebnisse der militärischen Siege Russlands herabzusetzen. Dabei nahmen sie am wenigsten Rücksicht auf die Interessen der Balkanvölker.

Im Juli wurde auf dem Berliner Kongress ein Vertrag unterzeichnet, der die Bedingungen des Vertrages von San Stefano wesentlich veränderte.

Bulgarien wurde in zwei Teile geteilt.

Nur Nordbulgarien wurde autonom, mit eigener Regierung und nationaler Armee, während Südbulgarien unter dem Joch der Türkei blieb.

Die Unabhängigkeit Serbiens, Montenegros und Rumäniens wurde bestätigt, aber ihre Territorien wurden deutlich reduziert. Österreich-Ungarn besetzte Bosnien und Herzegowina.

England erhielt die Insel Zypern für seine Unterstützung der Türkei.

Es begann die Zerstückelung des Osmanischen Reiches.

Trotz der Beschlüsse des Berliner Kongresses war der Russisch-Türkische Krieg von 1877 - 1878 ein Meilenstein für die Befreiung der slawischen Völker und die Schaffung ihrer nationalen Staatlichkeit.

AUSSENPOLITIK RUSSLANDES AM ENDE DES XIX. JHS.

Der Berliner Kongress enthüllte eine neue Verteilung der europäischen Kräfte. Der Sieg des englisch-österreichischen Blocks wurde durch die deutsche Position begünstigt. Dies trug zur Konsolidierung der österreichisch-deutschen Annäherung bei. Zugleich wurde die völlige Unzulänglichkeit der russischen Orientierung auf Deutschland und das Dreikaiserbündnis deutlich. Russland war gezwungen, sich einen neuen Verbündeten zu suchen, der zuverlässiger war als Deutschland.

Im letzten Viertel des XIX. Jahrhunderts wuchsen die europäischen Spannungen aufgrund der sich vertiefenden Widersprüche zwischen den Großmächten Russland, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Österreich-Ungarn stetig. Ihre Konfrontation bestimmte die Lage in der Welt und berührte auch die Interessen anderer Staaten.

Konflikte haben viele Regionen erfasst: den Nahen und Mittleren Osten, die Balkanhalbinsel, Nordafrika, den Fernen Osten, Südostasien.

Daher ist für Russland, wie auch für andere Staaten, das wichtigste Problem die Suche nach Verbündeten, um ihre eigenen Probleme in diesen Konflikten zu lösen. Das Ende des XIX. Jahrhunderts und der Beginn des XX. Jahrhunderts waren durch die Bildung zweier feindlicher Blöcke gekennzeichnet.

Der Dreibund.

Der erste der Blöcke begann sich Ende der 70er Jahre zu bilden. 1879 schlossen Deutschland und Österreich-Ungarn heimlich ein Bündnis gegen Russland und Frankreich.

Nach dem Beitritt Italiens entstand 1882 der Dreibund der mitteleuropäischen Mächte.

Dieses Bündnis verfolgte eine aggressive Politik auf dem Balkan und im Nahen und Mittleren Osten. Österreich-Ungarn bereitete sich auf die Eroberung Serbiens vor. Deutschland verstärkte seinen Einfluss in der Türkei und im Irak und intensivierte seine Kolonialpolitik in Afrika und im Fernen Osten. Der metaphorische Satz des Reichskanzlers O. v. Bismarck, dass auch die Deutschen „ihren Platz an der Sonne brauchen“, ist zu einem Motto der deutschen Diplomatie geworden.

Trotz der zweifachen Verlängerung des Abkommens zwischen den drei Kaisern (1881 und 1884) und der Unterzeichnung eines „Rückversicherungsvertrags“ im Jahr 1887 nahm das Misstrauen gegenüber den deutsch-russischen Beziehungen zu. Beide Seiten

erlegten sich gegenseitig protektionistische Zölle und ungünstige Handelsbedingungen auf.

Deutschland bereitete sich auf einen Krieg gegen Russland und Frankreich vor. Der deutsche Generalstab begann bereits in den 80er Jahren des XIX. Jahrhunderts derartige militärstrategische Pläne zu entwickeln.

Das russisch-französische Bündnis.

In seiner Außenpolitik war Russland gezwungen, seine traditionelle Ausrichtung auf die mitteleuropäischen Staaten zu überdenken und nach neuen Verbündeten zu suchen.

Sie begann eine aktive Annäherung an Frankreich.

Auslöser dafür waren die antirussische Politik Deutschlands im Nahen Osten, der Aufstieg des deutschen Militarismus und die Wiederaufnahme des Dreibundes im Jahr 1891.

Frankreich fürchtete das Erstarken Deutschlands in Europa und das Anwachsen seiner kolonialen Ansprüche. Deshalb war sie auch an einer Annäherung an Russland interessiert.

Im Juli 1891 traf ein französisches Geschwader in Kronstadt ein. Gleichzeitig mit dem Besuch der Kriegsschiffe fanden russisch-französische Verhandlungen von Diplomaten und Militärs über den Abschluss eines Bündnisses statt. In den Jahren 1891-1892 wurden die ersten Dokumente (politisches Abkommen und Militärkonvention) über gemeinsame Aktionen im Falle der Bedrohung einer der Parteien durch Deutschland oder Österreich-Ungarn unterzeichnet. Die Ratifizierung der Konvention im Jahr 1893 bedeutete die endgültige Bildung des russisch-französischen Bündnisses, das eine antideutsche Ausrichtung und einen defensiven Charakter hatte.

Mit der Bildung zweier gegensätzlicher Bündnisse (Dreibund und Russisch-Französisches Bündnis) begann eine neue Etappe in der Geschichte der internationalen Beziehungen, verbunden mit sich vertiefenden Widersprüchen in Europa und einem erbitterten Kampf zwischen den Großmächten um die weitere Aufteilung der Welt in Einflussbereiche.

Kapitel 25

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE ENTWICKLUNG RUSSLANDS IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES XIX. JHS.

In der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts setzte sich die Bildung des Russischen Reiches fort (vor allem durch die Einverleibung von Zentralasien). Im Jahr 1897 betrug die Bevölkerungszahl 128 Millionen.

Die Landbewohner überwogen.

Gleichzeitig wuchs die Zahl der Stadtbewohner rapide an und erreichte bis zum Ende des Jahrhunderts 13%.

Merkmale der Wirtschafts- und Sozialstruktur.

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Russlands wurde von den Bedingungen und der Durchführung der Bauernreform bestimmt. Ab 1861 begann sich der Kapitalismus als dominierende Produktionsweise zu etablieren. Neben den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten in Russland gab es auch signifikante Merkmale in der Entwicklung des Kapitalismus. Er erklärte sich durch die Bewahrung traditioneller Strukturen in der Wirtschaft und den gesellschaftspolitischen Strukturen: der Grundbesitz der Großgrundbesitzer, die bäuerliche Gemeinschaft, die Spaltung der Gesellschaft in Klassen und deren Ungleichheit, die Autokratie, die die Interessen der Großgrundbesitzer schützte und durch den militärisch-polizeilichen Apparat unterstützt wurde.

Die russische Gesellschaft (vor allem die Bauern und Großgrundbesitzer) war auf kapitalistische Verhältnisse schlecht vorbereitet. Die patriarchalische Gemeinschaftsmentalität und der naive Monarchismus der Mehrheit der Bevölkerung behinderten die aktive Wahrnehmung grundlegender Veränderungen in der Wirtschaft des Landes. Der Staat übte aufgrund seines absolutistischen Charakters weiterhin einen entscheidenden Einfluss sowohl auf die Wirtschaft als auch auf die Entwicklung der Sozialstruktur aus.

Die Wirtschaft zeichnete sich durch Vielgestaltigkeit aus: die kapitalistische Großproduktion koexistierte mit der patriarchalischen Bauernwirtschaft, der halbfeudalen Gutsherrenwirtschaft, der kleinteiligen Warenproduktion in der Stadt und auf dem Land. Es gab starke Ungleichgewichte in den Hauptwirtschaftssektoren: dem schnellen Wachstum der Industrie stand die langsam überwundene Stagnation der Landwirtschaft gegenüber.

Der Prozess der anfänglichen Kapitalakkumulation wurde verzögert.

Dies ebnete den Weg für ein breites Eindringen ausländischer Investitionen in die russische Wirtschaft.

Trotz der rasanten Entwicklung des Kapitalismus in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts dauerte die Modernisierung in Russland recht lange und holte den Rückstand zu den führenden kapitalistischen Ländern der damaligen Zeit immer wieder auf.

Die Landwirtschaft.

In der russischen Wirtschaft nahm der Agrarsektor die beherrschende Stellung ein. In diesem Bereich schritt die Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse am langsamsten voran. Von den 280 Millionen Desjatinen Land befanden sich 102 Millionen in Privatbesitz. Die meisten (77%) und der Teil mit der besten Qualität gehörten den Großgrundbesitzern. Der Hauptindikator für die bürgerliche Entwicklung des Agrarsektors war daher der Zustand der Gutsherrnwirtschaft. In der Zeit nach der Reform bildeten sich darin drei Typen heraus: Arbeitsdienst, kapitalistisch und gemischt - mit Elementen des Kapitalismus und des Arbeitsdienstes.

Das Arbeitsdienstsystem bestand darin, dass die Bauern das Land des Grundherrn mit ihren eigenen Arbeitsgeräten bearbeiteten. Es war bedingt durch die Landknappheit und den Geldmangel der Bauern, die gezwungen waren, für das von ihnen gepachtete Land in die Knechtschaft des Grundherrn zu gehen. Es war eine halbfeudale Form der Ausbeutung mit einer charakteristisch extrem niedrigen Arbeitsproduktivität. Der

Arbeitsdienst war besonders in den Schwarzerdregionen des Zentrums und in der Wolga-Region verbreitet, wo früher Frondienst vorherrschte.

Das kapitalistische System implizierte den Einsatz von frei angeheuerten Arbeitskräften bäuerlicher Landarbeiter, die das Land des Grundherrn mit seinem Inventar bewirtschafteten. In diesen Betrieben wurden landwirtschaftliche Maschinen in größerem Umfang eingeführt, die Struktur der Produktion wurde verbessert und ihre Marktfähigkeit wuchs schneller. Diese Art von Betrieben war charakteristisch für die baltischen Staaten, die Ukraine und das westliche Weißrussland.

Ein gemischtes System, das freie Mitarbeiter und Schuldarbeiter einsetzte, war in der Linksukraine, Ostweißrussland und einigen westrussischen Provinzen weit verbreitet.

Ende der 70er Jahre des XIX. Jahrhunderts begann das kapitalistische Landwirtschaftssystem das System der Schuldarbeit allmählich zu ersetzen.

Die Grundherren, die ihre Höfe nicht auf die neuen Schienen setzten, gingen nach und nach in Konkurs und verkauften ihre Ländereien. Es gab im Land einen Prozess der Umverteilung von Land, da ein Teil des Landes von der Bourgeoisie gekauft wurde.

Die bäuerliche Wirtschaft passte sich noch langsamer an die kapitalistischen Verhältnisse an als die der Grundbesitzer. Dies wurde hauptsächlich durch den Mangel an Land verursacht. Die bäuerlichen Gemeinden besaßen 139 Millionen Desjatinen an Land, was in den 60er Jahren 5 Desjatinen waren, aber bis zum Ende des XIX. Jahrhunderts auf 2,5 Desjatinen pro Mann gesunken war. Zusätzlich wurden die Bauern durch Steuern und hohe Ablösesummen erdrückt, was zu einem Mangel an Geld führte, das für die Entwicklung der Landwirtschaft benötigt wurde.

Sie wurde auch durch die regelmäßige Umverteilung des Landes innerhalb der Gemeinde, den allgemeinen Analphabetismus und die Rückständigkeit der Bauern zurückgehalten. Die meisten ihrer Betriebe standen am Rande des Überlebens. In mageren Jahren überzog eine Massenverhungerung die russischen Landstriche. Nur wenigen Bauern gelang es, profitable, marktorientierte Betriebe zu schaffen.

Im Allgemeinen entwickelte sich die Landwirtschaft in extensiver Weise weiter. Daher war das Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion hauptsächlich auf die Ausweitung der Anbauflächen und die Erschließung neuer Flächen zurückzuführen. Der Einsatz von Arbeitskräften, der Einsatz landwirtschaftlicher Maschinen und die Verbesserung agrotechnischer Methoden - ein intensiver Weg -, der für landwirtschaftliche Betriebe in Privatbesitz charakteristisch ist, führten jedoch zu einem gewissen Ertragsanstieg. Die Spezialisierung der landwirtschaftlichen Regionen wurde festgelegt: das Schwarzerdezentrum, der Süden der Ukraine und die Wolga-Region wurden zur Kornkammer, die nordwestlichen und zentralen Gouvernements, die auf Milchviehzucht spezialisiert waren, und die Rinderzucht entwickelten sich in den südöstlichen Gouvernements. Dies trug zur Vollendung der Bildung des allrussischen Marktes bei.

Trotz aller Schwierigkeiten wandelte sich der Agrarsektor der russischen Wirtschaft von einem krisenhaften und stagnierenden in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts zu einem sich entwickelnden und marktfähigen Sektor. Gleichzeitig bewahrte die unvollständige kapitalistische Reform der Landwirtschaft die

scharfe Konfrontation zwischen Bauern und Grundherren.

Die Agrar- und Bauernfrage blieb im Mittelpunkt des gesellschaftspolitischen Lebens des Landes. Dies behinderte den evolutionären (reformistischen) Entwicklungsweg und schuf Voraussetzungen für zukünftige revolutionäre Umwälzungen.

Die Industrie.

Die Aufhebung der Leibeigenschaft schuf günstige Bedingungen für das schnelle Wachstum des Kapitalismus in allen Industriezweigen.

Es entstand eine freie Arbeiterschaft, die Kapitalakkumulation intensivierte sich, der Binnenmarkt expandierte allmählich und die Verbindungen zum Weltmarkt wuchsen.

Die Entwicklung des Kapitalismus in der Industrie in Russland hatte jedoch eine Reihe von Eigenheiten. Das schnelle Produktionstempo verkürzte die Phase des „freien“, vormonopolistischen Industriekapitalismus. In wenigen Jahrzehnten ist Russland den Weg gegangen, der in Europa zwei Jahrhunderte gedauert hat.

Die Vielseitigkeit der Industrie blieb erhalten, so dass die große Maschinenindustrie neben der Manufaktur und der kleinen (handwerklichen) Produktion stand.

Ein weiteres Merkmal war die ungleichmäßige Verteilung der Industrie in Russland. Neben den hoch entwickelten Regionen - Nordwesten (St. Petersburg - Baltikum), Zentrum (um Moskau), Süden (Ukraine) u. a. - blieben Sibirien, Fernost und Zentralasien in industrieller Hinsicht unterentwickelt.

Die Industrie entwickelte sich in verschiedenen Zweigen ungleichmäßig.

Die führende Rolle spielte die Leichtindustrie (vor allem die Textil- und Lebensmittelindustrie). Die Textilproduktion war in der technischen Ausstattung am weitesten fortgeschritten. Mehr als die Hälfte der Industriearbeiter war hier beschäftigt. Auch die Schwerindustrie (Bergbau, Metallurgie und Öl) gewann an Dynamik. Der heimische Maschinenbau war jedoch schlecht entwickelt.

Russland zeichnete sich besonders durch starke staatliche Eingriffe in den industriellen Bereich durch Kredite, staatliche Subventionen, staatliche Anordnungen, Finanz- und Zollpolitik aus.

Dies legte den Grundstein für die Bildung eines Systems des Staatskapitalismus.

Der Mangel an inländischem Kapital führte zu einem intensiven Zustrom ausländischer Investoren aus England, Frankreich, Deutschland und Belgien, die von der Billigkeit der Arbeitskräfte, den reichen Rohstoffen und folglich der Möglichkeit hoher Gewinne angezogen wurden.

In der Kohle-, Metallurgie- und Maschinenbauindustrie nahm ausländisches Kapital eine beherrschende Stellung ein.

Die Etablierung des Kapitalismus in der Industrie durchlief zwei Phasen.

In den 60er und 70er Jahren wurde die Umgestaltung durchgeführt. Deshalb verlangsamte sich das Produktionstempo, vor allem in den traditionellen Industriegebieten (Ural). In den 80er und 90er Jahren gab es ein rasantes Wirtschaftswachstum. Dies war eine Folge der Vollendung der industriellen Revolution, die bereits in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts begann. Von nun an wurden die

wichtigsten Industrieprodukte Russlands in Unternehmen hergestellt, die mit Dampf- und Elektromaschinen ausgestattet waren. Neue Industrien - Kohlebergbau, Ölförderung, Chemie und Maschinenbau - wurden intensiv entwickelt. In dieser Hinsicht hat die Rolle des Donezbeckens, der Region Baku, der Maschinenbauzentren (St. Petersburg, Nischni Nowgorod) stark zugenommen. In 40 Jahren nach der Reform stieg die gesamte Industrieproduktion in Russland um das 7-fache (in Deutschland - um 5, in England - um 2, in Frankreich - um 2,5).

In den 90er Jahren entstanden die ersten monopolistischen Vereinigungen.

Das Verkehrswesen.

Eine große Rolle bei der Industrialisierung Russlands spielte die Entwicklung des mechanisierten Verkehrs, insbesondere des Eisenbahnnetzes. Ihre Entstehung war von wirtschaftlicher, strategischer und sozialer Bedeutung und trug zu einer intensiveren Entwicklung anderer Industrien bei.

Die Eisenbahnen wurden mit umfangreicher Beteiligung von privatem (darunter ausländischem) Kapital gebaut. Mitte der 90er Jahre befanden sich die meisten Eisenbahnen jedoch unter staatlicher Kontrolle.

(Dies war eines der charakteristischen Beispiele für die Bildung des Staatskapitalismus.)

Das intensivste Eisenbahnnetz wurde im europäischen Teil Russlands geschaffen, dessen Zentrum Moskau war. Bis zum Ende des XIX. Jahrhunderts erschienen Eisenbahnen in Transkaukasien, Zentralasien, im Ural und Sibirien. In den 60er Jahren war die Länge der Eisenbahnen in Russland 2 Tausend Werst, bis zum Ende des XIX. Jahrhunderts hat es sich auf 53 Tausend erhöht. Der wirtschaftliche Haupttransport wurde nun durch die Eisenbahn durchgeführt. Der Eisenbahnbau verband Russland eng mit Europa.

Zugleich wurde der Wasserverkehr verbessert. Dampfschiffe waren hauptsächlich im Wolga-Becken konzentriert. Flussdampfschiffahrt entwickelte sich auch auf dem Dnjepr, dem Don, dem Ob und dem Jenissej. Bis zum Ende des XIX. Jahrhunderts gab es 2.500 Dampfschiffe auf russischen Flüssen. Die Zahl der Seedampfer stieg in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts um das 10-fache.

Der Handel.

In der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts wurde die Bildung des allrussischen Marktes abgeschlossen.

Produktion und Verbrauch haben endlich einen Warencharakter erlangt.

Das Haupthandelsgut waren landwirtschaftliche Produkte, vor allem Brot, das zu mehr als 50 % auf den in- und ausländischen Markt ging.

Der Handel mit Industrieprodukten wuchs schnell, und die Nachfrage nach ihnen stieg nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Lande.

Der Verkauf von Rohstoffen war weit verbreitet: Eisenerz, Kohle, Holz, Öl, usw.

Russland wurde zunehmend in den Weltmarkt hineingezogen. Das Volumen des Außenhandels nahm stetig zu. In der Exportstruktur überwogen landwirtschaftliche Erzeugnisse (insbesondere Brot). Versuche, asiatische Märkte für den Massenabsatz russischer Industrieprodukte zu erschließen, stießen auf europäische Konkurrenz und blieben erfolglos.

Die Importe bestanden nicht nur aus Luxusgütern und Kolonialwaren, wie in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts, sondern auch aus Metallen und Maschinen. Die

wichtigsten Außenhandelspartner Russlands waren Deutschland und England. Eine besondere Stellung nahm der Import von Baumwolle (aus den USA) ein, die für die Entwicklung der Textilindustrie notwendig war. In der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts zeichnete sich Russland durch eine stabile und aktive Außenhandelsbilanz aus, die hauptsächlich auf den Export von Getreide zurückzuführen war.

Das Finanzwesen.

Das Finanzsystem Russlands hat erhebliche Veränderungen erfahren. Die Staatsbank wurde gegründet, die das Recht erhielt, Banknoten auszugeben.

Das Finanzministerium wurde zum alleinigen Verwalter der öffentlichen Mittel. Im Bereich des Geldumlaufs ergriff die Regierung eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung des Rubels.

Von besonderer Bedeutung war die Währungsreform S. J. Wittes im Jahr 1897, die den Rubel an den Goldwert heranführte. Russisches Geld wurde auf dem globalen Finanzmarkt hoch notiert.

Es entstand ein neues öffentliches und privates Kreditsystem. Sie förderte die Entwicklung der wichtigsten Industrien und vor allem den Eisenbahnbau.

Die ersten Aktiengeschäftsbanken entstanden in St. Petersburg, Moskau, Kiew und Charkow.

Bis zum Ende des Jahrhunderts gab es mehr als 40 davon. Einige von ihnen wurden jedoch insolvent und gingen während der Finanzkrisen von 1873 und 1882 in Konkurs.

Ausländisches Kapital spielte eine bedeutende Rolle im Finanzleben Russlands, dessen Investitionen im Bankwesen, in der Industrie und im Eisenbahnbau bis zum Ende des XIX. Jahrhunderts 900 Millionen Rubel erreichten.

Sozialstruktur.

Der Übergangscharakter der historischen Entwicklung Russlands nach der Reform und der multistrukturierten Wirtschaft bestimmte die Einzigartigkeit der Sozialstruktur und die Vielfalt der sozialen Gegensätze. Die Klasseneinteilung der Gesellschaft blieb erhalten. Jede Klasse (Adel, Bauern, Kaufleute, Bürger, Klerus) hatte klar definierte Privilegien oder Einschränkungen.

Die Entwicklung des Kapitalismus veränderte allmählich die soziale Struktur und das Aussehen der Stände und bildete zwei neue soziale Gruppen - die Klassen der kapitalistischen Gesellschaft (die Bourgeoisie und das Proletariat). In der Sozialstruktur verschränkten sich Merkmale der alten und neuen Gesellschaftsordnung.

Die Vormachtstellung im Lande gehörte immer noch dem Adel.

Ihre leichte wirtschaftliche Schwächung hat ihren gesellschaftspolitischen Einfluss nicht beeinträchtigt.

Der Adel blieb das Rückgrat der Autokratie und hielt Schlüsselpositionen in der Bürokratie, der Armee und im öffentlichen Leben.

Einige Adlige, die sich an die neuen Bedingungen anpassten, beteiligten sich aktiv an industriellen und finanziellen Aktivitäten.

Die Bourgeoisie, die sich aus Kaufleuten, Kleinbürgern und Vertretern der reichen Bauernschaft zusammensetzte, wuchs schnell. Sie gewann allmählich an wirtschaftlicher Stärke, spielte aber im politischen Leben des Landes eine untergeordnete Rolle. Schwach und unorganisiert, unterstützte sie eine Autokratie, die eine expansionistische Außenpolitik und die Möglichkeit zur Ausbeutung der Arbeiter sicherstellte.

Die Bauern blieben die größte gesellschaftliche Gruppe.

Als sie 1861 ihre Freiheit erlangten, fiel es ihnen schwer, sich an ihren neuen gesellschaftlichen Status anzupassen.

Dieser Klasse wurden weiterhin zahlreiche Einschränkungen in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen auferlegt. Die Gemeinde, die das rechtliche, wirtschaftliche und persönliche Leben des Bauern begrenzte, blieb unverändert. Die Gemeinde bremste die soziale Spaltung der Bauern, konnte sie aber nicht verhindern. Es ging langsamer voran.

Das Eindringen der kapitalistischen Verhältnisse in das Dorf trug jedoch zur Spaltung der Dorfbewohner in Kulaken (ländliche Bourgeoisie) und die Masse der armen und halbarmen Bauernschaft bei.

Die verarmte Bauernschaft und die städtischen Armen dienten als Quelle für die Bildung des Proletariats.

Die Besonderheit der russischen Arbeiterklasse war, dass sie ihre Bindungen zum Dorf nicht abbrach.

Die Reifung des Kaderproletariats verlief daher nur langsam.

Die Situation der russischen Arbeiterklasse unterschied sich erheblich von der der westeuropäischen. In Russland gab es schwierige Arbeits- und Lebensbedingungen, keine Gewerkschaften und kein Versicherungssystem für Arbeitnehmer.

All dies bewegte sie dazu, für wirtschaftliche Rechte zu kämpfen. Die Versuche der Regierung, durch den Erlass von Fabrikgesetzen in die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern einzugreifen, waren von geringer Wirkung. Die regierungsfeindlichen Aktivitäten der Revolutionäre fielen auf den fruchtbaren Boden der proletarischen Unzufriedenheit mit dem im Lande entstandenen harten Ausbeutungssystem.

Die soziale Struktur Russlands nach der Reform und die Notlage eines Großteils der Bevölkerung beherbergten zu Beginn des XX. Jahrhunderts die Anfänge mächtiger sozialer Umwälzungen.

Kapitel 26

IDEELLER KAMPF UND GESELLSCHAFTLICHE BEWEGUNG IN RUSSLAND IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES XIX. JHS.

In der zweiten Hälfte der 50er Jahre des XIX. Jahrhunderts (der Zeit der Vorbereitung der Bauernreform) kam es im gesellschaftspolitischen Leben Russlands zu einer gewissen Konvergenz verschiedener ideologischer Strömungen. Die ganze Gesellschaft verstand die Notwendigkeit, das Land zu erneuern.

Sie hat die begonnene Reformarbeit der Regierung vorangetrieben und stimuliert. Der

Prozess der Umsetzung der Reform und ihre Ergebnisse verschärften und vertieften jedoch die ideologische und politische Konfrontation in der Gesellschaft.

Gründe für den Aufstieg der sozialen Bewegung.

Die Hauptsache ist die Erhaltung des alten gesellschaftspolitischen Systems und vor allem des autokratischen Systems mit seinem Polizeiapparat, der privilegierten Stellung des Adels und dem Mangel an demokratischen Freiheiten. Ein ebenso wichtiger Grund ist die ungelöste Agrar- und Bauernfrage, die im gesellschaftlichen Leben des Landes weiterhin eine zentrale Rolle spielte. Die Halbherzigkeit der Reformen der 60-70er Jahre und die Schwankungen des Regierungskurses (Liberalisierungsmaßnahmen und Verschärfung der Repressionen) aktivierten auch die soziale Bewegung.

Ein besonderer Grund war die Vielfalt und Schärfe der gesellschaftlichen Widersprüche. Zu den früheren - zwischen Bauern und Grundbesitzern - kamen neue hinzu, die durch die Entwicklung des Kapitalismus verursacht wurden - zwischen Arbeitern und Unternehmern, dem liberalen Bürgertum und dem konservativen Adel, zwischen der Autokratie und den Völkern, die Teil des russischen Reiches waren.

Ein charakteristisches Merkmal des russischen öffentlichen Lebens in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts war das Fehlen von mächtigen regierungsfeindlichen Protesten der breiten Volksmassen. Bauernaufstände, die nach 1861 ausbrachen, klangen schnell ab, und die Arbeiterbewegung steckte in den Kinderschuhen. Das Volk hielt zaristische Illusionen aufrecht.

Die Bourgeoisie war auch politisch träge. All dies bereitete den Boden für den Triumph des militanten Konservatismus und bedingte eine extrem schmale gesellschaftliche Basis für die Aktivitäten der Revolutionäre.

In der Zeit nach der Reform bildeten sich schließlich drei Strömungen in der sozialen Bewegung heraus - Konservative, Liberale und Radikale.

Sie hatten unterschiedliche politische Ziele, Organisationsformen und Methoden des Kampfes, geistige und moralisch-ethische Positionen.

Die Konservativen.

Die gesellschaftliche Basis dieser Richtung bildeten der reaktionäre Adel, der Klerus, das Bürgertum, die Kaufleute und ein großer Teil der Bauernschaft.

Der Konservatismus der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts blieb im ideologischen Rahmen der Theorie der „offiziellen Nationalität“. Die Autokratie wurde immer noch zum wichtigsten Fundament des Staates erklärt, um die Größe und den Ruhm Russlands zu gewährleisten. Die Orthodoxie wurde zur Grundlage des religiösen Lebens des Volkes erklärt und aktiv propagiert.

Nationalität bedeutete die Einheit des Zaren mit dem Volk, was bedeutete, dass es keinen Grund für soziale Konflikte gab. Darin sahen die Konservativen die Eigenart des historischen Weges Russlands.

Innenpolitisch kämpften die Konservativen für die Festigkeit der Autokratie, gegen die liberalen Reformen der 60 - 70er Jahre und versuchten in den folgenden Jahrzehnten, deren Ergebnisse zu begrenzen. Im wirtschaftlichen Bereich setzten sie sich für die Unverletzlichkeit des Privateigentums, die Erhaltung des Grundeigentums der Gutsbesitzer und des Gemeinwesens ein.

Im sozialen Bereich bestanden sie darauf, die Position des Adels als Fundament des Staates zu stärken und die Klassenteilung der Gesellschaft zu erhalten. In der Außenpolitik entwickelten sie Ideen des Panslawismus – die Vereinigung der slawischen Völker um Russland. In der religiösen Sphäre verteidigten die Vertreter der konservativen Intelligenz die Prinzipien der patriarchalischen Lebensweise, der Religiosität, der unbedingten Unterwerfung unter die Autorität. Das Hauptziel ihrer Kritik war die Theorie und Praxis der Nihilisten, die traditionelle moralische Prinzipien ablehnten. (F. M. Dostojewski enthüllte in dem Roman „Die Dämonen“ die Unmoral ihrer Aktivitäten.)

Die Ideologen der Konservativen waren K. P. Pobedonoszew, D. A. Tolstoi, M. N. Katkow. Der offiziell-bürokratische Apparat, die Kirche und die reaktionäre Presse halfen, ihre Ideen zu verbreiten.

M. N. Katkow trieb in der Zeitung „Moskowskije Wedomosti“ die Tätigkeit der Regierung in eine reaktionäre Richtung, formulierte die Grundideen des Konservatismus und formte die öffentliche Meinung in diesem Sinne.

Die Konservativen waren Staatswächter. Sie reagierten negativ auf jede soziale Massenaktion und befürworteten Ordnung, Ruhe und Tradition.

Die Liberalen.

Die soziale Basis der liberalen Strömung bildeten die bürgerlichen Grundbesitzer, ein Teil der Bourgeoisie und Intellektuelle (Wissenschaftler, Schriftsteller, Journalisten, Ärzte u. a.).

Sie verteidigten die Idee eines gemeinsamen Weges der historischen Entwicklung Russlands mit Westeuropa.

Innenpolitisch bestanden die Liberalen auf der Einführung von Verfassungsgrundsätzen, demokratischen Freiheiten und der Fortsetzung von Reformen. Sie befürworteten die Schaffung eines gesamtrussischen Wahlgremiums (Semski Sobor), die Erweiterung der Rechte und Funktionen der lokalen Selbstverwaltungsorgane (Semstvos).

Das politische Ideal war für sie die konstitutionelle Monarchie.

Die Liberalen traten für die Beibehaltung einer starken Exekutive ein, da sie diese für einen notwendigen Stabilitätsfaktor hielten, und forderten Maßnahmen zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit und der Zivilgesellschaft in Russland.

Im sozioökonomischen Bereich begrüßten sie die Entwicklung des Kapitalismus und die Freiheit des Unternehmertums, befürworteten die Erhaltung des Privateigentums und niedrigere Ablösezahlungen.

Die Forderung nach Abschaffung der Klassenprivilegien, die Anerkennung der Unantastbarkeit des Individuums und seines Rechts auf freie geistige Entwicklung war die Grundlage ihrer moralisch-ethischen Ansichten.

Die Liberalen befürworteten einen evolutionären Entwicklungsweg und hielten Reformen für die Hauptmethode der gesellschaftspolitischen Modernisierung Russlands. Sie waren bereit, mit der Autokratie zu kooperieren. Deshalb bestand ihre Tätigkeit hauptsächlich darin, „Adressen“ - Petitionen an den Zaren mit Vorschlägen für ein Reformprogramm einzureichen. Die meisten „Linksliberalen“ nutzten manchmal konspirative Treffen ihrer

Anhänger.

Die Ideologen der Liberalen waren Wissenschaftler, Publizisten und Semstwo-Führer (K. D. Kawelin, B. N. Tschitscherin, W. A. Golzew, D. I. Schachowskoi, F. I. Roditschew, P. A. Dolgorukow).

Ihre organisatorischen Hochburgen waren Semstvos und Zeitschriften („Der russischer Gedanke“, „Europa-Bote“) und wissenschaftliche Gesellschaften.

Die Liberalen haben keine stabile und institutionalisierte Opposition zur Regierung aufgebaut.

Eigenheiten des russischen Liberalismus: sein nobler Charakter aufgrund der politischen Schwäche der Bourgeoisie und die Bereitschaft, mit den Konservativen zu konvergieren. Sie waren geeint durch ihre Angst vor dem „Volksaufstand“ und den Aktionen der Radikalen.

Die Radikalen.

Vertreter dieser Richtung starteten aktive regierungsfeindliche Aktivitäten.

Im Gegensatz zu Konservativen und Liberalen strebten sie nach gewalttätigen Methoden zur Reform Russlands und einer radikalen Umstrukturierung der Gesellschaft (dem revolutionären Weg).

In der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts hatten die Radikalen keine breite gesellschaftliche Basis, obwohl sie objektiv die Interessen der Werktätigen (Bauern und Arbeiter) vertraten. Ihre Bewegung brachte Menschen aus verschiedenen Gesellschaftsschichten (Bürgerliche) zusammen, die sich dem Dienst am Volk verschrieben.

Der Radikalismus wurde weitgehend durch die reaktionäre Politik der Regierung und die Bedingungen der russischen Realität provoziert: Polizeibrutalität, fehlende Rede-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit. Daher konnten in Russland selbst nur geheime Organisationen existieren.

Radikale Theoretiker waren meist gezwungen, auszuwandern und im Ausland zu operieren. Dies stärkte die Verbindungen zwischen den russischen und westeuropäischen revolutionären Bewegungen.

In der radikalen Richtung der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts wurde die vorherrschende Position von der Strömung eingenommen, deren ideologische Grundlage die Theorie der besonderen, nichtkapitalistischen Entwicklung Russlands und des „kommunalen Sozialismus“ war.

In der Geschichte der radikalen Bewegung der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts gibt es drei Etappen: die 60er Jahre - die Bildung der revolutionär-demokratischen Ideologie und die Schaffung von geheimen bürgerlichen Zirkeln; die 70er Jahre - die Bildung der Narodnik-Doktrin, der besondere Umfang der Propaganda und der terroristischen Aktivitäten der Organisationen der revolutionären Narodniki; 80 - 90er Jahre, Aktivierung der liberalen Narodniki und Beginn der Ausbreitung des Marxismus, auf dessen Grundlage die ersten sozialdemokratischen Gruppen entstanden; Mitte der 90er Jahre ließ die Popularität des Narodnikismus nach, und es gab eine kurze Periode breiter Begeisterung für marxistische Ideen unter der demokratisch gesinnten Intelligenz.

„Die Sechziger Jahre“.

Der Aufschwung der Bauernbewegung in den Jahren 1861 - 1862 war die Antwort des Volkes auf die Ungerechtigkeit der Reform vom 19. Februar. Dies aktivierte die Radikalen, die auf einen Bauernaufstand hofften.

In den 60er Jahren bildeten sich zwei Zentren des Radikalismus heraus. Eine ist im Umfeld der Redaktion von „Kolokol“, herausgegeben von A. I. Herzen in London. Er warb für seine Theorie des „kommunalen Sozialismus“ und kritisierte scharf die ruinösen Bedingungen der Befreiung der Bauern.

Das zweite Zentrum entstand in Russland um die Redaktion der Zeitschrift „Zeitgenosse“. Ihr Ideologe war N. G. Tschernyschewski, das Idol der bürgerlichen Jugend jener Zeit. Er kritisierte auch die Regierung für das Wesentliche der Reformen, träumte vom Sozialismus, aber im Gegensatz zu A. I. Herzen, sah er die Notwendigkeit für Russland, die Erfahrungen des europäischen Modells der Entwicklung zu nutzen. Im Jahre 1862 wurde N. G. Tschernyschewski verhaftet, zu Zwangsarbeit und Verbannung nach Sibirien verurteilt.

Deshalb konnte er selbst nicht aktiv am sozialen Kampf teilnehmen, aber auf der Grundlage seiner Ideen wurden in den frühen 60er Jahren mehrere Geheimorganisationen gebildet. Zu ihnen gehörten N. A. und A. A. Serno-Solovyevich, G. E. Blagoswetlow, N. I. Utin u. a. „Links“-Radikale stellten sich die Aufgabe, eine Volksrevolution vorzubereiten und entfalteten zu diesem Zweck eine aktive publizistische Tätigkeit. In Proklamationen „Gutsherrenbauern von ihren Gönnern verneigen sich“, „An die junge Generation“, „Junges Russland“, „Was soll die Armee tun?“ u. a. erklärten sie dem Volk die Aufgaben der kommenden Revolution, begründeten die Notwendigkeit der Abschaffung der Autokratie, die demokratische Umgestaltung Russlands, die gerechte Lösung der Agrarfrage.

„Land und Freiheit“ (1861 - 1864).

Die Land-und-Freiheit-Mitglieder betrachteten einen Artikel von N. P. Ogarew „Was braucht das Volk?“, der im Juni 1861 im „Kolokol“ veröffentlicht wurde, als ihr Programmdokument. Sie warnte das Volk vor voreiligen unvorbereiteten Aktionen und rief dazu auf, alle revolutionären Kräfte zu vereinen.

Die Hauptforderungen waren die Übertragung von Land an die Bauern, die Entwicklung der lokalen Selbstverwaltung und die Vorbereitung auf zukünftige aktive Maßnahmen zur Umgestaltung des Landes.

„Land und Freiheit“ war die erste große revolutionär-demokratische Organisation. Sie umfasste mehrere hundert Mitglieder aus verschiedenen gesellschaftlichen Schichten: Beamte, Offiziere, Schriftsteller, Studenten.

Die Organisation stand unter der Leitung des Zentralen Volkskomitees Russlands. Zweigstellen der Gesellschaft wurden in St. Petersburg, Moskau, Twer, Kasan, Nischni Nowgorod, Charkow und anderen Städten gegründet. Ende 1862 wurde im Königreich Polen eine russische militärisch-revolutionäre Organisation gegründet, die sich „Land und Freiheit“ anschloss.

Die ersten Geheimorganisationen existierten nicht lange. Der Niedergang der Bauernbewegung, die Niederschlagung des Aufstandes im Königreich Polen (1863) und

die Stärkung des Polizeiregimes führten zu ihrer Selbstaflösung oder Niederlage. Einige Mitglieder der Organisationen wurden verhaftet, während andere auswanderten. Der Regierung gelang es, den Ansturm der Radikalen in der ersten Hälfte der 60er Jahre abzuwehren. Es gab eine scharfe Wende in der öffentlichen Meinung gegen die Radikalen und ihre revolutionären Bestrebungen. Viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die zuvor auf den demokratischen oder liberalen Positionen standen, wechselten in das Lager der Konservativen (M. N. Katkow u. a.).

In der zweiten Hälfte der 60er Jahre tauchten wieder geheime Kreise auf. Ihre Mitglieder behielten das ideologische Erbe von N. G. Tschernyschewski bei, gingen aber, nachdem sie den Glauben an die Möglichkeit einer Volksrevolution in Russland verloren hatten, zu beschränkten, konspirativen und terroristischen Taktiken über. Sie versuchten, ihre hohen moralischen Ideale mit unmoralischen Mitteln umzusetzen. 1866 beging das Mitglied des Kreises von N. A. Ischutin, D. W. Karakosow, ein erfolgloses Attentat auf Zar Alexander II.

1869 gründeten der Lehrer S. G. Netschajew und der Journalist P. N. Tkatschow in St. Petersburg eine Organisation, die die studentische Jugend dazu aufrief, einen Aufstand vorzubereiten und die Regierung mit allen Mitteln zu bekämpfen. Nach der Zerschlagung des Kreises ging S. G. Netschajew für eine Weile ins Ausland, kehrte aber im Herbst 1869 zurück und gründete in Moskau die Organisation „Volksvergeltung“. Er zeichnete sich durch extremen politischen Größenwahn aus und verlangte von den Teilnehmern bedingungslosen Gehorsam. Der Student I. I. Iwanow wurde fälschlicherweise des Verrats angeklagt und ermordet, weil er mit den Methoden S. G. Netschajews nicht einverstanden war. Die Polizei zerschlug die Organisation. S. G. Netschajew floh in die Schweiz, er wurde als Straftäter ausgegeben. Die Regierung nutzte die Klage gegen ihn, um die Revolutionäre zu diskreditieren.

Das „Netschajewtum“ wurde für einige Zeit zu einer ernsthaften Lehre für die nächsten Generationen von Revolutionären und warnte sie vor unbegrenztem Zentralismus.

An der Wende der 60er - 70er Jahre bildete sich die Narodnik-Ideologie, die weitgehend auf den Ideen A. I. Herzens und N. G. Tschernyschewskis basierte. Sie wurde sehr beliebt bei den demokratisch gesinnten Intellektuellen des letzten Drittels des XIX. Jahrhunderts, die es als ihre Pflicht ansahen, dem Volk zu dienen. Unter den Narodniki gab es zwei Richtungen: die revolutionäre und die liberale.

Revolutionäre Narodniki.

Die Hauptideen der revolutionären Narodniki: der Kapitalismus in Russland wird „von oben“ auferlegt und hat auf russischem Boden keine sozialen Wurzeln; die Zukunft des Landes liegt im kommunalen Sozialismus, da die Bauern sozialistische Ideen wahrnehmen können; Reformen müssen durch eine revolutionäre Methode durchgeführt werden, durch die Kräfte der Bauernschaft, angeführt von einer Organisation von Revolutionären. Ihre Ideologen - M. A. Bakunin, P. L. Lawrow und P. N. Tkatschow - entwickelten die theoretischen Grundlagen der drei Strömungen des revolutionären Narodnikismus - Rebellion (Anarchismus), Propaganda und Konspiration.

M. A. Bakunin glaubte, dass der russische Bauer von Natur aus rebellisch und zur Revolution bereit sei.

Deshalb ist es die Aufgabe der Intelligenz, zum Volk zu gehen und einen gesamt-russischen Aufstand zu entfachen. Da er den Staat als ein Instrument der

Ungerechtigkeit und Unterdrückung ansah, forderte er seine Zerstörung und die Schaffung einer Föderation selbstverwalteter freier Gemeinschaften. Diese Idee wurde die Grundlage der Theorie des Anarchismus.

P. L. Lawrow betrachtete das Volk nicht als bereit für eine Revolution. Daher widmete er der Propaganda das Hauptaugenmerk mit dem Ziel, die Bauernschaft auszubilden. Die Bauern sollten von „kritischen Denkern“ - dem fortgeschrittenen Teil der Intelligenz – „aufgeweckt“ werden.

P. N. Tkatschow, sowie P. L. Lawrow, betrachtete den Bauer nicht als bereit für die Revolution. Gleichzeitig nannte er das russische Volk einen „Kommunisten aus Instinkt“, dem man den Sozialismus nicht beibringen muss. Seiner Meinung nach wird eine kleine Gruppe von Verschwörern (professionelle Revolutionäre), die die Staatsmacht ergreift, das Volk schnell in die sozialistische Neuordnung einbeziehen.

Basierend auf den Ideen von M.A. Bakunin unternahmen 1874 mehr als 1000 junge Revolutionäre einen Massen-„Gang zum Volk“, in der Hoffnung, die Bauern zum Aufstand zu bewegen. Die Ergebnisse waren jämmerlich. Die Narodniki kollidierten mit den zaristischen Illusionen und der Besitzpsychologie der Bauern. Die Bewegung wurde niedergeschlagen und die Agitatoren wurden verhaftet.

„Land und Freiheit“ (1876 - 1879).

1876 bildeten die Akteure des „Marsches zum Volk“ eine neue Geheimorganisation, die 1878 den Namen „Land und Freiheit“ annahm.

Ihr Programm sah die Durchführung einer sozialistischen Revolution durch den Sturz der Autokratie, die Übertragung allen Landes an die Bauern und die Einführung einer „säkulare Selbstverwaltung“ auf dem Land und in den Städten vor. An der Spitze der Organisation standen G. W. Plechanow, A. D. Michailow, S. M. Krawtschinski, N. A. Morosow, W. N. Figner u. a.

Ein zweiter „Gang zum Volk“ wurde zum Zweck der langfristigen Agitation unter den Bauern durchgeführt.

Land-und-Freiheit-Mitglieder waren auch mit der Agitation von Arbeitern und Soldaten beschäftigt und halfen, mehrere Streiks zu organisieren. Im Jahr 1876 wurde unter Beteiligung von „Land und Freiheit“ in St. Petersburg auf dem Platz vor der Kasaner Kathedrale die erste politische Demonstration Russlands abgehalten.

G. W. Plechanow wandte sich an die Anwesenden und rief zum Kampf um Land und Freiheit für die Bauern und Arbeiter auf. Die Polizei löste die Demonstration auf und viele Teilnehmer wurden verletzt. Die Verhafteten wurden zu Zwangsarbeit oder Verbannung verurteilt. G. W. Plechanow gelang die Flucht vor der Polizei.

1878 verübte W. I. Sassulitsch ein Attentat auf den St. Petersburger Stadthauptmann F. F. Trepow und verwundete ihn. Die Stimmung der Gesellschaft und die Umstände des Falles waren jedoch so, dass das Gericht ihn freigesprochen hatte und F. F. Trepow zum Rücktritt gezwungen wurde.

Ein Teil der Narodniki kehrte zu der Idee der Notwendigkeit eines terroristischen Kampfes zurück. Sowohl die staatliche Repression als auch der Durst nach Aktivismus trieben sie dazu.

Streitigkeiten über taktische und programmatische Fragen führten zu einer Spaltung von „Land und Freiheit“.

„Schwarze Umverteilung“.

1879 gründeten einige der Land-und-Freiheit-Mitglieder (G. W. Plechanow, W. I. Sassulitsch, L. G. Deitsch, P. B. Axelrod) die Organisation „Schwarze Umverteilung“ (1879-1881).

Sie blieben den programmatischen Grundprinzipien von „Land und Freiheit“ und den Propagandamethoden treu.

„Narodnaja Wolja“ („Volkswille“, „Volksfreiheit“)

Im selben Jahr gründete ein anderer Teil der Land-und-Freiheit-Mitglieder die Organisation „Volkswille“ (1879-1881). Sie wurde geleitet von A. I. Scheljabow, A. D. Michailow, S. L. Perowskaja, N. A. Morosow, W. N. Figner u. a. Sie waren Teil des Exekutivkomitees, dem Zentrum und Hauptsitz der Organisation.

Das Programm der Narodnaja-Wolja-Mitglieder spiegelte ihre Enttäuschung über das revolutionäre Potenzial der Bauernmassen wider. Sie glaubten, dass das Volk von der zaristischen Regierung unterdrückt und zur Sklaverei verurteilt wurde. Deshalb betrachteten sie ihre Hauptaufgabe als den Kampf gegen den Staat. Zu den programmatischen Forderungen der Narodnaja-Wolja-Mitgliedern gehörten: Vorbereitung einer politischen Revolution und Sturz der Autokratie; Einberufung einer Konstituierenden Versammlung und Errichtung eines demokratischen Systems im Land; Zerstörung des Privateigentums, Übertragung von Land an Bauern und Fabriken an Arbeiter. (Viele der programmatischen Thesen der Narodnaja-Wolja-Mitglieder wurden an der Wende vom XIX. zum XX. Jahrhundert von ihren Nachfolgern, der Sozialistisch-Revolutionären Partei, übernommen).

Die Narodnaja-Wolja-Mitglieder führten eine Reihe terroristischer Aktionen gegen Vertreter der zaristischen Regierung durch, doch ihr Hauptziel war die Ermordung des Zaren. Sie gingen davon aus, dass dies eine politische Krise im Land und einen Volksaufstand verursachen würde. Doch die Regierung reagierte auf den Terror mit verstärkter Repression. Die meisten der Narodnaja-Wolja-Mitglieder wurden verhaftet. S. L. Perowskaja, die auf freiem Fuß blieb, organisierte das Attentat auf den Zaren. Am 1. März 1881 wurde Alexander II. tödlich verwundet und starb wenige Stunden später.

Dieser Akt entsprach nicht den Erwartungen der Narodniki. Er bestätigte erneut die Unwirksamkeit terroristischer Kampfmethoden, was zu einer Zunahme der Reaktionen und der Willkür der Polizei im Land führte.

Insgesamt haben die Aktivitäten der Narodnaja-Wolja-Mitglieder die Möglichkeit der evolutionären Umgestaltung Russlands stark verlangsamt.

Liberale Narodniki.

Diese Bewegung teilte zwar die Idee der revolutionären Narodniki über einen besonderen, nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg für Russland, unterschied sich aber

von ihnen durch ihre Ablehnung gewaltsamer Kampfmethoden. Die liberalen Narodniki spielten in der sozialen Bewegung der 70er Jahre keine herausragende Rolle. In den 80er und 90er Jahren nahm ihr Einfluss zu. Dies war auf den Verlust der Glaubwürdigkeit der revolutionären Narodniki in radikalen Kreisen aufgrund der Ernüchterung über terroristische Kampfmethoden zurückzuführen. Die liberalen Narodniki drückten die Interessen der Bauern aus, forderten die Beseitigung der Überreste der Leibeigenschaft, die Beseitigung des Grundbesitzes und die Verhinderung der „Geschwüre“ des Kapitalismus in Russland. Sie forderten Reformen, um das Leben der Menschen schrittweise zu verbessern. Als Hauptrichtung ihrer Tätigkeit wählten sie die Kultur- und Bildungsarbeit unter der Bevölkerung (die Theorie der „kleinen Taten“). Zu diesem Zweck nutzten sie die Printmedien (die Zeitschrift „Russischer Reichtum“), Semstvos und verschiedene öffentliche Organisationen. Die Ideologen der liberalen Narodniki waren N. K. Michailowski, N. F. Danielson, W. P. Woronzow.

Die Radikalen in den 80er - 90er Jahren des XIX. Jhs.

In dieser Zeit erlebte die radikale Bewegung einen tiefgreifenden Wandel. Die revolutionären Narodniki verloren ihre Rolle als wichtigste regierungsfeindliche Kraft. Sie waren schweren Repressionen ausgesetzt, von denen sie sich nicht erholen konnten. Viele aktive Mitglieder der Bewegung in den 70er Jahren wurden desillusioniert, was das revolutionäre Potential der Bauernschaft betraf. Infolgedessen spaltete sich die radikale Bewegung in zwei gegensätzliche und sogar feindliche Lager. Das erste blieb der Idee des bäuerlichen Sozialismus verpflichtet, das zweite sah im Proletariat die Hauptkraft für den gesellschaftlichen Fortschritt.

Gruppe „Befreiung der Arbeit“.

Die ehemaligen aktiven Teilnehmer an der „Schwarzen Umverteilung“, G. W. Plechanow, W. I. Sassulitsch, L. G. Deitsch und W. N. Ignatow wandten sich dem Marxismus zu. In dieser westeuropäischen Theorie, die von K. Marx und F. Engels in der Mitte des XIX. Jahrhunderts geschaffen wurde, wurden sie von der Idee angezogen, den Sozialismus durch proletarische Revolution zu erreichen.

1883 wurde in Genf die Gruppe „Befreiung der Arbeit“ gegründet. Ihr Programm: vollständiger Bruch mit dem Populismus und der populistischen Ideologie; Propagierung des Marxismus; Kampf gegen die Autokratie; Schaffung einer Arbeiterpartei. Sie betrachteten die bürgerlich-demokratische Revolution als die wichtigste Voraussetzung für den sozialen Fortschritt in Russland, dessen treibende Kraft die städtische Bourgeoisie und das Proletariat sein würden. Sie betrachteten die Bauernschaft als reaktionäre Kraft in der Gesellschaft, als politischen Gegenpol zum Proletariat.

Sie förderten den Marxismus im russischen revolutionären Umfeld und übten eine scharfe Kritik an der Narodniki-Theorie über den besonderen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg Russlands. Die Gruppe „Befreiung der Arbeit“ operierte im Ausland und war nicht mit der entstehenden Arbeiterbewegung in Russland verbunden.

In Russland selbst bildeten sich in den Jahren 1883 - 1892 mehrere marxistische Kreise (D. I. Blagoew, N. E. Fedossejew, M. I. Brusnew u. a.).

Sie sahen ihre Aufgabe in der Erforschung des Marxismus und seiner Propaganda unter Arbeitern, Studenten und kleinen Angestellten. Aber auch sie waren von der Arbeiterbewegung getrennt.

Die ideologischen und theoretischen Aktivitäten der Gruppe „Befreiung der Arbeit“ im Ausland und marxistischer Kreise in Russland bereiteten den Boden für die Entstehung einer politischen Partei der russischen Arbeiterklasse.

Arbeiterorganisationen.

Die Arbeiterbewegung in den 70er - 80er Jahren entwickelte sich spontan und unorganisiert. Die Arbeiter stellten nur wirtschaftliche Forderungen - höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten, Abschaffung von Strafgeldern.

Anders als in Westeuropa hatten die russischen Arbeiter weder eigene politische Organisationen noch Gewerkschaften.

„Der Südrussische Arbeiterverband“ (1875) und der „Nördliche Verband der russischen Arbeiter“ (1878 - 1880) versagten darin, den Kampf des Proletariats zu führen und ihm einen politischen Charakter zu geben.

Das größte Ereignis war der Streik in der Nikolskaja-Manufaktur des Fabrikanten T. S. Morosow in Orechowo-Sujewo im Jahre 1885. (Morosow Streik). Zum ersten Mal forderten die Arbeiter ein staatliches Eingreifen in ihre Beziehungen zu den Fabrikbesitzern.

Infolgedessen wurde ein Gesetz von 1886 über das Verfahren für Beschäftigung und Entlassung, die Regelung von Geldbußen und die Zahlung von Löhnen verabschiedet. Die Einrichtung von Fabrikinspektoren wurde eingeführt, die verpflichtet ist, die Umsetzung des Gesetzes zu überwachen. Gleichzeitig verstärkte das Gesetz die Strafbarkeit von Arbeitern für die Teilnahme an Streiks. Von nun an konnte die Regierung die sogenannte Arbeiterfrage nicht mehr ignorieren, die allmählich die gleiche Schärfe wie die Agrar- und Bauernfrage erlangte.

„Vereinigung des Kampfs für die Befreiung der Arbeiterklasse“.

In den 90er Jahren des XIX. Jahrhunderts gab es in Russland einen industriellen Aufschwung. Dies trug dazu bei, die Zahl der Arbeiterklasse zu erhöhen und ein günstigeres Umfeld für ihren Kampf zu schaffen. Es begannen Streiks von Arbeitern, die in verschiedenen Branchen beschäftigt waren: Textilarbeiter, Bergleute, Gießereiarbeiter, Eisenbahnarbeiter. Die Streiks in St. Petersburg, Moskau, im Ural und in anderen Teilen des Landes blieben wirtschaftlich und spontan, wurden aber von der Zahl der Teilnehmer her immer massiver.

1895 schlossen sich in St. Petersburg verstreute marxistische Kreise zu einer neuen Organisation zusammen - der „Union des Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse“. Seine Begründer waren W. I. Uljanow (Lenin), J. O. Zederbaum (L. Martow) u. a. Ähnliche Organisationen wurden in Moskau, Jekaterinoslaw, Iwanowo-Wosnessensk und Kiew gegründet.

Sie versuchten, die Führung in der Streikbewegung zu übernehmen, veröffentlichten Flugblätter und sandten Propagandisten in Arbeiterkreise, um den Marxismus im Proletariat zu verbreiten. Unter dem Einfluss der „Vereinigung des Kampfes“ in St. Petersburg begannen Streiks der Textilarbeiter, Metallarbeiter, Arbeiter in der Schreibpapierfabrik, Zuckerfabrik und anderen Betrieben. Die Streikenden forderten eine Verkürzung des Arbeitstages auf 10,5 Stunden, höhere Löhne und eine pünktliche

Auszahlung der Löhne. Der hartnäckige Kampf der Arbeiter im Sommer 1896 und Winter 1897 zwang die Regierung einerseits zu Zugeständnissen: es wurde ein Gesetz erlassen, das den Arbeitstag auf 11,5 Stunden reduzierte. Auf der anderen Seite brachten sie Repressionen gegen die marxistischen und Arbeiterorganisationen, von denen einige Mitglieder nach Sibirien verbannt wurden.

Unter den Sozialdemokraten, die in der zweiten Hälfte der 90er Jahre auf freiem Fuß blieben, begann sich der „legale Marxismus“ zu verbreiten.

P. B. Struve, M. I. Tugan-Baranowski u. a., die einige Bestimmungen des Marxismus anerkannten, verteidigten die These über die historische Unvermeidlichkeit und Unveränderlichkeit des Kapitalismus, kritisierten die liberalen Narodniki, bewiesen die Regelmäßigkeit und Fortschrittlichkeit der Entwicklung des Kapitalismus in Russland. Sie befürworteten einen reformistischen Weg, das Land in eine demokratische Richtung zu verwandeln.

Unter dem Einfluss der „legalen Marxisten“ bewegte sich ein Teil der russischen Sozialdemokraten auf die Position des „Ökonomismus“. Die „Ökonomen“ sahen die Hauptaufgabe der Arbeiterbewegung in der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Sie stellten nur wirtschaftliche Forderungen und glaubten, dass Arbeiter ihre Energie nicht auf politische Kämpfe verschwenden sollten, weil die Bourgeoisie davon profitieren würde.

Im Allgemeinen gab es keine Einheit unter den russischen Marxisten am Ende des XIX. Jahrhunderts. Einige (angeführt von W. I. Uljanow-Lenin) befürworteten die Gründung einer politischen Partei, die die Arbeiter zur Durchführung der sozialistischen Revolution und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats (politische Macht der Arbeiter) führen sollte, während andere, die einen revolutionären Entwicklungsweg ablehnten, vorschlugen, sich auf den Kampf zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der russischen Arbeiter zu beschränken.

Die soziale Bewegung in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts wurde, anders als in der vorangegangenen Zeit, zu einem wichtigen Faktor im politischen Leben des Landes. Die Vielfalt der Tendenzen und Strömungen, der Auffassungen zu ideologischen, theoretischen und taktischen Fragen spiegelte die Komplexität der gesellschaftlichen Struktur und die Schärfe der sozialen Widersprüche wider, die für die Übergangszeit nach der Reform Russlands charakteristisch waren. Die soziale Bewegung der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts entwickelte keine Richtung, die in der Lage war, die evolutionäre Modernisierung des Landes umzusetzen. Es entstanden jedoch gesellschaftspolitische Kräfte, die in den revolutionären Ereignissen des frühen XX. Jahrhunderts eine große Rolle spielten, und es wurden die Grundlagen für die zukünftige Bildung von politischen Parteien gelegt.

Kapitel 27

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG RUSSLANDS ZU BEGINN DES XX.

JAHRHUNDERTS.

Infolge der wirtschaftlichen Entwicklung in der Zeit nach der Reform (insbesondere des industriellen Aufschwungs in den 90er Jahren des XIX. Jahrhunderts) wurde schließlich das System des russischen Kapitalismus gebildet. Dies äußerte sich im Wachstum des Unternehmertums und des Kapitals, der Verbesserung der Produktion, ihrer technologischen Aufwertung, der Erhöhung der Zahl der eingestellten Arbeitskräfte in allen Bereichen der Volkswirtschaft.

Gleichzeitig mit anderen kapitalistischen Ländern durchlief Russland die zweite technische Revolution (Beschleunigung der Produktion von Produktionsmitteln, breite Nutzung der Elektrizität und anderer Errungenschaften der modernen Wissenschaft), die mit der Industrialisierung zusammenfiel.

Von einem rückständigen Agrarland wurde Russland zu Beginn des XX. Jahrhunderts zu einer agrarindustriellen Macht. Durch das Volumen der Industrieproduktion wurde es zu einem der fünf führenden Staaten (England, Frankreich, USA und Deutschland) und wurde immer tiefer in das Weltwirtschaftssystem hineingezogen.

An der Wende vom XIX. zum XX. Jahrhundert trat der Kapitalismus in eine neue, monopolistische Phase ein.

Mächtige Produktions- und Finanzverbände (Industriemonopole und Finanzvereine) wurden gebildet.

Nach und nach verschmolzen Industrie- und Finanzkapital und es bildeten sich Industrie-Finanzkonzerne.

Sie beherrschten die Wirtschaft - regulierten Produktion und Absatz, diktierten die Preise, teilten die Welt in Einflussphären ein.

Die Innen- und Außenpolitik der kapitalistischen Staaten wurde zunehmend ihren Interessen untergeordnet. Das System des monopolistischen Kapitalismus, das sich veränderte und an neue historische Gegebenheiten anpasste, bestand das ganze XX. Jahrhundert hindurch.

Die Bildung des Monopolkapitalismus war auch für Russland charakteristisch. Er hat sein wirtschaftliches, soziales und politisches Leben beeinflusst.

Neben der Manifestation allgemeiner Gesetze hatte Russland seine eigenen Merkmale des Monopolkapitalismus. Dies war auf eine Reihe von Faktoren zurückzuführen.

Erstens historisch - er ging später zum Kapitalismus über als viele Länder in Europa.

Zweitens, wirtschaftlich - geografisch - ein riesiges Gebiet mit unterschiedlichen natürlichen Bedingungen und seine ungleiche Entwicklung.

Drittens, gesellschaftspolitisch - die Erhaltung der Autokratie, des Grundbesitzes, der Klassenungleichheit, der politischen Ohnmacht der breiten Volksmassen, der nationalen Unterdrückung.

Das unterschiedliche Niveau der wirtschaftlichen und soziokulturellen Bedingungen zahlreicher Völker des Reiches bestimmte auch die Besonderheit des russischen Monopolkapitalismus.

Merkmale der Wirtschaft.

Wichtig ist, dass die moderne kapitalistische Industrie und das Finanz- und Bankensystem in der russischen Wirtschaft mit einem rückständigen Agrarsektor

kombiniert wurden, der halbfeudale Eigentumsformen und Methoden der Verwaltung beibehielt. Die kapitalistische Entwicklung des Dorfes hat mit dem rasanten Tempo des industriellen Fortschritts nicht Schritt gehalten. Dies führte zu einer ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus in allen Wirtschaftssektoren.

Die Konzentration der Großunternehmen blieb in 5 Regionen: Nord-West, Zentral-Industrieller Bezirk, Ural, Süd und Transkaukasus (Baku).

Die wirtschaftliche Lage dieser Gebiete stand in krassem Gegensatz zu den riesigen, industriell nicht erschlossenen Territorien des Russischen Reiches.

Die ungleiche Entwicklung des Landes war in den Regionen offensichtlich.

Das politische System - die Autokratie mit ihrem mächtigen bürokratischen Apparat - und die relative Schwäche der russischen Bourgeoisie bestimmten das aktive Eingreifen des Staates in die Bildung des Monopolkapitalismus.

In Russland hat sich ein System des Staatsmonopolkapitalismus (GMK) entwickelt. Dies wurde in der Gesetzgebung und der Schutzpolitik der Regierung während der Schaffung von Monopolen zum Ausdruck gebracht, wobei die Staatsbank die größten Industrieunternehmen finanziell unterstützte und sie mit staatlichen Anordnungen ausstattete (Ausschuss für die Verteilung von Eisenbahnaufträgen, der Rat für Schiffbau, u. a.).

Einzelne Regierungsbeamte waren Teil des Verwaltungsapparats mächtiger Industrie- und Finanzgruppen.

Die staatsmonopolistischen Tendenzen zeigten sich vor allem in der Fusion von Bankenmonopolen mit staatlichen Finanzinstituten.

Die größten Banken Russlands wurden von ehemaligen hochrangigen Staatsmännern geleitet, die mit dem Finanz-, Handels- und Militärministerium verbunden waren. Die Besonderheit Russlands bestand darin, dass der autokratische Staat in seiner Innen- und Außenpolitik begann, die Interessen sowohl der Großgrundbesitzer als auch der großen monopolistischen Bourgeoisie zu schützen.

Der späte Übergang zum Kapitalismus, der Mangel an Land der Bauern, die patriarchalischen Traditionen im öffentlichen Bewusstsein führten zur Konsolidierung der multi-ökonomischen Struktur Russlands und der Periode der Bildung des Monopolkapitalismus.

Der privatkapitalistische Modus (Fabriken und Banken, Großgrundbesitzer- und Kulakenwirtschaft) wurde mit der halb natürlichen (Bauern) und den Kleinbetrieben (Handwerks- und Gewerbeproduktion) kombiniert.

Ein weiteres Merkmal, im Gegensatz zu anderen monopolistischen Staaten, war die relativ geringe Aktivität im Kapitalexport außerhalb des Landes. Der Grund dafür war der Mangel an inländischem Kapital und die weite Möglichkeit seines internen Exports in die Randgebiete des Reiches (Sibirien, Zentralasien, der Norden des europäischen Teils Russlands).

Dagegen war Russland ein Objekt der weiten Anwendung des ausländischen Kapitals. Dies war auf die Möglichkeit zurückzuführen, aufgrund der Billigkeit der Arbeitskräfte und der riesigen Rohstoffe Supergewinne zu erzielen. Ausländische Investitionen drangen über inländische Banken nach Russland ein und wurden Teil des russischen

Kapitals.

Sie investierten in die Bergbau-, Fertigungs- und Maschinenbauindustrie. Diese Verteilung der finanziellen Ressourcen trug zum wirtschaftlichen Fortschritt bei, beschleunigte das Tempo der Industrialisierung und verhinderte, dass das Land zu einem Rohstoffanhänger des Westens wurde.

Die Industrie.

Sowohl für Russland als auch für andere kapitalistische Länder war eine ungleiche wirtschaftliche Entwicklung (zyklische Wiederkehr) charakteristisch.

Auf den industriellen Aufschwung der 90er Jahre des XIX. Jahrhunderts folgte die globale Krise des frühen XX. Jahrhunderts. Am deutlichsten zeigte sich dies in

Russland. Die Krise von 1900 - 1903 äußerte sich in fallenden Preisen für Grundprodukte, einem starken Rückgang der Produktion und Massenarbeitslosigkeit. Die staatliche Unterstützung für die Produzenten war unzureichend. Eine große Anzahl von Industrieunternehmen wurde unrentabel und ging in Konkurs.

Die Krise betraf nicht nur die Industrie, sondern auch die Landwirtschaft.

Sie hat die soziale Situation verkompliziert und tiefe politische Umbrüche verursacht.

Unter diesen Bedingungen verstärkte sich der Prozess der Monopolisierung. Es entstanden weiterhin Kartelle, die bereits in den 80er - 90er Jahren des XIX. Jahrhunderts in Russland auftauchten. Die Mitglieder dieser Verbände einigten sich über den Umfang der Produktion, die Bedingungen für den Verkauf der Produkte und die Einstellung von Arbeitskräften, wobei die Unabhängigkeit der Produktion und der kommerziellen Aktivitäten gewahrt blieb.

1901 schlossen sich Putilowski, Brjanski und andere Dampflokomotivfabriken zu „Prodparovož“ (*Dampflokverkauf*) zusammen. Neue Formen von Monopolen - Syndikate - wurden gebildet. Diese Verbände regelten den Eingang von Bestellungen, die Beschaffung von Rohstoffen, den zentralen Verkauf von Produkten zu vereinbarten Preisen. Im Produktionsbereich blieben die Unternehmen, die Teil des Syndikats waren, unabhängig. Im Jahr 1902 wurden in der Hüttenindustrie die Firmen „Prodamet“ (*„Gesellschaft für den Verkauf der Erzeugnisse der russischen metallurgischen Unternehmen“*) und „Rohrproduktion“ (*Röhrenverkauf*) gegründet. Später entstanden Syndikate in der Bergbauindustrie („Produgol“, „Nobel - Schweröl“).

Im Gegensatz zu den Ländern Europas, in denen 1904 ein industrieller Aufschwung einsetzte, erlebte Russland in den Jahren 1904 - 1908 weiterhin einen Rückgang der Wachstumsraten der Produktion (Depression). Dies war auf zwei Faktoren zurückzuführen. Die Stagnation war verbunden mit einer starken Verschlechterung der finanziellen und wirtschaftlichen Situation des Landes infolge der riesigen Ausgaben für den Russisch-Japanischen Krieg von 1904 - 1905. Die Revolution von 1905 - 1907 verursachte eine weit verbreitete Desorganisation der Produktion, eine Reduzierung der Kapitalinvestitionen in der Industrie und den Ruin der Landwirtschaft.

In den Jahren 1909 - 1913 erlebte Russland einen neuen industriellen Aufschwung. Er war eine Folge der steigenden Kaufkraft der Bevölkerung nach der Abschaffung der Ablösezahlungen (1906) und der Agrarreform (1906 - 1910), die die kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft intensivierte.

Vermehrte Militäraufträge der Regierung aufgrund der sich verschlechternden internationalen Lage trugen ebenfalls zum industriellen Aufschwung bei.

In diesen Jahren vertiefte sich der Prozess der Monopolisierung. Es entstanden neue Syndikate („Provoloka“, „Electroprovod“) und Monopole höheren Typs - Trusts und Konzerne. Sie regelten die Gewinnung von Rohstoffen, die Produktion und die Vermarktung von Fertigprodukten. Die weitere Entwicklung der Konzerne war mit der Entstehung von großen Finanz- und Industriekonzernen verbunden, die Unternehmen verschiedener Branchen auf der Basis von Bankkapital vereinigten. So gehörten zur Gruppe der Russisch-Asiatischen Bank das Putilovsky Werk, der Ölkonzern in Baku, Tabak- und Fadentrusts u. a. In Bezug auf den Grad der Monopolisierung blieb Russland nicht hinter den Industrieländern Europas und den USA zurück.

Die umfangreichen Finanzinvestitionen führten bis 1913 zu einer 5- bis 13-fachen Steigerung der Produktion in verschiedenen Branchen.

Der Anteil der heimischen Produkte am Weltmarkt hat sich fast verdoppelt.

Russland war anderen Ländern in Bezug auf die Wachstumsraten in bestimmten Branchen voraus.

Bei der Ölproduktion liegt es weltweit auf Platz 2, beim Maschinenbau auf Platz 4 und bei der Kohle-, Eisenerz- und Stahlproduktion auf Platz 5.

Gleichzeitig lag Russland bei der Stromerzeugung auf Platz 15, und einige Industrien (Automobil-, Flugzeugbau u. a.) existierten überhaupt nicht.

Russland lag in der Pro-Kopf-Produktion von Waren 5 - 10 mal hinter den europäischen kapitalistischen Ländern und den USA.

Die Landwirtschaft.

Der Agrarsektor blieb trotz der beschleunigten Entwicklung der Industrie das führende spezifische Gewicht in der Wirtschaft des Landes. Die bürgerliche Entwicklung betraf auch die Landwirtschaft.

Allerdings bildeten sich die kapitalistischen Verhältnisse in dieser Sphäre viel langsamer als in der Industrie.

Das lag an der Bewahrung des Grundbesitzes der Grundherren und der bäuerlichen Kleinbetriebe, an der agrotechnischen Rückständigkeit und an den kommunalen Beziehungen im Dorf. In der Zwischenzeit trugen das Wachstum der industriellen Zentren und der städtischen Bevölkerung, die Entwicklung des Verkehrsnetzes, die Einbindung Russlands in das Weltwirtschaftssystem zur erhöhten Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten sowohl auf dem inländischen als auch auf dem ausländischen Markt bei.

Anfang des XX. Jahrhunderts gab es in Russland verschiedene Formen des Landbesitzes und der Landnutzung.

Im privaten Grundbesitz war der Anteil der Landgüter noch groß.

Sie produzierten etwa die Hälfte des marktfähigen Getreides Russlands.

(Eine solche Situation brachte der Regierung das Argument, auf die Erhaltung des Grundbesitzes zu bestehen.)

Die meisten Güter wurden kapitalistisch reorganisiert, es wurden freie Arbeitskräfte eingestellt und die landwirtschaftlichen Techniken verbessert, was zu einer Steigerung der Marktfähigkeit und Rentabilität des Betriebes führte.

Einige Grundbesitzer verpachteten weiterhin einen Teil ihres Landes und erhielten dafür eine Bezahlung in Form von Abarbeitung. Bei 20 % der Gutsbesitzer wurden halbleibeigenschaftliche Ausbeutungsmethoden beibehalten. Sie verfielen nach und

nach und gingen in Konkurs.

Eine neue Form des Grundeigentums entwickelte sich nach dem Aufkauf von Land durch Banken, Monopole und einige bürgerliche Dynastien (die Rjabuschinskis, die Morosows, u. a.).

Diese Besitzer führten eine kapitalistische Wirtschaft.

Ungefähr die Hälfte des Bodenfonds des Landes gehörte den Bauern.

Allerdings gab es etwa 7 Desjatinen Land pro Hof (2,5 pro männlichem Kopf), was für eine profitable und kommerzielle Landwirtschaft nicht ausreichte.

Im europäischen Teil Russlands gab es ein akutes Problem des „Landhungers“ der Bauern. Daher waren sie gezwungen, Land vom Grundbesitzer zu pachten. Die hohe Pacht zusammen mit den Ablösegebühren (bis 1906) erlaubte es der Mehrheit der Bauern (ca. 85%) nicht, eine rentable Produktion zu entwickeln.

Ihre Wirtschaft hatte einen halbnaturalen Charakter. Nur 15 % der Bauern waren in der Warenproduktion tätig. Die kapitalistischen Verhältnisse drangen allmählich in das Dorf ein, was zu einer sozialen Schichtung im Dorf führte.

Die einzelnen bäuerlichen Betriebe entwickelten sich auf einem intensiven Weg. Dies äußerte sich in der Anwendung einer mehrfeldrigen Fruchtfolge, dem Einsatz der ersten landwirtschaftlichen Maschinen (Mähmaschinen) und dem Aufbau (nach der Agrarreform) von Kredit-, Beschaffungs- und Vermarktungskoperationen. Das russische Umland blieb jedoch weitgehend rückständig. Agrotechnische Innovationen wurden nur sehr langsam eingeführt. Die Landbewirtschaftungsmethoden blieben in der Regel Routine. Die Ausbeute war extrem niedrig. Die klimatischen Bedingungen bestimmten weiterhin den Zustand der Landwirtschaft. Missernten Anfang des XX. Jahrhunderts führten zu einer massiven Hungersnot im russischen Dorf. Dagegen förderten die Erntejahre 1909 - 1910 die Wiederbelebung der bäuerlichen Wirtschaft und der Wirtschaft des ganzen Landes. Bis 1916 lieferte die Bauernschaft 53% der landwirtschaftlichen Produktion.

Das Eindringen des Kapitalismus in die Landwirtschaft bestimmte ihre fortschreitende Entwicklung. Sie verstärkte sich besonders nach der Agrarreform von 1906 - 1910. Von 1900 bis 1913 stieg die gesamte landwirtschaftliche Produktion um das Dreifache. In Bezug auf die Bruttoernte von Getreide stand Russland weltweit an erster Stelle. Die Produktion von Industriepflanzen ist gestiegen (vor allem durch die Entwicklung des Baumwollanbaus in Zentralasien und Transkaukasien). Die Anzahl der Rinder stieg um das 2,5-fache. In der technischen und agrarkulturellen Umrüstung der Landwirtschaft haben sich bemerkenswerte Entwicklungen vollzogen. Der Agrarsektor hat sich zu einem profitablen Zweig der russischen Wirtschaft entwickelt.

Die Finanzen.

Unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus wurde das Finanzsystem Russlands von den staatlichen und privaten Formen des Bankkapitals bestimmt. Den Hauptplatz nahm die Staatsbank ein, die zwei zentrale Funktionen hatte: Emission und Kredit. Sie unterstützte Bankmonopole, betrieb die staatliche Kreditvergabe an Industrie und Handel.

Die adelige Landbank und die bäuerliche Landbank förderten die Stärkung der kapitalistischen Verhältnisse in der Landwirtschaft.

Gleichzeitig unterstützten sie mit ihrer Kreditpolitik das Grundeigentum.

Eine herausragende Rolle spielte das System der Aktienbanken, die sich aktiv an der Entwicklung des Kreditsystems beteiligten. In Russland kam es zu einer Konzentration und Zentralisierung des Kapitals durch große Aktienbanken (Russisch-Asiatisch, St. Petersburg International, Russisch für Außenhandel, Asow-Don u. a.).

Sie vereinten 47 % aller Vermögenswerte. Sie bildeten die Basis einer Finanzoligarchie, eng verbunden mit der Bürokratie und dem Großadel.

Sie drang in alle Sphären der Wirtschaft ein und hatte einen starken Einfluss auf das gesellschaftspolitische Leben des Landes.

Es entwickelten sich auch Kreditgenossenschaften, ein Netz von städtischen und regionalen Bankinstituten, Sparkassen, u. a.

Ende des XIX. - Anfang des XX. Jahrhunderts befand sich das staatliche Finanzsystem in schwieriger Lage. Weder die Einführung des Weinmonopols im Jahr 1895 noch die Währungsreform von 1897 halfen. Der Staatshaushalt wurde mit der schweren Last der Aufrechterhaltung des bürokratischen und polizeilichen Apparates, einer riesigen Armee, einer aggressiven Außenpolitik und der Unterdrückung von Volksaufständen belastet.

Die Krise von 1900 - 1903 versetzte den Staatsfinanzen einen schweren Schlag. Die Staatskasse war durch die Versuche, unrentable Industrieunternehmen zu retten und das bröckelnde Bankensystem zu stützen, praktisch am Boden zerstört. Nach dem russisch-japanischen Krieg von 1904 - 1905 und der Revolution von 1905 - 1907 erreichte die Staatsverschuldung Russlands 4 Milliarden Rubel.

Die Regierung versuchte, das Haushaltsdefizit durch Erhöhung der direkten und indirekten Steuern zu verringern und die Ausgaben für wirtschaftliche, militärische und kulturelle Reformen zu senken. Große staatliche Auslandskredite stützten vorübergehend das Finanzsystem, aber ihre jährlichen Zahlungen am Vorabend des Ersten Weltkriegs erreichten die enorme Summe von 405 Millionen Rubel.

Der Handel.

Die Bildung des Monopolkapitalismus führte zu erheblichen Veränderungen im Binnenhandel. Große Industrieverbände und Geschäftsbanken spielten dabei eine wichtige Rolle.

Sie unterwarfen den Großhandel mit industriellen und landwirtschaftlichen Produkten.

Gleichzeitig entwickelte sich der (freie) Tauschhandel mit Getreide, Brot, Fleisch, Holz und anderen Produkten rasant.

Der Einzelhandel hat sich verändert. Die Rolle von Kaufhäusern und Fachgeschäften hat darin zugenommen („Petrowski-Passage“ und „Die Oberen Handelsreihen“ (*GUM*) in Moskau, „Bolschoi Gostiny Dvor“ (*Über Einen Großen Hof*) und „Novy Passage“ (*Neue Passage*) in St. Petersburg). Neben neuen Handelsformen wurden auch die alten

bewahrt. Der größte Teil des Umsatzes entfiel auf kleine Läden, Geschäfte und Hausierer.

Messen mit saisonalem Charakter waren beliebt.

Die Entwicklung des Binnenhandels wurde durch die geringe Kaufkraft der Bevölkerung, das unvollständige Verkehrssystem und die unzureichende Handelsinfrastruktur (Lagerung, Lieferung und Verteilung von Waren) behindert.

Trotzdem wuchs in den Jahren 1900 – 1913 der Binnenhandel um 64%.

Der Außenhandel Russlands nahm stetig zu. An der Spitze lag Deutschland, gefolgt von England und Frankreich. Jedoch der Anteil der russischen Exporte und Importe am Welthandelsumsatz betrug nur 4 %.

Russland exportierte Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte (hauptsächlich Getreide - 647,6 Mio. Pud). Exporte von Industrieprodukten waren klein. Das meiste davon ging auf den Balkan, in den Fernen und Nahen Osten. Bei den Importen dominierten Industrieprodukte - Maschinen, Anlagen, Chemikalien u. a.

Einer der Hauptimporte waren nach wie vor Luxusgüter - exotische Lebensmittel, Weine, modische Kleidung und einige Haushaltsgegenstände.

Der Verkehr.

Im Gegensatz zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft erfuhr das Verkehrssystem zu Beginn des XX. Jahrhunderts keine wesentlichen Veränderungen. Der Schienenverkehr nahm eine führende Position im inländischen Güter- und Personenverkehr ein. Der umfangreiche staatliche Bau von Eisenbahnen wurde jedoch aufgrund fehlender Mittel eingeschränkt. Versuche, den privaten Eisenbahnbau zu organisieren, brachten keine positiven Ergebnisse.

In Bezug auf die Gesamtversorgung mit Eisenbahnen blieb Russland deutlich hinter den Ländern Westeuropas und den USA zurück.

Das riesige Territorium war nicht leicht mit einem ausgedehnten Eisenbahnnetz zu erschließen. Der Bau der Zentralasiatischen Eisenbahn (von Krasnowodsk nach Samarkand) und der Großen Sibirischen Eisenbahn (von Tscheljabinsk nach Wladiwostok) in den Jahren 1891-1905 war ein wichtiger Schritt zur Lösung dieses Transportproblems.

Die Wasserstraßen spielten weiterhin eine wichtige Rolle. Die russische Flussflotte war den Flottillen der anderen Länder zahlenmäßig überlegen und gut ausgerüstet. Die eigene Seehandelsflotte war spärlich.

Der größte Teil der russischen Fracht wurde mit ausländischen Schiffen transportiert.

Das Straßennetz hat sich nur wenig erweitert. Russland blieb ein Land der Landstraßen und Feldwege, die von Gespannfuhrwerken beherrscht wurden.

Das Automobil war damals ein Luxusartikel für die privilegierten Klassen.

Im Allgemeinen ist die Wirtschaft Russlands zu Beginn des XX. Jahrhunderts durch das Zusammentreffen der Prozesse der Industrialisierung und Monopolisierung gekennzeichnet. Die Wirtschaftspolitik der Regierung war auf die Beschleunigung der industriellen Entwicklung ausgerichtet und hatte einen protektionistischen Charakter. In vielerlei Hinsicht übernahm der Staat die Führung bei der Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse und nutzte Methoden, die sich in anderen Ländern bewährt hatten, um die Wirtschaft anzukurbeln. Zu Beginn des XX. Jahrhunderts verringerte Russland den

Rückstand auf die führenden kapitalistischen Mächte erheblich, sicherte seine wirtschaftliche Unabhängigkeit und die Möglichkeit, eine aktive Außenpolitik zu betreiben.

Russland ist ein mittelmäßig entwickeltes, kapitalistisches Land geworden. Seine Fortschritte wurden durch eine starke wirtschaftliche Dynamik untermauert, die ein enormes Potenzial für weitere Vorwärtsbewegungen geschaffen hat. Sie wurden durch den Ersten Weltkrieg unterbrochen.

Kapitel 28

DIE INNENPOLITISCHE LAGE UND DIE SOZIALE BEWEGUNG IN RUSSLAND AM ANFANG DES XX. JHS.

Zu Beginn des XX. Jahrhunderts war die Bildung des Territoriums des Russischen Reiches, das 22,2 Mio. km² umfasste, abgeschlossen. In Bezug auf die Größe belegte es den zweiten Platz in der Welt (nach dem Britischen Empire). Die Bevölkerung ist seit Ende des XIX. Jahrhunderts um fast ein Drittel gewachsen und betrug 1913 etwa 160 Millionen Menschen mit 150 verschiedenen Nationalitäten.

Merkmale der sozialen Ordnung.

Darin sind alte und neue Merkmale verwoben. Die gesamte legislative und exekutive Macht war in den Händen des Zaren konzentriert, der Russland autokratisch regierte und sich hauptsächlich auf den Adel stützte.

Das administrativ-polizeiliche System beherrschte das Land.

Die ständische Abstufung der Gesellschaft und die privilegierte Position einzelner sozialer Gruppen (Adel, Klerus, Kosaken) wurden beibehalten. Es gab keine demokratischen Freiheiten, politische Parteien und Gewerkschaften waren verboten (bis 1905).

Neue Merkmale in der sozialen Ordnung entstanden als Folge der Veränderungen in der Wirtschaft und der politischen Machtverhältnisse im Land. Die Modernisierung beschleunigte die Herausbildung der Klassen der kapitalistischen Gesellschaft - der Bourgeoisie und des Proletariats. Sie verursachte eine Verwischung der ständischen Teilung, eine Veränderung des sozialen Gesichts von Gutsbesitzern und Bauern, verstärkte die politischen Ambitionen der Bourgeoisie und die gesellschaftliche Rolle der Arbeiterklasse. Im Jahr 1906 wurde ein Vertretungsorgan (die Staatsduma) gegründet, woraufhin sich die Staatsstruktur Russlands (vom Typ her) der parlamentarischen Monarchie zu nähern begann.

Die durch den Kampf der Arbeiter erzielte Einschränkung der Autokratie erfüllte die verschiedenen Bevölkerungsgruppen nicht, die eine Fortsetzung der Demokratisierung des Landes forderten. 1917 führte dies zum Zusammenbruch der Autokratie.

Die soziale Struktur.

Die wichtigste privilegierte Schicht war der Adel (1,4 % der Bevölkerung). Sie bestimmten weitgehend das politische Leben des Landes, hatten Schlüsselpositionen in der zentralen und lokalen Regierung inne, besaßen großen Landbesitz und spielten eine wichtige Rolle in der Landwirtschaft.

Unter dem Einfluss der Entwicklung des Kapitalismus ging der Adel jedoch entweder bankrott oder wurde zunehmend bürgerlich und war zur politischen Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie bereit.

Der Klerus (0,5%) war eine weitere privilegierte Klasse. Er zahlte keine Steuern und hatte keine Wehrpflicht. Die Kirche hatte einen beachtlichen Besitz: 2 Millionen Desjatinen an Grundstücken, Häusern, Krankenhäusern, Asylen, Druckereien usw. Der orthodoxe Klerus diente ideologisch der Autokratie und überwachte den moralischen Zustand der Gesellschaft.

Auch die Kosaken (2,5%) hatten ihre Privilegien - ein Militärstand, der die Grenzen des Staates bewachte und die soziale Stütze der Autokratie war.

In den Kosakenbezirken wurde eine lokale Selbstverwaltung entwickelt.

In ihrer Freizeit bearbeiteten die Kosaken das Land (30 Desjatinen pro 1 männlichen Kopf).

Sie genossen kostenlose medizinische Versorgung und Ausbildung.

In der sozialen Struktur der russischen Gesellschaft spielten zahlreiche Beamte eine besondere Rolle. Sie war heterogen in ihrem Eigentumsstatus und ihrer Rolle im öffentlichen Leben.

Die Gehälter der höchsten Bürokratie (Minister, Senatoren, Gouverneure usw.) lagen weit über den Gehältern kleiner Angestellter.

Die Bourgeoisie wurde allmählich zur führenden Kraft in der Wirtschaft des Landes. Die Gesamtzahl der großen und mittleren Bourgeoisie war jedoch klein (1,5 Millionen). Die russische Bourgeoisie unterschied sich von der westeuropäischen Bourgeoisie, die als Ergebnis der bürgerlichen Revolutionen an die Macht kam. Die Bourgeoisie spielte im politischen System der autokratischen Gutsherren Russlands eine untergeordnete Rolle. Sie entwickelte keine einheitlichen, politischen Forderungen. Die Großbourgeoisie unterstützte die Autokratie, die mittlere Bourgeoisie schlug Projekte für gemäßigte Reformen vor.

Die Bauern waren die größte Klasse (ca. 77% der Bevölkerung), die sowohl Gemeinsamkeiten als auch signifikante Unterschiede aufwies.

Sie waren die hauptbesteuerte und am meisten entrechtete Klasse. Vor der Agrarreform von 1906 - 1910 konnten sie nicht frei über ihre Zuteilungen verfügen und zahlten die Ablösungsgebühr, wurden körperlich bestraft (bis 1905) und unterlagen nicht dem Geschworenengericht.

Unter dem Einfluss der kapitalistischen Entwicklung der Landwirtschaft beschleunigte sich die soziale Schichtung der Bauern: 3% wurden zur ländlichen Bourgeoisie (sie wurden Kulaken genannt), etwa 15% wurden wohlhabend. Sie waren nicht nur in der Landwirtschaft tätig, sondern wurden auch durch Wucher und Kleinhandel auf dem Land reich.

Der Rest der Masse unterhielt eine halbpatriarchale Subsistenzwirtschaft und diente als Quelle für Lohnarbeit auf dem Land und in den Städten.

Trotz des Unterschieds in der Lage der Wohlhabenden und Armen, kämpften alle

Bauern gegen den Grundbesitz der Gutsbesitzer.

Die Agrar- und Bauernfrage blieb die akuteste im politischen Leben des Landes.

Das Proletariat, das im Zuge der Industrialisierung schnell wuchs, machte 1913 etwa 19 % der Bevölkerung aus. Es wurde auf Kosten von Menschen aus den ärmsten Schichten verschiedener Klassen (hauptsächlich Bourgeois und Bauern) gegründet. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter unterschieden sich deutlich von denen in Westeuropa und waren extrem schwierig: die niedrigsten Löhne (21 - 37 Rubel), der längste Arbeitstag (11 - 14 Stunden), schlechte Lebensbedingungen. Die Arbeiter waren von dem Mangel an politischen Freiheiten betroffen. Niemand verteidigte tatsächlich die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter, da es vor 1906 keine Gewerkschaften gab, und die politischen Parteien nutzten die Arbeiterbewegung lediglich für ihre eigenen Zwecke aus.

Das Kaderproletariat Russlands kämpfte hart gegen die kapitalistische Ausbeutung und das autokratische System. Die Arbeitsfrage, die die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Position des Proletariats beinhaltete, nahm einen wichtigen Platz im politischen Leben des Landes ein.

Unter den Bedingungen der Modernisierung des Landes hat die Intelligenz (Wissenschaftler, Schriftsteller, Anwälte, Ärzte, Künstler, Schauspieler u. a.) an Zahl zugenommen. Sie nahm aus allen Ständen zu, hatte keine gemeinsamen, wirtschaftlichen und politischen Interessen. Die Vertreter der Intelligenz waren meist Ideologen anderer gesellschaftlicher Gruppen und bildeten politische Strömungen und Parteien, die sich gegen das autokratische System stellten.

Die multinationale Zusammensetzung des Staates diente als Grundlage für die Verschärfung der nationalen Frage.

In den Randgebieten Russlands bildeten sich unter dem Einfluss der Entwicklung des Kapitalismus ein nationales Bürgertum und eine nationale Intelligenz heraus, und das nationale Bewusstsein wuchs. Dies geriet in Konflikt mit bestimmten Erscheinungsformen staatlicher Politik in der nationalen Frage (Russifizierungsversuche, religiöse Einschränkungen u. a.). Die räuberische Ausbeutung der Randgebiete, die Armut und Rechtlosigkeit der dort lebenden Völker führten zur Massenauswanderung aus Russland und zur Entwicklung einer nationalen Bewegung.

Insgesamt war das russische innenpolitische System zu Beginn des XX. Jahrhunderts durch die Verflechtung von Klassen- und nationalen Widersprüchen gekennzeichnet, was zu akuten gesellschaftspolitischen Spannungen im Lande führte und die revolutionären Ausbrüche in den Jahren 1905 - 1907 und 1917 verursachte.

SOZIAL-POLITISCHE KRISE ZU BEGINN DES XX. JHS.

Mitte der 90er Jahre war die russische Gesellschaft der konservativen Politik Alexanders III. „überdrüssig“ und wartete auf liberale Reformen im Zuge des Regierungswechsels. In einer ersten öffentlichen Rede wies der neue Zar jedoch entschieden die Idee einer geringsten Einschränkung der Autokratie zurück. Damit löste er einen Riss zwischen der obersten Macht, den Liberalen und den

demokratischen Schichten aus.

Zar Nikolaus II. (1894-1917).

Nikolaus II. bestieg den Thron im Alter von 26 Jahren. Er hatte eine ausgezeichnete Erziehung und Bildung, sprach fließend drei Fremdsprachen, aber es fehlte ihm an einer breiten Regierungsperspektive und er war nicht gut genug vorbereitet, um ein riesiges Land in einer Zeit der Krise in seiner Geschichte zu regieren.

Er wurde stark von seiner Mutter (der Zarenwitwe Maria Feodorowna), seiner Ehefrau (Zarin Alexandra Feodorowna), dem konservativen Ideologen K. P. Pobedonoszew und in den letzten Jahren seiner Herrschaft - G. E. Rastupin beeinflusst. All dies erwies sich als katastrophal nicht nur für seine Familie, sondern für ganz Russland. Das Wesen der Innenpolitik der Regierung Nikolaus II. bestand darin, ihre autokratischen Grundprinzipien nicht zu gefährden und gleichzeitig die sozialen Spannungen im Lande abzubauen.

Soziale Widersprüche und die Unfähigkeit der Regierung, die wichtigsten politischen Probleme zu lösen, führten zu Beginn des XX. Jahrhunderts zu einer tiefen gesellschaftspolitischen Krise. Sie äußerte sich in der Verschärfung der Arbeiter-, Agrar- und Bauernfrage, in den Kämpfen der Arbeiter gegen das autokratisch-politische System, in der Gründung linker Parteien und liberaler Oppositionsgewerkschaften, in Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Elite und in Schwankungen des Regierungskurses.

Die Regierung stand vor einem Dilemma: entweder das bestehende System durch repressive Methoden zu erhalten oder es zu modernisieren. In den höchsten Regierungsbereichen gab es keine Einheit bei der Lösung dieses Problems. Einige (Finanzminister S. J. Witte, Innenminister P. D. Swjatopolk-Mirski u. a.) hielten es für notwendig, wirtschaftliche, politische und soziale Reformen durchzuführen, um das staatliche System Russlands mit den Bedürfnissen der sich entwickelnden Industriegesellschaft in Einklang zu bringen.

Andere (Hauptprokurator der Synode K. P. Pobedonoszew, Vorsitzender des Ministerkomitees I. N. Durnowo, Innenminister D. S. Sipjagin und W. K. Plehwe) erkannten die Veränderungen im Wirtschaftsleben des Landes nicht an, forderten das harte Durchgreifen gegen Revolutionäre und Oppositionelle und versuchten, den ideologischen Druck auf das öffentliche Bewusstsein im Sinne der Theorie der „offiziellen Nationalität“ zu erhöhen.

Die Wahl der Regierungspolitik hing ganz vom Monarchen ab.

Er neigte dazu, Entscheidungen zu treffen, die darauf abzielten, die bestehende Ordnung zu erhalten, und war nur unter extremen Umständen (der revolutionäre Ansturm im Oktober 1905, die Februarrevolution 1917) gezwungen, einer Änderung des Staatssystems zuzustimmen.

Die Arbeiterbewegung.

Die Arbeiterbewegung fand eine weitaus größere öffentliche Resonanz als zuvor. In den Jahren 1900 - 1904 wurden etwa 1.000 Streiks verzeichnet.

Mehr als 430 Tausend Proletarier nahmen an ihnen teil. Die Streiks betrafen alle wichtigen Industrieregionen: Moskau, St. Petersburg, Donbass, Baku, den Ural. Der

Charakter der Arbeiteraktionen änderte sich. Sie stellten nicht nur wirtschaftliche Forderungen (Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen), sondern auch politische (Abschaffung der Autokratie, Einführung demokratischer Freiheiten). Die Arbeiter begannen, neue Formen des Kampfes zu nutzen (politische Demonstrationen, Generalstreiks) und erreichten in einer Reihe von Fällen die Umsetzung ihrer Forderungen.

Die größten Ereignisse in der Arbeiterbewegung zu Beginn des XX. Jahrhunderts waren die Feier des 1. Mai in Charkow (1900) als Internationaler Tag der proletarischen Solidarität, als Arbeiter während einer politischen Demonstration zum ersten Mal die Parole „Nieder mit der Autokratie!“ ausgaben; Maidemonstrationen in Baku, Wilno und anderen Städten; Zusammenstöße von Arbeitern des Obuchow-Werks in St. Petersburg mit der Polizei und Truppen am 7. Mai 1901, die als „Obuchow-Verteidigung“ in die Geschichte eingingen. Im November 1902 eskalierte ein Wirtschaftsstreik in Rostow am Don zu einem breiten Protest von 30 Tausend Arbeitern.

Von besonderer Bedeutung war der Generalstreik der Arbeiter im Süden Russlands im Juli 1903. Etwa 225 Tausend Arbeiter aus Odessa, Kiew, Nikolajew, Kertsch, Baku, Batumi, Tiflis und anderen Städten, die in verschiedenen Industriezweigen beschäftigt waren, traten in den Streik. Ihnen schlossen sich Verkäufer, Telefonisten und Drucker an.

Wirtschaftliche Forderungen (höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, Verkürzung des Arbeitstages auf 8 Stunden) wurden mit politischen Forderungen kombiniert: Streik-, Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit; Abschaffung der Autokratie und Errichtung einer demokratischen Republik.

Nur mit Hilfe von Truppen gelang es der Regierung, den Streik zu unterdrücken.

Im Jahr 1904 gingen die Streiks und Demonstrationen in verschiedenen Teilen des Landes weiter. Dabei wurden zunehmend politische Forderungen laut. Der größte war der 18-tägige Generalstreik der Arbeiter in Baku (Dezember 1904). Es nahmen bis zu 50 Tausend Menschen daran teil.

Die Arbeiter forderten die Einberufung einer Konstituierenden Versammlung, ein Ende des russisch-japanischen Krieges, einen 8-Stunden-Arbeitstag und Verbesserungen ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. Die Bakuer wurden von Arbeitern aus St. Petersburg, Moskau, Samara und anderen Städten unterstützt. Das Ausmaß der Bewegung und die Solidarität der Arbeiter erschreckten die Regierung. Der Streik endete mit einem Sieg der Arbeiter: Zum ersten Mal in Russland wurde ein Tarifvertrag („Masutverfassung“) zwischen den Arbeitern und den Unternehmern unterzeichnet. Es wurde ein 9-Stunden-Arbeitstag und ein 8-Stunden-Arbeitstag an Tagen vor Feiertagen festgelegt, die eine Erhöhung der Löhne um 20%, die Bereitstellung von Jahresurlaub u. a. vorsahen.

Regierungspolitik zur Arbeiterfrage.

Ab Mitte der 90er Jahre des XIX. Jahrhunderts wurde die Arbeiterfrage zu einem der Hauptthemen der Innenpolitik der zaristischen Regierung. Sie versuchten, sie mit drei Methoden zu lösen. Die erste - Repressionen. Für die Teilnahme an Streiks wurden Arbeiter strafrechtlich verfolgt, sie konnten verhaftet, eingesperrt, in ihre Heimat geschickt werden, mit dem Verbot, in großen Industriestädten zu leben.

Der repressive Weg erwies sich jedoch als unwirksam gegen die Massenbewegung, zumal die Unternehmen immer mehr professionell ausgebildete Arbeiter benötigten.

Die zweite Methode besteht darin, dass die Regierung die in den 80er Jahren des XIX. Jahrhunderts festgelegte Linie verwendete und die gesetzliche Regelung des Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern fortsetzte. Im Jahr 1897 wurde ein Gesetz zur Begrenzung des Arbeitstages auf 11,5 Stunden verabschiedet. Die Rechte der Fabrikinspektion wurden erweitert, um die Verletzung von Gesetzen durch Unternehmer zu überwachen, mögliche Ursachen von Streiks zu unterdrücken. Seit 1901 werden Renten für Arbeitnehmer staatlicher Unternehmen eingerichtet, die ihre Fähigkeit verloren haben, in der Produktion zu arbeiten. 1903 wurde ein Gesetz über die Entschädigung von Fabrikbesitzern für bei der Arbeit verletzte Arbeitnehmer verabschiedet. Solche Zugeständnisse konnten jedoch die Unzufriedenheit der Arbeiter nicht abschwächen.

Die dritte Methode war der Einsatz von „Vormundschafts-“ Politik, die zur Gründung von legalen Arbeiterorganisationen unter Aufsicht der Polizei führte. Ziel war es, das Proletariat vom regierungsfeindlichen Kampf abzulenken. Eine Zeit lang ließen sich einige der Arbeiter von der Idee der Zusammenarbeit mit den Behörden mitreißen und begannen, sich an den „Subatow“-Organisationen zu beteiligen, die nach ihrem Initiator, dem Leiter der Moskauer Sicherheitsabteilung, S. W. Subatow, benannt waren. Ein Gesetz von 1903 erlaubte es den Arbeitern, Vorsteher zu wählen, die die Einhaltung der Arbeitsbedingungen durch den Unternehmer überwachen sollten. Die Politik des „Polizeiisozialismus“ stieß auf den Widerstand der Fabrikanten, die dachten, dass die Polizei die Arbeiter gegen sie aufstellte, und auf das Misstrauen der Arbeiter selbst, die es satt hatten, auf die versprochenen Reformen zu warten.

Die Bauernbewegung.

In den Jahren 1900 - 1904 erreichten die Bauernaufstände ein bedeutendes Ausmaß (ca. 600 Unruhen in 42 Gouvernements des europäischen Teils Russlands). In diesen Jahren leisteten die Bauern jedoch keinen Widerstand gegen die Autokratie. Sie forderten die Teilung des Landes der Gutsherren, die Senkung der Steuern und Pflichten. Das höchste Ausmaß wurde 1902 verzeichnet, als aufgrund der Hungersnot, die durch den Mangel an Ernten im Jahr 1901 verursacht wurde, Unruhen in der Ukraine, der Wolga-Region, Georgien und Aserbaidschan einsetzten. Im Laufe des Kampfes änderte sich allmählich ihr Charakter.

Zunehmend wurden politische Forderungen gestellt. Jetzt stellten sich die Bauern sowohl gegen einzelne Grundbesitzer als auch gegen die Agrarpolitik der Regierung.

Regierungspolitik zur Agrarfrage.

Die Regierung unterdrückte die Unruhen der Bauern mit massiven Strafmaßnahmen. Mehr als 10 Tausend Soldaten wurden in den Gouvernements Poltawa und Charkow eingesetzt.

Bauern ganzer Dörfern wurden bestraft, vor Gericht gestellt und zur Zwangsarbeit verbannt. Für die „Verluste“ der Grundbesitzer erhob die Regierung eine zusätzliche Steuer auf die Bauern in Höhe von 800 Tausend Rubel.

Die Regierung verstand, dass Repression allein die Agrar- und Bauernfrage nicht lösen kann. 1902 wurde eine „Sonderkommission für die Bedürfnisse der landwirtschaftlichen Industrie“ eingerichtet. Die Vorschläge von S. J. Witte, das Eigentum und die Bürgerrechte der Bauern zu erweitern und unter dem Druck der konservativen Bürokratie von Gemeinschafts- auf Einzelhof-Grundstücke zu wechseln, wurden als verfrüht angesehen.

Das Manifest vom Februar 1903 bestätigte die Unantastbarkeit des Gemeinschafts-Grundbesitzes. In den Jahren 1903 - 1904 wurden jedoch eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, die den einzelnen Bauern den Austritt aus der Gemeinschaft erleichterten, ihnen den Umzug auf staatliches Land ermöglichten und den Bauern die gleichen Rechte wie den anderen Ständen gaben. Diese Teilzugeständnisse lösten die Agrar- und Bauernfrage nicht.

Die Bewegung der demokratischen Intelligenz.

Ein wichtiges Indiz für die wachsende gesellschaftspolitische Krise im Lande war die Bewegung der demokratischen Intelligenz. Seit den 90er Jahren des XIX. Jahrhunderts trat sie gegen die polizeiliche Willkür auf und forderte politische Freiheiten. Ihre Beteiligung an der sozialen Bewegung drückte sich in der Gründung von legalen Gesellschaften (Wissenschaftler, Ärzte usw.) aus, auf deren Treffen akute politische Fragen diskutiert wurden, in der Unterstützung des Roten Kreuzes für die Teilnehmer an den revolutionären Aufständen, im Sammeln von Geld für die Streikenden und politischen Gefangenen, in der Bereitstellung von sicheren Unterkünften für Revolutionäre usw.

Der junge Teil der Intelligenz - die Studenten - war am aktivsten.

Die Schwere der materiellen und rechtlichen Situation, die antidemokratische Politik der Regierung im Bereich der Hochschulbildung - all dies bildete die Grundlage für die zunehmende Unzufriedenheit innerhalb der Mauern der Universitäten. Zu Beginn des XX. Jahrhunderts ging ein bedeutender Teil der radikalen Studentenschaft in den offenen politischen Kampf und erklärte sich mit der Arbeiterklasse solidarisch. Die Studentenschaft war der Anstifter vieler öffentlicher Proteste.

Demonstrationen von Studenten und Arbeitern im Frühjahr 1901 in Moskau wühlten ganz Russland auf und zwangen die Regierung, die „Provisorischen Regeln...“ über die Einberufung von Studenten zur Armee wegen Teilnahme an Unruhen aufzugeben. Die gesamtrossischen Studentenstreiks von 1899, 1901, 1902 hatten eine breite politische Resonanz.

Im Laufe des Kampfes bildeten sich im jungen Milieu die zukünftigen großen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und des Staates - Teilnehmer der Februar- und Oktoberrevolutionen.

Politische Parteien.

Vertreter der Intelligenz wurden die soziale Basis, auf deren Grundlage sich am Ende des XIX. — Anfang des XX. Jahrhunderts radikale politische Parteien bildeten: Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre. Sie nahmen vor den liberal-oppositionellen Parteien Gestalt an, da sie die Möglichkeit erkannten, illegale Methoden des Kampfes anzuwenden, während die Liberalen versuchten, im Rahmen des bestehenden politischen Systems zu handeln.

Die ersten sozialdemokratischen Parteien entstanden in den 80 - 90er Jahren des XIX.

Jahrhunderts in den nationalen Regionen Russlands: Finnland, Polen, Armenien. Mitte der 90er Jahre wurden in St. Petersburg, Moskau und anderen Städten „Vereinigung des Kampfs für die Befreiung der Arbeiterklasse“ gegründet. Sie nahmen Kontakt mit den streikenden Arbeitern auf, aber ihre Aktivitäten wurden von der Polizei unterbrochen. Ein Versuch, auf dem Kongress 1898 eine Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei zu gründen, war nicht erfolgreich. Weder das Programm noch die Satzung wurden verabschiedet. Die Delegierten des Kongresses wurden verhaftet.

Ein neuer Versuch, sich zu einer politischen Organisation zusammenzuschließen, wurde von G. W. Plechanow, J. O. Zederbaum (L. Martow), W. I. Uljanow (Lenin) u. a. unternommen. Ab 1900 begannen sie, im Ausland die illegale politische Zeitung „Iskra“ (*Funke*) zu veröffentlichen. Sie brachte unterschiedliche Kreise und Organisationen zusammen. Im Jahr 1903 wurden auf einem Kongress in London das Programm und die Verfassung angenommen, die die Gründung der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (RSDRP) gestalteten.

Das Programm sah zwei Phasen der Revolution vor. Zum einen - dem Mindestprogramm - die Umsetzung bürgerlich-demokratischer Forderungen: Beseitigung der Autokratie, Begrenzung des Arbeitstages auf 8 Stunden; die Einführung eines universellen, gleichberechtigten, direkten Wahlrechts und anderer demokratischer Freiheiten; die Rückgabe der Grundstücke an die Bauern und die Gewährung des Rechts, das Land frei zu veräußern; Aufhebung der Ablösungsgebühren, Rückgabe der von den Bauern als Ablöse- und Zinszahlungen eingenommenen Summen. Zum zweiten - dem Maximalprogramm - die Umsetzung der sozialistischen Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Ideologische (programmatische) und organisatorische Unterschiede teilten die Partei jedoch in Bolschewiki (Anhänger Lenins) und Menschewiki (Anhänger von L. Martows) auf.

Die Bolschewiki versuchten, die Partei in eine enge Organisation professioneller Revolutionäre zu verwandeln. Die Einführung der Idee der Diktatur des Proletariats in ihr Programm isolierte sie von anderen sozialdemokratischen Strömungen. Nach dem Verständnis der Bolschewiki bedeutete die Diktatur des Proletariats die Errichtung der politischen Macht der Arbeiter zum Aufbau des Sozialismus und in Zukunft einer klassenlosen Gesellschaft. W. I. Lenin wurde ein anerkannter Theoretiker und politischer Führer der Bolschewiki. Die Menschewiki hielten Russland nicht für reif für eine sozialistische Revolution, lehnten die Diktatur des Proletariats ab und gingen von der Möglichkeit der Zusammenarbeit mit allen oppositionellen Kräften aus. Trotz der Spaltung begann die RSDRP einen Kurs, um die Arbeiter- und Bauernbewegung zu fördern und sich auf die Revolution vorzubereiten. Die Sozialistisch-Revolutionäre Partei (Sozialrevolutionäre) wurde 1902 auf der Grundlage eines Zusammenschlusses von neonarodniki- Kreisen gegründet. Die illegale Zeitung „Revolutionäres Russland“ wurde zum Sprachrohr der Partei. Die Sozialrevolutionäre betrachteten die Bauern als ihre soziale Unterstützung, aber die Zusammensetzung der Partei war überwiegend aus der Intelligenz. Der Leiter und Ideologe der Sozialrevolutionäre war W. M. Tschernow. Ihr Programm sah den Sturz der Autokratie, die Enteignung des kapitalistischen Eigentums und die Reorganisation der Gesellschaft nach kollektiven, sozialistischen Prinzipien, die Einführung des 8-Stunden-Arbeitstages, das allgemeine Wahlrecht und demokratische

Freiheiten vor.

Die Hauptidee der Sozialrevolutionäre war die „Sozialisierung des Landes“, d. h. die Abschaffung des Privateigentums an Land, seine Übertragung auf die Bauern und die Aufteilung zwischen ihnen gemäß der Arbeitsnorm. Als Taktik des Kampfes wählten die sozialistischen Revolutionäre den Terror. „Kampforganisation der Sozialistisch-Revolutionären Partei“ unter der Leitung von G. A. Gerschuni verübte eine Reihe von Anschlägen auf Minister und Gouverneure, tötete den Generalgouverneur von Moskau, Großfürst Sergej Alexandrowitsch, u. a. Durch Terror versuchten die Sozialrevolutionäre, die Revolution zu fördern und die Regierung einzuschüchtern, um sie zur Schaffung des Semski Sobor (Konstituierende Versammlung) zu zwingen.

Die liberale Bewegung.

Das Zentrum der Bildung der liberalen Opposition waren, wie in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts, die Semstvos und Stadtdumas. Als sie erkannten, dass die Teilnahme an der Behandlung lokaler Fragen nicht ausreichte, um Veränderungen im Staatssystem und die Schaffung einer konstitutionellen Monarchie in Russland zu erreichen, wandten sich die Semstwo-Liberalen dem politischen Kampf zu. Sie organisierten 1902 im Ausland die Veröffentlichung der illegalen Zeitschrift „Befreiung“. Sie wurde von dem ehemaligen „legalen Marxisten“ P. B. Struve geleitet, der die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Extremen „von rechts“ (Willkür der Regierung) und „von links“ (Aktivitäten der Radikalen) verkündete. 1903 entstanden die ersten liberalen politischen Organisationen – die „Union der Befreiung“ und die „Union der Semstwo-Konstitutionalisten“. Prominente Historiker, Anwälte, Philosophen, Ökonomen und Publizisten nahmen darin teil (P. N. Miljukow, S. A. Muromzew, N. A. Berdjajew, M. I. Tugan-Baranowski u. a.). Die Unionsprogramme sahen moderate politische Veränderungen vor (konstitutionelle Monarchie und demokratische Freiheiten). Mit ihren Aktivitäten legten sie den Grundstein für die Gründung der Kadettenpartei im Jahr 1905.

Im Allgemeinen konnte die Regierung mit ihrer Innenpolitik zu Beginn des XX. Jahrhunderts den Anforderungen keiner sozialen Gruppe gerecht werden. Auch die Grundbesitzer waren unzufrieden, weil die Behörden ihrer Meinung nach nicht in der Lage waren, sich selbst oder ihre soziale Unterstützung zu schützen. Unter dem konservativ-monarchischen Teil der Bevölkerung (Landbesitzer, Geistliche, Kaufleute und Bourgeoisie) tauchte die Idee auf, politische oder öffentliche Organisationen zu gründen, um der Regierung im Kampf gegen Revolutionäre und Liberale zu helfen.

DIE REVOLUTION VON 1905 - 1907.

Ursachen, Aufgaben, treibende Kräfte.

Die Ursachen der Revolution waren im wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen System Russlands verwurzelt. Die ungelöste Agrar- und Bauernfrage, das Fortbestehen des Großgrundbesitzes und der bäuerlichen Kleinbetriebe, ein hoher Grad der Ausbeutung der Arbeiter aller Nationen, ein autokratisches System, totale politische Ohnmacht und fehlende demokratische Freiheiten, polizeiliche und bürokratische Willkür

und aufgetauer sozialer Protest - all das konnte nur Anlass zu einer revolutionären Explosion sein. Der Katalysator, der den Ausbruch der Revolution auslöste, war die Verschlechterung der finanziellen Situation der Werktätigen aufgrund der Wirtschaftskrise von 1900 - 1903 und der schmachlichen Niederlage des zaristischen Regimes im russisch-japanischen Krieg von 1904 - 1905.

Zu den Aufgaben der Revolution gehörten der Sturz der Autokratie, die Einberufung der Konstituierenden Versammlung zur Errichtung einer demokratischen Ordnung, die Abschaffung der ständischen Ungleichheit, die Einführung der Rede-, Versammlungs-, Partei- und Vereinsfreiheit, die Abschaffung des Grundbesitzes und die Zuteilung von Land an die Bauern, die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden, die Anerkennung des Streikrechts der Arbeiter und die Gründung von Gewerkschaften, die Erreichung der Gleichberechtigung der Völker Russlands.

Breite Bevölkerungsschichten waren an der Umsetzung dieser Aufgaben interessiert. An der Revolution nahmen teil: Arbeiter und Bauern, Soldaten und Matrosen, ein großer Teil der mittleren und kleinen Bourgeoisie, die Intelligenz und Angestellte. In Bezug auf Ziele und Zusammensetzung der Teilnehmer war sie daher national und hatte einen bürgerlich-demokratischen Charakter.

Die Stadien der Revolution.

Die Revolution dauerte 2,5 Jahre (vom 9. Januar 1905 bis zum 3. Juni 1907). Sie hat in ihrer Entwicklung mehrere Stadien durchlaufen.

Der Prolog der Revolution waren die Ereignisse in St. Petersburg — der allgemeine Streik und der Blutsonntag.

Am 9. Januar wurden Arbeiter, die mit einer Petition zum Zaren marschiert waren, erschossen. Sie wurde von Mitgliedern der „Versammlung der russischen Fabrikarbeiter von St. Petersburg“ unter der Leitung von G. A. Gapon zusammengestellt. Die Petition enthielt die Forderung der Arbeiter nach Verbesserung ihrer materiellen Lage und politische Forderungen - Einberufung der Konstituierenden Versammlung auf der Grundlage allgemeiner, gleicher und geheimer Abstimmung, Einführung demokratischer Freiheiten. Daraufhin kam es zu Erschießungen, bei dem mehr als 1.200 Menschen getötet und etwa 5.000 verwundet wurden. Daraufhin griffen die Arbeiter zu den Waffen und begannen, Barrikaden zu errichten.

Erste Phase.

Vom 9. Januar bis Ende September 1905 - der Beginn und die Entwicklung der Revolution auf der steigenden Linie, die Entfaltung ihrer Tiefe und Breite. Mehr und mehr Massen der Bevölkerung wurden in sie hineingezogen. Sie erfasste nach und nach alle Regionen Russlands.

Die wichtigsten Ereignisse: Januar-Februar Streiks und Proteste als Reaktion auf den Blutsonntag unter dem Slogan „Nieder mit der Autokratie!“; Frühjahr-Sommer-Aktionen von Arbeitern in Moskau, Odessa, Warschau, Lodz, Riga und Baku (über 800.000.); Gründung eines neuen Regierungsorgans der Arbeiter in Iwanowo-Wosnessensk - des Rates der bevollmächtigten Abgeordneten; Aufstand der Matrosen auf dem Panzerkreuzer „Fürst Potjomkin-Tawritscheski“; Massenbewegung der Bauern und

Landarbeiter in einem Fünftel der Kreise in Zentralrussland, in Georgien und Lettland; Gründung des Bauernverbandes, der politische Forderungen stellte. In dieser Zeit unterstützte ein Teil der Bourgeoisie die Volksaufstände materiell und moralisch.

Unter dem Druck der Revolution machte die Regierung ihr erstes Zugeständnis und versprach, die Staatsduma einzuberufen. (Sie wurde nach dem Innenminister Bulygin benannt).

Der Versuch, im Rahmen der Entwicklung der Revolution ein gesetzgebendes Organ mit erheblich eingeschränkten Wahlrechten der Bevölkerung zu schaffen, schlug fehl.

Zweite Phase.

Oktober - Dezember 1905 - der höchste Aufschwung der Revolution. Die wichtigsten Ereignisse: der gesamtrossische politische Oktoberstreik (über 2 Millionen Teilnehmer) und die daraus resultierende Veröffentlichung des Manifests vom 17. Oktober „Zur Verbesserung der Staatsordnung“, in dem der Zar versprach, bestimmte politische Freiheiten einzuführen und eine gesetzgebende Staatsduma auf der Grundlage eines neuen Wahlgesetzes einzuberufen; Bauernaufstände, die zur Abschaffung der Ablösezahlungen führten; Demonstrationen in der Armee und Marine (Aufstand in Sewastopol unter Führung von Leutnant P. P. Schmidt); Dezemberstreiks und Aufstände in Moskau, Charkow, Tschita, Krasnojarsk und anderen Städten.

Die Regierung unterdrückte alle bewaffneten Aufstände. Auf dem Höhepunkt des Aufstandes in Moskau, der eine besondere politische Resonanz im Lande hervorrief, wurde am 11. Dezember 1905 ein Dekret „Über die Änderung der Bestimmungen über die Wahlen zur Staatsduma“ veröffentlicht und die Vorbereitung von Wahlen angekündigt. Dieser Akt erlaubte es der Regierung, die Hitze der revolutionären Leidenschaften zu reduzieren.

Die bürgerlich-liberalen Schichten, erschrocken über die Größe der Bewegung, schreckten vor der Revolution zurück. Sie begrüßten die Veröffentlichung des Manifests und das neue Wahlgesetz, weil sie glaubten, dass dies die Schwächung der Autokratie und den Beginn des Parlamentarismus in Russland bedeutete. Sie nutzten die versprochenen Freiheiten und begannen, ihre eigenen politischen Parteien zu gründen.

Im Oktober 1905 wurde die Konstitutionelle Demokratische Partei (Kadetten) auf der Grundlage der „Union der Befreiung“ und der „Union der Semstwo-Konstitutionalisten“ gegründet.

Ihre Mitglieder vertraten die Interessen des mittleren städtischen Bürgertums und der Intelligenz. Ihr Leiter war der Historiker P. N. Miljukow. Das Programm beinhaltete die Forderung nach einer parlamentarischen Demokratie in Form einer konstitutionellen Monarchie, das allgemeine Wahlrecht, weitreichende politische Freiheiten, einen 8-Stunden-Arbeitstag, das Streikrecht und Gewerkschaften. Die Kadetten traten für die Erhaltung eines geeinten und unteilbaren Russlands ein, mit der Gewährung von Autonomie für Polen und Finnland. Das Programm der Kadetten beinhaltete die Modernisierung des politischen Systems Russlands nach westeuropäischem Vorbild. Die Kadetten wurden die Partei in Opposition zur zaristischen Regierung.

Im November 1905 wurde die „Bund des 17. Oktober“ gegründet. Die Oktobristen vertraten die Interessen der Großindustriellen, der Finanzbourgeoisie, der liberalen

Großgrundbesitzer und der wohlhabenden Intelligenz. Der Leiter der Partei war der Geschäftsmann A. I. Gutschkow. Das Programm der Oktobristen sah die Errichtung einer konstitutionellen Monarchie mit starker Exekutivgewalt des Zaren und der gesetzgebenden Duma, die Erhaltung eines geeinten und unteilbaren Russlands (mit der Gewährung der Autonomie für Finnland) vor. Sie waren bereit, mit der Regierung zu kooperieren, obwohl sie die Notwendigkeit einiger Reformen erkannten. Sie schlugen vor, die Agrarfrage zu lösen, ohne das Landeigentum der Großgrundbesitzer anzutasten (Auflösung der Gemeinde, Rückgabe der Zuteilungen an die Bauern, Verringerung des Landhungers im Zentrum Russlands durch Umsiedlung der Bauern in die Außenbezirke).

Die konservativ-monarchischen Kreise organisierten im November 1905 die „Union des russischen Volkes“ und 1908 die „Union des Erzengels Michael“ (Schwarze Hundertschaften). Ihre Anführer waren der Arzt A. I. Dubrowin, die Großgrundbesitzer N. E. Markow und W. M. Purischkewitsch. Sie kämpften gegen jegliche revolutionäre und demokratische Aktionen, bestanden auf der Stärkung der Autokratie, der Integrität und Unteilbarkeit Russlands, der Erhaltung der herrschenden Position der Russen und der Stärkung der Position der orthodoxen Kirche.

Dritte Phase.

Von Januar 1906 bis 3. Juni 1907 - Niedergang und Rückzug der Revolution. Die wichtigsten Ereignisse: „Nachhutgefechte des Proletariats“, die einen offensiven, politischen Charakter hatten (1906 nahmen 1,1 Millionen Arbeiter an Streiks teil, 1907 - 740 Tausend); der neue Umfang der Bauernbewegung (die Hälfte der Landgüter in Zentralrussland stand in Flammen); Aufstände der Matrosen (Kronstadt und Sveaborg); nationale Befreiungsbewegung (Polen, Finnland, das Baltikum, Ukraine). Allmählich ebte die Welle der Volksproteste ab.

Der Schwerpunkt der sozialen Bewegung hat sich auf die Wahlgebiete und die Staatsduma verlagert.

Die Wahlen zu ihr waren nicht allgemein (er umfasste keine Landarbeiter, Frauen, Soldaten, Matrosen, Studenten oder Arbeiter, die in kleinen Unternehmen beschäftigt waren). Jeder Stand hatte seine eigenen Repräsentationsnormen: die Stimme eines Grundbesitzers entsprach 3 Stimmen der Bourgeoisie, 15 Stimmen der Bauern und 45 Stimmen der Arbeiter. Das Ergebnis der Wahl wurde durch das Verhältnis der Anzahl der Wähler bestimmt. Die Regierung rechnete immer noch mit der monarchistischen Loyalität und den Duma-Illusionen der Bauern, so dass für sie eine relativ hohe Repräsentationsrate festgelegt wurde.

Die Wahlen waren nicht direkt: für die Bauern - vierstufig, für die Arbeiter - dreistufig, für den Adel und die Bourgeoisie - zweistufig.

Eine hohe Altersgrenze (25 Jahre) und eine Eigentumsqualifikation für Stadtbewohner wurde eingeführt, um den Vorteil der Großbourgeoisie bei Wahlen zu sichern.

Die I. Staatsduma (April - Juni 1906).

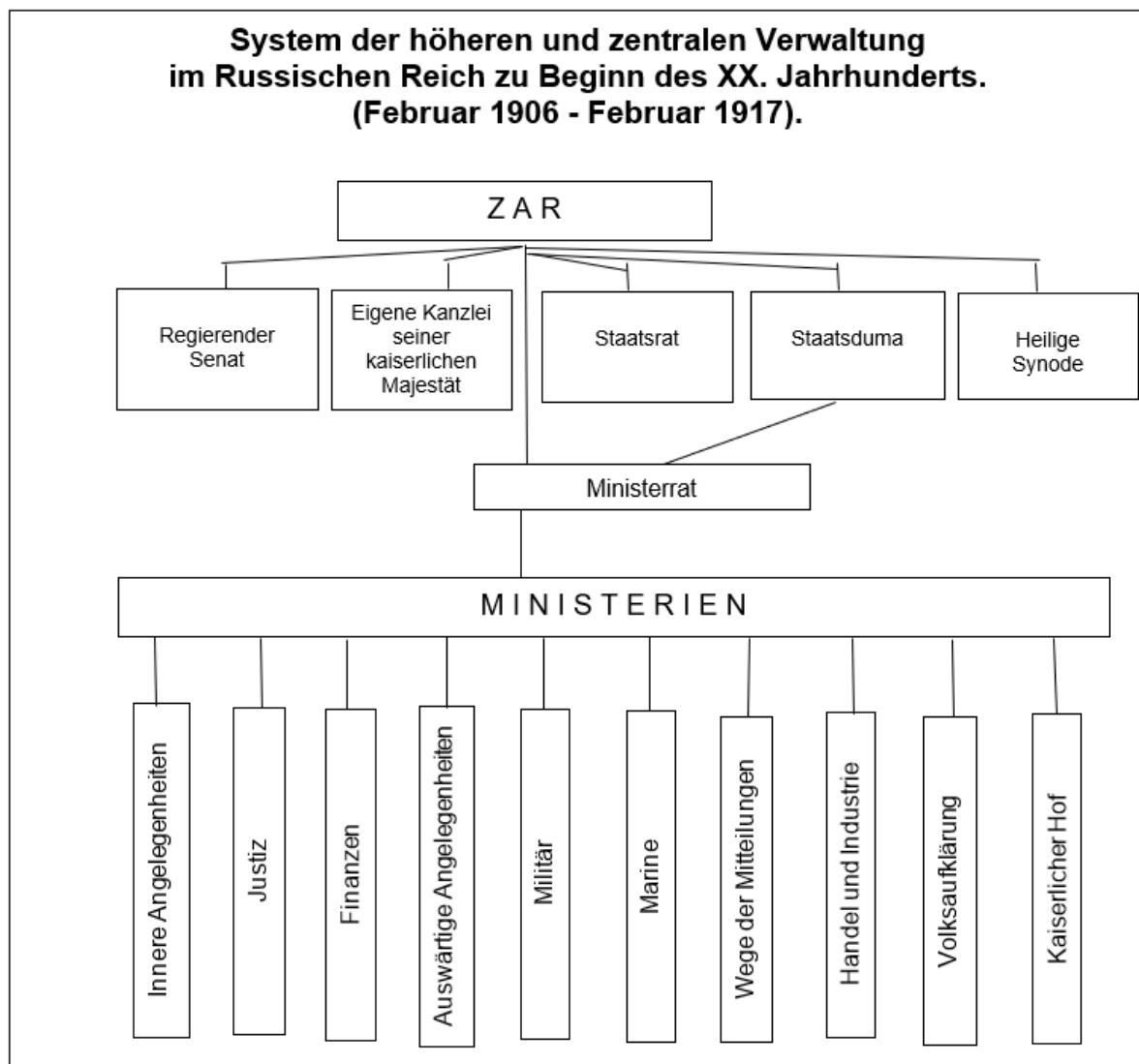
Unter ihren Abgeordneten waren 34 % Kadetten, 14 % Oktobristen, 23 % Trudowiki (*Arbeits-Gruppe*) (Fraktion, die den Sozialrevolutionären nahe steht und die Interessen der Bauernschaft vertritt).

Die Sozialdemokraten waren durch die Menschewiki vertreten (etwa 4 % der Sitze). Die

Schwarzen Hundertschaften kamen nicht in die Duma. Die Bolschewiki boykottierten die Wahl.

Zeitgenossen nannten die Erste Staatsduma „Die Duma der Hoffnungen des Volkes auf einen friedlichen Weg“. Die gesetzlichen Rechte wurden jedoch bereits vor der Einberufung eingeschränkt. Im Februar 1906 wurde der beratende Staatsrat in die obere gesetzgebende Kammer umgewandelt.

Die neuen „Grundlegenden Staatsgesetze des Russischen Reiches“, die im April vor der Eröffnung der Duma veröffentlicht wurden, behielten die Formel von der obersten autokratischen Macht des Zaren bei und behielten dem Zaren das Recht vor, Dekrete ohne seine Zustimmung zu erlassen, was den Versprechen des Manifests vom 17. Oktober widersprach.



De
St:
ihr

an die Regierung zu richten, ihr Misstrauen zu äußern und den Staatshaushalt zu genehmigen.

Die Duma schlug ein Programm für die Demokratisierung Russlands vor. Sie sah vor: die Einführung der Rechenschaftspflicht der Minister gegenüber der Duma; eine Garantie aller bürgerlichen Freiheiten; die Einführung einer allgemeinen kostenlosen Bildung; eine Agrarreform; die Erfüllung der Forderungen der nationalen Minderheiten; die Abschaffung der Todesstrafe und eine vollständige politische

Amnestie. Die Regierung akzeptierte dieses Programm nicht, was die Konfrontation mit der Duma verschärfte.

Das Hauptthema in der Duma war die Agrarfrage. Zwei Gesetzentwürfe wurden diskutiert: die der Kadetten und die der Trudowiki. Beide sprachen sich für die Schaffung eines „staatlichen Bodenfonds“ aus, der sich aus dem Staats-, Kloster-, Appanage- und einem Teil des Grundbesitzes zusammensetzen sollte. Die Kadetten empfahlen jedoch, die profitablen Ländereien nicht anzurühren. Sie boten an, den konfiszierten Teil des Landes von den Grundbesitzern „zu einem fairen Preis“ auf Kosten des Staates zurückzukaufen. Das Projekt der Trudowiki sah die entschädigungslose Entfremdung allen privaten Grund und Bodens vor, wobei den Eigentümern nur die „Arbeitsnorm“ blieb. Im Laufe der Diskussion schlugen einige der Trudowiki ein noch radikaleres Projekt vor - die vollständige Zerstörung des Privateigentums an Grund und Boden und die Erklärung der natürlichen Ressourcen und des Untergrunds zum nationalen Eigentum.

Die Regierung, unterstützt von allen konservativen Kräften im Lande, lehnte alle Projekte ab. 72 Tage nach der Eröffnung der Duma löste der Zar sie auf und erklärte, dass sie das Volk nicht beruhige, sondern Leidenschaften entfache. Die Repressionen wurden verschärft: Militärgerichte und Strafabteilungen waren im Einsatz. Im April 1906 wurde P. A. Stolypin zum Innenminister ernannt, der im Juli desselben Jahres Vorsitzender des (im Oktober 1905 gegründeten) Ministerrats wurde.

P. A. Stolypin (1862-1911) - aus einer Familie von Großgrundbesitzern, machte schnell eine erfolgreiche Karriere im Innenministerium, war Gouverneur mehrerer Gouvernements. Er erhielt den persönlichen Dank des Zaren für die Niederschlagung der Bauernunruhen im Gouvernement Saratow im Jahr 1905. Mit einem weiten, staatlichen Horizont und entschlossenem Charakter wurde er zur zentralen politischen Figur Russlands in der Endphase der Revolution und in den folgenden Jahren.

Er beteiligte sich aktiv an der Entwicklung und Umsetzung der Agrarreform. P. A. Stolypins wichtigste politische Idee war, dass Reformen nur dann erfolgreich umgesetzt werden können, wenn eine starke Regierung vorhanden ist. Daher war seine Reformpolitik Russlands mit einer Intensivierung des Kampfes gegen die revolutionäre Bewegung, der Unterdrückung durch die Polizei und Strafmaßnahmen verbunden. Im September 1911 starb er an den Folgen eines Terroranschlags.

Die II. Staatsduma (Februar - Juni 1907).

Während der Wahl einer neuen Duma wurde das Recht der Arbeiter und Bauern, sich an ihnen zu beteiligen, eingeschränkt. Die Agitation radikaler Parteien war verboten, ihre Kundgebungen wurden zerstreut. Der Zar wollte eine gehorsame Duma, aber er verkalkulierte sich.

Die Zweite Staatsduma erwies sich als noch linker als die erste.

Das Kadettenzentrum „schmolz“ (19% der Sitze). Der rechte Flügel wurde gestärkt - die Duma wurde von 10 % der Schwarzen Hundertschaften, 15 % der Oktobristen und bürgerlich-nationalistischen Abgeordneten gewonnen. Die Trudowiki, die Sozialrevolutionäre und die Sozialdemokraten bildeten einen Linksblock mit 222

Sitzen (43%).

Nach wie vor stand die Agrarfrage im Mittelpunkt. Die Schwarzen Hundertschaften verlangten, dass der Grundbesitz unangetastet bleiben sollte, und dass die Zuteilungsländereien der Bauern der Gemeinschaft entzogen und unter den Bauern als Bodenanteil aufgeteilt werden sollten. Dieses Projekt fiel mit dem Agrarreformprogramm der Regierung zusammen. Die Kadetten lehnten die Idee eines staatlichen Fonds ab. Sie schlugen vor, einen Teil des Landes von den Grundbesitzern zurückzukaufen und es den Bauern zu geben, wobei die Kosten zu gleichen Teilen zwischen ihnen und dem Staat aufgeteilt werden sollten. Die Trudowiki legten wieder einmal ihr Projekt vor, alles private Land kostenlos zu enteignen und nach der „Arbeitsnorm“ zu verteilen. Die Sozialdemokraten forderten die vollständige Konfiszierung des Grundbesitzes und die Bildung von lokalen Komitees, die diesen unter den Bauern verteilen sollten.

Projekte zur Enteignung des Landes der Grundbesitzer machten der Regierung Angst. Es wurde beschlossen, die Duma aufzulösen.

Sie dauerte 102 Tage.

Der Vorwand für die Auflösung war die Anschuldigung der Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, einen Staatsstreich vorzubereiten.

In der Tat war es die Regierung, die den Staatsstreich durchführte.

Am 3. Juni 1907, gleichzeitig mit dem Manifest über die Auflösung der II. Staatsduma, wurde ein neues Wahlgesetz veröffentlicht.

Dieser Akt war ein direkter Verstoß gegen Artikel 86 „Grundgesetze des Russischen Reiches“, wonach kein neues Gesetz ohne die Zustimmung des Staatsrates und der Staatsduma verabschiedet werden durfte.

Der 3. Juni gilt als der letzte Tag der Revolution von 1905 - 1907.

Die Bedeutung der Revolution.

Das wichtigste Ergebnis war, dass die oberste Macht gezwungen war, das gesellschaftspolitische System Russlands zu ändern.

Es entstanden neue staatliche Strukturen, die den Beginn der Entwicklung des Parlamentarismus signalisierten. Eine gewisse Einschränkung der Autokratie wurde erreicht, obwohl der Zar die Fähigkeit zur Gesetzgebung und den vollen Umfang der exekutiven Macht behielt.

Die gesellschaftspolitische Stellung der russischen Bürger hat sich verändert: demokratische Freiheiten wurden eingeführt, die Zensur wurde abgeschafft, Gewerkschaften und legale politische Parteien durften sich organisieren. Die Bourgeoisie erhielt reichlich Gelegenheit, am politischen Leben des Landes teilzunehmen.

Die finanzielle Situation der Arbeiter hat sich verbessert. In einer Reihe von Branchen wurden die Löhne erhöht und die Arbeitszeit auf 9 - 10 Stunden reduziert.

Die Bauern haben die Abschaffung der Ablösesummen erreicht. Die Bewegungsfreiheit der Bauern wurde erweitert und die Macht der Semstwo-Leiter wurde eingeschränkt. Es begann die Agrarreform, die die Gemeinschaft auflöste und die Rechte der Bauern als Grundbesitzer stärkte, was zur weiteren kapitalistischen

Entwicklung der Landwirtschaft beitrug.

Das Ende der Revolution führte zur Errichtung einer vorübergehenden, innenpolitischen Stabilisierung in Russland.

DAS POLITISCHE SYSTEM VOM DRITTEN JUNI (1907 - 1914)

Die Innenpolitik.

Nach der Revolution in Russland entstand ein neues System der politischen Organisation des Staates, das als „Monarchie des dritten Juni“ bezeichnet wurde.

Die Innenpolitik der Regierung in dieser Zeit wurde durch objektive postrevolutionäre Bedingungen bestimmt. Einerseits zielte sie darauf ab, die Anti-Regierungsbewegung zu unterdrücken. Andererseits war es unmöglich, nicht mit den Lehren aus der Revolution zu rechnen, die die Notwendigkeit von Reformen zur Verbreiterung der sozialen Basis der obersten Macht aufzeigten. In diesem Zusammenhang ließen sich zwei Linien in der Innenpolitik der Regierung nachzeichnen: die Offensive der Reaktion in allen Bereichen des öffentlichen Lebens und das Manövrieren zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Kräften. Die erste Linie wurde durch administrative und ideologische Maßnahmen umgesetzt.

Der polizeilich-bürokratische Apparat wurde von der Presse und der Kirche unterstützt. Die zweite Linie wurde durch die Verabschiedung und Umsetzung von neuen Gesetzen umgesetzt.

Die Durchführung der konterrevolutionären Linie stützte sich auf die „Position des verstärkten und außerordentlichen Schutzes“. Den lokalen Behörden wurde das Recht eingeräumt, die Räumlichkeiten aller Institutionen und Organisationen zu durchsuchen und deren Mitglieder zu verhaften. Die Gefängnisse waren überfüllt. Todesurteile und Hinrichtungen waren an der Tagesordnung. Viele Organisationen von Bauern, Studenten und demokratischer Intelligenz wurden zerstört, ein Teil der Gewerkschaften wurde geschlossen, die Veröffentlichung einer Reihe demokratischer Zeitungen und Zeitschriften wurde verboten.

Die ideologische Offensive spiegelte sich am deutlichsten in der Aufsatzsammlung über die russische Intelligenz „Meilensteine“ (1909) wider. Darin verteidigten die Autoren die Unnötigkeit und Schädlichkeit revolutionärer Aktionen und dankten „der Obrigkeit, die uns (Liberale.-Aut.) allein mit ihren Bajonetten vor der Wut des Volkes schützt“. Die Kirche rief zur christlichen Demut und zur Zusammenarbeit mit der Regierung auf. Vertreter der Schwarzen Hundertschaft gingen sogar noch weiter und forderten den Tod für alle Revolutionäre und die Auflösung der Duma.

Das Wahlgesetz vom 3. Juni 1907 gab der Regierung die Möglichkeit, zu manövrieren und mit verschiedenen politischen Kräften zu kokettieren.

Es änderte die Reihenfolge der Dumawahlen. Demnach entsprach 1 Stimme des Großgrundbesitzers 4 Stimmen der Großbourgeoisie, 68 Stimmen der Kleinstadtbesitzer, 260 Stimmen der Bauern und 543 Stimmen der Arbeiter. Die

Arbeiter verloren die Hälfte der Wählerschaft, und die Bauern verloren mehr als die Hälfte. Die Regierung kam zu der Überzeugung, dass sie nicht damit rechnen konnte, dass die monarchische Anhänglichkeit der Bauernschaft durch ihren Hass auf die Grundherren aufgewogen würde.

8 Millionen Einwohnern des Urals, Sibiriens und Zentralasiens wurde das Wahlrecht entzogen. Die Zahl der Abgeordneten aus den nationalen Bezirken (Kaukasus, Polen) hat sich verdreifacht. Die Wahlen zur III. Duma waren nicht einheitlich, klassenbezogen und ungleich, mehrstufig und indirekt.

Sie fanden in einem Klima des Terrors und der polizeilichen Verfolgungen statt.

Die III. Staatsduma (November 1907 – Juni 1912).

Sie umfasste: 32% der „rechten“ Abgeordneten; 33% der Oktobristen bildeten die Mitte; 12% der Kadetten, 3% der Arbeiterpartei, 4,2% der Sozialdemokraten und 6% der nationalen Parteien besetzten den „linken“ Flügel. Keine der Fraktionen erhielt eine Mehrheit. Die Abstimmungsergebnisse hingen davon ab, wo die „Mitte“ schwang. Wenn nach rechts, dann bildete sich eine „rechtsoktobristische“ Mehrheit, die die Regierung unterstützte.

Wenn nach links, dann wurde eine „Kadetten-Oktobristen“-Mehrheit geschaffen, die bereit ist für Reformen mit liberal-demokratischem Charakter. Auf diese Weise wurde der Mechanismus des parlamentarischen Oktobristen-Pendels gebildet, der es der Regierung von P. A. Stolypin ermöglichte, die von ihm benötigte Linie zu verfolgen, zwischen den „Rechten“ und den Kadetten zu manövrieren, die Unterdrückung zu verstärken und jetzt Reformen durchzuführen.

Unter den nachrevolutionären Bedingungen wurde die Regierung auf neue Weise mit drei alten Fragen konfrontiert: der Arbeiter-, der nationalen und der Agrarfrage. Fünf Jahre lang diskutierte die Duma vier Gesetzentwürfe über die Dauer des Arbeitstages, Versicherungen und Renten für Arbeiter. Das Gesetz über die staatliche Unfall- und Krankenversicherung, das 1912 verabschiedet wurde, deckte nur 15 % der Arbeiter ab und vermittelte den Eindruck, dass sich die Regierung um sie kümmerte.

Die nationale Politik stand unter der Losung „Russland für Russen“, d. h. die Russifizierungsaktivitäten wurden intensiviert. Sie fanden keine Unterstützung durch die gestärkte nationale Bourgeoisie. Chauvinistische Organisationen der Schwarzen Hundertschaft schürten nationale Zwietracht und Antisemitismus.

Stolypins Agrarreform.

Die Agrarfrage stand im Mittelpunkt der Innenpolitik.

Der Kampf der Bauern zwang die Regierung, (im November 1905) die Ablöseszahlungen im Jahr 1906 um die Hälfte zu streichen, und im Jahr 1907 - ganz. Aber das war noch nicht genug. Die Bauern forderten Land.

Die Regierung war gezwungen, auf die Idee zurückzukommen, den kommunalen Landbesitz aufzugeben und zu privatem Landbesitz überzugehen. Sie wurde bereits 1902 zum Ausdruck gebracht, aber dann weigerte sich die Regierung, sie umzusetzen. P. A. Stolypin bestand auf die Durchführung der Reform, und deshalb wurde sie Stolypinskische genannt. Die Reform wurde auf verschiedene Weise durchgeführt: 1) das Dekret vom 9. November 1906 erlaubte dem Bauern, die Gemeinde zu verlassen, und das Gesetz vom 14. Juni 1910 machte den Rückzug

obligatorisch. 2) der Bauer könnte die Vereinigung der Zuteilungen in einem einzigen Schnitt fordern und sogar auf ein einzelnes Gehöft umziehen; 3) ein Fonds wurde aus einem Teil des Staates und des zaristischen Landes geschaffen; 4) für den Kauf dieser und der Grundstücke des Vermieters gewährte die Bauernbank Gelddarlehen; 5) Angesichts des „Landhungers“ im Zentrum Russlands förderte die Regierung die Umsiedlung von Bauern jenseits des Urals. Die Umsiedler erhielten Kredite, um sich an einem neuen Ort niederzulassen, staatliche Lagerhäuser für landwirtschaftliche Maschinen wurden eingerichtet, agronomische Beratung, medizinische und tierärztliche Versorgung wurde bereitgestellt.

Ziel der Reform war es, das Landeigentum der Grundherren zu erhalten und gleichzeitig die bürgerliche Entwicklung der Landwirtschaft zu beschleunigen, die kommunale Mentalität zu überwinden und in jedem Bauern das Gefühl des Landbesitzes zu kultivieren, um so die sozialen Spannungen im Dorf abzubauen und dort eine solide soziale Stütze für die Regierung in der Person einer ländlichen Bourgeoisie zu schaffen.

Die Reform trug zum Aufstieg der Wirtschaft des Landes bei. Die Landwirtschaft hat einen nachhaltigen Charakter. Die Kaufkraft der Bevölkerung und die mit dem Getreideexport verbundenen Deviseneinnahmen stiegen.

Die von der Regierung gesetzten sozialen Ziele wurden jedoch nicht erreicht. Nur 20 - 35% der Bauern in verschiedenen Bezirken verließen die Gemeinschaft, da die Mehrheit die kollektivistische Psychologie und Traditionen beibehielt. Nur 10 % der Hausmänner gründeten einen Einzelhofbetrieb. Die Kulaken verließen die Gemeinde häufiger als die Armen. Die ersten kauften Land von Landbesitzern und verarmten Dorfbewohnern und gründeten eine profitable Warenwirtschaft. Die Armen gingen in die Städte oder wurden Landarbeiter. 20% der Bauern, die Kredite von der Bauernbank erhielten, gingen bankrott. Ungefähr 16% der Siedler konnten keine Arbeit an einem neuen Ort finden, kehrten in die zentralen Regionen des Landes zurück und schlossen sich den Proletariern an. Die Reform beschleunigte die soziale Schichtung - die Bildung von ländlicher Bourgeoisie und Proletariat. Die Regierung fand keine solide soziale Unterstützung auf dem Land, da sie die Bedürfnisse der Bauern auf dem Land nicht befriedigte.

Verschärfung der gesellschaftspolitischen Situation.

Seit 1910 entwickelt sich in Russland eine neue gesellschaftspolitische Krise. „Die Rechten“ in der Duma und die Schwarzen Hundertschaften waren unzufrieden mit dem „übertriebenen Reformismus“ der Regierung.

Grundbesitzer, die nicht in der Lage waren, eine profitable Landwirtschaft zu betreiben, forderten neue Vergünstigungen und Kredite von der Regierung. Die Bourgeoisie bestand auf einer Revision des Steuersystems, da sie die staatlichen Fabriken, die keine Steuern zahlten, als ihre Konkurrenten sahen. Die Intelligenz war schockiert über die „Zerschlagung“ der Moskauer Universität, als die besten Professoren gezwungen wurden, die Universität zu verlassen. Die Bauern forderten die Umverteilung von Land, die Beseitigung des Grundbesitzes der Grundherren. Die Arbeiter nutzten den neuen industriellen Aufschwung und verschärften erneut den Streikampf (Lena-Ereignisse von 1912). Die nationale Befreiungsbewegung wuchs am Stadtrand. All dies deutete auf den allmählichen Verfall des Systems des Dritten Junis hin.

Ende 1912 fanden die Wahlen zur IV. Staatsduma statt. Die Parteizusammensetzung blieb fast unverändert, und sie behielt zwei Mehrheiten (die rechten Oktobristen und Oktobristkadetten). Die soziale Bewegung hat jedoch eine deutliche Belebung erfahren. Eine neue liberale Fortschrittspartei nahm Gestalt an. Sie wurde von Vertretern der Großbourgeoisie geleitet: A. I. Konowalow, P. P. Rjabuschinski, S. N. Tretjakow u. a. In ihrem Programm traten sie für eine konstitutionell-monarchische Ordnung, die Erweiterung der Rechte der Duma und die Verantwortung der Minister vor der Duma ein. Die Progressiven nahmen eine Zwischenposition zwischen den Oktobristen und den Kadetten ein und versuchten, eine Konsolidierung der Liberalen zu erreichen.

Der Eintritt Russlands in den Ersten Weltkrieg im Jahr 1914 löste eine große patriotische Begeisterung aus. Für einige Zeit ließen die Protestaktionen der Opposition nach, fast alle Parteien (außer den Bolschewiki) unterstützten die Regierung. Doch Niederlagen an der Front, die Verschlechterung der materiellen Bedingungen der Arbeiter, Arbeiterstreiks und die Unfähigkeit der Regierung, die Situation im Land zu stabilisieren - all das führte zu einem neuen Aufleben der Oppositionsbewegung.

Im Jahr 1915 bildeten einige Abgeordnete der Staatsduma und des Staatsrats den Progressiven Block. Dazu gehörten die Oktobristen, die Progressiven, die Kadetten und Vertreter der nationalistischen Parteien. Sie forderten die Schaffung einer Regierung, die das Vertrauen der Gesellschaft und die Rechenschaftspflicht gegenüber der Duma hat.

Die Situation wurde durch die Tatsache verschärft, dass die Autorität der höchsten Macht aufgrund des ungeteilten Einflusses G. J. Rasputins auf den Zaren und seine Frau allmählich abnahm. Bekannt als der „Prophet Sibiriens“ und der „heiliger Weiser“, drang er in die Häuser der höheren Aristokratie von St. Petersburg ein, wurde berühmt für Finanzbetrug, Verbindungen mit zwielichtigen Gestalten, Ausschweifungen und Trunkenheit. G. J. Rasputin mischte sich in Staatsangelegenheiten ein, entfernte und ernannte Minister. Der „Rasputinismus“ war eine Folge und Manifestation von Schwäche, der Unfähigkeit des Zaren, den richtigen Kurs in der Innen- und Außenpolitik zu finden.

Die Monarchisten waren niedergeschlagen und glaubten, dass dieser Abenteurer das Haus der Romanows kompromittierte. Duma-Teilnehmer aus den liberalen Fraktionen fürchteten seine Drohungen, die Duma aufzulösen. Die demokratische Öffentlichkeit lachte über das lächerliche Bündnis zwischen dem Zaren und einem halbgebildeten Muschik. Das Bestreben, die Schande der Dynastie abzuwaschen und eine weitere Auflösung der Duma zu verhindern, führte zur Vereinigung von Monarchisten und Liberalen. Der Mord an G. J. Rasputin im Dezember 1916 (W. M. Purischkewitsch, Fürst F. F. Jussupow, Großfürst Dmitri Pawlowitsch) konnte den Ausbruch einer politischen Krise jedoch nicht verhindern.

Der Zar verlor zunehmend das Vertrauen des Volkes. Unter den Duma-Abgeordneten begann die Idee eines Palastputsches zu reifen, um den Zaren zu ersetzen und eine der Duma verantwortliche Regierung einzusetzen.

Es begannen Treffen von Vertretern verschiedener politischer Parteien, die sich jedoch als fruchtlos erwiesen. Die Revolution machte ihre Pläne zunichte, und nichts konnte die Monarchie mehr retten.

Kapitel 29

AUSSENPOLITIK RUSSLANDS ZU BEGINN DES XX. JHS.

An der Wende vom XIX. zum XX. Jahrhundert vertiefte sich die Spaltung Europas. Der Kampf der Großmächte um die Umverteilung der Welt, der Einflussphären und der Kolonien verschärfte sich. Eine solche Politik wurde als imperialistisch bezeichnet. Das 1871 gegründete Deutsche Reich, das die anfängliche Aufteilung der Welt unter den kapitalistischen Staaten verpasst hatte, versuchte, die verlorene Zeit aufzuholen. In der Folge eskalierten die Spannungen mit Großbritannien und Frankreich stark.

Darüber hinaus begannen die USA und Japan, auf der Weltbühne aktiver zu agieren, um ihren wirtschaftlichen und politischen Einflussbereich zu erweitern.

Das russische Reich entwickelte sich Ende des XIX. Jahrhunderts zu einem mächtigen eurasischen Staat mit bedeutendem internationalem Prestige. Seine Außenpolitik wurde durch seine geografische Lage, geopolitischen, strategischen und wirtschaftlichen Interessen bestimmt.

Bei der Wahl der Verbündeten und der Festlegung der Prioritäten der Außenpolitik gab es jedoch viel Widersprüchliches. Nikolaus II. und sein Gefolge zeigten auch Inkonsequenz in der Art und Weise, wie sie ihre außenpolitischen Ziele verfolgten. Ein Teil der herrschenden Elite (S. J. Witte, P. A. Stolypin) verstand die Gefahr der bewaffneten Konflikte für die innere Modernisierung des Landes. Deshalb bestanden sie darauf, die Kontroverse mit friedlichen diplomatischen Mitteln zu lösen. Russland ergriff Initiativen in Fragen der Abrüstung, des Krieges und des Friedens (Haager Konferenz von 1899). Ein anderer Teil der herrschenden Kreise nahm expansionistische Positionen ein und befürwortete weitere territoriale Erwerbungen (Staatssekretär des Komitees für den Fernen Osten A. M. Besobrasow, Außenminister A. P. Iswolski und S. D. Sasonow).

Die Hauptrichtungen der Außenpolitik.

Ende des XIX. - Anfang des XX. Jahrhunderts wurden die traditionellen Richtungen in Russland beibehalten. Der Nahe Osten - die Meerengen am Schwarzen Meer und der Balkan - blieb der Hauptschwerpunkt. Die Balkanvölker, sowohl diejenigen, die ihre Unabhängigkeit erlangten, als auch diejenigen, die unter der Herrschaft des Osmanischen Reiches blieben, sahen Russland weiterhin als ihren Schutzherrn und Verbündeten. Die Stärkung der freundschaftlichen Beziehungen zu ihnen stieß jedoch auf den Widerstand vieler europäischer Länder, die am Balkan als wichtiger strategischer und wirtschaftlicher Region interessiert waren. Besonders aktiv war Österreich-Ungarn.

In europäischer Richtung kühlten sich die traditionellen alliierten Beziehungen zu den mitteleuropäischen Mächten (Deutschland und Österreich-Ungarn) aufgrund der wachsenden Widersprüche zwischen Russland und ihnen immer mehr ab. Dies konnte auch durch wiederholte „verwandtschaftliche“ Treffen des russischen und deutschen Kaisers nicht verhindert werden. Inmitten eines tiefen deutsch-

französischen Antagonismus und zunehmender deutsch-russischer Widersprüche verstärkten Frankreich und Russland ihr Bündnis von 1891-1893 und suchten eine Annäherung an England. Dies bedeutete die Bildung eines neuen Kräfteverhältnisses in Europa.

Um die Wende vom XIX. zum XX. Jahrhundert intensivierte Russland die fernöstliche Ausrichtung seiner Außenpolitik.

RUSSISCH-JAPANISCHER KRIEG 1904 - 1905.

Ursachen des Krieges.

Am Ende des XIX. Jahrhunderts wurde der Ferne Osten zu einem Anziehungspunkt für die Interessen aller Großmächte. Das schwache und rückständige China wurde von vielen Ländern der imperialistischen Aggression ausgesetzt. Seine Einflusszonen (Kolonien) wurden von England, Deutschland und Frankreich erworben. Die USA verkündeten die Doktrin der „offenen Türen und Chancengleichheit“, was in der Praxis zur wirtschaftlichen Unterwerfung Chinas führte. Japan nahm ihm Korea, Taiwan und die Pescadorenseln weg. Sie beanspruchte eine führende Rolle in der Pazifikregion und bereitete unter dem Slogan der Schaffung eines „Großasiens“ eine Invasion der Mandschurei, einer nordöstlichen Provinz Chinas, vor. Die Ansiedlung Japans in der Nähe von Russlands Grenzen bedrohte die Sicherheit der östlichen Regionen des Reiches.

Russland beabsichtigte, wie andere Länder auch, seine Einflusszonen im Fernen Osten zu erwerben.

1895 wurde die Russisch-Chinesische Bank gegründet, 1896 schlossen Russland und China ein Verteidigungsbündnis gegen Japan, der Bau der Chinesischen Ostlinie (KWSchD – *Ostchinesische Eisenbahn*) begann. 1898 pachtete Russland einen Teil der Liaodong-Halbinsel mit der Festung Port Arthur von China. Russlands Marinepräsenz in der Bucht von Qinhuangdao ermöglichte es ihr, sowohl in China als auch auf der koreanischen Halbinsel eine aktive Politik zu betreiben. 1900 wurden russische Truppen in die Mandschurei entsandt. Die russisch-japanischen Verhandlungen von 1903 über das Schicksal der Mandschurei und Koreas gerieten in eine Sackgasse. Unterstützt wurde Japan von England, das 1902 ein Bündnis mit ihm einging.

1904 begann der russisch-japanische Krieg. Nach dem Plan der russischen Regierungskreise sollte er die Massen von regierungsfeindlichen Protesten ablenken.

Das Kräfteverhältnis.

Russland mit seinem enormen militärischen Potenzial hoffte auf einen schnellen Sieg. Allerdings waren seine militärischen Ressourcen im Fernen Osten deutlich schwächer als die Japans. Der Nachschub der Armeeeinheiten während des Krieges war wegen der großen Entfernung des Kriegsschauplatzes und der schlechten Kapazität der Transsibirischen Eisenbahn unzureichend. Die russische Marine im Fernen Osten war den Japanern quantitativ und qualitativ unterlegen.

Strategische Ressourcen wurden durch die Veruntreuung von Militärbeamten untergraben.

Aufgrund der Wirtschaftskrise und der industriellen Stagnation herrschte ein katastrophaler Mangel an Finanzmitteln. Russland befand sich zudem in internationaler politischer Isolation, da sein Verbündeter Frankreich eine neutrale

Haltung einnahm, während Großbritannien und die USA die gegen sein Erstarren im Fernen Osten kämpften, Japan aktiv unterstützten. Letzteres basierte auf dem schnellen industriellen Wachstum zu Beginn des XX. Jahrhunderts, schuf eine mächtige Rüstungsindustrie, modernisierte und rüstete die Armee neu aus, baute eine neue moderne Marine.

Verlauf der Kriegshandlungen.

Mit der Überlegenheit der Streitkräfte und dem Überraschungsfaktor feuerte die japanische Flotte in der Nacht vom 27. Januar 1904 ohne Kriegserklärung auf das russische Geschwader auf der Straße von Port Arthur. Drei russische Schiffe wurden beschädigt. Am Morgen des 27. Januar griff ein japanisches Geschwader (6 Kreuzer und 8 Zerstörer) im koreanischen Hafen von Chemulp'o zwei russische Schiffe an: den Kreuzer „Warjag“ und das Kanonenboot „Koreaner“. In einer ungleichen 45-minütigen Schlacht zeigten die russischen Matrosen Wunder des Mutes: auf beiden Schiffen gab es viermal weniger Kanonen als auf den Japanern. Die feindlichen Schiffe wurden jedoch schwer beschädigt und ein japanischer Kreuzer wurde versenkt. Ein schweres Feuer, Lecks und Schäden an der Ruderanlage und anderen Teilen des Schiffes verhinderten, dass die „Warjag“ den Weg nach Port Arthur antreten konnte. Russische Matrosen wurden von britischen, französischen und amerikanischen Schiffen an Bord genommen. Der „Koreaner“ wurde in die Luft gesprengt und die „Warjag“ wurde überflutet, damit der Feind ihn nicht bekam. Dies war der erste Verlust des russischen Pazifikgeschwaders.

Von Februar - April 1904 landeten japanische Truppen auf der Liaodong-Halbinsel und in der Südmandschurei. Nach einer Reihe erfolgreicher Operationen, da der Befehlshaber der russischen Landarmee, General A. N. Kuropatkin, keine richtige Gegenwehr organisierte, gelang es im Mai, die Festung Port Arthur von den russischen Hauptkräften abzuschneiden.

Trotzdem bereitete sich der Kommandeur der Pazifikflotte, Vizeadmiral S. O. Makarow, auf aktive Operationen auf See und die Verteidigung von Port Arthur vor. Am 31. März brachte er sein Geschwader auf die äußere Route, um den Feind zu bekämpfen und seine Schiffe unter das Feuer der Küstenbatterien zu locken. Zu Beginn der Schlacht wurde sein Flaggschiff „Petropawlowsk“ jedoch von einer Mine in die Luft gesprengt und sank innerhalb von zwei Minuten. Der größte Teil der Besatzung, der gesamte Stab von S. O. Makarow, sowie der an Bord befindliche Schlachtenmaler W. W. Wereschtschagin kamen ums Leben. Danach ging die russische Flotte in die Defensive, da der Oberbefehlshaber der fernöstlichen Streitkräfte, Admiral J. I. Alexejew, sich weigerte, auf See aktiv zu werden.

Im Sommer startete die japanische Armee eine Offensive in zwei Richtungen - gegen die Festung von Port Arthur und die Hauptkräfte der russischen Armee. Der erste Angriff auf Port Arthur im August 1904 zeigte, dass die Festung nicht mit einem Schlag erobert werden konnte. Die Festung hielt 6 Angriffen stand und wurde durch den Verrat des Kommandanten, General A. M. Stößel, aufgegeben (Dezember 1904). In der Mandschurei (August 1904) fand die Schlacht von Liaoyang statt, die für beide Seiten keinen Erfolg brachte. Die russische Gegenoffensive am Fluss Schah (September 1904) endete ergebnislos.

1905 erlitt Russland zwei große Niederlagen: zu Lande (bei Mukden im Februar) und zur See (bei der Insel Tsushima im Mai das 2. Pazifikgeschwader unter dem Kommando von Vizeadmiral S. P. Roschestwenski, von der Ostsee in den Fernen Osten geschickt).

Im Juli besetzten die Japaner die Insel Sachalin.

Russland war gezwungen, Friedensverhandlungen zuzustimmen. Sie wurde ihnen auch durch die wachsende Revolution im Lande aufgedrängt. Die patriotische Begeisterung der Bevölkerung, die zu Beginn des Krieges aufkam, wurde durch Antikriegsdemonstrationen ersetzt. Auch Japan suchte den Frieden, da seine Kräfte erschöpft waren. Die USA boten an, bei den Verhandlungen zu vermitteln.

Der Friedensvertrag von Portsmouth.

Im August 1905 wurde in Portsmouth, USA, ein Friedensvertrag unterzeichnet. Dank der Bemühungen von S. J. Witte (dem Leiter der russischen Delegation) waren die Bedingungen für Russland nicht so demütigend, wie es aufgrund der Niederlage erwartet wurde. Japans Antrag auf Entschädigung wurde abgelehnt. Russland erkannte Korea jedoch als Einflussbereich Japans an und übertrug ihm das Recht, die Liaodong-Halbinsel mit Port Arthur und dem südlichen Teil der Insel Sachalin zu pachten. Der Einfluss Russlands im Fernen Osten ist erheblich geschwächt worden. In diesem Krieg, der auf beiden Seiten ungerecht war, erlitten Russland und Japan enorme finanzielle und menschliche Verluste.

BILDUNG EINER DREIFACHEN ENTENTE. RUSSLAND UND DIE BALKANKRISEN

Die Schwächung Russlands infolge des russisch-japanischen Krieges und die Notwendigkeit der innenpolitischen Stabilisierung zwangen die russische Diplomatie, außenpolitische Komplikationen zu vermeiden und eine vorsichtige Politik zu betreiben. Sie sollte die internationale Position des Landes stärken und den Aggressionen der mitteleuropäischen Staaten auf dem Balkan und im Nahen und Mittleren Osten entgegenwirken.

Dreifache Entente.

Mit der Ausweitung der deutschen Expansion in diesen und anderen Regionen der Welt änderte Großbritannien seine bis dahin verfolgte Politik der „freien Hand“ (Ablehnung internationaler Bündnisse) und strebte eine Annäherung an Frankreich an. Nachdem diese Mächte ihre Streitigkeiten in Afrika beigelegt hatten, unterzeichneten sie 1904 ein Abkommen (herzliches Abkommen - franz. entente cordiale), das den Grundstein für ihre politische und militärische Zusammenarbeit legte. 1907 unterzeichneten Russland und Großbritannien ein Abkommen über die Aufteilung der Einflusssphären in Iran, Afghanistan und Tibet. Die internationale Bedeutung dieses Dokuments war viel weiter gefasst als die Beilegung von Territorialstreitigkeiten in Zentralasien. Nach dem „herzlichen Abkommen“ zwischen Frankreich und England führte das russisch-englische Abkommen zur tatsächlichen

Gründung des russisch-französisch-englischen Bündnisses - der Entente (es wurde erst zu Beginn des Ersten Weltkriegs offiziell gegründet). Europa spaltete sich schließlich in zwei feindliche Lager - Triple Alliance und Triple Entente.

Die Balkankrisen von 1908 - 1913.

In den Jahren 1908-1909 brach die Bosnienkrise aus. Österreich-Ungarn, das auf die Unterstützung Deutschlands angewiesen war und die durch die türkische Revolution und die zunehmende Befreiungsbewegung auf dem Balkan verursachte Schwächung des Osmanischen Reiches nutzte, annektierte 1908 Bosnien und Herzegowina. Russland war unter dem Druck Deutschlands gezwungen, dieses Vorgehen der österreichischen Regierung anzuerkennen, da es nicht bereit war, es mit militärischen Mitteln zu verhindern.

Die Annexion Bosniens und Herzegowinas führte zur Vereinigung der Balkanvölker und zu einem neuen Aufschwung ihres nationalen Befreiungskampfes. Bulgarien proklamierte seine Unabhängigkeit. Mit der Vermittlung Russlands gingen Bulgarien und Serbien 1912 ein Verteidigungsbündnis gegen Österreich-Ungarn und eine Offensive gegen die Türkei ein. Griechenland schloss sich ihnen an. Bei Ausbruch des Krieges mit der Türkei erreichten sie schnell Erfolg. Infolgedessen verlor das Osmanische Reich praktisch den gesamten europäischen Teil seines Territoriums und behielt nur einen schmalen Landstreifen neben seiner Hauptstadt Istanbul (Konstantinopel). Im Jahr 1913 brach jedoch ein Konflikt über territoriale Streitigkeiten zwischen den Balkanstaaten Bulgarien, Serbien und Griechenland aus. Er wurde durch die Intrigen österreichischer und deutscher Diplomaten angeheizt. Russland konnte den Zusammenbruch der Balkanunion und den Krieg zwischen den ehemaligen Verbündeten nicht verhindern. Die Friedenskonferenz in Bukarest, die den Balkankrieg beendete, hat die Widersprüche nicht nur beseitigt, sondern auch verschärft. Besonders akut waren sie zwischen Bulgarien, das begann, von Deutschland unterstützt zu werden, und Serbien, auf dessen Seite Russland stand. Der Balkan wurde zum „Pulverfass“ Europas.

RUSSLAND IM ERSTEN WELTKRIEG 1914 - 1918.

38 Nationen mit einer Bevölkerung von über 1,5 Milliarden nahmen am Ersten Weltkrieg teil. Hauptgegner: England, Frankreich, Russland, Serbien, Japan, später Italien, Rumänien und USA auf der einen Seite; Deutschland, Österreich-Ungarn, Türkei und Bulgarien auf der anderen Seite. Der Krieg war seinem Wesen nach ungerecht, aggressiv auf beiden Seiten. Es hat den Völkern der Welt unzählige Katastrophen gebracht: 9,5 Millionen Menschen wurden getötet und starben an Wunden, 20 Millionen wurden verwundet, von denen 3,5 Millionen verkrüppelt wurden. Eine große Anzahl von Zivilisten wurde getötet. Die Volkswirtschaften vieler Länder wurden untergraben.

Ursachen des Krieges.

Der Erste Weltkrieg wurde durch die Widersprüche zwischen den Ländern der Triple Alliance und der Triple Entente (Entente) verursacht. Die Hauptsache war der anglo-deutsche Wirtschafts-, See- und Kolonialantagonismus. Deutschland, das in Afrika und im Fernen Osten Fuß gefasst

hatte, träumte davon, Großbritannien seine Kolonien wegzunehmen. Im Ringen um die Vorherrschaft auf den Meeren bauten diese Staaten ihre Seestreitkräfte kontinuierlich aus.

Die deutsch-französischen Spannungen um Elsass und Lothringen, die nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870 - 1871 von Frankreich beschlagnahmt worden waren, verschärfen sich. Deutschland beanspruchte französische Kolonien in Afrika.

Die Widersprüche der europäischen Mächte erreichten auf dem Balkan und im Nahen Osten besondere Schärfe. Auch in dieser Region versuchte Deutschland, seinen Einflussbereich zu erweitern. Sein Verbündeter Österreich-Ungarn bereitete sich nach der Annexion von Bosnien und Herzegowina auf die Eroberung Serbiens vor. Russland versuchte, seine politische Position auf dem Balkan zu halten, träumte von der Einnahme der Meerengen und Konstantinopels.

Der Zustand der russischen Armee.

Russland war 1914 nicht bereit für einen Krieg. Die Militärreform, die nach der Niederlage im russisch-japanischen Krieg begann, war noch nicht beendet. Das Programm zum Bau einer neuen Marine wurde aufgrund fehlender finanzieller Mittel nur langsam durchgeführt. Von Beginn des Krieges an fehlte der russischen Armee aufgrund der geringen Tragfähigkeit der Eisenbahnen die Versorgung mit Reservisten und Munition. Die deutsche Artillerie war der russischen deutlich überlegen. Es gab einen besonderen Rückstand bei der Ausstattung der Armee mit modernen Waffen (automatische Waffen, Fahrzeugparks, Kommunikationsausrüstung u. a.). Die Anzahl der russischen Kavallerie war unangemessen groß. Militärische Doktrinen sind veraltet.

Die obersten Kommandanten waren nicht ausreichend qualifiziert. Während des Krieges wurde der Oberste Befehlshaber, Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, Generalstabschef N. N. Januschewitsch und Militärminister W. A. Suchomlinow abgesetzt.

Nikolaus II., der die Position des Oberbefehlshabers übernahm, hatte keine militärische Erfahrung und führte die Kämpfe nur nominell.

Viele Kommandeure von den Fronten und Armeen demonstrierten während des Krieges ihre Mittelmäßigkeit.

Der Beginn des Krieges.

Im Juni 1914 ermordete ein Mitglied der verschwörerischen serbischen Organisation „Schwarze Hand“ im bosnischen Sarajevo den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand. Dies diente als Vorwand, um einen internationalen Konflikt auszulösen.

Im Juli (nach Konsultationen mit Deutschland) stellte Österreich-Ungarn ein Ultimatum an Serbien.

Die Erfüllung aller seiner Bedingungen war ein Affront gegen Serbien und ein Schlag gegen seine Souveränität. Trotz der Nachgiebigkeit Serbiens erklärte Österreich-Ungarn ihm am 15. Juli 1914 den Krieg. Als Reaktion darauf begann Russland als Garant für die Unabhängigkeit Serbiens eine allgemeine Mobilisierung. Deutschland verlangte ultimativ, dass sie gestoppt wird, und erklärte nach einer Weigerung am 19.

Juli Russland den Krieg. Frankreich, ein Verbündeter Russlands, trat am 21. Juli in den Krieg ein, am nächsten Tag England. Am 26. Juli wurde der Kriegszustand zwischen Russland und Österreich-Ungarn erklärt.

Der Verlauf der Kriegshandlungen.

In Europa gab es zwei Fronten — im Westen (in Frankreich und Belgien) und im Osten (gegen Russland). Die russische Front wurde in Nordwest (Ostpreußen, Baltikum, Polen) und Südwest (Westukraine, Transkarpatien entlang der russischen Grenze zu Österreich-Ungarn) aufgeteilt.

Deutschland plante, Frankreich in einem Blitzschlag zu besiegen und dann Truppen gegen Russland zu bewegen, um einen Zweifrontenkrieg zu vermeiden.

Russland vereitelte jedoch sofort auf Ersuchen der Alliierten den Strategieplan des deutschen Generalstabs. Im Verlauf der militärischen Operationen an der Ostfront stechen vier Feldzüge hervor.

1914.

Die ersten Militäroperationen an der Ostfront waren die russischen Offensiven in Ostpreußen und Galizien. Die ostpreußische Operation war für die russische Armee zunächst erfolgreich.

Deutschland war gezwungen, einige Truppen von der Westfront zu verlegen, was der französisch-englischen Armee ermöglichte, die Schlacht an der Marne zu gewinnen und den Fall von Paris zu verhindern. Verstärkte deutsche Einheiten, die die mangelnde Koordination der 1. und 2. russischen Armee in Ostpreußen ausnutzten, fügten ihnen eine schwere Niederlage zu. Die Situation an der Südwestfront war für die russische Armee erfolgreicher. Die österreichisch-ungarischen Truppen wurden besiegt, ganz Galizien wurde besetzt. Deutschland bewahrte Österreich-Ungarn vor der endgültigen Niederlage, indem es Verstärkungen nach Polen schickte und die Russen in die Defensive zwang. Der Feldzug von 1914 brachte keinem der beiden Kriegsparteien einen entscheidenden Erfolg.

1915.

Die Westfront stabilisierte sich, dort fand ein Stellungskampf statt. Die Felder Europas waren mit Stacheldrahtnetzen verschlungen und in Gräben zerschnitten. Deutschland plante, seine Kräfte gegen Russland zu konzentrieren, um es zu besiegen. Die deutsche Frühjahr-Sommer-Offensive an der Ostfront endete mit der Niederlage Russlands. Infolge schwerster Kämpfe verlor es Polen, einen Teil der baltischen Staaten, Westweißrussland und die Ukraine. Das strategische Ziel Deutschlands, Russland aus dem Krieg zu nehmen, wurde jedoch nicht erreicht.

1916.

Deutschland richtete erneut den Hauptschlag gegen Frankreich.

Im Februar 1916 kam es zu heftigen Kämpfen in der Nähe der Festung Verdun. Um die Alliierten zu unterstützen, startete Russland eine Offensive an der Südwestfront. Armeegeneral A. A. Brussilow durchbrach die Front und besiegte die österreichisch-ungarischen Truppen. Wieder war Deutschland gezwungen, seine Einheiten von der

Westfront zu verlegen, um Österreich-Ungarn zu retten. Die russische Offensive half den Verteidigern von Verdun und drängte Rumänien auf die Seite der Entente. An der 1915 geschaffenen Kaukasusfront gegen die Türkei (ein Verbündeter Deutschlands) hatten die russischen Truppen eine Reihe von erfolgreichen Operationen, nahmen Trapezunt und Erzurum ein. 1916 verlor Deutschland seine strategische Initiative.

1917.

Die Februarrevolution führte nicht zum Rückzug Russlands aus dem Krieg. Die Provisorische Regierung erklärte ihre Loyalität gegenüber der alliierten Pflicht. Zwei militärische Operationen (Juni in Galizien, Juli in Weißrussland) endeten mit einem Fehlschlag. Deutsche Truppen eroberten Riga und die Moonsundinseln in der Ostsee.

Die russische Armee war zu diesem Zeitpunkt völlig demoralisiert. An der Front begann die Verbrüderung mit dem Feind.

Das ganze Land forderte ein sofortiges Ende des Krieges. In dieser Hinsicht verkündeten die an die Macht gekommenen Bolschewiki das Friedensdekret und nahmen Verhandlungen mit Deutschland auf.

Sowjetrußland zog sich aus dem Ersten Weltkrieg zurück, indem es im März 1918 den Brester Friedensvertrag mit Deutschland und seinen Verbündeten unterzeichnete (siehe Kapitel 32).

Die Kämpfe an der Westfront endeten nach dem Waffenstillstand von Compiègne im November 1918. Deutschland und seine Verbündeten wurden besiegt. Das endgültige Ergebnis des Krieges wurde 1919 im Vertrag von Versailles zusammengefasst. Sowjetrußland beteiligte sich nicht an seiner Unterzeichnung.

Kapitel 30

RUSSISCHE KULTUR IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES XIX. - BEGINN DES XX. JHS.

Die Veränderungen im wirtschaftlichen und politischen Leben nach dem Niedergang der Leibeigenschaft schufen neue Bedingungen für die kulturelle Entwicklung. Die kapitalistische Modernisierung stimulierte den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt und steigerte den Bedarf an hochgebildeten Menschen (Administratoren, Juristen, Ingenieure, technisch gebildete Arbeiter).

Die Wiederbelebung des gesellschaftspolitischen Lebens und die Intensivierung des ideologischen Kampfes hatten einen bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung der Kultur. Es bildete sich eine neue soziale Schicht - die russische Intelligenz, die sich nicht nur durch die Zugehörigkeit zur intellektuellen Arbeit auszeichnet, sondern auch durch eine besondere Spiritualität, die Sorge um das Schicksal des Landes, den Wunsch, der Gesellschaft und zum Wohle des Volkes zu dienen.

In der Kulturpolitik der Regierung gab es zwei Linien. Die erste war darauf ausgerichtet, die soziokulturellen Bedürfnisse des Staates zu erfüllen. Etwa 10 % des Staatshaushaltes wurden für kulturelle Bedürfnisse, medizinische Versorgung und soziale Wohlfahrt ausgegeben.

Die zweite Linie zielte darauf ab, das öffentliche Bewusstsein im Sinne der erneuerten Theorie der „offiziellen Nationalität“ zu formen und die Demokratisierung der Bildung zu verhindern. Diese Linie wurde durch ihre Restriktion, Zensurpolitik und Stärkung des Einflusses der Kirche auf die Gesellschaft realisiert.

Die russische Kultur der zweiten Hälfte des XIX. – zu Beginn des XX. Jahrhunderts nahm die künstlerischen Traditionen, ästhetischen und moralischen Ideale des „Goldenen Zeitalters“ der vorangegangenen Zeit auf. An der Wende des XIX. – XX. Jahrhunderts gab es im geistigen Leben Europas und Russlands Tendenzen, die mit der Weltanschauung des Menschen des XX. Jahrhunderts verbunden waren. Sie forderten ein neues Verständnis sozialer und moralischer Probleme: Persönlichkeit und Gesellschaft, Kunst und Leben, Platz des Künstlers in der Gesellschaft u. a. All dies führte zur Suche nach neuen bildenden Methoden und Mitteln. In Russland entwickelte sich eine Art historisch-künstlerische Periode, die seine Zeitgenossen das „Silberne Zeitalter“ der russischen Kultur nannten.

Aufklärung und Bildung.

Im Gegensatz zu den westeuropäischen Ländern gab es in Russland kein Gesetz über die allgemeine obligatorische Grundbildung. Die Produktionsbedürfnisse erforderten jedoch professionell ausgebildete Arbeitskräfte. Deshalb ging die Regierung dazu über, das Schulnetz zu erweitern. Dies ermöglichte es, die Alphabetisierungsrate der Bevölkerung von 7% in den frühen 60er Jahren des XIX. Jahrhunderts auf etwa 30% zu Beginn des XX. Jahrhunderts zu erhöhen. Das Bildungssystem, das sich in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts entwickelte, blieb in den Grundzügen bis 1917 erhalten.

Die Grundbildung wurde von staatlichen, Semstwo- und Kirchengemeindeschulen gegeben. In ihnen wurde für 2 - 3 Jahre das Schreiben, Lesen, Rechnen und das Gesetz Gottes gelehrt. Die Semstwo-Schulen trugen insbesondere zur Steigerung der Alphabetisierung bei. Trotz der Bemühungen der Regierung und der Synode, die kirchlichen Schulen zu unterstützen, sank ihre Bedeutung allmählich.

Das System der Sekundärbildung umfasste Gymnasien und Realschulen. In den Gymnasien (männlich und weiblich) wurde den Natur- und Geisteswissenschaften und dem Studium der Fremdsprachen viel Aufmerksamkeit geschenkt. In den Realschulen lag der Schwerpunkt auf dem angewandten naturwissenschaftlich-technischen Wissen.

Im Jahr 1887 verbot das sogenannte „Rundschreiben über Küchenkinder“ die Aufnahme der Kinder von „Kutschern, Lakaien, Wäscherinnen, Kleinhändlern und dergleichen“ in die Gymnasien.

Ohne eine Abschlussbescheinigung des Gymnasiums war es unmöglich, an einer Universität aufgenommen zu werden. Dies war ein Weg, um das ständische Bildungssystem zu erhalten und seine Demokratisierung zu bremsen.

Im Hochschulsystem haben erhebliche Veränderungen stattgefunden. In der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts entstanden Universitäten in Odessa und Tomsk, Anfang des XX. Jahrhunderts in Saratow. Die Zahl der speziellen Hochschuleinrichtungen wuchs schnell; es wurden das Bergbauinstitut, das Forstinstitut, die Landwirtschaftsakademie u. a. eröffnet. Neben den staatlichen Hochschulen haben sich auch private Hochschulen entwickelt. Da die Aufnahme von Frauen an

Universitäten schwierig war, wurden Höhere Frauenkurse in St. Petersburg (Bestuschewski), Moskau (W. I. Guerrier) und anderen Städten mit öffentlichen Mitteln eröffnet. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs gab es in Russland 120 Hochschulen, an denen 130 Tausend Studenten studierten.

Aufklärungstätigkeit.

Nach der Reform und zu Beginn des XX. Jahrhunderts verstärkte sich in Russland das Streben der Menschen nach Alphabetisierung, nach Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen, Literatur und Kunst. Bei der Realisierung dieses Bedürfnisses spielte die fortgeschrittene russische Intelligenz eine große Rolle, die verschiedene Aufklärungsorganisationen in den Land- (*Semstwo*-) und wissenschaftlichen Gesellschaften sowie neue außerschulische Bildungsformen schuf. Ab den 60er Jahren des XIX. Jahrhunderts verbreiteten sich kostenlose Sonntagsschulen für Erwachsene, in denen die Grundlagen der Alphabetisierung und grundlegende berufliche und technische Kenntnisse vermittelt wurden. Ende der 90er Jahre begannen die Kurse der Arbeiterklasse zu entstehen. Das Ausbildungsprogramm für sie umfasste die Primar-, Sekundar- und Hochschulbildung.

Für die Entwicklung kulturell- aufklärerischer Aktivitäten wurden Volkshäuser eröffnet. Sie boten die Möglichkeit, Bücher und Zeitschriften zu nutzen, sie hielten öffentliche Vorträge sowie Theater- und Konzertaufführungen.

Die Demokratisierung der höheren Bildung wurde durch die abendlichen Volksuniversitäten erleichtert, die alle Teilnehmer, unabhängig von sozialem Status, Vermögen und Religion zuließen.

Die berühmteste war die Moskauer Volksuniversität, benannt nach A. L. Schanjawski, gegründet 1908.

Der Buchdruck spielte eine große Rolle bei der Popularisierung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und der Gewöhnung der Menschen an das Lesen von Belletristik. Billige Ausgaben von Werken russischer Schriftsteller, Fibeln, Kinderbüchern und Lehrbüchern machten sie für die ganze Nation zugänglich. Besonders hervorzuheben ist die Tätigkeit von I. D. Sytin, der eine Reihe von Büchern „Bibliothek der Selbsterziehung“ veröffentlichte und F. F. Pawlenkow, der „Populärwissenschaftliche Bibliothek zur Naturwissenschaft“ herausgab.

In der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts und zu Beginn des XX. Jahrhunderts nahm die Zahl der öffentlichen Bibliotheken und Lesesäle deutlich zu. Sie wurden in *Semstvos*, Bildungseinrichtungen und Museen (Rumjanzew, Polytechnische, Historische) organisiert.

Die Entwicklung der Kultur und die Einbeziehung breiter Bevölkerungsschichten wurde durch wissenschaftliche (Historisches Museum), technische (Polytechnisches Museum), literarische (Puschkin-Haus), militärische Gedenkstätten (Sewastopol, Borodino), heimatkundliche Museen in den Hauptstädten und Provinzen gefördert. Von besonderer Bedeutung für die russische Kultur waren das Kaiserlich Russische Museum in St. Petersburg, die Sammlung russischer Gemälde von P. M. und S. M. Tretjakow (die Grundlage der Tretjakow-Galerie) und das Museum der Schönen Künste in Moskau.

Die Wissenschaft.

In der zweiten Hälfte des XIX. - Anfang des XX. Jahrhunderts vertiefte sich der Prozess der Differenzierung der Wissenschaften, ihre Aufteilung in grundlegende und angewandte. Die Bedürfnisse der industriellen Entwicklung Russlands und neue Versuche des philosophischen Verständnisses der Beziehung zwischen Natur und Gesellschaft haben den Stand der Natur- und Geisteswissenschaften besonders geprägt.

In den Naturwissenschaften war von größter Bedeutung die Entdeckung des Periodischen Gesetzes der chemischen Elemente durch D. I. Mendelejew. Die klassische Theorie der chemischen Struktur der organischen Körper wurde von A. M. Butlerow geschaffen. N. D. Selinski legte die Grundlagen der Lehre von der organischen Katalyse. A. I. Kablukow führte grundlegende Arbeiten auf dem Gebiet der Elektrochemie und der physikalischen Chemie durch. Die 60 - 70er Jahre des XIX. Jahrhunderts wurden zum „goldenen Zeitalter“ der russischen Chemie.

Die Forschungen der Mathematiker P. L. Tschebyschow, A. M. Ljapunow und S. W. Kowalewskaja auf dem Gebiet der Zahlentheorie, der Wahrscheinlichkeitstheorie und einiger Teilgebiete der mathematischen Physik hatten grundlegende und angewandte Bedeutung.

Herausragende Entdeckungen wurden in der Physik und Mechanik gemacht. Die Arbeiten von A. G. Stoletow bereiteten die Voraussetzungen für die Schaffung moderner elektronischer Technik vor. Die Revolution in der elektrischen Beleuchtung wurde durch die Entdeckung von P. N. Jablotschkow (Bogenlampe), A. N. Lodygin (Glühlampe) gemacht. A. S. Popow erhielt auf der Weltausstellung in Paris (1901) die große Goldmedaille für seine Erfindung der elektrischen Kommunikation ohne Kabel (Radio) im Jahr 1895. Eine sensationelle Nachricht auf dem Internationalen Kongress der Physiker machte P. N. Lebedew, der die elektromagnetische Natur des Lichts bestätigte und seinen Druck auf den Feststoff und die Gase maß.

N. J. Schukowski, der Begründer der modernen Hydroaerodynamik, wird als „Vater der russischen Luftfahrt“ bezeichnet.

K. E. Ziolkowski begründete durch seine Arbeiten auf dem Gebiet der Raketendynamik die Möglichkeit von Raumflügen.

W. I. Wernadski enzyklopädische Arbeiten trugen zur Entstehung neuer Richtungen in der Geochemie, Biochemie, Radiologie und zur Entwicklung moderner ökologischer Konzepte bei.

Die Entwicklung von Biologie und Medizin war von großen Erfolgen geprägt. I. M. Setschenow legte den Grundstein für die nationale physiologische Schule und machte eine Reihe von Entdeckungen in der Psychologie. Nobelpreise erhielten I. P. Pawlow, der die Theorie der höheren Nerventätigkeit und die Physiologie der Verdauung entwickelte, und I. I. Metschnikow, der Autor der phagozytischen Theorie der Immunität.

K. A. Timirjasew gründete die russische Schule der Pflanzenphysiologie.

Russische Geographen und Ethnographen erforschten weiterhin wenig bekannte

Regionen der Erde: das Tienschan, Tibet, Turkestan, die Mongolei, Indonesien, die Philippinen, Äthiopien, u. a. Während der Reisen von P. P. Semjonow-Tjan-Schanski, N. M. Prschewalski, N. N. Miklucho-Maklai, W. K. Koslow und anderen wurden Karten dieser Gebiete erstellt, die reichsten biologischen und ethnographischen Sammlungen zusammengetragen. Der Ozeanograph Vizeadmiral S. O. Makarow machte zwei Weltumsegelungen, gab eine systematische Beschreibung des Schwarzen Meeres, des Marmarameeres und der Nordsee. Er schlug auch vor, Eisbrecher zur Erkundung des Nördlichen Seewegs einzusetzen. Expeditionen von E. W. (von) Toll und A. W. Koltschak begannen die Erforschung der Arktis, die von G. J. Sedow fortgesetzt wurde. In den Jahren 1912 - 1914 organisierte er eine Expedition zum Nordpol, führte eine geodätische Vermessung der Küste und der Inseln des Arktischen Ozeans durch.

Die Entwicklung der Geisteswissenschaften wurde vor allem durch gesellschaftliche Veränderungen, Verschärfung sozialer Konflikte und eine tiefere Trennung ideologischer Positionen als zuvor beeinflusst.

Entdeckungen in den Naturwissenschaften (Spaltbarkeit des Atoms, Röntgenstrahlen, Radioaktivität) haben das bisherige Verständnis der Materialität der Welt verändert und die Sozialwissenschaften maßgeblich beeinflusst.

In der Philosophie zeigte sich das Bedürfnis nach einem neuen Verständnis von Natur, Gesellschaft und ihrer Verbindung zum Menschen. Die Kritik an der Evolutionstheorie von Charles Darwin verstärkte sich und erklärte die biologische Entwicklung durch natürliche Selektion unter materialistischen Gesichtspunkten. Viele materialistische Wissenschaftler sind zu idealistischen Positionen übergegangen. Ein bedeutender Teil der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz wurde von religiösen und philosophischen Bestrebungen geprägt (W. S. Solowjow, N. A. Berdjajew, P. A. Florenski). Zur gleichen Zeit wurde in Russland der Marxismus als philosophische Grundlage für die Erkenntnis und Umgestaltung der Gesellschaft (G. W. Plechanow, W. I. Uljanow-Lenin) weit verbreitet. Er besticht durch seine scheinbare Universalität und Einfachheit bei der Erklärung von sozio-historischen Prozessen. Die politische Praxis der Marxisten, ihre Ausrichtung auf eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft und ihre Anerkennung der Vorherrschaft des materiellen Lebens über das geistige Leben entfremdeten jedoch (vor allem nach der Revolution von 1905 - 1907) einen Teil der Intelligenz von ihnen. Zunehmend neigten Philosophen und Soziologen zu der Idee, dass nur durch moralische Perfektion, spirituelle Reinigung und kreative Bestrebungen eine gerechte soziale Ordnung geschaffen werden kann.

In der zweiten Hälfte des XIX. – Anfang des XX. Jahrhunderts hat, im Zusammenhang mit der Notwendigkeit, moderne Prozesse und die Zukunft Russlands zu verstehen, das Interesse an historischen Kenntnissen enorm zugenommen. Der herausragende Wissenschaftler S. M. Solowjow, dessen Tätigkeit in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts begann, schrieb zahlreiche Arbeiten zu verschiedenen historischen Problemen und das grundlegende Werk „Geschichte Russlands seit der Antike“. Darin begründete er eine neue Konzeption, die die nationale Geschichte durch natürliche und ethnische Eigenheiten des russischen Volkes erklärte. W. O. Kljutschewski, der die ursprüngliche Konzeption der russischen Geschichte schuf, hatte einen großen Einfluss auf die Entwicklung der heimischen Geschichtswissenschaft. Unterschiedliche ideologische Ansichten der Historiker führten zum Erscheinen von Werken, in denen die Geschichte Russlands entweder von liberalen (P. N. Miljukow) oder marxistischen Positionen aus betrachtet wurde (M.

N. Pokrowski).

Die Entwicklung des russischen ökonomischen Denkens spiegelt sich in den Werken der Marxisten (W. I. Uljanow-Lenin, A. A. Bogdanow) und ihrer Kritiker (P. B. Struve, M. I. Tugan-Baranowski) wider. M.M. Kowalewski, Jurist und Soziologe, gründete die „Höhere Russische Schule für Sozialwissenschaften“ in Paris. Dort unterrichteten bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und studierten russische Emigranten.

Die Literatur.

Die Literatur der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts - Anfang des XX. Jahrhunderts behielt die Traditionen des kritischen Realismus bei: Humanismus, Nationalität und staatsbürgerliches Bewusstsein. Sie wurden von I. S. Turgenew, N. A. Nekrassow, F. M. Dostojewski, I. A. Gontscharow, M. E. Saltykow-Schtschedrin, W. G. Korolenko, A. P. Tschechow, I. A. Bunin, A. I. Kuprin u. a. entwickelt. Soziale, philosophisch-moralische Probleme spiegelten sich insbesondere in der Arbeit von L. N. Tolstoi wider, der weltweit führend in der kritischen Richtung in der Literatur war. In den Werken von M. Gorki wurde der Zusammenhang zwischen der realistischen Methode und der Formulierung akuter gesellschaftspolitischer Probleme in Russland zu Beginn des XX. Jahrhunderts am deutlichsten.

Die künstlerischen Techniken des kritischen Realismus befriedigten jedoch viele Schriftsteller an der Wende vom XIX. zum XX. Jahrhundert nicht mehr. Ein tieferes Interesse an der Persönlichkeit, ihrer inneren Welt, die Suche nach neuen darstellenden Mitteln und Formen - all das bewirkte das Aufkommen der Moderne in Literatur und Kunst. In ihr existierten viele Strömungen. Die Unterschiede wurden durch die unterschiedlichen philosophischen, ethischen und ästhetischen Positionen bestimmt, die die Wahl der Stilistik und der sprachlichen Mittel bestimmten. Das Gemeinsame war Innovation, die Verherrlichung der individuellen Freiheit, der Kult der Schönheit und Exotik, die Klangfülle und der Reichtum an Ausdrucksformen, die Unerwartetheit von Reimen und Bildern. Die ästhetischen Prinzipien der Symbolisten wurden von D. S. Mereschkowski, A. A. Blok, K. D. Balmont und W. J. Brjussow formuliert, der ihr anerkannter Kopf wurde. Unter den akmeistischen Dichtern sind die berühmtesten N. S. Gumiljow, A. A. Achmatowa, O. E. Mandelstam, M. A. Kusmin. Zu den Futuristen gehörten D. D. Burljuk, W. Chlebnikow, W. W. Majakowski, Sascha Schwarz.

Die Kreativität der brillanten Konstellation russischer Dichter Anfang des XX. Jahrhunderts erlaubt es, diese Zeit als das „Silberne Zeitalter“ der russischen Poesie zu bezeichnen.

Zu Beginn des XX. Jahrhunderts wurde Russland von einer Welle von Boulevardliteratur erfasst, die sich am kleinbürgerlichen Geschmack orientierte (Melodram mit niedrigem Standard, Detektivgeschichten, Erotik).

Das Theater.

In der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts und zu Beginn des XX. Jahrhunderts entwickelte sich die Theaterkunst aktiv. Das Repertoire basierte meist auf der nationalen Basis, auf den dramatischen Werken von Klassikern der russischen Literatur - A. N. Ostrowski, L. N. Tolstoi, A. P. Tschechow, A. M. Gorki.

Im Moskauer Maly-Theater glänzte eine ganze Reihe von bemerkenswerten Künstlern (M. N. Jermolowa, G. N. Fedotowa, A. I. Sumbatov-Yuzhin). 1898 gründeten K. S. Stanislawski und W. I. Nemirowitsch-Dantschenko das Theater der Künste, das zum Zentrum des Moskauer Theaterlebens wurde. Darin spielten W. I. Kachalow, I. M. Moskwin, Olga Knipper-Tschechowa u. a. Anfang des XX. Jahrhunderts wurde in St. Petersburg das Theater der großen russischen Schauspielerin W. F. Komissarschewskaja eröffnet. Die Regietätigkeit von W. E. Meyerhold, der nach neuen Formen der Theaterkunst suchte, begann.

Das Kino.

Um die Wende vom XIX. zum XX. Jahrhundert erschien in Russland die Kinematographie, die sofort besondere Popularität erlangte. Die erste Vorführung des Films fand in Russland im Mai 1896 statt (in St. Petersburg im Vergnügungsgarten „Aquarium“, in Moskau im Garten der „Eremitage“). Seit 1903 begannen stationäre „Elektrotheater“ und „Illusionen“ zu öffnen. Bis 1916 gab es in Russland etwa 4 Tausend Kinos, die täglich von bis zu 2 Millionen Zuschauern besucht wurden.

In den 90er Jahren begann man, Dokumentarfilme in Russland zu drehen. Die russischen Filmfirmen A. O. Drankow und A. A. Chanschonkow wurden 1907 - 1908 gegründet.

Anfangs produzierten sie auch Dokumentarfilme. 1908 wurde der erste russische Spielfilm „Stenka Rasin und die Fürstin“ gedreht, und 1911 wurde der erste abendfüllende Film „Verteidigung Sewastopols“ gedreht. In den Jahren 1911 - 1913 gab es in Russland etwa 30 inländische Filmgesellschaften, die mehr als 600 Filme produzierten. In den Jahren 1911 - 1913 entstand in Russland der erste räumliche (Puppen-)Film der Welt.

Besondere Berühmtheit erlangten die Filme des Regisseurs J. A. Protasanow. Die Stars des nationalen Stummfilms waren die Schauspieler Vera Cholodnaja und I. I. Mosschuchin. Obwohl viele Filme auf den Werken von A. S. Puschkin („Pique Dame“, „Haus in Kolomna“), F. M. Dostojewski („Die Dämonen“), L. N. Tolstoi („Vater Sergius“) basierten, blieb das künstlerische Niveau der meisten Spielfilme äußerst niedrig.

In der Regel wurden Salonmelodramen und primitive Komödien inszeniert.

Die Musik.

In der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts entstand endgültig die russische nationale Musikschule.

Zu Beginn der 60er Jahre des XIX. Jahrhunderts gab es in Russland eine Gruppe von Komponisten, die der Kritiker W. W. Stassow die „Mächtiges Häuflein“ nannte. Darunter waren M. A. Balakirew, C. A. Cui, M. P. Mussorgski, A. P. Borodin und N. A. Rimski-Korsakow. In ihrem Schaffen kamen der nationale Geist und der Respekt vor den Volksliedmelodien am stärksten zum Ausdruck.

Vertreter des „Mächtigen Häufleins“ und andere russische Komponisten (P. I. Tschaikowski, A. K. Glasunow, S. W. Rachmaninow) schufen viele Opern, Ballette, kammermusikalische und symphonische Werke.

Zu Beginn des XX. Jahrhunderts wurde die Suche nach neuen musikalischen Ausdrucksmitteln von A. N. Skrjabin fortgesetzt, dessen Werke auf wunderbare Weise

kammermusikalischen und symphonischen Charakter verbanden.

Die wichtigsten Zentren der Musikkultur waren die Konservatorien in Moskau, St. Petersburg, Odessa, Kiew und anderen Städten sowie die kaiserlichen Mariinski - und Bolschoi-Theater, die Moskauer Privatoper von S. I. Mamontow (später - S. I. Simin). Die Russische Musikgesellschaft, die 1859 auf Initiative von A. G. Rubinstein „zur Entwicklung der musikalischen Bildung, des Musikgeschmacks und zur Förderung nationaler Talente“ gegründet wurde, förderte die Popularisierung der nationalen Musik.

Mit der Förderung der Werke russischer und ausländischer Komponisten beschäftigten sich die Lehrer der freien Musikschule, die in St. Petersburg in den 60er Jahren von M. A. Balakirew und dem Gesangslehrer G. J. Lomakin eröffnet wurde.

Die russische Gesangsschule war mit bemerkenswerten Opersängern vertreten (F. I. Schaljapin, L. W. Sobinow, A. W. Neschdanowa).

Die Namen herausragender Balletttänzerinnen, -tänzer (A. P. Pawlowa, T. P. Karsawina, W. F. Nijinsky) sind für immer in die Schatzkammer der Weltkultur aufgenommen. Die choreografischen Darbietungen von M. I. Petipa sind zu Klassikern des Weltballetts geworden.

Von besonderer Bedeutung für die Popularisierung der Theater- und Musikkunst in Russland war die Tätigkeit von S. P. Djalilew, der die „Russische Jahreszeiten“ in Europa (1907 - 1913) organisierte.

Malerei und Bildhauerkunst.

In der Mitte des XIX. Jahrhunderts setzte sich der Realismus in der bildenden Kunst für einen langen Zeitraum durch. Er entstand im Kampf gegen den Akademismus der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts und drückte die Prinzipien einer demokratischen und bürgerlichen Ästhetik aus.

1863 gründeten 14 Absolventen der Akademie der Künste in St. Petersburg ihr eigenes „Artel“. Im Jahr 1870 gründeten sie den Verein für „Gesellschaft der mobilen Kunstausstellungen“. I. N. Kramskoi, G. G. Mjassojedow, W. G. Perow, N. N. Ge u. a. versuchten, nationale Traditionen zu entwickeln und die Kunst dem Volk näher zu bringen. Die Peredwischnikis starteten Bildungsaktivitäten und organisierten Ausstellungen in vielen Städten Russlands. Die auffälligste Figur unter ihnen war I. J. Repin, der ein großes künstlerisches Erbe hinterließ.

In der Schule der Peredwischnikis wurde das historische Genre, das auf nationalen Handlungen und Volksepos basiert, stark entwickelt (W. I. Surikow, W. M. Wasnezow).

In der Nähe der Peredwischnikis ist W. W. Wereschtschagin als ein Meister der Schlachtenmalerei bekannt.

Gegen Ende des XIX. Jahrhunderts ging der Einfluss der Peredwischnikis zurück. In der bildenden Kunst erschienen neue Richtungen.

Porträts von W. A. Serow und Landschaften von I. I. Lewitan stimmten mit der französischen Schule des Impressionismus überein. Einige Künstler kombinierten russische künstlerische Traditionen mit neuen Bildformen (M. A. Wrubel, B. M. Kustodijew, I. J. Bilibin u. a.).

Um die Wende vom XIX. zum XX. Jahrhundert führte das Streben nach der Moderne zur Bildung einer Gruppe von Künstlern, die sich um die Zeitschrift „Welt der Kunst“ scharten (A. N. Benois, K. A. Somow, J. J. Lansere, L. S. Bakst, N. K. Roerich, I. E. Grabar u. a.).

Die Vertreter der „Welt der Kunst“ proklamierten neue künstlerische und ästhetische Prinzipien, die sowohl den realistischen Ansichten der Peredwischnikis als auch dem Akademismus widersprachen. Sie förderten den Individualismus und die Freiheit der Kunst von sozialen und politischen Problemen. Die Hauptsache für sie ist die Schönheit und die Traditionen der russischen nationalen Kultur. Besonderes Augenmerk legten sie auf die Wiederbelebung und Aufarbeitung des Erbes vergangener Epochen (XVIII. - Anfang des XIX. Jahrhunderts) sowie auf die Popularisierung der westeuropäischen Kunst.

Zu Beginn des XX. Jahrhunderts entstand die „russische Avantgarde“. Ihre Vertreter K. S. Malewitsch, R. R. Falk, M. S. Chagall u. a. verfochten die Kunst der „reinen“ Formen und der äußeren Objektlosigkeit.

Sie waren die Vorläufer des Abstraktionismus und hatten einen großen Einfluss auf die Entwicklung der Weltkunst.

In der Bildhauerkunst der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts spiegelten sich die realistischen Traditionen im Werk von A. M. Opekuschin (das Denkmal für A. S. Puschkin in Moskau) und dem den Itineranten nahestehenden M. M. Antokolski wider, der eine Galerie von plastischen Porträts und historischen Figuren Russlands schuf („Iwan der Schreckliche“, „Chronist Nestor“, „Jermak“, „Peter I.“). Eine Reihe von monumentalen Skulpturen gehörten M. O. Mikeschin (die Denkmäler „Tausend Jahre Russland“ in Nowgorod, Katharina die Große in St. Petersburg und Bohdan Chmelnyzkyj in Kiew). Unter dem Einfluss des Impressionismus zu Beginn des XX. Jahrhunderts verwendeten die Bildhauer A. S. Golubkina und S. T. Konjonkow in ihrer Kunst neue plastische Formen und Licht- und Schattenkontraste, die es erlaubten, den statischen Charakter des Bildes zu überwinden und den Eindruck von Bewegung zu schaffen.

Die Architektur.

Die Stadtplanung war mit der raschen wirtschaftlichen Entwicklung Russlands nach der Reform verbunden. Das Aussehen der Städte wurde jetzt nicht von Palästen des Adels bestimmt, sondern von Gebäuden für den allgemeinen Zweck — Banken, Geschäfte, Bahnhöfe, profitable Häuser. Das Angebot an Baustoffen hat sich erweitert - Beton, Zement, Metallkonstruktionen, Glas.

Die zweite Hälfte des XIX. Jahrhunderts war durch architektonischen Eklektizismus gekennzeichnet - eine Vielfalt von Richtungen und eine Mischung von Stilen. Nach Entwürfen des Architekten A. I. Resanow wurde der Palast des Großfürsten Wladimir Alexandrowitsch in St. Petersburg gebaut, der Elemente des Barock, des maurischen und des „russischen“ Stils verbindet. Allmählich begann sich der „russische“ Stil zu durchsetzen. In seiner Tradition wurden die Gebäude des Historischen Museums (Architekt W. O. Sherwood), der Stadtduma (Architekt D. N. Tschitschagow) und der Oberen Handelsreihen (Architekt A. N. Pomeranzew) in Moskau gebaut.

Zu Beginn des XX. Jahrhunderts gab es drei Richtungen in der nationalen Architektur. Der Jaroslawler-Bahnhof und das Gebäude des Theaters der Künste (Arch. F. I.

Schechtel), das Hotel Metropol (Arch. W. F. Walkot) und andere wurden im Jugendstil gebaut. Der neorussische Stil verwendete Motive der altrussischen Architektur in einer modernen Interpretation (Arch. A. W. Schtschussew - Kasaner Bahnhof).

Die Gebäude im neoklassischen Stil: der Kiewer Bahnhof (Arch. I. I. Rerberg), das Museum der Schönen Künste (Arch. R. I. Klein) und das Gebäude der Staatsbank (Arch. I. W. Scholtowski) erneuerten die Hauptprinzipien der klassischen Architektur: Monumentalität, Prunk, strenge Symmetrie.

Im Allgemeinen haben die Errungenschaften der russischen Kultur weltweite Anerkennung gefunden. Viele russische Wissenschaftler waren Ehrenmitglieder europäischer Akademien und wissenschaftlicher Institutionen. Die Namen russischer Reisender sind auf der geographischen Karte der Welt eingegangen. Zu Beginn des XX. Jahrhunderts entstanden in der Nationalliteratur und der bildenden Kunst neue künstlerische Formen, die einen bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung der europäischen und Weltkultur hatten.

Kapitel 31

DIE REVOLUTION VON 1917 IN RUSSLAND

Der Eintritt Russlands in den Ersten Weltkrieg beseitigte für einige Zeit die Schärfe sozialer Widersprüche.

Alle Teile der Bevölkerung versammelten sich um die Regierung in einem einzigen patriotischen Ansturm.

Er dauerte jedoch nicht lange.

Die Niederlagen an der Front im Kampf gegen Deutschland, der Tod von Millionen Russen, die durch den Krieg verursachte Verschlechterung der Situation der Menschen - all dies führte zu massiver Unzufriedenheit.

Die innere Situation im Land wurde durch die Wirtschaftskrise von 1915 bis 1916 verschärft.

Die auf Kriegsbasis wieder aufgebaute Industrie versorgte im Großen und Ganzen die Bedürfnisse der Front. Die einseitige Entwicklung führte jedoch dazu, dass die Hinterlandregion unter einem Mangel an Konsumgütern litt. Dies führte zu einer Erhöhung ihrer Preise. Die Inflation wuchs: die Kaufkraft des Rubels fiel auf 27 Kopeken. 1916 brachen die Treibstoff- und Transportkrisen aus. Die geringe Kapazität der Eisenbahnen gewährleistete keinen militärischen Transport und keine ununterbrochene Lieferung von Lebensmitteln in die Städte. Die Nahrungsmittelkrise war besonders akut.

Die Bauern, die die notwendigen Industriegüter nicht erhielten, weigerten sich, ihre landwirtschaftlichen Produkte auf den Markt zu bringen. In Russland gab es zum ersten Mal Warteschlangen für Brot. Spekulationen blühten auf.

Die Versuche der Regierung, aus der Krise herauszukommen, waren vergebens. Die Beteiligung der Industriellen an der Lösung wirtschaftlicher Fragen in den Sondersitzungen zur Verteidigung und in den militärisch-industriellen Ausschüssen war

wenig hilfreich.

Die Niederlagen Russlands an den Fronten des Ersten Weltkriegs waren ein schwerer Schlag für das öffentliche Bewusstsein. Die Bevölkerung ist des langwierigen Krieges überdrüssig. Die Streiks der Arbeiter und die Unruhen der Bauern nahmen zu. Verbrüderung mit dem Feind und Fahnenflucht wurden an der Front immer häufiger. Die nationalen Bewegungen verstärkten sich. Im Jahr 1916 rebellierte die lokale Bevölkerung in Zentralasien. Ihre Führer versuchten, sich von Russland zurückzuziehen und unabhängige Khanate zu schaffen.

Revolutionäre Agitatoren nutzten alle Fehler der Regierung, um die herrschende Elite zu diskreditieren.

Unter Berufung auf die Antikriegsstimmung in der Gesellschaft plädierten die Menschewiki (L. Martow) und die Sozialrevolutionäre (W. M. Tschernow) für ein sofortiges Kriegsende und den Abschluss eines demokratischen Friedens. Die Bolschewiki (W. I. Lenin) wünschten der zaristischen Regierung eine Niederlage und forderten die Völker auf, den Krieg vom Imperialismus in einen Bürgerkrieg umzuwandeln.

Die liberale Opposition wurde aktiv.

Die Konfrontation zwischen der Staatsduma und der Regierung verschärfte sich. Die Grundlage des politischen Systems des Dritten Juni - die Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien mit der Autokratie - scheiterte. P. N. Miljukows Rede vom 1. November 1916, die eine scharfe Kritik an der Politik des Zaren und seiner Minister enthielt, markierte den Beginn der „anklagenden“ Kampagne in der IV. Staatsduma. Der „Progressive Block“, eine parteiübergreifende Koalition der meisten Duma-Fraktionen, forderte eine der Duma verantwortliche Regierung des „Volksvertrauens“. Nikolaus II. lehnte den Vorschlag jedoch trotzig ab.

Politische Instabilität äußerte sich in Uneinigkeit unter den Ministern und deren häufigen Umbesetzungen („ministerielles Hin und Her“). Sogar ein Teil der aristokratischen Kreise und der obersten Generalität und einige Mitglieder der kaiserlichen Familie äußerten Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der Regierung. In der Hof-Camarilla verstärkte sich die prodeutsche Stimmung. Viele hochrangige Beamte wurden (und nicht ohne Grund) der Spionage und des Hochverrats verdächtigt. Im engsten Umfeld des Zaren entwickelte sich die Idee eines Separatfriedens mit Deutschland, um die Armee zur Niederschlagung von Volksaufständen einzusetzen. Nikolaus II. verlor wegen des „Rasputinismus“, der ungehemmten Einmischung der Zarin Alexandra Feodorowna in öffentliche Angelegenheiten und seiner Unfähigkeit als Oberbefehlshaber, katastrophal an Glaubwürdigkeit in der Gesellschaft. Im Winter 1916-1917 erkannten alle Teile der Bevölkerung Russlands die Unfähigkeit der zaristischen Regierung, die politische und wirtschaftliche Krise zu überwinden.

DIE FEBRUARREVOLUTION

Anfang 1917 verschärfen sich die Unterbrechungen der Lebensmittelversorgung der großen Städte Russlands. Mitte Februar traten aufgrund von Brotknappheit, Spekulation und steigenden Preisen 90.000 Arbeiter in Petrograd in den Streik. Am 18. Februar schlossen sich ihnen die Arbeiter der Putilow-Fabrik an. Die Verwaltung

kündigte die Schließung an. Dies war der Grund für den Beginn von Massendemonstrationen in der Hauptstadt.

Am 23. Februar, am Internationalen Frauentag (nach neuer Form ist es der 8. März), gingen Arbeiter und Arbeiterinnen mit den Slogans „Brot!“, „Nieder mit dem Krieg!“, „Nieder mit der Autokratie!“ auf die Straßen von Petrograd. Ihre politische Demonstration markierte den Beginn der Revolution.

Am 25. Februar wurde der Streik in Petrograd zum Generalstreik. Die Demonstrationen und Kundgebungen hörten nicht auf. Am Abend des 25. Februar schickte Nikolaus II. vom Hauptquartier, das sich in Mogiljow befand, ein Telegramm an den Kommandanten des Petrograder Militärbezirks S. S. Chabalow mit der kategorischen Forderung, die Unruhen zu beenden. Versuche der Staatsorgane, Truppen einzusetzen, hatten keinen positiven Effekt, die Soldaten weigerten sich, auf die Menschen zu schießen. Doch am 26. Februar töteten das Militär und Polizisten mehr als 150 Menschen. Daraufhin eröffneten die Gardisten des Pawlowski-Regiments, die die Arbeiter unterstützten, das Feuer auf die Polizei.

Der Duma-Vorsitzende M. W. Rodsjanko warnte Nikolaus II., dass die Regierung gelähmt sei und „in der Hauptstadt Anarchie herrsche“. Um die Entwicklung der Revolution zu verhindern, bestand er auf der sofortigen Bildung einer neuen Regierung unter der Leitung eines Staatsmannes, der das Vertrauen der Gesellschaft genoss. Der Zar lehnte seinen Vorschlag jedoch ab. Darüber hinaus haben er und der Ministerrat beschlossen, die Sitzungen der Duma zu unterbrechen und sie in die Ferien zu entlassen. Der Moment für eine friedliche, evolutionäre Umwandlung des Landes in eine konstitutionelle Monarchie war verloren. Nikolaus II. sandte Truppen aus dem Hauptquartier, um die Revolution zu unterdrücken, aber eine kleine Abteilung von General N. I. Iwanow wurde in der Nähe von Gatschina von den aufständischen Eisenbahnarbeitern und Soldaten festgenommen und wurde nicht in die Hauptstadt eingelassen.

Der 27. Februar, der Massenübertritt der Soldaten auf die Seite der Arbeiter, ihre Einnahme des Arsenal und der Peter-und-Paul-Festung markierten den Sieg der Revolution. Die Verhaftung zaristischer Minister und die Bildung neuer Regierungsstellen begannen.

Am selben Tag wurden, aufbauend auf den Erfahrungen von 1905, als die ersten Arbeiterorgane der politischen Macht entstanden, Wahlen zum Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten in den Fabriken und Militäreinheiten abgehalten. Ein Exekutivkomitee wurde gewählt, um seine Aktivitäten zu leiten. Der Vorsitzende war der Menschewik N. S. Tschcheidse, sein Stellvertreter - Sozialrevolutionär A. F. Kerenski. Das Exekutivkomitee übernahm die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Der Petrograder Sowjet war eine neue Form der gesellschaftspolitischen Organisation. Er stützte sich auf die Unterstützung der Massen der Menschen, die Waffen besaßen, und seine politische Rolle war sehr groß.

Am 1. März erließ der Petrograder Sowjet den „Befehl Nr. 1“ zur Demokratisierung der Armee. Die Soldaten wurden in den Bürgerrechten den Offizieren gleichgestellt, die grobe Behandlung der unteren Dienstgrade wurde verboten, die traditionellen Formen der Unterordnung in der Armee wurden abgeschafft. Soldatenausschüsse wurden

legalisiert. Die Wählbarkeit der Kommandanten wurde eingeführt. Die Armee durfte politische Aktivitäten durchführen.

Die Petrograder Garnison war dem Sowjet unterstellt und nur verpflichtet, dessen Befehle auszuführen.

Am 27. Februar wurde auf einem Treffen der Führer der Duma-Fraktionen beschlossen, das Provisorische Komitee der Staatsduma unter der Leitung von M. W. Rodsjanko zu bilden. Die Aufgabe des Komitees war die „Wiederherstellung der staatlichen und öffentlichen Ordnung“ und die Bildung einer neuen Regierung. Das Provisorische Komitee übernahm die Kontrolle über alle Ministerien.

Am 28. Februar verließ Nikolaus II. das Hauptquartier in Richtung Zarskoje Selo, wurde jedoch unterwegs von revolutionären Truppen festgenommen. Er musste sich an Pskow wenden, an das Hauptquartier der Nordfront. Nachdem er sich mit den Frontkommandanten beraten hatte, war er überzeugt, dass es keine Kräfte gab, die die Revolution unterdrücken konnten. Am 2. März unterzeichnete Nikolaus das Manifest zur Abdankung für sich und seinen Sohn Alexej zugunsten seines Bruders, Großfürst Michail Alexandrowitsch. Als jedoch die Duma-Abgeordneten A. I. Gutschkow und W. W. Schulgin den Text des Manifests nach Petrograd brachten, wurde klar, dass das Volk keine Monarchie wollte. Am 3. März verzichtete Michail auf den Thron und erklärte, dass die Konstituierende Versammlung über das Schicksal des politischen Systems in Russland entscheiden solle. Die 300-jährige Herrschaft des Hauses Romanow ging zu Ende. Die Autokratie in Russland war endgültig gefallen. Dies war das Hauptergebnis der Revolution.

Am 2. März wurde nach Verhandlungen zwischen den Vertretern des Provisorischen Komitees der Staatsduma und des Exekutivkomitees des Petrograder Sowjets die Provisorische Regierung gebildet. Vorsitzender und Innenminister war Fürst G. E. Lwow, Außenminister - Kadett P. N. Miljukow, Kriegs- und Marineminister - Oktobrist A. I. Gutschkow, Handels- und Industrieminister – der Progressive A. I. Konowalow. Von den „linken“ Parteien trat der Sozialrevolutionär A. F. Kerenski, der das Ressort des Justizministers erhielt, in die Regierung ein. Die sozial-revolutionär-menschewistische Führung des Petrograder Sowjets betrachtete die Revolution als bourgeois.

Daher versuchte sie nicht, die gesamte Staatsmacht zu übernehmen, und nahm die Position ein, die Provisorische Regierung zu unterstützen.

In Russland wurde eine Doppelmacht gebildet.

VON FEBRUAR BIS OKTOBER

Die Februarrevolution hat gesiegt.

Das alte Staatssystem brach zusammen. Es hat sich eine neue politische Situation ergeben. Der Sieg der Revolution verhinderte jedoch nicht die weitere Vertiefung der Krise des Landes. Die wirtschaftlichen Zerrüttungen wurden stärker. Zu den früheren gesellschaftspolitischen Problemen: Krieg und Frieden, Arbeiter-, Agrar- und nationale Fragen - kamen neue hinzu: über Macht, künftige Staatsstruktur und Wege aus der Krise. All dies bestimmte die eigentümliche Anordnung der gesellschaftlichen Kräfte im Jahre 1917.

Die Zeit von Februar bis Oktober ist eine besondere Periode in der russischen Geschichte. Es werden zwei Stufen unterschieden. In der ersten (März - Anfang Juli 1917) gab es eine Doppelherrschaft, in der die Provisorische Regierung gezwungen war, alle ihre Handlungen mit dem Petrograder Sowjet zu koordinieren, der radikalere Positionen vertrat und die Unterstützung breiter Volksmassen hatte.

In der zweiten Stufe (Juli - 25. Oktober 1917) wurde die Doppelherrschaft beendet. Die Alleinherrschaft der Provisorischen Regierung in Form einer Koalition der liberalen Bourgeoisie (Kadetten) mit „gemäßigten“ Sozialisten (Sozialrevolutionäre, Menschewiki) wurde hergestellt. Doch auch dieses politische Bündnis konnte die Gesellschaft nicht konsolidieren. Die sozialen Spannungen im Land nahmen zu. Einerseits wuchs in den Massen der Unmut über das Zögern der Regierung bei der Durchführung der dringendsten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Reformen. Auf der anderen Seite waren die Rechten unzufrieden mit der Schwäche der Regierung und unzureichend entschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung des „revolutionären Elements“.

Die Monarchisten und die rechtsgerichteten bürgerlichen Parteien waren bereit, die Errichtung einer Militärdiktatur zu unterstützen. Die extreme Linke - die Bolschewiki - machten sich unter der Parole „Alle Macht den Sowjets!“ daran, die politische Macht zu ergreifen. Die Provisorische Regierung erkannte nicht die Tiefe der wirtschaftlichen und politischen Krise, war nicht in der Lage, sie zu überwinden, und konnte daher die Macht nicht behalten.

Klassen und Parteien.

Die Bourgeoisie, die bürgerlichen Großgrundbesitzer und ein beträchtlicher Teil der wohlhabenden Intelligenz (etwa 4 Millionen Menschen) stützten sich auf wirtschaftliche Macht, Bildung und Erfahrung in der Teilnahme am politischen Leben und in der Leitung der staatlichen Institutionen.

Sie versuchten, die weitere Entwicklung der Revolution zu verhindern, die soziale und politische Situation zu stabilisieren und ihr Eigentum zu festigen.

Die Arbeiterklasse (18 Millionen Menschen) setzte sich aus städtischen und ländlichen Proletariern zusammen. Sie konnten ihre politische Stärke spüren, waren für revolutionäre Agitation prädisponiert und bereit, ihre Rechte mit Waffen zu verteidigen. Sie kämpften für die Einführung des 8-Stunden-Arbeitstages, Arbeitsplatzsicherheit und höhere Löhne. In den Städten entstanden spontan Fabrikkomitees (Betriebsgewerkschaftskomitees), um die Kontrolle der Arbeiter über die Produktion zu etablieren und Streitigkeiten mit den Unternehmern zu schlichten.

Die Bauernschaft (130 Millionen Menschen) forderte die Zerstörung des privaten Großgrundbesitzes und die Übertragung von Land an diejenigen, die es bearbeiteten. Im Dorf wurden lokale Landkomitees und Dorfversammlungen gegründet, die über die Landumverteilung entschieden.

Die Beziehungen zwischen Bauern und Großgrundbesitzern waren extrem angespannt.

Die Armee (15 Millionen Menschen) wurde zu einer besonderen, politischen Kraft. Die Soldaten traten für ein Ende des Krieges und eine breite Demokratisierung aller militärischen Institutionen ein. Sie unterstützten aktiv die Grundforderungen der

Arbeiter und Bauern und waren die Hauptstreitkräfte der Revolution.

Die extreme Rechte (Monarchisten, Schwarze Hundertschaft) erlitt nach der Februarrevolution einen völligen Zusammenbruch. Die Oktobristen, die die Industriellen in der Arbeiterfrage bedingungslos unterstützten und für die Erhaltung des Grundeigentums eintraten, hatten keine historische Perspektive. Sie alle waren auf die Niederschlagung der Revolution ausgerichtet und dienten als Unterstützung für konterrevolutionäre Verschwörungen.

Die Kadetten der Oppositionspartei wurden zur Regierungspartei und besetzten zunächst Schlüsselpositionen in der Provisorischen Regierung. Sie standen für die Umwandlung Russlands in eine parlamentarische Republik. In der Agrarfrage traten sie weiterhin für die Ablösung des Grundbesitzes durch den Staat und die Bauern ein. Die Kadetten stellten die Losung auf, die Loyalität gegenüber den Alliierten aufrechtzuerhalten und den Krieg „zu einem siegreichen Ende“ zu führen.

Die Sozialrevolutionäre, die stärkste Partei nach der Revolution, schlugen vor, Russland in eine föderale Republik freier Nationen umzuwandeln, den Grundbesitz abzuschaffen und das Land unter den Bauern „zu gleichen Teilen“ zu verteilen. Sie wollten den Krieg durch einen demokratischen Friedensschluss ohne Annexionen und Kontributionen beenden, hielten es aber gleichzeitig für notwendig, die Revolution gegen den deutschen Militarismus zu verteidigen. Im Sommer 1917 entstand in der Sozialrevolutionären Partei ein linker Flügel, der gegen die Zusammenarbeit mit der Provisorischen Regierung protestierte und auf einer sofortigen Lösung der Agrarfrage bestand.

Im Herbst formierten sich die linken Sozialrevolutionäre zu einer unabhängigen politischen Organisation.

Die Menschewiki, die zweitgrößte und einflussreichste Partei, traten für die Errichtung einer demokratischen Republik, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Konfiszierung des Grundbesitzes und dessen Überführung in die kommunale Verwaltung ein.

In der Außenpolitik nahmen sie, wie die Sozialrevolutionäre, eine Position der „revolutionären Verteidigung“ ein.

Die Kadetten, Sozialrevolutionäre und Menschewiki haben die Umsetzung ihrer Programmbestimmungen auf das Kriegsende und die Einberufung der Konstituierenden Versammlung verschoben. Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die in einem einzigen politischen Block agierten, genossen große Autorität in den Sowjets, Gewerkschaften, Agrarkomitees und anderen öffentlichen Organisationen.

Die Bolschewiki vertraten extrem linke Positionen. Im März war die Parteiführung bereit, mit anderen sozialistischen Kräften zusammenzuarbeiten und der Provisorischen Regierung bedingte Unterstützung zu gewähren. Sie machte sich die Idee der „revolutionären Verteidigung“ zu eigen.

Nach W. I. Lenins Rückkehr aus dem Exil wurde jedoch sein Programm („Aprilthesen“) angenommen.

Es sah einen Übergang von einer bürgerlich-demokratischen Revolution zu einer sozialistischen Revolution vor. Der politische Kern des Programms war die Idee, eine Republik der Sowjets der Arbeiter und der ärmsten Bauern zu errichten und in diesem

Zusammenhang die Unterstützung der Provisorischen Regierung abzulehnen. Im wirtschaftlichen Bereich wurden die Konfiszierung des Grundeigentums und die Verstaatlichung des gesamten Grund und Bodens, der Übergang zur sowjetischen Kontrolle der Produktion und des Vertriebs der Produkte sowie die Verstaatlichung des Bankensystems vorgeschlagen. Die Bolschewiki traten für einen sofortigen Rückzug Russlands aus dem imperialistischen Krieg ein. Ihr Programm schloss die Zusammenarbeit mit „gemäßigten“ Sozialisten aus und war prinzipiell auf die Übernahme der politischen Macht ausgerichtet.

Die Politik der Provisorischen Regierung.

In ihrer Erklärung vom 3. März versprach die Regierung, politische Freiheiten und eine umfassende Amnestie einzuführen, Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung vorzubereiten, die Todesstrafe abzuschaffen und jegliche Klassen-, nationale und religiöse Diskriminierung zu verbieten. Der innenpolitische Kurs der Provisorischen Regierung erwies sich jedoch als widersprüchlich und inkonsequent. Alle Hauptorgane der Zentral- und Kommunalverwaltung (Ministerien, Stadträte, Semstvos) blieben erhalten. Gleichzeitig wurden die Gouverneure durch die Kommissare der Provisorischen Regierung ersetzt, die zaristische Polizei abgeschafft und neue Strafverfolgungsbehörden (Milizen) geschaffen. Unter dem Druck der Volksmassen wurden Nikolaus II. und Mitglieder seiner Familie verhaftet. Am 31. Juli wurde Nikolaus mit seiner Frau und seinen Kindern in die Verbannung nach Sibirien (ursprünglich nach Tobolsk) geschickt. Eine außerordentliche Kommission wurde eingerichtet, um die Aktivitäten hoher Beamter des alten Regimes zu untersuchen. Die Verabschiedung des Gesetzes zur Einführung des 8-Stunden-Arbeitstages wurde auf die Zeit nach dem Krieg verschoben. Im landwirtschaftlichen Bereich begannen die Vorbereitungen für die Reform, deren Umsetzung sich jedoch verzögerte. Außerdem wandte sich die Regierung aktiv gegen die Beschlagnahmung des Grundbesitzes durch die Bauern und setzte Truppen ein, um deren Aufstände zu unterdrücken.

Im April 1917 brach die erste Regierungskrise aus. Ursache dafür waren allgemeine soziale Spannungen im Land.

Der Auslöser war die Note von P. N. Miljukow vom 18. April. Darin appellierte er an die alliierten Mächte mit der Versicherung der Entschlossenheit Russlands, den Krieg zu einem siegreichen Ende zu bringen. Dies führte zu extremer Empörung des Volkes, Massenversammlungen und Demonstrationen, die ein sofortiges Ende des Krieges forderten, die Machtübertragung an die Sowjets und den Rücktritt von P. N. Miljukow und A. I. Gutschkow. Sie waren gezwungen, die Regierung zu verlassen. Am 5. Mai wurde eine Vereinbarung zwischen der Provisorischen Regierung und dem Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets zur Bildung einer Koalition getroffen. Die neue Regierung bestand aus 6 Menschewiki und Sozialrevolutionären. Sie gab eine Erklärung ab, in der sie versprach, Verhandlungen über den Abschluss des Friedens aufzunehmen, die Entwicklung der Agrarreform zu beschleunigen und die staatliche Kontrolle über die Produktion zu etablieren.

Die Innen- und Außenpolitik der 1. Koalitionsregierung (6. Mai bis 2. Juli) löste eine neue Explosion der Unzufriedenheit aus. Ein bedeutendes Ausmaß erreichte sie im Juni 1917 im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für eine Offensive an der Front.

Auf dem I. Kongress der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten (3. - 24. Juni)

wurde jedoch unter dem Einfluss der Menschewiki und Sozialrevolutionäre eine Resolution über die Zusammenarbeit mit der Provisorischen Regierung verabschiedet. Als Reaktion darauf kam es am 18. Juni zu Massendemonstrationen in Petrograd, bei denen ein sofortiges Ende des Krieges und die Übergabe der Macht an die Sowjets gefordert wurde. Die Juni-Ereignisse zeigten den wachsenden Einfluss der Bolschewiki bei den Massen und die extreme Unbeliebtheit der 1. Koalitionsregierung.

Das Scheitern der Offensive an der Front und die Drohung der Kadetten, die Koalition aufzulösen, führten zu einer neuen allgemeinen politischen Krise. Am 3. und 4. Juli fanden in Petrograd bewaffnete Massendemonstrationen von Arbeitern und Soldaten statt. Wieder wurde die Losung „Alle Macht den Sowjets!“ ausgegeben. Es kam zu Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und regierungstreuen Einheiten. Die Demonstration wurde aufgelöst.

Es begannen Repressionen gegen die Bolschewiki und die linken Sozialrevolutionäre, die beschuldigt wurden, eine bewaffnete Machtergreifung vorzubereiten. Die Regierung erklärte das Kriegsrecht in Petrograd, entwaffnete die Soldaten und Arbeiter, die an der Demonstration teilnahmen, ordnete die Verhaftung von W. I. Lenin und anderen bolschewistischen Führern an und beschuldigte sie, für Deutschland zu spionieren. Es wurden Maßnahmen zur Stärkung der Disziplin in der Armee ergriffen und die Todesstrafe wurde an der Front wieder eingeführt. Der Einfluss der Petrograder und anderer Sowjets nahm vorübergehend ab. Die Doppelherrschaft war vorbei. Von diesem Moment an, so W. I. Lenin, war das Stadium der Revolution, in dem die Macht auf friedlichem Wege auf die Sowjets übergehen konnte, zu Ende.

Am 24. Juli wurde die 2. Koalitionsregierung unter der Leitung vom Sozialrevolutionär A. F. Kerenski gebildet. Der Liberale A. A. Brussilow wurde vom Posten des Oberbefehlshabers abgesetzt und L. G. Kornilow wurde ernannt. Die konterrevolutionären Kräfte haben begonnen, sich zu konsolidieren, und sie fordern ein Ende der „revolutionären Anarchie“ und die Herstellung der Ordnung im Lande. Sie scharten sich um General L. G. Kornilow, der seine loyalen Einheiten in Mogiljow versammelte.

Ein neuer Versuch der Regierung, die Gesellschaft zu konsolidieren, wurde vom 12. bis 15. August unternommen. In Moskau wurde ein Staatsrat einberufen, an dem Industrielle, Bankiers, Offiziere, ehemalige Abgeordnete der Staatsduma, Vertreter der Sowjets, Parteien, Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Organisationen teilnahmen. Es war jedoch nicht möglich, die politischen Kräfte zu versöhnen. Die Regierung wurde sowohl von rechts als auch von links kritisiert.

Der Kornilow-Aufstand.

Am 25. August startete L. G. Kornilow einen Angriff auf Petrograd, um eine Militärdiktatur zu errichten.

Diese Bedrohung zwang A. F. Kerenski, sich an die Menschen zu wenden, um Unterstützung zu erhalten und sogar mit den Bolschewiki zusammenzuarbeiten. Alle sozialistischen Parteien, die Sowjets und die untergeordneten Einheiten der Roten Arbeitergarde waren gegen den Kornilow-Putsch. Am 30. August wurden die Rebellentruppen gestoppt, L. G. Kornilow wurde verhaftet.

Das Scheitern des Kornilow-Aufstands veränderte die politische Situation und das

Kräfteverhältnis erneut drastisch. Die Rechten wurden besiegt, das Ansehen von A. F. Kerenski und den Kadetten sank. Der Einfluss der Bolschewiki verstärkte sich, die Zahl der Partei wuchs schnell (bis zu 350 Tausend Mitglieder). Die Bolschewisierung der Sowjets begann.

Von Ende August bis Anfang September verabschiedeten die Petrograder und Moskauer Sowjets Beschlüsse zur Übernahme der vollen Staatsmacht.

Darauffin wurde versucht, die oberste Zentralbehörde zu stärken und die Situation zu stabilisieren.

Am 30. August wurde eine neue Regierung gebildet - das Direktorium, bestehend aus 5 Personen, unter der Leitung des Ministerpräsidenten A. F. Kerenski. Ohne auf die Beschwichtigung der öffentlichen Meinung durch die Konstituierende Versammlung zu warten, wurde Russland am 1. September zur Republik ausgerufen. Am 14.

September wurde in Petrograd eine Allrussische Demokratische Versammlung einberufen. Es nahmen Vertreter aller politischen Parteien, Zemstvos und Stadträte daran teil.

Der Zweck der Konferenz war, den Einfluss der bolschewistischen Sowjets zu untergraben. Auf der Konferenz wurde der Demokratische Rat der Republik (Vorparlament) gegründet.

In seinem Namen bildete A. F. Kerenski am 25. September die 3. Koalitionsregierung auf der Grundlage eines Kompromisses der „gemäßigten Sozialisten“ mit den Kadetten. Seine Macht wurde jedoch immer trügerischer. Die Regierung verlor die Unterstützung der Rechten, die ihr vorwarfen, der „revolutionären Anarchie“, dem Zusammenbruch der Armee, der Hilflosigkeit und der Politisierung nachzugeben. Die Führer der Sowjets kritisierten A. F. Kerenski wegen seines Bündnisses mit den Kadetten. All dies bedeutete, dass die Revolution in eine neue Phase eintrat. Die Bolschewiki unter der Leitung von W. I. Lenin begannen mit den Vorbereitungen für die Machtergreifung.

OKTOBERREVOLUTION

Die Bolschewiken kommen an die Macht.

Am 10. Oktober verabschiedete das ZK (*Zentralkomitee*) der SDAPR(B) [*Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands (Bolschewiki)*] eine Resolution zu einem bewaffneten Aufstand.

L. B. Kamenew und G. J. Sinowjew waren dagegen. Sie glaubten, dass die Vorbereitungen für den Aufstand verfrüht waren und dass es notwendig war, zu kämpfen, um den Einfluss der Bolschewiki in der zukünftigen Konstituierenden Versammlung zu erhöhen. W. I. Lenin bestand auf der sofortigen Machtergreifung durch bewaffneten Aufstand. Seine Sichtweise hat sich durchgesetzt.

Am 12. Oktober wurde das Revolutionäre Kriegskomitee (WRK) im Petrograder Sowjet gebildet.

(Der linke Sozialrevolutionär P. J. Lasimir wurde Vorsitzender, und der eigentliche Führer war L. D. Trotzki, seit September 1917 Vorsitzender des Petrograder Sowjets.) Das WRK wurde gegründet, um die Sowjets vor einem Militärputsch und sowohl Petrograd als auch vor einer möglichen deutschen Offensive zu schützen. In der Praxis wurde es jedoch zum Zentrum der Vorbereitungen für den Aufstand. Am 16. Oktober

gründete das ZK der RSDRP(B) das Bolschewistisch- militärrevolutionäre Zentrum (WRZ). Es trat dem WRK bei und begann, dessen Aktivitäten zu leiten.

Die Provisorische Regierung versuchte, den Bolschewiki zu widerstehen. Aber ihre Autorität war so stark gefallen, dass sie keine Unterstützung erhielt.

Die Petrograder Garnison ging auf die Seite des WRK über. Am 24. Oktober begannen Soldaten und Matrosen, Arbeiter der Roten Garde, Schlüsselpositionen in der Stadt einzunehmen (Brücken, Bahnhöfe, Telegraphen und Kraftwerk). Am Abend des 24. Oktober wurde die Regierung im Winterpalast blockiert. A. F. Kerenski verließ Petrograd am Nachmittag und ging zur Verstärkung an die Nordfront. Am Morgen des 25. Oktober wurde der WRK-Aufruf „An die Bürger Russlands!“ veröffentlicht. Darin wurde die Absetzung der Provisorischen Regierung und der Übergang der Macht zum Petrograder WRK angekündigt. In der Nacht vom 25. auf den 26. Oktober wurden die Minister der Provisorischen Regierung im Winterpalast festgenommen.

II. Kongress der Sowjets.

Am Abend des 25. Oktober wurde der II. Allrussische Sowjetkongress eröffnet. Mehr als die Hälfte der Abgeordneten waren Bolschewiki, 100 Sitze wurden von den linken Sozialrevolutionären gehalten. Der Kongress verabschiedete in der Nacht vom 25. zum 26. Oktober den Aufruf „An die Arbeiter, Soldaten und Bauern!“ und verkündete die Errichtung der Sowjetmacht. Die Menschewiki und die rechten Sozialrevolutionäre verurteilten das Vorgehen der Bolschewiki und verließen den Kongress aus Protest. Daher waren alle Dekrete des II. Kongresses von den Ideen der Bolschewiki und den linken Sozialrevolutionären durchdrungen.

Am Abend des 26. Oktober verabschiedete der Kongress einstimmig ein Friedensdekret, in dem die kriegführenden Länder aufgefordert wurden, einen demokratischen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen zu schließen. Darin wurde die Ablehnung der geheimen Diplomatie und der von den zaristischen und provisorischen Regierungen unterzeichneten Verträge verkündet.

In der Nacht vom 26. auf den 27. Oktober wurde der Landeserlass verabschiedet. Sie berücksichtigte die Forderungen der Bauern und basierte auf dem Programm der Sozialrevolutionäre zur Lösung der Agrarfrage. Die Abschaffung des privaten Grundbesitzes, die Verstaatlichung des gesamten Bodens und seines Untergrundes wurde proklamiert. Land von Grundbesitzern und Großgrundbesitzern wurde konfisziert. Das Land wurde den örtlichen Bauernkomitees und den Kreisräten der Bauerndeputierten zur Verfügung gestellt. Der Einsatz von Lohnarbeit und die Verpachtung von Grundstücken waren verboten. Die Gleichstellung der Landnutzung wurde eingeführt.

Auf dem Kongress wurde eine bolschewistische Einparteienregierung geschaffen - der Rat der Volkskommissare, da die linken Sozialrevolutionäre sich zunächst weigerten, daran teilzunehmen. Dem Rat der Volkskommissare gehörten wichtige Persönlichkeiten der bolschewistischen Partei an: A. I. Rykow - Volkskommissar für innere Angelegenheiten, L. D. Trotzki - Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, A. W. Lunatscharski - Volkskommissar für Bildung, J. W. Stalin - Volkskommissar für Nationalitäten.

P. J. Dybenko, N. W. Krylenko und W. A. Antonow-Owsejenko wurden Kommissare für Militär- und Marineangelegenheiten. W. I. Lenin leitete die erste Sowjetregierung.

Der Kongress wählte eine neue Zusammensetzung des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees (WZIK).

Dazu gehörten die Bolschewiki und die linken Sozialrevolutionäre. Die Menschewiki und die rechten Sozialrevolutionäre weigerten sich, an der Arbeit des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees teilzunehmen.

Vorsitzender des WZIK wurde L. B. Kamenew. Der Kongress bekräftigte die Absicht, die Wahlen zur konstituierenden Versammlung abzuhalten.

Die bolschewistische Machtergreifung in Petrograd wurde von den anderen sozialistischen Parteien und ihren Führern nicht unterstützt. Die Westmächte erkannten Russlands neue Regierung nicht an.

Die Behauptung der Macht der bolschewistischen Sowjets in Russland.

Der Übergang der Macht in die Hände der Bolschewiki auf dem Territorium Russlands erfolgte sowohl friedlich als auch bewaffnet. Es dauerte eine lange Zeit von Oktober 1917 bis März 1918. Verschiedene Faktoren beeinflussten das Tempo, den Zeitpunkt und die Methode der Machtübernahme: die gesellschaftspolitische Situation vor Ort, die Kampfkraft der bolschewistischen Komitees und die Stärke der konterrevolutionären Organisationen.

In Moskau wurde die Sowjetmacht am 3. November nach blutigen Kämpfen zwischen Anhängern der Provisorischen Regierung und den Bolschewiki gegründet. In den wichtigsten Industriestädten des europäischen Teils Russlands übernahmen die Bolschewiki friedlich und relativ schnell die Macht.

An den Fronten wurde die Sowjetmacht Anfang November durch die Einführung der bolschewistischen Kontrolle über das Hauptquartier des Obersten Oberkommandos gefestigt, nachdem der Versuch von A. F. Kerenski und General P. N. Krasnow, Truppen nach Petrograd zu schicken, gescheitert war (27. - 30. Oktober). Der Oberbefehlshaber des SNK (*Rat der Volkskommissare*) ernannte N. W. Krylenko anstelle des abgesetzten N. N. Duchonin. Der Übergang der aktiven Armee auf die Seite der Sowjetmacht im November - Dezember 1917 trug zum schnellen Sieg der Bolschewiki in vielen Frontgebieten bei.

An der Grenze Russlands und in den nationalen Gebieten zog sich die Errichtung der Sowjetmacht über viele Monate hin. Besonders erbitterten Widerstand leisteten die Kosaken vom Don, Kuban und Südrural. Hier wurden die wichtigsten antibolschewistischen Kräfte gebildet.

Der relativ leichte Sieg der Bolschewiki war vor allem auf die Schwäche der Bourgeoisie zurückzuführen, das Fehlen einer breiten Bevölkerungsschicht mit einer ausgeprägten Ideologie des Privateigentums in Russland. Der russischen Bourgeoisie fehlte auch die politische Erfahrung und die Kunst der Sozialdemagogie. Die „gemäßigten“ Sozialisten verbündeten sich mit den bürgerlichen Parteien und versagten bei der Führung der Volksbewegung. Ihr Einfluss bei den Massen schwand allmählich. Die Liberalen und die rechtssozialistischen Kräfte haben die Tiefe der sozialen Spannungen nicht verstanden und sind an den grundlegenden Forderungen des Volkes gescheitert. Sie führten Russland nicht aus dem Krieg heraus, lösten die

Agrar-, Arbeiter- und nationalen Fragen nicht.

1917 verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage des Landes stetig, Verwüstung, Hunger und Verarmung der Bevölkerung nahmen zu. Unter diesen Bedingungen war die einzige politische Kraft die bolschewistische Partei, die den sozialen Hass und den Wunsch der Massen nach einem Ausgleich der Gerechtigkeit sensibel auffing und geschickt für ihre eigenen Zwecke nutzte. Von großer Bedeutung war die Tätigkeit von W. I. Lenin, dem es gelang, die Spaltungen unter den Bolschewiki zu überwinden. Er setzte der Partei seinen politischen Willen auf und führte mit eiserner Faust ein Programm zur Machtergreifung durch.

Der Sieg der Bolschewiki und die Errichtung der Sowjetmacht unterbrachen den Prozess der Demokratisierung Russlands, seine allmähliche Umwandlung in eine parlamentarische Republik nach europäischem Vorbild.

Die Revolution von 1917, die im Februar begann, endete im Oktober.

Die Bolschewiki und marxistische Historiker (im In- und Ausland) nannten sie die Große Sozialistische Oktoberrevolution.

Die Gegner der Bolschewiki sprachen von einem Staatsstreich, einer illegalen Machtergreifung und Gewalt gegen das Volk.

Die Bolschewiki proklamierten in Russland die Errichtung eines in der Weltgeschichte beispiellosen wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Systems. Sie dehnten ihre Macht über ein riesiges eurasisches Territorium aus und zogen viele Völker in ihre Sphäre, die sich in ihrem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungsstand und ihrer nationalen Mentalität unterschieden. Das Streben nach dem Aufbau des Sozialismus hatte einen direkten und indirekten Einfluss auf die Weltprozesse, das Schicksal vieler Nationen und die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft.

Kapitel 32

SOWJETRUSSLAND 1917 - 1920

INNEN- UND AUSSENPOLITIK

Nach der Machtübernahme schufen die Bolschewiki ein grundlegend neues politisches System. Sie schafften alle alten staatlichen Institutionen ab (den Staatsrat, die Ministerien, die lokalen Selbstverwaltungsorgane - Stadträte und Semstvos). Das bisherige System der Gerichtsverfahren und die Grundsätze der Bildung und Funktionsweise der Armee wurden abgelehnt. Die Verwirklichung der von den Bolschewiki proklamierten Diktatur des Proletariats (politische Macht der Arbeiter) und die Aufgabe, ihre Macht zu stärken, erforderte die Schaffung eines neuen Staatsapparats.

Auch die Prinzipien der Außenpolitik und die Methoden ihrer Umsetzung haben sich stark verändert. Sie war hoch ideologisch, basierte auf der Idee des proletarischen Internationalismus und der Erwartung einer Weltrevolution. In den ersten Jahren seines Bestehens befand sich der Sowjetstaat in völliger internationaler Isolation.

Bildung eines neuen politischen Systems.

Die Proklamation des Sowjetkongresses als oberstes gesetzgebendes Organ des Landes wurde in der Praxis nicht vollständig umgesetzt. Auch die Rolle des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees (WZIK) war begrenzt.

Die wirkliche politische Macht gehörte dem Präsidium des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees und dem Rat der Volkskommissare (SNK), die sich nicht nur die exekutive, sondern auch die legislative Macht aneigneten. Seine Dekrete unterlagen der sofortigen Ausführung. Die lokale Verwaltung wurde in den Provinz- und Bezirksräten konzentriert. Zur Kontrolle ihrer Aktivitäten wurden Revolutionskomitees (Revolutionsausschüsse) gegründet, die ausschließlich aus Anhängern der Bolschewiki bestanden.

Besondere Aufmerksamkeit wurde der Bildung eines Apparates gewidmet, der die Macht der Bolschewiki schützen sollte. Ende Oktober (11. November - nach neuer Diktion) von 1917 wurde eine Arbeiter- und Bauernmiliz organisiert, um die öffentliche Ordnung zu schützen. Im November wurden durch ein Dekret des SNK Volksgerichte eingerichtet, die sich aus einem Vorsitzenden und Volksbeisitzern zusammensetzten. Politische Fälle wurden von Revolutionstribunalen verhandelt, die dem Volkskommissariat für Justiz unterstellt waren. Im Dezember 1917 wurde im Rahmen des SNK die Allrussische Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution und Sabotage (WTschK (*Tscheka*)) unter der Leitung von F. E. Dserschinski geschaffen. Sie erhielt unbegrenzte Befugnisse: von der Verhaftung und Untersuchung bis zur Verurteilung und Hinrichtung. Die Tscheka wurde der staatlichen Kontrolle entzogen und koordinierte ihre Aktionen nur noch mit der obersten Parteiführung des Landes.

Von November bis Dezember 1917 unterstellte der SNK die Führung der Armee und entließ mehr als tausend Generäle und Offiziere, die die sowjetische Macht nicht akzeptierten. Die alte Armee wurde demobilisiert.

Im Januar 1918 wurden Dekrete über den Aufbau der Roten Arbeiter- und Bauernarmee und der Roten Arbeiter- und Bauernmarine auf freiwilliger Basis verabschiedet.

Die Aktivitäten der bolschewistischen Regierung provozierten den Widerstand vieler sozialer Schichten (Großgrundbesitzer, Bourgeoisie, Beamte, Offiziere, Klerus). In Petrograd und anderen Städten zeichneten sich anti-bolschewistische Verschwörungen ab. Die Menschewiki und die rechten Sozialrevolutionäre weigerten sich, mit den Bolschewiki zusammenzuarbeiten. Die linken Sozialrevolutionäre nahmen eine abwartende Haltung ein, da sie nicht mit den sozialistischen Parteien brechen wollten und gleichzeitig Angst hatten, das Vertrauen der Massen zu verlieren. Sie unterstützten die Idee des Allrussischen Exekutivkomitees der Eisenbahnarbeitergewerkschaft (Wikschel), eine sozialistische Mehrparteienregierung zu schaffen und W. I. Lenin vom Amt des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare zu entfernen. Dieser Vorschlag führte zu ernsthaften Meinungsverschiedenheiten unter der Führung der bolschewistischen Partei. L. B. Kamenew, G. J. Sinowjew, A. I. Rykow, W. P. Miljutin und W. P. Nogin traten in den ersten Novembertagen aus dem ZK zurück; einige der Volkskommissare traten aus der Regierung aus. Der entstandene Konflikt konnte W. I. Lenin lösen: L. B. Kamenew wurde als Vorsitzender des WZIK durch J. M. Swerdlow ersetzt, in den SNK eingeführt

wurden G. I. Petrowski, P. I. Stutschka, A. D. Zjurupa u. a. Mitte November wurde eine Vereinbarung mit den linken Sozialrevolutionären getroffen, und im Dezember traten ihre Vertreter in den Rat der Volkskommissare ein (darunter I. Z. Steinberg, P. P. Proschjan, A. L. Kolegajew und W. A. Karelin).

Auflösung der verfassungsgebenden Versammlung.

Am 5. Januar 1918 wurde die Konstituierende Versammlung eröffnet. Es wurde von den Sozialrevolutionären dominiert (40% der Stimmen). Die Bolschewiki gewannen 22,5 % der Sitze. Zum Vorsitzenden der Konstituierenden Versammlung wurde der rechte Sozialrevolutionär W. M. Tschernow gewählt. Die Wahlen zeigten, dass die Bolschewiki nur die zweitstärkste politische Kraft waren.

Die Konstituierende Versammlung weigerte sich, die „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“ der Bolschewiki anzunehmen. Sie bestätigte die ersten gesetzgebenden Akte der Sowjetmacht, proklamierte die Zerstörung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und den Kurs zum Aufbau des Sozialismus. Die Konstituierende Versammlung lehnte also die Idee einer sozialistischen Wahl und der Errichtung der Diktatur des Proletariats ab.

In diesem Zusammenhang beschloss das WZIK in der Nacht vom 6. auf den 7. Januar, es aufzulösen. Die Auflösung des ersten vom Volk gewählten gesetzgebenden Organs in der russischen Geschichte war einer der Gründe, warum die Bolschewiki von Teilen der Bevölkerung und Parteien abgelehnt wurden, die glaubten, dass nur eine Konstituierende Versammlung das Recht hatte, die Frage der Staatsorganisation des Landes zu bestimmen.

Eine Woche später vereinigte sich der III. Allrussische Kongress der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten mit dem ähnlichen Kongress der Sowjets der Bauerndeputierten zu einer einzigen gesetzgebenden Körperschaft - dem III. allrussischen Kongress der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten. Den Bolschewiki gelang es, die gesellschaftspolitische Basis ihrer Macht zu stärken. Der Kongress billigte die „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“, billigte den Gesetzesentwurf über die Sozialisierung des Landes, proklamierte das föderale Prinzip der Staatsstruktur der Russischen Föderativen Sozialistischen Sowjetrepublik (RSFSR) und beauftragte die WZIK zur Ausarbeitung der grundlegenden Bestimmungen der Verfassung des Landes.

Die Verfassung der RSFSR von 1918.

Am 10. Juli 1918 verabschiedete der V. Sowjetkongress die erste Verfassung der RSFSR. Sie enthielt die „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“ und proklamierte den proletarischen Charakter des Sowjetstaates.

Vertreter der ehemaligen Ausbeuterklassen, Geistliche, Offiziere und Polizeiagenten verloren das Wahlrecht.

Der Vorteil der Arbeiter gegenüber den Bauern wurde in den Repräsentationsnormen bei den Regierungswahlen eingeführt (1 Arbeiterstimme wurde mit 5 Bauernstimmen gleichgesetzt). Die Wahlen waren nicht allgemein, nicht direkt, nicht geheim und nicht gleich. Die Verfassung sicherte das System der zentralen und lokalen Organe der sowjetischen Macht.

Sie erklärte die Einführung der politischen Freiheiten (Rede, Presse, Versammlungen,

Kundgebungen und Prozessionen). In der Praxis hat sich dies jedoch nicht wirklich bewahrheitet. Darüber hinaus sah die Verfassung von 1918 keine Teilnahme der besitzenden Klassen und ihrer Parteien am politischen Leben vor.

Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Basierend auf ihrer wirtschaftspolitischen Doktrin verfolgte die bolschewistische Führung eine Politik der vollständigen Zerstörung des Privateigentums. Es war geplant, die Produktion schrittweise zu sozialisieren und eine zentralisierte Verwaltung der Wirtschaft zu etablieren.

Banken, Eisenbahnverkehr und Kommunikationsmittel wurden verstaatlicht.

Staatseigene Unternehmen wurden unter staatliche Kontrolle gestellt.

Zunächst wurden die privaten Industrieunternehmen nicht verstaatlicht. Mit dem Dekret vom 14. November 1917 wurde die Arbeiterkontrolle durch die Fabrikkomitees eingeführt. Sie überwachten die Produktion, den Vertrieb und die finanziellen Aktivitäten der Verwaltung.

In der Parteiführung gab es unterschiedliche Standpunkte zur Frage der Methoden und des Tempos des sozialistischen Aufbaus. Unter dem Einfluss der „linken“ Kommunisten und aufgrund der Verschärfung der Beziehungen zwischen der Regierung und den Unternehmern wurde Ende 1917 - Anfang 1918 eine Reihe von großen Unternehmen und Industrien verstaatlicht.

Dies war der Beginn der Schaffung eines staatlichen Sektors in der Wirtschaft. Er wurde vom Obersten Rat der Volkswirtschaft (WSNCh) geleitet, der am 2. Dezember 1917 gegründet wurde. Die Überführung der Betriebe in die staatliche Kontrolle entzog den Arbeitern die Beteiligung an der Leitung der Produktion und legte den Grundstein für den „Staatssozialismus“. Die Parole „Fabriken den Arbeitern“ erwies sich als soziale Demagogie.

Im Februar verabschiedete das WZIK das „Grundlegende Gesetz über die Sozialisierung des Bodens“, wonach im Frühjahr 1918 mit der Umsetzung des Bodendekrets begonnen wurde. Die Bauern sollten 150 Millionen Desjatinen Land kostenlos erhalten, von Schulden gegenüber Banken und von Pachtzahlungen befreit werden.

Bei der Verteilung von Land unterstützten die sowjetischen Behörden die Armen, was zu Unzufriedenheit und Widerstand der Kulaken führte. Sie begannen, Getreide zurückzuhalten. Es drohte eine Hungersnot in den Städten. Daraufhin ging der Rat der Volkskommissare zu einer Politik des harten Drucks auf das Dorf über. Im Mai 1918 wurde eine Nahrungsmitteldiktatur eingeführt. Das bedeutete das Verbot des Getreidehandels und die Beschlagnahmung der Nahrungsmittelvorräte wohlhabender Bauern durch die Entsendung von Nahrungsmitteltrupps (Lebensmittelrequisierungstrupp) in die Dörfer. Sie stützten sich auf die Hilfe der Armenkomitees (Kombed (*Komitee gegen Armut*)), die im Juni 1918 gegründet wurden. Die lokalen Sowjets, die von den Kulaken dominiert wurden, wurden aufgelöst; ihre Funktionen wurden auf die Kombeds übertragen. All diese Maßnahmen schufen soziale Spannungen im Dorf, die Opposition der wohlhabenden Bauernschaft gegen die bolschewistischen Behörden und waren eine der Ursachen für den Bürgerkrieg.

Im sozialen Bereich wurden umfangreiche demokratische Aktivitäten durchgeführt. Die

Sowjetmacht zerstörte schließlich das Klassensystem, schaffte die vorrevolutionären Ränge, Titel und Auszeichnungen ab.

Kostenlose Bildung und Gesundheitsversorgung wurden eingerichtet. Frauen erhielten die gleichen Rechte wie Männer.

Mit dem Dekret über Ehe und Familie wurde die Institution der Zivilehe eingeführt. Ein Gesetz über den 8-Stunden-Arbeitstag und ein Arbeitsgesetz, das die Ausbeutung von Kinderarbeit verbietet und ein Arbeitsschutzsystem für Frauen und Jugendliche, Arbeitslosengeld und Krankengeld garantiert, wurden verabschiedet. Die Gewissensfreiheit wurde proklamiert. Die Kirche wurde vom Staat und vom Bildungssystem getrennt. Der größte Teil des Kirchenbesitzes wurde beschlagnahmt. Patriarch Tichon, der im November 1917 auf dem Lokalkonzil der Russischen Orthodoxen Kirche (RPZ (*ROK Russisch-Orthodoxe Kirche*)) gewählt wurde, kämpfte aktiv gegen diese Aktionen.

Die nationale Politik wurde durch die „Erklärung der Rechte der Völker Russlands“ definiert, die vom Rat der Volkskommissare der RSFSR am 2. November 1917 angenommen wurde. Sie proklamierte die Gleichheit und Souveränität der Völker Russlands, ihr Recht auf Selbstbestimmung und die Bildung unabhängiger Staaten. Im Dezember 1917 erkannte die Sowjetregierung die Unabhängigkeit der Ukraine und Finnlands an, im August 1918 - Polen, im Dezember - Lettland, Litauen und Estland, im Februar 1919 - Weißrussland. In ihrer praktischen Tätigkeit versuchte die bolschewistische Führung jedoch, den weiteren Zerfall Russlands zu überwinden. Mit Hilfe lokaler Parteiorganisationen förderte sie die Errichtung der Sowjetmacht in den nationalen Regionen, leistete den Sowjetrepubliken im Baltikum und in Weißrussland finanzielle und materielle Hilfe.

Der Brester Frieden.

Die erste Priorität der Außenpolitik war es, aus dem Krieg herauszukommen.

Dies wurde sowohl durch den allgemeinen Wunsch des Volkes nach Frieden als auch durch die Unfähigkeit Sowjetrusslands diktiert, die militärischen Operationen aufgrund der schwierigsten inneren Situation fortzusetzen. Die Verbündeten Russlands im Westen weigerten sich kategorisch, die Friedensinitiativen des Rates der Volkskommissare in Betracht zu ziehen. Es stellte sich also die Frage, einen separaten Vertrag mit Deutschland zu unterzeichnen.

Am 3. Dezember 1917 wurde in Brest-Litowsk ein Waffenstillstand unterzeichnet und Friedensverhandlungen aufgenommen.

Die sowjetische Delegation machte einen Vorschlag, ihn ohne territoriale Annexionen und Entschädigungen abzuschließen. Deutschland machte Ansprüche auf weite Gebiete des ehemaligen Russischen Reiches geltend - Polen, Teil der baltischen Staaten, Ukraine und Weißrussland. Die Verhandlungen wurden daher ausgesetzt.

Bei der Erörterung der deutschen Bedingungen kam es zu einer tiefen Krise sowohl in der Sowjetregierung als auch in der Führung der bolschewistischen Partei. Die linken Sozialrevolutionäre betrachteten die Akzeptanz dieser Bedingungen als Verrat und bestanden auf der Fortsetzung der Feindseligkeiten zur Verteidigung der Revolution. Sie weigerten sich, an den Verhandlungen teilzunehmen und nahmen ihre Vertreter nicht in die zu bildende sowjetische Delegation auf. W. I. Lenin erkannte den Verlust der Kampffähigkeit der Armee und die Notwendigkeit, die Sowjetmacht zu bewahren, und verteidigte die bedingungslose Akzeptanz deutscher Ansprüche. „Linke“

Kommunisten (N. I. Bucharin) riefen dazu auf, nicht in Verhandlungen einzutreten und den Kampf gegen den deutschen Militarismus fortzusetzen, um die Weltrevolution zu beschleunigen. L. D. Trotzki stellte die Parole „Weder Frieden noch Krieg!“ auf, was die Einstellung der Feindseligkeiten und die Weigerung, den Vertrag zu unterzeichnen, bedeutete. Im Januar 1918 wurde beschlossen, die Verhandlungen zu verzögern.

L. D. Trotzki, der Leiter der sowjetischen Delegation, brach sie ab und verließ demonstrativ Brest mit den Worten, dass er einen Friedensvertrag zu räuberischen Bedingungen nicht unterschreiben werde. Damit war ein Vorwand geschaffen, den Waffenstillstand zu brechen. Deutschland startete eine Offensive und eroberte weite Gebiete im Baltikum, in Weißrussland und in der Ukraine. In diesem Zusammenhang war der Rat der Volkskommissare am 19. Februar 1918 gezwungen, den deutschen Bedingungen zuzustimmen, und nahm die Verhandlungen wieder auf. Gleichzeitig versuchte der SNK, die deutsche Offensive zu stoppen, um den Fall von Petrograd zu verhindern. Am 21. Februar wurde das Dekret „Das sozialistische Vaterland ist in Gefahr!“ erlassen. Er zwang alle Sowjets, Widerstand gegen den Feind zu organisieren. Am 23. Februar 1918 stoppte die Rote Armee die Deutschen in der Nähe von Pskow.

Deutschland stellte ein Ultimatum mit neuen Gebietsansprüchen, forderte die Demobilisierung der Armee und die Zahlung einer hohen Entschädigung. Die sowjetische Regierung war gezwungen, räuberische und erniedrigende Bedingungen zu akzeptieren. Am 3. März 1918 wurde der Frieden von Brest unterzeichnet. Demnach wurden Polen, die baltischen Staaten, ein Teil von Weißrussland sowie Kars, Ardahan und Batum im Kaukasus (zugunsten der Türkei) von Russland abgetrennt. Die sowjetische Regierung verpflichtete sich, ihre Truppen aus der Ukraine abzuziehen, 3 Milliarden Rubel an Reparationen zu zahlen und die revolutionäre Propaganda in den mitteleuropäischen Ländern einzustellen.

Mitte März ratifizierte der IV. Außerordentliche Sowjetkongress mit Stimmenmehrheit den Brester Frieden. Die linken Sozialrevolutionäre waren dagegen und zogen sich aus Protest aus dem Rat der Volkskommissare zurück. Seit dieser Zeit wurde das Einparteiensystem der Exekutivgewalt in Sowjetrußland etabliert. Die Regierungskoalition der Bolschewiki mit den Sozialrevolutionären brach zusammen.

Die Novemberrevolution von 1918 hat in Deutschland das Kaiserreich vernichtet. Dies ermöglichte es Sowjetrußland, den Vertrag von Brest zu brechen und die meisten der unter diesem Vertrag verlorenen Gebiete zurückzugewinnen. Deutsche Truppen verließen das Territorium der Ukraine. Die sowjetische Herrschaft wurde in Lettland, Litauen, Estland und Weißrussland errichtet.

Innenpolitik im Frühjahr 1918.

Im April 1918 schlug W. I. Lenin unter Ausnutzung des Friedensschlusses mit Deutschland einen Plan für den schrittweisen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus unter Wahrung einer multistrukturierten Wirtschaft und unter Nutzung der Erfahrungen von Unternehmern und der alten technischen Intelligenz vor („Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“). Der Plan für die Politik des „Staatskapitalismus“ wurde jedoch nicht umgesetzt. Im Gegenteil, die Führung der Partei, die im März 1918 in Russische

Kommunistische Partei der Bolschewiki umbenannt wurde, versuchte den Übergang zum Sozialismus durch außergewöhnliche politische Maßnahmen.

„Kriegskommunismus“.

Die Innenpolitik der Sowjetregierung wurde vom Sommer 1918 bis zu Beginn des Jahres 1921 als „Kriegskommunismus“ bezeichnet. Die Voraussetzungen für ihre Umsetzung wurden durch die weitgehende Verstaatlichung der Industrie, die Schaffung eines mächtigen zentralisierten Staatsapparates (einschließlich des Obersten Sowjets der Volkswirtschaft), die Einführung der Nahrungsmitteldiktatur, die Erfahrung mit militärisch-politischem Druck auf das Dorf (Lebensmittelrequirierungstrupp, Kombeds) geschaffen. So ließen sich Merkmale der Politik des „Kriegskommunismus“ in den ersten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten der sowjetischen Regierung nachweisen.

Einerseits war die Politik des „Kriegskommunismus“ durch die Vorstellung eines Teils der RKP(B) [*Russische kommunistischen Partei (Bolschewiki)*]-Führung bedingt, dass ein schneller Aufbau eines marktfreien Sozialismus möglich sei. Andererseits war es eine erzwungene Politik aufgrund der extremen Zerrüttung im Land, der Unterbrechung der traditionellen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Stadt und Land und der Notwendigkeit, alle Ressourcen zu mobilisieren, um den Bürgerkrieg zu gewinnen. In der Folgezeit erkannten viele Bolschewiki den Irrtum der Politik des „Kriegskommunismus“ und versuchten, sie mit der schwierigen inneren und äußeren Lage des jungen Sowjetstaates und der Kriegssituation zu rechtfertigen.

Die Politik des „Kriegskommunismus“ umfasste eine Reihe von Maßnahmen, die sich auf die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Sphäre auswirkten. Die Hauptsache war: Verstaatlichung aller Produktionsmittel, Einführung einer zentralisierten Verwaltung, gleichmäßige Verteilung der Produkte, Zwangsarbeit und politische Diktatur der bolschewistischen Partei.

Das Dekret vom 28. Juni 1918 sah die beschleunigte Verstaatlichung großer und mittlerer Unternehmen vor.

In den folgenden Jahren wurde es auf kleine Unternehmen ausgeweitet, was zur Beseitigung des Privateigentums in der Industrie führte.

Gleichzeitig wurde ein starres fachspezifisches Verwaltungs-System gebildet. Im Frühjahr 1918 wurde ein staatliches Monopol für den Außenhandel eingeführt.

Die Prodraswerstka (*Zwangsrequirierung*) war eine logische Fortsetzung der Nahrungsmitteldiktatur. Der Staat bestimmte seinen Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen und zwang die Bauern, diese zu liefern, ohne die Möglichkeiten des ländlichen Raums zu berücksichtigen. Am 11. Januar 1919 wurde die Prodraswerstka auf Getreide eingeführt. Bis 1920 hatte sie sich auf Kartoffeln, Gemüse u. a. ausgebreitet. Für die beschlagnahmten Produkte blieben den Bauern Quittungen und Geld übrig, die aufgrund der Inflation an Wert verloren. Die festgesetzten Festpreise für Produkte waren 40 Mal niedriger als die Marktpreise. Das Dorf leistete erbitterten Widerstand und so wurde die Prodraswerstka mit Hilfe der Nahrungsmittelrequirierungstrupp gewaltsam durchgesetzt.

Die Politik des „Kriegskommunismus“ führte zur Zerstörung der Ware-Geld-Beziehungen.

Der Verkauf von Lebensmitteln und Manufakturwaren war eingeschränkt, und sie wurden vom Staat in Form von Naturalien verteilt.

Es wurde ein Ausgleichssystem für die Vergütung der Arbeiter eingeführt. Dies gab ihnen die Illusion von sozialer Gleichheit.

Das Scheitern dieser Politik manifestierte sich in der Bildung eines „Schwarzmarktes“ und dem Aufblühen der Spekulation.

Im sozialen Bereich beruhte die Politik des „Kriegskommunismus“ auf dem Prinzip „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen“. 1918 wurde die Arbeitsdienstpflicht für die ehemaligen Ausbeuterklassen und 1920 die allgemeine Arbeitsdienstpflicht eingeführt.

Die Zwangsmobilisierung der Arbeitskräfte erfolgte mit Hilfe von Arbeitsarmeen, die zum Wiederaufbau des Transportwesens, der Bauarbeiten u. a. geschickt wurden.

Die Naturalisierung der Löhne führte zu einer kostenlosen Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen, Versorgungseinrichtungen, Verkehrsmitteln, Post- und Telegrafendiensten.

In der Zeit des „Kriegskommunismus“ wurde die ungeteilte Diktatur der RKP(B) auf politischem Gebiet errichtet. Die bolschewistische Partei hörte auf, eine rein politische Organisation zu sein, ihr Apparat verschmolz allmählich mit den staatlichen Strukturen. Sie bestimmte die politische, ideologische, wirtschaftliche und kulturelle Situation im Land, sogar das persönliche Leben der Bürger.

Die Aktivitäten anderer politischer Parteien, die gegen die Diktatur der Bolschewiki, ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik kämpften: die Kadetten, Menschewiki, Sozialrevolutionäre (zuerst rechte und dann linke), waren verboten. Einige prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wanderten aus, andere wurden verfolgt. Alle Versuche, die politische Opposition wiederzubeleben, wurden gewaltsam unterdrückt. In den Sowjets aller Ebenen erreichten die Bolschewiki durch Neuwahl oder Auflösung eine vollständige Alleinherrschaft.

Die Tätigkeit der Sowjets erhielt einen formalen Charakter, da sie nur die Anweisungen der bolschewistischen Parteiorgane ausführten.

Die Gewerkschaften, unter die Kontrolle von Partei und Staat gestellt, verloren ihre Unabhängigkeit. Sie hörten auf, die Interessen der Arbeiter zu schützen.

Die Streikbewegung war unter dem Vorwand verboten, dass sich das Proletariat seinem Staat nicht widersetzen sollte. Die proklamierten Freiheiten der Rede und der Presse wurden nicht respektiert. Fast alle nichtbolschewistischen Presseorgane wurden geschlossen. Im Allgemeinen wurde die Verlagstätigkeit streng reguliert und war extrem begrenzt.

Das Land lebte in einem Klima des Klassenhasses. Im Februar 1918 wurde die Todesstrafe wieder eingeführt. Gegner des bolschewistischen Regimes wurden in Gefängnissen und Konzentrationslagern inhaftiert. Das Attentat auf W. I. Lenin und die Ermordung von M. S. Urizki, dem Vorsitzenden der Petrograder Tscheka, führten zum Dekret über den „Roten Terror“ (September 1918). Die Willkür der Tscheka und der örtlichen Behörden entfaltete sich, was wiederum antisowjetische Demonstrationen provozierte. Der zügellose Terror wurde durch viele Faktoren hervorgerufen: die Verschärfung der Konfrontation zwischen verschiedenen sozialen Gruppen und der zunehmende Widerstand gegen die bolschewistische Herrschaft; das niedrige intellektuelle Niveau der allgemeinen Bevölkerung, die schlecht auf das politische Leben vorbereitet war, aber schnell die Parole „Raub das Geraubte“ lernte; die

kompromisslose Haltung der bolschewistischen Führung, die es für notwendig und möglich hielt, die Macht um jeden Preis zu behalten.

Die Politik des „Kriegskommunismus“ führte Russland nicht nur nicht aus dem wirtschaftlichen Ruin, sondern verschlimmerte ihn noch. Die Störung der Marktbeziehungen verursachte einen Zusammenbruch der Finanzen, einen Rückgang der Produktion in Industrie und Landwirtschaft. Die Bevölkerung der Städte hungerte. Die Zentralisierung der Verwaltung des Landes erlaubte es den Bolschewiken jedoch, alle Ressourcen zu mobilisieren und die Macht während des Bürgerkriegs zu behalten.

DER BÜRGERKRIEG 1918 - 1920.

Nach der Oktoberrevolution herrschte eine angespannte gesellschaftspolitische Situation im Lande. Die Etablierung der Sowjetmacht im Herbst 1917 - Frühjahr 1918 wurde von vielen antibolschewistischen Protesten in verschiedenen Regionen Russlands begleitet, die jedoch alle verstreut und lokal begrenzt waren. Zunächst waren nur einzelne kleine Bevölkerungsgruppen an ihnen beteiligt.

Ein groß angelegter Kampf, in dem sich auf beiden Seiten riesige Massen aus verschiedenen sozialen Schichten zusammenschlossen, kennzeichnete die Entwicklung des Bürgerkriegs - eine allgemeine sozial bewaffnete Konfrontation.

Über den Zeitpunkt des Beginns des Bürgerkriegs besteht in der Geschichtsschreibung keine Einigkeit.

Einige Historiker schreiben ihn dem Oktober 1917 zu, andere dem Frühjahr/Sommer 1918, als sich starke politische und gut organisierte antisowjetische Zentren bildeten und die ausländische Intervention begann.

Die Historiker debattieren auch darüber, wer für die Entfesselung dieses Bruderkriegs verantwortlich war: die Vertreter der Klassen, die Macht, Eigentum und Einfluss verloren hatten; die bolschewistische Führung, die dem Land ihre Methode zur Umgestaltung der Gesellschaft aufzwang; oder diese beiden gesellschaftspolitischen Kräfte, die die Massen in ihrem Kampf um die Macht benutzten.

Die Ursachen des Bürgerkriegs.

Der Sturz der Provisorischen Regierung und die Auflösung der Konstituierenden Versammlung, die wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Maßnahmen der Sowjetregierung wandten sich gegen die Adligen, die Bourgeoisie, die wohlhabende Intelligenz, den Klerus und die Offiziere.

Das Missverhältnis zwischen den Zielen, die Gesellschaft umzugestalten, und den Methoden, sie zu erreichen, entfremdete die Bolschewiki von der demokratischen Intelligenz, den Kosaken, den Kulaken und dem Bürgertum. Somit war die Innenpolitik der bolschewistischen Führung einer der Gründe für den Ausbruch des Bürgerkriegs.

Die Verstaatlichung des gesamten Grund und Bodens und die Konfiszierung des Grundbesitzes löste heftigen Widerstand bei den ehemaligen Eigentümern aus. Die Bourgeoisie, verängstigt durch die weitreichende Verstaatlichung der Industrie, wollte

die Fabriken und Anlagen zurück.

Die Beseitigung der Waren-Geld-Beziehungen und die Errichtung eines staatlichen Monopols für den Vertrieb von Produkten und Waren haben den Eigentumsstatus des Mittel- und Kleinbürgertums stark beeinträchtigt.

Der Wunsch der gestürzten Klassen, Privateigentum und ihre privilegierte Stellung zu bewahren, war daher auch der Grund für den Ausbruch des Bürgerkriegs.

Die Schaffung eines politischen Einparteiensystems und der „Diktatur des Proletariats“, in Wirklichkeit die Diktatur des ZK der RKP(B), trieb die sozialistischen Parteien und demokratischen gesellschaftlichen Organisationen von den Bolschewiki weg. Mit Dekreten „Über die Verhaftung der Führer des Bürgerkriegs gegen die Revolution“ (November 1917) und über den „Roten Terror“ begründete die bolschewistische Führung das „Recht“ auf gewaltsame Repressalien gegen ihre politischen Gegner.

Daher weigerten sich die Menschewiki, rechte und linke Sozialrevolutionäre, Anarchisten, mit der neuen Regierung zusammenzuarbeiten und nahmen am Bürgerkrieg teil.

Die Besonderheit des Bürgerkriegs in Russland war die enge Verflechtung des internen politischen Kampfes mit ausländischen Interventionen.

Sowohl Deutschland als auch die Entente-Verbündeten hetzten die antibolschewistischen Kräfte auf, versorgten sie mit Waffen, Munition, finanzieller und politischer Unterstützung. Einerseits wurde ihre Politik von dem Wunsch diktiert, das bolschewistische Regime zu beseitigen, das verlorene Eigentum von Ausländern wiederzuerlangen und die „Ausbreitung“ der Revolution zu verhindern.

Andererseits verfolgten sie ihre eigenen expansionistischen Pläne, die darauf abzielten, Russland zu zerstückeln und auf dessen Kosten neue Gebiete und Einflussphären zu gewinnen.

Der Bürgerkrieg von 1918.

1918 wurden die Hauptzentren der antibolschewistischen Bewegung gebildet, die sich in ihrer gesellschaftspolitischen Zusammensetzung unterschieden. Im Februar wurde in Moskau und Petrograd die „Union der Wiedergeburt Russlands“ gegründet, die die Kadetten, Menschewiki und Sozialrevolutionäre vereinte. Im März 1918 wurde die „Union zur Verteidigung des Vaterlandes und der Freiheit“ unter der Führung des bekannten Sozialrevolutionärs und Terroristen B. W. Sawinkow gegründet. Unter den Kosaken entwickelte sich eine starke antibolschewistische Bewegung. Am Don und Kuban wurden sie von General P. N. Krasnow, im Südrural - von Ataman A. I. Dutow geleitet. In Südrussland und im Nordkaukasus begann unter der Führung der Generäle M. W. Alexejew und L. G. Kornilow die Bildung einer Freiwilligenarmee von Offizieren. Sie wurde die Grundlage der Weißen Bewegung. Nach dem Tod von L. G. Kornilow übernahm das Kommando General A. I. Denikin.

Im Frühjahr 1918 begannen ausländische Interventionen. Deutsche Truppen besetzten die Ukraine, die Krim und einen Teil des Nordkaukasus. Rumänien eroberte Bessarabien.

Die Entente-Länder unterzeichneten eine Vereinbarung, den Brester Vertrag und die zukünftige Aufteilung Russlands in Einflussphären nicht anzuerkennen.

Im März landete ein britisches Expeditionskorps in Murmansk, später kamen französische und amerikanische Truppen hinzu. Im April wurde Wladiwostok von japanischen Landungstruppen besetzt. Dann erschienen im Fernen Osten Truppen der Briten, Franzosen und Amerikaner.

Im Mai 1918 empörten sich die Soldaten des Tschechoslowakischen Korps. Es brachte slawische Kriegsgefangene der österreichisch-ungarischen Armee zusammen, die den Wunsch äußerten, auf Seiten der Entente am Krieg gegen Deutschland teilzunehmen. Das Korps wurde von der Sowjetregierung entlang der Transsibirischen Eisenbahn nach Fernost geschickt. Es wurde erwartet, dass es weiter nach Frankreich transportiert würde. Der Aufstand führte zum Sturz der Sowjetmacht in der Wolgaregion und in Sibirien. In Samara, Ufa und Omsk wurden Regierungen aus Kadetten, Sozialrevolutionären und Menschewiki gebildet. Ihre Aktivitäten basierten auf der Idee der Wiederbelebung der Konstituierenden Versammlung, die sowohl gegen die Bolschewiki als auch gegen die rechtsextremen Monarchisten gerichtet war. Diese Regierungen hielten sich nicht lange und wurden während des Bürgerkriegs hinweggefegt.

Im Sommer 1918 erlangte die von den Sozialrevolutionären angeführte antibolschewistische Bewegung enormen Umfang. Sie organisierten Aufstände in vielen Städten Zentralrusslands (Jaroslawl, Rybinsk u. a.). Am 6. und 7. Juli versuchten die linken Sozialrevolutionäre, die Sowjetregierung in Moskau zu stürzen. Es endete mit einem völligen Misserfolg. Infolgedessen wurden viele ihrer Anführer verhaftet. Vertreter der linken Sozialrevolutionäre, die sich der Politik der Bolschewiki widersetzen, wurden auf allen Ebenen und in staatlichen Körperschaften aus den Sowjets ausgeschlossen.

Die Komplikation der militärischen und politischen Situation im Lande hat das Schicksal der Zarenfamilie beeinflusst.

Im Frühjahr 1918 wurde Nikolaus II. mit seiner Frau und seinen Kindern unter dem Vorwand, die Monarchisten zu aktivieren, von Tobolsk nach Jekaterinburg verlegt. Nach Abstimmung mit dem Zentrum ließ der Uraler Regionalrat am 16. Juli 1918 den Zaren und seine Familie erschießen¹.

¹ Am 14. August 2000 sprach das Konzil der Bischöfe der Russisch-Orthodoxen Kirche Nikolaus II. und Mitglieder seiner Familie heilig.

In den gleichen Tagen wurden sein Bruder Michail und 18 weitere Mitglieder der kaiserlichen Familie ermordet.

Die Sowjetregierung leitete aktive Maßnahmen zum Schutz ihrer Macht ein. Die Rote Armee wurde nach neuen militärischen und politischen Prinzipien umgestaltet. Der Übergang zum allgemeinen Militärdienst wurde vollzogen und eine groß angelegte Mobilisierung eingeleitet. In der Armee wurde eine strenge Disziplin eingeführt und die Institution der Militärkommissare wurde üblich.

Organisatorische Maßnahmen zur Stärkung der Roten Armee wurden durch die Schaffung des Revolutionären Militärrates der Republik (RWSR) und des Rates der Arbeiter- und Bauernverteidigung abgeschlossen.

Im Juni 1918 wurde gegen das aufständische Tschechoslowakische Korps und die antisowjetischen Kräfte im Ural und in Sibirien die Ostfront unter dem Kommando von

J. J. Wazetis (ab Juli 1919 - S. S. Kamenew) gebildet. Anfang September 1918 startete die Rote Armee eine Offensive und vertrieb von Oktober bis November den Gegner aus dem Ural. Mit der Wiederherstellung der Sowjetmacht im Ural und im Wolgagebiet endete die erste Phase des Bürgerkriegs.

Verschärfung des Bürgerkriegs.

Ende 1918 - Anfang 1919 erreichte die Weiße Bewegung ihren Höhepunkt. In Sibirien wurde die Macht von Admiral A. W. Koltschak übernommen, der zum „Obersten Herrscher Russlands“ erklärt wurde. Im Kuban und im Nordkaukasus vereinigte A. I. Denikin die Don- und Freiwilligenarmee zu den Streitkräften Südrusslands. Im Norden formierte General J. K. Miller mit Hilfe der Entente seine Armee.

Im Baltikum bereitete sich General N. N. Judenitsch auf den Marsch auf Petrograd vor. Seit November 1918, nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, verstärkten die Alliierten ihre Unterstützung für die Weiße Bewegung und versorgten sie mit Munition, Uniformen, Panzern und Flugzeugen. Der Umfang der Intervention expandierte. Die Engländer nahmen Baku ein, landeten in Batumi und Noworossisk, die Franzosen - in Odessa und Sewastopol.

Im November 1918 begann A. W. Koltschak eine Offensive im Uralgebiet, um sich mit Truppenteilen von General J. K. Miller zusammenzuschließen und einen gemeinsamen Schlag gegen Moskau zu organisieren. Wieder wurde die Ostfront zur Hauptfront. Am 25. Dezember nahmen die Truppen von A. W. Koltschak Perm ein, aber am 31. Dezember wurde ihre Offensive von der Roten Armee gestoppt. Im Osten stabilisierte sich die Front vorübergehend.

1919 wurde ein Plan für einen gleichzeitigen Schlag gegen die Sowjetmacht erstellt: aus dem Osten (A. W. Koltschak), dem Süden (A. I. Denikin) und dem Westen (N. N. Judenitsch). Die Umsetzung der kombinierten Aktion gelang jedoch nicht.

Im März 1919 begann A. W. Koltschak eine neue Offensive vom Ural in Richtung Wolga. Im April wurde sie von den Truppen S. S. Kamenews und M. W. Fruneses aufgehalten und im Sommer nach Sibirien getrieben. Ein mächtiger Bauernaufstand und eine Partisanenbewegung gegen die Regierung A. W. Koltschaks halfen der Roten Armee, die Sowjetmacht in Sibirien aufzubauen. Im Februar 1920 wurde auf Anordnung des Irkutsker Revolutionskomitees der Admiral A. W. Koltschak erschossen.

Im Mai 1919, als die Rote Armee im Osten entscheidende Siege errang, zog N. N. Judenitsch nach Petrograd.

Im Juni wurde er gestoppt und seine Truppen wurden nach Estland zurückgedrängt, wo die Bourgeoisie an die Macht kam. Auch der zweite Angriff von N. N. Judenitsch auf Petrograd im Oktober 1919 endete mit einer Niederlage. Seine Truppen wurden von der estnischen Regierung entwaffnet und interniert, die sich nicht in einen Konflikt mit Sowjetrußland begeben wollte, das angeboten hatte, Estlands Unabhängigkeit anzuerkennen.

Im Juli 1919 eroberte A. I. Denikin die Ukraine und startete, nachdem er dort mobilisiert hatte, einen Angriff auf Moskau (Moskauer Direktive). Im September besetzten seine Truppen Kursk, Orel und Woronesch. In dieser Hinsicht konzentrierte die

Sowjetregierung alle ihre Kräfte auf den Kampf gegen A. I. Denikin. Die Südfront wurde unter dem Kommando von A. I. Jegorow gebildet. Im Oktober ging die Rote Armee in die Offensive.

Sie wurde von einer aufständischen Bauernbewegung unter der Führung von N. I. Machno unterstützt, die eine „zweite Front“ im Rücken der Freiwilligenarmee aufstellte. Von Dezember 1919 bis Anfang 1920 wurde die Armee von A. I. Denikin besiegt. Die Sowjetmacht wurde im Süden Russlands, in der Ukraine und im Nordkaukasus wiederhergestellt.

Reste der Freiwilligenarmee flüchteten auf die Halbinsel Krim, deren Kommando A. I. Denikin an General P. N. Wrangel übergab.

1919 begann in den Besatzungseinheiten der Alliierten eine revolutionäre Gärung, die durch die bolschewistische Propaganda verstärkt wurde. Die Interventen waren gezwungen, ihre Truppen zurückzuziehen. Ermöglicht wurde dies durch eine mächtige soziale Bewegung in Europa und den Vereinigten Staaten unter der Parole „Hände weg von Sowjetrußland!“

Die Endphase des Bürgerkriegs.

Im Jahr 1920 waren die wichtigsten Ereignisse der sowjetisch-polnische Krieg und der Kampf gegen P. N. Wrangel. Nachdem die Sowjetregierung die Unabhängigkeit Polens anerkannt hatte, nahm sie mit ihr Verhandlungen über die territoriale Abgrenzung und die Errichtung der Staatsgrenze auf. Sie gerieten in eine Sackgasse, da die polnische Regierung unter Marschall J. Pilsudski exorbitante territoriale Ansprüche stellte. Um „Großpolen“ wiederherzustellen, marschierten polnische Truppen im Mai in Weißrußland und der Ukraine ein und eroberten Kiew. Die Rote Armee, unter dem Kommando von M. N. Tuchatschewski und A. I. Jegorow, besiegte im Juli 1920 die polnische Gruppierung in der Ukraine und Weißrußland. Der Angriff auf Warschau begann. Er wurde vom polnischen Volk als Intervention wahrgenommen. In dieser Hinsicht waren alle Kräfte der Polen, die von den westlichen Ländern materiell unterstützt wurden, auf den Widerstand gegen die Rote Armee gerichtet. Im August brach die Offensive von M. N. Tuchatschewski zusammen. Der sowjetisch-polnische Krieg wurde durch einen im März 1921 in Riga unterzeichneten Frieden beendet. Ihm zufolge erhielt Polen die Länder der Westukraine und West-Weißrußlands. Im Osten Weißrußlands blieb die Herrschaft der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik erhalten.

Ab April 1920 wurde der antisowjetische Kampf von General P. N. Wrangel geführt, der zum „Herrscher des Südens Russlands“ gewählt wurde. Er bildete die „Russische Armee“ auf der Krim, die im Juni eine Offensive gegen den Donbass startete. Um sie abzuwehren, wurde die Südfront unter dem Kommando von M. W. Frunse gebildet. Ende Oktober wurden die Truppen von P. N. Wrangel in Nord-Taurien besiegt und auf die Krim zurückgedrängt. Im November stürmten Einheiten der Roten Armee die Befestigungen der Landenge von Perekop, erzwangen den Siwaschsee und stürmten auf die Krim.

Die Niederlage P. N. Wrangels markierte das Ende des Bürgerkriegs. Die Reste seiner Truppen und ein Teil der Zivilbevölkerung, die sich der sowjetischen Herrschaft widersetzte, wurden mit Hilfe der Verbündeten in die Türkei evakuiert. Im November 1920 endete der Bürgerkrieg tatsächlich. Nur in den Randgebieten Russlands gab es noch sporadischen Widerstand gegen die sowjetische Herrschaft.

Im Jahr 1920 wurde mit Unterstützung der Truppen der Turkestan-Front (unter dem Kommando von M. W. Frunse) die Macht des Emirs von Buchar und Khans von Chiwa gestürzt. In Zentralasien wurden die Volkssowjetrepubliken Buchara und Choresm gegründet.

In Transkaukasien wurde die Sowjetmacht als Ergebnis der militärischen Intervention der Regierung der RSFSR, der materiellen und moralisch-politischen Hilfe des Zentralkomitees der RKP(B) errichtet. Im April 1920 wurde die Mussawat- Regierung gestürzt und die Sozialistische Sowjetrepublik Aserbaidschan gegründet.

Im November 1920, nach der Auflösung der Herrschaft der Daschnaktsutjun, wurde die Armenische Sozialistische Sowjetrepublik gegründet. Im Februar 1921 brachen sowjetische Truppen den Friedensvertrag mit der georgischen Regierung (Mai 1920), nahmen Tiflis ein, wo die Gründung der Georgischen Sozialistischen Sowjetrepublik proklamiert wurde.

Im April 1920 wurde auf Beschluss des Zentralkomitees der RKP(B) und der Regierung der RSFSR die Pufferrepublik Fernost gegründet, und 1922 wurde der Ferne Osten endgültig von den japanischen Invasoren befreit.

Auf dem Gebiet des ehemaligen Russischen Reiches (mit Ausnahme von Litauen, Lettland, Estland, Polen und Finnland) siegte also die Sowjetmacht.

Die Bolschewiki gewannen den Bürgerkrieg und schlugen die ausländische Intervention zurück. Es gelang ihnen, den größten Teil des ehemaligen russischen Reiches zu erhalten. Zur gleichen Zeit trennten sich Polen, Finnland und die baltischen Staaten, die ihre Unabhängigkeit erlangt hatten, von Russland. Die Westukraine, Westweißrussland und Bessarabien gingen verloren.

Die Gründe für den Sieg der Bolschewiki.

Die Niederlage der antisowjetischen Kräfte war auf eine Reihe von Gründen zurückzuführen. Ihre Führer hoben das Landekret auf und gaben das Land an die früheren Besitzer zurück. Dies brachte die Bauern gegen sie auf.

Die Parole der Bewahrung des „einen und unteilbaren Russlands“ widersprach den Hoffnungen vieler Völker auf Unabhängigkeit. Die Zurückhaltung der Führer der Weißen Bewegung, mit den liberalen und sozialistischen Parteien zusammenzuarbeiten, verengte ihre gesellschaftspolitische Basis.

Strafexpeditionen, Pogrome, Massenexekutionen von Gefangenen, weit verbreitete Verstöße gegen gesetzliche Normen - all dies verursachte Unzufriedenheit in der Bevölkerung bis hin zu bewaffnetem Widerstand. Während des Bürgerkriegs konnten sich die Gegner der Bolschewiki nicht auf ein einheitliches Programm und einen einheitlichen Führer der Bewegung einigen. Ihre Aktionen waren schlecht koordiniert.

Die Bolschewiki gewannen den Bürgerkrieg, weil es ihnen gelang, alle Ressourcen des Landes zu mobilisieren und es in ein einziges Militärlager zu verwandeln. Das ZK der RKP (B) und der Rat der Volkskommissare schufen eine politisierte Rote Armee, die bereit war, die Sowjetmacht zu verteidigen. Verschiedene soziale Gruppen wurden durch laute revolutionäre Parolen und das Versprechen von sozialer und nationaler Gerechtigkeit angezogen.

Der bolschewistischen Führung gelang es, sich als Verteidiger des Vaterlandes darzustellen und ihre Gegner des Verrats an den nationalen Interessen zu bezichtigen. Die internationale Solidarität und die Unterstützung des Proletariats Europas und der

USA waren von großer Bedeutung.

Der Bürgerkrieg war eine schreckliche Katastrophe für Russland. Er führte zu einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation im Land bis hin zum völligen wirtschaftlichen Ruin. Der materielle Schaden belief sich auf mehr als 50 Milliarden Rubel in Gold. Die Industrieproduktion ging um das Siebenfache zurück. Das Verkehrssystem war komplett lahmgelegt. Viele Teile der Bevölkerung, die von den gegnerischen Seiten gewaltsam in den Krieg hineingezogen wurden, wurden zu unschuldigen Opfern. Kämpfe, Hungersnöte, Krankheiten und Terror töteten 8 Millionen Menschen, 2 Millionen wurden zur Emigration gezwungen. Unter ihnen waren viele Vertreter der intellektuellen Elite. Unersetzliche, moralische und ethische Verluste hatten tiefgreifende soziokulturelle Konsequenzen, die die Geschichte des Sowjetlandes lange Zeit beeinflussten.

Kapitel 33

DER SOWJETISCHE STAAT IN DER ERSTEN HÄLFTE DER 20er JAHRE DES 20. JHS.

DIE INNERE LAGE DER RSFSR IN DEN JAHREN 1920 - 1921.

In der ersten Hälfte der 20er Jahre bestand die Hauptaufgabe der Innenpolitik darin, die zerstörte Wirtschaft wiederherzustellen und die materielle, technische und soziokulturelle Grundlage für den Aufbau des Sozialismus zu schaffen, die die Bolschewiki dem Volk versprochen hatten.

Die wirtschaftliche und soziale Krise von Ende 1920 bis Anfang 1921.

Die Politik des „Kriegskommunismus“ führte die Wirtschaft des Landes zum totalen Zusammenbruch. Mit seiner Hilfe war es nicht möglich, die Verwüstungen zu überwinden, die durch 4 Jahre der Teilnahme Russlands am Ersten Weltkrieg verursacht und durch 3 Jahre des Bürgerkriegs verschlimmert wurden. Die Bevölkerung nahm um 10,9 Millionen ab. Während des Krieges waren vor allem der Donbass, die Ölregion Baku, der Ural und Sibirien betroffen, und viele Minen und Bergwerke wurden zerstört. Fabriken wurden aufgrund von Treibstoff- und Rohstoffknappheit stillgelegt. Die Arbeiter mussten die Städte verlassen und gingen aufs Land. Petrograd verlor 60 % der Arbeiter, als Putilow, Obuchow und andere Betriebe schlossen - Moskau verlor 50 %.

Auf 30 Bahnstrecken wurde der Verkehr eingestellt. Die Inflation stieg zunehmend an. Die landwirtschaftliche Produktion betrug nur 60 % des Vorkriegsniveaus. Die Anbaufläche verringerte sich um 25 %, weil die Bauern nicht an einer Erweiterung des

Betriebes interessiert waren. Im Jahr 1921 kam es aufgrund einer schlechten Ernte zu einer großen Hungersnot in der Stadt und auf dem Land.

Die bolschewistische Regierung erkannte nicht sofort das Scheitern der Politik des „Kriegskommunismus“. Im Jahr 1920 setzte der Rat der Volkskommissare Maßnahmen zur Stärkung nicht-marktwirtschaftlicher, distributiv-kommunistischer Prinzipien fort. Die Verstaatlichung der Industrie wurde auf kleine Unternehmen ausgedehnt. Im Dezember 1920 genehmigte der VIII. Allrussische Sowjetkongress den Plan zur Sanierung der Volkswirtschaft und ihrer Elektrifizierung (GOELRO-Plan). Im Februar 1921 gründete der Rat der Volkskommissare die Staatskommission (Gosplan), die aktuelle und zukünftige Pläne für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ausarbeiten sollte.

Das Angebot an landwirtschaftlichen Produkten, die der Prodraswerstka unterlagen, wurde erweitert. Ein Dekret über die Abschaffung des Geldumlaufs war in Vorbereitung. Diese Maßnahmen standen jedoch im Widerspruch zu den Forderungen der Arbeiter und Bauern. Gleichzeitig mit der Wirtschaftskrise wuchs eine soziale Krise im Lande.

Die Arbeiter waren wegen der Arbeitslosigkeit und Lebensmittelknappheit gereizt. Sie waren unzufrieden mit der Verletzung der Gewerkschaftsrechte, der Einführung von Zwangsarbeit und deren Lohnausgleich. Deshalb begannen Ende 1920 - Anfang 1921 Streiks in den Städten, in denen die Arbeiter die Demokratisierung des politischen Systems des Landes, die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung und die Abschaffung der Sonderversorgungseinrichtungen und der Rationen forderten.

Die Bauern, empört über die Aktionen der Nahrungsmittelrequisierungstrupps, hörten nicht nur auf, der Prodraswerstka Getreide zu übergeben, sondern erhoben sich auch für einen bewaffneten Kampf. Die Aufstände betrafen die Regionen Tambow, die Ukraine, Don, Kuban, die Wolga-Region und Sibirien. Die Bauern forderten eine Änderung der Agrarpolitik, die Beseitigung der Diktatur der RKP (B) und die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung auf der Grundlage eines allgemeinen, gleichen Wahlrechts. Einheiten der Roten Armee und der Tscheka wurden geschickt, um diese Aufstände zu unterdrücken.

Der Aufstand in Kronstadt.

Im März 1921 forderten die Matrosen und die Rote Armee in der Marinefestung Kronstadt die Entlassung aller Vertreter der sozialistischen Parteien aus den Gefängnissen, die Wiederwahl der Sowjets und die Ausweisung der Kommunisten, Rede-, Versammlungs- und Gewerkschaftsfreiheit für alle Parteien, Gewerbefreiheit, die Erlaubnis für die Bauern, das Land frei zu nutzen und über die Produkte ihrer Wirtschaft zu verfügen, d.h. die Beseitigung der Prodraswerstka.

Die Kronstädter wurden von den Arbeitern unterstützt. Daraufhin verhängte die Regierung den Belagerungszustand über Petrograd, erklärte die Rebellen zu Aufständische und weigerte sich, mit ihnen zu verhandeln. Regimenter der Roten Armee, verstärkt durch Abteilungen der Tscheka und Delegierte des X. Kongresses der RKP(B), die extra aus Moskau kamen, nahmen Kronstadt im Sturm. 2,5 Tausend Matrosen wurden verhaftet, 6 - 8 Tausend emigrierten nach Finnland.

Zerfall und Hunger, Arbeiterstreiks, Bauern- und Matrosenaufstände - all das deutete darauf hin, dass eine tiefe, wirtschaftliche und soziale Krise im Lande reifte.

Außerdem waren im Frühjahr 1921 die Hoffnung auf eine baldige Weltrevolution und die materielle und technische Hilfe des europäischen Proletariats erschöpft. Daher überarbeitete W. I. Lenin den internen politischen Kurs und gab zu, dass nur die Befriedigung der Forderungen der Bauern die Macht der Bolschewiki retten könne.

NEUE ÖKONOMISCHE POLITIK (NEP)

Wesen und Ziele der NEP.

Auf dem X. Kongress der RKP(B) im März 1921 schlug W. I. Lenin eine neue Wirtschaftspolitik vor. Es war ein Anti-Krisen-Programm, dessen Kern darin bestand, eine vielgestaltige Wirtschaft wiederherzustellen und die organisatorischen und technischen Erfahrungen der Kapitalisten zu nutzen, während die „Kommandohöhen“ in den Händen der bolschewistischen Regierung blieben. Diese wurden als politischer und wirtschaftlicher Hebel verstanden: Vollmacht der RKP(B), der staatliche Sektor in der Industrie, ein zentralisiertes Finanzsystem und ein Außenhandelsmonopol.

Das politische Hauptziel der NEP war es, soziale Spannungen abzubauen und die soziale Basis der Sowjetmacht in Form eines Bündnisses von Arbeitern und Bauern zu stärken. Das wirtschaftliche Ziel war es, eine weitere Verschärfung des Verfalls zu verhindern, aus der Krise herauszukommen und die Wirtschaft wiederherzustellen. Das soziale Ziel war es, günstige Bedingungen für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zu schaffen, ohne auf eine Weltrevolution zu warten. Darüber hinaus zielte die NEP auf die Wiederherstellung normaler außenpolitischer und außenwirtschaftlicher Beziehungen und die Überwindung der internationalen Isolation. Das Erreichen dieser Ziele führte in der zweiten Hälfte der 20er Jahre zum allmählichen Auslaufen der NEP.

Realisierung der NEP.

Der Übergang zur Neuen Wirtschaftspolitik wurde durch Dekrete des Zentralen Exekutivkomitees und des Rates der Volkskommissare, die Beschlüsse des IX. Allrussischen Sowjetkongresses im Dezember 1921 rechtlich formalisiert. Die Neue Wirtschaftspolitik umfasste eine Reihe von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Maßnahmen. Sie bedeuteten eine „Abkehr“ von den Prinzipien des „Kriegskommunismus“ - die Wiederbelebung des privaten Unternehmertums, die Einführung der Freiheit des Binnenhandels und die Erfüllung einiger Forderungen der Bauernschaft. Die Einführung der Neuen Wirtschaftspolitik begann mit der Landwirtschaft, indem die Prodraswerstka durch eine Nahrungsmittelsteuer (Prodnalog) ersetzt wurde. Sie wurde vor der Aussaat festgelegt, konnte während des Jahres nicht verändert werden und war zweimal geringer als die Zuteilung. War die staatliche Versorgung erfüllt, war der freie Handel mit den Produkten des eigenen Betriebes erlaubt.

Die Verpachtung von Land und die Anmietung von Arbeitskräften waren erlaubt. Die gewaltsame Einführung von Kommunen hörte auf, wodurch der private, kleinteilige Warenaktor auf dem Dorf Fuß fassen konnte. Kleinbauern gaben 98,5% der landwirtschaftlichen Produktion.

Die neue Wirtschaftspolitik auf dem Land zielte darauf ab, die landwirtschaftliche

Produktion anzukurbeln.

Infolgedessen übertraf der Bruttoertrag von Getreide auf den wiederhergestellten Anbauflächen bis 1925 das durchschnittliche Jahresniveau der Vorkriegszeit in Russland um 20,7 %. Die Versorgung der Industrie mit Agrarrohstoffen hat sich verbessert.

In der Produktion und im Handel durften Privatpersonen kleine und mittlere Unternehmen eröffnen.

Das Dekret über die allgemeine Verstaatlichung wurde aufgehoben.

Großes in- und ausländisches Kapital erhielt Konzessionen, das Recht, Aktiengesellschaften und Unternehmen mit dem Staat zu gründen.

So entstand ein neuer staatskapitalistischer Sektor für die russische Wirtschaft.

Die strikte Zentralisierung bei der Versorgung mit Rohstoffen und dem Vertrieb von Fertigprodukten wurde abgeschafft.

Die Aktivitäten der Staatsbetriebe zielten auf eine größere Unabhängigkeit, Autarkie und Rentabilität ab.

Anstelle eines fachspezifischen Systems der Industrieverwaltung wurde ein territorial-fachspezifisches eingeführt.

Nach der Reorganisation des Obersten Sowjets der Volkswirtschaft wurde die Führung von seinen Leitern durch lokale Räte der Volkswirtschaft (Regionaler Wirtschaftssowjet) und sektorale Wirtschaftsmonopole ausgeübt.

Im Finanzsektor traten neben der einzigen Staatsbank auch Privat- und Genossenschaftsbanken sowie Versicherungsunternehmen auf. Für die Nutzung von Transportmitteln, Kommunikationssystemen und Versorgungsunternehmen wurde eine Gebühr erhoben. Staatliche Kredite wurden ausgegeben und zwangsweise an die Bevölkerung verteilt, um persönliche Mittel für die industrielle Entwicklung abzuschöpfen. 1922 gab es eine Währungsreform: Die Ausgabe von Papiergeld wurde reduziert und der auf dem Weltdevisenmarkt hoch geschätzte sowjetische Tscherwonez (Zehnrubelschein) wurde in Umlauf gebracht. Dies ermöglichte es, die Landeswährung zu stärken und die Inflation zu beenden. Die Stabilisierung der Finanzlage wurde durch den Ersatz der Sachsteuer durch das Zahlungsmitteläquivalent belegt.

Als Ergebnis der neuen Wirtschaftspolitik wurde 1926 das Vorkriegsniveau der wichtigsten Arten der industriellen Produktion erreicht.

Die Leichtindustrie entwickelte sich schneller als die Schwerindustrie, die erhebliche Investitionen erforderte.

Die Lebensbedingungen der Stadt- und Landbevölkerung haben sich verbessert. Die Abschaffung des Rationierungskartensystems der Lebensmittelverteilung begann. Damit wurde eine der Aufgaben der NEP - die Überwindung des Zerfalls - erfüllt.

Die NEP bewirkte einige Änderungen in der Sozialpolitik. 1922 wurde ein neuer Kodex der Arbeitsgesetze verabschiedet, der die allgemeine Arbeitsverpflichtung abschaffte und die freie Beschäftigung von Arbeitskräften einführte. Arbeitsmobilisierungen haben aufgehört. Um das materielle Interesse der Arbeitnehmer an der Steigerung der Produktivität zu fördern, wurde eine Reform des Zahlungssystems durchgeführt. Anstelle von Sachleistungen wurde ein auf einer Tarifskala basierendes Währungssystem eingeführt.

Die Sozialpolitik hatte jedoch eine ausgeprägte Klassenorientierung.

Bei der Wahl der Abgeordneten für die Behörden waren die Arbeiter immer noch im Vorteil.

Einem Teil der Bevölkerung wurde wie bisher das Wahlrecht vorenthalten („politisch Entrechteter“). Im Steuersystem fiel die Hauptlast auf Privatunternehmer in der Stadt und Kulaken auf dem Land.

Die Armen waren von der Steuer befreit, die Mittelschicht zahlte die Hälfte.

Die neuen Tendenzen in der Innenpolitik haben die Art und Weise, wie das Land politisch regiert wird, nicht verändert. Staatsfragen wurden nach wie vor durch den Parteiapparat entschieden.

Die gesellschaftspolitische Krise von 1920 - 1921 und die Einführung der Neuen Ökonomischen Politik gingen jedoch auch an den Bolschewiki nicht spurlos vorbei. Unter ihnen begannen Diskussionen über die Rolle und den Platz der Gewerkschaften im Staat, über das Wesen und die politische Bedeutung der NEP. Es entstanden Fraktionen mit eigenen Plattformen, die sich gegen die Position von W. I. Lenin stellten. Einige bestanden auf einer Demokratisierung des Verwaltungssystems und gewährten den Gewerkschaften weitgehende wirtschaftliche Rechte („Arbeiteropposition“). Andere schlugen vor, die Verwaltungen weiter zu zentralisieren und die Gewerkschaften praktisch zu beseitigen (L.D. Trotzki). Viele Kommunisten verließen die RKP(B), weil sie glaubten, dass die Einführung der NEP die Wiederherstellung des Kapitalismus und den Verrat der sozialistischen Prinzipien bedeutete. Der Regierungspartei drohte eine Spaltung, was aus W. I. Lenins Sicht völlig inakzeptabel war. Der X. Kongress der RKP(B) verabschiedete Resolutionen, die die „antimarxistischen“ Ansichten der „Arbeiteropposition“ verurteilten und die Bildung von Fraktionen und Gruppen verboten. Nach dem Kongress wurde die ideologische Stabilität der Parteimitglieder überprüft („Säuberung“), wodurch die Mitgliederzahl um ein Viertel sank. All dies ermöglichte es, die Einstimmigkeit in der Partei und ihre Einheit als wichtigstes Glied im System der Staatsführung zu stärken.

Das zweite Glied im politischen System der Sowjetunion war weiterhin der Gewaltapparat - die Tscheka, die 1922 in Politische Hauptverwaltung (*GPU*) umbenannt wurde. Die GPU überwachte die Stimmung in allen Schichten der Gesellschaft, identifizierte Dissidenten, schickte sie in Gefängnisse und Konzentrationslager. Besonderes Augenmerk wurde auf die politischen Gegner des bolschewistischen Regimes gelegt. 1922 beschuldigte die GPU 47 zuvor verhaftete Führer der Sozialrevolutionären Partei der konterrevolutionären Aktivitäten.

Der erste große politische Prozess unter sowjetischer Herrschaft fand statt. Das WZIK-Tribunal verurteilte 12 der Angeklagten zum Tode, die übrigen zu verschiedenen Haftstrafen.

Im Herbst 1922 wurden 160 Wissenschaftler und Kulturschaffende, die die bolschewistische Doktrin nicht teilten, aus Russland ausgewiesen („philosophische Dampfer“).

Die ideologische Konfrontation war vorbei.

Indem die Sowjetregierung die bolschewistische Ideologie in der Gesellschaft durchsetzte, versetzte sie der russisch-orthodoxen Kirche einen Schlag und stellte sie unter ihre Kontrolle, trotz des Dekrets über die Trennung von Kirche und Staat. Im Jahr 1922 wurde unter dem Vorwand der Spendenaktion für den Kampf gegen den Hunger ein großer Teil der kirchlichen Werte beschlagnahmt. Die antireligiöse Propaganda

verstärkte sich, Kirchen und Kathedralen wurden zerstört. Die Verfolgung von Priestern begann. Patriarch Tichon wurde unter Hausarrest gestellt.

Um die Einheit innerhalb der Kirche zu untergraben, unterstützte die Regierung materiell und moralisch die „Erneuerungskirchen-“ Bewegungen, die die Laien zum Gehorsam gegenüber der Obrigkeit aufforderten. Nach Tichons Tod im Jahr 1925 verhinderte die Regierung die Wahl eines neuen Patriarchen. Metropolit Peter, der Stellvertreter des Patriarchenthrons, wurde verhaftet. Sein Nachfolger, Metropolit Sergius, und 8 Bischöfe waren gezwungen, Loyalität gegenüber der Sowjetmacht zu zeigen.

Im Jahr 1927 unterzeichneten sie eine Erklärung, in der sie Priester, die die neue Regierung nicht anerkannten, verpflichteten, sich aus kirchlichen Angelegenheiten zurückzuziehen.

Die Stärkung der Einheit der Partei und die Niederlage ihrer politischen und ideologischen Gegner ermöglichten die Stärkung des politischen Einparteiensystems, in dem die sogenannte „Diktatur des Proletariats im Bündnis mit der Bauernschaft“ in Wirklichkeit die Diktatur der RKP(B) bedeutete. Dieses politische System blieb, mit kleinen Änderungen, während der Jahre der Sowjetmacht bestehen.

Die Ergebnisse der Innenpolitik Anfang der 20er Jahre.

Die NEP sorgte für die Stabilisierung und Erholung der Wirtschaft. Doch schon bald nach der Einführung folgten auf die ersten Erfolge neue Schwierigkeiten. Ihre Entstehung hatte drei Gründe: das Ungleichgewicht zwischen Industrie und Landwirtschaft, die gezielte Klassenorientierung der Innenpolitik der Regierung und die zunehmenden Widersprüche zwischen der Vielfalt der sozialen Interessen der verschiedenen Gesellschaftsschichten und dem Autoritarismus der bolschewistischen Führung.

Die Notwendigkeit, die Unabhängigkeit und Verteidigungsfähigkeit des Landes zu sichern, erforderte die weitere Entwicklung der Wirtschaft, insbesondere der Schwerindustrie. Der Vorrang der Industrie vor der Landwirtschaft hat dazu geführt, dass durch die Preis- und Steuerpolitik Mittel vom Dorf in die Stadt transferiert wurden. Bei Industriegütern wurden die Verkaufspreise künstlich überbewertet, die Einkaufspreise für Rohstoffe und Produkte unterschätzt („Preisschere“).

Die Schwierigkeit, einen normalen Warenaustausch zwischen Stadt und Land zu schaffen, war auch die Ursache für die unbefriedigende Qualität der Industrieprodukte. Im Herbst 1923 gab es eine Absatzkrise, ein Überangebot an teuren und schlecht hergestellten Waren, die das Volk nicht kaufen wollte.

Im Jahr 1924 kam die Preiskrise hinzu, als die Bauern, die eine gute Ernte eingefahren hatten, sich weigerten, das Getreide zu festen Preisen an den Staat abzugeben und beschlossen, es auf dem Markt zu verkaufen. Versuche, die Bauern zu zwingen, ihr Getreide in Form von Sachleistungen abzugeben, lösten Massenaufstände aus (in der Region Amur, in Georgien und in anderen Regionen). Mitte der 20er Jahre ging das Volumen der staatlichen Beschaffung von Getreide und Rohstoffen zurück. Dies verringerte die Möglichkeit, landwirtschaftliche Produkte zu exportieren, und verringerte daher die Deviseneinnahmen, die für den Kauf von Industrieanlagen im Ausland erforderlich waren.

Um die Krise zu überwinden, hat die Regierung eine Reihe von Verwaltungsmaßnahmen ergriffen. Die zentralisierte Verwaltung der Wirtschaft wurde

gestärkt, die Autonomie der Unternehmen wurde eingeschränkt, die Preise für Industriegüter wurden erhöht, die Steuern für private Unternehmer, Händler und Kulaken wurden angehoben. Dies bedeutete den Beginn des Auslaufens der NEP.

Die neue Richtung der Innenpolitik wurde durch den Wunsch der Parteiführung verursacht, die Zerstörung der Elemente des Kapitalismus durch administrative Methoden zu beschleunigen, alle wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten auf einen Schlag zu lösen, ohne einen Mechanismus der Interaktion zwischen dem staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Sektor der Wirtschaft zu entwickeln. Stalins Parteiführung führte ihre Unfähigkeit, die Krise mit wirtschaftlichen Methoden und dem Einsatz von Befehls- und Kontrollmethoden zu überwinden, auf die Aktivitäten der „Volksfeinde“ der Klasse zurück (Neureiche, Kulaken, Agronomen, Ingenieure und andere Spezialisten). Dies diente als Grundlage für die Einleitung von Repressionen und die Organisation neuer politischer Prozesse.

Parteiinterne Machtkämpfe.

Wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Schwierigkeiten, die sich bereits in den Anfangsjahren der NEP abzeichneten, der Wunsch, den Sozialismus aufzubauen, obwohl es keine Erfahrungen mit der Umsetzung dieses Ziels gab, führten zu einer ideologischen Krise. Alle grundlegenden Fragen der Entwicklung des Landes lösten heftige parteiinterne Diskussionen aus.

W. I. Lenin, der Autor der NEP, der 1921 davon ausging, dass dies eine Politik „gründlich durchdacht und langfristig konzipiert“ sein würde, kündigte ein Jahr später auf dem XI. Parteitag an, es sei Zeit, den „Rückzug“ auf den Kapitalismus zu beenden und zum Aufbau des Sozialismus überzugehen. Er schrieb eine Reihe von Werken, die von sowjetischen Historikern als „politisches Testament“ W. I. Lenins bezeichnet werden. Darin formulierte er die Hauptrichtungen der Partei: Industrialisierung (technische Umrüstung der Industrie), breite Zusammenarbeit (vor allem in der Landwirtschaft) und die Kulturrevolution (Ausrottung des Analphabetentums, Anhebung des Kultur- und Bildungsniveaus der Bevölkerung).

Gleichzeitig bestand W. I. Lenin darauf, die Einheit und die führende Rolle der Partei im Staat zu erhalten.

In seinem „Brief an den Kongress“ gab er sechs Mitgliedern des Politbüros (L. D. Trotzki, L. B. Kamenew, G. J. Sinowjew, N. I. Bucharin, G. L. Pjatakow, J. W. Stalin) sehr wenig objektive, politische und persönliche Eigenschaften.

W. I. Lenin warnte die Partei auch vor ihrer Bürokratisierung und der Möglichkeit von Fraktionskämpfen und sah die Hauptgefahr in den politischen Ambitionen und der Rivalität zwischen L. D. Trotzki und J. W. Stalin.

Lenins Krankheit, durch die er von der Entscheidung der staatlichen Parteiangelegenheiten suspendiert wurde, und dann sein Tod im Januar 1924 erschwerten die Situation in der Partei. Bereits im Frühjahr 1922 wurde der Posten des Generalsekretärs des ZK der RKP(B) eingerichtet. J. W. Stalin wurde es. Er hat die Struktur der Parteiausschüsse verschiedener Ebenen vereinheitlicht, was zu einer Stärkung nicht nur der innerparteilichen Zentralisierung, sondern auch des gesamten Verwaltungs- und Staatssystems geführt hat. J. W. Stalin konzentrierte enorme Macht in seinen Händen, indem er seine loyalen Kader im Zentrum und in örtlichen Dienststellen platzierte.

Ein unterschiedliches Verständnis der Prinzipien und Methoden des sozialistischen Aufbaus, persönliche Ambitionen (L. D. Trotzki, L. B. Kamenew, G. J. Sinowjew und andere Vertreter der „alten Garde“, die über eine beträchtliche bolschewistische Erfahrung aus der Zeit vor dem Oktober verfügten), ihre Ablehnung der stalinistischen Führungsmethoden - all das führte zu oppositionellen Reden im Politbüro der Partei, in einigen örtlichen Parteikomitees und in der Presse. Theoretische Meinungsverschiedenheiten über die Möglichkeit, den Sozialismus entweder in einem Land (W. I. Lenin, J. W. Stalin) oder noch auf weltweiter Ebene (L. D. Trotzki) aufzubauen, wurden mit dem Wunsch kombiniert, in der Partei und dem Staat eine Führungsposition einzunehmen. Indem er politische Gegner gegeneinander ausspielte und ihre Aussagen geschickt als anti-leninistisch interpretierte, schaltete J. W. Stalin seine Gegner konsequent aus.

L. D. Trotzki wurde 1929 aus der UdSSR ausgewiesen. L. B. Kamenew, G. J. Sinowjew und ihre Anhänger wurden in den 30er Jahren verfolgt.

Der erste Grundstein für den Personenkult um J. W. Stalin wurde in parteiinternen Diskussionen in den 20er Jahren unter der Losung gelegt, den richtigen, leninistischen Weg zum Aufbau des Sozialismus zu wählen und die ideologische Einheit herzustellen.

BILDUNG DER UdSSR

Die Sowjetrepubliken am Vorabend der Vereinigung.

Zu Beginn der 20-er Jahre gab es mehrere unabhängige, staatliche Einheiten auf dem Territorium des ehemaligen russischen Reiches.

Das sind die RSFSR, die auf der Grundlage des national-territorialen Prinzips errichteten ukrainischen, weißrussischen, aserbaidzhanischen, armenischen und georgischen Sozialistischen Sowjetrepubliken sowie die Volkssowjetrepubliken Buchara und Choresm und die Fernost-Republik.

Während des Bürgerkriegs wurde ein militärpolitisches Bündnis zwischen der RSFSR, der Ukraine und Weißrussland geschlossen, um die antisowjetischen Streitkräfte wirksamer abzuwehren (Juni 1919).

Die Streitkräfte wurden vereinigt und ein einheitliches Militärkommando (der Revolutionäre Militärrat der RSFSR und der Oberbefehlshaber der Roten Armee) wurde eingeführt. Die Vertreter der Republiken wurden in die obersten Organe der Staatsmacht und der Verwaltung einbezogen. Die Wirtschaftsunion zeigte sich in der Unterordnung der Leitungsorgane einiger Industrie-, Finanz- und Verkehrszweige unter das entsprechende Volkskommissariat der RSFSR. Das Fehlen von Rechtsnormen, die die Beziehungen zwischen den zentralen und lokalen (republikanischen) Behörden regeln, führte jedoch zu Konflikten zwischen ihnen.

Die Form des Zusammenschlusses, die sich zwischen den Sowjetrepubliken herausbildete, wurde Vertragsföderation genannt. Die Besonderheit bestand darin, dass die russischen Verwaltungsstrukturen auch die Rolle der nationalen Behörden spielten.

Die republikanischen kommunistischen Parteien wurden als regionale Parteiorganisationen in die RKP(B) aufgenommen. Dank dessen wurde die Einheitlichkeit des Handelns der Republiken bei der Lösung der militärischen und wirtschaftlichen Probleme erreicht. Gleichzeitig schränkte sie aber auch die

Souveränität unabhängiger staatlicher Einheiten etwas ein.

Mit dem Ende des Bürgerkrieges wurde die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Republiken beibehalten und vertieft. In den Jahren 1920-1922 schlossen alle Sowjetrepubliken bilaterale Verträge über die wirtschaftliche und diplomatische Allianz mit der RSFSR und untereinander.

Die Zahl der Wirtschaftskommissariate der gesamten Union nahm zu.

Die Zahl der gesamtwirtschaftlichen Kommissariate nahm zu. Die Rolle des WZIK als allumfassendes Machtorgan nahm zu. Die Republiken übertrugen der Regierung der RSFSR das Recht, ihre Interessen auf dem internationalen Parkett zu vertreten und zu schützen. Aserbaidschan, Armenien und Georgien bildeten 1922 die Transkaukasische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (SSFSR), deren Verfassung auf denselben Grundsätzen beruhte wie die Verfassung der RSFSR.

Die Aufgaben der Wiederherstellung und Entwicklung der Wirtschaft der Republiken, der Stärkung des politischen Systems der Sowjetunion und ihrer Verteidigungsfähigkeit erforderten eine Verbesserung der bestehenden vertraglich-föderalen Bindungen. Das bestehende Vertragssystem behinderte die Lösung vieler Fragen der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit. Die Rechte und Verantwortlichkeiten des Rates für Arbeit und Verteidigung der RSFSR und des Volkskommissariats für Finanzen der RSFSR, die föderale Aufgaben wahrnahmen, mussten klarer definiert werden. Die Vorrangstellung der RSFSR in der Vertragsföderation führte zu lokaler Unzufriedenheit und ließ in einigen Fällen antirussische Stimmungen aufkommen. Andererseits sind die Forderungen der Beschäftigten einiger Organe, die Zahl der Föderationskommissare zu erhöhen, häufiger geworden. Insbesondere wurde im Zusammenhang mit den in den Republiken eingeleiteten Agrarreformen und dem Fehlen einer gemeinsamen Gesetzgebung vorgeschlagen, die Kommissariate für Justiz und Landwirtschaft unter der Leitung des Volkskommissariats für Justiz der RSFSR und des Volkskommissariats für Landwirtschaft der RSFSR zu vereinigen. Im Frühjahr 1922 erklärten die höchsten Parteiorgane der Ukraine, Weißrusslands und Transkaukasiens die Notwendigkeit, die Beziehungen zwischen den Republiken zu „präzisieren“ und ihre Rechte und Pflichten festzulegen.

Im August 1922 bildete das Politbüro des ZK der RKP(B) eine Kommission zur Vorbereitung eines Gesetzentwurfs über die neue Form des Staatsverbandes. J. W. Stalin, der das Volkskommissariat für Nationalitäten der RSFSR leitete, entwickelte einen Plan zur „Autonomisierung“.

Es sah die Eingliederung der ukrainischen, weißrussischen und transkaukasischen Republiken in die RSFSR mit dem Recht auf Autonomie vor.

Mit den Volksrepubliken Buchara und Choresm sowie mit der DWR (*Fernost-Republik*) wurde vorgeschlagen, die bisherigen, vertraglichen Beziehungen beizubehalten. Dieser Plan verletzte die souveränen Rechte der Völker, und deshalb sprachen sich die meisten parteipolitischen Staatsechefs der Republiken dagegen aus.

Von Oktober bis November 1922 wurde nach der Diskussion über die Form der Staatsunion die Idee W. I. Lenins angenommen, einen Unionsstaat als Föderation gleichberechtigter Republiken zu bilden.

Bildung der UdSSR.

Im Dezember 1922 fanden in allen Republiken Sowjetkongresse statt, deren

Teilnehmer dem Vorschlag W. I. Lenins zustimmten. Es wurden Delegationen gewählt, die Dokumente zur Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vorbereiten sollten. Der Erste Allunionskongress der Sowjets am 30. Dezember 1922 billigte die Erklärung und den Vertrag über die Gründung der UdSSR. Die RSFSR, die Ukrainische SSR, die Weißrussische SSR und die SSFSR wurden zu Subjekten der UdSSR. Die Deklaration proklamierte die Prinzipien der freiwilligen Vereinigung, der Gleichheit der Republiken und ihr Recht, sich frei von der Union abzuspalten. Der Vertrag bestimmte das System der alliierten Behörden, ihre Kompetenz und die Beziehungen zu den republikanischen Verwaltungsstrukturen. Auf dem Kongress wurde das ZIK (*Zentrale Exekutivkomitee*) der UdSSR gewählt, dem die Vorsitzenden des Zentralen Exekutivkomitees der Unionsrepubliken M. I. Kalinin, G. I. Petrowski, A. G. Tscherwjakow und N. N. Narimanow angehörten. Die Exekutivgewalt sollte bis zur Verabschiedung der Verfassung des neuen Staates durch den Rat der Volkskommissare der RSFSR ausgeübt werden.

Im Juli 1923 verabschiedete die II. Sitzung des Zentralexekutivkomitees die Verfassung, die im Januar 1924 vom II. Sowjetkongress der UdSSR angenommen wurde. Die Verfassung hat die Bildung der Union der SSR gesetzlich verankert. Als Form der staatlichen Struktur der Nationen wurde ein Verband von Republiken proklamiert, der das Recht hat, sich frei aus der Union zurückzuziehen und Fragen der Innenpolitik, der Justiz, der Bildung, des Gesundheitswesens und der sozialen Sicherheit unabhängig zu lösen. Die Beziehungen zu den Auslandsstaaten, die Durchführung des Außenhandels, die Verwaltung des Verkehrs sowie die Post- und Telegraphenkommunikation waren Aufgaben der verbündeten Abteilungen. Die Struktur und der Umfang der Befugnisse der obersten Organe der Macht und Verwaltung wurden festgelegt. Der Allunionskongress der Sowjets wurde zur obersten gesetzgebenden Organ, und ein Zweikammer-Zentralexekutivkomitee: der Rat der Union und der Rat der Nationalitäten wurden bei den Kongressen eingesetzt. Die Exekutivgewalt gehörte dem Rat der Volkskommissare der UdSSR. Unter dem SNK (*Sowjet der Volkskommissare*) wurden Allunions- Volkskommissariate, die Staatsbank und das staatliche Planungskomitee gebildet.

Dem Zentralen Exekutivkomitee der All-Union wurde das Recht eingeräumt, Dekrete und Resolutionen zu erlassen, die für alle Republiken verbindlich waren. Bei den Sitzungen des Zentralen Exekutivkomitees wurde die gesamte Fülle der Gesetzgebungs-, Exekutiv- und Verwaltungsbefugnisse auf ihr Präsidium übertragen. Die obersten Unionsorgane wurden mit der Festlegung der Grundlagen der nationalen Wirtschaftspläne, der Verabschiedung des Staatshaushalts und der Schaffung eines einheitlichen Währungssystems betraut. Sie waren verantwortlich für die Entwicklung des Zivil-, Straf- und Arbeitsrechts sowie für die Festlegung allgemeiner Entwicklungsprinzipien im Bereich Bildung und Gesundheit. Das Präsidium des Zentralen Exekutivkomitees hatte das Recht, Streitigkeiten zwischen den Unionsrepubliken zu schlichten. Er könnte die Entscheidungen der republikanischen Behörden aufheben, falls sie nicht mit der Verfassung der UdSSR vereinbar sind. Unter dem Rat der Volkskommissare wurde die Vereinigte staatliche Politverwaltung (OGPU) eingerichtet, um Konterrevolution, Spionage und Terrorismus zu bekämpfen. Die Verfassung führte eine einheitliche Unions-Staatsangehörigkeit für die Bürger aller Republiken ein. Moskau wurde zur Hauptstadt der UdSSR erklärt. Im Bereich des Wahlrechts blieben die Prinzipien der Verfassung der RSFSR von 1918, die der Arbeiterklasse den Vorzug vor der Bauernschaft gaben, unverändert. Die indirekten Wahlen und ein offenes Wahlsystem wurden bei der Wahl der

Abgeordneten zu den Sowjets beibehalten. Nach wie vor wurden ausbeuterische Elemente und Diener religiöser Kulte das Wahlrecht entzogen.

Die Verfassungen der Unionsrepubliken wurden auf der Grundlage der Verfassung der UdSSR von 1924 geändert.

Nationalstaatlicher Aufbau.

Nach der Verabschiedung der Verfassung der UdSSR wurde die Beseitigung der historischen Ungleichheit der Völker, vor allem auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet, als Hauptrichtung der nationalen Politik proklamiert. Nationale Kader waren in den republikanischen Verwaltungsapparat eingebunden. Die weitreichenden Befugnisse der Verwaltungsstrukturen der gesamten Union stärkten jedoch den Prozess der bürokratischen Zentralisierung im Land.

In den Jahren 1924 - 1925 wurde die nationalstaatliche Abgrenzung in Zentralasien durchgeführt. Auf dem Gebiet der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik (ASSR) Turkestan wurden die Volksrepubliken Buchara und Choresm, die Usbekische SSR und die Turkmenische SSR gebildet. Im Jahr 1929 wurde die Tadschikische ASSR in eine Unionsrepublik umgewandelt. Alle neu gegründeten Republiken wurden Teil der UdSSR.

Es gab einen intensiven Prozess der Schaffung von autonomen Republiken und Regionen in Transkaukasien (Dagestan-ASSR, Berg-ASSR) und in Sibirien (Jakutische ASSR, Burjatisch-Mongolische ASSR). Es wurde daran gearbeitet, die Grenzen der Unionsrepubliken im Transkaukasus, in Zentralasien u. a. zu klären. So wurden der Weißrussischen SSR mehrere Gebiete der Provinzen Witebsk, Gomel und Smolensk der RSFSR übertragen, die hauptsächlich von Weißrussen bewohnt wurden. In Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung übertrafen diese Gebiete die benachbarten Territorien bei weitem. Infolge der Angliederung der neuen Länder hat sich die Fläche der Weißrussischen SSR und ihre Bevölkerung mehr als verdoppelt. Während der Umwandlung der Tadschikischen Autonomie wurde der Bezirk Chudschand der Usbekischen SSR, dessen Bevölkerung hauptsächlich aus Tadschiken bestand, an diese angegliedert. Die in den 20er Jahren durchgeführte, nicht immer gut durchdachte nationalstaatliche Grenzziehung war der Nährboden für zukünftige interethnische Konflikte.

In den 20er Jahren änderte sich die territoriale und administrative Aufteilung des Landes: Provinzen, Kreise und Siedlungen wurden in Regionen, Bezirke und Dorfsowjets umgewandelt.

Es wurden nationale Verwaltungsgebiete, Bezirke und Kreise geschaffen.

Bis Mitte der 30er Jahre, als die zweite Verfassung der UdSSR verabschiedet wurde, wurden alle Prozesse des Aufbaus des Nationalstaates in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz der UdSSR von 1924 durchgeführt.

Kapitel 34

DIE UdSSR IN DER ZWEITEN HÄLFTE DER 20er - 30er JAHRE DES XX. JHS.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

In der zweiten Hälfte der 20er Jahre bestand die wichtigste Aufgabe der wirtschaftlichen Entwicklung darin, das Land von einem Agrar- in ein Industrieland zu verwandeln, seine wirtschaftliche Unabhängigkeit zu sichern und seine Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Ein dringender Bedarf war die Modernisierung der Wirtschaft, deren Hauptbedingung die technische Verbesserung (Umrüstung) der gesamten Volkswirtschaft war.

Industrialisierungspolitik.

Der Kurs in Richtung Industrialisierung wurde im Dezember 1925 auf dem XIV. Kongress der Allunionskommunistischen Partei (Bolschewiki) (nach der Gründung der UdSSR umbenannt) proklamiert. Der Kongress sprach über die Notwendigkeit, die UdSSR von einem Land, das Maschinen und Ausrüstungen importiert, in ein Land zu verwandeln, das sie produziert. Seine Dokumente untermauerten die Notwendigkeit einer maximalen Entwicklung der Produktion von Produktionsmitteln (Gruppe „A“), um die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes zu gewährleisten.

Es wurde betont, wie wichtig es ist, eine sozialistische Industrie auf der Grundlage der Verbesserung ihrer technischen Ausstattung zu schaffen.

Der Beginn der Industrialisierungspolitik wurde im April 1927 vom IV. Sowjetkongress der UdSSR gesetzlich festgelegt. In den Anfangsjahren lag der Schwerpunkt auf dem Wiederaufbau alter Industrieunternehmen. Gleichzeitig wurden mehr als 500 neue Fabriken gebaut, darunter die Landtechnikwerke in Saratow und Rostow, die Kupferschmelze in Karsaknai u. a.

Der Bau der turkestanisch-sibirischen Eisenbahn (Turksib) und des Dnjepr-Wasserkraftwerks (Dnjeproges) begann.

Die Entwicklung und Erweiterung der Industrieproduktion um fast 40% erfolgte auf Kosten der Ressourcen der Unternehmen. Neben der innerindustriellen Akkumulation wurde die Umverteilung des Volkseinkommens zu Gunsten der Industrie zur Finanzierungsquelle.

Die Umsetzung der Industrialisierungspolitik erforderte Änderungen im System der Industrieleitung. Es gab einen Übergang zu einem sektoralen System der Verwaltung, Erstarren der Einzelleitung und Zentralisierung in der Verteilung von Rohstoffen, Arbeit und hergestellten Produkten. Auf der Grundlage des Allunions-Volkskommissariats der Volkswirtschaft wurden Volkskommissare für Schwerindustrie, Leichtindustrie und Forstwirtschaft gebildet. Die in den 20er- und 30er-Jahren entwickelten Formen und Methoden des industriellen Führungssystems wurden Teil des wirtschaftlichen Führungsmechanismus, der lange Zeit bestehen blieb. Sie war gekennzeichnet durch übermäßige Zentralisierung, direktives Kommando und Unterdrückung der lokalen Initiative. Die Funktionen von Wirtschafts- und Parteiorganen, die sich in alle Aspekte der Tätigkeit von Industrieunternehmen einmischten, waren nicht klar abgegrenzt.

Industrielle Entwicklung. Der erste Fünfjahresplan.

Um die Wende der 20 - 30er Jahre verfolgte die Führung des Landes eine Politik der vollen Beschleunigung, der „Ankurbelung“ der industriellen Entwicklung, des beschleunigten Aufbaus der sozialistischen Industrie.

Diese Politik wurde am vollständigsten in den Fünfjahresplänen für die Entwicklung der Volkswirtschaft verkörpert. Der erste Fünfjahresplan (1928/29 - 1932/33) trat am 1. Oktober 1928 in Kraft.

Zu diesem Zeitpunkt waren die Ziele des Fünfjahresplans noch nicht verabschiedet, und die Entwicklung einiger Abschnitte (insbesondere derjenigen zur Industrie) war noch im Gange. Der Fünfjahresplan wurde unter Beteiligung wichtiger Fachleute entwickelt. A. N. Bach, ein bekannter Wissenschaftler, Biochemiker und eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens, war an seiner Zusammenstellung beteiligt, I. G. Alexandrow und A. W. Winter - führende Energiewissenschaftler, D. N. Prjanischnikow - der Gründer der wissenschaftlichen Schule für Agrochemie u. a. Der Abschnitt des Fünfjahresplans in Bezug auf die industrielle Entwicklung wurde von den Mitarbeitern des (WSNCh) Obersten Sowjets für Volkswirtschaft unter der Leitung ihres Vorsitzenden, W. W. Kuibyschew, geschaffen. Es sah eine durchschnittliche jährliche Steigerung der Industrieproduktion von 19 - 20% vor. Die Sicherstellung einer solch hohen Entwicklungsrate erforderte maximale Anstrengungen, was vielen Führern der Partei und des Staates durchaus bewusst war. N. I. Bucharin unterstützte in seinem Artikel „Notizen eines Ökonomen“ (1929) die Notwendigkeit einer hohen Industrialisierungsrate. Seiner Meinung nach könnte die Umsetzung eines solchen Tempos durch die Erhöhung der Effizienz und die Senkung der Produktionskosten, die Einsparung von Ressourcen und die Verringerung der unproduktiven Kosten, die Stärkung der Rolle der Wissenschaft und die Bekämpfung der Bürokratie erleichtert werden. Gleichzeitig warnte der Autor vor „kommunistischen“ Modeerscheinungen und forderte eine bessere Berücksichtigung der objektiven ökonomischen Gesetze.

Der Plan wurde auf dem V. Allunionskongress der Sowjets im Mai 1929 angenommen. Die Hauptaufgabe des Fünfjahresplans war die Umwandlung des Landes von einem agrarindustriellen in ein industrielles Land. Dementsprechend wurde mit dem Bau von Metallurgie-, Traktor-, Auto- und Flugzeugherstellern begonnen (in Stalingrad, Magnitogorsk, Kusnezsk, Rostow am Don, Kertsch, Moskau und anderen Städten). Der Bau des Dnjeprogos und Turksib war in vollem Gange.

Allerdings begann sehr bald die Revision der Ziele der Industrie in Richtung ihrer Erhöhung.

Die Aufgaben für die Herstellung von Baustoffen, für das Schmelzen von Eisen und Stahl und für die Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen wurden „korrigiert“. Das Plenum des Zentralkomitees der Partei, das im November 1929 stattfand, genehmigte neue Kontrollzahlen für die Entwicklung der Industrie in Richtung ihrer starken Steigerung. Laut J. W. Stalin und seinen engsten Mitarbeitern war es bis zum Ende des Fünfjahresplans möglich, Roheisen anstelle der geplanten 10 Millionen Tonnen zu schmelzen - 17 Millionen, um 170.000 Traktoren anstelle von 55.000 zu produzieren, um 200.000 zu produzieren Autos statt 100.000 usw.

Die neuen Zielzahlen waren nicht durchdacht und hatten keine wirkliche Grundlage.

Die Führung des Landes gab die Losung aus, die technisch-wirtschaftlich fortgeschrittenen kapitalistischen Länder in kürzester Zeit einzuholen und zu

übertreffen. Dahinter stand der Wunsch, in kürzester Zeit um jeden Preis den Rückstand in der Entwicklung des Landes zu beseitigen und eine neue Gesellschaft aufzubauen.

Die industrielle Rückständigkeit und die internationale Isolierung der UdSSR stimulierten die Wahl eines Plans zur forcierten Entwicklung der Schwerindustrie.

In den ersten zwei Jahren des Fünfjahresplans entwickelte sich die Industrie bis zur Erschöpfung der NEP-Reserven gemäß den geplanten Zielen und übertraf diese sogar. Zu Beginn der 30er Jahre gingen die Wachstumsraten deutlich zurück: 1933 betragen sie 5% gegenüber 23,7% in den Jahren 1928 - 1929. Das beschleunigte Tempo der Industrialisierung erforderte erhöhte Kapitalinvestitionen. Die Subventionierung der Industrie erfolgte hauptsächlich auf Kosten der innerindustriellen Akkumulation und der Umverteilung des Volkseinkommens durch den Staatshaushalt zu ihren Gunsten. Die wichtigste Quelle seiner Finanzierung war das „Umpumpen“ von Geldern aus dem Agrarsektor in den Industriesektor. Um zusätzliche Mittel zu erhalten, begann die Regierung außerdem mit der Ausgabe von Krediten und Geldern, was zu einem starken Anstieg der Inflation führte.

Und obwohl die Fertigstellung des Fünfjahresplans in 4 Jahren und 3 Monaten angekündigt wurde, konnten die „korrigierten“ Ziele des Plans für die Herstellung der meisten Arten von Produkten nicht erreicht werden.

Zweiter Fünfjahresplan.

Der zweite Fünfjahresplan (1933 - 1937), der vom XVII. Kongress der Allunionskommunistischen Partei der Bolschewiki Anfang 1934 gebilligt wurde, hielt die Tendenz zur vorrangigen Entwicklung der Schwerindustrie zum Nachteil der Leichtindustrie aufrecht. Seine ökonomische Hauptaufgabe war die Vollendung des Wiederaufbaus der Volkswirtschaft auf der Basis modernster Technologie für alle ihre Zweige. Die geplanten Ziele im Bereich der Industrie waren im Vergleich zum vorangegangenen Fünfjahreszeitraum moderater und schienen realistisch zu sein. In den Jahren des zweiten Fünfjahresplans wurden 4.500 große Industrieunternehmen gebaut.

Der Uraler Maschinenbaubetrieb, das Tscheljabinsker Traktorenwerk, das Nowo-Tulaer Hüttenwerk und andere Betriebe, Dutzende von Hoch- und Siemens-Martin-Öfen, Bergwerke und Kraftwerke wurden in Betrieb genommen. Die erste U-Bahnlinie wurde in Moskau verlegt. Die Industrie der Sowjetrepubliken entwickelte sich in einem beschleunigten Tempo. In der Ukraine wurden Maschinenbauunternehmen und in Usbekistan Metallverarbeitungsbetriebe errichtet.

Die Fertigstellung des zweiten Fünfjahresplans wurde vorzeitig - wiederum in 4 Jahren und 3 Monaten - erklärt. In einigen Bereichen wurden tatsächlich sehr gute Ergebnisse erzielt.

Die Stahlschmelze wuchs um das 3-fache und die Stromerzeugung um das 2,5-fache. Es entstanden leistungsstarke Industriezentren und neue Industriezweige: Chemie-, Werkzeugmaschinen-, Traktoren- und Flugzeugbau. Gleichzeitig wurde der Entwicklung der Leichtindustrie, die Konsumgüter herstellt, nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt. Hier wurden begrenzte finanzielle und materielle Ressourcen eingesetzt, so dass die Ergebnisse des zweiten Fünfjahresplans in der Gruppe „B“ deutlich niedriger ausfielen als geplant (von 40 bis 80 % in verschiedenen Bereichen).

Das Ausmaß des industriellen Aufbaus steckte die Begeisterung vieler

Sowjetmenschen an. Tausende Arbeiter in Fabriken reagierten auf den Aufruf der XVI. Konferenz der KPdSU (B), einen sozialistischen Wettbewerb zu organisieren.

Unter den Arbeitern verschiedener Industriezweige hat sich die Stachanow-Bewegung weit entwickelt. Ihr Initiator, der Bergmann Alexei Stachanow, stellte im September 1935 einen herausragenden Rekord auf, indem er während einer Schicht 14 Arbeitsnormen erfüllte. Die Anhänger A. Stachanows zeigten Beispiele für einen außergewöhnlichen Anstieg der Arbeitsproduktivität. In vielen Unternehmen wurden Gegenpläne für die Produktionsentwicklung vorgelegt, die höher waren als die festgelegten.

Die Arbeitsbegeisterung der Arbeiterklasse war für die Lösung der Probleme der Industrialisierung von großer Bedeutung. Gleichzeitig erlagen die Arbeiter oft unrealistischen Appellen, wie denen, den Fünfjahresplan in vier Jahren zu erfüllen oder die kapitalistischen Länder einzuholen und zu übertreffen. Das Streben, Rekorde aufzustellen, hatte auch eine Kehrseite. Die unzureichende Ausbildung der neu ernannten Wirtschaftsleiter und die Unfähigkeit der Mehrheit der Arbeiter, die neue Technik zu meistern, führten manchmal zu ihrer Beschädigung und zur Desorganisation der Produktion.

Agrarpolitik.

Der industrielle Durchbruch hatte schwere Auswirkungen auf die bäuerlichen Betriebe. Die übermäßige Besteuerung erregte den Unmut der ländlichen Bevölkerung. Die Preise für Industriegüter sind enorm gestiegen.

Zugleich wurden die staatlichen Einkaufspreise für Getreide künstlich gesenkt. Infolgedessen gingen die Getreidelieferungen an den Staat stark zurück. Dies führte zu Komplikationen bei der Getreidebeschaffung und zu einer tiefen Getreidekrise Ende 1927. Sie verschlechterte die wirtschaftliche Situation im Land und gefährdete die Umsetzung des Industrialisierungsplans.

Einige Ökonomen und Vertreter der Wirtschaft sahen die Ursache der Krise in dem falschen Kurs der Partei.

Um aus dieser Situation herauszukommen, wurde vorgeschlagen, das Verhältnis zwischen Stadt und Land zu ändern, um ein besseres Gleichgewicht zu erreichen. Um die Krise bei der Getreidebeschaffung zu bekämpfen, wurde aber ein anderer Weg gewählt.

Um die Getreidebeschaffung zu intensivieren, griff die Führung des Landes zu außerordentlichen Maßnahmen, die an die Politik der Zeit des „Kriegskommunismus“ erinnerten. Der freie Markthandel mit Getreide wurde verboten. Wenn sie sich weigerten, Getreide zu festen Preisen zu verkaufen, wurden die Bauern strafrechtlich verfolgt, und die örtlichen Sowjets konnten einen Teil ihres Eigentums beschlagnahmen. Spezielle „Einsatzleiter“ und „Arbeitstrupps“ beschlagnahmten nicht nur den Überschuss, sondern auch das Getreide, das die Bauernfamilie brauchte. Diese Aktionen führten zu einer Verschärfung der Beziehungen zwischen dem Staat und der Landbevölkerung, die 1929 die Anbauflächen reduzierte.

Der Übergang zur Kollektivierung.

Die Krise der Beschaffungskampagne von 1927/28 und die Tendenz eines Teils des Apparats des Zentralkomitees der KPdSU(B) zur zentralisierten, administrativ-

kommandierenden Leitung aller Wirtschaftszweige beschleunigten den Übergang zur allgemeinen Kollektivierung.

Der XV. Kongress der KPdSU(B), der im Dezember 1927 stattfand, verabschiedete eine Sonderresolution über die Arbeit im Dorf. Sie befasste sich mit der Entwicklung aller Formen der Zusammenarbeit auf dem Lande, die zu dieser Zeit fast ein Drittel der bäuerlichen Betriebe umfasste. Ein schrittweiser Übergang zur kollektiven Landwirtschaft wurde als langfristiges Ziel ins Auge gefasst. Aber schon im März 1928 forderte das ZK der Partei in seinem Rundschreiben an die örtlichen Parteiorganisationen die Stärkung der bestehenden Kolchosen und Staatsbetriebe und die Schaffung neuer Betriebe.

Die praktische Umsetzung des Kollektivierungskurses äußerte sich in der weit verbreiteten Gründung neuer Kolchosen. Aus dem Staatshaushalt wurden erhebliche Beträge zur Finanzierung von Kollektivbetrieben bereitgestellt. Ihnen wurden Vorzüge im Bereich des Kredits, der Besteuerung und der Versorgung mit Landmaschinen zur Verfügung gestellt. Es wurden Maßnahmen ergriffen, um die Entwicklungsmöglichkeiten der Kulakenbetriebe einzuschränken (Einschränkung der Landverpachtung usw.). Der Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU(B) für die Arbeit auf dem Lande, W. M. Molotow, war direkt mit dem Aufbau der Kolchose betraut. Das Kolchoszentrum der UdSSR, geleitet von G. N. Kaminski, wurde gegründet.

Im Januar 1930 verabschiedete das ZK der KPdSU(B) eine Resolution „Über das Tempo der Kollektivierung und die Maßnahmen der staatlichen Hilfe beim Aufbau der Kolchosen“. Sie setzte enge Fristen für die Umsetzung. In den Hauptgetreidegebieten des Landes (Mittel- und Unterwolga, Nordkaukasus) sollte sie bis zum Frühjahr 1931, in der mittleren Schwarzerde-Region, der Ukraine, dem Ural, Sibirien und Kasachstan - bis zum Frühjahr 1932 fertiggestellt werden. Bis zum Ende des ersten Fünfjahresplans sollte die Kollektivierung landesweit durchgeführt werden.

Trotz des Beschlusses waren sowohl das Politbüro des Zentralkomitees der KPdSU(B) als auch die Parteibasisorganisationen darauf bedacht, die Kollektivierung in einer kürzeren Zeitspanne durchzuführen. Der „Wettbewerb“ der lokalen Behörden um die rekordverdächtige Schaffung von „Gebieten der totalen Kollektivierung“ begann. Im März 1930 wurde die Mustersatzung der Landwirtschaftsgenossenschaft verabschiedet. Darin proklamierte sie das Prinzip der freiwilligen Mitgliedschaft in der Kolchose, definierte die Ordnung der Assoziation und den Umfang der vergesellschafteten Produktionsmittel. In der Praxis wurden diese Bestimmungen jedoch überall verletzt, was bei den Bauern Widerstand hervorrief. Daher lösten sich viele der ersten Kolchosen, die im Frühjahr 1930 gegründet wurden, schnell auf. Es war notwendig, Abteilungen von „pflichtbewussten“ Arbeiter-Parteimitgliedern („fünfundzwanzigtausend“) aufs Land zu schicken. Zusammen mit Mitarbeitern der örtlichen Parteiorganisationen und der OGPU überredeten sie die Bauern, sich den Kolchosen anzuschließen, wobei sie von Überredung zu Drohungen übergingen. In den ländlichen Gebieten wurden Maschinen- und Traktorenstationen (MTS) organisiert, um den neu entstehenden bäuerlichen Produktionsgenossenschaften technische Dienstleistungen anzubieten.

Die Massenkollektivierung beinhaltete die Liquidierung der Kulakenbetriebe¹.

¹ Betriebe, die angeheuerte Arbeitskräfte und mechanisch betriebene Maschinen einsetzten, sowie

solche, die Handel betrieben, wurden als Kulaken betrachtet. Im Jahr 1929 machten sie 2,5-3% der Gesamtzahl der bäuerlichen Haushalte aus.

(In früheren Jahren wurde eine Politik der Einschränkung ihrer Entwicklung umgesetzt). In Übereinstimmung mit den Vorschriften Ende der 20er – Anfang der 30er Jahre wurde die Kreditvergabe und Besteuerung privater Betriebe gestoppt, die Gesetze zur Landverpachtung und zum Verleih von Arbeitskräften wurden abgeschafft. Es war verboten, Kulaken in Kolchosen aufzunehmen. All diese Maßnahmen provozierten ihre Proteste und terroristische Aktionen gegen die Kolchose-Aktivisten. Im Februar 1930 wurde ein Gesetz verabschiedet, das die Reihenfolge der Liquidierung der Kulakenbetriebe festlegte. Dementsprechend wurde die Schicht der Kulaken in drei Kategorien unterteilt. Zu den ersten gehörten die Organisatoren der anti-sowjetischen und Anti-Kolchos-Auftritte. Sie wurden verhaftet und vor Gericht gestellt. Die größten Kulaken der zweiten Kategorie sollten in andere Gebiete umgesiedelt werden. Die übrigen Kulakenbetriebe wurden teilweise beschlagnahmt, und ihre Besitzer wurden aus den Regionen ihres früheren Wohnsitzes in neue Gebiete vertrieben. Bei der Enteignung von Kulaken wurden 1 - 1,1 Millionen landwirtschaftliche Betriebe (bis zu 15% der bäuerliche Haushalte) liquidiert.

Die Ergebnisse der Kollektivierung.

Der Zusammenbruch der auf dem Land entwickelten landwirtschaftlichen Formen verursachte ernsthafte Schwierigkeiten bei der Entwicklung des Agrarsektors. Die durchschnittliche jährliche Getreideproduktion in den Jahren 1933-1937 sank auf das Niveau von 1909-1913, der Viehbestand ging um 40-50% zurück. Dies war eine direkte Folge der gewaltsamen Schaffung von Kolchosen und der unfähigen Führung der in sie entsandten Vorsitzenden. Gleichzeitig wuchsen die Pläne für die Nahrungsmittelbeschaffung. Nach einer guten Ernte im Jahr 1930 waren die Getreideregionen in der Ukraine, an der unteren Wolga und in Westsibirien von Missernten betroffen. Um die Getreidebeschaffungspläne zu erfüllen, wurden erneut außerordentliche Maßnahmen eingeleitet. Den Kolchosen wurden 70 % der Ernte bis zum Saatgutfonds entzogen. Im Winter 1932 - 1933 wurden viele neu kollektiviert Betriebe von einer Hungersnot heimgesucht, der nach verschiedenen Schätzungen zwischen 3 bis 5 Millionen Menschen zum Opfer fielen (die genaue Zahl ist unbekannt, Informationen über die Hungersnot wurden sorgfältig verborgen).

Die wirtschaftlichen Kosten der Kollektivierung hielten sie nicht auf.

Bis zum Ende des zweiten Fünfjahresplans waren mehr als 243 Tausend Kolchosen organisiert worden. Sie umfassten über 93 % der Gesamtzahl der bäuerlichen Haushalte.

Im Jahre 1933 wurde ein System der obligatorischen Ablieferung von landwirtschaftlichen Produkten an den Staat eingeführt. Die staatlich festgesetzten Preise dafür lagen um ein Vielfaches unter den Marktpreisen. Die Aussaatpläne der Kolchosen wurden von der MTS-Leitung erstellt, von den Exekutivkomitees der Bezirkssowjets genehmigt und dann an die landwirtschaftlichen Betriebe weitergeleitet. Für die Arbeit der MTS-Maschinenführer wurden Sachleistungen (Getreide und landwirtschaftliche Produkte) eingeführt, deren Höhe nicht von den Kolchosen, sondern von den übergeordneten Behörden festgelegt wurde. Das 1932 eingeführte Passregime beschränkte das Umzugsrecht der Bauern. Das Verwaltungskommandosystem der Kolchose, der hohe Umfang der staatlichen Versorgung, die niedrigen Einkaufspreise für landwirtschaftliche Produkte behinderten

die wirtschaftliche Entwicklung der Betriebe.

Bis Mitte der 30er Jahre hatte sich die Bürokratisierung der Wirtschaftsführung intensiviert. Die Deformierung in der Entwicklung der Volkswirtschaft vertieften sich: Die Leichtindustrie fiel immer weiter hinter die Schwerindustrie zurück. Landwirtschaft, Eisenbahn- und Flussverkehr gerieten in ernste Schwierigkeiten.

GESELLSCHAFTSPOLITISCHE ENTWICKLUNG

Die sowjetische Gesellschaft Anfang der 30er Jahre.

Die wirtschaftlichen Veränderungen Ende der 20er – Anfang der 30er Jahre haben die Bevölkerungsstruktur radikal verändert (Tabelle 1).

Tabelle 1

Die Zusammensetzung der Bevölkerung der UdSSR in den 20 - 30er Jahren (%)

Klassen und soziale Gruppen	1924	1928	1934
Arbeiter und Angestellte	14,8	17,6	28,1
Davon Arbeiter	10,4	12,4	19,7
Einzelne Bauern, Kleinindustrielle und Händler	75,4	74,9	22,5
Genossenschaftliche Kleinwarenproduzenten	1,3	2,9	45,9
Großindustrielle und Kaufleute, Kulaken	8,5	4,6	0,1

Tabelle 1 zeigt, wie sich das Verhältnis der sozialen Kategorien der Bevölkerung im betrachteten Zeitraum verändert hat. Der am schnellsten wachsende in der Struktur der Gesellschaft war der Anteil der Arbeiterklasse und der genossenschaftlich organisierten Handwerker.

Intensiver Industriebau führte zur Entstehung neuer Städte.

Die Zahl der städtischen Bevölkerung stieg in den Jahren 1929 - 1931 jährlich um 1,6 Millionen Menschen, in den Jahren 1931 – 1933 - auf 2,04 Mio.

Im Jahr 1939 gab es 56,1 Millionen Stadtbewohner (32,9 % der Gesamtbevölkerung).

Tiefgreifende Veränderungen haben sich in der Zusammensetzung aller gesellschaftlichen Gruppen ergeben. Die Größe der Arbeiterklasse nahm erheblich zu: von 8,7 Millionen im Jahr 1928 auf 20,6 Millionen im Jahr 1937. Die Arbeitslosigkeit wurde beseitigt.

Die Hauptquelle für die Erweiterung der Arbeiterklasse waren die Bauern, die als ehemalige Einzelbauern das Dorf verlassen hatten. In den Jahren des ersten

Fünfjahresplans machten die Landbevölkerung 68% und in den zweiten 54% der Gesamtzahl der Neueinstellungen aus. Die Sozialpsychologie der neuen Arbeiter wurde von Merkmalen der bäuerlichen Mentalität und Traditionen dominiert.

Der Zustrom der gestrigen Bauern zu den Fünf-Jahres-Bauprojekten ließ die Reihen der ungelerten Arbeitskräfte anschwellen, was zu Personalfluktuaton, Disziplinlosigkeit, Arbeitsunfällen, der Herstellung mangelhafter Produkte und vielen negativen moralischen und sozialen Folgen führte.

Allerdings erreichten einige Facharbeiter durch den Übergang zum Akkordlohn eine hohe Leistung bei ihrer Arbeit.

Es gab Arbeiter-Aufstiegsandidaten, die zum Studium oder in leitende Positionen der wirtschaftlichen und administrativen Verwaltung entsandt worden waren.

Die Situation der städtischen bautechnischen Intelligenz, der Ärzte, Juristen und anderer Fachleute war schwierig. Ohne die Erfahrung von geschultem Personal war es unmöglich, das Land zu industrialisieren, Analphabetismus zu beseitigen und die Gesundheitsversorgung zu verbessern. Gleichzeitig waren die Behörden und ein Teil der Bevölkerung ihnen gegenüber misstrauisch.

Die Struktur der ländlichen Bevölkerung hat sich verändert. Die Zahl der Einzelbauern verringerte sich um ein Vielfaches. Soziale Gruppen wie Kulaken und Tagelöhner verschwanden. Über 90 % der Gesamtzahl der Bauern arbeiteten in Kolchosen. Sie bildeten eine neue soziale Kategorie der Bevölkerung („Bauern-Kollektivist“, Klasse der Kolchos-Bauernschaft).

Die erzwungene Industrialisierung hat den Lebensstandard der Bevölkerung verschlechtert. Die hohen Preise für landwirtschaftliche Produkte machten ihn für den großen Anteil der Stadtbewohner, die nur geringe Löhne erhielten, schwer erschwinglich.

Sich verschlechternde materiell- alltägliche Bedingungen der Bevölkerung und Lebensmittelknappheit verschärften die sozialen Spannungen in der Gesellschaft. Die Situation wurde durch die zunehmende Störung der wirtschaftlichen Entwicklung noch verschärft. Pläne des Kapitalaufbaus wurden nicht erfüllt. Die Arbeitsproduktivität war rückläufig.

Die Qualität der hergestellten Produkte verschlechterte sich. All dies verstärkte die kritische Stimmung der Menschen gegenüber der Politik.

Eine gewaltsame Kollektivierung, begleitet von der Enteignung von Kulaken, verursachte bewaffnete Aufstände der Bauernschaft. Allein von Januar - Anfang März 1930 gab es mehr als 2000 antisowjetische Protestaktionen auf dem Land.

Herabgesetzte Normen der Brotrationierung (1932) führten zu Massenprotesten in Städten und Arbeitersiedlungen (Witschuga, Leschnowo, Putschesch im Gebiet Iwanowo, Borispol u. a.). Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU(B) J. W. Stalin erklärte die Ursachen der gesellschaftlichen Widersprüche und Krisenerscheinungen in der Wirtschaft mit den Machenschaften der „Klassenfeinde“.

Der Ausnahmezustand, der zu einer Methode für den Aufbau einer neuen Gesellschaft geworden war, wurde von Teilen des Partei- und Staatsapparates bekämpft. N. I. Bucharin, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees, war gegen die Anwendung außerordentlicher Maßnahmen während der Kollektivierung. Der Einsatz von Mitteln

des administrativen und wirtschaftlichen Drucks auf die Bauernschaft wurde von den Mitgliedern des Politbüros des Zentralkomitees, A. I. Rykow und M. P. Tomski, nicht unterstützt. Zum Zwecke des sozialistischen Aufbaus schlugen sie die Anwendung der Prinzipien der NEP vor. J. W. Stalins Behauptung über die Unvermeidlichkeit der Verschärfung des Klassenkampfes auf dem Weg zum Sozialismus stieß bei ihnen nicht auf Zustimmung. Die Mehrheit der Parteiführer hielt jedoch die Ansichten der Gegner des offiziellen politischen Kurses für falsch.

N. I. Bucharin und M. P. Tomski wurden aus dem Politbüro des Zentralkomitees entfernt, und A. I. Rykow wurde von seinen Aufgaben als Vorsitzender des Rats der Volkskommissare entbunden. In der Führung des Landes setzten sich zunehmend autoritäre Ansätze durch. Der Hauptfaktor, der die Politik J. W. Stalins und seinen Anhängern bestimmte, war der Wunsch des Generalsekretärs, eine Ein-Mann-Macht zu etablieren.

Kampf mit dem Dissidententum.

Parallel zur Bildung von J. W. Stalins Regime der persönlichen Macht entfaltete sich der Kampf gegen Andersdenkende. Das Ausmaß der Repressionen gegen „klassenfeindliche“ Personen wurde immer größer.

Die Strafmaßnahmen betrafen praktisch alle Bevölkerungsschichten.

Nach der Enteignung der Kulaken folgten repressive Maßnahmen gegen städtische Bevölkerungsschichten.

Viele hochrangige Beamte der staatlichen Planungskommission, des Obersten Rates der Volkswirtschaft und der Volkskommissariate fielen in die Kategorie „Volksfeinde“. Führungskräfte und Ingenieure, vor allem Vertreter alter (bürgerlicher) Spezialisten, wurden als Schuldige für die Störung von Industrieplänen eingestuft. Ende 1930 wurde eine Gruppe der wissenschaftlich-technischen Intelligenz unter der Leitung des Direktors des Forschungsinstituts für Wärmetechnik L. K. Ramsin vor Gericht gestellt und im Fall der „Industriepartei“ verurteilt.

Prominente Agrarwissenschaftler, N. D. Kondratjew, A. W. Tschajanow u. a., wurden beschuldigt, der Bäuerlichen Arbeitspartei anzugehören.

„Der Fehler“ der Wissenschaftler war, dass ihre Ansichten über die laufende Kollektivierung von den offiziellen Ansichten abwichen.

Insbesondere betrachteten sie das Vorhandensein eines Marktes als notwendige Bedingung für die Entwicklung der ländlichen Zusammenarbeit. Eine Gruppe ehemaliger Mitglieder der menschewistischen Partei sowie ehemalige zaristische Generäle und Offiziere, die in der Roten Armee dienten, wurden verhaftet.

Die Ausweitung der Repression wurde von einer Verletzung der Rechtsstaatlichkeit begleitet. Das Zentrale Exekutivkomitee der UdSSR nahm mehrere Resolutionen an, die die Grundlage für die anhaltende Gesetzlosigkeit bildeten. Ein spezieller Rat - ein außergerichtliches Gremium im System der Staatssicherheit - wurde geschaffen. Seine Entscheidung über die Gründe und Maßnahmen von Repressalien unterlag keiner Kontrolle. Andere außergerichtliche verfassungswidrige Organe – „Trojka“ und „Dwoika“ des NKWD - arbeiteten nach dem gleichen Prinzip.

Es wurde ein neues Verfahren für den Umgang mit terroristischen Fällen eingeführt. Sie wurden innerhalb einer zehntägigen Frist ohne Beteiligung der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft geprüft. Einer der Rechtstheoretiker, der die „wissenschaftliche Grundlage“ für die Willkür der 30er Jahre auf den Punkt brachte, war der Generalstaatsanwalt der UdSSR, A. J. Wyschinski.

Die bürokratischen Methoden der Steuerung des gesellschaftspolitischen und kulturellen Lebens des Landes wurden verstärkt. Viele gesellschaftliche Organisationen wurden aufgelöst.

Die Gründe für ihre Abschaffung waren vielfältig. In manchen Fällen sind es niedrige Zahlen oder finanzielle Unstimmigkeiten. In anderen die Zugehörigkeit zu Gesellschaften von „Volksfeinden“. Der Unionsverband der Ingenieure, die Russische Gesellschaft der Radioingenieure, die Gesellschaft der Liebhaber der russischen Literatur und die Gesellschaft für russische Geschichte und Altertümer wurden aufgelöst. Die Gesellschaft alter Bolschewiki und die Gesellschaft ehemaliger politischer Sträflinge und Exilsiedler, die neben den Bolschewiki auch ehemalige Anarchisten, Menschewiki, Mitglieder des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes, Sozialrevolutionäre usw. vereinigt hatte, wurden eingestellt. Vor allem die Vereinigungen, die im Interesse des Staates eingesetzt werden konnten (Gesellschaft für Förderung der Landesverteidigung, des Flugwesens und der chemischen Industrie, Rotes Kreuz und Roter Halbmond, Internationale Organisation zur Unterstützung der revolutionären Kämpfer - IRH (*Internationale Rote Hilfe*) usw.), arbeiteten weiter. Berufsverbände der schöpferischen Intelligenz wurden unter die Kontrolle von Partei- und Staatsfunktionären gestellt.

Die Verfassung der UdSSR von 1936.

Die Reform der Wirtschaft und die zunehmende Zentralisierung im Verwaltungssystem führten zur Bildung eines neuen Gesellschaftsmodells, zu einer fast vollständigen „Verstaatlichung“ der Volkswirtschaft. Die Veränderungen in der wirtschaftlichen, gesellschaftspolitischen und nationalstaatlichen Entwicklung der Sowjetunion ab Mitte der 20er Jahre erforderten Änderungen im Grundgesetz.

An der Ausarbeitung der neuen Verfassung beteiligten sich prominente Staats- und Parteifunktionäre, darunter M. I. Kalinin, N. I. Bucharin, A. S. Bubnow, G. K. Ordschonikidse und eine große Gruppe von Fachleuten auf dem Gebiet des Rechts.

Am 5. Dezember 1936 billigte der VIII. Außerordentliche Sowjetkongress die neue Verfassung der UdSSR. Sie hat charakteristische Merkmale des im Land gebildeten bürokratischen Systems festgehalten.

In dieser Zeit (und in den folgenden Jahren der Existenz des sowjetischen Staates) wurde jedoch angenommen, dass die Verfassung den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in der UdSSR gesetzlich festigte.

Im Grundgesetz wurden die Veränderungen in der nationalstaatlichen Struktur der UdSSR, die Entstehung neuer alliierter und autonomer Republiken und Regionen widerspiegelt. Infolge der Auflösung der SSFSR entstanden unabhängige Republiken: die Armenische, Aserbaidschanische und Georgische SSR. Die kasachische ASSR und die kirgisische ASSR wurden in Unionsrepubliken umgewandelt. Die Gesamtzahl der Unionsrepubliken, die direkt zur UdSSR gehörten, stieg auf 11. Die Freiwilligkeit der staatlichen Vereinigung der sozialistischen Sowjetrepubliken wurde bestätigt.

Die politische Basis des Landes bildeten die Sowjets der Arbeiterdeputierten. Die Struktur der Staatsmacht änderte sich: das höchste gesetzgebende Organ wurde der Oberste Rat, der aus zwei Kammern (dem Rat der Union und dem Rat der Nationalitäten) bestand. Zu seinen Aufgaben gehörte es, die Zusammensetzung der Regierung der UdSSR zu genehmigen.

Die Aufgaben der Allunions-Volkskommissariate wurden im Bereich der Gesetzgebung, der volkswirtschaftlichen Entwicklung und der Stärkung der Verteidigungsfähigkeit des Landes erweitert. Gleichzeitig wurden die Rechte einiger republikanischer Behörden unangemessen eingeschränkt, insbesondere im Bereich der Gesetzgebung.

Die soziale Basis des Staates wurde als Vereinigung von Arbeitern und Bauern erklärt, wobei die Diktatur des Proletariats erhalten blieb. (In der Praxis wurde dies in der Diktatur der KPdSU (B), ihrem Apparat, zum Ausdruck gebracht.) Das sozialistische Wirtschaftssystem und das sozialistische Eigentum an den Instrumenten und Produktionsmitteln wurden zur wirtschaftlichen Grundlage der UdSSR erklärt. Dieses Eigentum existierte in zwei Formen: staatlich (Minen, Fabriken in der Industrie, Sowchosen und MTS auf dem Dorf) und kolchos-genossenschaftlich.

Mit der Beseitigung der ehemaligen Ausbeuterklassen und des Privateigentums wurden Änderungen im Wahlsystem vorgenommen.

Die Wahlrechtsbeschränkungen für die Landbevölkerung wurden abgeschafft. Das System der mehrstufigen Wahlen für die staatlichen Behörden und die offene Wahl wurden abgeschafft.

Die Verfassung hat allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlen auf allen Ebenen der Räte gesetzlich verankert.

Den Bürgern der UdSSR wurden die Rechte auf Arbeit, Erholung, Bildung und finanzielle Sicherheit im Alter garantiert. Die Arbeit wurde zur Pflicht eines jeden dazu fähigen Bürgers erklärt, nach dem Prinzip: „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen“.

Die Freiheit der Religionsausübung wurde proklamiert.

Gleichzeitig wurde die Freiheit der antireligiösen Propaganda eingeführt.

In dem Buch „Geschichte der Kommunistischen Partei der Bolschewiki. Ein Kurskurs“, der unter direkter Beteiligung J. W. Stalins vorbereitet und 1938 veröffentlicht wurde, wurde das neue Grundgesetz als die Verfassung des „Sieges des Sozialismus und der Arbeiter- und Bauerndemokratie“ bezeichnet. Die Geschichte hat gezeigt, wie illusorisch dieser Schluss des Staatsoberhauptes ist. In der sowjetischen Geschichtsliteratur wurde jedoch die Position über den Sieg des Sozialismus in der UdSSR, über die Vollendung der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Mitte der 30er Jahre für viele Jahrzehnte gestärkt.

Politische Prozesse der 30er Jahre.

J. W. Stalins politischer Kurs, die Konzentration unbegrenzter Macht in seinen Händen, rief bei vielen höheren Parteifunktionären und einfachen Mitgliedern der KPdSU(B) Widerstand hervor. „Das böse Genie der russischen Revolution“ nannte J. W. Stalin die Gegner der Unterdrückung und versuchte, ihnen entgegenzuwirken.

Eine Gruppe von Moskauer Parteimitarbeitern („Union zur Verteidigung des Leninismus“) unter Leitung von M. N. Rjutin richtete ein Manifest „An alle Mitglieder der KPdSU(B)“. Es schlug vor, J. W. Stalin aus dem Amt des Generalsekretärs des Zentralkomitees zu entheben und das System der Verwaltung der Volkswirtschaft anzupassen. 1932 wurden Mitglieder der Gruppe verhaftet, wegen des versuchten Wiederaufbaus des Kapitalismus angeklagt und erschossen. Die Einführung von

Methoden der Willkür und Gesetzlosigkeit schuf eine Atmosphäre der Angst, des Argwohns und des gegenseitigen Misstrauens im Land.

Mitte der 30er Jahre begannen Repressionen gegen die alten Parteimitglieder, die mit den etablierten Methoden der Führung des Landes nicht einverstanden waren. Der Grund für die Massenrepressionen war die Ermordung von S. M. Kirow, dem Ersten Sekretär des Leningrader Stadt- und Gebietspartei Komitees und Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der KPdSU(B) am 1. Dezember 1934. J. W. Stalin leitete die Untersuchung der Umstände dieses Terroranschlags. Nach der offiziellen Version wurde der Mord im Auftrag einer trotzkistisch-sinowjewistischen Untergrundgruppe begangen, um die Führung des Landes zu desorganisieren. Mehrere Partei- und Staatsfunktionäre wurden zur Todesstrafe verurteilt, obwohl ihre Beteiligung an dem Attentat auf S. M. Kirow nicht bewiesen war.

1937 wurde im Fall des so genannten parallelen antisowjetischen trotzkistischen Zentrums einer Gruppe von leitenden Beamten des Kommissariats für Schwer- und Holzindustrie der Prozess gemacht. Unter ihnen waren J. L. Pjatakow (in der Vergangenheit - einer der Teilnehmer an der Opposition gegen J. W. Stalin) und G. J. Sokolnikow. Ihnen wurde u. a. vorgeworfen, die Wirtschaftskraft der UdSSR untergraben zu wollen, Sabotage zu betreiben, Unfälle in Betrieben zu organisieren, staatliche Pläne absichtlich zu vereiteln.

Dreizehn Angeklagte wurden zum Tode und vier zu Freiheitsstrafen verurteilt. Einen Versuch, die Gesetzlosigkeit zu verhindern, unternahm G. K. Ordschonikidse, Volkskommissar für Schwerindustrie. Zusammen mit den Mitarbeitern des Volkskommissariats überprüfte er die Angelegenheiten einer Gruppe von „Volksfeinden“, die beim Aufbau von Schwerindustriunternehmen beschäftigt waren, und bewies ihre Unschuld.

1936 wurden die ehemaligen Parteiführer G. E. Sinowjew, L. B. Kamenew u. a. wegen fiktiver Anklage der antisowjetischen Aktivitäten und Spionage verurteilt (der Fall des antisowjetischen „vereinten trotzkistisch-sinowjewischen Zentrums“).

Tausende von politischen Emigranten und viele Komintern-Mitarbeiter wurden Opfer von Repressionen. Gegen ganze Völker wurde eine repressive Politik betrieben. 1937 beschloss der Rat der Volkskommissare und das Zentralkomitee der Allunionskommunistischen Partei der Bolschewiki, die dort lebende koreanische Bevölkerung unverzüglich aus dem fernöstlichen Territorium zu vertreiben. Der Grund für diesen Akt war die mögliche Entsendung chinesischer und koreanischer Spione in den Fernen Osten durch den japanischen Geheimdienst. Daraufhin wurden mehr als 36.000 koreanische Familien (über 170.000 Menschen) in Gebiete Zentralasiens deportiert.

Die Repressionen betrafen das kommandierende Personal der Roten Armee (M. N. Tuchatschewski, I. E. Jakir, I. P. Uborewitsch, A. I. Jegorow, W. K. Blücher). 1938 wurde ein weiterer politischer Prozess im Fall des „antisowjetischen rechts-trotzkistischen Blocks“ (N. I. Bucharin, A. I. Rykow u. a.) fabriziert. Den Angeklagten wurde vorgeworfen, sie wollten das in der UdSSR bestehende soziale und staatliche System auflösen und den Kapitalismus wiederherstellen. Sie wollten dieses Ziel angeblich durch Spionage- und Sabotageaktivitäten erreichen, indem sie die Wirtschaft des Landes unterminierten. Alle diese Handlungen verstießen gegen die Normen der Gerechtigkeit und endeten mit der Hinrichtung der Verurteilten.

Zehntausende von unschuldigen Menschen wurden aufgrund falscher Denunziationen und Anschuldigungen „konterrevolutionärer“ Aktivitäten verhaftet. Sie wurden zu Haft und Zwangsarbeit im System der staatlichen Lagerverwaltung (GULAG) verurteilt. Die Arbeit der Gefangenen wurden für den Holzeinschlag, den Bau neuer Fabriken und Eisenbahnen eingesetzt. Bis Ende der 30er Jahre umfasste das GULAG-System mehr als 50 Lager, über 420 Strafkolonien und 50 Jugendkolonien. Die Zahl der Häftlinge stieg von 179.000 im Jahr 1930 auf 839.400 Ende 1935 und auf 996.400 Ende 1937. (offizielle Angaben).

Die Gesamtzahl der Opfer der Repression war jedoch deutlich höher. Einer der indirekten Indikatoren für das Ausmaß der Repression sind Daten über die Bevölkerungsdynamik in der UdSSR. Vom 1. Januar 1929 bis zum 1. Januar 1933 stieg die Einwohnerzahl um 11 Millionen. Vom 1. Januar 1933 bis Dezember 1937 sank die Bevölkerung um fast 2 Millionen.

Die Haltung des Staates zur Religion.

Ende der 20er Jahre verschärfte sich die staatliche Regulierung der Tätigkeit religiöser Vereinigungen.

Zu diesem Zeitpunkt erklärten fast alle religiösen Organisationen ihre Loyalität gegenüber der neuen Ordnung.

Die Entwicklung des Uniongesetzes über religiöse Kulte begann.

Die Diskussion seines Entwurfs fand in den Abteilungen statt, die die „Kirchenpolitik“ durchführten: dem NKWD, dem Präsidium des ZK der UdSSR. Während der Diskussion wurde über die Perspektiven der Religion in der sowjetischen Gesellschaft, über die Art der Tätigkeit der religiösen Organisationen, über die Formen der antireligiösen Propaganda gesprochen. Es wurde behauptet, dass die Arbeit vieler Kirchengemeinden einen antisowjetischen Charakter angenommen habe. Es wurde vorgeschlagen, den Kampf gegen sie als konterrevolutionäre Kraft zu intensivieren. Es wurde beschlossen, die bestehende Gesetzgebung in den Republiken in Bezug auf die Religion beizubehalten.

Im Frühjahr 1930 verabschiedete das Präsidium des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees der RSFSR eine Resolution „Über religiöse Vereinigungen“. Es wurde ein Verbot für die wirtschaftliche (Gründung von Genossenschaften) und karitative Arbeit der Gemeinden ausgesprochen. Der Unterricht von religiösen Lehren in Bildungseinrichtungen - staatlich, öffentlich, privat - war verboten. Für die Kommunikation mit religiösen Organisationen wurde unter dem Allrussischen Zentralen Exekutivkomitee eine Kommission für religiöse Fragen eingerichtet. Ihr gehörten Vertreter der Kommissariate für Justiz, Innere Angelegenheiten, Bildung und der OGPU an. Später wurde die Kommission unter dem Präsidium des Zentralen Exekutivkomitees der UdSSR in eine Uniongemeinschaft umgewandelt (P. A. Krassikow wurde deren Vorsitzender).

Eine Propagandakampagne, die der Bevölkerung die „Unhaltbarkeit“ religiöser Doktrinen erklärt, wurde intensiviert. Das Zentrum der atheistischen Propaganda war die „Union der militanten Atheisten“ unter der Leitung des Publizisten und Autors vieler antireligiöser Bücher Jem. Jaroslawski. Die Union veröffentlichte Zeitungen und

Zeitschriften in Tausenden von Exemplaren („Militanter Atheismus“, „Atheist an der Werkbank“, „Der Atheist“, „Junger Atheist“ u. a.)

Es entstanden antireligiöse Museen und Ausstellungen, und es wurden Schulungskurse für atheistische Propagandisten organisiert.

Der II. Kongress der Union der Gottlosen (1929) proklamierte die atheistische Arbeit als das wichtigste Segment des Klassenkampfes. Der Kampf gegen die Religion wurde zum Kampf für den Sozialismus erklärt.

Im Februar 1930 verabschiedeten das Zentrale Exekutivkomitee und der Rat der Volkskommissare eine Resolution „Über den Kampf gegen konterrevolutionäre Elemente in den Leitungsgremien religiöser Vereinigungen“. Den lokalen Behörden wurde geraten, die Kontrolle über die Zusammensetzung der Gemeindeführer zu stärken. Es wurde vorgeschlagen, Personen, die dem sowjetischen System „feindlich“ gegenüberstehen, von den Aktivitäten religiöser Vereinigungen auszuschließen. Zielgerichtete Repressionen gegen den Klerus sind häufiger geworden. Die Besteuerung der Geistlichen wurde erhöht. Wenn keine Steuern gezahlt wurden, wurde ihr Eigentum beschlagnahmt und sie selbst wurden in andere Teile des Landes vertrieben.

Das Verfahren zur Schließung von Kirchen wurde vereinfacht: die Entscheidung über diese Frage wurde dem Oblastexekutivkomitee und dem Regionalexekutivkomitee der Sowjets übertragen. Mitte der 30er Jahre betrug die Zahl der aktiven religiösen Gebäude (Gotteshäuser, Kirchen, Moscheen, Synagogen u. a.) 28,5 % der im vorrevolutionären Russland vorhandenen. In diesem Zusammenhang hielt es das Zentrale Exekutivkomitee für notwendig, die zuvor eingerichtete Kommission für religiöse Fragen abzuschaffen. Die neue Verfassung der UdSSR enthielt keine Bestimmung zur Religionsfreiheit.

Bis Mitte der 30er Jahre war die Bildung des bürokratischen System in der UdSSR abgeschlossen.

Seine wichtigsten Merkmale waren: Zentralisierung des wirtschaftlichen Verwaltungssystems, Verschmelzung der politischen und wirtschaftlichen Verwaltung, Stärkung der autoritären Prinzipien in der Verwaltung des gesellschaftspolitischen Lebens.

Die Einschränkung der demokratischen Freiheiten und Rechte der Bürger und der öffentlichen Institutionen ging mit dem Wachstum und der Stärkung des J. W. Stalinschen Personenkults einher. Viele in- und ausländische Historiker halten es für möglich zu sagen, dass sich in den 30er Jahren in der UdSSR eine totalitäre Gesellschaft gebildet hat.

UdSSR 1938 - ANFANG 1941.

Die innere politische und wirtschaftliche Entwicklung der UdSSR blieb komplex und widersprüchlich. Das lag an der Stärkung von J. W. Stalins Personenkult, der Allmacht der Parteiführung und der weiteren Verstärkung der Bürokratisierung und Zentralisierung der Verwaltung. Gleichzeitig wuchsen der Glaube an die sozialistischen Ideale, die Arbeitsbegeisterung und der hohe Bürgersinn bei der Mehrheit des Volkes.

Der Personenkult um J. W. Stalin wurde durch verschiedene Faktoren verursacht: das Fehlen demokratischer Traditionen im Land; die weitgehend erhaltene monarchistische

Psychologie der Massen, die die Illusion von Weisheit und Unfehlbarkeit des Führers entstehen ließ, die Atmosphäre der Angst bei Repressionen und politischen Prozessen. Das Vertrauen der Menschen in J. W. Stalin wurde auch durch die tatsächlichen und vermeintlichen (propagierten) Erfolge des sozialistischen Aufbaus gestärkt.

Der Kult um J. W. Stalin wurde seinem inneren Kreis aufgezwungen, der eine schnelle politische Karriere machte: K. E. Woroschilow, L. M. Kaganowitsch, W. M. Molotow, G. M. Malenkow, N. S. Chruschtschow, L. P. Beria u. a.

Im ganzen Land wurde der Kult um J. W. Stalin von zahlreichen Parteimitarbeitern und Beamten in das Bewusstsein des Volkes eingeführt.

Auf dem Gebiet der Wirtschaft entwickelte sich das System des Staatssozialismus weiter - starre Planung, Verteilung und Kontrolle in allen Bereichen der Wirtschaftstätigkeit.

Die Befugnisse der Plankommission wurden erweitert, und das Volkskommissariat für Staatskontrolle wurde gegründet. Die Befehls- und Kontrollmethoden, die trotz ihrer Nachteile eine positive Rolle bei der Mobilisierung wirtschaftlicher und menschlicher Ressourcen zur Abwehr faschistischer Aggression spielten, wurden verstärkt. Die sowjetische Regierung führte eine Reihe von wirtschaftlichen, militärischen, gesellschaftspolitischen und ideologischen Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit des Landes durch.

Wirtschaftspolitik.

Die Entwicklung der UdSSR wurde durch die Aufgaben des dritten Fünfjahresplans (1938 - 1942) bestimmt, der vom XVIII. Kongress der KPdSU(B) im März 1939 genehmigt wurde. Die politische Losung lautete, die entwickelten kapitalistischen Länder bei der Pro-Kopf-Produktion einzuholen und zu überholen.

Diese Haltung war demagogisch.

Sie beruhte auf gefälschten und überhöhten Zahlen der Ergebnisse des zweiten Fünfjahresplans.

Trotz der unbestrittenen Erfolge (1937 belegte die UdSSR nach den USA den zweiten Platz in der Welt in Bezug auf das Produktionsvolumen) konnte der industrielle (und insbesondere technische) Rückstand hinter dem Westen nicht überwunden werden.

Die Verfälschungen in der Wirtschaft zeigten sich deutlich. Die fortgeschrittenen Positionen, die in der Metallurgie, der Chemie und einigen Zweigen der Maschinenbauindustrie erreicht wurden, wurden von einer spürbaren Verzögerung bei der Übernahme neuer Technologien und insbesondere bei der Produktion von Konsumgütern begleitet. In der Leichtindustrie wurden die Pläne zu 40 - 60% erfüllt und entsprachen nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung.

Eine schwierige Situation war in der Landwirtschaft zu beobachten, wo die Produktion bis 1938 im Vergleich zum Ende der 20er Jahre stark zurückging.

Die Hauptanstrengungen im dritten Fünfjahresplan richteten sich auf die Entwicklung von Industrien, die die Verteidigungsfähigkeit des Landes sicherstellen. Ihre Wachstumsraten lagen deutlich über denen der gesamten Industrie.

Bis 1941 flossen bis zu 43 % der Gesamtinvestitionen in diese Bereiche.

In den Jahren des dritten Fünfjahresplans wurden besondere militärisch-wirtschaftliche

Maßnahmen durchgeführt. Im Ural, in Sibirien und in Zentralasien entwickelte sich die Brennstoff- und Energiebasis schneller. Die Schaffung eines „zweiten Baku“ - einer neuen Ölförderregion zwischen Wolga und Ural - war von großer Bedeutung. Besonderes Augenmerk wurde auf die metallurgische Industrie gelegt - die Grundlage der militärischen Produktion.

Das Magnitogorsker metallurgische Kombinat wurde erweitert und modernisiert, der Bau des Nishni Tagil Werks wurde abgeschlossen. Die sogenannten „Anlagen-Doppler“ (Zweigstellen von Fabriken des europäischen Teils der UdSSR) wurden im Ural, in Westsibirien und Zentralasien geschaffen - in Gebieten, die außerhalb der Reichweite der Luftfahrt des potenziellen Feindes liegen.

In der Landwirtschaft wurden auch die Aufgaben der Stärkung der Verteidigungsfähigkeit des Landes berücksichtigt. Die Aussaat von Industriepflanzen (Zuckerrüben und vor allem Baumwolle, die für die Herstellung von Sprengstoffen benötigt wird) wurde ausgeweitet, und es wurden Maßnahmen zur Ausweitung der Aussaatflächen und zur Steigerung der Getreideproduktion in Sibirien und Kasachstan ergriffen. Zu Beginn des Jahres 1941 wurden erhebliche Nahrungsreserven geschaffen.

Besonderes Augenmerk wurde auf den Bau von Flugzeug-, Panzer- und anderen Verteidigungsanlagen, die Verlagerung vieler Schwer- und Leichtindustrien auf die Produktion von Militärprodukten gelegt.

Infolgedessen erhöhte sich ihr Volumen erheblich, die Massenproduktion von Kleinwaffen, Artilleriewaffen und Munition begann.

In den ersten Monaten des Krieges begannen sie mit der Produktion von automatischen Handfeuerwaffen (die Schpagin-Maschinenpistole - PPSch) und Mehrfachraketenwerfern BM-13 („Katjuscha“).

Gleichzeitig blieb die Rüstungspolitik hinter dem Westen und vor allem hinter dem faschistischen Deutschland zurück.

Dies wurde durch die anhaltende Produktion von moralisch veralteter militärischer Ausrüstung bestimmt. Die Schaffung moderner Waffen für diese Zeit verzögerte sich. In den Jahren des dritten Fünfjahresplans wurden neue Flugzeugkonstruktionen entwickelt: die Jagdflugzeuge Jak-1 und Mig-3, der Sturzkampfbomber Pe-2 und das Bodenangriffsflugzeug Il-2. Es gelang ihnen jedoch nicht, ihre breite Produktion vor dem Krieg aufzubauen. So wurden im Jahr 1940 nur 64 Yak-1, 20 Mig-3 und nur 2 Pe-2 produziert.

Die Industrie beherrschte zu Beginn des Großen Vaterländischen Krieges auch nicht die Massenproduktion moderner T-34- und KW-Panzer.

Die Erfahrungen des sowjetisch-finnischen Krieges und des 1939 begonnenen Zweiten Weltkrieges beeinflussten die Beschleunigung der Einführung neuer militärischer Ausrüstung.

Die Sozialpolitik.

Soziale Aktivitäten wurden auch durch die Bedürfnisse der Verteidigung angetrieben. Im Jahr 1940 wurde ein Programm zur Entwicklung der staatlichen Arbeitsreserven verabschiedet. Es sah die Schaffung eines breiten Netzwerks von Schulen der Fabrikwerkseigenen Ausbildung (FZO) und Handwerkslehranstalten vor, um junge Menschen auf die Arbeit vorzubereiten. 1940 wurde der Übergang zum 8-Stunden-Arbeitstag und zur 7-Tage-Woche vollzogen. In den Rüstungsbetrieben wurde ein spezieller (Rund-um-die-Uhr-)Betrieb eingeführt. Es wurde ein Gesetz erlassen, das willkürliche

Entlassungen, Fehlzeiten und unpünktliches Erscheinen am Arbeitsplatz unter Strafe stellt (bis hin zur Gefängnishaft).

Die Produktionsbeziehungen auf dem Land wurden härter. Die geplanten Indikatoren für die Lieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse an den Staat wurden erhöht (pro Hektar Zuteilung wurde eingeführt), ein Minimum an Arbeitstagen für jeden Kolchosbauern festgelegt und die Größe der persönlichen Parzellen verringert.

Infolge der Sozialpolitik hat sich die Situation einiger Bevölkerungsgruppen verschlechtert und ihr Lebensstandard ist gesunken. Gleichzeitig wurde das Bildungssystem weiter verbessert, der Wohnungsbau und die kostenlose medizinische Versorgung weiter ausgebaut.

Stärkung der Armee.

Auf dem Gebiet der militärischen Entwicklung wurden wichtige Maßnahmen ergriffen. Der Prozess des Übergangs zu einem kaderbasierten Armeebesetzungssystem ist abgeschlossen. Das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht, das 1939 verabschiedet wurde, ermöglichte es, seine Stärke bis 1941 auf 5 Millionen Mann zu erhöhen. Nach dem sowjetisch-finnischen Krieg wurde besonderes Augenmerk auf die Schaffung von separaten gepanzerten und mechanisierten Einheiten und die Entwicklung der Luftwaffe gelegt. Die Ausbildung von kommando- und ingenieurtechnischem Personal an Militärschulen und -akademien wurde eingeleitet. 1940 wurden in Heer und Marine General- und Admiralsränge eingeführt, die vollständige Ein-Mann-Befehlsgewalt wurde eingeführt (das Institut der Militärkommissare wurde abgeschafft) und die Autorität der höheren Offizierskader wurde erhöht. Es wurden eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Organisation und der Kampfausbildung der Truppen durchgeführt. 1940 wurde der Volkskommissar für Verteidigung K. E. Woroschilow in den Ruhestand versetzt und Marschall S. K. Timoschenko ernannt, etwas später wurde Armeegeneral G. K. Schukow zum Chef des Generalstabs, der im Großen Vaterländischen Krieg eine herausragende Rolle gespielt hatte.

Eine Massenverteidigungsarbeit fand in der Bevölkerung statt: es wurden Vorbereitungsschulungen für ältere Schulklassen durchgeführt, die Aktivitäten der Gesellschaft zur Unterstützung von Armee, Luftfahrt und Marine (OSSOAWIACHIM) intensiviert, Luftverteidigungskreise bearbeitet, Krankenschwestern und Pfleger geschult.

Die Ideologie.

Die ideologische Arbeit unter den Massen basierte auf den Bestimmungen, die in Parteidokumenten der späten 30er Jahre formuliert waren. Sie erklärten, dass die UdSSR in eine neue Periode der Entwicklung eingetreten sei - die Konsolidierung des siegreichen Sozialismus und der allmähliche Übergang zum Kommunismus. Gleichzeitig wurde die ideologische Politik von der zunehmenden Komplexität der internationalen Lage und der realen Gefahr eines herannahenden Krieges beeinflusst. Der XVIII. Parteitag der KPdSU(B) untermauerte das Hauptprinzip - die Notwendigkeit einer starken Staatsmacht, um eine äußere Bedrohung abzuwehren. Die „Theorie“ der Verschärfung des Klassenkampfes entwickelte sich in der Periode der Konsolidierung der sozialistischen Gesellschaft weiter und rechtfertigte grobe Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit. Viele tausend Sowjets, darunter erfahrene Staats-, Wirtschafts-

und Militärführer, waren massiven Repressionen ausgesetzt. Ein Fünftel der Offizierskader (alle Kommandanten der Korps und Kommandanten der Militärbezirke) wurden verhaftet.

Die Parteiführung des Landes und J. W. Stalin selbst legten besonderes Augenmerk auf die patriotische Erziehung des Volkes. Sie beruhte auf einer Rückbesinnung auf die historischen und kulturellen Werte der nationalen Geschichte. Die Aktivitäten von Alexander Newski, Dmitri Donskoi, K. Minin, D.M. Poscharski, A. W. Suworow, M.I. Kutusow u. a. wurden weitgehend gefördert.

Iwan der Schreckliche und Peter I. wurden zu vorbildlichen Staatsmännern ernannt. Im Jahr 1937 wurde der 125. Jahrestag der Schlacht von Borodino und der 100. Jahrestag des Todes Alexander Puschkins pompös gefeiert. Die offizielle Theorie („zaristisches Russland - das Gefängnis der Völker“) wurde durch eine neue Einstellung über die positive Bedeutung ihres Eintritts in das russische Reich für viele Völker ersetzt. Die Idee des vollen Gedeihens aller Nationen und Nationalitäten im Sozialismus wurde bekräftigt, die These von der festigenden historischen Rolle des russischen Volkes wurde wiederbelebt.

Moralische Prinzipien, die auf der kommunistischen Ideologie basieren, wurden weiterhin aktiv kultiviert.

Die Führung des Landes hat ein neues Verständnis für die Bedeutung der Familienbeziehungen.

Es wurden Maßnahmen ergriffen, um die Geburtenrate zu erhöhen und die Institution der Ehe zu stärken.

Maßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaft, des militärischen Aufbaus und der Ideologie deuteten darauf hin, dass sich das Land umfassend auf den zukünftigen Krieg vorbereitete. Doch der Personenkult um J. W. Stalin, das vorherrschende partei- und staatsbürokratische System, das zu Voluntarismus und autoritärer Führung führte, haben zu vielen Fehlern geführt, die sich in der Anfangszeit des Großen Vaterländischen Krieges deutlich manifestierten.

Kapitel 35

AUSSENPOLITIK DES SOWJETISCHEN STAATS IN DEN 20 - 30er JAHREN DES XX. JHS.

Das Ende des Ersten Weltkriegs (die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrags 1919), der Bürgerkrieg und die ausländische Intervention in Russland schufen neue Bedingungen in den internationalen Beziehungen.

Ein wichtiger Faktor war die Existenz des Sowjetstaates als ein grundlegend neues gesellschaftspolitisches System.

Es gab eine Konfrontation zwischen dem Sowjetstaat und den führenden Ländern der kapitalistischen Welt. Diese Linie setzte sich in den 20er und 30er Jahren in den internationalen Beziehungen durch. Gleichzeitig verschärften sich die Widersprüche

zwischen den größten kapitalistischen Staaten selbst sowie zwischen ihnen und den „erwachenden“ Ländern des Ostens.

In den 30er Jahren wurde das internationale politische Kräfteverhältnis weitgehend durch die zunehmende Aggression der militaristischen Staaten - Deutschland, Italien und Japan - bestimmt.

Die Außenpolitik des Sowjetstaates bewahrte zwar die Kontinuität mit der Politik des Russischen Reiches bei der Umsetzung der geopolitischen Ziele, unterschied sich aber von ihr durch neue Art und Methoden der Umsetzung. Sie war gekennzeichnet durch die Ideologisierung der Außenpolitik, die auf zwei von W. I. Lenin formulierten Bestimmungen beruhte.

Das erste war das Prinzip des proletarischen Internationalismus, das die gegenseitige Hilfe der internationalen Arbeiterklasse im Kampf gegen das kapitalistische Weltsystem und die Unterstützung der antikolonialen nationalen Bewegungen vorsah. Sie beruhte auf dem Glauben der Bolschewiki an eine baldige sozialistische Revolution im Weltmaßstab. Aufbauend auf diesem Prinzip wurde 1919 in Moskau die Kommunistische Internationale (Komintern) gegründet. Sie umfasste viele linkssozialistische Parteien in Europa und Asien, die zu bolschewistischen (kommunistischen) Positionen übergegangen waren. Von Beginn ihrer Gründung an wurde die Komintern von Sowjetrußland genutzt, um sich in die inneren Angelegenheiten vieler Staaten der Welt einzumischen, was die Beziehungen zu anderen Ländern verschärfte.

Die zweite Bestimmung - das Prinzip des friedlichen Zusammenlebens mit dem kapitalistischen System - wurde durch die Notwendigkeit bestimmt, die Positionen des Sowjetstaates auf internationaler Ebene zu stärken, aus der politischen und wirtschaftlichen Isolation herauszukommen und die Sicherheit seiner Grenzen zu gewährleisten. Dies bedeutete die Anerkennung der Möglichkeit einer friedlichen Zusammenarbeit und vor allem die Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen zum Westen.

Die Widersprüchlichkeit dieser beiden prinzipiellen Positionen führte zu Inkonsistenzen im außenpolitischen Handeln des jungen Sowjetstaates.

Die westliche Politik gegenüber Sowjetrußland war nicht weniger umstritten. Einerseits versuchte sie, das neue politische System zu ersticken, es politisch und wirtschaftlich zu isolieren.

Andererseits hatten sich die führenden Mächte der Welt die Aufgabe gestellt, den Verlust an Geld und materiellem Eigentum, der nach dem Oktober entstanden war, auszugleichen.

Sie versuchten auch, Rußland wieder zu „öffnen“, um Zugang zu seinen Rohstoffressourcen, das Eindringen von ausländischem Kapital und Waren zu erhalten.

Dies bedingte den allmählichen Übergang der westlichen Länder von der Nichtanerkennung der UdSSR zum Bestreben, nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Beziehungen mit ihr aufzunehmen.

In den 20er und 30er Jahren wuchs die Autorität der Sowjetunion auf der internationalen Bühne stetig.

Seine Beziehung zum Westen hatte jedoch einen inkonsequenten Amplitudencharakter.

AUSSENPOLITIK IN DEN 20er Jahren

Anfang der 20er Jahre milderte der Westen seine Unnachgiebigkeit gegenüber Sowjetrußland.

Dies wurde durch das Scheitern direkter militärischer Interventionen, die verschärfte Krise der Überproduktion und das Wachstum der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern begünstigt. Die Einführung der NEP wurde von den europäischen Regierungen als eine Schwächung des bolschewistischen politischen Systems und als ein Faktor gesehen, der die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit eröffnete. Sowjetrußland seinerseits brauchte die Hilfe der entwickelten kapitalistischen Länder, um die ruinierte Volkswirtschaft wiederherzustellen.

In den Jahren 1921 - 1922 schloss Rußland Handelsverträge mit England, Österreich, Norwegen u. a. ab. Sie beinhalteten auch die Verpflichtung, gegenseitige feindliche Propaganda abzulehnen.

Gleichzeitig wurden Verträge unterzeichnet und politische und wirtschaftliche Kontakte mit den westlichen Nachbarländern geknüpft, die durch den Zusammenbruch des Russischen Reiches entstanden waren: Polen, Litauen, Lettland, Estland und Finnland.

Von großer Bedeutung war die Stärkung der Beziehungen des jungen Sowjetstaates zu seinen östlichen Nachbarn. Im Jahr 1921 unterzeichnete die RSFSR Verträge mit dem Iran, Afghanistan und der Türkei. Diese Dokumente lösten strittige Grenz- und Eigentumsfragen und proklamierten die Prinzipien der gegenseitigen Anerkennung und des gegenseitigen Beistands. Diese Abkommen erweiterten die Einflussphäre Sowjetrußlands im Osten.

Der sowjetisch-mongolische Vertrag von 1921 bedeutete tatsächlich die Errichtung des sowjetrussischen Protektorats über die Mongolei und die erste Erfahrung mit dem „Export der Revolution“. Einheiten der Roten Armee, die in dieses Land gebracht wurden, unterstützten die mongolische Revolution und stärkten das Regime ihres Führers Suche-Bator.

Konferenz von Genua.

1921 luden die Entente-Länder die sowjetische Regierung zur Teilnahme an einer internationalen Konferenz ein, um strittige Fragen im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Ansprüchen des Westens gegenüber Rußland zu klären. Im Falle einer Annahme versprachen die europäischen Länder, Sowjetrußland offiziell anzuerkennen. Im April 1922 wurde die Genua-Konferenz eröffnet. An ihr nahmen 29 Staaten teil - Rußland, England, Frankreich, Deutschland, u. a.

Die Westmächte stellten gemeinsame Forderungen an Rußland: die Schulden der zaristischen und der provisorischen Regierung zu begleichen (18 Milliarden Rubel in Gold); das von den Bolschewiki verstaatlichte westliche Eigentum auf dem Gebiet des ehemaligen Russischen Reiches zurückzugeben; das Monopol des Außenhandels

abzuschaffen und den Weg für ausländisches Kapital zu öffnen; die revolutionäre Propaganda in ihren Ländern zu stoppen.

Die sowjetische Regierung stellte ihre Bedingungen: Entschädigung für die Schäden, die durch die ausländische Intervention während des Bürgerkriegs entstanden waren (39 Milliarden Rubel); breite wirtschaftliche Zusammenarbeit auf der Grundlage langfristiger westlicher Kredite; Annahme des sowjetischen Programms der allgemeinen Rüstungsreduzierung und des Verbots der barbarischsten Methoden der Kriegsführung.

Die Verhandlungen sind zum Stillstand gekommen, weil sie nicht bereit waren, einen politischen Kompromiss einzugehen. Während der Konferenz kam es jedoch zu einem Bruch zwischen den Westmächten.

Deutschland ging aufgrund seiner schwierigen politischen und wirtschaftlichen Lage eine Zusammenarbeit mit Sowjetrußland ein. In Rapallo, einem Vorort von Genua, wurde ein sowjetisch-deutscher Vertrag unterzeichnet. Für Deutschland bedeutete dies die politische Anerkennung Sowjetrusslands, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu ihm und eine breite wirtschaftliche Zusammenarbeit. Russland erkannte das im Ersten Weltkrieg besiegte Deutschland als gleichberechtigten Partner an und öffnete seinen Binnenmarkt für deutsche Industrieprodukte. Beide verzichteten auf gegenseitige Geldforderungen.

Auf der Grundlage des Rapallo-Vertrags von 1922 entwickelten sich die sowjetisch-deutschen Beziehungen in den 20er Jahren in eine freundschaftliche Richtung.

Die Beziehungen zu anderen europäischen Staaten (England und Frankreich) waren komplex. Im Jahr 1923 kam es zu einem Konflikt zwischen der UdSSR und Großbritannien. Es überreichte der sowjetischen Regierung eine Note (das Kerson-Ultimatum), in der sie gegen die Ausweitung des russischen Einflusses im Nahen und Mittleren Osten protestierte. Nach einiger Zeit wurde der Konflikt auf diplomatischem Wege gelöst, und die Parteien erklärten, dass sie den Konflikt für beendet hielten.

Internationale Anerkennung der UdSSR.

1924 erkannte England, das stark am Handel mit Russland interessiert war, als erstes den Sowjetstaat offiziell an.

Es folgten Italien, Frankreich und andere Länder der Welt.

Die diplomatische Anerkennung wurde aus drei Gründen verursacht: einer Veränderung der innenpolitischen Situation in den westlichen Ländern (Machtübernahme der rechten sozialistischen Kräfte), einer breiten sozialen Bewegung zur Unterstützung der UdSSR und den wirtschaftlichen Interessen von kapitalistische Staaten.

In den Jahren 1924 - 1925 nahm die Sowjetunion diplomatische Beziehungen zu Staaten verschiedener Kontinente auf und schloss eine Reihe von Handelsabkommen. Von den führenden kapitalistischen Mächten blieben nur die USA in der Position der politischen Nicht-Anerkennung der UdSSR. Der Ausweg aus der internationalen Isolation war das Hauptergebnis der Außenpolitik der Sowjetunion in der ersten Hälfte der 20er Jahre.

In der zweiten Hälfte der 20er Jahre zielte die offizielle Außenpolitik der Sowjetregierung darauf ab, ihr internationales Ansehen zu stärken, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit kapitalistischen Ländern auszubauen und Probleme der Abrüstung und der internationalen Sicherheit zu lösen.

Im Jahr 1926 wurde ein Nichtangriffs- und Neutralitätsvertrag mit Deutschland unterzeichnet.

1927 gab die UdSSR eine Erklärung über die Notwendigkeit einer vollständigen Abrüstung ab, 1928 einen Entwurf des Übereinkommens über die Rüstungsreduzierung. Obwohl der Westen diese Vorschläge ablehnte, trat die UdSSR dem Briand-Kellogg-Pakt von 1928 bei, der den Verzicht auf Krieg als Mittel zur Lösung zwischenstaatlicher Streitigkeiten vorsah. Die Versuche aller Seiten in den 20er Jahren, den Frieden in Europa zu gewährleisten, waren weitgehend propagandistischer Natur und aufgrund der sich abzeichnenden internationalen Situation zum Scheitern verurteilt.

Um die Sicherheit ihrer Südgrenzen zu stärken, baute die UdSSR ihren Einfluss im Iran, in Afghanistan und in der Türkei aus. Mitte der 1920er Jahre wurden mit ihnen neue Abkommen politischer und wirtschaftlicher Natur geschlossen.

Die Umsetzung der offiziellen außenpolitischen Linie der Sowjetregierung wurde durch ihre Einmischung (durch die Komintern) in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten erschwert. Insbesondere 1926 wurde den streikenden britischen Arbeitern finanzielle Unterstützung gewährt, was von den britischen Behörden schmerzlich wahrgenommen wurde. Großbritannien brach 1927 vorübergehend die diplomatischen und Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion ab. Die Regierungen der USA, Frankreichs, Belgiens und Kanadas haben ein Embargo für die Lieferung sowjetischer Waren an ihre Länder verhängt.

Unter dem Motto des proletarischen Internationalismus griff die UdSSR in die inneren Angelegenheiten Chinas ein. Die Unterstützung der prokommunistischen Kräfte (Mao Zedong) in ihrem Kampf gegen die Kuomintang-Regierung führte zu einem vorübergehenden Bruch der sowjetisch-chinesischen Beziehungen. Im Sommer - Herbst 1929 brach in der Nordmandschurei ein bewaffneter Konflikt zwischen den sowjetischen Truppen und der Armee von Chiang Kai-shek aus, die versuchte, die Kontrolle über die Ostchinesische Eisenbahn zu erlangen und in das Gebiet der UdSSR einzudringen. Die Beziehungen zu China wurden Anfang der 30er Jahre wegen der expandierenden japanischen Aggression im Fernen Osten, die eine Bedrohung sowohl für die Sowjetunion als auch für China darstellte, wiederhergestellt.

Im Jahr 1928 fand der VI. Kongress der Komintern statt. Er wies auf die wachsenden Spannungen in den internationalen Beziehungen, die Gefahr eines neuen Weltkrieges und die Möglichkeit eines Angriffs auf die UdSSR hin. In dieser schwierigen internationalen Situation machte die Komintern einen Fehler und lehnte potenzielle Verbündete ab - die Sozialdemokraten - und erklärte sie zu ihrem wichtigsten politischen Feind.

In diesem Zusammenhang wurde eine Linie ausgerufen, um jegliche Zusammenarbeit abzulehnen und gegen sie zu kämpfen. Tatsächlich führten diese Entscheidungen zur Selbstisolierung der internationalen kommunistischen Bewegung, verletzten das

Prinzip des proletarischen Internationalismus und erleichterten den Aufstieg rechtsextremer (faschistischer) Kräfte in einer Reihe von Ländern.

AUSSENPOLITIK IN DEN 30er JAHREN

Ende der 20er bis Anfang der 30er Jahre änderte sich die internationale Situation erheblich. Die tiefe Weltwirtschaftskrise, die 1929 begann, verursachte ernsthafte innenpolitische Veränderungen in allen kapitalistischen Ländern.

In einigen (England, Frankreich u. a.) brachte sie Kräfte an die Macht, die weitreichende innere Reformen demokratischer Natur anstrebten. In anderen (Deutschland, Italien) trug die Krise zur Bildung antidemokratischer (faschistischer) Regime bei, die in der Innenpolitik soziale Demagogie einsetzten und gleichzeitig politischen Terror auslösten und Chauvinismus und Militarismus erzwangen.

Es waren diese Regime, die zu Anstiftern neuer militärischer Konflikte wurden (insbesondere nachdem A. Hitler 1933 in Deutschland an die Macht kam).

In rasantem Tempo begannen sich internationale Spannungsherde zu bilden. Einer entstand in Europa aufgrund der Aggressivität des faschistischen Deutschlands und Italiens. Der zweite war im Fernen Osten wegen der Hegemonialansprüche der japanischen Militaristen.

Unter Berücksichtigung dieser Faktoren definierte die Sowjetregierung 1933 neue Aufgaben für ihre Außenpolitik: Weigerung, an internationalen Konflikten teilzunehmen, insbesondere an militärischen Konflikten; Anerkennung der Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit demokratischen westlichen Ländern, um die aggressiven Bestrebungen Deutschlands und Japans einzudämmen (Politik der „Beschwichtigung“); der Kampf um ein System der kollektiven Sicherheit in Europa und Fernost.

In der ersten Hälfte der 30er Jahre konnte die UdSSR ihre Position auf internationaler Ebene weiter stärken.

Ende 1933 erkannten die USA die Sowjetunion an, und es wurden diplomatische Beziehungen zwischen den beiden Ländern aufgenommen.

Die Normalisierung der politischen Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR wirkte sich positiv auf ihre Handels- und Wirtschaftsbeziehungen aus. Im September 1934 wurde die Sowjetunion in den Völkerbund aufgenommen und wurde ständiges Mitglied in dessen Rat. 1935 wurden der sowjetisch-französische und der sowjetisch-tschechoslowakische Vertrag über gegenseitigen Beistand im Falle einer Aggression gegen sie in Europa unterzeichnet.

Mitte der 30er Jahre entfernte sich die Außenpolitik der sowjetischen Führung jedoch vom Prinzip der Nichteinmischung in internationale Konflikte. Im Sommer 1935 beschloss der VII. Kongress der Komintern die Taktik eines linken Blocks mit der europäischen Sozialdemokratie und allen Kräften, die sich dem Faschismus entgegenstellten. 1936 unterstützte die UdSSR die Regierung der Volksfront Spaniens mit Waffen und Militärspezialisten bei der Bekämpfung von General F. Franco. Er wiederum erhielt umfangreiche politische und militärische Unterstützung aus Deutschland und Italien.

Frankreich und England blieben neutral.

Die gleiche Position vertraten die USA, die der spanischen Regierung den Kauf

amerikanischer Waffen untersagten.
Der spanische Bürgerkrieg endete 1939 mit einem Franco-Sieg.

Die von den Westmächten verfolgte „Beschwichtigungs“-Politik gegenüber Deutschland, Italien und Japan brachte keine positiven Ergebnisse.
Die internationalen Spannungen eskalierten. 1935 verlegte Deutschland seine Truppen in das entmilitarisierte Rheinland; Italien griff Äthiopien an.

1936 unterzeichneten Deutschland und Japan ein Abkommen gegen die Sowjetunion (Anti-Komintern-Pakt).

Mit Unterstützung Deutschlands startete Japan 1937 eine groß angelegte Militäroperation gegen China.

Die territorialen Ansprüche des Hitler-Deutschlands waren besonders gefährlich für die Wahrung von Frieden und Sicherheit in Europa. Im März 1938 führte Deutschland den Anschluss (Beitritt) Österreichs durch.
Hitlers Aggression bedrohte auch die Tschechoslowakei. Daher trat die UdSSR für ihre territoriale Integrität ein.

Auf der Grundlage des Vertrages von 1935 bot die sowjetische Regierung ihre Hilfe an und verlegte 30 Divisionen, Flugzeuge und Panzer an die Westgrenze. Doch die Regierung von E. Beneš weigerte sich und kam der Forderung von A. Hitler nach, das überwiegend von Deutschen bewohnte Sudetenland an Deutschland abzutreten.

Die Westmächte verfolgten eine Politik der Zugeständnisse an das faschistische Deutschland in der Hoffnung, ein verlässliches Gegengewicht gegen die UdSSR zu schaffen und ihre Aggression nach Osten zu lenken. Der Höhepunkt dieser Politik war das Münchner Abkommen (September 1938) zwischen Deutschland, Italien, England und Frankreich. Es hat die Zerstückelung der Tschechoslowakei rechtlich formalisiert. Deutschland spürte seine Stärke und besetzte 1939 die gesamte Tschechoslowakei.

Im Fernen Osten näherte sich Japan, das den größten Teil Chinas erobert hatte, den sowjetischen Grenzen. Im Sommer 1938 kam es auf dem Territorium der UdSSR im Gebiet des Chassansees zu einem bewaffneten Konflikt. Der japanische Verband wurde zurückgeschlagen. Im Mai 1939 drangen japanische Truppen in die Mongolei ein. Einheiten der Roten Armee unter dem Kommando von G. K. Schukow besiegten sie in der Nähe des Flusses Chalchin-Gol.

Zu Beginn des Jahres 1939 gab es einen letzten Versuch, ein System kollektiver Sicherheit zwischen Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion zu schaffen. Die westlichen Staaten glaubten jedoch nicht an die potentielle Fähigkeit der UdSSR, einer faschistischen Aggression zu widerstehen. Deshalb haben sie die Verhandlungen auf jede erdenkliche Weise hingezogen. Darüber hinaus weigerte sich Polen kategorisch, eine Garantie für den Durchgang sowjetischer Truppen durch sein Hoheitsgebiet zu geben, um die erwartete faschistische Aggression abzuwehren. Gleichzeitig knüpfte Großbritannien geheime Kontakte zu Deutschland, um eine Einigung über eine Vielzahl politischer Probleme zu erzielen (unter anderem der Neutralisierung der UdSSR auf internationaler Ebene).

Die sowjetische Regierung war sich bewusst, dass die deutsche Armee bereits in voller Bereitschaft war, Polen anzugreifen. Als sie die Unvermeidlichkeit des Krieges und ihre Unvorbereitetheit darauf erkannte, änderte sie ihre außenpolitische Ausrichtung drastisch und setzte auf eine Annäherung an Deutschland. Am 23. August 1939 wurde in Moskau ein sowjetisch-deutscher Nichtangriffspakt geschlossen, der sofort in Kraft trat und für 10 Jahre ausgelegt war (Ribbentrop-Molotow-Pakt). Ein geheimes Protokoll zur Abgrenzung von Einflussbereichen in Osteuropa wurde beigefügt.

Die Interessen der Sowjetunion wurden von Deutschland in den baltischen Staaten (Lettland, Estland, Finnland) und Bessarabien anerkannt.

Am 1. September 1939 griff Deutschland Polen an. Polens Verbündete Großbritannien und Frankreich erklärten Deutschland am 3. September den Krieg. Sie leisteten der polnischen Regierung jedoch keine wirkliche militärische Unterstützung, was A. Hitler einen schnellen Sieg sicherte. Der Zweite Weltkrieg begann.

Unter den neuen internationalen Bedingungen begann die Führung der UdSSR, die sowjetisch-deutschen Abkommen vom August 1939 umzusetzen. Am 17. September, nach der Niederlage der polnischen Armee durch die Deutschen und dem Sturz der polnischen Regierung, trat die Rote Armee in das westliche Weißrussland und in die Westukraine ein. Am 28. September wurde der sowjetisch-deutsche Vertrag „Über Freundschaft und Grenze“ unterzeichnet, der diese Gebiete als einen Teil der Sowjetunion sicherte. Gleichzeitig bestand die UdSSR darauf, Abkommen mit Estland, Lettland und Litauen zu schließen und das Recht zu erlangen, ihre Truppen auf ihrem Territorium einzusetzen. In diesen Republiken fanden in Anwesenheit sowjetischer Truppen Parlamentswahlen statt, die von den kommunistischen Kräften gewonnen wurden. Im Jahr 1940 wurden Estland, Lettland und Litauen Teil der UdSSR.

Im November 1939 zogen die Sowjets in den Krieg gegen Finnland, in der Hoffnung, es schnell zu besiegen und dort eine prokommunistische Regierung zu etablieren. Es bestand auch eine militärstrategische Notwendigkeit, die Sicherheit Leningrads zu gewährleisten und die sowjetisch-finnische Grenze in der Region der Karelischen Landenge verschob.

Die Kampfhandlungen waren von großen Verlusten auf Seiten der Roten Armee begleitet.

Sie zeigten ihre schlechte Vorbereitung. Der hartnäckige Widerstand der finnischen Armee wurde durch die tief gestaffelte defensive „Mannerheim-Linie“ gesichert. Westliche Nationen gaben Finnland politische Unterstützung.

Die UdSSR wurde, unter dem Vorwand ihrer Aggression, aus dem Völkerbund ausgeschlossen. Unter großem Aufwand wurde der Widerstand der finnischen Streitkräfte gebrochen. Im März 1940 wurde der sowjetisch-finnische Friedensvertrag unterzeichnet, wonach die UdSSR die gesamte Karelische Landenge erhielt.

Im Sommer 1940 trat Rumänien auf politischen Druck hin Bessarabien und die nördliche Bukowina an die Sowjetunion ab.

Infolgedessen wurden bedeutende Territorien mit einer Bevölkerung von 14 Millionen Menschen in die UdSSR aufgenommen. Die Landesgrenze hat sich an verschiedenen

Stellen in einer Entfernung von 300 bis 600 km nach Westen verschoben.

Die außenpolitischen Vereinbarungen von 1939 halfen, den deutschen Angriff auf die Sowjetunion um fast zwei Jahre zu verschieben. Die sowjetische Führung stimmte einem Abkommen mit dem faschistischen Deutschland zu, dessen Ideologie und Politik sie zuvor verurteilt hatte. Eine solche Wende konnte unter den Bedingungen des Staatssystems realisiert werden, dessen alle internen Propagandamittel auf die Rechtfertigung der Regierungshandlungen und die Bildung einer neuen Einstellung der sowjetischen Gesellschaft zum Hitlerregime gerichtet waren.

Während der im August 1939 unterzeichnete Nichtangriffspakt in gewisser Weise ein erzwungener Schritt für die UdSSR war, verletzte das Geheimprotokoll „Über Freundschaft und Grenze“ und andere außenpolitische Maßnahmen der stalinistischen Regierung, die am Vorabend des Krieges durchgeführt wurden, die Souveränität einer Reihe von osteuropäischen Staaten.

Kapitel 36

SOWJETISCHE KULTUR 1917 - 1940.

Ein wesentlicher Bestandteil der Reformen in den Jahren nach Oktober waren Veränderungen im Bereich der Kultur („Kulturrevolution“). Sie beeinflussten Bildung, Wissenschaft, Technik, Literatur, Kunst, das gesamte geistige Leben der Gesellschaft. Die Richtung und der Charakter der Veränderungen, die im kulturellen Bereich begannen, wurden durch die Richtlinien für die Bildung einer neuen, sozialistischen Kunstkultur bestimmt. Mit seiner Gründung verband die Partei- und Staatsführung des Landes den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft.

KULTUR IM ERSTEN NACHREVOLUTIONÄREN JAHRZEHNT

Kultur während des Bürgerkriegs.

Die Sowjetregierung sah eine der wichtigsten Aufgaben im Bereich der Kultur darin, die kulturelle Rückständigkeit der Bevölkerung zu beseitigen. Es entstand ein neues System der Verwaltungskultur. Die Leitung des gesamten geistigen Lebens der Gesellschaft wurde in die Hände des Volkskommissariats für Bildung gelegt. Sie wurde von A. W. Lunatscharski geleitet, einer prominenten Figur der RKP(B), Literaturkritiker und Publizist. Unter den örtlichen Sowjets wurden Abteilungen für Volksbildung eingerichtet. Später wurde eine Agitations- und Propagandaabteilung unter dem ZK der RKP(B) organisiert. Sie war verantwortlich für die Parteiführung bei der Entwicklung der Kultur.

Seit den ersten Tagen des Bestehens des Volkskommissariats für Bildung war eine der Richtungen seiner Tätigkeit die Arbeit zum Schutz künstlerischer und historischer Werte. Der Staatsrat wurde geschaffen, um die Museen und Paläste der Republik zu verwalten.

Seine Aufgabe war es, die Aktivitäten von Museen zu kontrollieren, von denen es über

150 im Land gab.

An der Arbeit des Rates waren viele bekannte Künstler beteiligt, insbesondere die Künstler A. N. Benois, A. M. Wasnezow und W. D. Polenow, die Architekten R. I. Klein und W. A. Schtschuko.

Mit ihrer Beteiligung wurde die Verstaatlichung privater Kunstsammlungen, Theater und Unternehmen der Film- und Fotoindustrie durchgeführt.

Der Winterpalast (Ermitage), die Tretjakow-Galerie und das Museum der Schönen Künste wurden zu staatlichen Museen erklärt. Private Verlage wurden geschlossen und ein staatlicher Verlag gegründet (1919), der Bildungsliteratur, Werke russischer Klassiker usw. veröffentlichte.

Die revolutionären Ereignisse von 1917 und der Bürgerkrieg haben die künstlerischen Entwicklungsprozesse nicht gestoppt. Sie haben einen tiefgreifenden und vieldeutigen Einfluss auf alle Bereiche der kreativen Tätigkeit gehabt. Im Bereich der Kultur haben sich neue Tendenzen entwickelt. Die früher aufstrebenden Gruppen von Futuristen und Imaginisten erklärten sich zu Vertretern der revolutionären Kunst. Von den Seiten der Zeitung „Kunst der Kommune“ aus riefen die imaginistischen Dichter zur Zerstörung des literarischen „Senilen“ auf, zur Diktatur der „linken Kunst“. In vielen Städten verbreitete sich die Proletkultbewegung. Proletkult (Proletarische Kultur) war eine kulturelle und pädagogische, literarische und künstlerische Organisation, die im Herbst 1917 entstanden ist.

Die Führer von Proletkult (A. A. Bogdanow, W. F. Pletnjow u. a.) sahen ihren Hauptzweck in der Schaffung einer proletarischen Kultur, die sie aller bisherigen künstlerischen Kultur entgegensetzten.

Die Zirkel und Ateliers von Proletkult machten die breite Masse der Arbeiter mit Literatur, Theater und bildender Kunst bekannt und stellten unter ihnen die zukünftigen Dichter, Schriftsteller, Künstler und Schauspieler dar.

Die Proletkultisten gaben ihre eigenen Zeitschriften heraus – „Signale“, „Proletarische Kultur“ u. a. Es wurden Gedichtsammlungen proletarischer Dichter herausgegeben, z. B. Bücher von A. K. Gastew „Die Poesie des Arbeiterstreiks“ und W. T. Kirillow „Die Morgenröte der Zukunft“. 1920 nahmen etwa 400.000 Menschen an der Proletkult-Bewegung teil.

Andere literarische Gruppen wurden gebildet und lösten sich schnell auf.

So arbeitete zum Beispiel während 1917 - 1918 die Gruppe „Skythen“, in deren Reihen M. M. Prischwin, N. A. Kljujew, S. A. Jessenin waren.

Die Dichter A. A. Blok (das Gedicht „Die Zwölf“) und W. W. Majakowski (das Gedicht „Mysterium buffo“), die Kunstmaler K. S. Petrow-Wodkin (das Gemälde „1918 in Petrograd“) und K. F. Juon („Neuer Planet“) versuchten, den Ereignissen in ihrem Werk einen Sinn zu geben.

Ein bemerkenswertes Phänomen im künstlerischen Leben der ersten nachrevolutionären Jahre war die monumentale Propaganda.

Das 1918 verabschiedete Dekret über monumentale Propaganda sah die Zerstörung von Denkmälern vor 1917 „zu Ehren der Zaren und ihrer Diener“ und die Errichtung von Denkmälern für Revolutionäre, Persönlichkeiten der russischen und der Weltkultur vor. Die Autoren der neuen Denkmäler waren bekannte Bildhauer N. A. Andrejew (Obelisk der sowjetischen Verfassung in Moskau), S. D. Merkurow (Denkmäler für K. A. Timirjasew und F. M. Dostojewski), L. W. Sherwood (Denkmal für A. N.

Radischtschew).

Vertreter der russischen Intelligenz nahmen die revolutionären Ereignisse von 1917 und die darauf folgenden politischen und sozioökonomischen Veränderungen auf unterschiedliche Weise wahr.

Die Intelligenz, die 2,2 % der Gesamtbevölkerung des Landes ausmachte, war heterogen in ihrem sozialen Status und ihrer gesellschaftspolitischen Einstellung. Die Frage nach dem Wesen der Revolution, dem Schicksal des kulturellen Erbes und der Haltung gegenüber der neuen Regierung wurde in ihren Kreisen auf unterschiedliche Weise betrachtet. Die Auflösung der Konstituierenden Versammlung und das System des Ausnahmezustands entfremdeten viele Vertreter der Kultur von den Bolschewiki. Die Schriftsteller I. A. Bunin und D. S. Mereschkowski, der Flugzeugkonstrukteur I. I. Sikorski und Mitglied der St. Petersburger Akademie der Wissenschaften, der Chemiker P. I. Walden verließen Russland, da sie die Entbehrungen nicht aushalten konnten oder das neue Regime nicht akzeptierten. Gleichzeitig unterstützte ein Teil der linksradikalen Intelligenz die neue Macht, machte sich auf den Weg der professionellen Zusammenarbeit mit ihr (Naturforscher K. A. Timirjasew, Dichter W. W. Majakowski und W. J. Brjussow). Die Regierenden des Landes verstanden die Notwendigkeit, mit Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kunst zusammenzuarbeiten und ergriffen Maßnahmen, um sie in die Behörden einzubinden.

Bedingungen für die Entwicklung der Kultur während der NEP-Jahre.

Mit dem Ende des Bürgerkriegs und dem Übergang zur NEP wurden neue Tendenzen in der kulturellen Entwicklung skizziert. Unter den Bedingungen der Liberalisierung der öffentlichen Bereiche nahm die Aktivität der Intelligenz zu. Öffentliche Diskussionen wurden über die Rolle der Religion und das Schicksal der Intelligenz im neuen Russland geführt.

Die Aktivitäten der früher gegründeten wissenschaftlichen Gesellschaften (philosophische, historische) wurden wiederbelebt. Es entstanden neue öffentliche Vereinigungen - wissenschaftlich, kreativ, kulturell- bildungsorientierte. Tausende von Menschen beteiligten sich beispielsweise an der Arbeit der Internationalen Organisation zur Unterstützung der Kämpfer der Revolution (IRH), an der Schirmherrschaft von Arbeiterorganisationen, der Gesellschaft der Freunde des Radios usw.

In den großen Städten arbeiteten private und genossenschaftliche Verlage („Die Vergangenheit“, „Lichter“, Verlag von Grzhebin u. a.). In nichtstaatlichen Verlagen, von denen es 1922 über 200 gab, wurden philosophische und wirtschaftliche Zeitschriften, literarische Almanache und Sammlungen, Kinderbücher und Bildungsliteratur gedruckt. Einige der Unterhaltungsbetriebe wurden privatisiert.

Etwa 30% der Gesamtzahl der funktionierenden Kinos, Theater und Kunstschulen wurden an Kollektive und Einzelpersonen übertragen.

Die Liberalisierung des öffentlichen Lebens war inkonsequent und widersprüchlich. Die Regierenden des Landes befürchteten, dass die Meinungsfreiheit zur Ausweitung der Aktivitäten von Gegnern des Sowjetregimes führen könnte. Mit dem Ziel, der bourgeoisen Ideologie entgegenzutreten, wurden politische Schulen, Schulen für Sowjet- und Parteikader und Kommunistische Universitäten¹ organisiert.

¹ Die erste kommunistische Universität wurde 1919 in Moskau eröffnet.

Um die marxistische Philosophie zu fördern und den philosophischen Idealismus zu bekämpfen, wurde die Gesellschaft der militanten Materialisten gegründet (1924). Seit Mitte der 20er Jahre wurde die Arbeit privater Verlage, aber auch öffentlicher Organisationen, eingeschränkt. Es wurde die Kontrolle über die Presse, die Tätigkeit der Verlage und das Repertoire von Kinos und Theatern eingeführt.

Bildung und Wissenschaft.

Eine der zentralen Richtungen der Kulturpolitik war die Beseitigung des Analphabetentums in der Bevölkerung.

Am Vorabend des Oktober 1917 konnten etwa 3/4 der gesamten erwachsenen Bevölkerung Russlands weder lesen noch schreiben. Es gab besonders viele Analphabeten in ländlichen Gebieten und nationalen Regionen.

Ende 1918 begann die Umstrukturierung des öffentlichen Bildungssystems. Gymnasien, Realschulen, kirchliche Schulen und Semstwo-Schulen wurden abgeschafft. An ihrer Stelle wurde eine einzige Arbeitsschule für das ganze Land mit zwei Stufen (mit einer Ausbildungszeit von fünf und vier Jahren) geschaffen. Die Studiengebühren wurden abgeschafft.

Ende 1919 verabschiedete die Regierung ein Dekret „Über die Beseitigung des Analphabetentums in der Bevölkerung Russlands“. Das Gesetz verpflichtete alle Bürger von 8 bis 50 Jahren, die nicht lesen und schreiben konnten, das Lesen und Schreiben in ihrer Muttersprache oder in Russisch zu lernen. Diejenigen, die sich dieser Pflicht entziehen, könnten strafrechtlich verfolgt werden.

Die Allrussische Außerordentliche Kommission zur Beseitigung des Analphabetismus wurde geschaffen.

Zusammen mit dem Volkskommissariat für Bildung leitete sie die Arbeit im Land, um der Bevölkerung das Lesen und Schreiben beizubringen. In den Städten und auf dem Land wurden Alphabetisierungszentren eingerichtet, um Analphabeten das Lesen und Schreiben beizubringen. Diese Arbeit wurde jedoch durch fehlende finanzielle Mittel, schlechte Einrichtungen und einen Mangel an Lehrpersonal erschwert. Unter diesen Bedingungen leisteten öffentliche Organisationen große Hilfe bei der Bekämpfung des Analphabetismus. Im Jahr 1923 wurde der Verein „Nieder mit dem Analphabetismus“ gegründet. Über 1,2 Millionen Menschen wurden von städtischen Patenschaftsorganisationen zusammengeführt, um dem Dorf zu helfen, seine Kultur zu heben.

Unter den Bedingungen der NEP wurden die Zuweisungen für die Entwicklung des Bildungswesens und für die Beseitigung des Analphabetentums erhöht. Im Jahr 1925 verabschiedete die Regierung ein Gesetz, das die allgemeine Grundschulbildung im Lande einführte und das Schulnetz erweiterte. Die im Jahr 1926 durchgeführte Volkszählung verzeichnete einen signifikanten Anstieg der Zahl der Personen, die lesen und schreiben können. Die Zahl der über 9-Jährigen mit Lese- und Schreibkenntnissen erreichte 51,1% (1897 - 24%). Die Alphabetisierungslücke zwischen Stadt- und Landbewohnern hat sich etwas verringert.

Reformen haben die Hochschulbildung erreicht. Neue Regeln für die Zulassung zu

Universitäten wurden eingeführt. Die Einschreibung der Studenten wurde ohne Prüfungen und ohne Dokumente über die mittlere Bildung durchgeführt. Junge Menschen aus dem Arbeiter- und Bauernmilieu wurden bei der Zulassung zur Hochschulbildung bevorzugt. Mit dem Ziel, die allgemeine Bildung für Hochschulabsolventen zu verbessern, wurden 1919 Arbeiterfakultäten (ABF, Arbeiter- und Bauern-Fakultät) geschaffen. Die Reform der Hochschulbildung sollte zur Schaffung einer neuen Intelligenz der Arbeiter und Bauern beitragen.

Die Aufmerksamkeit wurde auf die Wiederherstellung des wissenschaftlichen Potentials des Landes gerichtet. Neue Forschungsinstitute wurden eröffnet. Dazu gehören das bis heute arbeitende Institut für Physik und Chemie, das Institut für Physik und Technologie (jetzt nach A. F. Joffe benannt) und das Zentrale Aerohydrodynamische Institut (ZAGI). Berühmte Wissenschaftler nahmen an der Organisation der neuen Forschungszentren teil: der große Theoretiker auf dem Gebiet der Luftfahrt N. E. Schukowski, der Physiker A. F. Joffe u. a. Die Bibliothek der Sozialistischen Akademie der Sozialwissenschaften wurde geschaffen und später in die Grundbibliothek der Sozialwissenschaften der Akademie der Wissenschaften der UdSSR umgewandelt (seit 1969 das Institut für wissenschaftliche Informationen über Sozialwissenschaften - INION). Unter den Bedingungen des Bürgerkriegs, der Hungersnot und der Ressourcenknappheit war der Ertrag der Arbeit der Forschungsinstitute gering. Die Regierung versuchte, das Leben der Wissenschaftler durch die Einführung von Verpflegungsrationen und erhöhte Gehälter zu verbessern. Aber diese Maßnahmen waren sporadisch und konnten die Notlage des wissenschaftlichen Personals nicht ändern. Erst nach dem Ende des Bürgerkriegs gab es Bedingungen für die Bildung der Wissenschaft. Neue Institute wurden im System der Russischen Akademie der Wissenschaften gegründet, die ab 1925 als Akademie der Wissenschaften der UdSSR bekannt wurde.

Literatur und Kunst.

Das künstlerische Leben der 20-er Jahre entwickelte sich komplex, in einem Kampf der künstlerischen Ansichten und Systeme. Die literarischen Gruppen der Futuristen, LEF (*Linke Front der Künste*) und Konstruktivisten gaben ihre Erklärungen ab. Was sie gemeinsam hatten, war die Auffassung von Kunst als Mittel zur Veränderung der Welt. Die Schriftsteller und Dichter, die mit Proletkult gebrochen hatten (M. P. Gerassimow, W. W. Kasin, I. N. Sadofjew u. a.), organisierten die literarische Vereinigung „Die Schmiede“ (benannt nach der gleichnamigen Zeitschrift). Die Gruppe erklärte, die einzige Organisation zu sein, die die Interessen der revolutionären Arbeiterklasse zum Ausdruck bringt.

Anfang der 20er Jahre entstanden die russischen und Moskauer proletarischen Schriftstellervereinigungen (RAPP und MAPP).

Die Leiter beider Organisationen sahen eine der Aufgaben der von ihnen vereinigten Schriftsteller darin, den Leser zu den „kommunistischen Aufgaben des Proletariats“ zu beeinflussen.

Identische Prozesse fanden im Bereich des Musiklebens statt. Die Russische Assoziation proletarischer Musiker (RAPM) setzte sich dafür ein, dass sich in den Werken der Komponisten Themen widerspiegeln, die mit der Schaffung einer neuen Gesellschaft zusammenhängen. Die Assoziationen waren gegenüber den sogenannten nichtproletarischen Schriftstellern und Komponisten intolerant. Der Kampf um die

„Reinheit“ der proletarischen Kunst wurde von der Russischen Vereinigung proletarischer Künstler (RAPCH) geführt.

Die Musiker, Schriftsteller und Künstler, die Mitglieder der proletarischen Künstlergruppen waren, versuchten, in ihren Werken die gegenwärtige Realität zu reflektieren.

Auf Kunstaussstellungen wurden Gemälde „Schwerindustrie“ J. I. Pimenow und „Tatschanka“ M. B. Grekow gezeigt.

Die Theater inszenierten die politische Operette „Weiß und Schwarz“ von W. Schmidtgoß und S. Timoschenko; „Mysterium buffo“ W. Majakowski.

Kunstschaffende versuchten, auf der Theaterbühne Agitations- und Propagandaformen zu etablieren.

Die Suche nach einem neuen spektakulären Theater spiegelte sich am stärksten in den Produktionen von Regisseur W. E. Meyerhold wider.

Viele Schriftsteller und Dramatiker der 20er Jahre wandten sich der historischen Vergangenheit des Landes zu (Romane von A. P. Tschapygin „Rasin Stepan“ und O. D. Forsch „Verkleidet in Stein“).

Das Thema des Bürgerkriegs nahm einen großen Platz in den Werken des Schriftstellers M. A. Bulgakow (Roman „Die weiße Garde“, Theaterstück „Die Flucht“) und des Dramatikers K. A. Trenjow (Stück „Ljubow Jarowaja“) ein. Eine interne Umstrukturierung fand in der Dichtung von S. A. Jessenin und N. N. Assejew statt. Das Thema des alltäglichen Lebens war fest in ihren Werken verankert.

Ende der 20er Jahre wurde ein neues Thema in der Arbeit des überwiegenden Teils der künstlerischen Intelligenz fest definiert. Es war eine Abkehr von der früheren negativen Einstellung zu allen früheren Künsten.

DAS KULTURELLE LEBEN ENDE DER 20ER - 30ER JAHRE

Ideologisierung der Kultur.

Seit dem Ende der 20er Jahre hat sich die Kontrolle der staatlichen Behörden über die Entwicklung des geistigen Lebens der Gesellschaft verstärkt. Die Struktur der Kulturverwaltungsorgane änderte sich. Die Leitung der einzelnen Zweige wurde den Fachausschüssen (für Hochschulbildung, für Hörfunkversorgung und Rundfunk usw.) übertragen.

Zum neuen Volkskommissar für Bildung wurde A. S. Bubnow ernannt, der zuvor für die Arbeiter- und Bauern Rote Armee zuständig gewesen war. Die Perspektiven der Kulturentwicklung wurden durch die fünfjährigen volkswirtschaftlichen Pläne bestimmt. Die Diskussion über den kulturellen Aufbau fand auf den Kongressen und Plenen des Zentralkomitees der Partei statt. Die Arbeit zur Überwindung der bürgerlichen Ideologie und zur Verankerung des Marxismus in den Köpfen der Menschen war von großer Bedeutung in der Tätigkeit der Partei- und Staatsorgane.

Die Hauptrolle im sich entfaltenden gesellschaftspolitischen Kampf wurde den Sozialwissenschaften, der Presse, der Literatur und der Kunst zugewiesen.

Die Beschlüsse des ZK der Partei „Über die Zeitschrift 'Unter dem Banner des Marxismus'“ und „Über die Arbeit der Kommunistischen Akademie“ (1931) umrissen die Ziele und Hauptrichtungen der Entwicklung der Sozialwissenschaften. Sie mussten

den Rückstand zwischen der Wissenschaft und der Praxis des sozialistischen Aufbaus überwinden. Die Beschlüsse formulierten die These von der „Verschärfung des Klassenkampfes an der theoretischen Front“. Es folgte die Suche nach „Klassenfeinden“ an der „historischen Front“ und an den musikalischen und literarischen „Fronten“. Den Historikern J. W. Tarle und S. F. Platonow, dem Literaturkritiker D. S. Lichatschow wurden „konterrevolutionäre Sabotage“ vorgeworfen. In den 30er Jahren wurden viele talentierte Schriftsteller, Dichter und Künstler (P. N. Wassiljew, O. E. Mandelstam u. a.) verfolgt.

Die Übertragung der Formen und Methoden des Klassenkampfes auf den Kulturbereich wirkte sich negativ auf das geistige Leben der Gesellschaft aus.

Bildung und Wissenschaft.

In den Jahren der Fünfjahrespläne der Vorkriegszeit wurde die Arbeit an der Beseitigung des Analphabetentums und der Ungebildetheit, an der Erhöhung des kulturellen Niveaus des sowjetischen Volkes fortgesetzt. Es wurde ein einheitlicher Plan erstellt, um erwachsenen Analphabeten das Lesen und Schreiben beizubringen.

1930 war ein wichtiger Meilenstein in der Arbeit zur Umwandlung der UdSSR in ein Land der Alphabetisierung.

Die obligatorische allgemeine Grundschulbildung (vierstufig) wurde eingeführt. Für den Schulbau wurden erhebliche Mittel bereitgestellt. Allein in den Jahren des zweiten Fünfjahresplans wurden in Städten und Arbeitersiedlungen mehr als 3,6 Tausend neue Schulen eröffnet. Mehr als 15.000 Schulen wurden in ländlichen Gebieten in Betrieb genommen.

Die Aufgaben der industriellen Entwicklung des Landes erforderten eine wachsende Zahl von gebildeten und qualifizierten Arbeitskräften. Gleichzeitig war das Bildungsniveau der Arbeiter niedrig: die durchschnittliche Dauer ihrer Schulausbildung betrug 3,5 Jahre.

Der Anteil der Analphabeten erreichte fast 14 %. Es klaffte eine Lücke zwischen der allgemeinen Ausbildung der Arbeiter, ihrem allgemeinen Kulturniveau und den Bedürfnissen der Volkswirtschaft. Um die Ausbildung zu verbessern, wurde ein Ausbildungsnetz eingerichtet: technische Schulen, Kurse und Zirkel zur Verbesserung der technischen Kenntnisse.

Es wurden Maßnahmen ergriffen, um das System der Mittleren Berufs- und Hochschulausbildung zu entwickeln.

Beschränkungen für „klassenfremde Elemente“ bei der Zulassung zu Hochschulen wurden abgeschafft.

Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten wurden beseitigt. Das Netzwerk der Hochschulen hat sich erweitert. Anfang der 40er Jahre gab es bereits 4,6 Tausend Universitäten im Land. Die Umsetzung der Pläne zur nationalen Wirtschaftsentwicklung erforderte eine verstärkte Ausbildung von Fachkräften für alle Wirtschaftsbereiche. In der Zeit von 1928 - 1940 wuchs die Zahl der Fachleute mit Hochschulbildung von 233 Tausend auf 909 Tausend, mit mittlerer Fachbildung - von 288 Tausend auf 1,5 Millionen.

Eines der Merkmale des öffentlichen Bewusstseins der 30-er Jahre, das sich in der

Entwicklung der höheren und mittleren Schulen widerspiegelt, war das Verständnis dieser Zeit als eine bestimmte Stufe der nationalen Geschichte. Der Rat der Volkskommissare der UdSSR und das ZK der KPdSU(B) verabschiedeten ein Dekret über den Unterricht in bürgerlicher Geschichte an Schulen (1934). Auf seiner Grundlage wurden die historischen Fakultäten an den Moskauer und Leningrader Universitäten wiederhergestellt. Ein weiteres Dekret befasste sich mit der Erstellung von Geschichtslehrbüchern.

Die Arbeiten zur Schaffung von Forschungszentren wurden fortgesetzt, und die Industriewissenschaften entwickelten sich weiter. In Moskau wurden Institute für organische Chemie, Geophysik und die nach Lenin benannte Allunionsakademie für Landwirtschaftswissenschaften (WASChNIL) eröffnet. Studien wurden zu den Problemen der Mikrophysik (P. L. Kapiza), der Halbleiterphysik (A. F. Joffe), des Atomkerns (I. W. Kurtschatow, G. N. Fljorow, A. I. Alichanow u. a.) durchgeführt. K. E. Ziolkowskis Arbeiten auf dem Gebiet der Raketentechnik wurden zur wissenschaftlichen Grundlage für den Bau der ersten Versuchsraketen. Die Forschungen des Wissenschaftlers und Chemikers S. W. Lebedew ermöglichten es, eine industrielle Methode zur Herstellung von Synthesekautschuk zu organisieren. Kurz vor Beginn des Großen Vaterländischen Krieges wurden unter der Führung von A. P. Alexandrow Methoden zum Schutz von Schiffen vor magnetischen Minen entwickelt.

In den Regionen der RSFSR und Unionsrepubliken wurden Zweigstellen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Forschungsinstitute geschaffen. In der zweiten Hälfte der 30er Jahre waren mehr als 850 Forschungsinstitute und ihre Zweigstellen im Lande tätig.

Künstlerisches Leben.

Ab der zweiten Hälfte der 20er Jahre wurden Literatur und Kunst als eines der Mittel der kommunistischen Aufklärung und Erziehung der Massen angesehen. Das erklärte die Intensivierung des Kampfes gegen „konterrevolutionäre“ Ideen und „bourgeoise Theorien“ im Bereich des künstlerischen Lebens.

In der zweiten Hälfte der 20er Jahre stieg die Zahl der literarischen Vereinigungen. Die Gruppen „Der Pass“, „Lef“ (Linke Kunstfront), der Allrussische Schriftstellerverband, der Verband der Bauernschriftsteller, das Literarische Zentrum der Konstruktivisten (LZK) u. a. waren aktiv.

Sie hielten ihre eigenen Kongresse ab, hatten ihre eigenen Druckorgane.

Einige der größten literarischen Gruppen gründeten den Verband der Vereinigten Sowjetischen Schriftsteller (FOSP). Eine ihrer Aufgaben war es, zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft beizutragen.

In der Literatur dieser Jahre wurde das Thema Arbeit entwickelt.

Insbesondere wurden Romane von F. W. Gladkow „Zement“ und F. I. Panfjorow „Dachse“, Skizzen von K. G. Paustowski „Kara-Bugaz“ und „Die Kolchis“ veröffentlicht.

Im Jahr 1932 verabschiedete das Zentralkomitee der KPdSU(B) ein Dekret „Über die Umstrukturierung der literarischen und künstlerischen Organisationen“.

Dementsprechend wurden alle literarischen Gruppen abgeschafft. Schriftsteller und Dichter waren in einer einzigen schöpferischen Vereinigung vereint (sie zählte 2,5 Tausend Personen). Im August 1934 fand der I. Allunionskongress der sowjetischen

Schriftsteller statt. A. M. Gorki hielt einen Vortrag über die Aufgaben der Literatur. Im Anschluss an den Allunionskongress der Schriftsteller wurden in einigen Unionsrepubliken Schriftstellerverbände gegründet.

A. M. Gorki und A. A. Fadejew gehörten zu den (СП = *современный писатель*) modernen Schriftstellern der Sowjetunion in den 30er Jahren. Der Verband der sowjetischen Komponisten wurde gegründet. Mit dem Aufkommen der Kreativgewerkschaften wurde die relative Freiheit des künstlerischen Schaffens abgeschafft. Fragen der Literatur und Kunst wurden auf den Seiten von Zeitungen als eine Angelegenheit von grundlegender Bedeutung diskutiert. Die wichtigste Schaffungsmethode der Literatur und Kunst wurde der sozialistische Realismus, dessen wichtigstes Prinzip die Parteilichkeit war.

Die Regulierung des künstlerischen Schaffens hemmte die Entwicklung von Literatur, Malerei, Theater und Musik, hielt sie aber nicht auf.

Die Musikkultur dieser Jahre wurde durch die Werke von D. D. Schostakowitsch (die Opern „Die Nase“ und „Katerina Ismailowa“), S. S. Prokofjew (die Oper „Semjon Kotko“) u. a. vertreten.

An der Wende der 20 - 30er Jahre kam eine neue Generation von Dichtern und Komponisten zur Literatur und Kunst.

Viele von ihnen waren an der Entwicklung des Liederschaffens beteiligt. Die Autoren der Lieder waren Dichter W. I. Lebedew-Kumatsch, M. W. Issakowski, A. A. Prokofjew. Die Komponisten I. O. Dunajewski, die Gebrüder Pokrass und A. W. Alexandrow arbeiteten im Liedgenre. Die Poesie von A. A. Achmatowa, B. L. Pasternak, K. M. Simonow, W. A. Lugowski, N. S. Tichonow, B. P. Kornilow, A. A. Prokofjew fand in den dreißiger Jahren breite Anerkennung. Die besten Traditionen der russischen Poesie wurden in seinen Werken von P. N. Wassiljew (die Gedichte „Christoljubowoer Kattun“ und „Salzsäure Rebellion“) und A. T. Twardowski (das Gedicht „Das Land Murawija“) fortgesetzt. Eine bemerkenswerte Erscheinung im literarischen Leben waren die Werke von A. N. Tolstoi und A. A. Fadejew.

Das Interesse an der kulturellen und historischen Vergangenheit des Landes hat zugenommen. Im Jahr 1937 wurde der hundertste Todestag von A. S. Puschkin feierlich begangen. Sehr beliebt waren die Filme zu historischen Themen („Alexander Newski“ unter der Regie von S. M. Eisenstein, „Peter der Erste“ von W. M. Petrow, „Suworow“ von W. I. Pudowkin u. a.).

Die Theaterkunst erzielte bedeutende Erfolge. Im Repertoire der Theater sind die Werke der nationalen und ausländischen Klassiker, die Stücke der sowjetischen Dramatiker (N. F. Pogodin, N. R. Erdman u.a.) fest etabliert.

Unsterbliche Kreationen wurden von den Künstlern P. D. Korin und M. W. Nesterow, R. R. Falk und P. N. Filonow geschaffen.

Die Industrialisierung Ende der 20er - Anfang der 30er Jahre förderte die Entwicklung der Massenstadtplanung und die Entstehung der sowjetischen Architektur. In der Nähe der Fabriken wurden Arbeitersiedlungen mit einem System von Kultur- und Verbraucherdiensten, Schulen und Kindereinrichtungen errichtet. Kulturpaläste, Arbeiterklubs und Sanatorien wurden gebaut. An ihrer Planung nahmen die Architekten I. W. Scholtowski, I. A. Fomin, A. W. Schtschussew und die Brüder Wesnin teil. Die Architekten versuchten, neue architektonische Formen zu schaffen, die den Herausforderungen des Aufbaus einer neuen Gesellschaft gerecht werden sollten. Die

Suche nach neuen Ausdrucksmitteln führte zu öffentlichen Gebäuden, deren Aussehen einem gigantischem Zahnrad glich - das nach Rusakow benannte Haus der Kultur in Moskau (Architekt K. S. Melnikow), oder einem fünfzackigen Stern - das Theater der Roten (jetzt Russischen) Armee in Moskau (Architekten K. S. Halabjan und W. N. Simbirzew).

Die Arbeiten zum Wiederaufbau Moskaus - der Hauptstadt der UdSSR - und anderer Industriezentren weiteten sich aus. Der Wunsch, neue Lebensstädte, Gartenstädte, zu schaffen, führte in vielen Fällen zu großen Verlusten. Im Zuge der Bauarbeiten wurden die wertvollsten historischen und kulturellen Denkmäler (Sucharew-Turm und Rotes Tor in Moskau, zahlreiche Kirchen usw.) zerstört.

Die russischen Emigranten.

Ein wesentlicher Bestandteil der nationalen Kultur der 20 - 30er Jahre ist die Kreativität der künstlerischen und wissenschaftlichen Intellektuellen, die sich im Ausland wiederfanden.

Bis zum Ende des Bürgerkriegs erreichte die Zahl der Emigranten aus Sowjetrusland 1,5 Millionen Menschen.

In den folgenden Jahren setzte sich die Auswanderung fort. Fast 2/3 der Gesamtzahl derer, die Russland verließen, ließen sich in Frankreich, Deutschland und Polen nieder. Viele Auswanderer ließen sich in Nord- und Südamerika sowie in Australien nieder.

Getrennt von ihrer Heimat, versuchten sie, ihre kulturellen Traditionen zu bewahren. Im Ausland wurden mehrere russische Verlage gegründet.

In Paris, Berlin, Prag und einigen anderen Städten wurden Zeitungen und Zeitschriften in russischer Sprache gedruckt. Es wurden Bücher von I. A. Bunin, M. I. Zwetajewa, W. F. Chodassewitsch, I. W. Odojewzewa, G. W. Iwanow veröffentlicht.

Viele bedeutende Wissenschaft- Philosophen befanden sich in der Emigration. Weit entfernt von ihrer Heimat versuchten sie, den Platz und die Rolle Russlands in der Geschichte und Kultur der Menschheit zu verstehen. N. S. Trubetzkoy, L. P. Karsavin und andere, wurden zu den Begründern der eurasischen Bewegung. Das Programmdokument der Eurasier „Exodus in den Osten“ sprach von Russlands Zugehörigkeit zu zwei Kulturen und zwei Welten - Europa und Asien. Aufgrund seiner besonderen geopolitischen Position glaubten sie, dass Russland (Eurasien) eine besondere historische und kulturelle Gemeinschaft darstellte, die sich sowohl vom Osten als auch vom Westen unterschied. Eines der wissenschaftlichen Zentren der russischen Emigration war das Wirtschaftskabinet von S. N. Prokopowitsch. Die um ihn versammelten Wissenschafts-Ökonomen beschäftigten sich mit der Analyse der sozio-ökonomischen Prozesse im Sowjetrusland der 20er Jahre und veröffentlichten wissenschaftliche Arbeiten zu diesem Thema.

Viele Mitglieder der Emigration kehrten Ende der 30er Jahre in ihre Heimat zurück. Andere blieben im Ausland, und ihre Arbeit wurde in Russland erst nach mehreren Jahrzehnten bekannt.

Die Ergebnisse grundlegender Veränderungen im kulturellen Bereich waren nicht eindeutig. Infolge dieser Reformen wurden dauerhafte Werte im Bereich der geistigen und materiellen Kultur geschaffen.

Die Alphabetisierung der Bevölkerung hat zugenommen und die Zahl der Fachkräfte ist gestiegen. Gleichzeitig hatte der ideologische Druck auf das öffentliche Leben und die Regulierung der künstlerischen Kreativität einen starken Einfluss auf die Entwicklung aller Kulturbereiche.

Kapitel 37

DIE UdSSR WÄHREND DES GROSSEN VATERLÄNDISCHEN KRIEGES (1941 - 1945)

Im Jahr 1941 trat der Zweite Weltkrieg in eine neue Phase. Zu dieser Zeit hatten das faschistische Deutschland und seine Verbündeten praktisch ganz Europa erobert. Im Zusammenhang mit der Zerstörung der polnischen Staatlichkeit wurde eine gemeinsame sowjetisch-deutsche Grenze festgelegt. 1940 entwickelte die faschistische Führung den „Barbarossa“-Plan, dessen Ziel die blitzschnelle Niederlage der sowjetischen Streitkräfte und die Besetzung des europäischen Teils der Sowjetunion war.

Weitere Pläne sahen die vollständige Zerstörung der UdSSR vor. Zu diesem Zweck wurden 153 deutsche Divisionen und 37 Divisionen der Verbündeten (Finnland, Rumänien und Ungarn) in Richtung Osten konzentriert.

Sie sollten in drei Richtungen zuschlagen: zentral (Minsk - Smolensk - Moskau), nordwestlich (baltische Staaten - Leningrad) und südlich (Ukraine mit Zugang zur Schwarzmeerküste). Ein Blitzfeldzug war geplant, um den europäischen Teil der UdSSR bis zum Herbst 1941 zu erobern.

SOWJETISCH-DEUTSCHE FRONT

Der Beginn des Krieges.

Die Umsetzung des „Barbarossa“-Planes begann im Morgengrauen des 22. Juni 1941 mit umfangreichen Bombardierungen der wichtigsten industriellen und strategischen Zentren aus der Luft sowie mit einer Offensive der Bodentruppen Deutschlands und seiner Verbündeten entlang der europäischen Grenze der UdSSR (über 4,5 Tausend Kilometer). In den ersten Tagen rückten die deutschen Truppen Dutzende und Hunderte von Kilometern vor. Im mittleren Frontabschnitt wurde Anfang Juli 1941 ganz Weißrussland erobert, und die deutschen Truppen erreichten die Umgebung von Smolensk. Im Nordwesten wurde das Baltikum besetzt und am 9. September wurde

Leningrad blockiert. Im Süden besetzten Hitlers Truppen Moldawien und die Rechtsufrige Ukraine. So wurde im Herbst 1941 Hitlers Plan, das riesige Gebiet des europäischen Teils der UdSSR zu erobern, umgesetzt.

Die rasche Offensive der deutschen Truppen an der sowjetischen Front und ihre Erfolge im Sommerfeldzug waren auf viele Faktoren objektiver und subjektiver Natur zurückzuführen.

Deutschland hatte erhebliche wirtschaftliche und militärstrategische Vorteile.

Um die Sowjetunion anzugreifen, nutzte sie nicht nur ihre eigenen, sondern auch die Ressourcen der alliierten, abhängigen und besetzten Länder Europas.

Hitlers Kommando und Truppen verfügten über die Erfahrung moderner Kriegsführung und umfangreicher Offensivoperationen, die sie in der ersten Phase des Zweiten Weltkriegs gesammelt hatten. Die technische Ausrüstung der Wehrmacht (Panzer, Flugzeuge, Kommunikationsmittel u. a.) übertraf die sowjetische Ausrüstung an Mobilität und Manövrierfähigkeit erheblich.

Die Sowjetunion hatte trotz der Bemühungen während des dritten Fünfjahresplans ihre Kriegsvorbereitungen nicht abgeschlossen. Die Wiederbewaffnung der Roten Armee wurde nicht abgeschlossen. Die Militärdoktrin ging von Operationen im Feindgebiet aus.

In diesem Zusammenhang wurden die Verteidigungslinien an der alten sowjetisch-polnischen Grenze abgebaut, und die neuen wurden nicht schnell genug geschaffen.

Die größte Fehlkalkulation J. W. Stalins war sein Unglaube an den Kriegsbeginn im Sommer 1941. Deshalb waren das ganze Land und insbesondere die Armee und ihre Führung nicht darauf vorbereitet, die Aggression abzuwehren.

Dadurch wurde in den ersten Kriegstagen ein erheblicher Teil der sowjetischen Luftfahrt direkt auf den Flugplätzen zerstört. Große Einheiten der Roten Armee wurden umzingelt, zerstört oder gefangen genommen.

Unmittelbar nach dem deutschen Angriff führte die sowjetische Regierung große militärisch-politische und wirtschaftliche Maßnahmen durch, um die Aggression abzuwehren. Am 23. Juni wurde das Hauptquartier des Oberkommandos gebildet. Am 10. Juli wurde sie in Hauptquartier des Kommandos des Obersten Befehlshabers umgewandelt.

Dazu gehörten J. W. Stalin (der zum Oberbefehlshaber ernannt wurde und bald darauf zum Verteidigungskommissar), W. M. Molotow, S. M. Timoschenko, S. M. Budjonny, K. E. Woroschilow, B. M. Schaposchnikow und G. K. Schukow.

Mit der Direktive vom 29. Juni stellten der Rat der Volkskommissare der UdSSR und das ZK der KPdSU(B) eine Aufgabe für das ganze Land, alle Kräfte und Mittel zum Kampf gegen den Feind zu mobilisieren. Am 30. Juni wurde das Staatskomitee für Verteidigung (GKO) gegründet, das die gesamte Macht im Lande konzentrierte. Die Militärdoktrin wurde radikal überarbeitet, es wurde die Aufgabe gestellt, eine strategische Verteidigung zu organisieren, die Offensive der faschistischen Truppen zu zermürben und zu stoppen. In großem Umfang wurden Maßnahmen ergriffen, um die Industrie auf Kriegszustand zu bringen, die Bevölkerung für die Armee und den Bau von Verteidigungslinien zu mobilisieren.

Ende Juni - erste Julihälfte 1941 kam es zu großen defensiven Grenzschlachten (Verteidigung der Festung Brest u. a.).

Vom 16. Juli bis 15. August wurde die Verteidigung von Smolensk im mittleren Frontabschnitt fortgesetzt.

Im nordwestlicher Frontabschnitt scheiterte der deutsche Plan der Einnahme von Leningrad. Im Süden wurde die Verteidigung von Kiew bis September 1941 durchgeführt, und im Oktober - von Odessa. Hartnäckiger Widerstand der Roten Armee im Sommer - Herbst 1941 vereitelte Hitlers Plan für einen Blitzkrieg. Gleichzeitig war die Eroberung eines großen Gebietes der UdSSR mit ihren wichtigsten Industriezentren und Getreidegebieten durch die Faschisten im Herbst 1941 ein schwerer Verlust für die sowjetische Regierung.

Die Schlacht um Moskau.

Ende September - Anfang Oktober 1941 begann die deutsche Operation „Taifun“, die auf die Einnahme von Moskau abzielte. Die erste sowjetische Verteidigungslinie wurde am 5. und 6. Oktober im mittleren Frontabschnitt durchbrochen. Brjansk und Wjasma fielen. Die zweite Linie bei Moschaisk verzögerte die deutsche Offensive um mehrere Tage. Am 10. Oktober wurde G. K. Schukow zum Kommandeur der Westfront ernannt. Am 19. Oktober wurde über die Hauptstadt der Belagerungszustand verhängt. In blutigen Kämpfen gelang es der Roten Armee, den Feind aufzuhalten - die Oktoberphase von Hitlers Offensive gegen Moskau endete.

Die dreiwöchige Atempause wurde von der sowjetischen Führung genutzt, um die Verteidigung der Hauptstadt zu verstärken, die Bevölkerung in die Miliz zu mobilisieren und militärische Ausrüstung, insbesondere die Luftflotte, anzusammeln. Am 6. November fand eine feierliche Sitzung des Moskauer Rates der Arbeiterdeputierten statt, die dem Jahrestag der Oktoberrevolution gewidmet war.

Am 7. November fand auf dem Roten Platz die traditionelle Parade der Moskauer Garnisonseinheiten statt.

Zum ersten Mal nahmen auch andere Militäreinheiten teil, darunter Milizionäre, die direkt von der Parade an die Front gingen. Diese Ereignisse trugen zum patriotischen Aufschwung der Menschen bei und stärkten ihren Glauben an den Sieg.

Die zweite Phase von Hitlers Offensive gegen Moskau begann am 15. November 1941. Auf Kosten großer Verluste gelang es ihnen Ende November - Anfang Dezember, Moskau zu erreichen, es im Norden bei Dmitrow (Moskau-Wolga-Kanal), im Süden - bei Tula - halbkreisförmig zu umschließen.

An diesem Punkt geriet die deutsche Offensive ins Stocken. Die Verteidigungskämpfe der Roten Armee, in denen viele Soldaten und Milizionäre getötet wurden, wurden von der Anhäufung von Kräften auf Kosten der sibirischen Divisionen, der Luftfahrt und anderer militärischer Ausrüstung begleitet. Am 5. und 6. Dezember begann die Gegenoffensive der Roten Armee, in deren Folge der Feind aus Moskau um 100 - 250 km zurückgeworfen wurde. Kalinin, Malojaroslawez, Kaluga und andere Städte und Ortschaften wurden befreit. Hitlers Plan eines Blitzkrieges scheiterte schließlich.

Im Winter 1942 führten die Einheiten der Roten Armee eine Offensive an anderen Fronten durch. Die Blockade Leningrads zu brechen, schlug jedoch fehl. Im Süden wurden die Halbinsel Kertsch und Feodossija von den Nazis befreit. Der Sieg bei Moskau unter den Bedingungen der militärischen und technischen Überlegenheit des Gegners war das Ergebnis der heroischen Anstrengungen des Sowjetvolkes.

Sommer- Herbstfeldzug 1942.

Im Sommer 1942 stützte sich die faschistische Führung auf die Eroberung der Ölregionen des Kaukasus, der fruchtbaren Regionen Südrusslands und des industriellen Donbass. J. W. Stalin machte einen neuen strategischen Fehler bei der Einschätzung der militärischen Lage, bei der Bestimmung der Richtung des Hauptangriffs des Feindes, bei der Unterschätzung seiner Kräfte und Reserven. In dieser Hinsicht führte sein Befehl zur Offensive der Roten Armee an mehreren Fronten gleichzeitig zu schweren Niederlagen in der Nähe von Charkow und auf der Krim. Kertsch und Sewastopol gingen verloren.

Ende Juni 1942 kam es zu einer deutschen Generaloffensive.

In hartnäckigen Schlachten erreichten faschistische Truppen Woronesch, den Oberlauf des Don, und eroberten den Donbass. Dann durchbrachen sie unsere Verteidigungsanlagen zwischen dem nördlichen Donez und dem Don. Dies erlaubte Hitlers Kommando, das strategische Hauptproblem des Sommerfeldzugs 1942 zu lösen und eine breite Offensive in zwei Richtungen zu starten: im Kaukasus und im Osten - an der Wolga.

In Richtung Kaukasus drängte Ende Juli 1942 eine starke Gruppe von Hitlers Truppen über den Don. Infolgedessen wurden Rostow, Stawropol und Noworossisk erobert. Es gab heftige Kämpfe im zentralen Teil des Großen Kaukasusgebirges, wo speziell ausgebildete feindliche Alpenschützen in den Bergen operierten.

Trotz der Erfolge im kaukasischen Frontabschnitt gelang es dem faschistischen Kommando nicht, seine Hauptaufgabe zu lösen - nach Transkaukasien vorzudringen, um die Ölreserven von Baku zu beschlagnehmen.

Ende September wurde die Offensive der faschistischen Truppen im Kaukasus zum Stehen gebracht.

Nicht weniger schwierig war die Situation für die sowjetischen Befehlshaber im östlichen Frontabschnitt. Zu ihrer Deckung wurde die Stalingrader Front unter dem Kommando von Marschall S. K. Timoschenko geschaffen. Im Zusammenhang mit der gegenwärtigen kritischen Situation wurde der Befehl Nr. 227 des Oberbefehlshabers erlassen, der besagte: „Sich zurückzuziehen bedeutet, sich selbst und gleichzeitig unser Mutterland zu ruinieren“. Ende Juli 1942 versetzte der Feind unter dem Kommando von General von Paulus der Stalingrader Front einen schweren Schlag. Trotz einer erheblichen Überlegenheit der Streitkräfte gelang es den faschistischen Truppen innerhalb eines Monats, nur 60 bis 80 km vorzurücken, und sie erreichten mit großer Schwierigkeit die fernen Verteidigungslinien von Stalingrad. Im August erreichten sie die Wolga und verstärkten ihre Offensive.

Ab den ersten Septembertagen begann die heldenhafte Verteidigung Stalingrads, die schließlich bis zum Ende des Jahres 1942 andauerte. Seine Bedeutung während des Großen Vaterländischen Krieges war enorm. Während des Kampfes um die Stadt wehrten die sowjetischen Truppen unter dem Kommando der Generäle W. I. Tschuikow und M. S. Schumilow im September - November 1942 bis zu 700 feindliche Angriffe ab und hielten allen Prüfungen ehrenvoll stand. Tausende sowjetischer Patrioten zeigten sich heldenhaft in den Kämpfen um die Stadt. Infolgedessen erlitten die feindlichen Truppen in den Kämpfen um Stalingrad kolossale Verluste. Jeden Monat der Schlacht wurden etwa 250.000 neue Soldaten und Offiziere der Wehrmacht, der größte Teil der militärischen Ausrüstung, hierher geschickt. Mitte November 1942

waren die deutsch-faschistischen Truppen, die mehr als 180 Tausend Tote und 500 Tausend Verwundete verloren hatten, gezwungen, die Offensive einzustellen.

Während des Sommer- und Herbstfeldzuges gelang es den Hitlersoldaten, einen großen Teil des europäischen Teils der UdSSR zu besetzen, wo etwa 15 % der Bevölkerung lebten, 30 % der Bruttoproduktion erzeugt wurde und mehr als 45 % der Anbauflächen vorhanden waren. Es war jedoch ein Pyrrhussieg. Die Rote Armee hatte die faschistischen Horden erschöpft und ausgemergelt. Die Deutschen verloren bis zu 1 Million Soldaten und Offiziere, mehr als 20.000 Geschütze und über 1.500 Panzer. Der Feind wurde gestoppt. Der Widerstand der sowjetischen Truppen ermöglichte es, günstige Bedingungen für ihren Übergang zur Gegenoffensive bei Stalingrad zu schaffen.

Die Schlacht von Stalingrad.

Noch während der heftigen Herbstkämpfe begann das Hauptquartier des Obersten Oberkommandos, einen Plan für eine grandiose Offensivoperation zu entwickeln, die die Hauptkräfte der direkt in der Nähe von Stalingrad operierenden deutsch-faschistischen Truppen umkreisen und besiegen sollte. Einen großen Beitrag zur Vorbereitung dieser Operation, die zutreffend „Uranus“ genannt wurde, leisteten G. K. Schukow und A. M. Wassilewski. Für die Umsetzung der Aufgabe wurden drei neue Fronten geschaffen: die Südwestfront (N. F. Watutin), die Donfront (K. K. Rokossowski) und die Stalingrader Front (A. I. Jerjomenko). Insgesamt umfasste die Offensivgruppe mehr als 1 Million Menschen, 13 Tausend Geschütze und Mörser, etwa 1000 Panzer und 1500 Flugzeuge.

Am 19. November 1942 begann die Offensive der Südwest- und Donfronten. Einen Tag später rückte die Stalingrad-Front vor.

Die Offensive kam für die Deutschen unerwartet. Sie entwickelte sich blitzschnell und erfolgreich. Am 23. November 1942 kam es zu einem historischen Zusammentreffen und zur Verbindung der Südwest- und der Stalingrad-Front. Infolgedessen wurde die deutsche Gruppierung bei Stalingrad (330 Tausend Soldaten und Offiziere unter dem Kommando von General von Paulus) eingekesselt.

Das Hitlerkommando konnte sich nicht mit der Situation abfinden.

Es bildete die Heeresgruppe „Don“, bestehend aus 30 Divisionen.

Sie sollte Stalingrad angreifen, die äußere Front der Einkreisung durchbrechen und sich mit der 6. Armee von Paulus verbinden.

Ein Mitte Dezember unternommener Versuch, diese Aufgabe zu erfüllen, endete jedoch mit einer weiteren großen Niederlage für die deutschen und italienischen Streitkräfte. Ende Dezember, nachdem sie diese Verbände besiegt hatten, marschierten die sowjetischen Truppen in den Raum Kotelnikowo ein und begannen eine Offensive gegen Rostow. Dies ermöglichte es, zur endgültigen Vernichtung der eingekesselten faschistischen Truppen bei Stalingrad überzugehen. Am 2. Februar 1943 kapitulierten die Reste von Paulus' Armee.

Der Sieg in der Schlacht von Stalingrad führte zu einer breiten Offensive der Roten Armee an allen Fronten: im Januar 1943 wurde die Blockade Leningrads gebrochen; im Februar wurde der Nordkaukasus befreit; im Februar - März - im zentralen Frontabschnitt (Moskau) bewegte sich die Frontlinie 130 - 160 km zurück.

Die Schlacht von Kursk.

Im zentralen Frontabschnitt wurde nach erfolgreichen Aktionen im Frühjahr 1943 an der Frontlinie der sogenannte Kursker Bogen gebildet.

Hitlers Kommando, das die strategische Initiative zurückgewinnen wollte, entwickelte die Operation „Zitadelle“, um die Rote Armee bei Kursk zu durchbrechen und einzukesseln.

Im Gegensatz zu 1942 durchschaute die sowjetische Führung die Absichten des Feindes und schuf im Vorfeld eine tief gestaffelte Verteidigung.

Die Schlacht um den Kursk-Bogen ist die größte Schlacht des Zweiten Weltkriegs. Es wurden etwa 900.000 Menschen aus Deutschland eingesetzt, 1.500 Panzer (einschließlich der neuesten Modelle – „Tiger“, „Panther“), mehr als 2.000 Flugzeuge; von der sowjetischen Seite - mehr als 1 Million Menschen, 3400 Panzer und etwa 3.000 Flugzeuge. In der Schlacht von Kursk befahlen herausragende Kommandeure: die Marschälle G. K. Schukow und A. M. Wassilewski, die Generäle N. F. Watutin und K. K. Rokossowski. Unter dem Kommando von General I. S. Konew wurden strategische Reserven geschaffen, da der Plan des sowjetischen Kommandos den Übergang von der Verteidigung zur weiteren Offensive vorsah.

Am 5. Juli 1943 begann eine massive Offensive der deutschen Truppen. Nach beispiellosen Panzerschlachten in der Weltgeschichte (Schlacht von Prochorowka u. a.) wurde am 12. Juli der Feind gestoppt. Die Gegenoffensive der Roten Armee begann.

Infolge der Niederlage der deutsch-faschistischen Truppen bei Kursk im August 1943 eroberten die sowjetischen Truppen Orel und Belgorod. Zu Ehren dieses Sieges wurde in Moskau am 5. August ein Salut mit 12 Salven der Artillerie abgegeben. Die sowjetischen Truppen setzten die Offensive fort und versetzten den Hitlersoldaten bei der Operation Belgorod-Charkow einen vernichtenden Schlag. Im September wurden das linke Ufer der Ukraine und der Donbass befreit, im Oktober wurde der Dnjepr erzwungen und im November wurde Kiew eingenommen.

Das Ende des Krieges.

In den Jahren 1944 - 1945 erreichte die Sowjetunion eine wirtschaftliche, militärisch-strategische und politische Überlegenheit gegenüber dem Feind. Die Arbeit der sowjetischen Bevölkerung sorgte ständig für die Bedürfnisse der Front. Die strategische Initiative wurde vollständig auf die Rote Armee übertragen. Das Niveau der Planung und Durchführung größerer Kampfhandlungen ist gestiegen.

Am 6. Juni 1944 landeten die Truppen Großbritanniens und der USA unter dem Kommando von General D. Eisenhower in der Normandie. Mit der Eröffnung der zweiten Front in Europa bekamen die Beziehungen der Alliierten eine neue Qualität.

Der Widerstand der Völker in den von Deutschland besetzten Ländern verstärkte sich. Dies führte zu einer weit verbreiteten Partisanenbewegung, Aufständen, Diversion und Sabotage. Insgesamt wurde der Widerstand der Völker Europas, an dem die aus der deutschen Gefangenschaft geflohenen Sowjets teilnahmen, zu einem bedeutenden Beitrag zum Kampf gegen den Faschismus.

Die politische Einheit des deutschen Blocks wurde schwächer. Japan hat nie gegen die UdSSR gehandelt. In Regierungskreisen der Verbündeten Deutschlands (Ungarn, Bulgarien, Rumänien) reifte der Gedanke, mit ihm zu brechen. Die faschistische Diktatur B. Mussolinis wurde gestürzt. Italien kapitulierte und erklärte daraufhin Deutschland den Krieg.

Im Jahre 1944 führte die Rote Armee, aufbauend auf den vorangegangenen Erfolgen, eine Reihe von großen Operationen durch, die die Befreiung unserer Heimat vollendeten.

Im Januar wurde die 900 Tage dauernde Blockade Leningrads endgültig aufgehoben. Der nordwestliche Teil des Territoriums der UdSSR wurde befreit.

Im Januar wurde die Korsun-Schewtschenkowsker Operation durchgeführt, in deren Verlauf die sowjetischen Truppen die Rechtsufrige Ukraine und die südlichen Regionen der UdSSR (Krim, Cherson, Odessa u. a.) befreiten.

Im Sommer 1944 führte die Rote Armee eine der größten Operationen des Großen Vaterländischen Krieges („Bagration“) durch. Weißrussland wurde vollständig befreit. Dieser Sieg ebnete den Weg für den Vorstoß nach Polen, ins Baltikum und nach Ostpreußen. Mitte August 1944 erreichten die sowjetischen Armeen in westlicher Richtung die Grenze zu Deutschland.

Ende August begann die Operation Jassy-Kischinew, wodurch Moldawien befreit wurde.

Die Möglichkeit für den Rückzug aus dem Krieg wurde von Rumänien, einem verbündeten Deutschlands, geschaffen.

Diese größten Operationen im Jahr 1944 gingen mit der Befreiung anderer Gebiete der Sowjetunion einher - der Transkarpatischen Ukraine, der baltischen Staaten, der Karelischen Landenge und des Polargebiets.

Die Siege der sowjetischen Armeen im Jahr 1944 halfen den Menschen in Bulgarien, Ungarn, Jugoslawien und der Tschechoslowakei in ihrem Kampf gegen den Faschismus. In diesen Ländern wurden die pro-deutschen Regime gestürzt und patriotisch gesinnte Kräfte kamen an die Macht. Die 1943 auf dem Territorium der UdSSR gegründete polnische Armee schloss sich der Anti-Hitler-Koalition an. Der Prozess der Wiederherstellung der polnischen Staatlichkeit begann.

Das sowjetische Kommando, das die Offensive entwickelte, führte eine Reihe von Operationen außerhalb der Sowjetunion durch (Budapest, Belgrad, u. a.). Sie wurden durch die Notwendigkeit verursacht, große feindliche Gruppen in diesen Gebieten zu zerstören, um die Möglichkeit ihrer Überführung zur Verteidigung Deutschlands zu verhindern. Gleichzeitig stärkte das Eintretenlassen sowjetischer Truppen in die Länder Ost- und Südosteuropas die linken und kommunistischen Parteien in ihnen und im Allgemeinen den Einfluss der Sowjetunion in dieser Region.

Das Jahr 1944 war entscheidend für den Sieg über den Faschismus.

An der Ostfront verlor Deutschland eine riesige Menge an militärischer Ausrüstung, mehr als 1,5 Millionen Soldaten und Offiziere, sein militärisch-wirtschaftliches Potenzial wurde vollständig untergraben. Es verlor die meisten seiner besetzten Gebiete.

Zu Beginn des Jahres 1945 koordinierten die Länder der Anti-Hitler-Koalition ihre Anstrengungen für die Niederlage des faschistischen Deutschlands. An der Ostfront wurden in Folge einer gewaltigen Offensive der Roten Armee Polen, der größte Teil der Tschechoslowakei und Ungarn endgültig befreit. An der Westfront haben die Verbündeten der UdSSR trotz der erfolglosen Ardennenoperation von 1944 auch Deutschland entscheidende Niederlagen zugefügt, einen bedeutenden Teil Westeuropas befreit und sich den Grenzen Deutschlands angenähert.

Im April 1945 begannen die sowjetischen Armeen mit der Operation Berlin. Sie zielte auf die Einnahme der deutschen Hauptstadt und die endgültige Niederlage des Faschismus. Die Truppen der 1. (befehligt von Marschall G. K. Schukow), 2. (befehligt von Marschall K. K. Rokossowski) der weißrussischen und 1. ukrainischen (befehligt von Marschall I. S. Konew) Front zerstörten die feindliche Berliner Gruppierung, nahmen etwa 500.000 Menschen gefangen, eine riesige Menge an militärischer Ausrüstung und Waffen. Die faschistische Führung war völlig demoralisiert, A. Hitler beging Selbstmord.

Am Morgen des 1. Mai war die Einnahme Berlins abgeschlossen und die Rote Fahne - das Symbol des Sieges des sowjetischen Volkes - wurde über dem Reichstag (dem deutschen Parlament) gehisst.

Am 8. Mai 1945 unterzeichnete die eilig gebildete neue deutsche Regierung im Berliner Vorort Karlshorst die Akte der bedingungslosen Kapitulation.

Am 9. Mai wurden die Reste der deutschen Truppen bei Prag, der Hauptstadt der Tschechoslowakei, besiegt. Deshalb wurde der 9. Mai zum Tag des Sieges des sowjetischen Volkes im Großen Vaterländischen Krieg.

DIE SOWJETISCHE KEHRSEITE DER KRIEGSJAHRE

Die Mobilisierung zur Sicherung des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg erfolgte nicht nur an der Front, sondern auch in der Wirtschaft, Sozialpolitik und Ideologie.

Die politische Hauptparole der Partei – „Alles für die Front, alles für den Sieg!“ - hatte eine wichtige praktische Bedeutung und deckte sich mit der allgemeinen moralischen Stimmung des sowjetischen Volkes.

Der Angriff Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion löste einen starken patriotischen Aufschwung der gesamten Bevölkerung des Landes aus. Viele Sowjets traten in die Volksmiliz ein, spendeten ihr Blut, beteiligten sich an der Luftverteidigung, spendeten Geld und Schmuck für den Verteidigungsfonds. Eine große Hilfe für die Rote Armee waren Millionen von Frauen, die zum Graben von Gräben, zum Bau von Panzerabwehrgräben und anderen Verteidigungsanlagen geschickt wurden.

Mit dem Einsetzen der kalten Witterung im Winter 1941/42 wurde eine breit angelegte Aktion zur Sammlung von warmer Kleidung für die Armee gestartet: Filzmäntel, Stiefel, Handschuhe usw.

Die Wirtschaft.

In der Wirtschaftspolitik der Regierung des Landes ragen zwei Perioden heraus. Erstens: 22. Juni 1941 - Ende 1942 - die Umstrukturierung der Wirtschaft auf

Kriegsbasis unter den schwierigsten Bedingungen der Niederlage der Roten Armee und des Verlustes eines bedeutenden Teils des wirtschaftlich entwickelten europäischen Teils des Territoriums der Sowjetunion. Zweitens: 1943 - 1945 - stetig steigende militärisch-industrielle Produktion, Erreichen der wirtschaftlichen Überlegenheit gegenüber Deutschland und seinen Verbündeten, Wiederherstellung der Volkswirtschaft in den befreiten Gebieten.

Von den ersten Kriegstagen an wurden außerordentliche Maßnahmen ergriffen, um die Wirtschaft auf eine kriegstaugliche Grundlage zu stellen: es wurde ein militärökonomischer Plan für die Produktion aller Waffentypen und Munition (im Gegensatz zu den Vorjahren - monatlich und vierteljährlich) entwickelt; ein starres System der zentralisierten Verwaltung von Industrie, Transport und Landwirtschaft wurde verstärkt; es wurden spezielle Kommissariate für die Produktion bestimmter Waffentypen, das Komitee für die Versorgung der Roten Armee mit Lebensmitteln und Kleidung, der Rat für Evakuierung geschaffen.

Es wurden umfangreiche Arbeiten zur Evakuierung von Industrieunternehmen und Humanressourcen in die östlichen Regionen des Landes eingeleitet.

In den Jahren 1941 - 1942 wurden etwa 2000 Betriebe und 11 Millionen Menschen in den Ural, nach Sibirien und Zentralasien verlegt. Besonders intensiv war dieser Prozess im Sommer - Herbst 1941 und Sommer - Herbst 1942, d.h. in den schwierigsten Momenten der Kämpfe an den Fronten des Großen Vaterländischen Krieges.

Gleichzeitig wurden vor Ort die Arbeiten zur schnellen Inbetriebnahme der verlegten Anlagen aufgenommen.

Die Massenproduktion von modernen Waffen (Flugzeuge, Panzer, Artillerie, automatische Gewehre), deren Entwürfe in den Vorkriegsjahren entwickelt worden waren, begann.

Im Jahr 1942 überstieg das Volumen der industriellen Bruttoproduktion das Niveau von 1941 um das 1,5-fache.

Riesige Verluste in der Anfangszeit des Krieges hatte die Landwirtschaft zu verkraften.

Die Hauptgetreidegebiete waren vom Feind besetzt.

Die Anbauflächen und die Anzahl der Rinder verringerten sich um das Zweifache. Die landwirtschaftliche Bruttoproduktion betrug 37% des Vorkriegsniveaus. Daher wurden die bereits vor dem Krieg begonnenen Arbeiten zur Erweiterung der Anbauflächen in Sibirien, Kasachstan und Zentralasien beschleunigt.

Ende 1942 war die Umstrukturierung der Wirtschaft abgeschlossen, um den Bedürfnissen des Krieges gerecht zu werden.

In den Jahren 1941 - 1942 spielte die militärische und wirtschaftliche Hilfe der USA, einem Verbündeten der UdSSR in der Anti-Hitler-Koalition, eine wichtige Rolle. Die Lieferungen im Rahmen des so genannten Pacht-Leih-Systems¹ von Rüstungsgütern, Medikamenten und Lebensmitteln waren nicht entscheidend (nach verschiedenen Quellen von 4 bis 10 % der Industrieproduktion in unserem Land), aber sie halfen dem sowjetischen Volk in der schwierigsten Zeit des Krieges.

¹ Pacht-Leih-System ist eine Form der US-Militärhilfe an die Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition: ein währungsfreier gegenseitiger Austausch von Waren und Dienstleistungen mit Endabrechnung nach dem Krieg durch Ratenzahlungen über mehrere Jahre. Auch die britischen Lieferungen an die UdSSR

wurden von den Vereinigten Staaten bezahlt. Sie haben uns Hilfe im Wert von 9,8 Milliarden Dollar geleistet, aber nur 2,2 Millionen Dollar zurückbekommen.

Aufgrund der Unterentwicklung der heimischen Automobilindustrie waren Transportgüter (Lastwagen und Autos amerikanischer Produktion) besonders wertvoll.

In der zweiten Phase (1943 - 1945) erreichte die UdSSR einen entscheidenden Vorsprung gegenüber Deutschland in der wirtschaftlichen Entwicklung, vor allem in der Produktion von Rüstungsgütern. 7.500 Großbetriebe wurden in Betrieb genommen und sorgten für ein stetiges Wachstum der Industrieproduktion. Im Vergleich zur Vorperiode stieg das Volumen der industriellen Produktion um 38%. 1943 wurden 30.000 Flugzeuge, 24.000 Panzer und 130.000 Artilleriegeschütze aller Art hergestellt. Die Perfektionierung der Kampfausrüstung - Handfeuerwaffen (Maschinengewehr), neue Jagdflugzeuge (La-5, Jak-9), schwere Bomber (ANT-42, erhielt den Frontnamen TB-7) - wurde fortgesetzt.

Diese strategischen Bomber waren in der Lage, Berlin zu bombardieren und ohne Zwischenlandung zum Auftanken zu ihren Basen zurückzukehren.

Im Gegensatz zu den Vorkriegs- und frühen Kriegsjahren gingen die neuen Modelle der militärischen Ausrüstung direkt in die Massenproduktion.

Im August 1943 verabschiedeten der Rat der Volkskommissare der UdSSR und das ZK der KPdSU(B) eine Resolution „Über dringende Maßnahmen zur Wiederherstellung der Wirtschaft in den von der deutschen Besatzung befreiten Gebieten“. Der Wiederaufbau der zerstörten Industrie und Landwirtschaft begann auf ihrer Grundlage bereits in den Kriegsjahren.

Besonderes Augenmerk wurde auf die Bereiche Bergbau, Metallurgie und Energie in den Regionen Donbass und Dnjepr gelegt.

1944 - Anfang 1945 war die militärische Produktion auf ihrem Höhepunkt und erlangte die völlige Überlegenheit über Deutschland, dessen wirtschaftliche Lage sich stark verschlechtert hatte.

Die Bruttoproduktion übertraf das Vorkriegsniveau und die Rüstungsproduktion stieg um das Dreifache. Von besonderer Bedeutung war die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion.

Die Sozialpolitik.

Sie war auch darauf ausgerichtet, den Sieg zu sichern. In diesem Bereich wurden außergewöhnliche Maßnahmen ergriffen, die im Allgemeinen durch die Kriegsbedingungen gerechtfertigt waren. Viele Millionen Sowjetmenschen wurden an die Front mobilisiert.

Die obligatorische allgemeine militärische Ausbildung betraf 10 Millionen Menschen im Hinterland. 1942 wurde die Arbeitsmobilisierung der gesamten städtischen und ländlichen Bevölkerung eingeführt, und die Maßnahmen zur Stärkung der Arbeitsdisziplin wurden verschärft. Das Netz der Fabrikschulen (FSU) wurde ausgebaut, das etwa 2 Millionen Menschen durchliefen. Der Einsatz von Arbeitskräften für Frauen und Jugendliche in der Produktion hat erheblich zugenommen. Im Herbst 1941 wurde eine zentralisierte Verteilung von Nahrungsmitteln (Rationierungssystem) eingeführt, die es ermöglichte, Massenhunger zu vermeiden. 1942 wurden den Arbeitern und Angestellten am Stadtrand Flächen für Kollektivgärten zugewiesen.

Einen Teil der landwirtschaftlichen Produkte erhielten die Stadtbewohner in Form von Naturalien für die Arbeit (an Wochenenden) in den vorstädtischen Kolchosen. Für die Bauern wurden die Möglichkeiten des Verkaufs der Produkte ihrer Hofwirtschaft auf den Kolchosmärkten erweitert.

Zusammen mit den gerechtfertigten, harten, sozialen Maßnahmen wurden Maßnahmen ergriffen, die durch den Personenkult von J. W. Stalin hervorgerufen wurden. Illegale Verhaftungen von Bürgern wurden fortgesetzt. Sowjetische Soldaten und Offiziere, die gefangen genommen wurden, wurden zu Vaterlandsverrätern erklärt. Ganze Völker wurden deportiert - die Wolgadeutschen, Tschetschenen, Inguschen, Krimtataren, Kalmücken.

Die Ideologie.

Auf dem ideologischen Gebiet wurde die Linie der Stärkung des Patriotismus und der interethnischen Einheit der Völker der UdSSR fortgesetzt.

Die Verherrlichung der heroischen Vergangenheit der russischen und anderer Nationen, die bereits in der Vorkriegszeit begonnen hatte, hat sich deutlich verstärkt.

Neue Elemente wurden in die Propagandamethoden eingeführt. Klassen-, sozialistische Werte wurden durch verallgemeinerte Begriffe „Heimat“ und „Vaterland“ ersetzt. Die Propaganda betonte nicht mehr das Prinzip des proletarischen Internationalismus (im Mai 1943 wurde die Komintern aufgelöst). Sie basierte nun auf einem Aufruf zur Einheit aller Länder in einem gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus, unabhängig von der Art ihres gesellschaftspolitischen Systems.

Während des Krieges fand die Versöhnung und Annäherung der Sowjetmacht an die russisch-orthodoxe Kirche statt, die am 22. Juni 1941 das Volk „zum Schutz der heiligen Grenzen der Heimat“ segnete. Im Jahr 1942 wurden die größten Hierarchen an der Arbeit der Kommission zur Untersuchung von faschistischen Verbrechen beteiligt.

1943 wählte das Lokalkonzil mit der Erlaubnis von J. W. Stalin den Metropoliten Sergius zum Patriarchen ganz Russlands.

Literatur und Kunst.

Die administrativ-ideologische Kontrolle auf dem Gebiet der Literatur und Kunst wurde gelockert. Während des Krieges gingen viele Schriftsteller an die Front und wurden Kriegskorrespondenten.

Herausragende antifaschistische Werke: Gedichte von A. T. Twardowski, O. F. Bergholz und K. M. Simonow, journalistische Essays und Artikel von I. G. Orenburg, A. N. Tolstoi und M. A. Scholochow, Sinfonien von D. D. Schostakowitsch und S. S. Prokofjew, Lieder von A. W. Alexandrow, B. A. Mokroussow, W. P. Solowjow-Sedoi, M. I. Blanter, I. O. Dunajewski u. a. - hoben die Moral der Sowjetbürger, stärkten ihr Vertrauen in den Sieg, entwickelten Gefühle des Nationalstolzes und Patriotismus.

Der Film wurde besonders in den Kriegsjahren populär. Nationale Kameraleute und Regisseure hielten die wichtigsten Ereignisse an der Front fest, drehten Dokumentarfilme („Niederlage der deutschen Truppen bei Moskau“, „Leningrad im Kampf“, „Kampf um Sewastopol“, „Berlin“) und Spielfilme („Soja“, „Ein Mann aus unserer Stadt“, „Invasion“, „Sie verteidigt ihr Vaterland“, „Zwei Soldaten“ u. a.).

Bekannte Künstler von Theater, Kino und Bühne bildeten kreative Teams, die an die Front, in Krankenhäuser, Fabrikhallen und Kolchosen gingen.

An der Front wurden 440 Tausend Vorstellungen und Konzerte von 42 Tausend Künstlern gegeben.

Künstler, die das „TASS-Fenster“ entwarfen und Plakate und Karikaturen schufen, die im ganzen Land bekannt waren, spielten eine große Rolle bei der Entwicklung der Propaganda- und Massenarbeit.

Die Hauptthemen aller Kunstwerke (Literatur, Musik, Kino u. a.) waren Themen aus der heroischen Vergangenheit Russlands sowie Tatsachen, die den Mut, die Treue und die Hingabe des sowjetischen Volkes an das Land im Kampf gegen den Feind an der Front und in den besetzten Gebieten zeigten.

Die Wissenschaft.

Trotz der kriegsbedingten Schwierigkeiten und der Evakuierung vieler wissenschaftlicher, kultureller und pädagogischer Einrichtungen ins Landesinnere trugen die Wissenschaftler wesentlich zum Sieg über den Feind bei. Sie konzentrierten ihre Arbeit vor allem auf die angewandten Wissenschaften, vernachlässigten aber auch die theoretische Grundlagenforschung nicht. Sie entwickelten die Technologie zur Herstellung neuer harter Legierungen und Stähle, die für die Panzerindustrie notwendig waren; forschten auf dem Gebiet der Radiowellen und trugen zur Schaffung von einheimischen Radaren bei. L. D. Landau entwickelte die Theorie der Bewegung der Quantenflüssigkeit, für die er später den Nobelpreis erhielt.

Der nationale Aufschwung und die weitgehend erreichte gesellschaftliche Einheit waren einer der wichtigsten Faktoren, die den Sieg der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg sicherten.

VOLKSKAMPF IN DEN BESETZTEN GEBIETEN

Eine der wichtigen Voraussetzungen für den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg war der Widerstand gegen die Invasoren in den besetzten Gebieten.

Er wurde erstens durch den tiefen Patriotismus und das Gefühl der nationalen Identität des sowjetischen Volkes verursacht.

Zweitens hat die Führung des Landes gezielte Maßnahmen ergriffen, um diese Bewegung zu unterstützen und zu organisieren.

Drittens wurde der natürliche Protest durch die faschistische Idee der Minderwertigkeit der slawischen und anderen Völker der UdSSR, des wirtschaftlichen Raubes und der Ausbeutung der menschlichen Ressourcen verursacht. Die „Ostpolitik“ Deutschlands, die auf die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem bolschewistischen Regime und den nationalen Widersprüchen kalkulierte, scheiterte völlig. Die brutale Haltung des deutschen Kommandos gegenüber den sowjetischen Kriegsgefangenen, der extreme Antisemitismus, die Massenvernichtung von Juden und anderen Völkern, die Hinrichtung von einfachen Kommunisten und Partei- und Staatsfunktionären aller Ränge - all das verstärkte den Hass des sowjetischen Volkes auf die Invasoren. Nur

ein kleiner Teil der Bevölkerung (vor allem in den vor dem Krieg zwangsweise an die Sowjetunion angegliederten Gebieten) war bereit, mit den Besatzern zu kooperieren.

Der Widerstand entwickelte sich in verschiedenen Formen: spezielle Gruppen des NKWD (*Innenministerium der UdSSR*), die im Rücken des Feindes agierten, Partisanenkommandos, Untergrundorganisationen in eroberten Städten u. a. Viele von ihnen wurden von den regionalen Untergrundkomitees und Bezirkskomitees der KPdSU(B) geleitet. Sie standen vor der Aufgabe, den Glauben an die Unveränderlichkeit der Sowjetmacht aufrechtzuerhalten, die Moral des Volkes zu stärken und den Kampf in den besetzten Gebieten zu verstärken.

Ende Juni - Anfang Juli 1941 verabschiedeten der Rat der Volkskommissare und das ZK der KPdSU(B) Beschlüsse über die Organisation des Kampfes im Rücken der deutschen Truppen. Bis Ende 1941 operierten mehr als zweitausend Partisanenabteilungen mit mehr als 100.000 Menschen auf dem von den deutschen faschistischen Truppen besetzten Gebiet unter äußerst schwierigen Bedingungen, ohne Erfahrung mit Untergrundkämpfen.

Im Mai 1942 wurde unter dem Obersten Kommando das Zentralhauptquartier der Partisanenbewegung unter der Leitung von P. K. Ponomarenko geschaffen, um die Partisaneneinheiten zu koordinieren, sie mit Waffen, Munition, Lebensmitteln und Medikamenten zu versorgen und den Transport der Kranken und Verwundeten auf das Festland zu organisieren. Die Kommandeure der aktiven Armee leisteten den Partisanenabteilungen erhebliche Hilfe. Infolgedessen wurden riesige Territorien im Rücken des Feindes befreit und Partisanengebiete (in Weißrussland und der Russischen Föderation) geschaffen. Zur Unterdrückung der Partisanen war das Hitler-Kommando gezwungen, 22 Divisionen zu entsenden.

Die Partisanenbewegung erreichte ihren Höhepunkt im Jahr 1943. Ihre Besonderheit war die Vergrößerung der Partisanenformationen (in Regimenter, Brigaden) und die Abstimmung der Aktionen mit den allgemeinen Plänen des sowjetischen Kommandos. Von August bis September 1943 stellten Partisanen mit den Operationen „Schienenkrieg“ und „Konzert“ lange Zeit mehr als zweitausend Kilometer Kommunikationsleitungen, Brücken und verschiedene Arten von Eisenbahnausrüstung hinter feindlichen Linien außer Betrieb. Dies bot den sowjetischen Truppen während der Schlachten in der Nähe von Kursk, Orel und Charkow erhebliche Unterstützung. Gleichzeitig wurde hinter den feindlichen Linien ein Karpatenüberfall unter dem Kommando von S. A. Kowpak durchgeführt, der für die allgemeine patriotische Erhebung der Bevölkerung in den westlichen Teilen der Ukraine sehr wichtig war.

Im Jahr 1944 spielte die Partisanenbewegung eine wichtige Rolle bei der Befreiung Weißrusslands und die Rechtsufrige Ukraine. Als das Gebiet der Sowjetunion befreit wurde, schlossen sich Partisanenabteilungen der aktiven Armee an. Ein Teil der Partisanenverbände wurde nach Polen und in die Slowakei verlegt.

Der selbstlose Kampf des sowjetischen Volkes hinter den feindlichen Linien war einer der wichtigen Faktoren, die den Sieg der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg sicherten.

AUSSENPOLITIK DER UdSSR WÄHREND DES KRIEGES

In den ersten Monaten des Großen Vaterländischen Krieges begann sich die Anti-Hitler-Koalition in der UdSSR, in Großbritannien und später in den USA aktiv zu bilden. Das waren ihre wichtigsten Teilnehmer, denen sich auch andere Länder anschlossen. Die Koalition basierte auf der gemeinsamen Idee, gegen den Faschismus zu kämpfen und die Souveränität und Unabhängigkeit ihrer Staaten zu bewahren. Die westlichen Demokratien verstanden, trotz ihres Hasses auf das sowjetische System, die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der UdSSR. So kamen sich völlig unterschiedliche, gesellschaftspolitische Systeme angesichts einer gemeinsamen Gefahr näher.

Jede Seite verfolgte ihre eigenen politischen Ziele. Dies führte zu dem komplexen und widersprüchlichen Charakter ihrer Zusammenarbeit.

Die Sowjetunion bemühte sich, aus der internationalen Isolation herauszukommen, und war bereit, die Hilfe westlicher Länder anzunehmen, um Hitlers Aggression abzuwehren.

Der Westen beabsichtigte, das menschliche Potential der Sowjetunion zu maximieren, um den Sieg zu erreichen. Deshalb wurde die Frage der Eröffnung der Zweiten Front, d. h. die direkte Beteiligung Großbritanniens und der USA an großangelegten Kampfhandlungen gegen Deutschland in Richtung Mitteleuropa (in Frankreich und Belgien) zum Hauptgegenstand der Verhandlungen zwischen den Alliierten.

Die Moskauer Konferenz.

Im Herbst 1941 fand die Moskauer Alliiertenkonferenz statt.

Die UdSSR, England und die Vereinigten Staaten erwogen einen Plan für wirtschaftliche Lieferungen an die UdSSR. In den Jahren 1941 - 1942 schloss die Sowjetregierung mit der Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien und Frankreich (deren Emigrantenregierungen in London) Vereinbarungen über den gemeinsamen Kampf gegen den faschistischen Block und die künftigen Konturen der Nachkriegsordnung Europas.

Am 1. Januar 1942 unterzeichneten 26 Nationen der Welt die Erklärung der Vereinten Nationen. Dies bedeutete die Bildung einer Koalition, die von der UdSSR, Großbritannien und den USA gegen den deutschen Block geführt wurde. Die Frage der Eröffnung einer zweiten Front in den Jahren 1941 - 1942 konnte jedoch trotz der diplomatischen Bemühungen der Sowjetunion nicht geklärt werden. Die Verbündeten der Sowjetunion zogen es vor, am äußeren Frontabschnitt des Zweiten Weltkriegs zu operieren und ihre Positionen im Nahen Osten, in Zentralasien und im Pazifik zu stärken.

Die Landung der anglo-amerikanischen Truppen in Nordfrankreich verzögerte sich weiter.

Konferenz von Teheran.

Ende 1943 fand das erste Treffen der drei Führer der führenden Mächte der Anti-Hitler-Koalition (J. W. Stalin, W. Churchill, F. Roosevelt) statt - die Teheran-Konferenz.

Die Bedingungen der unterzeichneten Abkommen wurden weitgehend von den großen

militärischen Erfolgen der UdSSR im Sommer - Herbst 1943 diktiert. Die USA und Großbritannien gaben die Zusage, die zweite Front in Nordfrankreich spätestens im Mai 1944 zu eröffnen.

Einige Fragen der Nachkriegsordnung Europas wurden besprochen.

Die Alliierten beschlossen, Teile Ostpreußens (heute Gebiet Kaliningrad der Russischen Föderation) an die UdSSR zu übergeben.

Vereinbart wurde die Wiederherstellung eines unabhängigen Polen innerhalb der Grenzen 1918. Die wichtige strategische Lage Polens direkt an der Grenze zur UdSSR gab Anlass zu ständigen Diskussionen über sein künftiges Schicksal. Österreich und Ungarn wurden nach Kriegsende zu unabhängigen und freien Staaten erklärt. Die Alliierten erkannten die Angliederung des Baltikums an die UdSSR an und verrieten seine Völker wegen ihrer eigenen Interessen. Die Entscheidung über die zukünftige Gestaltung von Deutschland wurde vertagt.

Im Gegenzug für diese Zugeständnisse erklärte sich die UdSSR bereit, den USA im Fernen Osten beizustehen und Japan spätestens 3 Monate nach dem Ende der Feindseligkeiten in Europa den Krieg zu erklären.

In Umsetzung der Beschlüsse der Konferenz von Teheran und im Rahmen einer mächtigen und entscheidenden Offensive der Roten Armee an der Ostfront (mit Zugriff auf den Balkan und die osteuropäischen Länder) landeten am 6. Juni 1944 alliierte Truppen nach der Überquerung des Ärmelkanals und der Straße von Calais in der Normandie (Operation „Overlord“). Die Befreiung Frankreichs beginnt.

Konferenz von Jalta.

In der Endphase des Zweiten Weltkriegs, als der Sieg über Deutschland außer Zweifel stand, wurde die Konferenz von Jalta abgehalten (Februar 1945). Sie entschied über die Nachkriegsordnung Europas.

Deutschland wurde von den Alliierten in vier Besatzungszonen aufgeteilt: britische, amerikanische, sowjetische und französische. Die Forderung der UdSSR nach deutschen Reparationen in Höhe von 10 Milliarden Dollar wurde als legitim anerkannt. Sie sollten in Form von Waren- und Kapitalexporten sowie durch den Einsatz von Arbeitskräften erfolgen. (Dieser Beschluss der Jalta-Konferenz wurde nicht vollständig umgesetzt. Darüber hinaus wurden veraltete und überholte Geräte in die UdSSR exportiert, was die Modernisierung der sowjetischen Wirtschaft behinderte).

Auf der Grundlage der Beschlüsse der Konferenz von Jalta verstärkte die Sowjetunion ihre Positionen in Polen, der Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien.

Auf der Konferenz bekräftigte die Sowjetunion ihr Versprechen, in den Krieg mit Japan einzutreten, und erhielt im Gegenzug die Zustimmung der Alliierten zur Annexion der Kurileninseln und Süd-Sachalins.

Es wurde beschlossen, die Vereinten Nationen (UN) zu gründen.

Die Sowjetunion erhielt darin drei Plätze - für die RSFSR, die Ukraine und Weißrussland, also jene Republiken, die die Hauptlast des Krieges trugen und die

größten wirtschaftlichen Verluste und Menschenopfer zu beklagen hatten.

Die Potsdamer Konferenz.

Die Potsdamer (Berliner) Konferenz fand vom 17. Juli bis 2. August 1945 statt. Ihre Aufgabe war es, die globalen Probleme der Nachkriegszeit zu lösen.

Die sowjetische Delegation wurde von J. W. Stalin geleitet, die amerikanische Delegation von H. Truman (dem neuen US-Präsidenten), die britische Delegation - zuerst W. Churchill, dann sein Nachfolger als Premierminister, C. Attlee.

Die Konferenzteilnehmer entwickelten Grundsätze zur Umsetzung der Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands - einen Plan zur Ausrottung des deutschen Militarismus und Nationalsozialismus.

Er beinhaltete die Zerschlagung der deutschen Kriegsindustrie, das Verbot der deutschen nationalsozialistischen Partei und der NS-Propaganda sowie die Bestrafung von Kriegsverbrechern. Man einigte sich auf Reparationen aus Deutschland (ein Drittel zugunsten der Sowjetunion).

Die Konferenz befasste sich mit einer Reihe von territorialen und politischen Fragen. Königsberg (die Hauptstadt Ostpreußens) wurde an die UdSSR übertragen. Das Territorium Polens wurde im Westen auf Kosten Deutschlands erheblich erweitert (die polnisch - deutsche Grenze wurde an den Flüssen Oder - Neiße festgelegt).

Es wurden die Grundlagen für die Unterzeichnung einer Reihe von Friedensverträgen gelegt, die die geopolitischen Interessen der UdSSR berücksichtigten und ihre 1939 festgelegten Grenzen bestätigten.

Die Potsdamer Beschlüsse wurden nur teilweise umgesetzt, denn Ende 1945 und Anfang 1946 kam es zu einer erheblichen Divergenz zwischen den ehemaligen Alliierten. Ab 1946 begann die Ära des Kalten Krieges in den internationalen Beziehungen - es entstand der sogenannte „Eiserne Vorhang“, eine verschärfte Konfrontation zwischen den beiden gesellschaftspolitischen Systemen.

Die Teilnahme der UdSSR am Krieg gegen Japan.

Aufgrund der auf den Konferenzen von Teheran und Jalta getroffenen Vereinbarungen erklärte die UdSSR am 8. August 1945 Japan den Krieg. Zu diesem Zeitpunkt waren seine militärischen und wirtschaftlichen Fähigkeiten durch die Alliierten im Pazifik bereits stark geschwächt. Für moralischen und psychologischen Terror sorgten die Atombombenabwürfe auf Hiroshima (6. August) und Nagasaki (9. August) in Japan durch die USA, die weder militärisch noch strategisch sinnvoll waren. Mehr als 100 Tausend Menschen wurden getötet und etwa eine halbe Million Zivilisten wurden verletzt.

Gleichzeitig hielt Japan immer noch beträchtliche Kräfte auf dem Territorium der Mandschurei, Nordostchinas, Sachalins und der Kurilen-Inseln, wo sich militärische Operationen zwischen ihm und der UdSSR abspielten. Im Sommer 1945 stellte das sowjetische Kommando einen bedeutenden Vorsprung an Mannstärke und Ausrüstung gegenüber der japanischen Kwantung-Armee im Osten fest. Folglich hat Japan innerhalb eines Monats eine vernichtende Niederlage erlitten. Sowjetische Truppen besetzten die Mandschurei, Sachalin, die Kurilen-Inseln, Nordost-China und Korea.

Am 2. September 1945 unterzeichneten die Vertreter Japans in der Bucht von Tokio an Bord des amerikanischen Kriegsschiffes „Missouri“ den Akt der bedingungslosen Kapitulation. Er bildete die Grundlage für die Entmilitarisierung Japans. Die Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde durch Japan bedeutete das Ende des Zweiten Weltkriegs.

Der Nürnberger Prozess.

Noch während des Krieges warfen die Alliierten die Frage auf, ob die Führer des nationalsozialistischen Deutschlands, die den Zweiten Weltkrieg ausgelöst hatten, bestraft werden müssen. Sie wurde erstmals in der Erklärung der Regierung der UdSSR und der Polnischen Republik (Londoner Regierung) im Dezember 1941 proklamiert, in der Moskauer Deklaration der UdSSR, der USA und Großbritanniens 1943 verankert und auf der Konferenz von Jalta 1945 bestätigt.

Im Zusammenhang mit diesen Entscheidungen fand nach der Kapitulation Deutschlands in Nürnberg von Dezember 1945 bis Oktober 1946 der Prozess gegen die Führer des Dritten Reiches statt. Er wurde von einem speziell geschaffenen Internationalen Militärgerichtshof der siegreichen Länder durchgeführt. Die politischen und militärischen Führer des faschistischen Deutschlands - Göring, Hess, Ribbentrop, Kaltenbrunner, Keitel u. a. - wurden vor Gericht gestellt. Eine Anklage wurde auch gegen führende Industrielle (Schacht, Speer, G. Krupp u. a.) erhoben, die eine herausragende Rolle bei der Unterstützung des Faschismus und der Militarisierung Deutschlands spielten. Sie alle wurden der Organisation und Durchführung einer Verschwörung gegen den Frieden und die Menschlichkeit angeklagt: Entfesselung des totalen Krieges, Ermordung und grausame Behandlung von Kriegsgefangenen in Konzentrationslagern, Plünderung von öffentlichem und privatem Eigentum, ganz allgemein - Begehung schwerster Kriegsverbrechen. Angeklagt wurden auch Organisationen: die Nationalsozialistische Partei, die Sturmabteilung (SA) und die Sicherheitskommandos (SS), der Sicherheitsdienst (SD) und die Geheimpolizei (Gestapo). Das Gericht prüfte schriftliche Zeugnisse und Tausende dokumentarischer Beweise über die Gräueltaten der Faschisten.

Anfang Oktober 1946 wurde das Urteil verkündet. Tatsächlich wurden alle Angeklagten der Verschwörung zur Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen, der verbrecherischen Aggression gegen Österreich, die Tschechoslowakei, Polen, Dänemark, Norwegen, Belgien, Jugoslawien, Griechenland, die UdSSR und einige andere Länder für schuldig befunden.

Die Haupttäter wurden zum Tode und die anderen zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Das Gericht erkannte die SS, die Gestapo, den SD und die Führung der NSDAP als kriminelle Organisationen an.

Der Nürnberger Prozess ist das erste Gericht in der Weltgeschichte, das Aggression als schwerwiegendste Straftat anerkennt und Staatsmänner bestraft, die sich der Vorbereitung, Auslösung und Durchführung aggressiver Kriege als Kriminelle schuldig gemacht haben.

Die vom Internationalen Gerichtshof aufgestellten und im Urteilspruch zum Ausdruck gebrachten Prinzipien wurden 1946 durch eine Resolution der UN-

Generalversammlung bekräftigt.

Kapitel 38

WIEDERAUFBAU NACH DEM KRIEG UND ENTWICKLUNG DER USSR (1945 - 1952)

Mit dem Ende des Großen Vaterländischen Krieges hatte das sowjetische Volk die Möglichkeit, eine friedliche und konstruktive Arbeit zu beginnen. Hunderte von zerstörten Städten und Siedlungen sollten wiederbelebt, Eisenbahnen und Industriebetriebe wiederhergestellt, der Lebensstandard der Menschen verbessert werden. Die Hauptprioritäten und -richtungen der Entwicklung des Landes wurden, wie in den Vorkriegsjahren, durch nationale Fünfjahres-Wirtschaftspläne festgelegt. Die strategische Aufgabe der Gesellschaftsentwicklung wurde von der Partei- und Staatsführung des Landes im Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft gesehen.

SOZIOÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

Übergang zum Friedensaufbau.

Die Umstrukturierung der Wirtschaft auf den Wegen der friedlichen Entwicklung wurde unter schwierigen Bedingungen durchgeführt. Der Krieg forderte zahlreiche menschliche Opfer: etwa 27 Millionen Menschen starben in den Kämpfen um die Heimat und in der Gefangenschaft der Nazis, starben an Hunger und Krankheiten. Die Kampfhandlungen auf dem Territorium des Landes verursachten einen enormen volkswirtschaftlichen Schaden: das Land verlor etwa 30 % seines Volksvermögens.

Ende Mai 1945 beschloss das Staatliche Verteidigungskomitee, einen Teil der Rüstungsbetriebe auf die Produktion von Gütern für die Bevölkerung zu übertragen. Wenig später wurde ein Gesetz zur Abschaffung von dreizehn Altersgruppen von Armeeangehörigen verabschiedet. Diese Beschlüsse markierten den Beginn des Übergangs der Sowjetunion zum Friedensaufbau. Die Struktur der staatlichen Stellen und die Formen der Verwaltung der Volkswirtschaft haben sich geändert. Im September 1945 wurde die GKO (*Staatskomitee für Verteidigung*) aufgelöst. Alle Funktionen der Regierung des Landes waren in den Händen des Rates der Volkskommissare konzentriert (im März 1946 wurde es in den Ministerrat der UdSSR umgewandelt). In Übereinstimmung mit den Friedenszielen wurden einige Militärkommissariate reorganisiert und neue Kommissariate auf ihrer Grundlage geschaffen (Kommissariat für Maschinenbau und Instrumentierung auf der Grundlage des Kommissariats für Granatwerferbewaffnung u. a.).

Maßnahmen zur Wiederaufnahme der normalen Arbeitsabläufe in Unternehmen und Institutionen wurden umgesetzt.

Obligatorische Überstunden wurden abgeschafft, der 8-Stunden-Tag und der bezahlte Jahresurlaub wurden wieder eingeführt.

Der Staatshaushalt für das III. und IV. Quartal 1945 und für 1946 wurde überarbeitet.

Die Mittel für militärische Zwecke wurden reduziert und die Ausgaben für die Entwicklung der zivilen Wirtschaftssektoren wurden erhöht. Im August 1945 erhielt das Staatliche Planungskomitee der UdSSR den Auftrag, einen Planentwurf für die Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft auszuarbeiten.

Die Umstrukturierung der Volkswirtschaft und des öffentlichen Lebens unter friedensmäßigen Bedingungen war 1946 im Wesentlichen abgeschlossen.

Im März 1946 genehmigte der Oberste Sowjet der UdSSR einen Plan zur Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft für 1946 - 1950. Er zeigte Wege zur Wiederbelebung und Weiterentwicklung der Wirtschaft auf. Das Hauptziel des Fünfjahresplans war es, die von der Besatzung betroffenen Gebiete des Landes wiederherzustellen, das Vorkriegsniveau der industriellen und landwirtschaftlichen Entwicklung zu erreichen und dann zu übertreffen (um 48% bzw. 23%).

Der Plan sah eine vorrangige Entwicklung der Schwer- und Rüstungsindustrie vor. Hier wurden erhebliche finanzielle Ressourcen, Material- und Arbeitsressourcen bereitgestellt.

Es war geplant, neue Kohleregionen zu erschließen und die metallurgische Basis im Osten des Landes zu erweitern. Eine der Bedingungen für die Erfüllung der geplanten Ziele war die maximale Nutzung des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts.

Wiederherstellung und Entwicklung der Industrie.

1946 war das schwierigste Jahr in der industriellen Entwicklung der Nachkriegszeit. Um die Betriebe auf zivile Produkte umzustellen, wurde die Produktionstechnologie geändert, neue Anlagen geschaffen und das Personal umgeschult.

In Übereinstimmung mit dem Fünfjahresplan wurden die Wiederaufbauarbeiten in der Ukraine, Weißrussland und Moldawien begonnen. Die Kohleindustrie im Donbass wurde wiederbelebt. „Saporischstal“ wurde wiederaufgebaut. Dnjeproges (*Dnjepr-Wasserkraftwerk*) wurde in Betrieb genommen. Gleichzeitig wurden neue Anlagen und Fabriken gebaut und bestehende rekonstruiert. Über 6,2 Tausend Industriebetriebe wurden während des Fünfjahreszeitraums restauriert und neu errichtet. Besonderes Augenmerk wurde auf die Entwicklung der Metallurgie, des Maschinenbaus, der Brennstoff- und Energiewirtschaft und der militärisch-industriellen Komplexe gelegt. Der Grundstein für die Kernkraft und die radioelektronische Industrie wurde gelegt. Neue Industriegiganten entstanden im Ural, in Sibirien, in den transkaukasischen und zentralasiatischen Republiken (Blei-Zink-Kombinat Ust-Kamenogorsk, Automobilwerk in Kutaissi).

Die erste Ferngasleitung des Landes, Saratow - Moskau, wurde in Betrieb genommen. Die Wasserkraftwerke Rybinsk und Suchumi wurden in Betrieb genommen.

Die Unternehmen wurden mit neuer Technologie ausgestattet. Die Mechanisierung von arbeitsintensiven Prozessen in der Eisenmetallurgie und der Kohleindustrie nahm zu. Die Elektrifizierung der Produktion wurde fortgesetzt. Bis zum Ende des Fünfjahresplans übertraf die Stromversorgung der Industrie das Niveau von 1940 um das Eineinhalbfache.

In den Republiken und Regionen, die am Vorabend des Zweiten Weltkriegs in die UdSSR aufgenommen wurden, wurde eine große Menge industrieller Arbeit geleistet. In den westlichen Regionen der Ukraine, in den baltischen Republiken wurden neue Industriezweige geschaffen, insbesondere die Gas- und Automobilindustrie, die Metall- und Elektroindustrie.

Die Torfindustrie und die Elektrizitätsindustrie wurden in West-Weißrussland entwickelt.

Die industriellen Wiederherstellungsarbeiten wurden 1948 weitgehend abgeschlossen. In einigen metallurgischen Betrieben wurden sie aber auch noch Anfang der 50er Jahre fortgesetzt. Der industrielle Massenheroismus des sowjetischen Volkes, der sich in zahlreichen Arbeitsaktionen ausdrückte (Einführung schneller Arbeitsmethoden, Bewegung für die Einsparung von Metall- und Qualitätsprodukten, Bewegung der Mehrarbeiter u. a.), trug zur erfolgreichen Umsetzung der geplanten Ziele bei. Bis zum Ende des Fünfjahresplans überstieg das Niveau der Industrieproduktion das Vorkriegsniveau um 73 %. Die vorrangige Entwicklung der Schwerindustrie, die Umverteilung von Mitteln aus der Leicht- und Lebensmittelindustrie zu ihren Gunsten führte jedoch zu einer weiteren Deformierung der Industriestruktur in Richtung der Zunahme der Produktion von Produkten der Gruppe „A“.

Die Wiederherstellung von Industrie und Verkehr und der neue industrielle Aufbau führten zum Wachstum der Arbeiterklasse. Allein in den Jahren des vierten Fünfjahresplans wuchs die Zahl der Arbeiter um 11 Millionen.

Schwierigkeiten bei der Entwicklung der Landwirtschaft.

Der Krieg hat den Zustand der Landwirtschaft schwer beeinflusst.

Die Aussaatflächen wurden weniger und die Bearbeitung der Felder hat sich verschlechtert. Die Zahl der arbeitsfähigen Bevölkerung sank um fast ein Drittel. Seit einigen Jahren wurden fast keine neuen Geräte in das Dorf geliefert. Die Situation in der Landwirtschaft wurde dadurch erschwert, dass 1946 eine schwere Dürre die Ukraine, Moldawien, die Gebiete am rechten Ufer der unteren Wolga, den Nordkaukasus und die zentralen Schwarzerdegebiete heimsuchte. In den Jahren 1947 - 1948 starben allein in der RSFSR etwa 1 Million Menschen an Hunger und den damit verbundenen Krankheiten.

Im Februar 1947 befasste sich das Plenum des Zentralkomitees der KPdSU(B) mit der Frage „Über Maßnahmen zur Hebung der Landwirtschaft in der Nachkriegszeit“.

Die wichtigsten Wege seines Aufschwungs wurden definiert: die Versorgung des Dorfes mit Traktoren, landwirtschaftlichen Maschinen und Düngemitteln, die Verbesserung der Landwirtschaftskultur. Die Aufmerksamkeit wurde auf die Notwendigkeit gelenkt, die Leitung in der Agrarsphäre der Wirtschaft zu verbessern.

Um den Plan umzusetzen, wurde die Produktion von Landmaschinen erhöht.

Es wurde daran gearbeitet, die Dörfer zu elektrifizieren. Außerordentliche Maßnahmen zur Stärkung der Kolchosen- und Sowchosen-Produktion wurden ergriffen. An der Wende der 40 - 50er Jahre kam es zu einer Konsolidierung der kleinen Kolchosen. Innerhalb weniger Jahre sank ihre Zahl von 255 auf 94 Tausend.

Neue Kolchosen entstanden in den westlichen Regionen von Weißrussland und der Ukraine, in den baltischen Republiken und in der Rechtsufrigen Moldaurepublik. Die Kollektivierung wurde mit gewaltsamen Methoden durchgeführt, begleitet von

Repressionen und Deportationen der Bevölkerung. Allein aus Litauen wurden von Mai - Juli 1948 mehr als 19,3 Tausend Bauernfamilien vertrieben, insgesamt etwa 70 Tausend Menschen.

Die Steigerung der Produktion und die Lieferung von Maschinen ins Dorf, Maßnahmen zur organisatorischen Umstrukturierung der Kolchosen änderten nichts an der schwierigen Situation in der Agrarsphäre. Die Getreidebeschaffung lag 1950 bei 32,3 Millionen Tonnen gegenüber 36,4 Millionen im Jahr 1940. Alle Produktionsaktivitäten der Kolchosen und Sowchosen standen unter der Kontrolle der Partei- und Staatsorgane. Die Steuern auf landwirtschaftliche Betriebe wurden periodisch erhöht, was zu deren Verarmung führte.

Die Maßnahmen gegen Einzelbetriebe wurden verschärft: die Abgaben aus persönlichen Parzellen wurden erhöht.

Sozioökonomische Situation Anfang der 50er Jahre.

Die Wirtschaft entwickelte sich Anfang der 50er Jahre auf der Grundlage der in der vorangegangenen Periode etablierten Tendenzen. Im fünften Fünfjahresplan (1951 - 1955) wurde nach wie vor der Schwerindustrie und insbesondere der Verteidigungsindustrie besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Die Produktion von Konsumgütern (Baumwollstoffe, Schuhe u. a.) blieb deutlich hinter den geplanten Zielen und den Bedürfnissen der Bevölkerung zurück.

Die Landwirtschaft deckte nach wie vor nicht den Rohstoffbedarf der Leicht- und Lebensmittelindustrie.

An der Wende der 40 - 50er Jahre verstärkte sich die Zentralisierung des industriellen Führungssystems.

Ministerien wurden vergrößert (Kohle, Erdölindustrie u. a.) und neue Abteilungen wurden gegründet. Dies führte zum Wachstum des Verwaltungsapparates, zu seiner Abkopplung von der Produktion.

Es wurden Maßnahmen ergriffen, um die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern.

Während des vierten Fünfjahresplans wurden die Preise für Massenkonsumgüter mehrfach gesenkt.

1947 wurde das Lebensmittelrationierungssystem aufgehoben. Zur Überwindung finanzieller Schwierigkeiten wurde eine Währungsreform durchgeführt. Mit ihrer Hilfe sollte Falschgeld, das sich während des Krieges in den besetzten Gebieten verbreitete, aus dem Verkehr gezogen werden.

Neues Geld wurde in Umlauf gebracht.

Das alte Geld in der Bevölkerung wurde im Verhältnis 10:1 umgetauscht.

In der Praxis hat die Reform dazu geführt, dass den Bürgern das Bargeld entzogen wurde.

Im Krieg zerstörte Städte und Dörfer wurden aus den Ruinen und der Asche wiederbelebt. Der Umfang des Wohnungs-, Kultur- und Hausbaus nahm zu. Allerdings blieb das Bautempo hinter dem Wachstum der städtischen Bevölkerung zurück. Anfang der 50er Jahre wurde die Wohnungsnot zu einem akuten Wohnungsproblem.

Im Jahr 1952 wurde J. W. Stalins Werk „Wirtschaftliche Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ veröffentlicht. Darin versuchte das Staatsoberhaupt, die Grundsätze der im Lande betriebenen Wirtschaftspolitik theoretisch zu begründen. Es ging um die Priorität der Entwicklung der Schwerindustrie, um die Notwendigkeit, das kooperativ-kollektive landwirtschaftliche Eigentum zu beschneiden, indem es in ein staatliches Eigentum umgewandelt wird, und um die Verringerung der Sphäre des Warenverkehrs. Die Einhaltung dieser Grundsätze sollte nach Ansicht von J. W. Stalin hohe Wachstumsraten der Volkswirtschaft in der UdSSR gewährleisten.

DAS GESELLSCHAFTSPOLITISCHE LEBEN DES LANDES

Die sowjetische Gesellschaft nach dem Krieg.

Das Ende des Großen Vaterländischen Krieges hatte erhebliche Auswirkungen auf die gesellschaftspolitische Entwicklung der Gesellschaft. Innerhalb von dreieinhalb Jahren wurden etwa 8,5 Millionen ehemalige Soldaten aus der Armee entlassen und kehrten ins zivile Leben zurück. Mehr als 4 Millionen Rückkehrer - Kriegsgefangene, Gefangene der besetzten Gebiete und einige Emigranten kehrten nach Hause zurück.

Nach den enormen Entbehrungen der Kriegszeit erwartete die Bevölkerung bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, positive Veränderungen in der Gesellschaft und eine Lockerung des politischen Regimes. Wie in den Vorjahren waren die meisten dieser Hoffnungen mit dem Namen J. W. Stalin verbunden. Am Ende des Krieges wurde J. W. Stalin von seinen Pflichten als Volksverteidigungskommissar entbunden, behielt jedoch das Amt des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare. Er war weiterhin Mitglied des Politbüros und des Organisationsbüros des Zentralkomitees der KPdSU(B). Die Autorität J. W. Stalins, die während der Kriegsjahre gewachsen war, wurde vom gesamten System des administrativ-bürokratischen und ideologischen Apparats unterstützt.

In den Jahren 1946 - 1947 wurden im Auftrag J. W. Stalins die Entwürfe der neuen Verfassung der UdSSR und des Programms der KPdSU(B) entwickelt. Der Verfassungsentwurf sah eine gewisse Entwicklung der demokratischen Prinzipien im Leben der Gesellschaft vor. So wurde gleichzeitig mit der Anerkennung der staatlichen Eigentumsform als herrschend die Existenz einer kleinen Bauernwirtschaft erlaubt, die auf persönlicher Arbeit beruht.

Im Verlauf der Diskussion des Verfassungsentwurfs in den republikanischen Parteien und der Wirtschaftsstrukturen wurden die Wünsche nach Dezentralisierung des Wirtschaftslebens geäußert.

Es wurden Vorschläge zur Ausweitung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit lokaler Verwaltungsorganisationen gemacht. Es wurde vorgeschlagen, den Programmentwurf der KPdSU(B) um eine Bestimmung zu ergänzen, die die Fristen für die wählbare Parteiarbeit einschränkt u. dgl. Alle Vorschläge wurden jedoch abgelehnt, und die Arbeit an den Entwürfen wurde daraufhin eingestellt.

Die Erwartungen der Bevölkerung an eine Veränderung zum Besseren sollten sich nicht erfüllen. Kurz nach dem Ende des Krieges unternahm die Führung des Landes Schritte zur Verschärfung der Innenpolitik.

Stärkung des bürokratischen Systems.

Die Aufgaben der Wiederaufbauperiode wurden unter den Bedingungen des in den Vorjahren etablierten weisungsorientierten Systems durchgeführt. Die Ausarbeitung aller damals vom Obersten Sowjet der UdSSR formell gebilligten Gesetzgebungsakte und Verordnungen erfolgte in den höchsten Parteiinstanzen. Die Führung aller Bereiche der Gesellschaft wurde im Sekretariat des ZK der Partei konzentriert. Hier wurden Pläne der Tätigkeit des Obersten Sowjets festgelegt, Kandidaten für die Ämter der Minister und ihrer Stellvertreter erwogen, das Oberkommando der Streitkräfte der UdSSR genehmigt.

Die meisten Fragen des wirtschaftlichen Aufbaus wurden auf den Wirtschaftssitzungen der Partei behandelt.

Die Beschlüsse des Zentralkomitees der KPdSU(B) verpflichteten die primären Parteiorganisationen, die Arbeit der Verwaltung der Industriebetriebe und Kolchosen zu überwachen, die „Fehler und Irrtümer der Wirtschaftsleiter“ aufzudecken.

Um die Produktion mit einer Belegschaft sicherzustellen, wurden mehrere Dekrete über die Verantwortung derjenigen erlassen, die sich der Arbeit entziehen. Die „Minderschweren“ sollten deportiert werden, als Orte für ihre neue Ansiedlung und Arbeit wurden die Regionen Kemerowo und Omsk sowie das Gebiet Krasnojarsk ausgewählt.

Verwaltungs- und Strafmaßnahmen gegen Kolchosbauern, die das obligatorische Minimum an Arbeitstagen nicht abgeleistet hatten, und gegen städtische „Nichtsnutze“ konnten die Situation in der Wirtschaft nicht verbessern.

Die Politik der Repression.

Die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung in der Nachkriegszeit, die sich im schwierigen Zustand der Landwirtschaft und in den häuslichen Entbehrungen der Bevölkerung manifestierten, erforderten die Entwicklung von Auswegen aus dieser Situation. Die Aufmerksamkeit der Staatsführung richtete sich jedoch nicht so sehr auf die Entwicklung effektiver Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft, sondern auf die Suche nach konkreten „Schuldigen“ für deren unbefriedigende Entwicklung. So wurden beispielsweise Störungen in der Flugzeugproduktion auf „Sabotage“ durch die Industrieführung zurückgeführt.

1946 befasste sich eine Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees der KPdSU(B) speziell mit dem „Fall“ dieser „Saboteure“ (der „Fall Schachurin, Nowikow u. a.“). Um die Wende der 40er - 50er Jahre diskutierten die Führer des Politbüros die „Fälle“ von Personen, die angeblich in der Automobilindustrie und im Moskauer Gesundheitssystem Sabotage betrieben haben („Über feindliche Elemente im SIS“, „Über die Situation im MGB und zur Sabotage im medizinischen Bereich“).

Die Fabrizierung der „Feinde des Volkes“ dauerte an. 1949 wurden die Leiter der Leningrader Parteiorganisation beschuldigt, eine parteifeindliche Gruppe gebildet und Sabotagearbeit geleistet zu haben („Leningrader Fall“).

Die Angeklagten waren Parteigrößen, sowjetische und staatliche Mitarbeiter.

Unter ihnen waren A. A. Kusnezow - Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU(B), M. N. Rodionow - Vorsitzender des Ministerrates der RSFSR u. a. Gleichzeitig wurde eine Anklage gegen N. A. Wosnessenski, den Vorsitzenden des staatlichen Planungsausschusses der UdSSR, einen prominenten Wissenschaftler und Ökonomen, erhoben. Er wurde der unbefriedigenden Führung des staatlichen Planungsausschusses, des staatsfeindlichen und parteifeindlichen Verhaltens beschuldigt. Die Organisatoren der vermeintlichen Antiparteiengruppe wurden zur

Hinrichtung verurteilt, mehrere Personen wurden zu langen Haftstrafen verurteilt.

Es wurde ein Gerichtsverfahren bezüglich der mingrelischen, nationalistischen Organisation eingeleitet, die angeblich in Georgien operierte und die Beseitigung der Sowjetmacht in der Republik zum Ziel hatte. Auf der Grundlage von gefälschten Materialien wurden eine Reihe von Parteimitarbeitern und Tausende von Bürgern unterdrückt („Fall Mingrelian“).

Im Jahr 1952 wurde der sogenannte Ärzefall fabriziert. Einer Gruppe bedeutender Mediziner, die prominenten Staatsmännern dienten, wurde vorgeworfen, an einer Spionageorganisation beteiligt gewesen zu sein und terroristische Handlungen gegen die Führer des Landes begangen zu haben.

Der schwierige Zustand der Nachkriegswirtschaft, die übermäßige Zentralisierung der Wirtschaftsführung löste bei vielen Sowjetbürgern tiefe Besorgnis aus. Das Zentralkomitee der Partei erhielt Tausende von Briefen einzelner Bürger, die über Missstände in den lokalen Behörden berichteten und Vorschläge zur Verbesserung der Situation in der Landwirtschaft machten. Es wurden Versuche unternommen, dem innenpolitischen Kurs entgegenzuwirken. So wurde in Woronesch eine illegale Jugendorganisation gegründet. Die Teilnehmer, besorgt über die wirtschaftliche Situation des Landes, kamen zu dem Schluss, dass eine Änderung der Wirtschaftspolitik notwendig sei. Die Organisation, die mehrere Dutzend Personen zählte, wurde entlarvt und ihre Führer vor Gericht gestellt.

Unter den Bedingungen des bürokratischen Systems gab es einen tiefen Widerspruch zwischen der Notwendigkeit von Veränderungen im gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Bereich und der Unfähigkeit des Staatsapparates, diese Veränderungen zu realisieren und umzusetzen.

AUSSENPOLITIK

Veränderungen auf der internationalen Ebene.

Die außenpolitischen Aktivitäten des Sowjetstaates in der zweiten Hälfte der 40er Jahre wurden in einer Atmosphäre tiefgreifender Veränderungen auf internationaler Ebene durchgeführt. Der Sieg im Vaterländischen Krieg erhöhte das Prestige der UdSSR. Im Jahr 1945 unterhielt sie diplomatische Beziehungen zu 52 Staaten (im Vergleich zu 26 in den Vorkriegsjahren).

Die Sowjetunion war aktiv an wichtigen internationalen Fragen beteiligt, vor allem an der Lösung der Nachkriegssituation in Europa.

In sieben mittel- und osteuropäischen Ländern sind linke, demokratische Kräfte an die Macht gekommen.

Die dort gebildeten neuen Regierungen wurden von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien geführt. Die Staatsschefs Albaniens, Bulgariens, Ungarns, Rumäniens, Polens, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei führten in ihren Ländern Agrarreformen, Verstaatlichungen der Großindustrie, Banken und des Verkehrs durch. Die entstandene politische Organisation der Gesellschaft wurde Volksdemokratie genannt.

Sie wurde als eine Form der proletarischen Diktatur gesehen.

Im Jahr 1947 wurde das Kommunistische Informationsbüro (Kominform) bei einem Treffen von Vertretern von neun kommunistischen Parteien in Osteuropa gegründet. Sie hatte die Aufgabe, die Aktivitäten der kommunistischen Parteien der Volksdemokratien zu koordinieren, die sich inzwischen als sozialistisch bezeichneten. In den Dokumenten des Treffens wurde die These über die Teilung der Welt in zwei Lager formuliert — imperialistisch und demokratisch, antiimperialistisch.

Die Position zweier Lager, die Konfrontation zweier Gesellschaftssysteme auf der Weltbühne, stand im Mittelpunkt der außenpolitischen Ansichten der Partei- und Staatsführung der UdSSR.

Diese Ansichten spiegelten sich vor allem in J. W. Stalins Werk „Wirtschaftliche Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ wider.

Die Arbeit enthielt auch die Schlussfolgerung über die Unvermeidlichkeit von Kriegen in der Welt, solange der Imperialismus existiert.

Zwischen der UdSSR und den osteuropäischen Ländern wurden Abkommen über Freundschaft und gegenseitige Unterstützung geschlossen. Identische Verträge verbanden die Sowjetunion mit der in Ostdeutschland gegründeten DDR, der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) und der Volksrepublik China (VRC). Das Abkommen mit China sah vor, ihm einen Kredit in Höhe von 300 Millionen Dollar zu gewähren.

Das Recht der UdSSR und Chinas auf die Nutzung der ehemaligen Ostchinesische Eisenbahn wurde bestätigt. Die Länder haben eine Vereinbarung über gemeinsame Aktionen im Falle einer Aggression durch einen der Staaten getroffen. Diplomatische Beziehungen wurden mit Staaten aufgenommen, die durch nationale Befreiungskämpfe ihre Unabhängigkeit erlangten (die sogenannten Entwicklungsländer).

Der Beginn des Kalten Krieges.

Mit dem Ende des Vaterländischen Krieges änderte sich das Verhältnis der UdSSR zu ihren ehemaligen Verbündeten in der Anti-Hitler-Koalition. „Kalter Krieg“ ist die Bezeichnung für die Außenpolitik, die beide Seiten in der zweiten Hälfte der 40er bis Anfang der 90er Jahre gegeneinander betrieben.

Er war vor allem durch feindliche politische Aktionen der Parteien gekennzeichnet. Für die Lösung der internationalen Probleme wurden die Machttechniken verwendet. Die Außenminister der UdSSR der Anfangszeit des Kalten Krieges waren W. M. Molotow und ab 1949 - A. J. Wyschinski.

Die Konfrontation zwischen den Parteien trat 1947 mit dem US-amerikanischen Marshallplan deutlich zutage. Das vom US-Außenminister J. Marshall entwickelte Programm sah die Bereitstellung wirtschaftlicher Hilfe für vom Zweiten Weltkrieg betroffene europäische Länder vor.

Die UdSSR und die Länder der Volksdemokratien wurden zu dieser Gelegenheit zur Teilnahme an der Konferenz eingeladen. Die sowjetische Regierung betrachtete den Marshallplan als eine Waffe der antisowjetischen Politik und weigerte sich, an der Konferenz teilzunehmen. Auf ihr Drängen hin verkündeten auch die zur Konferenz eingeladenen osteuropäischen Länder ihre Weigerung, sich am Marshallplan zu

beteiligen.

Eine der Erscheinungsformen des Kalten Krieges war die Bildung von politischen und militärisch-politischen Blöcken. 1949 wurde das Nordatlantische Bündnis (NATO) gegründet. Es umfasste die USA, Kanada und mehrere westeuropäische Staaten. Zwei Jahre später wurde ein militärpolitisches Bündnis zwischen den USA, Australien und Neuseeland (ANZUS (*Pazifik-Pakt*)) unterzeichnet. Die Bildung dieser Blöcke trug zur Stärkung der Position der USA in verschiedenen Regionen der Welt bei.

Unter den Bedingungen der verschärften Konfrontation in den Beziehungen der ehemaligen Verbündeten hat die Sowjetunion gegen die Propaganda eines neuen Krieges gearbeitet. Der Hauptschauplatz ihrer Tätigkeit waren die Vereinten Nationen (UN). Diese internationale Organisation wurde 1945 gegründet.

Sie vereinte 51 Staaten.

Ihr Ziel war es, Frieden und Sicherheit zu fördern und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten zu entwickeln. Auf den UN-Sitzungen machten sowjetische Vertreter Vorschläge zur Reduzierung konventioneller Waffen und zum Verbot von Atomwaffen, zum Abzug ausländischer Truppen von den Territorien fremder Länder.

Alle diese Vorschläge wurden in der Regel von Vertretern der USA und ihrer Verbündeten blockiert.

Einseitig zog die UdSSR ihre Truppen aus den Gebieten mehrerer Staaten ab, wo sie während der Kriegsjahre eingesetzt wurden.

Vertreter sowjetischer öffentlicher Organisationen nahmen aktiv an der Friedensbewegung teil, die Ende der 40er Jahre organisatorisch gegründet wurde. Mehr als 115 Millionen Bürger des Landes haben ihre Unterschriften unter dem vom Ständigen Komitee des Weltkongresses der Friedensbefürworter (1950) angenommenen Stockholmer Proklamation gestellt. Es enthielt Forderungen nach einem Verbot von Atomwaffen und der Errichtung einer internationalen Kontrolle über die Umsetzung dieser Entscheidung.

Die Konfrontation der ehemaligen Verbündeten wurde um die Wende der 40er - 50er Jahre im Zusammenhang mit dem Koreakrieg am schärfsten. 1950 versuchte die Führung der Demokratischen Volksrepublik Korea, die beiden koreanischen Staaten unter ihrer Führung zu vereinen.

Nach Ansicht der sowjetischen Führer könnte diese Vereinigung die Position des antiimperialistischen Lagers in dieser Region Asiens stärken.

Während der Vorbereitung auf den Krieg und während der militärischen Operationen leistete die Regierung der UdSSR finanzielle, militärische und technische Hilfe für Nordkorea.

Auf Drängen von J. W. Stalin sandte die Führung der VR China mehrere militärische Divisionen nach Nordkorea, um an militärischen Operationen teilzunehmen. Der Krieg wurde erst 1953 nach langen diplomatischen Verhandlungen beendet.

UdSSR und osteuropäische Länder.

Einer der wichtigsten Bereiche der Außenpolitik in den Nachkriegsjahren war der Aufbau freundschaftlicher Beziehungen zu den Ländern Osteuropas.

Die sowjetische Diplomatie unterstützte Bulgarien, Ungarn und Rumänien bei der Vorbereitung von Friedensverträgen mit ihnen (unterzeichnet in Paris 1947).

In Übereinstimmung mit den Handelsverträgen lieferte die Sowjetunion an die osteuropäischen Staaten zu günstigen Bedingungen Getreide, Rohstoffe für die Industrie und Düngemittel für die Landwirtschaft.

Im Jahr 1949 wurde eine zwischenstaatliche Wirtschaftsorganisation, der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), gegründet, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Handel zwischen den Ländern zu erweitern.

Es umfasste Albanien (bis 1961), Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien, die Tschechoslowakei und - seit 1949 - die DDR. Der Sitz des RGW -Sekretariats war in Moskau.

Einer der Gründe für die Schaffung des RGW war der Boykott der Handelsbeziehungen der westlichen Länder mit der UdSSR und den osteuropäischen Staaten.

Die Hauptrichtungen der Beziehungen zwischen der UdSSR und den osteuropäischen Ländern wurden durch bilaterale Verträge zwischen ihnen festgelegt.

Für den Fall, dass eine der beiden Parteien in Feindseligkeiten verwickelt wird, wurden militärische und andere Formen der Unterstützung vorgesehen.

Es war geplant, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu entwickeln, Konferenzen zu internationalen Fragen abzuhalten, die die Interessen der Vertragsparteien betreffen.

Schon in der Anfangsphase der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den Staaten Osteuropas waren ihre Beziehungen von Widersprüchen und Konflikten geprägt. Sie waren vor allem mit der Suche und Wahl des Weges zum Aufbau des Sozialismus in diesen Staaten verbunden. Laut den Führungspersonen einiger Länder, insbesondere W. Gomulka (Polen) und K. Gottwald (Tschechoslowakei), war der sowjetische Weg der Entwicklung nicht der einzige Weg, den Sozialismus aufzubauen. Der Wunsch der Führung der UdSSR, das sowjetische Modell des Aufbaus des Sozialismus zu billigen und ideologische und politische Konzepte zu vereinheitlichen, führte zum sowjetisch-jugoslawischen Konflikt. Der Grund dafür war die Weigerung Jugoslawiens, sich an der von der sowjetischen Führung empfohlenen Föderation mit Bulgarien zu beteiligen.

Darüber hinaus weigerte sich die jugoslawische Seite, die Bedingungen des Vertrages über obligatorische Konsultationen mit der UdSSR in Fragen der nationalen Außenpolitik zu erfüllen. Der jugoslawischen Führung wurde vorgeworfen, von der gemeinsamen Aktion mit den sozialistischen Ländern abzuweichen. Im August 1949 brach die UdSSR die diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien ab.

Die Ergebnisse der Außenpolitik der UdSSR in der zweiten Hälfte der 40er - Anfang der 50er Jahre waren widersprüchlich. Seine Position auf dem internationalen Terrain hat sich gefestigt. Gleichzeitig trug die Politik der Konfrontation zwischen Ost und West erheblich zum Wachstum der Spannungen in der Welt bei.

Schwierigkeiten im wirtschaftlichen Bereich, Ideologisierung des gesellschaftspolitischen Lebens, erhöhte internationale Spannungen - das waren die Ergebnisse der gesellschaftlichen Entwicklung in den ersten Nachkriegsjahren. In dieser Zeit wurde das Regime der persönlichen Macht J. W. Stalins noch stärker, und das bürokratische System wurde gestrafft. In den gleichen Jahren wurde die Idee der Notwendigkeit von Veränderungen in der Gesellschaft im öffentlichen Bewusstsein immer deutlicher. Der Tod J. W. Stalins (März 1953) erleichterte die Suche nach einem Ausweg aus den Widersprüchen, die alle Bereiche des sozialen Lebens verstrickten.

Kapitel 39

ENTWICKLUNG DER USSR IN DEN JAHREN 1953 – 1964

Die Jahre 1953 - 1964 gingen als die Zeit des Chruschtschow-Tauwetters in die Geschichte ein. In dieser Zeit begannen die Liberalisierungsprozesse in der Innen- und Außenpolitik. Reformen wurden im wirtschaftlichen und politischen Bereich durchgeführt.

Es gab eine geistige Wiederbelebung der Gesellschaft. Reformen von oben waren inkonsequent und widersprüchlich. Sie stießen auf Unverständnis und Widerstand im parteistaatlichen Apparat.

Viele dieser Reformen waren zum Scheitern verurteilt.

VERSUCH DER DEMOKRATISIERUNG DES GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN LEBENS

Politik der Entstalinisierung.

Im Frühjahr 1953 kam es zu Veränderungen in der Führung der KPdSU und der sowjetischen Regierung. Das Sekretariat des Zentralkomitees der Partei wurde von N. S. Chruschtschow geleitet, einer bekannten Parteifigur, die viele Jahre lang die größten Parteiorganisationen des Landes leitete. G. M. Malenkow wurde zum Vorsitzenden des Ministerrates ernannt, W. M. Molotow - Außenminister, N. A. Bulganin - Verteidigungsminister. Das neue Innenministerium, das das Innenministerium der UdSSR und das sowjetische MGB (*Ministerium für Staatssicherheit*) vereinte, wurde von L. P. Beria, dem ehemaligen stellvertretenden Innenminister, geleitet. K. J. Woroschilow wurde als Vorsitzender des Obersten Sowjets der UdSSR bestätigt. Die neuen Führer erklärten ihre Bereitschaft, die „kollektive Führung“ des Landes auszuüben. Von den ersten Tagen ihrer Amtszeit an begann jedoch ein Kampf zwischen ihnen um die politische Führung.

Die Hauptkonkurrenten unter ihnen waren L. P. Beria, G. M. Malenkow und N. S. Chruschtschow. Sie alle gehörten einst zu Stalins innerem Zirkel und waren an unbewiesenen Repressionen beteiligt. Gleichzeitig verstanden sie die Notwendigkeit, einen neuen politischen Weg einzuschlagen, die Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen und einige Reformen durchzuführen. Die Führung des Landes hat einen Kurs zur Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens verkündet.

Die ersten Schritte zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit wurden im April 1953 unternommen. Die Untersuchung des „Ärztetfalls“ wurde eingestellt. Die Teilnehmer am „Fall Mingrelian“ wurden aus der Haft entlassen. Im Jahr 1953 wurde L. P. Beria verhaftet. Ihm wurde vorgeworfen, die Zuständigkeiten der Partei und der Wirtschaftsorgane trennen zu wollen und die Befugnisse des Innenministeriums (*MWD*), seiner wichtigsten Stütze im Kampf um die Macht, erweitern zu wollen. Beria wurde als

„Feind des Volkes“ aus der Partei ausgeschlossen und vor Gericht gestellt.

Einer der zentralen Punkte in den Aktivitäten der neuen Führung war die Arbeit, die Gesellschaft von den hässlichsten Formen des bürokratischen Systems zu befreien, insbesondere um den Personenkult von J. W. Stalin zu überwinden.

Die Hauptrolle dabei gehörte N. S. Chruschtschow, der im September 1953 zum Ersten Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU gewählt wurde. Die Presse begann, den Personenkult J. W. Stalins zu kritisieren. Die Umstrukturierung der Strafverfolgungsbehörden wurde durchgeführt. Das Komitee für Staatssicherheit (KGB) war dem Ministerrat der UdSSR unterstellt.

Die Polizeiorgane wurden in Abteilungen der Exekutivkomitees der Räte der Arbeiterdeputierten umgewandelt. Nicht alle Umstrukturierungen im administrativen System der Verwaltung sind gut durchdacht. Unzufriedenheit verursachte die 1962 durchgeführte Teilung der lokalen Sowjets nach dem Produktionsprinzip - in industrielle und ländliche. Durch diese Neuorganisation wurde die Einheit der Macht gestört und die Funktionen der lokalen Selbstverwaltungsorgane durcheinander gebracht.

Es wurde an der Rehabilitierung von unschuldigen Opfern der Repression gearbeitet, wofür eine Sonderkommission unter dem Vorsitz von P. N. Pospelow gegründet wurde. Unter den rehabilitierten Personen waren viele bedeutende sowjetische, staatliche und militärische Funktionäre, die in den Prozessen der 30er Jahre zu Unrecht verurteilt worden waren: A. S. Bubnow, S. W. Kossior, P. P. Postyschew, A. W. Kossarew, M. N. Tuchatschewski u. a. Bis Anfang 1956 wurden etwa 16.000 Personen rehabilitiert.

Der XX. Parteitag der KPdSU (Februar 1956) war von großer Bedeutung für die Liberalisierung des gesellschaftlich-politischen Lebens. Der Kongress diskutierte den Bericht des Zentralkomitees der Partei und die Richtlinien des sechsten Fünfjahresplans der nationalen Wirtschaftsentwicklung. In einer geschlossenen Sitzung des Kongresses sprach N. S. Chruschtschow „Über den Personenkult und seine Folgen“. Der Bericht enthielt Informationen, die von der Kommission von P. N. Pospelow über Massenerschießungen von unschuldigen Menschen und Deportation von Völkern in den 30 - 40er Jahren gesammelt wurden. Die Ursachen der Massenrepressionen wurden mit dem Personenkult J. W. Stalins, mit den negativen Zügen seines Charakters, mit Abweichungen vom marxistisch-leninistischen Verständnis der Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte in Verbindung gebracht.

Nach dem Kongress wurde Chruschtschows Bericht auf Versammlungen der Parteiorganisationen verlesen. Die in dem Bericht enthaltenen Fakten lösten im Publikum Empörung aus und den Wunsch, die Gründe für die Duldung der Gesetzlosigkeit seitens der Parteiorgane zu verstehen.

Die öffentliche Verurteilung des J. W. Stalin-Kults, die Aufdeckung der Verbrechen des Stalin-Regimes bewirkte tiefgreifende Veränderungen im öffentlichen Bewusstsein und die Zerstörung des Systems der Angst. „In Russland sterben die Ängste...“ - mit diesen Worten begann eines von J. A. Jewtuschenkos Gedichten aus jenen Jahren.

Reformen im gesellschaftspolitisch Leben.

In der zweiten Hälfte der 50er Jahre wurde eine Politik zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit im gesellschaftspolitischen Bereich fortgesetzt. Um die Rechtsstaatlichkeit zu stärken, wurde eine Reform des Justizsystems umgesetzt. Ein neues Strafrecht wurde ausgearbeitet und verabschiedet. Die Verordnung über die

staatsanwaltschaftliche Aufsicht wurde angenommen.

Die Rechte der Unionsrepubliken auf dem Gebiet der Gesetzgebung wurden erweitert. Zu ihren Kompetenzen gehörte die Organisation der republikanischen Gerichte, die Verabschiedung des Zivil- und des Strafgesetzbuches. Die obersten staatlichen Strukturen bekamen zusätzliche Rechte im wirtschaftlichen Bereich. Fortan konnten sich republikanische Ministerräte selbstständig um die Verteilung der Haushaltsmittel kümmern. Sie bekamen die Möglichkeit, Pläne für die Produktion und den Vertrieb von Industrieprodukten selbst zu genehmigen.

Mehr als 14 Tausend Unternehmen der Leicht- und Schwerindustrie, des Kraftverkehrs wurden den republikanischen Behörden übergeben. Um die führende Rolle des Zentrums bei der Entwicklung der Wirtschaft zu bewahren, wurde die Wirtschaftskommission des Rates der Nationalitäten des Obersten Sowjets der UdSSR gegründet, um diese zu koordinieren.

Ende der 50er Jahre wurden die unbegründeten Anklagen gegen die deportierten Völker fallen gelassen. Tschetschenen, Kalmücken, Inguschen, Karatschajer und Balkaren, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden, wurde das Recht eingeräumt, in ihr Heimatland zurückzukehren. Die Autonomie dieser Völker wurde wiederhergestellt. Die Russlanddeutschen wurden vom Vorwurf der Komplizenschaft mit den deutschen Besatzern freigesprochen. Die Repatriierung von Staatsangehörigen aus Polen, Ungarn, Bulgarien und anderen Ländern, die dorthin umgesiedelt wurden, begannen. Der Umfang der Rehabilitierung von Opfern der Repression war groß. Die verfolgte Politik war jedoch inkonsequent. Viele bedeutende Sowjet- und Staatsmänner der 30er Jahre, insbesondere A. I. Rykow und N. I. Bucharin, Führer der Opposition gegen J. W. Stalin, waren nicht rehabilitiert.

Deportierten Wolgadeutschen wurde die Rückkehr an ihre früheren Wohnorte verweigert. Die Rehabilitierung betraf nicht die in den 1930er Jahren unterdrückten Sowjetkoreaner oder die während des Vaterländischen Krieges von der Krim vertriebene tatarische Bevölkerung.

Die von N. S. Chruschtschow verfolgte Entstalinisierungspolitik und zahlreiche Veränderungen im politischen und wirtschaftlichen Bereich führten zu einer wachsenden Unzufriedenheit des parteistaatlichen Apparats.

Nach Meinung vieler Führer des Landes führte die Aufdeckung des Kultes J. W. Stalins zu einem Rückgang der Autorität der UdSSR und der Kommunistischen Partei auf internationaler Ebene.

1957 versuchte eine Gruppe von Parteiführern, angeführt von G. M. Malenkow, W. M. Molotow und L. M. Kaganowitsch, Chruschtschow als Ersten Sekretär des ZK der KPdSU abzusetzen.

Sie beschuldigten Chruschtschow, gegen die Grundsätze der „kollektiven Führung“ und der Etablierung seines Kultes, willkürlicher und gedankenloser, außenpolitischer Maßnahmen und des wirtschaftlichen Voluntarismus verstoßen zu haben. Der offene Widerstand einiger Partei- und Staatsoberhäupter gegen die Reformpolitik scheiterte jedoch.

Ein bedeutender Teil der Partei und der sowjetischen Führung unterstützte zu diesem Zeitpunkt H. S. Chruschtschow.

Das Juni-Plenum (1957) des Zentralkomitees der KPdSU befand die Gruppe um G. M. Malenkow, W. M. Molotow und L. M. Kaganowitsch für schuldig, gegen den politischen

Kurs der Partei zu handeln. Die Mitglieder der Gruppe wurden aus den höchsten Parteigremien ausgeschlossen und von ihren Posten entfernt.

Erneuerung des Machtapparats.

Nach der Beseitigung der „Opposition“ wurden Änderungen auf den höchsten Ebenen der Regierung vorgenommen. Insbesondere wurde K. E. Woroschilow von seinen Pflichten als Vorsitzender des Obersten Sowjets der UdSSR entbunden - seinen Platz nahm L. I. Breschnew ein. Verteidigungsminister G. K. Schukow, der im Juni 1957 entscheidend dazu beigetragen hatte, N. S. Chruschtschow als Führer der KPdSU im Amt zu halten, wurde entlassen. Zur gleichen Zeit wuchs der Kult um N. S. Chruschtschow. Ab 1958 begann er, zwei Ämter miteinander zu verbinden: den Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Partei und den Regierungschef. Unter seiner Führung wurde der Entwurf eines neuen Programms der KPdSU erarbeitet, der 1961 auf dem XXII. Parteitag angenommen wurde.

Das neue Programm proklamierte den Eintritt des Landes in die Zeit des „erweiterten kommunistischen Aufbaus“.

Das Programm definierte die Aufgaben des Aufbaus des Kommunismus: Erreichung der höchsten Pro-Kopf-Produktion der Welt, Übergang zur kommunistischen Selbstverwaltung, Erziehung eines neuen Menschen.

Die Umsetzung der Programmziele sollte in den nächsten zwei Jahrzehnten erfolgen. „Die heutige Generation des sowjetischen Volkes wird unter dem Kommunismus leben“, argumentierte Chruschtschow. Der Kongress verabschiedete eine neue Satzung der KPdSU, die die Ausweitung der Rechte der lokalen Parteizellen, die Einführung eines Systems der Rotation (Erneuerung) von Parteifunktionen, die Ausweitung der sozialen Prinzipien in der Parteiarbeit vorsah.

Das neue Programm der KPdSU, insbesondere die Bestimmungen zur raschen Lösung sozialer Probleme, fanden im Land ein Echo und verursachten einen massiven Anstieg der Arbeitskräfte in der Bevölkerung. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation, die Inkonsequenz und mangelnde Nachdenklichkeit der laufenden Reformen im Land führten jedoch zu einer Zunahme der oppositionellen Stimmungen in der Gesellschaft. Im Jahr 1962 wurden die Einzelhandelspreise für einige Lebensmittel (Fleisch, Öl u. a.) aufgrund der Verschärfung der Lebensmittelsituation erhöht. Dies führte zu massiven Protesten der Stadtbevölkerung. Im Jahr 1962 streikten die Arbeiter eines der größten Werke in Nowotscherkassk. Gegen die Streikenden, die die Demonstration organisiert hatten, wurden Waffen eingesetzt. Die Neuerungen in der Innenpolitik sorgten für Unzufriedenheit bei vielen gesellschaftlichen Gruppen. Ein Teil des parteiökonomischen Apparates zeigte wachsende Unzufriedenheit mit der Instabilität der Gesellschaft und den Maßnahmen zur Umstrukturierung der Partei, insbesondere der Reorganisation der Parteikomitees nach dem Produktionsprinzip (1962).

WIRTSCHAFTSREFORMEN

Der wirtschaftliche Kurs im Dorf.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1953 begann eine radikale Umgestaltung der Wirtschaft des Landes. Ihre Art und Richtung deuteten auf eine Veränderung des wirtschaftlichen Kurses hin. Die Veränderungen betrafen vor allem die landwirtschaftliche Produktion und deren beschleunigter Anstieg, um die Bevölkerung mit Nahrung und die Leichtindustrie mit Rohstoffen zu versorgen.

Die Verbesserung des Wohlbefindens des Volkes wurde zu einer der zentralen Aufgaben der neuen Führung erklärt. Um sie zu lösen, wurde mit der Entwicklung einer neuen Agrarpolitik begonnen, deren Grundlage vom Septemberplenium (1953) des ZK der KPdSU gebilligt wurde. Im Mittelpunkt standen dabei: die Erhöhung der staatlichen Ankaufspreise für landwirtschaftliche Produkte, die verstärkte Finanzierung der Agrarindustrie, die Verbesserung der Steuerpolitik.

Das System der landwirtschaftlichen Produktionsplanung änderte sich.

Von nun an bestimmte der Staat nur noch die Menge der zu übergebenden Produkte. Die Finanzierung der Agrarindustrie wurde erhöht. Im Jahre 1956 betrug der Anteil der für die Landwirtschaft bestimmten Mittel 18% des gesamten Investitionsvolumens (1955 - nur 7%).

Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die an den Staat übergeben wurden, sind um ein Vielfaches gestiegen. Die Steuern auf persönliche Nebengrundstücke von Bauern wurden gesenkt und ein neues Steuersystem eingeführt (pro Flächeneinheit). Die Abrechnungen der Landwirte mit MTS (*Maschinen- und Traktoren-Ausleihstation*) wurden gestrafft: feste Vergütungssätze für Dienstleistungen in Abhängigkeit von der tatsächlichen Ernte. Es wurden Schritte zur Verbesserung der technischen Ausstattung der Kolchosen und Sowchosen unternommen. Die Versorgung des Dorfes mit Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen hat zugenommen.

Seit 1954 begann die Erschließung von Neuland und Brachflächen. Mehr als 350 Tausend Einwanderer (Arbeiter, Bauern, Spezialisten) kamen in die östlichen Regionen des Landes - in den südlichen Ural, nach Sibirien, Kasachstan, um Neulandgebiete zu heben.

Im Jahr 1958 wurde die MTS reorganisiert. Die Kolchosen erhielten das Recht, Maschinen von der MTS zu kaufen. Reparaturtechnische Stationen wurden auf der Basis von MTS erstellt.

Sie befassten sich mit der Reparatur von Landmaschinen, dem Verkauf von Landmaschinen und Kraftstoff.

Die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahme wurde durch die übereilte Umsetzung und die unangemessen hohen Preise für veraltete Geräte zunichte gemacht.

Durch die Gesamtheit der wirtschaftlichen Maßnahmen konnten gewisse Erfolge bei der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion erzielt werden. In den Jahren 1953 - 1958 betrug der Anstieg der landwirtschaftlichen Produktion 34% im Vergleich zu den vorangegangenen fünf Jahren. Im gleichen Zeitraum wurden 42 Millionen Hektar Neuland und Brachflächen erschlossen. Aber es gab keine tiefgreifende Verbesserung in der Entwicklung der Landwirtschaft. Die Reorganisation der MTS und der Kauf von Ausrüstung von MTS durch landwirtschaftliche Betriebe zu gebundenen Bedingungen untergrub die Wirtschaft vieler Betriebe.

Die Inkonsequenz der Agrarpolitik zeigte sich auch in anderen Veränderungen, die den Agrarbereich betreffen.

Es begann eine neue Phase der Konsolidierung der Kolchosen und der Umsiedlung der nicht aussichtsreichen Dörfer. Es wurden Massenumwandlungen von Kolchosen in

staatliche landwirtschaftliche Betriebe (Sowchosen) durchgeführt. Es waren wirksame Methoden zur Verwaltung der Zweige der Agrosphäre in Kraft. Ende der 50er Jahre gab es eine Politik der Auflösung von privaten Nebenbetrieben und der Reduzierung des privaten Viehbestandes der Bauern.

Eigenmächtig Methoden der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung haben sich verstärkt. Nach dem Besuch von N. S. Chruschtschow in den USA (1959) wurde auf sein Drängen hin allen Betrieben empfohlen, auf Maisanbau umzustellen.

Die schlecht durchdachten Maßnahmen haben zu einer Verschärfung des Ernährungsproblems geführt. Aufgrund der Reduzierung der staatlichen Getreidereserven begann die UdSSR, regelmäßig Getreide aus dem Ausland zu kaufen.

Reform der industriellen Leitung.

Die Neuausrichtung der Wirtschaft auf die Entwicklung der Agroindustrie und Leichtindustrie war nur von kurzer Dauer. Der Führung des Landes fehlte ein detailliertes Konzept für Wirtschaftsreformen.

Anfang 1955 musste G. M. Malenkow, ein Befürworter der Strategie der Entwicklung der Leichtindustrie, den Posten des Vorsitzenden des Ministerrats verlassen.

Das Prinzip der vorrangigen Entwicklung der Produktionsmittel wurde wiederhergestellt, was sich in den Plänen für den sechsten Fünfjahresplan und den Siebenjahresplan (1959 - 1965) widerspiegelte. (Aufgrund von Fehlern bei der Erstellung des sechsten Fünfjahresplans (1956 - 1960) wurde ein neuer Plan für sieben Jahre entwickelt.) An der Wende der 50 - 60er Jahre entfielen fast 3/4 des Gesamtvolumens der hergestellten industriellen Produktion auf den Anteil der Gruppe „A“.

Der Maschinen- und Gerätebau entwickelte sich in rasantem Tempo. Die Mechanisierung der Produktionsprozesse in der Industrie wurde fortgesetzt. Der Investitionsbau hat ein breites Ausmaß erreicht.

Tausende von großen Industriebetrieben wurden gebaut und in Betrieb genommen. Dazu gehören das Stahlwerk in Tscherepowez und die Ö raffinerie in Omsk, Werke für synthetischen Kautschuk in Woronesch, Krasnojarsk und Sumgait sowie ein automatisiertes Betonwerk in Nowa Kachowka.

Neue Industriezweige entstanden - Funkelektronik, Raketenbau.

Das im Juli 1955 abgehaltene Plenum des ZK der Partei hat auf die Notwendigkeit der Verbesserung der Einführung in die Produktion der neuesten Errungenschaften der Wissenschaft und der Technik aufmerksam gemacht.

In der zweiten Hälfte der 50er Jahre stieg die Industrie des Landes auf ein qualitativ neues Niveau. Es gab etwa 300 Branchen und Arten der Produktion.

Gleichzeitig behinderte das starre, zentralisierte System der Verwaltung die Entwicklung der Industrie.

Qualitative Veränderungen in seiner Struktur erforderten Änderungen in den Formen und Methoden der Verwaltung von Industriesektoren.

Im Jahr 1957 wurde das Gesetz über die Umstrukturierung der Industrie- und Bauverwaltung verabschiedet.

Es schaffte das bisherige fachspezifische System der Führung durch Ministerien und Abteilungen ab.

Die wichtigste Organisationsform der Verwaltung waren die Sowjets der Volkswirtschaft - die Volkswirtschaftsräte. Das Land hat 105 Wirtschaftsregionen auf der Grundlage der bestehenden Verwaltungsgliederung eingerichtet. Alle Industriebetriebe und Bauwerke, die sich auf ihrem Territorium befanden, wurden in die Zuständigkeit der örtlichen Sowjets für Volkswirtschaft übertragen. Die meisten der Fachministerien wurden abgeschafft. Man ging davon aus, dass der Übergang zu einem territorialen Verwaltungssystem die Hindernisse für die industrielle Entwicklung beseitigen und die wirtschaftlichen Bindungen innerhalb der Regionen und Republiken stärken würde. Dies ist jedoch nicht geschehen. Administrative Methoden der Wirtschaftsführung wurden beibehalten. Außerdem wurde eine einheitliche, technische und technologische Politik innerhalb der Industriesektoren nicht befolgt.

Sozialbereich.

Ende der 50er Jahre kam es zu Veränderungen in der Sozialstruktur der Gesellschaft, was sich in der 1959 durchgeführten Volkszählung der UdSSR widerspiegelte. Die Bevölkerung des Landes ist gewachsen: 1959 waren es 208,8 Millionen Menschen gegenüber 190,7 Millionen im Jahr 1939. Die Entwicklung des natürlichen Potentials der östlichen Regionen führte zu einer Zunahme der Bevölkerung in Westsibirien, Ostsibirien und Fernost. Der Anteil der Stadtbewohner betrug 48%. Der Anteil der Arbeiter an der Gesamtbevölkerung stieg, der Anteil der Landbewohner und Kolchosbauern sank.

Es wurden Maßnahmen ergriffen, um den Wohlstand der Menschen zu verbessern. Für Jugendliche wurde ein 6-Stunden-Arbeitstag festgelegt. Für andere Arbeiter und Angestellte wurde er an Samstagen und vor Feiertagen um zwei Stunden reduziert. Im Juli 1956 wurde das staatliche Rentengesetz verabschiedet. In Übereinstimmung damit stieg die Höhe der Renten für bestimmte Gruppen von Bürgern um das Zweifache oder mehr. Ein schrittweises Programm von Lohnerhöhungen für Niedriglohngruppen von Arbeitern und Angestellten hat begonnen.

Die Schul- und Studiengebühren wurden abgeschafft.

Der Umfang des Wohnungsbaus hat zugenommen. Die Industrialisierung der Bauarbeiten und die Verwendung von vorgefertigtem Stahlbeton im Fertigteilibau trugen zur Beschleunigung des Tempos bei. Es wurden neue Prinzipien für die Entwicklung von Wohnvierteln entwickelt, die Wohnkomplexe mit kulturellen und sozialen Institutionen verbinden. In der zweiten Hälfte der 50er Jahre zogen fast 1/4 der Bevölkerung in neue Wohnungen.

LIBERALISIERUNG DES AUßENPOLITISCHEN KURSES

Internationale Beziehungen in den 50er Jahren.

Die Außenpolitik der UdSSR während der ersten Periode des Chruschtschowschen „Taufwitters“ wurde in einer angespannten internationalen Situation und einer

schweren Konfrontation mit den Ländern des Westens geführt. Seit Anfang der 50er Jahre gab es in den USA ein Gesetz, nach dem die Länder, die von ihnen Hilfe erhielten, verpflichtet waren, alle Handelsbeziehungen mit sozialistischen Ländern abubrechen. Die Westmächte, angeführt von den USA, bauten weiterhin militärische und politische Allianzen auf. Es wurde eine Allianz gebildet, der Großbritannien und mehrere Länder des Nahen Ostens angehörten (CENTO). Es entstand ein politisch-militärischer Block in Südostasien (SEATO). Die militärisch-politischen Blöcke sollten u. a. den Einfluss des „sozialistischen Lagers“ in der Welt und der nationalen Befreiungsbewegung der Kolonialvölker eindämmen.

Mitte der 1950er Jahre gründeten die UdSSR und die Länder des „sozialistischen Lagers“ ein eigenes militärpolitisches Bündnis. 1955 wurde in Warschau ein Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung zwischen der UdSSR und den sozialistischen Ländern Europas unterzeichnet. Die Sowjetunion, Polen, Rumänien, Bulgarien, Albanien, die Tschechoslowakei, Ungarn und die DDR wurden Mitglieder der Warschauer Vertragsorganisation (WV) (*Warschauer Pakt*). Die Organisation hatte die Aufgabe, die Sicherheit der WV-Staaten zu gewährleisten und den Frieden in Europa zu erhalten. Die Länder verpflichteten sich, Konflikte zwischen ihnen mit friedlichen Mitteln zu lösen, bei der Gewährleistung von Frieden und Sicherheit der Völker zusammenzuarbeiten und sich in internationalen Angelegenheiten, die ihre gemeinsamen Interessen betreffen, zu beraten. Es wurden gemeinsame Streitkräfte und ein allgemeines Kommando zur Leitung ihrer Aktivitäten aufgestellt. Es wurde ein Politisches Beratungskomitee gebildet, um außenpolitische Aktionen zu koordinieren.

Eine der Folgen der Entstehung neuer militärisch-politischer Blöcke war eine weitere Verschärfung der internationalen Situation. Um sie zu schwächen, waren andere, flexiblere diplomatische Mittel und neue, durchdachtere Ansätze zur Lösung von Weltproblemen erforderlich.

Es wurde immer deutlicher, dass es notwendig war, von der harten Konfrontation in den zwischenstaatlichen Beziehungen wegzukommen.

Die Führung des Landes, angeführt von N. S. Chruschtschow, sah in der Ausweitung der Beziehungen zwischen der UdSSR und den Ländern der Welt eines der Mittel zum Abbau internationaler Spannungen. In den Jahren 1954 - 1956 liefen Verhandlungen zur Aufnahme zwischenstaatlicher Beziehungen mit mehreren Ländern in Europa und Asien.

Das Ergebnis der Verhandlungen war die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zu Österreich und der Bundesrepublik Deutschland. Ein Abkommen zur Beendigung des Kriegszustandes zwischen der UdSSR und Japan (1956) wurde unterzeichnet. Die diplomatischen und Handelsbeziehungen zwischen ihnen wurden wiederhergestellt. Es wurden Schritte zur Normalisierung der sowjetisch-jugoslawischen Kontakte unternommen. Die 1955 von den Vertretern der UdSSR und Jugoslawiens unterzeichnete Erklärung umriss die Zusammenarbeit zwischen den Parteien auf dem Gebiet der Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Ende der 50er Jahre war die UdSSR durch Handelsverträge mit mehr als 70 Staaten der Welt gebunden.

Besonderes Augenmerk wurde auf die Entwicklung der Beziehungen zu den Staaten der Dritten Welt (Entwicklungsländern) - Indien, Indonesien, Burma, Afghanistan u. a. gelegt. Die Sowjetunion unterstützte sie beim Bau von Industrie- und Landwirtschaftsanlagen (Beteiligung am Bau eines metallurgischen Werks in Indien,

des Assuan-Staudamms in Ägypten u. a.).

Während N. S. Chruschtschows Amtszeit als Staatsoberhaupt wurden mit finanzieller und technischer Unterstützung der UdSSR etwa 6.000 Unternehmen in verschiedenen Ländern der Welt gegründet.

Widersprüche des außenpolitischen Kurses.

Mitte der 50er Jahre, nach dem XX. Parteitag der KPdSU, wurden neue Ansätze zu außenpolitischen Fragen klar definiert. Der Kongress hat großen Wert auf Fragen der internationalen Situation und Perspektiven der globalen Entwicklung gelegt. In den Dokumenten des Kongresses wurden Schlussfolgerungen über die Möglichkeit der Verhinderung eines neuen Weltkrieges und über die Vielfalt der Formen des Übergangs zum Sozialismus gezogen. Es wurde das Festhalten der Sowjetunion an den Prinzipien der Souveränität und Unabhängigkeit in ihren Beziehungen zu den Staaten der Welt betont. 1957 wurde A. A. Gromyko, ein professioneller Diplomat, der das Land lange Zeit bei der UNO vertreten hatte, zum Außenminister der UdSSR ernannt.

Die zweite Hälfte der 50er Jahre war eine Zeit der weiteren Intensivierung der UdSSR auf der internationalen Bühne. Die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten, zu denen auch Kuba gehörte, wurden stabil.

Die Hauptbereiche der gegenseitigen Zusammenarbeit waren: Außenhandel, Koordinierung der nationalen Wirtschaftspläne, Kontakte auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Politik sowie kulturelle Beziehungen.

Der RGW blieb das Hauptzentrum der interwirtschaftlichen Beziehungen.

Die Hilfe der Sowjetunion beim Bau von Industrie- und anderen Anlagen auf dem Territorium der sozialistischen Länder hat zugenommen. Gleichzeitig kam es in den zwischenstaatlichen Beziehungen zunehmend zu Konfliktsituationen. Einer der Gründe dafür war der Rückzug der UdSSR von den von ihr verkündeten Prinzipien der gegenseitigen Zusammenarbeit.

Einerseits wurden die vielfältigen Wege zum Sozialismus und die Souveränität und Unabhängigkeit der Länder Osteuropas anerkannt. Andererseits gab es Versuche des Diktats und der offenen militärischen Einmischung in die Angelegenheiten unabhängiger Staaten. So beteiligten sich zum Beispiel im Oktober 1956 sowjetische Truppen an der Niederschlagung der antisozialistischen Proteste in Ungarn. Die Organisatoren der Protestaktion forderten vor allem den Abzug der sowjetischen Truppen vom ungarischen Territorium. Der in Budapest ausgebrochene Aufstand wurde von den vereinten Streitkräften der Mitgliedsstaaten der Warschauer Vertragsorganisation niedergeschlagen.

Ende der 50er Jahre wurden die Beziehungen zur Volksrepublik China angespannt. Die Führung der VR China lehnte den Antrag der UdSSR auf Errichtung sowjetischer Militärstützpunkte auf ihrem Territorium ab. Daraufhin weigerte sich die Sowjetunion, ein früheres Abkommen zwischen den beiden Ländern über die Zusammenarbeit in der Kernphysik umzusetzen. Es kam zu Konflikten in den Beziehungen zu den USA. Am 1. Mai 1960 wurde in der Nähe von Swerdlowsk (Jekaterinburg) ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug „U-2“ abgeschossen. Ein Zwischenfall, der sich kurz vor dem geplanten Treffen zwischen N. S. Chruschtschow und US-Präsident Eisenhower ereignete, sorgte für eine Unterbrechung des Gipfeltreffens.

Unzureichend überlegte und durchdachte Aktionen der militärischen Hilfe für Kuba brachten die Welt fast an den Rand des Weltkrieges (Kubakrise).

1962 vereinbarte die sowjetische Regierung mit dem kubanischen Führer F. Castro die Stationierung von Raketen mit Atomsprengköpfen auf Kuba.

Im Zusammenhang mit den begonnenen Raketenlieferungen hat die Regierung der USA die Verhängung einer „Sperrung“ für alle Arten von Waffen angekündigt, die nach Kuba geschickt werden. Sie forderte die Demontage der installierten Raketen und drohte mit Raketen- und Bombenangriffen, falls sie dies nicht tun würde.

Nur durch direkte Verhandlungen zwischen US-Präsident J. F. Kennedy und N. S. Chruschtschow konnte ein internationaler Konflikt abgewendet werden.

Die Liberalisierung der Außenpolitik war eng mit dem Entstehen neuer Formen zwischenstaatlicher Beziehungen verbunden. Insbesondere wurden direkte Kontakte zwischen den Führern der UdSSR und den Staatsoberhäuptern anderer Staaten entwickelt. N. S. Chruschtschow sah eines seiner außenpolitischen Ziele darin, eine Rüstungsreduzierung zu erreichen und die Atomwaffentests einzustellen.

Es wurden Versuche unternommen, mit dem Westen eine Einigung in Abrüstungsfragen zu erzielen.

Die Vertreter der Sowjetunion in der UNO haben Initiativen ergriffen, die auf die Reduzierung konventioneller Waffen und das Verbot von Atomwaffen abzielen. Die UdSSR führte konkrete Abrüstungsmaßnahmen durch: die Militärausgaben und die Größe der Streitkräfte wurden reduziert, und es wurde ein Moratorium für die Erprobung von Atom- und Wasserstoffwaffen eingeführt.

1963 unterzeichneten die UdSSR, die USA und Großbritannien in Moskau einen Vertrag, der Atomwaffentests in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser verbot.

In kurzer Zeit traten mehr als hundert Staaten dem Vertrag von Moskau bei.

Der Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen Ländern und die Entwicklung persönlicher Kontakte zwischen den Staatsoberhäuptern führten zu einer kurzfristigen Entspannung der internationalen Lage.

1964 endete die Politik der Reformen, die von N. S. Chruschtschow durchgeführt wurden. Zu dieser Zeit hat die Zahl der Gegner dieser Reformen unermesslich zugenommen. Die Opposition gegen N. S. Chruschtschow erstarkte in den Reihen des Partei- und Staatsapparates. Die schlecht durchdachte und übereilte Reorganisation der Volkswirtschaft vervielfachte die Reihen ihrer Gegner in der politischen Peripherie. Der Abbruch der Beziehungen zu China, der Zwischenfall mit dem amerikanischen Aufklärungsflugzeug verstärkte die Kritik an der Außenpolitik N. S. Chruschtschows. Seine Pläne zur Demobilisierung der Armee sorgten für tiefe Unzufriedenheit im Generalstab.

Die Umgestaltungen dieser Periode waren der erste und bedeutendste Versuch, die sowjetische Gesellschaft zu reformieren.

Der Wunsch der Führung des Landes, das stalinistische Erbe zu überwinden und die politischen und gesellschaftlichen Strukturen zu erneuern, ist nur teilweise gelungen. Die von oben initiierten Umwälzungen brachten nicht den erwarteten Effekt. Die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation führte zu Unzufriedenheit mit der Reformpolitik und ihrem Initiator N. S. Chruschtschow.

Im Oktober 1964 wurde Chruschtschow von allen seinen Ämtern entbunden und verabschiedet.

Kapitel 40

INNEN- UND AUßENPOLITIK DER UdSSR IN DEN JAHREN 1965 - 1984.

Die zweite Hälfte der 60er - Mitte der 80er Jahre waren eine Zeit der Zunahme negativer Erscheinungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Sie manifestierten sich in der Stagnation der Wirtschaft, dem Anwachsen oppositioneller Stimmungen in der Bevölkerung und dem Fall der Autorität der UdSSR auf der internationalen Bühne. Die von der Führung des Landes ergriffenen Maßnahmen zur „Vervollkommnung“ des Sozialismus konnten die drohende Krise des bürokratischen Systems nicht aufhalten.

KURS ZUR STABILISIERUNG DER SOWJETISCHEN GESELLSCHAFT

Politische Kursänderung.

Mit dem Rücktritt N. S. Chruschtschows endete der Prozess der Liberalisierung des gesellschaftspolitischen Lebens und die von ihm begonnenen Reformen.

Eine neue Führung kam an die Macht.

L. I. Breschnew wurde der Erste Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU (seit 1966 - Generalsekretär), der viele Jahre in der Parteiarbeit war.

Er war es, der zu den Initiatoren und Organisatoren des Sturzes N. S. Chruschtschows gehörte. Als vorsichtiger und konservativer Mann war er am meisten um die Stabilität der Gesellschaft besorgt.

A. N. Kossygin wurde zum Regierungschef ernannt, der in verschiedenen Jahren das staatliche Planungskomitee der UdSSR, die Ministerien für Finanzen, Leicht- und Textilindustrie, leitete.

Einige der neuen Führungskräfte, darunter A. N. Kossygin und der Sekretär des Zentralkomitees der Partei J. W. Andropow, hielten es für notwendig, das Land auf der Grundlage der Beschlüsse des XX. Parteitages weiter zu entwickeln. Sie meinten, dass es notwendig sei, die Reformen in der Wirtschaft und die weitere Liberalisierung des sozialen und politischen Lebens fortzusetzen, um das bestehende System zu stärken. Zugleich wandten sie sich gegen radikale Veränderungen in der Gesellschaft. Ein konservativerer Weg der Entwicklung wurde von L. I. Breschnew, M. A. Suslow, A. N. Schelepin und einigen anderen Mitarbeitern des Parteistaatsapparates verteidigt. Sie verbanden das Erreichen von Stabilität in der Gesellschaft mit einer Revision des politischen Kurses der letzten Jahre, mit der Ablehnung der Politik der Entstalinisierung und der Reformen.

Die Konfrontation der Meinungen über die Wahl der Wege für die weitere Entwicklung der Gesellschaft endete mit einer Wende vom Reformismus der Chruschtschow-„Tauwetter“-Periode zu einem mäßig konservativen Kurs in Politik und Ideologie. Die ideologische und theoretische Grundlage der neuen Führung war das Konzept des

„entwickelten Sozialismus“ (*realer Sozialismus*), das Ende der 60er Jahre entwickelt wurde. Offizielle Dokumente interpretierten den „entwickelten Sozialismus“ als eine obligatorische Etappe auf dem Weg der sowjetischen Gesellschaft zum Kommunismus, in der alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens organisch miteinander verbunden sein sollten. Das Konzept stellte die theoretischen Bestimmungen zur kommunistischen Perspektive, die in den Parteidokumenten der vorangegangenen Jahre, insbesondere im Programm der KPdSU, enthalten waren, nicht in Frage. Gleichzeitig konzentrierte dieses Konzept die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit, aktuelle Probleme einer der Stufen des Aufbaus des Kommunismus zu lösen - der Stufe des „entwickelten Sozialismus“. Die Unzulänglichkeiten und Krisenerscheinungen, die in der Gesellschaft existierten, wurden als Ergebnis von Widersprüchen gesehen, die im Prozess ihrer Entwicklung unvermeidlich waren. Die Beseitigung von Mängeln sollte durch die Politik der „Verbesserung“ des Sozialismus beitragen. L. I. Breschnew, J. W. Andropow, der ihm als Chef der KPdSU folgte, und K. U. Tschernenko, dessen Nachfolger, waren aktive Verfechter des Konzepts des „entwickelten Sozialismus“.

Zwei Entwicklungstendenzen.

Im gesellschaftlich-politischen Leben der 60 - 70er Jahre fanden komplexe und widersprüchliche Prozesse statt. Unter dem Vorwand, Chruschtschows Voluntarismus zu bekämpfen, wurden die von ihm eingeleiteten Reformen zurückgedreht. Ende 1964 fand die Vereinigung der industriellen und ländlichen Parteiorganisationen statt. Später wurde das territoriale System der Verwaltung der Volkswirtschaft abgeschafft. Die Verzerrungen im landwirtschaftlichen Bereich, insbesondere in Bezug auf die private Heimlandwirtschaft, wurden beseitigt.

Eine Abkehr vom Kurs der Entstalinisierung begann. Die Kritik an J. W. Stalins Personenkult und die Entlarvung der Gesetzlosigkeit von Stalins Regime wurden in der Presse eingestellt. Die Zensur wurde erneut verschärft. Nach wie vor war der Zugang zu wissenschaftlichen Informationsquellen - im In- und Ausland - für Forscher eingeschränkt. Diese Maßnahme hatte schwerwiegende Folgen für die Entwicklung der Wissenschaft.

Anfang der 70er Jahre erklärte L. I. Breschnew, dass die UdSSR die wirtschaftliche und kulturelle Gleichstellung der Republiken erreicht habe und die nationale Frage im Lande gelöst sei. Es wurde auch argumentiert, dass sich eine neue historische Gemeinschaft - das sowjetische Volk - bildete. Weder in dieser Zeit noch später wurde jedoch de facto eine vollständige Gleichheit der Republiken erreicht. Außerdem traten neue Probleme in den interethnischen Beziehungen auf, die eine sofortige Lösung erforderten.

Die Vertreter der Republiken forderten einen Ausbau des Netzes von Schulen mit Unterricht in der Muttersprache.

Die Bewegung für den Schutz der Umwelt, für die Erhaltung historischer Denkmäler und nationaler Traditionen hat sich verstärkt. Aber die Führung des Landes schenkte den wachsenden Konflikten im nationalen Bereich nicht die nötige Aufmerksamkeit. Das wachsende nationale Selbstbewusstsein der Völker und die Befürwortung nationaler Interessen wurden als Manifestation des lokalen Nationalismus angesehen.

In der Entwicklung des gesellschaftspolitischen Lebens zeichneten sich immer

deutlicher zwei Tendenzen ab: demokratisch und antidemokratisch. Sie zeigten sich insbesondere in der Verwaltung von Industrie- und Staatsangelegenheiten.

An der Wende der 60er - 70er Jahre erweiterten sich die Befugnisse der lokalen Sowjets erheblich. Sie koordinierten und kontrollierten die Aktivitäten von Unternehmen, Institutionen, Kolchosen im Bereich des Wohnungsbaus, der öffentlichen Bildung, des Gesundheitswesens. Die Abgeordneten der lokalen und Obersten Sowjets erhielten das Recht, auf den Sitzungen die Anhörung von Berichten aller Behörden oder Funktionäre, die unter der Kontrolle der Sowjets standen, vorzuschlagen. In den 70er bis Anfang der 80er Jahre wuchs die Zahl der öffentlichen Vereinigungen in Unternehmen und Institutionen intensiv. Organisationen der Volkskontrolle und der technischen Kreativität, kontinuierlich arbeitende Tagungen wurden eingerichtet.

Darunter waren Hunderttausende von Arbeitern, Spezialisten und Angestellten. Einige Aufgaben, die früher von den staatlichen Verwaltungsstrukturen wahrgenommen wurden, sind auf die Öffentlichkeit übertragen worden. So haben sich beispielsweise freiwillige Volkseinheiten zum Schutz der öffentlichen Ordnung weit verbreitet.

Die Aktivitäten der Massenvereinigungen, die von den Parteiorganisationen geleitet wurden, schufen die Illusion einer Beteiligung an der Verwaltung der gesellschaftlichen Produktion der Allgemeinheit.

Öffentliche Vereinigungen, die aus Vertretern verschiedener Bevölkerungsgruppen bestanden, arbeiteten unter den örtlichen Sowjets.

Aber die soziale Zusammensetzung der Sowjets selbst, das Verhältnis von Arbeitern, Kolchosbauern und Intelligenz darin wurde von den Parteiorganen bestimmt.

Die Führung der Aktivitäten staatlicher und öffentlicher Organisationen wurde von der Kommunistischen Partei übernommen. Anfang der 80er Jahre hatte die KPdSU 19 Millionen Mitglieder. Die KPdSU erarbeitete nicht nur die allgemeine Perspektive der Gesellschaftsentwicklung, sondern setzte sie auch durch Partei- und gesellschaftliche Organisationen vor Ort in die Praxis um. Auf den Parteitag XXIV. (1970), XXV. (1975) und XXVI. (1980) wurden grundsätzliche Fragen der Außenpolitik, der wirtschaftlichen Entwicklung, der Formen und Methoden ihrer Leitung behandelt. Die Kongresse verabschiedeten Pläne für die volkswirtschaftliche Entwicklung (den neunten, zehnten und elften Fünfjahresplan).

Es wurden Maßnahmen zur „Verbesserung“ des ökonomischen Mechanismus skizziert, die jedoch die übermäßige Zentralisierung und die Befehlsmethoden der Leitung nicht beseitigten. Die Anzahl der Verwaltungsmitarbeiter hat sich erhöht. Innerhalb von zwei Jahrzehnten wuchs die Zahl der Unionsministerien von 29 auf 160. Im Jahr 1985 beschäftigten sie etwa 18 Millionen Beamte.

Die wachsenden Schwierigkeiten und negativen Phänomene in der Wirtschaft wurden von der Führung des Landes nicht erkannt.

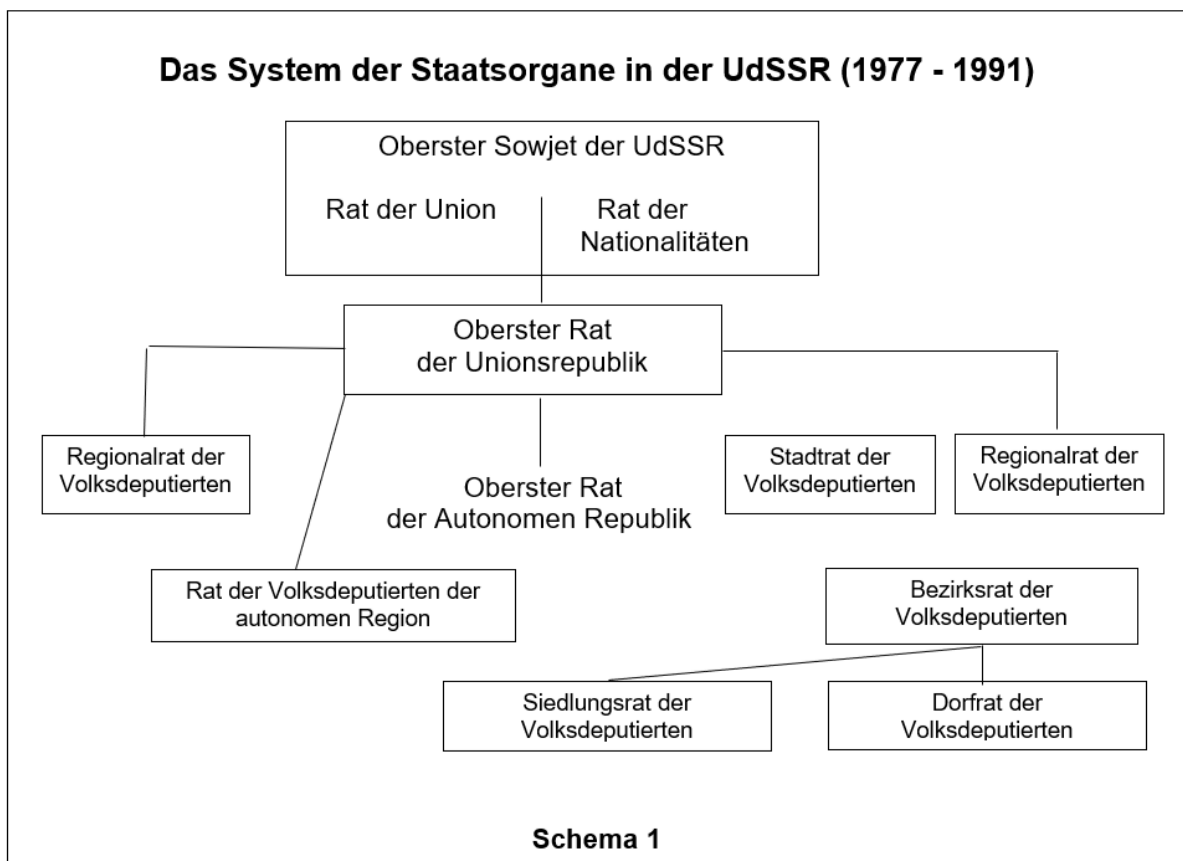
Verfassung der UdSSR von 1977.

Im Oktober 1977 wurde auf einer außerordentlichen Sitzung des Obersten Sowjets der UdSSR eine neue Verfassung verabschiedet. Der Entwurf des Verfassungsgesetzes war zuvor in der zentralen und lokalen Presse veröffentlicht worden. Das Verfassungsdokument wurde in Betrieben, Kolchosen und Bildungseinrichtungen

diskutiert. Eine breite, freie Betrachtung des Entwurfs des Verfassungsgesetzes wurde als Beweis für die Vorteile der sowjetischen Demokratie gegenüber der Bourgeoisie angesehen.

Die neue Verfassung basierte auf dem Konzept des „entwickelten Sozialismus“. Seine Charakterisierung war in der Präambel des Dokuments enthalten. Als Hauptprinzip der Staatsmacht wurde die Souveränität des Volkes proklamiert. Die politische Basis des Staates, die von den vorherigen Verfassungen - den Sowjets - gebilligt wurde, wurde konsolidiert. Von nun an hießen sie Sowjets der Volksdeputierten.

Alle Sowjets der Volksdeputierten - der Oberste Sowjet der UdSSR, die Obersten Sowjets der Unions- und autonomen Republiken, territoriale, regionale und andere Sowjets bildeten ein einheitliches System der Staatsgewalt (Schema 1).



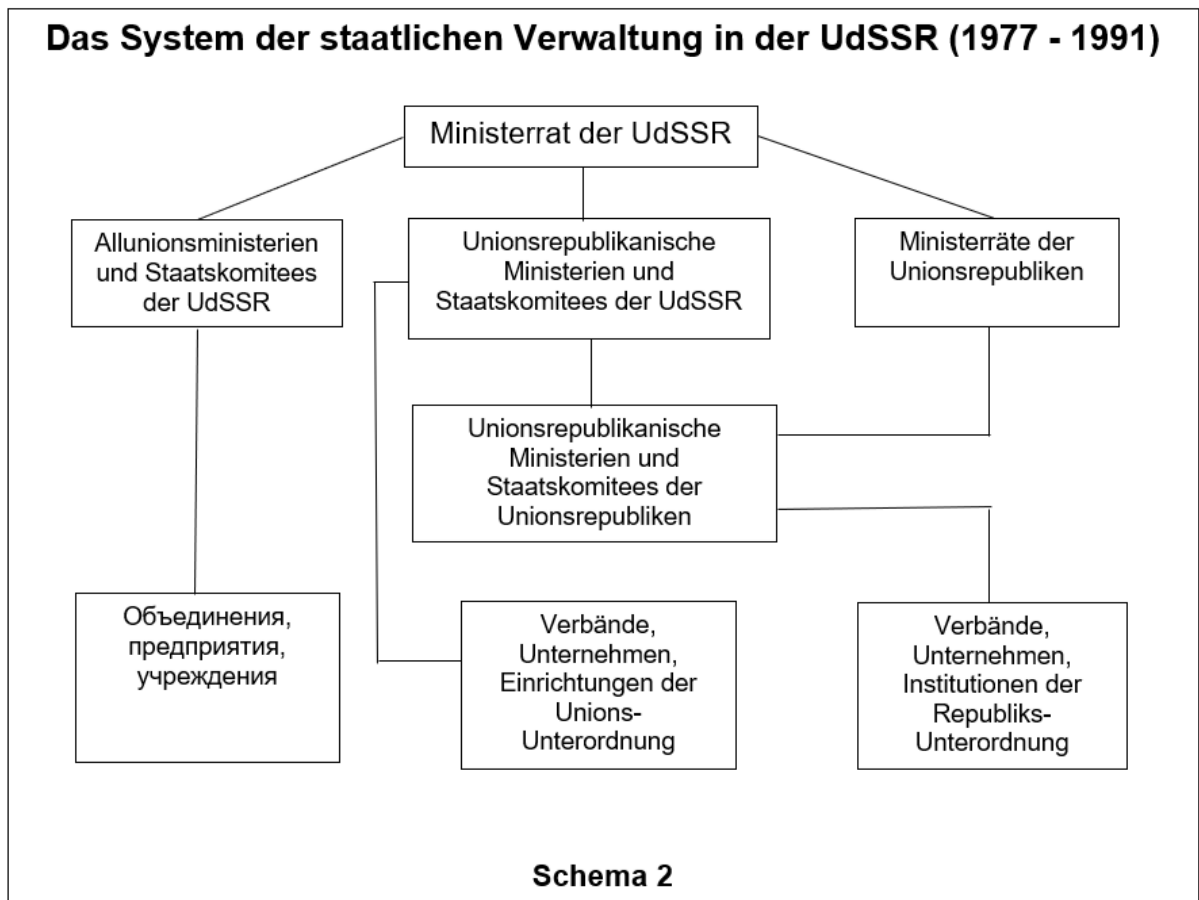
An der Spitze des Systems stand der zweikammerige Oberste Sowjet der UdSSR, bestehend aus dem Rat der Union und dem Rat der Nationalitäten.

Seine Aufgaben waren: Verabschiedung und Änderung der Allunionsverfassung, Eingliederung neuer Republiken in die Union, Genehmigung der Staatshaushalte, Pläne für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung.

In den Intervallen zwischen den Sitzungen des Obersten Sowjets der UdSSR wurden seine Funktionen vom Präsidium wahrgenommen. Die alltägliche Verwaltungstätigkeit

wurde mit Hilfe des Systems der öffentlichen Verwaltung durchgeführt, das vom Ministerrat der UdSSR geleitet wurde (Schema 2).

Die Kommunistische Partei wurde als Kern des politischen Systems der Gesellschaft des entwickelten Sozialismus bezeichnet. Artikel sechs des Verfassungsgesetzes wies der KPdSU die Rolle der führenden und leitenden Kraft der Gesellschaft zu, die die allgemeine Perspektive ihrer Entwicklung, die Linie ihrer Innen- und Außenpolitik bestimmt. Die Grundlage des Wirtschaftssystems wurde bestätigt - das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln in zwei Formen: Staats- und Genossenschafts-Kolchose.



Gesonderte Abschnitte der Verfassung waren der sozialen Entwicklung und der Außenpolitik gewidmet.

Die UdSSR formulierte Prinzipien der Beziehungen zu anderen Weltmächten: souveräne Gleichheit, gegenseitige Nichtanwendung von Gewalt, Achtung der territorialen Integrität der Staaten, friedliche Beilegung von Streitigkeiten.

Die Verfassung legte das Prinzip des sozialistischen Internationalismus in den Beziehungen der UdSSR zu den sozialistischen Ländern und den aus der kolonialen Abhängigkeit befreiten Staaten fest.

Die grundlegenden Bestimmungen der Verfassung von 1936 über die nationalstaatliche Struktur wurden beibehalten. Eines der Kapitel befasste sich mit den Rechten und Pflichten der Sowjetbürger, die durch wirtschaftliche, politische und rechtliche Mittel garantiert wurden.

Die Dissidentenbewegung.

Der zunehmende ideologische Druck auf das öffentliche Leben nach einer Periode des „Tauwetters“ hat eine breite Verbreitung der Dissidentenbewegung verursacht. Die Aktivitäten der Dissidenten (Personen, deren Ansichten im Widerspruch zur offiziellen Ideologie standen) zielten zunächst auf die Verbesserung des bestehenden Systems ab, später auf dessen Ablehnung. Ihre bedeutendsten Vertreter waren der Historiker Roi Medwedew, der Schriftsteller A. I. Solschenizyn, der Physiker A. D. Sacharow. Die Hauptformen dissidenter Aktivitäten waren Demonstrationen unter Menschenrechtssparolen, Appelle an die Führung des Landes und Gerichtsinstanzen zur Verteidigung der Rechte bestimmter Personen. So richtete 1966 eine Gruppe von liberal gesinnten Intelligenzlern - Künstler, Schriftsteller, Musiker - einen offenen Brief an L. I. Breschnew.

Der Brief bezog sich auf das Auftauchen der Gefahr der Rehabilitierung J. W. Stalins und die Unzulässigkeit der Wiederbelebung des Neostalinismus. Im Jahr 1968 organisierten Mitglieder der Menschenrechtsbewegung Demonstrationen, um gegen den Einmarsch sowjetischer und anderer WV-Truppen in die Tschechoslowakei zu protestieren. In den 70er Jahren verschärfte sich die Konfrontation zwischen der Oppositionsbewegung und den Machthabern. Die endgültige Abkehr der Partei- und Staatsführung vom Reformkurs, Einschränkungen bei der Verbreitung von Informationen und der Wunsch der Regierung, die weitverbreitete Entwicklung von Kontakten der Intelligenz mit der Außenwelt zu verhindern, trugen zur Aktivierung der Opposition bei.

Die Dissidenten gründeten die Veröffentlichung von im Land verbotenen literarischen Werken im Ausland („Tamisdat“). Es entstand die sogenannte unzensurierte Presse („Samisdat“). Sie veröffentlichten maschinengeschriebene Zeitschriften („Wetsche“, „Gedächtnis“) und ein Mitteilungsblatt der Menschenrechtsbewegung, „Chronik der laufenden Ereignisse“. Mitte der 70er Jahre organisierten Dissidenten in Moskau eine Gruppe, die sich für die Umsetzung der Helsinki-Vereinbarungen einsetzte. Die Aktionen der Dissidenten wurden von der Führung des Landes als „schädlich“ und „feindlich“ angesehen. Vertreter der Dissidentenbewegung wurden verfolgt, inhaftiert (General Grigorenko), ins Ausland deportiert (Schriftsteller A. I. Solschenizyn).

WIDERSPRÜCHE DER WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Wirtschaftsreformen Mitte der 60er Jahre.

Die Umstrukturierungen und Reformen in der Wirtschaft Ende der 50er - Anfang der 60er Jahre führten nicht zu einer positiven Entwicklung. Das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung ging zurück. Für die neue Führung des Landes war es selbstverständlich, die wirtschaftlichen Reformen fortzusetzen.

Die Reformen betrafen vor allem die Landwirtschaft. Im März 1965 wurden mehrere Jahre im Voraus feste Pläne für den Kauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse eingeführt.

Die Beschaffungspreise für Getreidekulturen stiegen. Die Prämien zu den aktuellen Viehkaufpreisen wurden erhöht. Kolchosen wurden auf direkte Bankkredite umgestellt. Garantierte Löhne für Kolchosbauern wurden eingeführt. Die Beschränkungen für die Entwicklung ihrer Eigenbetriebe wurden aufgehoben.

Im Herbst 1965 wurde mit der Umsetzung der Wirtschaftsreform in der Industrie begonnen. Vorausgegangen war eine lange Diskussion, an der Wirtschaftsarbeiter und bedeutende Wissenschafts-Ökonomen, darunter W. S. Nemtschinow, L. M. Birman u.a., teilnahmen. Während der Diskussion wurden Gedanken über die Notwendigkeit geäußert, ein vollständiges Rentabilitätsprinzip und Eigenwirtschaftlichkeit der Unternehmen einzuführen. Diese Ideen wurden als unzeitgemäß angesehen, dennoch wurden einige marktwirtschaftliche Prinzipien (Gewinn, Rentabilitätsprinzip) in die Reform aufgenommen.

Mit der verabschiedeten Reform wurde das Volumen der verkauften Produkte als einer der Hauptindikatoren für die Leistung der Unternehmen festgelegt.

Die Anzahl der vom Staat eingeführten Planungsindikatoren wurde geringer.

In Unternehmen wurden Sonderfonds auf Kosten von Gewinnabzügen geschaffen. Ihre Mittel waren für die Entwicklung der Produktion und materielle Anreize für die Mitarbeiter bestimmt. Änderungen wurden in das industrielle Verwaltungssystem eingeführt. Die Sowjets der Volkswirtschaft wurden abgeschafft und die fachspezifische Verwaltung wurde wiederhergestellt. Die Reform stärkte also die Rolle der ökonomischen Verwaltungsmethoden, berührte aber nicht die Grundlagen des bürokratischen Systems.

Industrielle Entwicklung.

Seit 1966 haben mehr als 700 Produktionsteams ihre Arbeit unter den neuen wirtschaftlichen Bedingungen aufgenommen. Der Prozess der Umstellung der Industrie auf das System des Rentabilitätsprinzips wurde bis zum Ende des achten Fünfjahresplans abgeschlossen. Im Zuge der Umsetzung der Reform entwickelte sich die Fusion kleiner und großer Unternehmen. Es wurden Produktionsverbände (PO) gebildet. Die darin enthaltenen Werke und Fabriken waren durch eine Produktionskooperation zur Herstellung von Fertigwaren oder zur komplexen Verarbeitung von Rohstoffen verbunden. Einer der größten Verbände war „AutoSIL“. Es umfasste das Moskauer Automobilwerk I. A. Lichatschow und mehrere Werksfilialen in anderen Städten (insbesondere in Roslawl und Mzensk).

Die Unterabteilungen einiger Produktionsverbände befanden sich in verschiedenen Wirtschaftsregionen und Unionsrepubliken.

Der achte Fünfjahresplan (1966 - 1970) war die Zeit der stabilsten Entwicklung der Nachkriegswirtschaft.

Das Bruttosozialprodukt wuchs um 13%, die Industrieproduktion um 50% (offizielle Daten).

In großem Umfang wurden Investitionen in den Bau und die Rekonstruktion der bestehenden Produktionsanlagen getätigt. 1.900 Industriebetriebe wurden errichtet. Der Bau der ersten Stufe des Wolga-Automobilwerks in Togliatti ist abgeschlossen. Das metallurgische Werk West-Sibirien, die Wärmekraftwerke in Kriworoschje und Konakowo wurden in Betrieb genommen.

Neue Chemiebetriebe wurden gebaut und bestehende rekonstruiert.

Die Besonderheit des Neubaus war die Verlagerung in die Bereiche der Erdöl- und Erdgasförderung. Der Bau der 2.750 km langen Gaspipeline Zentralasien - Zentrum wurde abgeschlossen. Die Gesamtlänge der gebauten Öl- und Gaspipelines betrug mehr als 35.000 km.

Wie in den vorangegangenen Jahrzehnten führten die Werktätigen der Industrie in den Jahren des 8. bis 11. Fünfjahresplans zahlreiche Arbeitseinsätze durch. Zehntausende von Arbeitern beteiligten sich an der Bewegung der Erfinder und Innovatoren und konkurrierten um eine hohe Arbeitsproduktivität.

Die Bewegung für eine kommunistische Einstellung zur Arbeit, die Anfang der 60er Jahre aufkam, wurde weit verbreitet. Bei der Vorbereitung auf wichtige Daten - 50. und 60. Jahrestag der Oktoberrevolution, 50. Jahrestag der Gründung der UdSSR, 40. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg - wurden zahlreiche Initiativen ergriffen. Die Konkurrenz der Industriearbeiter brachte einen gewissen wirtschaftlichen Effekt. Gleichzeitig gab es eine Menge Protsucht und Elemente des Formalismus. Viele Arbeitsinitiativen entpuppten sich als weit hergeholt (z.B. der Kampf für eine fehlerfreie Produktion).

Ein charakteristisches Merkmal der industriellen Entwicklung in den 70er Jahren war die Zunahme des Umfangs der Neubauten. Das Lagerwerk in Kursk, das Automatiklinienwerk (*Transferstraße*) in Kostroma und das Kernmaschinenbauwerk in Wolgodonsk („Atommasch“) wurden in Betrieb genommen. Das Wolga-Automobilwerk (AwtoWAS) hat seine Auslegungskapazität erreicht. In Nabereschnyje Tschelny wurde ein Werk für die Produktion von Schwerlastfahrzeugen (KamAZ) gebaut. Wärmekraftwerke in Saporoschje und Surgut wurden in Betrieb genommen. Die bestehenden Betriebe (Charkower und Tscheljabinsker Traktorenwerke, Uraler Schwermaschinenbau u. a.) wurden technisch umgerüstet.

Die Energietechnik, Chemie, Elektronik, Öl- und Gasförderung sowie die Nuklearindustrie entwickelten sich mit hoher Geschwindigkeit. Besonderes Augenmerk wurde auf die Entwicklung der Rüstungsindustrie gelegt. Die Produktion von Militärausrüstung in den Maschinenbaubetrieben erreichte 60 % ihrer Gesamtproduktion. Während des zehnten Fünfjahresplans (1976 - 1980) wurde der Versuch unternommen, die Industrie auf den Weg einer intensiven Entwicklung zu bringen.

„Fünfjahresplan für Effizienz und Qualität“ - so wurde es in offiziellen Dokumenten genannt.

Die Pläne, neue Technologien einzuführen und die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, wurden jedoch nicht erfüllt. Darüber hinaus gab es in allen Industriesektoren erhebliche Verzögerungen.

Die industrielle Entwicklung der 70er und Anfang der 80er Jahre war durch Vertiefungstendenzen gekennzeichnet, die durch die Politik der Bildung eines einheitlichen nationalen Wirtschaftskomplexes verursacht wurden. Die Pläne für die sozioökonomische Entwicklung basierten auf der Unterordnung der Volkswirtschaften aller Unionsrepubliken unter einen einzigen nationalen Wirtschaftskomplex. Um die Republik-Betriebe zu „ergänzen“ und zu einem Komplex zu vereinen, entwickelten sich Prozesse der gesamtgesellschaftlichen Arbeitsteilung. So wurde in der Aserbaidschanischen SSR das Hauptaugenmerk auf die Gas- und petrochemische Industrie gelegt.

Ihre Produkte wurden in andere transkaukasische Republiken geliefert.

Es wurden Programme für die Schaffung von territorialen und Produktionskomplexen umgesetzt. Mit ihrer Hilfe sollte es auch die wirtschaftlichen Beziehungen der Republiken stärken. Territoriale Produktionskomplexe wurden in Sibirien (Krasnojarsk-Achinsk), in Kasachstan (Tschimkent-Dschambul), in Tadschikistan und anderen Gebieten gebildet. Die Baikal-Amur-Magistrale (BAM) wurde verlegt.

Der Kurs auf die Integration der Volkswirtschaften der Unionsrepubliken, die direktive Steuerung der republikanischen Volkswirtschaften vom Zentrum aus verursachten Disproportionen in ihrer Struktur. Eine der Folgen davon war die öffentliche Unzufriedenheit und das Anwachsen der Oppositionsstimmung in den Unionsrepubliken. In Lettland, Litauen und Estland verstärkte sich der Wunsch, sich von der UdSSR abzuspalten, aufgrund wirtschaftlicher Widersprüche. Separatistische Stimmungen wurden in ihnen besonders in den 80er Jahren aktiv.

Anfang der 80er Jahre hatte das Land ein starkes industrielles Potenzial. Gleichzeitig verschärfte die Priorität, die den Zweigen des militärisch-industriellen und des Brennstoff-Energie-Komplexes eingeräumt wurde, die Deformierungen in der Struktur der Industrie. Richtlinienverwaltung und unzureichende Berücksichtigung regionaler Produktionsbesonderheiten führten zu einem Rückgang der wirtschaftlichen Indikatoren der industriellen Entwicklung.

Tendenzen in der landwirtschaftlichen Entwicklung.

Die Reformen Mitte der 60er Jahre konnten die zunehmenden Schwierigkeiten in der landwirtschaftlichen Entwicklung nicht aufhalten. Die Erhöhung der Investitionssumme und die Lieferung von Maschinen an das Dorf brachten keinen wirtschaftlichen Effekt. Wie zuvor gab es Verstöße in der Politik der Beschaffungsplanung, zusätzliche Vorgaben für den Kauf von landwirtschaftlichen Produkten wurden festgelegt. Die Einkaufspreise waren nicht immer ausreichend gerechtfertigt. Viele Arten von Produkten wurden zu symbolischen Abgabepreisen an den Staat verkauft. Dies war einer der Gründe für die Zunahme unrentabler landwirtschaftlicher Betriebe.

Seit Ende der 60er und vor allem in den 70er Jahren entstanden zur Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion integrierte Betriebe - agroindustrielle Verbände, Kombinate, Agrarfirmen.

Dazu gehörten Kolchosen und Sowchosen, Betriebe der landwirtschaftlichen Rohstoffverarbeitung, Transport- und Handelsorganisationen. Bis Mitte der 80er Jahre gab es 4,8 Tausend überbetriebliche Unternehmen, die im landwirtschaftlichen Sektor der Wirtschaft tätig waren. Die agroindustrielle Integration im Kontext der wachsenden Wirtschaftskrise brachte jedoch nicht den erwarteten Effekt.

Weitere Maßnahmen wurden ergriffen, um die landwirtschaftliche Produktion anzukurbeln. Die Beschaffungspreise für Getreide, Kartoffeln, Milch und andere Arten von Produkten stiegen regelmäßig. Es wurden Zuschläge eingeführt, um die Preise für Produkte zu kaufen, die von landwirtschaftlichen Betrieben unter den schlechtesten natürlichen Bedingungen hergestellt wurden. Um die Verwaltung der Agro-Sphäre zu verbessern, wurde das staatliche Agro-Industrie-Komitee und vor Ort regionale Agro-Industrie-Verbände gegründet. Neue Verwaltungsstrukturen haben die Situation in der Landwirtschaft und Viehzucht nicht verbessert. Das Volumen der landwirtschaftlichen

Bruttoproduktion ging zurück. In den Jahren 1971 - 1975 machte es 13% des gesamten Sozialprodukts aus, während es in den Jahren 1981 - 1985 nur 6% ausmachte.

Das niedrige Tempo der landwirtschaftlichen Entwicklung führte zu Störungen in der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Das Lebensmittelprogramm der UdSSR (1982) wurde entwickelt, um die bestehenden Schwierigkeiten mit Lebensmitteln zu überwinden.

Das Programm sah die umfassende Entwicklung der Landwirtschaft und der ihr dienenden Industrien, der Beschaffung, Lagerung und Verarbeitung vor.

Der agroindustrielle Komplex (APK) wurde als eigenständiges Objekt der Planung und der Verwaltung herausgehoben.

An der Wende der 70 - 80er Jahre verschlechterten sich die Bedingungen der nationalen wirtschaftlichen Entwicklung erheblich. Die demographische Situation wurde komplizierter. Der Rückgang der Geburtenrate der Bevölkerung in den 60er Jahren (eine der Folgen des Vaterländischen Krieges) führte zu einer Verringerung des Zuflusses von Arbeitskräften. Die Ausgaben für die Entwicklung der Verteidigungsindustrie sind gestiegen. Von jedem Rubel des Staatshaushaltes wurden 70 Kopeken für militärische Bedürfnisse bereitgestellt. In der Schwerindustrie, insbesondere im Maschinenbau, wurden die Pläne für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt nicht erfüllt. Die Verlagerung der Zentren der Bergbauindustrie in die östlichen Regionen erhöhte die Kosten für Brennstoffe und Energierohstoffe. Der Ausbau der Kernenergie, die Inbetriebnahme neuer Kraftwerksblöcke in Kernkraftwerken war von Eile und Protzsucht begleitet.

Um die Arbeitsproduktivität zu steigern, wurde versucht, neue Formen der Arbeitsorganisation einzuführen - Tarifverträge auf der Grundlage eines vollständigen Rentabilitätsprinzips.

Der Brigadecharakter der Arbeit verbreitete sich in Industrie, Bauwesen und Landwirtschaft, brachte aber letztendlich nicht den erwarteten Effekt.

Auf dem Weltmarkt hat sich eine ungünstige wirtschaftliche Situation entwickelt. Die Ölpreise fielen stark - das wichtigste Element des sowjetischen Exports. Parallel zur Staatswirtschaft entstand die sogenannte Schattenwirtschaft (von der Statistik nicht erfasste Unternehmen im Bereich der Industrie, des Handels usw.).

Ihre Entwicklung ging mit Gesetzlosigkeit und Korruption einher.

Die Ziele des elften Fünfjahresplans (1981-1985) wurden bei keinem Merkmal erreicht.

Sozialbereich.

Widersprüche in der Entwicklung der Gesellschaft haben die Umsetzung von sozialen Aktionsplänen erschwert. Die Lösung des Wohnungsproblems war erfolgreicher als andere. Der Massenwohnungsbau verbesserte die Lebensbedingungen für Hunderttausende von Stadtbewohnern.

Anfang der 80er Jahre hatten fast 80% der Familien getrennte Wohnungen (offizielle Statistik). Das Realeinkommen der Bevölkerung wuchs langsamer als geplant. Die Monatsgehälter der niedrig bezahlten Arbeitnehmergruppen wurden erhöht. Gleichzeitig kam es zu einer ungerechtfertigten Angleichung der Gehälter von

Ingenieuren und technischen Angestellten und Arbeitern. Lohnerhöhungen wurden durchgeführt, ohne die tatsächliche Leistung der Arbeiter zu berücksichtigen.

In den 70er und Anfang der 80er Jahre gingen die Kapitalinvestitionen im sozialen Bereich stark zurück. Die Finanzierung nach dem „Rest“-Prinzip traf die Lebensbedingungen der Landbevölkerung besonders hart.

Die Versorgung der Dorfbewohner mit medizinischen und vorschulischen Einrichtungen für Kinder, Haushalts- und Gastronomieunternehmen ist beträchtlich hinter der Stadt zurückgeblieben.

Dies war einer der Gründe für die Landflucht der Werktätigen in die Städte. In der Zeit zwischen den Unions-Volkszählungen 1959 und 1979 Jahren stieg die Zahl der Bürger von 100 Millionen auf 163,3 Millionen.

Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung des Landes überstieg 62%.

Negative Phänomene sind tief in den sozialen Bereich, aber auch in andere Lebensbereiche eingedrungen. Das lag vor allem an der Entstehung einer neuen sozialen Schicht in der Gesellschaft - der sogenannten Nomenklatura. Führungskräfte auf höchster und mittlerer Ebene nahmen eine besondere, privilegierte Position im System der Verteilung des materiellen Reichtums ein. Für sie gab es eine spezielle Versorgung mit Lebensmitteln und Industriegütern, es gab spezielle Kliniken, Krankenhäuser, Sanatorien.

Die Nomenklatura war eine verlässliche Stütze des eingeschlagenen politischen Kurses. Zunehmende soziale Ungleichheit, Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit durch einige führende Funktionäre, Lob für L. I. Breschnew auf Parteitag und in der Presse sorgten für wachsende Unzufriedenheit im Land. Die Autorität der Kommunistischen Partei nahm ab.

DIE UDSSR AUF DER INTERNATIONALEN BÜHNE

Die Politik der „Entspannung“.

An der Wende der 60 - 70er Jahre intensivierte sich die Tätigkeit der UdSSR auf der internationalen Bühne erheblich. Mit dem Aufbau der nuklearen Fähigkeiten in der Welt bemühte sich die Führung des Landes, die internationalen Spannungen abzubauen.

1969 genehmigte die Generalversammlung der Vereinten Nationen den von der Sowjetunion vorgeschlagenen Vertragsentwurf über die Nichtverbreitung von Atomwaffen. Der Vertrag verbot die Weitergabe von Atomwaffen an Staaten, die sie nicht besitzen, oder an Militärblöcke. Im März 1970 trat der Vertrag in Kraft.

Es gab positive Veränderungen in den Beziehungen der UdSSR zu den entwickelten kapitalistischen Staaten. 1966 fand während des Besuchs des französischen Präsidenten de Gaulle in der UdSSR die Unterzeichnung der sowjetisch-französischen Erklärung statt. Es wurden Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken geschlossen. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der BRD wurden normalisiert. Die Handelsbeziehungen mit Italien wurden ausgebaut.

Der Außenhandel war eine wichtige Form der wirtschaftlichen Beziehungen mit den

westlichen Ländern. Der Abschluss von Verträgen auf Kompensationsbasis wurde entwickelt. Mit Großbritannien wurden langfristige Verträge über die Zusammenarbeit beim Bau von Industrieanlagen auf dem Territorium der UdSSR unterzeichnet. Das sowjetisch-japanische Abkommen sah eine Beteiligung Japans an der Erschließung des südjakutischen Kohlebeckens vor. In vielen Bereichen wurden Kontakte zu den USA geknüpft.

Das 1972 geschlossene Abkommen zur Begrenzung strategischer Waffen (SALT-1) zwischen der UdSSR und den USA war der Beginn einer Politik der „Entspannung“ der internationalen Spannungen. Der Höhepunkt des Prozesses der „Entspannung“ war die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die 1975 in Helsinki stattfand.

Die zum Treffen angereisten Regierungschefs von 33 Staaten Europas, der USA und Kanadas unterzeichneten die Deklaration der Prinzipien der gegenseitigen Beziehungen und der Zusammenarbeit der Länder. In dem Dokument wurde die Notwendigkeit erörtert, in den zwischenstaatlichen Beziehungen die Grundsätze der souveränen Gleichheit, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen, der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten und der Achtung der Menschenrechte zu beachten. Die Unverletzlichkeit der nach dem Zweiten Weltkrieg gebildeten Grenzen europäischer Staaten wurde anerkannt.

Der Prozess der „Entspannung“ war von kurzer Dauer. Sehr bald begann eine neue Phase des Wettrüstens in den führenden Ländern der Welt. In diesem Zusammenhang wurden 1978 und 1982 Sondersitzungen der UN-Generalversammlung zum Thema Abrüstung abgehalten. Einige der von den sowjetischen Vertretern bei der UNO gemachten Vorschläge wurden bei der Ausarbeitung der Schlussdokumente zur Begrenzung des Wettrüstens berücksichtigt. Grundlegende Unterschiede in der Herangehensweise der Länder des Ostens und des Westens an die Lösung des Problems (in Fragen der Abrüstung, der Kontrolle darüber u. a.) ermöglichten es ihnen jedoch nicht, eine Einigung zu erzielen.

UdSSR und sozialistische Länder.

Die Führung des Landes unter der Leitung von L. I. Breschnew gab den Beziehungen zu den sozialistischen Ländern Vorrang.

Das Volumen des gegenseitigen Handels mit den RGW-Staaten nahm zu. Sie machten über 50% des gesamten Handelsumsatzes aus. Brennstoff und Elektrizität, Erze und Metalle dominierten die Struktur der sowjetischen Exporte.

Die wichtigsten Importartikel waren Maschinen, Anlagen und Fahrzeuge. Es fand eine Art „Tausch“ von Brennstoff- und Energieressourcen gegen Industriegüter statt.

Änderungen der Öl- und Energiepreise auf dem Weltmarkt verursachten Komplikationen im Prozess der gegenseitigen Beziehungen.

Im Jahr 1971 wurde das Umfassende Programm der sozialistischen Wirtschaftsintegration verabschiedet. Sie beinhaltete die internationale Arbeitsteilung, die Konvergenz der Volkswirtschaften der RGW-Staaten und die Ausweitung des Handels zwischen den sozialistischen Ländern. Gemäß dem Plan zur internationalen Arbeitsteilung entwickelte Ungarn den Omnibusbau und die Produktion von Autoteilen, die DDR den Schiffbau und den Textilmaschinenbau.

Im Rahmen des RGW gab es mehrere Dutzend zwischenstaatliche Institutionen, die

die wirtschaftliche Integration der sozialistischen Länder fördern sollten. Der Umfang der Arbeit an der gemeinsamen Erschließung der natürlichen Ressourcen und dem Bau von Industrieunternehmen auf dem Territorium der RGW-Mitgliedsstaaten wurde immer größer. Eine Internationale Investitionsbank (IIB) wurde gegründet, um die Mittel für den gemeinsamen Bau zu konzentrieren. Mit technischer Unterstützung der UdSSR wurden Atomkraftwerke in Bulgarien und der DDR gebaut, das Donaumetallurgische Kombinat in Ungarn wurde rekonstruiert und in Rumänien ein Kautschukwerk errichtet.

Das sowjetische Diktat und die Auferlegung des sowjetischen Entwicklungsmodells auf die Verbündeten der Warschauer Vertragsorganisation (WV) führte zu wachsender Unzufriedenheit in Osteuropa. Die wirtschaftliche Integration hatte eine verzerrende Wirkung auf die Struktur ihrer Volkswirtschaften und hemmte das Funktionieren des marktwirtschaftlichen Mechanismus.

Die Politik der „begrenzten Souveränität“, die die sowjetische Führung gegenüber den sozialistischen Staaten verfolgte, wurde im Westen als „Breschnew-Doktrin“ bezeichnet.

Eine Erscheinungsform dieser „Doktrin“ war die Einmischung der UdSSR in die inneren Angelegenheiten der Tschechoslowakei. Im Jahr 1968 unternahm die tschechoslowakische Führung den Versuch, den Sozialismus zu „erneuern“, indem sie die Gesellschaft demokratisierte, Marktprinzipien in die Wirtschaft einführte und ihre Außenpolitik auf die westlichen Länder ausrichtete. Die Aktivitäten der Führer der Tschechoslowakei wurden als „Konterrevolution“ angesehen. Im August 1968 rückten Truppen aus der UdSSR, Bulgarien, Ungarn, der DDR und Polen in die Tschechoslowakei ein. Der Einzug der Truppen der WV-Mitgliedsländer in die Tschechoslowakei wurde von Jugoslawien, Albanien und anderen Staaten scharf verurteilt. Die neue Führung der Tschechoslowakei verpflichtete sich, in Zukunft keine „Manifestationen des Antisozialismus“ zuzulassen.

Die Beziehungen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China blieben angespannt. Im Frühjahr 1969 kam es zu einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen sowjetischen und chinesischen Militäreinheiten in der Nähe des Flusses Ussuri. Der Konflikt entbrannte um die Insel Damansky, deren territoriale Zugehörigkeit nicht eindeutig definiert war. Der Vorfall wäre beinahe zu einem chinesisch-sowjetischen Krieg eskaliert. Nach den Ereignissen auf der Insel Damansky wurden Maßnahmen zur Verstärkung der Grenze zu China ergriffen. Hier wurden neue Militärbezirke geschaffen. Die Zahl der sowjetischen Truppen in der Mongolei wurde erhöht. Dies führte zu erhöhten Spannungen zwischen der UdSSR und der VR China. Ende der 70er Jahre leitete China eine Wirtschaftsreform ein, die auf den Prinzipien der NEP basierte. Ihre Ergebnisse wurden von den sowjetischen Führern als Wiederherstellung des Kapitalismus angesehen.

Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre nahmen die Widersprüche in den Beziehungen der UdSSR zu ihren Verbündeten im WV-Vertrag zu. In den osteuropäischen Staaten hat sich der Wunsch verstärkt, sich von der Führung der UdSSR zu befreien und Unabhängigkeit in der Innen- und Außenpolitik zu erlangen.

Die internationale Krise der späten 70er Jahre.

Ende der 70er Jahre unterhielt die Sowjetunion diplomatische Beziehungen zu mehr als 130 Ländern.

Fast die Hälfte davon waren Entwicklungsländer.

Die Sowjetunion gewährte ihnen erhebliche wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Hilfe, gewährte zinsgünstige Darlehen und beteiligte sich an der Ausbildung von qualifiziertem Personal für die Volkswirtschaft. Mit finanzieller und technischer Unterstützung der UdSSR wurden industrielle und landwirtschaftliche Anlagen in Südostasien und Afrika errichtet.

Die sowjetische Politik in Afghanistan hatte einen negativen Einfluss auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen der UdSSR und den Ländern der Welt an der Wende der 70 - 80er Jahre. 1978 kam die Demokratische Volkspartei in Afghanistan infolge eines Militärputsches an die Macht. Die Führung der DVPA (*Demokratische Volkspartei Afghanistans*) appellierte an die sowjetische Regierung, die revolutionäre Bewegung militärisch zu unterstützen. Ein Teil der Partei- und Staatsführung der UdSSR hielt es für möglich, Afghanistan nur politische Unterstützung zukommen zu lassen. Der größte Teil des Parteistaatsapparats und einige der Führer der Militärabteilung, die sich auf das Prinzip des proletarischen Internationalismus stützten, bestanden darauf, sowohl politische als auch militärische Hilfe zu leisten. Im Dezember 1979 wurden sowjetische Truppen nach Afghanistan geschickt. Die Weltgemeinschaft bewertete das Vorgehen der UdSSR in Afghanistan scharf negativ. Eine außerordentliche Sitzung der UN-Vollversammlung erklärte, dass die Sowjetunion die Souveränität der Staaten der „Dritten Welt“ verletze.

Die Verwicklung der Sowjetunion in den Afghanistankrieg führte zu einem Rückgang ihres Ansehens auf der internationalen Ebene. Die Kontakte mit den westlichen Ländern und den USA nahmen ab. Einer der Indikatoren dafür war die Weigerung des US-Senats, den mit der Sowjetunion unterzeichneten Vertrag über die weitere Begrenzung des nuklearen Wettrüstens (SALT-2) zu ratifizieren.

Die Verschärfung der internationalen Situation und die abnehmende Autorität der UdSSR auf der Weltbühne waren eng mit der wachsenden allgemeinen Krise des bürokratischen Systems verknüpft.

Die Gesellschaft am Vorabend der Perestroika.

Die Ineffizienz der Wirtschaft, die Deformierung des sozialen und politischen Lebens, die soziale Apathie der Bevölkerung verursachten tiefe Besorgnis in der Führung des Landes. Es wurden Maßnahmen ergriffen, um negativen Entwicklungen in Wirtschaft und Politik zu begegnen. In offiziellen Dokumenten wurde die Notwendigkeit des Kampfs gegen Bestechung und Spekulation erklärt.

Sie enthielten Appelle zur Überwindung von Verzerrungen im Verteilungsbereich. Aber es wurden keine wirklichen Schritte zur Verbesserung der Wirtschaft unternommen.

Einer der ersten, der versuchte, das Land aus der Stagnation herauszuführen, die das ganze System in die Krise zu stürzen drohte, war J. W. Andropow. Im November 1982 (nach dem Tod von L. I. Breschnew) wurde er Generalsekretär des Zentralkomitees der Partei, bevor er anderthalb Jahrzehnte lang das Komitee für Staatssicherheit beim Ministerpräsidenten der UdSSR leitete.

Die Maßnahmen des neuen Generalsekretärs im Zusammenhang mit

Personalumstellungen in Partei- und Staatsstrukturen sorgten für eine breite Resonanz in der Gesellschaft.

Die Leiter einer Reihe von Ministerien, die den Bedürfnissen der Volkswirtschaft nicht gerecht wurden oder sich der Bestechung schuldig gemacht hatten, wurden entlassen (z. B. Innenminister N. A. Schelokow).

N. I. Ryschkow (stellvertretender Vorsitzender des Staatlichen Planungskomitees der UdSSR), W. I. Worotnikow, J. K. Ligatschow (örtliche Parteimitarbeiter) und andere wurden in den Apparat des Zentralkomitees der Partei aufgenommen. Zu den engsten Vertrauten des neuen Führers gehörte M. S. Gorbatschow, Leiter des Agrarsektors des Zentralkomitees der Partei.

Wege zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten sah J. W. Andropow vor allem in der Verbesserung der Führung der Wirtschaft - das Verwaltungs- und Planungssystem und den Wirtschaftsmechanismus. Es sollte die Unabhängigkeit von Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben erweitern. Viel Aufmerksamkeit wurde der Bekämpfung von Bürokratie, Misswirtschaft und Korruption gewidmet. Es ging nicht um irgendwelche radikalen Reformen und Umwälzungen, sondern um die Beseitigung von negativen Erscheinungen aus dem Leben der Gesellschaft, um ihre Demokratisierung. Die überwiegende Mehrheit des sowjetischen Volkes unterstützte den Kurs, der darauf abzielte, die Ordnung im Lande herzustellen. Die Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung führten jedoch nicht zu greifbaren Ergebnissen. Die Ansätze der Partei- und Staatsführung in der Außenpolitik blieben unverändert: Konfrontation mit den USA und den NATO-Ländern, Stärkung des sozialistischen Gemeinwesens unter Führung der UdSSR. Die wachsende antisozialistische Stimmung in den osteuropäischen Ländern wurde ignoriert. Nach wie vor beteiligten sich sowjetische Truppen an dem „nicht erklärten Krieg“ in Afghanistan.

Nach dem Tod J. W. Andropows (Februar 1984) wurde der Posten des Generalsekretärs des Zentralkomitees der KPdSU für 13 Monate von K. U. Tschernenko bekleidet. Ein Kader-Parteimitarbeiter, schon kein junger Mann mehr (zum Zeitpunkt seiner Wahl zum Generalsekretär war er über 70 Jahre alt), bemühte er sich nicht, irgendwelche Reformen im Land durchzuführen. Er betrachtete die Entwicklung der Wirtschaft, die Verbesserung der Planung und die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit als die wichtigsten Richtungen seiner Tätigkeit. Der neue Leiter verband die erfolgreiche Lösung dieser Aufgaben mit der Verbesserung der Produktionsorganisation und der Verwaltungsmethoden, der Stärkung der Ordnung und Disziplin. Es wurde jedoch kein klares und effektives Programm zur Überwindung der Krise ausgearbeitet.

Die industrielle und landwirtschaftliche Produktion ging weiter zurück. Die Verformung erfasste die Struktur der Exporte der UdSSR immer tiefer: Mitte der 1980er Jahre bestand mehr als die Hälfte davon aus Brennstoffen und Energie.

Die Devisengelder für den Kauf von Lebensmitteln und industriellen Konsumgütern wurden erhöht.

Negative Erscheinungen in der Wirtschaft hatten einen starken Einfluss auf die Entwicklung der sozialen Sphäre. Die Realeinkommen der Bevölkerung sanken. In den Städten kam es immer häufiger zu Engpässen bei Lebensmitteln und Industriegütern.

Dreizehn Monate Amtszeit K. U. Tschernenkos als Staatsoberhaupt zeigten, dass der Weg zur Stabilisierung des sowjetischen Systems völlig zum Scheitern verurteilt war.

Die Gesellschaft, die als höchste Errungenschaft der menschlichen Entwicklung deklariert wurde, befand sich in einer tiefen politischen und wirtschaftlichen Krise.

Der eingeleitete Veränderungsprozess im gesellschaftspolitischen Leben erwies sich jedoch als nicht rückgängig zu machen. Das bürokratische System, das sich in den 30er Jahren herausgebildet hatte und den Veränderungen des Chruschtschow-„Tauwetters“ standgehalten hatte, war am Rande des Zerfalls. Das wurde vielen Vertretern des Partei- und Staatsapparates zunehmend bewusst.

Kapitel 41

DIE LETZTEN JAHRE DER UDSSR (1985 - 1991)

Mitte der 80er Jahre begann auf Initiative der Partei- und Staatsführung die Erneuerung der wirtschaftlichen Grundlagen, der politischen Struktur und des geistigen Lebens der Gesellschaft. Radikale Veränderungen in den Bedingungen der Produktionsentwicklung und den Methoden der Wirtschaftsführung und Umgestaltungen auf gesellschaftspolitischem Gebiet gingen über die von der Perestroika abgesteckten Grenzen hinaus. Sie führten zum Zerfall des sowjetischen Systems, das mehr als sieben Jahrzehnte lang bestanden hatte.

PERESTROIKA IM GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN LEBEN

Der Kurs zur „Erneuerung der Gesellschaft“.

Mitte der 80er Jahre kam eine Gruppe junger, tatkräftiger Arbeiter, die zuvor eng mit J. W. Andropow zusammengearbeitet hatten, an die Macht im Land. Im März 1985 wurde M. S. Gorbatschow Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU. Der Ministerrat der UdSSR wurde von N. I. Ryschkow geleitet. M. S. Gorbatschow und die radikalen Politiker, die ihn unterstützten, entwickelten die Initiative zur „Erneuerung des Sozialismus“.

Das Wesen der „Erneuerung der Gesellschaft“ sah ihr Initiator M. S. Gorbatschow in der Verbindung von Sozialismus und Demokratie, in der Errichtung eines „besseren Sozialismus“. In das Politbüro des Zentralkomitees der Partei wurden neue Mitglieder aufgenommen - Personen, die die Ideen des Generalsekretärs teilten (J. K. Ligatschow, W. M. Tschebrikow, E. A. Schewardnadse). Zu den Sekretären des Zentralkomitees gehörten B. N. Jelzin und A. N. Jakowlew.

Der neue Kurs begann auf dem Plenum des Zentralkomitees der KPdSU im April (1985). Das Plenum sprach über die Notwendigkeit einer qualitativen Reform der Gesellschaft, über die Dringlichkeit tiefgreifender Veränderungen in allen Bereichen ihres Lebens. Es wurden die Richtungen der Entwicklung der Volkswirtschaft und der sozialen Bereiche skizziert.

Der Haupthebel der Reformen war die Beschleunigung der sozioökonomischen Entwicklung des Landes.

Der Erfolg der Beschleunigung war verbunden mit einer aktiveren Nutzung der Errungenschaften von Wissenschaft und Technik, der Dezentralisierung der Verwaltung der Volkswirtschaft, der Erweiterung der Rechte der Unternehmen, der Einführung des Rentabilitätsprinzips, der Stärkung der Ordnung und Disziplin in der Produktion. Vorrangig wurde die Maschinenbauindustrie berücksichtigt. Mit ihrem Aufstieg sollte der technische Wiederaufbau des gesamten volkswirtschaftlichen Komplexes erreicht werden. Auf der Grundlage der reformierten Wirtschaft war geplant, die wichtigsten sozialen Fragen zu lösen, vor allem Wohnen und Ernährung.

Die Veränderungen in der gesellschaftspolitischen Sphäre begannen mit der Umsetzung der Politik der Glasnost (*Transparenz, Öffentlichkeit*). Die Zensur wurde aufgehoben und die Veröffentlichung neuer Zeitungen wurde erlaubt. Dies führte zu einem starken Anstieg der sozialen Aktivitäten in der Bevölkerung. Es entstanden zahlreiche öffentliche Vereinigungen zur Unterstützung der Perestroika. Auf Massenversammlungen der Bürger wurde der neue Regierungskurs breit diskutiert. Auf den Seiten der Zeitschriften gab es eine Diskussion über die Wahl der gesellschaftlichen Entwicklung.

Das Wesen der Strategie der „Erneuerung“ wurde von Michail Gorbatschow bei den Treffen mit Partei- und Wirtschaftsaktivisten verschiedener Städte erläutert. Die Idee der Akzeleration stieß in verschiedenen Teilen der Bevölkerung sowohl auf Zustimmung als auch auf Protest. Unter den Arbeitern des Partei- und Staatsapparates gab es Gegner des neuen Kurses. Um die Umsetzung der Aufgaben der Perestroika zu gewährleisten, gab es einen Teilwechsel in der Partei- und Sowjetführung. Der Vorsitzende des Staatlichen Planungskomitees der UdSSR, die Leiter des Innenministeriums und des Außenministeriums, die Sekretäre des Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien der meisten Unionsrepubliken usw. wurden ersetzt.

Der XXVII. Parteitag der KPdSU (Februar 1986) bestätigte die Richtigkeit des von der Führung des Landes eingeschlagenen Kurses zur Beschleunigung der Reformen in der Wirtschaft, zur Erneuerung der Formen und Methoden der Arbeit der politischen Strukturen. Wie zuvor war dieser Kurs mit der Aufgabe verbunden, die sozialistische Gesellschaft zu verbessern.

Reform des politischen Systems.

In den Jahren 1985 - 1986 wurde der Kampf gegen die Verletzung der Produktionsdisziplin und Korruption aufgenommen. Eine Reihe ehemaliger Beamter wurde wegen Bestechung und Veruntreuung bestraft. Im Politbüro des Zentralkomitees der KPdSU wurde eine Kommission unter der Leitung von A. N. Jakowlew mit dem Ziel des zusätzlichen Studiums der Dokumente der Verfolgten der 30er - Anfang der 50er Jahre geschaffen. Viele Menschen, die in den Prozessen der 30er Jahre unschuldig verurteilt worden waren, wurden rehabilitiert. Unter den Rehabilitierten waren N. I. Bucharin und A. I. Rykow, eine Gruppe von Ökonomieprofessoren (A. W. Tschajanow u. a.).

Die Demokratisierung des gesellschaftspolitischen Lebens wurde durch die Einführung von alternativen Wahlen der Parteisekretäre in den Parteiorganisationen erleichtert.

Ende der 80er Jahre wurde die Struktur der Staatsmacht umgestaltet.

Sie begannen mit der XIX. Unionsparteikonferenz (Juni 1988).

Dabei kam es zu einem heftigen Meinungskampf zwischen Befürwortern und Gegnern

der Perestroika über die Frage der Entwicklungsziele des Landes. Die meisten Delegierten unterstützten den Standpunkt M. S. Gorbatschows über die dringende Notwendigkeit wirtschaftlicher Reformen und einer Umgestaltung des politischen Systems der Gesellschaft. Die Konferenz befürwortete den Kurs zur Errichtung eines Rechtsstaates im Lande. Politische Reformen spielten bei ihrer Entstehung eine große Rolle.

Das Wesentliche der politischen Reform war die klare Aufgabenteilung zwischen den Parteiorganen und den Sowjets, die Übertragung der Macht aus den Händen der Kommunistischen Partei auf die Sowjets. Die Umsetzung dieses Beschlusses wurde bis zur Verabschiedung der neuen politischen Strukturen der Gesellschaft verschoben.

Eine neue Behörde wurde gegründet - der Kongress der Volksdeputierten der UdSSR. Aus den Reihen der Teilnehmer wurde ein Oberster Rat gewählt, der zu einem ständigen Parlament wurde. Ähnliche staatliche Strukturen wurden in den Unionsrepubliken geschaffen.

Ein wesentlicher Bestandteil der Reform des politischen Systems zur Schaffung eines demokratischen Staates war die Einführung der Präsidentschaft im Land (M. S. Gorbatschow wurde im März 1990 auf dem III. Kongress der Volksabgeordneten zum ersten Präsidenten der UdSSR gewählt).

Ende 1988 verabschiedete der Oberste Sowjet der UdSSR ein Gesetz, das das System der Wahlen zu den Sowjets änderte. Von nun an sollten die Volksvertreter auf einer alternativen Basis gewählt werden. Im Frühjahr 1989 fanden die Wahlen zur obersten Behörde nach den neuen Wahlprinzipien statt. Zum Abgeordnetenkorps gehörten viele Befürworter der Fortsetzung der radikalen Reformen, darunter B. N. Jelzin, G. Ch. Popow, A. D. Sacharow, A. A. Sobtschak, J. N. Afanasjew, Y. D. Tschernitschenko. Der I. Kongress der Volksdeputierten (1989) bildete den Obersten Sowjet der UdSSR. M. S. Gorbatschow wurde zu seinem Vorsitzenden gewählt.

Veränderung der Einstellung zur Religion.

Unter den Bedingungen der demokratischen Reformen änderte sich das Verhältnis zwischen Kirche und Staat. Es fanden mehrere Treffen von M. S. Gorbatschow mit dem Patriarchen der Russischen Orthodoxen Kirche Pimen und Vertretern anderer religiöser Konfessionen statt. 1988 fanden im Zusammenhang mit dem 1000. Jahrestag der Taufe der Rus Jubiläumsfeiern statt. Neue Religionsgemeinschaften wurden registriert, religiöse Bildungseinrichtungen eröffnet. Die Verbreitung veröffentlichter religiöser Literatur hat zugenommen.

Den Gläubigen wurden die religiösen Gebäude zurückgegeben, die ihnen zuvor weggenommen worden waren. Die Behörden gaben die Erlaubnis für den Bau neuer Kirchen.

Den Kirchenmitgliedern wurde die Möglichkeit gegeben, wie alle Bürger am öffentlichen Leben teilzunehmen. Mehrere prominente kirchliche Hierarchen wurden als Abgeordnete des Obersten Sowjets des Landes gewählt.

Eine neue Gesetzgebung über Kulte wurde ausgearbeitet und verabschiedet. Seiner Entstehung ging eine Diskussion auf den Seiten der Zeitschriften über die Frage

voraus, wie man die Beziehungen zwischen Staat und Kirche aufbauen kann. Das neue Gesetz „Über die Gewissensfreiheit“ festigte die Politik der Liberalisierung der Haltung des Staates gegenüber der Religion.

Gründung politischer Parteien und Bewegungen.

Im März 1990 wurde der Artikel 6 der Verfassung der UdSSR über die führende Rolle der KPdSU in der Gesellschaft abgeschafft. Zu dieser Zeit waren bereits zahlreiche politische Organisationen im Lande aktiv. Die Abschaffung von Artikel 6 war ein Anstoß für das Entstehen neuer Parteien und Bewegungen. Unter ihnen waren Organisationen mit demokratischer Ausrichtung - die Bauern-, Agrar- und Volksparteien Russlands, die Republikanische Partei der Russischen Föderation, die Demokratische Partei Russlands u. a. In ihren Programmen traten sie für einen demokratischen Staat und wirtschaftliche und politische Reformen ein. Viele Parteien erkannten die Notwendigkeit einer gemischten Wirtschaft an, waren sich aber uneinig darüber, wie sie gestaltet werden sollte. Die Leiter der meisten neuen Organisationen glaubten, dass es zur Überwindung der Krise notwendig sei, die erforderlichen Umstrukturierungen von oben durchzuführen.

Eine Spaltung in den Reihen der KPdSU führte zum Entstehen mehrerer Parteien mit sozialistischer (kommunistischer) Ausrichtung.

Die Kommunistische Partei der RSFSR (KPRF) und die Russische Partei der Kommunisten (RPK) spielten von den ersten Tagen ihrer Gründung an eine bedeutende Rolle im politischen Leben des Landes. Die Russische Kommunistische Arbeiterpartei (RKAP) wurde gegründet. In der Anfangsphase ihrer Tätigkeit sahen alle ihre Hauptaufgabe in der Rückkehr zur kommunistischen Ideologie (unter Berücksichtigung der Veränderungen im Land), sowie in der Stärkung der Rolle des Staates im Wirtschaftsleben.

Die Parteien der sozialdemokratischen Richtung begannen zu operieren. Parteien und Bewegungen mit national-patriotischer Ausrichtung (die Republikanische Volkspartei Russlands u. a.) traten für die Wiederbelebung des Nationalbewusstseins und einen starken Staat ein - allerdings in unterschiedlichen Formen.

Die Zeit der Existenz vieler Parteien erwies sich als kurz, sie lösten sich auf, fusionierten mit anderen Organisationen. Es entstanden neue politische Gruppen und Blöcke, die alle aktiv am öffentlichen Leben der UdSSR teilnahmen. Im Zentrum des politischen Kampfes um die Macht an der Wende der 80 - 90er Jahre standen die Parteien kommunistischer und liberaler Orientierung. Ende der 80er Jahre kam es zu einer Spaltung unter den Anhängern des Reformkurses von M. S. Gorbatschow. Dies wurde weitgehend durch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in der UdSSR erleichtert. Eine Gruppe von politischen Radikalen forderte tiefgreifende politische Reformen, die aktive Umsetzung der Ideen des Privateigentums und der Mehrparteiendemokratie.

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Wirtschaftsreform.

Die ersten Jahre der „Perestroika“ hatten kaum Auswirkungen auf das bestehende Wirtschaftssystem.

Einer der Indikatoren für die schwierige Wirtschaftslage und das darin herrschende Missmanagement war der Unfall im Kernkraftwerk (KKW) Tschernobyl. Im April 1986 kam es während eines Turbinengenerator-Tests zu einer Reaktorexlosion in einem der KKW-Blöcke. Informationen über den Unfall waren für die Öffentlichkeit und die Weltgemeinschaft nicht sofort verfügbar. Dies war einer der Gründe für den globalen Charakter der Folgen der Katastrophe.

Die Katastrophe im KKW beschleunigte die Verabschiedung der Wirtschaftsreform (1987). Sein Hauptaugenmerk lag auf dem Übergang von vorwiegend administrativen zu ökonomischen Methoden der Produktionssteuerung. Aber das Wesen des bürokratischen Systems wurde von der Reform nicht berührt.

Es wurden Gesetze zur Verbesserung der Wirtschaftsführung erlassen.

Einige Ministerien und Abteilungen wurden abgeschafft, die Selbständigkeit der Unternehmen wurde erweitert. Trotz aller ergriffenen Maßnahmen wurden die geplanten Ziele im Bereich der Volkswirtschaft für die meisten Indikatoren nicht erreicht. Darüber hinaus hat der Mangel an Nahrungsmitteln und Konsumgütern zugenommen. Das Haushaltsdefizit hat sich ausgeweitet, was zum Teil auf geringere Einnahmen aus dem Ölexport zurückzuführen ist.

Ende der 80er Jahre erkannten die meisten Ökonomen, Wirtschaftswissenschaftler und Parteiführer die Notwendigkeit einer umfassenden Entwicklung der Marktbeziehungen. Der I. Kongress der Volksdeputierten der UdSSR beschloss, den Übergang zu einem neuen Modell der wirtschaftlichen Entwicklung einzuleiten. Als Bestandteile wurden empfohlen: Reduzierung staatlicher Eingriffe in die Verwaltung der Volkswirtschaft, Erneuerung der Eigentumsverhältnisse und Marktbildung. Die Zweckmäßigkeit der Entwicklung der Marktwirtschaft, des Wettbewerbs und des Unternehmertums wurde in den Beschlüssen des XXVIII. Kongresses der KPdSU (Juli 1990) erörtert.

Auf dem Weg zu einer Marktwirtschaft.

An der Wende der 80er - 90er Jahre wurden die Selbstständigkeit und die Gründung von Genossenschaften für die Produktion verschiedener Arten von Waren erlaubt. Den Unternehmen wurden weitreichende Rechte eingeräumt (Gesetz über staatliche Unternehmen, 1987). Die zentralen Planungsorganisationen waren dafür verantwortlich, die Maßstäbe für die wirtschaftliche Entwicklung und die Größe der staatlichen Ordnung zu setzen.

Unternehmen hatten die Möglichkeit, überplanmäßige Produkte selbst zu verkaufen. Das Fehlen von Marktmechanismen in der Wirtschaft führte jedoch zu Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieser Bestimmung. Das Gesetz „Über die allgemeinen Grundsätze des Unternehmertums in der UdSSR“ wurde verabschiedet. Es sollte zur Schaffung wirtschaftlicher und rechtlicher Voraussetzungen für die Entwicklung des privaten Unternehmertums beitragen. Ziel war auch die Umstrukturierung des Bankensystems, die Schaffung von Geschäfts- und Genossenschaftsbanken. Die

Anziehung ausländischer Investitionen in die Wirtschaft nahm zu, und es wurden Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischen Firmen gegründet.

Es gab Veränderungen in der Organisation der landwirtschaftlichen Produktion. Landwirtschaften und private Bauernhöfe erschienen. Ende 1990 gab es etwa 50.000 landwirtschaftliche Betriebe im Land, die etwa 1% der gesamten landwirtschaftlichen Produktion produzierten. Der nichtstaatliche Sektor - in kollektiven und privaten Formen - breitete sich in der Wirtschaft immer mehr aus.

Die Wirtschaftsreform hat die Situation in der Volkswirtschaft nicht verbessert. In den Jahren 1989 - 1990 ging die Wachstumsrate der Industrieproduktion stark zurück (Tabelle 2).

Tabelle 2

Industrielle Wachstumsrate
(in % gegenüber dem Vorjahr)

1985	1986	1987	1988	1989	1990
+ 3,4	+ 4,1	+ 3,8	+ 3,9	+ 1,7	- 1,2

Das Haushaltsdefizit des Staates wurde immer größer und die Arbeitslosigkeit wuchs. Zu Beginn des Jahres 1990 betrug die Zahl der Arbeitslosen im Land (nach offiziellen Angaben) 6 Millionen Menschen.

Antikrisenprogramme.

Im Sommer 1990 verabschiedete der Oberste Sowjet der UdSSR einen Beschluss „Über das Konzept des Übergangs zur regulierten Marktwirtschaft“. Daraufhin entwickelten mehrere Gruppen prominenter Ökonomen und Wirtschaftsfachmänner Programmwürfe, die sogenannten Antikrisenprogramme. Diese Programme stellten alternative Pläne für den Übergang zur Marktwirtschaft dar. Die Autoren eines davon – „Das 500-Tage-Programm“ - waren eine Gruppe von Ökonomen unter der Leitung von S. S. Schatalin und G. A. Jawlinski. Das Programm sah die Dezentralisierung der Wirtschaft, die Überführung von Betrieben in die Vermietung und die Privatisierung vor. Geplant waren die Aufhebung der staatlichen Preiskontrollen und die Aufnahme von geregelter Arbeitslosigkeit. Das Programm, so die Autoren, würde es dem Land ermöglichen, innerhalb von 500 Tagen aus der Wirtschaftskrise herauszukommen. Für die Umsetzung wurde jedoch ein gemäßigerer Plan gewählt, dessen Entwicklung von L. I. Abalkin, Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, geleitet wurde. An der Arbeit am Programm nahm der Regierungschef N. I. Ryschkow teil. Das Programm N. I. Ryschkow - L. I. Abalkin ging von der Erhaltung des staatlichen Sektors in der Wirtschaft für einen längeren Zeitraum aus, sowie von der staatlichen Kontrolle über den entstehenden Privatsektor.

Die Politik der Wirtschaftsreformen hatte erhebliche soziale und wirtschaftliche Kosten. Die Produktion nicht nur industrieller, sondern auch landwirtschaftlicher Produkte ging stark zurück. Das Realeinkommen der Mehrheit der Bevölkerung ist gesunken. Viele soziale Probleme blieben ungelöst, darunter Wohnungs-, Lebensmittel- und

Umweltprobleme.

Die Verschärfung der Arbeits- und Alltagsprobleme führte zu verschiedenen Formen des sozialen Protests. In den späten 80er Jahren erfasste eine Streikwelle die Bergwerke des Kusbass- und dann des Donezk-Kohlebeckens. Allein im Donbass haben sich mehr als 300.000 Bergleute dem Kampf für ihre Rechte angeschlossen.

Die Vielfalt der Eigentumsformen hat zur Entstehung neuer sozialer Gruppen geführt. Es entstanden soziale Gruppen, die die Produktionsmittel besaßen: Mitglieder von Genossenschaften und Selbstständige.

Es bildete sich eine soziale Schicht von Bürgern, die über beträchtliche finanzielle Mittel verfügten (Bankiers).

AUßENPOLITISCHE TÄTIGKEITEN DER REGIERUNG

Neue außenpolitische Grundsätze.

Die Jahre der Perestroika waren eine Zeit der positiven Veränderungen in der Außenpolitik der UdSSR. Die Sicherheit eines Landes kann nur unter Berücksichtigung der Interessen anderer Völker und Staaten erreicht werden - das war die Grundhaltung des neuen Kurses auf der internationalen Bühne. In zahlreichen Reden des sowjetischen Präsidenten wurden die außenpolitischen Ziele der Sowjetunion umrissen. Es wurde die Notwendigkeit einer umfassenden Interaktion zwischen der Sowjetunion und den Ländern der Welt betont. Frühere Fehler in den Beziehungen zu einigen Staaten, insbesondere zu China, wurden eingeräumt.

Sie drückten ihre Bereitschaft aus, interregionale Konflikte beizulegen.

Eine Reduzierung der Militärausgaben und der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan waren vorgesehen. Im Dezember 1988 formulierte M. S. Gorbatschow in einer Rede vor der UN-Vollversammlung ein neues Konzept der sowjetischen Außenpolitik.

Im Mittelpunkt stand dabei die Priorität der allgemeinmenschlichen Interessen gegenüber den Klasseninteressen.

Die Unabhängigkeit von ideologischen Unterschieden wurde zu einem der Prinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen erklärt. 1985 wurde E. A. Schewardnadse der neue Außenminister der Sowjetunion.

Konkrete Handlungen der sowjetischen Regierung bestätigten die Bereitschaft, den eingeschlagenen außenpolitischen Kurs zu verfolgen, den Wunsch, die Idee der Konfrontation in den Beziehungen zu den westlichen Ländern aufzugeben und den „Kalten Krieg“ zu beenden.

Die Veränderungen in der bisherigen Herangehensweise der UdSSR an außenpolitische Fragen zeigten sich in den sowjetisch-amerikanischen Gesprächen, die im Herbst 1985 in Genf stattfanden. In dem von den Präsidenten beider Länder unterzeichneten Dokument heißt es, dass „ein Atomkrieg inakzeptabel ist und es keine Gewinner geben kann“.

Die Parteien erklärten ihre Weigerung, militärische Überlegenheit übereinander zu erreichen. Es wurde eine Vereinbarung zum Ausbau der Beziehungen zwischen den

beiden Ländern getroffen.

Die Regierung der UdSSR kündigte ein Moratorium für Atomwaffentests an. Die Stationierung von Mittelstreckenraketen im europäischen Teil des Landes wurde ausgesetzt.

Sowjetische Militärausrüstung wurde aus dem Gebiet der DDR abgezogen.

Die Streitkräfte wurden um 500.000 Mann reduziert.

Die Umstellung der militärischen Produktion und die Verlagerung von militärischen Anlagen in die zivile Produktion begann. Im Februar 1988 wurde der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan abgeschlossen (obwohl Afghanistan noch zwei Jahre lang mit Waffen und Munition unterstützt wurde).

Das neue außenpolitische Konzept und seine Umsetzung entsprachen den Zielen der innenpolitischen Entwicklung der UdSSR. Sie ermöglichten es, das Wettrüsten zu begrenzen und die Militärausgaben deutlich zu reduzieren.

Weite Teile der Bevölkerung in der Sowjetunion und im Ausland sprachen sich für die Ideen von M. S. Gorbatschow und seinen engsten Vertrauten aus. Aber es gab auch Gegner der neuen Ansätze zur Lösung internationaler Probleme. Viele Politiker aus dem Militär- und Außenministerium und einige Mitglieder des Parteiapparats sprachen sich dafür aus, den früheren Kurs in den Beziehungen zum Westen beizubehalten. Unfähig, die begonnenen Veränderungen in der Diplomatie zu verhindern, reihten sie sich in die Reihen der Opposition gegen Gorbatschows Perestroika ein.

Die UdSSR und die osteuropäischen Länder.

In den Beziehungen zwischen der UdSSR und den Staaten Osteuropas kam es zu ernsthaften Veränderungen.

Die wirtschaftliche und politische Krise in diesen Ländern und die sinkende Autorität der Regierungsparteien haben zu einem Wachstum der Opposition in diesen Ländern geführt. Die Situation in der UdSSR, der Kurs auf die „Erneuerung des Sozialismus“ führte zur Aktivierung der oppositionellen Kräfte, ihre Konfrontation mit der Regierung zu erhöhen. Schon in seinen ersten Tagen an der Macht erklärte M. S. Gorbatschow die Weigerung der UdSSR, sich in die Angelegenheiten der Alliierten im Rahmen des WV einzumischen. Bei Treffen mit den Führern dieser Länder erklärte er die Gründe, das Wesen und die Wege der „Perestroika“ in der Sowjetunion.

Es wurden Versuche unternommen, die Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den WV-Staaten zu ändern, wobei man sich vor allem auf direkte Kontakte zwischen Unternehmen konzentrierte.

Zunächst unterstützten die Führer der WV-Länder den neuen politischen Kurs M. S. Gorbatschows.

Die Vertiefung der Perestroika-Prozesse, personelle Umbesetzungen im sowjetischen Partei- und Staatsapparat bewirkten jedoch ihre Ablehnung. In der DDR und in Rumänien nahm der Umfang der veröffentlichten Informationen über die Umgestaltungen in der Sowjetunion drastisch ab.

Im Herbst 1989 kam es in der DDR, Bulgarien, Rumänien und der Tschechoslowakei zu Massendemonstrationen gegen die bestehenden Regimes und für die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten. Zuvor war die Regierungspartei in Polen durch freie Wahlen von der Macht verdrängt worden. Frühere Regimes in Ungarn, Jugoslawien und Albanien sind zusammengebrochen. In den ehemaligen

sozialistischen Ländern kam es zu einem Wechsel der Partei- und Staatsstrukturen. Dutzende von neuen politischen Parteien und öffentlichen Organisationen betraten die politische Bühne. Es wurden demokratische Machtorgane aufgebaut. Der Übergang zur Marktwirtschaft und die Privatisierung von Industrieunternehmen begann. In einigen Ländern haben diese Maßnahmen zu einer starken Verschärfung der wirtschaftlichen Situation geführt. Der Zusammenbruch der bestehenden Ordnung in Jugoslawien führte zu einer Krise der nationalen Beziehungen und dem Zerfall des Landes in mehrere Staaten. 1990 fand die Vereinigung von Ost- und Westdeutschland statt.

Der Übergang osteuropäischer Länder zur parlamentarischen Demokratie führte zum Zusammenbruch der sozialistischen Gemeinschaft. Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe und die Organisation des Warschauer Pakts stellten ihre Aktivitäten ein (Frühjahr 1991). Das Ausmaß der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den osteuropäischen Staaten nahm deutlich ab. Während ihr Anteil am Außenhandelsumsatz der Sowjetunion Ende der 80er Jahre über 50 % betrug, fiel er Anfang der 90er Jahre auf 16 %.

Der Verlust der bisherigen Positionen der UdSSR in Osteuropa und die deutsche Wiedervereinigung verschärfen den politischen Kampf zwischen Befürwortern und Gegnern des neuen politischen Kurses.

Die UdSSR und die Länder der Welt.

Die erneuerten Ansätze zur Lösung internationaler Fragen bildeten die Grundlage für eine umfassende Zusammenarbeit der UdSSR mit den Staaten der Welt. In den Jahren 1986 - 1987 gab es mehrere Treffen von M. S. Gorbatschow mit den US-Präsidenten (R. Reagan, dann G. Bush). Die ausgehandelten Vereinbarungen (1987) sahen die Zerstörung von nuklearen Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen beider Mächte in Europa vor.

Im Juli 1991 wurde in Moskau der Vertrag über die Verringerung strategischer Waffen (START I) unterzeichnet.

Die Umsetzung des erzielten Abkommens löste in den herrschenden Kreisen beider Länder unterschiedliche Reaktionen aus. Nach Ansicht vieler Führer des Partei- und Staatsapparates bedrohte diese Aktion ernsthaft die Sicherheit der UdSSR.

Die staatlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) haben sich intensiviert. Die zwischen ihnen unterzeichneten Verträge schufen günstige Bedingungen für die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Die Sowjetunion wurde in den Internationalen Währungsfonds aufgenommen. Großer Wert wurde auf umfassende Kontakte mit den Staaten Nordeuropas - Schweden, Norwegen, Finnland - gelegt. Es wurde eine Einigung über die gemeinsame Entwicklung der natürlichen Ressourcen der Kola-Halbinsel und des Festlandsockels der Barentssee erzielt.

Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und den Ländern Südost- und Südasiens wurden normalisiert. Der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan und der Mongolei schuf Bedingungen für die Normalisierung der Beziehungen zur Volksrepublik China. Im Jahr 1989 stattete M. S. Gorbatschow China einen offiziellen Besuch ab. In kurzer Zeit wurden die strittigen Fragen zwischen der Sowjetunion und der VR China geklärt und die zwischenstaatlichen Beziehungen

wiederhergestellt. Zwischenstaatliche Beziehungen wurden mit Südkorea aufgenommen. Das mit ihm geschlossene Abkommen sah eine gemeinsame Arbeit an der Erschließung der Bodenschätze Sibiriens und des Fernen Ostens vor. Die wirtschaftlichen und sozialen Kontakte mit Israel wurden ausgebaut. Sie führten zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den Ländern.

Die sowjetische Regierung verabschiedete mehrere Gesetze, die mit den internationalen Menschenrechtsbestimmungen übereinstimmten, wie z. B. das Dekret über die Aus- und Einreise von Bürgern in die UdSSR. Eine Reihe von Gesetzen zielte darauf ab, Verbindungen zwischen Kulturschaffenden aus verschiedenen Ländern herzustellen.

Während des Golfkrieges, der durch die Einnahme Kuwaits durch den Irak ausgelöst wurde, bezog die Sowjetunion eine klare Position. Sie unterstützte eine Resolution des UN-Sicherheitsrates, die das Vorgehen der irakischen Behörden verurteilte (Herbst 1990). Im November desselben Jahres wurde UdSSR-Präsident M. S. Gorbatschow mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Die neue Außenpolitik der UdSSR trug dazu bei, die Auswirkungen des Kalten Krieges zu überwinden und Feindseligkeit und Misstrauen in ihren Beziehungen zu anderen Staaten zu beseitigen.

DER ZERFALL DER UDSSR

Verschärfung interethnischer Konflikte.

Mitte der 80-er Jahre bestand die UdSSR aus 15 Unionsrepubliken: Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Georgien, Kasachstan, Kirgisien, Lettland, Litauen, Moldawien, RSFSR, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan, Ukraine und Estland. Mehr als 270 Millionen Menschen - Vertreter von über hundert Nationen und Nationalitäten - lebten auf seinem Territorium. Laut der offiziellen Führung des Landes war die nationale Frage in der UdSSR prinzipiell gelöst und es gab eine tatsächliche Angleichung der Republiken in Bezug auf die politische, sozio-ökonomische und kulturelle Entwicklung.

Inzwischen hat die Inkonsequenz der nationalen Politik zahlreiche Widersprüche in den interethnischen Beziehungen erzeugt.

Unter den Bedingungen von Glasnost entwickelten sich diese Widersprüche zu offenen Konflikten. Die Wirtschaftskrise, die den gesamten nationalen Wirtschaftskomplex erfasste, verschärfte die interethnischen Spannungen.

Die Unfähigkeit der Zentralbehörden, mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten fertig zu werden, führte zu wachsender Unzufriedenheit in den Republiken. Sie verstärkte sich im Zusammenhang mit der Verschärfung der Probleme der Umweltverschmutzung und der Verschlechterung der ökologischen Situation aufgrund des Unfalls im KKW (*Kernkraftwerk*) Tschernobyl. Nach wie vor wurde die Unzufriedenheit auf lokaler Ebene durch die unzureichende Aufmerksamkeit der Unionsbehörden auf die Bedürfnisse der Republiken, das Diktat des Zentrums bei der Lösung lokaler Probleme verursacht. Die Kräfte, die die lokalen Oppositionskräfte vereinten, waren Volksfronten, neue politische Parteien und Bewegungen („Rukh“ (*Bewegung*) in der Ukraine, „Sajūdis“ (*Bewegung*) in Litauen u. a.). Sie wurden die Hauptsprecher für die Ideen der staatlichen Trennung

der Unionsrepubliken, ihrer Abspaltung von der UdSSR. Die Führung des Landes erwies sich als nicht bereit, mit den Problemen umzugehen, die durch ethnische und interethnische Konflikte und das Anwachsen einer separatistischen Bewegung in den Republiken entstanden.

1986 fanden in Alma-Ata (Kasachstan) Massenkundgebungen und Demonstrationen gegen die Russifizierung statt. Der Anlass dafür war die Ernennung des Russen G. W. Kolbin zum ersten Sekretär der Kommunistischen Partei Kasachstans. In den Baltischen Republiken, der Ukraine und Weißrussland nahm die öffentliche Unzufriedenheit offene Formen an. Die Öffentlichkeit, angeführt von den Volksfronten, forderte die Veröffentlichung der sowjetisch-deutschen Abkommen von 1939 und der Dokumente über die Deportationen von Menschen aus den baltischen Staaten und den westlichen Regionen der Ukraine und Weißrusslands während der Kollektivierung sowie der Massengräber von Opfern der Repression bei Kuropaty (Weißrussland). Bewaffnete Zusammenstöße aufgrund interethnischer Konflikte sind häufiger geworden.

1988 begannen die Feindseligkeiten zwischen Armenien und Aserbaidschan über Berg-Karabach, ein Gebiet, das hauptsächlich von Armeniern bevölkert wurde, aber Teil der AzSSR war.

In Fergana brach ein bewaffneter Konflikt zwischen Usbeken und meschetinerTürken aus. Der Krisenherd der interethnischen Zusammenstöße war New Uzen (*Schangaösen*) (Kasachstan). Die Zunahme von Tausenden von Flüchtlingen war eine der Folgen der Konflikte, die stattfanden. Im April 1989 kam es in Tiflis zu mehrtägigen Massendemonstrationen. Die Hauptforderungen der Demonstranten waren demokratische Reformen und die Unabhängigkeit Georgiens. Die abchasische Bevölkerung sprach sich dafür aus, den Status der abchasischen ASSR zu revidieren und von der georgischen SSR zu trennen.

„Parade der Souveränitäten“.

Ab Ende der 80er Jahre verstärkte sich in den baltischen Republiken die Bewegung zur Abspaltung von der UdSSR. Zunächst bestanden die oppositionellen Kräfte auf der Anerkennung der Muttersprache als Amtssprache in den Republiken, auf der Ergreifung von Maßnahmen zur Begrenzung des Zuzugs von Menschen aus anderen Regionen des Landes und auf der Gewährleistung einer tatsächlichen Unabhängigkeit der lokalen Behörden. An erster Stelle in ihren Programmen stand nun die Forderung nach der Trennung der Wirtschaft vom allunionischen Wirtschaftskomplex. Es wurde vorgeschlagen, die Verwaltung der Volkswirtschaft in lokalen Verwaltungsstrukturen zu konzentrieren und den Vorrang der republikanischen Gesetze vor den allgemeingültigen anzuerkennen. Im Herbst 1988 gewannen Vertreter der Volksfronten die Wahlen zu den zentralen und lokalen Behörden Estlands, Lettlands und Litauens. Sie erklärten das Erreichen der vollen Unabhängigkeit, die Gründung souveräner Staaten zu ihrem Hauptziel. Im November 1988 wurde die Erklärung der staatlichen Souveränität vom Obersten Rat der Estnischen SSR verabschiedet. Identische Dokumente wurden von Litauen, Lettland, der Aserbaidschanischen SSR (1989) und der Moldauischen SSR (1990) verabschiedet. Auf die Souveränitätserklärungen folgte die Wahl der Präsidenten der ehemaligen Sowjetrepubliken.

Am 12. Juni 1990 verabschiedete der I. Kongress der Volksdeputierten der RSFSR die Erklärung über die staatliche Souveränität Russlands. Sie regelte den Vorrang der republikanischen Gesetze vor den Unionsgesetzen.

B. N. Jelzin wurde der erste Präsident der RF (*Russische Föderation*), A. W. Ruzkoi wurde der Vizepräsident.

Die Souveränitätserklärungen der Unionsrepubliken stellten die Frage nach dem Fortbestand der Sowjetunion in den Mittelpunkt des politischen Lebens. Der IV. Kongress der Volksdeputierten der UdSSR (Dezember 1990) sprach sich für die Erhaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und ihre Umwandlung in einen demokratischen Bundesstaat aus. Der Kongress nahm die Resolution „Über das allgemeine Konzept des Unionsvertrags und die Reihenfolge seines Abschlusses“ an. In dem Dokument wurde festgehalten, dass die in den Erklärungen der Republiken genannten Prinzipien zur Grundlage der erneuerten Union werden würden: gleiche Rechte aller Bürger und Völker, Recht auf Selbstbestimmung und demokratische Entwicklung, territoriale Integrität. In Übereinstimmung mit dem Beschluss des Kongresses wurde ein Referendum über die gesamte Union abgehalten, um über die Erhaltung der erneuerten Union als Föderation souveräner Republiken zu entscheiden. 76,4 % der Gesamtzahl derjenigen, die an der Abstimmung teilnahmen, unterstützten die Erhaltung der UdSSR.

Das Finale der politischen Krise.

Im April - Mai 1991 fanden in Nowo-Ogarjowo (Residenz des Präsidenten der UdSSR in der Nähe von Moskau) Verhandlungen von M. S. Gorbatschow mit den Führern der neun Unionsrepubliken über den neuen Unionsvertrag statt. Alle Teilnehmer an den Verhandlungen unterstützten die Idee, eine erneuerte Union zu schaffen und einen solchen Vertrag zu unterzeichnen. Sein Projekt sah die Schaffung der Union Souveräner Staaten (USS) als eine demokratische Föderation gleichberechtigter souveräner Sowjetrepubliken vor. Geplant waren Änderungen in der Struktur von Regierung und Verwaltung, die Verabschiedung einer neuen Verfassung und Änderungen im Wahlsystem. Die Unterzeichnung des Vertrages war für den 20. August 1991 vorgesehen.

Die Veröffentlichung und Diskussion des Entwurfs des neuen Unionsvertrags vertiefte die Spaltung der Gesellschaft. M. S. Gorbatschows Anhänger sahen in diesem Akt eine Chance, das Niveau der Konfrontation zu senken und die Gefahr eines Bürgerkriegs im Land zu verhindern.

Die Führer der Bewegung „Demokratisches Russland“ schlugen vor, ein temporäres Abkommen für bis zu einem Jahr zu unterzeichnen.

In dieser Zeit wurde vorgeschlagen, Wahlen zur Konstituierenden Versammlung abzuhalten und der Versammlung die Frage des Systems und Verfahrens der Bildung der gesamtstaatlichen Organe zur Entscheidung vorzulegen. Eine Gruppe von Sozialwissenschaftlern protestierte gegen den Vertragsentwurf. Das zur Unterzeichnung vorbereitete Dokument wurde als ein Ergebnis der Kapitulation des Zentrums vor den Forderungen der national-separatistischen Kräfte in den Republiken angesehen. Die Gegner des neuen Vertrages befürchteten zu Recht, dass die Zerschlagung der UdSSR den Zusammenbruch des bestehenden nationalökonomischen Komplexes verursachen und die Wirtschaftskrise vertiefen würde. Wenige Tage vor der Unterzeichnung des neuen Unionsvertrages versuchten die oppositionellen Kräfte, die Reformpolitik zu beenden und den Staatszerfall zu

stoppen.

In der Nacht zum 19. August wurde der Präsident der UdSSR, M. S. Gorbatschow, entmachtet. Eine Gruppe von Staatsmännern erklärte, dass M. S. Gorbatschow aufgrund seines Gesundheitszustands seine Präsidentschaftspflichten nicht erfüllen könne. Für 6 Monate wurde der Ausnahmezustand über das Land verhängt, Kundgebungen und Streiks wurden verboten. Es wurde die Gründung des GKTschP angekündigt — des Staatlichen Komitees für den Ausnahmezustand in der UdSSR. Darunter waren Vizepräsident G. I. Janajew, Premierminister W. S. Pawlow, der KGB-Vorsitzende W. A. Krjutschkow, Verteidigungsminister D. T. Jasow und andere Vertreter der Machtstrukturen. Die GKTschP erklärte es zu ihrer Aufgabe, die wirtschaftliche und politische Krise, die interethnische und zivile Konfrontation und die Anarchie zu überwinden. Hinter diesen Worten stand die Hauptaufgabe: die Wiederherstellung der Ordnungen, die in der UdSSR vor 1985 bestanden.

Das Zentrum der Ereignisse im August war Moskau. Truppen wurden in die Stadt gebracht. Es wurde eine Ausgangssperre verhängt. Große Teile der Bevölkerung, darunter viele Mitglieder des Parteiapparats, unterstützten die Mitglieder der GKTschP nicht. Der russische Präsident B. N. Jelzin rief die Bürger auf, die rechtmäßig gewählten Behörden zu unterstützen. Die Aktionen der GKTschP wurden von ihm als verfassungsfeindlicher Staatsstreich angesehen. Es wurde verkündet, dass alle auf dem Territorium der Republik befindlichen gesamtstaatlichen Exekutivorgane in die Zuständigkeit des russischen Präsidenten überführt wurden.

Am 22. August wurden die Mitglieder der GKTschP verhaftet. Eines von B. N. Jelzins Dekreten war, die Aktivitäten der KPdSU zu beenden. Am 23. August endete seine Existenz als herrschende Staatsstruktur.

Die Ereignisse vom 19. bis 22. August brachten den Zusammenbruch der Sowjetunion näher. Ende August kündigten die Ukraine und danach weitere Republiken die Gründung unabhängiger Staaten an.

Im Dezember 1991 trafen sich die Führer der drei souveränen Staaten Russland (B. N. Jelzin), Ukraine (L. M. Krawtschuk) und Weißrussland (S. S. Schuschkewitsch) in der Belowescher Heide (BSSR). Am 8. Dezember erklärten sie die Kündigung des Unionsvertrages von 1922 und das Ende der staatlichen Strukturen der ehemaligen Union.

Gleichzeitig wurde eine Vereinbarung über die Gründung der GUS - der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten - getroffen. Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hörte auf zu existieren. Im Dezember desselben Jahres traten acht weitere ehemalige Republiken der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten bei (Alma-Ata-Abkommen).

Die Perestroika, die von einem Teil der Partei- und Staatsführung mit dem Ziel konzipiert und umgesetzt wurde, demokratische Veränderungen in allen Bereichen der Gesellschaft vorzunehmen, ist zu Ende gegangen. Ihr Hauptergebnis war der Zusammenbruch des einst mächtigen multinationalen Staates und das Ende der sowjetischen Periode in der Geschichte des Vaterlandes. In den ehemaligen Republiken der UdSSR wurden Präsidialrepubliken gebildet und betrieben. Unter den Führern der souveränen Staaten waren viele ehemalige Partei- und Sowjetfunktionäre. Jede der ehemaligen Unionsrepubliken suchte unabhängig voneinander Wege aus der Krise.

In der Russischen Föderation mussten diese Aufgaben von Präsident B. N. Jelzin und den demokratischen Kräften, die ihn unterstützten, gelöst werden.

Kapitel 42

RUSSLAND IN DEN 90er JAHREN DES XX. UND DEN ERSTEN JAHREN DES XXI. JHS.

Seit Ende 1991 erschien ein neuer Staat auf der internationalen politischen Bühne - Russland, die Russische Föderation (RF). Sie umfasste 89 Föderationssubjekte, darunter 21 autonome Republiken.

Die russische Führung sollte den Kurs auf eine demokratische Umgestaltung der Gesellschaft und die Errichtung eines Rechtsstaates fortsetzen. Zu den vorrangigen Aufgaben gehörte die Verabschiedung von Maßnahmen, um das Land aus der wirtschaftlichen und politischen Krise herauszuholen. Es war notwendig, neue Verwaltungsorgane der Volkswirtschaft zu schaffen und die russische Staatlichkeit zu bilden.

INNENPOLITIK

Fortsetzung des Kurses der Wirtschaftsreformen.

Das politische System Russlands Anfang der 90er Jahre basierte auf einem zweistufigen System der repräsentativen Macht - dem Kongress der Volksdeputierten der RF und dem Zweikammerorgan des Obersten Sowjets. Der Leiter der Exekutive war der durch die Volksabstimmung gewählte Präsident B. N. Jelzin.

Er war auch der Oberbefehlshaber der Streitkräfte.

Die höchste Gerichtsinstanz war das Verfassungsgericht der RF.

Die führende Rolle in den höheren Machtstrukturen wurde von ehemaligen Abgeordneten des Obersten Sowjets der UdSSR gespielt. Unter ihnen waren ernannte Berater des Präsidenten - W. Schumejko und Y. Jarov, Vorsitzender des Verfassungsgerichts W. D. Sorkin und viele Leiter der lokalen Verwaltungen.

Die Tätigkeit des Staatsapparates verlief unter den Bedingungen einer harten Konfrontation zwischen Legislative und Exekutive.

Der V. Volksdeputiertenkongress, der im November 1991 stattfand, gab dem Präsidenten weitreichende Befugnisse zur Durchführung von Wirtschaftsreformen. Die meisten Abgeordneten des russischen Parlaments unterstützten in dieser Zeit den Kurs auf die Bildung einer Marktwirtschaft in Russland. Ende 1991 entwickelte die Regierung unter der Leitung des Wirtschaftswissenschaftlers J. T. Gaidar ein Programm radikaler Reformen im Bereich der Volkswirtschaft.

Die im Programm vorgeschlagenen „Schocktherapie“-Maßnahmen zielten darauf ab,

die Wirtschaft auf marktwirtschaftliche Methoden umzustellen.

Einen wichtigen Platz im Programm der Wirtschaftsreformen nahm die Preisliberalisierung ein - die Befreiung der Preise von staatlicher Kontrolle. Die Umstellung auf freie (Markt-)Preise und Tarife begann im Januar 1992. Der Staat behielt die Preisregulierung nur für einige Waren und Produkte für industriell-technische Zwecke bei.

Die Preisliberalisierung führte zu einem sprunghaften Anstieg der Inflation. Im Laufe des Jahres sind die Verbraucherpreise im Land fast 26-mal gestiegen. Der Lebensstandard der Bevölkerung ist gesunken: 1994 lag er bei 50% des Niveaus der frühen 90er Jahre. Die Spareinlagen der Bürger bei der Staatsbank wurden entwertet und eingestellt.

Die Hauptrolle im Prozess des Übergangs zur Marktwirtschaft wurde der Privatisierung (Entstaatlichung) des Eigentums zugewiesen. Sie sollte dazu führen, dass der private Sektor zum dominierenden Wirtschaftszweig wird. Die Privatisierung von Staatseigentum umfasste hauptsächlich den Einzelhandel, die öffentliche Gastronomie und Verbraucherdienstleistungen. Infolge der Privatisierungspolitik wurden 110.000 Industrieunternehmen in die Hände von Privatunternehmern überführt. Die Privatisierungskupons¹ von 1992 - 1994 und die nachfolgenden Privatisierungsgesetze führten zum Verlust der führenden Rolle des öffentlichen Sektors in der Wirtschaft.

¹ Privatisierungskupons waren Wertpapiere (Privatisierungsschecks), die ihren Inhabern das Recht auf einen Anteil am Staatseigentum bescheinigten.

Die Veränderung der Eigentumsform hat jedoch die Effizienz der Wirtschaft nicht erhöht. Mitte 1993 - 1994 betrug der Rückgang der Industrieproduktion 21%, darunter ein Rückgang von 31% im Maschinenbau und 30% in der Konsumgüterproduktion.

Mehr als die Hälfte der Waren auf dem russischen Markt wurde importiert.

Eine der Folgen der Privatisierungspolitik war der Zusammenbruch der Energieinfrastruktur.

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre wurden die meisten großen und mittleren Unternehmen Russlands zu Privat-, Handels- und Aktiengesellschaften. Zahlreiche Geschäftsbanken, Börsen und Handelshäuser entstanden und waren aktiv. All dies führte zu einem endgültigen Verlust der Fähigkeit des Staates, die neuen Produktions- und Finanzstrukturen mit den bisherigen Verwaltungsmethoden zu verwalten. Allerdings hielt der Staat nun bedeutende Aktienpakete an den Werken und Fabriken, die eine führende Rolle in der russischen Wirtschaft spielen. Es wurde ein System zur Verwaltung dieser Beteiligungen entwickelt, um die Aktivitäten des nichtstaatlichen Sektors zu beeinflussen. Das Programm der Wirtschaftsreformen beinhaltete große Umgestaltungen in der Landwirtschaft. Die 90er Jahre waren die Zeit der intensiven Entwicklung neuer Formen der Wirtschaftsführung. Im Agrarsektor der Wirtschaft spielten offene und geschlossene Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften und landwirtschaftliche Genossenschaften eine vorherrschende Rolle.

Im Jahr 1999 betrug ihr Anteil an der Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe 65,8 %.

Die Wirtschaftskrise hatte schwere Auswirkungen auf den Agrarsektor. Es herrschte ein Mangel an Mineraldünger, Fahrzeugen und landwirtschaftlichen Maschinen. Im Jahr 1996 produzierten die Landmaschinenbaubetriebe 14.000 Traktoren, im Jahr 1998 – 9.800 und Erntemaschinen – 2.500 bzw. 1.000. In den folgenden Jahren ging ihre Produktion weiter zurück. Der Mangel an Landmaschinen, vor allem für landwirtschaftliche Betriebe, und die organisatorische Umstrukturierung der Bewirtschaftungsformen hatten einen Rückgang der Ernteerträge zur Folge. Die landwirtschaftliche Produktion fiel Mitte der 90er Jahre um 70 % im Vergleich zu 1991 - 1992.

Die Zahl der Rinder ging um 20 Millionen Stück zurück.

Ende der 90er Jahre betrug die Zahl der unrentablen Betriebe im öffentlichen Sektor nach offiziellen Angaben 49,2 % und im privaten Sektor 57,9 %.

Die radikale Umgestaltung der russischen Wirtschaft hat zu erheblichen Verlusten geführt.

Tabelle 3 enthält Daten zu einigen wirtschaftlichen Indikatoren für die Entwicklung Russlands in den Jahren 1990 - 1997.

Tabelle 3

Index	1990	1997
Bruttoinlandsprodukt, Mrd. Dollar	990	580
Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt	6,7	4,0
Produktion von Industrieerzeugnissen, Mrd. Dollar	315	155
Anteil Russlands an der weltweiten Industrieproduktion, in %	4,6	1,8

Die Tabelle zeigt, dass das Volumen der Bruttoinlandsproduktion (wertmäßig) im postsowjetischen Russland im Vergleich zu den Jahren der Perestroika um das 1,7-fache gesunken ist.

Die Industrieproduktion sank um das Zweifache.

Die Herausbildung neuer Eigentumsverhältnisse wurde von einer sich vertiefenden sozialen Differenzierung der Bevölkerung begleitet. Die Zahl der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze lebten, stieg (nach verschiedenen Schätzungen lag ihr Anteil an der Gesellschaft bei 35 - 65%).

ENTSTEHUNG DES RUSSISCHEN STAATSWESENS

Machtkrise.

Nach dem Zusammenbruch der Union der SSR begann die Beseitigung der ehemaligen Strukturen von Macht und Verwaltung. Einige ehemalige Unionsinstitutionen und Abteilungen wurden an die russischen Verwaltungsstrukturen übergeben.

Der Moskauer Kreml wurde die Residenz des Präsidenten.

Am 21. April 1992 wurde der offizielle Name des russischen Staates geändert. Die RSFSR wurde in die Russische Föderation - Russland umbenannt (wobei beide Namen gleichwertig sind).

Mit dem Ende der Existenz der UdSSR hatte sich die Art der Beziehungen zwischen dem Präsidenten einerseits und dem Obersten Sowjet und dem Kongress der Volksdeputierten andererseits nicht geändert.

Das Fehlen einer klaren Abgrenzung der Befugnisse zwischen ihnen führte zu einer scharfen Konfrontation zwischen den beiden Regierungszweigen - Legislative und Exekutive.

Die Beziehung zwischen ihnen wurde besonders deutlich während der Entwicklung des Verfassungsprojekts des russischen Staates. Die Stimmung gegen den Präsidenten hat sich unter den Parlamentariern verstärkt.

Viele Mitglieder des Deputiertenkorps waren für die Rückkehr des Landes auf den Weg der früheren politischen Entwicklung und für die Wiederherstellung der UdSSR. Im Dezember 1992 erklärte B. N. Jelzin in einem Appell an das Volk die Umwandlung des Parlaments in eine „reaktionäre Kraft“.

Die Oppositionshaltung der Parlamentarier wurde von einem bedeutenden Teil der Bevölkerung unterstützt. Viele Russen waren unzufrieden mit der weiteren Entwicklung der Marktwirtschaft, der anhaltenden Wirtschaftskrise und den fehlenden sozialen Garantien.

Im Dezember 1992 trat die Regierung von J. T. Gaidar unter dem Druck der Legislative zurück.

Der neue Ministerpräsident des Kabinetts wurde W. S. Tschernomyrdin, der früher in der leitenden Wirtschaftsarbeit war. Aber das hat die Spannungen in der Gesellschaft und das Verhältnis zwischen Präsident B. N. Jelzin und dem Parlament nicht entspannt.

Im April 1993 initiierte der Kongress der Volksdeputierten das Referendum über das Vertrauen in den Präsidenten, über vorgezogene Wahlen des Präsidenten und der Volksdeputierten. Von den 69 Millionen Menschen, die an den Wahlen teilnahmen, unterstützten mehr als die Hälfte den Präsidenten und die von ihm durchgeführte sozioökonomische Politik (58,7% bzw. 53%).

Für die vorgezogenen Wahlen der Deputierten stimmten 67,6% der Wähler.

Das Ergebnis des Referendums, das den Sieg der Präsidentschaftskräfte bedeutete, vertiefte die politische Krise.

Im Herbst 1993 verschärfte sich die Konfrontation zwischen den Machtzweigen. Zu diesem Zeitpunkt hatten der Präsident und seine Berater bereits eine neue Verfassung der RF ausgearbeitet. Die Parlamentarier, die die Allmacht des Präsidenten einschränken wollten, verzögerten jedoch die Verabschiedung des Gesetzes. Am 21. September 1993 verkündete B. N. Jelzin die Auflösung der repräsentativen Organe der Macht - des Obersten Sowjets der RF und des Kongresses der Volksdeputierten. Für

den 12. Dezember wurden Wahlen für ein neues Parlament angesetzt. Einige Abgeordnete weigerten sich, die Legitimität der Handlungen des Präsidenten anzuerkennen und erklärten seine Entmachtung. Der neue Präsident, A. W. Ruzkoi, der bis dahin Vizepräsident der RF war, wurde vereidigt.

Als Reaktion auf das verfassungsfeindliche Gesetz des Präsidenten organisierten oppositionelle Kräfte Demonstrationen in Moskau und errichteten an mehreren Orten Barrikaden (2./3. Oktober). Es gab einen erfolglosen Versuch, das Rathaus und das Ostankino-Fernsehzentrum zu stürmen. Der Wunsch, den Kurs der sozio-ökonomischen Reformen zu ändern, vereinte mehrere zehntausend Menschen. In der Hauptstadt wurde der Ausnahmezustand ausgerufen und Truppen wurden in der Stadt eingesetzt. Mehrere hundert Teilnehmer wurden bei den Ereignissen getötet oder verletzt.

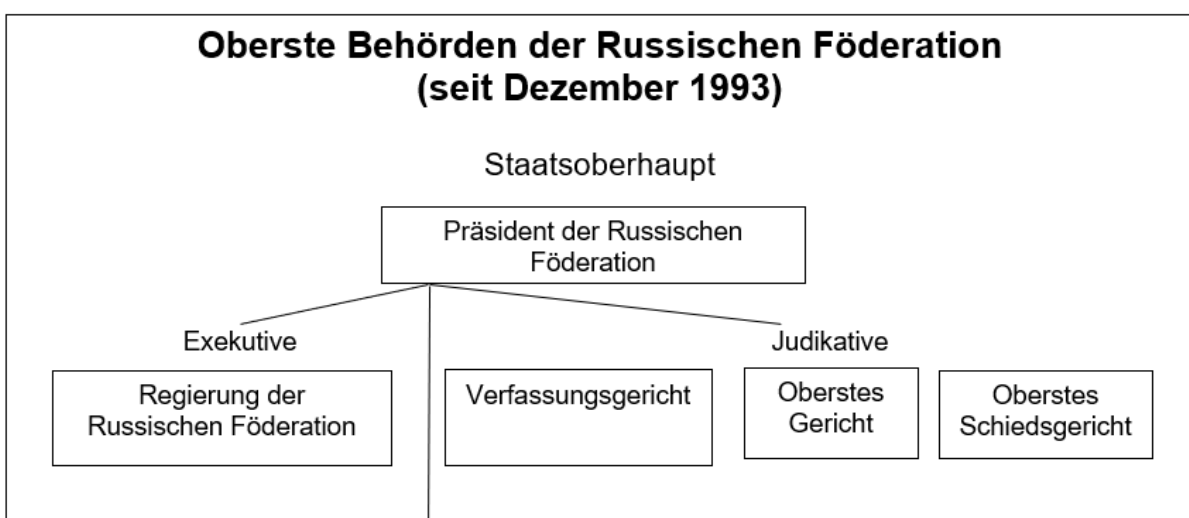
Mit der Errichtung der Alleinherrschaft des Präsidenten begann das bis dahin bestehende System der Sowjets zu zerfallen. Im Oktober 1993 wurden mehrere Dekrete zur Reform der Vertretungsorgane der Macht und der lokalen Selbstverwaltung verabschiedet. In Übereinstimmung mit ihnen wurde die Tätigkeit der Sowjets aller Ebenen beendet. Ihre Aufgaben wurden in die Hände der lokalen Verwaltung und der gewählten Dumas gelegt.

Die russische Verfassung von 1993.

Am 12. Dezember 1993 wurde die Verfassung der Russischen Föderation durch Volksabstimmung angenommen. Russland wurde zu einem demokratischen föderativen Rechtsstaat mit einer republikanischen Regierungsform erklärt. Das Staatsoberhaupt war ein Präsident, der durch Volksabstimmung gewählt wurde. Die RF umfasste 21 Republiken und 6 Regionen, 1 autonome Region und 10 autonome Bezirke, 2 Städte von föderaler Bedeutung (Moskau und St. Petersburg) und 49 Regionen.

Es wurden die Prinzipien des Aufbaus der obersten Organe der Staatsmacht und der Verwaltung festgelegt.

Es wurde die Zweikammerstruktur der Föderalen Versammlung, eines ständig arbeitenden gesetzgebenden Organs der Russischen Föderation, gesetzlich festgelegt (Schema 3).



Die Unabhängigkeit der drei Zweige der Regierung - Legislative, Exekutive und Judikative - wurde betont.

Die Verfassung teilte die Befugnisse zwischen den Behörden der RF und ihren Subjekten auf.

Die Zuständigkeit der obersten Behörden Russlands umfasste die wichtigsten nationalen Fragen: die Verabschiedung von Gesetzen und die Kontrolle über deren Umsetzung, die Verwaltung des föderalen Staatseigentums, das Finanzsystem, die Grundlagen der Preispolitik, den föderalen Haushalt. Sie waren verantwortlich für die Lösung von Fragen der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen, für Kriegserklärungen und Friedensschlüsse sowie für die Verwaltung der außenwirtschaftlichen Beziehungen. Auch der föderale Staatsdienst war der Föderalregierung unterstellt. Die Behörden der Föderation und ihre Subjekte waren gemeinsam für die Nutzung der natürlichen Ressourcen, den Schutz historischer und kultureller Denkmäler, die Bildung und die Wissenschaft verantwortlich.

Ein politisches Mehrparteiensystem, das Recht auf Arbeitsfreiheit und das Recht auf Privateigentum waren gesetzlich verankert. Die Verfassung schuf die Voraussetzungen für das Erreichen politischer Stabilität in der Gesellschaft.

Interethnische Beziehungen.

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR waren die Beziehungen zwischen den föderalen Mächten und den einzelnen Subjekten der Russischen Föderation nicht einfach.

Einer der Herde interethnischer Konflikte lag im Nordkaukasus.

Nur mit Hilfe der russischen Armee war es möglich, die Kämpfe zwischen Inguschen und Osseten wegen territorialer Streitigkeiten zu beenden.

Im Jahr 1992 wurde Tschetschenien-Inguschetien in zwei unabhängige Republiken geteilt.

Am 31. März 1992 wurde der Föderationsvertrag zwischen den autonomen Republiken Russlands unterzeichnet. Er sah die Gewaltenteilung zwischen den föderalen und republikanischen Instanzen vor. Der Vertrag hielt den Verzicht der Föderalregierung auf ihr Diktaturstreben fest. Das Dokument wurde zur Grundlage der staatlichen Einheit des Landes, der Entwicklung der späteren Beziehungen zwischen dem Zentrum und den nationalstaatlichen Formationen der RF. Tatarstan ist dem Vertrag 1994 beigetreten, wobei besondere Bedingungen festgelegt wurden, die der Tatsache nicht widersprechen, dass es ein vollwertiges Subjekt der Föderation bleibt. Besondere Beziehungen haben sich zur Führung der Republik Itschkerija (Tschetschenien) entwickelt, die nicht nur den Föderationsvertrag nicht unterzeichnet hat, sondern auf einer Abspaltung von Russland bestand.

Die Verabschiedung der Verfassung von 1993 war ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Einheit des russischen Staates. Gleichzeitig bestanden weiterhin Spannungen in den Beziehungen zu einzelnen Subjekten der Föderation. Die Entwicklung der separatistischen Bewegung in Tschetschenien führte zu einer Spaltung in der Führung der Republik und zu bewaffneten Konflikten zwischen den Separatisten und den offiziellen Behörden. Im Dezember 1994 rückten die russischen Streitkräfte in Tschetschenien ein. Dies war der Beginn des Tschetschenienkrieges, der erst Ende 1996 endete. Das Friedensabkommen zwischen der russischen und der tschetschenischen Führung vom November 1996 sah den Abzug der föderalen Streitkräfte aus Tschetschenien und die Durchführung von Präsidentschaftswahlen in der Republik vor. Das Abkommen und die Einstellung der Feindseligkeiten haben die separatistischen Bestrebungen der tschetschenischen Führung nicht beseitigt. Die Situation in der Republik blieb extrem angespannt und explosiv.

Politische Parteien in der Staatsduma.

Im Dezember 1993 wurden Wahlen zu einem neuen Organ der Staatsmacht abgehalten - der Föderationsversammlung der Russischen Föderation, die aus zwei Kammern besteht: dem Föderationsrat und der Staatsduma. Am Vorabend der Wahlen bildeten sich mehrere politische Blöcke und Koalitionen. Weithin bekannt wurden die Blöcke „Russlands Wahl“ und „Jawlinski, Boldyrew, Lukin“ („Jabloko“), die Russische Bewegung für demokratische Reformen und die Wählervereinigung „Vaterland“.

Die meisten Verbände und Parteien sprachen sich für die Vielfalt der Eigentumsverhältnisse, für eine stärkere soziale Absicherung der Bevölkerung und für die Einheit und Integrität Russlands aus. Ihre Positionen unterschieden sich jedoch grundlegend in den Fragen der Nationalstaatsbildung.

Der Jabloko-Block vertrat die Idee einer konstitutionellen Föderation, die KPRF - die Wiederherstellung eines Unionsstaates auf einer neuen Grundlage, die LDPR - die Wiederbelebung des russischen Staates im Rahmen der Zeit vor 1977.

Acht Parteien zogen als Ergebnis der Mehrparteienwahlen ins Parlament ein.

Die meisten Sitze erhielten die „Russlands Wahl“, die LDPR, die Agrarpartei und die KPRF.

Der erste Vorsitzende des Föderationsrates war W. F. Schumejko, ein ehemaliger Direktor eines der größten Industrieunternehmen des Landes. Die Staatsduma wurde von I. P. Rybkin geleitet.

Seit den ersten Tagen der Arbeit der Staatsduma haben sich innerhalb der Duma mehrere Parteifraktionen herausgebildet. Die zahlreichste unter ihnen war die Fraktion „Russlands Wahl“, angeführt von J. T. Gaidar.

Die Fragen der Wirtschafts- und Nationalpolitik, der sozialen Sicherheit und der internationalen Beziehungen standen im Mittelpunkt der Arbeit der ersten Staatsduma. In den Jahren 1993 - 1995 verabschiedeten die Abgeordneten über 320 Gesetze, von denen die überwältigende Mehrheit vom Präsidenten unterzeichnet wurde. Darunter befinden sich Gesetze über das Regierungs- und Verfassungssystem, über neue Eigentumsformen, über die bäuerliche und landwirtschaftliche Wirtschaft, über Aktiengesellschaften und über freie Wirtschaftszonen.

Öffentliche Verbände und Parteien traten zu den Wahlen zur Staatsduma 1995 mit klaren wirtschaftlichen und politischen Forderungen an. Den zentralen Platz im Wahlprogramm der KPRF (Vorsitzender des Zentralkomitees der KPRF - G. A. Sjuganow) nahmen die Forderungen ein, das Sowjetsystem in Russland auf friedliche Weise wiederherzustellen, den Prozess der Entstaatlichung und Verstaatlichung der Produktionsmittel zu stoppen. Die KPRF trat für die Kündigung von außenpolitischen Verträgen ein, die die Interessen des Landes „verletzten“.

Die gesamtrussische gesellschaftspolitische Bewegung „Unser Haus – Russland“, die sich am Vorabend der Wahlen bildete, vereinte Vertreter der Exekutivstrukturen der Macht, der wirtschaftlichen und unternehmerischen Schichten. Die Teilnehmer der Bewegung sahen die ökonomische Hauptaufgabe in der Bildung eines gemischten Wirtschaftssystems nach den Prinzipien der Marktwirtschaft. Die Rolle des Staates hätte darin bestehen müssen, günstige Bedingungen für die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie für die Geschäftstätigkeit der Bevölkerung zu schaffen.

In der II. Einberufung der Staatsduma wurden 450 Deputierte gewählt. Die überwiegende Mehrheit von ihnen waren Funktionäre der Legislative und Exekutive, viele von ihnen Mitglieder des früheren Deputiertenkorps.

Die KPRF gewann 36% der Gesamtzahl der Sitze in der Duma, 12% gingen an „Unser Haus – Russland“, 11% an die LDPR, 10% an den G. A. Jawlinski-Block, 17% an Unabhängige und 14% an andere Wahlvereinigungen.

Die Zusammensetzung der Staatsduma bestimmte die Schärfe des Kampfes zwischen den Parteien in allen innenpolitischen Fragen, die in ihr behandelt wurden. Der Hauptkampf entfaltete sich zwischen den Anhängern des eingeschlagenen Weges der wirtschaftlichen und politischen Reformen und der Opposition, in deren Reihen sich die Fraktionen der KPRF, der LDPR und des G. A. Jawlinski-Blocks befanden.

In einer heftigen Auseinandersetzung wurden die Fragen der Regulierung der neuen sozioökonomischen Beziehungen diskutiert und entschieden.

Die Politik der Regierung in Tschetschenien und die außenpolitischen Aktionen, die

auf eine Annäherung an die NATO abzielen, erregten die Missbilligung eines bedeutenden Teils der Deputierten. Die Position der Parlamentarier wurde von einigen Teilen der russischen Bevölkerung unterstützt.

Die Oppositionskräfte zur Regierung versuchten, bei den Präsidentschaftswahlen im Sommer 1996 eine geschlossene Front zu bilden. Elf Personen, darunter B. N. Jelzin, G. A. Sjuganow, W. W. Schirinowski, M. S. Gorbatschow und G. A. Jawlinski kandidierten für das Präsidentenamt. Nach zwei Wahlrunden wurde B. N. Jelzin erneut Präsident Russlands.

Er erhielt 55% der insgesamt abgegebenen Stimmen. G. A. Sjuganow, der Hauptkonkurrent B. N. Jelzins, erhielt 40,7% der Stimmen.

Die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen zeigten, dass die Mehrheit der Bürger den Kurs des Präsidenten zur Schaffung einer Marktwirtschaft und eines demokratischen Staates unterstützte.

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN RUSSLANDS

Grundsätze der Außenpolitik.

Der Zusammenbruch der UdSSR veränderte die Position Russlands auf der internationalen Bühne und seine politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Außenwelt. Das außenpolitische Konzept der Russischen Föderation priorisiert die Bewahrung der territorialen Integrität und Unabhängigkeit, die Schaffung günstiger Bedingungen für die Entwicklung der Marktwirtschaft und die Einbeziehung in die Weltgemeinschaft. Russland sollte als Nachfolger der ehemaligen Sowjetunion in der UNO anerkannt werden, ebenso wie die Unterstützung westlicher Länder bei der Verfolgung eines Reformkurses. Der Außenhandel Russlands mit dem Ausland spielte eine wichtige Rolle.

Die Außenwirtschaftsbeziehungen wurden als eines der Mittel zur Überwindung der Wirtschaftskrise im Land gesehen.

Russland und Nicht-GUS-Länder.

Nach den Ereignissen im August 1991 begann die diplomatische Anerkennung Russlands. Zu Gesprächen mit dem russischen Präsidenten kam der bulgarische Staatschef Sch. Schelew. Am Ende desselben Jahres stattete B. N. Jelzin seinen ersten offiziellen Auslandsbesuch ab - in der BRD. Die Länder der Europäischen Gemeinschaft erklärten ihre Anerkennung der Souveränität Russlands und die Übertragung der Rechte und Pflichten der ehemaligen UdSSR auf Russland. In den Jahren 1993-1994 wurden Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen den EU-Mitgliedstaaten und der Russischen Föderation geschlossen. Die russische Regierung hat sich dem von der NATO vorgeschlagenen Programm „Partnerschaft für den Frieden“ angeschlossen. Das Land ist in den Internationalen Währungsfonds aufgenommen worden. Es gelang ihm, mit westlichen Großbanken über einen Zahlungsaufschub für die Schulden der ehemaligen Sowjetunion zu verhandeln. Im Jahr 1996 trat Russland dem Europarat bei, der für Fragen der Kultur, der Menschenrechte und des Umweltschutzes zuständig war¹.

¹ Der 1949 gegründete Europarat umfasste damals 39 europäische Länder.

Die europäischen Staaten unterstützten die Maßnahmen Russlands, die auf seine Integration in die Weltwirtschaft abzielten.

Russland war aktiv an der Lösung der wichtigsten internationalen Fragen beteiligt. Im Oktober 1997 ratifizierte die Staatsduma die Genfer Konvention über das Verbot der Entwicklung, der Herstellung und des Einsatzes von chemischen Waffen.

Im Mai 1997 wurde in Paris ein Abkommen über die Beziehungen zwischen Russland und den NATO-Staaten unterzeichnet. In dem Dokument wurden die Verpflichtungen der Parteien festgelegt, auf die Anwendung von Gewalt in Beziehungen untereinander zu verzichten. Konfliktvermeidung und die Beilegung möglicher Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln wurden angestrebt. Doch schon bald brach die Führung der NATO-Staaten die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen.

Die Aufnahme Ungarns, Polens, der Tschechischen Republik sowie der baltischen Staaten in die NATO zeigte den Wunsch der Organisation, ihren Einfluss im Osten auszuweiten.

Die Rolle des Außenhandels in der Entwicklung der russischen Wirtschaft nahm merklich zu. Der Zusammenbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Republiken der ehemaligen UdSSR und der Zusammenbruch des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe führten zu einer Neuorientierung der Außenwirtschaftsbeziehungen. Nach einer langen Pause wurde Russland im Handel mit den USA am stärksten bevorzugt. Die Staaten des Nahen Ostens und Lateinamerikas waren ständige Wirtschaftspartner.

Wie in den Vorjahren wurden Wärme- und Wasserkraftwerke in Entwicklungsländern mit russischer Beteiligung gebaut (z. B. in Afghanistan und Vietnam). In Pakistan, Ägypten und Syrien wurden metallurgische Anlagen und landwirtschaftliche Einrichtungen gebaut.

Die Handelskontakte zwischen Russland und den ehemaligen COMECON-Ländern, durch die Gas- und Ölpipelines nach Westeuropa verliefen, blieben erhalten. Die über sie exportierte Energie wurde auch an diese Staaten verkauft. Die wechselseitigen Handelsgüter waren Arzneimittel, Lebensmittel und chemische Produkte.

Der Anteil der osteuropäischen Länder am Gesamthandel Russlands war bis 1994 auf 10% gesunken.

Beziehungen zu den GUS-Staaten.

Die Entwicklung der Beziehungen mit der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten nahm einen wichtigen Platz in der außenpolitischen Tätigkeit der Regierung ein. Im Jahr 1993 bestand die GUS neben Russland aus elf weiteren Staaten. Die Verhandlungen über die Aufteilung des Eigentums der ehemaligen UdSSR standen zunächst im Mittelpunkt der Beziehungen zwischen ihnen.

Es wurden Grenzen zu jenen Ländern gesetzt, die nationale Währungen eingeführt haben. Es wurden Verträge unterzeichnet, die die Bedingungen für den Transport russischer Ladungen durch ihre Territorien im Ausland festlegten.

Der Zusammenbruch der UdSSR zerstörte die traditionellen wirtschaftlichen Beziehungen zu den ehemaligen Republiken. In den Jahren 1992-1995 war der Handel mit den GUS-Staaten rückläufig. Russland belieferte sie weiterhin mit Brennstoffen und Energieressourcen, vor allem mit Öl und Gas. In der Umsatzverteilung der Importeinnahmen dominieren Konsumgüter und Nahrungsmittel. Eines der Hindernisse für die Entwicklung der Handelsbeziehungen war die finanzielle Verschuldung Russlands durch den Staatenbund in den vergangenen Jahren.

Mitte der 90er Jahre überstieg seine Größe 6 Milliarden US-Dollar.

Die russische Regierung versuchte, die Integrationsbeziehungen zwischen den ehemaligen Republiken im Rahmen der GUS aufrechtzuerhalten.

Auf ihre Initiative hin wurde das Zwischenstaatliche Komitee der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) mit Sitz in Moskau gegründet. Zwischen den sechs Staaten (Russland, Weißrussland, Kasachstan u. a.) wurde ein Vertrag über kollektive Sicherheit geschlossen und die GUS-Charta (1993) ausgearbeitet und verabschiedet. Gleichzeitig stellte die Gemeinschaft der Länder keine einheitlich gestaltete Organisation dar.

In regelmäßigen Abständen wurden Präsidententreffen abgehalten, um Fragen der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit zu besprechen. Es wurden Abkommen über die vereinigten Streitkräfte der GUS und über die Grundsätze der Versorgung der Staaten mit Rüstungsgütern und militärischer Ausrüstung unterzeichnet (1992). Die angenommenen Dokumente bestätigten die Verpflichtungen der Länder-Gemeinschaft, die internationalen Verpflichtungen aus den Verträgen der ehemaligen Union der SSR zu erfüllen. Insbesondere die Beteiligung der GUS an den sowjetisch-amerikanischen Verträgen zur Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (1970) und zur Beseitigung von Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen (1987) wurde bestätigt.

Die zwischenstaatlichen Beziehungen Russlands mit einigen ehemaligen Republiken der UdSSR entwickelten sich nicht einfach. Mit der Ukraine gab es heftige Auseinandersetzungen über die Aufteilung der Schwarzmeerflotte und den Besitz der Halbinsel Krim.

Konflikte mit den Regierungen der baltischen Staaten wurden durch die Diskriminierung der dort lebenden russischsprachigen Bevölkerung und ungelöste territoriale Fragen verursacht.

Die wirtschaftlichen und strategischen Interessen Russlands in Tadschikistan und Moldawien waren der Grund für seine Beteiligung an den bewaffneten Auseinandersetzungen in diesen Regionen. Die Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und Weißrussland entwickelten sich äußerst konstruktiv. Die Aktivitäten der russischen Regierung im Innern des Landes und auf der internationalen Bühne zeugten von ihrem Wunsch, Konflikte in den Beziehungen zu Staaten im nahen und fernen Ausland zu überwinden.

RUSSLAND AM VORABEND EINES NEUEN JAHRtausENDS

Ende der 90er Jahre kam es zu radikalen Veränderungen in der Wirtschaft und der

sozialen Struktur der russischen Gesellschaft.

Nach Ansicht einheimischer wissenschaftlicher Ökonomen hat das Land eine Marktwirtschaft entwickelt, die sich nur wenig von den Volkswirtschaften mittelgroßer kapitalistischer Länder unterscheidet.

Das bestehende sozioökonomische System war nicht effektiv genug.

Es fehlte der gesetzliche Schutz von Eigentumsrechten und einheimischen Produzenten. Ein Sozialschutzplan für die Bevölkerung wurde nicht entwickelt. Der Umfang der Auslandsverschuldung nahm nicht ab; ihre jährlichen Zahlungen überstiegen die Hälfte des föderalen Haushalts.

Tiefe und widersprüchliche Prozesse im sozioökonomischen Bereich mit einem problembehafteten Produktionszustand und mangelnder Führungskompetenz führten im August 1998 zu einer Finanzkrise.

Die Krise, die sich über viele Monate hinzog, erschütterte alle Bereiche der Volkswirtschaft. Die Verluste des Bankensystems beliefen sich auf 100 - 150 Milliarden Rubel; der Staatshaushalt erhielt mehr als 50 Milliarden Rubel weniger. Erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1999 konnten die negativen Auswirkungen der Krise überwunden werden. Es begann ein langsamer Anstieg der Produktion.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Situation der russischen Bevölkerung insgesamt stark beeinträchtigt. Verzögerungen bei der Auszahlung von Löhnen und Renten sind in vielen Teilen des Landes üblich geworden. Im Jahr 1999 gab es 8,9 Millionen Arbeitslose, was 12,4 % der arbeitsfähigen Bevölkerung Russlands entspricht.

Um die Situation zu entschärfen, ergriff die Regierung Maßnahmen zum Erhalt von Arbeitsplätzen, und es wurden öffentliche Arbeiten eingeführt.

Die Krise wirkte sich negativ auf die demografische Situation des Landes aus: die Bevölkerung sank bis Mitte 1999 auf 145,9 Millionen und schrumpfte im Laufe des Jahrzehnts um fast zwei Millionen Menschen.

Im politischen Leben zeigte sich die Machtkrise immer deutlicher.

Die Autorität des Präsidenten B. N. Jelzin schwand, seine Rolle im Leben des Staates nahm immer mehr ab. Personalwechsel in der Regierung, den Ministerien und Behörden waren häufig.

Von April 1998 bis März 2000 wurde das Amt des Vorsitzenden der Regierung der RF von fünf Personen ausgeübt: S. W. Kiriyenko, W. S. Tschernomyrdin, J. M. Primakow, S. W. Stepaschin und W. W. Putin¹.

¹ Im April 2000 wurde M. M. Kasjanow der neue Regierungschef.

Der Wechsel der Regierungschefs änderte die Lage im Land nicht. Es gab keine Strategie für die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Reformen. Es gab keine klaren Regeln für das Verhältnis zwischen Legislative und Exekutive der Regierung.

In den Gliedstaaten der Föderation - Republiken und Regionen - wurden Gesetze verabschiedet, die der föderalen Gesetzgebung widersprachen. Mitte 1999 eskalierte die Situation in Tschetschenien erneut.

Die separatistische Bewegung unter Führung von Präsident Aslan Maschadow hat sich verstärkt.

Die Terrorakte tschetschenischer Kämpfer gegen Vertreter der föderalen Staatsmacht und Zivilisten nahmen zu. Tschetschenien ist zu einem Anziehungspunkt für Terroristen aus vielen Nachbarländern geworden. In kurzer Zeit ist die Republik, die ein Subjekt der Russischen Föderation ist, zu einer Hochburg des internationalen Terrorismus geworden. All dies waren die Ursachen der Anti-Terror-Operation der föderalen Truppen in Tschetschenien, genauer gesagt, die Ursachen des Zweiten Tschetschenienkrieges (August 1999).

Im Dezember 1999 fanden die regulären Wahlen zur Staatsduma statt.

Der Wahlkampf bewirkte einen deutlichen Anstieg der sozialen Aktivität der Bevölkerung. An ihr nahmen viele Verbände und Parteien teil, die aus früheren Wahlen bekannt sind: „Unser Haus – Russland“, KPRF, LDPR und „Jabloko“. Auf der politischen Bühne entstanden neue politische Bewegungen: „Vaterland – das ganze Russland“ (Anführer - J. M. Primakow, J. M. Luschkow), „Union der Rechten Kräfte“ (S. W. Kirijenko, B. J. Nemzow, I. M. Chakamada) und die regierungsfreundliche Vereinigung „Einheit“, an deren Spitze der sehr einflussreiche Minister für Notfallsituationen S. Schoigu stand. Im Ergebnis der Wahlen zur III. Staatsduma waren die führenden Fraktionen die „Einheit“ und die KPRF.

Am 31. Dezember 1999 gab der erste Präsident der RF B. N. Jelzin seinen vorzeitigen Rücktritt bekannt.

Er ernannte den Regierungschef W.W. Putin zum Interimspräsidenten.

Bei den Wahlen am 26. März 2000 wurde W. W. Putin zum Präsidenten der Russischen Föderation gewählt.

Die letzte Periode der Regierungszeit B. N. Jelzins war von wichtigen außenpolitischen Aktionen der RF geprägt.

Die Zusammenarbeit zwischen der RF und den GUS-Mitgliedstaaten wurde weiter vertieft. Die Entwicklung von Integrationsprozessen wurde jedoch durch eine Reihe von Faktoren behindert. Darunter war die Instabilität der Führung in einigen Ländern der GUS nicht unbedeutend. Darüber hinaus entsprach die GUS nicht immer den Interessen aller Mitgliedsländer.

Ende der 90er Jahre entfielen auf die GUS 22 % des russischen Handelsumsatzes. Weißrussland und die Ukraine blieben die wichtigsten Partner der RF.

Auf internationaler Ebene waren die Staaten der Europäischen Union die wichtigsten Handelspartner Russlands. Im Juni 1999 verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der EU ein Dokument mit dem Titel „Gemeinsame Strategie der Europäischen Union gegenüber Russland“. Das Dokument wurde zur Grundlage der Zusammenarbeit zwischen den Staaten. Der Ausbruch der Feindseligkeiten in Tschetschenien führte jedoch zu einem ernsten Konflikt in den Beziehungen zwischen ihnen.

Im März/April 1999 wurden die Beziehungen zwischen Russland und der NATO durch den sogenannten Jugoslawien-Konflikt kompliziert. Unter dem Vorwand, die

Kosovo-Albaner vor serbischer Unterdrückung zu schützen, startete das Militärkommando der NATO eine militärische Operation gegen die Republik Jugoslawien. Als Reaktion auf die aggressiven Aktionen der NATO hat Russland seine zuvor entwickelten Programme der Zusammenarbeit mit ihr aufgegeben.

Der Regierungswechsel zur Jahreswende 1999 - 2000 markierte das Ende einer bestimmten Etappe im Leben des postsowjetischen Russlands und wurde zu einer markanten Grenze in seiner gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Die neue Staatsführung, die sich auf die bisherigen historischen Erfahrungen Russlands stützte, konzentrierte ihre Bemühungen auf die Konsolidierung der Gesellschaft, die Stärkung ihrer Stabilität und wirtschaftlichen Erholung sowie die Stärkung der Rolle Russlands auf der internationalen Bühne.

RUSSLAND ZU BEGINN DES XXI. JHS.

Die liberal-demokratischen Umgestaltungen in allen Bereichen der Gesellschaft, die in den 90er Jahren begonnen haben, werden zu Beginn des neuen Jahrhunderts intensiv fortgesetzt. Eine Reihe komplexer Probleme muss gelöst werden, um das politische System und die Wirtschaft zu stabilisieren, die außenpolitischen Kontakte Russlands zu stärken und seine Rolle auf der internationalen Bühne zu verbessern.

Zu Beginn des XXI. Jahrhunderts wurden die Grenzen der Russischen Föderation und ihr Territorium endgültig festgelegt. Die gesamtrossische Volkszählung von 2003 ergab, dass es flächenmäßig an erster Stelle in der Welt steht. Die Bevölkerung betrug 145,2 Millionen, 1,8 Millionen weniger als bei der Volkszählung 1989.

Unter den Russen gab es 106,5 Millionen Stadtbewohner und 38,7 Millionen Landbewohner. Russland blieb eines der multinationalsten Länder der Welt: auf seinem Territorium lebten Vertreter von über 160 Nationalitäten; über 80% der Bevölkerung waren Russen.

Die Staatssymbole Russlands wurden genehmigt: eine dreifarbige (weiß-blau-rote) Flagge und ein Wappen in Form eines zweiköpfigen Adlers. Die rote Flagge blieb für die Streitkräfte des Landes. Der Text der Hymne zur Musik der ehemaligen UdSSR-Hymne (Komponist A. W. Alexandrow) wurde von dem Dichter S. W. Michalkow geschrieben.

Internationale Beziehungen Russlands.

Anfang des neuen Jahrhunderts wurde die Außenpolitik Russlands aktiver. Die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen wurden mit den führenden Ländern der Welt - den USA, Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien - wiederhergestellt. Konkrete Fragen der Zusammenarbeit wurden auf den Treffen von Präsident W. W. Putin mit den Leitern des Auslandes sowie bei Besuchen der Außenminister I. Iwanow, der damaligen Delegation S. Lawrow und der Staatsduma im Ausland erörtert.

Die Ereignisse des 11. September 2001 hatten einen erheblichen Einfluss auf die

Entwicklung der internationalen Beziehungen. An diesem Tag nahmen Terroristen einer internationalen Organisation mehrere Passagierflugzeuge in Besitz und richteten sie auf die Gebäude des World Trade Centers in New York City.

Die Gebäude wurden zerstört, über 3.000 Menschen starben. Die USA reagierten mit dem Ziel, die Grundlagen des internationalen Terrorismus zu zerschlagen und europäische und asiatische Länder im Kampf gegen den Terrorismus zu vereinen. Im Jahr 2002 unternahm die USA eine militärische Operation im Irak. Der Irak wurde zum Aufenthaltsort der Terroristen vom 11. September und zum Hauptproduzenten von Massenvernichtungswaffen erklärt. Russland hat den US-Angriff auf den Irak nicht unterstützt.

Die Staatsduma forderte die Länder auf, den Konflikt auf der Grundlage des Völkerrechts friedlich zu lösen.

Gleichzeitig wurde die Idee, die Bemühungen der Staaten im Kampf gegen den Terrorismus zu vereinen, von der russischen Führung unterstützt. Russland hat das Internationale Übereinkommen zur Bekämpfung internationaler Terroranschläge ratifiziert. Mit der Europäischen Union wurde eine Vereinbarung über die gemeinsame Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung getroffen.

Mit der NATO wurde ein Abkommen geschlossen, das die Vereinheitlichung der Bemühungen der Länder im Kampf um die Gewährleistung der internationalen Sicherheit vorsieht.

Im Mai 2002 wurde in Moskau während eines Treffens zwischen W. W. Putin und US-Präsident G. Bush eine Erklärung unterzeichnet, die darauf abzielt, die umfassende Zusammenarbeit zwischen den Ländern auszubauen. Die Stärkung der Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Russland wurde auf mehreren nachfolgenden Treffen der Staatsoberhäupter erörtert. Der Kurs zur Stärkung der Zusammenarbeit hinderte die USA jedoch nicht daran, ihren einseitigen Rückzug aus dem Raketenabwehrvertrag (ABM-Vertrag) zu erklären und den Bau von Militärstützpunkten in den an Russland angrenzenden Gebieten fortzusetzen.

Multilaterale und bilaterale Verträge verbanden Russland mit westeuropäischen Staaten. Deutschland, Italien und Frankreich sind zu den größten Außenhandelspartnern des Landes geworden.

Die Zusammenarbeit mit internationalen Wirtschaftsorganisationen wurde durchgeführt. Russland stimmte daher dem Vorschlag seiner Partner zu, Schulden aus dem Irak im Zusammenhang mit seiner durch die Feindseligkeiten verursachten schwierigen Situation abzuschreiben.

Die Beziehungen Russlands zu den Staaten Mittel- und Osteuropas, die sich in ihrer Außenpolitik zunehmend an den USA und westeuropäischen Mächten orientierten, entwickelten sich nicht effektiv.

Die außenwirtschaftlichen Beziehungen zu den Ländern im asiatisch-pazifischen Raum, vor allem zu Indien und China, wurden vertieft. Russland unterstützte Indien weiterhin in den Bereichen Energie und Metallurgie. Unter Beteiligung russischer Organisationen wurden Arbeiten im metallurgischen Werk in Bhilai durchgeführt. In den Beziehungen zu China haben sich gegenseitige Investitionen entwickelt. Mehr als 400 Unternehmen mit chinesischem Kapital waren in Russland tätig. Gleichzeitig gab es rund 1.200 Unternehmen mit russischer Beteiligung in der VR China (hauptsächlich in der chemischen und nuklearen Industrie). Es wurden Wege zur Erweiterung der politischen und wirtschaftlichen Kontakte zwischen Russland und einigen lateinamerikanischen Ländern aufgezeigt. Während der Reise Präsident W.

W. Putins nach Brasilien und Chile wurde eine Einigung über konkrete Maßnahmen in diesem Bereich erzielt.

Wie in den Vorjahren war die Führung des Landes bestrebt, die Beziehungen zu den Mitgliedern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) auszubauen. In Übereinstimmung mit den bilateralen Abkommen ist das Volumen der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen gewachsen, und die Lieferungen von russischem Gas und Öl in die GUS-Staaten haben zugenommen. Es wurden Maßnahmen zur Vertiefung der Integrationsprozesse in den Volkswirtschaften der Staaten ergriffen. Auf Vorschlag Russlands wurden mit Weißrussland, Kasachstan und der Ukraine Verhandlungen über die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums mit einer einheitlichen Handels-, Steuer- und Währungspolitik geführt. Allerdings gab es in den Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und einigen der ehemaligen Sowjetrepubliken noch Widersprüche und ungelöste Fragen. Besonders kompliziert waren die Beziehungen zu Georgien und der Ukraine, wo im Zusammenhang mit den Parlaments- (in einem anderen Fall Präsidentschafts-) Wahlen tiefe interne Konflikte entstanden sind.

Sozialpolitische Entwicklung.

Das Hauptaugenmerk im Bereich der Innenpolitik lag auf der Stärkung der Grundlagen der russischen Staatlichkeit. Im Jahr 2000 wurden 7 föderale Bezirke¹ geschaffen, um den Mechanismus der Stärkung des Landes zu verbessern.

¹ Nordwest-, Zentral-, Wolga-, Ural-, Süd-, Sibirien- und Fernost-Föderationsbezirke.

Die Bezirke wurden von bevollmächtigten Vertretern des Präsidenten geleitet, die die Arbeit der lokalen Behörden auf der Grundlage der russischen Verfassung koordinierten. Der Föderationsrat, das Oberhaus der russischen Föderalversammlung, wurde umgestaltet. Der Platz der Regionalleiter im Rat wurde von Beauftragten mit Erfahrung in der Gesetzgebung eingenommen.

Ehemalige Mitglieder des Oberhauses bildeten die Basis des beratenden Staatsrates unter dem Präsidenten.

Im Herbst 2004 wurde eine weitere Reform im System der Staatsmacht durchgeführt - der Übergang von der Volkswahl der Gouverneure zu ihrer Bestätigung durch die föderalen Parlamente auf Vorschlag des Präsidenten Russlands.

Eine der zentralen Fragen für die Staatsduma war die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen föderalen, regionalen und lokalen Behörden.

Auf der Grundlage der russischen Verfassung und der föderalen Gesetzgebung wurden Wege der Interaktion zwischen allen drei Machtebenen ermittelt.

Die Arbeiten zur politischen Regelung der Lage in Tschetschenien wurden fortgesetzt. Im Jahr 2003 wurde ein Verfassungsreferendum abgehalten, das Tschetschenien als Teil der Russischen Föderation bestätigte. Achmat Kadyrow, ehemaliger Mufti und späterer Chef der tschetschenischen Verwaltung, wurde

Präsident der Republik. Republikanische Machtinstitutionen wurden geschaffen. Das im Januar 2001 verabschiedete föderale Programm zur Wiederherstellung der Wirtschaft und des sozialen Bereichs wurde umgesetzt. Allerdings sind die separatistischen Tendenzen in der Republik nicht verschwunden. Unter Beteiligung internationaler extremistischer Organisationen organisierten tschetschenische Kämpfer mehrere große Terroranschläge (Bombenanschlag auf das Regierungsgebäude in Grosny, ein Angriff auf Inguschetien, Geiselnahme im Moskauer Theaterzentrum in Dubrowka, Inbesitznahme einer Schule in Beslan u. a.). Terroristische Aktionen gegen Vertreter der lokalen Verwaltung wurden fortgesetzt. Im Mai 2004 wurde der Präsident der Republik getötet. Das neue Oberhaupt Tschetscheniens wurde Alu Alchanow, der zuvor das MWD (*Innenministerium*) der Republik geleitet hatte.

Die Entwicklung und Stärkung der neuen politischen Ordnung im Land, die Verbesserung der Mehrparteiensystems sollte durch das Gesetz über die politischen Parteien Russlands (2001) gefördert werden. Das Gesetz sah die Umwandlung von Parteien in gesamt föderale Organisationen vor. Bei der anschließenden erneuten Registrierung existierten einige von ihnen nicht mehr. Gleichzeitig wurden neue politische Vereinigungen gegründet. Die größte und einflussreichste unter ihnen war die Partei „Einiges Russland“, die aus dem Zusammenschluss der gesellschaftspolitischen Bewegungen „Einheit“ und „Vaterland – das ganze Russland“ hervorging. Diese Partei war die Hauptstütze der anhaltenden politischen und wirtschaftlichen Veränderungen.

Am 7. Dezember 2003 fanden Wahlen zur Staatsduma der RF der IV. Einberufung statt. Es wurden 450 Abgeordnete ins Parlament gewählt. Die überwältigende Mehrheit von ihnen gehörte der Partei „Einiges Russland“ an (350). Die KPRF erhielt 52 Sitze, die LDPR 36, und „Rodina“ (*Heimatpartei*) 36. Die Gruppe der Unabhängigen bestand aus 23 Abgeordneten. Die Vertreter der Oppositionsparteien „Union der Rechten Kräfte“ und „Jabloko“ schafften es nicht in die Staatsduma, da sie nicht die erforderliche Stimmenzahl erhielten. B. W. Gryslow, der ehemalige Innenminister der Russischen Föderation, wurde Vorsitzender der Duma.

Sozioökonomische Entwicklung.

Die ersten Jahre des neuen Jahrhunderts waren für die russische Wirtschaft von entscheidender Bedeutung. Die schweren Folgen der Wirtschaftskrise von 1998 (Zahlungsausfall) wurden überwunden und eine allmähliche Erholung des gesamten Wirtschaftssystems begann.

Die vorrangige Aufmerksamkeit in den vom Ministerium für Handel und Industrie ausgearbeiteten Plänen für die wirtschaftliche Entwicklung für den Zeitraum bis 2010 wurde der weiteren Bildung und Verbesserung der Marktbeziehungen gewidmet. Zu diesem Zweck wurde der Privatisierungsprozess fortgesetzt, wenn auch langsam. Im Jahr 2003 gab es fast 3.900 Unternehmen und Organisationen im Land, von denen 76,8 % dem nichtstaatlichen Sektor angehörten. Große Monopole haben starke Positionen in der Gas- und Ölindustrie sowie in der Elektrizitätsindustrie eingenommen. Die in den 90er Jahren gegründeten Unternehmen - LUKOIL, Sibneft, Gazprom, YUKOS, Norilsk Nickel und RAO „UES“ (United Energy System) - wurden nicht nur in Russland, sondern auch im Ausland

sehr bekannt.

Auf der Suche nach unbegrenzten Profiten versuchten einige Geschäftsleute (Oligarchen), die Gesetzgebung für diesen Zweck zu nutzen, indem sie ihre Vertreter in Regierungsgremien einschleusten. Es wurde gegen Steuergesetze verstoßen.

Der Strukturwandel in der Wirtschaft erforderte eine Straffung der Beziehungen zwischen Staatsmacht und Privatwirtschaft.

Es wurden Maßnahmen ergriffen, um Missbräuche durch Großindustrielle und Unternehmen zu verhindern.

Die Staatsduma der III. Einberufung genehmigte das Gesetz „Über den Wettbewerb und die Begrenzung der monopolistischen Aktivitäten auf den Rohstoffmärkten“. Die Regulierung der Tätigkeit von Monopolen im elektrischen Energiesektor hat sich verstärkt.

Um eine Verflechtung von Unternehmen und Sicherheitsbehörden zu verhindern, wurde den Sicherheitsdiensten eine übermäßige Einmischung in die Arbeit der Unternehmen untersagt. Die Steuergesetzgebung wurde verbessert, und bei Verstößen wurden strenge Maßnahmen ergriffen. In den Jahren 2003 - 2004 wurde ein Strafverfahren gegen Führungskräfte des Ölkonzerns YUKOS wegen Steuerhinterziehung im großen Stil eingeleitet. Es wurde das Hauptproduktionsunternehmen von YUKOs — Yuganskneft (*Rosneft*) verkauft. Es wurde später Teil des größten staatlichen Monopols, Gazprom.

Es wurden neue gesetzliche Bestimmungen verabschiedet, die darauf abzielen, die Betriebsbedingungen für mittlere und kleine Unternehmen zu verbessern. Im Jahr 2003 gab es über 280.000 kleine Unternehmen, von denen 47% im Handel, 12% in der Industrie und nur etwa 2% im Agrarsektor tätig waren.

Besondere Aufmerksamkeit erhielt die Situation im landwirtschaftlichen Sektor. In den Jahren 2001 - 2003 wurden wesentliche Änderungen am Landesgesetzbuch vorgenommen. Das Eigentum an Land wurde gesichert. Für landwirtschaftliche Unternehmen wurden Vorzugsdarlehen eingerichtet.

Es wurden Maßnahmen der staatlichen Unterstützung für private Nebengrundstücke entwickelt.

Die Möglichkeiten zur Entwicklung von landwirtschaftlichen Genossenschaften und bäuerlichen Betrieben (Bauernhöfen) wurden erweitert.

Die Reform der Wirtschaft verlief langsam, aber ihre positiven Ergebnisse waren offensichtlich. Im Jahr 2004 betrug die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) mehr als 6 % (5,1 % im Jahr 2001); die Wachstumsrate der Industrieproduktion betrug mehr als 6 % (4,9 % im Jahr 2001). Die Inflation ging um 12% zurück. Dies bedeutete eine deutliche Trendwende in der Entwicklung der Volkswirtschaft. Dabei spielten auch hohe Preise auf dem Weltmarkt für russische Exportgüter, vor allem Öl, eine wichtige Rolle.

Viele Aufgaben der sich entwickelnden Marktwirtschaft blieben jedoch ungelöst. Insbesondere mussten effektive Marktmechanismen und Strukturen geschaffen werden, die in der Lage waren, das gesamte System der Volkswirtschaft erfolgreich zu steuern.

Unter dem Einfluss der wirtschaftlichen Reformen setzten sich die Veränderungen in der sozialen Struktur der Gesellschaft fort. Die Zahl der neuen sozialen Gruppen hat

zugenommen: Unternehmer (große, mittlere und kleine), Landwirte, Einzelpersonen, die sich selbständig machen. In allen Bereichen des Wirtschaftssystems ist die Zahl der Beschäftigten des staatlichen Sektors gesunken.

Veränderungen in der Wirtschaft sind zur Grundlage für positive Veränderungen im sozialen Bereich geworden. Allein während 2001 - 2003 wurde der Mindestlohn für Angestellte des Haushaltsbereichs viermal erhöht. Verzögerungen bei der Zahlung von Löhnen, Renten und Beihilfen wurden seltener. Die Höhe der Renten wurde erhöht. Von 1999 bis 2003 wuchs das Einkommen der Bevölkerung nach offiziellen Angaben um das Eineinhalbfache. Gleichzeitig vertiefte sich die soziale Differenzierung in der Gesellschaft; Dutzende Millionen Russen blieben unterhalb der Armutsgrenze.

Radikale Umgestaltungen des politischen Systems und der Wirtschaft, multilaterale, gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit mit den Staaten der Welt haben die interne Position Russlands und seine Stellung auf der internationalen Bühne gestärkt.

DIE AKTUELLE PHASE DER RUSSISCHEN ENTWICKLUNG (2004 - 2009)

Radikale wirtschaftliche und innenpolitische Umgestaltungen zu Beginn des ersten Jahrzehnts des XXI. Jahrhunderts dienten als Grundlage für die Ausarbeitung der Hauptrichtungen und Perspektiven der langfristigen Entwicklung des Landes. Sie ermöglichten die Festlegung von Maßnahmen zur Umwandlung Russlands in einen demokratischen, souveränen Staat, der auf internationaler Ebene eine starke Position einnimmt. Konkrete Wege zur Umsetzung dieser Aufgabe wurden in den von der Staatsduma verabschiedeten neuen Konzepten der Außen- und Innenpolitik skizziert, die zu einem Bezugspunkt für die Tätigkeit der Behörden geworden sind.

RUSSLANDS INNENPOLITIK

Stärkung des russischen Staatswesens

Verwaltungsreformen.

Bis zum Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts wurden mehrere Verwaltungsreformen durchgeführt, um die Effizienz der staatlichen Verwaltung zu verbessern. Im Herbst 2004 wurde der Übergang von der nationalen Wahl der Gouverneure zur Genehmigung durch die föderalen Parlamente auf Vorlage des russischen Präsidenten durchgeführt. 2005 wurde die Öffentliche Kammer der Russischen Föderation mit dem Ziel gegründet, die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Strukturen und staatlichen Organisationen zu erweitern. Die Kammer erhielt das Recht, eine Prüfung der in der Staatsduma erörterten Gesetzgebungsprojekte durchzuführen.

Es wurde viel Arbeit geleistet, um die lokale Regierungsführung zu verbessern und die wirtschaftlichen Positionen der einzelnen Föderationsthemen zu stärken. Insbesondere wurden der Autonome Kreis Komi-Permjak und die Region Perm zur

Region Perm zusammengelegt. Im März 2008 fanden in der Region Tschita und im Autonomen Bezirk der Aginer Burjaten Referenden über ihre Fusion statt. Nach den Ergebnissen (90% der Teilnehmer der Referenden stimmten für die Vereinigung) begann die Arbeit an der Bildung eines neuen Subjekts der Föderation — Transbaikalien. Im Jahr 2009 wurde ein achter Föderationskreis, der Föderationskreis Nordkaukasus, geschaffen. Es umfasste die Republiken Adygea und Dagestan, Karatschai-Tscherkessien, Inguschetien und Tschetschenien sowie das Territorium Stawropol.

Einige Reformen im administrativen Bereich mussten ziemlich schnell aufgegeben werden. So gab es weniger als vier Jahre lang ein dreistufiges System der höheren Exekutivgewalt, das neben den Ministerien auch föderale Behörden und Dienste umfasste.

Grundlegende Änderungen wurden in der Gesetzgebung zu den Wahlen zur Staatsduma vorgenommen. Sie schafften die Wahlen in Ein-Mandats-Bezirken ab und führten die Wahl der Deputierten durch Parteilisten ein. Es wurde verboten, Wahlbündnisse und Blöcke zu bilden, um in die Duma zu kommen, und die Hürde für Parteien wurde von 5 auf 7% erhöht. Unter Berücksichtigung dieser Änderungen fanden die Wahlen zur Staatsduma der V. Einberufung im Dezember 2007 statt.

Wiederwahl der höchsten Behörden.

Die Parteizusammensetzung der in die Duma gewählten Deputierten war wie folgt: „Einiges Russland“ - 315, KPRF - 57, LDPR - 40, „Gerechtes Russland“ - 38 (insgesamt 450 Personen). Erneut wurde B. W. Gryslow, ein Vertreter der Partei „Einiges Russland“, zum Vorsitzenden der Staatsduma.

Bei der Analyse der Zusammensetzung des Deputiertenkorps der V. Einberufung stellten Wissenschafts-Politologen einige negative Folgen von Änderungen in der Gesetzgebung zu den Wahlen fest. „Politische Dominanz“ im höchsten Machtorgan durch eine Partei bedeutete, dass die Interessen von fast einem Viertel der russischen Bevölkerung darin nicht vertreten waren. Die bedingungslose Unterstützung der Regierung und des Präsidenten durch „Einiges Russland“ machte es unmöglich, eine effektive Opposition in der Duma zu haben.

Am 2. März 2008 fanden aufgrund des Ablaufs der Amtszeit des Präsidenten der RF, W. W. Putin, Wahlen des neuen Staatsoberhauptes statt. Am Wahlkampf nahmen Vertreter mehrerer Parteien teil, insbesondere: W. W. Schirinowski (LDPR), G. A. Sjaganow (KPRF), A. Bogdanow (DPR-Führer), D. A. Medwedew („Einiges Russland“).

D. A. Medwedew, der zuvor als Erster Stellvertretender Ministerpräsident fungierte, wurde zum neuen Präsidenten des Landes gewählt. Das Programm des neuen Präsidenten untermauerte die Notwendigkeit, den Reformkurs der letzten Jahre fortzusetzen.

Am 8. Mai 2008 wurde W. W. Putin neuer Regierungsvorsitzender. Die Zusammensetzung der von ihm gebildeten Regierung hat sich nicht wesentlich verändert. Viele Minister behielten ihre Positionen, darunter Außenpolitik (S.

Lawrow), Finanzen (A. Kudrin) und Bildung (A. Fursenko).

Veränderungen im administrativen Bereich haben es ermöglicht, den Umfang der Aktivitäten der ersten Personen des Staates und der föderalen Behörden klarer zu unterscheiden.

Der Präsident (Staatsoberhaupt und Oberster Befehlshaber) bestimmte die Richtung der Innen- und Außenpolitik, erließ Dekrete und Befehle, hatte das Recht, die Duma aufzulösen und die Regierung zu entlassen. Er nominierte Kandidaten für die wichtigsten staatlichen Posten - Generalstaatsanwalt, Vorsitzender der Zentralbank u. a.

Es war die Aufgabe des Ministerpräsidenten, die wichtigsten Themen vorzubereiten, die von der Regierung zu berücksichtigen waren: die Entwicklung eines föderalen Haushalts, die Umsetzung einer einheitlichen Finanzpolitik und die Sicherung der Rechte und Freiheiten der Bürger.

Verwaltungsreformen, Veränderungen im Bereich der Regierungsführung im Zentrum und auf lokaler Ebene schufen die notwendigen Voraussetzungen für die Stärkung des russischen Staatswesens.

Sozioökonomische Entwicklung

Fortsetzung des Kurses zur Reform der Wirtschaft.

Seit 2004 wurden die Programme für die sozioökonomische Entwicklung einzelner Regionen weiterentwickelt und nationale Projekte in den Bereichen Wohnungsbau, Landwirtschaft und Gesundheitswesen geschaffen.

Die russische Gesetzgebung war auf die Verstärkung und Unumkehrbarkeit der stattfindenden Veränderungen ausgerichtet.

Es wurde daran gearbeitet, das Steuersystem zu verbessern.

Die Immobiliensteuer wurde eingeführt, Zahlungen für die Nutzung natürlicher Ressourcen wurden legalisiert, und die Einkommenssteuern wurden gesenkt.

Es wurde darauf geachtet, die Rechte von Kleinunternehmern zu schützen. Neue Kartellgesetze wurden verabschiedet. Ende 2008 wurde das Gesetz „Über die Bekämpfung der Korruption“ verabschiedet, das den rechtlichen Rahmen im Kampf gegen Amtsmissbrauch, Bestechung u. dgl. festlegt.

Föderale Programme zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Tschetschenischen Republik, des Fernen Ostens und Transbaikalien wurden umgesetzt. Es wurde daran gearbeitet, Wladiwostok in ein Zentrum für internationale Zusammenarbeit im asiatisch-pazifischen Raum zu verwandeln.

Der Öl- und Gaskomplex spielte eine vorrangige Rolle in der Wirtschaft. Steigende Ölpreise auf dem Weltmarkt verlangten besondere Aufmerksamkeit für seine Entwicklung, Verbesserung der Produktionsmethoden und Erhöhung der Qualität der Ölprodukte. Das große Wankor-Ölfeld in der Region Krasnojarsk wurde in Betrieb genommen. Experten zufolge ging die Ölproduktion des Landes in den Jahren 2006 - 2008 jedoch allmählich zurück.

Die Erschließung neuer Lagerstätten wurde reduziert.

Die Einführung von Marktreformen im Agrarsektor hat Defizite und Schwierigkeiten in seiner Entwicklung aufgezeigt. Der Rückstand bei den landwirtschaftlichen Produktionstechnologien aus der Sowjetzeit blieb bestehen. Der Markt für Produkte, die in staatlichen und kommunalen Unternehmen hergestellt werden, wurde nicht reguliert. Unterstützung brauchten die bäuerlichen (landwirtschaftlichen) Betriebe und die ländlichen Konsumgenossenschaften. Um diese und andere Schwierigkeiten zu überwinden, wurde ein staatliches Programm zur Entwicklung der Landwirtschaft für 2008 - 2012 entwickelt. Darüber hinaus wurden Maßnahmen ergriffen, um günstige Bedingungen für die Entwicklung bestimmter Sektoren der Agroindustrie zu schaffen.

Das Antikrisenprogramm der Regierung.

Seit Mitte 2007 üben Instabilität auf den Weltmärkten und eine Verlangsamung des Wachstums der Weltwirtschaft einen immer stärkeren Einfluss auf die russische Wirtschaft aus.

In den Jahren 2008 - 2009 traf die Weltwirtschaftskrise die USA, die entwickelten europäischen Länder und eine Reihe von asiatischen Ländern. Die globale Krise hat den Verlauf der Entwicklung der russischen Wirtschaft verändert. Von der Führung des Landes wurden außerordentliche Maßnahmen zur Stärkung des Finanzsystems und zur Entspannung der Beschäftigungslage gefordert.

Der Staat stellte den russischen Banken erhebliche Kredite zur Verfügung. Den Föderationssubjekten wurde das Recht eingeräumt, selbständig über die Einführung einer Teilzeitwoche und die Reduzierung der Arbeitszeit zu entscheiden. Einzelne Antikrisenmaßnahmen konnten die Situation jedoch nicht ändern. Die Produktion in den größten Unternehmen des Maschinenbaus und der Automobilindustrie, im Bergbau, in der Rüstungsindustrie und in anderen Branchen wurde reduziert. Die Zahl der Arbeitslosen im Lande erreichte zeitweise 7 Millionen Menschen. Im April 2009 wurde ein föderales Antikrisenbudget verabschiedet, das zum Kernstück der Antikrisenpolitik der Regierung wurde.

Laut Budget wurden 2.412 Milliarden Rubel für Antikrisenmaßnahmen bereitgestellt. Die Hauptinvestitionen wurden zur Unterstützung des Bankensystems und einzelner Sektoren der Volkswirtschaft getätigt. Etwa 27 % des Föderationshaushalts wurden für soziale Unterstützung aufgewendet.

In Übereinstimmung mit dem Antikrisenprogramm wurden die Ausgaben für den Wohnungs- und Straßenbau, die Entwicklung der leistungsfähigsten Industriebetriebe, einschließlich der Rüstungsbetriebe, erhöht.

Personen, die durch den Produktionsrückgang arbeitslos geworden sind, wurden unterstützt.

Es wurden Pläne zur Umstrukturierung der sogenannten Monostädte entwickelt, deren Bevölkerung sich um die Aktivitäten eines einzigen Unternehmens (AwtoWAS (*Lada*), Toljatti u. a.) konzentrierte.

Die Entwicklung der Marktwirtschaft hat die sozialen Ungleichheiten in der Bevölkerung vertieft. Im Jahr 2008 lagen nach Angaben der russischen Statistikbehörde 20 % der Einwohner des Landes unter der Armutsgrenze. Zur gleichen Zeit gab es unter den Russen über hundert Milliardäre - Aktionäre und Besitzer großer Industrieunternehmen.

Die Wirtschaftskrise hat sich besonders stark auf den Lebensstandard von Familien und Rentnern mit niedrigem Einkommen ausgewirkt. Der Staat hat mehrfach

Maßnahmen ergriffen, um ihren materiellen Wohlstand zu verbessern. Insbesondere wurden einige Mittel aus dem Antikrisenhaushalt für diesen Zweck bereitgestellt.

Das Antikrisenprogramm ermöglichte eine gewisse Stabilisierung der sozialen Situation im Land.

Bei der Festlegung von Plänen für die weitere Entwicklung Russlands haben die Staatsoberhäupter eine umfassende Modernisierung der Wirtschaft und den Übergang zu einem innovativen Entwicklungsweg vorgeschlagen - dem Weg der neuen Technologien und der Schaffung von günstigen Bedingungen für ihre Umsetzung.

AUSSENPOLITIK DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Russland auf der internationalen Bühne.

Russlands Handeln auf der internationalen Bühne war darauf ausgerichtet, nationale Interessen mit der Wahrung gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu anderen Staaten zu verbinden. Unter Beibehaltung ihrer Grundprinzipien und Richtungen wurde die russische Außenpolitik zunehmend von den Veränderungen in der Welt beeinflusst. Der Globalisierungsprozess¹ verlangte von Russland, seinen Status als Großmacht zu stärken und sich aktiv an der Lösung von Weltproblemen zu beteiligen.

¹ Globalisierung ist die Vertiefung der Verflechtung und gegenseitigen Abhängigkeit verschiedener Länder der Welt in der politischen, wirtschaftlichen und informationellen Sphäre, der Ausgang positiver oder negativer Phänomene (z.B. die Wirtschaftskrise) über die Grenzen eines Landes hinaus und ihre Umwandlung in ein Phänomen im internationalen Maßstab.

Die Zusammenarbeit Russlands mit internationalen Organisationen, insbesondere der UNO, wurde fortgesetzt. Im Jahr 2007 nahm Präsident W. W. Putin an einer Sicherheitskonferenz in München teil.

In seiner Rede betonte er die Wahrung der Rolle der UN als Garant für die Sicherheit in der Welt.

Nur die UN-Charta, so W. W. Putin, sei die Grundlage für die Lösung der Frage des Einsatzes militärischer Gewalt zur Beilegung interethnischer Konflikte.

Die wirtschaftliche Partnerschaft zwischen Russland und der Europäischen Union wurde ausgebaut. Bis 2010 entfielen auf die EU 33,5 % der gesamten russischen Öllieferungen und 42 % des Gases.

Die Zusammenarbeit entwickelte sich nicht nur im Brennstoff- und Energiekomplex, sondern auch in der Landwirtschaft, im Verkehr und in der Raumfahrt. Die Kontakte auf dem Gebiet der Wissenschaft und Kultur wurden intensiviert. Im Jahr 2006 wurde in Moskau ein Europäisches Bildungsinstitut eröffnet, um Studenten in gemeinsam entwickelten europäischen Themen auszubilden. Während Russland in vielen Bereichen mit der Europäischen Union zusammenarbeitete, verteidigte es gleichzeitig seine außen- und innenpolitische Handlungsfreiheit.

Die Notwendigkeit, solchen Phänomenen wie der Ausbreitung des Terrorismus, der illegalen Migration und dem Drogenhandel entgegenzuwirken, ist in den

Vordergrund des Systems der internationalen Beziehungen gerückt. Es war notwendig, die Bemühungen verschiedener Staaten zu vereinen, deren Interessen gerade in diesem Bereich übereinstimmten. Gemeinsam mit europäischen Ländern wurde der Kampf gegen die maritime Piraterie vor der Küste Somalias aufgenommen. Im November 2009 wurde eine Vereinbarung über gemeinsame Aktivitäten zur Terrorismusbekämpfung zwischen den Ländern der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit¹ getroffen.

¹ In der 2001 gegründeten Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) haben sich Russland, China, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan zusammengeschlossen. Die Organisation arbeitete in Kontakt mit einer Reihe von zentral- und südostasiatischen Staaten.

Freundschaftliche Beziehungen verbanden Russland mit den entwickelten Ländern Europas und den USA. Die Verhandlungen über den Abschluss eines Vertrags zur Begrenzung strategischer Nuklearwaffen waren für die Beziehungen zu den USA von überragender Bedeutung.

Die Zusammenarbeit mit den Staaten des pazifischen Raums wurde fortgesetzt. Neue Handelsverträge wurden mit Indien unterzeichnet. Die kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Beziehungen zu Japan wurden ausgebaut. China blieb Russlands ständiger Partner, aber die globale Wirtschaftskrise reduzierte den Handel zwischen den Ländern. 2009 führte W. W. Putin in Peking Gespräche mit der chinesischen Führung, um die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verbessern.

Russland und die postsowjetischen Staaten.

Die Beziehungen der Russischen Föderation zu den postsowjetischen Staaten haben sich nicht eindeutig entwickelt. Es gab zahlreiche Probleme mit den Ländern Zentralasiens und des Kaukasus. Nach der Revolution in Georgien im Jahr 2004 vertrat der neue Präsident M. Saakaschwili eine prowestliche Haltung. Im Sommer 2008 verstieß Georgien gegen das Völkerrecht und versuchte, Südossetien zu besetzen, dessen Rechtsstatus nach dem Zusammenbruch der UdSSR nicht klar geregelt war. Russland leistete Südossetien militärische Unterstützung und half ihm, seine Unabhängigkeit zu verteidigen. Nach dem Ende des Südossetien-Konflikts erklärte Russland seine Anerkennung der Republik Südossetien und unterzeichnete einen Freundschaftsvertrag mit ihr.

Die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Ukraine wurde fortgesetzt. Komplikationen in den Beziehungen zwischen den Parteien traten nach der Machtübernahme des ukrainischen Präsidenten W. Juschtschenko auf, der für seine antirussische Stimmung bekannt war. Erst nach langwierigen Verhandlungen konnte das sogenannte Öl- und Gasproblem im Zusammenhang mit dem Transit von russischem Öl durch die Ukraine nach Europa gelöst werden.

Am intensivsten entwickelten sich die Kontakte Russlands mit der Republik Belarus. Die Länder verfolgten eine koordinierte Außenpolitik. Das Volumen des Handelsumsatzes zwischen ihnen nahm zu. Es wurde eine Vereinbarung über die Übertragung von Zollgrenzen an die Außengrenzen des Unionsstaates getroffen, dessen Vertrag bereits 1999 unterzeichnet wurde, aber die konkrete Form der Tätigkeit konnte auch nach zehn Jahren nicht erreicht werden.

Die Gemeinsamkeit der Russischen Föderation mit Kasachstan wurde erweitert. Bis 2010 waren etwa dreihundert große gemeinsame russisch-kasachische Gemeinschaftsunternehmen in Betrieb. In Übereinstimmung mit dem Abkommen begann der Transport von Öl aus Kasachstan durch das russische Territorium. Mit der Republik Belarus und Kasachstan liefen Verhandlungen über die Errichtung eines gemeinsamen Zollgebiets und die Bildung einer Zollunion. Ihre Bildung wurde durch die Ähnlichkeit der Wirtschaftssysteme der Länder, wachsende Handelsbeziehungen und das Vorhandensein gemeinsamer Industrieunternehmen begünstigt. Im Rahmen der Union wurden einige Zuständigkeiten der nationalen Regierungen, insbesondere im Bereich des Handels, auf übernationale Gremien übertragen. Die Tätigkeit der Zollunion begann im Jahr 2010.

Die durch groß angelegte Programme eingeleiteten grundlegenden außen- und innenpolitischen Veränderungen sind noch nicht abgeschlossen. Sie setzen sich fort und unterliegen gewissen Veränderungen unter dem Einfluss der innenpolitischen und internationalen Bedingungen. Aber das Ziel dieser Veränderungen bleibt unverändert, und es ist auf die Stärkung und den Schutz der nationalen Interessen Russlands und die Stärkung seiner Rolle auf der Weltbühne ausgerichtet.

Kapitel 43

KULTUR RUSSLANDS IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES XX. - ANFANG DES XXI. JHS.

Widersprüchliche und komplexe Prozesse im gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Bereich sowie die Position der UdSSR auf internationaler Ebene hatten erhebliche Auswirkungen auf die kulturelle Entwicklung der zweiten Hälfte des XX. Jahrhunderts. Diese Faktoren beeinflussten die Finanzierung der Kultur, die internationalen Kontakte der literarischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Persönlichkeiten, das Ausmaß der Beteiligung breiter Massen der Bevölkerung am kulturellen Leben.

KULTURELLES LEBEN IN DEN MITTLEREN 40er BIS ANFANG DER 60er JAHRE

Kultur und Macht in den Nachkriegsjahren.

Der Krieg verursachte erhebliche Schäden an der nationalen Kultur und ihrer materiellen Basis. Tausende Schulen, Hunderte von Universitäten und Museen wurden zerstört, Hunderttausende Bücher wurden verbrannt oder außer Landes gebracht. Viele begabte Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler kehrten nicht von der Front zurück. Die Anzahl der Fachkräfte an den Hochschulen hat abgenommen.

In der schwierigen Nachkriegszeit suchte der Staat nach Mitteln für die Entwicklung von Wissenschaft, Volksbildung und Kunst.

Die Wiederbelebung der zerstörten Kulturzentren begann unmittelbar nach der Vertreibung des Feindes aus den besetzten Gebieten und setzte sich in den folgenden Jahren fort.

Ein charakteristisches Merkmal der kulturellen Entwicklung in den Nachkriegsjahren war die zunehmende Einmischung des Partei- und Staatsapparates in das kulturelle Leben der Gesellschaft. Die Sphäre der Ideologie wurde als eine Art „ideologische Front“ gesehen, wo der Hauptschlag gegen die Reste der bürgerlichen Einstellungen und die niedrige Verehrung der Kultur des bürgerlichen Westens, gegen den Rückzug vom Marxismus in Wissenschaft, Literatur und Kunst gerichtet werden sollte.

Die Anforderungen an die Arbeit der kreativen Intelligenz spiegeln sich in den Entscheidungen des ZK der Partei in der zweiten Hälfte der 40er Jahre zu Fragen der Literatur und Kunst wider. Zu den ersten gehörte der Erlass „Über die Zeitschriften ‘Stern’ und ‘Leningrad’“ (1946). Der Grund dafür war die Veröffentlichung in der Zeitschrift „Mursilka“ der Geschichte von M. M. Soschtschenko „Die Abenteuer des Affen“, die dann von der Literaturzeitschrift „Stern“ nachgedruckt wurde. Eine politische Bewertung der Kindergeschichte von M. M. Soschtschenko wurde auf einer Sitzung des Organisationsbüros des Parteizentralkomitees gegeben, an der J. W. Stalin, der Sekretär des Zentralkomitees für Ideologie A. A. Schdanow und andere ideologische Mitarbeiter und Schriftsteller teilnahmen. Novellen, Erzählungen und Gedichte einer Reihe von Autoren wurden als unvereinbar mit der sozialistischen Weltanschauung befunden. M. M. Soschtschenko wurde mangelnder Prinzipienlosigkeit, Vulgarität und Politikverdrossenheit beschuldigt. Das Urteil und die es erklärenden Veröffentlichungen enthielten politische Anschuldigungen und Beleidigungen gegen A. A. Achmatowa, M. M. Soschtschenko und andere sowjetische Schriftsteller.

Einseitige, ungerechtfertigt harte Beurteilung der schöpferischen Arbeit einer Gruppe von talentierten Dramatikern und Komponisten, Theater- und Filmarbeitern enthielten Dekrete des ZK der Partei „Über das Repertoire dramatischer Theater“, „Über den Film ‘Großes Leben’, „Über die Oper ‘Die große Freundschaft’“ von W. Muradeli“ u. a. Diese Dekrete hatten einen starken Einfluss auf das kreative Schicksal einzelner Kulturschaffender und auf die spätere Entwicklung von Literatur und Kunst.

An der Wende der 40 - 50er Jahre organisierte das ZK der Partei Diskussionen über Philosophie, politische Ökonomie und Linguistik. Die Führer der Partei und des Staates nahmen zusammen mit Vertretern der Wissenschaft an ihnen teil. So nahm A. A. Schdanow an der Diskussion teil, die zur Besprechung des Buches von G. F. Alexandrow über die Geschichte der westeuropäischen Philosophie organisiert wurde. Er beschuldigte den Autor des Lehrbuchs der Bewunderung für die bourgeoise westliche Philosophie und forderte die sowjetischen Wissenschaftler auf, „den Kampf gegen die korrupte und abscheuliche bourgeoise Ideologie zu führen“.

Ende der 40er Jahre entfaltete sich der Kampf um die sowjetische Nationalkultur, gegen den Kosmopolitismus. Die Seiten der Zeitungen und Zeitschriften waren gefüllt mit Artikeln gegen den „bürgerlichen Kosmopolitismus“ und seine Träger. Vertreter von Wissenschaft, Literatur und Kunst wurden zu Kosmopoliten erklärt, in deren Werk „Bewunderung für alles Westliche“ zu sehen war. Die historische

Wissenschaft war von dieser Kampagne besonders betroffen.

Viele berühmte sowjetische Wissenschaftler (I. I. Minz, I. M. Rasgon, u. a.) wurden beschuldigt, die Geschichte der sowjetischen Gesellschaft zu verzerren. Den Werken dieser Autoren wurde zur Last gelegt, die Rolle der UdSSR im welthistorischen Prozess, die Rolle des russischen Volkes und der russischen Arbeiterklasse beim Sieg der Oktoberrevolution und des Bürgerkriegs beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, herabgesetzt zu haben. Der Kampf gegen den Kosmopolitismus wurde von „Untersuchungen“ und administrativen Maßnahmen gegen berühmte Forscher begleitet. Er hat dazu geführt, dass in der Wissenschaft die in den 30er bis 40er Jahren entwickelten Konzepte der historischen Entwicklung für viele Jahre unberührt geblieben sind. Die geringste Abweichung in den Arbeiten der Wissenschaftler von den etablierten Ansichten, ihr Versuch, einen neuen Blick auf wissenschaftliche Fragen zu werfen, wurden als Verstoß gegen das Prinzip der Parteilichkeit in der Wissenschaft betrachtet.

Die administrative Einmischung in die schöpferische Arbeit der Vertreter der Kultur, der Kampf gegen die „bourgeoise Ideologie“, die politische Bewertung des künstlerischen Schaffens und der wissenschaftlichen Arbeit verursachten tiefe Deformierungen in der Entwicklung des geistigen Lebens der Gesellschaft.

„Tauwetter“ und die künstlerische Intelligenz.

Die Liberalisierung des sozialpolitischen Lebens gab der Entwicklung von Literatur und Kunst einen starken Impuls. Der ideologische Einfluss auf die Arbeit der künstlerischen Intelligenz wurde geschwächt.

Im Jahr 1958 verabschiedete das ZK der KPdSU ein Dekret „Über die Korrektur von Fehlern bei der Bewertung der Opern ‚Großes Leben‘, ‚Bogdan Chmelniczki‘, ‚Von ganzem Herzen‘“. Viele kulturelle Persönlichkeiten, Opfer politischer Repressionen, wurden rehabilitiert. Bücher von A. Wesjoly, P. N. Wassiljew, I. E. Babel u. a. wurden veröffentlicht.

Das Entstehen neuer schöpferischer Vereinigungen trug zur Wiederbelebung des geistigen Lebens der Gesellschaft bei. Der Schriftstellerverband der RSFSR, der Verband der Künstler der RSFSR, der Verband der Filmschaffenden der UdSSR wurden gegründet. Es erschienen die literarisch-künstlerischen und gesellschaftspolitischen Zeitschriften „Moskau“, „Newa“, „Ausländische Literatur“, „Jugend“ u. a., die bis dahin nicht erschienen waren. In der Hauptstadt wurde das Dramaturgische Theater „Sovremennik“ (*Zeitgenössisch*) eröffnet, dessen Ensemble aus Absolventen der MchAT (*Moskauer Akademisches Künstlertheater*) bestand. Es wurden literarische Abende von berühmten Schriftstellern und Dichtern veranstaltet.

Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre gab es mehrere Treffen der Partei- und Staatsführung mit Vertretern der künstlerischen Intelligenz.

An ihnen nahmen N. S. Chruschtschow und der Sekretär des ZK für Ideologie L. F. Iljitschow teil. Die Beziehungen des Staatsoberhauptes zu Persönlichkeiten der Literatur und Kunst waren nicht einfach. Die Arbeit zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit, zur Rehabilitierung der unschuldig Verurteilten brachte N. S. Chruschtschow große Popularität.

Seine Versuche, sich in das schöpferische Arbeitsfeld der Kulturschaffenden

einzumischen, seine Inkompetenz und kategorische Bewertung ihrer Arbeit führten jedoch zum Verlust seiner Autorität. Eine gewisse Rolle spielte dabei die Verfolgung des talentierten Schriftstellers und Dichters B. L. Pasternak, die nicht ohne Wissen N. S. Chruschtschows organisiert wurde. 1958 erhielt B. L. Pasternak den Nobelpreis für Literatur für seinen Roman „Doktor Schiwago“, der in der UdSSR verboten war und im Ausland veröffentlicht wurde.

Im selben Jahr wurde er aus dem Schriftstellerverband der UdSSR ausgeschlossen und war gezwungen, den Nobelpreis abzulehnen.

Eine der Folgen der Liberalisierung des außenpolitischen Kurses war die Vertiefung der internationalen Beziehungen von Kulturschaffenden.

Vertreter von Wissenschaft und Kunst sowie Universitätsprofessoren wurden zu Praktika in verschiedene Länder der Welt geschickt. Der Informationsaustausch zwischen den Forschungsinstituten und ihre gegenseitige Zusammenarbeit bei der Lösung wichtiger Probleme von Wissenschaft und Technik hat zugenommen. In der UdSSR wurden Ausstellungen der größten Kunstgalerien der Welt organisiert. Es fanden Aufführungen der besten ausländischen Theater- und Musikgruppen statt. Der erste Internationale P. I. Tschaikowsky-Wettbewerb für Musiker und Interpreten fand in Moskau statt. Einer seiner Preisträger war der US-Pianist Van Cliburn. Der internationale Tourismus hat sich entwickelt.

Anfang der 60er Jahre verstärkte sich der ideologische Druck auf das kulturelle Leben und die Methoden des Diktats in seiner Verwaltung. Die Zensurbehörden haben ihre Arbeit intensiviert. Die von der „kollektiven Führung“ des Landes angekündigte Demokratisierung des gesellschaftspolitischen und kulturellen Lebens führte zurück in eine zeitweise Liberalisierung.

Volksbildung und Hochschulwesen.

Der Wiederaufbau der zerstörten Schulen und der Bau neuer Schulen ermöglichte es, die Zahl der Schüler bis Ende der 40er Jahre deutlich zu erhöhen. Die Schulen der Arbeiterjugend haben sich entwickelt. Sie gaben Jugendlichen, die ihre Schulausbildung während des Krieges unterbrechen mussten, die Möglichkeit, ihre Schulausbildung zu beenden. Um die Volkswirtschaft mit qualifizierten Arbeitskräften zu versorgen, wurde der Umfang der Ausbildung von Arbeitern durch Fabrik- und Fabrik Ausbildungsschulen, Handwerks- und Eisenbahnschulen erhöht.

Allein von 1946 bis 1950 bildeten sie rund 3,4 Millionen Arbeiter aus.

Der Übergang zur allgemeinen siebenjährigen Schulpflicht, der durch den Krieg unterbrochen worden war, wurde wieder aufgenommen. Um die Verbindung zwischen Schule und Produktion zu stärken, wurde Ende der 50er Jahre eine Umstrukturierung des öffentlichen Bildungswesens durchgeführt. Die bestehende siebenjährige Schule wurde in eine achtjährige polytechnische Schule umgewandelt; die vierjährige Grundschule wurde durch eine dreijährige Schule ersetzt. Die Dauer der Mittelschule erhöhte sich: sie betrug elf Jahre. Die Arbeit in der Produktion wurde in den Prozess des Unterrichts von Schülern einbezogen. Zu diesem Zweck wurden in den Betrieben Ausbildungswerkstätten und -plätze eingerichtet. Die Umstrukturierung der Schule erwies sich jedoch als erfolglos und ineffektiv. Sie hat zu einer Überlastung des Lehrplans und zu einem Rückgang des allgemeinen Bildungsniveaus der Schüler geführt. In diesem Zusammenhang wurde 1964 beschlossen, die Schule wieder auf eine zehnjährige Ausbildungszeit zu bringen.

Der wachsende Bedarf an Fachkräften hat den Umfang und die Qualität ihrer Ausbildung erhöht.

Neue Universitäten und Hochschulen wurden in Wladiwostok, Nowosibirsk, Irkutsk, Naltschik und anderen Städten eröffnet. Allein in den Jahren 1950-1955 nahmen 50 neue Universitäten ihren Betrieb auf. In den Jahren 1959 - 1965 wurden über 2,4 Millionen Absolventen von Hochschulen ausgebildet und zur Arbeit in die Volkswirtschaft geschickt.

Die Intensivierung der ideologischen Arbeit ist nicht spurlos an den Mittel- und Höheren Schulen vorbeigegangen. In ihnen wurden neue gesellschaftliche Disziplinen eingeführt: „Sozialkunde“ für Schüler der höheren Klassen und „Grundlagen des wissenschaftlichen Kommunismus“ für Studenten der Universitäten. Auf diese Weise sollte die kommunistische Bildung der jüngeren Generation verbessert werden.

Um das politische Wissen der erwachsenen Bevölkerung zu verbessern, wurde das Netzwerk der politischen Schulen und Universitäten des Marxismus-Leninismus erweitert.

Entwicklung der Wissenschaft.

Unmittelbar nach dem Ende des Großen Vaterländischen Krieges begannen die Arbeiten zur Wiederherstellung wissenschaftlicher Zentren. Die Akademien der Wissenschaften wurden in der Ukraine, in Litauen und in Weißrussland wieder in Betrieb genommen. Akademien der Wissenschaften wurden in Kasachstan, Lettland und Estland gegründet. Neue Forschungsinstitute wurden eröffnet, unter anderem für Atomenergie, physikalische Chemie, Feinmechanik und Computertechnik. Forschungszentren, die mit verteidigungsorientierten Industrien verbunden sind, wurden gegründet. Sowjetische Wissenschaftler führten die Synthese einer kontrollierten Kernreaktion in einem Atomreaktor durch. Im Jahr 1949 wurde die Atombombe in der UdSSR getestet.

Die Diktatur im geistig-ideologischen Bereich hatte einen starken Einfluss auf die Entwicklung der Wissenschaft.

Forscher, die sich mit Quantenmechanik, Kybernetik und Genetik beschäftigten, standen vor großen Schwierigkeiten. Mit dem Wissen der Verantwortlichen des Landes wurde ein regelrechter Rauswurf von Genforschern organisiert. Auf der Sitzung von VASKHNIL (*Allunionsakademie für Landwirtschaftswissenschaften „W. I. Lenin“*) im August 1948 wurden sie zu Pseudowissenschaftlern erklärt, und ihre Werke wurden rechtlos und geächtet.

Reformen im gesellschaftspolitischen Leben der Periode von Chruschtschows „Tauwetter“, haben Veränderungen in der Kulturpolitik günstigere Bedingungen für die Entwicklung der Wissenschaft geschaffen. Der Eintritt der Sowjetunion in die Ära der wissenschaftlich-technischen Revolution erforderte den Ausbau des Netzwerks von Forschungseinrichtungen, die Schaffung neuer Zweiginstitute. Um die Produktivkräfte Sibiriens und des Fernen Ostens zu entwickeln, wurde die Sibirische Abteilung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR organisiert. Die Mittel für wissenschaftliche Zwecke wurden erhöht.

Die wissenschaftlich-technische Revolution erforderte die Entwicklung von Wissenschaftszweigen, die direkt mit der Schaffung neuer Geräte mit der Nutzung der Atomenergie für die Bedürfnisse der Volkswirtschaft verbunden waren. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Entwicklung der Hochfrequenzphysik, der Elektronik und der theoretischen Physik gewidmet. 1954 wurde das erste industrielle Kernkraftwerk in der UdSSR in Betrieb genommen.

In der Stadt Dubna in der Nähe von Moskau wurde ein internationales Zentrum eingerichtet, um Forschungen auf dem Gebiet der Kernphysik und der Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke durchzuführen. An der Gründung des Gemeinsamen Instituts für Kernforschung waren die berühmten Physiker A. P. Alexandrow, D. I. Blochinzew, I. W. Kurtschatow beteiligt.

Die Entwicklung neuer Hochgeschwindigkeitsflugzeuge beschäftigte die Flugzeugkonstrukteure A. N. Tupolew, S. W. Iljuschin u. a.

Sowjetische Wissenschaftler arbeiteten erfolgreich auf dem Gebiet der Raketen- und Raumfahrt. Unter der Leitung von S. P. Koroljow wurden ballistische Raketen und bemannte Raumfahrzeuge entwickelt. Am 4. Oktober 1957 startete die UdSSR den ersten künstlichen Satelliten der Welt. Am 12. April 1961 umkreiste J. A. Gagarin als erster mit dem Raumschiff „Wostok“ (*Osten*) die Erde. In den folgenden Jahren wurden mehrere Flüge von mehrsitzigen Raumfahrzeugen durchgeführt. Im Jahr 1965 fand der erste menschliche Weltraumspaziergang statt, durchgeführt vom Kosmonauten A. A. Leonow. Die Flüge von Astronauten eröffneten Möglichkeiten zur weiteren Erforschung des Weltraums.

Die Forscher haben bedeutende Ergebnisse in den Bereichen Kybernetik, Elektronik und Computertechnik erzielt. Für ihre Arbeiten auf dem Gebiet der Quantenelektronik erhielten A. M. Prochorow und N. G. Bassow - zusammen mit dem amerikanischen Physiker Ch. Townes - den Nobelpreis. Die Akademiker N. N. Semjonow (zusammen mit dem amerikanischen Forscher C. Hinshelwood), L. D. Landau, P. A. Tscherenkow, I. J. Tamm, I. M. Frank wurden für bedeutende wissenschaftliche Leistungen mit dem Nobelpreis ausgezeichnet. Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten der Chemiker A. N. Nesmejanow und I. L. Knunjanz haben in der Volkswirtschaft breite Anwendung gefunden. Für sowjetische Wissenschaftler wurde es zur Praxis, auf internationalen wissenschaftlichen Kongressen und Konferenzen zu sprechen. Es wurde offensichtlich, dass der „Eiserne Vorhang“, der Ost und West trennte, allmählich zusammenbrach.

Der XX. Kongress der KPdSU schuf die Voraussetzungen für die Bildung neuer Ansätze zur Erkenntnis der Gesellschaft. Die Möglichkeit des Zugangs zu Dokumenten, die Forschern zuvor verschlossen waren, hat zu positiven Entwicklungen in den Sozialwissenschaften beigetragen. Es sind interessante Publikationen zur Landesgeschichte erschienen. Ihre Autoren versuchten, einige dogmatische Einschätzungen der Ereignisse der jüngsten Vergangenheit zu revidieren, „weiße Flecken“ in der Wissenschaft zu beseitigen („Essays zur Geschichtswissenschaft in der UdSSR“, „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion. 1941 - 1945“ u. a.). Aber nach wie vor wurde die Entwicklung der Geschichte (ebenso wie die der Philosophie und der Ökonomie) durch bestimmte Haltungen und Anforderungen behindert, die ihre Befreiung von Dogmen und Stereotypen verhinderten.

In den frühen 60er Jahren wurde versucht, die antireligiöse Propaganda auf eine „wissenschaftliche“ Basis zu stellen. Die Religion wurde als Hauptgegner der wissenschaftlichen Weltanschauung, als Relikt der Vergangenheit und Ergebnis der „bourgeoisen Propaganda“ gesehen. Um die atheistische Erziehung der Bürger zu stärken, wurde die Zeitschrift „Wissenschaft und Religion“ herausgegeben, es wurden die Häuser des wissenschaftlichen Atheismus eröffnet. Das Institut für wissenschaftlichen Atheismus wurde in der Akademie der Sozialwissenschaften unter dem ZK der KPdSU gegründet. An den Universitäten wurde eine neue Disziplin eingeführt – „Grundlagen des wissenschaftlichen Atheismus“. Die Verbreitung antireligiöser Literatur nahm zu. Alle diese Maßnahmen hätten nach Ansicht der Behörden zur Erziehung des sowjetischen Volkes zu einer wissenschaftlichen und materialistischen Weltanschauung beitragen müssen.

Literatur und Kunst.

Den entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung des künstlerischen Schaffens in den Nachkriegsjahren hatte der Sieg des Sowjetlandes im Vaterländischen Krieg. Das militärische Thema hat einen großen Platz in literarischen Werken eingenommen. Es wurden so bedeutende Bücher über den Krieg veröffentlicht, wie „Die Geschichte vom wahren Menschen“ von B. N. Polewoi, die Geschichte von W. P. Nekrassow „In den Schützengräben von Stalingrad“. Zum Thema des Vaterländischen Krieges wandten sich die Schriftsteller der „Frontgeneration“ - G. J. Baklanow, W. U. Bykau. Die Ereignisse der Kriegsjahre waren das Hauptthema in den Werken vieler Drehbuchautoren und Filmemacher („Heldentaten eines Kundschafters“ von B. W. Barnet, „Junge Garde“ von S. A. Gerassimow u. a.).

In der Literatur und Kunst der späten 40-er Jahre gab es jedoch Werke, die die historischen Ereignisse verzerrten und den Staatschef J. W. Stalin verherrlichten. Ihr Entstehen wurde durch die Praxis der brutalen Kontrolle über die schöpferische Arbeit der künstlerischen Intelligenz seitens der Partei- und Staatsorgane begünstigt. Ein Beispiel dafür ist die Überarbeitung des Romans „Junge Garde“ durch den Schriftsteller A. A. Fadejew, nachdem dieser kritisiert wurde. Der Grund für die Kritik an dem Buch war die „unzureichende“ Darstellung der führenden Rolle der Partei bei der Organisation des Widerstands gegen den Feind im Donbass während des Vaterländischen Krieges.

In der Literatur der 50er Jahre stieg das Interesse an dem Menschen, seinen geistigen Werten. Aus dem täglichen Leben mit seinen Kollisionen, komplexe Beziehungen der Menschen kamen auf die Seiten der Romane Helden D. A. Granin („Sucher“, „Ich gehe in ein Gewitter“) und J. P. German („Die Sache, der Sie dienen“, „Mein lieber Mann“) u. a. Die Popularität der jungen Dichter J. A. Jewtuschenko, A. A. Wosnessenski, B. Sch. Okudschawa wuchs. Die Literatur wurde mit interessanten Werken über das Leben im Nachkriegsdorf bereichert (Skizzen von W. W. Owetschkin „Kreisalltag“ und „Aufzeichnungen eines Agronomen“ von G. N. Trojepolski). Der Roman „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“ von W. D. Dudinzew, der zum ersten Mal die illegale Repression im Sowjetstaat thematisierte, fand ein breites öffentliches Echo. Diese Arbeit wurde jedoch von den Staats- und Regierungschefs des Landes negativ bewertet. Bei einem der Treffen mit Persönlichkeiten der Literatur und Kunst kritisierte N. S. Chruschtschow den Autor und seinen Roman scharf. Aber das Thema der Repressionen und Stalins Lager, hat die Literatur nicht verlassen. Das bedeutendste

Werk zu diesem bis dahin verbotenen Thema war der Roman „Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch“ von A. I. Solschenizyn.

In den Nachkriegsjahren entwickelte sich die Architektur auf komplexe Weise. In Moskau wurden mehrere Hochhäuser errichtet, darunter die Moskauer Staatliche Lomonossow-Universität (1949 - 1953, Architekten L. W. Rudnew, S. J. Tschernyschew, P. W. Abrossimow, A. F. Chrjakow).

An der Konstruktion und Gestaltung der Moskauer und Leningrader Metro-Stationen nahmen die Architekten (A.W. Schtschussew, W.D. Kokorin u. a.) teil. In jenen Jahren wurden die U-Bahn-Stationen auch als Mittel zur ästhetischen Bildung der Menschen betrachtet. Daher die Verwendung von Skulptur und Malerei für ihre Gestaltung. Die künstlerische Ausstattung vieler Stationen entsprach nicht ihrer funktionalen Bestimmung, sie erhöhte die Kosten für die Bauarbeiten um ein Vielfaches. Architektonische „Auswüchse“ waren in einigen nach individuellen Projekten gebauten Wohn- und Verwaltungsgebäuden, Kulturhäusern und Sanatorien vorhanden. Ende der 50er Jahre, mit dem Übergang zur Standardkonstruktion, verschwanden „Auswüchse“ und Elemente des Palaststils aus der Architektur.

Anfang der 60er Jahre verstärkte sich die Aufdeckung der „ideologischen Schwankungen“ literarischer und künstlerischer Figuren. Der Film „Iljitschs Außenposten“ von M. M. Chuzijew erhielt eine missbilligende Beurteilung von der Partei- und Staatsführung. Ende 1962 besuchte N. S. Chruschtschow eine Ausstellung von Werken junger Künstler in der Moskauer Manege. In den Werken einiger Avantgarde-Maler sah er einen Verstoß gegen die „Gesetze der Schönheit“ oder einfach ein „Geschmiere“. Das Staatsoberhaupt betrachtete seine persönliche Meinung in Sachen Kunst als unanfechtbar und als die einzig richtige. Bei einem späteren Treffen mit Kulturschaffenden übte er heftige Kritik an der Arbeit vieler talentierter Maler, Bildhauer und Dichter.

Im Allgemeinen hatten die Jahre des „Tauwetters“ eine positive Wirkung auf die Entwicklung der nationalen Kultur. Der gesellschaftliche Aufschwung dieser Zeit trug zur Bildung der Werke der neuen Generation von literarischen und künstlerischen Persönlichkeiten bei.

Der Ausbau der Kontakte in Wissenschaft, Literatur und Kunst mit dem Ausland bereicherte das kulturelle Leben des Landes.

KULTUR IN DER ZWEITEN HÄLFTE DER 60er – 80er Jahre

Bedingungen des kulturellen Lebens.

Die Entwicklung der Kultur in der Zeit nach der „Tauwetter“-Periode Chruschtschows war widersprüchlich. Neue Schulen und Universitäten, Kinos und Kulturzentren wurden eröffnet, Forschungsinstitute wurden gegründet. Allein von 1965 bis 1980 wurden über 570 neue Museen eröffnet.

Die Massenmedien entwickelten sich: Radio, Fernsehen.

Belletristik und wissenschaftliche Literatur wurde in 89 Sprachen der UdSSR und 66

Sprachen anderer Länder veröffentlicht.

Zugleich war die Subventionierung der Kultur aus dem Staatshaushalt ständig unzureichend; Anfang der 80er Jahre erfolgte sie nach dem „Restprinzip“. Der administrative Einfluss auf die Kultur und ihre Verwaltung durch die staatlichen Behörden, vor allem das Kulturministerium, hat zugenommen. Die Beschlüsse des ZK der KPdSU („Über die literarische und künstlerische Kritik“, „Über die Arbeit mit der schöpferischen Jugend“ u. a.) definierten die Aufgaben der Literatur, Kunst und Wissenschaft, bewerteten die Erfolge und Misserfolge in ihrer Entwicklung. Die Bevormundung durch die Partei- und Staatsorgane löste bei vielen Kulturschaffenden Proteste aus.

Erhöhter ideologischer Druck und verschärfte Zensur führten zur Entstehung von zwei Arten des künstlerischen Schaffens.

Nur literarische Werke, die nicht von den Prinzipien des sozialistischen Realismus abwichen und gemäß den Richtlinien von oben die kommunistische Erziehung der Arbeiter förderten, wurden veröffentlicht und wurden einem breiten Leserkreis bekannt.

Werke, die diesen Grundsätzen widersprachen, erhielten ungeachtet ihrer künstlerischen Verdienste keine offizielle Genehmigung zur Veröffentlichung. Da sie in der UdSSR nicht veröffentlichen konnten, publizierten einige Schriftsteller ihre Bücher im Ausland. Alle derartigen Veröffentlichungen wurden von den offiziellen Stellen als „Verrat“ an den Autoren der Bücher angesehen. So wurde das Erscheinen der Erzählungen der Schriftsteller A. D. Sinjowski und J. M. Daniel im Westen betrachtet (die Werke von beiden wurden unter Pseudonymen veröffentlicht). Sie wurden verhaftet, vor Gericht gestellt und dann ins Ausland deportiert. Der Prozess gegen J. M. Daniel und A. D. Sinjowski löste in der Sowjetunion eine Welle des öffentlichen Protests aus.

Das Ende des „Taufwitters“ im geistigen Leben wurde durch die organisierte Verurteilung des Buches „22. Juni 1941“ des Historikers A. M. Nekritsch durch die Behörden bezeugt. Darin versuchte der Autor, die Gründe für die schweren Niederlagen der Sowjetunion in den ersten Monaten des Großen Vaterländischen Krieges aufzuzeigen. Das Buch wurde unverdientermaßen kritisiert, und sein Autor wurde aus der KPdSU ausgeschlossen (1967).

In den 70er Jahren verschärfte sich die Konfrontation zwischen der Partei- und Staatsführung und den Vertretern von Wissenschaft, Literatur und Kunst. Die Vertiefung der konservativen Prinzipien in der Verwaltung der Kultur trug zum Wachstum der oppositionellen Gefühle bei einem Teil der Intelligenz bei.

Die Parteiführung des Landes betrachtete die Verleihung des Literaturnobelpreises 1970 an den Schriftsteller A. I. Solschenizyn als „provokativen Akt“.

Die offizielle Presse bezeichnete den Cellisten M. L. Rostropowitsch und die Sängerin G. P. Wischnewskaja, der 1978 die sowjetische Staatsbürgerschaft entzogen wurde, als „ideologisch Entartete“.

Die Rolle der Zensur hat zugenommen. Die Veröffentlichung von Werken, Theateraufführungen und die Vorführung von Filmen, die eine von der offiziellen Meinung abweichende Meinung zu den Ereignissen im Lande zum Ausdruck brachten, wurden verboten.

Die Schriftsteller W. N. Woinowitsch, W. P. Nekrassow und der Dichter J. A.

Brodsky, der Theaterdirektor J. P. Ljubimow befanden sich außerhalb ihres Landes.

Kultur und Perestroika.

An der Wende der 80 - 90er Jahre gab es Veränderungen in der Regierungspolitik im geistigen Leben der Gesellschaft. Dies drückte sich insbesondere darin aus, dass die Kulturbehörden keine administrativen Methoden zur Verwaltung von Literatur, Kunst und Wissenschaft anwenden konnten. Die Zeitschriften „Moskauer Nachrichten“, „Argumenty i Fakty“ (*AIF, Argumente und Fakten*) und „Ogonjok“ (*Licht*) wurden zum Schauplatz von hitzigen öffentlichen Debatten. Die Autoren der veröffentlichten Artikel unternahmen den Versuch, die Ursachen der „Deformierungen“ des Sozialismus zu verstehen und ihre Haltung zu den Perestroika-Prozessen zu bestimmen. Die Offenlegung bisher unbekannter Fakten der nationalen Geschichte der Zeit nach dem Oktober führte zu einer Polarisierung der öffentlichen Meinung. Ein beträchtlicher Teil der liberal gesinnten Intelligenz unterstützte aktiv den Reformkurs M. S. Gorbatschows. Aber viele Bevölkerungsgruppen, darunter Fachleute und Wissenschaftler, sahen in den durchgeführten Reformen einen „Verrat“ an der Sache des Sozialismus und lehnten sie aktiv ab. Die unterschiedliche Einstellung zu den Veränderungen, die im Land stattfanden, führte zu Konflikten in den Führungsgremien der kreativen Vereinigungen der Intellektuellen.

Ende der 80er Jahre gründeten einige Moskauer Literaten ein alternatives Komitee zum Schriftstellerverband der UdSSR, die „Schriftsteller zur Unterstützung der Perestroika“ („April“). Eine identische Vereinigung wurde von Leningrader Literaten („Gemeinschaft“) gegründet.

Die Gründung und die Aktivitäten dieser Gruppen führten zu einer Spaltung des Schriftstellerverbandes der UdSSR. Die Unterstützung der demokratischen Veränderungen, die im Land stattfanden, erklärte die auf Initiative von Wissenschaftlern und Literaten gegründete „Union der geistigen Wiederbelebung Russlands“. Gleichzeitig reagierten einige Vertreter der Intelligenz negativ auf den Verlauf der Perestroika. Die Ansichten dieses Teils der Intelligenz spiegelten sich in einem Artikel von N. Andrejewa, einer Hochschullehrerin, mit dem Titel „Bei Prinzipien kann ich keine Kompromisse eingehen“ wider, der im März 1988 in der Zeitung „Sowjetrußland“ veröffentlicht wurde.

Mit dem Beginn der „Perestroika“ entstand eine mächtige Bewegung für die Befreiung der Kultur vom ideologischen Druck.

Bildung und Wissenschaft.

In den 70er Jahren begann das Land mit den Vorbereitungen für die Einführung der allgemeinen Mittelschulbildung. In der Stadt und auf dem Land wurden neue Schulen gebaut, deren Zahl 140.000 überstieg. Die Zahl der Lehrkräfte nahm zu. Um die allgemeine Bildung der Schüler zu verbessern, wurden Änderungen am Lehrplan vorgenommen.

Ab dem vierten Jahr wurde das Studium der Grundlagen der Naturwissenschaften eingeführt. Während des zehnten Fünfjahresplans wurde der Übergang zur obligatorischen allgemeinen Mittelschulbildung abgeschlossen. Nach Ansicht von Fachleuten waren die Schulabgänger jedoch schlecht darauf vorbereitet, selbstständig zu arbeiten. In diesem Zusammenhang wurde 1984 das

Schulumbaugesetz verabschiedet. Es sah Maßnahmen vor, um die allgemeine Mittelschulbildung durch eine allgemeine Berufsausbildung zu ergänzen. Eine obligatorische Computerschulung von Schulkindern war geplant. Die Reform, so wie sie von ihren Initiatoren konzipiert wurde, brachte die Schüler näher an die körperliche Arbeit, an die spätere Arbeit in den Fabriken. Die Schwäche der materiell-technischen Basis der Schulen erlaubte es nicht, die geplanten Aktivitäten in vollem Umfang umzusetzen. Darüber hinaus wurde die Reform von Mitarbeitern des öffentlichen Bildungswesens abgelehnt, die ein Absinken des Niveaus der Allgemeinbildung der Schüler befürchteten.

Die Hochschulbildung entwickelte sich auf komplexe Weise. Das Netz der Universitäten wurde erweitert, viele Institute wurden in Universitäten umgewandelt. Um die Zulassung berufstätiger Jugendlicher zu Universitäten zu erleichtern, wurden erneut Fakultäten für Arbeitnehmer geschaffen. Das Netzwerk des Abend- und Fernunterrichts hat sich vergrößert. Mitte der 80er Jahre arbeiteten 33 Millionen Fachkräfte in den Branchen der Volkswirtschaft. Doch der Ausbildungsstand vieler von ihnen entsprach nicht immer den Anforderungen der Zeit. Während die Zahl der Hochschulabsolventen wuchs, gab es gleichzeitig Schwierigkeiten mit deren Beschäftigung. Viele junge Fachkräfte arbeiteten nicht in ihrem Fachgebiet. In den Jahren der Perestroika begannen vertragliche Verpflichtungen zwischen Universitäten und Unternehmen zur Ausbildung von Fachkräften eines bestimmten Profils in die Praxis umzusetzen. Diese Innovation hat nicht zu positiven Verschiebungen in der Entwicklung der Hochschulbildung und ihrer Verbindungen zur Industrie geführt.

Die russische Wissenschaft entwickelte sich nicht leicht. Seit Ende der 60er Jahre gibt es einen Rückstand in einigen ihrer Branchen. Darauf hat eine Gruppe von sowjetischen Wissenschaftlern in einem Brief an L. I. Breschnew aufmerksam gemacht. Als einer der Gründe für die Rückständigkeit der Wissenschaft wurde die fehlende Freiheit der Schöpfung und der für Wissenschaftler notwendigen Informationen genannt. Ihre Entwicklung wurde auch durch eine schwache materielle Basis, unterentwickelte wissenschaftliche Instrumentierung behindert.

In den 70er Jahren wurden die Investitionen in die Wissenschaft erhöht, wodurch es möglich wurde, die Lücke in einigen Bereichen zu schließen. Die Entwicklung der in den Vorjahren begonnenen wissenschaftlichen Programme wurde fortgesetzt. Insbesondere die Weltraumforschung wurde aktiv vorangetrieben. Langfristige bemannte Raumfahrt ist zu einer Praxis geworden. Die Ergebnisse der Weltraumforschung fanden breite Verwendung in der Volkswirtschaft, insbesondere in der Geologie und im Fischereiwesen. Geforscht wurde auf dem Gebiet der Elektronik und der Lasertechnik. Es wurden mehrere Kernreaktoren gebaut.

Die Arbeiten der sowjetischen Forscher auf dem Gebiet der Funktechnik und Elektronik (W. A. Kotelnikow), der Thermodynamik (W. A. Kirillin), der angewandten Mechanik und der Automatik (A. J. Ischinski) wurden weithin anerkannt. 1978 wurde der Akademiker P. L. Kapiza mit dem Nobelpreis für wissenschaftliche Entdeckungen in der Physik ausgezeichnet.

Die Lösung der volkswirtschaftlichen Probleme erforderte eine engere Verbindung zwischen Wissenschaft und Produktion. Die Hauptform ihres Zusammenschlusses waren die Forschungs- und Produktionsverbände (NGOs). Sie entstanden sowohl in

der Industrie (z.B. Leningrader Optisch-mechanische Vereinigung) als auch in der Landwirtschaft (z.B. „Efirmaslo“).

NGOs kombinierten Industrieunternehmen, Forschungsorganisationen, Konstruktionsbüros, Versuchsfarmen in einem einzigen überbetrieblichen Komplex. Mitte der 80er Jahre gab es etwa 250 NGOs in der Industrie und fast 400 Wissenschafts- und Produktionssysteme im agroindustriellen Sektor der Wirtschaft. Die Perestroika und der Zerfall der UdSSR führten zum Zusammenbruch der meisten der etablierten Forschungs- und Produktionsstrukturen.

Unter den Bedingungen des Übergangs zu den Marktbeziehungen haben viele Wissenschaftler die Art ihrer Tätigkeit geändert und sind zur Arbeit in Unternehmen und kommerziellen Organisationen übergegangen.

Einige Vertreter der exakten Wissenschaften verließen das Land, um ihre Arbeit in ausländischen Forschungszentren fortzusetzen.

Literatur und Kunst.

In der Literatur und Kunst der zweiten Hälfte der 60er bis Ende der 80er Jahre sind zwei Entwicklungslinien deutlich erkennbar. Die erste ist offiziell anerkannt. Sie war mit veröffentlichten Romanen und Erzählungen vertreten, stellte Kunstgemälde aus und führte dramatische und musikalische Werke auf der Bühne auf.

Hinzu kamen die Werke von Kulturschaffenden, die außerhalb der traditionellen Methode des sozialistischen Realismus entstanden und den meisten Lesern und Zuschauern unbekannt oder wenig bekannt waren.

Einige der Werke offizieller Kunst, die zu ihrer Zeit von den Regierungsgremien der Kultur hoch geschätzt wurden, erwiesen sich als „Eintagsfliege“.

Umgekehrt haben viele Werke der zweiten, bisher nicht anerkannten Richtung einen prominenten Platz in der heimischen Kultur eingenommen.

In den Werken vieler Vertreter der Literatur und Kunst während dieser Zeit war das Thema der Große Vaterländische Krieg.

Auf den Kinoleinwänden wurden Filme über den Krieg gezeigt (u. a. „Der gewöhnliche Faschismus“ von M. I. Romm). In den Städten und Arbeitersiedlungen wurden die Denkmäler für die Helden und Opfer des Krieges errichtet (zum Beispiel das Denkmal „Den heldenhaften Verteidigern Leningrads“ des Bildhauers M. K. Anikuschin).

An der Wende der 60er - 70er Jahre trat eine große Gruppe von Prosaschreibern in die Literatur ein, das Thema ihrer Arbeit war das Dorf ihrer Zeit. In den Werken von W. P. Astafjew, B. P. Moschajew, W. G. Rasputin, W. M. Schukschin nahm das Schicksal der russischen Bauernschaft und das Verhältnis zwischen Dorf und Stadt einen zentralen Platz ein. Im Genre der Science-Fiction arbeiteten A. N. und B. N. Strugazki. Das Interesse der Schriftsteller an der historischen Vergangenheit des Landes hat zugenommen. Die Memoirenliteratur wurde durch Lebenserinnerungen berühmter Militärs aus der Zeit des Vaterländischen Krieges bereichert (Bücher von G. K. Schukow „Erinnerungen und Reflexionen“, A. M. Wassilewski „Sache des ganzen Lebens“ u.a.). Viele talentierte Werke, die in dieser Zeit geschrieben wurden, konnten jedoch das Zensurverbot nicht überwinden und wurden nach langer Zeit veröffentlicht.

Die Ideologisierung des öffentlichen Lebens hatte einen starken Einfluss auf die Entwicklung der Malerei und der Filmkunst. Große Schwierigkeiten mussten die Organisatoren der Ausstellungen eines der talentiertesten Künstler - I. S. Glasunow - überwinden. Nach wie vor verstaubten in den Depots der Museen Bilder von Avantgarde-Künstlern der 30-er Jahre. Gemälde und literarische Werke zu historischen Themen konnten nur dann das Licht der Welt erblicken, wenn sie den etablierten offiziellen Ansichten über die Ereignisse der Vergangenheit entsprachen. Gleichzeitig wurde eine „grüne Straße“ für die Veröffentlichung von Werken eröffnet, die zwar schwach waren, aber den ideologischen Grundlagen der sozialistischen Kultur entsprachen.

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre wurden die Bücher von L. I. Breschnew „Das kleine Land“, „Neuland“ und „Wiedergeburt“ in Millionenaufgabe veröffentlicht. Memoirenbücher, die auf Wunsch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU geschrieben wurden, hatten journalistischen Charakter und waren vor allem für das Studium im Netzwerk der Parteistudien bestimmt.

Der Vorstand des Schriftstellerverbandes der UdSSR fand es jedoch möglich, L. I. Breschnew in die Reihen des Schriftstellerverbandes aufzunehmen.

Literarische Werke, die von den Behörden verboten waren, wurden in der Regel im Selbstverlag gedruckt.

Auf diese Weise kamen zum ersten Mal zum Leser die Bücher A. I. Solschenizyns „Archipel Gulag“, A. P. Platonows „Chevengur“, B. L. Pasternaks „Doktor Schiwago“.

Die Jahre der Perestroika veränderten das künstlerische Leben des Landes. Auf den Seiten der Zeitschriften „Neue Welt“, „Oktober“, „Banner“ und anderer Periodika erschienen Werke von Dichtern und Prosaschriftstellern, die während der Revolution, während der Repressionen starben. Es wurden Gedichte von N. S. Gumiljow und O. E. Mandelstam veröffentlicht. Die Werke der ausländischen russischen Schriftsteller, die in den 20er Jahren Russland verließen (I. A. Bunin, G. W. Iwanow, D. S. Mereschkowski, W. F. Chodassewitsch, V. V. Nabokov u.a.) wurden veröffentlicht.

Mehr als 40 Jahre nach seiner Verabschiedung wurde der Beschluss des Zentralkomitees der Partei über die Zeitschriften „Stern“ und „Leningrad“ als fehlerhaft befunden.

Es entstanden nicht-staatliche (gemeinschaftliche) Verlage und Verlagsgruppen. Durch ihre Bemühungen wurden die Werke von Autoren, deren Schicksal sich unter den Bedingungen Sowjetrusslands tragisch entwickelt hatte, in die Literatur und Philosophie zurückgeführt.

Bücher von Religionsphilosophen des ersten Drittels des XX. Jahrhunderts wurden veröffentlicht - N. A. Berdjajew, W. W. Rosanow, P. A. Florenski. W. Grossmans Roman „Leben und Schicksal“ wurde veröffentlicht, nachdem er von den staatlichen Sicherheitsbehörden beschlagnahmt worden war.

Der Wunsch, philosophische Reflexionen über die Vergangenheit zu machen, hat die Kunst des Kinos berührt (der Film „Die Reue“ von T. Abuladse). Es entstanden zahlreiche Studiotheater. Neue Theatergruppen versuchten, ihren Weg in der Kunst zu finden. Es wurden Ausstellungen von Künstlern organisiert, die in den 80er Jahren einem breiten Kreis von Zuschauern wenig bekannt waren - P. N. Filonow, W. W. Kandinski, D. P. Sterenberg. Mit dem Zusammenbruch der UdSSR stellten die Allunions- Organisationen der kreativen Intelligenz ihre Tätigkeit ein.

Die Ergebnisse der Perestroika für die russische Kultur waren vielschichtig und mehrdeutig. Das kulturelle Leben ist reicher und vielfältiger geworden. Gleichzeitig führten die „Perestroika“-Prozesse zu erheblichen Verlusten für die Wissenschaft und das Bildungssystem. Marktwirtschaftliche Verhältnisse drangen allmählich in die Sphäre von Literatur und Kunst ein.

DAS KULTURELLE LEBEN IN RUSSLAND IN DEN 90er Jahren DES XX. - ANFANG DES XXI. JHS.

Die Entwicklung der nationalen Kultur wurde unter den Bedingungen eines neuen politischen Systems und sozioökonomischer Beziehungen durchgeführt. Die nichtstaatliche Form des Eigentums erstarkte, und die Eigentumsdifferenzierung der Bevölkerung vertiefte sich. Das private Unternehmertum nahm im Bereich der Kultur eine immer stärkere Position ein. Das zentralisierte System zur Verwaltung des kulturellen Lebens gab es nicht mehr.

Vorbei sind die harten ideologischen Diktate und Anweisungen „von oben“. Die Pressezensur wurde abgeschafft. Die Aufgabe der staatlichen Kulturpolitik bestand darin, verschiedene Kulturzweige zu unterstützen, die Kontinuität und die besten Traditionen von Literatur und Kunst zu bewahren.

Die sozioökonomischen Reformen haben Veränderungen im Bereich der russischen Bildung mit sich gebracht. Das alternative Bildungssystem, das in den Jahren der Perestroika entstanden ist, hat sich gefestigt. Neben den staatlichen Bildungseinrichtungen gab es auch nichtstaatliche Schulen, Lyzeen, Gymnasien und Hochschulen. In den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts gab es in der Russischen Föderation etwa 700 nichtstaatliche allgemeinbildende Schulen, was etwas mehr als 1 % der Gesamtzahl ausmachte. Am weitesten verbreitet ist die alternative Schulform in den Großstädten - Moskau, St. Petersburg, Nowosibirsk. Die Schulen und Universitäten entfernten sich allmählich von einem einheitlichen Lehrsystem, von einheitlichen Lehrbüchern für die studierten Disziplinen. Neue Programme wurden entwickelt, zahlreiche Lehrbücher und Handbücher entstanden, vor allem in den Sozialwissenschaften.

Das Netzwerk der nicht-staatlichen Hochschuleinrichtungen hat sich vergrößert. Anfang des 21. Jahrhunderts hatten sie einen Anteil von 27 - 28% an der Gesamtzahl der Hochschulen, an denen 8 - 12% aller Studierenden eingeschrieben waren. Politische und wirtschaftliche Veränderungen haben die Struktur der Hochschulbildung verändert. In Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der Gesellschaft haben die Hochschulen die Ausbildung von Fachkräften im Bereich Management verstärkt¹.

¹ Management ist eine Reihe von Prinzipien, Methoden und Formen der Produktionsleitung. Manager unter modernen Produktionsbedingungen sind Spezialisten für die Leitung von Unternehmen, Firmen, Organisationen.

Die Zahl der Absolventen, die in die Reihen der Wirtschaftswissenschaftler,

Börsenmakler, Manager und Banker eintraten, stieg. Die Modernisierung des nationalen Bildungswesens hatte widersprüchliche Folgen. Der Mangel an qualifiziertem Lehrpersonal an nicht-staatlichen Schulen und Universitäten führte in einigen Fällen zu einer Verschlechterung der Qualität der Ausbildung.

Die russische Wissenschaft hat in ihrer Entwicklung erhebliche Schwierigkeiten erfahren. Die Russische Akademie der Wissenschaften (der Nachfolger der Akademie der Wissenschaften der UdSSR) erlebte einen akuten Mangel an Mitteln zur Unterstützung der Grundlagenforschung. Die Kontakte zu wissenschaftlichen Einrichtungen der ehemaligen Sowjetrepubliken und osteuropäischen Länder wurden unterbrochen. Die schwache materielle und technische Basis der heimischen Wissenschaft und die niedrigen Löhne zwangen viele Wissenschaftler, das Land zu verlassen und weiter im Ausland zu arbeiten. Unter solch schwierigen Bedingungen arbeiteten RAS-Wissenschaftler (*RAS = Russische Akademie der Wissenschaften*) an der Umsetzung zuvor ausgearbeiteter Pläne und beteiligten sich an der Entwicklung neuer, einschließlich internationale wissenschaftliche Programme. Die Weltraumforschung wurde fortgesetzt. Die internationale Raumstation „Mir“ ist seit Mitte der 80er Jahre in der Erdumlaufbahn in Betrieb. Auf der ISS arbeitete der sowjetische Kosmonaut W. W. Poljakow 14 Monate lang.

Seit Ende der 90er Jahre begann sich die Situation in der Wissenschaft zum Besseren zu wenden. Die staatlichen Zuweisungen haben zugenommen, um den Bedürfnissen aller Sektoren gerecht zu werden. Die Modernisierung der materiellen und technischen Basis der Forschung hat begonnen. Für herausragende Arbeiten auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technologie wurden jährlich staatliche Preise der Russischen Föderation vergeben. Die Errungenschaften der russischen Wissenschaft wurden von der Weltgemeinschaft hoch geschätzt. Zu Beginn des neuen Jahrhunderts wurde der Nobelpreis für Physik an die russischen Wissenschaftler Sch. I. Alfjorow, W. L. Ginsburg und A. A. Abrikossow verliehen. Neue Möglichkeiten eröffneten sich für die Entwicklung der Sozialwissenschaften - Philosophie, Geschichte. So erhielten die Forscher Zugang zu den Dokumenten über die Geschichte Russlands, die in den bisher geschlossenen Archiven des Landes aufbewahrt wurden.

Auf dem Gebiet der künstlerischen Kultur fanden Veränderungen statt. Die Abschaffung ideologischer Zwänge förderte die Freiheit der Kreativität. In der Literatur und Kunst gab es eine Verflechtung von Ideen der klassischen russischen und der westlichen Massenkultur. Die Verflechtung des geistigen Lebens, aller Zweige der Kultur mit der Religion vertiefte sich. Ideologischer Pluralismus und die Demokratisierung der Gesellschaft erleichterten die Ausbreitung verschiedener Strömungen und Stile in Literatur und Kunst.

B. P. Astafjew, W. I. Below, W. G. Rasputin blieben die Fortsetzer der realistischen Traditionen in der Literatur.

Ein bemerkenswertes Phänomen im literarischen Leben der 90er Jahre war die Veröffentlichung der Geschichten und Romane von W. S. Makanin und der Werke von Vertretern der Postmoderne in der Literatur von W. W. Jerofejew, W. P'etsukh, W. Pelewin u. a. Die sogenannte neue Prosa entwickelte sich. Ihre verschiedenen Tendenzen - phantastischer Realismus, losgelöste Prosa, zeitgenössischer Realismus - wurden von den Schriftstellern L. Borodin, W. Butromow, A. Kurchatkin,

A. Moskwins zum Ausdruck gebracht.

Die Ablehnung der ideologischen Einstimmigkeit führte zu vielen Gruppierungen unter den jungen Dichtern (Ironiker, Konzeptualisten u. a.).

Moderne Avantgardbewegungen sind weit verbreitet in der Musik (Komponisten E. W. Denissow, A. P. Schnittke), im Theater (Regisseure P. N. Fomenko, R. G. Wiktjuk, L. P. Dodin), in der Bildhauerei (S. K. Zereteli). Das künstlerische Schaffen der Vertreter der neuen Strömungen in der Literatur und Kunst (Postmoderne) zeichnete sich durch solche Merkmale aus, wie die Vermischung von künstlerischen Stilen und Prinzipien, den Wunsch, mit Symbolen, Metaphern zu denken, die Verwendung mystischer Elemente, die ironische Einstellung zur Realität.

Die Veränderungen in der postsowjetischen Kultur haben auch die Welt der Museen berührt, die unschätzbare historische und künstlerische Sammlungen bewahren. In Moskau wurde das Zentrale Museum des Großen Vaterländischen Krieges 1941-1945 eröffnet. Es wurden Museen eröffnet, die einen unvoreingenommenen Blick auf viele Ereignisse der Vergangenheit ermöglichen, zum Beispiel das Museum der russischen Philanthropen (Moskau). Gleichzeitig wurden einige Museen, die im Sowjetstaat eine wichtige Rolle spielten - das Zentrale Lenin-Museum und seine Filialen, die Museen der revolutionären Persönlichkeiten - abgeschafft.

Eine der Besonderheiten des kulturellen Aufbaus war die landesweite Erhaltung und Restaurierung von Denkmälern der Vergangenheit.

In den 90er Jahren wurden föderale Programme zur Erhaltung und Entwicklung von Kultur- und Kunstdenkmälern entwickelt und begannen, umgesetzt zu werden. Das Hauptaugenmerk bei ihnen lag auf der Rettung der wichtigsten Objekte der nationalen Kultur. In Übereinstimmung mit den Programmen wurden Restaurierungsarbeiten an den Denkmälern der Vergangenheit in St. Petersburg, Weliki Nowgorod, Ustjug und anderen russischen Städten durchgeführt. Die Museen von S. A. Jessenin in Konstantinowo und Dekabristen in Jalutorowsk, die Anwesen von A. K. Tolstoi und F. I. Tjutschew im Gebiet Brjansk wurden restauriert. Die Rekonstruktion von architektur-historischen Denkmälern in Moskau sind weit verbreitet.

Gostiny Dwor (*Warenhaus*), ein architektonisches Denkmal aus dem späten 18. und frühen 19. Jahrhundert, sowie Wohn- und Sakralbauten von historischem Wert wurden restauriert. Die Restaurierung des Großen Kremlpalastes, der Residenz des russischen Präsidenten, die Mitte des 19. Jahrhunderts erbaut wurde, ist abgeschlossen. Die Christ-Erlöser-Kathedrale, die zu Ehren des Sieges der russischen Truppen im Vaterländischen Krieg von 1812 erbaut und 1931 zerstört wurde, wurde innerhalb kurzer Zeit wieder aufgebaut. Für die Restaurierungsarbeiten wurden Mittel von Privatinvestoren herangezogen. Die russisch-orthodoxe Kirche beteiligte sich aktiv an der Wiederbelebung der Denkmäler der Vergangenheit.

Im Zusammenhang mit der Übertragung auf die Marktbeziehungen des Wohnungsbaus wurde der Bau von Büro-, Geschäfts-, Handels- und Bankgebäuden entwickelt. In den Städten wurden nach individuellen Projekten Flachbauten und private Eigenheime geschaffen.

An der Wende des XX. - XXI. Jahrhunderts kam es zu einem Aufschwung in allen

Bereichen des kulturellen Lebens. Der 200. Jahrestag der Geburt A. S. Puschkins wurde groß gefeiert. Die Moskauer Internationalen Filmfestspiele und der Internationale Tschaikowsky-Musikwettbewerb fanden regelmäßig statt, der kulturelle Austausch mit anderen Ländern wurde ausgebaut. Die Auslandsreisen der führenden Theatergruppen und einzelner Meister der Bühne wurden häufiger. Ausstellungen ausländischer Künstler sind wieder eingeführt worden.

Die Vielfalt der Trends und Genres der künstlerischen Kultur hat die Bedeutung und den Wert vieler künstlerischer Werke der Sowjetzeit nicht überschattet. Die besten Traditionen des kulturellen Erbes der Vergangenheit wurden in den Werken der talentiertesten Vertreter der Literatur und Kunst bewahrt und gepflegt.

GEISTIGES LEBEN IM MODERNEN RUSSLAND

Die Veränderungen in der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Sphäre zu Beginn des XXI. Jahrhunderts veränderten nicht nur die nationale Kultur, sondern auch das gesamte geistige Leben der Gesellschaft. Die Frage der geistigen und moralischen Werte und die Notwendigkeit, einen hochmoralischen Menschen zu erziehen, hat besondere Dringlichkeit erlangt. Die Führungskräfte des Landes sahen in den traditionellen Konfessionen Russlands den wichtigsten Helfer für die Lösung dieses Problems. Die Bedingungen für die Interaktion zwischen dem Staat und der Kirche wurden durch die Gesetzgebung Ende des XX. Jahrhunderts geschaffen, vor allem durch das Gesetz über die Gewissensfreiheit und über religiöse Vereinigungen (1997). Der Staat bewahrte zwar legal seinen weltlichen Charakter, hörte jedoch auf, sich in die Angelegenheiten der Konfessionen einzumischen. Religiösen Organisationen wurden weitreichende Rechte auf dem Gebiet der Verbreitung von Religion, Bildung und Kultur gewährt. In einer Reihe von Schulen wurde mit dem Unterricht in traditionellen Religionen begonnen. Die gesammelten Erfahrungen dienten als Grundlage für die Entwicklung von Programmen für den Pflichtunterricht an Schulen mit den Grundlagen der religiösen Kultur. Religiös-kirchliche Bildungseinrichtungen wurden aktiv in das Bildungssystem eingeführt. Bis 2007 waren in der Russischen Föderation mehr als 160 geistliche Bildungseinrichtungen verschiedener Konfessionen tätig.

Die moderne Globalisierung, das Wachstum supranationaler Organisationen in Politik, Bildung und Wissenschaft und die gestiegenen Anforderungen an die Qualität der Bildung, führten zu der Notwendigkeit, das Unterrichtssystem zu modernisieren. In diesem Zusammenhang wurde ein spezielles nationales Projekt entwickelt, das die Ziele der modernen staatlichen Bildungspolitik definiert. Die Hauptaufgabe bestand darin, den Zugang aller Bürger zu Bildung und zu den gesamten von der Menschheit gesammelten Informationen zu gewährleisten. Dies hat die Verbesserung der Informationsunterstützung für Lernprozesse, die Erhöhung der Rolle des Internets in diesen Prozessen und die Auffüllung der Bibliotheken mit notwendiger Literatur erforderlich gemacht. Die Modernisierung von Bildung und Wissenschaft, die Notwendigkeit, neue Technologien zu schaffen und sie in die Produktion einzuführen, führte zu einer Erhöhung der Finanzierung dieser Prozesse. Die Investitionen in die Wissenschaft aus dem föderalen Haushalt stiegen 2006 im

Vergleich zum Jahr 2000 um fast das 7-fache, aber in den Folgejahren wurden aufgrund der Wirtschaftskrise die für die Entwicklung der Wissenschaft bereitgestellten Beträge reduziert.

Bis zum Ende des ersten Jahrzehnts des XXI. Jahrhunderts hat die Durchdringung der privaten Initiative in Literatur und Kunst zugenommen. Private Buchverlage, Filmgesellschaften, Museen und Kunstgalerien haben sich fest in das gesellschaftliche Leben eingefügt. Unter den Leitern der neuen kommerziellen Organisationen waren bekannte Kulturschaffende - Schauspieler und Filmregisseur N. Michalkow, Künstler I. Glasunow und S. Zereteli und andere. Eine der Besonderheiten des literarischen Lebens blieb die weitere Durchdringung der Werke von Vertretern des russischen Auslands der 20 - 30er Jahre des XX. Jahrhunderts.

Die Werke der Prosaisten und Dichter B. Saizew, V. Nabokov, M. Ossorgin, W. Chodassewitsch und anderer Autoren wurden veröffentlicht. Vor vielen Jahrzehnten geschaffen und erst in der postsowjetischen Zeit dem russischen Leser bekannt geworden, haben diese Werke ihren künstlerischen Wert nicht verloren, sie fügen sich organisch in die allgemeine Schicht der russischen Kultur ein.

Die tiefgreifenden Veränderungen im Leben des Landes widerspiegelnd, entwickelt sich das zeitgenössische geistige Leben in die gleiche Richtung wie andere Veränderungen der letzten Jahre. Es hilft bei der Lösung der wichtigsten innenpolitischen Aufgaben und trägt gleichzeitig zum Prozess der Stabilisierung Russlands als mächtige Weltmacht bei, die sich auf einer grundlegend neuen Basis entwickelt.

Anlage 1

FÜHRENDE PERSÖNLICHKEITEN DES STAATES (März 1917 - 2004)

Russland

1. Georgi Jewgenjewitsch Lwow - Ministerpräsident der Provisorischen Regierung. 1917, März - Juli (nach dem Julianischen Kalender.)
2. Alexander Fjodorowitsch Kerenski - Ministerpräsident der Provisorischen Regierung. 1917, Juli - Ende Oktober

Sowjetstaat

Oberste gesetzgebende Gewalt

1. Lew Borissowitsch Kamenew - Vorsitzender des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees. 1917, Ende Oktober - Anfang November (nach dem Julianischen Kalender)
2. Jakow Michailowitsch Swerdlow - Vorsitzender des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees. 1917, Anfang November - 1919, März
3. Michail Iwanowitsch Kalinin - Vorsitzender des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees (damals Zentrales Exekutivkomitee der UdSSR). 1919 März - 1946 März
4. Nikolai Michailowitsch Schwernik -Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR. 1946 März - 1953 März
5. Kliment Jefremowitsch Woroschilow -Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR. 1953, März - 1960, Mai
6. Leonid Iljitsch Breschnew -Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR. 1960, Mai - 1964, Juli; 1977 Juni - 1982 November
7. Anastas Iwanowitsch Mikojan -Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR. 1964, Juli - 1965, Dezember
8. Nikolai Wiktorowitsch Podgorny -Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR. 1965 Dezember - 1977 Juni
9. Juri Wladimirowitsch Andropow -Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR. 1983 Juni - 1984 Februar
10. Konstantin Ustinowitsch Tschernjenko - Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR. 1984 April - 1985 März
11. Andrei Andrejewitsch Gromyko - Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR. 1985, Juli - 1988, Oktober
12. Michail Sergejewitsch Gorbatschow - Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR. 1988, Oktober - 1990, März
- Präsident der UdSSR. 1990, März - 1991, Dezember
13. Anatoli Iwanowitsch Lukjanow -Vorsitzender des Obersten Sowjets der UdSSR. 1990 März - 1991 Dezember

Oberste Exekutivgewalt

1. Wladimir Iljitsch Lenin - Vorsitzender des Rates der Volkskommissare des RSFSR

(damals – SNK UdSSR). 1917, Ende Oktober - 1924, Januar

2. Alexei Iwanowitsch Rykow - Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der UdSSR. 1924 Februar - 1930 Dezember

3. Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow - Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der UdSSR. 1930, Dezember - 1941, Mai

4. Josef Wissarionowitsch Stalin -Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der UdSSR (seit März 1946 - Ministerrat der UdSSR). 1941, Mai - 1953, März

5. Georgi Maximilianowitsch Malenkow -Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR. 1953 März - 1955 Februar

6. Nikolai Alexandrowitsch Bulganin - Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR. 1955 Februar - 1958 März

7. Nikita Sergejewitsch Chruschtschow - Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR. 1958 März - 1964 Oktober

8. Alexei Nikolajewitsch Kossygin - Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR. 1964, Oktober - 1980, Oktober

9. Nikolai Alexandrowitsch Tichonow - Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR. 1980, Oktober - 1985, September

10. Nikolai Iwanowitsch Ryschkow - Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR. 1985, September - 1990, Dezember

11. Walentin Sergejewitsch Pawlow - Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR. 1990, Dezember - 1991, August

Kommunistische Partei

1. Wladimir Iljitsch Lenin –
Leiter des Zentralkomitees der Partei¹. Bis 1922.

¹ Seit 1917 - RSDRP(B), seit März 1918 - RKP(B), seit Dezember 1925 - VKP (B), seit Oktober 1952 - KPDSU.

2. Josef Wissarionowitsch Stalin -Generalsekretär des Zentralkomitees der Partei. 1922 April - 1953 März

3. Nikita Sergejewitsch Chruschtschow -Erster Sekretär des Parteizentralkomitees. 1953 September - 1964 Oktober

4. Leonid Iljitsch Breschnew - Erster (dann General-)Sekretär des Zentralkomitees der Partei. 1964, Oktober - 1982, November

5. Juri Wladimirowitsch Andropow -Generalsekretär des Zentralkomitees der Partei. 1982 November - 1984 Februar

6. Konstantin Ustinowitsch Tschernjenko -
Generalsekretär des Zentralkomitees der Partei. 1984 Februar - 1985 März

7. Michail Sergejewitsch Gorbatschow -Generalsekretär des Zentralkomitees der Partei. 1985 März - 1991 August

Russische Föderation

Staatsoberhaupt

1. Boris Nikolajewitsch Jelzin - Präsident des RSFSR. 1991, Juni - 1991, Dezember. Präsident der Russischen Föderation. 1991 Dezember - 1999 Dezember

2. Wladimir Wladimirowitsch Putin -Amtierender Präsident der Russischen Föderation. 1999, 31. Dezember - 2000, März

- Präsident der Russischen Föderation. 2000, April - 2004, März; - März 2008

3. Dmitri Anatoljewitsch Medwedew - Präsident der Russischen Föderation. 2008, März - bis zu unserem Jahrhundert.

Regierungschef

1. Jegor Timurowitsch Gaidar - Amtierender Premierminister des Ministerkabinetts der Russischen Föderation. 1991, Dezember - 1992, Dezember

2. Wiktor Stepanowitsch Tschernomyrdin –
Vorsitzender der Regierung der Russischen Föderation. 1992 Dezember - 1998 März

3. Sergei Wladilenowitsch Kirijenko - Vorsitzender der Regierung der Russischen Föderation. 1998 April - 1998 August

4. Wiktor Stepanowitsch Tschernomyrdin –
Amtierender Vorsitzender der Regierung der Russischen Föderation. 1998, August - 1998, September

5. Jewgeni Maximowitsch Primakow -Vorsitzender der Regierung der Russischen Föderation. 1998 September - 1999 Mai

6. Sergei Wadimowitsch Stepaschin -Vorsitzender der Regierung der Russischen Föderation. 1999 Mai - 1999 August

7. Wladimir Wladimirowitsch Putin -Vorsitzender der Regierung der Russischen

Föderation. 1999 August - 2000 April

8. Michail Michailowitsch Kassjanow -Erster stellvertretender Ministerpräsident der Russischen Föderation. 2000, Januar - 2000, Mai; Vorsitzender der Regierung der Russischen Föderation. 2000, Mai - 2004, März

9. Michail Jefimowitsch Fradkow -Vorsitzender der Regierung der Russischen Föderation. 2004, März - 2007, September.

10. Wiktor Alexejewitsch Subkow -Vorsitzender der Regierung der Russischen Föderation. 2007, September - 2008, März

11. Wladimir Wladimirowitsch Putin -Vorsitzender der Regierung der Russischen Föderation. 2008, März - bis zu unserem Jahrhundert.

Vorsitzende der Staatsduma der Föderationsversammlung der Russischen Föderation

1. Iwan Petrowitsch Rybkin -Vorsitzender der Staatsduma I. (1994 - 1995) Einberufung

2. Gennady Nikolaevich Seleznev -Vorsitzender der Staatsduma II. (1996 - 1999) und III. (2000 - 2003) Einberufungen

3. Boris Wjatscheslawowitsch Gryslow -Vorsitzender der Staatsduma IV. (2004 - 2007) und V. (2007 bis zu unserem Jahrhundert) Einberufungen

Anlage 2

ZEITTAFFEL

9. Jh.
Bildung des altrussischen Staates.

862
Erwähnung in den Annalen über eine Berufung des warägischen Kriegsherrn Rurik auf die Herrschaft in Nowgorod.

882
Vereinigung von Nowgorod und Kiew unter der Herrschaft des Fürsten Oleg.

907, 911
Feldzug des Fürsten Oleg nach Istanbul (Konstantinopel). Unterzeichnung des

Vertrages von Russland mit den Griechen.

912 – 945

Die Herrschaft Igors.

945

Aufstand im Land der Drewljaner. Einführung von Statuten, Unterricht und Kirchhöfen durch Prinzessin Olga.

945 – 972

Herrschaft von Swjatoslaw Igorewitsch.

964 – 966

Feldzüge des Fürsten Swjatoslaw gegen Kama Bulgarien, Chasaren, Yasen und Kasogs.

967 – 971

Krieg des Fürsten Swjatoslaw mit Byzanz.

980 – 1015

Herrschaft von Wladimir I. Swjatoslawitsch.

988

Annahme des Christentums in Rus als Staatsreligion.

1019 – 1054

Herrschaft Jaroslaws des Weisen.

Anfang XI. Jh.

Zusammenstellung der ersten Artikel der „Russischen Prawda“.

1037

Baubeginn der Sophienkathedrale in Kiew.

1045

Baubeginn der Sophienkathedrale in Nowgorod.

1068 – 1072

Volksaufstände in Kiew, Nowgorod, Rostow-Susdal und Tschernigow. Ergänzung der „Russischen Prawda“ durch die „Prawda“ des Jaroslawitschs.

1097

Kongress der russischen Fürsten in Ljubetsch.

1113

Aufstand der Stadtbewohner, freien Bauern und abhängigen Bauern in Kiew. Ergänzung der „Russischen Prawda“ durch die „Charta“ des Fürsten Wladimir.

1113 – 1117

Schreibung der „Geschichte vergangener Jahre“.

1113 – 1125

Herrschaft Wladimirs II. Monomach in Kiew.

1125 – 1157

Herrschaft Juri Wladimirowitsch Dolgorukis.

1136

Aufstand in Nowgorod. Abtrennung von Nowgorod von Kiew.

1147

Die erste Erwähnung Moskaus in den Chroniken.

1153 – 1187

Herrschaft Jaroslaw Osmomysls in Galich.

1156

Bau einer Festung in Moskau.

1157 – 1174

Herrschaft Andrej Jurjewitsch Bogoljubskis.

1170 – 1205

Herrschaft Roman Mstislawitschs in den Ländern Wolhynien und Galizien.

1176 – 1212

Herrschaft Wsewolod Jurjewitschs dem Großen Nest.

1185

Feldzug des Fürsten Igor von Nowgorod-Sewerski gegen die Polowzier. „Wort über Igor's Regiment“. (*Igorlied*)

1199

Vereinigung der Fürstentümer Wolhynien und Galizien.

1202

Gründung des Schwertbrüderordens.

1206 – 1227

Herrschaft Dschingis Khans.

1219 – 1221

Eroberung Zentralasiens durch die Mongolen.

1221 – 1264

Herrschaft Daniil Romanowitschs.

1223, 31. Mai

Schlacht der Russen und Polowzier mit den Mongolen am Fluss Kalka.

1227 – 1255

Herrschaft Batu Khans.

1235

Große Versammlung in Karakorum – Annahme der Entscheidung über die Organisation des allgemeinen mongolischen Feldzuges nach Westen.

1236

Niederlage der Wolga-Bulgaren durch die Mongolen.

1237

Vereinigung des Deutschen Ordens mit der Schwertbrüderschaft. Gründung des Livländischen Ordens.

1237 -1241

Eroberung der Rus durch die Mongolen.

1238, 4. März

Schlacht am Fluss Sit.

1240, 15. Juli

Niederlage der schwedischen Ritter durch Fürst Alexander Jaroslawitsch an der Newa (Schlacht an der Newa).

1240

Niederlage Kiews durch die Mongolen.

1242, 5. April

Niederlage der Kreuzritter durch Fürst Alexander Jaroslawitsch Newski am Tschudskoje See (Schlacht auf dem Eis).

1243

Gründung des Staates der Goldenen Horde.

1252 – 1263

Herrschaft des Großfürsten Wladimir Alexander Jaroslawitsch Newski.

1262

Aufstände in Rostow, Wladimir, Susdal und Jaroslawl gegen die Goldene Horde.

1276 – 1303

Herrschaft Daniil Alexandrowitschs. Bildung des Moskauer Fürstentums.

1299

Verlegung des Metropolitensitzes von Kiew nach Wladimir.

1312

Annahme des Islam als Staatsreligion durch die Goldene Horde.

1313 – 1342

Herrschaft Khan Usbeks in der Goldenen Horde.

1325 – 1340

Herrschaft Iwan Danilowitsch Kalita.

1326

Begräbnis von Metropolit Peter in Moskau. Verlegung des Metropoliten-Sitzes von Wladimir nach Moskau.

1327

Aufstand in Twer gegen die Goldene Horde.

1359 – 1389

Herrschaft Dmitri Iwanowitsch Donskois.

1367

Bau des ersten steinernen Kremls in Moskau.

1378

Niederlage der Horde durch Fürst Dmitri Iwanowitsch am Fluss Woscha.

1380, 8. September

Schlacht von Kulikowo.

1382

Khan Toktamischs nach Moskau.

1387

Annahme des Katholizismus als Staatsreligion in Litauen.

1393

Beitritt von Nischni Nowgorod zu Moskau.

1395

Zerstörung der Goldenen Horde durch Timur.

1410, 15. Juli

Niederlage der deutschen Ritter durch polnisch-litauisch-russische Truppen (Schlacht bei Grunwald).

1425 – 1453

Feudalkrieg in Rus.

1425 – 1462

Herrschaft Wassili II. dem Dunklen.

1442

Einführung der Unabhängigkeit (Autokephalie) des russischen Amtsbereichs des Metropoliten von Byzanz.

1462 – 1505

Herrschaft Iwan III. Wassiljewitschs.

1463

Anschluss Jaroslawls an Moskau.

1469 – 1472

Reise Athanasius Nikitins nach Indien.

1471

Sieg der Moskauer Truppen über die Nowgoroder am Fluss Schelon.

1474

Beitritt Rostows zu Moskau.

1475 – 1479

Bau der Mariä-Entschlafens-Kathedrale im Moskauer Kreml.

1478

Beitritt von Groß-Nowgorod zu Moskau.

1480

„Stehend“ auf dem Fluss Ugra, Befreiung der russischen Länder vom Joch der Goldenen Horde.

1484 – 1489

Bau der Verkündigungskathedrale im Moskauer Kreml.

1485

Beitritt von Twer zu Moskau.

1487 – 1491

Bau des Facettenpalasts im Moskauer Kreml.

1497

Verabschiedung des Gesetzbuches Iwan III. Wassiljewitschs.

1503

Anschluss der südwestrussischen Länder an Moskau.

1505 – 1509

Bau der Erzengel-Kathedrale im Moskauer Kreml.

1505 – 1533

Herrschaft Wassili III. Iwanowitsch.

1510

Anschluss Pskows an Moskau.

1514

Anschluss Smolensks an Moskau.

1521

Anschluss Rjasans an Moskau.

1533 – 1584

Herrschaft Iwans IV. Wassiljewitsch des Schrecklichen.

1547

Aufstand in Moskau.

1547

Krönung Iwans IV.

1549

Einberufung des ersten Semski Sobor.

1550

Zusammenstellung eines neuen Gesetzeskodex.

1551

Abhaltung eines Kirchenrates und die Verabschiedung des „Stoglaws“.

1552

Beitritt des Kasaner Khanats zu Russland.

1555 – 1560

Bau der Fürbittekathedrale in Moskau (Basilius-Kathedrale).

1556

Beitritt des Astrachan-Khanats zu Russland.

1556

Verabschiedung des „Dienstkodexes“.

1558 – 1583

Livländischer Krieg.

1561

Niederlage des Livländischen Ordens.

1564

Veröffentlichung von „Apostolar“ von Iwan Fjodorow – das erste gedruckte Buch mit einem festgelegten Datum.

1565 – 1572

Opritschnina.

1581

Erste Erwähnung der „reservierten“ Jahre. Beginn der Zusammenstellung von Schreiberbüchern.

1581

Beginn des Feldzuges Jermaks nach Sibirien.

1582

Unterzeichnung des Waffenstillstandes von Jam Zapolski zwischen Russland und Polen.

1583

Unterzeichnung des Friedens von Pljussa zwischen Russland und Schweden.

1584 – 1598

Regentschaft des Zaren Fjodor Ioannowitschs.

1589

Gründung des Patriarchats in Russland.

1592

Zusammenstellung von Schreiberbüchern.

1597

Veröffentlichung des Dekrets über die fünfjährige Suche nach flüchtigen Bauern.

1598 – 1605

Regentschaft des Zaren Boris Godunow.

1603

Aufstand unter der Führung von Khlopok.

1604

Erscheinen von Truppen des Falschen Dmitri I. in den südwestlichen russischen Gebieten.

1605 – 1606

Herrschaft des Falschen Dmitri I.

1606 – 1607

Aufstand unter der Führung von I. I. Bolotnikow.

1606 – 1610

Regentschaft des Zaren Wassili Schuiski.

1607

Veröffentlichung des Dekrets über die fünfzehnjährige Suche nach flüchtigen Bauern.

1607 – 1610

Versuch der Machtergreifung durch den Falschen Dmitri II. in Russland.

1610 – 1613

„Sieben-Bojaren-Regierung“ (*Zeit der Wirren*)

1611, März

Aufstand in Moskau gegen die Polen.

1611, September – Oktober

Bildung der zweiten Landwehr in Nischni Nowgorod unter der Führung von Kosma

Minin und Fürst Dmitri Poscharski.

1612, 26. Oktober

Befreiung Moskaus von den Invasoren durch die zweite Landwehr.

1613

Wahl Michail Romanows auf den Thron durch den Semski Sobor.

1613 – 1645

Regentschaft des Zaren Michail Fjodorowitsch Romanow.

1617

Unterzeichnung des Friedensvertrags von Stolbowo mit Schweden.

1618

Unterzeichnung des Waffenstillstands von Deulino mit Polen.

1632 – 1634

Krieg Russlands mit Polen um die Rückgabe von Smolensk.

1645 – 1646

Expedition W. D. Pojarkows an den Amur.

1645 – 1676

Regentschaft des Zaren Alexej Michailowitsch Romanow.

1648

S. Deschnjows Expedition entlang des Flusses Kolyma und des Arktischen Ozeans.

1648

Beginn des Aufstands von Bogdan Chmelniczki in der Ukraine.

1648 – 1650

Aufstände in Moskau und anderen russischen Städten.

1649

Verabschiedung des Sobor-Kodexes.

1649

Unterzeichnung des Vertrages von Sboriw mit Polen.

1649 – 1653

Expedition J. P. Chabarows zum Amur.

1651

Unterzeichnung des Vertrages von Bila Zerkwa mit Polen.

1653

Beginn der Kirchenreform durch Patriarch Nikon.

1653

Semski Sobor über den Beitritt der Ukraine zu Russland.

1654 – 1667

Russlands Krieg mit Polen wegen der Ukraine.

1654

Perejaslawkaer Rada.

1662

Aufstand in Moskau – der „Kupferaufstand“.

1667

Unterzeichnung des Waffenstillstands von Andrussowo zwischen Russland und Polen.

1667 – 1669

Feldzüge der Kosaken „Golutven“ „für Zipuns“.

1667

Einführung der Neuen Handelscharta.

1670 – 1671

Aufstand unter der Führung von S. T. Rasin.

1672

Eröffnung der ersten Buchhandlung in Moskau.

1676 – 1682

Regentschaft des Zaren Fjodor Alexejewitsch Romanow.

1682

Abschaffung von Amtsbesetzung nach Geburtsrecht.

1682 – 1696

Regentschaft von Iwan V. Alexejewitsch zusammen mit Peter Alexejewitsch unter der Regentschaft von Zarentochter Sofia Alexejewna.

1682 – 1725

Regentschaft des Zaren Peter I. Alexejewitsch des Großen (bis 1689 – unter der Regentschaft von Zarentochter Sofia, bis 1696 – zusammen mit Iwan V.).

1686

Unterzeichnung des „Ewigen Friedens“ zwischen Russland und Polen.

1687

Eröffnung der Slawisch-Griechisch-Lateinischen Akademie in Moskau.

1687, 1689

Krim-Feldzüge W. W. Golizyns.

1689

Unterzeichnung des Nertschinsk -Vertrags zwischen Russland und China.

1695, 1696

Asow-Feldzüge Peters I.

1697 – 1698

Die große Gesandtschaft Peters des Großen nach Europa.

1698

Strelitzen-Aufstand in Moskau.

1700 – 1721

Der Nordische Krieg.

1700, 1. Januar

Einführung der julianischen Zeitrechnung in Russland.

1700

Niederlage der Russen bei Narwa.

1701

Gründung einer Schule für Navigations- und mathematische Wissenschaften in Moskau.

1702

Beginn der Veröffentlichung der Zeitung „Wedomosti“ (*Nachrichten*).

1703

Gründung der Stadt St. Petersburg.

1705

Einführung der Rekrutierung.

1705 – 1706

Aufstand in Astrachan.

1705 – 1711

Aufstand in Baschkirien.

1707 – 1708

Aufstand am Don.

1707

Gründung einer medizinischen Schule in Moskau.

1708, September

Niederlage der Schweden beim Dorf Lesnaja.

1708

Aufteilung Russlands in Gouvernements.

1708

Einführung einer neuen russischen typografischen Schriftart.

1709, 27. Juni

Niederlage der schwedischen Armee Karls XII. durch die Truppen Peters des Großen (Schlacht von Poltawa).

1710 – 1711

Pruth-Feldzug

1711

Gründung des Senats.

1711 – 1765

Lebensjahre M. W. Lomonossows.

1714

Verabschiedung des Dekrets über die Einzelerbfolge.

1714

Gründung der Kunstkammer in St. Petersburg.

1714

Gründung der ersten staatlichen öffentlichen Bibliothek in St. Petersburg.

1714

Sieg der russischen Flotte über die Schweden bei Kap Gangut.

1716

Einführung des Militärstatuts.

1718

Gründung der ersten Kollegs.

1718 – 1724

Durchführung einer Pro-Kopf-Volkszählung und die Einführung der Pro-Kopf-Steuer.

1720

Sieg der russischen Flotte über die Schweden bei der Insel Grewgam.

1720

Einsetzung des Hauptmagistrats und der Stadtmagistrate.

1721

Erlass des Dekrets über leibeigene Bauern.

1721

Gründung der Synode.

1721

Abschluss des Nystad-Friedensvertrags zwischen Russland und Schweden.

1721

Annahme des Imperator-Titels durch Peter den Großen.

1722

Veröffentlichung der Rangtabelle.

1722 – 1723

Krieg zwischen Russland und dem Iran.

1724

Der Erlass, der den Bauern verbot, ohne schriftliche Erlaubnis ihren Grundherrn zu verlassen, um Geld zu verdienen, - der Beginn des Passwesens in Russland.

1725 – 1727

Regentschaft der Zarin Katharina I. Alexejewna.

1725

Gründung der Akademie der Wissenschaften.

1725

Aufbruch der Expedition von W. Bering und A. I. Tschirikow in den Pazifischen Ozean.

1726 – 1730

Tätigkeit des Obersten Geheimrats.

1727 – 1730

Regentschaft des Zaren Peter II. Alexejewitsch.

1730 – 1740

Regentschaft der Zarin Anna Ioannowna.

1731

Abschaffung des Dekrets über die Einzelerbfolge.

1731

Errichtung des Adels-Korps.

1733 – 1734

Krieg Russlands mit Frankreich um die „Polnische Erbfolge“.

1733 – 1743

Nordexpedition.

1734

Veröffentlichung der ersten Ausgabe des „Atlas des Allrussischen Reiches“.

1735 – 1739

Russisch-Türkischer Krieg.

1736, 1755

Erlass von Dekreten über die Anstellung von Arbeitern in Fabriken.

1740 – 1741

Regentschaft des Zaren Iwans VI. Antonowitsch während der Regentschaft seiner Mutter Anna Leopoldowna.

1741 – 1761

Regentschaft der Zarin Jelisaweta Petrowna.

1750

Eröffnung des ersten russischen Volkstheaters in Jaroslawl durch F. G. Wolkow.

1754

Abschaffung der Inlandszölle.

1755

Gründung der Moskauer Universität.

1756 – 1763

Siebenjähriger Krieg.

1757

Gründung der Akademie der Künste.

1757

Schlacht bei Groß- Jägersdorf.

1758

Schlacht von Zorndorf.

1759

Sieg der russisch-österreichischen Truppen über die preußische Armee bei Kunersdorf.

1760

Einnahme Berlins durch russische Truppen.

1760

Ausgabe des Dekrets, das den Grundherren die Verbannung von Leibeigenen nach Sibirien erlaubt.

1761 – 1762

Regentschaft des Zaren Peters III. Fedorowitsch.

1761

Rückzug Russlands aus dem Siebenjährigen Krieg. Unterzeichnung des Friedens mit Preußen.

1762

Veröffentlichung des Manifests „Über die Gewährung von Freiheit und Freiheit für den russischen Adel“.

1762 – 1796

Regentschaft der Zarin Katharina II. Alexejewna der Großen.

1764

Durchführung der Säkularisierung des Kirchenlandes.

1765

Erlass des Dekrets, das den Grundherren erlaubt, Leibeigene zur Zwangsarbeit zu verbannen.

1767

Erlass des Dekrets, das den Leibeigenen verbietet, gegen die Grundherren zu klagen.

1767 – 1768

Tätigkeit der „Kommission für die Zusammensetzung des Entwurfs des neuen Kodexes“.

1768 – 1774

Russisch-türkischer Krieg.

1769

Herausgabe der Zeitschrift „Verschiedenes“ durch Katharina II.

1770

Sieg der russischen Flotte über die Türken bei Tschesma und der russischen Bodentruppen über die türkische Armee an den Flüssen Larga und Cahul.

1770 – 1774

Veröffentlichung satirischer Zeitschriften durch N. I. Nowikow.

1771

„Pestaufstand“ in Moskau.

1772, 1793, 1795

Teilungen Polens zwischen Russland, Österreich und Preußen.

1773 – 1775

Aufstand unter der Führung von E. I. Pugatschow.

1774

Unterzeichnung des Friedensvertrags von Kjutschuk-Kainardscha zwischen Russland und der Türkei.

1775

Umsetzung der Gouvernementsreform.

1775

Veröffentlichung des Manifests über die Freiheit des Unternehmertums.

1782

Eröffnung des Denkmals für Peter I. („Der bronzene Reiter“) in St. Petersburg.

1783

Beitritt der Krim zu Russland. Auflösung des Krim-Khanats. Unterzeichnung des Vertrags von Georgijewsk – der Beginn des Beitritts Georgiens zu Russland.

1785

Veröffentlichung der Chartas an den Adel und die Städte.

1787 – 1791

Russisch-Türkischer Krieg.

1789

Sieg A. W. Suworows bei Foccani und Rymnik.

1790

Sieg der russischen Flotte über die Türken am Kap Kaliakra.

1790

Veröffentlichung des Buches „Reise von St. Petersburg nach Moskau“ von A. N. Radischtschew.

1790, Dezember

Die Eroberung der türkischen Festung Ismail durch A. W. Suworow.

1791

Unterzeichnung des Friedens von Jassy zwischen Russland und der Türkei.

1794

Aufstand in Polen unter der Führung von T. Kościuszko.

1796 – 1801

Regentschaft des Zaren Paul I. Petrowitsch.

1798 – 1800

Mittelmeerfeldzug der russischen Flotte unter dem Kommando von F. F. Uschakow.

1799

Italienische und Schweizer Feldzüge A. W. Suworows.

1799 – 1837

Lebensjahre und Schaffen Alexander Puschkins.

1801 – 1825

Regentschaft des Zaren Alexander I. Pawlowitsch.

1802

Einrichtung von Ministerien in Russland.

1803 – 1806

Die erste russische Weltexpedition unter der Leitung von I. F. Krusenstern und J. F. Lissjanski.

1803

Veröffentlichung des Dekrets über „freie Bauern“.

1804

Verabschiedung der Statuten zur Einführung der Autonomie für Universitäten.

1804 – 1813

Russisch-Iranischer Krieg.

1805 – 1807

Die Beteiligung Russlands an der III. und IV. antinapoleonischen Koalition.

1805, November

Schlacht von Austerlitz.

1806 – 1812

Russisch-Türkischer Krieg.

1807

Abschluss des Friedens von Tilsit und Bündnis Russlands mit Frankreich.

1808 – 1812

Russlands Beteiligung an der Kontinentalblockade.

1810

Gründung des Staatsrates.

1812

Abschluss des Bukarester Friedensvertrages zwischen Russland und der Türkei.

1812, 12. Juni – 25. Dezember

Der Vaterländische Krieg.

1812, 22. Juli

Verbindung der 1. und 2. russischen Armee bei Smolensk.

1812, 4. – 6. August

Schlacht von Smolensk.

1812, 8. August

Ernennung von M. I. Kutusow zum Oberbefehlshaber der russischen Armee.

1812, 26. August

Schlacht von Borodino.

1812, 1. September
Besprechung im Dorf Fili.

1812, 7. Oktober
Rückzug der französischen Armee aus Moskau.

1812, 12. Oktober
Schlacht bei der Stadt Malojaroslawez.

1812, 14. – 16. November
Übergang der französischen Truppen über den Fluss Beresina.

1812, 23. November
Napoleons heimliche Abreise von der Armee nach Paris.

1812, 21. Dezember
Befehl M. I. Kutusows an die Armee zur Vertreibung der französischen Armee aus Russland.

1813 – 1814
Auslandsfeldzug der russischen Armee.

1813
„Völkerschlacht“ bei Leipzig.

1813
Abschluss des Friedensvertrags von Gulistan zwischen Russland und dem Iran.

1814, September – 1815, Juni
Wiener Kongress.

1815, September
Gründung der Heiligen Allianz der Monarchen von Russland, Österreich und Preußen.

1816
Beginn der Massenerrichtung von Militärsiedlungen.

1816 – 1817
Tätigkeiten der „Heilsunion“.

1818 -1821
Tätigkeiten der „Wohlfahrtunion“.

1819 – 1821
Weltexpedition F. F. Bellingshausen und M. P. Lasarew.

1820, 16. Januar
Entdeckung der Antarktis durch russische Seefahrer.

1820

Aufstand der Soldaten im Semjonowsky-Garderegiment.

1821

Gründung der Süd-Gesellschaft.

1821 – 1822

Gründung der Nord-Gesellschaft.

1823

Gründung der Gesellschaft der vereinigten Slawen.

1825, 14. Dezember

Aufstand der Dekabristen in St. Petersburg.

1825, 29. Dezember – 3. Januar

Aufstand des Tschernigow-Regiments.

1825 – 1855

Regentschaft des Zaren Nikolai I. Pawlowitsch.

1826

Veröffentlichung des „Gusseisen“ Zensurstatuts.

1826 – 1828

Russisch-iranischer Krieg.

1828

Reform der Grund- und Mittelschulbildung: Einführung der „Charta der Bildungseinrichtungen der Unter- und Mittelstufe“.

1828

Abschluss des Vertrags von Turkmantschai zwischen Russland und dem Iran.

1828 – 1829

Russisch-Türkischer Krieg.

1829

Abschluss des Friedensvertrags von Adrianopel zwischen Russland und der Türkei.

1829 – 1864

Kaukasuskrieg: Die Eroberung des Nordkaukasus durch Russland.

1833

Abschluss des Vertrages von Hünkâr İskelesi zwischen Russland und der Türkei.

1834

Schaffung der Eisenbahn durch J. A. und M. J. Tscherepanow im Ural.

1835

Verabschiedung einer Charta, die die Autonomie der Universitäten einschränkte.

1837

Bau der Eisenbahn von St. Petersburg nach Zarskoje Selo.

1837 – 1841

Umsetzung der Reform der staatlichen Bauernverwaltung.

1839 – 1843

Durchführung einer Geldreform.

1842

Veröffentlichung des Dekrets über die „verpflichteten Bauern“.

1844

Einführung von „Inventaren“ – staatliche Regelung der Beziehungen zwischen Grundherren und Bauern.

1844 – 1849

Aktivitäten des M. W. Butaschewitsch-Petraschewski-Kreises.

1853 – 1856

Krimkrieg.

1853

Gründung der Freien Russischen Druckerei durch A. I. Herzen.

1853, November

Sieg der russischen Flotte in der Schlacht von Sinop.

1854, 2. September

Landung der englisch-französischen Truppen auf der Krim. Der Untergang der russischen Flotte in der Bucht von Sewastopol.

1854, 8. September

Schlacht am Alma-Fluss.

1854, September – 1855, August

Verteidigung von Sewastopol.

1855 – 1881

Regentschaft des Zaren Alexander II. Nikolajewitsch.

1855, April

Erster Angriff auf Sewastopol durch englisch-französische Truppen.

1855

Schlacht am Schwarzen Fluss. Der Fall Sewastopols.

1855

Abschluss des Vertrages zwischen Russland und Japan über „Frieden und Freundschaft“.

1855 – 1868

Veröffentlichung des Almanachs „Polarstern“ von A. I. Herzen.

1855, November

Einnahme der türkischen Festung Kars durch russische Truppen.

1856

Pariser Friedenskongress.

1856

P. M. Tretjakow gründete die Sammlung russischer Kunst in Moskau.

1857 – 1867

Herausgabe der Zeitung „Kolokol“ von A. I. Herzen und N. P. Ogarew.

1860

Abschluss des Pekinger Vertrags zwischen Russland und China.

1861, 19. Februar

Abschaffung der Leibeigenschaft in Russland.

1861 – 1864

Aktivitäten der ersten „Land und Freiheit“ - Organisation.

1863 – 1866

Aktivitäten des Kreises N. A. Ischutin.

1863

Annahme der Charta, die die Autonomie der Universitäten wiederherstellte.

1864

Durchführung von Justiz-, Semstwo- und Schulreformen.

1864 – 1885

Eroberung Zentralasiens durch Russland.

1870

Veröffentlichung der „Stadtordnung“ – Umsetzung der Stadtverwaltungsreform.

1870 – 1923

Aktivitäten der „Vereinigung der reisenden Kunstaustellungen“.

1870

„Rundschreiben“ von A. M. Gortschakow.

1871

Londoner Mächtekonferenz: Abschaffung der restriktiven Artikel des Friedens von Paris.

1871

Entdeckung des Periodischen Gesetzes der chemischen Elemente durch D. I. Mendelejew.

1872

Streik der Arbeiter in der Manufaktur Krenholm.

1872 – 1873

Aktivitäten des Kreises A. W. Dolguschin.

1873

Unterzeichnung des russisch-deutschen Militärabkommens über gegenseitige Unterstützung.

1873

Gründung des Dreikaiserbundes.

1874

Durchführung von Militärreformen – Einführung der Wehrpflicht aller Klassen.

1874

Erste Massenbewegung „Zum Volk gehen“.

1875

Unterzeichnung des Vertrages zwischen Russland und Japan über die Aufteilung der Besitzungen auf den Kurilen und der Insel Sachalin.

1875

Aktivitäten des „Südrussischen Arbeiterbundes“.

1876 – 1879

Aktivitäten der Volksorganisation „Land und Freiheit“.

1876

Zweite Massenbewegung „Zum Volk gehen“.

1876, 6. Dezember

Die erste politische Demonstration in St. Petersburg auf dem Kasaner Platz.

1877 – 1878

Russisch-Türkischer Krieg.

1878

Unterzeichnung des vorläufigen Friedensvertrages von San Stefano zwischen Russland und der Türkei.

1878

Berliner Kongress.

1878

Attentat W. I. Sassulitschs auf den St. Petersburger Stadthauptmann F. F. Trepow.

1878 – 1880

Aktivitäten der „Nordunion der russischen Arbeiter“.

1879 – 1881

Aktivitäten der Organisation „Volkswille“.

1879 – 1881

Aktivitäten der Organisation „Schwarze Umverteilung“.

1879 – 1882

Bildung des Dreibunds.

1881, 1. März

Ermordung Zar Alexanders II. durch Mitglieder des „Volkswillens“.

1881 – 1894

Regentschaft des Zaren Alexanders III. Alexandrowitsch.

1881

Annahme der „Bestimmungen über Maßnahmen zur Wahrung der staatlichen Sicherheit und des öffentlichen Friedens“.

1881

Dekret über die obligatorische Rücknahme von Bauernkontingenten.

1882

Verabschiedung der neuen „Vorläufigen Regeln für den Druck“.

1883 – 1903

Aktivitäten der Gruppe „Befreiung der Arbeit“.

1884

Annahme der Charta zur Beseitigung der Autonomie der Universitäten.

1885

Vertrag Russlands mit Großbritannien über die Abgrenzung der Einflusszonen in Asien.

1885

Streik in Nikolskaja-Manufaktur T. S. Morosows in Orechowo-Sujewo.

1885

Verabschiedung eines Gesetzes zum Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche.

1886

Verabschiedung eines Gesetzes über Bußgelder und Fabrikinspektionstätigkeiten.

1887

Verabschiedung des Rundschreibens „über die Küchenkinder“.

1887

Unterzeichnung des „Rückversicherungsvertrags“ zwischen Russland und Deutschland.

1888 – 1889

Aktivitäten der sozialdemokratischen Gruppe N. E. Fedossejews in Kasan.

1889 – 1892

Aktivitäten der sozialdemokratischen Gruppe M. I. Brusnews in St. Petersburg.

1889

Verabschiedung der „Verordnung über Semstwo-Leiter“.

1890

Verabschiedung der neuen „Bestimmungen über Gouvernements- und Kreis-Semstwo-Institutionen“.

1891 – 1893

Bildung der russisch-französischen Union.

1891 – 1905

Bau der Sibirischen Eisenbahn.

1892

Übergabe seiner Sammlung russischer Kunst als Geschenk an Moskau durch P. M. Tretjakow.

1892

Verabschiedung der neuen „Stadtordnung“.

1894 – 1917

Regentschaft des Zaren Nikolaus' II. Alexandrowitsch.

1895

A. S. Popows Erfindung der Funkkommunikation.

1895

Unterzeichnung des Vertrages zwischen Russland und Großbritannien, der die südliche Grenze Russlands in Zentralasien festlegt.

1895

Gründung der „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“.

1895

Einführung des „Weinmonopols“ in Russland.

1896, 1897, 1901

Arbeiterstreiks in St. Petersburg.

1896

Beginn der Vorführung von Filmen in Russland.

1896

Abschluss eines Verteidigungsbündnisses zwischen Russland und China gegen Japan.

1897

Verabschiedung des Gesetzes zur Begrenzung der Dauer des Arbeitstages.

1897

Durchführung der ersten allgemeinen Volkszählung in Russland.

1897

S. J. Wittes Umsetzung der Währungsreform.

1898

I. Kongress RSDRP.

1898

Eröffnung des Kunsttheaters in Moskau.

1899, 1901, 1902

Allrussische Studentenstreiks.

1901, 7. Mai

„Obuchow-Verteidigung“ von Arbeitern in St. Petersburg.

1902, Januar

Einrichtung der Sondersitzung zu den Bedürfnissen der Agrarindustrie.

1902

Vereinigung neonationalistischer Kreise: Gründung der „Partei der Sozialrevolutionäre“ (SR).

1902

Bauernunruhen in der Ukraine.

1902

P. B. Struves Gründung der Zeitschrift „Befreiung“.

1902, November

Generalstreik der Arbeiter in Rostow-am-Don.

1903, Juli

Generalstreik der Arbeiter in Südrussland.

1903, Juli

Gründung der „Befreiungsunion“.

1903, Juli – August

II. Kongress der RSDRP: Gründung der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

1903, November

Gründung der „Union der Semstwo-Konstitutionalisten“.

1904 – 1905

Russisch-Japanischer Krieg.

1904, 26. – 27. Januar

Angriff japanischer Schiffe auf das russische Geschwader in Port Arthur.

1904, 27. Januar

Angriff des japanischen Geschwaders auf die russischen Schiffe „Warjag“ und „Koreaner“ im Hafen von Chemulp'o.

1904, Februar – April

Landung japanischer Truppen in Korea und auf der Halbinsel Liaodong.

1904, 31. März

Tod auf der Straße von Port Arthur des Vizeadmirals S. O. Makarows und seines Stabes auf dem Schiff „Petropawlowsk“.

1904, August

Erster Angriff auf die Festung Port Arthur durch japanische Truppen.

1904, August

Schlacht von Liaoyang.

1904, September

Versuch einer Gegenoffensive der russischen Truppen am Fluss Schah.

1904, Dezember

Die Übergabe der Festung Port Arthur an japanische Truppen.

1904, Dezember

Generalstreik in Baku.

1904

Abschluss eines „herzlichen Abkommens“ zwischen England und Frankreich.

1905 – 1907

Die erste bürgerlich-demokratische Revolution in Russland.

1905, 9. Januar

„Blutsonntag“.

1905, Februar

Niederlage der russischen Armee bei Mukden.

1905, Mai

Der Untergang der russischen Flotte vor der Insel Tsushima.

1905, Mai – Juli

Generalstreik der Arbeiter in Iwanowo-Wosnessensk.

1905, Juni

Aufstand auf dem Panzerkreuzer „Potjomkin“.

1905, Juli – August

Gründung des Bauernverbandes.

1905, August

Abschluss des Friedensvertrags von Portsmouth zwischen Russland und Japan.

1905, Oktober

Allrussischer politischer Streik.

1905, Oktober

Gründung der „Konstitutionell-Demokratische Partei“ (Kadetten).

1905, 17. Oktober

Veröffentlichung des Manifests „Zur Verbesserung der Staatsordnung“.

1905, November

Gründung der „Union des russischen Volkes“.

1905, November

Erlass des Dekrets über die Abschaffung der Ablösezahlungen der Bauern.

1905, November

Gründung der Partei „Bund des 17. Oktober“. (*Oktobristen*)

1905 Dezember

Bewaffnete Aufstände in Moskau und anderen Städten.

1905, Dezember

Veröffentlichung des Dekrets „Über die Änderung der Wahlen zur Staatsduma“.

1906, Februar

Umwandlung des beratenden Staatsrates in die obere gesetzgebende Kammer der Staatsduma.

1906, April

Veröffentlichung der „Grundlegenden Staatsgesetze des Russischen Reiches“.

1906, April – Juli

Tätigkeiten der I. Staatsduma.

1906, Juli

Aufstände in Sveaborg und Kronstadt.

1906, 9. November

Erlass des Dekrets über den Austritt der Bauern aus der Gemeinschaft und das Recht der Zuteilung von Land in das persönliche Eigentum des Hausherrn – der Beginn der Agrarreform.

1907, Februar – Juni

Tätigkeiten der II. Staatsduma.

1907, 3. Juni

Auflösung der II. Staatsduma und Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes.

1907, August

Russisch-englisches Abkommen über die Abgrenzung der Einflusszonen in Iran, Afghanistan und Tibet.

1907 – 1912

Tätigkeiten der III. Staatsduma.

1908

Bosnienkrise.

1908

Gründung der „Vereinigung des Erzengels Michael“.

1910, Juni

Verabschiedung des Gesetzes „Über Änderungen und Ergänzungen bestimmter Resolutionen zum Landbesitz der Bauern“.

1912, 4. April

Erschießung von Arbeitern am Fluss Lena.

1912

Gründung der Fortschrittspartei.

1912 – 1914

Expedition G. J. Sedows zum Nordpol.

1912, November – 1917, Februar

Tätigkeiten der IV. Staatsduma.

1914, 19. Juli – 1918, 3. März

Teilnahme Russlands am Ersten Weltkrieg.

1914, 15. (28.) Juni

Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand in Sarajewo.

1914, August

Durchführung der ostpreußischen Operation durch die russische Armee.

1914, August – September

Durchführung der Galizien-Operation durch die russische Armee.

1915, Februar – März

Durchführung der Karpaten-Operation durch die russische Armee.

1915, Mai – Juli

Bildung von militärisch-industriellen Komitees.

1915, August

Gründung eines Progressiven Blocks.

1915, August – Oktober

Rückzug der russischen Armee infolge der Wilna-Operation und des Svetsiansky-Durchbruchs durch deutsche Truppen.

1915, Oktober

Bildung der Kaukasusfront.

1916, Mai

„Brussilow-Durchbruch“ der russischen Armee an der Südwestfront.

1917, 23. Februar

Demonstration von Arbeitern und Arbeiterinnen in Petrograd.

1917, 25. Februar

Politischer Generalstreik in Petrograd.

1917, 27. Februar

Bildung des Provisorischen Komitees der Staatsduma und des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten.

1917, 2. März

Abdankung Nikolaus' II. Bildung der Provisorischen Regierung.

1917, 3. März

Verzicht des Großfürsten Michail Alexandrowitschs auf den Thron. Veröffentlichung der Erklärung der Provisorischen Regierung.

1917, Mai

Bildung der 1. Provisorischen Koalitionsregierung.

1917, Juni

Tätigkeiten des I. Allrussischen Kongresses der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten.

1917, Juni – August

Letzte Operationen der russischen Truppen während des Ersten Weltkriegs:
Scheitern der Offensive in Galizien, Kapitulation von Riga und Verteidigung des
Moonsund- Archipels.

1917, Juli

Bildung der 2. Provisorischen Koalitionsregierung.

1917, August

Durchführung eines Staatstreffens in Moskau.

1917, August

Kornilow-Aufstand.

1917, 1. September

Proklamation Russlands als Republik.

1917, September

Tätigkeiten des Verzeichnisses.

1917, September

Durchführung der Allrussischen Demokratischen Konferenz in Petrograd.

1917, 25. September

Bildung der 3. provisorischen Koalitionsregierung.

1917, 25. Oktober

Sturz der Provisorischen Regierung in Folge eines bewaffneten Aufstandes in
Petrograd.

1917, 25. – 26. Oktober

Tätigkeiten des II. Allrussischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatendeputierten.
Verabschiedung des Dekrets über Frieden und des Dekrets über Land.

1917, 25. Oktober – 3. November

Errichtung der Sowjetmacht in Moskau.

1917, 2. November

Verabschiedung der „Erklärung der Rechte der Völker Russlands“.

1917, 14. November

Annahme der „Vorschriften zur Arbeiterkontrolle“.

1917, 7. Dezember

Gründung der Allrussischen Außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der
Konterrevolution (Tscheka).

1918, 6. – 7. Januar

Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung.

1918, 10. – 18. Januar

Verabschiedung der „Erklärung der Rechte der Werktätigen und Ausgebeuteten“

durch den III. Allrussischen Kongress der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten.

1918, 26. Januar

Verabschiedung des Dekrets über den Übergang zum neuen (gregorianischen) Kalendarium ab 1. Februar (14.) 1918.

1918, 9. Februar

Annahme des Dekrets „Über die Sozialisierung des Bodens“.

1918, 3. März

Abschluss des Brester Friedensvertrags von Sowjetrusland mit Deutschland und seinen Verbündeten.

1918, 28. Juni

Verabschiedung des Dekrets über die Verstaatlichung der Industrie.

1918, 4. – 10. Juli

Verabschiedung der Verfassung der RSFSR durch den V. Allrussischen Sowjetkongress.

1918, Dezember – 1920, Januar

Der Kampf der sowjetischen Regierung gegen die Truppen A. W. Koltschaks.

1919, 11. Januar

Verabschiedung des Dekrets über die Einführung der Nahrungsmittelaeneignung für Brot.

1919, Juli – 1920, März

Kampf der Sowjetregierung gegen die vereinigten Streitkräfte Südrusslands unter dem Kommando von A. I. Denikin.

1920, Januar

Aufhebung der Blockade gegen Sowjetrusland durch die Entente.

1920, April – Oktober

Sowjetisch-polnischer Krieg.

1920, April – November

Der Kampf der sowjetischen Regierung gegen die Truppen von General P. N. Wrangel.

1920, November

Beendigung des Bürgerkriegs in der RSFSR (im europäischen Teil und in Sibirien).

1921, Februar – März

Aufstand der Matrosen und Soldaten in Kronstadt. Streiks der Arbeiter in Petrograd.

1921, März

Abschluss des Rigaer Friedensvertrages der RSFSR mit Polen.

1921, März

Verabschiedung des Beschlusses über den Übergang zu einer neuen Wirtschaftspolitik durch den X. Kongress der RKP(B).

1922, April – Mai

Genua Konferenz.

1922, April

Rapallo-Vertrag der RSFSR mit Deutschland.

1922, Dezember

Einberufung des I. Allunionskongresses der Sowjets; Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

1924, Januar

Verabschiedung der Verfassung der UdSSR auf dem II. Allunionskongress der Sowjets.

1924

Offizielle Anerkennung der UdSSR durch eine Reihe von europäischen Staaten.

1925, Dezember

Der XIV. Kongress der KpdSU(B). Verabschiedung des Kurses zur Industrialisierung der Volkswirtschaft der UdSSR.

1927, Dezember

XV. Kongress der KpdSU(B). Kurs zur Kollektivierung der Landwirtschaft in der UdSSR.

1928, Oktober – 1932, Dezember

Der erste Fünfjahresplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR.

1930

Beginn der totalen Kollektivierung der Landwirtschaft in der UdSSR.

1933 -1937

Der zweite Fünfjahresplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR.

1934

Beitritt der UdSSR zum Völkerbund.

1936

Verabschiedung der zweiten Verfassung der UdSSR auf dem VIII. Außerordentlichen All-Union-Kongress der Sowjets.

1938 – 1939

Bewaffnete Zusammenstöße zwischen der UdSSR und Japan am Chassansee und im Gebiet des Flusses Chalchin-Gol.

1939, 23. August

Abschluss des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakts.

1939, 1. September

Deutscher Angriff auf Polen – Beginn des Zweiten Weltkriegs.

1939, 17. September

Einmarsch der sowjetischen Truppen in die östlichen Gebiete Polens (Westweißrussland und Westukraine).

1939, 28. September

Abschluss des sowjetisch-deutschen Vertrages „Über Freundschaft und Grenze“.

1939, November – 1940, März

Sowjetisch-finnischer Krieg.

1940, Juni – Juli

Einmarsch sowjetischer Truppen in Bessarabien, Litauen, Lettland und Estland.

1941, 22. Juni – 1945, 9. Mai

Großer Vaterländischer Krieg.

1941, Juli – Oktober

Bildung der Anti-Hitler-Koalition: Unterzeichnung einer Reihe von Abkommen zwischen der UdSSR, Großbritannien und den USA.

1941, Oktober – Dezember

Schlacht um Moskau.

1942, 1. Januar

Unterzeichnung der Erklärung der Vereinten Nationen gegen Deutschland und seine Verbündeten.

1942, November – 1943, Februar

Schlacht von Stalingrad.

1943, Juli – August

Schlacht von Kursk.

1943, August

Verabschiedung des Beschlusses „Über dringende Maßnahmen zur Wiederherstellung der Wirtschaft in den von der deutschen Besatzung befreiten Gebieten“.

1943, November – Dezember

Konferenz der Regierungschefs der UdSSR, der USA und Großbritanniens in Teheran.

1944, Januar

Endgültige Auflösung der Blockade von Leningrad.

1944

Befreiung des Territoriums der UdSSR von den deutsch-faschistischen Invasoren.

1945, Februar

Konferenz der Regierungschefs der UdSSR, der USA und Großbritanniens in Jalta.

1945, April – Mai

Schlacht um Berlin.

1945, 8. Mai

Unterzeichnung der Akte über die bedingungslose Kapitulation Deutschlands.

1945, 9. Mai

Tag des Sieges der Sowjetunion über Deutschland.

1945, Juni

Internationale Konferenz in San Francisco. Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen (UN).

1945, Juli – August

Konferenz der Regierungschefs der UdSSR, der USA und Großbritanniens in Potsdam.

1945, August – 2. September

Niederlage Japans. Ende des Großen Vaterländischen Krieges und des Zweiten Weltkrieges.

1945, November – 1946, Oktober

Nürnberger Prozesse.

1946 – 1950

Vierter Fünfjahresplan für den Wiederaufbau und die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR.

1947, Dezember

Währungsreform und Abschaffung der Rationskarten für Lebensmittel und Industriegüter.

1949, Januar

Gründung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).

1949, August

Testen der Atombombe in der UdSSR.

1951 – 1955

Der fünfte Fünfjahresplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR.

1952, Oktober

Beschluss des XIX. Kongresses der VKP(B) über die Umbenennung der VKP(B) in Kommunistische Partei der Sowjetunion.

1953, September

Beschluss des Plenums des ZK der KpdSU „Über Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der Landwirtschaft in der UdSSR“.

1954

Inbetriebnahme des weltweit ersten industriellen Kernkraftwerks in der UdSSR.

1955, Mai

Unterzeichnung des Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen den sozialistischen Ländern in Warschau (Gründung der Organisation des Warschauer Pakts – WV).

1956 – Februar

XX. Parteitag der KpdSU. N. S. Chruschtschows Bericht „Über den Personenkult und seine Folgen“.

1956, Juni

Beschluss des ZK der KpdSU „Zur Überwindung des Personenkults und seiner Folgen“.

1956, Oktober – November

Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in Ungarn.

1957, Mai

Gesetz des Obersten Sowjets der UdSSR über die Verbesserung der Organisation der Industrie- und Bauverwaltung.

1957, Oktober

Start des weltweit ersten künstlichen Erdsatelliten in der UdSSR.

1959 – 1965

Siebenjahresplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR.

1961, 12. April

Der erste Flug eines Menschen in den Weltraum (J. A. Gagarin).

1961, Oktober

Der XXII. Parteitag der KpdSU. Verabschiedung eines neuen Programms der Partei – des Programms zum Aufbau des Kommunismus.

1962, Juni

Streik im Nowotscherkassker Elektrolokomotivwerk; Erschießungen bei einer Demonstration von Arbeitern.

1963, Oktober

Unterzeichnung in Moskau des Vertrages zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien über das Verbot von Kernwaffentests in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser.

1963, Oktober

Karibik- (Raketen-)Krise. (*Kubakrise*)

1964, Oktober

Rücktritt N. S. Chruschtschows von seinem Posten.

1965, März

Beschluss des Plenums des ZK der KpdSU „Über dringende Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der Landwirtschaft der UdSSR“.

1965, September

Beschluss des Plenums des ZK der KpdSU „Über die Vervollkommnung der industriellen Leitung, die Verbesserung der Planung und die Verstärkung der wirtschaftlichen Anreize der industriellen Produktion“.

1966 – 1970

Achter Fünfjahresplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR.

1968, August

Einmarsch von Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei.

1971 – 1975

Neunter Fünfjahresplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR.

1972

Unterzeichnung des SALT-1-Vertrags zwischen der UdSSR und den USA.

1975

Treffen in Helsinki über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

1976 – 1980

Zehnter Fünfjahresplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR.

1977, Oktober

Verabschiedung der dritten Verfassung der UdSSR.

1979 – 1989

„Nicht erklärter Krieg“ in Afghanistan.

1981 – 1985

Elfter Fünfjahresplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR.

1985, März

Wahl des Generalsekretärs des ZK der KpdSU M. S. Gorbatschow.

1986 – 1990

Zwölfter Fünfjahresplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR.

1987, Dezember

Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der UdSSR und den USA über die Beseitigung von Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen.

1988, Juni

XIX. Allunionsparteitag. Der Kurs für die Reform des politischen Systems.

1989, Mai – Juni

I. Kongress der Volksdeputierten der UdSSR.

1989, Juli

Interethnischer Konflikt in Fergana (Usbekistan).

1990, März

Wahl M. S. Gorbatschows auf dem III. Kongress der Volksdeputierten der UdSSR zum Präsidenten der UdSSR.

1990, 12. Juni

Verabschiedung der Erklärung über die staatliche Souveränität der RSFSR.

1991, Januar

Beginn der offiziellen Registrierung von politischen Parteien und Organisationen.

1991, Frühjahr

Auflösung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und des Warschauer Pakts.

1991, April

Beginn der Verhandlungen in Nowo-Ogarjowo über den Abschluss eines neuen Unionsvertrages zwischen dem Präsidenten der UdSSR und den Leitern der neun Unionsrepubliken.

1991, 12. Juni

Wahl B. N. Jelzins zum Präsidenten der RSFSR durch Volksabstimmung.

1991, Juli

Unterzeichnung des Vertrags über die Begrenzung strategischer Waffen zwischen den USA und der UdSSR (START I).

1991, 19. – 21. August

Staatsfeindlicher Putsch in Moskau.

1991, 8. Dezember

Das Belowescher Abkommen. Beschluss der Führung Russlands, der Ukraine und Weißrusslands, die UdSSR aufzulösen und die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zu gründen.

1991, 25. Dezember

Rücktritt M. S. Gorbatschows als Präsident der UdSSR.

1992, Januar

Beginn einer radikalen Wirtschaftsreform in der Russischen Föderation.

1992, Oktober

Entscheidung der GUS-Staaten, sich an den Verträgen zwischen der UdSSR und den USA über die Beseitigung ihrer Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen zu beteiligen.

1993, Januar

Unterzeichnung des Vertrags über die Begrenzung strategischer Waffen zwischen den USA und Russland (START 2).

1993, 25. April

Allrussisches Referendum über das Vertrauen in die Politik des Präsidenten der Russischen Föderation.

1993, 21. September

Dekret des Präsidenten der Russischen Föderation „Über die schrittweise Verfassungsreform und Auflösung des Obersten Sowjets der Russischen Föderation“.

1993, 3. – 4. Oktober

Bewaffnete Demonstration von Oppositionskräften in Moskau.

1993, 12. Dezember

Wahlen zur Föderalen Versammlung der Russischen Föderation. Referendum über den Verfassungsentwurf der Russischen Föderation.

1994, Juni

Russlands Beitritt zu dem von den NATO-Mitgliedsstaaten vorgeschlagenen Programm „Partnerschaft für den Frieden“.

1994, August

Der Abzug russischer Truppen aus den europäischen Ländern ist abgeschlossen.

1994, Dezember – 1996, Dezember

Tschetschenien-Krieg.

1995, 17. Dezember

Wahlen zur Staatsduma.

1996, 3. Juli

Wahl B. N. Jelzins zum Präsidenten der Russischen Föderation.

1997, Mai

Unterzeichnung der Grundakte in Paris zwischen den Führern der NATO-Länder und Russland.

1998, August

Finanzkrise in Russland.

1999, März

NATO-Operation gegen die Republik Jugoslawien.

1999, August

Beginn der Antiterroroperation in Tschetschenien (der zweite Tschetschenienkrieg).

1999, 19. Dezember

Wahlen zur Staatsduma.

1999, 31. Dezember

Erklärung Präsident B. N. Jelzins zu seinem vorzeitigen Rücktritt. Ernennung W. W. Putins zum amtierenden Präsidenten.

2000, 26. März

Wahl W. W. Putins zum Präsidenten der Russischen Föderation.

2000, Mai

Dekret des Präsidenten über die Einrichtung von sieben föderalen Bezirken auf dem Gebiet der Russischen Föderation.

2000, Dezember

Verabschiedung der föderalen Verfassungsgesetze über die Staatssymbole Russlands durch die Staatsduma.

2002, Mai

Abkommen mit der NATO über die Koordinierung von Aktionen im Bereich der internationalen Sicherheit.

2002, Oktober

Durchführung der Allrussischen Volkszählung.

2003, Mai

Verabschiedung des Gesetzes „Über die bäuerliche (Bauern-)Wirtschaft“.

2003, Dezember

Wahlen zur Staatsduma der IV. Einberufung.

2004, 14. März

Wahl von W. W. Putin zum Präsidenten der Russischen Föderation für eine zweite Amtszeit.

2004, September

Einführung eines neuen Verfahrens für die Wahl der russischen Gouverneure.

2006

Eröffnung des Europäischen Ausbildungsinstituts in Moskau.

2007, Dezember

Wahlen zur Staatsduma der V. Einberufung.

2008, 2. März

Wahl D. A. Medwedews zum Präsidenten der Russischen Föderation.

2008, August

Südossetien-Konflikt.

2008, Dezember

Verabschiedung des föderalen Gesetzes „Über die Bekämpfung der Korruption“.

2009, April

Verabschiedung des Antikrisenbudgets durch die V. Staatsduma.

2009, November

Vertrag und gemeinsame Aktivitäten zur Terrorismusbekämpfung zwischen den Ländern der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit.

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung		1
Kapitel 1	DIE VÖLKER UND ALTEN STAATEN AUF DEM GEBIET UNSERES LANDES	5
Kapitel 2	DIE OSTSLAWEN. BILDUNG DES ALTRUSSISCHEN STAATES	12
Kapitel 3	DER STAAT RUS (IX. - ANFANG des XII. Jahrhunderts)	21
Kapitel 4	RUSSISCHE LÄNDER UND FÜRSTENTÜMER AM ANFANG DES XII. - ERSTE HÄLFTE DES XIII. Jh. POLITISCHE FRAGMENTIERUNG	33
Kapitel 5	DIE KULTUR DER RUS VOR DER MONGOLISCHEN	

	INVASION	40
Kapitel 6	DER KAMPF DER RUSSISCHEN LÄNDER UND FÜRSTENTÜMER MIT der MONGOLISCHEN EROBERUNG UND DEN KREUZRITTERN IM XIII. JAHRHUNDERT.	48
Kapitel 7	RUSSISCHE LÄNDER UND FÜRSTEN VON DER ZWEITEN HÄLFTE DES XIII. - ERSTE HÄLFTE DES XV. JH. ZWISCHEN HORDE UND LITAUEN	58
Kapitel 8	BEENDIGUNG DER ZUSAMMENFÜHRUNG RUSSISCHER LÄNDER UM MOSKAU AM ENDE DES XV. – ANFANG DES XVI. JH. BILDUNG DES RUSSISCHEN STAATES	67
Kapitel 9	DER RUSSISCHE STAAT IM XVI. JAHRHUNDERT IWAN DER SCHRECKLICHE	73
Kapitel 10	RUSSLAND AN DER GRENZE DES XVI. - XVII. JAHRHUNDERTS SMUTA (ZEIT DER WIRREN)	85
Kapitel 11	SOZIALÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG IM XVII. JH. RUSSLAND NACH DEN WIRREN	99
Kapitel 12	DIE INNEN- UND AUßENPOLITIK RUSSLANDS IM 17. JH. „REBELLISCHES“ JAHRHUNDERT	106
Kapitel 13	RUSSISCHE KULTUR XIII. – XVII. Jh.	117
Kapitel 14	RUSSLAND ENDE DES XVII. - DAS ERSTE VIERTEL DES XVIII. JHS. PETERS REFORMEN	128
Kapitel 15	DAS ADELSREICH IM ZWEITEN VIERTEL - MITTE DES XVIII. Jhs. PALASTPUTSCHE	146
Kapitel 16	RUSSLAND IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES XVIII. JHS. AUFGEKLÄRTER ABSOLUTISMUS KATHARINAS DER GROSSEN	155
Kapitel 17	RUSSISCHE KULTUR DES XVIII. JHS..	179
Kapitel 18	WIRTSCHAFT UND SOZIALE STRUKTUR RUSSLANDS IN DER ERSTEN HÄLFTE DES XIX. JHS.	189
Kapitel 19	INNENPOLITIK IN RUSSLAND IN DER ERSTEN HÄLFTE DES XIX. JHS.	196
Kapitel 20	AUSSENPOLITIK RUSSLANDS IN DER ERSTEN HÄLFTE DES XIX. JHS.	208

Kapitel 21	IDEOLOGISCHER KAMPF UND SOZIALE BEWEGUNG IN RUSSLAND IN DER ERSTEN HÄLFTE DES XIX. JHS.	224
Kapitel 22	RUSSISCHE KULTUR IN DER ERSTEN HÄLFTE DES XIX. JHS.	237
Kapitel 23	INNENPOLITIK IN RUSSLAND IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES XIX. JHS.	248
Kapitel 24	AUSSENPOLITIK RUSSLANDS IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES XIX. JHS.	259
Kapitel 25	WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE ENTWICKLUNG RUSSLANDS IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES XIX. JHS.	268
Kapitel 26	IDEELLER KAMPF UND GESELLSCHAFTLICHE BEWEGUNG IN RUSSLAND IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES XIX. JHS.	274
Kapitel 27	WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG RUSSLANDS ZU BEGINN DES XX. JAHRHUNDERTS.	285
Kapitel 28	DIE INNENPOLITISCHE LAGE UND DIE SOZIALE BEWEGUNG IN RUSSLAND AM ANFANG DES XX. JHS.	292
Kapitel 29	AUSSENPOLITIK RUSSLANDS ZU BEGINN DES XX. JHS.	311
Kapitel 30	RUSSISCHE KULTUR IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES XIX. - BEGINN DES XX. JHS.	318
Kapitel 31	DIE REVOLUTION VON 1917 IN RUSSLAND	327
Kapitel 32	SOWJETRUSSLAND 1917 – 1920	339
Kapitel 33	DER SOWJETISCHE STAAT IN DER ERSTEN HÄLFTE DER 20er JAHRE DES 20. JHS.	353
Kapitel 34	DIE UdSSR IN DER ZWEITEN HÄLFTE DER 20er - 30er JAHRE DES XX. JHS.	363
Kapitel 35	AUSSENPOLITIK DES SOWJETISCHEN STAATS IN DEN 20 - 30er JAHREN DES XX. JHS.	381
Kapitel 36	SOWJETISCHE KULTUR 1917 - 1940.	389
Kapitel 37	DIE UdSSR WÄHREND DES GROSSEN VATERLÄNDISCHEN KRIEGES (1941 - 1945)	399

Kapitel 38	WIEDERAUFBAU NACH DEM KRIEG UND ENTWICKLUNG DER USSR (1945 - 1952)	416
Kapitel 39	ENTWICKLUNG DER USSR IN DEN JAHREN 1953 – 1964	426
Kapitel 40	INNEN- UND AUßENPOLITIK DER UdSSR IN DEN JAHREN 1965 - 1984.	436
Kapitel 41	DIE LETZTEN JAHRE DER UDSSR (1985 - 1991)	451
Kapitel 42	RUSSLAND IN DEN 90er JAHREN DES XX. UND DEN ERSTEN JAHREN DES XXI. JHS.	464
Kapitel 43	KULTUR RUSSLANDS IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES XX. - ANFANG DES XXI. JHS.	488
Anlage 1	FÜHRENDE PERSÖNLICHKEITEN DES STAATES (März 1917 - 2004)	506
Anlage 2	ZEITTADEL	510